

Jahresversammlung

Die Ortenau

76. Jahresband 1996

10. März
Historische Fragen und Antworten
im Bereich der Ortenau

10. März
Festung der Stadt
aus der Luft

11. März
Festung im Lössland mit Vortrag
von Dr. Ingrid Fritsch, Jambach
Die künstlerische Gestaltung der
Wahlkapelle in Jambach
Mittelalterliche Festungsbauwerke
der Ortenau

12. März
Zwischen dem Oberrhein und
Südwestfalen

13. März
Archäologisches Programm
Anfang des 19. Jahrhunderts
Führung durch die Ortenau
mit Dr. Ingrid Fritsch

14. März
Die Ortenau
im 19. Jahrhundert
Die Ortenau
im 19. Jahrhundert

15. März
Die Ortenau
im 19. Jahrhundert
Die Ortenau
im 19. Jahrhundert

Einladung zur

Jahresversammlung

des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V.

am 20. Oktober 1996 in Oppenau

8.30 Uhr

Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung
im Josefshaus, Dreikönigweg 1 (gegenüber ESSO-Tankstelle an der B 28)

10.30 Uhr

**Empfang der Stadt Oppenau
im Josefshaus**

11.00 Uhr

Festsitzung im Josefshaus mit Vortrag

von Dr. Jeanne Peipers, Lautenbach:

„Die künstlerische Leistung der Chorherren von Allerheiligen in der
Wallfahrtskirche Lautenbach, Architektur und Altäre“

Musikalische Umrahmung durch das Bläser-Ensemble
der Stadt- und Kirchspielskappelle Oppenau

12.30 Uhr

Mittagessen im Gashaus „Rebstock“, Straßburger Straße

14.30 Uhr

Nachmittagsprogramm

Abfahrt nach Allerheiligen

Führung durch die Klosteranlage mit den Herren
Rainer Fettig und Horst Hoferer

Der Bürgermeister
der Stadt Oppenau

Thomas Grieser

Der Präsident
des Historischen Vereins
für Mittelbaden e.V.

Dr. Dieter Kauß

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

76. Jahresband 1996



Redaktion
Karl Maier

OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

Für den Druck dieses Jahrbuches haben das Regierungspräsidium Freiburg
und der Ortenaukreis Zuschüsse gewährt.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, umweltfreundlichem Papier.



Verlag Historischer Verein für Mittelbaden

Gesamtherstellung: Konkordia Druck GmbH, 77815 Bühl

Nachdruck und photomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung
des Vereins und der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Bürgermeister Thomas Grieser, Grußwort der Stadt Oppenau	9
Nachrufe	10
Glückwünsche	16
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelbaden 1995/96	23
Dr. Dieter Kauß, Ein neuer Standort für unsere Vereinsbibliothek in Kehl/Kork. Eröffnungsrede und Zeitschriftentitel	26
Tätigkeitsberichte der Mitgliedergruppen	32
Tätigkeitsberichte der Fachgruppen	59
Landrat Günter Fehringer, Der Ortenaukreis-Rückblick 1995	115
Manuel Yupanqui Werner, Zwei Museumsstücke aus dem Ritterhaus in Offenburg	141
Anton Wild, „Der Gebrauch des freien Rheins“. Zur Fischerei- gerechtigkeit auf dem mittleren Oberrhein	161
Josef Werner, Kapellenruine St. Anton im Durbacher Hardtwald – die wechselvolle Geschichte eines kleinen Wallfahrtsortes	175
Ludwig Uibel, Gemeindeverwaltung in Lichtenau im 18. Jahrhundert	185
Dieter Kauß, Die Amt- und Oberamt Männer des Amtes Kork	199
Günter Schäfer, „Glas- und Floßmeister“ Bernhard Braxmeier – ein Lebensbild aus dem Schwarzwald des 18. Jahrhunderts	211
Hans-Martin Pillin, Auswirkungen der Französischen Revolution auf die beiden Gemeinden Unter- und Oberachern im Jahre 1789	227
Alfred Hetzel, Die Willstätter Flößerzunft. Die Bedeutung Willstätts bei der Flößerei auf der Kinzig	239

Bernhard Uttenweiler, Das Gast- und Badhaus des Klosters Ettenheim- münster vor und nach der Säkularisation. Festvortrag, gehalten bei der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden am 15. Oktober 1995 in Ettenheim	251
Dieter K. Petri, Vor 150 Jahren: Franz Josef Ritter von Buß – Einzelkämpfer im Badischen Landtag von 1846	279
Franz X. Vollmer, Emil Glockners Ferienerinnerungen an Offenburg um 1848 und vier Offenburger „Achtundvierziger“	295
Uwe Schellinger, „...und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben.“ Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse 1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau	321
Kurt Abels, Otto Hörth (1842–1935): „Zur Kaiserfeier“. Das kritische Gedicht eines badischen Demokraten zur Reichsgründung 1871	357
Thorsten Mietzner, Alles nur „Arbeiterbauern“? Zu den Bedingungen organisatorischer Entwicklung der Lahrer Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert	375
Werner Lacoste, Die rechtsrheinischen Befestigungen um Kehl als Teil der Festung Straßburg	395
Reiner Haehling von Lanzenuer, Die Ermordung Erzbergers	435
Louis Ludes, Straßburg 1944/45. Persönliche Erinnerungen und historische Tatsachen	457
Frank Flechtmann, November 1944: „Und nun erst recht!“ Ein Hornberger läßt schießen	471
Karl-Josef Franke, Geschichte des Kahlenberges bei Ringsheim im zwanzigsten Jahrhundert	493
Johannes Werner, Der Vater, über Wilhelm Hausenstein den älteren ...	527
Michael Rudloff, Aus der Geschichte der Pfarrei St. Michael in Honau	537

Hans Joachim Bodenbach, Der Maler (und Fotograf) Lambert Sachs aus Mannheim (1818–1903) und seine Beziehungen zu Offenburg	561
Andreas Hansert, Andreas Meier (1895–1962), Graphiker, Maler und Buchillustrator aus Schutterwald	597
Frank Schrader, Aschermittwochsbrauchtum in Wolfach. Schauertag, Fasnachtsbegraben und Geldbeutelwäsche	627
Wolfgang Müller, Der Triberger Rathaussaal: Ein Kleinod wird 70	649
Josef F. Göhri, Der Kastenbuck bei Bleichheim im Bleichtal	654
Martin Frenk, Aus der Frühzeit des Automobils. Das Denkmal an der Ottenheimer Rheinstraße	657
Ralf Bernd Herden, Anmerkungen zur Verkehrsgeschichte des Wolftales	661
Buchbesprechungen und Hinweise	665
Autorenverzeichnis	698

Grußwort der Stadt Oppenau

Im Namen des Gemeinderates und der Einwohner der Stadt Oppenau begrüße ich die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. am 20. Oktober 1996 in Oppenau.

Wir freuen uns, Tagungsort für die Ortenauer Historiker zu sein, und ich denke, es gibt gute Gründe dafür, dieses Mal in unserem Luftkurort im Renchtal zu tagen.



Unsere Stadt und die anderen Gemeinden des Tales stehen in diesem Jahr ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zur „800-Jahr-Feier“ der Gründung des Klosters Allerheiligen durch Uta von Schauenburg. Die Städte und Gemeinden des Renchtals haben sich darum bemüht, der Bedeutung des Ereignisses in einer Reihe von Veranstaltungen gerecht zu werden. Von Mai bis Oktober dieses Jahres besteht für die Besucher und die historisch Interessierten die Gelegenheit, sich mit der Geschichte des Klosters und seinen Auswirkungen auf die Gemeinden des Tales vertraut zu machen.

Darüber hinaus haben die beteiligten Städte und Gemeinden ein Festbuch „Allerheiligen“ initiiert, in dem namhafte Wissenschaftler und Heimatforscher über die Gründung und die Bedeutung des Klosters und die Zeit nach der Säkularisation referieren.

Auch unser örtlicher Heimatforscher Horst Hoferer hat sich ein weiteres Mal mit einem bedeutenden geschichtlichen Thema seiner Heimatstadt befaßt und ebenfalls ein Buch über das Kloster Allerheiligen in anschaulicher Weise herausgegeben.

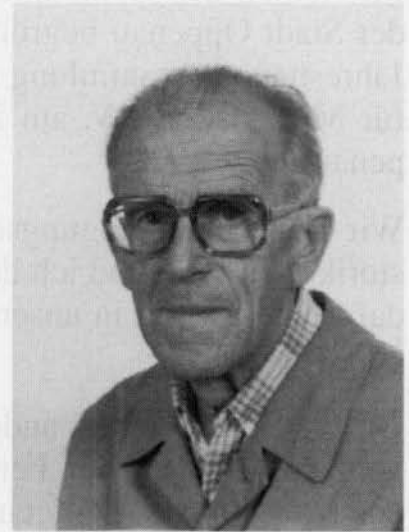
In diesem Jahr feiert auch unser Teilort Ramsbach sein 800jähriges Bestehen. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere den Mitgliedern des „Historischen Vereins Oppenau“ danken, die wie in der Vergangenheit auch im 86. Jahr des Bestehens des Vereins immer wieder wichtige geschichtsträchtige Daten aufarbeiten und mit ihrer Arbeit Interesse an der Geschichte unserer Stadt und unserer Region der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit vermitteln.

Ich wünsche allen Teilnehmern der Jahresversammlung eine interessante Veranstaltung und den Besuchern gute und bleibende Erinnerungen an ihren Tagungsort Oppenau.

Thomas Grieser
Bürgermeister

Erinnerungen an Thomas Kopp †

Am 31.7.1993 starb im Alter von 87 Jahren Thomas Kopp. Die „Schwarzwälder Post“ schrieb im Nachruf: „Mit seinem Tod hat Zell einen großen, bescheidenen Mann verloren, der seiner Heimat unschätzbare Dienste erwiesen hat. Als Heimatforscher hat er die Geschichte Zells erarbeitet . . . Daneben war Thomas Kopp auch Vorbild in menschlicher Hinsicht. Er hat sich für Natur und Umwelt eingesetzt und durch seinen persönlichen Lebensstil Natürlichkeit und Bescheidenheit vorgelebt.“



Thomas Kopp, 1906 in Schramberg geboren, war nicht nur im Schwarzwald zu Hause. Nach seinem Lehrer-Studium in Freiburg wählte er Südamerika, wohin er sich 1934 für den Auslandsschuldienst beworben hatte, als zweite Heimat. In Argentinien übernahm er eine Lehrstelle für Rußlanddeutsche in der abgelegenen Siedlung St. Teresa. Kopp sammelte zahlreiche Texte, unter anderem ein „Rußlanddeutsches Liederbuch“ (1937). 1940 wurde die deutsche Urwaldsiedlung Eldorado sein neuer Wirkungsort. Seine zahlreichen Wanderungen führten ihn in die nähere und weitere Umgebung. 1946 stand er auf dem Ostgipfel des höchsten Berges dieses Erdteils, des 6959 Meter hohen Aconcagua. Internationale Aufmerksamkeit erfuhr er, als er 1947 erstmals den noch unbezwungenen Südgipfel erstieg. 1948 heiratete er seine ehemalige Schülerin Gerlinde Gundel, die ihn 1951 zurück in den Schwarzwald begleitete, wo er bis 1969 als Lehrer tätig war.

Nicht erst jetzt widmete Thomas Kopp seine Freizeit der Geschichtsforschung. Wie kein zweiter verstand er, Themen zur Heimatkunde und Historie unverfälscht und interessant aufzubereiten. Unvergessen sind seine Miszellen, deren Inhalt durch fundiertes Quellenstudium geprägt war. Regelmäßig erschienen seine Beiträge in der Heimatzeitung „Schwarzwälder Post“. In diesen rückte er zurecht, was in mancher Überlieferung allzu leicht ohne Rücksicht auf tatsächliche Inhalte immer wieder falsch weitergegeben worden war. Gerade mit seinen Beiträgen zur Zeller Stadtgeschichte – genannt sei unter anderem die Legende der „freien“ Reichsstadt – machte er sich einen Namen als Historiker, dessen Forschungsergebnisse auch in anderen Veröffentlichungen zur Vereins- oder Ortsgeschichte so der Nachwelt erhalten blieben.

Aufgrund seiner Verdienste um die Heimat ernannte ihn der Historische Verein 1988 zum Ehrenmitglied. 1990 erhielt er den „Preis für Verdienste um die Heimat“ des Landesausschusses für Heimatpflege Baden-Württemberg e.V. Bereits 1982 hatte er als erster die neu geschaffene Auszeichnung „Goldener Ehrenring der Stadt Zell a.H.“ erhalten. Die Zurückhaltung, in der Thomas Kopp immer lebte, äußerte sich nach seiner Meisterleistung in den südamerikanischen Anden: „Als man die Aconcagua-Bezwinger entdeckte, wurde es mir fast zuviel. Dabei erlebte ich das ganze Äußerliche der Welt.“ Nur mit seinen Veröffentlichungen trat er an die Öffentlichkeit, selbst dann noch bescheiden, ohne Sucht nach Anerkennung oder Ruhm. Seine Vorliebe galt eben der Geschichte, und immer wieder trieb es ihn zwischendurch hinaus in die Welt, nach Spanien ins Baskenland, der Heimat seiner Frau, oder nach Südamerika, wo er die Erinnerungen an die frühen Jahre seiner Lehrerlaufbahn auffrischte.

Die breit gestreuten Veröffentlichungen des Zeller Historikers zur Heimat- und Vereinsgeschichte, zur Natur und Brauchtum sind in zahlreichen Publikationen festgehalten. Es ist Josef Heisch zu verdanken, daß er über seinen Verlag Aufsätze zusammengetragen und in dem 400 Seiten umfassenden Buch „Die Heimat spricht . . .“ herausgegeben hat – ein kleines, aber repräsentatives Spektrum aus dem unermüdlichen und jahrzehntelangen Schaffen von Thomas Kopp.

In ihren „Memoiren“, ebenfalls von Josef Heisch herausgegeben, hat Gerlinde Kopp die arbeitsreichen Jahre ihres Mannes aus anderer Sicht beschrieben. Sie fühlte sich, als Kind deutscher Einwanderer in Spanien geboren, hier im Schwarzwald nie richtig heimisch. Ständig stand sie im Schatten ihres Mannes. Ihr Lebensmittelpunkt war und blieb Südamerika, der auf gemeinsamen Expeditionen dorthin auflebte. Ihre Erlebnisse und die Aufsätze ihres Mannes ergänzen sich zu einem Bild, das Heimat unter verschiedenen Aspekten betrachtet.

Thomas Kopp schrieb anlässlich des 25. Todestages von Franz Disch, des renommierten Zeller Chronisten: „So sind die Jahre, die seit dem Tode von Franz Disch vergangen sind, von seinem Geist erfüllt: sein Werk wuchs und ist heute lebendiger denn je.“ Mit Thomas Kopps gesammelten Werken „Die Heimat spricht . . .“ und Gerlinde Kopps „Memoiren“ wird die Erinnerung an sein Wirken lebendig bleiben.

Karl-August Lehmann

In memoriam Dr. Erwin Dittler

Am Neujahrstag 1996 starb im Alter von 84 Jahren Dr. Erwin Dittler, Ehrenmitglied des Historischen Vereins für Mittelbaden und von 1970 bis 1978 Redakteur des Jahrbuchs „Die Ortenau“.

Dr. Erwin Dittler gehörte zu den produktivsten Historikern Badens und veröffentlichte viele Arbeiten über die Geschichte der Ortenau. Das Verzeichnis seiner historischen Abhandlungen weist über hundert Veröffentlichungen auf, die sich durch „ein hohes wissenschaftliches Niveau“ (Professor Dr. Walter Grab von der Universität Tel Aviv/Israel) auszeichnen.



Der am 30. August 1911 in Karlsruhe geborene Erwin Dittler studierte Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg und promovierte 1935 in Heidelberg zum Dr. rer. pol. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs arbeitete er an verschiedenen Forschungsprojekten in Niedersachsen und im Saarland. Als Soldat und Kriegsgefangener war er bis 1949 in Rußland. Nach dem Krieg war er Bundesgeschäftsführer des „Deutschen Saarbundes – Volksbundes für die Wiedervereinigung Deutschlands“ und hatte verschiedene leitende Positionen in der Wirtschaft inne. Seit 1964 war er im Schuldienst tätig und unterrichtete an verschiedenen Schulen, zuletzt bis zu seiner Pensionierung 1976 an der Handelslehranstalt und am Wirtschaftsgymnasium in Kehl. In Kehl-Goldscheuer war Dr. Dittler mit seiner Familie seit Jahrzehnten ansässig.

Hier wurde er zu einem der besten Kenner der mittelbadischen Geschichte. Schwerpunkt von Dr. Dittlers wissenschaftlichen Forschens war die Jakobinerforschung. Zahlreiche Untersuchungen über die Jakobiner am Oberrhein (Johann Georg Friedrich List, General Johann Ernst Krieg, Johann Gottlieb Bärstecher, Rudolphe de Rochebrune, Karl und Sebastian Fahrländer, Ernst Alexander Jägerschmidt, August Wilhelm Lamey, Karl Ludwig Schulmeister, Ludwig Wilhelm Otto, Johann Friedrich Stäudlin u.a.) wurden von ihm in der „Ortenau“ und anderen Publikationen veröffentlicht. 1981 arbeitete er am Handbuch „Deutsche Jakobiner“ mit. Daneben beschäftigte er sich in mehreren Untersuchungen mit der Revolutionsgeschichte 1848/49 und 1918/19.

Ein weiterer Schwerpunkt von Dr. Dittlers wissenschaftlicher Arbeit war die Erforschung der Lebensgeschichte und politischen Tätigkeit der Offenburger Sozialisten Adolf Geck, Marie Geck, Eugen Geck, Oscar Geck und Rothraud Weckerle-Geck sowie Georg Monsch und Dr. Karl A. Lehmann. Bis zu seinem Tode war Dr. Dittler unermüdlich wissenschaftlich tätig und gab zuletzt in Zusammenarbeit mit dem Offenburger Stadtarchiv eine Broschürenreihe über Persönlichkeiten aus der Offenburger Geschichte heraus. Bis Ende 1995 erschienen fünfzig Broschüren, die vor allem die Nachlässe der Offenburger Sozialisten publizierten, die durch die Kommentare von Dr. Dittler auch interpretiert wurden. Allein der Nachlaß von Georg Monsch wurde in siebzehn Heften dokumentiert, der von Rothraud Weckerle-Geck in zwölf Heften.

Wie vielfältig das historische Forschen von Dr. Erwin Dittler war, zeigt die Tatsache, daß er als erster Historiker die Geschichte der Druckereien und Verlage in Kehl im 18. Jahrhundert untersuchte und zum erstenmal auf die große Bedeutung Kehls als Druckerstadt im 18. Jahrhundert hinwies. An zahlreichen internationalen Forschungsprojekten war Dr. Dittler mit Beiträgen beteiligt, so am Forschungsprojekt „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850“ der Universität Innsbruck sowie am biographischen Lexikon „Demokratische-liberale Bewegungen in Mitteleuropa“. Außerdem war er ständiger Mitarbeiter beim Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv.

Der Historische Verein für Mittelbaden verliert Vieles und Entscheidendes durch und an Dr. Erwin Dittler. Er wird ihm deshalb stets ein dankbares Gedenken bewahren.

Manfred Hildenbrand

Alfred Schmid zum Gedenken

Im Alter von 68 Jahren starb am 20. November 1995 Alfred Schmid, seit über zwanzig Jahren der 2. Vorsitzende der Mitgliedergruppe Haslach des Historischen Vereins für Mittelbaden. In zahlreichen Gremien des Historischen Vereins hat Alfred Schmid mitgearbeitet, so in der Satzungskommission, in der Fachgruppe Museen und in der Fachgruppe Flurnamen.

Alfred Schmid wurde am 9. April 1927 in Fischerbach geboren. Er ging in Haslach zur Schule und besuchte das humanistische Gymnasium in Offenburg. Dort legte er 1947 das Abitur ab und begann mit dem Lehrerstudium an der Pädagogischen Akademie Lörrach. Erste Lehrerstellen waren 1949 Bad Rippoldsau-Kloster, anschließend die Volksschulen in Kaltbrunn-Wittichen, Kinzigtal-Halbmeil und Haslach-Schnellingen. 1967 wurde Alfred Schmid zum Rektor an der Heinrich-Hansjakob-Grund- und Hauptschule ernannt. In seine Amtszeit fiel der Ausbau der Haslacher Schulen zum Schulzentrum. Zwanzig Jahre leitete er dieses auch als geschäftsführender Rektor. 1987 ging er in den Ruhestand.



Mit Alfred Schmid verstarb ein Heimathistoriker, der ein immenses geschichtliches Wissen besaß, der sich vor allem in der Geschichte des Schwarzwälder Bergbaus in hervorragender Weise auskannte. Als Mineraloge war er über die Grenzen des Kinzigtals ein anerkannter Fachmann, der oft von Universitätswissenschaftlern zu Rate gezogen wurde. Das kulturelle Leben Haslachs hat Alfred Schmid wesentlich beeinflusst. Jahrelang war er Mitglied des Kulturausschusses der Stadt Haslach. Er war Ideengeber und Mentor der großen Haslacher Stadtfeste 1978 (700-Jahrfeier der Stadtrechtsverleihung) und 1987 (150. Geburtstag Hansjakobs).

Eng verbunden ist sein Name mit dem ehemaligen Kapuzinerkloster. Dank seiner Initiative wurde aus dem ehemaligen „Armenhaus“ Haslachs ein Schmuckstück, in dem das überregional bedeutende Schwarzwälder Trachtenmuseum eingerichtet wurde. Zahllose Stunden opferte Alfred Schmid und seine Helfer, damit dieses Museum 1980 seine Pforten öffnen konnte. Bis zu seinem Tode war Alfred Schmid Leiter des Schwarzwälder Trachtenmuseums.

Alfred Schmid war ein „Originalmensch“, wie Heinrich Hansjakob die kantigen Charaktergestalten seiner Heimat zu nennen pflegte. Gerade mit Hansjakob, den er schätzte, aber auch sehr kritisch sah, hatte Alfred Schmid vieles gemeinsam: nicht nur seine große mächtige Gestalt, sondern vor allem auch die Art, „frei von der Leber weg“ zu reden und zu schreiben; dann die große Liebe zur Kinzigtäler Heimat, die Alfred Schmid nur ungern zuweilen verließ, die Liebe zu ihren Menschen, zu ihrer Art zu leben und zu feiern, die Begeisterung für alles geschichtlich Gewordene, aber auch den Mut, sich für unpopuläre Dinge einzusetzen, wenn er sie für richtig fand, wobei Alfred Schmid wie Heinrich Hansjakob oft bewußt das Risiko einging, als unbequemer Mahner nicht verstanden zu werden.

Alfred Schmid erfuhr viele Ehrungen für sein vielfältiges Wirken. 1989 verlieh ihm Staatssekretär Robert Ruder das Bundesverdienstkreuz am Band. Die Stadt Haslach zeichnete ihn 1978 mit dem Ehrenteller und 1980 mit der goldenen Stadtmedaille aus. An seinem 65. Geburtstag 1992 trug sich Alfred Schmid ins Goldene Buch der Stadt Haslach ein.

Mit Alfred Schmid verlor die Mitgliedergruppe Haslach eines seiner kompetentesten und aktiven Mitglieder. Sie wird ihm stets ein treues und dankbares Gedenken bewahren.

Manfred Hildenbrand

Zum 95. Geburtstag von Maria Schaettgen

In erfreulich guter Verfassung, geistiger Frische und Aktivität feierte Maria Schaettgen, die Begründerin und langjährige Leiterin des Hansjakob-Archivs in Haslach i.K., am 25. April 1996 ihren 95. Geburtstag.

Als Tochter des Fabrikanten Heinrich August Schaettgen wurde sie am 25. April 1901 in Haslach geboren. Sie besuchte das Realgymnasium in Schopfheim und Offenburg, legte 1917 das Abitur ab und wurde danach zur Lehrerin ausgebildet. Schon früh beschäftigte sie sich mit der Geschichte und dem Brauchtum ihrer Vaterstadt sowie mit dem Werk und der Geisteswelt Heinrich Hansjakobs.



Was hat Maria Schaettgen in ihrem langen Leben nicht alles erforscht und publiziert? Eine Fülle von kleineren und größeren Beiträgen zur Heimat- und Brauchtumsgeschichte, insbesondere über Heinrich Hansjakob, zeugen davon. Ihre Studien sind zum größten Teil im Hansjakob-Jahrbuch, in der „Ortenau“ sowie zahlreichen anderen heimatgeschichtlichen Publikationen veröffentlicht. 1976 kam die erste Auflage der von ihr gesammelten Hansjakob-Anekdoten heraus. 1993 erschienen diese Anekdoten in einer völlig Neubearbeiteten und erweiterten Ausgabe. 1978 publizierte sie das Buch „Heinrich Hansjakob – seine Bedeutung für unsere Zeit“. Zu ihrem 90. Geburtstag veröffentlichte sie das Buch „Hansjakob und das Schwarzwälder Brauchtum“. Gegenwärtig vollendet sie das Manuskript zu einem Buch mit dem Titel „Das Mosaik ist vollendet – Reflexionen über Heinrich Hansjakob“.

1961 gründete Maria Schaettgen das Hansjakob-Archiv, das seit 1964 im „Freihof“, dem Alterssitz Hansjakobs in Haslach, untergebracht ist. Auch das Hansjakob-Museum richtete sie dort in Zusammenarbeit mit Oberbau- rat Franz Schmider ein. Ihre Vaterstadt Haslach hat Maria Schaettgen in vielfältiger Weise geehrt. Sie bekam den Ehrenteller der Stadt Haslach sowie die große goldene Hansjakobmedaille verliehen. Zu ihrem 90. Geburtstag 1991 trug sie sich in das Goldene Buch der Stadt Haslach ein. Das Land Baden-Württemberg zeichnete sie 1986 mit der Verleihung der „Medaille für die Verdienste um die Heimat“ aus.

Maria Schaettgen ist trotz ihres hohen Alters von einer geistigen Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit, die bewundernswert ist. Immer ist sie zu einem interessanten Gespräch über kulturelle und religiöse Fragen bereit, stets gibt sie freundlich und umfassend Auskunft über die Geschichte und das Brauchtum Haslachs und natürlich über Heinrich Hansjakob, dessen Erbe zu verwalten ihre Lebensaufgabe wurde. Hansjakob, den Maria Schaettgen in ihrer Jugend persönlich noch gut gekannt hatte (ihr Vater und Hansjakob waren Freunde), hat 1915 zu der damals vierzehnjährigen Maria Schaettgen gesagt: „Maidle, du hesch a klug's Köpfle. Ich glaub, uf dich kann ich mich verlasse!“ Daß Heinrich Hansjakob recht hatte, das hat Maria Schaettgen in ihrem lebenslangen Bemühen um das Erbe Hansjakobs bewiesen.

Der Historische Verein für Mittelbaden, bei dem Maria Schaettgen schon nahezu sieben Jahrzehnte Mitglied ist, wünscht ihr noch viele gesunde Jahre voll geistiger Frische und Schaffenskraft.

Manfred Hildenbrand

Zum 80. Geburtstag von Carl Helmut Steckner

Am 30. März 1996 konnte Carl Helmut Steckner in Kehl, Leiter der Fachgruppe „Grenz-überschreitende Zusammenarbeit“ im Historischen Verein für Mittelbaden, seinen 80. Geburtstag feiern. Der Historische Verein für Mittelbaden wünschte ihm dazu alles Gute, beste Gesundheit und die Hoffnung, noch all dies mit Elan und Freude zu tun, was ihm bisher Spaß gemacht hatte.



Carl Helmut Steckner wurde am 30. März 1916 in Halle an der Saale geboren. Sein Vater war dort Industrie-Textilfabrikant. Seine Mutter, in Brüssel erzogen, stammte aus dem Bergischen Land. Carl Helmut Steckner schloß ein Studium der Betriebswirtschaftslehre in Köln und Leipzig als Diplomkaufmann ab.

Im 2. Weltkrieg diente er bei der Infanterie und der Luftwaffe. Kriegsgefangenschaft mußte er nicht erleben. Nach dem Krieg wandte sich Carl Helmut Steckner der Kunst zu, vor allem als Schüler von Professor Carl Crodel. Illustrationen, Wandbilder, Tapetenentwürfe entstehen. Die Architektur gerät bei ihm als Mitarbeiter der Berliner Bauakademie in sein Blickfeld.

Seit 1946 war Carl Helmut Steckner in der Firma seines Vaters tätig und nach dem Verlassen der DDR mit ähnlichen Aufgaben in Hamburg. Später arbeitet er als Marktforscher.

Dem Tod seines Vaters folgte die Enteignung der 120 Jahre bestehenden Firma. Er zieht im Jahre 1970 an den Oberrhein, nach Kehl, in das Umfeld von Straßburg.

Hier kann er beiderseits des Rheins seine künstlerischen und architekturbestimmten Tätigkeiten ausüben und umsetzen in dem von ihm praktizierten Kultur-Journalismus bei der Kehler Zeitung, beim Offenburger Tageblatt und den Dernières Nouvelles d'Alsace. Er arbeitet mit bei dem Aufbau und Ausbau der Museen in Kehl, Kork und Breisach. Er erforscht den Festungsbau in Straßburg und Kehl. Er kümmert sich mit großem Engagement um die Denkmalpflege, die er schon nach dem 2. Weltkrieg mit Erfolg in Halle betrieben hatte.

Sein künstlerisches Wirken setzte er auch am Oberrhein fort mit kunsttechnischen Detailzeichnungen und Architekturgrundrissen für namhafte Publikationen. In Fulda gestaltete er monumentale Fenster.

Schließlich war Carl Helmut Steckner 1989 Mitherausgeber des Buches „Die lange Bruck“ über den Brückenbau in Kehl/Straßburg sowie 1993 Mitverfasser des Museumsführers von Breisach.

Über die Tätigkeit des Schriftführers der Mitgliedergruppe „Kehl–Hanauerland“ fand Carl Helmut Steckner den Kontakt zum Historischen Verein für Mittelbaden.

Für diesen Verein leistete und leistet er unwiederbringlich Wertvolles und Wichtiges durch

- seine Mitarbeit in der Mitgliedergruppe Kehl
- seine Funktion und Aktivität im Gesamtverein
- seine unermüdliche Arbeit als Autor in unserer Zeitschrift „Die Ortenau“
- seine Tätigkeit als Journalist.

Wie schon angedeutet, leistete Carl Helmut Steckner Wertvolles für die Mitgliedergruppe „Kehl–Hanauerland“ als deren Schriftführer, fachlicher Berater und Museumsmitarbeiter in Kehl und in Kork. Für den Kehler Raum engagierte er sich in der Denkmalpflege. Festungs- und Brückengeschichte Straßburg/Kehl faszinierten ihn seit seinem Hiersein.

Im Historischen Verein für Mittelbaden als Gesamtverein leitet Carl Helmut Steckner seit 1983 den Arbeitskreis/die Fachgruppe „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“. Er vermittelt dabei Informationen, knüpft Kontakte, führt Begegnungen herbei, plant gemeinsame Aktionen und erleichtert durch seine Übersetzungstätigkeiten vielfältige Begegnungen beiderseits des Rheins. Aufspüren, Festhalten und Bewahren von Gemeinsamkeiten in Geschichte, Kunst und Kultur beiderseits des Rheins ist dabei sein stetes Bemühen. Er ist zudem ein nimmermüder Anreger und Teilnehmer in der Fachgruppe „Denkmalpflege“.

Seit dem Jahre 1975 verfaßte Carl Helmut Steckner die Arbeitsberichte über das Hanauer Museum in unserer Zeitschrift „Die Ortenau“. Im Jahre 1979 schrieb er seinen ersten Fachbeitrag in dieser Zeitschrift über die Kehler Festung. Diesem folgten bis in die Gegenwart viele wertvolle und informative Beiträge, von denen folgende wegen ihrer thematischen Bedeutung genannt werden müssen: erneut über die Festung Kehl (1984), den Straßburger Baumeister Daniel Specklin (1986), 600 Jahre Rheinbrücke

zwischen Kehl und Straßburg (1988), über Kleindenkmäler der Napoleonszeit im Unterelsaß (1990), die gallo-römischen Götterbilder am Oberrhein (1993) und Drei Daten zum Kriegsende in Kehl (1995). An anderer Stelle erschienen „Das Kehler Stadtbild – statt einer Baugeschichte“ (1979) und „Unter der alten Schule. – Spuren des besonderen Schicksals Kehls“ (1995) sowie der Beitrag über die Festung Breisach in „Historische Festungen im Südwesten der Bundesrepublik“ (1995).

Schließlich ist Carl Helmut Steckner auch als Kultur-Journalist für den Verein für Mittelbaden wichtig, wertvoll und unersetzlich. Themen der Heimatgeschichte, der Regionalkultur, der Kunst, ob regional oder überregional, Berichte über Ausgrabungen, Fragen und Probleme der Denkmalpflege waren für ihn selbstverständlich und Anliegen zugleich.

Damit vor allem, und mit der ganzen Vielfalt seiner Tätigkeit machte sich Carl Helmut Steckner um den Historischen Verein für Mittelbaden verdient. Dafür erfährt er auch unseren herzlichen Dank und die besten Wünsche für die Zukunft.

Dr. Dieter Kauf

Professor Hermann Brommer zum 70. Geburtstag



Am 18. März 1996 konnte Professor Hermann Brommer in Merdingen am Tuniberg seinen 70. Geburtstag feiern. Dies ist für die Kunst- und Geschichtsfreunde Mittelbadens ein willkommener Anlaß, auf ein Lebenswerk zu blicken, das ohne Übertreibung als ungewöhnlich bezeichnet werden darf. Das Schriftenverzeichnis Brommers umfaßt bis zur Stunde 175 Titel geschichtlicher und kunstgeschichtlicher Abhandlungen, dazu kommen zahlreiche Buchbesprechungen und einige Aufsätze für das Allgemeine Künstlerlexikon, die in Druckvorbereitung stehen. Renommiertere Autoren ehrten ihn zu seiner Geburtstagsfeier mit der Herausgabe der Festschrift „Kunst und geistliche Kultur am Oberrhein“. Der Herausgeber, Bernd Mathias Kremer, hebt darin hervor, daß Brommer in den etwa 35 Jahren seiner Publikationstätigkeit Entscheidendes zur Erforschung der Kunstgeschichte des Oberrheingebiets geleistet habe. Durch sie habe er den Menschen unseres Raumes geholfen, ihre kulturellen Wurzeln zu finden. Er habe ihnen die Kostbarkeiten der Heimat erklärt und damit die Voraussetzungen für eine Neuentdeckung mit dem kunstgeschichtlichen Erbe geschaffen.

Einen bedeutenden Teil seiner Arbeiten hat Hermann Brommer der Kunstgeschichte seiner mittelbadischen Heimat gewidmet. Er hat Künstlerpersönlichkeiten vorgestellt, die nicht einmal mehr dem Namen nach bekannt waren. Durch die von ihm angewandte genealogische Methode gelang es ihm, Abhängigkeiten und stilistische Verwandtschaften zu erklären, die aufgrund des bisherigen Forschungsstandes nicht ins Bewußtsein kamen, so in seiner Arbeit über den Gengenbacher Barockbildhauer Philipp Winterhalder (Die Ortenau 54, 1974). Immer wieder zeigt er Zusammenhänge der Ortenauer Kunstlandschaft mit den anderen Gauen der Region auf, z.B. bei seiner Darstellung von Leben und Werk Johann Pfunners, des meistbeschäftigten Barockmalers Freiburgs, dessen Arbeiten sich in den Kirchen von Appenweier, Meißenheim und Griesheim befinden.

Brommers Name ist vor allem bekannt geworden als Autor von über sechzig Kunstführern über katholische und evangelische Kirchen, vor allem in Südbaden. Sie gehen in ihrer wissenschaftlichen Gründlichkeit vielfach

über das hinaus, was üblicherweise in derartigen Publikationen Standard ist, und finden daher guten Anklang: seine „Kleinen“ – besser gesagt „kompakten“ – Kunstführer über Gengenbach, Haslach, Neusatzeck, Kappelwindeck, Meißenheim, Herbolzheim mit ihren wertvollen Kurzbiographien der beteiligten Künstler und die „Großen“ Kunstführer über Gengenbach und seine Vaterstadt Bühl.

Hermann Brommer durfte für seine Leistung hohe Auszeichnungen in Empfang nehmen. Wer ihn näher kennt, weiß, daß er solche Ehrungen nicht sucht. In seiner bescheidenen Art hat er sich aber über die verdienten Auszeichnungen aufrichtig gefreut, z.B. über die Verleihung der Otto-Ernst-Sutter-Medaille der Stadt Gengenbach und den päpstlichen Sylvesterorden. Alle diese Ehrungen auf einen Nenner zu bringen, gelang einem der Festredner bei der Vorstellung der Festschrift, indem er den stets hilfsbereiten Jubilar als „den guten Menschen von Merdingen“ titulierte. Ihm wünscht auch der Historische Verein für Mittelbaden noch viele von froher Schaffenskraft erfüllte Jahre.

Werner Scheurer

Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelbaden 1995/96

Manfred Hildenbrand

Die Jahresversammlung der 34 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins für Mittelbaden fand am 15. Oktober 1995 in Ettenheim statt. Anlaß, in Ettenheim zu tagen, war das 75jährige Bestehen der Mitgliedergruppe Ettenheim.

Die geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung wurde im historischen Bürgersaal abgehalten. Der Schwerpunkt der Arbeit des Historischen Vereins für Mittelbaden, so Präsident Dr. Dieter Kauß in seinem Rechenschaftsbericht, seien die zahlreichen Projekte und Veranstaltungen der 34 Mitgliedergruppen sowie die vielfältigen Aktivitäten der acht Fachgruppen. Die Umsiedlung der umfangreichen Vereinsbibliothek, so betonte Dr. Kauß, in die ehemalige Essigfabrik nach Kehl-Kork werde im Frühjahr 1996 verwirklicht. Die Finanzierung dieses Vorhabens erfolge durch Spenden, vor allem aus den Reihen der Mitgliedergruppen.

Geschäftsführer Theo Schaufler gab einen detaillierten Kassenbericht, der von den Kassenprüfern Dr. Fritz Ebner und Werner Scheurer als vorbildlich bezeichnet wurde. Einstimmig wurde Theo Schaufler Entlastung erteilt. Der Geschäftsführer führte auch aus, daß die meisten Mitgliedergruppen in etwa den Mitgliederstand des Vorjahrs halten konnten. Leider ging die Mitgliederzahl in einigen Mitgliedergruppen durch altersbedingte Ausfälle auch zurück. Mitgliederzuwächse konnten die Mitgliedergruppen Achern, Rheinau und Oberkirch verzeichnen. Die Mitgliederzahl des Historischen Vereins für Mittelbaden beträgt 3582 Mitglieder (1994 waren es 3578).

Der Redakteur des Jahrbuchs „Die Ortenau“, Karl Maier, hob hervor, daß der Schwerpunkt der Beiträge im Jahresband 1995 das Kriegsende 1945 in der Ortenau sowie die Folgen des Zweiten Weltkrieges für die mittelbadische Region sei. Er beklagte, daß kein Aufsatz über das Mittelalter dabei sei.

Aufgrund der großen Verdienste für den Historischen Verein für Mittelbaden wurden Bernhard Uttenweiler (Ettenheim) und Helmut Schneider (Kehl-Kork) zu Ehrenmitgliedern ernannt. In seiner Laudatio betonte Präsident Dr. Dieter Kauß, daß Bernhard Uttenweiler durch zahlreiche Publikationen und Ausstellungen Beispielhaftes geleistet habe. Auch Helmut



*Helmut Schneider, Kehl-Kork (links), und Bernhard Uttenweiler, Ettenheim (rechts), wurden aufgrund ihrer großen Verdienste zu Ehrenmitgliedern des Historischen Vereins für Mittelbaden ernannt. In der Mitte Präsident Dr. Dieter Kauß.
Foto: Manfred Hildenbrand*

Schneiders Bemühungen um das Hanauer Museum in Kehl sowie das Handwerkermuseum in Kehl-Kork seien richtungweisend.

Die Mitgliederversammlung beschloß im Rahmen der geschäftlichen Sitzung die Gründung der neuen Fachgruppe Bergwerke/Bergbau (Leiter Helmut Decker, Ottenhöfen) und die Zusammenlegung der Fachgruppen Mundart und Flurnamen (Leiter Dr. Ewald Hall, Freiburg). Beim Empfang der Stadt Ettenheim im Palais Rohan stellte Bürgermeister Bruno Metz seine Stadt vor. In der anschließenden Festversammlung konnte Präsident Dr. Kauß auch Landrat Günter Fehringer, Landtagsabgeordneten Dr. Walter Caroli sowie den Präsidenten sämtlicher Geschichts- und Altertumsvereine des Elsasses, Jean Claude Hahn (Straßburg), begrüßen. Der Historische Verein für Mittelbaden, so Landrat Fehringer in seinem Grußwort, sei sehr prägend für die Identitätsfindung des Ortenaukreises gewesen.

Die Festrede bei der Festversammlung hielt der Vorsitzende der Ettenheimer Mitgliedergruppe, Bernhard Uttenweiler, über „Das Badhaus des Klosters Ettenheimmünster vor und nach der Säkularisation“. Die Feier wurde musikalisch umrahmt von Schülerinnen des Städtischen Gymnasiums Ettenheim sowie der Heimschule St. Landolin. Das Nachmittagsprogramm umfaßte eine Führung durch das barocke Ettenheim sowie einen Besuch der Wallfahrtskirche St. Landolin in Ettenheimmünster.

Am 9. März 1996 fand die Frühjahrstagung des Historischen Vereins für Mittelbaden im Konferenzsaal des Handwerkermuseums in Kehl-Kork statt. In ihrem Rahmen fand am Nachmittag die Eröffnung der Bibliothek des Historischen Vereins für Mittelbaden in der ehemaligen Essigfabrik statt, in der auch das Handwerkermuseum untergebracht ist.

Wie Präsident Dr. Dieter Kauß bei der Eröffnung betonte, kann der Historische Verein für Mittelbaden auf die Neueinrichtung seiner Bibliothek stolz sein. Sie ist für alle Vereinsmitglieder und historisch Interessierte zugänglich. In der Regel ist sie samstags geöffnet. Landrat Günter Fehringer beglückwünschte den Historischen Verein zur neuen, langfristigen Unterbringung seiner Bibliotheksbestände, die vorher seit etwa zehn Jahren sehr beengt im Landratsamt untergebracht waren. Nach den Worten des Oberbürgermeisters der Stadt Kehl, Detlev Prößdorf, ist die Unterbringung der Bibliothek in der ehemaligen Essigfabrik in Kork auch eine Bereicherung für die Stadt Kehl.

Ein neuer Standort für unsere Vereins-Bibliothek in Kehl-Kork. Eröffnung und Zeitschriftentitel

Präsident Dr. Dieter Kauf

Am 9. März 1996 haben wir unsere Vereins-Bibliothek an ihrem neuen Standort in der alten Essigfabrik/Handwerk-Museum in Kehl-Kork der Öffentlichkeit vorgestellt und eröffnet. In den Wochen bis zu den Sommerferien war diese jeweils an den Samstagen von 10 bis 16 Uhr zugänglich. Ob dies weiterhin so sein wird, hängt von der Bereitschaft ab, diese Bibliothek zu nutzen und sie auch nutzbar zu machen, d.h. Menschen zu finden, die ihre Freizeit opfern, um die Bibliothek offenhalten zu können.

Ungeachtet dieser Fragen und Probleme, die zu lösen sein werden, sei hier die Eröffnungsansprache des Präsidenten vom 9. März 1996 wiedergegeben, da diese alle nennenswerten Daten und Fakten rund um die Bibliothek und deren neuen Standort enthält. Den dort genannten und nicht erwähnten Spendern und Sponsoren gilt an dieser Stelle nochmals der beste Dank für ihr Engagement zugunsten der Vereins-Bibliothek.

Wortlaut der Ansprache:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder und Freunde des Historischen Vereins für Mittelbaden!

Es ist mir eine große Freude und Ehre, Sie alle am heutigen Nachmittag zur Vorstellung und Übergabe unserer Vereinsbibliothek an die Öffentlichkeit begrüßen zu können. Ich freue mich sehr, daß Sie so zahlreich zu uns gekommen sind, um mit uns zu feiern.

Ganz besonders herzlich begrüße ich Sie, Herr Prößdorf, als Oberbürgermeister der Stadt Kehl und als Hausherr dieser Räume. Ihnen und Ihrer Verwaltung, bes. Herrn Bürgermeister Armbruster und Herrn Ortsvorsteher Karch, haben wir es zu verdanken, daß wir heute und hier diese Bibliothek präsentieren können. Vielen herzlichen Dank!

Ein weiterer besonderer Willkommensgruß gilt Ihnen, Herr Landrat Fehring. Sie waren der vergangene Hausherr dieser Bibliothek; Sie sind zusammen mit dem Kreistag ein Freund und Förderer unseres Vereins. Diesen verbindet Vieles mit dem Ortenaukreis und dieser verdankt Vieles dem

Ortenaukreis, u.a. eine bemerkenswerte jährliche finanzielle Unterstützung. Dafür ebenso ein herzliches Dankeschön!

Es erfüllt mich mit ganz besonderer Freude, daß auch einige Bürgermeister aus dem Ortenaukreis unter uns sind. Diese begrüße ich ganz besonders herzlich, da die Gemeinden unseres Ortenaukreises und darüber hinaus dieses Vorhaben erheblich unterstützt haben. Sie haben dies hoffentlich nicht umsonst getan, denn die Arbeit des Historischen Vereins für Mittelbaden kommt vor allem den Städten und Gemeinden zugute. Wir hoffen, daß dies auch in Zukunft so sein wird.

Ich begrüße die anwesenden Herren Vorstände der Sparkassen und Volksbanken aus unserem Vereinsgebiet, die uns ebenfalls finanziell bei unserem Bibliotheksvorhaben unterstützt und gefördert haben. Vielen herzlichen Dank.

Auch das Regierungspräsidium Freiburg hat mit seinem Arbeitskreis „Alemanische Heimat“ unser Vorhaben gefördert, wofür ich an dieser Stelle herzlich danken möchte. Es ist mir daher eine große Freude, Sie Herr Harter, begrüßen zu können. Ihnen möchte ich zugleich für Ihr Engagement innerhalb des genannten Arbeitskreises zugunsten der Heimatpflege und Heimatgeschichte meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen und Sie zugleich herzlich bitten, sich weiterhin dafür einzusetzen.

Ich begrüße die anwesenden privaten und Firmenspender und danke diesen und den anderen sehr herzlich für deren Beitrag zugunsten unserer Bibliothek.

Natürlich haben auch unsere Mitgliedergruppen und Mitglieder durch eine einmalige Unterstützung im Jahre 1995, aber auch durch eigene, nicht unerhebliche Spenden zum Gelingen unserer Bibliothek beigetragen. Daher darf ich Sie als Vorsitzende und Vorstände unserer Mitgliedergruppen, als Ehrenmitglieder unseres Vereins, als Beiräte und Fachgruppenleiter sowie als meine Vorstandskollegen in unserem Verein besonders begrüßen und Ihnen zugleich für Ihr Mittun herzlich danken.

Mein besonderer Gruß gilt den Damen und Herren von der Presse. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und hoffe, daß Sie unser Tun wohlwollend und zugleich kritisch begleiten.

Zuletzt, aber deswegen lange nicht minder herzlich, begrüße ich die anwesenden Damen und Herren der Lesegesellschaft Kork und des Akkordeon-Clubs Kork. Seien Sie mir besonders begrüßt, unter Ihnen vor allem die

Herren Schneider, Haag und Tischler, ohne deren Mitarbeit, Unterstützung, Anregung und Engagement wir heute nicht hier zu diesem Anlaß zusammengekommen wären.

Meine Damen und Herren!

Die Überlegungen, unsere Vereinsbibliothek hier in den Räumen der ehemaligen Essigfabrik in Kork unterzubringen, reichen bis in die zweite Jahreshälfte 1994 zurück. Die bisherige Unterbringung seit 1984 im Landratsamt und zuvor im Ritterhaus in Offenburg erschien uns unbefriedigend und auch für die Situation des Kreisarchivs bei mangelnden Räumlichkeiten für dieses nicht ganz gerechtfertigt.

Im Gespräch mit Herrn Schneider eröffnete sich die Möglichkeit, unsere Bibliothek hier im Rahmen der Sanierung des Gebäudes und der Erweiterung des Handwerk-Museums sinnvoll für die Öffentlichkeit zugänglich unterzubringen. Zugleich könnte der Historische Verein hier ein gewisses Zentrum für sich und auch die Möglichkeit eines Engagements für Kork und Kehl finden.

Die Mitgliederversammlung am 23. Oktober 1994 gab ihre Zustimmung zu diesem Projekt. In Verhandlungen mit der Stadtverwaltung von Kehl und der Ortschaftsverwaltung Kork galt es nun, die baulichen und vertraglichen Voraussetzungen für eine Bibliotheksunterkunft zu schaffen. Dank der Unterstützung von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Präßdorf, und Ihnen, Herr Bürgermeister Armbruster, war es möglich, am 28. Juni 1995 die entsprechenden vertraglichen Regelungen zu unterzeichnen, nachdem der Ortschaftsrat ebenfalls seine Zustimmung gegeben hatte. Herrn Ortsvorsteher Karch sei hier ebenso für die gute Zusammenarbeit gedankt.

Nun kamen die baulichen Aktivitäten in Gang. Wer den Raum im Frühjahr 1995 hier gesehen hat, kommt heute aus dem Staunen nicht heraus, was sich hier baulich getan hat. Es ist das Verdienst der Herren Schneider, Haag und Tischler, für das ich nicht genügend danken kann und das ich als herausragend hervorheben möchte. Mein Dank gilt aber auch den ABM-Kräften, die bis zum heutigen Tag mitgeschafft und mitgearbeitet haben und hoffentlich hier eine Bestätigung in ihrem Tun gefunden haben.

Ab November 1995 konnten wir selbst hier tätig werden, den Umzug in die Wege leiten und die Bibliothek hier aufstellen und benutzbar machen. Dies geschah im wesentlichen in Eigenarbeit des Vorstands. Engagiert haben sich hier Herr Maier, unser Redakteur, den ich heute leider entschuldige

gen muß, und vor allem Herrn Schaufler, unsern Geschäftsführer. Manchen Tag und manchen Abend haben wir hier verbracht, bis es heute losgehen konnte. Herzlichen Dank an alle!

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich Ihnen zuletzt unsere Bibliothek vorstellen. Sie kommt vor allem zustande durch den Tausch der Zeitschriften mit anderen historischen Vereinen. Deshalb enthält diese Bibliothek insgesamt 235 Zeitschriftenbestände aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und dem Elsaß. Davon werden 120 Zeitschriften laufend gehalten. Etwa 1500 Monographien ergänzen diesen Bestand, entweder gekauft oder als Besprechungsexemplare angeliefert.

Momentan macht dieser Bestand etwa 230 laufende Meter aus. Die Bibliothek selbst ist auf 350 laufende Meter angelegt, so daß für die Zukunft genügend Platz vorhanden ist, der überdies noch ausgeweitet werden kann.

Auf die Schaffung und Belegung dieser Bibliothek kann der Historische Verein stolz sein. Er freut sich darüber; aber er nimmt damit auch eine Verantwortung auf sich.

Wie werden wir daher diese Bibliothek für Vereinsmitglieder und für Interessierte öffnen und benutzbar machen?

1. Wir wollen den Charakter einer Präsenzbibliothek, d.h. sie soll benutzbar werden. Ausleihen sollte Seltenheit sein. Eher wollen wir die Möglichkeit von Fotokopien bieten.
2. Daher haben wir uns vorgenommen, bis zur Sommerpause die Bibliothek samstags von 10 bis 16 Uhr zu öffnen. Damit hoffen wir, den Interessierten genügend Gelegenheit zu geben, gezielt nach Kork zu kommen, sich dort in der Bibliothek kundig zu machen, dort zu arbeiten und von dort eventuell Kopien mitzunehmen.

Dies aber heißt, daß wir dafür noch nicht genügend gerüstet und ausgestattet sind. Dies bedeutet aber auch, daß ich heute noch einmal Sie bitten möchte, uns weiterhin zu unterstützen, vor allem auch finanziell.

Doch bevor ich erneut zu betteln beginne, möchte ich schließen und damit zugleich die Bibliothek des Historischen Vereins für Mittelbaden hier in Kehl-Kork eröffnen und der Öffentlichkeit präsentieren.

Nach den Grußworten von Herrn Oberbürgermeister Prößdorf und Herrn Landrat Fehringer darf ich Sie zu einem kleinen Empfang bitten, bei Gugelhupf und Speckkuchen. Währenddessen und danach sollten Sie sich aber unsere Bibliothek einen Stock höher ansehen.

Ich danke Ihnen!

Während des Empfangs und danach besichtigten die interessierten Besucher die neu untergebrachte Vereins-Bibliothek. Sie konnten sich von den ansprechenden Räumlichkeiten und der guten Aufstellung überzeugen sowie sich über den Bestand der Bibliothek informieren. Dessen wichtigster Teil sind die landeskundlichen Zeitschriften, von denen über 120 laufend gehalten und ergänzt werden. Etwa die Hälfte der laufenden Zeitschriften seien hier nach ihrem Bibliotheksstandort genannt, um zur Benutzung der Bibliothek Anreize zu bieten:

- Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
- Alemannisches Jahrbuch
- Die Ortenau
- Freiburger Diözesanarchiv
- Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte
- Jahrbuch für die Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte = Esslinger Studien =
- Esslinger Studien. Schriftenreihe
- Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg
 - Reihe A: Quellen
 - Reihe B: Forschungen
- Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst
- Jahrbuch für fränkische Landesforschung
- Rheinische Vierteljahrsblätter
- Verhandlungen des Hist. Vereins für Oberpfalz und Regensburg
- Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs
- Hannoverische Geschichtsblätter
- Bühler Blaue Hefte / Bühler Heimatgeschichte
- Der Wormsgau
- Mainzer Zeitschrift
- Bericht der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts
- Schau-ins-Land. Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins
- Das Markgräflerland. Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur

- Argovia. Jahresschrift der Hist. Gesellschaft des Kantons Aargau
- Badische Heimat
- Hegau. Hegau-Bibliographie
- Mannheimer Hefte
- Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung
- Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich
- Unsere Heimat. Monatsblatt des Vereins für Landeskunde und Heimatschutz von Niederösterreich und Wien
- Düsseldorfer Jahrbuch
- Braunschweigisches Jahrbuch
- Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen
- Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
- Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter
- Fuldaer Geschichtsblätter
- Kurtrierisches Jahrbuch
- Geroldsecker Land
- Um Rhein und Murg / Heimatbuch Landkreis Rastatt
- Württembergisch-Franken
- Zeitschrift des Hist. Vereins für Schwaben

Tätigkeitsberichte der Mitgliedergruppen

Achern

Aufschlußreiche Vortragsveranstaltungen zu den unterschiedlichsten Fachgebieten in Verbindung mit bemerkenswerten Exkursionen in die engere und weitere Heimat prägten auch 1995 wieder das Jahresgeschehen im Historischen Verein für Mittelbaden, Mitgliedergruppe Achern.

Ein bedeutsamer und zugleich beziehungsreicher Auftakt zu den Veranstaltungen des Jahres, in dem sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 50. Male jährte, war der von Realschulrektor Friedrich Peter, Achern, am 19. Januar 1995 gehaltene Vortrag „Judenverfolgung in Kehl und im Hanauerland in der Zeit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft“. Die Tatsache, daß es dem Referenten vortrefflich gelang, allgemeine historische Fakten an leidvollen Schicksalen einzelner Juden oder ganzer Familien aufzuzeigen, verlieh dem Vortrag besondere Eindringlichkeit.

Am Samstag, dem 8. April 1995, stand eine Lehrfahrt auf dem Programm, die ein ganz besonderes Thema aufwies: „Russische Dichter des 19. Jahrhunderts in Baden-Baden“. Horst Brombacher, der erste Vorsitzende der Mitgliedergruppe, hatte dazu eingeladen, gleichsam in einem literarisch-historischen Streifzug Aufenthaltsorte russischer Dichtergrößen wie Turgenjew, Dostojewski, Gogol oder Tolstoi zu erkunden und Begebenheiten und Ereignisse aus dem Leben und Wirken dieser Persönlichkeiten zu erfahren, die allesamt eine besondere Verbundenheit zur Oostalmetropole hatten.

Eine weitere Halbtagesexkursion führte eine wiederum stattliche Teilnehmerzahl am 17. Juni nach Kork bei Kehl.

Helmut Schneider präsentierte dort zunächst das von ihm gegründete Handwerksmuseum, wo die Lehrfahrtteilnehmer eine fundierte Einführung in die Kunst des Fachwerkbaues erfuhren. Solche Bauten konnten dann bei dem sich anschließenden Rundgang durch das Dorf vielerorts bewundert werden. Der „Korker Bühl“ mit seinen prächtigen Fachwerkbauten fand naturgemäß besondere Beachtung.

Die Tagesfahrt 1995, am Samstag, dem 2. September veranstaltet, wies zwei besonders ausgesuchte Punkte auf: die Führung durch das Malteserschloß mit Museum in Heitersheim im Markgräflerland und den Besuch der Sonderausstellung über den Reliquienkult des 17./18. Jahrhunderts im Freiburger Augustinermuseum.

Beide Programmpunkte fanden bei den ca. 50 Teilnehmern ein ungeteilt positives Echo.

Traditionell wird der Ablauf der Generalversammlung in jedem Jahr durch ein interessantes Referat bereichert, so auch am 15. September 1995. Nach Erledigung der Tagesordnung machte Mitglied Helmut Decker, Ottenhöfen, die Versammlungsteilnehmer mit der weithin unbekanntem Materie der Inflation im Dreißigjährigen Krieg bekannt.

Sein Vortrag zu dem Thema: „Die Kipper- und Wipperzeit und die Willstetter Münze“ stieß auf allgemeines Interesse und löste im Anschluß an die Ausführungen eine rege Diskussion aus.

In den Genuß eines buchstäblich „sagenhaften Abends“ kamen zahlreiche Besucher der die Jahresarbeit abschließenden Veranstaltung am 21. November 1995. Die Mitgliedergruppe hatte zu einem zweiteiligen Themenabend „Sagen der Heimat“ in Wort und Musik eingeladen. Elmar Gschwind, der zweite Vorsitzende des Vereins, hielt ein Referat zu diesem Thema, in dem er Wesen und Ursprung von Sagen untersuchte und auf formale Gestaltungselemente dieser literarischen Gattung einging. Als Höhepunkt und Abschluß dieses Abends kam schließlich eine vom Vortragenden konzipierte Bühnenfassung der „Sage vom Edelfrauengrab“ mit einer eigens dazu komponierten Musik von Fredy Weber zur Aufführung.

Elmar Gschwind

Appenweier

Dia-Vorträge:

- „Aus der Kulturgeschichte des Weines.“ In Zusammenarbeit mit dem katholischen Altenwerk (Karl Maier).
- „Wachau, Nibelungengau, Strudengau.“ In Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk Südtirol (Roland Neugard).
- „Allerheiligen“. In Zusammenarbeit mit dem Altenwerk Zusenhofen (Karl Maier).
- „Der Isenheimer Altar“. In Zusammenarbeit mit dem Altenwerk Appenweier-Nesselried (Karl Maier).

Besprechung über Arbeiten und Pläne der Mitgliedergruppe.

Aus dem Kreis unserer Mitglieder starb Frau Christa Ebner.

Karl Maier

Bad Peterstal-Griesbach

Schon seit Jahren bietet die Mitgliedergruppe Bad Peterstal-Griesbach im Herbst eine mehrtägige Fahrt an. 1995 hatte man Südtirol als Ziel gewählt. Vom 13. bis 20. September wurde in St. Lorenzen im Pustertal unterhalb des Brunecker Hausberges Kronplatz Quartier bezogen. Die zentrale Lage des Ortes bot ideale Möglichkeiten, sich während des Aufenthaltes und bei den täglichen Ausflügen mit dem Bus mit Geschichte und Kultur der Region vertraut zu machen. Dazu trugen auch die fachkundigen Führungen bei, so in Brixen (Stadt und Dom), Kloster Neustift, Innichen, Schloß Taufers. Abwechslungsreich waren Fahrten in die Dolomiten, weil man Routen wählte, die durch reizvolle Täler führten, so durch das Gader-Tal, das Höhlensteiner Tal, das Villnösser Tal. Nicht jeder Halt bei diesen Fahrten war eingeplant, aber es gab Orte mit einer Kirche oder Kapelle, errichtet und geprägt aus Volksfrömmigkeit und Eigenart der Südtiroler Menschen, und ebenso gab es landschaftliche Schönheiten, die zu einem – wenn auch kurzen – Aufenthalt animierten. Dieser Fahrt nach Südtirol ging am 4. September eine Besprechung mit den Fahrtteilnehmern voraus.

Am 6. Februar fand eine Zusammenkunft der Mitgliedergruppe statt, bei der anhand von Dias eine Rückschau auf die Acht-Tage-Fahrt in den Harz im Jahr zuvor gehalten wurde.

Siegfried Spinner

Bühl

Im Jahre 1995 wurde von seiten des Vorbereitungsteams versucht, die doch relativ gut besuchten „Stammtische“ teilweise mit Themen zu belegen. Die Themen wurden vorher über die örtliche Presse mitgeteilt.

Im Jahre 1995 wurden drei „Stammtische“ abgehalten, der erste von Herrn Müller vom Landesarchiv Karlsruhe über das Thema „Auswanderer“, der zweite „Stammtisch“ war für allgemeine Fragen da, der dritte beinhaltete Fragen zur Familienforschung.

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bühl boten wir im Frühjahr einen Vortrag von Herrn Wilfried Lienhard „Das Ende des zweiten Weltkrieges“ an und im Oktober einen Stadtrundgang mit den Herren Wolfgang Jockerst und Günther Mohr „Auf den Spuren jüdischer Geschichte“.

In Zusammenarbeit mit dem Heimatverein „Bühler Menti“ luden wir im Mai zu dessen Vortrag von Herrn Michael Rumpf über die Pläne für das neue Bühler Heimatmuseum ein.

Egon Schempp

Ettenheim

Mit mehreren herausragenden Veranstaltungen feierte die Mitgliedergruppe Ettenheim im Jahre 1995 ihr 75jähriges Bestehen im Historischen Verein für Mittelbaden.

Am 27. April 1995 fand im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Ettenheim eine Sitzung statt, in der die Durchführung der für das Jubiläumsjahr geplanten Aktivitäten besprochen wurde. In dieser Sitzung referierte Karl-Heinz Debacher aus Rust über seine Dissertation „Regionales Geschichtsbewußtsein. Historische Vereine am Oberrhein unter besonderer Berücksichtigung des Historischen Vereins für Mittelbaden“. Diese Dissertation vermittelt äußerst aufschlußreiche Erkenntnisse über die Entstehungsgeschichte des Historischen Vereins für Mittelbaden und seine Stellung im Dritten Reich.

Den Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten bildete am 17. Juli eine Feierstunde im Bürgersaal, die von Friedhelm Bär, Günter Däggelmann und Bernhard Wagner mit barocker Musik harmonisch umrahmt wurde. Bernhard Uttenweiler hielt einen Vortrag über die Geschichte der im Jahre 1920 gegründeten Mitgliedergruppe Ettenheim. Präsident Dr. Kauß und Bürgermeister Bruno Metz fanden anerkennende Worte für die durch zahlreiche Ausstellungen und Publikationen gekennzeichnete Arbeit des Ettenheimer Vereins. Gleichsam als Jubiläumsgeschenk übergab der Vorsitzende die „Bibliographie zur Geschichte Ettenheims und seiner Umgebung“ der Öffentlichkeit, die der aus Münchweiler stammende 88jährige Heimatforscher und Landwirtschaftsrat a.D. Emil Schwendemann verfaßt hatte. Alle Redner zollten dieser Arbeit von Emil Schwendemann, in der 1350 Veröffentlichungen aufgeführt sind, großes Lob und hohe Anerkennung. Den Entwurf für den Umschlag fertigte wieder unser Mitglied Fernand Louzy kostenlos an.

Am 17. September wurden von der Stadt Mahlberg und dem Ortsteil Orschweier das 150jährige Bestehen des Bahnhofs Orschweier an der Bahnstrecke Offenburg–Freiburg gefeiert. Ortsvorsteher Ingolf Santo hielt einen Vortrag über die Geschichte des Bahnhofs Orschweier. Landrat Günter Fehringer sprach über heutige Probleme des Öffentlichen Personennahverkehrs. Im Gasthaus Krone wurden Teile der 1992 vom Historischen

Verein präsentierten Ausstellung über das Ettenheimer Bähnle der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht.

Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Mitgliedergruppe fand am 15. Oktober die Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden in Ettenheim statt. Im Rahmen dieser Sitzung wurde Bernhard Uttenweiler, der Vorsitzende der Ettenheimer Mitgliedergruppe, zum Ehrenmitglied ernannt. Von Präsident Dr. Dieter Kauß wurde ihm eine sehr schön gestaltete Urkunde überreicht. Bürgermeister Bruno Metz lud die Teilnehmer der Tagung im Namen der Stadt Ettenheim zu einem Empfang in den Sitzungssaal des Palais Rohan ein. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister sprach Dr. Robert Furtwängler einführende Worte zum Rohan-Gobelin und zum Thoraschrein-Vorhang. Die Festsitzung, bei welcher der Vorsitzende die Festansprache über „Das Bad und Gästehaus des Klosters Ettenheimmünster vor und nach der Säkularisation“ hielt, wurde von den Schülerinnen Constanze Toth und Sandra Roesse vom städt. Gymnasium und von Claudia Bär und Ute Knorr, ehemalige Schülerinnen der Heimschule St. Landolin, mit barocker Musik umrahmt. Jeder Teilnehmer erhielt den Nachdruck einer Festaussgabe der Ettenheimer Zeitung vom 17. Juli 1920, die zur Jahreshauptversammlung in Ettenheim erschienen war. Außerdem erhielten die Anwesenden einen Artikel von Bernhard Uttenweiler zur Geschichte des Historischen Vereins Ettenheim. Beim gemeinsamen Mittagessen im Gasthaus „zum Ochsen“ trug Christa Mösch, die Vorsitzende der Muettersproch-Gesellschaft, einige Gedichte von Fritz Broßmer vor. Am Nachmittag boten Dr. Robert Furtwängler und Thomas Dees Stadtführungen in Ettenheim an, der Vorsitzende führte durch die Wallfahrtskirche St. Landelin in Ettenheimmünster, wo Diplomtheologe Werner Veith die Silbermann Orgel spielte.

Im vollbesetzten Bürgersaal in Ettenheim hielt Freiherr Dietrich von Boecklin am 12. November 1995 wieder einen interessanten Vortrag, diesmal über den vor 250 Jahren geborenen Musikbaron Franz Friedrich Siegmund August Reichsfreiherrn Boecklin von Boecklinsau. Freiherr von Boecklin verstand es, ein lebendiges Bild seines Vorfahren zu zeichnen. Auch mit dem Vortrag von Liedern, die der Musikbaron komponiert hatte, zog er seine Zuhörer in Bann. Die Veranstaltung wurde vom gemischten Chor des Männergesangsvereins Orschweier musikalisch umrahmt. In einem weiteren Programmpunkt dieser Matineeveranstaltung wurde das von Architekt Erich Berblinger in unzähligen Stunden angefertigte maßstabgetreue Modell der ehemaligen Benediktinerabtei Ettenheimmünster vorgestellt. Aus diesem Anlaß wurde vom Historischen Verein Ettenheim auch die 1870 von Pfarrer Albert Kürzel veröffentlichte Geschichte der Benediktinerabtei Ettenheimmünster im Nachdruck herausgegeben. Die kunst-

volle Gestaltung des Buchumschlages verdanken wir wieder unserem Mitglied Ferdinand Louzy.

Anfang November wurde die Ettenheimer Grund- und Hauptschule in einer schulischen Feierstunde nach dem aus Ettenheim stammenden Singer Stadtpfarrer August Ruf benannt, der 1943 im Alter von 74 Jahren von den Nazis wegen Mithilfe zur Flucht einer jüdischen Frau verhaftet worden war und 1944 an den Folgen der Haft starb. Realschullehrer Thomas Dees, der in dem 1988 vom Historischen Verein herausgegebenen Buch „Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinde“ schon eine Biographie von Pfarrer Ruf veröffentlicht hatte, stellte zusammen mit Realschulrektor Bangert und Schülern der August-Ruf-Schule in einem Dia-Vortrag das Leben und Wirken des Märtyrerpriesters dar. Die Namengebung war von Bernhard Uttenweiler auf Anregung von Hauptlehrerin Maria Schwab vorgeschlagen und von den schulischen Gremien und dem Stadtrat beschlossen worden. Der Vorsitzende überreichte dem Schulleiter für die Lehrerbibliothek ein Exemplar des Buches über die Ettenheimer Juden mit der genannten Abhandlung über Monsignore August Ruf.

Als letzte Veranstaltung im Jubiläumsjahr fand am 8. Dezember 1995 in Anwesenheit von mehreren Mitgliedern der Familie Ferdinand vor dem Amtsgericht Ettenheim die Einweihung einer Gedenktafel für den 1967 verstorbenen Heimatforscher und Landgerichtsdirektor Dr. Johannes Baptist Ferdinand statt. Der Vorsitzende der Ettenheimer Mitgliedergruppe würdigte das beeindruckende historische Werk des Ettenheimer Heimatforschers. Frau Brigitte Ferdinand, die Gattin von Herrn Ministerialrat a.D. Dr. Horst Ferdinand, der wegen Krankheit an dieser Feier nicht teilnehmen konnte, verlas eine Grußadresse. Bürgermeister Bruno Metz lud die Anwesenden, darunter Landgerichtspräsident Dr. Weber von Freiburg, Amtsgerichtsdirektor Franz Wetzels und viele Mitglieder des Historischen Vereins zu einem Empfang ein. Die Tafel hat folgenden Wortlaut: Zur Erinnerung an Landgerichtsdirektor Dr. Johannes B. Ferdinand, geb. 1880 Ränderoth, gest. 1967 Ettenheim. Amtsrichter in Ettenheim 1920–1928. Heimatforscher und Ehrenbürger der Stadt Ettenheim. Gestiftet 1995 aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des Historischen Vereins Ettenheim.

Im Jahre 1995 fanden wieder zwei Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule statt. Im Frühjahr bot Thomas Dees eine Stadtführung durch Ettenheim an, im September führte Bernhard Uttenweiler durch die Wallfahrtskirche St. Landelin in Ettenheimmünster, wobei Werner Veith wieder die Silbermann-Organ spielte.

Beim Neujahrsempfang 1996 der Stadt Ettenheim würdigte Bürgermeister

Bruno Metz die Verdienste von Bernhard Uttenweiler als Vorsitzenden der Mitgliedergruppe Ettenheim um die Darstellung der Geschichte der Stadt in zahlreichen Ausstellungen und verschiedenen Publikationen mit der Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Ettenheim.

Die von Bernhard Uttenweiler begonnene fotografische Dokumentation des jüdischen Friedhofes in Schmieheim wurde von Werner Wernstedt vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis Ettenheim fortgesetzt.

Folgende heimatgeschichtliche Abhandlungen sind in der Zeitschrift Geroldsecker Land (37) 1995 enthalten: Paul-René Zander, Boecklin contra Bourbon – ein besonderes Kapitel zur Boecklinschen Familienchronik (mit einem Aquarell des Herzogs von Enghien und seinem Jagdhund Mohiloff). Herbert Motz, Die St.-Wolfgang-Kapelle in Ringsheim. Hubert Kewitz, Schultheiß Fabers Ende (betrifft Ringsheim und die Hexenverfolgung). Gerhard Finkbeiner, Der Klosterhof, Ursprung der Siedlungsgründungen im oberen Schuttertal. Mit der Herausgabe eines sehr ansprechenden bebilderten Stadtführers mit fundierten Texten von Hubert Kewitz füllte Hubert Machleid als Herausgeber im Dezember 1995 eine große Lücke bei den heimatgeschichtlichen Veröffentlichungen.

Bernhard Uttenweiler

Gengenbach

- | | |
|------------|--|
| 21. 2.1995 | Vorstandssitzung |
| 12. 3.1995 | Jahreshauptversammlung, alter Vorstand wiedergewählt |
| 27. 4.1995 | Stammtisch. Thema: Kriegsende 1945 |
| 10. 6.1995 | Bahnfahrt zur Klostersausstellung Alpirsbach |
| 2. 8.1995 | Stammtisch. Themen: Prälatenturm, Kinzigorturm |
| 15. 8.1995 | Kräuterweihe, Wortgottesdienst im Kräutergarten |
| 25.10.1995 | Stammtisch |

Weitere Aktivitäten:

Arbeiten der Mitglieder im Kräutergarten, Stadtführungen, Begehungen, Mitarbeit von Mitgliedern in Kl. Brauchtumsrunde, VHS, Gengenbacher Blätter, Vorbereitung für Aktivitäten zum Gedenken an 1848.

Bei der Kräuterweihe gewinnt Frau Elke Hügel den 1. Preis für den sachgemäßesten und schönsten Büschel.

Hertha Schlegel

Haslach i.K.

Veranstaltungen:

- 16.10.1995: Vortrag von Dr. Peter Fäßler (Freiburg) über „Südbaden unter französischer Besatzungszeit 1945–1949“
- 29.1.1996: Lichtbildervortrag von Herbert Berg (Offenburg) über „Burgund – kulturelles Zentrum im Mittelalter“
- 26.2.1996: Lichtbildervortrag von Ansgar Barth (Gutach) über „Die Sorge für Recht und Ordnung in früherer Zeit“
- 29.4.1996: Hauptversammlung der Haslacher Mitgliedergruppe mit Lichtbildervortrag von Manfred Hildenbrand über „Das ehemalige Kapuzinerkloster in Haslach – seine Geschichte und seine Kulturdenkmäler“

Das denkmalpflegerische Projekt, das die Mitgliedergruppe Haslach in Zusammenarbeit mit der Stadt Haslach durchführte: die Rettung der alten historischen Grabsteine auf dem Haslacher Friedhof konnte 1995/96 abgeschlossen werden. Zu diesem Zweck stellte die Mitgliedergruppe Haslach der Stadt Haslach 3000 Mark zur Verfügung. Inzwischen sind die alten Grabsteine restauriert und im Innern der Friedhofskapelle an den Wänden aufgestellt und befestigt worden. Das Innere der Friedhofskapelle, des ältesten Gotteshauses Haslachs (1610 erbaut), mit seinen zwei schönen Barockaltären wurde vom Haslacher Restaurator Helmut Fuggis in vorbildlicher Weise restauriert.

Manfred Hildenbrand

Hausach

Als die Burgwache des Historischen Vereins mit den Burgbläsern und den Burgfrauen nach den vorangegangenen Jahren nun schon traditionell mit ihrer „Neujahrserenade“ der Bevölkerung in Wort, Lied und frommen Weisen Glück und Segen auf den Weg durch die kommenden zwölf Monate mitgaben, eröffneten sie gleichzeitig für die Vereinigung ein arbeitsreiches Jahr.

Schwerpunkt war die 50. Wiederkehr des Kriegsendes von 1945. Nach monatelangen Vorbereitungen wurde in den beiden Geldinstituten die Ausstellung: „8. Mai 1945/1995 – 50 Jahre – Wir erinnern uns“ eröffnet. Unter den Teilthemen „Hausach unter dem Hakenkreuz – Der Krieg fordert seine Opfer – Hausacher an allen Fronten – Dem Ende entgegen – Leben nach

der Stunde Null“ dokumentierten Bilder, Schriftstücke und Gegenstände die damalige Zeit. Vor der Grund- und Hauptschule wurde die vom Historischen Verein gestiftete und vom Künstler Dimitri Petrov gestaltete „Friedenssäule“ mit der Aufschrift „8. Mai 1945+1995 – 50 Jahre Frieden in Freiheit – zur Erinnerung und Verpflichtung“ enthüllt.

Mit einer weiteren Stiftung trat der Verein an die Öffentlichkeit: Auf dem Weg zum Bahnhof erinnern bei der Unterführung je ein restauriertes, voll funktionsfähiges zweiflügeliges Hauptsignal und ein Vorsignal an die Tradition von Hausach als „Eisenbahnerstadt“.

Im März erfreute Mundartdichter Gerhard Jung aus Lörrach mit seiner Frau durch „Ä freidigs Stiendli“ mit seinen Mundartgedichten. Prof. Dr. Konrad Kunze aus Freiburg begeisterte mit seinem Vortrag „Alemannisch, was ist das?“ im November.

Ebenso standen zwei heimatkundliche Wanderungen auf dem Jahresprogramm: Auf der Grenze zwischen der Ortenau und dem Breisgau (Höhenhäuser–Hühnersedel–Schweighausen) und auf dem „Jakobusweg“ von Steinach nach Zell a.H. Eine landeskundliche Exkursion – zusammen mit der Haslacher Mitgliedergruppe – führte auf die Spuren der Hohenzollern zur Burg Hohenzollern und zum Schloß nach Sigmaringen.

Im Frühjahr fand wieder ein informatives Gespräch über denkmalpflegerische und historische Fragen mit Bürgermeister Scharf auf dem Rathaus statt. Im Rahmen des „Muttertagsmarktes“ nahm auch der Historische Verein an den Darbietungen teil. Ende Juni erhellte das „Johannisfeuer“ eine der kürzesten Nächte des Jahres vom Schloßberg aus, der durch eine weitere Aktion der vereinseigenen „Rentnerriege“ erneut von lästigem Unkraut befreit wurde.

Weitere Aktivitäten entfaltete der Verein bei der Verlegung des „Heimatspfades“ durch den Bau der Umgehungsstraße, bei der Ausrichtung des Vereinspatroziniums von St. Sixt und durch die Vorbereitung und Teilnahme am Historischen Umzug im Rahmen des Tunnelfestes.

Kurt Klein

Hohberg

Februar 1995 Pfarrer i.R. Christian Fünfgeld referiert über Albert Schweitzer: „Leben und Wirken – geprägt vom Elternhaus und Heimat“.

- März 1995 In einem Dia-Vortrag wird die geplante Reise nach Dresden und Umgebung vorgestellt. Außer den in Bildern vorgestellten Gebäuden und Landschaften wurden geschichtliche Zusammenhänge aufgezeigt.
- April 1995 Vom 25.05. bis 28.05.1995 fand unsere 4tägige Studienreise nach Dresden und Umgebung statt. Wir besuchten den Meißener Dom, ein herrliches gotisches Gebäude, die Festung Königstein, das Elbsandsteingebirge, Schloß Pillnitz, Schloß Moritzburg. Beeindruckend war aber besonders die Altstadt von Dresden, die man mit Recht als „Elbflorenz“ bezeichnet, mit ihren doch schon wieder zum großen Teil rekonstruierten ehrwürdigen Kirchen und geschichtsträchtigen Bauten.
- September 1995 Geistl. Rat Dr. Josef Bayer referiert über „Die Revolution von 1848 in Hofweier“.
- Oktober 1995 „Karl der Große – Schöpfer des Abendlandes“, Dia-Vortrag mit Pfarrer R. Meier.
- November 1995 Tagesfahrt unter der Leitung von Rektor Schmitt, Neuried, „Auf den Spuren des Türken-Louis“: Schloß Rastatt, Lustschlößchen Favorit, Stiftskirche Baden-Baden und der Klosterkirche Schwarzach.
- November 1995 Dia-Vortrag von Rektor Schmitt, Neuried, „Der Türken-Louis und die Markgräfin Sybilla Augusta – ein Herrscherpaar in harten Zeiten“.

Am 12. Januar 1996 fand die gut besuchte Jahresversammlung wieder in der Probierstube des Weingutes Roeder von Diersburg statt. Besonders begrüßen konnten wir unseren Präsidenten Dr. Kauß sowie den Geschäftsführer Herrn Theo Schaufler. Mit einem Grußwort des Präsidenten Dr. Kauß und einem Kurzreferat unseres Ehrenmitgliedes Geistl. Rat Dr. Bayer „Die Herrensitze der Freiherren Roeder von Diersburg“ endete der offizielle Teil der Jahreshauptversammlung.

Im Rahmen der Hohberger-Hobby-Ausstellung in der Gemeindehalle Diersburg beteiligte sich die Fachgruppe Museum mit einer Bilddokumentation. Gezeigt wurde u.a. die neu aufgestellte alte Schmiede sowie Gerätschaften, die in vielen freiwilligen Arbeitsstunden wiederhergestellt und funktionstüchtig gemacht wurden.

Helmut Dorgathen

Hornberg – Triberg

Ohne Zweifel wird das Jahr 1995 als besonders erfolgreich in die Annalen des Historischen Vereins Hornberg e.V. eingehen. Neben der siebenmaligen Aufführung des Heimatspiels „Das Hornberger Schießen“ vor etwa 5600 Zuschauern wurden die Gespenstergeschichte „Das wiedergefundene Lachen“ achtmal und die Kriminalkomödie „Gangster, Gräber und Gelehrte“ viermal auf der Erwin-Leisinger-Bühne aufgeführt. Hinzu kamen zwei Heimatabende in der Stadthalle.

Zum Höhepunkt des Vereinsgeschehens gestalteten sich indessen die Feierlichkeiten zum 40jährigen Jubiläum des Historischen Vereins. Nachdem dessen bewegte Geschichte in einer informativen Ausstellung von Thomas Kriegl in der Schalterhalle der Sparkasse dargestellt worden war, brachten fast alle noch lebenden Akteure der Uraufführung das Traditionsstück vom Hornberger Schießen in Gegenwart des Autors Erwin Leisinger noch einmal zu einer glanzvollen Aufführung. Dabei durfte der Vorsitzende des Historischen Vereins, Wilhelm Brüstle, aus den Händen des Präsidenten des Landesverbandes der Amateurtheater von Baden-Württemberg, Helmut Kuhn, die Ehrenmaske des Landesverbandes als dessen höchste Auszeichnung entgegennehmen, nachdem zuvor zahlreiche Mitglieder des Vereins für 25- und 40jährige aktive Mitarbeit geehrt worden waren, allen voran Erwin Leisinger und Walter Aberle.

Etwas weniger spektakulär verlief das vergangene Jahr für den Förderverein Stadtmuseum Hornberg e.V., der sich vor allem die Erforschung und Darstellung der heimatlichen Geschichte und die Einrichtung eines Museums zur Aufgabe gestellt hat. Obwohl letzteres aus Gründen der Nutzung der vorgesehenen Räumlichkeiten durch die wegen der Rathaussanierung „ins Exil verbannte“ Stadtverwaltung nicht in der gewünschten Intensität betrieben werden konnte, war man doch unermüdlich dabei, weitere Exponate zu sammeln und den schon vorhandenen Bestand zu sichten und zu ordnen. Dabei scheuten der rührige Vorsitzende Wolfgang Neuß und seine Mitarbeiter keine Mühe, dem Leben des Vereins immer wieder neue Impulse zu geben durch die monatlichen Treffs zum gegenseitigen Gedankenaustausch, durch Vortragsabende und Exkursionen.

So seien erwähnt die Diavorträge von Otto Reeb und Alfons Stadler zur neuesten Geschichte der Stadt Hornberg, der Abend mit Kurt Klein über die „Freudentage des Kalenderjahres“ und die Veranstaltung mit Wolf Dieter Gramlich zum Thema „Frühe St. Georgische Verbindungen nach Hornberg“. Außerdem standen eine Begehung des Windkapfs, eine Mühlenführung beim Untersteighof und schließlich die Jahresexkursion zum Odi-

lienberg im Elsaß auf dem Programm, in deren Rahmen Auguste Schmidt (Illkirch) mit archäologischen Sonderheiten, besonders mit den prähistorischen Mauerresten, bekannt machte.

Adolf Heß

Kehl – Hanauerland

Die Vortragsfolge des Winterhalbjahres 1994/95 wurde fortgesetzt

- am 23.2.95 mit einem Referat von Prof. Hansmartin Schwarzmaier, Direktor des Badischen Generallandesarchivs Karlsruhe, über das Thema „Die Anfänge des Prämonstratenser Stiftes Allerheiligen“ im Hinblick auf dessen Gründungsjubiläum vor 800 Jahren;
- am 10.3.95 mit einem Lichtbildervortrag von Frau Prof. Hemma Fasoli, Kehl, über „Das unbekannte Burgund“;
- am 23.3.95 mit einem Dia-Vortrag von Herrn Alfred Dietz, Weil/Rhein, über die „Basler Museen“.

Auf der Jahresversammlung der Mitgliedergruppe erfolgte am 10.3.95 satzungsgemäß die Neuwahl des Vorstandes. Der bisherige 1. Vorsitzende, Dr. med. vet. Fritz Fluhr, Linx, stand nach neunjähriger Amtszeit, d.h. nach zweimaliger Wiederwahl, für eine 4. Amtsperiode nicht wieder zur Verfügung, ebenso nicht Herr Rudolf Zwahl, Kehl, nach 21 Jahren Tätigkeit als Schatzmeister (Rechner) und nach insgesamt mehr als 30jährigem Engagement für den Vorstand; auch Herr Helmut Schneider, Kehl-Kork, kandidierte nicht erneut. – Zum neuen Vorstand wurden ohne Gegenstimmen gewählt: Prof. Dr. med. Rolf Kruse aus Kehl-Kork als 1. Vorsitzender, Dr. med. vet. Fritz Fluhr aus Rheinau-Linx als 2. Vorsitzender und Herr Klaus Gras aus Kehl als Schatzmeister; Herr Carl Helmut Steckner, Kehl, wurde als Schriftführer wiedergewählt. Auf der ersten Sitzung dieses neuen Vorstandes wurden mit den Herren Helmut Schneider und Rudolf Zwahl aus dem alten Vorstand zwei Fachgruppen gegründet, eine für die Museumsarbeit am Handwerkermuseum Kork (H. Schneider) und eine für Studienreisen (R. Zwahl).

Die Studienreisen des Jahres 1995 führten

- am 20.4.95 in die Kunsthalle Tübingen zur Ausstellung „Degas als Porträtist“ und nach Rottenburg, u.a. ins neue Römermuseum;
- vom 5. bis 11.6.95 nach Burgund: Von Dijon aus wurden u.a. (kunst-)

- historische Stätten in Vézelay, Auxerre, Fontenay, Semur en Auxois, Alesia, Autun, Paray le Monial, Beaune, Cluny und Tournus besichtigt, auf der Rückfahrt Ronchamp und das Spielzeugmuseum in Soultz/Elsaß;
- am 7.9.95 in das Historische Museum der Pfalz in Speyer zur Ausstellung über „Leonardo da Vinci“;
- am 7./8.10.95 nach Ulm mit Besuch des Münsters (Führung durch den Dombaumeister), des Brotmuseums und des Klosters Wiblingen;
- am 29.10. (mit Wiederholung am 12.11.95) ins Geroldsecker Land und ins Schuttertal.

Außerdem erfolgte zweimal eine Führung durch die Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Kehl anlässlich des Kriegsendes vor 50 Jahren über „Kehl im Dritten Reich, Stadtgeschichte 1933–45“ im Hanauer Museum Kehl.

Die Vortragsreihe des Winterhalbjahres 1995/96 wurde mit zwei neuen Themengebieten begonnen: Über Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte und über Geschichte der Medizin und Sozialmedizin:

- Am 18.10.95 sprach Herr Landesrabbiner Benjamin David Soussan, Freiburg, über das Thema „Der jüdische Festkreis“, am 9.11.95 Dr. Uri Kaufmann von der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg über „Kampf ums Recht: Jüdische Emanzipation in Baden und im Elsaß“, am 14.12.95 Dr. Burkhard Engel, Erbach, über „Biblische Geschichte und altorientalische Archäologie“ am Beispiel von Hiskia, Jesaija und Sanherib 701 v.Chr., dem Jahr des assyrischen Feldzuges gegen das Königreich Juda.

Zu einem besonderen Höhepunkt geriet am 28.9.95 die Feier anlässlich des Gründungsjubiläums der Mitgliedergruppe vor 75 Jahren mit Empfang, musikalischer Umrahmung und mit drei Vorträgen: Der 1. Vorsitzende gab einen historischen Überblick über die Vereinsgeschichte unter dem Titel „Vereinsaktivitäten im Spiegel der Jahresberichte in den „Ortenau“-Bänden“, der Festvortrag wurde als Doppelreferat gestaltet im Gedenken an das Kriegsende vor 50 Jahren: Herr Helmut Schneider, Kehl-Kork, über „Kehl 1944/45“ und Herr Louis Ludes, Strasbourg, über „Straßburg 1944/45“. Außerdem wurde während dieses Festaktes erstmals eine Ehrenmitgliedschaft der Mitgliedergruppe für besondere Verdienste um die Gestaltung des Vereinslebens verliehen, und zwar an Herrn Rudolf Zwahl, Kehl, der von Beginn seiner Mitgliedschaft im Historischen Verein an zunächst als engster Mitarbeiter von Wilhelm Mechler, dem 1. Vorsitzen-

den, und als Leiter aller Studienfahrten in fruchtbarer Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kehl, deren Leiter er war, später auch im Beirat des Hauptvereins und ab 1974 über 21 Jahre als Rechner im Vorstand der Mitgliedergruppe Kehl-Hanauerland tätig war. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand ist Herr Zwahl in ungebrochener Aktivität für unseren Verein bis zum heutigen Tag tätig!

Prof. Dr. med. R. Kruse

Lahr – Friesenheim

Hand in Hand arbeiten in Lahr und Friesenheim die Volkshochschule, die Badische Heimat und der Historische Verein.

Erstmals beteiligte sich die Mitgliedergruppe Lahr-Friesenheim an dem von der deutschen Stiftung Denkmalschutz koordinierten Tag des offenen Denkmals. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Friesenheim konnte die Probstei des Klosters Schuttern in der Ortschaft Heiligenzell der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Führungen und ein Barockkonzert waren Besuchermagneten am 10. Sept. 1995. Auf Grund des guten Erfolges wird am 8. Sept. 1996 die archäologische Grabung in der Klosterkirche Schuttern geöffnet. Das Staatliche Hochbauamt hat hierzu bereits seine Einwilligung erteilt.

Aktive Denkmalpflege konnte die Mitgliedergruppe im Jahre 1995 leisten. Über einen Spendeaufruf konnten insgesamt 22 366,- DM gesammelt werden, um zwei barocke Bildstöcke und zwei Wegkreuze in Schuttern und bei der Wallfahrtskapelle Brudertal zu restaurieren. Das Land Baden-Württemberg konnte das Vorhaben mit einem Zuschuß in Höhe von 50% aus Denkmalpflegemitteln unterstützen. Der beschrittene Weg soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden, die Restaurierung eines weiteren barocken Wegkreuzes ist beabsichtigt.

In Lahr hat sich unter der Federführung von Frau Stadtarchivarin Gabriele Bohnert ein Arbeitskreis „Badische Revolution 1848/49 in Lahr“ gebildet. Einige Aktivitäten sind in Vorbereitung. Geschichtsinteressierte Mitarbeiter sind im Arbeitskreis willkommen.

Die Mitgliedergruppe Lahr-Friesenheim hat derzeit 105 Mitglieder.

Ekkehard Klem

Meißenheim

- März 95: Die Ortsgruppe folgt einer Einladung nach Rheinbischofsheim zur Aufzeichnung einer Fernsehsendung.
- April 95: Filmveranstaltung „Herbstmilch“. Ein Dokument der Zeitgeschichte.
- Mai 95: Kaiserstuhlfahrt – Münsterbesichtigung zu Breisach (kommentiert von W. Stielau) – Stadtbesichtigung in Endingen (entsprechende Erläuterungen durch Herrn Lehrer H. Siegel).
- Juni 95: Mitglieder der Ortsgruppe nehmen an der Beratung über die sinnvolle Weiterverwendung der markgräflichen Sammlung und des Neuen Schlosses von Baden-Baden teil und unterschreiben eine Resolution.
- September 95: Halbtagesfahrt: Freiamt – Tennenbach (Zisterzienserkloster) – Ruine Hochburg – hist. Altstadt Kenzingens (Organisation, Information: W. Stielau, K. Schmid).
- Dezember 95: Theaterfahrt nach Freiburg, Alemannische Bühne Freiburg: „Hotzblitz“ (Volksstück).

Karl Schmid

Neuried

1. Arbeitskreis Altenheim / Mitgliedergruppe Neuried

November 1994 bis Ostern 1995: Sonderausstellung „Puppen und Spielzeug“, Paradies für Phantasien kleinerer und größerer Kinder.

April: Treffen des Arbeitskreises.

August: Sonderausstellung zusammen mit Frau und Herrn Haas unter dem Thema: „Bilder mit Motiven des Ortes Altenheim und der Riedlandschaft“. Erstellt wurden die Bilder von dem jungen elsässischen Künstler Stephane Löffler.

September: Treffen des Arbeitskreises.

Teilnahme an der Veranstaltung „Stadt und Land“ in der Ihlefeldkaserne in Offenburg, die von dem Verein – Gruppe „Desman“ – initiiert war. Dabei brachte eine Gruppe von Mitgliedern des Arbeitskreises das Ried durch Themen wie Volksmedizin, Handarbeiten und Geologie den Teilnehmern nahe.

Oktober: Auf Initiative des Mitgliedes des Historischen Vereins Dieter Haas trafen sich die Bürgermeister der Nachbarorte Eschau, Plobsheim und Altenheim in Altenheim. Die Einladung war durch Bürgermeister Mild erfolgt, der die Gäste im Rathaus empfing. Im Anschluß daran fand eine Museumsbesichtigung statt. Um die benachbarten Orte sich näher zu bringen und sich auf die gemeinsame Vergangenheit zu besinnen, wurde ein Kulturkreis gegründet. Dieser sollte in den Bereichen Kultur und Vergangenheit der Nachbargemeinden zusammenarbeiten.

November: Kameradschaftstreffen des Arbeitskreises „Museum Altenheim“.

Bei der Herbstversammlung des Bundes für Heimat und Volksleben in der Stadthalle in Rheinau stellte die Trachtengruppe des Historischen Vereins den Antrag auf Aufnahme in den Bund.

Dezember: Zum Hanfanbau im Ried fand ein Informationsabend statt. Referent zu diesem Thema war Herr Werner Kopf. Im Anschluß daran führte Herr Willi Mild einen Film über den „Hanfanbau damals“ vor.

2. Arbeitskreis Ichenheim / Mitgliedergruppe Neuried

März: Unter dem Motto „es krokusselt widder im Länd’l“ hat der Arbeitskreis in der Festhalle Ichenheim einen Heimatabend unter Mitwirkung von Gerd Birsner und seinen Philakustikern veranstaltet.

Mai: Fahrt durch das Elsaß mit Führung durch Eguisheim und Besichtigung seiner 3 Burgen.

Im Verlauf des Jahres: Photographieren und auswerten der Steinmetz-Zeichen an den gotischen Fenstern des Ichenheimer Kirchturmes. Vorbereitung für die Ausstellung in der Raiffeisenbank Ichenheim. Themen: Ichenheimer Kirche mit Steinmetz-Zeichen, Hanfbearbeitung und Ausgrabung im Niederfeld.

Michaela Karl, Adolf Hermann

Oberharmersbach

Der Historische Verein Oberharmersbach e.V. feierte ein kleines Jubiläum. Zum 15. Mal erschien der „Jahresrückblick“, eine umfassende Bild- und Textdokumentation über die wichtigsten Ereignisse im Jahr 1995. Die Auflage von 400 Exemplaren ist so gut wie vergriffen und erreicht damit rund zwei Drittel aller Haushalte in Oberharmersbach. Der „Jahresrückblick“ hat sich als wichtiges Nachschlagewerk etabliert.

In der Generalversammlung wurde die Vorstandschaft durch Nachwahlen vervollständigt. Außer dem Vorsitzenden (Karl-August Lehmann), dem 2. Vorsitzenden (Klaus Lehmann), der Geschäftsführerin (Ursula Kasper) und den Beisitzern (Gemeinde: Bürgermeister Otmar Ritter; Schule: Ursula Remer) wird künftig Wolfgang Lehmann die Kirchengemeinde vertreten.

Die Restaurierung der alten Dampflok, um die sich die Eisenbahnfreunde aus dem Achertal kümmern, hat der Historische Verein in Film und Bild dokumentiert und außerdem zusammen mit der Gemeinde finanziell unterstützt.

Anläßlich des zweiten „Bäuerlichen Weihnachtsmarktes“ hat der Historische Verein zusammen mit unserem Mitglied, Malermeister Berthold Roth, wiederum eine Ausstellung mit heimischen Motiven organisiert.

Eine Arbeitsgruppe befaßt sich derzeit mit der Beschilderung von markanten Gebäuden des Ortes. Eine Beschreibung soll den „Ortsrundgang“ für Gäste und Einheimische ergänzen.

Karl-August Lehmann

Oberkirch

28. Januar Winterfahrt durch das Glottertal – Titisee nach St. Blasien. Dort Besichtigung der ehemaligen Benediktinerabtei sowie des Kuppelbaues des Doms – mit sachkundiger Führung. Nach der Mittagspause Rückfahrt durch das Münstertal mit Halt in St. Trudpert.
1. März Aschermittwoch. Wie jedes Jahr war die Rätselfahrt angesagt. Über Allerheiligen zur Brandmatt (Kaffeepause) wurde das Rätselziel angesteuert: „Kloster Schwarzach“. Pfarrer Dilzer machte uns mit der Geschichte der ehemaligen Reichsabtei vertraut. Die Gewinner der Rätselfahrt wurden bei einem gemütlichen Abschluß in Scherzheim ausgelost.
25. März In einem exzellenten Vortrag – ergänzt durch sehr gute Dias – referierte Münsterbaumeister i.R. Haeusser über das Straßburger Münster. Sowohl die Beseitigung der Kriegsschäden als auch die laufenden Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten wurden erklärt. Ebenso die hiermit verbundene schöpferische wie auch praktische Arbeit der Münsterbauhütte.

29. April Tagesfahrt ins Gebiet Jagst-Tauber. Nach einem kurzen Halt in Jagsthausen Besichtigung der ehemaligen Zisterzienserabtei Schöntal. Nach dem Mittagessen und einem Besuch der Kirche in Stuppach (Stuppacher Madonna) fahren wir weiter zu einer Besichtigung des Schlosses in Weikersheim.
- 22.–24. Mai 3-Tagefahrt ins Hessische
 22.5. Anfahrt, Stadt- u. Dombesichtigung in Limburg a.d. Lahn. Nach dem Essen Besichtigung der St. Lubentius-Kirche in Dietkirchen, welche auf steilem Felsen hoch über der Lahn erbaut ist. Ihre ältesten Bauteile gehen ins 10. Jahrhundert zurück.
 Besichtigung der Liebfrauenkirche in Hadamar. Diese 3schiffige, spätgotische Hallenkirche wurde durch die Hadamarer Kunstschule ausgestattet. Hadamar war Residenz der Fürsten von Nassau-Hadamar.
 Weiterfahrt ins Standquartier nach Weilburg.
 23.5. Stad- u. Schloßführung in der barocken Residenz der Fürsten Nassau-Weilburg. Nachmittags Führung im Schloß Braunfels. Danach Erkundung der sehr schönen Altstadt von Braunfels. (Viele alte, gut renovierte Fachwerkhäuser).
 24.5. Rückfahrt. Vormittags Besichtigung der Saalburg, – ein auf alten Fundamenten rekonstruiertes römisches Kastell am Limes. – Im Museum eine Ausstellung der Funde, die während der Ausgrabungsarbeiten gemacht wurden. Danach Besuch des Hessenparkes, eines Freilichtmuseums, in welchem in 64 Häusern das Leben der Menschen in 6 Jahrhunderten dargestellt ist.
1. Juli Fahrt nach Montbéliard, dem früheren Mömpelgard. Stadtbesichtigung mit Führung. Im Schloß zu Mömpelgard wurde die Ausstellung „Pracht und Privatleben am russischen Zarenhof 1780–1820“ besucht. Aus dem Palast von Pavlovsk, nahe St. Petersburg, waren ca. 500 Exponate in Montbéliard ausgestellt.
16. September Tagesfahrt auf die Schwäbische Alb. Vormittags besuchten wir die „Villa Rustica“ in Hechingen-Stein. Hierbei handelt es sich um eine der größten und besterhaltenen römischen Gutsanlagen in Süddeutschland.
 Am Nachmittag besuchten wir Schloß Lichtenstein, am Albrauf gelegen, mit einer herrlichen Aussicht.

7. Oktober Nachmittagsfahrt ins Elsaß. Besucht wurde Weißenburg. In einer sehr guten Führung lernten wir das Städtchen kennen. Besonders interessant die ehemalige Klosterkirche und heutige Pfarrkirche St. Peter und Paul.
11. November Herr Dr. E.H. Schmidt hielt uns einen Vortrag mit dem Thema „Das Badische Militär in der Rheinbundzeit 1806–1813“. Im wesentlichen befaßte sich der Vortrag mit dem badischen Truppenkontingent, welches unter Napoleon an dessen Spanienfeldzug teilnehmen mußte.
9. Dezember Jahresabschluß im Gasthaus „Pflug“.
Am 4. Dezember 1920 wurde im Gasthaus „Obere Linde“ die Mitgliedergruppe Oberkirch gegründet. Somit konnten wir 1995 auf unser 75jähriges Bestehen zurückblicken. Herr Präsident Dr. Dieter Kauß hielt hierzu ein kurzes Referat, in welchem er die wichtigsten Ereignisse dieser Zeit Revue passieren ließ.
Mit Lichtbildern wurden nochmals die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1995 ins Gedächtnis zurückgerufen. Mit der Bekanntgabe des Jahresprogrammes für 1996 wurde ein Ausblick in das kommende Jahr gewagt.

Wie in den vorangegangenen Jahren wurden auch 1995 die monatlichen Damennachmittage abgehalten. Sie erfreuten sich einer regen Beteiligung.

Horst Schneider

Grimmelshausen-Gesprächsrunden im „Silbernen Stern“ in Gaisbach im Jahre 1995

9. Januar Klaus Bentrup, Oberkirch – Lichtbilder: „Bilder aus der Grimmelshausen-Landschaft“
6. Februar (10 Jahre Gesprächsrunden im „Silbernen Stern“), Prof. Dr. Walter E. Schäfer, Baden-Baden: „Reflexe Grimmelshausens in der modernen deutschen Literatur“
3. April Johannes Mühlau, Sasbach (Vortrag mit Lichtbildern): „Über das Leben auf den Burgen im mittelbadischen Raum“
8. Mai Frh. Dr. Karl von Schowingen, Oppenau: „Kirche zur Zeit Grimmelshausens“

- 12. Juni Horst Brombacher, Achern: „Geschichte der Hornisgrinde“
- 3. Juli Götz Bubenhofer, Oberachern: „Heinrich Hansjakob – ein Dichter der Ortenau“
- 7. August Prof. Dr. Barbara Molinelli-Stein, Mailand: „Nochmals ewigwährender Kalender – Kommentare und Interpretationen“
- 2. Oktober Prof. Dr. Siegfried Streller, Berlin: „Vogelnest – Blicke eines Unsichtbaren auf die Welt“
- 6. November Frh. Dr. Karl von Schowingen, Oppenau: „Simplicios – Simplicius“
- 4. Dezember Johannes Mühlhan, Sasbach (Vortrag mit Lichtbildern): „Bernhard von Clairvaux und die Ordensbaukunst der Zisterzienser“

Offenburg

Das Jahresprogramm begann mit einem auf großes Publikumsecho stoßenden Vortrag von Peter Oestmann zu den Offenburger Hexenverbrennungen. Im Mittelpunkt für die Führungsgruppe des Offenburger Vereins standen jedoch die Vorbereitungen zum 150jährigen Jubiläum der Demokratiebewegung. In zahlreichen Arbeitsgruppen und in Vorträgen, auch vor einzelnen Vereinen, wurde auf dieses Ereignis vorbereitet. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeit des Arbeitskreises Zeitgeschichte, die vom Beiratsmitglied Dr. Wolfgang Gall vorgenommen wird.

Sehr stark war der Historische Verein an der öffentlichen Diskussion zur Namensgebung auf dem Kasernenareal an der Weingartenstraße beteiligt. Der Historische Verein, Mitgliedergruppe Offenburg, war schon im vorhergehenden Jahr stark in die öffentliche Diskussion um die Moltkestraße verwickelt. Damals war im Gemeinderat von einem Parteisprecher eine Umbenennung angeregt worden. Moltke als Militär schien nicht mehr zeitgemäß. Der Historische Verein rief damals dazu auf, „sich mit dem Denken von Persönlichkeiten auseinanderzusetzen, nach denen Straßen benannt sind, oder sich mit den Motiven auseinanderzusetzen, aus denen eine Benennung erfolgte“. Dieses Kriterium fand im Verein allgemeine Zustimmung, und auf dieser Grundlage trat der Verein für die Beibehaltung des Namens „Moltke“ ein.

Im Jahre 1995 wurde nun überraschend für das Kasernenareal zwischen Weingartenstraße, Moltkestraße und Fessenbacher Straße der Vorschlag gemacht, den von 1939–1945 gültigen Kasernennamen auf das ganze Areal und das Kulturforum Offenburg auszudehnen. Angesichts der eindeutigen Benennung der Kaserne im Zuge der mentalen Kriegsvorbereitung nach einem kaiserlichen Obristen trat der Historische Verein einer Aufwertung jener sechs Jahre gültigen Benennung entgegen. Im Gemeinderat konnte der Kompromiß erreicht werden, keine Benennung vorzunehmen, sondern nur Einzelbenennungen im Zuge der Konversion des militärischen Geländes zu ziviler Nutzung anzustreben. Hierbei trat der Historische Verein dafür ein, vor allem Menschen zum Zuge kommen zu lassen, die sich um die demokratischen Traditionen (vor allem im Vormärz) und den Pazifismus verdient gemacht haben.

Bereits in den vergangenen Jahren zeigte sich die Tendenz, daß vor allem Themen Anklang finden, die im örtlichen Milieu verhaftet sind und wissenschaftlich fundiert aufbereitet werden. So wollen wir auch in den kommenden Jahren uns neben der Demokratiebewegung des Vormärzes und der 48er Revolution vor allem Themen der engeren Heimat zuwenden. Durch das schöne Ambiente des Ritterhauses und durch die verschiedenen hochqualifizierten ABM-Mitarbeiter der Stadt Offenburg sind hierzu gute lokale Voraussetzungen gegeben.

Dr. Hans J. Fliedner

Oppenau

- | | |
|--------|--|
| Januar | Mitglieder-Jahresversammlung: Jahresrückblick und Geschäftsbericht, Dia-Vortrag über den Yellowatone Nationalpark in den USA. |
| März | Vortrag von Rektor Horst Hoferer, Oppenau: „Josef Ruf – Ratschreiber und Bürgermeister von Oppenau – zum 75. Todestag“. |
| April | Studienfahrt zum Tabakmuseum nach Mahlberg. Zweites Ziel war das Heimatmuseum in Zell a.H. |
| Juli | Studienfahrt nach Rottenburg am Neckar. Stadtführung und Dombesichtigung. Am Nachmittag Besichtigung des römischen Museums und Abstecher zum Kloster Wegental. |
| August | Studienfahrt an die Saarschleife, das Moseltal und nach Trier. Ganztägige Führung durch die Stadt mit Besichtigung der historischen Sehenswürdigkeiten. |

September Fahrt durch das Elsaß nach Reichenweier. Stadtführung. Am Nachmittag Besuch des Automobilmuseums in Mühlhausen. Auf der Rückfahrt Besichtigung der renovierten romanischen Kirche in Ottmarsheim.

Oktober Vortrag von Dr. D. Kauß über „Die Glasmacherei im Schwarzwald“.

November Besuch des Sensen- und Heimatmuseums in Achern. Buchvorstellung mit Diavortrag von Rektor Horst Hoferer: „Allerheiligen – Kloster-Ruine – Wasserfälle“.

Rainer Fettig

Rastatt

Vier Vortragsveranstaltungen haben wir im Rahmen der „Badischen Heimat“ auch den Mitgliedern der „Ortenau“ angeboten. Es waren dies im April der hochinteressante Vortrag von Prof. Dr. Heinz Musall (Karlsruhe) „Der mittelbadische Raum im Bild alter Karten“, im Juli „Bergbau im Kinzigtal“, ein geologisch-mineralogischer Vortrag von Klaus-Peter Kiefer (Karlsruhe), im Oktober die spannende (von 68 Hörern besuchte) „Hexenjagd in Baden“ von Dr. Johannes Werner (Elchesheim-Illingen) und im Dezember ein musik- und zugleich heimatgeschichtlicher Vortrag mit Musikbeispielen von Hans-Peter Eisenmann über „Komponisten der Rastatter Hofmusik: J.C.F. Fischer“.

Zwischen 18 und 68, insgesamt 145 Besucher nahmen an diesen vier Vorträgen teil.

Gerhard Hoffmann

Rheinau

Am 4. März 1995 fand in Freistett die Mitgliederversammlung mit einem Vortrag von Dr. Ernst Heinrich Schmidt über „Die badischen Truppen während der Rheinbundzeit (1806–1813)“ statt.

Ein Vorbereitungsseminar unter Leitung von Renate Demuth zu den Seminarabenden „Alte Deutsche Schrift lesen und schreiben“ unter Leitung von Herr Dr. Dieter Kauß am 25. Januar, 01., 07. und 15. Februar fand am 18. Januar 1995 statt.

Herr Kurt Schütt hielt am 11. Januar einen Vortrag über „Rodungen im Genossenschaftswald, Streit zwischen den Waldgenossen – Ein Waldbrief (Ulmhard) von 1410“, Herr Bruno Ganter am 5. April einen über „Großbritannien – Zwischen Cornwall und dem schottischen Hochland“, am 4. Oktober über „Moseltal und Vulkaneifel, Kaiserstadt Bad Aachen“ (Eine Nachlese zur Studienfahrt Monschau, Maastricht, Aachen).

Studienfahrten: am 19. März zum Badischen Landesmuseum im Schloß in Karlsruhe mit einem Besuch der Ausstellung „Die Karlsruher Türkenbeute“, am 30. April nach Weißenburg im Unter-Elsaß (dort Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870), am 27. Mai zum Kloster Maulbronn (Leitung jeweils Walter Demuth), am 18. Juni nach Allerheiligen und Lautenbach unter der Führung von Herrn Dr. Dieter Kauß, vom 18.–20. August Jahresfahrt nach Goslar, Quedlinburg, Blankenburg, Osterwiek und Wernigerode (Organisation und Leitung Renate und W. Demuth) und am 7. Oktober eine Stadt- und Münsterbesichtigung in Straßburg (Leitung Christa Kist-Hilbold, Straßburg).

Die Mitgliedergruppe war maßgeblich an der Vorbereitung der 250-Jahr-Feier der Stadt Rheinau beteiligt, u.a. mit einer Gemeinschaftsausstellung mit dem Heimatmuseum der Stadt Rheinau im Foyer der Stadthalle Freistett „250 Jahre Stadtrecht in Rheinau“ (mit über 800 Besuchern), der Festschrift „250 Jahre Stadtrecht in Rheinau“ und dem Festvortrag beim Festakt zum Stadtjubiläum am 10. Dezember in der am 28. Oktober eingeweihten Stadthalle von unserem Vorstandsmitglied Rektor i.R. Kurt Schütt.

Mit dem Heimatmuseum der Stadt Rheinau in Freistett haben wir die Sonderausstellungen „Kriege und ihre Folgen – 50 Jahre danach – Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen“ vom 17.04. bis 14.05., „Alte Berufe – Schiffer“ vom 16.07. bis 27.08. und „200 Jahre Apotheke in Rheinbischofsheim“ vom 17.12. bis 04.02.1996 durchgeführt. Neben der Geschichts- und Ahnenforschung im Hanauerland, insbesondere aus den Kirchenbüchern (Friedrich Böninger) wurde unsere Bibliothek (Renate Demuth) und unser Archiv weiter ergänzt. Unter der Redaktion von W. Beuche, W. Klein und W. Kasper sind die Broschüren der Mitgliedergruppe „Aus der Stadt Rheinau“ Nr. I/95 mit „130 Jahre Schiffswerft Karcher in Freistett“, „Der Niedergang der Genossenschaftswälder am Beispiel des „Gemeinen Waldes“, heute fälschlicherweise „Maiwald“ genannt, und „Der Judenfriedhof in Freistett“ und die Nr. II/95 mit „200 Jahre Apotheke in Rheinbischofsheim“, die Familiengeschichte der Familie Beutel, gleichzeitig ein Stück Geschichte des Hanauerlandes, erschienen.

Walter Demuth

Rheinmünster

Nach einer Zeit der Stagnation trafen sich am 11.2.95 im Gasthaus Rössel, in Schwarzach die Herren Dr. Kauß, Schaufler, Schmitt und Gutmann, um dieser Mitgliedergruppe wieder neuen Schwung zu geben.

Nach zweimaliger Ankündigung im Gemeindeblatt wurde am 3.3. im Gasthaus Engel in Schwarzach die Mitgliedergruppe der Allgemeinheit vorgestellt. Mitgliederstand 20.

Die Ziele wurden wie folgt festgelegt:

1. Anzeigen im Gemeindeblatt mit kurzen Texten aus den Ortsgeschichten.
2. Regelmäßige Stammtischtreffen.
3. Planung von Ortsführungen und Vorträgen.
4. Gewinnung von Mitgliedern.

Da die Ortsgruppe vier ehemalige Gemeinden und ein Ortsteil beinhaltet, wurde für jeden Teilort eine Kontaktperson gesucht.

Festlegen konnten wir für Schwarzach Herrn Manfred Huber, Söllingen Herrn Gerhard Schmitt und Stollhofen Herrn Ernst Gutmann.

Stammtisch am 7.4.95 im „Schwanen“ in Stollhofen.

Stammtisch am 5.5.95 ebenfalls in Stollhofen.

Stadtführung am 17.6., 14–18 Uhr durch die ehemalige Amtsstadt Stollhofen.

Erstes Stollhofener Dorffest mit einer Ausstellung zur Stadtgeschichte Stollhofen am 15.–16. Juli. Es wurden verschiedene Exponaten gezeigt wie Kanonenkugeln, Stadtpläne, Backsteine des „Königsformates“, Degen, Halskragen, Sporen und ein Stadtmodell. Vorgestellt wurden auch die Vorbereitungen zur Herausgabe des Buches „Stadtgeschichte Stollhofen“.

Stammtisch am 21.7.95 im „Schwanen“, Stollhofen.

Führung durch die ehemalige Festungsstadt Fort Louis am 30. September. Anschließend Flammkuchenessen.

Am 20. Oktober wurde im Gemeindeblatt der Verein und seine Aufgaben und Ziele und vor allem das Jahrbuch „Die Ortenau“ vorgestellt. Am 27. Oktober wurde ein weiterer Stammtisch in Greffern im Gasthaus „Zum Hecht“ durchgeführt.

Leider mußte der auf Dezember geplante Vortrag von Manfred Huber „Kloster Schwarzach“ auf das neue Jahr verschoben werden.

Das Buch „Stadtgeschichte Stollhofen“ konnte noch im Dezember an die Bevölkerung mit 260 Vorbestellungen verteilt werden.

Das Jahr brachte der Ortsgruppe einen Zuwachs von 11 Mitgliedern, somit beenden wir das Jahr mit einem Mitgliederstand von 31.

E. Gutmann

Schapbach

Ein Treffen ehemaliger Bergleute organisierte und betreute F. Weller.

Erstmals nach 1945 wurde ein Maibaum erstellt. Der HV war hier mit hist. Bildmaterial beratend tätig.

Die schriftl. Erinnerungen des Bergmanns L.W. wurden bearbeitet (Furtwängler).

Zum Thema „1945“ veröffentlichte Maria Schmid (Polderberg) vier Beiträge in „Aus einer anderen Zeit“ (Kreissenorenrat FDS).

Eine Wanderung zu Zeugnissen der Flößerei und des Bergbaus wurde zusammen mit dem SWV angeboten (Furtwängler).

Untersuchungen zum Thema 1848/49 sind aufgenommen. (Der „Heckerbrunnen“, E. Börsig).

Ein Türrahmen 1634 aus Gebäudeabbruch wurde am Campingplatz aufgestellt (Bonath).

R.B. Herden stellte histor. Zinnfiguren in der Sparkasse aus.

Zu vermerken sind noch verschiedene Zugänge für die Sammlungen (u.a. von Schmidt, Offenbach).

Sterbefälle: Ehrendes Gedenken gilt den Gründungsmitgliedern (1981) Wilhelm Armbruster, Marxenhof, und Hans Schmid, Ferdishof, der mit Nachdruck die Gründung des Vereins und die Herausgabe der Ortschronik gefördert hat.

Dank auch an dieser Stelle allen Mitarbeitern im und außerhalb des Vereins.

Johannes Furtwängler

Seelbach-Schuttertal

Besuch des Oberrheinischen Tabakmuseums in Mahlberg am Sonntag, den 30. April 1995. Führung: Erich Krämer.

Einweihung und Übergabe des Fixenhof-Kreuzes in Schweighausen-Steig. Das Hofkreuz von 1826, das bei Kriegsende durch Beschuß zerstört wurde, hat die Ortsgruppe mit Hilfe von Spenden, Zuschüssen und Eigenmitteln restaurieren lassen. Die Restaurierungskosten beliefen sich auf rund 20 000 DM. In einer kleinen Feier am Sonntag, den 7. Mai 1995, wurde das Hofkreuz dem heutigen Hofeigentümer wieder übergeben.

Mai 1995 Renovierung und Versetzung des Offenburgerhof-Kreuzes von 1771 in Schweighausen-Steig.

Am Sonntag, den 10. September 1995, Führung durch die Stadt Herbolzheim. Besichtigung der barocken Kulturdenkmale sowie Besuch der Margarethen-Kapelle und der Ausstellung „Leben in der Barockzeit in Herbolzheim“.

Am Sonntag, den 1. Oktober 1995, Vorstellung des „Heimatbuchs Dörlinbach“. Verfaßt wurde die Ortsgeschichte (400 Seiten) von Gerhard Finkbeiner, Der Sippenbuchteil (400 Seiten) von Erich Reinbold und Klaus Siefert.

Anläßlich der Buchvorstellung durch Dr. Philipp Brucker, Lahr, fand in der herbstlich geschmückten Festhalle (Erntedankfest) eine Ausstellung mit Federzeichnungen von Lorenz Klugesherz, Seelbach, und Hans Busch, Dörlinbach, statt.

Nach umfassender Steinrenovierung und farblicher Neufassung wurde Ende Oktober 1995 das Flurkreuz des Jägertonihofs in Dörlinbach-Prinschbach wieder aufgestellt.

Gerhard Finkbeiner

Steinach

Veranstaltungen Vortrag: „Familiennamen in Steinach und Welschensteinach“, Referent: Prof. Dr. Kunz/Uni Freiburg in Zusammenarbeit mit der VHS Steinach
Gemeinschaftswanderung „Auf historischen Pfaden“ in langjähriger Kooperation mit dem Ver-

schönerungsverein Steinach unter dem Moto:
„Steinacher Mühlenwanderung“.

Beim Ferienprogramm „Spiel und Spaß, für jeden was“ war die Mitgliedergruppe Steinach mit dem Beitrag „Vom Korn zum Brot“ vertreten. Zur Einführung in dieses interessante und auch historische Thema fand zuerst ein kleiner Rundgang durch das Heimat- und Kleinbrennermuseum/Bereich Landwirtschaft und anschließend eine Besichtigung mit Führung der Mühle im „Zinken“ Niederbach sowie eines Hopfspeichers im „Zinken“ Oberbach mit den anwesenden „Junghistorikern“ statt.

Mitarbeit des Hist. Vereins Steinach im Rahmen des Dorffestes zu Gunsten der Kirchenrenovation der Hl. Kreuz-Kirche mit dem Beitrag: „Hist. Verkaufsstand“.

Diverse Arbeitseinsätze Heimat- und Kleinbrennermuseum: Sauberhaltung des Gebäudes, Reparaturen und Konservierungsarbeiten an diversen Utensilien, Integration neu erhaltener Exponate, Aufbau der saisonal wechselnden Sonderausstellung: „Die Imkerei - das Leben mit der Biene“ in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Imkerverein.

Museumsdienst (Sonntag/Mittwoch)

Brauchtum Planung, Vorbereitung und Durchführung „Klausenbigger“ (Umgang in Steinach mit zwei Gruppen).

Bernd Obert

Yburg

Neben der Arbeit an der Heizung im Rebland-Museum, die unsere ganzen Kräfte beansprucht, wurden für unsere Mitglieder folgende Veranstaltungen, in Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Bildungswerk Rebland, angeboten: Eine Fahrt nach Renningen zur „schönsten Krippe im Ländle“, Besuch des Heimatmuseums in Weitenung, Vortrag über die Geschichte der Spielbank Baden-Baden, Besuch des Klosters Lichtental, Führungen im Städtl Steinbach, Stammtische und ein besonders schöner Vortrag von Hans Werle, Bühl, über die romanische Kunst im Burgund. Bei der gut besuchten Mitgliederversammlung im November hielt Kurt Klein seinen Vortrag über die Glasbläser im Schwarzwald.

Ursula Schäfer

Tätigkeitsberichte der Fachgruppen

Fachgruppe Archäologie

Josef Naudascher

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Der Archäologische Arbeitskreis hat am 18. März 1995 seine Jahreshauptversammlung im Schützenhaus in Bohlsbach abgehalten. Neben zahlreichen Freunden der Archäologie aus dem Ortenaukreis und Gästen aus dem Elsaß konnte auch der Präsident des Historischen Vereins für Mittelbaden, Dr. Dieter Kauß, sowie der Geschäftsführer des Vereins, Theo Schaufler, begrüßt werden.

Nach dem Tätigkeitsbericht der Fachgruppe gab Monsieur Etienne Hamm, Leiter des Cercle d'archéologie der Société d'Histoire des Quatre Cantons Benfeld–Erstein–Geispolsheim–Illkirch–Graffenstaden, einen Kurzbericht zu den prähistorischen Ausgrabungen '94 in Westhouse, welche er wieder erfolgreich leitete. Das Grabungsareal Westhouse-Altmatt liegt gegenüber von Kappel, etwa 20 km westlich vom Rhein im benachbarten Elsaß und östlich vom Andlauer-Bruch auf einer Terrasse im Schwemmlößgebiet.

Wie im vergangenen Jahr zeigte Monsieur Hamm wieder Dias über die einzelnen Phasen der Grabungskampagne sowie Fundgegenstände, mit deren Hilfe er die zeitliche Einordnung vornahm. Daraus war zu schließen, daß er mit dem Grabungsteam auf ein Siedlungsgebiet der Älteren Bronzezeit (gegen 1500 v.Chr.) gestoßen ist, das wahrscheinlich bis zur Endbronzezeit bestanden hat. Neben Hausgrundrissen wurden vor allem Abfallgruben und dabei neben umfangreichen Keramikresten Werkzeuge aus Holz und Hirschhorn freigelegt.

Dieses Beispiel zeigte dem Arbeitskreis deutlich, daß Siedlungsreste der Bronzezeit nicht nur auf Lößdünen der Ebene oder auf den Vorhügeln der Vogesen und des Schwarzwaldes, sondern auch auf den Schwemmlößgebieten zu erwarten sind. Abschließend bedankte sich der Leiter des Arbeitskreises bei Monsieur Hamm herzlich für seinen interessanten Vortrag.

Im Anschluß an den Kurzbericht folgte ein Lichtbildervortrag „Die Römer in der Ortenau“. Der Referent und Leiter des Arbeitskreises wies einleitend darauf hin, daß bis vor etwas mehr als zwanzig Jahren die Meinung vorherrschte, die Ortenau wäre in der Römerzeit im großen und ganzen wegen

den vielen Feuchtgebieten siedlungsfeindlich gewesen. Erst als der Arbeitskreis zu Beginn der 70er Jahre systematisch mit Beobachtungen und vielen Begehungen in diesem Gebiet begann, füllte sich die weiße Fundkarte mit Dutzenden römischen Siedlungsplätzen. An Hand von ihnen konnte dann auch das römische Straßennetz für dieses Gebiet einigermaßen nachvollzogen werden. Es deckt sich oft noch mit Wegen und Straßen, die bis auf den heutigen Tag bestehen. An ihnen sind auch in nachrömischer Zeit, meist auf ehemals römischen Siedlungsplätzen, erneut Siedlungen angelegt worden. Sie decken sich oft mit den alten Dorf- und Stadtkernen, die an der Stelle einer villa rustica entstanden sind. Zumeist ist es ein früher Kirchenbau, für den die römischen Ruinen noch nach Jahrhunderten das Baumaterial hergeben mußten.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging der Referent auf die Anzahl und die Funktion der römischen Anlagen der Ortenau ein. Er erinnerte daran, daß die Ortenau in römischer Zeit zu Straßburg – Argentorate – gehörte. So konnte von den dortigen Ausgrabungen, aber auch von der antiken Literatur her, Schlüsse auf das Umland gezogen werden. Zusammen mit den zahlreichen Entdeckungen sowohl im Elsaß um Straßburg als auch in der Ortenau ist es nun in den beiden vergangenen Jahrzehnten gelungen, das Geschichtsbild der Römerzeit für dieses Gebiet zu vervollständigen.

Früher war es vor allem der Straßburger Forscher und Archäologe Robert Forrer, der neben Beweisen auch gut begründete Vermutungen zu den römischen Anlagen vorstellte. Sie bestätigten sich schließlich in der Folgezeit mehr und mehr. So wies Forrer beispielsweise schon zu Beginn unseres Jahrhunderts auf die Stationierung von Teilen der XIV. Legion am Eingang des Kinzigtals hin. Sie habe, so meinte er, in den 70er Jahren n. Chr. dort für die VIII. Legion den Kinzigtalkrieg vorbereitet. Gleichzeitig nahm er an, daß die XIV. Legion bei dieser Gelegenheit dort auch Ziegel hergestellt hat. Beides konnte dank der Entdeckung des römischen Militärlagers durch den Arbeitskreis bei Zunsweier von archäologischer Seite nachgewiesen werden.

Mit dem ausgebauten Legionslager in Argentorate und mit der Vergrößerung seines Hafens spätestens im 1. Jahrhundert genügten die zur Versorgung angelegten villae rusticae bei weitem nicht mehr aus. So ist es nur verständlich, wenn man im Archäologischen Arbeitskreis frühzeitig angenommen hat, daß nun auch in der Ortenau das Feld vermessen, Straßen angelegt und zur Versorgung von Argentorate Gutshöfe errichtet worden sind.

Dann zeigte der Referent zahlreiche Funde aus verschiedenen Siedlungen

und eine fiktive Straßenkarte der Römerzeit. Letztlich meinte er, sei jeder neue Fundplatz, der jetzt noch in der Ortenau entdeckt werde, in ein logisches System einzureihen. Dies gelte für die angelegten Lager am Eingang der Täler, für die römischen Marschlager und Umspannstationen sowie für die in bestimmtem Abstand zu erwartenden römischen Gutshöfe. Im Mittelpunkt, so der Referent, ist aber Argentorate zu sehen, um das sich die römischen Anlagen und das Straßennetz mit seinen Rheinübergängen in der Ortenau und im Unteren Elsaß kreisförmig scharen.

Auch im Jahr 1995 wurden vom Arbeitskreis wieder einige Exkursionen zu verschiedenen archäologischen Objekten der südlichen Ortenau angeboten und durchgeführt. Dazu fanden sich wieder zahlreiche historisch und archäologisch interessierte Amateure und Forscher ein.

Im Mai führte der Leiter der Fachgruppe eine sehr große Zahl Teilnehmer zur Motte im Wald von Rust. Sie wurde von ihm auf Hinweis als erstes Objekt dieser Art in der Ortenau im Jahr 1972 entdeckt. Motten, so teilte er mit, sind befestigte Turmhügel aus dem Frühen Mittelalter und gelten im allgemeinen als die Vorgänger der hochmittelalterlichen Burgen. Sie waren zunächst ganz aus Holz und in ihrer Weiterentwicklung schließlich mehr und mehr aus Steinen aufgebaut. Diese Befestigungsanlagen sehen im Profil wie ein Kegelstumpf oder wie eine Kugelkappe aus, sind noch oft von ihrem Kreisgraben umgeben und können bis zu 100 m Durchmesser haben. Der Exkursionsleiter wies weiter darauf hin, daß wir diese Anlagen vom Teppich von Bayeux aus der Mitte des 11. Jahrhunderts kennen.

Als weiterer Exkursionspunkt stand der Besuch der keltischen Fürstengräber von Kappel am Rhein auf dem Programm. Auch hier führte wieder der Leiter der Fachgruppe, der drei von den vier Gräbern seit 1973 entdeckt hat. Grund seiner Entdeckung war, so meinte er, ein Fürstengrab, das im letzten Jahrhundert beim Lehmstechen für eine Ziegelei angegraben und teilweise geborgen wurde. Da nach seiner Beobachtung solche bedeutenden Gräber der Frühzeit meist nicht allein sind, war es folgerichtig, nach weiteren Gräbern zu suchen. So blieb der Erfolg nicht aus. Das in mehreren Grabungskampagnen ausgegrabene zweite Fürstengrab der Keltenzeit (um 500 v.Chr.) erbrachte neben einigen interessanten Gegenständen auch mehrere Beibestattungen. Sein Inventar ist im Archäologischen Museum von Freiburg, dem sogenannten Colombi-Schlößchen, zu besichtigen.

Warum ausgerechnet ein Platz unmittelbar vor der Rheinaue ausgesucht wurde, so der Exkursionsleiter, ist einigermaßen nachzuvollziehen. Zunächst liegt er an einem noch im Mittelalter bestandenen Fährübergang des Rheins, am sogenannten „Fahrkopf“. An ihm lag der alte, bereits im

Mittelalter ausgegangene Weiler Trisloch. Dann liegen schließlich vis à vis über dem Rhein im Elsaß mehrere keltische Grabhügelgruppen, die gerade zu der Annahme einer keltischen Besiedlung dieser Gegend zwingen. Es würde nicht verwundern, wenn die Fürstengräber absichtlich abgesetzt und möglicherweise aus mythologischen Gründen östlich des Rheins angelegt wurden.

Jedenfalls, so meinte der Exkursionsleiter, war in dem zweiten keltischen Grab mit etwa 50 m Durchmesser wie auch im ersten Grab ein bedeutender Fürst seiner Zeit wohl mit seinen Frauen oder Bediensteten beigesetzt worden.

Die weitere Führung übernahm Fritz Heimburger. Er führte die Gruppe nach Norden an den östlichen Rand eines Altrheinarms im Taubergießen, nur etwa 300 m von der Anlegestelle des mittelalterlichen Fährplatzes Trisloch entfernt. Dort zeigte er zunächst eine breite ausgegrabene Kerbe, die vom Hochgestade hinab zu dem besagten Rheinarm führt. Sie ist, so erklärte er, der ehemalige Zugang zu einer langen Brücke, die dort im Spätmittelalter in drei Teile über zwei Rheininseln führte.

Dazu hat Heimburger einen kleinen Rheinhafen auf der rechten Rheinseite entdeckt, der möglicherweise in Kriegszeiten zusätzlich zum Zweck einer schnellen Rheinüberquerung genutzt werden konnte. Hier operierten nämlich 1638 vor der großen Schlacht von Wittenweier im 30jährigen Krieg kaiserliche Truppen, deren Oberkommando zeitweise auf dem Schloß in Mahlberg stationiert war. Sowohl die Brücke als auch der entdeckte Hafen dürften während der Schlacht vernichtet worden sein.

Dann führte Heimburger auf das Schlachtfeld von Wittenweier, bei dem die Kaiserlichen gegen die schwedischen Truppen eine empfindliche Niederlage mit sehr hohen Verlusten erlitten. Bis auf den heutigen Tag deutet eine Linde den Mittelpunkt dieses Ereignisses an. Heimburger konnte dort aber auch noch Unebenheiten von Verschanzungen aus jener Zeit zeigen.

Interessant war auch, daß der Leiter des Arbeitskreises in den 70er Jahren dort, wo das Zentrum der Schlacht durch eine Linde festgehalten wird, römische Reste entdeckt hat. Heimburger führte dann die Gruppe über das Trümmerfeld und konnte einmal im Gelände dem Interessierten zeigen, worauf bei Begehungen zu achten ist. Bei dieser Gelegenheit hat die Gruppe neben römischen Ziegelresten auch Mauerzüge im frisch gepflügten Ackerland erkennen können.

Im September versammelte sich der Arbeitskreis zu einer weiteren Exkur-

sion zu historischen Stätten. Auf dem Programm war diesmal die Besichtigung einer kleinen Befestigungsanlage, vielleicht eines früheren Burgus, auf dem Schloßbühl bei Sulz, und die Ringwallanlage auf dem Burkhard bei Lahr.

Unter der Führung von Heinrich Koch aus Mietersheim und dem Leiter der Fachgruppe suchte man das tief im Hochwald über Sulz verborgene Objekt auf. Es liegt wie viele Objekte dieser Art auf einem nur von einer Seite gut begehbaren Bergsporn des Buntsandsteins. Obwohl seine Entstehung noch weitgehend im Dunkel liegt, scheint ihr Sinn und Zweck eindeutig.

Wahrscheinlich gehört der Burgus zu jenen Einrichtungen, die sich das im Frühmittelalter erstarkte Bauern- oder beginnende Rittertum in dieser Gegend errichtet hatte. Das ist um so mehr anzunehmen, da der dahinter liegende Höhenrücken zwischen Schutter und Bleich nach jüngsten Ergebnissen möglicherweise bis in keltische Zeit stark besiedelt war.

Die Anlage auf dem Sporn war mindestens durch zwei Halsgräben, denen ursprünglich Palisaden vorgesetzt waren, vom Höhenrücken getrennt. Auf dem Areal des Sporns hatte jedoch nur ein kleines Gebäude oder wahrscheinlich ein Turm Platz, der vermutlich aus Holz war. Dank der dominanten Lage des Schloßbühls bot sich den Schutzsuchenden ein weiter Blick über das Rheintal, das Sulzbachtal und auf die dahinter liegenden Höhenzüge. Für Wasser in kurzen Gefahrenzeiten sorgte eine noch teilweise erhaltene Zisterne, die lediglich das Spaltenwasser der anstehenden Felsen sammeln konnte.

Nach dem Besuch dieser kleinen Anlage, die, wie gesagt, den dahinterliegenden Höfen zugeordnet werden dürfte, wurde weiter nördlich auf dem gleichen Höhenzug der sogenannte Burghard bei Lahr unter der Führung von Wolfgang Peter und dem Leiter des Arbeitskreises aufgesucht.

Diese Anlage ist bedeutend größer als jene auf dem Schloßbühl bei Sulz. Sie hatte aber auch, so wurde festgestellt, nicht nur einen anderen Charakter, sondern wahrscheinlich auch einen erweiterten Sinn und Zweck. In ihr, einer etwa zwei Hektar umfassenden Ringwallanlage, konnten nicht nur Menschen, sondern auch weitgehend Viehherden geschützt werden.

Der Burghard liegt am nördlichen Ende der besagten Hochebene, die sich vom Bleich- bis zum Schuttertal hinzieht. Sein weitläufiger Ringwall, der wahrscheinlich ursprünglich ebenfalls durch Palisaden geschützt war, umschließt das Hochplateau gegen drei Seiten des Bergabhangs. Dagegen verläuft der südliche Teil des Ringwalls über den Bergrücken und schützt so

die Anlage nach dieser Seite, wo auch der Eingang vermutet wird. Durch ihn konnten sich die Hirten mit ihrem Vieh, nachts und in Gefahrenzeiten, hinter dem Ringwall in Sicherheit bringen.

Die Anlage entspricht, so wurde berichtet, ähnlichen Objekten, die über ganz Westeuropa ausgebreitet sind und den Kelten zugeschrieben werden. Sie dürften aber teilweise auch noch nach der Keltenzeit ihren Zweck erfüllt haben.

Im Juni nahm der Leiter der Fachgruppe an einer Vorstandssitzung der „Arbeitsgemeinschaft zur Pflege und Förderung der Landesarchäologie Baden-Württemberg“ in Heilbronn teil. Neben den Neuwahlen standen noch verschiedene Punkte zur Archäologie des Landes auf dem Programm, die Prof. Dr. D. Planck, Präsident des Landesdenkmalamts, behandelte.

An die Sitzung schloß dann der „Zweite Tag der Archäologie in Baden-Württemberg“ an. Hierzu waren aus dem ganzen Land archäologische Wissenschaftler, Forscher, Mitarbeiter, Beauftragte und Freunde angereist. Auf dem Programm standen zahlreiche wissenschaftliche Vorträge. Nach der Begrüßung des Präsidenten vom Landesdenkmalamt begannen zahlreiche Vorträge, so u.a. über „Neue archäologische Forschungen im Raum Heilbronn“ (Dr. J. Biel, Landesarchäologie Baden-Württemberg), „Reiche, frühkeltische Grabfunde bei Breisach am Rhein – Gündlingen und Ihringen“ (Dr. R. Dehn, Freiburg) und „Eine bronzezeitliche Befestigungsanlage bei Pfaffenhofen, Kreis Heilbronn“ (Dr. G. Gaßmann, Stuttgart).

Am zweiten Tag folgten dann Exkursionen, so z.B. zu verschiedenen prähistorischen Ausgrabungsstätten im Raum Heilbronn–Ludwigsburg, an den Vorderen und Hinteren Limes sowie zu vorgeschichtlichen Befestigungen und weiteren römischen Anlagen der Gegend.

Fundberichte

Vorgeschichte

Biberach. Bereits um 1970 wurde am Westhang des Sommerbergs, unterhalb einem Wall, ein steinzeitlicher Schaber gefunden. Das Relikt, das wohl der Jungsteinzeit angehört, kann möglicherweise schon seßhaften Menschen im Vorderen Kinzigtal zugeordnet werden. Von einer Besiedlung kann aber erst dann die Rede sein, wenn es gelingen würde, mehrere solcher Artefakte in diesem Gebiet nachzuweisen² (Abb. 1).

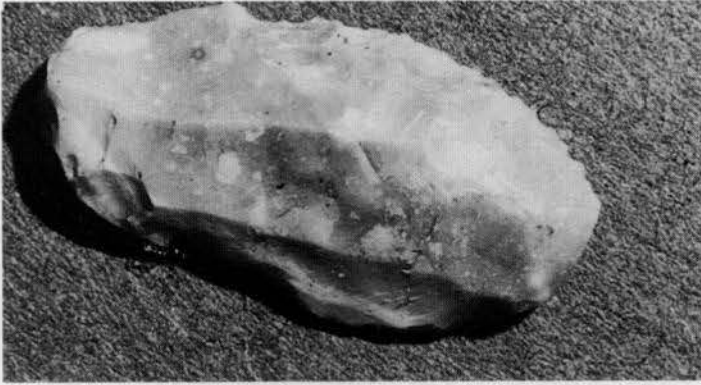


Abb. 1: Steinzeitlicher Schaber vom Sommerberg bei Biberach. Foto: Westermann

Friesenheim. Seit 1972 wird das Gelände um die Bannstude von Mitarbeitern des Arbeitskreises und Beauftragten des Landesdenkmalamts in regelmäßigen Abständen aufgesucht und begangen. Es ist während dieser Zeit gelungen, neben den römischen Resten auch eine prähistorische Besiedlung dieser Gegend nachzuweisen und genauer zu lokalisieren. Zumindest der westliche Teil des römischen Siedlungsplatzes dürfte schon in der spät-keltischen Latènezeit, also vor dem Eintreffen der Römer, besiedelt gewesen sein. Weitere Spuren gibt es dort aber auch aus der vorhergegangenen Hallstatt- und Urnenfelderkultur sowie der Mittleren Bronzezeit³. Danach läßt sich bei der dortigen Besiedlung ein Zeitsprung bis in die Jungsteinzeit feststellen⁴.

Nach den vorgefundenen Resten zu schließen, dürfte die jungsteinzeitliche Besiedlung bei einer Lößdüne im Norden beginnen und mit Unterbrechungen bei einem ehemaligen kleinen Weiher südlich der Römersiedlung enden. Im Westen dürfte ihre Ausdehnung etwa mit der Römersiedlung und im Osten zwangsläufig mit der Bahnlinie identisch sein. Das Ackerland östlich davon ist seit Jahrhunderten intensiv bewirtschaftet, daher dürften dort keine größeren archäologischen Spuren mehr zu erwarten sein. Dagegen hat man das übrige Gebiet erstmals um 1970 mit einem Tiefflug umgebrochen und dabei große Teile der jungsteinzeitlichen Siedlungsspuren angeschnitten. Deshalb fallen dort seither viele Relikte an, die von den Mitarbeitern aufgesammelt und registriert werden.

So kamen 1972 westlich des römischen Ruinenfelds erstmals Scherben der Michelsberger Kultur⁵ sowie eine große Menge gebrannter Hüttenlehm an die Oberfläche. Gleichzeitig wurde unweit davon ein gut erhaltener Spinnwirtel (Abb. 2/1) und in den römischen Ruinen eine schöne Silexklinge gefunden. Außerdem konnten damals weiter südlich, auf dem Platz des besagten Weihers, – wohl an einer jungsteinzeitlichen Wasserschöpfstelle –, Scherben der Michelsberger Kultur und auf dem ehemaligen Weiherrand ein Schaber aus Isteiner Jaspis geborgen werden⁶.

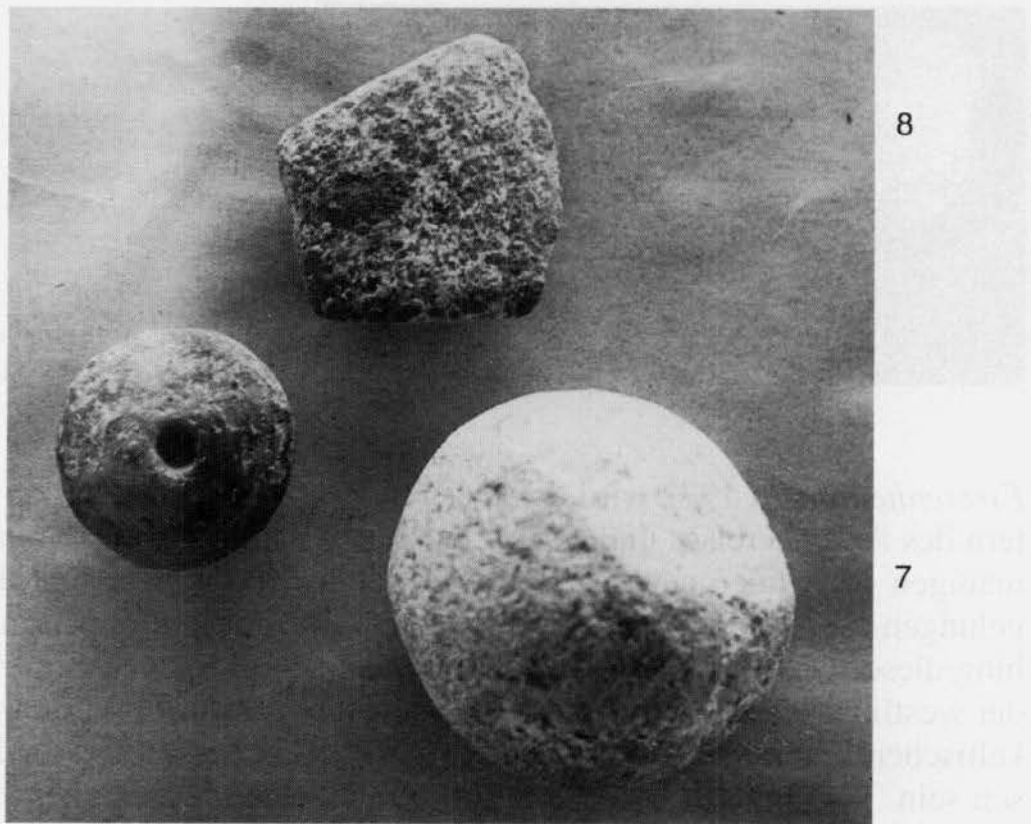


Abb. 2: Jungsteinzeitliche Relikte von der Bannstude bei Friesenheim.
 Spinnwirtel (1), Steinbeil aus Granit (gebrochen) (8), Reibstein aus Granit (7).

Foto: Naudascher

Später, im Jahr 1973, kamen bei der Lößdüne im Norden erneut jungsteinzeitliche Scherben und zwei Jaspisabschläge zum Vorschein. Weiter brachte der Pflug im gleichen Jahr, nur wenige Meter westlich vom Weiher, einen schönen Schaber aus Feuerstein (Abb. 3/2) an die Oberfläche, währenddessen in der Nähe der römischen Ruinen zwei steinzeitliche Artefakte, nämlich ein kleiner Schaber aus Jaspis sowie ein Rundschaber aus Karneol (Abb. 3/3), gesichert werden konnten⁷.

So ging es auch im Jahr 1974 und 1975 weiter. Wiederum wurden am Rand des Weihers bräunliche und im Kern schwarze Scherben (Abb. 3/4) gefunden⁸; und im nächsten Jahr wurden Knochen (Abb. 3/5) sowie nochmals Scherben (Abb. 3/6) der Michelsberger Kultur an die Oberfläche gepflügt⁹.

Auch im Jahr 1976 fand sich auf dem gleichen Fundareal, in der Nähe des ausgetrockneten Weihers, eine feinkörnige, zweiseitig angeschliffene Reibkugel aus Sandstein (Abb. 2/7)¹⁰. Aber auch weiter nördlich bei der Römersiedlung waren wieder zwei Funde, nämlich das Vorderteil eines klei-

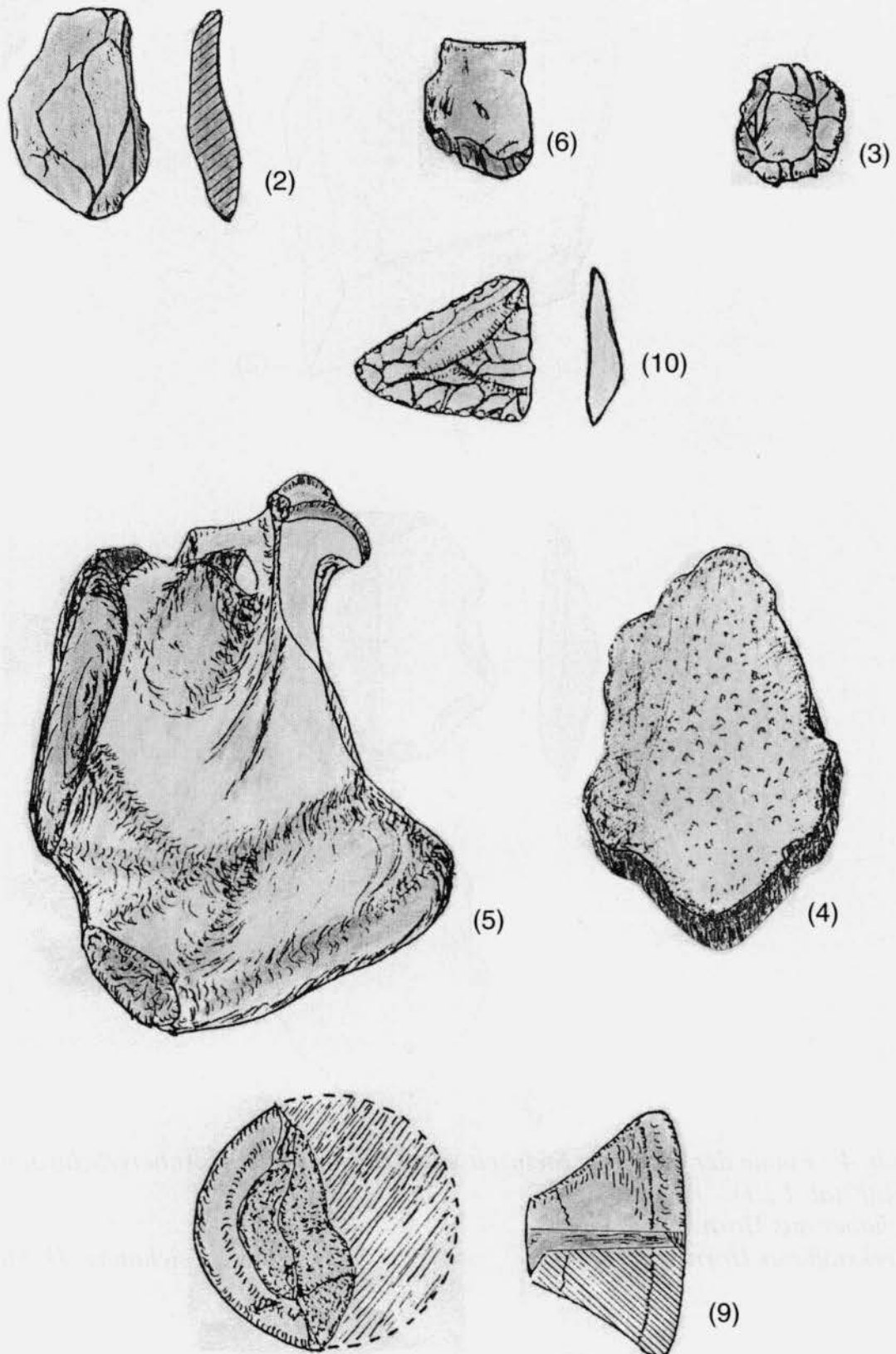
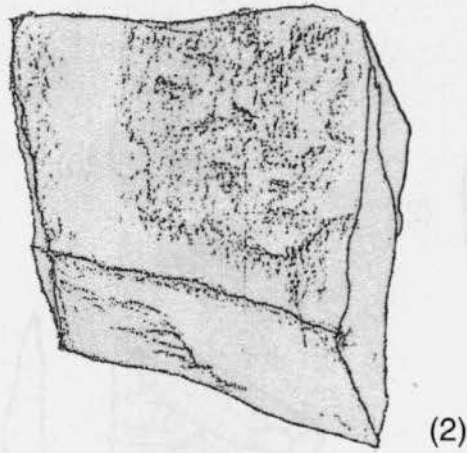
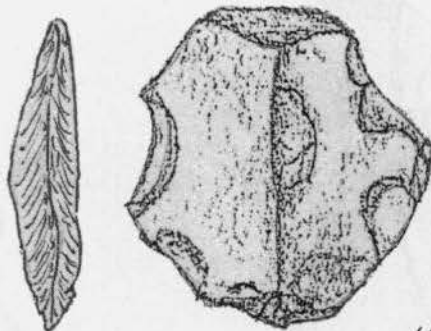


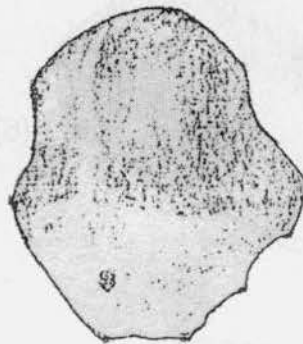
Abb. 3: Jungsteinzeitliche Funde von der Bannstude bei Friesenheim.
 Schaber aus Feuerstein (2), kleiner Schaber aus Jaspis (3), im Kern schwarze
 Scherbe (4), einer der Knochen, vermutlich aus einer Abfallgrube (5), kleine
 Scherbe (6), Spinnwirtel (9), Pfeilspitze (10). Zeichnungen: Naudascher



(2)



(1)



*Abb. 4: Funde der Mittleren Steinzeit vom Offenbach bei Hornberg/Schwarzwald.
(Maßstab 1 : 1).*

*Schaber aus Hornstein (1),
Werkstoff aus Hornstein (2).*

Zeichnung: H. Stempel

nen Steinbeils (Abb. 2/8) sowie ein zerbrochener, leicht gebrannter Spinnwirtel (Abb. 3/9) zu verzeichnen. Außerdem wurde etwa zur gleichen Zeit auf dem Platz der Römersiedlung eine kleine, dunkelbraune, mit hellen Adern durchsetzte Pfeilspitze (Abb. 3/10) gefunden¹¹.

Letztlich konnten dann im Jahr 1981 bei dem besagten Hügel folgende jungsteinzeitliche Relikte aufgefunden werden: Eine bräunliche Klinge aus Jaspis, ein Steinabschlag, ein Schaber aus braunem Hornstein, ein Bohrer aus hellbraunem Jaspis, eine Jaspis-Knolle, ein zugespitztes kleines Werkzeug aus braunem Hornstein, weitere Knollenteile sowie Absplisse aus braunem Feuerstein und aus gelbgrauem Jaspis¹².

Dank der jahrelangen Beobachtung und intensiven Begehungen des über zwei Hektar großen Fundareals, konnte auf der Bannstudie nicht nur die Besiedlung, sondern auch deren eventueller Umfang ermittelt werden. Wahrscheinlich wurde der Platz wegen seiner hochwasserfreien Nähe zur vorbeifließenden Schutter gewählt. Dort gab es nicht nur Fische, sondern auch jagdbares Wild dürfte sich in der Nähe des Wassers in Menge aufgehalten haben. Hinzu kommt noch die Fruchtbarkeit des Überschwemmungsgebiets. Denn neben der Viehzucht nutzten die Michelsberger bereits den Boden zur Bepflanzung von Getreide und Flachs.

Hornberg. Am Ausgang des Offenbachtals, unweit der Ruine des ehemaligen Bergbauernhofs, liegt das sogenannte Bergloch. Dort tritt ein kleiner Bach aus einer heute verschütteten Höhle, die als ein Bergbaustollen anzusprechen ist. Wann und was dort abgebaut wurde, scheint nicht restlos geklärt zu sein. Weitere Schürfstellen, die unweit oberhalb des Berglochs verlaufen, dürften von ihrer Struktur her auf frühen Bergbau hinweisen.

Auch die sonstige Umgebung des Berglochs bis hin zum Karlstein, einer sehr markanten Felsformation, ist sowohl geologisch als auch archäologisch interessant. Das um so mehr, da bereits vor einigen Jahren auf dem Rand des Höhlenbachs, nur wenige Meter nach seinem Austritt aus dem Berg, ein schön bearbeiteter mittelsteinzeitlicher Schaber aus Hornstein gefunden wurde.

Unweit von der besagten Fundstelle ist es außerdem gelungen, ein größeres Stück Rohmaterial aus Hornstein zu bergen. Das könnte darauf hinweisen, daß der Hornstein entweder dort ansteht oder möglicherweise während der Steinzeit dort bearbeitet wurde¹³ (Abb. 4).

Oberwolfach. Bereits im Jahr 1975 haben die Schüler Stefan Himmelsbach und Gerhard Rauber auf dem Grundstück von Otto Himmelsbach aus einem ca. 1,50 m tiefen Fundamentgraben für eine Gartenmauer wohl ein steinzeitliches Relikt bergen können. Es gelangte dann zu dem Wolfacher Heimatforscher Josef Kraußbeck, der den Beauftragten für Archäologie informierte¹⁴.

Das Relikt hat die Gestalt eines großen Küchenmessers, in das beidseitig mehrere geometrische Linien eingraviert sind. Seine Kanten sind nach allen Seiten leicht abgerundet und verbieten schon allein aus diesem Grund eine profane Benutzung. Dazu kommt noch, daß der Hersteller ein relativ weiches Material verwendet hat.

Das Steinmesser war außerdem wegen seiner geringen Materialstärke morsch und bröckelig. Dies läßt den Schluß zu, daß es sehr lange in der Erde lag. Aus all diesen aufgeführten Symptomen darf weiter geschlossen werden, das Relikt gehört mit großer Wahrscheinlichkeit der Mittelsteinzeit an¹⁵.

Ähnliche Relikte aus der Mittelsteinzeit lassen sich auch in anderen Teilen der Welt, so zum Beispiel im Hinteren Orient, zurückverfolgen und sind vor allem aus Frankreich vielfach schon länger bekannt. Ihre Eingravierungen sollen dort hauptsächlich Informationen aus der Astronomie, wie zum Beispiel Mondphasen u.ä., enthalten. Sie wurden wahrscheinlich bei kultischen Handlungen als Zaubermittel verwendet. Aus diesem Grund werden sie auch zu Recht als Kultmesser oder Zauberstab angesprochen¹⁶.

Demnach handelt es sich bei dem Steinmesser wahrscheinlich um ein ähnliches Objekt. Es lag bei weiteren Relikten, die später mit der Verfüllung wieder in den Graben gelangt sein dürften. Auch das vermutliche Kultmesser wäre der Erde wieder zurückgegeben worden, wenn es nicht dank seiner Form und den Eingravierungen besonders abgehoben hätte. Sollte sich die Vermutung bestätigen, dann würde es auch mit diesem Fund gelingen, in dieser Gegend des Schwarzwalds Menschen in der Mittelsteinzeit nachzuweisen¹⁷ (Abb. 5).

Welschensteinach. Beim Pilzsammeln hat Hans Dieterle im September 1976 an einem bewaldeten Hang im Gewann Birlinsbach eine gut gearbeitete Steinklinge gefunden. Sie steckte nur wenig in der Erde und fiel durch ihre helle Farbe und durch ihre Form auf. Sie scheint durch eine Planier-
raupe aus der Sohle eines neu angelegten Schleifwegs geschoben worden zu sein und lag auf dem Rand im Hangschutt. Der Fundplatz liegt nur wenige Meter unterhalb eines alten Pfads, dem sogenannten „Prinzbacher Dich“, und unweit einer schwachen Bergdruckquelle. Die Quelle mag in der Frühzeit stärker geflossen sein und wäre dann ein Grund für den Aufenthalt steinzeitlicher Menschen gewesen.

Bei dem Relikt handelt es sich um eine beige Jaspisklinge, die ähnlichen Artefakten der Mittelsteinzeit entspricht. Die Randpartien sind messerscharf. Eine Längsseite und die Klingenspitze wurden anscheinend von

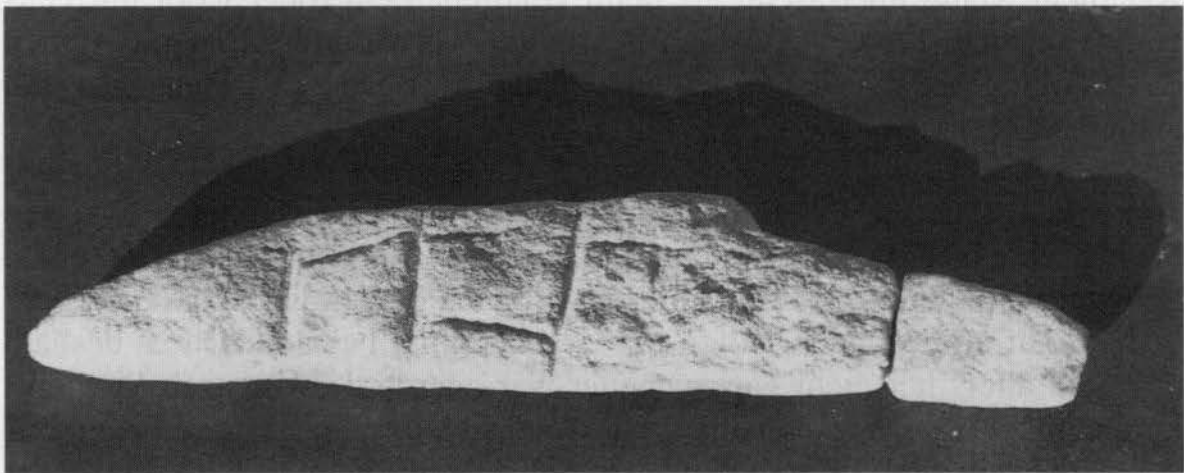
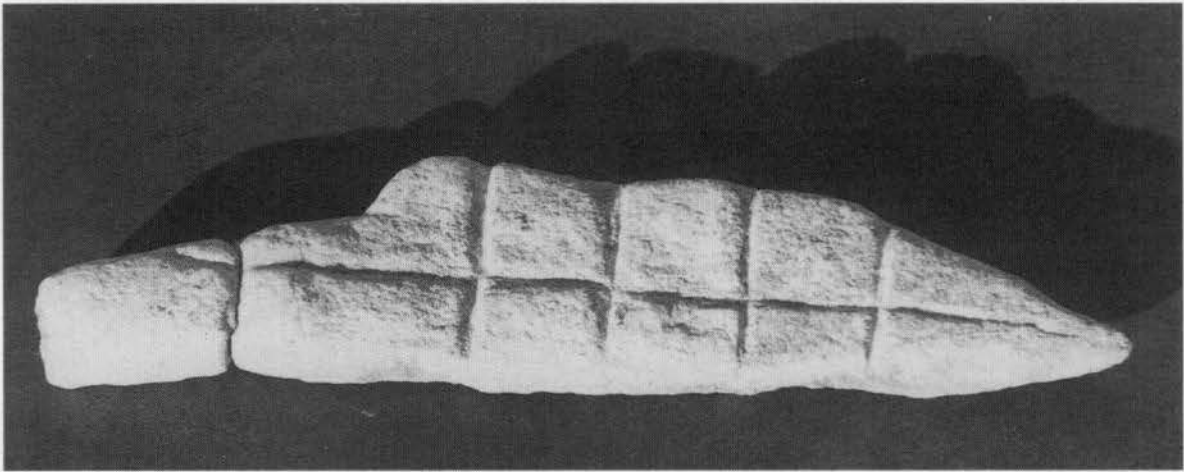


Abb. 5: Vorder- und Rückseite eines Kultmessers oder Zauberstabs der Mittelsteinzeit. Gefunden in Oberwolfach. Möglicherweise enthalten die Eingravierungen Informationen aus der Astronomie. Fotos: Naudascher

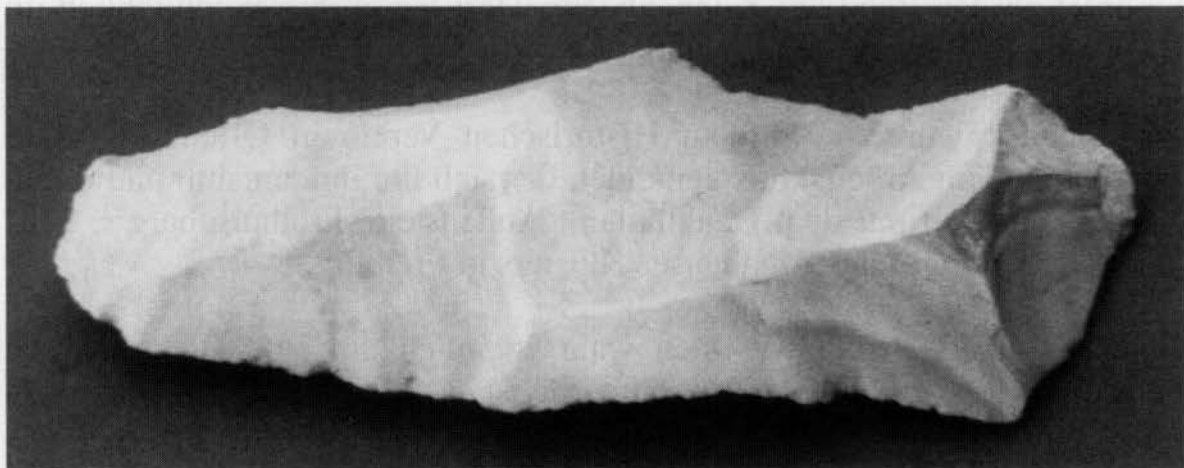


Abb. 6: Steinzeitklinge aus dem Wald bei Welschensteinach. Etwa in natürlicher Größe. Foto: Dieterle

dem steinzeitlichen Werkzeugmacher nach dem Abschlag leicht nachgearbeitet. Die Bearbeitungsspuren sind durch leichte Retuschierungen gut erkenntlich¹⁸.

Auch diese Steinklinge ist ein Nachweis für den Aufenthalt mittelsteinzeitlicher Menschen auf den Bergen des Schwarzwalds¹⁹ (Abb. 6).

Frühgeschichte

Biederbach. Bereits im Jahr 1974 wurde im Kunnenbach ein Stein in der Form eines Obelisks entdeckt und aus dem Bachbett gedreht. Der Finder war nicht wenig überrascht, als beim Umdrehen ein roher Kopf mit Hals zum Vorschein kam. Wegen seines rundum verwitterten Zustands schien das Denkmal jedoch nicht allzulang im Bach gelegen zu haben; was sich auch bald bestätigen sollte.

Angeblich stand der Obelisk bis um das Jahr 1935 im „Hinteren Kunnenbach“, einem unbewohnten Schwarzwaldtal. Er soll sich über einen Schwall bei einer alten Birke am Weg erhoben haben. Der markante Stein war in den umliegenden Höfen als Grabdenkmal bekannt. Da es deshalb dort von alters her nicht ganz geheuer war, wurde der Ort nach Möglichkeit gemieden; so ist es verständlich, wenn sich um ihn mehrere Sagen bildeten, die sich auf das Grab bzw. die Grabstele bezogen²⁰.

Der Besitzer der Matten, auf dem der Schwall – wohl ein Grabhügel – lag, planierte um 1935 das Gelände, schleifte das Grabdenkmal über den Weg und ließ es am Wegrand liegen. Erst als 1971/72 wiederum eine starke Geländeänderung vorgenommen wurde, rollte man den Stein den Hang hinunter an den Rand des Kunnenbachs. Dort lag er, bis er schließlich im Bachbett des Kunnenbachs gelandet ist.

Der Obelisk wurde 1974 dem Historischen Verein in Offenburg²¹ und schließlich dem Arbeitskreis gemeldet, der sich um ihn annahm und ihn in Zusammenarbeit mit dem Denkmalamt Außenstelle Freiburg barg²². Seither steht er im Hof des Adelhauser Klosters in Freiburg.

Bei dem Objekt handelt es sich wahrscheinlich um eine Grabstele, die einst ein keltisches Hügelgrab krönte. Sie ist ca. 1,50 m hoch und hat einen typischen Klumpfuß. Sowohl dem Kinn des rohen halbrunden Kopfes als auch dem stilisierten Gesicht mit Mund und Nase liegt eine abgerundete V-Form zugrunde. Sie entspricht durchaus keltischer Tradition²³. Hinzu kommt noch, daß der Fund in einem Gebiet lag, in dem sich romanische



Abb. 7: Keltische Grabstele von Oberbiederbach.

Foto: Naudascher

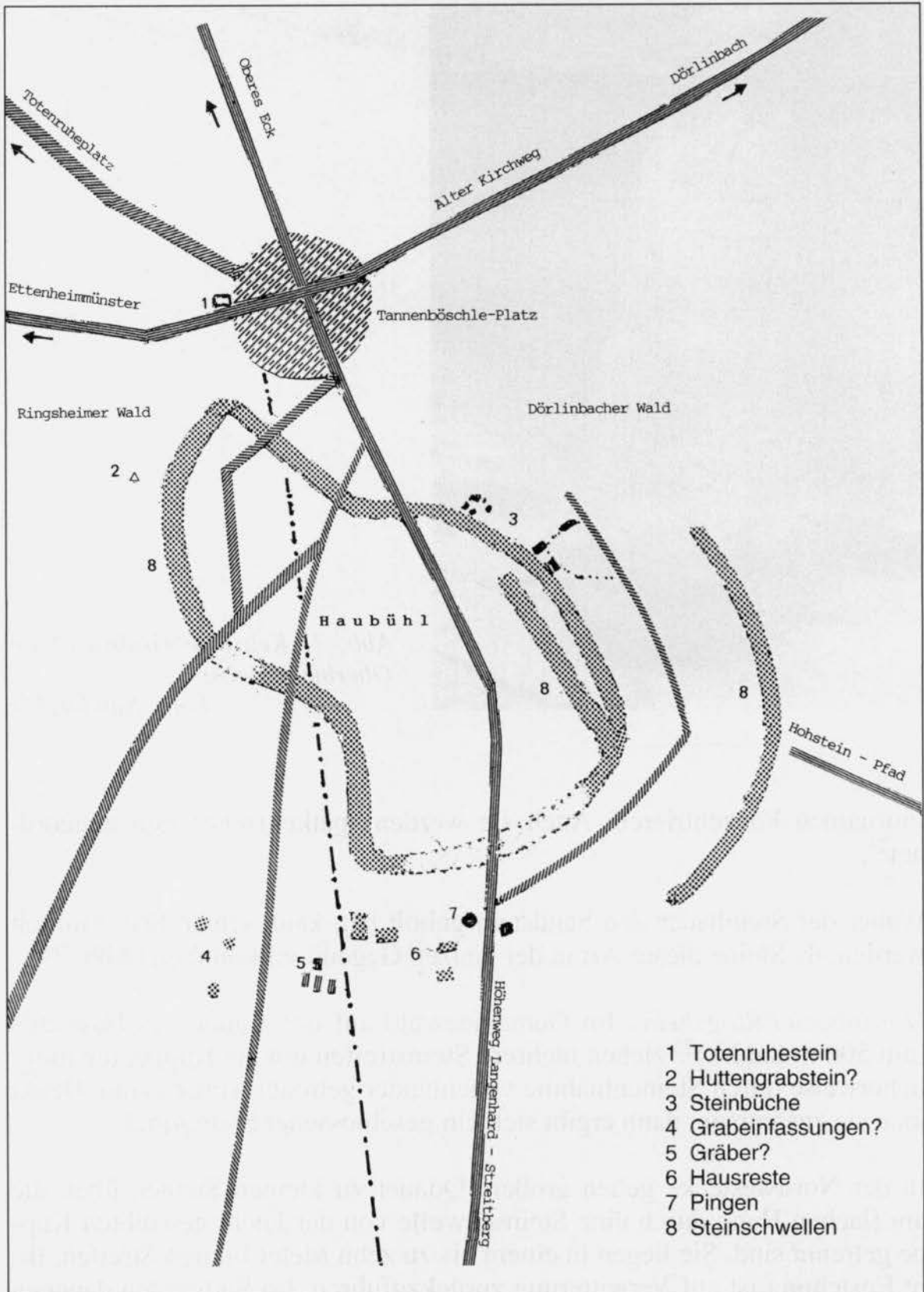
Flurnamen konzentrieren. Auch sie werden spätkeltischer Zeit zugeordnet²⁴.

Woher der Steinhauer den Sandstein geholt hat, kann schwerlich ermittelt werden, da Steine dieser Art in der ganzen Gegend vorkommen (Abb. 7).

Dörlinbach / Ringsheim. Im Gemeindewald auf der Kuppe des Haubühls (um 500 m ü.d.M.)²⁵ ziehen mehrere Steinstreifen um die Kuppe, die möglicherweise durch Steinentnahme voneinander getrennt worden sind. Denkt man sie zusammen, dann ergibt sich ein geschlossener Steingürtel.

In der Nordwestecke gehen größere Quader zu kleinen Steinen über, die am flachen Hang durch eine Steinschwelle von der leicht gewölbten Kuppe getrennt sind. Sie liegen in einem bis zu zehn Meter breiten Streifen. Ihre Entstehung ist auf Verwitterung zurückzuführen. Im Südwesten dagegen liegen die Steine zunächst dünner und fehlen nach der Biegung gegen Osten über eine größere Strecke fast gänzlich.

Weiter kammwärts liegen die Gesteinstrümmer erneut sehr dicht. Doch



(Maßstab ca. 1 : 2000)

Abb. 8: Refugium auf dem Haubühl über Dörlinbach im Schuttertal.

Skizze: H. Ohnemus



Abb. 9: Steinplätze auf dem Haubühl über Dörlinbach sind möglicherweise Reste von früheren Häusern.

Foto: Naudascher



Abb. 10: Sandsteinplatte in einem Steinrundell auf dem Rauhbühl über Dörlinbach im Schuttertal.

Foto: Naudascher



Abb. 11: Behauener „Dreikanter“ in der Form eines Hüttengrabsteins auf dem Haubühl über Dörlinbach.

Foto: Naudascher

über die weitere Kuppe nach Osten fehlen sie ebenfalls fast vollständig. Sie dürften dort künstlich als Steinriegel zwischen Kuppe und abflachendem Kamm gesetzt worden sein. Wegen dem relativ guten Zugang zu dieser Stelle sind sie dort wahrscheinlich für Bauzwecke weggeholt worden²⁶.

Gegen den steilen Ostabhang hin, verläuft der Steingürtel entlang einer Felsschwelle. Auf dem Kamm über ihm liegen in einem breiten Streifen ebenfalls Gesteinstrümmer. Auch sie sind der Verwitterung zuzuschreiben. Dies gilt auch für den weiterlaufenden Steingürtel, der durch einen größeren und einen kleinen Steinbruch unterbrochen wird. Beide sind an ihren ausgebeuteten Plätzen und stehengebliebenen Steinquadern zu erkennen. Der weiterführende Gürtel auf der flachen Nordseite zum Tannenböschle hin scheint jedoch eher wieder künstlich zu sein. Er schließt sich dann im Nordwesten²⁷ (Abb. 8).

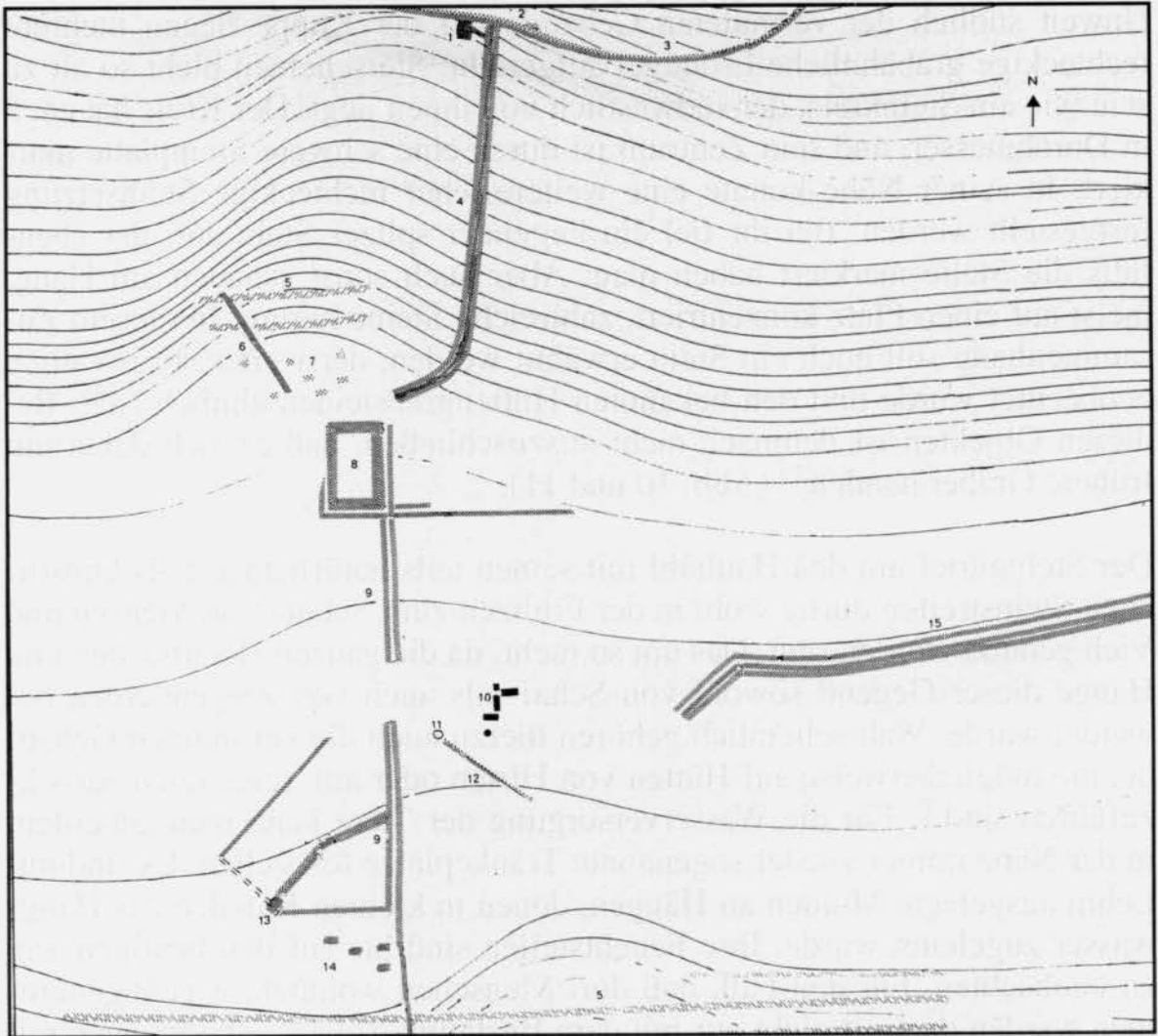
Auf der südlichen Kuppe liegen außerhalb des Steingürtels teilweise größere Steinbrocken auf zwei Plätzen so beisammen, daß man dort den Rest von kleinen Gebäuden annehmen könnte. Aber auch an dem leicht abfallenden Südosthang gibt es zwei weitere verdächtige Gebäudeplätze (Abb. 9).

Unweit südlich der vermuteten Gebäude auf der Kuppe liegen mehrere rechteckige grabähnliche Erdhügel aufgereiht. Sie scheinen nicht so alt zu sein wie ein Steinkreis, der südwestlich von ihnen liegt. Der Kreis hat ca. 3 m Durchmesser, und sein Zentrum ist durch eine schwere Steinplatte markiert. In seiner Nähe konnte eine weitere, eher rechteckige Steinsetzung festgestellt werden. Bei ihr fiel ein liegender spitzer Stein auf, der ebenfalls die Stelle markiert haben mag. Aber auch sonst schauen am Hang, meist auf einen Platz konzentriert, zahlreiche Steine hervor. In diesem Zusammenhang soll noch ein Stein erwähnt werden, der weiter nordwestlich beobachtet wurde und den bekannten Hüttengrabsteinen ähnlich ist²⁸. Bei diesen Objekten ist demnach nicht auszuschließen, daß es sich dabei um frühere Gräber handelt²⁹ (Abb. 10 und 11).

Der Steingürtel um den Haubühl mit seinen teils natürlichen, teils künstlichen Steinstreifen dürfte wohl in der Frühzeit zum Schutz von Mensch und Vieh genutzt worden sein. Das um so mehr, da die ganzen Hochflächen und Hänge dieser Gegend sowohl von Schaf- als auch von Ziegenherden beweidet wurde. Wahrscheinlich gehören hierzu auch die vermuteten Gebäude, die möglicherweise auf Hütten von Hirten oder auf Sennereien zurückzuführen sind³⁰. Für die Wasserversorgung der Tiere kann man außerdem in der Nähe immer wieder sogenannte Tränkeplätze feststellen. Es sind mit Lehm ausgelegte Mulden an Hängen, denen in kleinen Kanälen das Hangwasser zugeleitet wurde. Ihre Feuchtstellen sind bis auf den heutigen Tag zu beobachten. Für den Fall, daß dort Menschen wohnten, was angenommen werden darf, ist nicht nur mit dem Bestattungsplatz, sondern auch mit einer Kultstätte zu rechnen. Vielleicht wurde der benachbarte Breitenstein³¹ von den auf dem Haubühl vermuteten Hirten benutzt.

Ettenheimmünster. Um 1990 wurde auf dem Ringheidenbühl beim Streitberg eine rechteckige Schanze (Abb. 12/8) festgestellt und danach dem Archäologischen Arbeitskreis gemeldet³². Bei mehreren Begehungen konnte man sich dann von der Entdeckung nicht nur überzeugen, sondern fand zusätzlich Reste eines Walls und weitere archäologische Spuren³³. Alles scheint aber durch die Bewohner eines längst vergangenen mittelalterlichen Hofes stark gestört worden zu sein (Abb. 12).

Die Anlage liegt auf einem Bergrücken (425–450 m ü.d.M.), der sich von Osten nach Westen erstreckt. Dagegen fällt die Südseite langsam und die Nordseite steil ab. Der Rücken besteht aus verwittertem Sandstein mit überdecktem Waldboden. Im Nordwesten und Südosten sind noch deutlich Spuren von Landwirtschaft zu erkennen. Dort sind wahrscheinlich im Mittelalter Terrassen angelegt worden. Heute ist jedoch das gesamte Areal mit Wald bewachsen.



- | | | |
|--------------------|---------------------------|-----------------------|
| 1 Kohlplatz? | 6 Wegspuren | 11 Brunnen (Zisterne) |
| 2 Quellplatz? | 7 Hüttenreste? | 12 Rinne |
| 3 Bleichbach | 8 Schanze | 13 Wallverstärkung? |
| 4 Hohlweg mit Wall | 9 Wallanlage oder Hohlweg | 14 Haureste |
| 5 Terrassenkanten | 10 Hofreste | 15 Ringwall |

Abb. 12: Plan von Resten verschiedener Kulturen auf dem Ringheidenbühl (um 430 m ü.d.M.) zwischen dem Bleich- und Schutttertäl beim Streitberg.

Skizze: Naudascher

Die Besiedlung des Ringheidenbühls scheint in verschiedenen Stufen abgelaufen zu sein. Die älteste Kulturstufe liegt wohl im Nordwesten hoch über dem noch jungen Bleichbach (Abb. 12/3) und einer dort entspringenden Quelle (Abb. 12/2). Die Nähe zum Wasser könnte der Grund einer frühen Besiedlung an dieser Stelle sein. Von ihr sind lediglich noch Steinblöcke zu erkennen, die auf Hüttenreste (Abb. 12/7) hinweisen, wie sie aus



Abb. 13: Rest eines Hausfundaments? (12/7) am nordwestlichen Hang des Ringheidenbühls am Streitberg.
Foto: Naudascher



Abb. 14: Die Südostecke der Schanze (12/8) auf dem Ringheidenbühl beim Streitberg.
Foto: Naudascher

den Vogesen bekannt sind. Nur noch wenige der Steinreihen liegen geordnet da. Die meisten von ihnen scheinen durch spätere Bewirtschaftung dieses Areals durcheinander geraten zu sein (Abb. 13).

Gleich dahinter liegt eine kleine rechteckige Schanze (Abb. 12/8) mit einem Wall-Grabensystem von etwa 30 × 50 m. Anders als bei den ungeschützten Hütten hat sie möglicherweise einen kleinen Hof eingefriedet³⁴. Der Wall ist besonders auf seiner Ost- und Südseite noch mächtig. Dagegen ist er auf seiner Westseite stellenweise und auf der Nordseite fast ganz durch moderne Forstwirtschaft gestört. Der Eingang zur Schanze befand sich möglicherweise auf der flachen Westseite (Abb. 14).

Unweit der Schanze führt ein künstlich angelegter Hohlweg (Abb. 12/4) mit Wall zuerst sanft gebogen, dann aber gradlinig und steil den Berg hinab. Er endet in einer Krümmung des Bachs, gegenüber einer möglichen Quelle, die den Bach zusätzlich mit Wasser versorgt. Auf einem kleinen Podium über dem Bach, zu dem ein Abzweig des Hohlwegs führt, wurden Holzkohlenreste beobachtet. Sie können von einem Kohlenmeiler, aber auch von einem abgebrannten Holzhaus herrühren. Jedenfalls hat dieser Platz am Bach in der Frühzeit mit dazu gedient, Mensch und Vieh auf dem Ringheidenbühl über den Hohlweg mit Wasser zu versorgen³⁵.

Auf der gegenüberliegenden Seite der besagten Schanze (Abb. 12/8), am Südostende des Bergrückens, liegen weitere Reste, vermutlich von früheren Häusern (Abb. 12/14). Sie haben einen ganz anderen Charakter als die Hüttenreste auf der Nordwestseite und gehören vielleicht einer etwas jüngeren Epoche an. Dicht dabei ist eine weitere, diesmal winkelförmige Verschanzung (Abb. 12/13), wozu keine Beispiele bekannt sind. Darum läßt sich auch ihr Zweck zunächst nicht ausmachen und bleibt einer genaueren Untersuchung vorbehalten.

Diese Hausreste im Südosten liegen außerdem am Ende eines Walls oder einem Hohlweg (Abb. 12/9), der von der besagten Schanze bzw. vom Bach gradlinig herüberführt. Er ist relativ gut erhalten und lediglich wegen dem Zugang eines längst vergangenen Hofes auf einer kurzen Strecke unterbrochen.

Vom möglichen Ringwall, von dem der Berg wahrscheinlich seinen Namen ableitet, ist nur noch ein kleiner, aber eindrucksvoller Rest erhalten. Er erstreckt sich hauptsächlich auf der Nordseite, biegt im Nordwesten quer zum Rücken ab, und wird dann wahrscheinlich durch spätere Kultivierung für die Landwirtschaft unterbrochen. Dieses Stück des noch erhaltenen Wall-Grabensystems ist mehr als ein Meter tief bzw. hoch und ent-



Abb. 15: Rest vom nördlichen Wall (12/15) auf dem Ringheidenbühl beim Streitberg.
Foto: Naudascher



Abb. 16: Brunnen oder Zisterne (12/11) im Areal des Ringheidenbühls beim Streitberg.
Foto: Naudascher

spricht durchaus ähnlichen Befestigungsanlagen aus keltischer Zeit³⁶ (Abb. 15).

Dann liegen im Westen auf dem Scheitel des Rückens, bereits innerhalb des westlichen Ringwalls, spätmittelalterliche Hofreste. Sie sind noch recht gut sichtbar. Neben einem Keller mit ca. 5×8 m sind die Grundrisse von zwei Gebäuden mit etwa gleicher Größe und einer Senke von etwa 2×2 m zu erkennen. Südlich des Hofes liegt noch ein undefinierbarer Steinhäufen und gegen Westen ein gut erhaltener Brunnen oder eine Zisterne, die heute noch ca. 3 m tief ist (Abb. 16). Die Wege beim Hof selbst lassen sich nur erahnen. Sie sind aber nur wenig von ihm entfernt noch teilweise in Funktion oder lassen sich dort erkennen. Im Westen, wo der Ringwall am meisten an den Hof heran kam, hat man den Wall und Graben auf ca. 50 m einfach beseitigt.

Dieser Hof gehört wohl der letzten Periode der Besiedlung des Ringheidenbühls an. Dort im ehemaligen Klosterwald könnte jedoch das Areal schon in Folge früherer Besiedlung vom ehemaligen Benediktinerkloster Ettenheimmünster bewirtschaftet worden sein. Wie die Terrassen auf der Süd- und Nordwestseite zeigen, wurde neben Forst- und Weidewirtschaft auch intensive Landwirtschaft betrieben. Heute ist das ganze Gebiet, wie gesagt, wieder restlos bewaldet.

Ringsheim. Unweit vom Haubühl an der östlichen Grenze des Ringsheimer Hochwalds liegt auf einem bewaldeten Bergsporn der sogenannte Breitenstein (um 500 m ü.d.M.). Bei ihm handelt es sich um ein Felsmassiv aus Buntsandstein, das auf dem auslaufenden Sporn gegen Süden hin sehr stark verwittert ist. Es schaut weit über das umliegende Gebirge hinaus und würde einen weiten Blick über das Land gewähren, wenn die Umgebung nicht vollständig mit einem Fichtenwald bewachsen wäre³⁷.

Auf diesem Sporn stehen natürlich freigelegte Felsblöcke, außerdem liegen dort meist blockförmige, große Steine umher. Die Felsblöcke schauen sowohl auf der Ost- als auch auf der Westseite halbkreisförmig bis zu drei Meter aus dem Felsmassiv hervor und sind teils durch Menschenhand und teils durch natürliche Verwitterung aufgespalten. Vor ihnen weitet sich jeweils ein scheibenartiges Plateau aus, auf dem sich megalithische Steine mit den Felsblöcken zu einem Rundell schließen. Die Mitte dieser Rundells ist jeweils durch einen Felsblock zentriert, der im westlichen Teil die Form eines sogenannten Sattelsteins hat³⁸. Er ist etwa 1,50 m hoch und mit seiner Längsseite genau Ost-West ausgerichtet. Auf ihm befindet sich ein eingeschliffener Sattel, wie er von anderen Objekten dieser Art bekannt ist. Der Stein hat aber im Laufe der Zeit sehr stark unter den Witterungsein-



Abb. 17: Eine mutmaßliche Kultanlage auf dem „Breitenstein“ (um 500 m ü.d.M.) im Ringsheimer Wald. Im Zentrum des megalithischen Steinrundells steht ein gespaltener „Sattelstein“. Im Hintergrund der Steinblock mit dem Rest einer Schale auf seiner Oberfläche. Foto: Naudascher



Abb. 18: Der Rest einer Schale auf dem Breitenstein im Ringsheimer Wald. Entgegen den gut erhaltenen Schalen im Granit ist sie hier auf dem Buntsandstein fast vergangen. Foto: Naudascher

flüssen gelitten. Wenn er nicht schon ursprünglich in zwei Teilen aufgestellt wurde, so ist er an Ort und Stelle auseinandergeplatzt. Hingegen ist der Zentralstein im östlichen Rundell weniger hoch und auch weniger markant. Bei ihm handelt es sich um einen „Breitenstein“, der sich in seiner zentralen Lage von den umgebenden Steinen kaum heraushebt³⁹.

In der Verlängerung des sogenannten Sattelsteins auf der Oberfläche des dort anstehenden Felsblocks ist eine stark verwitterte Mulde ausgehauen. Sie ist noch nahezu 0,2 m tief und hat einen unregelmäßigen Durchmesser von 0,30 bis 0,40 m. Bei ihr handelt es sich möglicherweise um den Rest einer sogenannten Schale. Solche Objekte sind in viel besserem Zustand bei ähnlichen Anlagen im Granit schon lange bekannt. Ihr desolater Zustand ist nicht weiter verwunderlich und läßt sich durch den weichen Sandstein erklären, in den sie eingehauen ist. So hat das stetige Wasser im Wechsel mit dem Frost über die Jahrtausende dazu beigetragen, ihre regelmäßige Form wesentlich zu verändern. Dadurch ist wahrscheinlich vom Rand der vermuteten Schale ein beachtliches Stück abgeplatzt, und auf ihrer Sohle sind unförmige Vertiefungen entstanden⁴⁰ (Abb. 18).

Möglicherweise handelt es sich bei dem Objekt um eine frühe Kultstätte, die bis in keltische Zeit benutzt wurde. Denn unweit davon wurden auf dem Haubühl ebenfalls archäologische Reste beobachtet, die auf eine frühe Besiedlung dieser Gegend hinweisen⁴¹.

Oberwolfach. Auf dem geheimnisvollen und sagenumwitterten Schwarzenbruch über einem Tal weit ab von Oberwolfach liegen mehrere Schwarzwaldhöfe⁴². Dort gibt es ein kleines Areal, das im Volksmund als „Kirchhof“ bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um einen bewaldeten Berghang im Buntsandstein. Bis vor dem Zweiten Weltkrieg sollen im oder beim besagten Kirchhof Steine im Wald umher gelegen haben, die nach Augenzeugen behauen waren und wie Grabsteine ausgesehen haben sollen. Sie sind leider nach dem Krieg zerschlagen und für den Straßenbau verwendet worden. So konnten bei Begehungen in diesem Gebiet zwar Steine gefunden werden, sie waren aber entweder natürlich oder zeigten Bearbeitungsspuren, die aus jüngerer Zeit stammen dürften⁴³.

Anders verhält es sich mit einem Kopf, der am ca. 300 Jahre alten Schrempenhof als Eckstein von Giebel und Eingangsseite wahrscheinlich schon beim Bau des Hauses mit eingebaut wurde. Da dieses Haus nur unweit vom Gewann Kirchhof liegt, besteht die Möglichkeit, daß der Kopf von dort kam (Abb. 19).

Der besagte Kopf vom Schwarzenbruch ist seiner Form nach den bekann-



Abb. 19: Kopf am Schremphenhof auf dem Schwarzenbruch bei Oberwolfach.
Foto: Naudascher



Abb. 20: Steinanker (1) mit Abschleifungen. Er wurde wahrscheinlich als Schleppanker zum Abbremsen eines Fischerboots verwendet.
Originalgröße. ~ 30×40 cm, 6 cm stark.
Foto: Naudascher

ten keltischen Köpfen ähnlich. Selbst wenn er in die Zeit der späten Christianisierung dieses Gebietes gehören sollte, dürfte er den provinziellen spätkeltischen Charakter bewahrt haben⁴⁴.

Römerzeit

*Ichenheim*⁴⁵. Zwischen 1965 und 1970 hat ein Schwimmbagger im Kieswerk Blatt am Rhein bei Ichenheim den Rumpf eines über zehn Meter langen Schiffs hochgehoben. Es brach dann an der Wasseroberfläche auseinander und fiel wieder zurück. Weitere Bergungsversuche blieben wegen der großen Tiefe, in die es wieder hinabgesunken war, erfolglos⁴⁶.

Im Jahr 1969 wurde ebenfalls mit dem Bagger ein Steinanker gehoben, der an seinem unteren Ende stark abgeschliffen ist⁴⁷. Darum dürfte es sich bei



Abb. 21

*Steinanker, die vermutlich zum Festhalten eines Frachtboots benutzt wurden.
Fotos: Naudascher*



Abb. 22



Abb. 23

ihm wohl um einen Schleppanker handeln. Denn Schleppanker sind auf ihrer unteren Seite abgeschliffen, weil sie – so vermutet man – zum Abbremsen von Fischerbooten auf der Flußsohle geschleift worden sind. Sie sind seit Beginn des Jahrhunderts aus Straßburg bekannt und wurden dort in Kanälen gefunden, die bereits im Mittelalter zugeworfen wurden. Darum hat man sie dem Frühmittelalter bzw. der Römerzeit zugeordnet⁴⁸ (Abb. 20).

In der Folgezeit wurden im Kieswerk Blatt eine größere Anzahl leicht gebrannte fremdartige Ziegelplatten und nacheinander drei weitere Steinanker gehoben. Anders als bei dem zuerst geborgenen Anker sind zwei von ihnen über ihre ganze Länge gleich stark und der dritte verdickt sich nach unten. Sie zeigen keinerlei Schleifspuren und dürften demnach nicht als Schleppanker, sondern zur Arretierung eines Schiffs verwendet worden sein. Möglicherweise gehörten alle drei Anker dem Schiff an, das gefunden, jedoch nicht geborgen wurde⁴⁹ (Abb. 21–23).

Dazu wäre noch zu sagen, daß bereits die Römer neben allerlei Gegenständen mit ihren Barken auch Baumaterial auf dem Rhein transportierten. So haben sie nachweislich beim Bau ihres Kastells in Straßburg Steine aus Basalt am Kaiserstuhl gebrochen und über den Rhein nach Straßburg verfrachtet⁵⁰. Dagegen sollen in Straßburg gebrannte Ziegel der VIII. Legion über den Rhein bis nach Mainz gebracht worden sein. Im Gegenzug wurden Mühlsteine aus der Eifel mit römischen Barken nach Straßburg geschifft. Dieser rege Schiffsverkehr auf dem Rhein und die gefundenen Backsteine lassen den Schluß zu, daß es sich bei dem im Rheinwald bei Ichenheim gesunkenen Schiff wohl um eine mit Baumaterial beladene römische Barke gehandelt haben könnte⁵¹.

Ottenheim. Bereits 1982 wurde östlich von Ottenheim unmittelbar neben der heutigen Kreisstraße nach Allmannsweier im frisch gepflügten Feld eine größere Menge römischer Reste festgestellt⁵². Die Vermutung, daß es sich dabei um die Entdeckung der Ruinen eines römischen Gutshofs – villa rustica – handeln könnte, wurde durch eine interessante Beobachtung erhärtet.

Aus wissenschaftlichen Gründen war es notwendig, den Fundplatz im November 1988 aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit entdeckte man in dem zur Gründung bepflanzten Rapsfeld deutliche Rechtecke. Sie dürften ihrer Stärke und Ausdehnung nach den Grundriß der villa rustica dargestellt haben. Glücklicherweise konnte man sie von einer Leiter aus aufnehmen⁵³ (Abb. 24).



Abb. 24: Deutlich ist im Rapsfeld der Grundriß der römischen villa rustica östlich von Ottenheim zu erkennen.

Foto: Naudascher



Abb. 25: Römische Reste, darunter zahlreiche Austernschalen. Aus Altlangenwinkel – Wüstung Bruhenhausenwinkel.

Foto: Naudascher

Altlangenwinkel. Südöstlich vom ehemaligen Langenwinkel – dem heutigen Altlangenwinkel – im Gewann Bruhenhausenwinkel wurden bereits im Mai 1974 neben römischen Leistenziegeln auch Reste von römischen Rundziegeln gefunden. Bei einer weiteren Begehung konnten dann auf dem gleichen Fundplatz nochmals Ziegelreste und eine größere Anzahl zum Teil sehr abgeschliffene Austernschalen geborgen werden⁵⁴. Gleichzeitig wurden nur wenige hundert Meter östlich davon ebenfalls umfangreiche römische Reste, darunter wieder Leistenziegel, Sandsteine und auch Scherben der Dinglinger römischen Töpferware festgestellt⁵⁵ (Abb. 25).

Alle diese Fundgegenstände weisen darauf hin, daß es vor der abgegangenen mittelalterlichen Siedlung Bruhenhausen dort eine römische Siedlung gegeben hat.

Mittelalter

Altlangenwinkel. Bei einer Geländebegehung im Mai 1974 konnten im Bereich vom Gewann Bruhenhausenwinkel, südöstlich von Altlangenwinkel, eine größere Anzahl mittelalterlicher Scherben, Ziegelreste und Steine beobachtet werden. Diese Relikte dürften von der dort abgegangenen Siedlung Bruhenhausenwinkel stammen⁵⁶. Bei dem ehemaligen Ort handelt es sich wahrscheinlich um eine Eisenschmelzersiedlung. Darauf weisen neben den heute noch gut erkennbaren dunkel gefärbten Kohlplätzen, die von Holzmeilern herrühren, auch die unweiten Gewanne Schmolzmatten und Eisenpfad⁵⁷. Möglicherweise wurde über den besagten Pfad Eisenerz von den Pingen im Giesen bei Reichenbach mit Maultieren angeliefert⁵⁸.

Gengenbach. Auf einem Sporn (505 m ü.d.M.) des Bergrückens, der vom Pfaffenbach zum Spitztannenbergr hochsteigt, liegt das sogenannte Heideneckle⁵⁹. Wahrscheinlich trat dort durch natürliche Verwitterung eine kleine Felsformation hervor, die bereits in der Frühzeit umgestaltet worden zu sein scheint. Es stehen dort aber noch zum Teil bis zu 1,50 m hohe kantige Granitblöcke, auf einem ca. 5 auf 10 m leicht über den Kamm erhöhten Podium. Leider ist dieses auf seiner Südseite – wahrscheinlich mit weiteren stehenden Steinblöcken – durch jüngeren Wegebau abgeschoben worden. Zwischen ihm und dem abfallenden Kamm zum Pfaffenbach hin breitet sich ein ca. 10 auf 30 m großer planierter Platz aus. Dagegen fällt hinter ihm der schmale Grad etwas ab, um dann als Kamm steil in Richtung Spitztannenbergr aufzusteigen (Abb. 26).

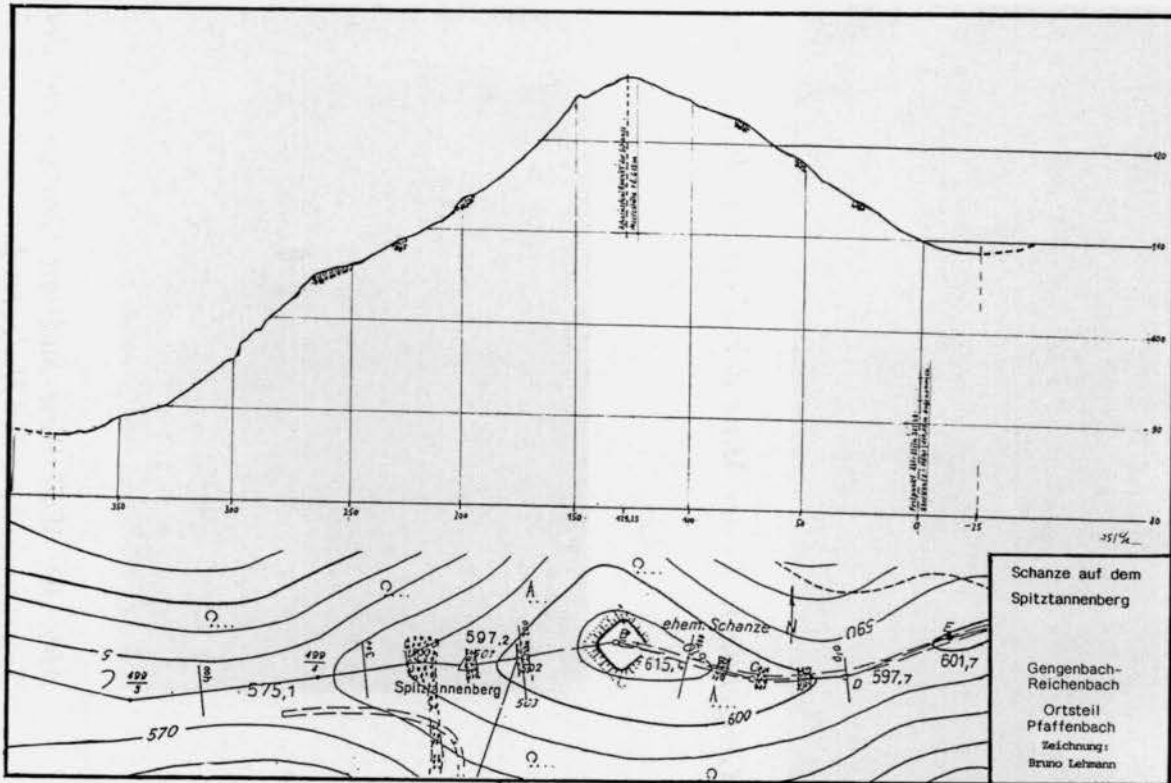
Wie bereits sein Name schon andeutet, dürfte die Bedeutung des Heideneckles in heidnischer Zeit zu suchen sein, worauf schließlich das Podi-



Abb. 26: Megalithe auf dem Heideneckle unterhalb des Spitztannensbergs über Haigerach bei Gengenbach. Foto: Naudascher

um mit den stehenden Felsblöcken und der davorliegenden planierten Fläche – vielleicht einem kleinen Versammlungsplatz – hinweisen könnten. Daher handelt es sich bei diesem Objekt möglicherweise um eine frühgeschichtliche Kultanlage. Gegebenenfalls dürfte sie während der Christianisierung – nach 650 bis 700 n.Chr. –, die in dieser Gegend von Straßburg aus betrieben wurde, zerstört worden sein⁶⁰. Wieweit sie im Zusammenhang mit der Viereckschanze auf dem Spitztannenberg und dem dort beobachteten Bergbau zusammenhängt, muß vorerst dahingestellt bleiben.

Gengenbach. Hoch über der St. Michaelskapelle des abgelegenen Weilers Haigerach⁶¹, der durch seine mittelalterlichen Silberminen bekannt ist, erhebt sich der Spitztannenberg (618 m ü.d.M.). Dieser Berg verläuft von West nach Ost. Seine Kuppe ist kurz, fast spitz und schmal. Der Aufstieg zur Bergkuppe von Westen her liegt auf dem verlängerten Bergkamm vom Heideneckle. Er ist sehr steil. Dagegen ist der Abgang nach Osten etwas weniger steil und läuft auf dem Bergsattel unterhalb des Lampertkopfs (644,5 m ü.d.M.) flach aus. Während die Nordseite des Bergs in Richtung Haigerach ebenfalls steil abfällt, verläuft die Südseite etwas flacher. Jeden-



Zeichnung: Bruno Lehmann, Längenmaßstab ca. 1 : 4000, Höhenmaßstab ca. 1 : 1000
 Kartenausschnitt: D. Grundkarte, Landesvermessungsamt B.-W., Bl. 7514.27, M. 1 : 5000

Abb. 27: *Seltame Schanze auf dem Spitztannenbergr bei Gengenbach.*

falls hat der Spitztannenbergr seinen Namen von seiner spitzen Form (Abb. 27).

Auf ihm liegt eine fast quadratische Viereckschanze⁶² von etwa 23 × 23 m mit einem Wall-Grabensystem. Der Wall erreicht stellenweise über 3 m Höhe, und der davor liegende Graben ist teilweise bis 1 m tief. Seltsamerweise ist die Schanze nicht dem natürlichen Verlauf des Berges angepaßt, sondern zwei ihrer Ecken liegen beinahe auf dem Scheitel des Berges und die beiden andern sozusagen bereits am Berghang. Daher sind nicht die Seiten, sondern die Diagonalen der Ecken nach den Himmelsrichtungen ausgerichtet. Das Innere der Anlage ist nicht nur fast ganz verfüllt, sondern zu einer Kuppe erhöht, die mehr als ein Meter über die Wallkrone hinaus-schaut (Abb. 28–30).

Wenn man vom Heideneckle her dem Kamm folgt und zum Spitztannenbergr hochsteigen will, bemerkt man deutlich vier Steinstufen am steilen Hangkamm. Auf der ersten Stufe, einem Verwitterungssporn, liegen große Felsbrocken in ihrer natürlichen Lage. Sie laufen beiderseits des Hang-



Abb. 28: Viereckschanze auf dem Spitztannenbergr über Haigerach bei Gengenbach. In der Mitte der überhöhte Innenraum. Links die Wallkrone West-Nord und rechts West-Süd.



Abb. 29: Wall West-Nord mit Graben auf dem Spitztannenbergr bei Haigerach.



Abb. 30: Wall West-Süd mit Graben auf dem Spitztannenbergr bei Haigerach.

kamms aus oder gehen in herumliegende Felstrümmer über. Die zweite Stufe jedoch scheint künstlich angelegt zu sein. Möglicherweise sind dort Steine entlang des Kamms zu einer Schwelle zusammengezogen worden. Aber auch zu den beidseitigen Berghängen hin liegen dort viele Steine ungeordnet in Streifen. Am Steilhang zum Haigerachtal sind es meist hand- bis kopfgroße Gesteinstrümmer, die zwischen größeren Steinblöcken flächendeckend liegen. Gegenüber, auf der flachen Seite zum Pfaffenbach, setzt sich ein 5 bis 10 m breiter Streifen mit fast durchweg kopfgroßen Granitbrocken fort. Er verläuft ziemlich gradlinig und stufenartig nach unten, als wollte er einer unsichtbaren Bergader folgen. Unten, wo er in einem ausgeweiteten Dobel endet, sind noch drei terrassenförmige etwa 10 m lange und bis zu 5 m breite Abraumhalden von früherem Bergbau zu erkennen. Über einer dieser Halden befinden sich hinabgesunkene Stellen, in die sogar ein Fuchs seinen Bau graben konnte. Wahrscheinlich hat er dort das Mundloch von dem vermuteten Bergbau gefunden und für sich in Anspruch genommen⁶³.

Die beiden nächsten Stufen am steilen Bergkamm bestehen jeweils aus Geländekerben, die wahrscheinlich früher mit Steinen ausgelegt waren. Sie laufen auf beiden Seiten des Berges bald aus. Dann folgt der Schanzengraben mit den mächtigen Wällen an der Westecke der Schanze, die eine auffällige Kuppe übersteigt.

Wird das Schanzenareal diagonal überquert, so können von der gegenüberliegenden Ostecke aus auf dem weniger steilen Bergkamm wiederum drei Stufen festgestellt werden. Hier sind es vor allem noch schwach erkennbare Gräben, die in den Bergkamm eingekerbt sind. An ihren Flanken am Hang sind teilweise noch Steinsetzungen zu erkennen, die sich möglicherweise früher auch entlang der Gräben fortgesetzt haben. Sie sind einem Weg zum Opfer gefallen, der an dieser Stelle in das Schanzenareal führt.

Der ursprüngliche Eingang in die Viereckschanze konnte bisher nicht genau ermittelt werden. Denn weder der Einschnitt für den heutigen Kamm- pfad der Westecke noch die Abtragung der Ostecke für den Waldweg scheinen in Betracht zu kommen. Vielmehr ist er auf der flachen Südseite zu suchen. Das würde auch zu der beobachteten Kuppe passen, die dorthin eine leichte Absenkung des Innenraums zeigt, auf der ein Weg hinaufgelaufen sein könnte.

Wozu die Schanze auf dem Spitztannenbergr diente, ist fragwürdig. Möglicherweise schützte sie eine kleine Wohnanlage oder einen Wohnturm aus Holz. Denn wegen ihrer überhöhten Innenfläche hatte sie keine strategische Bedeutung. Wieweit sie im Zusammenhang mit dem davorliegenden

Heidenecke und dem beobachteten Bergbau an ihrer Südseite zu sehen ist, bedarf noch einer Klärung. Außerdem ist sie sowohl von ihrer Größe als auch von ihrer Struktur her vorläufig zeitlich nicht einzuordnen⁶⁴.

Frühe Neuzeit

Zell-Weierbach. Während Grabarbeiten für die erweiterte Kirchenheizung stießen Bauarbeiter in der Weingarten-Kirche bereits im Jahr 1986 auf archäologische Spuren. Sofort hat damals Herr Friedmann vom Stadtarchiv Offenburg den Beauftragten des Landesdenkmalamt über seine Entdeckung verständigt. Darauf folgten dann in zwei Abschnitten Sondierungen, bei denen insgesamt acht Gräber teilweise freigelegt werden konnten. Inzwischen hat das Landesdenkmalamt an Hand von gefundenen Sarggriffen den Fund in die Barockzeit (etwa 1600 und 1750) einordnen können⁶⁵.

Die Gräber lagen links und rechts der Kirchenachse, vor dem Eingang zum Chor in einer Tiefe von 0,60 bis 1,60 m, und waren mit lockerem Löß be-

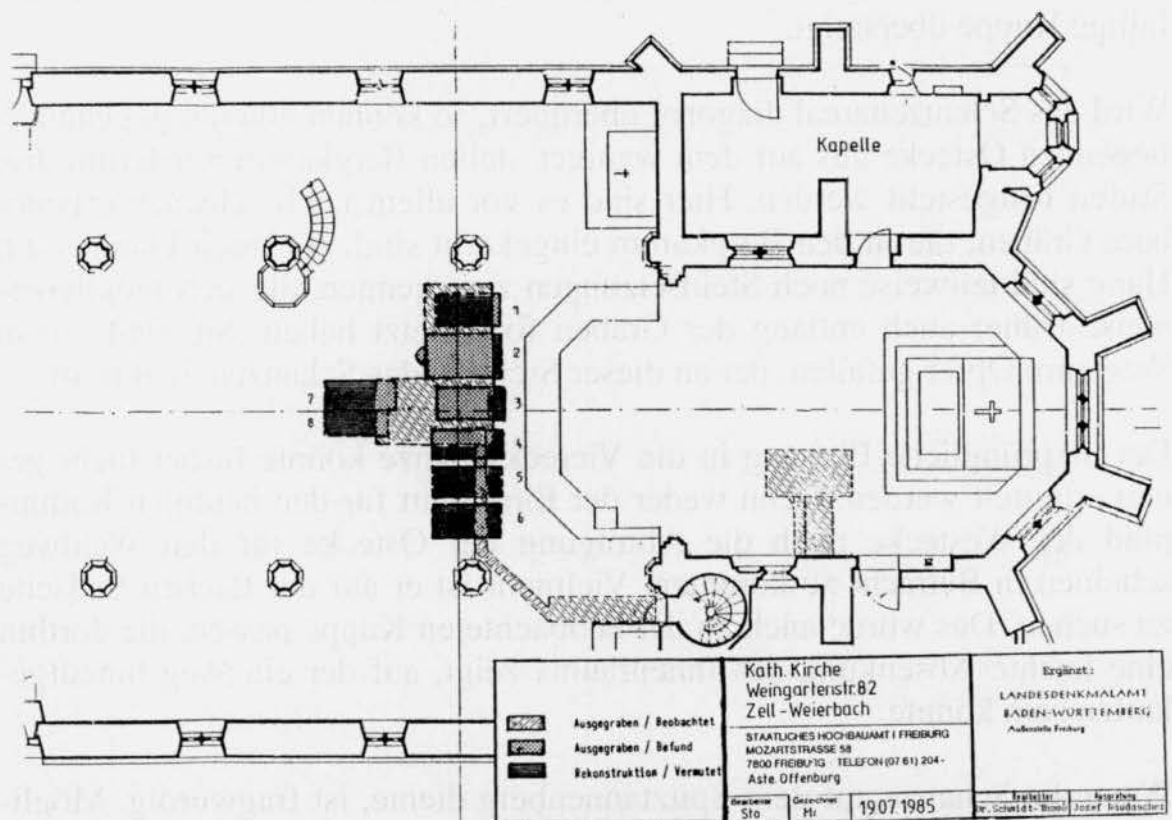


Abb. 31: Gräber der frühen Neuzeit vor dem Chor der Wallfahrtskirche Maria Schnee zu Weingarten bei Zell-Weierbach.

deckt. Es war zu erkennen, daß die Toten vor dem Erweiterungsbau von 1876 bestattet worden sind. Denn in das Grab, das etwa in der Kirchenachse lag, war ein Pfahl eingeschlagen worden. Er markierte die Kirchenachse und diente wahrscheinlich Vermessungszwecken bei der Kirchnerweiterung von 1725 oder von 1876⁶⁶.

Bei den weiteren Grabarbeiten wurden dann auf der Südseite des Kirchenschiffs erneut viele Gebeine gefunden. Sie lagen in relativ geringerer Tiefe und waren restlos durcheinander geworfen. Wahrscheinlich stammen diese menschlichen Reste von dem Friedhofsteil, der vor der Erweiterung von 1876 abgeräumt und mit dem verlängerten Kirchenschiff überbaut wurde⁶⁷ (Abb. 31).

Anmerkungen

- 1 R. Forrer, Strasbourg – Argentorate, Tome II, 1929; Vgl. auch Dr. Gerhard Fingerlin, Auf den Spuren der Römer, Bedeutender Fund: Ein Kastell mit Badegebäude, in: 850 Jahre Zunsweier 1136–1986. Die Grabung wurde 1983 und 1984 von Dr. Wolfgang Struck geleitet. Die Suche nach dem Kastell stand 1985 unter der Aufsicht von Grabungstechniker W. Zwernemann.
- 2 Der Schaber wurde von Günter Hug aus Zell a.H. gefunden.
- 3 Wolfgang Peter, Die Ortenau, 1986, S. 92 ff.
- 4 Die Jungsteinzeit, auch Neolithikum genannt, beginnt etwa im 4. Jahrtausend v. Chr. und endet um 1800 v.Chr. Ihr wird u.a. erstmals die produzierende Wirtschaft zugewiesen.
- 5 Die Michelsberger Kultur wird nach ihrer Entdeckung auf dem Michelsberg bei Bruchsal genannt. Sie ist eine jungsteinzeitliche Kultur, die besonders an Hand ihrer Gefäße identifiziert wird.
- 6 Josef Naudascher (FM), 11.05.1972. Der Schaber wurde von dem Geologen Dr. rer. nat. H. Eisenlohr aus Wiesbaden gefunden. Ihm sei für die Materialbestimmung und Herkunft dieses und weiteren Relikten gedankt. Es stellte sich dabei heraus, daß die in Friesenheim gefundenen Relikte aus Jaspis von der jungsteinzeitlichen Werkstatt am Isteiner Klotz stammen dürften.
- 7 Josef Naudascher (FM), 06.05.1973 und (FM), Sommer 1973. Die Schaber aus Feuerstein und aus Jaspis wurden von Dr. Eisenlohr gefunden.
- 8 Josef Naudascher (FM), 14.08.1974.
- 9 Josef Naudascher (FM), August 1975.
- 10 Reibkugeln wurden bis zur Erfindung des rotierenden Mahlsteins zum Zerquetschen von Körnern (z.B. Getreidekörner) benutzt. Als Unterlage diente ein länglicher Boden-stein.
- 11 Josef Naudascher (FM), März 1976 (FM), 13.03.1976 u. Frühjahr 1976. Das Relikt fand Prof. Dr.-Ing. Hermann Krauß, Offenburg.
- 12 Vgl. Die Ortenau, 1983, in: Tätigkeitsbericht, Archäologischer Arbeitskreis, S. 25 ff. Alle Gegenstände wurden von dem Mitarbeiter Wolfgang Peter aus Lahr gefunden. Vgl. Wolfgang Peter, Die Ortenau, 1986, S. 98.

- 13 Der Schaber, der wahrscheinlich der Mittleren Steinzeit (Mesolithikum) angehört, wurde von Heinz Stempel aus Hornberg gefunden und 1995 gemeldet. Vgl. hierzu Vorgeschichte Oberwolfach und Welschensteinach.
- 14 Josef Naudascher, Fundmeldung (FM), Oberwolfach, vom Spätjahr 1975, an das Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege in Freiburg.
- 15 Die Mittelsteinzeit oder Mesolithikum folgt in der Nacheiszeit auf die Altsteinzeit. Sie gibt die nacheiszeitliche Epoche von etwa 9.–5. Jahrtausend v.Chr. an. Durch das nacheiszeitlich ansteigende Klima entstand auch ein Kulturwandel. Wobei zu beachten ist, daß das Fundgebiet in der Würmeiszeit nicht mit Gletschern überzogen war. Vgl. hierzu Georg Wagner, Einführung in die Erde- und Landschaftsgeschichte, 1960, S. 16. Geologisches Raumbild der Hochrhein-Donaulandschaft vor 25 000 Jahren. Auch der Geologe Prof. Dr. Rudolf Metz †, hat am 03.08.1991 anlässlich einer Begehung des benachbarten Gebiets bei Langenschiltach festgestellt, daß dieses Gebiet in der letzten Eiszeit (Würm) keinesfalls vergletschert war.
- 16 Vgl. Alexander Marshack, *Les Raciens de la Civilisation, Les sources cognitives de l'art du symbole et de la notation chez les premiers hommes*, Traduction de Jacques B. Hess, Paris 1972, hierzu besonders die Ausführungen Chapitre 1 bis Chapitre 9.
- 17 Vgl. hierzu Vorgeschichte Hornberg und Welschensteinach.
- 18 Josef Naudascher, FM, Welschensteinach, Sept. 1976.
- 19 Vgl. hierzu Vorgeschichte Hornberg und Oberwolfach.
- 20 Eine Sage will wissen, „daß dort im 30jährigen Krieg ein russischer Offizier von seinen Soldaten erschlagen wurde, weil er ihnen den verdienten Sold nicht ausbezahlen wollte“. Er soll dann dort beigesetzt worden sein. Wäre dies aber der Fall gewesen, so hätte man ihm sicher kein Grabmal gesetzt. Nach der zweiten Sage geht im Kunnenbachtal in mond hellen Nächten ein Pfarrer ohne Kopf mit zwei Ministranten um. Dann wird noch berichtet, daß ein Besitzer des Grundstücks die Stele vom Grab geholt und als Türschwelle verwendet habe, von diesem Tag an soll es auf seinem Hof Spuk und Unglück gegeben haben. Er brachte sie wieder zurück, und sofort sei wieder Ruhe eingelehrt. Für die Angaben zur Stele und für die Sagen sei der Familie Josef Moser in Biederbach gedankt. Vgl. auch hierzu Frühgeschichte, Oberwolfach, Anm. 42.
- 21 Der Stein wurde von Josef Bodin aus Friesenheim gefunden und an Prof. Dr. Otto Kähni in Offenburg gemeldet.
- 22 Josef Naudascher, (FM), Biederbach, April 1974. Der Obelisk wurde in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Dehn, Landesdenkmalamt Freiburg geborgen.
- 23 Jan Filip, *Die keltische Zivilisation und ihr Erbe*. S. 154 und 161, hier besonders die Frühlatène Stele von Pfalzfeld (Kr. S. Goar), und die Stele der beginnenden Spätlatènezeit von Entremont (Aix-en-Provence). Vgl. auch die Stele der ausgehenden Spätlatènezeit von der spätkeltischen Nekropole Thiergarten / Garrbourg in den Vogesen. Für den Hinweis und die Besichtigung bin ich Eugène Kurtz aus Straßburg zu großem Dank verpflichtet. Bei dem Obelisk fehlen die verspielten Verzierungen der Frühlatènezeit, dagegen hat der rohe Kopf lediglich ein stilisiertes Gesicht. Daher gehört er wahrscheinlich der späten Latènezeit an.
- 24 Josef Naudascher, *Urgeschichte der Oberen Ortenau, Die Latènezeit*, in: *Die Ortenau*, 1975, S. 71 ff. Vgl. hierzu Wolfgang Kleiber, *Zwischen Antike und Mittelalter, Das Kontinuitätsproblem in Süddeutschland im Lichte der Sprachgeschichtsforschung*, in: *Frühmittelalterliche Studien, Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster*, 1973, S. 29. Für den Hinweis auf dieses Werk sei Herrn Dr. Gerhard Fingerlin gedankt.

- 25 Deutsche Grundkarte 1 : 5000, Bl. 7713.22. Wie sein Name schon sagt, dürften auf dem Haubühl Sandsteine gehauen oder gebrochen worden sein.
- 26 Die Steine für den Kirchenbau in Dörllinbach im Jahr 1923 wurden auf dem Haubühl geholt (Hermann Ohnemus).
- 27 Die Anlage auf dem Haubühl wurde vor über zehn Jahren von Hermann Ohnemus aus Dörllinbach entdeckt und Herrn Dr. Wolfgang Struck gemeldet. Seit 1992 wird sie vom Archäologischen Arbeitskreis beobachtet und in regelmäßigen Abständen begangen.
- 28 Dr. Reusch, Keltische Siedlungen in den Vogesen, in: Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde, 1911, S. 424, 430 und 443. „Auch die Form der Grabsteine hat gewiß ihre Entwicklung. Für die ältesten halte ich die nur roh zugeschlagenen, welche die Form eines Hüttendachs haben; jüngere sind Hütten- und Hausgrabsteine, die mit dem Zweispitz bearbeitet sind; noch jüngere die Grabsteinplatten. Für den Literaturhinweis sei Monsieur Kurtz aus Straßburg gedankt.
- 29 Für den Hinweis auf Gräber sei Herrn Dr. Bertram Jenisch vom Landesdenkmalamt Freiburg gedankt.
- 30 Zahlreiche Flurnamen von den Vorbergen bis zu den Gebirgszügen über dem Schuttertal weisen auf frühere Weidewirtschaft hin. So z.B. Karte 1 : 10 000 – Ettenheim SO, Bl. 7712, „Schafbühl“; Deutsche Grundkarte 1 : 5000 – Kippenheim/Ziegelhof, Bl. 7713.1, „Gaishalde“; – Sulz/Sulzberg, Bl. 7613.32, „Schafhof und Weidbrünne“; – Langenhard, Bl. 7613.33, „Schaafhof“; – Brückenberg, Bl. 7713.27, „Sennhof“; – Schutzhof, Bl. 7713.33, „Geißhalde und Geishalden“; – Schuttertal, Bl. 7713.11, „Schäferhof“; – Hallen/Geisberg, Bl. 7713.24 „Hoher Geisberg“; Hinterer Geisberg, Bl. 7713.18, „Hinterer Geisberg“; – Mühlbach, Bl. 7714.13, „Geisberg“ – Biederbach, Bl. 7714.24, „Hirtenberg“ usw.
- 31 Vgl. Frühgeschichte Ringsheim, „Breitenstein“.
- 32 Die rechteckige Schanze auf dem Ringeheidenbühl wurde von Monsieur Eugène Kurtz aus Straßburg, Mitarbeiter der Régional Archéologie d’Alsace, bei einem Spaziergang entdeckt. In dankenswerter Weise hat er seine Entdeckung dem Arbeitskreis mitgeteilt und entsprechende Unterlagen dazu geliefert.
- 33 Es fanden mehrere Begehungen sowohl mit M. Eugène Kurtz und u.a. mit dem Vizepräsident der Fédération Société d’Histoire et d’Archéologie d’Alsace und Mitarbeiter der Régional Archéologie d’Alsace M. Jean-Marie Hoderbach sowie mit dem zuständigen Revierförster Herrn Kaesler, Kenzingen, und dem Freiburger Forstbeamten Reinhold Hämmerle statt. Für die Hinweise zur Waldgeschichte und die entsprechenden Karten sei Herrn Hämmerle gedankt.
- 34 Die rechteckige Schanze auf dem Ringheidenbühl entspricht nicht ganz einer spätkeltischen Viereckschanze. Ihre Fortsetzung der Südostecke in die Ost- und Südrichtung ist untypisch. Aber möglicherweise gehört die Schanze einer früheren Zeit an und ist erst später durch Wälle oder Hohlwege nach Osten und Süden erweitert worden.
- 35 Sollte die Anlage auf dem Ringheidenbühl keltischer Zeit angehören, was möglich sein könnte, dann wäre bei der Quelle ebenso wie in der rechteckigen Schanze mit einem keltischen Ritualbezirk zu rechnen. Vgl. hierzu Barry Cunliffe, Die Kelten und ihre Geschichte, 1992, Heilige Quellen, S. 89 ff., „Quellwasser hatte eine bestimmte Eigenschaft, meist die der Heilkraft, die der Mensch nutzen konnte, sofern er die Quellgotttheit günstig stimmte“.
- 36 Kurt Bittel, Wolfgang Kimmig, Siegwalt Schieck unter Mitarbeit von Rolf-Heiner Behrends, Jörg Biel, Rolf Dehn, Klaus Eckerle, Gerhard Fingerlin, Franz Fischer, Inken Jensen, Adelheid Linden, Dietrich Mannsperger, Verena Nübling, Dieter Planck, Hartmann Reim, Jutta Stadelmann, Wolfgang Struck, Eberhard Wagner, Gertrud Wam-

- ser, Die Kelten in Baden-Württemberg, 1981, Topographischer Teil, S. 280 ff. Vgl. auch Ferdinand Maier, Das Heidetränk-Oppidum, 1985, S. 11 ff.
- 37 Der Verdacht auf ein archäologisches Denkmal ist Hermann Ohnemus aus Dörflinbach zuzuschreiben. Er hat im Frühjahr 1993 seine Entdeckung dem Archäologischen Arbeitskreis gemeldet. Unabhängig davon hat später auch Karl Biehler aus Ringsheim dort ein archäologisches Denkmal vermutet.
- 38 Bei einem Besuch des Breitensteins hat der archäologische Mitarbeiter der Régional Archéologie d'Alsace in Straßburg, Monsieur Eugène Kurtz, auf ähnliche Steine im Elsaß hingewiesen. Sie werden dort wegen ihren sattelförmigen Ausbuchtungen auf der Oberfläche „Sattelsteine“ genannt. So z.B. der „Sattelfelsen“, ein Menhir, bei Obersteigen in den elsässischen Vogesen.
- 39 Die Steine im östlichen Rundell sind nach einer Beobachtung von Hermann Ohnemus erst in jüngster Zeit durch die Forstwirtschaft durcheinander geraten.
- 40 Vgl. hierzu: Die Ortenau, 1985, Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Archäologie, *Megalithkultur. Gremmelsbach* S. 68, *Schwaibach* S. 79 ff. sowie *Hornberg*, S. 70 ff. und Anmerkung 4, Absatz 5, der nicht der derzeitigen offiziellen Lehrmeinung entspricht. Möglicherweise ist es mit dem Nachweis dieser Vertiefung im Schwarzwald erstmals gelungen, auch eine sogenannte Opferschale im Buntsandstein nachzuweisen. Solche Vertiefungen sind beinahe auf allen Gebirgszügen von Ostasien über Nordafrika und Europa zu finden und sollen durchweg auf markanten Felskuppen über den Hochweiden der Ziegen und Schafe liegen. Man will festgestellt haben, daß sie von nomadischen Hirtenvölkern für animalische Opfer des Naturismus (Milch oder Tierblut) in abgelegenen Weltteilen bis auf den heutigen Tag in Gebrauch sind. So soll angeblich auf den Kanarischen Inseln bis heute von Ziegenhirten Milch in solchen Schalen auf den Höhen geopfert werden. Ihre Entstehung wird dort der Zeit um 3000 v.Chr. zugeschrieben. Hierzu verschiedene Fernsehsendungen des Zweiten Deutschen Fernsehens (u.a. am 21.10.1990 über Gran Canaria). Vgl. hierzu Dr. Reusch, Keltische Siedlungen in den Vogesen, in: Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde, 1911, S. 421. Er behandelt dort ausführlich die keltischen Reste in den Nordvogesen und stellt zu den Opferschalen fest: „Die Schalensteine (Schüsselfelsen) dürfen, so merkwürdig sie gerade hier sind, . . . wohl kaum herangezogen werden.“ Der Grund: Er hat in den nördlichen Vogesen über 800 solcher Objekte festgestellt, teilweise vermessen und aufgezeichnet. Reusch kommt anscheinend wegen dieser Vielzahl zu dem Schluß: „Daß es – wenigstens zum größten Teil – natürliche Bildungen sind, welche mehr den Geologen oder Physiker angehen, als den Archäologen.“ Reusch geht aber auf die markante Lage dieser Objekte auf Bergspornen und Spitzen der Gebirgszüge nicht weiter ein. Seiner wohl ebenfalls hypothetischen Meinung sollte nachgegangen werden. Denn er stellt dann weiter (S. 434) in einem durchaus spätkeltischen Gebiet bei Garburg in den Nordvogesen (am keltischen Friedhof Nr. 3 und Nr. 4) fest: „Südlich vom Forsthaus Kreuzkopf liegt ein kleiner Hügel von merkwürdigem Aussehen. . . . An seinem Fuße liegt ein gewachsener Fels mit tiefer Schüssel, der im Volksmund „Taufstein des hl. Johannes“ heißt.“ Nur 10 bis 20 Schritte nördlich davon fand er verschiedene, mit dem Zweispitz zugehauene Steinstücke, die „aus keltischer Zeit zu stammen schienen“. Die Leute von Garburg erzählten, hier sei früher auch eine „Platte mit einem Heiligen“ gefunden worden. Also Friedhof oder Kultstätte? Dieser hypothetischen Frage von Dr. Reusch sollte nachgegangen werden.
- 41 Vgl. hierzu Dörflinbach/Ringsheim.
- 42 Willi Keller, Sagen des Kinzigtales, 1994, Benau, S. 110 ff. Der Autor führt zum Schwarzenbruch verschiedene Sagen an, die möglicherweise über die Christianisie-

rungszeit hinausreichen. So soll auf dem Schwarzenbruch einst die Bergstadt Benau gestanden haben und versunken sein, weil seine Einwohner ein lasterhaftes Leben führten. Denn sie sollen sich von Gott wieder abgewendet und ein goldenes Kalb angebetet haben. Nach einer weiteren Erzählung sollen Schatzgräber nach dem goldenen Kalb gesucht und dabei ihr ganzes Vermögen verloren haben. Der Anführer aber wurde blind und wahnsinnig. Weiter sollen sich die wenigen Christen der sonst heidnischen Umgebung jeweils zum Gottesdienst in einer Kapelle getroffen haben. Eine Heidin wollte aber das Kirchlein schänden und wurde verhext. Sie trieb dann nachts ihr Unwesen im Bannkreis der längst verschwundenen Kapelle. Schließlich wurde das Kirchlein abgerissen und die Steine für eine Kapelle nach Rankach gebracht. Dabei soll der Altarstein gestohlen und in einem Hof als Schwelle der Stalltür verwendet worden sein. Von diesem Zeitpunkt an begann Unglück über den Stall und das Vieh hereinzubrechen. Schließlich beseitigte man die Schwelle und brachte sie ebenfalls nach Rankach. Damit hörte der Spuk wieder auf. Vg. hierzu Keltzenzeit Biederbach, Anm. 20. Der Hinweis auf den Schwarzenbruch ist Herrn Josef Krausbeck aus Wolfach zu verdanken.

- 43 Bei dieser Gelegenheit hat Herr Krausbeck darauf hingewiesen: „Ihm habe der frühere Straßenwart dieser Gegend mitgeteilt, daß beim Wegebau nach dem 2. Weltkrieg viele behauene Steine mit seltsamen Formen im Gewann Kirchhof geholt, zerschlagen in die Straße geworfen, und überteuert worden sind. Bei einer Begehung im September 1993 konnte dort ein menhirartiger 3,40 m langer Stein festgestellt werden. Er war an den Kanten in jüngster Zeit mit dem Zweispitz bearbeitet worden. Außerdem gab es dort weitere kleinere gebrochene Steine. Auf dem Bergkamm ist lediglich ein Steinblock mit fast planer Oberfläche und in der Nähe ein stehender Stein (ca. 1,50 m über Erde), ähnlich einem Sattelstein, aufgefallen.
- 44 Vgl. hierzu Frühgeschichte Biederbach, Anm. 23.
- 45 Die Einordnung der Funde aus dem Baggerkieswerk Adolf Blatt im Rheinwald in die Römerzeit hat nur vorläufigen Charakter.
- 46 Der Fund und die Rettungsaktion wurde vom Leiter des Kieswerks, Herrn Kirdorf, gemeldet und geschildert.
- 47 Der Steinanker wurde vom Leiter des Kieswerks, Herrn Kirdorf, gemeldet und abgegeben.
- 48 Robert Forrer, Strasbourg – Argentorate, Préhistorique, Gallo-Romain et Mérovingien. Der Forscher hat sich mit den Ankern intensiv beschäftigt und ist zu dem im Text aufgezeichneten Ergebnis gekommen.
- 49 Die drei Anker wurden von Herrn Kirdorf auf dem Rathaus in Ichenheim abgegeben.
- 50 Für den Hinweis sei dem Directeur des antiques, historiques et préhistoriques d'Alsace, Monsieur François Petry, gedankt.
- 51 Vgl. Robert Forrer.
- 52 Vgl. Josef Naudascher, (FM), Mai 1982 und die Ortenau 1983, Archäologischer Arbeitskreis, Mai, S. 26. Die Reste wurden von Heinrich Koch aus Mietersheim im Mai 1982 entdeckt.
- 53 Josef Naudascher, (FM), 1988. Es war beabsichtigt, den Fundplatz unter der Leitung des Geologen Dr. G. Gaßmann nach Eisenschlacke abzusuchen.
- 54 Josef Naudascher, (FM), 29.05.1974.
- 55 Josef Naudascher, (FM), 01.09.1974.
- 56 Emil Hirsch, Die Römer in Bruhain und Kraichgau, in: Badische Heimat, Heft 9, 1922, S. 30, Bruh bedeutet Sumpfland.

- 57 Josef Naudascher, (FM), 29.05.1974 und 01.09.1974. Vgl. Deutsche Grundkarte Blatt 7612.16. Dinglingen West.
- 58 Hans Rest, Der Erzgang Reichenbach–Diersburg–Zunsweier, in: Badische Heimat Heft 1/2, Juni 1968.
- 59 Der Hinweis auf das Heideneckle kam von Bruno Lehmann aus Gengenbach, der das Objekt seit vielen Jahren beobachtet hat.
- 60 Alfred Pflieger, Steinkultreste im elsässischen Volksbrauch, in: Elsaß-Land, Lothringer Heimat, Heft 7, Juli 1939, S. 196, Schalensteine, Felsen, Quellen und Bäume wurden als Opferstätten verwendet. „Nicht umsonst kämpften die Frühkonzilien gegen die veneratores lapidum an und verboten die Opfer bei Felsen, Quellen und Bäumen als den designatis locis gentilium, den wohlbekannten Heidenstätten unter Androhung strenger Kirchenstrafen. G. Gröber, Zur Volkskunde aus Concilbeschlüssen und Capitularien. Str. 1893, Nr. 3, 6, 7, 13, 15, 29, 31, 37.“ Ebenda S. 200, „Die meisten jedoch sind von den Bergeshöhen verschwunden oder sanken zertrümmert in Heidekraut und Wachholdergestrüpp, als der Heidenkult abdankte. Ein Kapitular Karls des Großen verbot 789 den Kult der Steinsäulen. Die Diözesansynode von Nantes beschloß noch Ende des 9. Jahrhunderts, daß die Steine, welche an öden, waldigen Orten verehrt und an denen Gelübde abgelegt und gelöst würden, von Grund aus zerstört werden sollten, wo sie von ihren Verehrern nie mehr aufgefunden werden könnten (A. Fuchs, Auf den Spuren des jüngeren Steinzeitmenschen in den Vogesen, in: Els. Monatsschrift für Geschichte und Volkskunde. Zabern 3 (1912), 208).“ Für die Literatur hierzu sei Monsieur Eugène Kurtz aus Straßburg herzlich gedankt.
- 61 Karleopold Hitzfeld, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach, in: Die Ortenau 1959, S. 194. In einer Urkunde vom Papst Nicolaus IV. 1287 wird Haigerach als Heidinger bezeichnet. Hitzfeld weist in der Anm. 5 auf die mundartliche Verkürzung Heidiger, Heiger (Haiger) hin. (Literaturhinweis von Bruno Lehmann in Gengenbach). Hinter dem Ortsnamen Heidinger verbirgt sich wohl die Bezeichnung – Heiden – für Ungläubige oder Nichtchristen. Vgl. hierzu Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Flurnamenbuch, Flurnamenschreibung in amtlichen Karten, 1958, S. 71; und Josef Naudascher, Urgeschichte der Oberen Ortenau, in: Die Ortenau 1975, S. 76. „Denn in der heidnisch-christlichen Übergangszeit, in der mit beiden Glaubensanhängern zu rechnen ist, war eine Differenzierung möglich. Sie schlug sich auch in den Ortsnamensgebungen nieder, die wahrscheinlich von der christlichen Bevölkerungsüberzahl . . . der heidnischen Minderheit gegeben wurde.“
- 62 Die Viereckschanze wurde vom Mitarbeiter im Archäologischen Arbeitskreis Dipl.-Ing. Bruno Lehmann aus Gengenbach gemeldet. Unter der Mitwirkung vom Mitarbeiter im Archäologischen Arbeitskreis, Herrn Eduard Hügel, wurde sie dann 1995 von Herrn Lehmann vermessen und gezeichnet.
- 63 Hitzfeld, S. 205, „Der Berg zwischen Pfaffenbachtal und oberem Haigerachtal verrät uns noch etwas anderes. Er hieß nämlich Kupferbihel (Anm. 78, Berain 2819, S. 251). Ein solcher Name kommt nie von ungefähr, sondern deutet auf eins der damals so seltenen Kupferbergwerke.“ Die Ortsangabe würde zum entdeckten Bergbau am Spitztannenbergrücken passen. (Literaturhinweis von Bruno Lehmann aus Gengenbach.)
- 64 Josef Naudascher, Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Archäologie, in: Die Ortenau, 1994, S. 59. Wenn ein solcher Hügel „oben verflacht ist, besteht die Möglichkeit, daß es sich um einen sogenannten -burgus- oder frühmittelalterlichen Burghügel handelt. Auf seiner abgeflachten Kuppe ist dann ein kleiner Wohnturm zu vermuten. Meist waren solche Wohntürme zunächst aus Holz aufgebaut.“ In der Vorbergzone und auf den Bergrücken des Schwarzwalds war der entsprechende Sporn, auf dem die meisten lie-

gen, durch zwei oder drei kurze Abschnittsgräben über den Kamm, vom Bergrücken getrennt. Dagegen schützte ein Palisadenzaun den Wohnturm. Vgl. hierzu auch Josef Naudascher, Frühgeschichte der oberen Ortenau, in: Die Ortenau, 1977, S. 82. Wohntürme in Viereckschanzen sind aber bisher keine bekannt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Turmhügel frühmittelalterlicher Bauweise entspringen. Dagegen dürfte sich Form und diagonale Ausrichtung der Umwallung des Hügels an spät-keltische Tradition anlehnen. Vgl. hierzu Dr. Reusch, S. 435. Ausrichtung eines „recht-winkligen Vierecks (fast Quadrat von etwa 36 Schritt Seitenlänge), nach den Diagonalen ungefähr orientiert“. Das Objekt aus Trockenmauerwerk war von spätkeltischen Resten, u.a. von Haus- oder Hüttengrabsteinen, darunter mit Reliefs, umgeben. Vgl. auch Max Kuner, Die Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Gengenbach, in: Die Ortenau 1922, S. 2. „In dem Verzeichnis der Mönche des Gengenbacher Klosters findet sich eine Reihe von Namen mit unzweifelhaft romantischem Gepräge, die wohl sicher mit der einstigen Bevölkerung in Zusammenhang gebracht werden dürften. Dazu Anm. 7. Alois Schulte, Reste romanischer Bevölkerung in der Ortenau. ZGO (NF), 4, 300 ff. Eine endgültige Einordnung des Objekts bedarf einer genaueren archäologischen Untersuchung.

- 65 Die Sarggriffe wurden vom Landesdenkmalamt Freiburg Herrn Dr. Schmidt-Thomé untersucht und von Frau Dr. Ilse Fingerlin restauriert sowie eingeordnet.
- 66 Vgl. Grabungsberichte 14.01.86 und Frühjahr 86 vom Beauftragten für die Archäologische Denkmalpflege in der Ortenau, Josef Naudascher, an das Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege, Abteilung Mittelalter, in Freiburg.
- 67 Der täglich veränderte Baufortgang hat in dankenswerter Weise Dieter Broß aus Zell-Weierbach beobachtet. Dabei hat er u.a. auch die Gebeine an der Südwestecke der Kirche entdeckt.

Fachgruppe Bergwesen

Helmut Decker

Gedanken zur Gründung der neuen Fachgruppe

Es war im Jahre 1988, als ich bei der Begehung einer Verschanzung in Lautenbach/Sendelbach von Anwohnern auf verschiedene merkwürdige Vertiefungen aufmerksam gemacht wurde. Ein Bauer stieß in der gleichen Gegend beim Versuch, Quellen zu fassen, auf Bergwerksstollen. Auffallend ist, man findet dort in der Umgebung sehr viele dieser identischen Geländeformationen und desselben typischen Bewuchses. Im Umkreis von etwa 1 qkm zählte ich 60–80 vermutete Stollenmundlöcher. Auch die Gewinnbezeichnungen, z.B. s'Jose Loch, Peters Loch oder Lochmatt und Silberbrunnen, deuten auf ihr Vorhandensein hin.

In Seebach im Achertal, befindet sich ein bereits geöffnetes Silberbergwerk unbestimmter Zeitstellung. Es sind dort die gleichen Formationen zu beobachten.

Bei meiner Suche fielen mir zwei Tatsachen auf:

1. Es fand sich eine besondere Häufung vorhandener und vermuteter Bergwerksstollen in der Nähe ehemaliger Burgen.
2. Viele dieser mittelalterlichen Befestigungsanlagen – mit Bergwerken in ihrer Umgebung – stehen an Orten, welche weder militärisch noch ökonomisch sinnvoll sind.

Daraus möchte ich folgern:

Erst durch das Vorhandensein und den Abbau von Bodenschätzen wären diese Burgen gleichzeitig als Wohn-, Schutz- und Überwachungsplatz zweckvoll. Gleichzeitig wären dadurch die immer noch hartnäckig umlaufenden Geschichten von unterirdischen Verbindungen der Befestigungen erklärt. Diese Gänge gibt es, aber es sind Bergwerksstollen. Auf bergmännische Tätigkeit weisen auch jetzt noch Familiennamen hin wie z.B. Knapp, Bohnert, wahrscheinlich auch Hund, Sackmann und Faller oder Fallert, um nur einige zu nennen. Selbst viele Gewinn- oder Ortsbezeichnungen sind augenscheinlich bergbaulichen Ursprungs, so wie Lautenbach, Sohlberg, Löcherberg, Affental usw.

In Anbetracht dieser Sachlage scheint es doch geboten, eine Fachgruppe zur Bearbeitung des Themas ins Leben zu rufen. Zu den Aufgaben dieser Fachgruppe würden die Prospektion, Lokalisierung, Archivierung und das Beobachten von vermuteten Anlagen zählen. Ferner wäre die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften, z.B. Archäologie und Flurnamen, sehr wichtig. Von großer Bedeutung ist, daß die aktiven Historiker unter uns beim Studium von Unterlagen ihr Augenmerk auf Begriffe und Gegebenheiten richten, die auf bergbauliche Tätigkeit hinweisen.

Selbstverständlich ist die Mitarbeit von Personen mit geologischen und mineralogischen Kenntnissen sehr erwünscht. Überhaupt jedermann, der Interesse an dieser Materie zeigt, ist herzlich eingeladen.

Der Aufbau und die Einarbeitung in diese Fachgruppe dürfte viel Mühe bereiten, so daß konkrete Ergebnisse nicht über Nacht zu erwarten sind. Ich glaube aber, eine solche Arbeitsgemeinschaft wird sich gut in die Interessen des Historischen Vereins einfügen und wäre sicherlich eine Erleichterung.

Fachgruppe Denkmalpflege

Dr. Dieter Kauß

Die *Fachgruppe „Denkmalpflege“* trat im Jahre 1995 nur einmal, am 22. Juni, zusammen. Neben der allgemeinen Rund-um-Information stand die Organisation der Denkmalpflege im Land Baden-Württemberg im Vordergrund des intensiven Gespräches. Das Land diskutierte in der ersten Jahreshälfte 1995 eine eventuelle Aufhebung der Landesdenkmalämter Freiburg und Karlsruhe zugunsten einer Zentrale in Stuttgart und einer lokalen Dezentralisierung auf Landkreis-Ebene.

Dadurch sah die Fachgruppe die sinnvolle, qualitätsorientierte, gute Denkmalpflege im Lande gefährdet. Die Zuschreibung an die Landkreise berge die Gefahr, daß die Entscheidungen in Denkmalpflege und Denkmalschutz nicht mehr in ihrer Unabhängigkeit so gefällt werden wie bisher.

Daher bestand die Fachgruppe auf der Beibehaltung der seitherigen organisatorischen Struktur des Landesdenkmalamtes mit seinen Außenstellen. Diese nur garantieren

1. die ausgewiesenen Fachkenntnisse und
2. die notwendige Bürgernähe und die genaue Ortskenntnis.

In der Zwischenzeit hat das Land Baden-Württemberg in dieser Angelegenheit noch nicht entschieden. Sollte eine solche Entscheidung folgen, werden wir dazu Stellung nehmen.

Für die Zukunft hatten wir uns vorgenommen, die Bezuschussungspraxis der „Deutschen Denkmalstiftung“ zu beleuchten und uns dabei gegen eine zu beobachtende Benachteiligung der westlichen Bundesländer zu wenden.

Fachgruppe Flurnamen und Mundart

Dr. Ewald M. Hall

Fachgruppe Flurnamen

Am 25. Januar 1995 fand im Gemeindezentrum von Kappelwindeck anlässlich der öffentlichen Buchvorstellung des Bandes „Kappelwindeck. Beiträge zur Geschichte und zu den Flurnamen“ von den beiden Autoren Suso Gartner und Ewald Hall ein Vortrag über die im Buch zusammengestellten Beiträge statt. Das Buch wurde ausführlich besprochen von R. Schrambke (*Die Ortenau* 75 [1995], S. 663–665) und von K. Andermann (*Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 143 [1995], S. 631).

Im Laufe des Sommers wurde vom Fachgruppenleiter das im Jahre 1994 begonnene Flurnamenbuch der Gesamtgemeinde Willstätt mit den vier Ortsteilen Eckartsweier, Hesselhurst, Legelshurst und Sand ausgearbeitet. Unter Mitarbeit des Arbeitskreises „Brauchtum und Geschichte“ der Gemeinde Willstätt unter dem Vorsitz von Alfred Hetzel (Eckartsweier) konnte das Buch im Oktober fertiggestellt und mit Unterstützung durch die Gemeinde in Druck gegeben werden. Anzumerken ist, daß dieses Buch nicht nur eine Sammlung und Deutung der Flurnamen, sondern auch eine Fotodokumentation der alten Grenzsteine der einzelnen Ortsteile enthält.

Am 2. November trafen sich die Mitarbeiter der Fachgruppe in Haslach-Schnellingen im Gasthof „Zur Blume“ zur traditionellen vorweihnachtlichen Besprechung. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand eine erste Einführung in die sprachgeschichtliche Deutung der Flurnamen. Hingewiesen wurde auf wichtige Literatur zu diesem Thema, und die systematischen Schritte einer Interpretation wurden anhand von ausgewählten Beispielen erklärt. Besprochen wurde nochmals die Aufbereitung einer Flurnamensammlung mit Hilfe einer Computerdatenbank. Hierzu konnte als Beispiel die bereits weit fortgeschrittene Flurnamensammlung der Gemeinde Fischerbach im Kinzigtal von Alfred Buchholz (Fischerbach) herangezogen werden. Nach Erreichen dieser Arbeitsphase wurde von den Mitarbeitern eine persönliche Betreuung gewünscht.

Die Veröffentlichungsreihe *Die Flurnamen der Ortenau* wird herausgegeben von der Fachgruppe „Flurnamen“ des Historischen Vereins für Mittelbaden in Zusammenarbeit mit der jeweils beteiligten Mitgliedergruppe des Historischen Vereins bzw. auch anderen Vereinen und Institutionen.

Bisher erschienene Bände der Reihe:

Band 1 Gartner, Suso/Hall, Ewald M. (1994): Kappelwindeck. Beiträge zur Geschichte und zu den Flurnamen. Hg. Stadt Bühl/Baden. Bühl/Baden.

Folgende weitere Flurnamenbücher sind bereits fertiggestellt:

Flurnamenbuch der Großen Kreisstadt **Kehl** mit den Ortschaften Auenheim, Bodersweier, Goldscheuer-Marlen-Kittersburg, Hohnhurst, Kork, Leutesheim, Neumühl, Odelshofen, Querbach, Zierolshofen. Bearbeitet und interpretiert von Ewald M. Hall unter Mitarbeit des Kultur- und Verkehrsamts der Stadt Kehl – Stadtarchiv –. [Kehler Druck], Kehl am Rhein, 1990, 232 Seiten mit 6 Karten.

Flurnamenbuch der Gemeinde **Willstätt** mit den Ortsteilen Eckartsweier, Hesselhurst, Legelshurst, Sand. Bearbeitet und interpretiert von Ewald M. Hall unter Mitarbeit des Arbeitskreises „Brauchtum und Geschichte“ der Gemeinde Willstätt unter dem Vorsitz von Herrn Alfred Hetzel. Hg. Gemeinde Willstätt. [Ried-Druck], Kehl-Goldscheuer, 1995, 182 Seiten mit 5 Karten.

Fachgruppe Mundart

Die Fachgruppe Mundart wurde am 15. Oktober 1995 bei der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden in Ettenheim mit der Fachgruppe Flurnamen zusammengelegt. Zum Leiter der erweiterten Fachgruppe Flurnamen und Mundart wurde Dr. Ewald M. Hall gewählt. Zu den Aufgaben und zur Arbeitsweise der neuen Fachgruppe wird der Leiter an der Frühjahrstagung in Kehl-Kork am 9. März 1996 Stellung nehmen.

Fachgruppe Grenzstein-Dokumentation

Dr. Gernot Kreuz

Sie haben einen schweren Stand – die historischen Marksteine unter den Kleindenkmalen. Der Rückblick auf 1995 ist ähnlich wie der vom vergangenen Jahr. Es wurden zwar Arbeitsunterlagen für die Erfassung und Dokumentation abgegeben, erfreulicherweise waren auch Grenzbegehungen mit Aufnahme von Marksteinen zu verzeichnen. Doch die punktuellen Aktivitäten lassen noch nicht ein wünschenswertes sich verdichtendes Muster erkennen.

Als Anreiz und praktische Hilfestellung soll nochmals an die Deutsche Grundkarte im Maßstab 1 : 5000 (= DGK 5) erinnert werden. Flächendeckend sind die Grenzen aller Gemeinden und ihrer etwaigen eingemeindeten Ortsteile (also alle Gemarkungen) mit ihren Grenzmarken einschließlich Numerierung auf der DGK 5 verzeichnet. Mit Hilfe dieser Karten, die zudem auch die Grenzen und Marksteine der Waldungen (Land, Gemeinden, Körperschaften) enthalten, lassen sich die Grenzzüge in der Natur recht gut auffinden. Für Rückfragen steht der Autor gern zur Verfügung.

Sie haben auch einen leichten Stand – die Marksteine; denn leider werden sie trotz eines schwergewichtigen unterirdischen Fußes immer wieder als „herrenloses Gut“ angesehen – mit der Folge, daß sie meist willkürlich bzw. ungesetzlich von ihrem angestammten Platz entfernt werden.

Oft fehlt es auch an einer örtlichen Lobby, die sich mit Erfolg dafür einsetzt, daß Geschichte dort sichtbar bleiben kann, wo sie ihre eigenen ursprünglichen Wurzeln hat. – Müßte in bestimmten – seltenen – Fällen ausnahmsweise ein besonderer Originalstein „sicher gestellt“ werden, sollten die Verantwortlichen sich dafür verwenden, daß als Ersatz eine Kopie erstellt wird.

Fachgruppe Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte

Jürgen Stude

An den Sitzungen der „Fachgruppe Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte“ nahmen zwischen 10 und 15 Personen teil. Neue Mitglieder sind im Laufe der Periode 1995/96 hinzugestoßen.

Die Fachgruppe war bei den Jahrestreffen der „Alemannia Judaica“ am 25. März 1995 in Sulzburg stark vertreten. Die „Alemannia Judaica“ ist ein lockerer Verbund von Forschern aus dem alemannischen Sprachgebiet, aus Baden-Württemberg, aus der Schweiz, dem Elsaß und aus Vorarlberg. Die Tagungsteilnehmer(innen) beauftragten die Fachgruppe mit der Planung des nächsten Jahrestreffens am 17. März 1996 in Offenburg.

Am 30. März 1995 stellte Wolfgang Jokerst vom Stadtgeschichtlichen Institut Bühl die Sammlung des im Aufbau befindlichen Museums Bühl vor.

Der Vorbereitung des Jahrestreffens der „Alemannia Judaica 1996“ diente das Treffen am 25. Juli 1995 im Museum im Ritterhaus in Offenburg. Außerdem führte uns unser Mitglied Dr. Martin Ruch durch das jüdische Offenburg – als Beispiel für einen Rundgang zu jüdischen Stätten. Wir besuchten das jüdische Ritualbad aus dem 14. Jahrhundert, die ehemalige Synagoge und andere Örtlichkeiten mit Bezug zur jüdischen Geschichte Offenburgs.

Am 5. Oktober 1995 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe im Hanauer Museum in Kehl, wo Herr Stüwe durch die Ausstellung „Kehl im Dritten Reich“ führte. Die Exkursion wurde gemeinsam mit Fachgruppe für Zeitgeschichte angeboten.

Eine weitere Exkursion führte am 24. Januar 1996 nach Efringen-Kirchen, wo die Leiterin des dortigen Museums, Frau Dr. Alborino, die Sonderausstellung „Juden auf dem Lande/Juden in Kirchen“ vorstellte.

Höhepunkt in der Arbeit der Fachgruppe war das Jahrestreffen der „Alemannia Judaica“ am 17. März 1996 im Offenburger Museum im Ritterhaus. Etwa 30 Historiker, Museumsleute und Regionalgeschichtsforscher hatten sich zusammengefunden, um sich über den aktuellen Forschungsstand im Bereich der jüdischen Geschichte in Südwestdeutschland und den angrenzenden Gebieten auszutauschen. Den Festvortrag hielt Dr. Freddy Raphael von der „Société pour l'Histoire des Israélites d'Alsace et de Lor-

raine“. In seinem sozialgeschichtlich ausgerichteten Vortrag schilderte er die Integrationsversuche der elsässischen Juden in ihre christliche Umgebung im 19. und 20. Jahrhundert. Mit der Besetzung des Elsaß durch die deutsche Wehrmacht wurde diese Entwicklung jäh unterbrochen. „Es gab ein hohes Maß an Verrat, aber auch die Bereitschaft, die Juden vor den Nationalsozialisten zu verstecken“, kommentierte Raphael das Verhalten der christlichen Elsässer gegenüber den Juden in der Zeit der Schreckensherrschaft 1940–1945.

Die freundschaftlichen Kontakte der „Fachgruppe Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte“ mit ihrer elsässischen Nachbargruppe sollen bei einer gemeinsamen Tagung in Straßburg am 19. Oktober 1996 vertieft werden, zu der die „Société pour l’Histoire des Israélites d’Alsace et de Lorraine“ einlädt.

Fachgruppe Museen

Horst Brombacher

Wie schon Tradition, trafen sich die Mitarbeiter und Interessenten der Fachgruppe Museen im Jahr 1995 zweimal. Erstmals wurde am 23. Januar ein ganztägiges Seminar zur Fortbildung der Museumsleiter und ihrer Mitarbeiter durchgeführt. Die Teilnehmer trafen sich im Seminarraum der Kreisbildstelle in Offenburg. Als Referent fungierte Dr. Ulrich Paatsch von der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung, Heidelberg. Nach einer Vorstellung seiner Tätigkeit und Projekte, an denen er arbeitet, steuerte er das Tagesthema „Besuchererhebungen selbst durchführen“ an. Als Einstieg berichtete er über Ergebnisse der Erhebung von Besucherzahlen an den Museen in Deutschland. Darauf entwickelte er verschiedene Problemfelder, z.B. auch die Frage nach der Motivation der Besucher. Die unterschiedlichen Gründe für den Museumsbesuch wurden analysiert, wobei sich alle Teilnehmer darüber klar waren, daß es ein bedeutender Unterschied ist, ob der Wunsch nach Unterhaltung oder das Streben nach Bildung den Besucher in das Museum führte. Auch die große Gruppe der „Museumstouristen“, die ohne eine bestimmte Absicht durch das Museum schlendern und dabei zunehmend ihr Tempo beschleunigen, wurde beleuchtet. Dabei zeigten sich die Motive für den Museumsbesuch in der ganzen Bandbreite, die von Interesse an der Ausstellung oder Sonderausstellung bis zur Abwechslung bei Ausflügen und Familienfeiern oder als Zeitvertreib bei schlechtem Wetter reicht. Dr. Paatsch machte an dieser Stelle deutlich, wie wichtig es ist zu wissen, was die Besucher eigentlich erwarten und wollen, aber auch wie sie mit dem Museumsangebot zurechtkommen. Er wies nach, daß die Besucherzahlen in den Museen vor allem abhängig sind von den Faktoren Sonderausstellung, Öffentlichkeitsarbeit und Angebot an Museumspädagogik. In diesem Zusammenhang kristallisierte sich eine neue Fragestellung heraus, nämlich welchen Stellenwert die Zahl der Besucher hat.

Anhand von Fragebogen wies der Referent nach, wie schwierig der Umgang mit der Statistik ist. Denn es zeigte sich, daß die qualitative Auswertung der quantitativen Aussagen großer Erfahrung bedarf. Hier waren sich alle, Referent und Seminarteilnehmer, einig, daß Besucherbefragungen zwar nützlich sind, aber in letzter Konsequenz die Möglichkeiten kleiner Museen übersteigen. Horst Brombacher als Seminarleiter und Leiter der Fachgruppe Museen faßte diese Erkenntnisse in seinem Schlußwort zusammen. Er dankte Dr. Paatsch für die kurzweilige Art, Zahlen, Fakten

und Statistiken vorzutragen und die Seminarteilnehmer in die Problematik „Besuchererhebungen selbst durchführen“ einzuführen.

Die Zusammenkunft als ganztägiges Seminar wurde allgemein als gelungen angesehen, so daß diese Art von Tagung wiederholt werden soll.

Zur Herbsttagung am 30. September 1995 hatte das Heimatmuseum in Rheinau-Freistett eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Leiter der Fachgruppe und durch den Hausherrn, Herrn Walter Demuth, berichtete der Papierrestaurator Frank Lankoff, Achern, vom Wehrgeschichtlichen Museum Rastatt über seine Arbeitsfelder und damit über die Feinde, die dem Material Papier schaden wollen. Er wies nach, daß nicht nur chemische Zerfallsprozesse, sondern auch biologische Schäden zunehmend Schadensbilder hervorrufen. Der jetzige Befund ist so alarmierend, daß man feststellen muß, daß die Zerfallsprozesse umfangreicher sind als die Möglichkeiten zu ihrer Rettung, vor allem beim industriell gefertigten Bild- und Schriftgut mit Papier als Datenträger.

Im zweiten Teil des Nachmittagsseminars hatten die Teilnehmer Gelegenheit, papierene Probleme dem Fachmann vorzulegen, um guten Rat zu erhalten. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht, so daß das Ende der Veranstaltung zu früh kam. In dem Bewußtsein, keine Experimente durchführen zu sollen, sondern fachmännischen Rat einzufordern, wurde die Runde beendet.

Fachgruppe Neuere und Zeitgeschichte

Dr. Wolfgang M. Gall

Die Fachgruppe für Zeitgeschichte beschäftigte sich im ersten Halbjahr 1995 thematisch mit dem 50. Jahrestag des Kriegsendes. Im Mittelpunkt stand eine Veranstaltung mit Lokalhistoriker(innen) aus mehreren Ortenauer Gemeinden, die über das jeweilige Lokalgeschehen im April 1945 referierten. Dabei kam zum Vorschein, wie unterschiedlich trotz ereignisgeschichtlicher Übereinstimmungen die zeitgenössischen Wahrnehmungen des Kriegsendes waren. Eine kleine Arbeitsgruppe stellte auf der Grundlage einiger Quellen aus dem Erzbischöflichen Archiv Freiburg eine chronologische Zusammenfassung der Ereignisse her, die im Jahresband 1995 der Ortenau erschienen ist.

Im Oktober führte uns eine Exkursion nach Kehl. Dort besuchten wir die Ausstellung „Kehl im Dritten Reich“, durch die uns Stadtarchivar Hartmut Stüwe führte. Hier erwartete uns eine sehr gut inszenierte Ausstellung durch die Kehler Geschichte des Nationalsozialismus, die durch die Art der Darstellung und die Fülle an Exponaten überzeugte.

Im November fand ein sehr interessanter Dia-Vortrag von Gerhard Finkbeiner über die Auswanderung von Schuttertälern in die USA statt mit Beteiligung einiger Bürger aus Zell-Weierbach, die ebenfalls intensive Beziehungen zu den Nachfahren der Zell-Weierbacher Auswanderer pflegen.

Seit Herbst 1995 trifft sich eine Arbeitsgruppe „1848“ zum 150. Jubiläum der badischen Revolution regelmäßig im vier- bis sechswöchigen Rhythmus. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, sich zum Thema „1848/49er Revolution“ fachlich auszutauschen sowie gemeinsame und übergreifende Aspekte der Geschichte des Vormärz und der Revolutionsjahre herauszuarbeiten. Bisher referierten Rainer Schimpf, Norbert Möller und Thorsten Mietzner über die Ereignisse in Offenburg und Lahr.

Der Ortenaukreis – Rückblick 1995

Landrat Günter Fehringer

Nach drei Jahren im Amt des Landrats habe ich im November 1995 den vierten Haushaltsplanentwurf im Kreistag eingebracht. Das Haushaltsjahr 1993 hatte ich als „die schwierigste Haushaltssituation seit Bestehen des Ortenaukreises“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 1994 sprach ich davon, daß „die Finanzsituation des Ortenaukreises katastrophal ist“. Dies galt auch unvermindert für das Haushaltsjahr 1995. Ansatzpunkte für eine Entwarnung sind auch für das Haushaltsjahr 1996 nicht gegeben. Es ist dabei überhaupt kein Trost, daß andere Landkreise sich in einer ähnlichen Situation befinden, ungeahnte Steigerungen der Kreisumlage eingetreten und heftige Auseinandersetzungen zwischen Landräten, Kreisräten und Bürgermeistern im Gange sind. Es ist auch kein Trost, daß das Land Baden-Württemberg hohe Steuerausfälle feststellen und deshalb eine Haushaltssperre verhängen mußte.

Der Ortenaukreis hat, mit meinem Amtsantritt beginnend, Einschnitte in herkömmliche, selbstverständliche und liebgewordene, willkommen empfundene und deshalb mitgenommene freiwillige Leistungen des Ortenaukreises vollzogen, die als schmerzlichen, in vielen Fällen auch als endgültiger Abschied von Zuschußmöglichkeiten galten. Wir haben dadurch Proteste der Bevölkerung und vieler Gruppierungen ausgelöst. Wir haben uns – mit Unterstützung und Billigung des Kreistags – von Kreiseinrichtungen getrennt, Beratungsdienste eingeschränkt, unseren Mitarbeitern zusätzliche Belastungen zugemutet, neue Wege der dezentralen Verantwortung gesucht und inzwischen beschritten, um den ständig steigenden Kosten zu begegnen.

Das hat zum Teil stolze Ergebnisse gebracht. Millionenbeträge wurden eingespart. Es war schlimm, daß diese hart diskutierten und durchgesetzten Maßnahmen zu politischen Auseinandersetzungen führten und Verletzungsspuren hinterließen. Dies alles wäre jedoch zu verkraften gewesen, wenn das Ergebnis dauerhaft zu einer Haushaltskonsolidierung beigetragen hätte. Es ist deshalb frustrierend, daß diese Erfolge aufgezehrt wurden und bei weitem nicht ausreichten, die geradezu explosionsartig gestiegenen Soziallasten auszugleichen.

Die Kreispolitik des Jahres 1995 war deshalb wiederum durch die äußerst schwierige Haushaltssituation des Ortenaukreises geprägt. Die Spielräume für eine gestaltende Kreispolitik sind dadurch kleiner geworden. Wenn

dennoch wichtige Weichen gestellt und weitreichende Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden konnten, so war dies nur aufgrund einer erneuten äußersten Sparsamkeit und Ausgabendisziplin in allen Bereichen möglich. Der vorliegende Jahresrückblick vermittelt einen Überblick über die Arbeit der Landkreisverwaltung und der Kreisgremien des Ortenaukreises im Jahr 1995. Er zeigt die Vielfalt der Aufgaben und die Fülle der Entscheidungen der Verwaltung sowie der politischen Gremien. Wenn auch längst nicht alle Aufgabenbereiche hier dargestellt werden können, so bietet er doch zahlreiche Informationen über den Ortenaukreis und die Kreispolitik.

Neue Ämter, neue Aufgaben

Mit Inkrafttreten des Sonderbehörden-Eingliederungsgesetzes zum 01.07.1995 wurde die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg im Bereich der staatlichen Verwaltung weiter verfolgt. Es gingen umfangreiche Aufgaben von den Sonderbehörden auf die allgemeinen Verwaltungsbehörden, d.h. auf die Landratsämter und Bürgermeisterämter der Stadtkreise über. Bei den übertragenen Aufgaben handelt es sich um

- alle Aufgaben der Veterinärämter,
- die Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, bei denen ein Sachzusammenhang vor allem mit den ordnungsrechtlichen Vollzugsaufgaben der unteren Verwaltungsbehörde besteht,
- die Aufgaben der Gesundheitsämter, die im öffentlichen Gesundheitsdienstgesetz beschrieben wurden,
- und die bisher bei den Gemeinden, den Ortspolizeibehörden und den unteren Verwaltungsbehörden angesiedelten Aufgaben des Fleisch-, Geflügelfleischhygiene- und des Lebensmittelrechts.

Das bisherige staatliche Gesundheitsamt wurde als Amt 52 in das Dezernat 5 eingegliedert. Insgesamt gingen 48 Stellen über, wobei 32 Stellen vom Ortenaukreis direkt zu übernehmen waren. Der übergelassene Teil des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz (53%) wurde als Amt 51 ebenfalls in das Dezernat 5 eingegliedert. Es gingen 31 Stellen über, wobei 27 Stellen direkt vom Ortenaukreis übernommen wurden. Das staatliche Veterinäramt Lahr wurde als Amt 64 mit 7,5 Stellen in das Dezernat 6 eingegliedert. 1,5 Stellen wurden vom Ortenaukreis direkt übernommen. Die neuen Ämter mußten aufgrund der beengten räumlichen Situation in den Dienststellen des Landratsamtes vorerst an ihren bisherigen Standorten verbleiben. Dadurch bedingt sind die Dienststellen des Landratsamtes in Offenburg und Lahr auf jeweils 6 verschiedene Gebäude verteilt.

Finanzen und Haushalt

Der Kreistag hat am 13.12.1994 den Haushaltsplan des Ortenaukreises mit den Wirtschaftsplänen der Kreiskrankenhäuser für 1995 verabschiedet. Hohe Ausgabenzuwächse, vor allem im Sozialbereich (+ 16,2 Mio. DM) sowie im Jugendhilfebereich (+ 1,2 Mio. DM) prägten den Haushalt 1995. Der Kreistag konnte eine Erhöhung der Kreisumlage nur durch Ansatzkorrekturen wie die Aussetzung von Tilgungsleistungen in Höhe von 5,2 Mio. und einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 1 Mio. DM verhindern. Der landesweite Einbruch bei der Grunderwerbssteuer führte auch beim Ortenaukreis zu Mindereinnahmen von etwa 2 Mio. DM. Der Gesamthaushalt des Ortenaukreises 1995 beträgt 498 211 000 DM. Die Verschuldung des Landkreises ist mit 241,1 Mio. DM nach wie vor sehr hoch. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt Ende 1995 608 DM. Im Landesdurchschnitt liegt sie bei 491 DM. Bei einem Kreisumlagesatz von 30,27% der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden beträgt das Aufkommen 174,3 Mio. DM. Die Personalkosten betragen 1995 rund 75,1 Mio. DM. Die im Jahr 1994 angeordnete Stellenbesetzungssperre galt auch 1995 unverändert weiter.

Die Kliniken und Heime des Ortenaukreises

Das Jahr 1995 war durch eine Reihe von Gesetzgebungsinitiativen geprägt. Im Krankenhausbereich war dies die Bundespflegegesetzverordnung 1995 (BPfIV), die durch insgesamt vier Änderungsverordnungen ergänzt beziehungsweise geändert werden soll. Es zeichnet sich jedoch ab, daß die gesetzlichen Krankenversicherungen für 1995 ein Defizit ausweisen werden. Um die Beitragssatzstabilität zu gewährleisten, wird daher seitens des Gesetzgebers in Form weiterer Gesetze die Fortführung einer noch strikteren Budgetdeckung als in den Jahren 1993–1995 angestrebt. Der Anspruch einer optimalen medizinischen Versorgung zu leistungsgerechten Preisen läßt sich nur schwerlich mit dem Grundsatz der Beitragssatzstabilität vereinbaren. Insofern stehen den Kreiskrankenhäusern schwierige Zeiten bevor. Im Heimbereich waren 1995 zahlreiche und umfangreiche Veränderungen der rechtlichen Voraussetzungen bestimmend. Stichwortartig seien hier genannt: Pflegeversicherungsgesetz, Landespflegegesetz, Pflegebuchführungsverordnung. Verbunden damit waren vielfältige und intensive Umstellungs- und Vorbereitungsarbeiten.



Das Kreiskrankenhaus Ettenheim

Umwandlung in Eigenbetriebe

Ebenso wie die Kreiskrankenhäuser wird das Pflege- und Betreuungsheim Ortenau (bisher Kreispflegeheim Bermersbach) auf Beschluß des Kreistages ab 01.01.1996 als Eigenbetrieb geführt. Wie die Fallzahlsteigerungen der Kreiskrankenhäuser bei sinkender Verweildauer zeigen, wurden jährlich mehr Patienten in immer kürzerer Zeit stationär versorgt. Um sowohl diese Mengenausweitung als auch eine Erweiterung des Leistungsangebots in Folge des medizinischen Fortschritts erbringen zu können, mußte die Stellenzahl der Kreiskrankenhäuser in den letzten Jahren erhöht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der älteren Patienten immer weiter ansteigt. Während im Jahr 1992 rund 18 400 Patienten, die 61 Jahre und älter waren, behandelt wurden, waren 1994 bereits 21 000 Patienten in dieser Altersgruppe zu verzeichnen.

Kreiskrankenhaus Ettenheim

Das Vorhaben, die Gesamtsanierung des Ettenheimer Krankenhauses durchzuführen, wurde mit Nachdruck weiterverfolgt. Der Krankenhaus-

ausschuß hat eine Planung gutgeheißen, die vorsieht, vor allem Verbesserungen im Sanitärbereich und in den Pflegearbeitsräumen zu realisieren. Dies soll im Vorgriff auf die spätere Gesamtsanierung erfolgen und in diese voll integrierbar sein. Die Bemühungen um den Erhalt der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung wurden belohnt. Die Abteilung besitzt hohe Akzeptanz im Raum Ettenheim und arbeitet sehr erfolgreich. Eine weitere Aufwertung erfährt das Haus durch die Einrichtung von 4 nephrologischen Belegbetten.

Kreiskrankenhaus Kehl

Im Sommer konnte mit den Bauarbeiten für das neue Bettenhaus begonnen werden. Die Kosten sind auf 13 Mio. DM veranschlagt, 11 Mio. DM hat das Land im Rahmen der Krankenhausförderung bereitgestellt. Der Erweiterungsbau wird sich in südlicher Richtung rechtwinklig an den vorhandenen Baukörper anschließen. Im unteren Geschoß wird neben Labor und Bettenzentrale die Verwaltung untergebracht sein. In den beiden darüberliegenden Etagen befindet sich jeweils eine Station mit 29 Betten. Durch die gesamten Neubau- und die nachfolgend geplanten Sanierungsmaßnahmen – der OP-Bereich wurde bereits in den vergangenen Jahren erneuert – wird das Haus auf den neuesten baulichen Standard gebracht, so daß es sowohl im organisatorischen als auch im medizinisch-hygienischen Bereich alle Anforderungen an ein modernes Krankenhaus der Grundversorgung erfüllt.

Kreiskrankenhaus Lahr

Der Ortenaukreis konnte im Bereich der medizinischen Versorgung der Bevölkerung eine weitere wichtige Verbesserung schaffen. Das Kreiskrankenhaus Lahr hat ein Kernspintomographiegerät (auch Magnetresonanztomograph genannt) erhalten. Dies wurde möglich, nachdem die Großgeräterichtlinien des Sozialministeriums entsprechend fortgeschrieben wurden und nun neben dem Kreiskrankenhaus Offenburg ein weiteres Gerät im Ortenaukreis zuließen. Die Kernspintomographie ist eine moderne, ohne Röntgenstrahlung arbeitende Diagnosetechnik, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das Kreiskrankenhaus Lahr wurde als kooperativer Standort ausgewiesen. Dies bedeutet eine Anschaffung und Nutzung des Gerätes vom Krankenhaus und niedergelassenen Fachärzten.

Kreiskrankenhaus Offenburg

Nach 25jähriger leitender Tätigkeit trat Herr Verwaltungsdirektor Hans Büschges am 30.04.1995 in den Ruhestand. Nach Bestellung durch den Kreistag wurde am 01.08.1995 der bisherige stellvertretende Verwaltungsdirektor, Herr Klemens Herrmann, zum neuen Verwaltungsleiter ernannt. Auch in der Leitung der Nephrologischen Abteilung ist im Juli 1995 ein Wechsel erfolgt. Herr Prof. Dr. Keller wurde zum Nachfolger von Herrn Prof. Dr. Heinze, der nach 16jähriger verdienstvoller Tätigkeit in den Ruhestand trat, gewählt. Im Mai 1995 konnten nach langwierigen Kaufverhandlungen die ehemaligen französischen Liegenschaften gegenüber dem jetzigen Krankenhausgelände erworben werden. Das Land hat sich an der letzten und einzigen Möglichkeit zur Erweiterung des Krankenhausareals mit 1,2 Millionen DM beteiligt.

Kreiskrankenhaus Wolfach

Nach den abgeschlossenen Verbesserungen im Pflegebereich wurde eine Planung erstellt, die vorsieht, den Nord- und Südflügel mit einem Dachgeschoß zu versehen. Durch Ausbau des Daches über dem Nordflügel können einige dringend benötigte Räume wie Lager, Umkleiden und Besprechungsraum gewonnen werden. Gleichzeitig wäre das Problem der undichten Flachdächer gelöst.

Pflege- und Betreuungsheim Ortenau

Den geplanten Bau des neuen Bettenhauses konnte die Verwaltung einen entscheidenden Schritt voranbringen. Das Land fördert den Neubau mit einem Investitionsvolumen von 12 Mio. DM mit 40%. Diese erfreuliche Nachricht überbrachte Regierungspräsident Dr. Conrad Schroeder, der im Rahmen seines Besuchs in Bermersbach das Heim als „eines der am besten geführten im Land“ bezeichnete. Der Bau soll im Jahr 1996 beginnen und einen Großteil der Altbausubstanz ersetzen. In der angegliederten Außenstelle Schloß Rodeck in Kappelrodeck konnten nach umfangreichen Umbau- und Renovierungsarbeiten die neuen arbeits- und beschäftigungstherapeutischen Räume ihrer Bestimmung übergeben werden. Eine Tagespflegestätte in Bermersbach und eine Außenwohngruppe in Zell a.H. erweitern und ergänzen das Angebot des Heimes.

Schulträgerschaften: Eine wichtige Aufgabe des Landkreises

Das duale Berufsschulsystem spannt sich wie ein Netz über die gesamte Ortenau. Es wird in den Berufsschulzentren in Achern, Gengenbach, Hausach, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach praktiziert. Hier ist der Ortenaukreis Träger von fünf gewerblichen, fünf kaufmännischen, zwei haus- und landwirtschaftlichen Schulen sowie von neun Fachschulen und sechs Gymnasien. Neben den beruflichen Schulen ist der Ortenaukreis außerdem Schulträger von acht Sonderschulen für Geistig-, Sprach- und Körperbehinderte. Im Schuljahr 1994/95 besuchten rund 13 000 Schüler die Schulen des Ortenaukreises. Mit dieser Schülerzahl ist er der größte Schulträger unter den Landkreisen in Baden-Württemberg.

Es gibt viele Wege, den richtigen Beruf zu finden. Demnach ist das Angebot an Bildungsgängen in gewerblichen, kaufmännischen sowie im haus- und landwirtschaftlichen Bereich entsprechend vielfältig und differenziert. So steht den jungen Menschen der Weg offen, über die Berufsschulen, die Berufsfachschulen, das Berufskolleg, die Fachschulen oder die beruflichen Gymnasien in die Berufswelt einzusteigen oder ein Studium zu beginnen.

Eine sich wandelnde Berufswelt und eine kritische junge Generation stellen zunehmend Anforderungen, auf die der Landkreis als Schulträger, die Schulen selbst und der duale Partner flexibel reagieren müssen. So haben die Kreisgremien die Einrichtung neuer Schulversuche beschlossen:

- das duale Berufskolleg Industrie mit dem Abschluß „Wirtschaftsassistent“ an den Kaufmännischen Schulen in Lahr
- das duale Berufskolleg im Fachbereich Spedition mit dem Abschluß „Logistikassistent“ an den Kaufmännischen Schulen in Kehl
- das „Berufskolleg Technik und Medien“ an den Gewerblichen Schulen in Lahr.

Budgetierung der Schulhaushalte

An den Kreisschulen wurde 1995 die Budgetierung eingeführt. Damit erhielt jede Schule ein eigenes, vorgegebenes Budget, das eigenverantwortlich zu verwalten ist. Zwar stellt die Budgetierung auch eine Mittelbegrenzung dar, dennoch nutzen die Schulen vor allem ihre Vorteile. So können die Mittel aus Mehreinnahmen von den Schulen dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden. Die im Laufe eines Haushaltsjahres nicht benötigten Mittel werden am Jahresende übertragen, so daß die Schulen für größere „Wunsch-Investitionen“ Gelder ansparen können. Damit hat

die Budgetierung insbesondere die Handlungsspielräume der Schulen vergrößert und ermöglicht ihnen, auf Veränderungen flexibel und individuell zu reagieren. Vor allem aber sind die Schulen nun für ihre Finanzen verantwortlich. Diese Delegation der Verantwortung erweist sich als sehr effektiv, denn schon zur Jahresmitte war erkennbar, daß die Budgetierung in hohem Maße Anreize zu wirtschaftlichem Handeln bietet.

Kaufmännische Schulen Achern

Mit der Erweiterung der Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen Achern konnte begonnen werden. Nach einer intensiven Planungsphase erfolgte am 18. September 1995 der erste Spatenstich für das 8 Mio. DM-Vorhaben.

Kaufmännische Schulen Oberkirch

Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen wurde der Ortenaukreis als Träger der Schulen seitens des Oberschulamtes Freiburg und des Kultusministerium in Stuttgart aufgefordert, die Kaufmännischen Schulen in Oberkirch aufzuheben. Nach umfassenden Gesprächen und Verhandlungen mit allen Beteiligten entschieden die Kreisgremien, in Oberkirch eine Außenstelle zu belassen. Das Oberschulamtsamt und das Kultusministerium konnten dieser Empfehlung nicht folgen und wiesen die Schüler der Oberkircher Schule den benachbarten kaufmännischen Schulen in Achern, Kehl und Offenburg zu.

Badische Malerfachschule Lahr

Für die Auszubildenden der Badischen Malerfachschule (Maler, Lackierer, Werbetechniker) hat der Landkreis den ehemaligen Fliegerhof als Schülerwohnheim erworben. Die Kosten für den Kauf und die Sanierung belaufen sich auf insgesamt 1,5 Millionen DM. Der Tagessatz für das Schülerwohnheim im neuen Gebäude wurde auf 42 DM festgesetzt.

Sonderschule in Friesenheim-Schuttern

Die Kreisgremien haben entschieden, die Sonderschule für Sprachbehinderte in Friesenheim-Schuttern nach Lahr zu verlegen. Mit dem Umzug in die Albert Schweitzer-Schule in Lahr werden einerseits die bestehenden

Raumprobleme langfristig behoben; außerdem bildet die Sonderschule für Sprachbehinderte dann eine räumliche Einheit mit dem Lehrer Sonderschulkindergarten.

Unter neuer Leitung

1995 wurden die Leiter zweier beruflicher Schulen des Ortenaukreises in den Ruhestand verabschiedet. An der Badischen Malerfachschule in Lahr wurde Herr Studiendirektor Packwitz am 20. Juli 1995 in einer Feierstunde verabschiedet. Die Verabschiedung von Herrn Oberstudiendirektor Heck als Leiter der Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen Offenburg fand am 21. Juli 1995 im Rahmen eines Schulfestes statt. Herr Studiendirektor Hans Jürgen Zimnik wurde zum neuen Leiter der Badischen Malerfachschule in Lahr ernannt. Die Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen in Offenburg werden fortan von Herrn Studiendirektor Dr. Johann Artes geleitet.

Neues Finanzierungsmodell für Volkshochschulen

Um den gesetzlichen Auftrag der Erwachsenenbildung zu erfüllen, sind seit Jahrzehnten beträchtliche Fördermittel des Ortenaukreises für die Volkshochschulen ein fester Bestandteil des Kreishaushalts. Im vergangenen Jahr hat der Ortenaukreis 711 000 Mark für die Weiterbildung an den fünf Volkshochschulen im Landkreis bereitgestellt. Der Ortenaukreis selbst unterhält als Träger drei Einrichtungen: die Volkshochschulen „Acher-Renchtal“ mit Sitz in Achern, „Kehl-Hanauerland“ mit Sitz in Kehl und „Kinzigtal“ mit Sitz in Wolfach. Diese Einrichtungen hat der Ortenaukreis 1995 mit 523 000 Mark gefördert. Außerdem gab er Zuschüsse an die Volkshochschule Offenburg e.V. in Höhe von 67 000 Mark und an die städtische Volkshochschule Lahr von 121 000 Mark. Damit verfügt der Ortenaukreis über eine ausgewogene Struktur mit einem breitgefächerten Angebot, das auf ein reges Interesse bei der Bevölkerung stößt. 1995 konnten die Volkshochschulen im Ortenaukreis insgesamt 59 000 Unterrichtseinheiten anbieten. 57 000 Teilnehmer haben dieses Angebot wahrgenommen. Eine ausreichende und differenzierte Versorgung der Bevölkerung mit Weiterbildungsangeboten ist somit gewährleistet. Damit diese kreisweite und bürgernahe Versorgung auch in Zukunft besteht, hat der Ortenaukreis 1995 ein neues Finanzierungsmodell für die Volkshochschulen vorgeschlagen. Kernpunkt des neuen Modells ist eine Beteiligung der Städte und Gemeinden durch einen Kommunalbeitrag, soweit die Mittel des Landkreises nicht ausreichen, das Defizit auszugleichen. Gleichzeitig wurde den Ge-

meinden in den Einzugsgebieten der Volkshochschulen angeboten, sich über Beiräte in die Diskussion über Fragen der Organisation, Finanzierung und Angebote der Volkshochschulen stärker als bisher einzubringen.

Fremdenverkehrsförderung

Seit 1992 hat der Ortenaukreis zur Förderung des Fremdenverkehrs eine zentrale Zimmervermittlung eingerichtet. Ziel dieser Einrichtung ist es, neue, zusätzliche Gäste für die Ortenau zu gewinnen. Dazu werden vielfältige Marketing- und Werbemaßnahmen durchgeführt. Im Jahr 1995 haben sich 30 Städte und Gemeinden aus der Ortenau mit über 120 Angeboten der Zentralen Zimmervermittlung angeschlossen. Seit ihrer Einrichtung vermittelte die Zentrale Zimmervermittlung 8600 Gäste und erzielte damit eine Wertschöpfung von rund 8 Mio. Mark. Ab 1996 wird der gesamte Mittlere Schwarzwald und die Ortenau mit einem gemeinsamen Buchungskatalog werben und kann über eine zentrale Reservierungsstelle gebucht werden.

Kultur und Kunst

Der Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden nehmen die kulturellen Aufgaben in der Ortenau in Funktionsteilung wahr, wobei dem Ortenaukreis die Förderung überörtlicher Institutionen und Vorhaben zukommt. Insgesamt waren für die Förderung von Kultur und Kunst im Haushalt 1995 des Ortenaukreises rund 6 Millionen DM veranschlagt.

Folgende kulturelle Einrichtungen werden vom Landkreis gefördert:

- die drei kreiseigenen Volkshochschulen Achertal-Renchtal, Kehl-Hanauerland und Kinzigtal (525 000 DM),
- die Volkshochschulen der Städte Lahr und Offenburg (188 000 DM),
- die städtische Jugendmusikschule Lahr, die Musikschule Offenburg/Ortenau sowie die Musik- und Jugendkunstschule Achern/Oberkirch (750 000 DM),
- die Blasmusikschule Kehl (11 500 DM),
- die Sängerbünde und Volksmusikvereinigungen (20 000 DM),
- das Jahrbuch „Geroldsecker Land“ (max. 5000 DM).

Heimatpreis

Alle zwei Jahre verleiht der Landkreis den Ortenauer Heimatpreis. Der Preis, der mit 5000 DM dotiert ist, wird Personen zuerkannt, die sich im



Landrat Günter Fehringer überreicht den Heimatpreis an Studiendirektor Dr. Hans-Martin Pillin

besonderen Maße um ihre Heimat verdient gemacht haben. Die Jury verlieh den Ortenauer Heimatpreis 1995 Herrn Studiendirektor Dr. Hans-Martin Pillin aus Ottenhöfen, der die Auszeichnung anlässlich einer Feierstunde in der „Alten Kirche“ in Fautenbach am 5. November entgegennehmen konnte. Dr. Hans-Martin Pillin hat sich große Verdienste um die Landes- und Heimatkunde, die regionale Heimat- und Geschichtsforschung und die Heimat- und Denkmalpflege erworben.

Das Schwarzwälder Freilichtmuseum

Im Vordergrund der Jahresarbeit standen die Vorarbeiten zum Erwerb und zur Umsetzung des Falkenhofs, eines besonders schönen Beispiels des Dreisamtal-Bauernhauses, aus Buchenbach-Wagensteig in das Schwarzwälder Freilichtmuseum. Der Kreistag hat dieser Maßnahme am 14. November 1995 zugestimmt. Die Abbrucherlaubnis mit dem Ziel der Umsetzung ist erteilt. Ein Teil der Vorplanungen sind ausgeführt. Die Umsetzung selbst wird im Jahre 1997 erfolgen.

Im Jahre 1995 wurde die Umwandlung des Schwarzwälder Freilichtmuseums in einen Eigenbetrieb vorbereitet. Dazu wurde eine Betriebssatzung erarbeitet und am 25. Juli 1995 vom Kreistag verabschiedet. Außerdem hat das Museum neue Marketing- und Werbemaßnahmen entwickelt und zum Teil eingeleitet. Damit im Zusammenhang steht die Realisierung eines neuen Logo.

Baulich stand die Erhaltung der Museumsbausubstanz im Vordergrund: kleinere Reparaturen an Strohdächern, Pflasterung an der Nordseite des Vogtsbauernhofes, um damit das Regenwasser vom Hof wegzuleiten und das Gelände zu drainieren. In Zusammenarbeit mit dem Abfallwirtschaftsamt konnte das Museum ein Konzept zur Müllfassung und Mülltrennung konzipieren und umsetzen. Außerdem wurden sanitäre Anlagen saniert und erweitert.

Seit 1989 realisiert das Schwarzwälder Freilichtmuseum ein Rahmenprogramm. Dieses umfaßte im Jahre 1995 insgesamt 27 Veranstaltungen mit Sonderführungen, bauernnahem Handwerk, Sonderausstellungen, Vorträgen, Veranstaltungen für Kinder und Senioren sowie Sonderveranstaltungen wie den Deutschen Mühlentag, eine Sonderführung am Johannistag und eine ganze Woche mit Veranstaltungen zum Thema „Heimatverlust“. Museumspädagogisch wurden 55 Schulklassen mit einer jeweils dreistündigen Veranstaltung aus Information und praktischer Umsetzung betreut. Außerdem veranstaltete das Museum an acht Tagen im Jahr Ferienprogramme. Eine Sonderausstellung zum Thema „Störhandwerk“ fand große Beachtung. Die neuerstellte Publikation „Mühle und Kleiekotzer“ stellt einerseits die Mühle des Museums in Wort und Bild dar, behandelt andererseits aber den Kleiekotzer erstmals umfassend in seiner Aussage, seiner Form und seiner Verbreitung.

Im Jahr 1995 kamen rund 350 000 Besucher in das Museum. Der Rückgang der Besucherzahl ist 1995 mit 6,5% nicht ganz so stark wie im Vorjahr (8%). Nach wie vor nimmt das Schwarzwälder Freilichtmuseum mit rund der Hälfte der 700 000 Besucher aller Freilichtmuseen in Baden-Württemberg die absolute Spitzenposition ein. Der Rückgang der Besucher ist aus verschiedenen Gründen zu erklären: Erstmals waren alle Freilichtmuseen in Baden-Württemberg geöffnet. Durch die Eröffnung des Freilichtmuseums Beuren im Mai 1995 wurde sicherlich der Stuttgarter Großraum teilweise als Besucherpotential neu aufgeteilt. Dadurch hat sich die Konkurrenz-Situation von Beuren, Neuhausen o. E. und Gutach verschärft.

Öffentlicher Nahverkehr und Strukturförderung

Die Wirtschaftsberatung AG Düsseldorf (WIBERA) hat Ende des Jahres 1995 den 3. und letzten Teilbericht der vom Ortenaukreis bei ihr in Auftrag gegebenen ÖPNV-Studie vorgelegt. Der erste Teil – eine Analyse der Angebots- und Nachfragestruktur sowie eine Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des derzeitigen Bus- und Schienenverkehrs – war bereits im Juli 1995 im Ausschuß für Umwelt und Technik beraten worden. Der zweite und dritte Teilbericht werden der Nahverkehrskommission im Februar 1996 vorgestellt. Während sich Teil 2 mit der Optimierung des bestehenden Verkehrsangebotes unter Berücksichtigung der Verkehrsnachfrage, der Siedlungsstruktur, der zentralörtlichen Verflechtungen und der wirtschaftlichen Auswirkungen der ÖPNV-Gestaltung befaßt, beschäftigt sich Teil 3 mit der Organisation des künftigen ÖPNV sowie mit den Möglichkeiten, Angebotsverbesserungen im Bus- und Schienenpersonennahverkehr zu finanzieren.

Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) gewinnen Kontur

Auf der Grundlage ihrer Schienenstudie vom Februar 1995 hat die Deutsche Bahn AG vor wenigen Tagen nach Vorberatungen in der Nahverkehrskommission ein Angebot erstellt, das verschiedene Paketlösungen für Verbesserungen im SPNV des Ortenaukreises vorsieht. Parallel dazu hat die SWEG ein Vorangebot abgegeben. Vereinbarungsgemäß wurden beide Papiere der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, die für die Gestaltung des SPNV im Land zuständig ist, zur Prüfung ausgehändigt. Die Ergebnisse der Begutachtung werden in den Kreisgremien beraten. Sie entscheiden, welche SPNV-Leistungen der Ortenaukreis nach Maßgabe der Finanzierungsmöglichkeiten bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg bestellen soll.

Sparkurs in der Schülerbeförderung zahlt sich aus

Bedingt durch ein Absenken der pauschalen Kostenerstattung für die Schülerbeförderung durch das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs um 1,3 Mio. DM ergaben sich in der Schülerbeförderung zwangsweise Fehlbeträge von 768 000 DM im Haushaltsjahr 1993 und 389 000 DM im Haushaltsjahr 1994. Um die Finanzierung zu sichern, traf der Ortenaukreis einschneidende Maßnahmen. Da die Verkehrsunternehmen gleichzeitig die Tarife für 1995 nur moderat anhoben, blieb erfreulicherweise der Erfolg nicht aus, so daß das noch zu Beginn des Haushalts-

jahres befürchtete Defizit von 1,3 Mio. DM nicht eintrat. Für 1996 wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet, wenn keine unvorhergesehenen Änderungen eintreten.

Tarifverbund Straßburg/Ortenau verzögert sich

Die Projektgruppe, die sich 1994 konstituiert hatte, um ein Maßnahmenpaket für den Tarifverbund zu schnüren und es zur Förderung nach dem Brüsseler Interreg-II-Programm anzumelden, hat ihre Aufgabe 1995 nahezu abgeschlossen. Leider gab es Verzögerungen, die den ursprünglich geplanten Starttermin des Verbundes – 1. Januar 1996 – unmöglich machten. Bis zu diesem Zeitpunkt war es der SNCF und der Straßburger Verkehrsgesellschaft CTS nicht gelungen, ihre tariftechnischen Verrechnungsprobleme zu lösen. Vor kurzem konnten beide Verkehrsunternehmen jedoch eine Einigung bei den bisher noch offenen technischen Fragen erzielen. Der Ortenaukreis hat über seine Kostenbeteiligung – rund 170 000 DM – im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden. Mit der Zusage des Landes, einen Beitrag zu leisten, ist die Kofinanzierung des Verbundes auf deutscher Seite gesichert. Auf französischer Seite wollen die Beteiligten die noch offenen Fragen der Kofinanzierung im Laufe des Jahres klären.

Kreisstraßen und Radwege

Für die Unterhaltung und den Ausbau der Kreisstraßen im Ortenaukreis wurden 1995 insgesamt rund 11,5 Mio. DM ausgegeben. Diese Kosten wurden durch Zuschüsse vom Bund und vom Land einschließlich der pauschalen Abgeltung im Rahmen des Finanzausgleichs sowie durch Kostenbeteiligungen von Gemeinden für die Herstellung von Gehwegen in Ortsdurchfahrten gedeckt, so daß der Ortenaukreis keine eigenen Mittel aufbringen mußte.

Für weitere im Straßenbauprogramm bzw. im Radwegebauprogramm des Ortenaukreises als vordringlicher Bedarf enthaltene Straßen- und Radwegebaumaßnahmen wurden die Planungen weiter betrieben bzw. abgeschlossen und den Bauentwürfen zugestimmt. Für mehrere Baumaßnahmen wurden Planfeststellungsverfahren beantragt oder weitergeführt.



Düstere Bilanz: 40 Menschen verloren 1995 auf den Straßen im Ortenaukreis ihr Leben

Mahnkreuzaktion

Im Rahmen der landesweiten Aktion „Gib acht im Verkehr“ führte das Landratsamt Ortenaukreis im Jahr 1995 gemeinsam mit der Polizeidirektion Offenburg eine Mahnkreuzaktion durch. Bei dieser Aktion wurde für jeden Verkehrstoten in der Ortenau im Jahr 1995 ein Mahnkreuz aufgestellt. Die weißen Holzkreuze für Verkehrstote im Ortenaukreis sollten vor allem jungen Leuten bewußt machen, daß das Führen von Kraftfahrzeugen Verantwortung voraussetzt und Gefahren birgt. Im zurückliegenden Jahr haben 40 Menschen im Straßenverkehr im Ortenaukreis ihr Leben verloren. Vier Menschen kamen auf der Autobahn ums Leben. Die häufigste Ursache war überhöhte Geschwindigkeit. Die Aktion fand in der Presse große Beachtung und hat sicher einen Beitrag dazu geleistet, in der Öffentlichkeit auf die Gefahren des Straßenverkehrs hinzuweisen. Die Bilanz sieht bis jetzt düster aus. Während im Jahr 1994 insgesamt 34 Verkehrstote im Ortenaukreis zu beklagen waren, waren es 1995 bereits 40 Menschen.

Soziale Absicherung durch den Ortenaukreis

Durch die Rückgabe der früher selbständigen Sozial- und Jugendämter der Städte Lahr und Offenburg hatte das Dezernat im Jahre 1995 eine große Integrationsaufgabe zu leisten. Über 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden dem Dezernat neu zugeordnet. Aus der recht unterschiedlichen Verwaltungspraxis der drei Ämter hat sich jetzt eine einheitliche Linie in der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und der Sozialen Dienste herausgebildet. Die Integration der neuen Ämter kann als nahezu abgeschlossen gelten. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich gut in das Dezernat eingebracht. Sorge bereitet noch in Lahr die Verteilung der Mitarbeiter auf drei verschiedene Häuser, was zwangsläufig die Kooperation erschwert.

In den Städten Kehl, Lahr und Offenburg wurde mit neuen Gemeinwesenarbeitsprojekten begonnen. Das im Ortenaukreis am längsten laufende Projekt der Gemeinwesenarbeit in Kehl kann im kommenden Jahr zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Trotzdem war es nötig, wegen der Probleme im Stadtteil „Kreuzmatt“ in Kehl ein weiteres Gemeinwesenprojekt im Anschluß an die begonnene Gemeinwesenarbeit zu starten. In den Städten Lahr und Offenburg wurde gemeinsam mit den Städten Gemeinwesenarbeit begonnen. Insbesondere in Lahr wirft die hohe Zahl der Aussiedler Probleme auf, die nur in Form von zusätzlicher Gemeinwesenarbeit gelöst werden können. Das Offenburger Projekt der Gemeinwesenarbeit wird vom Ortenaukreis für den Bereich des Wohngebiets „Kreuzschlag“ mitfinanziert.

Das Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“ für Sozialhilfeempfänger umfaßt neben der Vermittlung in Arbeit die Qualifizierung von nichtgelernten Arbeitskräften zu einem zukunftsorientierten Beruf. Der Ortenaukreis erhält aus dem Eurofonds des Sozialministeriums hohe Beträge, um dieses Projekt voranzutreiben. Es kann auf eine Vermittlung von rund 450 Sozialhilfeempfängern in den letzten 5 Jahren zurückblicken. Die Vermittlungen verliefen durchweg erfolgreich. In Qualifizierungskursen mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer wurden für unterschiedliche Personengruppen Angebote gemacht, so für alleinerziehende Frauen und Jugendliche ohne Berufsabschluß und für Aussiedler. Dabei setzt die Sozialverwaltung immer auf den ersten Arbeitsmarkt, um diese Personen von der Sozialhilfe ablösen zu können.

Sozialhilfe

Im Jahre 1995 stiegen die Kosten in der Sozialhilfe weiterhin an, auch wenn durch die Einführung der Pflegeversicherung zum 01.01.1995 eine Entlastung bei der Hilfe zur Pflege eingetreten ist.

Die Gründe hierfür sind:

- Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Folgen sowie die allgemein hohe Arbeitslosigkeit.
- Hilfsbedürftigkeit bei Alleinerziehenden und in Scheidung lebenden Personen.
- Die Zahl der hilfsbedürftigen Ausländer (Asylbewerber, abgelehnte geduldete und anerkannte Asylbewerber) ist weiterhin sehr hoch.
- Nach wie vor stehen viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien im Hilfebezug.
- Der Abzug der französischen und kanadischen Streitkräfte in Offenburg und Lahr hatte zur Folge, daß in hohem Maß Sozialhilfebedürftige in die freigewordenen Wohnungen eingezogen sind. Dies waren insbesondere Aussiedler, die zumeist ohne Arbeit sind.
- Aussiedler sind in großer Zahl auf Sozialhilfeleistungen angewiesen, da die Eingliederungshilfe nach sechs Monaten durch den Bund beendet wird.

Im Ortenaukreis bezogen zum Stichtag 01.09.1995 insgesamt 15 999 Personen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfen in besonderen Lebenslagen. In vielen Fällen wurden mehrere Leistungen gleichzeitig in Anspruch genommen, etwa laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Im einzelnen handelt es sich um folgende Leistungen: Hilfe zum Lebensunterhalt (13 978 Personen), Hilfe zur Pflege (1571 Personen), Krankenhilfe (1539 Personen), sonstige Hilfen (125 Personen). Der Zuschußbedarf zu den Leistungen der Sozialhilfe betrug im Jahr 1995 74 889 000 DM. Der größte Anteil entfällt auf die Hilfe zum Lebensunterhalt mit 58,5 Millionen DM, gefolgt von der Hilfe zur Pflege mit 10,8 Millionen DM und der Krankenhilfe mit 5,1 Millionen DM.

Der Zuschußbedarf ist gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres um etwa 8,7% gestiegen. Die Erhöhung ist eine Folge der ständig steigenden Fallzahlen. Sie entspricht dem landesweiten Trend und ist auch Konsequenz des zunehmenden Abbaus vorrangiger Leistungen. Es zeichnet sich ab, daß die Haushaltsansätze 1995 leicht unterschritten werden, was auf die Auswirkungen der Einführung der Pflegeversicherung zum 01.01.1995 und der Leistungsgewährung der Pflegekassen für den ambulanten Bereich mit Wirkung vom 01.04.1995 zurückzuführen ist.

Jugendhilfe

Der Jugendhilfeausschuß hat sich in drei öffentlichen Sitzungen insbesondere mit den Konzeptionen und Tätigkeitsberichten der kreiseigenen Psychologischen Beratungsstellen in Kehl und Lahr, der Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit, der Belegungssituation in den Kindergärten im Ortenaukreis, den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinder in Baden-Württemberg“ und mit der Jugendhilfeplanung befaßt.

Amtspflegschaften/Amtsvormundschaften

Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder im Ortenaukreis liegt mit 12,9% um knapp 3% über dem Durchschnitt im Land Baden-Württemberg. Damit liegt der Ortenaukreis mit etwa 4500 nichtehelichen Kindern, die unter gesetzlicher Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft stehen nach der Stadt Stuttgart mit 5692 an zweiter Stelle des Landes.

Zu den Aufgaben des Jugendamtes zählt insbesondere die Realisierung der Unterhaltsansprüche der nichtehelichen Kinder. Im Jahre 1995 wurden 32 Millionen DM laufende und rückständige Unterhaltsbeträge von den unterhaltspflichtigen Elternteilen geltend gemacht, eingezogen und an die anspruchsberechtigten Kinder oder öffentlichen Erstattungsträger weitergeleitet. Das sind rund 5 Millionen DM mehr als 1994.

Pflegefamilien / Heime

Im Ortenaukreis wird nach wie vor eine große Zahl von jungen Menschen, die nicht bei ihren Eltern leben können, von Pflegefamilien betreut. So sind gegenwärtig rund 350 Kinder und Jugendliche im Rahmen der Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege, das heißt über Tag und Nacht in Pflegefamilien untergebracht. Darüber hinaus werden rund 440 Kinder tagsüber (Tagespflege) von Pflegepersonen über unterschiedliche Zeiten betreut. Teilstationäre Betreuung in Tagesgruppen erhalten etwa 30 Kinder. Während für 83 Kinder und Jugendliche Hilfe zur Erziehung in Form einer Heimunterbringung gewährt wird, erhalten derzeit 20 junge Menschen erzieherische Hilfen in einer sonstigen betreuten Wohnform. Wie in den vergangenen Jahren weist der Ortenaukreis im Vergleich zu anderen Landkreisen die geringste Heimkinderzahl auf. Dieses positive Ergebnis wurde vor allem aufgrund der engagierten und intensiven Arbeit der Fachkräfte der Sozialen Dienste, der Psychologischen Beratungsstellen und des Kreisjugendamtes erzielt.

Adoptionsberatung und -vermittlung

Im Berichtsjahr 1995 konnten sechs Kinder, darunter zwei Kinder aus dem Ausland, an Adoptiveltern vermittelt werden. Im gleichen Zeitraum wurden 38 Adoptionen, darunter 21 Stiefelternadoptionen, abgeschlossen. Die Anzahl an Ehepaaren, die ein Kind adoptieren wollen, ist unvermindert hoch. Die Bewerber wurden daher erstmals in Gruppen zusammengefaßt. Dadurch war es möglich, die Ehepaare qualifizierter und effizienter zu informieren und auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Erstbewerber nehmen seit 1995 zuerst an einer Informationsveranstaltung teil und entscheiden anschließend, ob Adoption für sie der richtige Weg ist. Ehepaare, die ihre Bewerbung aufrechterhalten, nehmen sodann an drei Abendveranstaltungen teil, in deren Verlauf eine abgebende Mutter und Adoptiveltern über ihre Erfahrungen berichten. Ferner wurde in diesem Jahr zum ersten Mal ein Treffen der Selbsthilfegruppen von Adoptivfamilien veranstaltet mit dem Ziel, einen gegenseitigen Austausch der Gruppen zu ermöglichen und den einzelnen Familien die Möglichkeit zu geben, den Kontakt zur Adoptionsvermittlungsstelle aufrechtzuerhalten.

Die Sozialen Dienste

Die Sozialen Dienste leisten in der Sozial- und Jugendhilfe psychosoziale Beratung. Grundlage ihres Handelns ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Bundessozialhilfegesetz. Im Bereich der Jugendhilfe ist es ihre Aufgabe, die Familie in der Erziehung zu unterstützen und zu beraten, Hilfen zur Erziehung zu planen und zu steuern, Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in vielfältigen Problemlagen Hilfestellungen zu geben sowie Beratung bei Trennung und Scheidung zu leisten. In das Aufgabenfeld der Psychologischen Beratungsstellen fallen Prävention, Diagnostik und Therapie. Sie sind Ansprechpartner für Familien, Kinder und Jugendliche in problematischen Lebenssituationen. Die sozialpsychiatrischen Dienste leisten Beratung und Vermittlung von Hilfsangeboten für psychisch Kranke im ambulanten Bereich.

Gesundheitspflege im Ortenaukreis

Neben der umweltmedizinischen Tätigkeit stellen die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen ein klassisches Aufgabengebiet, des Gesundheitsamtes dar. Grundlage ist das Bundesseuchengesetz. So wurden etwa im Jahre 1995 im Rahmen der Untersuchung nach dem Bundesseuchengesetz und der Tuberkulosepatientenbetreuung 3497 Röntgen-

aufnahmen gefertigt, 94 Sputum-Untersuchungen veranlaßt, 2456 Tuberkulin-Teste angelegt und ausgewertet. Seit 1995 ist das Gesundheitsamt in das neu eingerichtete Krebsregister des Landes Baden-Württemberg integriert.

Jugendgesundheitspflege

Im Jahre 1995 wurden 5620 Kinder im Rahmen der Einschulung untersucht. Dies bedeutet gegenüber 1992 eine Steigerung von über 30%. Des Weiteren wurde eine verstärkte Aufklärung in Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche im Rahmen der Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen begonnen.

Die Jugendzahnärztinnen haben im Rahmen der Gruppenprophylaxe 139 Grund- und Hauptschulen, 12 Förderschulen, 4 Einrichtungen für geistig Behinderte und 82 Kindergärten besucht. 21 828 Kinder wurden angesprochen. Das Untersuchungsergebnis von allen untersuchten Kindern und Schülern vom 3. bis zum 10. Lebensjahr lag bei 70% naturgesunde Zähne, 16% sanierte Zähne und 14% behandlungsbedürftige Zähne. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesundheitsamtes stellt die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege und die Teilnahme und Mitwirkung an deren Veranstaltungen dar.

Im Gesundheitsamt wurden im Jahre 1995 darüber hinaus über 1800 amtsärztliche Zeugnisse erstellt. Aufgrund geänderter gesetzlicher Vorschriften sind die Zeugnisse seit 1990 kontinuierlich zurückgegangen. Dies betrifft aber vor allem die Routinegutachten, während kompliziertere Fragestellungen eher zugenommen haben.

AIDS-Beratung

Nach § 7 des Gesundheitsdienstgesetzes bietet das Gesundheitsamt „anonyme Beratung (telefonisch oder persönlich) zu Fragen des erworbenen Immunschwächesyndroms Aids einschließlich anonymer Tests“ an. 1995 führte die Stelle 800 persönliche Beratungsgespräche. 450 Personen nahmen die Möglichkeit eines HIV-Tests wahr. Dabei wird u.a. über ein evtl. positives Testergebnis und den Umgang mit dieser Information gesprochen. Bei Krisen und Konflikten wird geholfen. Hilfestellung wird geleistet auf dem Weg zu ambulanter Betreuung, Beratung und Pflege. Das Gesundheitsamt ist Mitglied im Arbeitskreis Aids. 1995 wurden 50 sexualpädagogische Einheiten oder aidsaufklärende Aktionen an Schulen durch-

geführt. Schließlich wirkte die Aids-Beratungsstelle entscheidend bei der Gestaltung des Welt-Aids-Tages mit.

Umweltschutz im Ortenaukreis

Ein Höhepunkt im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes war im Berichtsjahr der Erwerb des ehemaligen Zollamtsgebäudes an der Fähre Kappel-Grafenhausen. Das Gebäude wurde mit Mitteln des Naturschutzfonds für Zwecke des Naturschutzes erworben und unter Mithilfe der Gemeinde Kappel-Grafenhausen und des Landkreises renoviert. Im Beisein von Umweltminister Schäfer konnte das Gebäude am 29. September offiziell dem Naturschutz übergeben werden. Zunächst soll das Gebäude den Naturschutzwarten dienen, die alljährlich während der Blütezeit das Schutzgebiet „Taubergießen“ überwachen. Von dieser Anlaufstation aus sollen Besucher informiert und entsprechend gelenkt werden. Künftig soll das „Zollhaus Taubergießen“ auch Treffpunkt und Ausgangspunkt für Führungen sein. Die Besucher sollen hier ausführliches Informationsmaterial über den Bestand an Flora und Fauna sowie die Beschaffenheit des Gebietes erhalten.

Ausweisung von Schutzgebieten vorangetrieben

Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Weiterführung bereits eingeleiteter Verfahren zur Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten dar. 1995 wurden für das Naturschutzgebiet „Salmengrund“ auf Gemarkung Neuried und Meißenheim, das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Talebuckel“ auf Gemarkung Offenburg und das Naturschutzgebiet „Mittelgrund Helmlingen“ auf Gemarkung Rheinau die Verfahren abgeschlossen und eine Schutzverordnung erlassen. Neue Verfahren zur Festsetzung eines Naturschutzgebietes im Bereich „Eckenfels“ der Gemarkung Oppenau und „Unterwassermatten“ auf Gemarkung Hohberg, Neuried und Schutterwald konnte das Amt für Umweltschutz einleiten.

Luftreinhalteplan Straßburg–Ortenau

Im Bereich des Immissionsschutzes war der Luftreinhalteplan „Straßburg–Ortenau“ das herausragende Projekt im Jahr 1995. Besonders hervorzuheben ist, daß durch diesen Luftreinhalteplan sowohl die französischen als auch die deutschen Partner verdeutlichen, daß sie die Verbesserung der Luftverhältnisse im Großraum Straßburg–Ortenau als gemeinsames Anlie-

gen betrachten und sich für eine Verbesserung der Luftverhältnisse einsetzen. Die Emissions- und Immissionserhebungen im Untersuchungsgebiet zeigten, daß der Straßenverkehr mit 70 Prozent den größten Anteil an der Schadstoffbelastung ausmacht. Zwar wurden im gesamten Untersuchungsgebiet zum Zeitpunkt der Erstellung der Emissions- und Immissionskataster die Grenzwerte der TA-Luft und die bestehenden EG-Grenzwerte eingehalten, jedoch hat sich beispielsweise bei den Benzol-Emissionen gezeigt, daß die Konzentrationswerte der künftig geltenden 23. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) punktuell – insbesondere an verkehrsreichen Straßen – deutlich überschritten werden. Ebenso wurde beim Ozon in Kehl im Jahre 1993 der Schwellenwert für den Gesundheitsschutz nach der 22. BImSchV an mehr als 80 Tagen überschritten. Handlungsbedarf ist somit gegeben, wobei maßgeblich beim Hauptverursacher – dem motorisierten Individualverkehr – anzusetzen ist.

Der erarbeitete Luftreinhalteplan schlägt deshalb ein Bündel von Maßnahmen vor, die an den verschiedensten Stellen ansetzen. Dazu gehören auch Geschwindigkeitsbeschränkungen, die eine deutliche, unmittelbar wirkende Verringerung des Schadstoffausstoßes erreichen können. Nachdem zwischenzeitlich der Luftreinhalteplan in französischer und deutscher Sprache mit den erarbeitenden Maßnahmen und Vorschlägen für beide Teilgebiete vorliegt, wurde der Luftreinhalteplan „Straßburg–Ortenau“ als gemeinsames Projekt am 08.12.1995 in Anwesenheit von Umweltminister Schäfer der Öffentlichkeit vorgestellt. Künftige Aufgabe wird sein, die Maßnahmen und Vorschläge zur Reduzierung der Emissionen konsequent umzusetzen.

Altlasten

Einen breiten Raum im Umweltschutz nahm auch die Erhebung, Erkundung und die gegebenenfalls notwendige Sicherung bzw. Sanierung von Altlasten und Schadensfällen im Ortenaukreis ein. Zentrale Bedeutung kommt dabei der seit 1994 laufenden flächendeckenden Erhebung von altlastverdächtigen Flächen im gesamten Ortenaukreis zu. Zielrichtung dieses Programms ist die flächendeckende Erhebung und Bewertung dieser Flächen hinsichtlich ihres Gefährdungspotentials. Erst bei Kenntnis der Lage und Wirkung dieser Flächen auf die verschiedenen Schutzgüter sind gerade im Rahmen planerischer Tätigkeiten konkrete und abschließende Festlegungen möglich. Als erste Ergebnisse sind für das Jahr 1994 der Abschluß der Erhebung im Stadtbereich der Stadt Offenburg und für 1995 die Beendigung der Erhebungsarbeiten im Bereich der ehemaligen Pilotgemeinde Haslach zu verzeichnen. Der Abschluß der Flächendeckenden Er-

hebung wird für den gesamten Ortenaukreis im Jahr 1997 bei einem voraussichtlichen Kostenaufwand von ca. 6 Mio. DM (Kosten 1995: rd. 1,4 Mio. DM) vollzogen sein.

Abfallentsorgung im Ortenaukreis

Im Zuge der vom Kreistag beschlossenen Umwandlung von kostenrechnenden Einrichtungen in Eigenbetriebe wird auch das Abfallwirtschaftsamt mit Wirkung vom 01.01.1996 zum Eigenbetrieb mit der Bezeichnung „Abfallwirtschaft Ortenaukreis“. Damit wird der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft aus der zentralen Haushaltswirtschaft ausgegliedert und erhält einen eigenen Wirtschaftsplan und Jahresabschluß. Seine Rechnung wird nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung geführt.

Die in § 1 des Landesabfallgesetzes enthaltene Bestimmung, wonach jeder gehalten ist, unter anderem das Entstehen von Abfällen zu vermeiden, die Menge der Abfälle zu vermindern, zur stofflichen Verwertung der Abfälle beizutragen und angebotene Rücknahmesysteme zu nutzen, hat auch Eingang in die Abfallwirtschaftssatzung des Ortenaukreises (§ 1) gefunden und ist damit Leitlinie der Abfallwirtschaft. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat das Abfallwirtschaftsamt nach der erfolgreich verlaufenen Einführung des mengenabhängigen Gebührensystems im Jahre 1994, die zu einem Rückgang des Restmüllaufkommens geführt hat, 1995 vielfältige Aktivitäten entwickelt.

Fünf Abfallberater boten Privatpersonen, Gewerbebetrieben, Vereinen und Verbänden, den Schulen, Kindergärten und anderen Institutionen ganzjährig ihre Beratungsdienste an. Weiterhin waren zwei Abfallkontrollleure – vorwiegend mit beratender Funktion – tätig. In Schulen und Kindergärten standen Informationsfilme und Videos, Spiel- und Bücherkisten für das richtige Sortieren der Abfälle sowie verschiedenes Informations- und Aktionsmaterial zur Verfügung. Die beiden speziell für Schulen und Kindergärten zuständigen Abfallberater erteilten an verschiedenen Schulen rund 170 Unterrichtseinheiten. An 90 Tagen des Jahres 1995 haben sie zum Teil vor- und nachmittags in Kindergärten unterrichtet und an vier Tagen Abfallseminare für Erzieherinnen der Kindergärten abgehalten.

Bei Veranstaltungen in verschiedenen Gemeinden, die die Abfallwirtschaft des Landkreises berührten, war das Abfallwirtschaftsamt ebenfalls präsent. Das Abfallwirtschaftsamt unterstützte die im Frühjahr in Achern-Mösbach, Appenweier und Offenburg-Zunsweier und im Herbst in Kehl und Offenburg-Zunsweier durchgeführten „Warentauschtage“ durch die Gestaltung

von Plakaten, Handzetteln und die Herausgabe von Pressemitteilungen. Die von einer Vielzahl von Organisationen unter Beteiligung der jeweiligen Städte und Gemeinden getragenen Warentauschtage erfreuen sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit.

Die Abfallberater führten rund 80 Betriebsbesichtigungen der Sortieranlage für den Gelben Sack in Kehl-Auenheim und der Deponien Vulkan in Haslach und Kahlenberg in Ringsheim durch, die bei Schulklassen, Vereinen und Verbänden, aber auch bei Gemeinderäten großen Anklang fanden. Die entstandenen Fahrtkosten für Schulklassen wurden bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in voller Höhe und bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel zur Hälfte erstattet.

Das Abfallwirtschaftsamt betreibt seit dem Jahre 1989 eine Erdaushubbörse, bei der anfallender Erdaushub kostenlos an Interessenten vermittelt wird. Der Kauf von Kompostern wurde auch im Jahre 1995 bezuschußt. Obwohl ein gewisser Sättigungsgrad erreicht zu sein scheint, wurden doch wiederum über 700 Zuschüsse gewährt. Die Sammlung von Altpapier durch Vereine und Verbände wurde ebenfalls unterstützt. Rund 800 t wurden auf diese Weise gesammelt und mit einem Zuschuß des Ortenaukreises von rund 8000,- DM bedacht. Letztlich wurden für die Aktion „Saubere Landschaft“ (32 Wald- und Bachputzeten wurden von Schulen, Gruppen, Vereinen etc. durchgeführt) in Form eines sogenannten „Vesperzuschusses“ rund 5000,- DM bewilligt.

Aufgrund der günstigen Entwicklung der Kostensituation auf dem Abfallwirtschaftssektor konnten die Gebühren für die Entsorgung von Hausmüll und Geschäftsmüll im Jahr 1995 auf dem Stand des Vorjahres belassen werden. Änderungen ergaben sich lediglich bei der Selbstanlieferung von Gewerbeabfällen infolge der Umstellung der Berechnungsart von Volumen auf Tonnage sowie bei den Preisen für die Entsorgung von Klärschlamm und Rechengut/Sandfang. Auch für das Jahr 1996 werden die Abfallgebühren nicht erhöht.

Der Kreistag hat am 04.04.1995 die Einstellung der bereits im August 1994 von der Verwaltung vorläufig gestoppten Suche nach einem Standort für eine neue Restmülldeponie bestätigt und gleichzeitig beschlossen, auf die geplante Erweiterung der Deponie Vulkan zu verzichten. Dies wurde möglich, weil das Abfallaufkommen deutlich zurückgegangen ist und durch eine neue Berechnung des Verfüllvolumens der vom Ortenaukreis und dem Landkreis Emmendingen gemeinsam betriebenen Deponie Kahlenberg in Ringsheim eine ausreichende Verfüllkapazität nachgewiesen wurde.

Veterinäramt mit neuen Aufgaben

Das Veterinäramt ist durch die Eingliederung seit 1. Juli 1995 Teil der Landkreisverwaltung. Durch intensive Zusammenarbeit mit dem Landratsamt konnte das organisatorische Konzept für die Eingliederung geschaffen werden. Außerdem wurde im Landesverband der beamteten Tierärzte an Vorschlägen zur Organisation mitgearbeitet, die der Landkreistag als Empfehlung an die Landkreise weiterleitete und damit ein hohes Maß an koordiniertem Vorgehen auf Landesebene erreichen konnte.

Mit der Eingliederung wurden dem Veterinäramt folgende neue Aufgaben übertragen, die bisher die Städte und Gemeinden wahrgenommen hatten:

- Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes,
- Vollzug des Fleisch-, Geflügelfleisch-, Fisch- und Milchhygienegesetzes,
- Vollzug des Tierschutzgesetzes,
- der Vollzug des Tierseuchengesetzes, und
- Vollzug des Tierkörperbeseitigungsgesetzes, beide bis jetzt vom Ordnungsamt im Landratsamt wahrgenommen, wurden ebenfalls dem Veterinäramt zugeordnet.

Von besonderer Bedeutung und völlig neu für das Veterinäramt war die Übernahme der Zuständigkeit für das Fleischhygienegesetz. Hierbei wurden insgesamt 45 amtliche Tierärzte und Fleischkontrolleure als teilbesoldetes Personal von den Städten und Gemeinden übernommen. Das Gebührenaufkommen in der Fleischuntersuchung liegt nach den bisher vorliegenden Daten hochgerechnet bei etwa 1 Million DM pro Jahr und dürfte nach einer vorläufigen Bilanz kostendeckend sein.

Von Bedeutung waren auch die Bemühungen des Veterinäramtes, kleinen und mittleren Produktionsbetrieben für Fleischwaren die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen. Solche Betriebe müssen klar definierten und für ganz Europa geltenden Bedingungen entsprechen und unterliegen nach ihrer Zulassung einer ständigen Überwachung durch den amtlichen Tierarzt. Im Vorfeld ihrer Zulassung wurde seitens des Veterinäramtes sehr viel Fachberatung geleistet, die wir im Sinne einer Wirtschaftsförderung gerade in unserer Grenzregion für unbedingt notwendig und gerechtfertigt halten. Bis jetzt haben im Ortenaukreis 5 Betriebe die volle Zulassung, 6 weitere streben sie an und haben bereits ihre Anträge gestellt.

Ausblick

Auch 1996 gilt es, trotz der schwierigen Haushaltssituation weitreichende Entscheidungen zu treffen wie auch begonnene Projekte weiter zu verfolgen. Da sind etwa in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Behörden Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan umzusetzen. Auch Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs sind hier zu nennen. So wird sich der Ortenaukreis bemühen, den seit langem vorbereiteten Tarifverbund mit dem Großraum Straßburg zum 1. Januar 1997 auf den Weg zu bringen. Vor allem muß durch äußerste Sparsamkeit und Ausgabendisziplin, soweit dies von der Landkreisverwaltung zu beeinflussen ist, der Haushalt entlastet werden. 1996 wird der Ortenaukreis erstmals einen Doppelhaushalt für die Jahre 1997 und 1998 aufstellen und die Haushaltsberatungen in den Kreisgremien noch ausführlicher und frühzeitiger als bisher führen. Und auch das Landratsamt wird sich weiter darum bemühen, eine moderne Kommunalverwaltung zu sein, die noch effizienter, bürgernäher und transparenter wird. Dazu wird die Verwaltung ein Controlling einführen und demnächst ein Leitbild für die Dezernate und die Gesamtverwaltung vorstellen.

Dies sind längst nicht alle Aufgaben, die Verwaltung und Kreisgremien 1996 zu erfüllen haben. Sie werden jedoch die Kreispolitik grundlegend bestimmen. Ich hoffe und wünsche, daß Verwaltung und Kreisgremien auch in Zukunft gemeinsam eine gute Arbeit nachweisen können, die sich ausschließlich am Wohl der Bevölkerung des Ortenaukreises orientiert.

Zwei Museumsstücke aus dem Ritterhaus in Offenburg

Manuel Yupanqui Werner

Zum sogenannten „Grabstein eines römischen Ehepaars“ aus Haslach im Kinzigtal

In der archäologischen Abteilung des Museums im Ritterhaus in Offenburg ist ein Hochrelief ausgestellt, das als „Grabstein eines römischen Ehepaars“ betitelt ist. Es handelt sich um einen Abguß, das Original wird in Haslach i.K. verwahrt¹, wo es 1913 beim Bau eines Hauses entdeckt worden ist.

Das Hochrelief ist aus feinkörnigem rotem Buntsandstein gearbeitet (Höhe 0,41 m, Breite 0,58 m, Tiefe 0,22 m, Reliefhöhe 0,10–0,15 m)². Es ist vorzüglich erhalten (Abb. 1). Laut den Fundberichten ist der Stein bei der Auffindung zerteilt worden. Der zweite, d.h. der untere Teil des Hochreliefs, ist nicht aufbewahrt worden³.

1. Beschreibung

Dargestellt sind eine weibliche Figur links und eine männliche Figur rechts, beide bis ungefähr zur Hüfte erhalten. Der Oberkörper der weiblichen Figur ist von der Reliefmitte leicht abgewandt, während ihr Blick sinnend auf den Betrachter gerichtet zu sein scheint. Ihre Gesichtszüge sind recht individuell. Auf dem Kopf trägt sie einen Kranz, wohl aus Blättern, ihr Haar ist nackenlang in einer kunstvollen Frisur nach hinten genommen (Abb. 2). Sie trägt ein Obergewand (ähnlich einem Chiton, ein unter der Brust geschnürtes Kleid) und einen Mantel, der über ihre rechte Schulter fällt und vom angewinkelten linken Arm gehalten wird. In der linken Armbeuge hält sie einen Gegenstand, der sich als Füllhorn deuten läßt. Die Hand und der unterste Teil des Füllhorns sind abgebrochen. Der rechte Arm ist bis auf Brusthöhe angewinkelt, die rechte Hand hält eine Schale, Körbchen oder Schüssel⁴, deren Inhalt man als Früchte deuten kann.

Der Blick der männlichen Figur, der ebenfalls auf den Betrachter gerichtet ist, erscheint etwas offener und freundlicher als der der weiblichen Figur. Der Oberkörper ist leicht von der Reliefmitte abgewandt. Das Gesicht ist breit und trägt ebenfalls recht individuelle Züge. Betrachtet man das Gesicht von der Seite, so wirkt es eher ernst (Abb. 3). Das Haar der Figur rollt sich in kurzen Locken, die nur grob ausgearbeitet sind⁵. Die Ohren sind ganz sichtbar, im Gegensatz zur weiblichen Figur. Dort sind die Ohren



Abb. 1: Der sogenannte „Grabstein eines römischen Ehepaars aus Haslach“. Photo des Abgusses im Museum im Ritterhaus in Offenburg.

Foto: M. Yupanqui Werner



Abb. 2: Detail von Abb. 1: Kopf der weiblichen Figur von der rechten Seite. Gut sichtbar ist hier die Frisur.

Foto: M. Yupanqui Werner

Abb. 3: Detail von Abb. 1: Kopf der männlichen Figur von links.

Foto: M. Yupanqui Werner



Abb. 4: Detail von Abb. 1: Linke Hand mit Mantelbausch und Brot- oder Frucht-ähnlichem Gegenstand.

Foto: M. Yupanqui Werner



Abb. 5: Rückseite einer Münze des römischen Kaisers Postumus (259–268 n. Chr.): Dargestellt ist links die Göttin Viktoria, rechts Felicitas (Pax). Die Frisuren sind der Haartracht der weiblichen Figur auf dem Hochrelief von Haslach sehr ähnlich. J.C.P. Kent/B. Overbeck/A.U. Stylow, *Die römische Münze* (München 1973), Tafel 113, 512.

Foto: H.P. Widmann

fast ganz von den Haaren bedeckt. Der kräftige Kopf sitzt auf einem starken Hals und breiten Schultern.

Über einem langärmligen Obergewand trägt die männliche Figur einen Mantel, der über die rechte Schulter fällt (ähnlich einer Chlamys = röm.: paludamentum, gall.: sagum) und dort mit einer Fibel zusammengehalten zu sein scheint. Die linke Hand faßt den Mantel so, daß sich ein Bausch bildet⁶. Hier sieht man einen Gegenstand, der als Frucht (Apfel) oder kleines Brot gedeutet werden kann (Abb. 4). Über der rechten Schulter wird der Mantel zusammengehalten, wohl mit einer Fibel. Der rechte Arm ist bis Mitte des Unterarmes erhalten. Er ist nach unten gestreckt, hängt entweder lässig herab oder ist aufgestützt⁷.

2. Forschungsstand

Ernst Batzer bezeichnete das Hochrelief 1914 als römerzeitliche Grabplatte eines Ehepaars, meinte, es „könnte aber auch Gottheiten darstellen“⁸. Bei allen Erwähnungen des Steines wird diese Interpretation beibehalten, bis Wilhelm Engelberger 1933 feststellte, daß ein Götterpaar dargestellt ist, da ein Relief von 10 bis 15 cm Tiefe bei Grabplatten nicht üblich war⁹. Doch in den folgenden Jahren blieb es bei der Interpretation als Grabmal¹⁰.

Im Rahmen dieses Aufsatzes soll versucht werden zu zeigen, daß es sich nicht um ein Grabmal eines Ehepaars, sondern um eine Darstellung eines gallo-römischen Götterpaares handelt¹¹.

3. Zeitstellung

E. Batzer datierte 1914 das Hochrelief ins 2. nachchristliche Jahrhundert, ohne Gründe dafür zu nennen¹². O. Geiger schloß aus der römischen Geschichte der Ortenau auf eine Entstehungszeit um 150 n. Chr.¹³. Aufgrund der vorzüglichen Ausführung meinte E. Wagner 1915, daß das Hochrelief nicht viel später als im 1. Jahrhundert hergestellt worden sein kann¹⁴. Es



*Abb. 6: Das Hochrelief aus Appenweier. S. Wagner-Roser, a.a.O. (Anm. 16.), 31.
Foto: H.P. Widmann*



Abb. 7: Grabmal eines Ehepaars aus römischer Zeit aus Luxeuil. É. Espérandieu, a.a.O. (Anm. 18), 5318.

Foto: H.P. Widmann

zeigt sich also, daß die genauere Datierung des Hochreliefs Schwierigkeiten bereitet.

Eine Datierungsmöglichkeit bietet vielleicht die Frisur der weiblichen Figur. Falls es sich nicht um eine typische einheimische Haartracht handelt, könnte es sein, daß die Frisur von der römischen Mode beeinflusst war. Ein Vergleich mit Frisuren von Angehörigen des römischen Kaiserhauses läßt sich z.B. an Hand von Münzportraits vornehmen. Diese waren der Bevölkerung im ganzen römischen Reich u.a. durch den Münzverkehr fast allgegenwärtig. Doch auch diese Datierungsanhalte erweisen sich als schwierig, da ähnliche Frisuren vom 1. bis 3. Jahrhundert vorkommen (Abb. 5)¹⁵.

4. Parallelen

a) Ein Hochrelief aus Appenweier

Bei der Suche nach vergleichbaren Stücken fällt ein Hochrelief auf, das im Jahre 1978 bei Renovierungsarbeiten in der Kirche von Appenweier gefunden wurde¹⁶. Dargestellt ist ein Paar, das dem besprochenen sehr ähnlich



Abb. 8: Hochrelief vom Mont Auxois. Dargestellt ist links eine weibliche Gottheit mit Schale und Füllhorn, rechts ein Gott mit einem kugelförmigen Gegenstand und einem Stab. Beide Götter sind sitzend gezeigt. É. Espérandieu, a.a.O. (Anm. 18), 7127. Foto: H.P. Widmann

ist (Abb. 6). Die beiden Figuren sind von Kopf bis Fuß erhalten. Das Hochrelief aus Appenweier weist geringe Maße auf (Höhe 0,47 m, Breite 0,30 m, Reliefhöhe 0,03 m) und der Erhaltungszustand ist weitaus schlechter.

Der Vergleich der beiden Steine erleichtert die Deutung des Hochreliefs aus Haslach:

Auf beiden Steinen ist ein Paar zu sehen, die zierliche weibliche Figur steht links, der athletisch gebaute Mann rechts. Beide Paare wenden sich

mit ihren Blicken dem Betrachter zu, selbst die Haltung der Körper (leicht von der Reliefmitte abgewendet) ist bei beiden Steinen gleich. Die weibliche Figur hält auf beiden Hochreliefs in ihrer linken Armbeuge ein Füllhorn, die rechte Hand ist bei dem Stein aus Appenweier nicht erhalten, aber auf Grund der erhaltenen Reste kann man annehmen, daß die weibliche Figur hier ursprünglich eine Schale mit Früchten gehalten hat.

Frisur und Bekleidung beider Frauen sind sehr ähnlich, soweit sich das bei dem Erhaltungszustand des Steines aus der Kirche in Appenweier sagen läßt.

Die männliche Figur hat ihren rechten Arm auf beiden Steinen nach unten gestreckt. Da das Hochrelief aus Haslach nur bis auf Hüfthöhe der Figuren erhalten ist, kann man nicht erkennen, was die rechte Hand hält. Die männliche Figur auf dem Stein aus Appenweier stützt sich auf eine Art Keule, was man – wegen der gleichen Körperhaltung – auch für die männliche Figur auf dem Stein aus Haslach annehmen kann. Den linken Arm haben beide angewinkelt. Während die Interpretation des Gegenstandes auf Unterarm/Mantelbausch auf dem Stein von Haslach etwas schwierig ist, hält die männliche Figur auf dem Hochrelief von Appenweier in der halb geöffneten linken Hand einen Apfel¹⁷.

Frisur und Bekleidung der männlichen Figuren auf beiden Steinen unterscheiden sich. Während der Mann auf dem Hochrelief von Haslach eine kurze Lockenfrisur trägt, wellt sich das Haar der männlichen Figur auf dem Stein von Appenweier schulterlang. Beide tragen den gleichen Mantel. Die männliche Figur auf dem Hochrelief aus Appenweier scheint darunter nackt zu sein.

Festzustellen ist, daß es sich bei den beiden besprochenen Hochreliefs aus der Ortenau um die Darstellung desselben Paares handelt, das auf Grund der Attribute als Götterpaar erkennbar ist. Vergleiche mit Grabreliefs (Abb. 7) und ähnlichen Götterdarstellungen untermauern diese Interpretation¹⁸.

Beide Steine sind inschriftenlos, es hat sich zumindest keine Inschrift erhalten, aus der man den Namen der dargestellten Gottheiten, die Stifter, den Anlaß oder Zeitpunkt der Aufstellung erfahren könnte.

Offensichtlich handelt es sich hier um kein klassisch-römisches, sondern um ein sogenanntes gallo-römisches Götterpaar. Das bedeutet, daß hier die Kombination von einheimischen und römischen Gottheiten vorliegt (Interpretatio Romana). Die Attribute der weiblichen Figur (anmutige Gestalt,



Abb. 9: Hochrelief aus Alesia. Dargestellt ist links eine weibliche Gottheit mit Füllhorn, rechts ein fast nackter Gott mit Mantel und Lanze. Beide Götter sind sitzend dargestellt. J.J. Hatt, a.a.O. (Anm. 20), Nr. 154, 174.

Foto: H.P. Widmann



Abb. 10: Hochrelief aus Metz. Dargestellt ist links eine Göttin mit Füllhorn, die mit der rechten Hand dem sie begleitenden Gott einen Gegenstand reicht. Dieser Gott ist fast nackt, trägt Reisemantel und Caduceus. Das Götterpaar ist stehend abgebildet. É. Espérandieu, a.a.O. (Anm. 18), 4288.

Foto: H.P. Widmann

Blätterkranz, Füllhorn, Schale mit Früchten) entsprechen etwa denen der römischen Gottheiten Fortuna und Ceres, die Attribute der männlichen Figur (kräftiger Körperbau, Mantel, Keule, Apfel) denen des Herkules oder vielleicht noch des Merkur. Über die gallischen, oder besser gesagt keltischen Religionsvorstellungen ist nur sehr wenig bekannt.

Betrachtet man die Attribute für sich, so bedeuten sie Fruchtbarkeit (Blätterkranz, Füllhorn, Schale mit Früchten, Apfel) und Stärke (Keule, athletischer Körperbau der männlichen Figur), damit auch Glück, Erfolg und Wohlstand. Die Verehrung als Paar unterstreicht die Bedeutung dieser Werte. Gerade für eine bäuerliche Bevölkerung, wie man sie in römischer Zeit in der Ortenau annehmen kann, waren diese Werte wichtig und diese Symbolik sicher gut verständlich.



Abb. 11: Auf diesem Hochrelief ist links eine Göttin mit Schale und Füllhorn erkennbar. Rechts daneben sieht man einen Gott mit einem Gefäß und einem Hammer. Das Götterpaar ist stehend dargestellt. E. Planson/C. Pommert, a.a.O. (Anm. 22), 56. Foto: H.P. Widmann



Abb. 12: Hochrelief aus Saintes. Vorderseite: Links sitzt eine männliche Gottheit mit überkreuzten Beinen mit einem Torques in der Hand, daneben eine Göttin mit Schale und Füllhorn. J.J. Hatt, a.a.O. (Anm. 20), 66a. Foto: H.P. Widmann

b) weitere vergleichbare Hochreliefs

Beim Vergleich mit weiteren gallo-römischen Götterpaaren stellt man einige Ähnlichkeiten fest. Im folgenden seien stellvertretend einige Beispiele genannt:

Es sind zahlreiche Darstellungen bekannt, die ein Paar sitzend oder stehend zeigen, die weibliche Figur in langem Obergewand mit einem Füllhorn in ihrer linken Armbeuge und einer Schale in der rechten Hand. Die männliche Figur variiert. Das eine Mal ist sie mit Obergewand und Mantel bekleidet, das andere Mal fast nackt. Auch die gezeigten Attribute sind unterschiedlich: Caduceus (Heroldsstab des Merkur), Stab oder Lanze. Auf einem Hochrelief vom Mont Auxois (Abb. 8) hält die männliche Figur in ihrer rechten Hand einen Gegenstand, den man als Frucht, Kugel oder Gefäß deuten kann¹⁹.



Abb. 13: Hochrelief aus Saintes, Rückseite: In der Mitte sitzt über zwei Stierköpfen der Gott mit verschränkten Beinen, begleitet von einer stehenden Göttin links und einem stehenden Gott rechts, der sich auf eine Keule stützt. J.J. Hatt, a.a.O. (Anm. 20), 66b.

Foto: H.P. Widmann

Je nach ihren Attributen werden die Gottheiten verschieden angesprochen. Der Gott mit der Lanze wird dem römischen Mars gleichgesetzt, die weibliche Figur als Erdmutter betitelt oder heißt Ancamna²⁰ (Abb. 9). Trägt der Gott einen Caduceus und einen Reisemantel über dem Arm, scheint es sich um den römischen Gott Merkur zu handeln, seine gallo-römische Begleiterin heißt Rosmerta oder Maia (Abb. 10)²¹. Stab (Abb. 8) oder Hammer (Abb. 11)²² und ein kugelförmiger Gegenstand in der Hand weisen auf den Gott Silvanus²³ oder Sucellus hin, dessen Begleiterin Nantonsuelta²⁴ genannt wird.

Bisher unerklärt ist die Darstellung der männlichen Gottheit mit dem Frucht- oder Brot-ähnlichen Gegenstand zusammen mit der Keule, auf die sie sich mit dem rechten Arm stützt²⁵. Interessant ist in diesem Zusammen-

hang ein Hochrelief aus Saintes (Abb. 12)²⁶. Dargestellt ist ein mit verschränkten Beinen sitzender Gott, der in seiner Rechten einen Torques (keltischer Halsreif), in der linken Hand einen kugelförmigen Gegenstand hält. Die weibliche Gottheit zu seiner Linken hält – wie auf den Hochreliefs von Haslach und Appenweier – in ihrer Rechten ein Gefäß, in der linken Armbeuge ein Füllhorn. J.J. Hatt spricht die Gottheiten als den keltischen Gott Esus-Cernunnos und seine Begleiterin Rigani an. Für unsere Betrachtung wichtiger ist die Rückseite des Hochreliefs (Abb. 13):

Über zwei Stierköpfen sitzt in der Mitte Esus-Cernunnos, der Gott mit den verschränkten Beinen. Zu seiner Rechten steht auf einem Podest eine weibliche Figur in einem langen Obergewand, die ihren linken Arm angewinkelt hat und vor der Brust ein Gefäß hält, ihr linker Arm hängt halb nach unten.

Zur Linken von Esus-Cernunnos steht, ebenfalls auf einem Podest, eine wohl nackte männliche Figur, in ihrer linken Hand einen kugelförmigen Gegenstand haltend. Mit dem rechten Arm stützt sich die Figur auf einen keulenartigen Gegenstand (wie die männliche Figur auf dem Hochrelief von Appenweier).

Das Paar, das den Gott Esus-Cernunnos flankiert, wird von J.J. Hatt als die keltische Göttin Rigani und der keltische Gott Smertulus²⁷ identifiziert²⁸.

Tafel I:

Zusammenstellung der im Text aufgeführten Darstellungen von Götterpaaren, bei denen die weibliche Figur die Attribute Füllhorn und Schale mit Früchten hält:

Fundort		Attribute Gott	Benennung
Haslach	stehend	Frucht/Brot	?
Appenweier	stehend	Frucht, Keule	?
Mont Auxois	sitzend	Frucht, Stab oder Hammer	?
Alesia	sitzend	Lanze	Mars (Ancamna/Erdmutter)
Metz	stehend	Caduceus	Mercur (Maia/Rosmerta)
Les Bolards	stehend	Gefäß, Stab oder Hammer	Silvanus/Sucellus (Nantonsuelta)
Saintes (Rückseite)	stehend	Frucht (?), Keule	Smertulus/ Smert[ri]os (Rigani)

5. Zusammenfassung

Bei dem Hochrelief aus Haslach i.K. handelt es sich, wie ich zu zeigen versuchte, nicht um das Grabmal eines Ehepaars, sondern um die Darstellung eines gallo-römischen Götterpaares. Wichtig in diesem Zusammenhang sind vor allem die auf dem Relief gezeigten Attribute.

Der Vergleich mit einem Hochrelief aus Appenweier und ähnlichen Stücken aus dem keltischen Kulturkreis unterstreichen diese Deutung.

Das Hochrelief von Haslach und das ihm sehr ähnliche Stück aus Appenweier bezeugen für die Ortenau die Verehrung eines gallo-römischen Götterpaares, wie es auch andernorts im keltischen Kulturraum wahrscheinlich um Fruchtbarkeit, Stärke, Glück, Erfolg und Wohlstand angerufen wurde.

Über die Namen dieser Gottheiten kann nur spekuliert werden. Bis zur Auffindung eines passenden epigraphischen Zeugnisses bleiben sie leider unbekannt. Möglich wäre die Benennung als Merkur und Rosmerta oder Maia, vielleicht auch als Smertrius und Ancamna. Will man J.J. Hatts Interpretation folgen, könnten ihre Namen Rigani und Smertullus gelautet haben.



Abb. 14: Eisernes Schwertfragment und Hufeisen, Fundort Offenburg.

Foto: M. Yupanqui W.

Ein Schwert aus dem Kinzigkies bei Offenburg

Bei Baggerarbeiten für den Neubau des Arbeitsamtes Offenburg (Kronenstraße/Ecke Hauptstraße) wurden im Jahr 1993 Reste eines eisernen Schwertes und ein Hufeisen gefunden. Dem Baggerführer, Herrn Bernd Schille, Ortenberg, waren bei Arbeiten in ca. 6–8 m Tiefe im Kies zur Kinzig hin die verrosteten Metallteile aufgefallen²⁹.

Von dem Schwert hat sich das Griffstück mit Knauf und ca. ein Drittel der Klinge erhalten. Das Schwert war bei seiner Auffindung verbogen, der abgebrochene vordere Teil der Klinge und die Parierstange fehlten bereits³⁰.

Schwerter unterlagen seit ihrer Entwicklung in der Bronzezeit Veränderungen. Ein Schwert wird unterteilt in das „Gefäß“, das aus Griffteil mit Knauf und Parierstange besteht, und die Klinge. Man unterscheidet einschneidige und zweischneidige Schwerter. Nicht nur die Klingen variieren in Dimension, Profilierung und Schliff, auch das Gefäß war einem fast stetigen Wandel ausgesetzt. So lassen sich Schwerter anhand ihrer Ausformung verschiedenen Epochen und verschiedenen Regionen zuordnen.

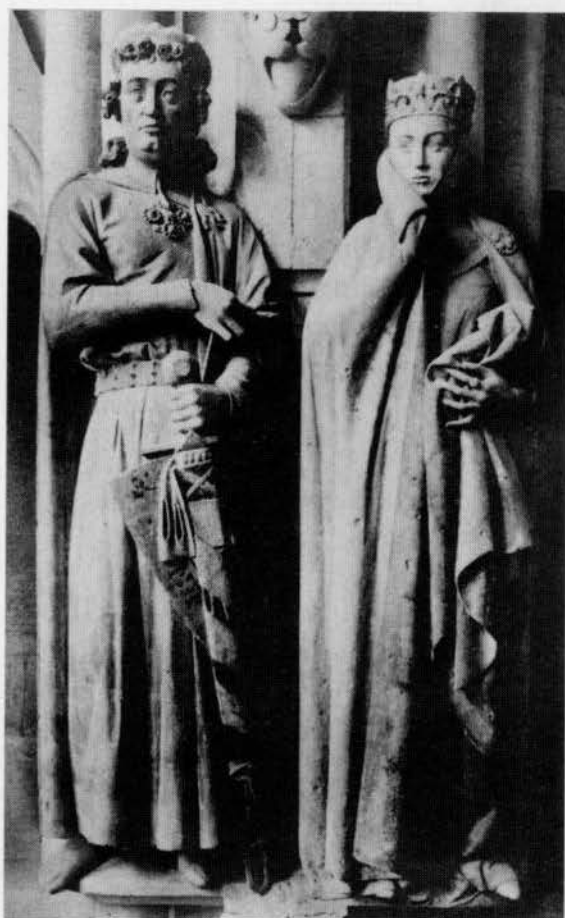


Abb. 15: Graf Ekkehard und Gemahlin.
Naumburger Dom, Westchor.

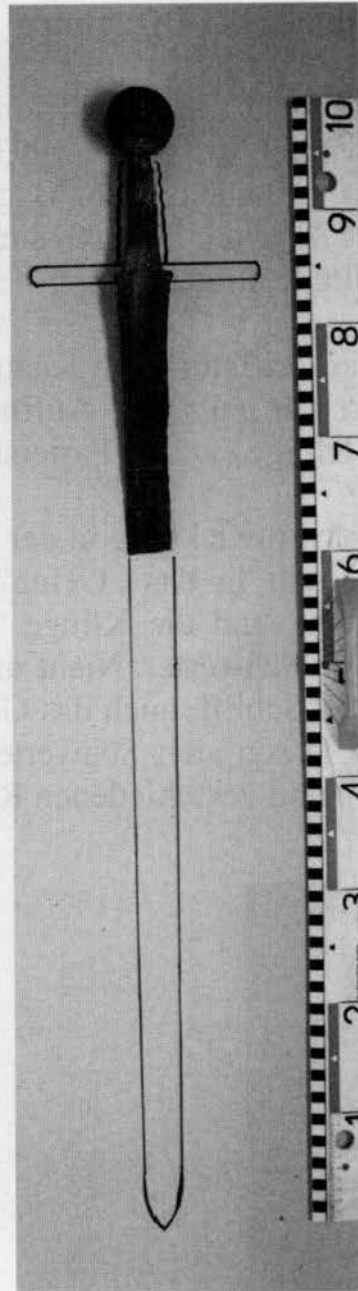


Abb. 16 (l.+r.): Detail von Abb. 15. Man beachte den Scheibenknauf. Das Schwertfragment aus Offenburg mit Ergänzungsvorschlag.

Fotos: M. Yupanqui W.

Ein sehr charakteristischer Teil des Schwertes, das im Kinzigkies in Offenburg gefunden wurde, ist der runde Knauf, ein sogenannter Scheibenknauf mit abgefaßter Kante (siehe Abb. 14)³¹. Er hat einen Durchmesser von 5,5 cm und ist 3,6 cm dick und zum Rand hin bis auf eine Dicke von 1,5 cm abgeflacht. Ein schwerer Knauf dieser Art bildete das Gegengewicht zur Klinge, so daß das Schwert leichter zu handhaben war. Vom Griff ist außer der den Kern bildenden Angel nichts erhalten, leider fehlt auch die Parierstange.

Die Klinge hat unterhalb der Stelle, an der eine Parierstange angebracht war, eine Breite von 4,0 cm und verjüngt sich zur Spitze hin nur ganz leicht. Trotz starker Korrosion läßt sich ein flacher Hohlschliff feststellen³².

Anhand der beschriebenen Merkmale läßt sich das hier betrachtete Schwert bis in 12./13. Jahrhundert datieren³³. Eine sehr interessante Parallele finden wir in der Darstellung des Grafen Ekkehard aus der „Stifterreihe“ am Westchor des Doms zu Naumburg, die um 1260 bis 1270 entstanden ist (siehe Abb. 15)³⁴. Deutlich erkennbar ist der Scheibenknauf mit abgefaßter Kante. Die Darstellung zeigt, daß man bei dem in Offenburg aufgefundenen Stück eine gerade oder fast gerade Parierstange ergänzen muß³⁵. Die Stifterdarstellung gibt darüber Aufschluß, wie das Griffholz bekleidet und wie Schwertscheide und Gehänge beschaffen sein können.

Dieser Waffenfund erlaubt uns einmal mehr einen Blick zurück in die Frühzeit der Stadt Offenburg, in die Zeit der Zähringer und Staufer, in die Jahre, in denen Offenburg Reichsstadt wurde.

Wie und warum das Schwert in die Kinzig und somit in den Kinzigkies gelangte, ob es hier in Offenburg oder weiter oben im Kinzigtal z.B. von einem Geroldsecker verloren wurde³⁶, all das muß Spekulation bleiben.

Zusammen mit Funden aus der Baustelle Boschert³⁷ wirft der Fund dieses Schwertes ein Licht auf das Leben im Hohen Mittelalter hier am Ausgang des Kinzigtals.

Anmerkungen

- 1 Frau Andres und Herrn Kraftzig, beide Verkehrs- und Kulturamt der Stadt Haslach (Museum), gilt mein Dank, da sie mir die Möglichkeit gaben, das nicht ausgestellte Original zu betrachten.
- 2 Die Angaben zu den Fundumständen unterscheiden sich ebenso wie die veröffentlichten Maße; daher habe ich den Stein in Haslach nochmals vermessen.
- 3 E. Wagner, Haslach. Römisches Relief. Röm. Germ. Korr. Blatt 8, 1915, 70.
- 4 Bei der Form des Gefäßes nehme ich an, daß es sich eher um eine aus Holz gedrehte, als um eine Schüssel aus Keramik handelt. Teilweise ist die relativ grobe Ausführung dieser Schüssel natürlich durch das Material des Hochreliefs bedingt.
- 5 Möglich wäre auch, daß das Haar in gewellten Strähnen liegt.
- 6 W. Engelberg hält es für einen Sack und die Figur für einen Sämann, an den die Haltung tatsächlich erinnert. W. Engelberg, Spuren der Römer im Kinzigtal. Ortenauer Rundschau 13, 04.06.1933, ohne Seitenangabe.
- 7 Das läßt sich nicht mehr feststellen, da die untere Hälfte des Reliefs fehlt. Im folgenden wird an vergleichbaren Stücken gezeigt, wie das Hochrelief von Haslach wohl zu ergänzen ist.

- 8 E. Batzer, Haslach i.K. Die Ortenau 5, 1914, 7f. Seinen Angaben zufolge schloß er sich mit dieser Meinung Herrn Roth, Karlsruhe und Herrn Rosenberg, Schappach, an.
- 9 W. Engelberg, a.a.O. (Anm. 6), ohne Seitenangabe.
- 10 C.-H. Steckner vermutete 1993, daß es sich bei dem Hochrelief aus Haslach wohl um eine Darstellung von Merkur und Rosmerta handeln könnte. C.-H. Steckner, Gallo-römische Gottheiten am Oberrhein. Die Ortenau 73, 1993, 109. Weitere, im folgenden Text nicht zitierte ältere Literatur zu dem genannten Hochrelief aus Haslach: E. Batzer, Römische Funde aus dem Kinzigtal. Die Ortenau 9, 1922, 85ff.; F. Schmider, Entstehung und bauliche Entwicklung der Stadt Haslach im Kinzigtal. Versuch einer Rekonstruktion. II. Die Römerstraße durch das Kinzigtal, 144ff.
- 11 Dieser Artikel entstand auf Anregung von Herrn Dr. B. Cämmerer, Karlsruhe und Herrn Dr. G. Fingerlin, Freiburg. Für abschließende Anmerkungen danke ich Herrn Dr. G. Fingerlin und Herrn Prof. Dr. H.U. Nuber, Freiburg.
- 12 E. Batzer, a.a.O. (Anm. 8), 8.
- 13 O. Geiger, Zum Römerfund in Haslach. Kinzigtäler Nachrichten 1914, Nr. 125. Es handelt sich hier um einen Text, der in Fortsetzungen in den Ausgaben 106–125 erschienen ist.
- 14 E. Wagner, a.a.O. (Anm. 3), 71.
- 15 Bei der Frisur der weiblichen Figur auf dem Hochrelief von Haslach handelt es sich m.E. jedoch um eine einheimische Haartracht, eine identische Frisur konnte auf Münzportraits nicht gefunden werden. Ähnliche Frisuren zeigen im 1. Jahrhundert n.Chr. z.B. Darstellungen von Agrippina der Älteren, Mutter des Caligula (37–41 n.Chr.), im 2. Jahrhundert z.B. Münzportraits der Faustina II, Gemahlin des Marc Aurel (161–180 n.Chr.). Am nächsten kommt die Büste einer Victoria (Abb. 5) auf einer Münze des Postumus (259–286 n.Chr.), was für die Entstehung des Stückes aus Haslach doch etwas spät erscheint.
- 16 S. Wagner-Roser, Ein „Hermerakles“-Fortuna-Relief aus der Ortenau. Archäologische Nachrichten aus Baden 43, 1990, 30ff.
- 17 S. Wagner-Roser, a.a.O. (Anm. 16), 30.
- 18 Als Beispiel für ein Grabmal eines Ehepaars möchte ich ein Hochrelief aus Luxeil anführen. É. Espérandieu, Recueil Général des Bas-Reliefs de la Gaule Romaine, 7 (Paris 1918), 5318. Im folgenden werde ich dieses Werk mit „Ésperandieu“ und der Ordnungsnummer zitieren. Beispiele für vergleichbare Götterdarstellungen werde ich später anführen.
- 19 Auf einem ähnlichen Stück aus Saint-Boil hält die männliche Figur einen kugelförmigen Gegenstand in der linken Hand, der sich auf Grund eines ausgebildeten Randes relativ eindeutig als Gefäß deuten läßt. Musée Archéologique Dijon, L'art de la Bourgogne Romaine. Découvertes récentes (Dijon 1973), 179.
- 20 z.B. ein Stück, das in Alesia gefunden wurde: J.J. Hatt, Mythes et Dieux de la Gaule I (Paris 1989), 174 = Espérandieu 2348. Zu Ancamna z.B.: F. Drexel, Die Götterverehrung im römischen Germanien. Bericht der Römisch-Germanischen Kommission 14, 1922 (Frankfurt a.M. 1924), 26f., auf einem Denkmal in Paris wird sie von einem Gott begleitet, der eine Keule trägt und Smert[ri]os genannt wird. G. Behrens, Germanische und Gallische Götter in Römischem Gewand. Wegweiser des Zentralmuseums für Deutsche Vor- und Frühgeschichte in Mainz 18 (Mainz 1944), 13 u. 40f.
- 21 J.J. Hatt, a.a.O. (Anm. 20), 252 = Espérandieu 4288, Corpus inscriptionum Latinarum (CIL) XIII (Berlin 1899ff.), 4312. Zu Rosmerta z.B.: G. Behrens a.a.O. (Anm. 20), 14f.

- 22 E. Planson/C. Pommert, *Les Bolards. Le site gallo-romain et le musée de Nuits-Saint-Georges (Cote-d'Or)* (Paris 1986), 56.
- 23 z.B. G. Behrens, a.a.O. (Anm. 20), 35 u. 55.
- 24 z.B. G. Behrens, a.a.O. (Anm. 20), 20f., 35.
- 25 S. Wagner-Roser meint auf Grund der Attribute einen „Hermerakles“, eine Mischung aus Merkur (griechisch Hermes) und Herkules zu erkennen. S. Wagner-Roser, a.a.O. (Anm. 16), 32.

Auf einem Hochrelief aus Lutzelbourg (Espérandieu 5701) sind drei Gottheiten dargestellt. Der Gott mit Reisemantel und Flügelhaube hält seinen Caduceus nicht im linken Arm, sondern stützt sich mit seinem rechten Arm darauf. Diese Körperhaltung erinnert stark an die Haltung der männlichen Figur auf den Hochreliefs von Haslach und Appenweier. Nicht unerwähnt lassen möchte ich ein Hochrelief, das in Kaiseraugst gefunden wurde (Abb. z.B. bei St. Martin-Kilcher, *Zu den Kleinfunden auf der Tempelanlage auf der Flühweghalde*. In: E. Riha, *Der gallo-römische Tempel auf der Flühweghalde bei Augst*. Augster Museumshefte 3 (Augst 1980), 49. Es zeigt ein stehendes Paar, das dem Paar aus Haslach und dem aus Appenweier sehr ähnlich ist (Körperhaltung, Kleidung, Frisuren – wobei die männliche Figur bärtig ist). Auf dem Stück aus Kaiseraugst sind aber keine der genannten Attribute zu sehen. Interessant ist jedoch, daß sich der Mann auf eine Art Stock mit Knauf stützt. Handelt es sich hier ebenfalls um die Darstellung des selben Götterpaares? H.U. Nuber meint, daß es sich hier auf Grund des Stabes eher um einen Centurio mit Begleiterin handelt.

Neben vielleicht zufälligen Ähnlichkeiten in der Darstellung von Götterpaaren und Privatpersonen sollte die Möglichkeit der „Divinisierung“ (Vergöttlichung) von Privatpersonen nicht außer acht gelassen werden. Die im Text aufgeführten vergleichbaren Götterdarstellungen helfen m.E., dies mit großer Wahrscheinlichkeit auszuschließen.

- 26 J.J. Hatt, a.a.O. (Anm. 20), 66a u. b. = Espérandieu 1319.
- 27 Interessant ist m.E. die etymologische Verwandtschaft der Götternamen

<i>Hermes</i>	<i>Smertullus</i>
<i>Merkur</i>	<i>Smertrius</i>
<i>Herkules</i>	

(und vielleicht auch mit *Mars*, dem letzterer nach G. Behrens gleichgesetzt wird. Dieser tritt als Mars Smertrius in Begleitung von Ancamna auf. G. Behrens, a.a.O. (Anm. 20), 40f.). Außer ähnlichen Attributen haben diese Götter, die einander zu entsprechenden Eigenschaften aufweisen und zusammen oder in ähnlicher Weise verehrt wurden, ähnlich lautende Namen. Dies macht den Prozeß der „Interpretatio Romana“ noch verständlicher.

- 28 Ein dem Hochrelief aus Appenweier sehr ähnliches Stück ist ein Hochrelief aus Freckenfeld. Nicht nur die Körperhaltung der beiden Figuren stimmt überein, die männliche Figur stützt sich dort ebenfalls auf eine Keule. Dieses Götterpaar wird dort vorsichtig mit Smertrius und Ancamna benannt. F. Sprater, *Die Pfalz unter den Römern II* (1930), 45.
- 29 Die Funde wurden im Herbst 1995 von Herrn Bernd Schille dem Museum im Ritterhaus übergeben.
- 30 Nach Angaben des Finders Herr B. Schille. Bei der Übergabe war das Schwertfragment nur noch leicht verbogen.
- 31 H. Seitz, *Blankwaffen I. Geschichte und Typenentwicklung im europäischen Kulturbereich*. Von der prähistorischen Zeit bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. 2. verb. Aufl. (München 1981), 136, Abb. 78, 14 (die dort fehlt, aber nach 133, Abb. 75 ergänzt werden kann); 146 und 149, Abb. 89 C.

- 32 Vgl. Seitz, Blankwaffen, 136, Abb. 79 D; 145. Das Schwert wurde bisher nicht konserviert oder restauriert und nicht auf Schlagmarken, Bearbeitungsspuren oder ähnliches untersucht.
- 33 Siehe Anm. 3 und 4.
- 34 E. Schubert, Naumburg. Dom und Altstadt. Aufnahmen von Fritz Hege. 2. verb. Aufl. (Leipzig 1978), Abb. 176.
- 35 Vgl. auch Seitz, Blankwaffen I, 152. Die Rekonstruktionszeichnung wurde im Verhältnis zu den Maßen des Schwertes am Naumburger Dom angefertigt.
- 36 Aus verschiedenen Epochen sind Schwerter bekannt, die in Gewässern niedergelegt wurden. Viele dieser Waffen sind vorher durch Verbiegen unbrauchbar gemacht worden. Vgl. z.B. M. Schulze, Diskussionsbeitrag zur Interpretation früh- und hochmittelalterlicher Flußfunde. Frühmittelalterliche Studien 18, 1984, 222ff.; H. Steuer, Karolingische Waffen aus dem Oberrhein bei Kehl-Auenheim, Ortenaukreis. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1988, 229ff.
- 37 Im Spätsommer 1995 wurden bei Bauarbeiten in der Offenburger Innenstadt zahlreiche verfüllte Brunnenschächte und Latrinen dokumentiert. Bei diesen Notbergungen kam eine große Menge Gefäß-Keramik, Ofenkacheln, Glas und Knochen zum Vorschein. In ihrer Qualität und Aussagekraft sind diese Stücke mit Funden aus Städten wie Straßburg, Freiburg und Heidelberg vergleichbar.

„Der Gebrauch des freien Rheins“

Zur Fischereigerechtigkeit auf dem mittleren Oberrhein

Anton Wild

Fragt man einen der heute nur noch selten anzutreffenden Rheinfischer im nördlichen Breisgau oder in der Ortenau, woher seine Zunft ihr Recht ableitet, auf dem Rhein zu fischen, erhält man ein Achselzucken zur Antwort oder vielleicht den vagen Hinweis auf Maria-Theresia oder eine andere Herrscherpersönlichkeit. Auch in der Literatur zur Fischerei auf dem mittleren Oberrhein bleibt die Frage nach der Fischereigerechtigkeit, soweit ich feststellen kann, unbeantwortet¹.

Weiter führt uns ein Besuch in den städtischen Archiven von Straßburg, wo sich in der Serie III umfangreiches Material zur Geschichte der Oberrheinfischerei befindet. Besonders aufschlußreich ist das Bündel III 86/7. Sein Inhalt wird auf dem Deckblatt folgendermaßen angegeben: „Händel, die man mit denen von Rheinau gehabt wegen des freien Fischfangs auf dem Rhein, welchen sie den hiesigen Fischern in ihrem Bann teils durch neue Ordnung limitieren, teils gar verwehren wollen. De annis 1480. 1483. 1488. 1491. 1494. und 1499. etc. Bis ins seculum 1500.“

Ein Blick in das Bündel zeigt, daß mit den „hiesigen“ Fischern die von Kappel a. Rh. gemeint sind. Dieser Ort gehörte früher zum Amt Ettenheim, und dieses war seit 1401 an die Stadt Straßburg verpfändet. Als Pfandherrin machte sich die Stadt die Interessen ihrer Leute zu eigen, die der Fischer von Rheinau lagen in den Händen von Bischof Albrecht von Straßburg.

Auf den lange schwelenden und immer wieder aufflackernden Streit soll hier nur soweit eingegangen werden, als es für unser Thema nötig ist. Nach Vorgeplänkeln begann er wohl im zeitigen Frühjahr 1480 wegen der Fischerei in der „unteren Flut“, einem Rheingießen, den die beiden Orte bisher teils einzeln, teils gemeinsam „gewendet“ hatten. Aus einer unterschiedlichen Auffassung darüber, welche Rechte und Pflichten sich aus dem „Zeichnen“ eines Gewässers ergaben, entwickelte sich ein Streit mit gegenseitigen Anschuldigungen und Übergriffen, in den auch die Fischer von Rust und Wittenweier verwickelt wurden und der schließlich zur Gefangennahme von acht Rustern durch die Rheinauer im Kappler Bann führte.

Von Beginn der Auseinandersetzung an argumentierten die Kappler damit, daß es sich bei der unteren Flut um einen „freien“ Rheingießen handle, für den das „Rheinsrecht“ gelte, weswegen sie gegenüber den Rheinauern zu nichts verpflichtet seien. Dieses Argument übernahm Straßburg, das selbst größtes Interesse an einer möglichst ungehinderten Rheinfischerei hatte. Bereits am zweiten Fastensonntag beschuldigten „der Meister und der Rat zu Straßburg“ die Stadt Rheinau und ihre Leute, sie hätten „die unsern des Gebrauchs des freien Rheins . . . mit Gewalt und wider alt Harkommen unterstanden zu entwehren“.²

„Rheinsrecht und alt Harkommen“ 1480

Wegen dieser Beschuldigung kam Straßburg nun aber in Beweisnot. Zwar war der Begriff „Rheinsrecht“ nicht unbekannt³, doch was er im einzelnen beinhaltete, war nicht schriftlich fixiert, sondern Gewohnheitsrecht und mußte aus der hier tradierten Form der Rheinfischerei ermittelt werden. Zu diesem Zweck befragte Straßburg etwa 30 Rheinorte von Schönau bis Seltz, rechtsrheinisch von Weisweil bis Iffezheim. In einem direkten Anschreiben, vereinzelt auch in einem Brief an die entsprechende Herrschaft verwies es auf die bestehenden „Spenne und Irrungen“ zwischen Kappel und Rheinau und bat um Feststellung und Mitteilung „von des Rheins Freiheit oder alt Harkommens wegen, was darum zu wissen sei von alt Harkommen“.⁴ Außerdem verhörte es eine größere Zahl „hiesiger“ Fischermeister, sehr wahrscheinlich aus Kappel und den umliegenden straßburgischen Orten.

Die Antworten sind teils im Original, teils in Zusammenstellungen oder Auswertungen erhalten. Die Aussagen der mündlich Befragten wurden in einer über zwei Seiten starken Niederschrift festgehalten und liegen ebenfalls vor.

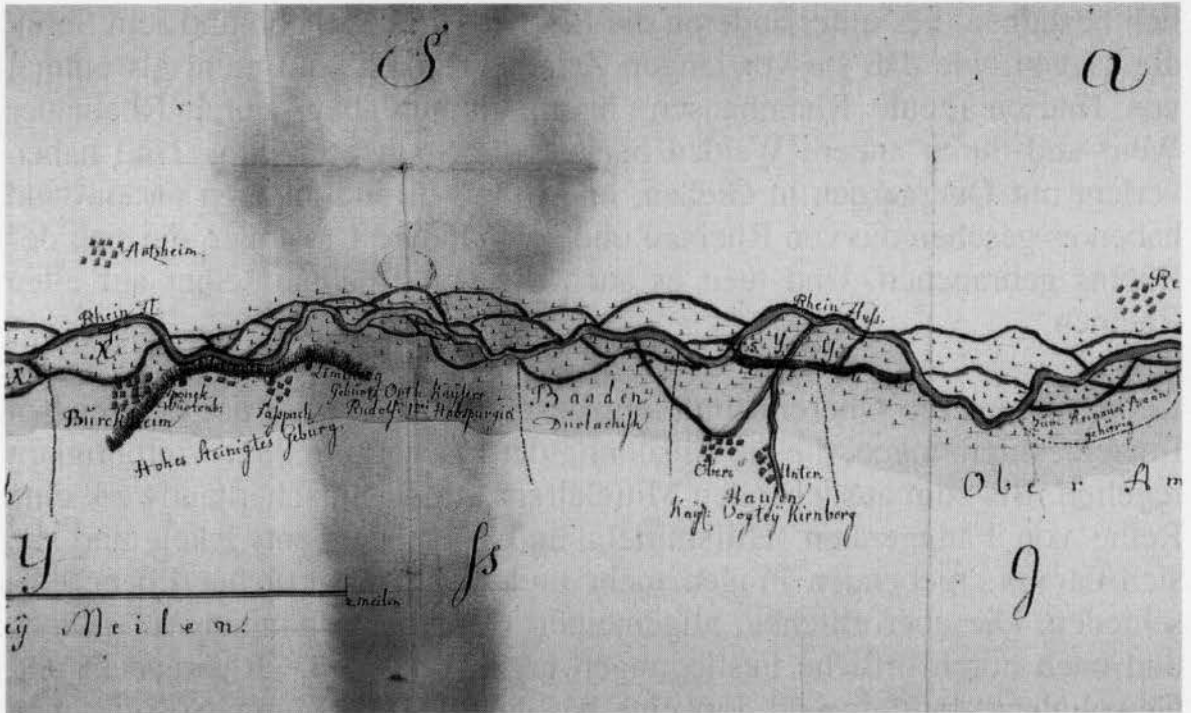
Wie nicht anders erwartet werden konnte, erbrachte die Umfrage keine übereinstimmenden Ergebnisse. Einhellige Übereinkunft bestand darüber, daß man die Fischerei aufgrund und im Rahmen des „Rheinsrechts“ ausübte und daß dies mit dem „alten Harkommen“ identisch war. Für alle Befragten war es auch selbstverständlich, daß der „freie Gebrauch des Rheins“, des „Rheins Freiheit“, wie auch zu lesen ist, den Kern dieses Gewohnheitsrechtes bildete. „Frei“ hieß konkret, daß die Fischereigerechtigkeit von keiner herrschaftlichen Zustimmung und keiner Zinszahlung abhängig gemacht und rechtmäßig von niemand aufgehoben werden konnte. Es besagte weiter, daß auf dem ganzen Rhein, ungehindert von Bann- und Herrschaftsgrenzen, gefahren und gefischt werden durfte. Ausdrück-

lich bezeugen dies unter anderen die Fischer Hans Menche und sein Sohn, die „sagen, wie daß sie vor langen Zeiten gefahren sind mehr als einmal von Hausen (heute Rheinhausen) herab, immer abher durch Rheinauer Weid und durch andere Weiden bis auf die Stadt Straßburg. Und haben verlegt mit Quergarnen in Gießen, in Altrheinen und anderen Orten. Und haben es gesehen die von Rheinau und auch andere Umstößer, die sich des Rheins gebrauchen. Und tuen es auch die von Rheinau selber auf allen Rheinen.“

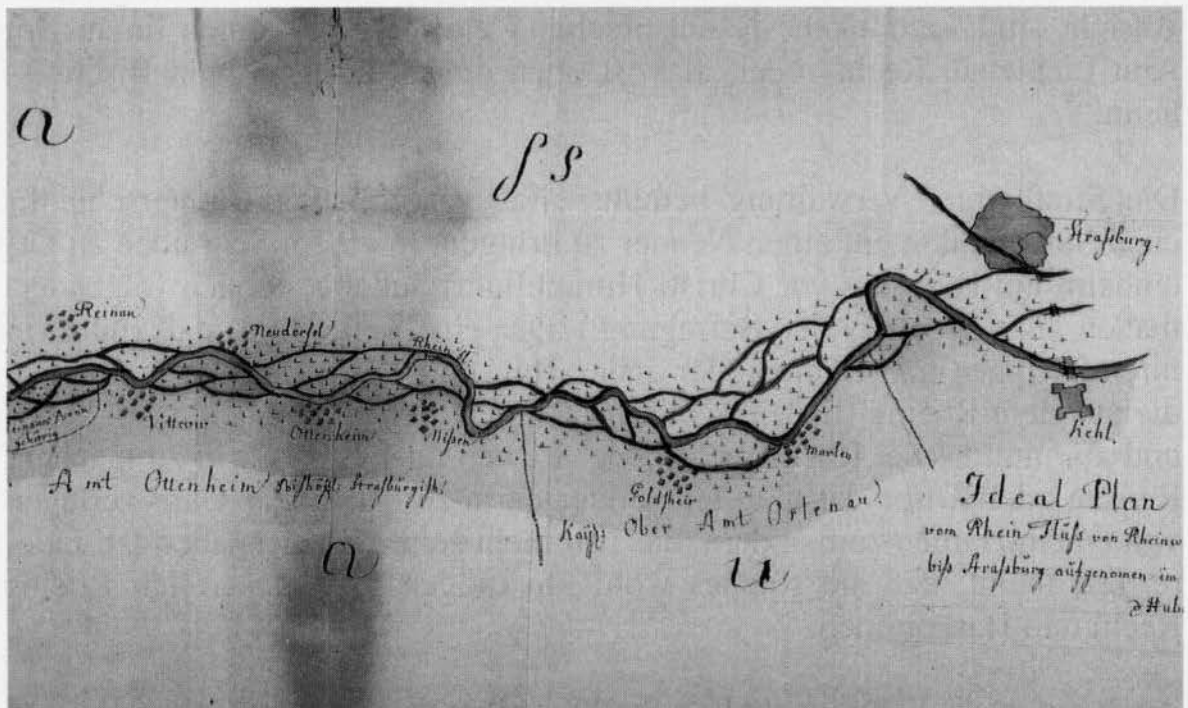
Keine allgemeine Übereinstimmung bestand hinsichtlich der zahlreichen Einzelbestimmungen, die die Ausübung der Fischerei in ihrer Vielfältigkeit regelten. Bis zum ausgehenden Mittelalter hatte das Fischerhandwerk eine Reihe von Fanggeräten, Hilfsmitteln und Methoden entwickelt und die sich daraus ergebenden Fragen mehr und mehr auf örtlicher Ebene entschieden. Die überörtlichen, allgemeinen Fischereiordnungen waren nach und nach durch örtliche Festlegungen ergänzt worden, „Rheinsrecht und Gewohnheit“ fand da und dort eine besondere Ausprägung. So schrieben z.B. die Fischer der Herrschaften Lichtenau und Bischofsheim an Straßburg: „An den großen Rheinen oder Gießen . . . ist Rheinsrecht bei uns, daß . . .“ und ähnlich fügen sie auch bei den anderen Einzelpunkten, bei den Wendegießen, Lewen, Fach usw., jedesmal hinzu, daß es sich um ihr und ihrer Herrschaft Rheinsrecht handelt. Und wo sie selbst nicht gleicher Ansicht sind, schränken sie entsprechend ein: „Das ist unten hinaus im Amt Lichtenau Recht“ oder „das ist oben hinaus in der Vogtei Bischofsheim.“⁵

Die Straßburger Verwaltung bemühte sich vergeblich, die unterschiedlichen Standpunkte auf einen Nenner zu bringen. In einem Schreiben an Ottenheim am Dienstag vor Christi Himmelfahrt äußerte sie sich folgendermaßen zum Ergebnis der Befragung: „Der eine Teil meint, daß (man) in ihren Zwingen und Bännen, der ander Teil, im Rhein oder in den Gießen, die aus dem Rheine fließen, wohl mit Garnen ziehen mag schlechtlich auf und ab, und das sei Rheinsrecht. Aber Lewen oder Fach darin zu machen, Reusen oder Körbe darin zu legen oder darin zu eisen oder Garn verlegen von einem Hamen zum andern, das soll nicht sein. Da (hier) aber der andere Teil meint, daß sie solches wohl tun mögen nach des freien Rheins Recht und Harkommen.“⁶

Auch die zusätzlich eingeholten Stellungnahmen, z. B. von Ettenheim und Breisach, bringen keine Klärung. Das Spektrum der Auffassungen reicht von den Befürwortern einer uneingeschränkten Rheinsfreiheit, die örtliche Sonderrechte ablehnen und den fremden Fischern dieselben Rechte zugestehen wie den einheimischen, bis zu denjenigen, die dem „Ausländer“ den



Das Stromnetz des Rheins 1774 zwischen Artzenheim/Burkheim und dem „Rheinauer Bann“.



Das Stromnetz zwischen dem „Rheinauer Bann“ und Straßburg/Kehl „Idealplan vom Rheinfluß von Rheinweiler bis Straßburg, aufgenommen im Oktober 1774 von Hubert“.

Vorlagen und Aufnahmen: Generallandesarchiv Karlsruhe, 79/3541 Nr. 142.

Zugang zu ihrem Bann grundsätzlich verwehren, ihm nur noch da ein Recht zugestehen, „wo der Rhein seinen Lauf und Fluß hat“, und auch dies auf das Fischen mit dem Zuggarn beschränken möchten⁷. Daß die Rheinfischer von Weisweil /Schönau bis Iffezheim/Seltz ohne Ausnahme den „freien Gebrauch des Rheins“ zumindest in dieser restriktiven Form bejahten, das konnten die Straßburger dann doch als Ergebnis ihrer Umfrage verbuchen.

„Rheinsrecht und alt Harkommen“ in der Geschichte der Fischerei auf dem mittleren Oberrhein

Soweit wir die Entwicklung der Rheinfischerei hier überblicken können, läßt sich das Ergebnis der Ermittlungsaktion von 1480 durchaus in den geschichtlichen Zusammenhang einordnen. Dieser selbst gewinnt dadurch eine deutlichere Struktur, einzelnes muß allerdings korrigiert oder als unhaltbar aufgegeben werden.

Daß zur Zeit der Römer und im frühen Mittelalter die „freilebenden Fische . . . dem Zugriff jedermanns freistanden“, wird in der Fachliteratur nicht in Frage gestellt. Auch nicht, daß diese Fischereifreiheit ein Gewohnheitsrecht war, da bei dem damals unvorstellbar großen Fischreichtum kein Bedürfnis nach einem Gesetzesrecht bestand. Mit dem Ausbau der Grundherrschaft wurde ein Großteil der Wasserläufe der freien Nutzung entzogen, die schiffbaren blieben aber bis ins hohe Mittelalter freie Gewässer⁸.

Wir können davon ausgehen, daß das Oberrheingebiet von dieser Entwicklung nicht ausgenommen war und daß auf dem Rhein das ursprüngliche Gewohnheitsrecht im 12. und 13. Jahrhundert im wesentlichen noch bestand. Die ersten schriftlichen Zeugnisse über die Rheinfischerei, sie stammen aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, bestätigen dies, zeigen aber auch, daß die einst uneingeschränkte Freifischerei reglementiert und damit Einschränkungen unterworfen wurde.

Die Ursache dafür ist leicht auszumachen und wird auch häufig genannt. Mit der starken Zunahme der Bevölkerung im hohen Mittelalter stieg auch der Bedarf an Nahrung, die gesteigerte Nachfrage nach Fischen wiederum führte zu einer Dezimierung des Fischbestandes. Dem drohenden Verlust ihrer Existenzgrundlage begegneten die Fischer dadurch, daß sie Ordnungen zu dem Zwecke erstellten, den nachwachsenden Fisch zu schützen und damit die absehbare Vernichtung des ganzen Bestandes abzuwenden. Der Anstoß dazu kam hauptsächlich von den Städten. Dank ihrer Verfassung und ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung hatten sie dazu gün-

stige Voraussetzungen, überdies waren sie stark daran interessiert, die Versorgung ihrer Bürger mit der wichtigen Fastenspeise sicherzustellen.

Vor 1400 gibt es in unserem Gebiet meiner Kenntnis nach vier Fischereiornungen. Die nördlichste wurde 1399 von den Rheinorten des Amtes Lichtenau erstellt und angenommen und befindet sich im Generallandesarchiv Karlsruhe⁹. Wahrscheinlich älter ist die 1889 von J. Brucker veröffentlichte ausführliche Fischer- und Voglerordnung der Stadt Straßburg¹⁰. Eine weitere wurde 1382 von den Fischern der Stadt Rheinau und elf umliegender Orte zustande gebracht und ist in den städtischen Archiven von Straßburg aufbewahrt¹¹. Schließlich zeigen mehrere Briefe Breisachs an Straßburg aus den Jahren 1391 und 1396, daß auch die dortigen Fischer schon Regelungen zum Schutz des Fischbestandes getroffen hatten und bestrebt waren, sie mit den Kollegen von Rheinau und Straßburg abzustimmen¹².

Im wesentlichen gingen die Fischer der Rheinorte in gleicher Weise gegen die Schädigung des Fischbestandes vor. Engmaschige Netze und solche, die den Laich und die Brut und ihren Lebensraum zerstörten, wurden ganzjährig oder für eine bestimmte Zeit verboten. Für heranwachsende Fische, besonders für den Hürling, den jungen Hecht, wurden Schonzeiten eingeführt. Mit Ausnahme der Ordnung von 1382 wurde außerdem die Zeit begrenzt, in der die Fischer ihrer Arbeit nachgehen durften. „Gebannt“ waren meist die Zeit von Samstag abend bis Montag früh, die vier Marienfeiertage und die Festtage der Apostel, die sogenannten Zwölf-Boten-Tage. Verstöße gegen die Ordnung mußten „gerügt“, d. h. zur Anzeige gebracht werden und wurden mit einer Geldstrafe geahndet.

Die weitere Entwicklung zeigt, daß das Fischerhandwerk nicht mehr auf die einschränkenden Ordnungen verzichten konnte, vielmehr sie im einzelnen genauer fassen und erweitern mußte. In Straßburg, wo sie vom Meister und Rat auf Vorschlag und Bitten der Fischer erlassen wurden, erfolgten die Ergänzungen und Neufassungen zuweilen in kurzer Zeit¹³. 1434 war der Schaden an Laich und jungen Fischen so groß, daß „das Weidwerk fast abging“ und die Stadt sich gezwungen sah, alle Fischer in ihrem Stadt- und Landgebiet und alle „armen Leute“ (Untertanen) ihrer Bürger, darunter auch die Fischer von Rust, zur Einhaltung der städtischen Fischereibestimmungen zu verpflichten¹⁴. Außerdem wirkte sie darauf hin, daß „man an andern Enden im Lande unter den Herrschaften“ diese Bestimmungen ebenfalls in Kraft setzte.

Im Gebiet von Rheinau kam es 1418 erneut zu einer Übereinkunft. Wie die von 1382 war sie auf sechs Jahre befristet, und da die Fischer von Rheinau

wieder an erster Stelle genannt wurden, liegt die Vermutung nahe, daß diese in besonderer Weise zu ihrem Zustandekommen beigetragen haben¹⁵. Die Zahl der Mitunterzeichner war jetzt auf sechs, also fast auf die Hälfte zurückgegangen, möglicherweise ein Hinweis darauf, daß es schwierig war, die Fischer aus den umliegenden Orten, die verschiedenen Herrschaften gehörten, für ein Abkommen zu gewinnen. Die Herren selbst „henkten“ als Zeugen ihr Insiegel an die Ordnung und verlangten als Schutzherren die Hälfte der Straf gelder.

Da in den überörtlichen Vereinbarungen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden kaum berücksichtigt werden konnten, traf man nach und nach zusätzliche örtliche Regelungen. Mit der Ausbreitung der Fischerzünfte kam schließlich fast jeder Ort zu seiner eigenen Fischerordnung. Zu den ältesten hier gehören neben der Zunftordnung von Straßburg die von Auenheim und Kappel, beide von 1442¹⁶. Die von Auenheim enthält bereits 20 einzelne Artikel, wovon sechs das Eisfischen betreffen.

In diesen genannten wie auch in zahlreichen anderen Zeugnissen der spätmittelalterlichen Fischerei am Oberrhein finden sich Hinweise auf den „freien Gebrauch des Rheins“. Schon daß man vielerorts willens war, Ordnungen für größere Rheinstrecken zuwege zu bringen, deutet darauf hin, daß dem „Fahren und Fischen“ auf dem Rhein keine Grenzen gesetzt waren. Die Zustimmung möglichst vieler zu einer einheitlichen Regelung minderte die Gefahr, daß sich die Fischer aus verschiedenen Orten wegen der Frage, was „auf dem Rhein gilt“, d. h. was rechtens war, in die Haare gerieten. Für Handgreiflichkeiten und Gefangennahmen gibt es Beispiele genug! Einen frühen Beleg haben wir in dem Schreiben Breisachs vom 21. August 1391, mit dem die Stadt um die Freigabe ihrer Fischer bittet, die wegen eines Streites um die für das Fischen verbotenen Zeiten von den Straßburgern gefangen genommen worden waren¹⁷.

In vielen Ordnungen ging man auch ausdrücklich auf das Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Regelungen ein. So gab man einzelnen Bestimmungen der eigenen Satzung dadurch den nötigen Nachdruck, daß man sie ausdrücklich für jeden, „er sei fremd oder heimisch“, als verbindlich erklärte, oder man entpflichtete die eigenen Leute von der Befolgung ihrer Vorschriften für den Fall, daß sie dadurch gegenüber anderen benachteiligt worden wären¹⁸. So durften sich die Auenheimer Fischer nötigenfalls nach den Bestimmungen der Straßburger, und diese sich nach denen der Herrschaft Lichtenberg richten¹⁹. Gerne nutzte man auch die Möglichkeit der Verständigung unter Nachbarn, indem „es ein Bann mit dem andern hielt“, d. h. daß man sich bestimmte Rechte auf Gegenseitigkeit zugestand²⁰.

Daß für den Rhein und die von ihm gespeisten Gewässer ein besonderes Recht galt, ersieht man aus der ausdrücklichen Unterscheidung und Abgrenzung dieses Rechtsbezirks von dem der Nebenflüsse und anderen Wassern. Die „Straßburger Ordnung der Rheinfischerei und des Vogelfangs“ von 1449, die von Schönau bis Lichtenau Gültigkeit hatte, nennt z. B. ein halbes Hundert Gewässer, Schluten und Löcher, für die das Rheinsrecht nicht galt und an denen die jeweiligen Gemeinden oder Herrschaften „Eigenschaft“ hatten, d. h. uneingeschränkt darüber verfügen konnten²¹.

Auch der frühere Gemeingebrauch an Fischwassern, besonders am Rhein, scheint in manchen Formulierungen nachzuwirken und, eingeschränkt, da und dort noch zu bestehen. Mehrfach nennt man nicht nur die Fischer als die von den Ordnungen betroffenen Personen, sondern auch die Bürger und „jeden anderen“. Mancherorts wurde jedem wirklich auch zugestanden, daß er den Bedarf für seine Familie selbst fing, allerdings nur vom Ufer aus und nur mit dem Handbernen²².

Insgesamt geben die schriftlichen Zeugnisse des 14. und 15. Jahrhunderts ein klares Bild: das im Streit von 1480 ins Feld geführte „Rheinsrecht und alt Harkommen“ ist auch schon vorher nachzuweisen, und alles spricht dafür, daß es auf die allgemeine Fischereifreiheit zurückzuführen ist, deren sich die landnehmenden Alemannen am Rhein erfreuten. Die Quellen zeigen allerdings auch, daß im Laufe der Geschichte fast jeder Rheinort zu *seinem* Recht gekommen war. Im einzelnen fehlte die allgemeine Übereinstimmung, und da es noch keine staatliche Gewalt gab, die sie hätte erzwingen können, brauchten Auseinandersetzungen wie die von Rheinau und Kappel ihre Zeit.

Zwei Anmerkungen sind noch zu machen: Breisach und andere Orte hätten es nicht nötig gehabt, ihr Fischereirecht auf dem Rhein von einem königlichen Privileg herzuleiten, es war auch ohne dies gut begründet. Zum andern braucht und kann die Behauptung nicht mehr aufrechterhalten werden, die Straßburger Fischer hätten „laut alten Verträgen mit deutschen Staaten“ das Recht gehabt, den „Rheinstrom zu durchkreuzen“ und von einem Ufer zum andern ihrer Arbeit nachzugehen²³. Ihr Rheinsrecht entspringt derselben Wurzel wie das der übrigen Rheingenossen, was nicht ausschließt, daß sich die mächtige Reichsstadt deutlicher als andere zu Gehör brachte.

Auch in der Neuzeit gibt es eine Fülle von Belegen dafür, daß der „freie Gebrauch des Rheins“, verstanden als die durch keine Grenzen eingeschränkte Fischerei, am mittleren Oberrhein bis ins 19. Jahrhundert Ge-

wohnheitsrecht war. Zins- und pachtfrei ist die Rheinfischerei im beschriebenen Gebiet auf deutscher Seite fast ausnahmslos heute noch.

Was den durch Grenzen ungehinderten Fischfang angeht, erübrigt es sich, die Hinweise zusammenzutragen, in Stromeyers Werk zur Geschichte der Badischen Fischerzünfte finden sie sich auf vielen Seiten²⁴. Hier sei als Beispiel nur das „Unvergreiflich Memorial und Zunftsatz“ von 1634 genannt, in dem den Fischern von Straßburg von denen aus Leutesheim, Diersheim, Freistett und Offendorf bestätigt wird, daß sie „nach uraltem Herkommen . . . ganz ohne Beding“ auf dem vollen Strom fischen dürfen. Die Straßburger ihrerseits bescheinigen den letzteren, daß sie „auf gleiche Weise . . ., wie es auch ihnen von altem erlaubt und unverwehrt gewesen“, der Fischerei im Gebiet der Straßburger nachgehen können²⁵. Beide Parteien gehen auch auf die besondere Rechtslage in den „Höden und Altwassern“ ein und entschärfen das Problem dadurch, daß sie das „Zeichnen“ eines solchen Gewässers ausführlich regeln, „wie es aller Orten auf dem Rhein Herkommens“ ist. Die anschließenden Einzelbestimmungen dienen vorwiegend dem Schutz der nachwachsenden Fische und gelten für die Rheinstrecke von Straßburg bis Offendorf.

Auch noch im Großherzogtum Baden und nachnapoleonischen Elsaß wurde auf dem Rhein über Gemarkungs- und Staatsgrenzen hinweg gefahren und gefischt, wie einem Schreiben von vier Fischern aus Kappel vom Juni 1830 zu entnehmen ist. Im Verlauf einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Zunft wegen der Verwendung des Weitgarns mit Klingelstangen verteidigten sie sich damit, daß sie diese Geräte ja in keinem „Zinswasser“ einsetzen, sondern „nur auf dem hohen Rheinfluß, wo die Fischer außer unserer Zunft, ja sogar Straßburger Fischer fischen und fischen dürfen, wo auch alle diese fremden Fischer alle Kunst, um etwas zu fangen, anwenden.“ Um nicht benachteiligt zu werden, forderten die vier, von den Bestimmungen der eigenen Zunft befreit zu werden²⁶.

Die Aussagen der Kappler Fischer, ihre Berufskollegen von auswärts hätten „auf dem hohen Rheinfluß“, d. h. auf dem Hauptstrom („Talweg“) gefischt und fischen dürfen, zeigt, daß jetzt zwischen dem Strom und den mit ihm verbundenen Altwassern, Nebenarmen und Gießen unterschieden wurde und letztere nicht mehr jedem offenstanden. Etwa ein Jahrhundert früher wurde in Kappel diese Unterscheidung noch nicht gemacht, wie die Fischerordnung von 1725 zeigt, die mehrfach auf „fremde“ Fischer Bezug nimmt. Der Artikel 1 z. B., der die Zeiten aufzählt, an denen das „Fahren“ und „Fischen“ verboten ist, droht bei einer Übertretung jedem eine Strafe von zwei Schilling an, „welcher im Kappler Bann ist, er sei fremd oder heimisch“²⁷.

Wie schon der Streit und die Befragung von 1480 zeigten, war gerade zu diesem Punkt, der Zulassung Fremder zu den Nebengewässern, keine einheitliche Auffassung zu erreichen. Wann und in welcher Weise die einzelnen Zünfte den Ausschluß der Fremden durchgesetzt haben, wäre deshalb für jeden Ort besonders zu klären. Die Burkheimer Fischer durften z. B. noch 1807 im Breisacher Bann unter der Bedingung fischen, daß sich die Breisacher jederzeit beteiligen konnten und dafür die Hälfte des Fanges bekamen²⁸.

Mit der Entstehung des modernen Staates und seiner geordneten Verwaltung änderten sich auch die rechtlichen Voraussetzungen der Fischerei. Der Schutz der Fischbestände und später auch der Gewässer wurde zu einer öffentlichen Aufgabe, die einmütigen Übereinkommen der Handwerks- bzw. Zunftmeister waren nicht mehr notwendig. Frühe Beispiele dafür haben wir 1606 in der Einladung der vorderösterreichischen Regierung in Ensisheim „wegen An- und Aufrichtung einer nützlichen Ordnung im Fischen und dagegen Abschaffung allerhand eingerissener . . . Mißbräuche“ und der Landesordnung für die Markgrafschaft Baden von 1622 mit der 37 Punkte umfassenden Ordnung für die Fischer²⁹.

Einschneidende Veränderungen der Rechtsverhältnisse ergaben sich auch durch die Französische Revolution und die Neuordnung der Staatsgrenzen am Oberrhein. In Frankreich wurden die Zünfte abgeschafft, die Nutzung des Rheins dem Staat zugesprochen, der das Recht auf die Ausübung der Fischerei an Privatpersonen versteigerte. Die Festlegung der badisch-französischen Staatsgrenze 1840 brachte die Teilung des Stroms auch den Fischern deutlicher ins Bewußtsein, was nicht heißt, daß sie nun ab sofort jeden Fischzug über die Hoheitsgrenze hinaus unterlassen hätten. Noch 1921 ging beim Bezirksamt Emmendingen eine französische Beschwerde ein, badische Fischer hätten bei Km 84,600 westlich vom Talweg gefischt, für das Bezirksamt ein Anlaß, auf die Beachtung der Reichsgrenze nachdrücklich hinzuweisen³⁰.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß mit dem Ausbau der landesherrlichen Macht mancher ergebene Beamte der Versuchung nicht widerstehen konnte, die hier überkommene Zinsfreiheit der Rheinfischerei zugunsten der Staatskasse abzuschaffen. Zu den Beispielen bei Stromeyer³¹ sei der Versuch des auch sonst sehr untertänigen großherzoglichen Gefällverwalters Alexander Harscher von Kenzingen hinzugefügt. 1814 wollte er unter Berufung auf die neuen linksrheinischen Verhältnisse den Fischern von Ober- und Niederhausen das Recht auf die Fischereiausübung im Rhein und in dessen Gießen versteigern. Doch trotz wiederholter Versuche und Pressionen scheiterte sein Unterfangen an der beharrlichen und einmütigen Wei-

gerung der Zunftmitglieder, ein Gebot abzugeben. Die von Zunftmeister Andreas Stehlin erteilte Antwort ist nicht nur Ausdruck fester Entschlossenheit, das überkommene Recht nicht aufzugeben, sondern zeigt auch, wo zu Beginn des Großherzogtums Baden die Rheinfischerei hier zinsfrei war. Stehlin verweigerte im Namen der Zunft eine Bezahlung, „bis die übrigen Rheinbewohner zu Wyhl, Weisweil aufwärts und Rust, Kappel, Wittenweier, Nonnenweier, Ottenheim, Meißenheim, Goldscheuer, Marlen und abwärts bis Kehl zur Bezahlung für das seit unfürdenklichen Jahren her benutzte freie Fischfangrecht“ auch herangezogen würden³².

Durch das Gesetz vom 10. April 1848 wurden in Baden die Feudalrechte, darunter „sämtliche Jagd- und Fischereirechte“ aufgehoben. Die im Artikel 2 in Aussicht gestellte Entschädigung wurde durch das Gesetz vom 29. März 1852 ermöglicht, auf Grund dessen diejenigen Zünfte, die bislang zinsfrei ihrer Tätigkeit nachgingen, auch weiterhin dieses Recht genießen sollten³³.

Für die einzelnen Zünfte war die Ungewißheit über ihr weiteres Schicksal damit aber nicht ausgestanden. Nun galt es nachzuweisen, daß man wirklich das Recht des freien Fischfangs seit langer Zeit ausgeübt hatte, und als 1862 das badische Gewerbegesetz die Zunftverfassung aufhob, mußte man auch die Rechtmäßigkeit der Nachfolgekörperschaft nachweisen und bestätigt bekommen. Dazu mußte mancher Prozeß geführt werden, doch am Ende brachte die Berufung auf „das alte Herkommen“ den für das Fortbestehen nötigen Erfolg.

Nach Fertigstellung des Beitrages erhielt ich von Herrn Reinhold Hämmerle den Hinweis auf einen weiteren Beleg zu der hier dargestellten Geschichte des „Rheinsrechts“.

Am 30. März 1779 wurde bei einer „Bannscheidung“ (Gemarkungsabgrenzung) zwischen den österreichischen Gemeinden Ober- und Niederhausen und der elsässischen Gemeinde Schönau unter anderem vereinbart, daß „die Fischerei auf dem vollen Rhein beiderseitigen Ortschaften auf gleiche Weise dergestalt freistehen solle, daß denen von Ober- und Niederhausen bis an die elsässische und denen von Schönau und Sundhausen bis an die österreichische Landfeste die Fischerei gemeinschaftlich zu verbleiben habe . . .“. Diese „gemeinschaftliche Fischerei in dem vollen Rhein (sei) jedoch keineswegs auch auf jene Arme, Kanäle oder sonstigen Gießen des Rheins auszulegen . . ., die in ein- oder der anderen Gemeinds- und Ortsbänne eingeschlossen sich befinden.“³⁴

Wenn mittlerweile die Rheinfischerei dennoch weitgehend bedeutungslos

geworden ist, so nicht deswegen, weil man die Zinsfreiheit verloren hätte, sie besteht am mittleren Oberrhein fast ausnahmslos auch heute noch, sondern weil der Mensch durch seine mißbräuchlichen Eingriffe das Lebens-
element der Fische – hoffentlich nicht für immer – verdorben hat.

Anmerkungen

- 1 Vor allem sind zu nennen:
F.J. Mone, Über die Flußfischerei und den Vogelfang vom 14. bis 16. Jahrhundert in Baden, Elsaß, Baiern und Hessen. In: ZGO 4/1853, S. 67–97.
H. Stromeyer, Zur Geschichte der Badischen Fischerzünfte. 1910. (Heidelberger Volkswirtschaftliche Abhandlungen, I. Band. 3. Heft)
H.-R. Fluck, Arbeit und Gerät im Wortschatz der Fischer des Badischen Hanauerlandes. Untersuchungen zur Fachsprache am Oberrhein. 1974.
ders., Eine Wort- und Sacherklärung zu den Freistetter Fischereiordnungen vom 3. Juni 1671 und 19. März 1745. In: Die Ortenau 52/1972, S. 121–138.
- 2 Da die Schriftstücke des Bündels III 86/7 nicht numeriert und einige auch nicht datiert sind, kann die Fundstelle nicht immer angegeben werden.
Textstellen werden mit geringen Ausnahmen in der heutigen Sprachform wiedergegeben.
Einen Platz „zeichnen“ oder „bannen“ heißt, mit bestimmten Zeichen den Anspruch auf die eigene Nutzung kundtun und damit andere davon ausschließen. Fachausdrücke, die schon bei Fluck erklärt sind, werden hier nicht mehr erläutert.
- 3 Herrn Reinhold Hämmerle verdanke ich den Hinweis, daß 1436 eine Streitfrage wegen eines Bannwassers in Weisweil unter Berufung auf „Rheinsrecht und Gewohnheit“ entschieden wurde. GLA 21/8014.
- 4 Z.B. in der Antwort der Zunft von Schönau vom Sankt Albanstag (21. Juni) 1480.
- 5 Anlage zu den Antwortschreiben von Lichtenau und Bischofsheim vom Dienstag „post exaudi“ (nach dem 6. Sonntag nach Ostern) 1480.
- 6 „Hame“/„Hamme“ ist ein mundartl. Ausdruck für Uferböschung, Rain. Lewe/Lebe, ein Fischnest aus Reisigholz, heute im Gebiet von Rheinhausen, Rust, Kappel als „Laj“, Mz. „Laje“ bekannt.
- 7 Die uneingeschränkte Rheinsfreiheit vertritt die Zunft von Schönau (s. Anm. 4), die Gegenposition die Fischer von Iffezheim, Hügelsheim, Söllingen und Stollhofen.
- 8 E. Cahn, Das Recht der Binnenfischerei im deutschen Kulturgebiet von den Anfängen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, hgg. von E. Kaufmann. 1956. Hier finden sich auch weitere Literaturhinweise.
- 9 GLA 229/60618.
- 10 J. Brucker, Straßburger Zunft- und Polizei-Verordnungen des 14. und 15. Jahrhunderts. Aus den Originalen des Stadtarchivs ausgewählt und zusammengestellt von J. Brucker. Nebst einem Glossar zur Erläuterung sprachlicher Eigentümlichkeiten von J. Brucker und G. Wethly. 1889. S. 166 ff.
- 11 AM III 38/18.
- 12 Urkundenbuch der Stadt Straßburg I Bd. 6, 1381–1400, hgg. 1899. Nr. 615, 617, 628, 1063.
- 13 Mone, S. 78 f. und 82 ff., Brucker, S. 182 ff.
- 14 Mone, S. 78 f.
- 15 AM X Nr. 238.

- 16 Mone S. 79 ff. Kappel bei Stromeyer, S. 103 ff. und GLA 229/51098.
- 17 Wie Anm. 12, Nr. 628.
- 18 Mone S. 85, Brucker S. 206, Fischerordnung von Markolsheim 1473/AM III 86/7, Fischerordnung des Amtes Lichtenau 1399/GLA 229/60618 und andere.
- 19 Mone S. 80 und S. 83 f.
- 20 AM III 86/7 wie Anm. 5 oder ebenda „Verhör hiesiger Fischer . . .“ oder ebenda „Der Fischer altes Recht uff Rhein“.
- 21 Z.B. Mone S. 82 ff., bes. S. 85 f., Brucker S. 186 oder die Fischer von Iffezheim u. a. wie Anm. 7.
- 22 Mone S. 79 und S. 83, Brucker S. 189, Stromeyer S. 36.
- 23 Stromeyer S. 61 und S. 109 ff. Die Behauptung von den „alten Verträgen“ der Straßburger Fischer übernahmen Stromeyer (S. 37) und Fluck (S. 26) von F.C. Heitz, Das Zunftwesen in Straßburg, Geschichtliche Darstellung, begleitet von Urkunden und Aktenstücken, 1856. S. 71.
- 24 Stromeyer, S. 50, 65, 67 f., 76 f., 83, 106, 124, 133 ff. Auch z.B. die Ordnungen der Fischerzunft Ober- und Niederhausen aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert. GLA 229/77576 und bei den Archivalien der Zunft.
- 25 GLA 112/499.
- 26 GLA 353/Zugg. 1908, Nr. 105.
- 27 Wie Anm. 26.
- 28 Stromeyer S. 67 f.
- 29 AM III 38/22 und Stromeyer S. 2 f.
- 30 Gemeindegarchiv Rheinhausen, NH I A 34.
- 31 Stromeyer S. 53, 64, 67, 85, 87 f., 133 f., 136.
- 32 GLA 391/27352.
- 33 Die genannten Gesetze finden sich in den entsprechenden Jahresbänden des Großherzoglich Badischen Staats- und Regierungsblattes, Karlsruhe.
- 34 GLA Rheinstrom Nr. &)/Zugg. 1928, Nr. 43.

Abkürzungen

- AM Archives Municipales, Straßburg
 GLA Generallandesarchiv Karlsruhe
 ZGO Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

Kapellenruine St. Anton im Durbacher Hardtwald

– die wechselhafte Geschichte eines kleinen Wallfahrtsortes –

Josef Werner

Mitten in dem einst von Durbach-Stöcken bis ins Renchtal reichenden Staufenberger „Hardtwald“ liegt die malerische Kapellenruine „St. Anton“. Die einstige Einsiedelei und Wallfahrtskapelle wurde in den letzten 5 Jahren durch umfangreiche Sanierungsarbeiten aus einem über zwei Jahrhunderte dauernden „Dornröschen-Dasein“ zu neuem Leben erweckt. Mit Unterstützung durch das Landesdenkmalamt, den Landkreis und die Gemeinde wurde das alte Kirchlein durch die Eheleute Urban und Ursula Streif von „Wildwuchs“ der letzten Jahrzehnte und im Laufe der Zeit angebauten Fremdkörpern befreit. Unter Anleitung des Denkmalamtes und mit der Kenntnis alter Handwerker wurden die dem Zerfall preisgegebenen Gemäuer frisch ausgefugt und wieder befestigt. Entfernt wurde ein altes, unschönes Schleifdach über dem rundbogigen Chorraum. Ausgebessert wurden die ovalen Fensteröffnungen im Kirchenschiff und im Chorraum,

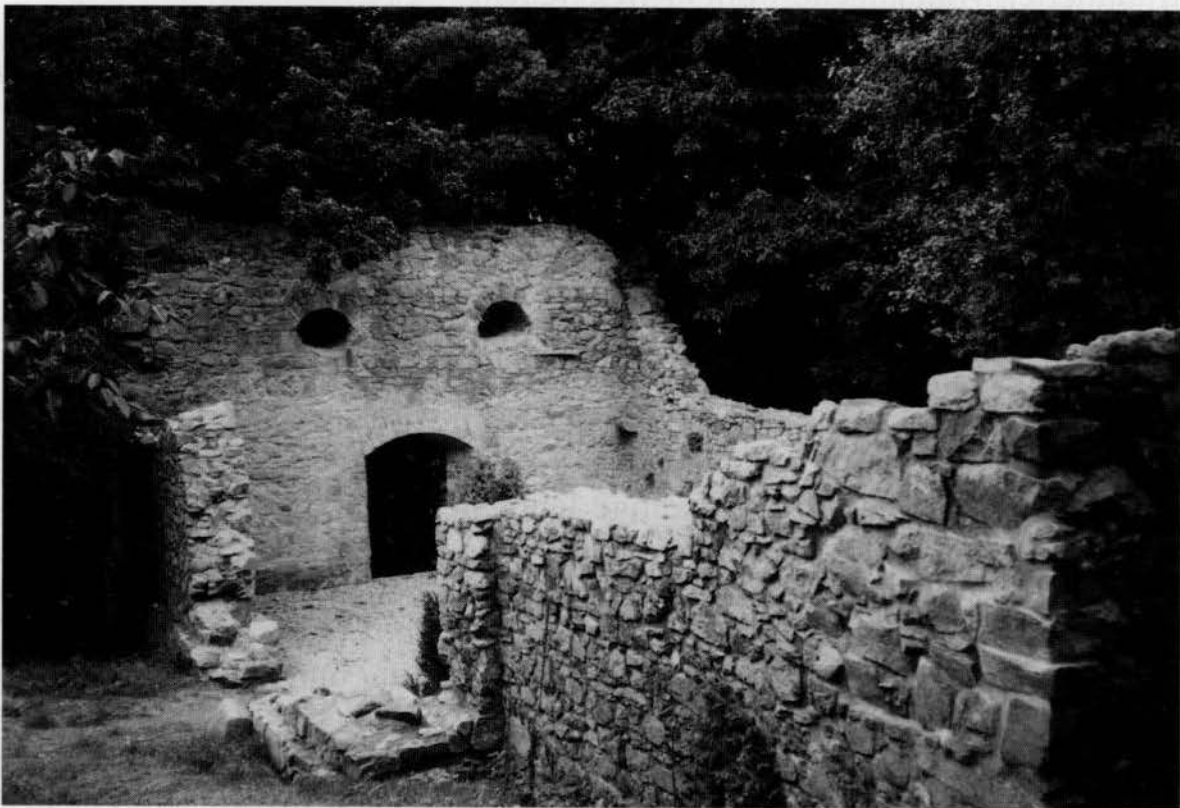


Abb. 1. Die restaurierte Ruine der Kapelle St. Anton 1995.

Aufnahme: Josef Werner

deren schön behauene Sandsteingewände für die Scheiben leider nur noch teilweise vorhanden sind.

Wer noch vor wenigen Jahren die Kapellenruine suchte, mußte ein gut geschultes Auge für das „Verborgene“ haben. Überwuchert mit Efeu, abgeschirmt durch wilden Obstbaumwuchs und teilweise verdeckt durch Schopfanbauten an der Seite und der Rückfront, konnten nur Ortskundige an den einfachen Altar im Innern des Kirchleins kommen. Landwirtschaftlichen Zwecken diente auch das Schleifdach, das den durch einen Fahrweg geteilten Kirchenbau im rückwärtigen Teil verunstaltete. Es sah wirklich aus wie eine „Einsiedlerklause“. Das Kniebänkchen vor dem einfachen mit Steinen des umgebenden Hardtwaldes sowie Sandsteingewänden aus den Ruinen errichteten Altars in Form einer kleinen Grotte bot einsamen Wanderern Platz für ein stilles Gebet.

Dem Gebet in der Einsamkeit hatten sich auch die Einsiedler und Mönche verschrieben, die einst in diesem Gemäuer ihr Leben fristeten. In seinem Bericht über Schloß Staufenberg in der Mortenau schreibt *K. Asbrand*: „Architektonische Raritäten wird Keiner hier erbeuten, wer aber ein Ohr hat für Stimmen, in welchen Waldeseinsamkeit und gebrochenes Gemäuer zum schlichten Menschenherzen reden, den wird ein Gang zur stillen zertrümmerten Waldkapelle wohl nicht gereuen.“¹

Vermutlich zum erstenmal wird das Kirchlein mit Bruderhaus im Staufenberger Hart in einer Urkunde vom **23.11.1455** genannt.

Hans Vittel von Nesselried vermacht „uff Sunnentag nechst vor Sant Katherinen Dag 1455, am 23. November“ all seine Habe unter Beisein der Zeugen, des Leutpriesters Obrecht Grützer zu Ebersweier, aller Zwölfer des Gerichts zu Staufenberg und des Zwölfers H. Henselin vom Gericht zu Griesheim, dem Bruderhaus und den armen Brüdern von St. Antonien, zum Trost seiner Seele und zu Ehren des Himmelfürsten St. Antonien².

Vittel war offensichtlich selbst einige Jahre „Klausner“, d.h. Einsiedler, gewesen. Vermutlich schon einige Jahre früher war die Einsiedelei mit dem Bruderhaus St. Anton durch die Franziskaner besetzt. Seit 1424 bestand im Bistum Straßburg die deutsche Kongregation der Franziskaner Tertiärer, welche in Baden und Württemberg über 100 Klöster umfaßte³.

Es waren dies die Brüder „von der 3ten Regel Francisci“, d.h. sie waren Mitglieder jener merkwürdigen Laienverbrüderungen, wie sie, ein Zeichen der Zeit, sich seit dem Ende des 14. Jahrhunderts als Tertiärer mehreren Mönchsorden anschlossen. Der Franziskanerorden hatte nach einem

großartigen, weitsichtigen Plane des hl. Franziskus eine breite Grundlage erhalten im sog. III. Orden. Franziskus suchte nämlich den Plan durchzuführen, die Gläubigen in denkbar weitestem Umfange für die Grundgedanken seiner Gründung, für Armutsliebe, Vereinfachung der Lebenshaltung, Verwirklichung des christlichen Lebensideals zu interessieren, zu gewinnen und heranzuziehen.

Die Besitzungen der Franziskanerklöster waren zum großen Teil auf Vermächtnisse oder Vererbung von solchen Tertiärvereinigungen zurückzuführen. Die Offenburger Franziskaner gründeten um 1450 das hl. Antoniusklösterlein an der Grenze der damaligen Pfarrei mit Bruderhaus und Kirche. In demselben lebten Brüder von der Regel des hl. Franziskus als eine klösterliche Genossenschaft⁴.

Die Wiedergrün waren Schutzherren des kleinen Klosters, und zwar, wie dies oft gesagt wird, „als Forstherrn im Hart“. Noch im 16. Jahrhundert entschied Markgraf Christoph einen Streit über diese Schutzherrlichkeit zwischen Wilhelm Hummel und denen von Wiedergrün dahin, „Wenn es auch wahr sei, daß nicht die Widergrün allein, sondern alle Staufenger das Bruderhaus zu St. Antonien mit Gütern ausgestattet, so stehe doch den Widergrün als Forstherrn des Hartwalds ausschließlich die Regierung des Bruderhauses zu.“ Die Forstherrlichkeit im Hart war eben ein streng an das Schloßchen Wiedergrün gebundenes Hoheitsrecht⁵.

Das Bruderhaus und das Kirchlein „St. Anton“ waren auch mit Gütern ausgestattet. Der als Pfleger fungierende Melchior Wiedergrün zu Staufenberg verlieh mit einer umfangreichen Urkunde vom 23. Dezember 1482 (Montag nach Sankt Thomas) an die Cunrat Biser'schen Eheleute zu Nesselried ein Kapital von 6 Mark Pfennig zu 5% (6 Schilling Pfennig). Als Pfand wurden 4 Jeuch Feld im Großeacker (Crießbaumen und am Hardt im Nesselrieder Bann) gegeben⁶.

1528 leihen die Dibolt Ferer'schen Eheleute von Nesselried von Hansen Friedrich Widergrün von Staufenberg als Pfleger der Capelle und des „Bruderhauses St. Antonii des heiligen Bichtigers“, gelegen im Staufenger Hart 5 Mark Pfennig zu 5% (5 Schilling Pfennig) und verpfänden dafür 2 Jeuch Feld und 1 Tauen Matten vor der Hennengaßen und in der Sulz im Nesselrieder Bann⁷.

1549 – uff Montag nach Hylary 1549, 14. Januar leihen vor Schultheiß und Zwölfem des Gerichts zu Staufenberg die Jakob Byser'schen Eheleute von Nesselried von Hannsen Jakob Widergrün von Staufenberg als Pfleger der St. Antoniencapelle bei Hilsbach 6 Mark Pfennig zu 5% (6 Schilling Pfennig)

nig) und verpfänden dafür 1 1/2 Jeuch Feld an der Schybhalden und der Fydereißgaß und 10 Steckhaufen Reben auf der Husek⁸.

Das Kloster (Bruderhaus) – und die Wallfahrtskapelle waren vor dem 30jährigen Kriege sehr besucht. Die erste Kapelle wurde im Bauernkrieg 1524/25 zerstört. Durch milde Gaben wurde eine neue Wallfahrtskirche im Renaissancestil etwa zwischen 1540 und 1550 erbaut. In den Akten ist 1549 eine „St. Antoniuskapelle (sant Anthenyen Capelle)“ erwähnt⁹.

Im Januar 1632 zogen die Schweden über die Rheinbrücke bei Kehl unter dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld, einem Bundesgenossen von Gustav Adolf. Nach dem Durchzug durch das Hanauerland ließ er die Orte Urloffen und Appenweier sowie die Umgebung ausplündern. Das widerstandslose Schloß Staufenberg wurde geplündert, die damals noch evangelische Kirche in Durbach verwüstet, die Ornamente geraubt. Bei diesem verheerenden Treiben verschwand auch das Antoniusklösterlein, die Kirche desselben wurde zur Ruine gemacht¹⁰.

Die zerstörte Kirche hatte eine Länge von 17,5 Meter, im Langhaus eine Breite von 8,5 Meter, im Chor von 6 Meter. Nach dem 30jährigen Krieg wurde der Chorteil noch als kleine Kapelle benutzt; im Chor wurde eine Querwand eingezogen¹¹.

Ein durch den pfälzischen Erbfolgekrieg heimatlos gewordener Bildhauer baute die Antoniuskapelle wieder auf. Da dem Eremit Antonius besondere Heilskraft in bäuerlichen Anliegen zugesprochen wurde, er gilt als Schutzpatron der Schweine, entwickelte sich bald wieder ein reger Wallfahrtsbetrieb. Geistliche lasen die hl. Messe, die barocke Nahwallfahrt blühte. Den Bildhauer hatte es wieder in seine Heimat getrieben, Durbacher Bürger versahen den Mesnerdienst¹².

1704 lagen die Truppen von Marschall Villeroi bei Offenburg. Da wurde auch das Durbacher Tal und mit ihm St. Anton zerstört. Die Reben mit den gerade damals so reichen Segen verheißenden unreifen Trauben und die Obstbäume wurden umgehauen, das Amthaus im Dorf und des Schult heißen Haus brannten nieder. Die Leute flohen wieder mit ihrem bißchen Habe ins hohe Gebirg und litten schweren Mangel¹³.

Im Jahre 1741 bezog ein Eremit namens Anton Wullich die Klausen und übernahm den Mesnerdienst. Der Staufenbergische Amtmann begrüßte es, daß das Haus neben der Kapelle dauerhaft bewohnt war; denn kurz vorher hatte ein Dieb den Opferstock geraubt. Er war in Kehl gefaßt und für seine Verbrechen in Baden-Baden gehängt worden. Wullich, der aus Offenburg

stammte, trat 1751 seine Klause an Peter Gemppler ab, der aus Oberachern kam und Sohn eines Krämers war. Wullich ließ sich im kurpfälzischen Ort Leutershausen nieder, sah sich jedoch dem Gespött ausgesetzt und kehrte nach St. Anton zurück. Er sah sich 1753 genötigt, einen Bittbrief an den markgräflichen Lehensherrn zu schreiben; sein Ordenskleid sei zerrissen, „wegen Ungewitter und Schloßen“ könnten die Durbacher Rebbauern keine Unterstützung mehr gewähren. Der Zulauf nach St. Anton hatte nicht zuletzt auch deswegen wahrscheinlich nachgelassen, weil die Wendelinuswallfahrt, die in den gleichen bäuerlichen Anliegen aufgesucht wurde, sich als Konkurrenz erwies. So zog Wullichs Nachfolger Georg Steinberger nach knapp einem Jahr nach Maria Linden bei Ottersweier, wo er sich einen besseren Unterhalt erhoffte. Es fanden sich aber immer wieder Interessenten, die als Waldbrüder auf St. Anton ein neues Leben beginnen wollten. So wollte Martin Armbruster von Appenweier 1768 in die Klause einziehen. Armbruster war als Schneidergeselle in die Fremde gezogen und hatte sich dabei zu den Soldaten werben lassen, wo er 16 Jahre lang gedient hatte. Da er während seines Militärdienstes „Übertretungen“ begangen und Schuld auf sich geladen hatte, wollte er „aus wahrhaftem Gewissensantrieb“ die restlichen Jahre seines Lebens allein Gott dienen. Es blieb jedoch nur beim Vorsatz, bald teilte er mit, daß er das „Burs Kleid“ ergriffen hatte¹⁴.

Mitten im großen Hardtwald, auf dem ersten größeren Hügel von der Rheinebene her gelegen, kamen die Wallfahrer nicht nur aus Durbach, sondern vermutlich von allen umliegenden Ortschaften. Ein Haupt-Zugangsweg bestand über den als „Capelweg“ bezeichneten heutigen „Stöckweg“, an welchem bis vor einigen Jahrzehnten auch noch ein Brunnen lag, dessen Wasser die Pilger vor dem steilen Anstieg zum Wallfahrtsort erfrischte. (Oberhalb Anwesen Christian Klantzmann, Stöcken, Pfandbuch Durbach vom 26. Juni 1786.)

Einer der wenigen noch vorhandenen schön behauenen Steine ist ein facetierter Konsolenstein an der Südwand der Kapelle, welcher die Außenkanzel trug. An der Innenseite der Kapelle führte eine Treppe hoch, welche an einer Empore endete, von der aus auch die Außenkanzel zu betreten war. Die Aufleger der Empore sind im Gemäuer noch vorhanden. Auch die im Hardtwald und Umgebung seit ca. 1550 bis um 1790 tätigen Bergleute durften an dieser Kapelle des öfteren der Predigt gelauscht haben. In der Blütezeit des Bergbaues beim St. Anton waren in Durbach teilweise über 50 Bergleute beschäftigt.

Im Jahre 1761 sollte die St. Antonius-Wallfahrtskirche wieder aufgebaut werden, „als hierortige Nachbarschaft nicht allein nur zu diesem Heyligen

ein großes Vertrauen wegen des Viehes hegen, sondern auch wegen des vorgehabten Umbaues seither vieles kontribuiert (gespendet) haben“.

Das jährlich fallende Wallfahrtsopfer ergab wenigstens 8 Gulden. Die Kapelle besaß dazu noch als Eigentum ein „geringes Güthel“, welches zu 15 Gulden jährlich verlehnt werden konnte. Der Wert dieses Besitzes mit Pachtzins war zu 1800 Gulden angeschlagen. Die Kostenberechnung für den ganzen Neu- bzw. Umbau belief sich auf 1500 Gulden. Als man begann, den vorderen Giebel einzureißen, „zeigten sich hierin solche Spälte, daß das übrige wird ohne Gefahr kaum mehr abzubrechen seyn“. Mit den vorhandenen Mitteln konnte nur die Chorkapelle umgebaut werden. Das Langhaus blieb in seinen Ruinen. In der Chorkapelle hielt jeden Dienstag der Pfarrer von Durbach den Wallfahrtsgottesdienst bis etwa 1790. Der Zu- drang der Wallfahrer war groß.

Zur Zeit des sogenannten Josephinismus erhielt auch diese Wallfahrtskapelle vollends den Todesstoß. Kaiser Joseph II. erließ am 12. Juli 1783 eine Verordnung, wonach die Wallfahrtskapellen und Wallfahrtsorte, namentlich solche, die nicht Pfarrkirchen waren, für „überflüssig“ erklärt wurden, darum sollten sie beseitigt und die Bilder in die Pfarrei übertragen werden. Auf diese Weise sollten allein in der Ortenau und im Breisgau 121 Kirchen und Kapellen aufgehoben werden. Das Los traf auch die Wallfahrt St. Anton. Bis 1810 wurden in St. Anton auch nach der Aufhebung die zwei Erneschen Anniversar-Stiftungen (Jahrtage) gehalten, die alsdann (1810) in die Pfarrkirche transferiert wurden¹⁵.

Der Josephinischen Verfügung fiel auch die „St. Florianskapelle“ zwischen Schloß Staufenberg und St. Wendelin zum Opfer. Deren Bilder wurden in die Pfarrkirche St. Heinrich verbracht, wo sie heute leider auch nicht mehr zu finden sind¹⁶.

Noch 1786 mußte sich der damalige Käufer des Hofguts St. Anton, Nicolaus Obert aus Durbach, mit seiner Ehefrau verpflichten, die Kapelle „aus zu Butzen“ und „bey allen zu haltenden Gottesdiensten die Mesmerdienste zu versehen und die Geistlichen bey allen Vorkommenheiten zu bedienen“, wenn der Durbacher Pfarrer auf St. Anton eine Messe las. Verkäufer des Kirchleins war Franz Giesler, Bürger und Stabhalter in den Stöcken. Der Kaufpreis betrug 242 Gulden, wobei der Platz selbst im Eigentum der Hardtwaldgenossenschaft verblieb. Das Grundstück mit Kapelle und dem ehem. Bruderhaus bzw. späteren Wohnhaus ist in der Karte über die Auf- teilung des Hardtwaldes von 1804 mit 3 Jeuch und 60 Ruthen ausgewie- sen. Bereits 1784 kaufte Obert ein Gebäude am St. Anton von der Witwe des Christoph Ganter ab, welches jedoch später abgebrochen wurde. Das

von Stabhalter Giesler erworbene Gut mit der Kapelle blieb als „Erblehen-
gut“ bis zur Ablösung im Jahre 1880¹⁷.

In seiner Beschreibung über die zufälligen und festen Einkünfte teilt der damalige Pfarrer Knab im Jahre 1776 mit, daß er für eine Messe zu lesen auf St. Anton 30 Kreuzer erhalte. Für die Jahrzeiten und Prozessionen erhielt der Pfarrer vom Heiligenpfleger zu St. Antoni 1. für ein Hochamt 1 Gulden 30 Kreuzer und für eine Frühmesse 30 Kreuzer. 2. eine Jahrzeit lesen 45 Kreuzer. Auch vom Bergbruderschaftspfleger zu Durbach hatte der Pfarrer Anspruch, für Ämter zu halten. Am Anfang des neuen Jahres für das erste 30 Kreuzer und für das zweite 45 Kreuzer. Außerdem für ein Requiem an jedem zweiten Tag 3 Gulden jährlich. Für ein Dankfest am letzten Tag des Jahres wurden 45 Kreuzer berechnet¹⁸.

1797 bis 1799 kamen wiederum die Franzosen ins Tal und hausten fürchterlich. Ungeachtet der „Neutralitätplacate“ des badischen Amts Staufenberg drangen sie in Schloß Staufenberg ein und verwüsteten, was noch ganz war. Auch St. Anton litt unter diesen Zerstörungen und steht seither nur noch als Ruine. Ein beredtes Zeugnis über diese Zeit gibt ein einfacher Rechnungsbeleg im Gemeindearchiv:

„Ich unterschriebener Bescheine Kraft meiner Unterschrift, daß ich an Wein abgegeben hab für den Maurergesell Lucas Pfezer, gebüdig von Altschweier Büller Oberamt der bey dem ersteren Überfall der Franzosen alhier in Arbeit gestanden, und sich so wegen geschenen Blünderung von den Franzosen die in dem hiesigen Ort geschen, hat derselbe mit andren Burschen sich gewagt, selbe abzutreiben, so wurde derselbe von einem Franzosen geschossen und schwer verwundet, zu der außwarthung und Überschlag hab ich an Wein abgegeben 9 Maß à 40 × je Maß... 6 Gulden

Durbach am 29. August 1798
P. Joseph Danner Ritterwirth“

In der St. Anton-Kapelle standen bis zu deren Zerstörung mehrere Heiligenfiguren. 3 Figuren kamen um 1810 zunächst in die Pfarrkirche „St. Heinrich“ und dann in die 1810 im Ortsteil „Heimbach“ zu Ehren eines Bienenheiligen errichtete Kapelle, welche jedoch im Jahre 1942 dem Straßenbau zum Opfer fiel. Eine ca. 75 cm hohe holzgeschnitzte Pietà ist noch im Besitze der Familie Schwab. Mittlerweile ist auf der anderen Straßenseite die Bruder-Klaus-Kapelle errichtet worden. In der St. Anton-Kapelle blieb nach der Zerstörung nur noch eine beschädigte Holzfigur des hl. Antonius Eremita. Die Querwand zerfiel, an Stelle des Altars wurde eine Lourdesgrotte aufgebaut.



Abb. 2. Die Pietà aus der früheren Kapelle

Aufnahme: Helmut Kuderer

Die Tür zur Chorkapelle mit der Jahreszahl 1761 dient heute beim Anwesen Josef Werner in Ebersweier, Flst. Nr. 32, als Kellertür. Sie zeigt den Stil der damaligen Epoche und das Profil, wie wir es bei den übrigen Sandsteingewänden der Kapellenruine noch vorfinden. Das alte Wohnhaus am St. Anton steht vermutlich auf den Fundamenten des ehemaligen Brudershauses. Wenn wir den Keller dieses Gebäudes näher betrachten, finden sich vielfach Mauer- und Sandsteinreste, die auch aus den Ruinen der Kapelle selbst stammen dürften.

1885 wurde der an der Südwestecke des Baues befindliche Grundstein erbrochen. Nach der Überlieferung sollen diesem Grundstein eine Urkunde, ein Fläschchen Wein und Münzen entnommen worden sein.

Etwa 1900 dachte man wieder an den Wiederaufbau der altehrwürdigen Wallfahrtskirche. Der Erzbischöfl. Bauinspektor Schroth aus Karlsruhe nahm Einsicht und erklärte, die Reparaturkosten würden denen eines Neubaus gleichkommen¹⁹.

Bei der Sanierung der Kapelle hat man auch nicht vergessen, den alten Brunnen wieder etwas schöner herzurichten. In dem seit ca. Anfang 1900 mit Steinen aufgesetzten Altar steht jetzt eine neue Madonna, welche den Wanderer oder Besucher zur Andacht ermahnen soll.

Viel Geschichte, Leid und Freud, Bitten und Beten ist über dieses kleine Kirchlein in mehr als 500 Jahren hinweggegangen. Es lädt jetzt wieder dazu ein, wie einst die Einsiedler und Mönche, in Stille dem Gesang der Vögel und dem Rauschen des Waldes zu lauschen.

Anmerkungen

- 1 J. Bader, Badenia – das badische Land und Volk Bd. I, Heidelberg 1859, S. 376f.
- 2 GLAK 37/980.
- 3 s. Anm. 1.
- 4 L. Heizmann, Die Geschichte der Klöster in Offenburg o.J. Welchem Heiligen mit Namen Antonius die Kirche gewidmet war, ist strittig. Heizmann nennt den „Mönchsvater“, Hillenbrand Antonius von Padua (E. Hillenbrand, Unser fryheit und alt harkommen, Mittelalter in Offenburg und der Ortenau, Offenburg 1990, S. 73); s.a. Huber Anm. 12. Für den Einsiedler sprechen die Klausner, die sich hier aufhielten, und eine Holzfigur des Antonius Eremita, die sich in der Kapelle befand (Heizmann).
- 5 s. Anm. 1.
- 6 GLAK 37/2994.
- 6 GLAK 37/2995.
- 6 GLAK 37/2996.
- 9 s. Anm. 4.

- 10 W. Weis, Geschichte des Dekanates und der Dekane des Rural oder Landkapitels, Of-
fenburg 1895.
- 11 s. Anm. 1, S. 378.
- 12 GLAK 229/6401. H.G. Huber, Nußbach im Renchtal, Die Geschichte eines tausend-
jährigen Dorfes, Oberkirch o.J. (1994), S. 106.
- 13 s. Anm. 1, S. 419 f.
- 14 s. Huber Anm. 12.
- 15 s. Anm. 4.
- 16 G. Rommel, Die Freiherren von Ried in der Ortenau. In: Die Ortenau 36/1956, S. 221,
Anm. 23.
- 17 Kaufvertrag vom 14.4.1784; Grundbucheintrag vom 25.9.1786 und Auslösung des Er-
blebens vom 27.1.1880, Gemeindearchiv Durbach.
- 18 Pfarrarchiv Durbach.
- 19 s. Anm. 4.

Gemeindeverwaltung in Lichtenau im 18. Jahrhundert

Ludwig Uibel

Bei dem Problem der Verwaltung einer Gemeinde im Alten Reich erhebt sich sofort die Frage nach dem Landesherrn. Für Lichtenau war das in dem behandelten Zeitabschnitt der jeweilige Landgraf von Hessen-Darmstadt. Durch Erbschaft war die Grafschaft Hanau-Lichtenberg im Jahre 1736 an dieses Fürstenhaus gekommen. Nach dem Letzten Willen des Erblassers, des Grafen Reinhard III., sollte die genannte Grafschaft ihre selbständige Regierung in Buchweiler (Elsaß) behalten, d.h. nur in Personalunion mit Hessen-Darmstadt verbunden sein. Dieser Regelung scheinen zwei Fakten zu Grunde zu liegen:

1. Die Wahrung der Identität der fast 500 Jahre alten Herrschaft.
2. Die Rücksichtnahme auf Frankreich.

Denn die elsässischen Ämter (8 von 11) galten völkerrechtlich als Lehen des französischen Königs¹. Von den 11 Ämtern der Grafschaft lagen zwei rechts des Rheins und hießen deshalb auch Reichsämter: Die Ämter Lichtenau und Willstätt². Zwischen diesen Ämtern und den Gemeinden bestand noch die Zwischeninstanz der Gerichte bzw. Stäbe. So bestand das Amt Lichtenau aus dem Gericht Lichtenau und dem Stab (Rhein-)Bischofsheim. Diese beiden Gerichtsbezirke umfaßten nahezu dieselben Gemeinden, die heute durch die Städte Lichtenau und Rheinau repräsentiert werden.

Das Gericht

Besagte Gerichte bzw. Stäbe waren Träger der lokalen Verwaltung. Der Leiter dieser Verwaltung war der Amtsschultheiß. Er war von der Regierung eingesetzt und hatte ungefähr dieselben Befugnisse wie ein heutiger Bürgermeister, dazu aber noch die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit. Zu seiner Unterstützung und als Vertretung der bürgerlichen Selbstverwaltung diente nach altem Herkommen die Körperschaft der Gerichtsschöffen. Diese bestand im Gericht Lichtenau aus 14 Männern, von denen „vor unvordenklichen Jahren (her)“ Lichtenau sieben stellte. Die übrigen sieben verteilten sich auf die anderen Gerichtsgemeinden: Helmlingen stellte 2, Scherzheim mit Grauelsbaum 3 (?), Muckenschopf 2 (?). Grauelsbaum wurde erst im Rahmen der Allmendteilung im Jahre 1773 als selbständige

Gemeinde aus dem gemeinsamen Allmend Scherzheim-Lichtenau abgetrennt.

Die Gemeinde und das Bürgermeisteramt

Das Lichtenauer Gemeindearchiv kann infolge von zwei zerstörerischen Eingriffen (der letzte 1945) keinen Beitrag zur Bearbeitung des Themas leisten. Diese Arbeit mußte sich deshalb vornehmlich auf die Einträge von Pfarrer Neßler³ in der Lichtenauer Pfarrchronik⁴ stützen.

In den Gerichtsgemeinden gab es für jede Gemeinde jeweils nur eine Amtsperson, die ausschließlich für die Belange dieser Verwaltungseinheit tätig war, das war der Bürgermeister. Er hatte in erster Linie als Beauftragter des Amtsschultheißen die finanziellen Belange seiner Gemeinde zu verwalten (Gemeinderechner)⁵. Wie wir später hören werden, hatte er in der Gemeinde noch andere Funktionen zu verrichten. Doch waren seine Kompetenzen nicht so umfassend wie die eines heutigen Bürgermeisters.

Die Bürgermeister wurden nur für ein Jahr gewählt. Die Wahl durch alle Gemeindebürger fand immer am Tage nach dem Stefanstag statt (am 27. Dezember). Der Dienstauftrag und die kurze Dienstzeit erlaubten nur eine ehrenamtliche Tätigkeit der Amtsinhaber. Doch war diese, da es um Geld ging, trotzdem von zentraler Bedeutung. Pfarrer Neßler (1717–1786) hat in seinen jährlichen Eintragungen in die Pfarrchronik jeweils auch Namen und Beruf des Bürgermeisters angeführt (Ausnahmen 1763, 1785). Die (fast) lückenlose Reihe von 31 Bürgermeistern erlaubt es, zu untersuchen, wer von den Bürgern für würdig und fähig erachtet wurde, das Amt zu übernehmen. Die Handhabe dazu gibt uns einige besondere Art von Bürgerliste, die uns ebenfalls Pfarrer Neßler überliefert hat, und zwar in Form einer Spendenliste anlässlich der Geldbeschaffung für eine neue Orgel (1765). Wie aus einer Nebenbemerkung des Geistlichen hervorgeht, hat er diese Sammlung mit großer Zähigkeit betrieben, so daß die sich daraus ergebende Spendenliste repräsentative Zahlen für die ganze Bürgerschaft ergibt. Diese Liste hat er nach erfolgter Sammlung niedergeschrieben, und zwar (in der Regel) nach fallenden Beiträgen:

Zuerst kamen die Honoratioren, die zwischen 3 und 12 Gulden spendeten (Amtmann, Amtsschultheiß, Zoller, Jäger, Apotheker, Chirurgen, Amtsactuarius, sechs Gerichtsschöffen). Dann folgten alle verheirateten Männer und die Witwen mit Spenden bis herunter zu drei Schillingen (1 Gulden = 20 Schilling). Danach folgten die ledigen „Mannspersonen“ und „Weibspersonen“, deren Beiträge nur gering waren.

Von den 31 Bürgermeister, die Pfarrer Neßler von 1753–1784 aufgezeichnet hat, sind nur 25 in den Spenderlisten zu finden. Welche Gründe auch immer die Lücke erklären mögen (Tod, Wanderschaft der Junghandwerker, die später Bürgermeister wurden), wir dürfen die Zahl 25 jedenfalls auf die Zahl der wählbaren Bürger (verheiratet, kein Amt bei Herrschaft oder Gemeinde) beziehen (74!), die sich aus den Listen ergibt. Ein aktives und passives Wahlrecht hatten nur die „Hausväter“, nicht aber die ledigen Männer. Die 31 Bürgermeister waren zu zwei Drittel Handwerker (21), 4 waren Bauern, 2 Tagelöhner. Zum Rest gehörten ein Wirt, ein Speichermeister und Männer ohne Berufsangabe. Nach den Zahlen der Spendenliste (25:74) hätte also jeder dritte, verheiratete Mann die Chance gehabt, Bürgermeister zu werden. Wenn man aber von den 74 Bürgern diejenigen wegdenkt, die nicht die erforderliche Routine mit dem Rechenstift aufwiesen, wie sie das Amt erforderte, dann kann man sagen, daß fast jeder zum Bürgermeistertamt befähigte Bürger damit rechnen konnte, einmal in seinem Leben dieses Amt zu bekleiden.

Standesvorurteile gab es nicht, so daß auch zwei Tagelöhner Bürgermeister wurden (1764 Johannes Herrmann, 1771 Matthias Lott).

Eine andere Trennlinie, die die wählbaren Bürger in zwei Gruppen teilte, machte sich aber schon bemerkbar:

1. Die Bürger (33), die mindestens zwei, meist drei Gulden spendeten.
2. Die Bürger (41), deren Spende unter der obigen Grenze lag, manchmal nur einige Schillinge betrug.

Die erste Gruppe stellte 19 der 25 Bürgermeister der Spendenliste, das sind 76%. Die zweite Gruppe (41), obwohl größer, stellte nur 6 Bürgermeister, das sind 24%.

Wenn die Höhe der Spende als Indikator für die Einkommensverhältnisse eines Bürgers gelten darf, so kann man aus obigen Zahlen den Schluß ziehen, daß sich auch in Lichtenau aus dem höheren Einkommen eine höhere Reputation ergab, eine durch und durch bürgerliche Lebensauffassung. Sicher war bei der Wahl auch der Gedanke mit im Spiel, daß im Falle ungetreuer Amtsverwaltung ein vermögender Bürgermeister eher zur Wiedergutmachung herangezogen werden könnte als einer mit leeren Taschen.

Durch die breite Streuung dieses Amtes, das praktisch jeden politisch interessierten Bürger einmal erfaßte, wurde eine starke Verwurzelung in der Gemeinde bewirkt. Der Bürgermeister konnte es sich notfalls leisten, gegen die gesamte lokale Verwaltung aufzustehen, und war sich dabei des Rückhaltes in der gesamten Bevölkerung gewiß. Diese bestand nicht nur

aus gehorsamen Untertanen, die mit gekrümmtem Rücken auf den Wink ihrer beamteten Vorgesetzten warteten. So bescheiden sich das Amt des Bürgermeisters auf den ersten Blick ausmachte, war es doch in seiner Auswirkung eine wichtige Vertretung des einfachen Bürgers und so etwas wie die demokratische Komponente der Gemeindeverwaltung des Alten Reiches. Mit den Gerichtsschöffen zusammen bildeten sie das bürgerliche Gegengewicht gegen die landesherrliche Amtsgewalt. Wie die Würde dieses Amtes eingeschätzt wurde, ging auch daraus hervor, daß 1753 auf zwei neue Glocken neben dem Namen des Amtsschultheißen (Ch. G. Schulmeister) auch der Name des Bürgermeisters (Johann Jacob Kautz) zu stehen kam. Ehrungen mit noch heute anhaltender Wirkung (die Glocken sind längst eingeschmolzen) erfuhren der Schneider Philipp Jacob Kerle (Bürgermeister 1776) und der Bäcker Johann Adam Härer (Bürgermeister 1779), nach denen zwei Straßen im Neudörfel benannt sind. Bei dem Mangel an urkundlichen Beweisen für die Gründung dieser Siedlung könnte man diese beiden Jahreszahlen aus der Geschichte der Bürgermeister damit in Verbindung bringen. Vielleicht datieren sie Anfang und Ende der Erschließung. Aus dieser Zeit haben wir noch einen Hinweis, der sich auf das Neudörfel bezieht: „Weil die Rheinwerben durchbrachen, so war die ganze Ulmer Au unter Wasser und (es) lief bis auf einen Steinwurf von den hiesigen Hirtenhäusern (Oktober 1778).“ Die zitierten Häuser müssen also am Westrand des Neudörfels gegen die Au zu gestanden haben. Sofern sie heute noch stehen (oder vor kurzem noch gestanden haben), können es nur die beiden letzten Häuser der Hafnergasse sein: Das Haus des Wilhelm Korn und das Haus des Willi Feßler. Die Hirtenhäuser wurden von der Gemeinde gebaut. Sie sollten nicht viel kosten, und ihre Ausmaße waren deshalb so bescheiden wie möglich. Die beiden genannten Häuser sind ein Hinweis darauf, daß es in Lichtenau zwei Gemeindegirten gab (Kuhhirt und Schweinehirt).

An dieser Stelle drängt sich uns noch ein Problem auf: Sollten die Bürgermeister wirklich nur Gemeinderechner gewesen sein ohne sonstige wichtige Funktionen, so scheinen uns die eben angeführten Ehrungen dreier Vertreter dieses Amtes doch etwas zu hoch gegriffen. In Ermangelung von eigenen Quellen, die das Problem lösen könnten, sei es erlaubt, in die Nachbarschaft zu schauen, und zwar dorthin, wo die Quellenlage besser ist. Das trifft in unserem Fall für die Grafschaft Saarbrücken zu. In einer Dissertation hat nämlich N. M. Scherer die Gemeindeverwaltung dieses Territoriums im 18. Jahrhundert gründlich dargestellt⁶. Darin erfahren wir, daß die saarbrückischen Bürgermeister (dort Heimmeier genannt) neben dem Rechnungsamt noch sieben weitere Funktionen ausübten. In Stichworten gefaßt waren dies: Gemeindeversammlung (Einberufung und Leitung), Grenzbegehung, Betreuung und Aufsicht der Wege, Bäche und der gemeindeeige-

nen Häuser (Schule und Hirtenhäuser), Aufsicht über die Feldhüter, Beschaffung und Unterhaltung der Vattertiere. Man darf mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Verhältnisse in Lichtenau ähnlich lagen. Die oben angeführten Ehrungen von drei Bürgermeistern wäre schon verständlich, wenn diese auch das Recht gehabt hätten, die Gemeindeversammlung einzuberufen, zu leiten und Beschlüsse zu fassen, denn sie waren die einzigen, die aus der anonymen Masse der Gemeindebürger als Amtspersonen herausragten und von denen wohl deshalb diese Bürger nicht nur die Vertretung der finanziellen Interessen der Gemeinde erwarteten.

So können wir vermuten, daß die Bürgermeister in Aktion traten, als 1766 die Gemeinde Helmlingen und 1768 die Gemeinden Lichtenau und Scherzheim ihre Gerichtsschöffen verklagten.

Eine besondere Stellung kam dem Bürgermeister von Lichtenau auch dadurch zu, daß er nach dem Badener Vertrag von 1422 in seiner Funktion als Vertreter des Heimburgtums Lichtenau (= Gericht Lichtenau) in der Verwaltung des Fünfheimburgerwaldes der Oberheimbürge war, d.h. er allein hatte das Recht, die Holzhiebe in diesem Gemeinschaftswald mit seinen neun Teilhabergemeinden zu genehmigen⁷.

Die Gerichtsschöffen

Unter dem Vorsitz des Amtsschultheißen behandelten die Gerichtsschöffen auf den „Gerichtstagen“ die Probleme der Gemeinden und übten auch die niedere Gerichtsbarkeit aus. In keiner Gerichtsorganisation kamen sich Richter und Gerichtete örtlich und persönlich so nahe wie bei dieser noch aus dem Mittelalter stammenden Rechtspflege. Die Gerichtsschöffen wurden (im Gegensatz zu den Bürgermeistern) von der Regierung (wahrscheinlich auf Vorschlag des Amtsschultheißen) ernannt. Die Regierung erlaubte dabei den Schöffen die Auswahl unter zwei Kandidaten. Ihre Amtszeit endete erst mit dem Tod. „In Grauelsbaum starb der Gerichtsmann Paul Ludwig. An seine Stelle kam Joh. Daniel Stengel (1723–1790), Bürger und Schuhmacher daselbst“ (1764). Bei feierlichen Anlässen trugen die Schöffen als äußeres Zeichen ihrer Würde die Gerichtsmäntel, so beim Prinzenempfang 1740 und beim Festgottesdienst 1753 anlässlich der Geburt des Erbprinzen. Die lebenslange Verpflichtung eines Schöffen war durchaus wörtlich zu nehmen, und nur außergewöhnliche Vorkommnisse konnten die Regierung bewegen, einem Gerichtsschöffen den „Abschied“ zu geben. Im Nachfolgenden soll von zwei Streitfällen zwischen Amtsschultheiß und Gerichtsschöffen die Rede sein, bei denen die Schöffen ver-

suchten, ihr Amt los zu werden. Eine fette Pfründe scheint es demnach nicht gewesen zu sein. In beiden Fällen (1761 und 1771) war die Ursache der Zerwürfnisse die Unbeherrschtheit des Adjunkten Philipp Heinrich Schulmeister (ab 1763 Nachfolger seines Onkels Christian Gottfried Schulmeister im Schultheißenamt). Beide Male machte Schulmeister junior gegenüber den Gerichtsschöffen ehrverletzende Äußerungen:

Am 5.2.1761 publizierte er vor der ganzen Gemeinde, „die Gerichtsleute hätten soviel zu sagen oder gelten so viel als der Schweinehirt“. Mit dieser unüberlegten Rede des Amtsschultheißen wurde der Interessengegensatz zwischen der Gemeindeselbstverwaltung und dem herrschaftlichen Machtanspruch offenbar. Der beleidigende Ausspruch veranlaßte die erbosten Gerichtsleute, dem Amtsschultheißen je einen Louis d'or anzubieten, „wenn sie von dem Amt kämen“. Der alarmierte Amtmann Otto erschien noch an demselben Tage in Lichtenau und fragte die Schöffen, ob es ihnen mit dem Abschiedsgesuch ernst wäre, worauf Adam Zimpfer und Matthias Pfaadt den Louis d'or erlegten und daraufhin auch den schriftlichen Abschied bekamen. Der Schöffe Jacob Stengel mußte sein Amt behalten, weil er nicht willens war, einen Louis d'or zu erlegen. Die verabschiedeten Schöffen erhielten keine Nachfolger. Der Amtmann reduzierte die Zahl der Lichtenauer Gerichtsleute einfach auf fünf. Am 21.6.1761 wurden auf Befehl der Buchsweiler Regierung die beiden entlassenen Schöffen wieder in ihr Amt eingesetzt und das Geld restituiert. Gegen die Entlassung aus dem Schöffenamt hatte die Regierung höhere Hürden gesetzt. An der personellen Stabilität der Körperschaft der Gerichtsschöffen ließ sich nicht so leicht rütteln.

Zehn Jahre später (1771) provozierte der neue Schultheiß die Gerichtsschöffen zum zweiten Mal. Auf seinen Wunsch wurde am 27.12.1770 Joh. Jacob Schoch, der bereits 1770 Bürgermeister war, auch für 1771 ordnungsgemäß wiedergewählt, weil er ein fähiger Mann war. Dieses Vorgehen widersprach aber dem Herkommen, nachdem bei der Kandidatensuche auch die Gerichtsschöffen zu Rate gezogen werden sollten. In diesem Falle war zudem der Brauch der einjährigen Amtszeit durchbrochen worden. Die überraschten Gerichtsleute meldeten deshalb ihren Widerspruch an.

„Über den Onwillen der Gerichtsschöffen geriet der Amtsschultheiß in eine solche Hitze, daß er sie vor versammelter Gemeinde so beschimpfte und ausschalt, daß folgenden Tages drei von ihnen nach Buchsweiler gingen, sich bei der Regierung beklagten und im Namen aller den Abschied forderten. Hierauf bekam gedachter Amtsschultheiß einen sehr scharfen Verweis und Drohung, welches ihm im Beisein der Gerichtsleute bei Amt vorgelesen wurde.“

Die Regierung glaubte, mit dieser Prozedur den Gerichtsleuten Genugtuung verschafft zu haben, und gab ihnen acht Tage Zeit, ihr Rücktrittsuchen zu überdenken. Nach dieser Frist traten trotzdem fünf der sieben Gerichtsleute von ihrem Amt zurück. Die Regierung, die damit offenbar nicht gerechnet hatte, war sehr verärgert, gewährte zwar den Abschied, reduzierte aber die Zahl der Lichtenauer Schöffen von sieben auf vier und bestellte, um die verkleinerte Körperschaft zu vervollständigen, zwei neue Schöffen (Valentin Specht und Joh. Georg Lauppe junior).

Nach der Auffassung der Regierung galt offenbar für einen Gerichtsschöffen dieselbe Treuepflicht wie für einen Soldaten. Dieser könne zwar seinen Abschied verlangen, er kann es aber nicht während der Schlacht tun. Befindet sich ein Gerichtsschöffe mit seinen Amtsgenossen in einer gravierenden Auseinandersetzung, dann gilt für ihn dasselbe Verbot. Man beachte, daß für beide Fälle dasselbe Wort (Abschied) verwendet wurde. Bestehen Gerichtsschöffen trotzdem auf diesem Schritt, dann muß die von ihnen vertretene Gemeinde die Sanktionen tragen.

Fünf Jahre nach dieser Affäre war es dann soweit, daß die Regierung dem ungeeigneten Philipp Heinrich Schulmeister das Amt entzog⁸. Im Gefolge des eben beschriebenen Streits wurde die Bürgermeisterwahl vom 27.12.1770 annulliert und zur Besetzung des im Augenblick sicher unpopulären Postens der Tagelöhner Matthias Lott gewählt.

Wie wir sahen, reagierten die Gerichtsschöffen sehr empfindlich auf Angriffe gegen ihre persönliche Ehre und auf schädliche Eingriffe in die Selbstverwaltung. Leider waren dieselben Männer weniger empfindlich bei der Beachtung ihrer Amtsehre. Das geht aus der Klage hervor, die die Gemeinden Lichtenau und Scherzheim gemeinsam gegen das Finanzgebaren des Amts und des Gerichts wegen des Rathausneubaus, wie auch wegen „unrechtmäßiger Diäten, Geldschneidereien und Zehrungen“ gegen diese Behörden (1768) erhob. Amtmann Schübler, Amtsschultheiß Schulmeister und die Gerichtsschöffen waren der Versuchung der Selbstbedienung erlegen, einem in jener Zeit weit verbreiteten Übel. Auf die Anklage reagierte die Regierung prompt mit der Einsetzung einer Lokalkommission von vier Personen unter der Leitung des Regierungsrats Kuder (August 1768). „Es ging dabei ziemlich scharf und unparteiisch her und kamen der Hofrat und Amtmann Schübler und Amtsschultheiß Schulmeister sehr ins Gedränge . . .“.

Ein Jahr später (Sept. 1769) war der Prozeß abgeschlossen. „Herr Hofrat und Amtmann Schübler wurde in eine Terz, Herr Amtsschultheiß in die andere und die Gerichtsleute in die dritte Terz Unkosten condemnirt. Alle

bekamen die schärfsten Verweise und mußten der Gemeinde vieles Geschnittene restituieren. Herr Amtsschultheiß wurde in noch 26 Gulden Strafe condemnirt“: Das war ein Sieg der Gemeinden gegen den fahrlässigen Umgang mit Steuergeldern.

Aus Helmlingen wird von einem ähnlichen Fall aus dem Jahr 1766 berichtet: „Die Gemeinde Helmlingen verklagte in hoc anno ihre beede Gerichtsleute. Sie wurden wegen unterschiedl. Malversationen abgesetzt, und von der fürstl. Regierung Hß Adam Stauer und Joh. Martin Hänsel an ihrer Stelle verordnet.“

Die Boten

Ergänzend zu den drei Ämtern der Gemeindeverwaltung (Amtsschultheiß, Gerichtsschöffe, Bürgermeister) agierte noch eine Amtsperson, der die Realisierung der Beschlüsse obiger Instanzen oblag: Der Bote. Er war der Vorgänger des heutigen Ortspolizisten. Seine Befugnisse umfaßten aber einen größeren Rahmen. Das entnehmen wir der Dienstanweisung des ersten Lichtenauer Boten, der in der Überlieferung faßbar ist. In einer Zusammenstellung, die alle Boten des Amtes Lichtenau angeht (1699)⁹, betrifft folgender Absatz den Lichtenauer Boten:

„Hannß Strachs ist auf die 5 Jar bot zu Lichtenau, hat jährlich an Geld 3 Pfund Pfennige und 5 Viertel Korn, wie es die botten vor jar auch gehabt. Hat zu bürgen in der Striet und im Scherzheimer Wald, auch sonst zu gebieten von Obrigkeit wegen zum Fahr und auch zu Helmlingen und sonst“.

Beim Boten von Membrechtshofen lautet diese letzte Anweisung „Von Obrigkeit wegen gebieten und verbieten, ist wie andere botten fronensfrei“. Der Scherzheimer Bote muß noch dafür sorgen „... daß sie (die Wiesen) zu rechten Zeiten gemäht und das Haw recht eingebracht werde“. Der Bote hat also das Recht des Gebots und Verbots, wie es seit alters her dem Zwing und Bann entspricht. Der Lichtenauer und der Scherzheimer Bote haben beide auch Försterspflichten im Herrschaftswald (Striet) und im Genossenschaftswald (Fünfheimburger- oder Scherzheimer Wald), nicht aber in den Gemeindewäldern, für die deshalb wohl eigene Waldhüter bestellt waren. Der Amtsbereich umfaßte das ganze Kirchspiel Lichtenau, beschränkte sich also nicht auf die Ortsgemarkung. Da der Scherzheimer Bote auch Muckenschopf betreuen mußte, ersparte sich das Gericht einen besonderen Gerichtsboten. Es sei noch eine Bemerkung zur Amtsbezeichnung erlaubt: Nach heutigem Sprachgebrauch ist der Bote ein Überbringer von Nachrichten. Der Bote des 18. Jahrhunderts war der

Mann, in dessen Titel noch die Rümpfe der Wörter Gebot und Verbot stecken. Der nächste Lichtenauer Bote, der zu fassen ist, hieß Jacob Duttweiler. Er hatte das Pech, daß während seiner Dienstzeit (1728) fünf Delinquenten aus dem Lichtenauer Gefängnis (Streckturm) ausbrachen. Daraus folgte eine amtliche Sühne: „Jacob Duttweiler d.Bott mußte 14 Tage in Thurn, weil er (die Wache) nicht visitiert hatte, blieb aber doch hernach Bott“. Zwei Jahre nach diesem Zwischenfall starb Jacob Duttweiler, und sein Sohn gleichen Namens (J.D.) übernahm das Amt¹⁰.

Das Botenamt scheint in der Familie Duttweiler „erblich“ gewesen zu sein, denn in den beiden Spendenlisten der Pfarrchronik wird noch jeweils 1754 und 1765 ein Bote Jacob Duttweiler als Spender aufgeführt. Ja, fast 100 Jahre später (1854) wanderte ein Karl Duttweiler aus, als dessen Vater der Stadtbote (Ludwig) Duttweiler angegeben wurde¹¹.

Ausblick

Mit der Beschreibung des Botenamtes sind wir am Ende der Beiträge angelangt, die uns die Quellen, besonders die Pfarrchronik, leisten konnten. So bleibt nur noch der Wunsch, zu wissen, wie sich die Gemeindeverwaltung in der nachfolgenden Zeit entwickelt hat.

Fünf Jahre nach der letzten Eintragung Pfarrer Neßlers kamen in den Unruhen des Jahres 1789 Amtsschultheiß, Gericht und Bürgermeister auf den Prüfstand der öffentlichen Meinung. In den Gemeinden des Gerichts Lichtenau kamen diese Behörden noch einigermaßen glimpflich davon¹². Dagegen ließen die Bürger des südlichen Nachbargerichts Rheinbischofsheim an diesen Institutionen kein gutes Haar¹³. Parteilichkeit, Vetterleswirtschaft, Geldschneiderei bei amtlichen Tätigkeiten waren die herausragenden Vorwürfe der Beschwerdeschriften. Besonders die Gemeinde Memprechtshofen fiel dabei als nachhaltige Klägerin auf. Bei der überlieferten Gerichtsorganisation war es üblich, die Gerichtsschöffen aus den wohlhabenden Bürgern auszusuchen. Da diese unter sich heirateten, waren allezeit die Fehler der Vetterleswirtschaft vorprogrammiert. Ursächlich damit verbunden war auch der Vorwurf der Parteilichkeit, besonders wenn sich Richter und Gerichtete von Jugend an gegenseitig kannten. Die angeführten Mängel sind die unausweichliche Kehrseite einer volksnahen Rechtspflege, sozusagen systemimmanent. Die Vorwürfe der Geldschneidereien blieben allerdings nicht im Allgemeinen stecken, denn sie konnten an Hand von Schriftstücken auf Heller und Pfennig nachgewiesen werden.

Die Beschwerden fanden beim Landesherrn (Ludwig IX.) ein offenes Ohr,

und mit einem Dekret (vom 5.12.1789) verordnete er für die lokale Verwaltung folgende Veränderungen:

- a. Die Kontrolle der Gemeinderechnungen soll durch drei Deputierte erfolgen. Die Deputation soll aus einem Armen, einem Mittleren und aus einem Reichen bestehen.
- b. Die Gebührenordnung soll durch Druck veröffentlicht werden (Gegen Willkür!).
- c. Die Bürgermeister bleiben frei von Fronpflichten.
- d. Die Ahndungen von Feld- und Waldfreveln werden der Gemeinde zugewiesen (Häuselstrafe bzw. Halsgeige).
- e. Die Ergänzung des Gerichts erfolgte bisher so, daß die Schöffen aus zwei von der Regierung vorgeschlagenen Kandidaten einen auswählten. In Zukunft sollen alle Gerichtsschöffen mit der Stimmenmehrheit der Bürger gewählt werden, wie bisher bei der Wahl der Bürgermeister üblich¹⁴.

Zum Schluß bleibt noch die Frage zu beantworten, warum die Lichtenauer Ortsvorgesetzten von ihren Bürgern weniger zerzaust wurden als ihre Kollegen im Gericht Rheinbischofsheim. Die Antwort kann nur ein Versuch der Erklärung sein. Sie soll trotzdem gewagt werden:

Der Schock des Prozesses von 1768–69, der die gesamte lokale Verwaltung betraf, hatte über Jahre nachgewirkt und zur Vorsicht gemahnt. Der Kahlschlag bei den Lichtenauer Gerichtsschöffen von 1771 (von sieben scheiden fünf aus, Reduktion der Zahl der Schöffen auf vier) hatte auch die Gerichtsleute verunsichert und ihr Gewissen geschärft. Zuletzt hatte der Amtsschultheiß Schöne (ab 1775) vom unrühmlichen Abgang seines Vorgängers gelernt und war nicht willens, ein gleiches Schicksal zu erleiden.

Als die Grafschaft Hanau-Lichtenberg im Jahre 1803 im Kurfürstentum, später Großherzogtum Baden aufging, änderte sich die Verwaltung im Gericht Lichtenau zunächst nicht. Als Baden dem Rheinbund beitrug (1806), sah es sich allerdings im Jahre 1809 genötigt, durch das Organisationsre-script¹⁵ in Anlehnung an Frankreich eine neue Gemeindeverfassung einzuführen. Doch erst mit dem Ausscheiden des letzten Amtsschultheißen Joh. Jacob Götz am 1.1.1813 aus seinem Amt¹⁶ (er wurde Obereinnehmer in der Finanzverwaltung) wurden die neuen Verhältnisse für Lichtenau wirksam. Der Verband des Gerichts mit seinen fünf Gemeinden wurde aufgelöst. Jede Teilgemeinde wurde selbständig und wählte sich in der Gemeindeversammlung der Bürger einen Vogt, Lichtenau als Stadtgemeinde einen Bürgermeister.

Für den mündigen Bürger bedeutete die neue Ordnung einen Schritt zurück in die Unselbständigkeit. Der Bürgermeister neuen Formats war mehr Beamter der Regierung als Beauftragter der Ortsbürger. Für die meisten seiner Geschäfte benötigte er die Genehmigung eines Regierungsorgans (Amt, Kreis, Zentralbehörde)¹⁷. So konnte der Bürgermeister Joh. Jacob Lauppe die Reinigung der Kirchturmuhre (es handelte sich um einen Betrag von sechs Gulden) nicht selbst in Auftrag geben. Er mußte zu diesem Zweck die Genehmigung des Amtsmanns Jägerschmid einholen¹⁸ (so geschehen am 14.3.1830). Der Staat konnte sogar aus ‚obervormundschaftlichen Gründen‘ gegen den Willen des Bürgermeisters entscheiden¹⁹. Die staatliche Gängelung der Gemeindeverwaltung nahm im Jahre 1832 ein Ende. Mit diesem Jahr trat eine Neue Gemeindeordnung in Kraft, die der Gemeinde die ersehnte Selbstverwaltung brachte²⁰. Das neue Gesetz gilt in seinen Grundzügen heute noch:

1. Der Staat zieht sich aus der Gemeindeverwaltung zurück und übt nur noch das Aufsichtsrecht aus.
2. Bürgermeister und Gemeinderäte werden von der Bürgerversammlung auf Zeit gewählt (nicht auf Lebenszeit!).
3. Die Hintersassen werden Vollbürger mit Allmendnutzen. Auch wirtschaftlich Unselbständige werden Bürger (der Knecht ist dem Bauer gleichgestellt).
4. Ein Gemeindevoranschlag, der vom Amtmann genehmigt werden muß, regelt die Finanzgeschäfte der Gemeinde.

Damit hatte die historische Entwicklung der Gemeindeverfassung ein zufriedenstellendes Ende gefunden.

Anmerkungen

- 1 J.G. Lehmann, Urkundliche Geschichte der Grafschaft Hanau-Lichtenberg im unteren Elsass, II. Bd., S. 515. Mannheim 1863.
- 2 Fritz Eyer, Das Territorium der Herren von Lichtenberg, Bad Neustadt a. d. Saale 1985, S. 238.
- 3 Ludwig Lauppe, Burg, Stadt und Gericht Lichtenau. Herausgegeben von Lisbeth und Wilhelm Lauppe, Weinheim 1984. S. 470. Pfarrer Georg Ernst Ludwig Neßler (1717–1786) versah das Lichtenauer Pfarramt von 1753 bis 1786. Er entwickelte in dieser Gemeinde eine segensreiche Tätigkeit (Schule, Pfarrwitwenkasse) und war in seinem letzten Lebensjahr Dekan der beiden rechtsrheinischen Ämter.
- 4 L. Lauppe, a.a.O., S. 481 und Stammbaum der Schulmeister in GLA 65/11849. Die in feinem Leder eingebundene Pfarrchronik wurde im Jahre 1726 von dem späteren Amtsschultheißen Gottfried Christian Schulmeister (Dienstzeit: 1728–1763) gestiftet mit der Bitte, „... dort alle merkwürdigen Begebenheiten darin zu notieren und der Nachwelt zu hinterlassen“. Vater und Großvater waren bereits Amtsschultheißen im Gericht Lichtenau gewesen.

- 5 L. Lauppe, a.a.O., S. 413.
- 6 N.M. Scherer, Die Landgemeindeverwaltung im Fürstentum Nassau-Saarbrücken 1735–1793. Dissertation iur. 1971 an der Universität Saarbrücken.
- 7 Ludwig Uibel, Der Fünfheimburgerwald, in: „Die Ortenau“, Jahrg. 1993, S. 159.
- 8 L. Lauppe, a.a.O., S. 481.
- 9 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, D21 B Nr. 3/16a/5.
- 10 L. Lauppe, a.a.O., S. 362.
- 11 Staatsarchiv Freiburg B 713/8, Zugg. 1912/223, Nr. 930.
- 12 L. Lauppe, a.a.O., S. 411.
- 13 Franz Xaver Vollmer, Was wollten die Ortenauer 1789? Untersuchung der Beschwerdepunktationen (Gravamina) unter Berücksichtigung der Vor- und Ereignisgeschichte in Meinrad Schaab (Hg.), Oberrheinische Aspekte des Zeitalters der französischen Revolution (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 117. Band, Stuttgart 1990, S. 236–262.
- 14 L. Lauppe, a.a.O., S. 412.
- 15 Friedrich Fröhlich, Die badischen Gemeindegesetze Karlsruhe 1861, S. XVI–XXV.
- 16 L. Lauppe, a.a.O., S. 481.
- 17 Wie Anm. 15.
- 18 STAF B 713/8/903.
- 19 Wie Anm. 15.
- 20 Ebda.

Bei allen historischen Angaben ohne Anmerkung ist die Lichtenauer Pfarrchronik die Quelle. Diese Aussagen sind anhand der beigegebenen Jahreszahlen zu finden. Die Pfarrchronik wird im evangelischen Pfarramt in Lichtenau aufbewahrt.

Die Zitate aus dieser Chronik sind in der Regel nicht buchstabengetreu, aber wortgetreu wiedergegeben, d.h. die Orthographie wurde den heute geltenden Regeln angepaßt.

Serie der Lichtenauer Bürgermeister von 1753 bis 1784

1753	Joh. Jacob Kautz, Metzger	1770	Joh. Jacob Schoch, Speichermeister
1754	Joh. Jacob Stengel, Glaser	1771	Matthias Lott, Tagelöhner
1755	Matthias Knösel, Weber	1772	Joh. Friedrich Barth, Bauer
1756	Jacob Herrmann, Bauer	1773	Andreas Timaeus, Müller
1757	Matthias Wahl, Schreiner	1774	Joh. Jacob Specht, Ochsenwirt
1758	Joh. Adam Heiland, Weber	1775	Philipp Acuntius, Schuhmacher
1759	Niclaus Herrmann, Bauer	1776	Philipp Jacob Kerle, Schneider
1760	Johannes Schneider, Weber	1777	Konrad Schulmeister, Schuhmacher
1761	Christian Bertsch	1778	Joh. Friedrich Dietrich, Seiler
1762	Sebastian Ludwig	1779	Joh. Adam Härer, Bäcker
1763	—————	1780	Matthias Knösel, Weber
1764	Johannes Herrmann, Tagelöhner	1781	Joh. Michel Ludwig
1765	Joh. Georg Müller, Zimmermann	1782	Matthäus Timeus, Bäcker
1766	Joh. Michel Grabenstetter, Bader	1783	Andreas Pfaadt, Bauer
1767	Christian Vogt, Bäcker	1784	Adam Kautz, Weber
1768	Johannes Durban, Schuhmacher		
1769	Philipp Georg Dorn, Schmied		

Gerichtsschöffen im Gericht Lichtenau nach der Spendenliste vom Jahre 1765

Stadtgemeinde Lichtenau:	1. Adam Zimpfer
	2. Joh. Friedrich Finkenbein
	3. Johannes Heiland
	4. Matthias Pfaadt
	5. Johannes Jacob Stengel
	6. Matthias Wahl
	7. —————
Gemeinde Scherzheim:	1. Martin Waag
	2. Johannes Kientz
Gemeinde Helmlingen:	1. Nicolaus Hänsel
	2. Georg Wurtz
Gemeinde Muckenschopf:	1. Johannes Zimmer
Gemeinde Grauelsbaum:	1. Daniel Stengel

Die Amt- und Ober-Amtmänner des Amtes Kork

Dieter Kauß

Am 29. November 1802 wurden die hessen-darmstädtischen Ämter Willstätt und Lichtenau nach dem Frieden von Lunéville vom Jahre 1801 in der Amtsstube zu Kork an Baden übergeben¹. Seit dem 14. Jahrhundert bestanden diese beiden Ämter unter den Herren von Lichtenberg, seit 1480 unter den Grafen von Hanau-Lichtenberg und seit 1736 unter den Landgrafen von Hessen-Darmstadt². Obwohl diese Ämter bis 1802 ihren Namen nach den ursprünglichen Amtssitzen Willstätt und Lichtenau trugen, war der Sitz des Amtes Willstätt zumindest sicherlich schon mehr als 100 Jahre zuvor nach Kork übergegangen. Die mittelalterliche Burg in Willstätt, im frühen 16. Jahrhundert zum Wohnschloß umgebaut, Festung und Bollwerk im 17. Jahrhundert, hatte seit dem 14. Jahrhundert u. a. als Sitz des Amtmanns³ gedient, nachweisbar noch 1661⁴, wurde dann aber im Jahre 1688/89 durch Mélac geschleift, unbrauch- und unbewohnbar gemacht. Dorfhäuser entstanden an ihrer Stelle.

Der Amtmann verlor damit seinen Sitz in Willstätt und wich höchstwahrscheinlich direkt nach Kork aus, wo sich ein Jagdschloßchen⁵ der Grafen von Hanau-Lichtenberg befand. Zunächst schien dieses als Amtssitz zu genügen. Aber schon von 1714–1716 wurde eine Landschreiberei in Kork⁶ erbaut. Dann war wohl das alte Schloßchen zu klein geworden; man entschied sich von 1728–1732 zum Neubau des Schlosses⁷, d. h. eines Amtshauses. Nach dessen Fertigstellung wurde die Landschreiberei 1736–1738 erweitert⁸ und teils neu erbaut. In kurzer Zeit hatte Kork, das sich als Sitz des Korker Waldgerichts und als Gerichtsort für seinen Gerichtsbezirk mit Kork, Neumühl, Querbach und Odelshofen⁹ sowie als Pfarrort¹⁰ entwickelt hatte, amtliche bauliche Akzente gesetzt, denen auch die Gemeinde Kork folgen mußte. Die Kirche war wohl zu klein und unscheinbar geworden, so daß man 1731–1733 eine neue, größere Kirche¹¹ unter Verwendung der mittelalterlichen Bauteile errichtete. 1782–1784 erbaute man schließlich noch die neue Amtsschaffnei¹².

Das Amtshaus, die Landschreiberei und das Amtsschaffneihaus dokumentierten die Stellung und Bedeutung Korks als neuen Amtssitz des Amtes Willstätt eindrucksvoll. Auch die Amtsfunktionen wurden hier ausgeübt. 1726 und 1780 etwa wurden in Kork¹³ in landesherrlichen Waldstreitigkeiten die Entscheidung und vertragliche Regelung gefunden. Die hessischen Amtmänner Blassy und Otto wohnten in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Kork und im Amtshaus¹⁴. Im Jahre 1789 mußten der Amtmann Exter, sein

Amtsschaffner und sein Landschreiber als Verwaltungsleute des Amtes Willstätt aus Kork¹⁵, dem Amtssitz, vor den französischen Freiheitskämpfern fliehen und ihre Habe in Sicherheit bringen. In einer Einquartierungsliste aus dem Jahre 1799 sind die Amtsgebäude¹⁶ in Kork genannt. Noch im Jahre 1802 sprechen in Kork die beiden Amtsmänner von Lichtenau und Willstätt ein Todesurteil¹⁷ aus. Diesem folgte im November 1802 die schon erwähnte Übergabe und Huldigung an Baden in Kork.

Mit dieser Übergabe an Baden hatten die beiden ehemaligen Ämter Willstätt und Lichtenau ihre Existenz beendet. Die Amtszuweisung und Amtsbezeichnung in Baden folgten der Realität: Kork wurde Amt und blieb damit Amtssitz. Es bildete mit dem neuen Amt Rheinbischofsheim bis 1807 innerhalb Badens ein Oberamt mit Sitz in Rheinbischofsheim, zugeordnet der Landvogtei Yburg¹⁸. 1807 wird Kork selbst badisches Oberamt und ist der Provinz des Mittelrheinkreises zugehörend. Von 1809 bis 1832 ist es Bestandteil des Kinzigkreises, ab 1832 des damals neugeschaffenen Mittelrheinkreises¹⁹. Im Jahre 1856 wird das Oberamt Rheinbischofsheim aufgelöst und nach Kork eingegliedert; das Amtsgericht folgte 1864 nach²⁰.

Die Entwicklung Kehls jedoch war inzwischen so bedeutend geworden, daß im Jahre 1881 diese Stadt auch zum Verwaltungsmittelpunkt und zur Amtsstadt für das Hanauerland wurde. Das Oberamt Kork hatte als Amt und Amtssitz sein Ende gefunden²¹.

Es wird im Jahre 1847 wie folgt beschrieben: „Kork, Bezirksamt im Mittelrheinkreis ... hat auf einem Flächenraum von 1 $\frac{1}{2}$ Quadratmeilen 10 193 evangelische und 769 katholische Einwohner, die in 13 Gemeinden leben, nämlich in Kork, Auenheim, Eckartsweiler, Hesselhurst, beiden Kehl, Langelhurst, Sand, Willstätt, Hohnhurst, Neumühl, Odelshofen und Querbach ... Der ganze Landstrich, welcher von der Kinzig durchflossen wird, ist eben und sehr fruchtbar. Man pflanzt alle Arten von Getreide, Zuckerrüben, Chichorien, Reps und besonders viel Schleißhanf, der meistens nach Holland verkauft wird. Die Bewohner des Amtsbezirks sind größtenteils wohlhabend und fleißig; es werden alle nötigen Gewerbe getrieben, und das Holzflößen auf der Kinzig gibt sehr vielen Nahrung. Fabriken und Handel bestehen eigentlich nur in Kehl. Die Menschen sind meistens stark und gesund; die Hanauer Tracht herrscht noch allgemein vor, und in moralischer Hinsicht ist das Amt nur zu loben. Im Vergleich mit andern gleichgroßen Ämtern kommen nur sehr wenige Prozesse und Schlägereien vor.“²²

Der letzte Hinweis auf Prozesse und Schlägereien führt mitten in den Aufgabenbereich der badischen Ober- bzw. Bezirksämter und deren obersten

Repräsentanten, der Amt- und Oberamtswänner: diese hatten die Aufgaben der inneren Verwaltung des Landes zu vollziehen, die Polizeigewalt zu handhaben und die Aufsicht über Ortspolizei und Gemeindeverwaltung zu führen²³.

Der erste badische Amtmann in Kork war zugleich auch der letzte von Hessen-Darmstadt gewesen. Zusammen mit seinem Kollegen Kapler von Rheinbischofsheim hatte er 1802 dem neuen Landesherrn gehuldigt; am 26. April 1803 wurden beide nach dem Reichsdeputationshauptschluß als badische Amtsvorstände eingesetzt²⁴.

Joachim Friedrich Exter (1736(?)–1817)
1803 bis 1807 Amtmann in Kork

Die badischen Geschichtsquellen sagen über J. F. Exter wenig aus. Er wurde 1736 in Zweibrücken als Sohn des dortigen Stadtschultheißen geboren. Bevor er 1770 in Kork angestellt wurde, war er Assessor der Fürstlichen Regierung in Darmstadt. 1770 wurde er Hofrat und Amtmann für das Amt Willstätt mit Sitz in Kork. 1778 zum hessisch-darmstädtischen Regierungsrat ernannt, huldigte er 1802 dem Land Baden. 1803 wurde er zum badischen Hofrat und Amtmann in Kork sowie zum 2. Beamten des Oberamts Rheinbischofsheim bestellt. Diese Funktion hatte er inne bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1807. Joachim Friedrich Exter starb am 2. September 1817 in Kork²⁵.

Zwei Sachverhalte seien noch zu seinem Amt und seiner Person angemerkt:

1. J. F. Exter versuchte in den Jahren 1802 und 1804, seinen Sohn Friedrich Wilhelm Exter als seinen Assistenten in Kork anstellen zu lassen, der ihm dann auch in seiner Stellung als Amtmann folgen könnte²⁶. Dies gelang dem Vater nicht. Erst sein Enkel, Wilhelm Exter, wurde im Jahre 1843 als Amtmann nach Kork berufen²⁷.
2. Der Korker Schultheiß Joh. Georg Zuflucht sah im endenden 18. Jahrhundert in J. F. Exter persönlich einen Feind, „der keinem Menschen hold sei“²⁸. Diese Meinung mag übertrieben klingen, scheint aber doch vielleicht ein wenig gerechtfertigt dadurch, daß Exter nachweislich mehrere Jahre sowohl mit dem Amtsschaffner²⁹ als auch mit dem Landeschreiber³⁰ im Streit lag.

Friedrich Christian Rettig (1781–1859)
1807 bis 1809 Amtmann in Kork

Am 1. Juli 1781 in Heidelberg als Sohn eines Geistlichen Administrationsrats geboren, studierte Friedrich Christian Rettig in Heidelberg und Göttingen Rechtswissenschaften. Ab 1801 war er kurpfälzischer Rechtskandidat und Advokat im Oberamt Bretten. Im Jahre 1803 wurde er als Amtsschreiber in Neckargemünd übernommen. 1807 bis 1809 wirkte er als Amtsvorstand und Amtmann in Kork. 1809 bis 1819 ist er Amtsvorstand, seit 1814 Oberamtmann am Bezirksamt Bretten, 1819 bis 1825 Amtsvorstand beim Bezirksamt Weinheim und 1825 bis 1827 Stadtdirektor und Amtsvorstand beim Stadtamt Freiburg. Ab 1827 bis 1839 ist er im Innenministerium Karlsruhe als Ministerialrat, ab 1835 als Geheimer Rat 2. Klasse tätig. Im Jahre 1839 wurde Fr. Chr. Rettig in den Ruhestand versetzt, 1844 jedoch als Ministerialdirektor im Innenministerium reaktiviert, um dieses interimistisch bis 1846 zu leiten. 1846 wird er Regierungsdirektor beim Mittelrheinkreis Rastatt, 1849 Dienstverweser Landeskommissär des Mittelrheinkreises. Auf sein Ersuchen wird er 1858 endgültig in den Ruhestand versetzt. Er stirbt am 10. September 1859 in Karlsruhe.

Fr. Chr. Rettig war 1830 Wahlkommissär im Wahlkreis Konstanz Stadt, 1831 Abgeordneter der II. Kammer des Landtags für den Stadtwahlkreis Konstanz, 1842 Abgeordneter der II. Kammer für den Wahlkreis Philippsburg und Schwetzingen sowie 1849 Vorstand der Ausgleichskommission für die Kosten der militärischen Hilfe infolge des Maiaufstands. 1832 erhielt er das Ritterkreuz, 1844 das Kommandeurkreuz und dazu 1858 das Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen³¹.

Konrad Ludwig Rettig (1779–1842)
1809 bis 1822 Amtmann in Kork

Geboren am 8. Oktober 1779 in Heidelberg, legte K. L. Rettig 1801 seine juristische Prüfung ab. Anschließend war er als Amtsadvokat in Dilsberg tätig. 1803 bis 1808 übte er die Funktion eines Amtsschreibers in Unterheidelberg aus. Von 1809 bis 1822 war er Amtmann in Kork. Als er in dieser Funktion nach Pforzheim wechseln sollte, trat er diese Stelle nicht an und wurde vom Dienst suspendiert. Bis 1832 war er als Anwalt tätig. Von 1832 bis 1834 wurde er dann wieder Oberamtmann in Schopfheim. Von 1834 bis 1842 amtierte er als 1. Beamter beim Bezirksamt Emmendingen, wo er am 12. Januar 1842 verstarb. Im Jahre 1837 erhielt er das Ritterkreuz I. Klasse des Zähringer Löwenordens³².

Karl August Wilhelm Kiefer (1783–1860)
1822 bis 1829 Amtmann und Oberamtman in Kork

Der im Jahr 1783 in Durlach als Sohn des dortigen Amtskellers geborene K. A. W. Kiefer muß 1804 sein juristisches Examen abgelegt haben, denn ab 1805 ist er Rechtspraktikant, ab 1807 Archivpraktikant beim Bad. Generallandesarchiv in Karlsruhe. 1809 bis 1819 ist er Sekretär bei der Kreisregierung in Rastatt, ab 1819 bis 1822 Amtmann in Pforzheim. 1822 nimmt er dieselbe Stellung in Kork ein, wird dort 1823 Oberamtman und bleibt dies bis 1829. Von 1829 bis 1845 wird er als Oberhofgerichtsrat nach Mannheim gerufen, ist 1845/46 Hofgerichtsdirektor beim Mittelrheinkreis in Rastatt. 1846 wird Kiefer als Hofrichter nach Konstanz gerufen, wo er ab 1851 als Hofgerichtspräsident amtiert und am 12. März 1860 stirbt.

In seiner letzten Amtsfunktion wurde K. A. W. Kiefer 1857 zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum mit dem Stern zum Kommandeurkreuz des Zähringer Löwenordens ausgezeichnet, das er zuvor im Jahre 1838 schon verliehen bekommen hatte³³.

August Friedrich Georg Eichrodt (1780–1856)
1829 bis 1840 Amtmann und Oberamtman in Kork

Am 1. November 1780 in Durlach als Sohn eines Generalmajors geboren, betätigte sich A. F. G. Eichrodt zunächst als Rechtspraktikant, ab 1823 als Kanzlist im Staatsministerium. 1825 bis 1829 war er Assessor beim Kreisdirektorium des Neckarkreises in Mannheim. 1829 wurde er Amtmann in Kork, 1836 Oberamtman daselbst bis 1840. Von 1840 bis 1843 war Eichrodt Oberamtman in Bretten, 1843 in Konstanz und vom Dezember 1843 bis 1851 Oberamtman in Durlach. 1851 wurde er zum Stadtdirektor in Heidelberg ernannt und blieb dies bis 1855. In diesem Jahr sollte er die Stelle eines Stadtdirektors in Bruchsal annehmen, trat aber dieses Amt wegen Krankheit nicht mehr an und starb am 27. November 1856 in Karlsruhe.

August Friedrich Georg Eichrodt wurde mit dem Ritterkreuz des Zähringer Löwenordens ausgezeichnet³⁴.

Carl, Freiherr von Neubronn (1807–1885)
1841 bis 1843 Amtmann in Kork

Am 1. Februar 1807 in Karlsruhe als Sohn eines Kammerherrn und Oberforstmeisters geboren, studierte Carl von Neubronn ab 1825 Jurisprudenz in Heidelberg und legte 1830 wohl die juristische Prüfung ab, denn er wurde in jenem Jahr zum Rechtspraktikanten ernannt. Von 1835 bis 1838 amtierte er als Assessor beim Bezirksamt Ettenheim. 1837 erhielt er den Titel „Hofjunker“. Als Amtmann beim Bezirksamt Lahr von 1838 bis 1841, wurde er 1838 zum Kammerjunker ernannt. 1841 bis 1843 war er in Kork Amtmann.

1843/44 übte er dieselbe Funktion in Lörrach aus, ehe er von 1844 bis 1847 Oberamtmann in Pforzheim war und dort 1846 als Kammerherr ausgezeichnet wurde. 1847 bis 1849 wurde er als Stadtdirektor nach Heidelberg und von 1849 bis 1853 in derselben Funktion nach Lahr berufen, wo er 1851 zum Geheimen Rat III. Klasse ernannt wurde. 1853 bis 1874 amtierte v. Neubronn ebenfalls als Stadtdirektor in Karlsruhe, ehe er von 1874 bis 1883 als Geheimer Finanzrat und Dritter Rat in die Oberrechnungskammer berufen wurde, wo er 1876 zum Zweiten Rat, 1879 zum Geheimen Rat III. Klasse und 1883 zum Geheimen Rat II. Klasse befördert wurde. Im Jahre 1883 pensioniert, starb Carl von Neubronn am 28. November 1885 in Karlsruhe.

1842 bis 1845 war C. von Neubronn Abgeordneter des Landtags für den Wahlkreis Lahr Stadt und 1851 bis 1854 Abgeordneter des Landtags für den Wahlkreis Heidelberg.

Carl von Neubronn wurde 1851 mit dem Ritterkreuz des Zähringer Löwenordens, danach mit dem Kommandeurskreuz II. Klasse desselben Ordens ausgezeichnet. 1867 erhielt er das Ritterkreuz I. Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausordens und 1868 das Komturkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone³⁵.

Wilhelm Exter (1805–1873)
1843 bis 1847 Amtmann und Oberamtmann in Kork

Als Enkel des ersten badischen Amtmanns Joachim Friedrich Exter und als Sohn des Kreissekretärs Friedr. Wilhelm Exter am 2. September 1805 in Kork geboren, bestand Wilhelm Exter im Jahre 1829 seine juristische Prüfung. Danach war er Rechtspraktikant in Durlach. 1834 bis 1838 amtierte er als Assessor in Durlach, von 1838 bis 1841 als Assessor und Amtmann

in Wertheim. 1841 bis 1843 nahm er die Funktion des 2. Beamten und Amtmanns in Karlsruhe wahr, ehe er 1843 als Amtmann in seinen Geburtsort Kork berufen wurde und dort, 1845 zum Oberamtman ernannt, bis 1847 blieb. 1847 bis 1849 war er kurze Zeit Oberamtman in Lörrach; danach zog es ihn von 1849 bis 1857 als Oberamtman nach Rheinbischofsheim in seine engere Heimat zurück. Er war dort der letzte Oberamtman überhaupt, da dieses Oberamt 1856 nach Kork eingegliedert wurde. Wilhelm Exter amtierte danach von 1857 bis 1870 als Oberamtsrichter des Amtsgerichtes Mannheim. In dieser Funktion wurde er 1870 in den Ruhestand versetzt. Am 22. April 1873 starb Wilhelm Exter in Durlach³⁶.

Maximilian Johann Adam von Bodmann (1802–1879)

1847 bis 1849 Oberamtman in Kork

Am 17. August 1802 in Bodman geboren, war M. J. A. von Bodmann nach abgelegter juristischer Prüfung seit 1828 Rechtspraktikant und von 1834 bis 1838 Amtsassessor in Waldshut. Von 1838 bis 1844 wurde er als 3. Beamter und Amtman an das Stadtamt Freiburg berufen. Von 1844 an übte er die Funktion eines Amtmanns, seit 1845 eines Oberamtmanns in Rheinbischofsheim aus, bevor er von 1847 bis 1849 als Oberamtman in Kork wirkte. Zuvor war er 1834 zum Hofjunker und 1836 zum Kammerherrn ernannt worden. Er wurde 1849 wegen Krankheit in Ruhestand versetzt, lebte danach noch 30 Jahre als Privatier und starb am 3. November 1879 in Freiburg³⁷.

Carl Alexander von Hunoltstein

1849 bis 1861 Amtman und Oberamtman in Kork

Biographisch ist Carl Alexander von Hunoltstein nur sehr schwer in den Quellen greifbar. Geboren als Sohn des königlich-württembergischen Kammerherrn und Landesoberjägermeisters in Neuenbürg-Schnaitheim, bestand er 1827 die juristische Prüfung. Von 1828 bis 1836 war er Rechtspraktikant, von 1836 bis 1840 Amtsassessor in Neckargemünd sowie von 1840 bis 1843 in Ettlingen. Von 1843 bis 1849 erhielt er seine erste Amtmannstelle in Ettlingen. Danach wurde er von 1849 bis 1861 Amtsvorstand, ab 1851 Oberamtman in Kork. Hier wurde er im Jahre 1861 pensioniert. Danach erfahren wir über C. A. von Hunoltstein nichts mehr aus amtlichen Quellen³⁸.

Albert Frech (1826–1896)
1861 bis 1869 Amtmann und Oberamtman in Kork

Am 2. Juni 1826 in Mannheim als Sohn eines großherzogl. Kammerdieners geboren, besuchte A. Frech das Lyceum in Mannheim und studierte von 1844 bis 1848 die Rechtswissenschaften in Heidelberg. Danach war er ab 1849 Rechtspraktikant und ab 1854 Referendär.

Im Jahre 1856 wurde er bis 1857 Assessor beim Stadtamt Baden, 1857 Amtsrichter beim dortigen Amtsgericht bis 1861. In diesem Jahr wurde er zum Bezirksamt Baden abgeordnet, wechselte aber noch 1861 als Amtmann und Amtsvorstand nach Kork. Dort wurde er 1864 Oberamtman und blieb dies bis 1869. In diesem Jahr wurde er als Stadtdirektor und Amtsvorstand des Oberamts Heidelberg berufen, blieb in dieser Funktion bis 1876. Danach war er Landeskommissär in Mannheim und Ministerialrat im Innenministerium bis 1896. Im Jahre 1891 wurde er zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt. Er starb am 21. April 1896 in Mannheim.

Albert Frech wurde 1881 zum Abgeordneten der evangel. Generalsynode für die Diözese Sinsheim und 1887 zum Abgeordneten der II. Kammer des Landtags im Wahlkreis Schwetzingen/Ladenburg gewählt.

Mehrfach wurde A. Frech mit Orden ausgezeichnet, u. a. 1869 mit dem Ritterkreuz der französischen Ehrenlegion, 1872 mit dem bayerischen Verdienstkreuz sowie in den Jahren 1874 bis 1894 mit den verschiedensten Ordensstufen des Zähringer Löwenordens³⁹.

Otto Flad (1830–1878)
1869 bis 1871 Oberamtman in Kork

Geboren am 18. Februar 1830 als Sohn eines Oberamtmanns in Karlsruhe, studierte O. Flad von 1848 bis 1853 Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg, Berlin und Freiburg. 1853 war er Rechtspraktikant, ab 1856 Referendär. Im Jahre 1857 war er sowohl Volontär im Amtsrevisorat Bretten als auch Sekretär beim evang. Oberkirchenrat Karlsruhe, wo er bis 1859 blieb. Von 1859 bis 1861 arbeitete er als Sekretär im Innenministerium und kehrte bis 1863 wieder als Sekretär in den evangelischen Oberkirchenrat zurück. Von 1863 bis 1865 war er Amtmann und 2. Beamter beim Stadtamt Karlsruhe, 1865 bis 1869 Oberamtman und Amtsvorstand in Adelsheim. Von 1869 bis 1871 war er in derselben Funktion in Kork, wobei er 1870 zum Generalsekretär der Kriegsverwaltung bei der Präfektur des Départements Bas-Rhin nach Straßburg berufen wurde. 1871 bis 1874

war Otto Flad Amtsvorstand des Bezirksamts Konstanz. Dort wurde er 1874 zum Stadtdirektor ernannt. In dieser Funktion blieb er bis 1876. Von 1876 bis 1878 war er noch Amtsvorstand des Oberamts Heidelberg, ehe er am 22. Februar 1878 in Heidelberg starb.

Otto Flad wurde 1870 mit dem Ritterkreuz I. Klasse des Zähringer Löwenordens sowie 1871 mit dem Eisernen Kreuz am Bande ausgezeichnet⁴⁰.

Leopold Sonntag (1830–1896)

1871 bis 1877 Oberamtmann in Kork

Am 17. November 1830 in Schopfheim als Sohn eines evangelischen Pfarrers geboren, studierte Leopold Sonntag von 1850 bis 1855 Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg, Bonn und Heidelberg. 1855 und 1858 legte er die beiden juristischen Staatsprüfungen ab.

1858/59 betätigte er sich als Gehilfe beim Hofgerichtsadvokat in Freiburg, 1859 bis 1861 als Aktuar beim Bezirksamt Waldkirch und 1861/62 als Aktuar beim Stadtamt Freiburg. Von 1862 bis 1864 half er bei den Bezirksamtern Gengenbach, Triberg und Heidelberg aus, bevor er von 1864 bis 1867 Amtmann beim Bezirksamt Heidelberg wurde. 1867 wurde er schon als Amtsvorstand zum Bezirksamt Wiesloch berufen, dort 1869 zum Oberamtmann ernannt, ebenda bleibend bis 1871. Von 1871 bis 1877 war L. Sonntag dann Oberamtmann in Kork, von 1877 bis 1879 in Bretten und 1879 bis 1883 beim Bezirksamt Durlach. Von 1883 bis 1890 war er Oberamtmann in Lörrach, wo er 1887 zum Geheimen Regierungsrat ernannt wurde. Schließlich war er von 1890 bis 1896 Amtsvorstand und Geheimer Regierungsrat beim Bezirksamt Freiburg, ehe er am 9. März 1896 in Freiburg starb. Er ertrank bei einem Brückeneinsturz infolge eines Hochwassers in den Fluten der Dreisam.

Leopold Sonntag wurde 1880 mit dem Ritterkreuz I. Klasse und 1892 mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz I. Klasse des Zähringer Löwenordens ausgezeichnet⁴¹.

Dr. Richard Reinhard (1846–1920)

1877 bis 1881 Oberamtmann in Kork

Im Jahre 1846 in Freiburg geboren, legte Richard Reinhard 1871 die 2. jurist. Prüfung ab und promovierte im Jahre 1872 zum Dr. jur. Als Rechts-

praktikant arbeitete er in Rastatt; dort war er auch 1871/72 Referendär. Von 1872 bis 1874 war er Sekretär im Innenministerium, von 1874 bis 1877 schon Amtmann in Heidelberg. Von 1877 bis 1881 stand er dem Amt Kork vor, ab 1878 als Oberamtman. Nach der Aufgabe des Bezirksamts Kork zugunsten von Kehl war er von 1881 bis 1890 Amtsvorstand in Kehl. Von 1890 bis 1893 amtierte er als solcher in Baden-Baden, wo er 1891 zum Geheimen Regierungsrat ernannt wurde. 1893 bis 1896 war er Ministerialrat im Innenministerium, von 1896 bis 1900 Landeskommissär für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg mit Sitz in Freiburg, seit dem Jahre 1898 als Geheimer Oberregierungsrat. Von 1900 bis 1909 war er Domänendirektor im Staatsministerium, 1901 als Geheimer Rat II. Klasse, 1902 als Geheimer Rat I. Klasse. Im Jahre 1909 wurde Dr. Richard Reinhard in den Ruhestand versetzt und starb als Pensionär am 1. Juni 1920 in Freiburg.

In seiner Baden-Badener Amtszeit scheint Dr. R. Reinhard zufriedene Staatskurgäste gehabt zu haben, denn er erhielt 1891 den Königl. Preußischen Kronenorden III. Klasse sowie das Ritterkreuz I. Klasse des herzoglichen Sachsen-Ernestinischen Hausordens, 1892 das Ritterkreuz I. Klasse des Ordens Heinrichs des Löwen sowie 1893 das Eichenlaub zum Ritterkreuz I. Klasse des Zähringer Löwenordens und das Komturkreuz des Großherzogtums Sachsen-Weimar.

Für seine Verdienste in badischen Diensten wurden ihm von 1885 bis 1909 sieben Stufen des Zähringer Löwenordens verliehen bis hin zur Goldenen Kette zum Großkreuz und ebenso 1906 die Friedrich-Luisenmedaille⁴².

Anmerkungen

- 1 W. Gräßlin, Johann Georg Zuflucht, der letzte Schultheiß von Kork, in: Ortenau 53, 1973, S. 213; vgl. J. Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlands. Karlsruhe 1855, S. 98 und J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands. Kehl, 2. Auflage, 1990, S. 345.
- 2 Vgl. D. Kauß, Von der historischen Ortenau zum Ortenaukreis, in: Daheim im Ortenaukreis. Konstanz, 2. Auflage 1990, S. 215/216; B. Oeschger, Geschichtliche Einführung, in: H. Huber, Wappenbuch Ortenaukreis, Konstanz 1987, S. 20/21; W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl. Bühl/Offenburg 1964 S. 4–6; J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1) S. 1–344; J. Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1) S. 17/18.
- 3 Vgl. C. H. Steckner, Das Schloß Willstät, in: Burgen und Schlösser in Mittelbaden. Kehl 1984, S. 278–286.
- 4 Ebenda. S. 285
- 5 Vgl. Hugo Schneider. Das Schloß Kork, in: Burgen und Schlösser in Mittelbaden (s. Anm. 3), S. 277.

- 6 GLA 229/55 884–55 893.
- 7 GLA 229/55 901.
- 8 GLA 229/55 884.
- 9 Vgl. W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl (s. Anm. 2), S. 47/48.
- 10 Vgl. M. Barth, Kehl und die große Urfarrei Kork mit ihren Filialen, in: Ortenau 49, 1969, S. 286–292.
- 11 Vgl. W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl (s. Anm. 2), S. 49; J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 290.
- 12 GLA 229/55 912.
- 13 Vgl. J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 267 und 298.
- 14 GLA 229/55 901
- 15 Vgl. W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl (s. Anm. 2), S. 48, J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 345.
- 16 W. Gräßlin, Johann Georg Zuflucht, der letzte Schultheiß von Kork, in: Ortenau 52, 1972, S. 171–173.
- 17 Ebendort, in: Ortenau 53, 1973, S. 211.
- 18 Vgl. J. Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 100.
- 19 Vgl. Universallexikon vom Großherzogthum Baden, Karlsruhe 1847, 2. Ausgabe, S. 7–22.
- 20 Vgl. W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl (s. Anm. 2), S. 6; J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1.), S. 366.
- 21 Vgl. W. Gräßlin, Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl (s. Anm. 2), S. 6, 49; Das Großherzogtum Baden. Karlsruhe 1885, S. 872.
- 22 Universallexikon vom Großherzogthum Baden (s. Anm. 19) Spalte 677; zur Topographie des Amtsbezirks Kork vgl. J. Schaible, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 109–242.
- 23 Vgl. Das Großherzogtum Baden. Karlsruhe 1885, S. 625; Das Großherzogtum Baden. Band 1. Karlsruhe 1912, S. 818; H. M. Pillin, Oberkirch. Die Geschichte der Stadt 1803–1918. Oberkirch 1978, S. 16.
- 24 Vgl. J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlands (s. Anm. 1), S. 345/346.
- 25 GLA 76/2094; 154/12, 14, 22, 26. v. Wechmar, Handbuch für Baden und seine Diener. heidelberg 1846, S. 154.
- 26 GLA 154/22.
- 27 s. u. S. 204.
- 28 W. Gräßlin, Johann Georg Zuflucht, der letzte Schultheiß von Kork, in: Ortenau 53, 1973, S. 217.
- 29 GLA 154/14.
- 30 GLA 154/15.
- 31 GLA 76/6185–6187; Bad. Regierungsblätter 1807–1859; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 25), S. 114, 120; Badische Biographien. II. Teil. Heidelberg 1875, S. 184 f.; F. Götz, Amtsbezirke und Kreise im badischen Bodenseegebiet. Konstanz 1971, S. 196. Diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier auch zur Verfügung gestellt von den Herren J. Kreutz und J. Stephan, Kreisarchiv Rhein-Neckarkreis, Heidelberg.
- 32 GLA 76/6190; 154/26; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 25), S. 152.
- 33 GLA 76/4196, 4197; 154/26; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 25), S. 129, 313.
- 34 GLA 76/1902; 390/1957; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 25), S. 150; Archiv des Evang. Oberkirchenrats, Durlach Taufbuch 1798–1813. F. Götz, Amtsbezirke, S. 70.

Diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier zur Verfügung gestellt von Herrn B. Breitkopf-Lippik, Kreisarchiv in Karlsruhe.

- 35 A. Baier (Hrg.), Badens Volksvertretung in der zweiten Kammer der Landstände von 1819–1891. Karlsruhe 1891; H. P. Becht, Die badische zweite Kammer und ihre Mitglieder 1819 bis 1841/42. Heidelberg 1985, S. 486; Chr. Sütterlin, Lehrer Persönlichkeiten. Ettenheim 1955, S. 29; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 31), S. 31, 50, 303; Roth/Thorbecke, Die badischen Landstände, insbesondere die zweite Kammer. Karlsruhe 1907, S. 274, 289, 345.

Auch diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier zur Verfügung gestellt von Herrn B. Breitkopf-Lippik, Kreisarchivar in Karlsruhe.

- 36 Als Quellen dienten die entsprechenden Jahrgangsbände des Großherzoglich Badischen Regierungsblatts und ab 1869 des Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden; Pfarrarchiv Kork. Taufbuch Kork 1797–1805, Jahr 1805, Nr. 39; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 35), S. 154, 314.

- 37 GLA 76/10 618; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 35), S. 26, 50, 303.

- 38 Als Quellen dienten die entsprechenden Jahrgangsbände des Großherzoglich Badischen Regierungsblatts; v. Wechmar, Handbuch (s. Anm. 35), S. 50.

- 39 GLA 76/9360–9362; entsprechende Jahrgangsbände des Großherzoglich Badischen Regierungsblatts und des Staatsanzeigers für das Großherzogtum Baden; Hof- und Staats-Handbuch des Großherzogthums Baden in den entsprechenden Jahrgängen; Badische Biographien, 5. Teil, Heidelberg 1906, S. 169 ff; Heinrich Roys, Verzeichniß aller aktiven Hof-, Kirchen-, Militär- und Staatsdiener. Karlsruhe 1864, S. 32 und S. Nachtrag 6; H. Ihme, Südwestdeutsche Persönlichkeiten. Stuttgart 1988, S. 239.

Diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier zur Verfügung gestellt von den Herren J. Kreutz und J. Stephan, Kreisarchiv Rhein-Neckarkreis, Heidelberg.

- 40 GLA 76/2293, 2294; entsprechende Jahrgangsbände des Großherzoglich Badischen Regierungsblatts und des Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden; H. Roys, Verzeichniß aller aktiven Hof-, Kirchen-, Militär- und Staatsdiener. Karlsruhe 1864, S. 31; H. Ihme, Südwestdeutsche Persönlichkeiten. Stuttgart 1988, S. 228; Badische Biographien, 3. Teil, Karlsruhe 1881, S. 29 f.; F. Götz, Amtsbezirke (s. Anm. 31), S. 72.

Diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier auch zur Verfügung gestellt von den Herren J. Kreutz und J. Stephan, Kreisarchiv Rhein-Neckarkreis, Heidelberg.

- 41 GLA 76/9677; diese Kurzbiographie wurde erarbeitet und dankenswerterweise hier zur Verfügung gestellt von Herrn Kreisarchivar H. Graf, Kreisarchiv Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg.

- 42 GLA 76/6147; 236/18 536; entsprechende Jahrgangsbände des Staatsanzeigers für das Großherzogtum Baden.

„Glas- und Floßmeister“ Bernhard Braxmeier – ein Lebensbild aus dem Schwarzwald des 18. Jahrhunderts

Günter Schäfer

Wenige Meter neben der Gemarkungsgrenze der Gemeinden Marxzell (Ettlinger Albtal) und Gaggenau-Moosbronn, am Waldweg vom Metzlin-schwander Hof zum Mittelberg, unmittelbar am Oberlauf des Schneebachs, steht am Rande eines jungen Fichtenwalds ein Marienbildstöckchen. Das schlanke, etwa 180 cm hohe Steindenkmal ist aus einem Sandsteinblock gehauen und auf einer quadratischen Bodenplatte befestigt. Die Bildnische enthält hinter einem Eisengitter eine geschnitzte Marienfigur mit Kind, welche anlässlich der Renovierung durch das Staatl. Forstamt Rotenfels 1988 beigegeben wurde. Der Sockel zeigt die Jahreszahl 1753, vermutlich das Jahr der Stiftung. Das Sockelmonogramm „MARIA“ weist aus, daß das Bildstöckchen der Gottesmutter geweiht ist. Die in manchen Karten eingeführte Bezeichnung „Hubertus-Bildstöckle“ beruht darauf, daß das Denkmal einige Zeit mit einem auf Blech gemalten Hubertusbild „geschmückt“ war¹.

Die Säule trägt in gut lesbarer Inschrift die Namen der Stifter:

„Bernhart Braxmeier u. Hans Braxmeier zu Falckau auf dem Schwarzwald gebürtig seine Ehfrau Agatha und Michael Sigwarth a.d. Mittelb. gebirtig“.

Das eindrucksvolle Bildstöckchen veranlaßte den Autor zur „Spurensuche“ in staatlichen und kirchlichen Archiven. Dabei konnte aus verschiedenen Quellen ein ungefähres Lebensbild einer Glasmacherfamilie des 18. Jahrhunderts exemplarisch erschlossen werden.

1. Die Mittelberger Glashütte

Auf dem Mittelberg im Nordschwarzwald (Gemarkung Gaggenau-Moosbronn) bestand über 75 Jahre eine Glashütte. Sie wurde 1698 auf Grund einer Konzession der Markgrafen von Baden-Baden von den Glasmeister-Gebrüdern *Johann* und *Peter Schmid* aus St. Blasien gegründet². Durch Zuwanderung, hauptsächlich aus Südschwarzwälder Glashütten, wuchs Siedlung und Produktion rasch³. Die erzeugten Glaswaren, vorwiegend Fensterglas, Flaschen und Trinkgefäße fanden regen Absatz. 1717 standen bei der neuen Hütte bereits 17 Gebäude⁴. Die Pachtverträge wurden 1718



BERNHART
BRAXMEER
V. HANS BR
AXMEIER
ZU FALCK
AU AUF
DE M. SCH
WARTZ
WALD GE
BÜRTIG SE
INE FRAU
AGATHA V.
MICHAEL
SIGWARTH
ADMTELB
GEBIRTIG

Gravestone of Bernhart Braxmeer, Hans Braxmeer, Michael Sigwarth, Agatha v. Braxmeer, and their wives, located in the cemetery of the village of Braxmeer, near the village of Braxmeer, in the district of Braxmeer, in the province of Braxmeer, in the year 1717.

um 15 Jahre und 1733 erneut um 30 Jahre verlängert, mit jeweils deutlich erhöhten Pachtzahlungen². Zur Blütezeit betrieben 6 Glasmeister die in 10 Werkstätten organisierte Hütte.

Erforderte bereits die Vertragsverlängerung von 1733 infolge des Auftretens eines weiteren Interessenten längere und schwierigere Verhandlungen, so läutete das Jahr 1757 das Ende der Glashütte ein. Die Markgräfl. Verwaltung warf den Glasmachern Raubbau am Wald, Akzishinterziehung, verbotenen Salzhandel und unerlaubten Weinausschank vor und ordnete eine Untersuchung an. Diese bestätigte zwar die Übertretungen, mußte aber auch gelten lassen, daß sie größtenteils im guten Glauben geschehen waren. Mit den Glasern wurde ein Vergleich geschlossen, der das Pachten für die Hütte auf Ostern 1759 vorverlegte. Sie blieben im übrigen strafflos; einige durften weiterhin auf dem Mittelberg wohnen und arbeiten. Für die aufgegebenen Werkstätten bezahlte die Markgrafschaft ein Abstandsgeld von 1500 Gulden. Der Vergleich wurde unterschrieben von dem Hüttmeister *Jakob Unsin* und den Meistern *Bernhard Braxmeier*, *Thomas Schmid*, *Johannes Sigwarth*, *Johannes Meyer* und *Johannes Sigwarth II*⁵.

Offensichtlich war die Markgräfl. Verwaltung zunächst unschlüssig, wie mit der Glashütte weiter verfahren werden sollte. 1758 verhandelte man wieder mit den Meistern *Jakob Unsin* und *Bernhard Braxmeier* über einen neuen Vertrag, der aber nicht zustande kam. Im Sommer 1760 wurde schließlich die Hütte an den Gaggenauer Oberschultheißen *Franz Anton Rindenschwender* verpachtet, der sie mit 6 bis 8 Werkstätten auf 12 Jahre betrieb. 1772 verlegte Rindenschwender die Glashütte nach Gaggenau⁶. Damit war die Glasproduktion auf dem Mittelberg zu Ende.

2. Die Stifter des Bildstöckchens

a) *Bernhard Braxmeier und Agatha Braxmeier; geb. Sigwarth:*

Bernhard Braxmeier (er selbst schrieb seinen Namen auch „Praxmayer“) stammte nach der Inschrift aus Falkau im Hochschwarzwald. Im Taufbuch der katholischen Pfarrei St. Johann in Saig ist seine Geburt für das Jahr 1708 verzeichnet. Seine Eltern, das Ehepaar *Johannes Braxmeier* und *Ursula Jegler* (Jäckler) aus Falkau, hatten zehn Kinder, fünf Söhne und fünf Töchter, die zwischen 1692 und 1715 geboren wurden⁷.

Über die Jugendzeit und Ausbildung *Bernhard Braxmeiers* ist nichts näheres bekannt. Seine Ausbildung als Glasmacher erhielt er wahrscheinlich bei der benachbarten „Rotwasser-Glashütte“ (Altglashütten). Vermutlich

sammelte er in seinem Heimatort bei der Brennholztrift zum ehemaligen Eisenwerk Eberfingen, am Unterlauf der Wutach gelegen, auch Erfahrungen als Flößer. Auf dem Mittelberg ist er – 28 Jahre alt – erstmals nachweisbar mit dem Heiratseintrag im Eheregister der Kath. Pfarrei St. Georg in Völkersbach. Am 6. Februar 1736 fand die Hochzeit statt von *Bernhard Braxmeier* mit *Agatha Sigwarth*. Die Braut war eine Tochter des Glasmeisters *Michael Sigwarth* und dessen Ehefrau *Maria Diem*; ihre Geburt ist im Kirchenbuch Völkersbach für das Jahr 1714 auf dem Mittelberg nachgewiesen. Trauzeugen waren die Glasmacher *Joseph Sigwarth* und *Thomas Schmid* aus Mittelberg⁸.

Dem Ehepaar wurden zwischen 1737 und 1753 neun Kinder geboren, fünf Söhne und vier Töchter. Vier der neun Kinder (zwei Söhne und zwei Töchter) verstarben im Kindesalter. Die Ehefrau *Agatha Braxmeier*, geb. *Sigwarth*, verstarb am 04. Februar 1758 im Alter von 44 Jahren.

Bernhard Braxmeier heiratete im Alter von 50 Jahren am 24. Juli 1758, erneut in Völkersbach, *Agnes Schmid*, die achtzehnjährige Tochter des Glasmachermeisters *Nikolaus Schmid*. Trauzeugen waren der Glasmachermeister *Thomas Schmid* aus Mittelberg und der Bauer *Joseph Götz* aus Moosbronn. Im Traueintrag bezeichnete der Pfarrer *Bernhard Braxmeier* als „Witwer und Glasmachermeister, ehemaliger Hüttmeister, Herzogl. Württemberg. Floßmeister, noch auf dem Mittelberg wohnend“. Dem Ehepaar wurde am 10. Juni 1759 ein Sohn *Johannes* geboren; damit enden die Einträge über die Familie *Braxmeier* im Kirchenregister Völkersbach.

b) *Michael Sigwarth*

Michael Sigwarth kam sehr wahrscheinlich von der Rotwasser-Glashütte (Altglashütten), als er 1702 von *Peter Schmid*, einem Mitbegründer der Mittelberger Glashütte, ein Achtel von dessen Anteilen übernahm². Er kam als junger Mann auf den Mittelberg; 1699 hatte er in St. Blasien eine Glasmachertochter geheiratet.

Nach einer Aufstellung im Taufbuch der Pfarrei Völkersbach hatte das Ehepaar *Michael Sigwarth* und *Maria Diem* sieben Kinder, vier Söhne und drei Töchter, die zwischen 1702 und 1722 das Licht der Welt erblickten. Die 1714 geborene *Agatha*, die spätere Ehefrau des *Bernhard Braxmeier*, war die zweitjüngste Tochter⁸.

Ein Sohn mit dem Vornamen des Vaters kam auf dem Mittelberg nicht zur Welt und taucht auch in keinem Kirchenbucheintrag auf. Von einer weite-

ren in Mittelberg ansässigen Familie Sigwarth (Joseph Sigwarth und Ehefrau Eva, geb. Schmid) ist ebenfalls kein Sohn namens Michael nachweisbar⁸.

Mit *Michael Sigwarth* auf dem Bildstöckchen muß demnach der *Vater* von *Agatha Braxmeier* gemeint sein, der allerdings nicht auf dem Mittelberg geboren wurde und zum Zeitpunkt der Errichtung des Denkmals bereits verstorben war. Der Tod von Michael Sigwarth, Glasmacher auf dem Mittelberg, ist im Sterberegister der Pfarrei Völkersbach für den *15. Oktober 1750* nachgewiesen.

c) *Hans Braxmeier*

Die Person des *Hans Braxmeier* ist ebenfalls nicht ohne weiteres zu erschließen. Das Ehepaar Bernhard und Agatha Braxmeier hatte keinen gleichnamigen Sohn; der Sohn Johannes stammte aus der zweiten Ehe und wurde erst 1759, Jahre nach Stiftung des Bildstockes, geboren. Ein Johannes oder Hans Braxmeier ist in den kirchlichen oder staatlichen Quellen zum Mittelberg nirgends feststellbar. Höchstwahrscheinlich ist deshalb *Hans Braxmeier* mit dem Vater von Bernhard Braxmeier identisch. *Johannes Braxmeier* ist als Bernhards Vater in den Saiger Kirchenbüchern eindeutig nachweisbar; er verstarb in Falkau am *4. Februar 1737* als Witwer⁷.

Diese persönlichen Zusammenhänge ergeben eine inhaltliche Geschlossenheit der Bildstock-Inschrift: Das Stifter-Ehepaar *Bernhard* und *Agatha Braxmeier* ließ zu den eigenen Namen die Namen der Väter setzen. Der genannte Geburtsort bezieht sich dabei jeweils nur auf Stifter bzw. Stifterin. Johannes Braxmeier ist ebensowenig in Falkau geboren wie Michael Sigwarth in Mittelberg.

3. Hinweise zum persönlichen Umfeld

a) *Braxmeier in Falkau*

Das Falkauer Hochtal, im Fürstl. Fürstenbergischen Herrschaftsgebiet gelegen, wurde erst nach dem Dreißigjährigen Krieg besiedelt. Die Erschließung läßt sich archivalisch lückenlos verfolgen⁹. Grund der Besiedlung war die große Holznachfrage aus diesem noch urwüchsigen Waldgebiet im Besitz des Fürsten zu Fürstenberg. Das Holz ging einerseits an die Rotwasser-Glashütte (Altglashütten), in großem Umfang aber auch ab

1651 über Haslach und Wutach per Trift zum Eisenwerk Eberfingen, an der Wutach, unterhalb Stühlingens gelegen¹⁰.

Zwischen 1651 und 1680 wurden jährlich 30 000 bis 40 000 rm aus dem Falkauer Wald geflößt, 1685 waren die dortigen Vorräte erschöpft. Die Flößerei verlagerte sich bis 1706 in die fürstenbergischen Waldungen rechts des Seebachs zwischen Titisee und Feldsee und in den Bereich des Feldsees selbst. Jährlich gingen weitere 42 000 rm in diesem Zeitraum auf dem Wasserweg nach Eberfingen¹¹.

Die parallele Ansiedlung der Holzhauer und Flößer in Falkau diente dazu, die kahlgelegten Waldböden in landwirtschaftliche Nutzflächen umzuwandeln. Hierin schien das besondere Interesse der Standesherrschaft zu liegen. Die Erlaubnis zum Hausbau mit „Platz und Bezirk“ wurde den Siedlern in den Jahren 1658 erstmals und in den Folgejahren ab 1664 jährlich bis 1672 erteilt, offenbar abgestimmt auf die fortschreitende Kahlliegung. Die bis dahin Zugezogenen konnten im Jahre 1672 ihre ganzen „Feld- und Weidgangsbezirke“ kaufen⁹.

Am 12. August 1665 erhielt u. a. *Hans Jägler* (Jäckler) aus Viertäler (Titisee) eine Bauerlaubnis für Falkau; er war vermutlich der Schwiegervater des *Johannes Braxmeier*. Bis 1672 sind Personen mit dem Namen Braxmeier in Falkau nicht erwähnt, sie sind wohl erst später zugezogen. Vermutlich kam Johannes Braxmeier als Holzhauer und/oder Flößer nach Falkau, der Herkunftsort ist unbekannt.

b) *Michael Sigwarth in Mittelberg*

Wie bereits erwähnt, übernahm *Michael Sigwarth* im Jahre 1702 vom Mitbegründer der Glashütte auf dem Mittelberg, Peter Schmid, ein Achtel von dessen Anteilen. Bei der ersten Verlängerung des Bestandsakkords 1718 um weitere 15 Jahre waren *Johann Schmid*, *Michael Sigwarth* und *Melchior Schmid*, ein Sohn des Peter Schmid, die vertragschließenden Glasmeister².

1722 verstarb der bisherige Obermeister Johann Schmid. Sein Sohn Joseph Schmid folgte ihm in dieser Funktion nach. Die Glashütte war inzwischen so gewachsen und aufgeblüht, daß die übliche genossenschaftliche Organisation mit insgesamt 10 Stellen geschaffen und die Besitzverhältnisse der Miteigentümer neu geregelt wurden. Die Anteile waren folgendermaßen zugeteilt:

– Joseph Schmid, Obermeister (Sohn des Mitgründers Johann Schmid)	4 Stellen
– Joseph Sigwarth (Schwager des Obermeisters)	1 Stelle
– Joseph Sigwarths verstorbener Tochtermann	1 Stelle
– Melchior Schmid (Sohn des Mitgründers Peter Schmid)	1 Stelle
– <i>Michael Sigwarth</i>	2 Stellen
– Thomas Mahler	1 Stelle

Der 1733 auslaufende „Bestandsakkord“ wurde nach längeren Verhandlungen mit einem umfassenden Vertrag vom 18. März 1732 über 30 Jahre von Martini 1733 bis Martini 1763 verlängert.

Die Glashütte hatte danach jährlich 500 Gulden Pacht zu bezahlen; die für den Markgräfl. Hof in Rastatt erforderlichen Glaswaren mußten zu vereinbarten Vorzugspreisen geliefert werden. Die Glasmeister konnten die Hütte ansonsten frei bewirtschaften.

Für die Hütte benötigtes Brennholz wurde vom Markgräfl. Oberforstamt schlagweise angewiesen, ebenso das für die Gewinnung der Pottasche notwendige Brennmaterial. Holz für den privaten Hausbrand wurde streng getrennt vergeben und mußte ebenso wie die Nutzung der Eichelmast als Schweinefutter (Eckerich) gesondert und teurer bezahlt werden. Die bisher für die landwirtschaftliche Nutzung ausgestockte Fläche durfte noch etwas erweitert werden, die übrigen Waldteile sollten nach der Holznutzung wieder dem Wald überlassen bleiben. Für die zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen wurde der übliche „Neubruch-Zehnt“ erlassen. Das Vieh durfte auf den ausgewiesenen Weideflächen, ebenso wie in den erlaubten Waldteilen, geweidet werden. Die Einwohner wurden streng vor Wilderei gewarnt; sie hatten auf Anforderung den herrschaftlichen Jägern Handdienste zu leisten und mußten erlegtes Wild auf ihren Fuhrwerken zum nächstgelegenen Ort transportieren.

Die Bewohner der Glashütte waren beim Weinausschank vom üblichen „Ohmgeld“ befreit, durften aber kein öffentliches Wirtshaus betreiben. Innerhalb der Markgrafschaft genossen die hergestellten Glaswaren Zoll- und Steuerfreiheit. Bei einem Vertrieb ins „Ausland“ waren die üblichen Zölle und Steuern zu zahlen, ebenso für die eingeführten Waren oder Rohstoffe. Schließlich wurde der Pächtergemeinschaft nach Ablauf des Vertrages bei gleichen Geboten ein Pachtvorrecht eingeräumt.

Die beteiligten Glasmeister waren dieselben wie 1722, für den inzwischen verstorbenen Thomas Mahler trat dessen Witwe ein. Als Obermeister wurde *Joseph Schmid* vertraglich bestätigt, der seit dem Tod seines Vaters, des

Hüttengründers Johann Schmid, dieses Amt ausübte. Da er aber bereits wenige Tage nach Vertragsschluß, am 10. April 1732, starb (er ertrank in der Hochwasser führenden Alb bei Marxzell), beantragte seine Witwe Barbara Schmid, die Obermeisterstelle ihrem Bruder, *Andreas Sigwarth*, „einem erfahrenen Glasmacher“ zu übertragen.

Unter seiner Leitung entwickelte sich die Hütte offensichtlich gut. In einem Schreiben vom 13. April 1746 boten die Glasmacher, zur Sicherung der Holzversorgung für ihren Betrieb, den selben Holzpreis wie die Flößer. Das Schreiben trägt die Unterschriften der Glasmeister, die teilweise im Erbgang zu Mitbesitzern aufgerückt waren: *Andreas Sigwarth* als Hüttmeister, daneben *Thomas Schmid*, *Michael Sigwarth*, *Nikolaus Schmid*, *Joseph Sigwarth* und *Eva Schmid*².

Demnach dürfte *Michael Sigwarth* bis zu seinem Tod am 15. Oktober 1750 seine Anteile an der Glashütte besessen haben. Seine Witwe *Maria*, geb. *Diem*, verstarb am 22. November 1753⁸. Ihr Schwiegersohn *Bernhard Braxmeier* stieg vermutlich im Erbgang zum mitbesitzenden Glasmeister auf.

4. Hinweise zur Stiftung

Über die Gründe der Stiftung kann nur spekuliert werden. Es sind Dank- und Bittmotive denkbar, möglicherweise auch eine Mischung beider. Nach dem Tod von *Michael Sigwarth* zählte das Ehepaar *Braxmeier* zu den einflußreichen Glasmacherfamilien auf dem Mittelberg, es gehörte zu den Mitbesitzern der Glashütte. *Bernhard Braxmeier* übernahm nach dem Tod des Hüttmeisters *Andreas Sigwarth*, 1751, für einige Zeit die Leitung der Hütte. Ein dankbares Gedenken, auch für die verstorbenen Väter, war sicherlich einer der Gründe für die Stiftung.

Bittmotive sind ebenfalls reichlich denkbar. Möglicherweise war für vorausschauende Mittelberger bereits zu erkennen, daß eine weitere Verlängerung des Glashüttenbestandes wenig wahrscheinlich war. Wenige Jahre später verdichtete sich dies zur Gewißheit, nachdem die Markgräfliche Verwaltung nach 1755 begann, die Schäden durch die Glashütte zu bilanzieren. Aber auch die Bitte um Schutz und Segen für den familiären Bereich könnte ein Grund gewesen sein. Schließlich sind 1745 sowie 1750 innerhalb weniger Tage drei Kinder der Familie gestorben, im Oktober 1750 verstarb *Michael Sigwarth*, Vater und Schwiegervater.

Sicher nachweisbar ist, daß das Bildstöckchen auf einer Wiese erstellt wur-

de, die im Eigentum von *Bernhard Braxmeier* stand. Im Jahre 1754 richtete er an die Markgräfl. Verwaltung die schriftliche Bitte, eine Ödfläche, die an sein Wiesengrundstück anstößt, zu kaufen und zu einer Wiese umwandeln zu dürfen. Dieser Bitte wurde entsprochen¹¹.

Wichtiger ist ein Vertrag vom 20. Juni 1758¹², in dem er an drei Bernbacher Bürger Wiesengrundstücke in einer Größe von drei Morgen, drei Viertel, 32 Ruthen (ca. 1,4 ha) für zusammen 2000 Gulden zu verkaufen verspricht. Das Grundstück, aus zwei Teilen bestehend, „unten an der Schnee bach und oben an den herrschaftl. Mittelberger Wald stoßend, am Frauenalber Fußweg gelegen mit einem . . . eigenen Brunnen zur Wässerung“, ist zweifellos der Standort des Bildstöckchens. Nebenbei sei bemerkt, daß dieser Verkauf am Einspruch der Markgräfl. Verwaltung scheiterte, die das Grundstück später selber erwarb.

Der obengenannte Vertrag macht darüber hinaus deutlich, daß die Verkäufe mit der planmäßig betriebenen Abwanderungsvorbereitung des Bernhard Braxmeier in Verbindung standen. Die erste Hälfte des Kaufpreises sollte innerhalb sechs Wochen bar bezahlt werden, die zweite Rate am Michaelstag des nächsten Jahres (29. Sept. 1759). Braxmeier behielt sich für die obere Wiese für 1758 noch das Recht zum „einheuen und einöhmden“ vor, dafür wollte er den Käufern im folgenden Jahr den „vorrätig habenden Viehdung auf dem Mittelberg gratis überlassen“. Daraus wird deutlich, daß seine Abwanderung für 1759, dem im Vergleichsvertrag bestimmten Ende der Glashütte, fest geplant war.

In einem Schreiben vom 29. Dezember 1758, gemeinsam mit dem amtierenden Obermeister Jakob Unsin unterschrieben (der mit der Witwe des 1751 verstorbenen Obermeisters Andreas Sigwarth verheiratet war), an den „hochedelgeborenen und hochgelehrten Herrn Hofrat“ lehnen beide ein Angebot ab, ihnen „das sich noch auf allhießigem Mittelberg befindliche Buchen Holtz zum Verglasen in der Staigerung zukommen zu laßen“ mit der Begründung, daß ihnen dazu die finanziellen Mittel fehlten und daß sie in diesem Fall „nicht nur von anderen Glaßmeistern, sondern von gantzer hießigen Revier nichts alß Feindschaft und Vertruß zu erwarten hätten“. Damit endete der bereits erwähnte Versuch der Markgräfl. Hofkammer, den Glasbetrieb auf dem Mittelberg in kleinem Umfang und mit genehmen ansässigen Glasmeistern nach Ablauf der Vertragszeit fortführen zu können¹³.

5. Bernhard Braxmeier als Glasmeister auf der Gengenbacher Hütte in Nordrach

Mit dem sich abzeichnenden Ende der Mittelberger Glashütte begann *Bernhard Braxmeier* sich nach einem anderen Arbeitsplatz umzusehen. Offenbar im Jahre 1758 führte er Verhandlungen mit der Abtei Gengenbach wegen einer Beteiligung an der Glashütte in Nordrach. Um die Jahreswende 1758/59 wurde ein Vertragsentwurf festgeschrieben, nach dem er im Frühjahr 1759 zwei Werkstätten dieser Glashütte übernehmen sollte mit allen Pflichten und Rechten, welche auch den übrigen „Glasmitmeistern und Hauptbeständern“ oblagen.

Es wurde ihm bei der Werkstätte ein Haus als Wohnung eingeräumt, dazu sollte er die zum Haus gehörenden Gärten, Äcker, Wiesen und Felder zur Bewirtschaftung erhalten. Wasser und Weide für das Vieh sollte er ohne weiteres Entgelt nutzen dürfen. Es wurde ihm freie Wirtschaft, freier Handel und Wandel zugestanden. Nach Ablauf der Pachtzeit sollten er und seine Familie, wie auch weitere bei ihm beschäftigte Personen, mit ihrem Besitz und Vermögen freien Abzug erhalten. Eine Unterverpachtung der Werkstätten durch ihn – wie auch durch seine Frau – war möglich. Als Gegenleistung hatte er eine jährliche Pacht von 150 Gulden „in gut und gangbarer Reichs- und Landeswährung“ zu bezahlen. Abschließend wurde vereinbart, daß er innerhalb eines Probejahres, spätestens zum Frühjahr 1760, aus dem Vertrag aussteigen dürfe; sollte er diese Frist aber verstreichen lassen, bis zum Ende der Pachtlaufzeit (1765) auf der Hütte bleiben müsse¹⁴.

Der letztlich abgeschlossene Vertrag ist nicht bekannt. Sicher ist aber, daß Bernhard Braxmeier nur kurze Zeit an der Nordracher Glashütte beteiligt war und die vorgesehene kurzfristige Ausstiegsmöglichkeit nutzte. Aus einer Anmerkung im Vertragsentwurf kann man entnehmen, daß er von vorneherein mit Schwierigkeiten seitens der übrigen Glasmeister wie auch mit Problemen bei der Glasherstellung rechnete.

6. Bernhard Braxmeier als „Württemb. Holz- und Floßmeister“

In dem Mittelberger Vertrag vom 20. 06. 1758 zwischen Bernhard Braxmeier und drei Bernbacher Bürgern¹³ wird ersterer bezeichnet als „Herrschaftl. Württembergl. Holtz- und Flotzmeister vormahlen auf dem Mittelberg wohnhaft“. Die gleiche Berufsangabe findet sich auch im Völkersbacher Eheregister beim Eintrag vom 24. Juli 1758⁸. Tatsächlich arbeitete Bernhard Braxmeier bereits seit längerer Zeit auch im Holz- und Floßge-

werbe. Er übte diese Tätigkeit aus in Zusammenarbeit mit seinem älteren Bruder, *Lorenz Braxmeier*, der ein gefragter und vielbeschäftigter Brennholzflößer war.

Lorenz Braxmeier wurde 1692 in Falkau geboren und war 16 Jahre älter als sein Bruder Bernhard. Das Flößerhandwerk erlernte er vermutlich bei der Brennholztrift aus den heimatlichen Falkauer Wäldern zum Eisenwerk Eberfingen über die Bäche Haslach, Gutach und Wutach.

Aktenkundig ist der am 4. Juli 1739 in Karlsruhe abgeschlossene Vertrag mit *Samuel Burckhard*, Bankier aus Basel, als dessen Holz- und Floßmeister sich *Lorenz Braxmeier* auf 15 bzw. 18 Jahre verpflichtete, um dessen „Holzakkord“ mit der Markgräfl. Durlach'schen Verwaltung auf der Ettlinger Alb und deren Nebenbächen, hauptsächlich zur Brennholzversorgung der Residenzstädte Karlsruhe und Durlach, durchzuführen. Er sagte darin zu, spätestens im Frühjahr 1740 seine Arbeit im Albtal aufzunehmen, was auch geschah¹⁵. Gleichzeitig nahm er seinen Familienwohnsitz im Albtal, zuerst in Herrenalb und ab etwa 1748 in Frauenalb.

Anscheinend war Lorenz Braxmeier durch dieses Geschäft nicht ausgelastet, dazu tüchtig und bekannt, denn 1744 überprüfte er für die Württembergische Rentkammer die Scheiterholzflößerei im Uracher Forst sowie auf Wieslauf und Rems, wo auf seinen Vorschlag und unter seiner Leitung 1744/45 der bekannte Ebnisee bei Welzheim gebaut wurde¹⁶.

Mit Vertrag vom 03. November 1749 übertrug die Württembergische Rentkammer dem Floßmeister *Lorenz Braxmeier* und seinem Bruder *Bernhard Braxmeier* die Leitung der Scheiterholzflößerei auf der Enz. Aus den Forsten Altensteig, Wildbad und Neuenbürg sollten ab Martini 1749 für die Dauer von 12 Jahren jährlich mindestens 7000 Klafter Brennholz auf der Enz und ihren Nebenbächen nach Vaihingen und Bissingen getriftet werden. Das angeflößte Holz wurde in „Holzgärten“, großen Holzlagerplätzen, an Land gezogen, in Klafterbeugen aufgeschichtet und an Ort und Stelle verkauft, zur Brennholzversorgung der Bevölkerung des württembergischen Unterlandes.

Vertragsgemäß begannen die Gebrüder Braxmeier sofort mit der Einrichtung der Scheiterholztrift. Sie hatten dafür zu sorgen, daß das Holz rechtzeitig eingeschlagen, zum Floßbach gefahren oder geriest, in den Floßbach eingeworfen und an die „Holzgärten“ getriftet wurde. Die Kosten für Hauen und Transport des Holzes vom Wald zur Enz trug die Württembergische Rentkammer. Für Flößen, Ausziehen und Aufbeugen des Holzes erhielten die Unternehmer 2 Gulden je Klafter Brennholz frei Bissingen. Um die

Holzvorräte in den herzoglichen Kameralwaldungen zu schonen und zu strecken, suchte Braxmeier vertragsgemäß Holzlieferungen von Gemeinden und Privatwaldbesitzern aufzutreiben und schloß mit ihnen langfristige Lieferverträge ab. Bei Nonnenmiß unweit von Enzklösterle wurde von der Württembergischen Rentkammer eine „Behausung“ zur Leitung und Überwachung der Flößereigeschäfte neu errichtet. Die Brüder Braxmeier erhielten darin vertragsgemäß eine Stube und eine Kammer sowie einen Pferdestall und einen halben Morgen Wildfeld zur Anlegung eines Küchengärtleins kostenlos zugewiesen. Während der Holzeinschlags- und Triftsaison mußte immer einer von ihnen vor Ort anwesend sein, um die Arbeiten zu überwachen. Ihre Familienwohnsitze verlegten sie aber nicht in diese Einöde, sondern behielten sie in Frauenalb bzw. Mittelberg bei.

Der Flößereibetrieb verlief plangemäß und erfolgreich und wurde schließlich bis zum Jahre 1764 verlängert. Im Durchschnitt wurden jährlich 6700 Klafter (über 26 000 Ster) geflößt, eine gewaltige organisatorische Leistung und annähernd die vertraglich festgelegte Menge. Als 1764 der Vertrag auslief, setzte die Herzogliche Rentkammer dem „in bishero viele Jahre hindurch geleisteten, guten Diensten entkräfteten alten Floz-Meister“ auf Lebenszeit eine jährliche Pension von 200 Gulden nebst einer Pferderation aus, welche die Calwer Holländer Holzkompanie als Vertragsnachfolgerin jährlich noch mit 50 Gulden aufbessern mußte¹⁸. Lorenz Braxmeier lebte bis zu seinem Tod am 10. September 1771 in Frauenalb.

Welchen Anteil *Bernhard Braxmeier* an diesem Holz- und Flößereigeschäft nahm, läßt sich nur schwer bestimmen. Vermutlich sollte er den im Flößereiwesen kompetenten, aber wesentlich älteren Bruder Lorenz unterstützen und bei Krankheit oder Tod als kurzfristige Vertretung einspringen. Bei Abschluß des auf 12 Jahre angelegten Vertrags war Lorenz Braxmeier immerhin bereits 57 Jahre alt, Bernhard hatte erst die 40 überschritten. Diese Unterstützung erfolgte vermutlich besonders in den ersten Jahren der Vertragslaufzeit, später erforderte wohl sein Miteigentum an der Mittelberger Glashütte die Konzentration auf diese Aufgabe. Stellvertretend übernahmen in den späteren Jahren Lorenz Braxmeiers Sohn Benedikt (später Wirt in Bickensohl und mit einer Enkelin Michael Sigwarths verheiratet) sowie sein Schwiegersohn, der aus Breitnau im Hochschwarzwald stammende Jakob Imberi (Pächter des Frauenalbbischen Getrudenhofs bei Marxzell und später des Metzlinchwander Hofs) diese unterstützende Aufgabe.

7. „Ruhestand“ in Oppenau

Aus einem bereits erwähnten Schreiben des Bernhard Braxmeier an die Markgräfl. Badische Hofkammer in Rastatt vom 29. Dezember 1758 geht u. a. hervor, daß er offenbar kurz zuvor das „Sauerbrunnen-Gut im Griebach“ von zwei Straßburger Besitzern erworben hatte¹³. Nach seinem Abzug aus Mittelberg und seiner kurzzeitigen Übersiedlung zur Glashütte Nordrach bewohnte er dieses Gut offensichtlich mit seiner Familie. Im Taufbuch der Pfarrei St. Johann in Oppenau wurden am 04. April 1763, am 07. September 1764 und am 31. Januar 1769 die Taufen der Söhne Fidel, Ludwig und Bernhard eingetragen. Als Eltern werden „Bernhard Braxmeier und Agnes Schmid, Bürger und Eheleute in Griesbach“ (beim Eintrag 1764: „in Oppenau“) genannt²⁰.

Daß Bernhard Braxmeier von der Nordracher Glashütte nach Oppenau umgezogen war und dort Bürgerrecht genoß, bestätigen auch andere Vorgänge¹⁹:

Am 21. August 1765 berichtete der Neustädter Obervogt an das Fürstenhaus in Donaueschingen, daß von den beiden Brüdern Lorenz und Bernhard Braxmeier, Glasmeister aus Falkau, der erstere in Frauenalb lebe, der andere dagegen von der Gengenbacher Glashütte nach Oppenau gezogen sei. Dem Vernehmen nach hätten sie ein namhaftes Vermögen von mehreren tausend Gulden erworben, seien aber bis jetzt noch nicht aus der Leibeigenschaft entlassen worden. Auf diesen Bericht hin forderte die Fürstenbergische Verwaltung die beiden Brüder im Namen des Fürsten Joseph Wenzel auf, sich aus der Leibeigenschaft zu lösen, zunächst ohne Erfolg.

Eine Zugriffsmöglichkeit bot sich für die Fürstl. Fürstenbergische Verwaltung, als am 04. Mai 1771 die kinderlose Witwe Agatha Villinger, geb. Braxmeier, in Falkau verstarb, eine Schwester der Gebrüder Braxmeier. Erbberechtigt waren acht Geschwister bzw. deren Erben, jeder der acht Erbteile belief sich auf rund 174 Gulden.

Wegen der Manumission von Bernhard Braxmeier wandte sich der Neustädter Obervogt Scherer nun an den Schultheißen in Oppenau, Eggenfels. Dieser bestätigte, daß der Genannte in Oppenau bürgerlich aufgenommen worden sei. Die Manumission könne aber Fürstenberg nicht viel bringen, da Braxmeiers Eltern selig „von geringem herkommen, noch weniger vermögend gewesen sey, maßen Er besagter Braxmeier ein Kleiner bub von ermelten dessen Eltern aus einer in einem waldt damahlen gehabtten hütten in die frembde, bey Anderen Leuthen Brot zu suchen gekommen“ sei und und mithin sein Vermögen von daheim keinen einzigen Gul-

den ausgemacht habe. Diese Äußerung war sicher aus gegebenem Anlaß schwärzer gefärbt als es den Tatsachen entsprach, ist aber der einzige Anhalt zur Jugendzeit des Genannten. Er teilt Obervogt Scherer weiterhin mit, daß das, was er in langer schwerer Arbeit mit Fleiß, Mühe und Schweiß verdient habe, durch allerlei „Fatalitäten“ in den letzten zehn Jahren stark vermindert worden sei. Darum würde er das Erbe dringend benötigen, wenn er aber wegen der Manumission etwas schuldig sei, solle man es vom Erbgut abziehen.

Die Angelegenheit zog sich hin und Bernhard Braxmeier verstarb unterdessen, vermutlich im Jahre 1773²¹. Sein Schwiegersohn, der Oberkircher „Stadtgerichts-Zwölfer“, Franz Xaver Ehret, setzte ab 1773 den Schriftverkehr mit der fürstl. Verwaltung fort. Den Erben teilte die Neustadter Vogtei schließlich mit, daß der Fürst willens sei, 100 Gulden auszahlen zu lassen, der Rest aber als Manumission, Abzug und zur Strafe einbehalten werde.

Quellen und Anmerkungen

- 1 Badische Neueste Nachrichten vom 21.07.1988: „Bild des heiligen Hubertus ersetzte die Marienfigur“.
- 2 GLA Karlsruhe, Abt. 229/67829 („Bestandsakkorde“ vom 9. Mai 1698, 20. Sept. 1718 und 18. März 1732, sowie Antrag vom 13. April 1746).
- 3 In den Völkersbacher Kirchenbüchern sind folgende Südschwarzwälder Herkunftsorte genannt: Knobelwald (St. Peter), Neustadt, Rotwasser (Altglashütten), Falkau/Saig, Gündelwangen (Bonndorf), Lenzkirch, Villingen.
- 4 Metz, R.: Mineralogisch-landeskundliche Wanderungen im Nordschwarzwald, 1977, Seite 125/126.
- 5 Moser, L.: Badisches Glas – Seine Hütten und Werkstätten. Wiesbaden 1969, Seite 21–23.
- 6 Humpert, Th.: Die Gaggenauer Glashütte. In: Die Ortenau, 14/1927.
- 7 Erzbischöfl. Archiv Freiburg (EAF): Tauf-, Ehe- und Sterberegister der Kath. Pfarrei St. Johann in Saig.
- 8 EAF: Tauf-, Ehe- und Sterberegister der Kath. Pfarrei St. Georg in Völkersbach.
- 9 Wohleb, J.L.: Zur Besiedelungsgeschichte des Falkauer Hochtals. In: Alemannische Heimat, Nr. 10, Jg. 6, 27./28. Mai 1935.
- 10 Stoll, H.: Das Eisenwerk Eberfingen und dessen Holzversorgung. In: Alemannisches Jahrbuch, 1954, S. 238–278.
- 11 GLA Karlsruhe, Abt. 229/67871.
- 12 GLA Karlsruhe, Abt. 229/67846.
- 13 GLA Karlsruhe, Abt. 229/67830.
- 14 GLA Karlsruhe, Abt. 229/75681 (Nordrach).
Kirn, Chr.: Glashüttenbetrieb und Kobaltwerke in Nordrach. In: Die Ortenau, 36/1956.
Moser, L.: Badisches Glas. 1969, S. 18–20. Moser nennt das Jahr 1741 für den Eintritt Braxmeiers in die Glashütte Nordrach. Der nicht datierte Vertragsentwurf läßt aber aufgrund der zeitlich bestimmten Ausstiegs Klausel zweifelsfrei auf eine Abfassung um die Jahreswende 1758/59 schließen.

- 15 GLA Karlsruhe, Abt. 74/2296.
Scheifele, M.: Die Flößerei auf der Ettlinger Alb. Gernsbach 1993, S. 48–74.
- 16 *Scheifele, M.*: Als die Wälder auf Reisen gingen. Karlsruhe 1995, S. 257.
- 17 GLA Karlsruhe, Abt. 139/65, „Wildbader Scheiterholz-Floßakkord“.
- 18 *Scheifele, M.*: Als die Wälder auf Reisen gingen. Karlsruhe 1995, S. 258.
- 19 *Vetter, A.*: Feldberg im Schwarzwald. Gemeinde Feldberg 1982, S. 158–159.
- 20 EAF: Tauf-, Ehe- und Sterberegister der Kath. Pfarrei St. Johann in Oppenau.
- 21 EAF: Im verfilmten Sterberegister der Pfarrei St. Johann, Oppenau, besteht zwischen 1771 und 1843 eine Lücke, das genaue Sterbedatum von Bernhard Braxmeier konnte nicht festgestellt werden.

Auswirkungen der Französischen Revolution auf die beiden Gemeinden Unter- und Oberachern im Jahre 1789

Hans-Martin Pillin

Die revolutionären Ereignisse in Paris, die mit der Erstürmung der Bastille, dem Symbol des französischen Absolutismus, am 14. Juli 1789 einen ersten Höhepunkt erreicht hatten, zeigten bereits am 18. Juli 1789 ihre Wirkung in Straßburg, wo die Bevölkerung der Stadt zunächst die vom Rat beschlossene Aussetzung der Steuer erzwang, die auf die ohnehin hohen Fleischpreise erhoben worden war. Als das Gerücht in Umlauf kam, die Aussetzung der Fleischsteuer werde rückgängig gemacht, stürmte eine aufgebrachte Menge am 21. Juli 1789 das Straßburger Rathaus, warf Akten aus den Fenstern, raubte das Geld und befreite Inhaftierte.

Kaum einen Monat später erreichten die Unruhen in Frankreich, wo in der Sitzung der Nationalversammlung am 5. August 1789 sämtliche Privilegien abgeschafft wurden und am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte verkündet werden sollten, die Reichslandvogtei Ortenau und dort besonders den Gerichtsbezirk Achern.

Über die Vorgänge in Achern vom August 1789 sind wir sehr genau informiert über das Familienbuch des Renchener Kaufmanns Franz Ignaz Geck (bzw. Goegg), das dieser im Jahre 1839 anlegte und in dem er auch das festhielt, was ihm sein Vater, der Fautenbacher Kreuzwirt Sebastian Geck (1753–1823), von den Unruhen in der Ortenau im Hochsommer 1789 mitgeteilt hatte. Der uns zunächst interessierende Passus in besagtem Familienbuch hat folgenden Wortlaut¹: „Am 18. August 1789 brach eine Revolution im Gericht Achern aus. Einige frechen unartigen Bürger, besonders von Oehnsbach, waren die Urheber. Ohne jedoch besonders zu wissen, was sie eigentlich wollten oder waß am besten, versammelten sich eine Masse Unruhestifter von den Orten Oehnsbach, Fautenbach, Gamshurst, Oberachern vor dem Amtshaus, Vogtei, in Achern. Der damalige Vogt Fabert wurde sehr mißhandelt, der ruhig sein wollende Bürger wurde unter Antrohung, mishandelt zu werden, aufgefordert sich anzuschließen und mitzumachen. Ungefähr eine Masse von 2–3000 Menschen mit Gewehre, Senzen, Eisengabeln, etc. bildeten den Zug, welcher von Achern nach Offenburg gehen sollte, hier bey der Ober-Landvogtei die Klagen besonders gegen Vogt Fabert anzubringen und sofort die alten Rechten zu verlangen. Der Zug ging, wie gesagt, von Achern gegen Appenweier, Vogt Fabert wie ein armer Sünder in Mitte.“

Inzwischen hatte man in Offenburg Gegenmaßnahmen eingeleitet: Unter der Leitung von Oberamtsrat Kleinbrod setzte sich eine etwa 150 Mann starke österreichische Infanterie von Offenburg aus in Marsch und erwartete das „herankommende Getümmel“ unterhalb von Appenweier. Eine herausragende Vermittlerrolle übernahm nach Franz Ignaz Geck der Sekretär der Landvogtei Ortenau, Bernhard Schmiderer, der „die erhitzten Gemüther zu beruhigen suchte und unter gutem Rath, daß auf friedlich anzubringende Art mehr zu gewinnen (sei) als durch weiteres rohes Benehmen“. Schmiderers Initiative hatte vermutlich Erfolg, denn Oberamtsrat Kleinbrod verhandelte schließlich mit den Anführern des Protestzuges unter einem Baum zwischen Appenweier und Zimmern und konnte, nachdem die Beschwerden zu Protokoll gegeben waren, bewirken, daß „der Spektakel auseinander ging und jeder wieder den Weg ging, wo er hergekommen“².

Nachdem der skizzierte Protestzug offensichtlich zu Ende gegangen war, sah man sich im Oberamt der Landvogtei Ortenau genötigt, den Vorfall nach Wien zu melden. Dort wurde alsdann beschlossen, „6000 Mann Militair in die Ortenau als Exekution zu beordern“, die jedoch aufgrund folgender behördlicher Intervention verhindert werden konnte:

Der in Freiburg residierende vorderösterreichische Regierungspräsident von Greiffenegg entschloß sich zu einer Inspektionsreise in die Landvogtei Ortenau, wobei er auch nach Achern, Oberachern und Fautenbach kam, nachdem zuvor 12 Vorgesetzte aus dem Gerichtsbezirk Achern im Oberamt der Landvogtei in Offenburg „gute und bessere Besinnung und Gesinnung der Bürger“ versichert und „persönliche Bürgschaft unter eigener Verantwortlichkeit“ geleistet hatten. Der Freiburger Regierungspräsident zeigte sich erfreut über die im Gerichtsbezirk Achern vorherrschende Einsicht, die in einem Protokoll festgehalten wurde, und vertrat die Auffassung, aufgrund seiner Intervention in Wien werde von Seiner Majestät dem Kaiser „gewiß Alle Verzeihung kommen“³.

Hinter dem wohlwollenden Verhalten der kaiserlichen Behörden im Sommer und Herbst 1789 stand zweifellos die Erkenntnis, daß das Aufbegehren in der Reichslandvogtei Ortenau aus einer allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung resultiere, die man nicht einfach übergehen dürfe, wenn man künftig größere Schwierigkeiten vermeiden wolle⁴.

Welcher Art diese allgemeine Unzufriedenheit war, ergibt sich unmißverständlich aus den vom Gerichtsbezirk Achern an die höheren herrschaftlichen Verwaltungsstellen in Offenburg und Freiburg gerichteten Beschwerdepunkte, die darüber hinaus dem historisch Interessierten ein relativ genaues Bild der jeweiligen Gemeinde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vermitteln.

Ms: 16 13^{te} Ab: 1789.

Gesuche des Flekens Achern.

Der Flecken Achern

1. Punkt bittet man sich die Freyheit und in Zukunft die Gewichte und Maß vorstehet selbst auswählen zu dürfen, mit der Einschränkung, daß selbige rechtshändigen Bürgern seyn, und die hierzu erforderliche Eigenschaften besitzen.

Bürgermeister

2. Punkt der Bürgermeister möchte aller zwey Jahren umänderung erwünscht, und die Wahlung der zehn Raths-Header für selbigen, zur jährlichen Wahlung abgeändert werden. Die Wahlung der Bürgermeister ist von Alters her, jährlich bey dem alljährigen Bürgerversammlen geschehen, welche man dem nächst wieder ordentlich zu halten wünschet.

Wahlrecht des Fleckens

3. Punkt die Wergesetze möchten befestigt werden, nichtigen Tumbelß, vor allem D. P. Verordnungen und Befehlen zuwider, um selbigen das Verstumelaten Gemeinder drittellich rückwärts zu können, damit Mißverhandlung und Unzufriedenheit vermieden werden.

Der Flecken Achern

4. Punkt sollen die Wergesetze niemals so viel an Gewalt seyn zu richten, die dieser wegen Anwesenheit, nicht vorwärts zu können, so dem gemeinen Manne unerschuldig wären, sondern man möchte daß der Gemeinder einen beständigen Crustelß erwählen, und mit dessen Zusage, und Lebensversicherung an

Erstes Blatt der „Gesuche des Flekens Achern“ vom 13. September 1789 (GLA 119/819, Bl. 94)

In der Gemeinde *Achern* bzw. *Unterachern* stellte der „Ausschuß der Gemeinde“ unter dem Vorsitz von Valentin Frech am 13. September 1789 24 Beschwerdepunkte zusammen, von denen die wichtigsten erwähnt seien⁵: Zuerst erbat sich der Ausschuß der Gemeinde Achern die Freiheit, „in Zukunft die Gerichts und Orthsvorsteher selbst erwählen zu dürfen“. Dieser Forderung schloß sich das „Gesuch“ an, daß der Bürgermeister von Achern alle zwei Jahre neu gewählt und die Zahlung von zehn Reichstälern zu dessen jährlicher Besoldung abgeschafft werden solle. Diesem Ansuchen folgt ein Zusatz mit folgendem Wortlaut: „Die Erwählung des Bürgermeisters ist von Alters her jedesmal bey denen alljährigen Baurengerichteren geschehen, welche man denn auch wieder ordentlich zu halten ansuchet.“

Die zu wählenden Vorgesetzten sollten sich, so heißt es im dritten und vierten Beschwerdepunkt, stets genaue Kenntnis über die herrschaftlichen Verordnungen und Befehle verschaffen, damit sie diese der versammelten Gemeinde jeweils deutlich erklären und Mißverständnisse und Unzufriedenheit vermeiden könnten. Wohl mit Bezug auf den verhaßten Acherner Herrschaftsvogt Fabert verband man diese Forderung mit dem Hinweis, die Vorgesetzten dürften „niemals so vielen Gewalt sich zueignen“, d.h. keine selbstherrliche Entscheidung treffen, die „dem gemeinen Weesen (= Gemeinwesen) nachtheilig wäre“. Um den Machtmißbrauch der Vorgesetzten von vornherein zu verhindern, sei es deshalb angebracht, daß die Vorgesetzten sich jeweils mit einem gewählten ständigen Bürgerausschuß berieten und die Mitglieder dieses Ausschusses zur Weitergabe der gefaßten Beschlüsse an die Gemeinde einsetzten. Überdies müsse der Vogt von Achern nicht nur die ihm zugedachten Aufgaben ohne Machtanmaßung erfüllen, sondern auch die Rechnungsprüfung, die künftig alle zwei Jahre geschehen müsse, in die Hände eines von der Gemeinde Achern bestellten Viererausschusses legen. Damit habe er mehr Zeit für andere Geschäfte, z.B. zur wöchentlichen Abhaltung von drei Amtstagen, „um die Justizpflege für Auswärtige sowohl als Einheimische bewirken zu können“.

Mehrere Beschwerdepunkte beziehen sich auf die kirchlich-religiösen Verhältnisse. Im Beschwerdepunkt 5 beispielsweise heißt es, daß die Sitten, die Rechtschaffenheit und das vernünftige Betragen der Untertanen wesentlich von den Bemühungen „kluger Pfarrer“ abhängen würden. Deswegen verlange die Gemeinde Achern, daß ihre Pfarrer von höherer Stelle aus unterstützt würden und rechtschaffene und beliebte Seelsorger nur mit Einwilligung der herrschaftlichen Vorgesetzten und des Gemeindeausschusses „abgeändert“ werden dürften.

Im 8. Beschwerdepunkt forderte man die Wiederöffnung der seit dem Jahre

1788 geschlossenen Acherner Nikolauskapelle, in der dann auch wieder Gottesdienste abgehalten werden sollten. Dies sei nicht zuletzt deshalb geboten, weil der Neubau der Acherner Liebfrauenkirche bevorstehe. Um den erwähnten Kirchnerneubau preisgünstiger und mit geringeren Arbeitsleistungen verwirklichen zu können, sollte die Oberacherer Johanneskirche abgerissen und sollten deren Steine zum Neubau der Acherner Liebfrauenkirche verwendet werden. Außerdem wünschte man, daß „die Einkünfte der Johanneskirche zu Oberachern mit den Einkünften der dasiegen Pfarrkirche vereinigt würden“. Im Zusammenhang mit dem geplanten Kirchnerneubau wollte die Gemeinde auch darüber informiert werden, „ob die Zehntherrn, so in der Gemeinde den Zehnten beziehen, nicht gehalten seyen, an unsrer zu erbauenden Pfarrkirche Thurm und Chor zu bauen und zu unterhalten“. Schließlich sollte in Erfahrung gebracht werden, wo die 400 Gulden hingekommen seien, die der letztverstorbene Markgraf von Baden-Baden „der unteracherer Pfarrkirche zur Erbauung eines Altars zur Ehre des seeligen Bernhards von Baden legiert“ (= vermacht) habe.

Mißfallen erntete in der Acherner Bürgerschaft auch die Handhabung der Bürgeraufnahme. Da auswärtige Beamte jungen „Einkömmlingen“, die sich in Achern mit einer Bürgerin bzw. einem Bürger dieser Gemeinde verheiraten und damit das Acherner Bürgerrecht erlangen würden, gern einen Vermögensschein ausstellten, in dem die Vermögensverhältnisse geschönt dargestellt seien, solle in Zukunft „kein fremder Einkömmling mehr ohne Einwilligung der Vorgesetzten und des Ausschusses angenommen werden“.

Dieser Forderung lag die Erkenntnis zugrunde, daß Achern keine weiteren „unbemittelten Bürger“ verkraften könne, weil der Acherner Feldbau keine nennenswerte Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zulasse, weil ferner die steigenden Holzpreise von minderbemittelten Bürgern nicht mehr bezahlt werden könnten und weil in Achern ohnehin schon allzu viele Tagelöhner, Bettler und Felddiebe ansässig seien. Zudem herrsche auf der Gemarkung Acherns Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche sowie an Bau- und Brennholz – unter anderem aufgrund der schlechten „Bewirtung“ der unteren und oberen Großweierer Mark –. Dadurch verbiete sich auch „das so sehr beliebte System der großen Bevölkerung bey uns“ und zwinge manche Untertanen zur Auswanderung. Überdies müsse erreicht werden, „daß die denen Feldern zu nahe gelegene Allmentplätze durch arme Leuthe nicht verbauet würden, weilen durch das Geflügel dieser Leuthen die Feldfrüchten gar sehr beschädigt werden“. Bessere Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Produktion ergäben sich auch dadurch, daß „diejenigen Äcker, so wegen besserem Nutzen aus Zehntfreyen Wießen zu Äckern gemacht worden oder in Zukunft gemacht werden, Zehntfrey zu lassen“. Von Vorteil sei schließlich, wenn die Mesner und Bannwarte in

fremden Bannbezirken „keine Garben zu nehmen haben, wo die Bürger in eignen Bännen schon abgegeben haben“⁶.

Mißstände, die behoben werden sollten, sah der Acherner Bürgerausschuß auch im Marktwesen und Geschäftsleben: Auf den Acherner Wochen- und Jahrmärkten sollten die einheimischen Geschäftsleute insofern bevorzugt werden, als sie der Gemeinde Achern im Gegensatz zu Geschäftsleuten und Händlern von außerhalb kein Standgeld zahlen sollten. Des weiteren dürften in Zukunft einheimische Krämer nicht mehr durch Juden beeinträchtigt werden, die „mit Hausieren und Umtragung alter und neuer Waaren die Unterthanen nur betrügen“ würden. Man müsse deshalb den einheimischen Krämern die Erlaubnis erteilen, „selbigen die Waaren hinwegnehmen zu dörfen“.

Zum Stein des Anstoßes entwickelten sich überdies die Praktiken, die beim Salzhandel gehandhabt wurden. Der Acherner Bürgerausschuß sah sich infolgedessen genötigt, folgende Forderung aufzustellen: „Suchet die Gemeinde an, das Salz für sich selbst oder, wenn es thunlich ist, für das ganze Gericht (Achern) anzuschaffen, wo es zum vortheilhaftesten und wohlfeilsten zu haben ist: mit dem Anerbieten, Ihrer Majestät, wie zuvor, die bestimmte Summe Geldes daraus zu zahlen; nur möchte man sich von jener, so man bis daher dem Gerichte bezahlet hat, entlediget sehen“.

Im Beschwerdekatalog durfte aus der Sicht des Acherner Bürgerausschusses auch nicht die Kritik am Acherner Schullehrer fehlen, der angesichts der „Holzteuerung“ 8 Klafter Holz zuviel für die Beheizung des Schulraumes bezogen und die besagte Holzmenge im eigenen Haushalt verbraucht habe.

Im letzten Beschwerdepunkt wünschte der Acherner Bürgerausschuß im Namen der Gemeinde Unterachern, daß die strittigen Banndistrikte durch eine neue Verordnung festgelegt werden müßten.

In den 25 Beschwerdepunkten, die der *Oberacher* Bürgerausschuß unter dem Vorsitz von Bürgermeister Johannes Falk am 11. September 1789 in Gegenwart des herrschaftlichen Oberamtsrates von Kleinbrod zu Protokoll gab⁷, finden sich nur einige Parallelen zu den Forderungen, die am 13. September 1789 im benachbarten Nieder- bzw. Unterachern aufgestellt wurden. Im Mittelpunkt der Kritik aus Oberachern steht der Acherne Herrschaftsvogt Fabert, auf den sich mehr als zehn der 25 Beschwerdepunkte direkt oder indirekt beziehen. Man wirft ihm vor, daß er im Oberacher Bauerngericht „gleichsam alle Bürger als Lumpen“ bezeichnet habe, daß er für die Bürger Oberacherns, die sich bei der Ablösung der Fron-

Actum Annunzio Communitatis die 11^{te} Sept 1789

In Gegenwart der H. Obrigkeit
der Gemeinde

Actante me Segens

Comparentibus

Jacob Müller gewohnt
Christine König gewohnt
Georg Friedrich gewohnt
Jung der Joll

Jacob Hög

Nickel Zurborn

Georg Frick

Anton Dindler

Nikolaus Dübner

Alexander Bisler

Georg Frey

Georg Dumbler

Georg Bombardier

Nickel Lutz

Anton Götter

Auf der gestrichelten Linie

Erstes Blatt der „Beschwerden der Gemeinde Oberachern“ vom 11. September 1789. Auf diesem Blatt sind u.a. die Namen derjenigen Bürger Oberacherns verzeichnet, die bei der Protokollierung der 25 Beschwerdepunkte anwesend waren. (GLA 119/819, Bl. 58)

dienste über die bürokratischen Hürden beklagten, nur Spott übrig habe und „sie gar nicht achte“.

Ferner sei er gar zu wenig zu Hause und in der Vogtei, und wenn er einmal im Amt sei, dann seien so viele Amtsgeschäfte zu erledigen, daß der Vogt „bald niemals ein gutes Wort“ gebe. Garstig und autoritär habe er sich überdies bei „den zu leistenden Frohnden“ aufgeführt und Beschwerden der Frondienstleistenden barsch zurückgewiesen. Störend sei außerdem, daß in der Vogtei „die sich meldenden Partheien in Gegenwart des Botten und anderer Leüthe“ vernommen würden, die dabei nicht zuhören dürften. Zu kritisieren sei aber auch, daß von der Vogtei den Bürgern „unnöthige Kosten“ auferlegt würden, z.B. bei Holzversteigerungen oder bei der Berechnung von „Tax- oder anderer Schreibgebühren“. Nicht einsichtig sei ferner, daß in der Vogtei „An- und Verlehnungskontrakte“, die früher „auf der Stelle“ im Güterbuch verzeichnet worden seien, mit großen zeitlichen Verzögerungen registriert würden. Der Oberacherer Bürgerausschuß äußert des weiteren auch die Vermutung, daß das vor einigen Jahren beim Markgrafen von Baden aufgenommene Kapital von 8000 Gulden von der Acherner Vogtei zweckentfremdet eingesetzt worden sei.

Den breitesten Raum im Beschwerdekatalog der Gemeinde Oberachern nimmt die Darstellung der Reise dreier Bevollmächtigter der Gemeinden Oberachern, Gamshurst, Lauf, Appenweier und Nußbach nach Wien im Jahre 1786 ein, wo diese bei Kaiser Josef II. „gegen die Frohdablösung und andere Landesangelegenheiten allerunterthänigste Vorstellungen“ gemacht hätten. Dieser detaillierte Bericht ist mit massiven Angriffen gegen den Acherner Vogt Fabert verbunden wegen dessen schikanöser Verhaltensweisen in dieser Angelegenheit.

Die Oberacherer Beschwerdepunkte schließen in die herbe Kritik an Vogt Fabert und der Acherner Vogtei immer wieder Forderungen nach mehr Mitspracherecht in kommunalen Angelegenheiten und sogar den Wunsch nach kommunaler Selbstverwaltung ein, die früher einmal verwirklicht gewesen sei. Diese Zielsetzung kommt besonders deutlich in den Punkten 10, 12 und 13 zum Ausdruck. Im Punkt 12 z.B. bittet man um die Erlaubnis, in Oberachern „wieder alljährlich ein sogenanntes Baurengericht zu halten und bei solchem einen Bürgermeister wählen zu dürfen, dessen Rechnungen so wie andere baldest abgehört werden möchten“. Letzteres wird in Punkt 13 noch dahingehend ausgeweitet, daß in Zukunft „die Gerichts- und alle anderen Rechnungen, welche der Herr Vogt dermalen führe, demselben abzunehmen und solche tauglichen Bürgern zu übertragen“ seien. Die kommunale Selbstverwaltung müsse schließlich auch bei der Erhebung der Steuern verwirklicht werden, zumal dies früher schon so gewesen

sei. Die Belegstelle für diese wichtige Forderung hat folgenden Wortlaut: „Vor diesem sey keine Beth (= älteste direkte Steuer von Gebäuden und Grundbesitz) umgelegt worden, ohne daß man das Gericht versammelt und vernommen habe; derzeit schicke Herr Vogt nur ein Dekret an den Orts Zwölfer, zufolge dessen eine Beth umgelegt werden müsse. Man bitte daher in Betrs der umzulegenden Bethen die alte Ordnung wieder einzuführen.“

Die Beschwerdeführer von Oberachern versäumen es auch nicht, Vorschläge zum Geldsparen zugunsten der Gemeindekasse zu unterbreiten. Dies könne man erreichen, wenn z.B. für das Holzflößen in den öffentlichen Gewässern eine Vergütung gefordert werde, wenn man überdies dem Mesner die 10 Gulden vorenthalte, die er jährlich immer noch erhalte, obwohl er nicht mehr allabendlich den Rosenkranz (in der Pfarrkirche) vorbete, oder wenn man dem Schulmeister in seiner Funktion als Mesner „wegen einer Kindsleiche“ anstatt 12 Kreuzer nur die 6 Kreuzer bezahle, die er früher bei deren Beerdigung erhalten habe. Zusätzliche Geldmittel würden der Gemeinde Oberachern auch dadurch zufallen, daß die bei der Instandsetzung von Straßen und Wegen gefundenen Geldbeutel nicht nur der Vogtei zur „höheren Verwendung“ übergeben würden, sondern auch der Gemeindekasse zugute kämen. Der spürbaren Entlastung der Gemeindekasse würde auch die Umsetzung folgender Forderung dienen: Die Ausbesserung der Straße, die von Oberachern nach Kappelrodeck führe, solle nicht nur Aufgabe der Gemeinde Oberachern, sondern auch der Gemeinden Unterachern, Fautenbach, Önsbach und Gamshurst sein.

Weitere Vorteile für die Gemeinde Oberachern und deren Bürger könne man schließlich insofern erreichen, als das Beholzungsrecht in der Großweierer Mark auf diejenigen Bürger Oberacherns ausgedehnt werde, die im Oberacher Kirchspiel von St. Johann ansässig seien. Außerdem sollten „die Heiligengelder“ (= u.a. die Einnahmen der Pfarrkirche) nicht mehr nach Freiburg abgeführt, sondern „geldbedürftigen Bürgern“ Oberacherns übergeben werden.

Nachdem man in Unterachern eine gewisse Distanz zu den Aktivitäten gewonnen hatte, die im August und in der ersten Hälfte des September 1789 von dieser Gemeinde ausgegangen waren, hielten die Bürger Unteracherns und deren Bürgerausschuß es für nötig, am 18. September 1789 ein Schreiben an den „Kayserlichen, Königlichen Herrn Hofkomißarius“ zu richten⁸, in dem sie ihrem Landesherrn und Kaiser Treue und Ergebenheit bekundeten und zu erläutern versuchten, daß die Gemeinde Unterachern ungewollt in den Aufruhr hineingezogen worden sei und sich dagegen stellen wollte. Das Ganze wurde in folgende Worte gekleidet:

„Weilen wir aber bey dem den 19ten des abgewichenen Augustmonaths vorgefallenen Auflauf ohne allen Antheil und ganz unerwartet mitzugehen genöthiget wurden und daher als Theilnehmende könnten angesehen werden, obschon man sich von Seiten der Gemeinde die möglichste Mühe gegeben hat, die Ruhe und Ordnung wider herzustellen, so bittet die Bürgerschaft des Marktflezens Unterachern Euer Gnaden unterthänig gehorsamst unserem Allergnädigsten Monarchen nicht allein unsere niemals außer Augen gesetzte tiefeste Unterwerfung als auch unsere mit Liebe und besten Gesinnungen durchdrungene Herzen und Unschuld zu bezeugen.“

Aus diesem Schreiben und den zitierten Beschwerdepunkten der Gemeinden Unter- und Oberachern vom 11. und 13. September 1789 geht deutlich hervor, daß die Bürger dieser beiden Kommunen andere Ziele verfolgten als die Revolutionäre im benachbarten Frankreich, die den Anlaß und den Zeitpunkt für das Aufbegehren und die Dokumentation der Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung der Ortenau lieferten.

Stein des Anstoßes im Gerichtsbezirk Achern der Landvogtei Ortenau war einmal der in Achern residierende Vogt Fabert, der als Vertreter der absolutistischen Staatsmacht die Bürger durch sein arrogantes Gehabe, sein Streben nach persönlichen Vorteilen und durch seine rigorose Ausführung staatlicher Verordnungen provoziert hatte und folglich zur Rechenschaft vor dem Oberamt in Offenburg gezogen werden sollte.

Zum andern ging es den Urhebern des Aufstandes und den Verfassern der erwähnten Beschwerdepunkte primär um die Erhaltung bzw. Wiedereinführung der „alten Rechte“, die unter anderem durch die Politik Kaiser Josefs II. in Frage gestellt bzw. abgeschafft worden waren. Mit der Berufung auf die „alten Rechte“ brachte man in Unter- und Oberachern auch die Forderungen nach demokratischen Rechten auf lokaler Ebene (z.B. Wahl und Kontrolle der Vorgesetzten) und nach Formen der kommunalen Selbstverwaltung in Einklang, die wichtige Mosaiksteine auf dem Weg zur Demokratie waren und einen Berührungspunkt zu Zielen der „Französischen Revolution“ herstellten.

Andere der angeführten Forderungen, die sich unter anderem auf die Abgaben, Frondienste, das Salzregal, das Markt- und Geschäftsleben, das Verhalten gegenüber Juden, die Bürgeraufnahme, auf mögliche Sparmaßnahmen der Verwaltung und auf notwendige Entscheidungen im kirchlich-religiösen Bereich bezogen, zielten in Übereinstimmung mit den Forderungen anderer Kommunen⁹ ebenfalls nicht auf die Abschaffung bestehender Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ab.

In Unterachern, der späteren Stadt Achern, präzisierten die Verantwortlichen der Gemeinde nach dem Aufruhr im August 1789 und der Protokollierung der Acherner Beschwerdepunkte im September 1789 ihre Treue zum Landesherrn und ihren absoluten Untertanengehorsam sogar noch mit dem Zusatz, daß die Bürgerschaft des Marktfleckens Unterachern „über die weisen Gesetze, Verordnungen und beglückte Regierung unseres allergnädigsten Landesvaters und Monarchen (= Kaiser Josef II.) in Liebe und Erstaunen gesetzt“ sei¹⁰.

Daß der Aufstand und die schriftlich festgelegten Beschwerden der Bürger im Gerichtsbezirk Achern sich im Gegensatz zum benachbarten Frankreich nicht gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung richteten, verwundert auch insofern nicht, als hinter ihnen einflußreiche Acherner Familien standen, die „durch und durch monarchistisch gesinnt“ waren¹¹. Zu ihnen zählte die wohlhabende Familie des Franz Peter (1759–1815), deren Sohn Joseph Ignaz Peter sich während der deutschen Revolution von 1848/49 einen besonderen Namen machte. Nur mit Abscheu sei im Elternhaus des Joseph Ignaz Peter von der „Französischen Revolution“ gesprochen worden. Neben emotionalen Bindungen an das österreichische Kaiserhaus seien es aber auch die massiven Interessen der gewerbe- und handeltreibenden Besitzenden in Achern gewesen, die gegen jede revolutionäre Störung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gesprochen hätten¹².

Der erwähnte Joseph Ignaz Peter hingegen, der in napoleonischer Zeit ein Straßburger Gymnasium besuchte, geriet in Straßburg in den Sog der Ideen der „Französischen Revolution“. Zeitweise schien es so, als habe der ortenauische Dorfjunge aus Achern seine alemannische Vergangenheit mit ihrem biedereren Habsburgerpatriotismus völlig abgestreift und sich rückhaltlos der als überlegen angesehenen französischen Zivilisation ergeben, zumal sich gerade in den Jahren, als Joseph Ignaz Peter in Straßburg Gymnasiast war, Frankreich durch Napoleons Erfolge auch militärisch als vorbildlich und überlegen zu erweisen schien¹³.

Letzteres führt uns bereits in die Endphase der „Französischen Revolution“, aus der Napoleon als Sieger hervorging, der unter anderem Deutschland so sehr veränderte, daß auch in Achern andere Herrschaftsverhältnisse entstanden.

Anmerkungen

- 1 Die entscheidenden Textstellen von 1789 aus dem Geckschen Familienbuch sind veröffentlicht in: F.W. Beck, Zur revolutionären Bewegung im Gerichte Achern 1789 (Die Ortenau 13, 1926, S. 67–71).
- 2 ebd. S. 68/69.
- 3 ebd. S. 69.
- 4 vgl. K. Maier, Die Auswirkungen der Französischen Revolution 1789, in: 1100 Jahre Appenweier, 1984, S. 92.
- 5 GLA 119/819, Bl. 94–97.
- 6 Die Bürger mußten als Entlohnung für den Mesner bei der Getreideernte jeweils eine Garbe auf dem Feld liegen lassen (vgl. K. Maier, wie Anm. 4, S. 96).
- 7 GLA 119/819, Bl. 57–80.
- 8 GLA 119/819, Bl. 99.
- 9 vgl. K. Maier, Die Auswirkungen der Französischen Revolution 1789, in: 1100 Jahre Appenweier 884–1984, 1984, S. 91 ff.; E. Dittler, Die Bauernunruhen in der Ortenau (1789), in: Die Ortenau 69, 1989, S. 54 ff.; F.X. Vollmer, Was wollten die Ortenauer 1789? in: Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 117, 1990; H. Baier, Die revolutionäre Bewegung in der Landvogtei Ortenau im Jahr 1789, in: ZGO NF 23, 1908.
- 10 GLA 119/819, Bl. 99.
- 11 F.X. Vollmer, Joseph Ignaz Peter, Regierungsbeamter und Revolutionär 1789–1872, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Bd. 18, 1994, S. 226.
- 12 ebd. S. 226/227.
- 13 ebd. S. 229.

Die Willstätter Flößerzunft

Die Bedeutung Willstätts bei der Flößerei auf der Kinzig

Alfred Hetzel

Noch heute haben die Wasserwege in vielen Gebieten der Erde eine große Bedeutung für den Transport von Gütern, insbesondere von Holz. So in den Urwäldern Brasiliens, Alaskas, Sibiriens usw.

So war auch die Kinzig sicher seit Urzeiten der einzige Transportweg für das Holz aus dem Schwarzwald ins Rheintal und weiter bis nach Holland. Dabei hatte auch Willstatt eine Bedeutung für die bis von Loßburg und Rippoldsau auf der Kinzig ankommenden Flöße. Vor dem für die große Willstätter Mühle bestehenden Wehr – bereits im 14. Jahrhundert wird in Willstatt eine Mühle nachgewiesen¹ – war Willstatt Endpunkt für die Flößer aus dem Kinzigtal. Einzige Ausnahme war die Schiffferschaft Harmersbach. In einem alten Kinzigtäler Flößerlied² heißt es:

Jetzt goht es s'Land abe, durchs badische Land,
un' uffm Willstätter Weiher hots flaize (flößen) a End.

Berichte über die Flößerei wurden schon früher geschrieben, so von Georg Heitz aus Kork³ und Hermann Fautz aus Schiltach⁴. Auch Johann Jockers aus Willstatt⁵ hat über die Flößerei einen Bericht verfaßt. Er war noch Augenzeuge der Flößerei gewesen. Von Wilhelm Schadt aus Legelshurst gibt es ein Konzept aus den 1960er Jahren seines Referats über die Flößerei auf der Kinzig, das er bei der Arbeitsgemeinschaft für das Hanauer Museum in Kehl gehalten hat. Dieses Konzept liegt hier vor und bedeutet eine wichtige Grundlage für diesen Bericht.

Die ältesten Akten über die Flößerei im Gemeindegarchiv in Willstatt⁶ stammen aus dem Jahre 1648, also vom Ende des 30jährigen Krieges. Im Generallandesarchiv in Karlsruhe beginnen die Willstatt betreffenden Flößerakten im Jahre 1656⁷.

Willstätter Flößerzunftakten⁸ gehen hinauf bis ins Jahr 1648 und enthalten zwei Flößerordnungen, wovon die eine in 15 Artikeln vom 9. Aug. 1719 und die andere verbesserte vom 15. November 1740 datiert und in 20 Paragraphen die Rechte und Pflichten der Flößer festsetzt. Die Zunftprotokolle der Jahre vor 1648 gingen im Dreißigjährigen Krieg verloren und die vorhandenen jüngeren sind von dem damaligen Schreiber des Amtes Willstatt



„Jonas Andreas von Enssenheim“ unterm 5. Mai 1648 mit der Bemerkung angelegt:

„Von Anno 1634 weilen man wegen kriegsvolk erstlichen flüchtig gewesen, Biß um Annum 1637 alß daß Ampt gdw. herrschaft durch die Bischoffliche entzogen worden, ist kein ordentlich Protokoll wegen des Flötzens gehalten worden, bis im Annum 1645 alß daß Ampt wider auf gd. herrschaft kommen weilen damalen die Gesellschaft (der Flößer) von den Bischofflichen schon, oder vielleicht durch Sie under ein ander selber verglichen gewesen, ist auch solches Jahr nichts protokolliert worden, Biß Annum 1646.“

Über den Erwerb des Flößerrechtes setzt die ältere der beiden Flößerordnungen schon fest:

„Item wann ein Burger in Willstätt daß Spötknechtrecht kauft oder erbt, den wen ein Flößer auß der Gespahn stirbt, so hat der erste, der bei dem herrn landschreiber sich darum anmeldt, daß recht dazu, sich in die Ordnung einschreiben zu lassen, vor einen Spötknecht, und vor diß einbezahlen 2 B. Und auch also der gesambten flößergesellschaft zu verzehren geben 3 fl. Und wan er auch vor Vollkommen hernach eingeschrieben wird, so soll er wider davor bezahlen 2 B.“⁹

Die Kinzigflötzerordnung aus dem Jahre 1867¹⁰ besagt, daß die Länge der Flöße ab Schiltach oder Wolfach bis Willstätt 2000 Fuß, das sind ca. 600 m, nicht übersteigen darf. Es wird dabei auch die Mannschaftsstärke vorgeschrieben. Solche großen Flöße waren aber sicher nicht die Regel. Die Mehrzahl der Flöße dürfte eine Größe von 800 Fuß = 240 m gehabt haben, die mit einer Sperre und 5 bis 8 Mann in Willstätt ankamen; so berichten Augenzeugen, welche die Flößerei noch erlebt haben. Die Breite der Flöße betrug 3 bis 4 m. Sie mußten ja die Kinzigschleusen durchfahren können. Wenn man annimmt, daß ein Floß durchschnittlich 4 m breit und 200 m lang war, so ergibt das eine Holzmenge von etwa 200 Tannenstämmen mit 300 bis 400 cbm Holz je Floß. Das ist nur eine Schätzung. Genaue Mengenangaben konnte man in den Archiven nicht finden. Die Flöße waren eben unterschiedlich groß.

Die obengenannte Floßordnung von 1867 besagt auch in § 3: Die Flößerei darf nicht vor dem 1. März begonnen werden und muß am 30. November geschlossen sein.

Die Flößergesellschaften der Schiltacher und Wolfacher Schifferschaft übergaben oberhalb des Willstätter Wehres der dortigen Flößerzunft das Floß. Sie begaben sich, nachdem das Floß verankert war, in eine Wirtschaft, die Schiltacher in ihr Zunftlokal, den „Adler“, die Wolfacher in die „Krone“. Nach ausgiebiger Stärkung übernachteten sie in den Flößerkammern und wurden an einem der nächsten Tage mit Leiterwagen des Adler-

oder Kronenwirts nach Offenburg verbracht. Von dort setzten sie ihren Weg in die Heimat – keineswegs zu Fuß – fort; sondern benützten wiederum ein Gefährt und später die Eisenbahn¹¹.

Wie in den Willstätter Flößerzunftakten¹² nachzulesen ist, bestand die Willstätter Flößergilde aus 12 Mann und einem Ersatzmann. Die Mannschaft war ursprünglich in Gruppen zu 4 Mann und mit einem Ersatzmann eingeteilt und kam abwechselnd zum Einsatz. Da aber 4 Mann bei der ständig an Größe zunehmenden Flöße im 19. Jahrhundert nicht mehr ausreichten, teilte man ab 1848 die Mannschaft in Gruppen zu je 6 Mann mit einem Ersatzmann ein. Aus dieser Einteilung läßt sich schließen, daß die Länge der ankommenden Flöße in Willstätt um 800 Fuß = 240 m einzuschätzen war mit einer Besatzung von 5 bis 8 Flößern und ein bis zwei Sperren.

Die Willstätter Flößer hatten allein das Recht, durch das Willstätter Wehr zu flößen. Sie führten die Flöße bis Kehl, mitunter auch bis Steinmauern. Jeder Flößer betrieb noch ein Handwerk oder zumindestens etwas Landwirtschaft. Die Mitgliedschaft in der Flößerzunft konnte vom Vater auf den Sohn vererbt werden, Neueintretende mußten sich einkaufen¹³.

Die Durchfahrt eines Floßes durch das Willstätter Wehr gestaltete sich jeweils zu einem besonderen Ereignis im Dorfe, besonders für die Jugend. Der Willstätter Heimatdichter Johann Jockers, der die Flößerei noch erlebt hatte, schilderte dieses Ereignis oft in seinen Bekanntenkreisen und in heimatkundlichen Beiträgen unserer Lokalzeitungen¹⁴. Die Willstätter Flößer bauten zusätzlich in jedes Floß eine Sperre. Den Sperrstümmel, ein Rundholz von ca. 20 cm Durchmesser und etwa 4 m Länge, brachte der Knecht des Adler- oder Kronenwirts zum „Flößermättel“ oberhalb Willstätt. Nachdem der Sperrstümmel eingebaut war, wurde das Floß in der hochgestauten Kinzig bis vor das Wehr gefahren. Der Teichmeister öffnete die große Stellfalle (Schleuse) und mit dem rasch abfließenden Wasser setzte sich das Floß in Bewegung. Dabei hatte der Steuermann (Rudermann) auf dem Kopf des Floßes die Hauptverantwortung. Der Floßkopf tauchte in die aufspritzende Wassermasse, der Ruderer konnte sich nur mit Hilfe einer Weidenrute, die am Floß befestigt, über Rücken und Achsel gezogen mit einer Hand festgehalten wurde, absichern, bis der Floßkopf wieder auftauchte. Meistens stand der Ruderer für kurze Zeit bis zum Leib im Wasser. Sobald die reibungslose Durchfahrt gesichert schien, ertönte das Kommando: „Hau d' Wid!“ . Daraufhin durchhieb der Sperrknecht das Weidengeflecht um den Sperrstümmel; dieser sprang hoch und wurde später wieder aufgefischt. Nicht immer erfolgte die Durchfahrt reibungslos, und manchmal kam es vor, daß ein Floß „verhuddelte“, anstieß und auseinanderriß; das



bedeutete für die Flößer eine unliebsame Mehrarbeit, die nicht vergütet wurde und oft sehr lange dauerte, denn die Stämme mußten wieder eingeordnet und das Floß flott gemacht werden.

Eine kleine Episode¹⁵ soll hier noch angeführt werden, weil sie auch mit der Flößerei im Zusammenhang steht. Als Ende der 1850er Jahre Großherzog Friedrich mit seiner Gemahlin, der preußischen Königstochter Luise, anlässlich seiner Landesbereisung auch Willstätt besuchte, da sollte zu Ehren der Hohen Herrschaften besonders glanzvoll ein mit Tännchen schön geziertes Floß durchgeführt werden.

Die Herrschaften hatten mit ihrem Gefolge auf der Kinzigbrücke, welche damals noch die alte Jochbrücke war, Aufstellung genommen. Die Nummer verlief aber leider nicht programmgemäß, indem sich das stolz heranschwimmende Floß kreuz und quer vor die Joche der Brücke legte und zünftig „verhuddelte“. Es bedurfte angestrengtester Arbeit der Willstätter und Schiltacher Flößer unter Anwendung von echt Schwarzwälder Kernflüchen, die wohl in keinem Konversationslexikon zu finden sind, die Geschichte wieder flott zu bringen.

Öfters wurden Flöße in Willstätt bereits ausgebunden und das Holz verkauft. Bei der Weiterfahrt bildete das Neumühler Wehr das nächste Hinder-

nis; oft war der Wasserstand zu niedrig und die Flöße blieben tagelang liegen, auch wurden Flöße dort zurückgehalten, sofern in dem Kehler Floßhafen kein Platz war. Die auf den Flößen mitgeführten Schnittwaren, Dielen und Bohlen, wurden mit Pferden herabgezogen wie Baumstämme, da sie am Kopfende nicht ganz durchgesägt waren. Die Dielenköpfe sägten die Neumühler mit Zugsägen ab und handelten sich dadurch den Übernamen „Neumühler Dieleköpf“ ein. Auch der Übername „Sundmer und Kehler Mutzelappe“ ist durch die Flößerei entstanden. Ein Verslein über die Kehler Flößer lautet:

Wer will mit ins Flöße dappe,
der muß han e lange Lappe,
denn die lange Lappe sin so gut,
daß s' Wetter de Hosse ken Schade tuet.¹⁶

In Kehl landeten die Flöße im sogenannten „Floßhäfele“¹⁷, das vor Errichtung der verschiedenen Kinzigdämme etwa in Höhe der Tulla-Realschule lag (heute noch Läger genannt). Dort wickelte sich das Holzgeschäft ab. Verkaufte Stämme wurden zunächst „gerissen“, d.h. gezeichnet, an Land gezogen oder zu einem Rheinfloß geschlagen. Im letzteren Falle kamen auf die Tannenstämme die schönsten Eichen (Holländer) aus unseren Aue- und Rheinwäldern, da sich Eichen allein nicht flößen lassen.

Die Fuhrleute aus unseren Dörfern, welche die großen Eichen aus den Auewäldern mit Pferden, oft 4spännig, zum „Läger“ nach Kehl brachten, wurden im Volksmund die „Holländer“ genannt.

An den Hauptstapelplätzen in Mannheim, Mainz oder Köln wurden die aus dem Schwarzwald ankommenden Flöße mit solchen von Neckar und Main zu großen Rheinflößen zusammengebaut. Solch ein Floß bestand aus einem starren Hauptteil von 200 m Länge und etwa 65 m Breite.

Dem Hauptteil vorgebaut, waren vier bis fünf bewegliche Glieder, wovon das vordere Ruderschemel für mehrere Ruder trug. Im Hauptteil waren mehrere Schichten Stämme übereinander gelagert und nicht selten waren verschwiegene Kammern zu Schmuggelzwecken eingebaut; außerdem befanden sich auf diesem Floßteil allerlei Aufbauten, Unterkünfte und eine Küche. Die Besatzungen sollen weit über hundert Mann betragen haben. Da war zunächst der Floßherr mit seinem Gefolge, gleichzeitig der Kommandant des Unternehmens. Dann kamen die Ruderknechte, die Sperrknechte, die Flößer und die Bossler, junge Leute, die zu allen Diensten zu gebrauchen waren. Es ist anzunehmen, daß hierher der im Hanauerland gebräuchliche Ausdruck „Bosselbue“ (aus der Flößersprache) stammt.

Kehler Flößerzunft

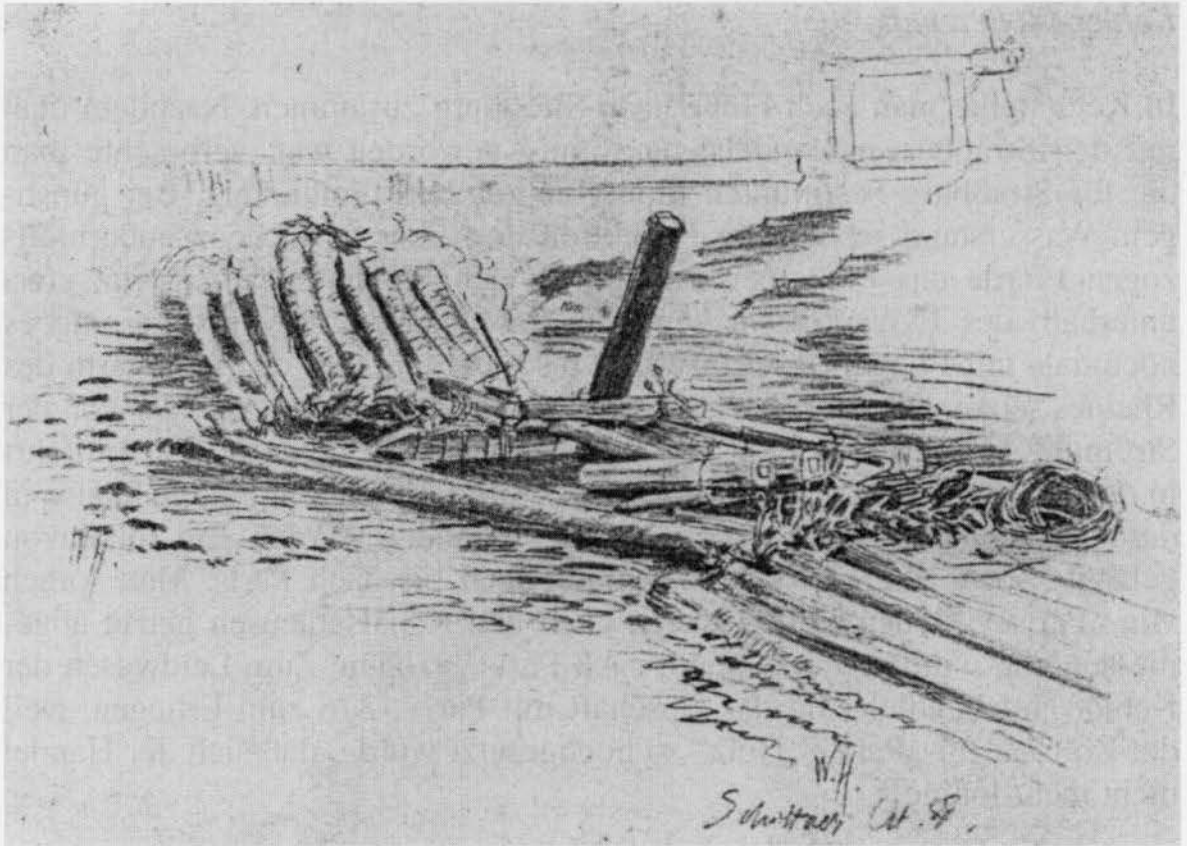
In Kehl stellte man auch Flöße nach Straßburg zusammen. Nachdem man mit den Straßburger Handelsleuten einig geworden war, verbrachte man die für Straßburg bestimmten Flöße bis zur Kinzigmündung. Bei günstigem Wasserstand setzten die Flöße von dort über den Rhein, andernfalls zogen Pferde das Floß rheinaufwärts in den Floßhafen am Rhein, etwa unterhalb des E-Werkes im heutigen Hafenbecken 1. Von dort ging es nochmals mit Pferden rheinaufwärts, bis das Floß über den Hauptarm des Rheines setzte. Die Pferde wurden mit Nachen übergesetzt und das von der Strömung abgetriebene Floß von Pferden wieder gezogen bis zur Einfahrt in den kleinen Rhein. Von dort gelangten die Flöße durch eine Schleuse in das sogenannte „Bassin“, wo die Hölzer verhandelt wurden. Ein Teil davon gelangte sogar über den Rhein-Marne-Kanal bis nach Paris. Man sprach von „Pariser Flößen“, diese waren nach den Kanalschleusen genau abgemessen und wurden von 2 Mann nach Paris gezogen. Zum Leidwesen der Kehler Holzhändler kam das Geschäft mit Paris 1876 zum Erliegen, weil der Zollsatz für „Pariser Holz“ so hochgesetzt wurde, daß sich der Handel nicht mehr lohnte¹⁸.

Ein Teil der noch vorhandenen Aufzeichnungen¹⁹ über die Flößerei auf der Kinzig gibt Zeugnis von den dauernden Streitigkeiten der Flößer mit den Mühlen- und Sägewerksbesitzern. Dabei spielte das Verhalten des „herrschaftlichen Teuchmeisters“ (Deichmeister) eine besondere Rolle. Er verwahrte die Schlüssel zu den Stellfallen des Wehres und konnte je nach Gunst das Öffnen des Wehres um Stunden verzögern. Dabei wird die Freigiebigkeit des betreffenden Floßherren bestimmt eine Rolle gespielt haben.

War das Wehr geöffnet, so floß das gestaute Wasser in kurzer Zeit ab, und es ging oft Stunden, wenn nicht einen ganzen Tag, bis das Wasser wieder nachgeflossen war. Während dieser Zeit lagen die mit Wasserkraft getriebenen Mühlen und Sägewerke still.

Auch die Fischer waren den Flößern nicht wohlgesonnen und hatten für dieses Verhalten ihre Gründe, denn jedes Floß wühlte durch das Bremsen mit dem Sperrstümmel den Boden des Wasserlaufes auf und zerriß ausgelegte Netz- und Warzloffen.

Das Protokollbuch der Willstätter Flößerzunft beginnt im Jahre 1757 und endet im Jahre 1887. Das letzte Floß kam nach diesen Aufzeichnungen im Jahre 1896 über die Kinzig. Die Eisenbahn hatte die Flößerei endgültig abgelöst. Durchschnittlich kamen bis zum Bau der Eisenbahn 140 Flöße jähr-



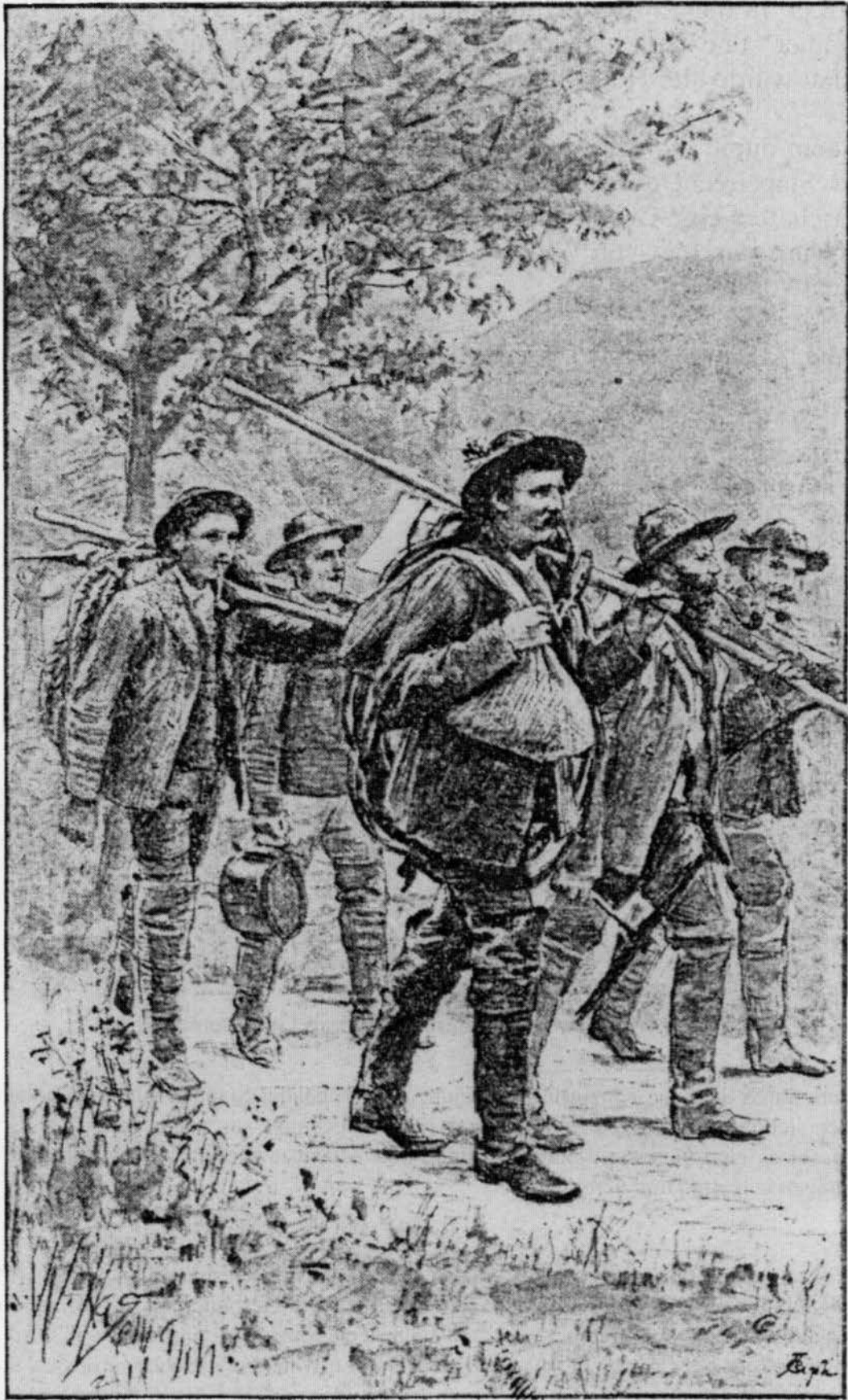
Die Sperre mit hochgestellten Sperrstümel

Zeichnung von W. Hasemann

lich durch die Kinzig. Nach den Aufzeichnungen von Schaible²⁰ waren es im Jahre 1852 sogar 193 Floße gewesen.

Wie schon erwähnt, bestand die Willstätter Flößerzunft ursprünglich aus 3 Gruppen zu 4 Mann und einem Ersatzmann. Die Einteilung der Gruppen wurde immer wieder neu verlost. Die Mitgliedschaft konnte vererbt, aber auch verkauft werden. Der jeweils nachrückende war dann der Spötknecht, der Ersatzmann. Wie wertvoll die Mitgliedschaft in der Flößerzunft war, wurde bei einem Verkauf deutlich. So hat im Jahre 1862 der Steuermann Jakob Richert sein Flößerrecht um die Summe von 220 Gulden an Jakob Schadt verkauft²¹. Wenn man bedenkt, daß zu jener Zeit ein Pferd oder eine Kuh 70 bis 80 Gulden wert war, so wären das von heute gesehen mindestens 10 000,- DM.

Die ältesten Kinzigpläne beim Wasserwirtschaftsamt in Offenburg²² stammen vom Jahre 1812. Auf diesem Plan wird das Gelände oberhalb des Willstätter Wehres mit „Amtsmatt“ bezeichnet. Ebenso auf dem Lageplan



Heimkehrende Flößer von einer Fahrt „ins Land“ *Zeichnung von W. Hasemann*

von 1859. In diesem Bereich befand sich sicher der sogenannte „Willstätter-Weiher“ und Holzstapelplatz. Vor der Aufhebung des Stapelrechts in Willstätt wurde hier Holz verkauft und gehandelt.

Nachdem durch die neue Kinzig-Flötzerordnung im Jahre 1867 das Willstätter Stapelrecht aufgehoben war, haben die Mitglieder der Flößer-Genossenschaften eine Genossenschaft gebildet. Die Statuten dieser wohl ältesten Genossenschaft von Willstätt sind im Gemeindearchiv in Willstätt im Original vorhanden.

Hier die Namen der Flößer von Willstätt im Jahre 1865²³:

I. Gespann
Johann Kasper, Steuermann
Johann Bohleber
Jakob Hetzel
Michel Bürkel
Friedrich Erhardt
Jakob Schadt
Spötknecht ist Michael Wägel III.

II. Gespann
Johann Eckert, Steuermann
Georg Seiler
Ludwig Schadt
Johann Nicklaus
Klaus Mill
G. Benjamin Groth

Statuten

der Willstätter Flötzer-Genossenschaft als Genossenschaft²⁴

Nachdem durch die neue Kinzigflötzerordnung das Willstätter Stapelrecht aufgehoben ist, so haben sich die Mitglieder der Flötzer-Genossenschaft geeinigt, um nach Artikel 24 des Gewerbegesetzes eine Genossenschaft zu bilden und haben zu diesem Zweck folgende Bestimmungen getroffen und vereinbart.

§ 1

Die Willstätter Flötzer-Genossenschaft soll so, wie bisher die Gespannschaft, aus 12 Mann Flötzer und einem Spötknecht bestehen; diese werden in 2 Gespanne von je 6 Mann eingeteilt, jedem Gespann steht je einer von den 2 ältesten Flötzern als Obmann vor. Wird eine Stelle durch Todt oder Austritt eines Flötzers frei, so tritt der Spötknecht an dessen Stelle; auch kann sogleich von den Erben des Verstorbenen oder von dem Austretenden wieder ein Spötknecht in Vorschlag gebracht werden, welcher aber von der Mehrheit der Genossenschaft anzuerkennen ist.

§ 2

Kommt ein Flotz in Willstätt an, das von den Willstätter Flötzern weiter nach Kehl geführt werden soll, so hat das Gespan, an welchem die Reihe ist, solches zu übernehmen und zu befördern, der Lohn ist mit dem Eigenthümer desselben oder mit dem Fahrtschiffer, welcher es bringt, zu vereinbaren.

§ 3

Ist ein Flotz von der Gespanschaft zum weiterführen übernommen, so hat der Obmann derselben die Fahrt zu bestimmen; auch hat derselbe die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. Jeder Flötzer ist verpflichtet, seinen Anordnungen Folge zu leisten und seine Schuldigkeit nach Kräften zu thun.

§ 4

Wird ein Flotz zum Führen übernommen, das weniger als die gewöhnliche Anzahl Gestöre hat, so daß nur 4 oder 5 Mann dazu erforderlich sind, so wird erstmals durch Loosen die Reihenfolge bestimmt, wer weg zu bleiben hat; der Obmann darf jedoch auf keinem Flotz fehlen.

§ 5

Kein Flotz darf von einer anderen Gespanschaft zum weiterflößen übernommen werden als von dieser, an welcher die Reihe ist, auch dürfen nicht einzelne Flötzer sich zum Führen der Flötzer einer anderen Gesellschaft anschließen; in diesem Fall haben dieselben eine Geldstrafe von 3–10 fl. (Florentiner Gulden) in die Genossenschaftskasse zu zahlen; auch können solche im Wiederholungsfall aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden.

§ 6

Sind zur Flötzerei weitere Gerätschaften z.B. Seil oder Ketten erforderlich, so werden solche auf gemeinschaftliche Kosten der Genossenschaft angeschafft und unterhalten.

§ 7

Alle 3 Jahre werden die 2 Gespanschaften neu eingetheilt oder verlosen, wenn nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder darauf verzichtet. Sämtliche Mitglieder der Genossenschaft erkennen diese Bestimmungen an und verpflichten sich, dieselben getreulich zu erfüllen und zu befolgen, und beantragen solche Großherzoglichem Bezirksamt Kork zur Einsicht und Bestätigung vorzulegen.

So gesehen
Willstätt im April 1867

Es folgen die Unterschriften
Ludwig Schadt, Michael Bürkel, Jakob Schadt, Georg Geiler, Jakob Hetzel, Michael Wägel, Johann Eckert, Benjamin Groth, Klaus Müll, Karl König, Johann Kasper, Johann Bohleber

Die Richtigkeit vorstehender Unterschriften beurkundet

Willstätt den 5. Mai 1867
das Bürgermeisteramt
Hetzel (Siegel des Bürgermeisteramtes Willstätt)

Anmerkungen

- 1 Straßburger Urkundenbuch V 785, Verkaufsvertrag Willstätt vom 18. 09. 1372.
- 2 Fautz, Hermann, Die Geschichte der Schiltacher Schiffferschaft. In: Die Ortenau 28/1941, S. 207.
- 3 Heitz Georg, Die Flößergilde von Kehl. In: Die Ortenau 17/1930.
- 4 s. Anm. 2.
- 5 Jockers, Johann, Flößerei auf der Kinzig. Gemeinde Archiv Willstätt, Reg. Külby, Ziff. 431.
- 6 Gem. Arch. Willstätt, Reg. Külby, Ziff. 430–431.
- 7 Generallandesarchiv Karlsruhe 229/114/406.
- 8 s. Anm. 6
- 9 Schaible, Josef, Geschichte des badischen Hanauerlandes, nebst einer topographischen Beschreibung des Amtsbezirkes Kehl, Kork 1855, S. 211.
- 10 s. Anm. 6.
- 11 Schadt, Wilhelm, Bericht über die Flößerei. Gem. Arch. Willstätt, Reg. Külby, Ziff. 431.
- 12 Protokollbuch der Flößerzunft. Gem. Arch. Willstätt, Reg. Külby VIII, Ziff. 4.
- 13 s. Anm. 11.
- 14 s. Anm. 5.
- 15 s. Anm. 5.
- 16 s. Anm. 3, S. 130.
- 17 s. Anm. 3, S. 130.
- 18 s. Anm. 11.
- 19 s. Anm. 6.
- 20 s. Anm. 9, S. 212.
- 21 s. Anm. 12.
- 22 Wasserwirtschaftsamt Offenburg, Registratur für den Ausbau der Kinzig.
- 23 s. Anm. 12.
- 24 s. Anm. 6.

Das Gast- und Badhaus des Klosters Ettenheimmünster vor und nach der Säkularisation

Festvortrag, gehalten bei der Jahresversammlung des
Historischen Vereins für Mittelbaden am 15. Oktober 1995 in
Ettenheim¹

Bernhard Uttenweiler

Von dem beeindruckenden Klosterbau der Benediktinerabtei Ettenheimmünster, den der Barockbaumeister Peter Thumb zwischen 1718 und 1734 in Ettenheimmünster errichtet hatte², blieb nach der Aufhebung des Klosters in der Zeit der Säkularisation nicht viel übrig. Nachdem die Mönche am Sonntag nach Ostern des Jahres 1803 das Kloster hatten verlassen müssen, wurden die Gebäude jahrzehntelang zweckentfremdet benutzt und mußten schließlich als Steinbruch erhalten³. Nur die Umfassungsmauern, hinter denen sich heute eine Gärtnerei befindet, lassen etwas von diesem Ort erahnen, an dem über tausend Jahre lang gebetet und gearbeitet wurde. Nur wenige der von den Benediktinern im Münstertal errichteten Gebäulichkeiten entgingen der Zerstörung. Zuallererst ist dies die prächtige barocke Wallfahrtskirche St. Landelin⁴, die erhalten blieb und im Februar 1804 zur neuen Pfarrkirche bestimmt wurde. Glücklicherweise verbrachte man dorthin aus der später abgebrochenen Klosterkirche auch den Mittelpunkt der Wallfahrt, die kostbare Landelinsbüste aus dem Jahre 1506, und im Mai 1804 kam die Silbermann-Orgel⁵ hinzu. Erhalten sind unter anderem die Klostermühle, das Physikatshaus, das jetzt Pfarrhaus ist, und schließlich noch das Gast- und Badhaus des Klosters⁶.

In diesem Vortrag soll nicht die Geschichte des Klosters oder der Wallfahrtskirche St. Landelin nachgezeichnet werden, sondern vielmehr die Entstehung und Verwendung des äußerlich unbedeutenden und wenig schmucken Gast- und Badhauses, das nun seit über 300 Jahren im weitesten Sinne sozialen Aufgaben dient.

Die Bedeutung dieses Gebäudes läßt sich nur im Zusammenhang mit dem *Kult* des hl. Märtyrers Landelin von Ettenheimmünster verstehen, dessen Fest nachweislich seit über tausend Jahren⁷ alljährlich am 21. September gefeiert wird.

Der Grundstein des Gast- und Badhauses, das der Wallfahrtskirche schräg gegenüber liegt und in dem heute eine Psychosoziale Klinik für suchtkranke Menschen untergebracht ist, befindet sich an der südöstlichen Ecke des Gebäudes. Seine Inschrift lautet: CONSTRUCTUM / ANNO DOMINI / 1686 / AB ABBATE HERTENSTEIN. Der Hauptgrund für die Errichtung liegt gewiß darin, daß im 17. Jahrhundert die Schar der Pilger immer größer wurde und damit der bisherige Notbehelf, ein vom Kloster erbauter Meierhof und zwei andere Häuser, die der Bewirtung der Wallfahrt dienten⁸, durch eine besondere und komfortable Unterkunft ersetzt werden sollte.

Die Errichtung des Badhauses kann man als einen Akt der Nächstenliebe betrachten, mit dem die Benediktinermönche von Ettenheimmünster die Regel und die Anweisungen ihres Ordensgründers befolgten. Ein Blick in die benediktinischen Ordensregeln zeigt, daß zu den Aufgaben der Benediktiner in besonderem Maße auch die Gastfreundschaft gehört, die als ein geistliches Werk gesehen wird, dem im 53. Kapitel der Ordensregel unter der Überschrift „Die Aufnahme der Gäste“ ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

„Alle Fremden, die kommen, sollen aufgenommen werden wie Christus. (. . .) Allen erweise man die angemessene Ehre, besonders den Brüdern im Glauben *und den Pilgern*.“⁹

Noch deutlicher wird dieses geistliche Amt bei den Aufgaben des für die Gäste verantwortlichen Paters beschrieben. Ihm wird aufgetragen, sich „um Kranke, Kinder, Gäste und Arme“ mit großer Sorgfalt zu kümmern, da er für sie alle am Tag des Gerichtes Rechenschaft ablegen müsse¹⁰.

Für die Mönche von Ettenheimmünster bestand während des ganzen Mittelalters und bis ins späte 18. Jahrhundert genügend Gelegenheit, das Gebot der Gastfreundschaft an Kranken und Pilgern zu erfüllen, da diese hilfesuchenden Menschen in großer Zahl zum Grab des hl. Landelin in *Münchweier* und zu den Quellen am Ort des Martyriums in *Ettenheimmünster* pilgerten.

Die Verehrung des hl. Landelin in Münchweier und Ettenheimmünster

Nach der Tradition des Klosters erlitt der hl. Landelin um 640 in Ettenheimmünster, dort wo heute die Brunnenkapelle der Wallfahrtskirche steht, den Märtyrertod. Die Legende¹¹ berichtet, daß bald nach seinem Tode wegen der vielen Wundertaten die Wallfahrt zu seinem *Grab* in *Münchweier*

einsetzte. Die Gläubigen besuchten „immer am Jahrestag seines Todes das Grab und riefen den hl. Landelin in den Beschwerden des Leibes und der Seele an“¹². Im frühen 8. Jahrhundert entstand so, und zwar *zuerst in Münchweier in der Nähe des Grabes*, also nicht beim Brunnen in Ettenheimmünster, ein kleines, allerdings nicht lebensfähiges Kloster. Dieses wurde 734 von Bischof Etto von Straßburg, der zuvor auf der Insel Reichenau Nachfolger des hl. Pirmin war, nach Ettenheimmünster weiter in das Tal hinein verlegt und mit Gütern reichlich ausgestattet. Die Geschichtsschreiber des Klosters betrachten daher Bischof Etto als den Erneuerer und eigentlichen Gründer des Gotteshauses Ettenheimmünster.

Wenn man also der Legende glauben will¹³, begann die Verehrung des hl. Landelin schon im 7. Jahrhundert am Grab des Heiligen. Historisch wird die *Verehrung* des Heiligen etwa um das Jahr 1000 faßbar. In einem in der Münchner Staatsbibliothek aufbewahrten Heiligenkalender der Diözese Straßburg taucht unterm 21. September der Name des hl. Landelin zum ersten Mal auf¹⁴.

Den frühesten geschichtlichen Beleg für eine *Wallfahrt* zum hl. Landelin und zugleich für die Fürsorge, welche die Mönche den Wallfahrern angedeihen ließen, gibt uns eine Straßburger Urkunde von 1183, in der Bischof Heinrich I. dem Kloster *wegen seiner Gastfreundschaft gegenüber den Pilgern* seine Anerkennung aussprach¹⁵.

Aus dieser Urkunde ist nun allerdings nicht erkennbar, ob die Pilger eher zum Grab des Heiligen nach Münchweier oder zu der Stelle des Martyriums, also zu den Quellen nach Ettenheimmünster kamen. Auch wird keine Aussage darüber gemacht, an welcher der beiden Stätten sich die Mönche um das Wohlbefinden der Pilger kümmerten.

Wo nun der hl. Landelin *in früheren Zeiten* in stärkerem Maße verehrt wurde, ob in Münchweier oder in Ettenheimmünster, läßt sich aus den nur spärlich vorhandenen Belegen nicht eindeutig erschließen. Sie deuten aber darauf hin, daß bis zum Ende des 15. und frühen 16. Jahrhunderts wohl dem Grab in Münchweier der Vorzug gegeben wurde. Vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts trat aber Ettenheimmünster immer mehr in den Vordergrund, und heute ist die Wallfahrtskirche St. Landelin in Ettenheimmünster der Hauptort, an dem der Heilige verehrt wird. Beim alljährlichen Landelinusfest im September ist die Kirche in Ettenheimmünster bis auf den letzten Platz gefüllt, während Münchweier völlig in Vergessenheit geraten ist. Kaum einem Besucher, der auf dem Weg nach Ettenheimmünster durch Münchweier fährt, ist es bewußt, daß er an der Grabeskirche des hl. Landelin vorbeifährt.

Eindeutig wird der *Ort der Verehrung* des Heiligen erstmals in einer Ab-
 laßurkunde¹⁶ aus dem Jahre 1336 genannt. Die in Avignon von zwölf
 Bischöfen unterzeichnete Urkunde wurde zu Ehren des hl. Märtyrers Lan-
 delin für die in der Diözese Straßburg gelegene *ecclesia parochialis in Mi-
 newilr*, also für die *Pfarrkirche in Münchweier*, ausgestellt. Da in der Ab-
 laßurkunde nur die Pfarrkirche Münchweier ausdrücklich genannt wird,
 Ettenheimmünster aber keine Erwähnung findet, können wir vermuten,
 daß die Landelinsverehrung im 14. Jahrhundert in stärkerem Maße am
 Grab des Heiligen in Münchweier und nicht an den Quellen in Ettenheim-
 münster stattfand.

Ähnliches kann auch noch für das Ende des 15. Jahrhunderts festgestellt
 werden, wobei sich schon eine Verlagerung nach Ettenheimmünster an-
 bahnt. Auf dem Holzschnitt¹⁷, dessen Entstehung (Abb. 1) zwischen 1490
 und 1500 anzusetzen ist, sind in der linken Bildhälfte beide Stätten der
 Verehrung dargestellt, allerdings räumlich zu einer Einheit zusammenge-



Holzschnitt zum Kult des hl. Märtyrers Landelin aus dem späten 15. Jahrhundert.
 In der rechten Bildhälfte ist der Tod des hl. Landelin dargestellt, in der linken die
 Wallfahrt zu seinem Grab in Münchweier und zu den Quellen in Ettenheimmünster
 (Reproduktion: Kupferstichkabinett in Berlin) (Abb. 1)

faßt. Zum einen ist ein Steinsarg mit der Aufschrift St. Lendlin zu erkennen, um den betende und opfernde Pilger versammelt sind. Die Verehrung findet also in *Münchweier* statt. Zum anderen aber sind auch die Wasserquellen des Landelinsbrunnens von *Ettenheimmünster* mit zwei Heilung suchenden Frauen vorhanden. Durch die Überschrift „Heilige(r) Herr S. Lendlin zu(o) *Nun(n)ewier* im Bryßgou – b(itt) G(ott) (f)ür u(ns)“ wird dann allerdings *Münchweier* wieder ganz besonders hervorgehoben¹⁸.

Die Bedeutung von *Münchweier* als früher Wallfahrtsort wird auch durch eine Urkunde von 1495 unterstrichen, mit der Kaiser Maximilian I. dem Kloster das Recht bestätigte, am Landelinstag in *Münchweier* einen Jahrmarkt abzuhalten. 1498 kam am Markustag noch ein Jahrmarkt im „dorf Münchweyer“ dazu, und 1502 ein weiterer Wochenmarkt. Erst 1687 wurden mit Erlaubnis von Kaiser Leopold die Jahr- und Wochenmärkte mit Ausnahme des Marktes am Markustag nach *Ettenheimmünster* verlegt¹⁹.

Der Holzschnitt des ausgehenden 15. Jahrhunderts mit dem nachdrücklichen Hinweis auf *Münchweier* als dem „eigentlichen“ Landelinus-Wallfahrtsort ist möglicherweise eine Reaktion auf die allmähliche Verlagerung der Landelinusverehrung von *Münchweier* nach *Ettenheimmünster*²⁰, eine Entwicklung, die spätestens zu Beginn des 17. Jahrhunderts weitgehend vollzogen ist. Dies ist aus den in der *Historia de vita et martyrio S. Landelini* (1621) von Pater Martin Stephan²¹ abgedruckten Wunderberichten ersichtlich. Die seit 1608 von ihm ausgewählten Heilungen fanden alle in *Ettenheimmünster* „ad templum S. Landelini“, „ad Basilicam S. Landelini Martyris“, „ad fontes“ oder „ad S. Martyris locum“ statt. Nur ein aus älteren Berichten übernommenes Wunder ereignete sich danach in *Münchweier* „ad S. Landelini sepulchrum“.

Der Kult des hl. Landelin in *Münchweier* kam allerdings noch lange nicht völlig zum Erliegen. Sonst hätte Abt Kaspar Geiger wohl kaum im Jahre 1624, ein Jahr nach seinem Amtsantritt, eine neue Grabplatte²² mit dem Bildnis des Heiligen für die *Grabeskirche in Münchweier* anfertigen lassen. Ablaßbriefe für die „Pfarrkirche des hl. Landelin in *Münchweier*“ wurden noch 1707, 1714 und 1722 ausgestellt. 1797 beantragte der Pfarrer von *Münchweier* bei der Straßburger Kirchenbehörde in *Ettenheim*, wo seit 1790 Kardinal Rohan, der letzte Straßburger Fürstbischof residierte, die Genehmigung einer *Wallfahrt nach Ettenheimmünster*²³. Auch das 1734 für *Münchweier* gemalte Motivbild, auf dem auch die *Grabeskirche* zu sehen ist, läßt auf eine fortgesetzte Verehrung in *Münchweier* schließen²⁴.

Für die beginnende Verlagerung nach *Ettenheimmünster* spricht dann wieder die prachtvolle Landelinsbüste, die Abt Laurentius Effinger 1506 her-

stellen ließ und die von da an immer in der Klosterkirche in *Ettenheimmünster* aufbewahrt wurde. Dies traf auch schon zuvor für die Hauptreliquie zu, mit der die Mönche, wie eine Legende berichtet²⁵, im Mittelalter Bettelgänge nach Rufach im Elsaß unternahmen. Auch die Sage, daß die Münstertäler den Leichnam des hl. Landelin in Münchweier rauben wollten, es ihnen aber nur gelang, den Kopf des Heiligen nach Ettenheimmünster zu bringen, hat möglicherweise diese Auseinandersetzung zum Hintergrund²⁶. Auf dem Sockel des Silberreliquiars²⁷ sind ebenfalls beide Orte der Verehrung, aber auf zwei getrennten Bildern dargestellt. Auf dem einen der den Sockel umgebenden kleinen Reliefbilder mit der Schilderung der Landelinslegende beten die Pilger am *Grab* des Heiligen in *Münchweier* und legen dort auch ihre Opfertgaben ab, auf dem zweiten trinkt ein Kranker von dem heilkräftigen Wasser und ein anderer badet in der *Landelinusquelle* in *Ettenheimmünster*. Im Jahre 1501 wurde der Kirche zu St. Landelin ein Ablaßbrief von 100 Tagen auf ewige Zeiten ausgestellt²⁸. 1702 wird der Landelinskirche „zum Brunnen“ in Ettenheimmünster wieder ein Ablaß verliehen, weitere erhielt sie 1707, 1722 und 1729, außerdem 1711, 1722 und 1791 je einen Ablaß speziell zum Landelinsfest²⁹.

Badebetrieb und Wunderheilungen im 17. und 18. Jahrhundert

Ab dem frühen 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts sind wir durch die insgesamt sieben erhaltenen Wallfahrtsbüchlein³⁰ und die Dokumente im Pfarrarchiv recht gut über die Landelinsverehrung informiert. Die meist in deutscher Sprache geschriebenen und für die Pilger bestimmten Büchlein enthalten neben der Legende auch Andachten und Gebete zum hl. Landelin und darüber hinaus noch zahlreiche Berichte über Wunderheilungen. Die Namen und die Herkunft der Hilfesuchenden, ihre Krankheiten und Gebrechen werden genannt, außerdem werden der Zeitpunkt und die Umstände der Heilung ausführlich beschrieben. Durch die Unterschriften eines Paters und des Badwirts, des Küsters oder eines anderen Bürgers wird solch ein Wunder glaubhaft bezeugt. Das Wallfahrtsbüchlein von Pater *Martin Stephan*³¹ aus dem Jahre 1621 ist das erste erhaltene dieser Art. Es ist allerdings in lateinischer Sprache geschrieben. Es berichtet nur vereinzelt von Wunderheilungen am Grab, jedoch von sehr vielen Wundern bei den Quellen, wo die Pilger sich die Füße oder den Kopf wuschen, dann auch von Heilungen durch das Wasser, das sich die Kranken in Gefäßen nach Hause bringen ließen, und schließlich von Wundern, die weder am Grab noch an den Quellen, sondern allein durch die Anrufung des hl. Landelin geschahen.

Vor 1686 war, so Pater Gervasius Bulffer in seiner gegen Ende des 18. Jahrhunderts verfaßten Klostersgeschichte, kein eigentliches Badgebäude da. Nur im Haus des Aumüllers gab es eine schlechte Gelegenheit, wo die Bäder mit großer Müh gemacht werden mußten³². Ähnlich äußerte sich auch Pater Bernard Stöber in seiner Klostersgeschichte von 1804 über die Aufnahme der Pilger und die Bademöglichkeiten: „Von uralten Zeiten her waren unweit der Kirche des heiligen Landelins ein Mayerhof, und zwey andere Häuser von dem Kloster erbauet um darinn die zu dem heiligen Landelin kommenden Wallfahrter zu bewirthen. Diese Häuser wurden unter der fürchterlichen Herrschaft des lutherischen Brandenburgers zu ganz anderem Gebrauche verwendet. Im Jahre 1624 hat der Abt Christof Heübler (. . .) diese Häuser wieder zur Aufnahme und Bewirtung der Wallfahrter bestimmt. Und weil man so gar nichts von einem besondern Badhause in den Schriften findet, wird wahrscheinlich das Bad für die Kranken und Presthaften in dem oben genannten Mayerhofe wenigstens oder auch in den übrigen zweyen Häusern gewärmet und zubereitet worden seyn.“³³

In dem vom Prior und späterem Abt Maurus Geiger (1686–1704) im Jahre 1682 veröffentlichten Landelinsbüchlein erfahren wir, daß Abt Franz Herstein (1653–1686) die Landelinsquellen neu fassen und mit einer steinernen Kuppel bedecken ließ, so daß das Wasser immer sauber und rein bliebe. „Als dato die Quell zum Haupt / worvon man pflegt zu trincken / nur mit einem eichenen Kasten gefaßt war / darauß man daß Wasser heraus schöpffete / in deme auch die Leut sich zwachten / ja zu Zeiten gar badeten / als kondte man keinen frischen sauberen Trunck haben.“³⁴ Außerdem ließ er das Wasser „durch Canäl in das Badhauß“³⁵ leiten. Aus diesem Hinweis ergibt sich, daß wohl doch schon vor dem Jahre 1682 ein eigenes Badgebäude vorhanden gewesen sein muß.

An vier veröffentlichten Wunderberichten sollen der Badebetrieb, die Wunderberichte und die Art und Weise der Wunderheilungen im 17. und 18. Jahrhundert dargelegt werden.

Aus den überlieferten Wunderberichten läßt sich unschwer erkennen, daß an der Quelle des hl. Landelin auch soziale Unterschiede gemacht wurden. Zwar stand das Wasser der Landelinsquelle allen Pilgern ohne Rücksicht auf deren sozialen Stand zur Verfügung, doch gab es bei der Badbenutzung, vor allem den Komfort betreffend, gewisse Unterschiede. Denn diejenigen, die reich genug waren, konnten sich z.B. ein Bad in warmem Wasser leisten. In diesen Genuß kam das etwa dreijährige Töchterlein der Elisabeth Roman von Offenburg. Am 26. Oktober 1685 kam die Mutter mit ihrem seit zwei Jahren blinden Kind zum hl. Landelin. Ihr war von der Apothekers Witwe Geßler aus Offenburg angeraten worden, das elende

und blinde Kind zum Marterplatz des großen heiligen Landelini zu tragen, dort das Wasser zu wärmen und dem armen Tropf die Augen damit zu waschen³⁶.

Anders erging es dem zweijährigen, gelähmten Kind von Mathaeus Barman aus Artelsheim im Elsaß. Es wurde im Juni 1685 zum Wasser des heiligen Landelin gebracht und „nach dem 4. oder 5. mahl theils in dem warmen, theils *aus Mangel des Geltes im kalten Wasser*“ erfolgten Bade ebenfalls geheilt³⁷.

Die nach der sozialen Stellung sicherlich bedeutendste durch das Wasser des hl. Landelin geheilte Persönlichkeit war die Markgräfin Francisca Sybilla Augusta. In einer auf dem Schloß in Mahlberg am 27. Juli 1711 unterzeichneten Urkunde legte sie Zeugnis davon ab, daß sie 1711 von einer gefährlichen Krankheit heimgesucht worden war und sich auf Anraten ihres Leibarztes zur Luftveränderung auf das Schloß Mahlberg begeben habe. Nachdem sie von den Wundern des hl. Landelin erfahren hatte, habe sie „mit aufrichtigem Vertrauen“ auf das Bad die Gesundheit wiedererlangt. Sie war allerdings nicht zur Quelle oder in das Bad in Ettenheimmünster gegangen, sondern hatte sich ihrer „*Commodität willen*“ das Wasser nach Mahlberg bringen lassen³⁸.

Der dramatischen Schilderung wegen soll noch der Bericht über die Heilung der hochadligen Frau Maria Cleophe, geborene Kagenock, aus Sasbach vom 21. Juni 1719 folgen. Kein Aussätziger kann, diesem Dokument zufolge, so abscheulich ausgesehen haben wie sie. Der ganze Leib sei vom Kopf an mit einer gut zwei Finger dicken abscheulichen „Kölsch-blauen Haut, rauh wie eine dirre eichene Rinden“ überzogen gewesen. Es sei ein so „erschrecklich-unleydentlicher Geschmack und Gestanck von ihrem Leib ausgegangen, daß die Bad-Magd von ihr entloffen, und in Ohnmacht gefallen“ sei³⁹.

Mit den Provisorien bei oder in der Aumühle fanden sich Abt Franz Herstein⁴⁰ und der durch die Anrufung des hl. Landelin selbst von schwerer Krankheit geheilte Prior Maurus Geiger nicht ab. Und so schlossen sie im Juli 1684 mit dem Münchweierer Zimmermann Johannes Tränkle einen Vertrag über den Bau „eines Wirtshauses zu S. Landelin, welches zuvor bei der aumühl gewesen“ war⁴¹. Laut Pater Bulffer⁴² wurde das *Wirtshaus* am 21. November 1684 aufgeschlagen. Noch im selben Jahr (31. Dezember 1684) unterzeichneten sie mit Tränkle einen zweiten Vertrag zum Bau des neuen *Badhauses*. Von dem an der Straße gelegenen Wirtshaus wurde ein überdachter offener Gang zum neuen Badhaus gebaut. Im Badhaus waren drei Stuben mit je vier eichenen Badebottichen und zusätzlich 12 kleinen

Badkammerlein. Das Quellwasser wurde vom Landelinsbrunnen in einer unterirdischen Röhre unter der Straße zum Badhaus hinübergeführt. Auch durch das sogenannte „Bachstüblein“, ein langes, schmales Bodenbecken, wurde das fließende Quellwasser geleitet⁴³. An dieses von Abt Franz Hertenstein für Pilger und Kranke bestimmte Badhaus erinnert heute noch der oben zitierte Grundstein von 1686. Als Abt Franz am 1. November 1686 starb, wurde der bisherige Prior Pater Maurus Geiger, ein eifriger Landelinusverehrer, sein Nachfolger. Ihm verdanken wir viele Landelinsbüchlein und den ursprünglichen Bau der heutigen Wallfahrtskirche⁴⁴.

Abt Johann Baptist Eck (1710–1740), eine dynamische Persönlichkeit und mit 31 Jahren schon Abt, beauftragte 1718 den Vorarlberger Baumeister Peter Thumb mit dem Bau eines neuen, barocken Klosters, das in Ausmaß, Harmonie und Schönheit dem ebenfalls von Peter Thumb erbauten Kloster St. Peter im Schwarzwald gleich kam. Mehrere Gemälde und Zeichnungen des Klosters Ettenheimmünster können dies bezeugen⁴⁵.

Im Vertrag mit Peter Thumb⁴⁶ von 1718 wurde von dem baufreudigen Abt Eck nicht nur der Klosterneubau sondern auch die Planung eines größeren Badhauses und eines Kaufhauses in Auftrag gegeben. Pater Bulffer notierte in seiner Chronik, daß Abt Eck ein modernes Kloster und das Bad *von Grund auf errichtet und in einen prächtigeren Zustand versetzt habe*⁴⁷. So mußte das Hertensteinsche Badhaus des 17. Jahrhunderts schon nach rund 30 Jahren dem neuen, großzügigeren Gast- und Badhaus von Abt Eck weichen, das auf dem Kupferstich von Peter Mayer⁴⁸ zu sehen ist (Abb. 2). Auf den Wolken schwebt der hl. Landelin, rechts unten ist das Kloster, links die Wallfahrtskirche mit Kranken vor der Brunnenkapelle und ganz links im Bild das Gast- und Badhaus, so wie es 1759 aussah. Ähnlich wie beim Vorgängerbau von Abt Franz Hertenstein steht das Wirtshaus an der Straße. Es wurde jetzt durch einen geschlossenen Ostflügel mit dem rückwärtigen Badhaus verbunden. 1731 entstand durch den Anbau des westlichen und letzten Flügels ein fast geschlossener Gesamtkomplex mit Innenhof⁴⁹. Auf dem Kupferstich ist auch der um 1740 von Abt Augustin Dornblüth⁵⁰ angelegte Baumgarten auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Bades zu erkennen⁵¹, der in seinem Grundriß noch immer besteht. 1782 wurde das Gebäude durch den Bau eines Speisesaales in der zweiten Etage über der Hofeinfahrt vervollständigt⁵². Eine Lithographie aus der Zeit vor dem Brand von 1885 zeigt den Endzustand⁵³. (Abb. 3).

In dem neuen Badhaus von Abt Eck gab es acht kleine und vier große Badestuben. In der Badeküche wurde warmes Wasser zubereitet. Daneben gab es eine „Judenküche“, wo man offenbar für die Juden das Badewasser getrennt erwärmte, und wo die Juden getrennt baden konnten. Das Haus



Den Mittelpunkt dieses Kupferstichs (1759) von Peter Mayer bilden der hl. Landelin und die Wallfahrtskirche mit der Brunnenkapelle. Im Vordergrund befinden sich Pilger und kranke Menschen. Links im Bild ist die Grabeskirche von Münchweier und das Gast- und Badhaus dargestellt, ganz rechts das von Peter Thumb erbaute Kloster. (Abb. 2)

hatte, und das ist beachtlich, insgesamt 43 große und kleine Gästezimmer⁵⁴.

Französische Emigrantentruppen quartierten sich im Badegebäude ein

Als die revolutionären Unruhen in Frankreich immer gefährlicher wurden, machte sich Kardinal Ludwig Renuard von Rohan im Juli 1789 von Zabern aus auf den Weg, um seine rechtshreinschen Besitzungen zu inspizieren. Zuerst besuchte er Renchen im Amt Oberkirch und kam dann am 15. Juli, einen Tag nachdem in Paris die Bastille von der aufgeregten Volksmenge gestürmt worden war, in Ettenheim an, wo er mit großem Prunk empfangen wurde. Auch das Kloster bereitete seinem Bischof und Landesherrn in Ettenheimmünster einen fürstlichen Empfang. Nachts veranstaltete man ihm zu Ehren im Klostergarten unter beständiger „Türkischer Musik“ ein glänzendes Feuerwerk⁵⁵. Dies war der erste Aufenthalt Rohans in Ettenheim während seiner bis dahin schon zehnjährigen Amtszeit als Fürstbischof von Straßburg. Sicherlich sollte diese Reise der Vorbereitung einer eventuellen Flucht aus dem revolutionären Frankreich dienen. Junge Bürger aus Kappel, Grafenhausen und aus Ettenheim mußten bei diesem Besuch die Ehrenwache für den Landesherrn bilden und begleiteten ihn daher auch nach Ettenheimmünster, wo sie im dafür geeigneten Badhaus des Klosters untergebracht und, wie es heißt, mit gutem Wein und Brot versorgt wurden⁵⁶. Dies war nur ein harmloser Auftakt der Belastungen, die auf das Kloster durch Kardinal Rohan zukommen sollten.

Ein Jahr später kam Kardinal Rohan endgültig nach Ettenheim. „Den 13. Julij 1790. ist der H. cardinal Ludovicus von Rohan Bischoff zu Strasburg wegen der französischen Rebellion mit stab und gab etlich 40. Pferden hieher ins Kloster gekommen, und allda einlogirt, bis ihm zu Ettenheim eine wohnung zubereitet worden.“ Die Bediensteten des Kardinals wurden wiederum zum größten Teil im Badhaus untergebracht und verköstigt⁵⁷. Bei dem aufwendigen Lebensstil des Kardinals war es für das Kloster eine große Erleichterung, als er am 12. Dezember in das fertiggestellte Ettenheimer Amtshaus ziehen konnte, das nun zum *Palais Rohan* avancierte⁵⁸.

Die Ansammlung französischer Emigrantentruppen unter dem Schutz von Kardinal Rohan in unmittelbarer Nähe zur französischen Grenze brachte für das Kloster und die Bevölkerung große Gefahren und beträchtliche Belastungen mit sich. Ettenheim wurde in den Jahren 1791–1794 ein Zentrum der antirevolutionären Bewegung. 1791 wollte Kardinal Rohan 400 bis 500 Mann im Badhaus unterbringen lassen, was ihm der Abt verwehrte.

Doch die Truppen Mirabeaus nahmen daraufhin, ohne daß das Kloster sich wehren konnte, das Haus gewaltsam in Besitz⁵⁹.

Auf Verlangen des Kardinals mußte das Kloster das Badhaus immer wieder den Truppen Mirabeaus als Winterquartier oder als Lazarett zur Verfügung stellen. Es ist klar, daß die Räumlichkeiten von den Soldaten nicht gerade pfleglich behandelt wurden, was dann auch in der Klosterchronik seinen Niederschlag fand. Dort ist für das Jahr 1791 vermerkt: „Weil das Bad aber sehr garstig aussah von so vielen Leuten, und alle Badstuben zu Küchen gemacht worden“, mußte das ganze Bad geweißelt werden⁶⁰.

Als sich das Kloster im Januar 1792 wieder weigerte, Emigrantentruppen im Badhaus aufzunehmen, dieses Mal sollten es Soldaten des Prinzen von Condé sein, mischte sich Kardinal Rohan erneut massiv ein und ordnete in einem Schreiben an Prior Häußler die Einquartierung an. Dabei berief sich Rohan geschickt auf die eingangs zitierten Regeln des Ordensgründers⁶¹ und übte, nicht ohne Erfolg, moralischen Druck auf die Mönche aus. Die von Rohan vorgeschlagene Vorgehensweise, nämlich das ganze Kapitel zur Entscheidung zusammenzurufen, war offenbar klug durchdacht, denn so konnte der rhetorisch geschickt abgefaßte Brief seine Wirkung nicht verfehlen. Er argumentierte, daß Badhäuser zum öffentlichen Gebrauche dienen und daß jeder daran ein gleiches Recht habe. Das Kloster müsse, wenn es um die *Ausübung der Gastfreundschaft* ginge, ein gutes Beispiel geben. Und er fuhr fort: „Eine Verweigerung derselben ist eine Verletzung der Religion und der Menschlichkeit. Eure heiligen Stifter haben auch solche zum besonderen Gesetze gemacht. (. . .) Die heiligen Stifter haben auch nirgends gesagt, daß sie davon dispensirten, sobald eine Gefahr dabei wäre.“

Nach dieser moralischen Lektion und unter erzwungener Berücksichtigung der Regeln des hl. Benedikt teilte Prior Arbogast Häusler dem Kardinal umgehend den Beschluß des Kapitels mit, „daß sich dasselbe zur Gnade rechne, Euer hochfürstlichsten Durchlaucht durch Willfährung höchst dero Ansuchens seine tiefste Devotion bezeugen zu können“⁶².

Im Winter 1793/1794 wurde das Kloster erneut bedrängt, verwundete und kranke Soldaten Mirabeaus aufzunehmen und das Badhaus in ein Spital umzuwandeln. Diesmal brachten die Soldaten das ansteckende Fleck- oder Faulfieber mit sich. Bald drang aus dem Badhaus ein abscheulicher Geruch, der sich bis zum Kloster ausbreitete. Daraufhin wurde das Bad täglich ausgeräuchert. Da zu viele Soldaten an dieser Krankheit starben und auf dem Friedhof kein Platz mehr war, mußte auf der Wiese unterhalb des Badhauses ein besonderes Feld als Friedhof eingeweiht werden⁶³.

Die Verwendung des Badhauses nach der Säkularisation

Mit der Auflösung des Klosters während der Säkularisation ging auch das Badhaus auf Befehl des Markgrafen von Baden in den Besitz des badischen Staates über. Andres Rauscher, der 1799 noch mit den Mönchen einen Pachtvertrag bis zum Jahr 1807 abgeschlossen hatte⁶⁴, konnte 1801 den Vertrag mit dem neuen badischen Staat bis 1807 erneuern.

Die Bewirtschaftung erfolgte dann allerdings nicht durch Rauscher selbst, sondern durch Joseph Reinbold, einen Verwandten aus Schweighausen⁶⁵. Nach Ablauf des Pachtvertrages 1807 wollte der Staat das Bad in Privatbesitz überführen. Dies vor allem deshalb, weil die aufgeklärten badischen Beamten einen Rückgang des Wunderglaubens für wahrscheinlich hielten und sie damit die Rentabilität des Bades grundsätzlich in Frage stellten. Deshalb riet der badische Landrentmeister Herbst von Mahlberg seiner Regierung zum Verkauf des Anwesens, „umsomehr, als das Bad seinen bisherigen guten Ruf hauptsächlich dem Glauben an Wunderkräfte der Quelle zu danken habe, die übrigens weiter nichts als reines Wasser ohne mineralische Bestandteile liefere, wobey der Eigenthümer über lang oder kurz Gefahr laufe, daß mit wahrscheinlicher Abnahme dieses Wunderglaubens die Anstalt bis zu einer gewöhnlichen Wirtschaft herabkomme“⁶⁶. In einem späteren Gutachten äußerte er sich noch eindeutiger dahingehend, daß die ganze Existenz des Bades ganz alleine von der Fortdauer des *blinden Glaubens* an die Wunderkraft der Badquelle abhinge, den jedoch der erste beste aufgeklärte Geistliche in St. Landelin im Einverständnis mit dem aufmerksamen Districts-Physicus sehr leicht verdrängen könne⁶⁷.

Am 3. Februar 1807 fand die Versteigerung der Bad- und Wirtschaftsgebäude von St. Landelin statt. Mit der Wirtschaft war die Wirtgerechtigkeit „Zum goldenen Hirschen“ verbunden⁶⁸.

Joseph Reinbold, der ja bisher schon Unterpächter war, sah der Zukunft des Bades optimistisch entgegen. Er ersteigerte es unter den wenigen Anbietern für 13 000 fl. und sicherte sich außerdem das alleinige Nutzungsrecht an den Quellen zu⁶⁹, obwohl sie, wie die Gutachter festgestellt hatten, „weiter nichts als sehr reines Wasser ohne mineralische Bestandtheile liefern“⁷⁰.

Reinbold war offenbar unternehmerisch bemüht, aus Ettenheimmünster ein großes Bad zu machen. Dazu benötigte er auch das Recht, an Sonn- und Feiertagen Tanzveranstaltungen durchzuführen⁷¹, was ihm auf Drängen gewährt wurde.

Zur Unterhaltung seiner Kurgäste ließ er 1815 beim Heidenkeller, einer westlich von der Gisenburg gelegenen Anhöhe, eine Pyramide mit herrlicher Aussicht in das Rheintal, einen Tanzplatz und ein Gesellschaftshaus zur Beköstigung der Gäste erbauen. Zur Finanzierung sammelte er bei den Badgästen freiwillige Beträge. Die Pyramide wurde unter der Leitung des Försters Kunzmann errichtet und am 1. Juni 1816 vollendet⁷².

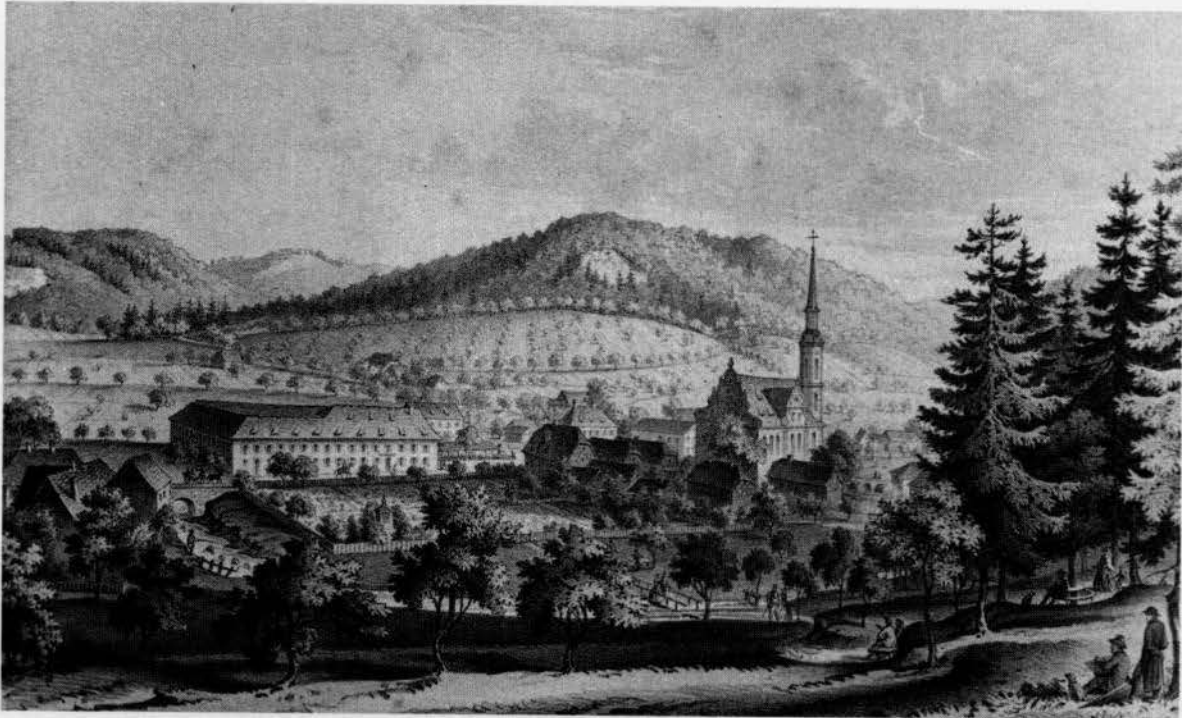
Nachdem sich beim Hambacher Fest am 27.5.1832 liberale, demokratische und republikanische Kräfte zu einer freiheitlichen Kundgebung zusammengefunden hatten, was dann zur Unterdrückung der Versammlungs- und Pressefreiheit führte, fanden in ganz Deutschland Sympathiekundgebungen statt. Auch für das Bad Ettenheimmünster wurde eine solche Volksversammlung in mehreren öffentlichen Blättern angekündigt, aber Badwirt Reinbold gab zusammen mit dem Bürgermeister und dem Leiter des Ettenheimer Oberamtes eine öffentliche Erklärung ab, daß er diese Versammlung in seinen Räumen nicht dulden werde⁷³. Das Fest wurde durch bürokratische Polizeimaßnahmen verhindert und alle Zugänge nach Ettenheimmünster auf dem Berg und im Tal durch Militär versperrt. Dies führte dazu, daß die bisherigen Lahrer Gäste schworen, das Badhaus nicht mehr zu betreten, und boykottierten es, bis Reinbolds Sohn Jakob 1840 das Badhaus übernahm⁷⁴.

Als 1838 die Karlsruher Regierung versuchte, dem Badwirt das früher gewährte Tanzrecht wieder wegzunehmen, konnte der Wirt dies mit dem Hinweis auf seine aufrechte Gesinnung gegen die Republikaner mindestens bis zum Jahre 1860 verhindern. Die acht Münstertäler seiner Musikkapelle wurden folglich nicht, wie angekündigt, arbeitslos.

In den 70er Jahren wurde das Anwesen von Reinbolds Schwiegersohn, Wilhelm Beck, geführt⁷⁵, der bemüht war, den guten Ruf des Hauses aufrechtzuerhalten. 1873 bot er in der Ettenheimer Zeitung sonntags während der Badesaison einen Fahrdienst vom Bahnhof Orschweier nach Ettenheimmünster an⁷⁶, den er mit dem eigens angeschafften Pferde-„Omnibus“ durchführte.

Doch seine Bemühungen waren offenbar ohne Erfolg, denn drei Jahre später, im August 1876, wurde das Bad von Josef Reinbold versteigert⁷⁷. Das höchste Gebot von 27 000 Mark gaben Abraham Dreifuß aus Schmieheim und Isaak Lang von Altdorf ab, was in der Ettenheimer Zeitung mit dem Kommentar versehen wurde, daß die beiden Herren das Bad nur deshalb gekauft hätten, um damit ein Geschäft zu machen.

Offensichtlich verkauften sie das Anwesen recht bald wieder, da in den



Diese wohl um 1880 gedruckte Lithographie vom „Bad St. Landolin“ zeigt den Endzustand des Gast- und Badhauses. Möglicherweise hat der Lahrer Fabrikant Meurer bei der Lithographischen Anstalt Kaufmann in Lahr den Auftrag hierfür erteilt. Das Bild mit den eleganten Damen und Herren demonstriert einen beschaulichen Kurbetrieb. Der an der Straße gelegene Südflügel brannte 1885 ab und wurde dann nicht mehr aufgebaut. (Abb. 3)

80er Jahren dann der Lahrer Fabrikant Meurer als Eigentümer in Erscheinung trat. Laut Pfarrer Kürzel wurde dort im Sommer 1879 oder 1880 eine Goldleistenfabrik eingerichtet, wobei allerdings der Badebetrieb weiterbestand⁷⁸. 1885 brannte der an der Straße gelegene Flügel ab⁷⁹ und wurde nicht mehr aufgebaut, so daß das Anwesen seitdem die bekannte Hufeisenform hat. 1887 wurde das Bad wieder eröffnet⁸⁰.

Das Ehepaar Leopold Geiser kaufte 1890 das inzwischen heruntergekommene Bad Hotel St. Landelin⁸¹. Es gelang ihnen, den einst guten Ruf wieder herzustellen. Die 1893 eröffnete Schmalspurbahn von Ettenheimmünster bis an den Rhein stellte eine gute Verbindung zum Elsaß her, das nach dem Krieg von 1870/71 dem Reich angegliedert worden war. Dies trug ebenfalls zum Aufschwung des Badhotels bei. Von den in der Ettenheimer Zeitung im Sommer des Jahres 1900 namentlich veröffentlichten Kurgästen kamen mehr als ein Drittel aus Straßburg und dem übrigen Elsaß⁸². Es war daher eine herbe Einbuße, als mit Beginn des Ersten Weltkrieges die elässischen Gäste dem Bad fernblieben. Da nach dem Krieg die Verbin-



Leopold Geiser kaufte 1890 die Badgebäude. In zahlreichen Schwarzwald-Reiseführern inserierte er für sein Kurhotel. Diese Lithographie stammt aus dem 1896 erschienenen Buch „Die Kurorte und Heilquellen des Grossherzogtums Baden“ von H. Oeffinger. (Abb. 4)

derung zum Elsaß durch die neue Grenze wieder unterbrochen wurde, bedeutete dies sowohl für das Bad Ettenheimmünster als auch für die Teilstrecke von Orschweier bis an den Rhein des 1893 eröffneten Ettenheimer Bähnchens das Ende⁸³.

1920 kaufen die Schulbrüder aus dem elsässischen Matzenheim das Badhaus

Wegen mangelnder Rentabilität mußte die Witwe von Leopold Geiser 1919 das Badhotel an die Gengenbacher Schwestern verkaufen⁸⁴, die es 1920 an die Brüder der christlichen Lehre aus Matzenheim im Elsaß weitergaben. Diese Kongregation der Schulbrüder besteht schon seit 1846 im Elsaß, wo sie auch heute noch zahlreiche Schulen unterhält.

Im Mai 1917, also noch während des Ersten Weltkrieges, befürchteten die Verantwortlichen der Matzenheimer Schulbrüder, daß sie ihre Schulen im

Elsaß wegen der Kriegslage räumen müßten und beauftragten daher Bruder Aemilian, nach einer geeigneten Unterkunft „in Alt-Deutschland“ Ausschau zu halten⁸⁵. Auf Vorschlag von Stadtpfarrer Williard von Ettenheim erwarben sie noch vor März 1918, also vor Kriegsende, den Freihof⁸⁶ in Ettenheim, ein ehemaliges, dem Kloster Ettenheimmünster gehörendes Gebäude, in dem heute das Postamt untergebracht ist. Vorerst vermieteten sie die Räumlichkeiten und entschieden sich, als im März 1920 die Möglichkeit bestand, das Badhaus von den Gengenbacher Schwestern zu erwerben, für Ettenheimmünster.

Die Absicht, im rechtsrheinischen Ettenheim ein eigenes Provinzhaus zu gründen, hing, so Professor Wolfgang Müller, mit dem verlorenen Weltkrieg zusammen. Da alle Deutschen, auch die deutschen Mitglieder eines religiösen Ordens, das nun wieder französische Elsaß verlassen mußten⁸⁷, suchte man in Grenznähe einen neuen Wirkungskreis für die deutschen Lehrbrüder des Ordens und gründete im badischen Ettenheim eine neue Provinz. Für das Gast- und Badhaus des ehemaligen Klosters begann somit 1920 wieder eine neue Ära. In einem Zeitungsartikel aus jener Zeit von einem nicht genannten, aber wohl gut informierten Autor heißt es: „Nun hat es eine weise Vorhersehung gefügt, daß dieses ganze Anwesen (. . .) endgültig der Bestimmung zurückgegeben wurde, für die alter Benediktinergeist es errichtete. Eine Stätte des Gebets, der Wissenschaft und der Erziehung (. . .) soll St. Landelin wieder werden. (. . .) Jetzt schon haben die Schulbrüder mit weitem Blick für die Nöte und Bedürfnisse der Zeit, St. Landelin zu einem Ferienheim für erholungsbedürftige Mitschüler unseres Landes gestaltet. Christliche Erziehung der Jugend, sozial caritative Betätigung im weitesten Sinn, ist ja neben dem Lobe Gottes und eigener Selbsterheiligung ein Hauptzweck der Kongregation der Brüder von der christlichen Lehre.“⁸⁸

Am 5. Mai 1920 wurde im Ettenheimer Pfarrhaus der Katholische Lehrbrüderverein e.V. als Träger der neuen Institution ins Leben gerufen. Bruder Julius Kern wurde Provinzial der badischen Provinz, Pfarrer Williard von Ettenheim jedoch der Vorsitzende des neuen Vereins⁸⁹. Von den drei ersten aus dem Elsaß kommenden Lehrern waren Bruder Julius (Andreas Kern) und Bruder Max (Alois Striebel) im Elsaß geboren, der dritte, der eben das Lehrerseminar absolviert hatte, stammte aus Radolfzell. Da Bruder Julius, der Provinzial, die deutsche Staatsangehörigkeit noch nicht besaß⁹⁰, konnte er auch nicht Vorsitzender eines deutschen Vereins werden.

Mit Schreiben vom 23. Mai 1922 wurde die Schule des Lehrbrüdervereins vom Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe als Ersatzschule anerkannt⁹¹. Die Schüler der neuen Klosterschule wurden nur in den unte-



Nach dem Ersten Weltkrieg erwarben die Brüder von der christlichen Lehre aus dem elsässischen Matzenheim das Haus und richteten darin eine Schule ein, die 1967 vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg übernommen wurde. (Abb. 5)

ren Klassen in Ettenheimmünster unterrichtet, wo man sie auf den Übergang in das Ettenheimer Gymnasium vorbereitete.

Mit dem Jahre 1933 begann für die privaten Ordensschulen eine schwierige Zeit. Bedingt durch die nationalsozialistische Hetze nahm die Zahl der Ordenskandidaten ab. Parteifunktionäre führten sich als Herrenmenschen in der Schule auf, bespitzelten die Lehrbrüder, immer auf der Suche, ihnen irgendeine Verfehlung nachzuweisen⁹². Im April 1939 wurde die Schule schließlich geschlossen, da sie nach den Vorstellungen der Nazis nicht die Gewähr für die nationalsozialistische Erziehung der ihr anvertrauten Jugend bot. Die Lehrbrüder wurden zum Militärdienst eingezogen, die Gebäude beschlagnahmt, mit Soldaten und dann bei Kriegsbeginn mit evakuierten Familien aus den am Rhein gelegenen Gemeinden und später mit aus den Ostgebieten umgesiedelten deutschstämmigen Familien belegt⁹³. Nach Beendigung des Krieges und dem Ende der Naziherrschaft erhielten die nach und nach zurückgekehrten Lehrbrüder im Januar 1946 von der französischen Militärregierung die Genehmigung zur Wiedereröffnung ihrer Schule. Mit sechs externen Schülern und drei Lehrern begannen sie von neuem mit dem Aufbau der Schule. Rund zwanzig Jahre konnten die Lehr-

brüder so wieder als Lehrer und Erzieher tätig sein. Da aber die Zahl der Brüder immer kleiner wurde und deswegen immer weniger Ordenskräfte für den Unterricht zur Verfügung standen, verhandelte der Orden unter dem Provinzial Bruder Lorenz Schick mit Generalvikar Dr. Föhr vom Erzbischöflichen Ordinariat zwecks Übernahme der Schule.

Mit Vertrag vom 27. April 1965 übernahm das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg das Progymnasium St. Landelin der Schulbrüder von Ettenheimmünster. Unterzeichner waren Generalvikar Dr. rer. pol. Ernst Föhr und Bruder Lorenz Schick. Da in Ettenheimmünster das Gelände nicht zur Verfügung gestellt werden konnte, Bürgermeister Herbert König aber *in Ettenheim* kurzfristig Grundstücke beschaffte, wurde die neue Schule in Ettenheim gebaut⁹⁴. Im August 1967 nahm die Heimschule St. Landelin als Nachfolgeschule des Progymnasiums der Lehrbrüder von Ettenheimmünster den Schulbetrieb am östlichen Stadtrand von Ettenheim auf. Im jetzigen Schuljahr (1995/96) werden in diesem großen kirchlichen Schulzentrum mit Internat und Hausaufgabenbetreuung in der Trägerschaft der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg in den fünf Schulzweigen Gymnasium, Realschule, Wirtschaftsgymnasium, Kaufmännisches Berufskolleg und Realschule für Spätaussiedler 1350 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Nur etwa 10 Prozent der Schüler sind noch im Internat untergebracht, seit 1995 auch einige Mädchen. 1992 feierte die Heimschule St. Landelin ihr 25jähriges Bestehen in Ettenheim. Bezogen auf die Gründung des Instituts der Lehrbrüder in Ettenheimmünster im Jahre 1920 ist das katholische Schulwesen nun schon seit 75 Jahren mit einem vielfältigen Bildungsangebot in Ettenheimmünster und Ettenheim vertreten⁹⁵.

1967 erhielt das Badhaus mit der Psychosozialen Klinik der Caritas eine neue soziale Aufgabe

Durch die Verlagerung des Progymnasiums der Lehrbrüder nach Ettenheim wurde das ehemalige Gast- und Badhaus des Klosters in Ettenheimmünster frei und konnte so wieder einer neuen Aufgabe zugeführt werden. Die Lehrbrüder vermieteten die Räumlichkeiten an die AGJ, die Arbeitsgemeinschaft für Gefährdetenhilfe und Jugendschutz in der Erzdiözese Freiburg e.V., die am 1. September 1970 in diesem Gebäude eine Psychosoziale Klinik für suchtkranke Männer eröffnete⁹⁶. Seit nunmehr 25 Jahren steht das Badhaus wieder für die Aufgabe zur Verfügung, für die es vor etwas mehr als dreihundert Jahren gebaut worden war. Es ist erneut ein Haus, in dem kranke Menschen aufgenommen werden und wo sich aufs neue wohlmeinende Menschen durchaus im Sinne der Regel des hl. Benedikt mit großer Sorgfalt um die ihnen anvertrauten Kranken kümmern.



Anmerkungen

- 1 Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Mitgliedergruppe Ettenheim fand 1995 die Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden in Ettenheim statt. Der Festvortrag wurde für diese Veröffentlichung überarbeitet und ergänzt.
- 2 **Die wichtigste Literatur zur Geschichte der Benediktinerabtei Ettenheimmünster:**

Albert Kürzel: Benediktiner-Abtei Ettenheimmünster. Lahr 1870. 174 S. Eine Reprintausgabe wurde vom Historischen Verein Ettenheim 1995 herausgegeben.

Ludwig Heizmann: Das Benedictiner-Kloster Ettenheimmünster. Lahr 1932. 202 S.

Adolf Hacker: Ettenheimmünster. Seine Baugeschichte. Ein Beitrag zur Geschichte des Barocks am Oberrhein. Würzburg 1938. 117 S.

Hansmartin Schwarzmaier: Das Kloster Ettenheimmünster. In: Germania Benedictina V. Die Benediktinerklöster in Baden-Württemberg. Augsburg 1975, S. 215–224. Auch in: Geroldsecker Land 22 (1980), S. 16–31.

Friedhelm Schultz: Das Benediktinerkloster Ettenheimmünster (Teil I) und *Hans Schadek:* Das Benediktinerkloster Ettenheimmünster (Teil II). In: Wolfgang Müller (Hrsg.), Die Klöster der Ortenau. Die Ortenau 58 (1978), Teil I. S. 150–159, Teil II. S. 160–201.
- 3 **Literatur zur Säkularisierung des Klosters:**

Adolf Hacker: Ettenheimmünster, a.a.O. 1938, S. 36–44 (Die Baugeschichte nach der Aufhebung des Klosters).

Oskar Kohler: Die Verwendung der Gebäude des Klosters Ettenheimmünster nach dessen Aufhebung im Jahre 1803. In: Die Ortenau 47 (1967), S. 20–24.

Renate Liessem-Breinlinger: Das Bad St. Landelin im Münstertal. In: Geroldsecker Land 20 (1978), S. 53–65.

Reinher Gassert: „Ein Kloster ohne Bibliothek ist eine Festung ohne Waffen“. In: Ettenheim, Stadt (Hrsg.): Ettenheim. Geschichte einer Stadt in ihrer Landschaft. Ettenheim, 1978. S. 18–23. (Über die Auflösung der Bibliothek des Klosters).

Reinher Gassert: Die Auflösung des Klosters Ettenheimmünster. In: Geroldsecker Land 24 (1982), S. 26–45.

- Hermann Schmid*: Die Säkularisation der Klöster in Baden, 1802–1811. 1. Teil. In: Freiburger Diözesan-Archiv (FDA) 98 (1978), S. 171–352. (Ettenheimmünster, S. 212–215). 2. Teil. In: Freiburger Diözesan-Archiv (FDA) 99 (1979), S. 172–375.
- Hermann Schmid*: Die Säkularisation der Klöster in Baden, 1802–1811. Überlingen 1980. 398 Seiten. S. 222–225: Die Benediktiner-Abtei Ettenheimmünster.
- Hermann Schmid*: Der Untergang des Benediktiner-Stifts Ettenheimmünster 1802/03. In: Die Ortenau 62 (1982), S. 112–139.
- Dieter Weis*: Zur Ausstattung der Klosterkirche und deren Verbleib. Als Manuskript vervielfältigt vom Historischen Verein Ettenheim. 1995. 125 S.
- 4 **Literatur zur Wallfahrtskirche:**
- Hubert Kewitz*: Geschichte der Kirche St. Landelin in Ettenheimmünster. In: Gemeinde Ettenheimmünster (Hrsg.), Wallfahrtskirche St. Landelin Ettenheimmünster. Ettenheimmünster 1987, S. 7–22.
- Hubert Kewitz* und *Dieter Weis* (Bearbeiter): St. Landelin Ettenheimmünster. Schnell & Steiner München, Kunstführer Nr. 1153, 3. Auflage 1993. (Ergänzung und Neubearbeitung des Kunstführers von Walter Strittmatter, 1. Auflage 1978).
- 5 *Bernd Sulzmann*: Die Orgel Johann Andreas Silbermanns in Ettenheimmünster. In: Gemeinde Ettenheimmünster (Hrsg.), Wallfahrtskirche St. Landelin Ettenheimmünster. Ettenheimmünster 1987, S. 32–45.
- 6 Zu dem aus der Klosterzeit vorhandenen Gebäude und Gebäudeteil vgl. Adolf Hacker, Ludwig Heizmann, Renate Liessem-Breinlinger und Reinher Gassert.
- 7 *Medard Barth*: Kalendare des 11. Jahrhunderts aus den Abteien St. Thomas in Straßburg und Gengenbach in Baden. In: Freiburger Diözesan-Archiv (FDA) 72 (1952), S. 33–53. (Hinweis auf Handschrift aus dem 10. Jahrhundert in der Staatsbibliothek München mit der Erwähnung des hl. Landelin).
- Josef Rest*: Wallfahrten nach Ettenheimmünster in früheren Jahrhunderten. In: Ettenheimer Heimatbote vom 22. September 1956. Auch in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze zur Geschichte der südlichen Ortenau und zum Kult des hl. Landelin von Ettenheimmünster. Hrsg. Historischer Verein Ettenheim, Ettenheim 1986, S. 111–112.
- Medard Barth*: Der hl. Märtyrer Landelin von Ettenheimmünster. In: Freiburger Diözesan-Archiv (FDA) 75 (1955), S. 203–244. (Nachdruck in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .), a.a.O. 1986, S. 115–157.
- 8 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale. Band III, 1781. S. 81. Handschrift im Pfarrarchiv Ettenheimmünster.
- Bernard Stöber*: Kurze Historische Beschreibung der Pfarrey Münsterthal bei St: Landelin von dem siebenden Jahrhunderte nach Christi Geburt bis auf das Jahr 1804 verfasst von P: Bernard Stöber. S. 100.
- Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O. 1938. S. 29.
- Hubert Kewitz*: Geschichte der Kirche St. Landelin (. . .), a.a.O. 1987, S. 11.
- Joh. Bapt. Kolb*: Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogthum Baden. Karlsruhe. 3 Bände 1813–1814–1816. (In Bd. I, 1813, Stichwort „Sanct Landelin“ und Ettenheimmünster).
- 9 *Die Regel des hl. Benedikt*. Herausgegeben im Auftrag der Salzburger Äbtekonzferenz. Beuron Kunstverlag, Beuron 1990, 15. Auflage, S. 108.
- 10 *Die Regel des hl. Benedikt*, a.a.O. S. 82.
- 11 **Literatur zum Kult des hl. Landelin:**
- Robert Merkle*: Zur Kultgeschichte des hl. Landelin. In: Freiburger Diözesan-Archiv (FDA) 72 (1952), S. 151–170.

- Medard Barth*: Der hl. Märtyrer Landelin (. . .), a.a.O. 1955, S. 203–244 (Nachdruck in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .), a.a.O. 1986, S. 115–157).
- Joseph van Straeten*: La vie de S. Landelin Ermite et martyr au pays de Bade. In: *Analecta Bollandiana* 73 (1955), S. 66–118. (Edition der Landelinsvita, Abschrift aus dem 17. Jahrhundert).
- Ralf Ritter*: Landelin und die Anfänge des Klosters Ettenheimmünster. In: *Geroldsecker Land* 15 (1973), S. 101–113.
- Hubert Kewitz*: Die Legende des Hl. Landelin auf dem Sockel der Landelinsbüste. Übersetzung nach der Edition Van der Straetens. In: Ettenheim, Stadt (Hrsg.): *Ettenheim – Geschichte einer Stadt in ihrer Landschaft*. Ettenheim 1978, S. 83–90.
- Hubert Kewitz*: Zur Geschichte des hl. Landelin von Ettenheimmünster. In: *Die Ortenau* 65 (1985), S. 102–119.
- Bernhard Uttenweiler*: Landelinus-Ikonographie. In: Josef Rest, Medard Barth und Bernhard Uttenweiler: Aufsätze zur Geschichte der südlichen Ortenau und zum Kult des hl. Landelin von Ettenheimmünster. Hrsg.: Historischer Verein Ettenheim. Ettenheim 1986. S. 159–293. (Mit Abbildungen von Landelinus-Darstellungen vom 14. bis zum 20. Jahrhundert).
- 12 Zitiert nach *Hubert Kewitz*: Die Legende des Hl. Landelin (. . .), a.a.O. S. 90.
- 13 **Kritische Stellungnahmen zu Landelin als historische Persönlichkeit:**
Ralf Ritter: Landelin (. . .), a.a.O. S. 101–113.
Hubert Kewitz: Zur Geschichte des hl. Landelin (. . .), a.a.O. 1985, S. 102–119.
Hubert Kewitz und *Dieter Weis* (Bearbeiter): St. Landelin (. . .), a.a.O. 1993. S. 11 schreibt H. Kewitz, daß das Kloster die Landelin-Legende *schuf* und einen vermutlich *fränkischen* Märtyrer zum Patron *wählte*.
- 14 *Medard Barth*: Kalendare des 11. Jahrhunderts (. . .), a.a.O. 1952, S. 33–53. (Handschrift aus dem 10. Jahrhundert in der Staatsbibliothek München).
- 15 *Medard Barth*: Der hl. Märtyrer Landelin (. . .). In: *Freiburger Diözesan-Archiv (FDA)* 75 (1955), S. 219. (Nachdruck in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .), a.a.O. 1986, S. 132).
Paul Wentzcke: Regesten der Bischöfe von Straßburg. 2 Bände, Innsbruck 1908–1928. Band I, Innsbruck 1908, 350 m., 614.
Stephan Würdtwein (Hrsg.): *Nova subsidia diplomatica*, Band X, Heidelberg 1788, 127 n. 40. (Abdruck der Urkunde).
Hans Schadek: Das Benediktinerkloster Ettenheimmünster. In: *Die Klöster der Ortenau*. Die Ortenau 58 (1978), S. 193–195.
- 16 *Joseph Rest*: Illuminierte Ablaßurkunden aus Rom und Avignon aus der Zeit von 1282–1364. In: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .). 1986. S. 101–110. (Text und Abbildung der Urkunde S. 108–110).
Bernhard Uttenweiler: Landelinus-Ikonographie, a.a.O. 1986, S. 168–169.
- 17 *Paul Heitz*: Kolorierte Frühdrucke aus der Stiftsbibliothek in St. Gallen. Einblattdrucke des 15. Jahrhunderts. Mit einem Vorwort von Adolf Fäh. Straßburg 1906. Abbildung Nr. 22: Wallfahrt zum hl. Landelin. Bild auch abgedruckt bei:
Bernhard Uttenweiler: Landelinus-Ikonographie, a.a.O. 1986, S. 170.
- 18 Zum Schreibfehler *Nunewier* für *Münchweier* in der gotischen Schrift dieses Holzschnitts vgl. Ausführungen in: Bernhard Uttenweiler, Landelinus-Ikonographie, a.a.O. 1986, S. 171–173.
- 19 *Emil Schwendemann*: Daten aus dem Leben der Gemeinde Münchweier und ihrer Bewohner. Eigenverlag des Verfassers. Münchweier 1974, S. 16.

- Ludwig Heizmann*: Das Benedictiner-Kloster Ettenheimmünster. Lahr 1932. (S. 65 Hinweis auf diesen Jahrmarkt und auf Kop. 597 (Ettenheimmünster) im Generallandesarchiv Karlsruhe).
- 20 *Robert Merkle*: Landelinus-Ikonographie. Manuskript (vor 1954) im Pfarrarchiv Ettenheimmünster, S. 7.
- 21 *P. Martinus Stephanus*: Historia de vita, et martyrio S. Landelini (. . .). 1621. (Erstes erhaltenes Wallfahrtsbüchlein mit Holzschnitt von 1617; in der Landesbibliothek Stuttgart (Kirch. G qt 1146/Martinus) aufbewahrt. Hier Hinweis auf ein früheres Wallfahrtsbüchlein von 1617 als Erstdruck der Druckerei des Klosters Ettenheimmünster).
- 22 *Bernhard Uttenweiler*: Landelinus-Ikonographie, a.a.O. 1986, S. 186–189. Die dort ermittelte Datierung für die Grabplatte zwischen 1623 und 1634 wurde inzwischen von Hubert Kewitz bestätigt und präzisiert. Er erkannte in dem Schriftband auf der linken Seite der Grabplatte ein Chronogramm, dessen Auflösung die Jahreszahl 1624 ergibt.
- 23 *Robert Merkle*: Zur Kultgeschichte des hl. Landelin, a.a.O., 1952, S. 168.
- 24 Abbildungen in: Bernhard Uttenweiler, Landelinus-Ikonographie, a.a.O., S. 187 und S. 201.
- 25 *August Stöber*: Die Sagen des Elsasses. 1. Teil. Die Sagen des Ober-Elsasses. Straßburg 1892, S. 64–65, Nr. 87. „St. Landelins Gut zu Rufach“. Hinweis auf Beleg (1343) zum „gut von Sante Lendelin“ in: *Medard Barth*: Der hl. Märtyrer Landelin von Ettenheimmünster. In: (FDA) 75 (1955), S. 236. (Nachdruck in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .), a.a.O., 1986, S. 149.
Bernhard Uttenweiler: Landelinus-Ikonographie, a.a.O., S. 164.
Theobald Walter: Urkunden und Regesten der Stadt Rufach. I, Rufach 1908, 87 n. 187.
- 26 *Erwin Ohnemus*: Sagen von Ettenheimmünster und dem Ettenbachtale. In: Die Ortenau 43 (1963), S. 62.
- 27 *Hubert Kewitz*: Die Legende des Hl. Landelin (. . .), a.a.O., 1978, S. 83–90.
Bernhard Uttenweiler: Landelinus-Ikonographie, a.a.O., S. 173–182.
- 28 *Bernard Stöber*: Kurze Historische Beschreibung (. . .), a.a.O., 1804, S. 87.
- 29 *Hubert Kewitz*: Inventar des Katholischen Pfarrarchivs Ettenheimmünster. Maschinenskript 1983, S. 1–2.
- 30 Liste der bekannten Wallfahrtsbüchlein aus dem 17. und 18. Jahrhundert in: Bernhard Uttenweiler, Landelinus-Ikonographie, a.a.O., S. 180, mit Angabe der Fundstellen. P. Martinus Stephanus (1621), P. Maurus Geiger (1682, 1687/1, 1687/2, 1712 und 1746), P. Gervasius Bulffer (1760), Ein Priester der Benediktinerabtei Ettenheimmünster (1787).
- 31 *P. Martinus Stephanus*: Historia de vita, et martyrio S. Landelini (. . .), a.a.O., 1621.
- 32 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale. Band III, 1781, S. 81. Handschrift im Pfarrarchiv Ettenheimmünster.
Hubert Kewitz: Geschichte der Kirche St. Landelin (. . .), a.a.O., 1987, S. 11.
- 33 *Bernard Stöber*: Kurze Historische Beschreibung (. . .), a.a.O., 1804, S. 100.
Adolf Hacker: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 29.
Hubert Kewitz: Geschichte der Kirche St. Landelin (. . .), a.a.O., 1987, S. 11 und Anmerkung 9.
- 34 *P. Maurus Geiger*: Leben und Miracul des Heiligen Märtyrers und Lands-Patronen Landelini. Gedruckt 1682, S. 28. (Hinweis auf ein 1620 gedrucktes Landelinsbüchlein: „das 1. mahl in teutsch“. Von dem Landelinsbüchlein von P. Maurus Geiger sind fünf Auflagen vorhanden: 1682, 1687/1, 1687/2, 1712 und 1746. Die Universitätsbibliothek Freiburg besitzt je ein Exemplar).
Hubert Kewitz: Geschichte der Kirche St. Landelin (. . .), a.a.O., 1987, S. 8.

- 35 *P. Maurus Geiger*: Leben und Miracul (. . .), a.a.O., 1682, S. 28.
- 36 *P. Maurus Geiger*: Leben und Miracul (. . .), a.a.O., 1. Auflage von 1687, S. 166–168.
- 37 *P. Maurus Geiger*: Leben und Miracul (. . .), a.a.O., 1. Auflage von 1687, S. 169.
- 38 *P. Gervasius Bulffer*: Leben und Wunderwerck Des Heil. Martyrers und Lands=Patronen LANDELINI. Freiburg 1760. S. 92–93 (Exemplar mit Kupferstich des hl. Landelin im Besitz der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz in Berlin, ein Exemplar ohne diesen Kupferstich in Privatbesitz in Ettenheimmünster). (Die Seiten 92–93 sind auch abgedruckt in: Josef Rest, Medard Barth, Bernhard Uttenweiler, Aufsätze (. . .), a.a.O., S. 113.
- 39 *P. Gervasius Bulffer*: Leben und Wunderwerck (. . .), a.a.O., 1760, S. 109.
- 40 Franz Hertenstein (1610–1686). Abt von 1653–1686.
- 41 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 30.
- 42 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 156, Nr. 148.
- 43 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 30.
- 44 *P. Maurus Geiger*: Leben und Miracul des Heiligen Martyrers und Lands=Patronen Landelini. 1682. 1687/1, 1687/2, 1712 und 1746.
- 45 **Darstellungen des Klosters:**
 Um 1718: Klosterbild, vermutlich aus der Planungszeit, im Bürgersaal in Ettenheim.
 1759: Kupferstich des hl. Landelin mit Kloster, Kirche und Gästehaus von Peter Mayer. Um 1765: Altargemälde in Ettenheimmünster mit Wallfahrtskirche und Kloster.
 1828: Ölgemälde im Pfarrhaus in Ettenheimmünster, Geschenk des letzten Abtes. Um 1803: Aquarell- und ein Tempera-Bild von Pater Martin Brüstlin im Besitz der Cistercienserinnen-Abtei Lichtenthal bei Baden-Baden. Weitere Bildnachweise in: *Bernhard Uttenweiler*: Landelinus-Ikonographie, a.a.O., 1986, S. 294–301 mit zahlreichen Abbildungen. Die dort abgedruckte Liste ist zu ergänzen durch zwei Zeichnungen (Kloster und Wallfahrtskirche) von Johann Andreas Silbermann um 1769 (?). Seit 1995: Maßstabgetreues Modell des Klosters von Architekt Erich Berblinger, Ettenheim, im Sitzungssaal des Ortschaftsrates Ettenheimmünster.
- 46 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 109–113: Abdruck des Vertrages, S. 111, Punkt 5: „Item solle mit bachenen Steinen die Undere Condignation des Baad Hauses und darankhomenden widkehrten newen baws gewölbt werden.“
- 47 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 174, Nr. 181: „monasterium modernum anno 1720 cum Balneo è fundamentis erexit.“
P. Bernard Stoeber: Monasterium D: Ettonis prope S: Landelinum (. . .) ab anno 1796 ad annum usqs 1802. Handschrift im Pfarrarchiv Ettenheimmünster, 580 Seiten, S. 160.
- 48 *Rudolf Morath*: Peter Mayer (1718–1800). Der Universität Freiburg i.Br. Bürger, Kupferstecher und Maler. Freiburg/München 1983. (Andachtsbild des hl. Landelin, Kupferstich von 1759, S. 115, Abbildung Nr. 284, S. 425. Vgl. Bernhard Uttenweiler, Landelinus-Ikonographie, a.a.O., 1986, S. 202–205.
- 49 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 31.
- 50 Abt Dornblüth (Abt von 170–1774, gest. 1775).
- 51 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 31.
- 52 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 228 (Über den Anbau des Speisesaals 1782).
P. Bernard Stoeber: Monasterium D: Ettonis prope S: Landelinum (. . .), a.a.O., 1802, S. 190: „triclinium balnei“ gebaut.
- 53 Lithographie von E. Kaufmann, Lahr. Vor dem Brand von 1885. Abbildung in: *Bernhard Uttenweiler*: Landelinus-Ikonographie, a.a.O., 1986, S. 286 (Dort weitere Bildangaben).

- 54 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 56–57, S. 57: Grundriß der Badanlage, Plan aus dem Generallandesarchiv.
- 55 *Albert Kürzel*: Cardinal L. R. E. zu Ettenheim. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Alterthums- und Volkskunde. 2. Band (1870–1872), Freiburg 1872, S. 43–58.
- 56 *P. Bernard Stoeber*: Monasterium D: Ettonis prope S: Landelinum (. . .), a.a.O., 1802, S. 186.
Jörg Sieger: Kardinal im Schatten der Revolution. Der letzte Fürstbischof von Straßburg in den Wirren der Französischen Revolution am Oberrhein. (Kardinal Ludwig Renatus Eduard, Prinz von Rohan Guémené in Ettenheim). Freiburger Dissertation. Verlag Morstadt, Kehl 1986, 414 S. (Mit ausführlichen Literatur- und Quellenangaben).
- 57 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 247.
Joann Conrad Machleid: Diarien, 1755–1794, 2 Bände, S. 109 v. (Handschrift in Privatbesitz in Ettenheim).
- 58 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 253, Nr. 230.
- 59 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 254.
- 60 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 256.
- 61 *Albert Kürzel*: Cardinal L. R. E. (. . .), a.a.O., 1872, S. 256.
- 62 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 257, Nr. 234 und Ergänzung hierzu S. 260 ad. Nr. 234.
- 63 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 257.
Brief von Kardinal Rohan veröffentlicht in: *Albert Kürzel*: Cardinal L. R. E. zu Ettenheim. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Alterthums- und Volkskunde. 2. Band (1870–1872), Freiburg 1872, S. 55.
- 64 *P. Gervasius Bulffer*: Archivum Manuale, Tomus I, S. 258–260.
- 65 *P. Bernard Stoeber*: Monasterium D: Ettonis prope S: Landelinum (. . .), a.a.O., 1802, S. 197.
Bernard Stöber: Kurze Historische Beschreibung (. . .), a.a.O., 1804, S. 161.
Albert Kürzel: Cardinal L. R. E. (. . .), a.a.O., 1872, S. 57.
- 66 *Hubert Kewitz*: Inventar des Katholischen Pfarrarchivs Ettenheimmünster. Maschinskript 1983, S. 8, Nr. 1 (Vertrag im Pfarrarchiv Ettenheimmünster).
- 67 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 38–41 (Über das Badhaus).
- 68 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 39–40.
- 69 *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (. . .), a.a.O., 1978, S. 56. (Bericht für die Hofdomänenkammer Karlsruhe vom 2. März 1807. GLA 87/120 vom 2. März 1807).
Hermann Schmid: Der Untergang des Benediktiner-Stifts Ettenheimmünster 1802/03. In: Die Ortenau 62 (1982). (S. 132: Gutachten des Landrentmeisters Herbst (GLA 404/441)).
- 70 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 117 (Ankündigung der Amtskellerei Ettenheim vom 12.12.1806 der Versteigerung des Bades zu St. Landolin am 03.02.1807. Enthält auch Beschreibung der Gebäude).
- 71 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 39.
- 72 *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (. . .), a.a.O., 1978, S. 57 (Nach GLA 87/120, GLA 87/72, GLA 237/8692 und GLA 391/10489).
Hermann Schmid: Die Säkularisation der Klöster (. . .), a.a.O., 1980, S. 224 (Die Bad- und Wirtschaftsgebäude nach GLA 391/10489).
- 73 *Adolf Hacker*: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 39–40 (Gutachten von Landrentmeister Herbst zu Mahlberg).

- Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (...), a.a.O., 1978, S. 56 (Nach Berichten von Stölker und Herbst. GLA 87/120).
- 71 *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (...), a.a.O., S. 58 (Nach GLA 87/120).
- 72 *Albert Kürzel*: St. Landolin. Über das alte Bad in Ettenheimmünster. In: Schau-ins-Land 7 (1880), S. 33–39.
Ettenheimer Wochenblatt, Nr. 27 vom 01.04.1873. Der Heidenkeller. (Über den Bau und die Finanzierung der Pyramide).
- 73 *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (...), a.a.O., 1978, S. 58–59 (Nach GLA 87/117 und 118).
Albert Kürzel: St. Landolin. In: Schau-ins-Land 7 (1880), S. 37–39.
- 74 *Albert Kürzel*: St. Landolin. In: Schau-ins-Land 7 (1880), S. 37.
Adolf Hacker: Ettenheimmünster, a.a.O., 1938, S. 40–41.
- 75 *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (...), a.a.O., 1978, S. 61.
- 76 Ettenheimer Zeitung Nr. 52 vom 27. Juni 1873.
- 77 Ettenheimer Zeitung vom 14.08.1876.
- 78 *Albert Kürzel*: St. Landolin. In: Schau-ins-Land 7 (1880), S. 39.
Im April 1887 inserierte in der Ettenheimer Zeitung noch ein Adolf Niedermayer für eine Tanzveranstaltung am Ostermontag (11.04.1887), am 27.05.1887 erschien ein Inserat, in dem der Besitzer Alfred Meurer die Eröffnung des Bads mit neuer Einrichtung ankündigte.
- 79 1853 gab es schon einen Brand im Badhaus. Vgl. *Renate Liessem-Breinlinger*: Das Bad (...), a.a.O., 1978, S. 60 und Anmerkung 43 (GLA 391/10476 und StAf 360/2042).
- 80 Ettenheimer Zeitung Nr. 58 vom 19. Juli 1887.
- 81 Domwirt Geiser in Straßburg kaufte vom Lahrer Bankverein für 44 000,00 DM das Bad Ettenheimmünster. Notiz im Anzeiger für Stadt und Land, Lahr, Nr. 64 vom 03.06.1890.
Renate Liessem-Breinlinger: Das Bad (...), a.a.O., S. 61.
- 82 In der Ettenheimer Zeitung wurden im Juli 1900 zwei Fremdenlisten des Bades Ettenheimmünster veröffentlicht. In der 1. Liste sind 33 Namen, davon 10 aus dem Elsaß, in der 2. Liste sind 26 Namen, davon 13 aus Straßburg. In einer 3. Liste im August 1900 sind 23 Namen genannt, davon 9 aus Straßburg.
- 83 *Bernhard Uttenweiler*: 's Ettenheimer Bähnl. Geschichte der Lokalbahn von Ettenheimmünster an den Rhein. Hrsg.: Historischer Verein Ettenheim. Ettenheim 1992, 211 S. (Dort zusätzliche Literaturangaben).
- 84 *Ludwig Heizmann*: Das Benedictiner-Kloster (...). 1932, S. 183 (Die Gengenbacher Schwestern kauften das Haus am 3. Mai 1919 für 48 000,00 DM. Es wurde zum Sanatorium umgebaut und erhielt Zentralheizung.).
- 85 Protokoll der Sitzung in Matzenheim vom 10.5.1917. Protokollbuch der Lehrbrüder im Collège St. Joseph in Matzenheim.
- 86 *Robert Furtwängler*: „Freyhof“ war die Schaffnei des Klosters Ettenheimmünster. In: Badische Zeitung Nr. 88 vom 16.04.1991 und mit ähnlicher Überschrift in: Ettenheimer Stadtanzeiger Nr. 44 vom 03.11.1994. (Enthält auch Hinweis auf Kauf des Freyhofs durch die Lehrbrüder 1918).
Robert Furtwängler: Viele Wirtschaften bestehen heute nicht mehr. Teil 6. Im Jahre 1917 wurde der „Badische Hof“ versteigert. In: Badische Zeitung Nr. 256 vom 05.11.1987. (Enthält Hinweis auf die Lehrbrüder, die den Badischen Hof in Ettenheim ebenfalls ersteigern wollten).

- 87 *Wolfgang Müller*: Brüder von der christlichen Lehre in Ettenheim. In: Wolfgang Müller (Hrsg.), Die Klöster der Ortenau. Die Ortenau 58 (1978), S. 645–646.
- 88 Ettenheimer Zeitung vom 23.08.1920.
- 89 *Bernhard Uttenweiler*: 25 Jahre Heimschule St. Landolin. Zur Geschichte und Vorgeschichte der Heimschule St. Landolin in Ettenheim. In: Jahresbericht der Heimschule St. Landolin 1992, S. 5 (Nachdruck aus dem Ettenheimer Stadtanzeiger, November 1992).
- 90 Schreiben des Bezirksamts Ettenheim vom 17.01.1922. Staatsarchiv Freiburg, Bestand BA-Lahr, Zugang 1979/81 P. Nr. 143.
- 91 Staatsarchiv Freiburg, BA-Lahr, Zugang 1978/81, Nr. 143. Das Schreiben des Kultusministeriums N. C 25012 bezieht sich auf eine Genehmigung, die das Staatsministerium am 10. Mai 1922 ausgesprochen hatte.
- 92 *Bruder Lorenz Schick*: Beitrag zur Vorgeschichte der Heimschule (St. Landolin) in Ettenheim. In: Ettenheimer Stadtanzeiger ab Oktober 1977, 7 Ausgaben.
- 93 *Robert Furtwängler*: Zur Geschichte der Heimschule St. Landelin. Vom Progymnasium Ettenheimmünster zur Heimschule Ettenheim. Rückblick auf lange Schultradition. Badische Zeitung (Ettenheimer Heimatbote) vom 14.10.1980.
- 94 Nach Unterlagen der Heimschule St. Landolin in Ettenheim.
Außerdem in: Ettenheimer Heimatbote Nr. 134 vom 14.06.1965: Bau einer Schule mit Internat in Ettenheim.
Ettenheimer Heimatbote vom 14.08.1965: Heimschule „St. Landolin“ – ein Bauprojekt für acht Jahre.
Ettenheimer Heimatbote vom 16.08.1965: Ein Eckstein in der Geschichte Ettenheims. Großprojekt Heimschule „St. Landolin“ eröffnet ungeahnte Perspektiven für die nächste Zukunft.
- Bruder Lorenz Schick*: Beitrag zur Vorgeschichte der Heimschule (. . .), a.a.O., 1992.
- 95 *Bernhard Uttenweiler*: 25 Jahre Heimschule St. Landolin, a.a.O., 1992.
Bernhard Uttenweiler: Vom Progymnasium St. Landolin der Lehrbrüder in Ettenheimmünster zur Heimschule St. Landolin in Ettenheim. In: Jahresbericht der Heimschule St. Landolin 1995, S. 4.
- 96 *Psychosoziale Klinik St. Landelin* (Hrsg.): 25 Jahre Klinik St. Landelin Ettenheimmünster, 1970–1995, S. 14.

Vor 150 Jahren:

Franz Josef Ritter von Buß – Einzelkämpfer im Badischen Landtag von 1846

Dieter K. Petri

Streit um die Tagesordnung

Zum ersten Mal wurde Buß 1837 in den Badischen Landtag gewählt, wo er sich mit seiner später berühmt gewordenen Fabrikrede einführte. Er vertrat damals den Wahlkreis Gengenbach-Oberkirch. 1846 sandten ihn die Wahlmänner von Säckingen, Waldshut und Tiengen in die badische Abgeordnetenversammlung. Die folgenden Ausführungen beleuchten seinen parlamentarischen Einsatz in dieser zweiten Wahlperiode.

In der Sitzung vom 18. Juli 1846 wollte Buß begründen, warum er die Frage der „Deutschkatholiken“* gerne auf der nächsten Tagesordnung sehen wollte. Seine Begründung dafür geriet aber zu lang und steigerte bei seinen Gegnern mehr den Unwillen, als daß es sie der Sache geneigt machte.

Im April des Jahres hatte die badische Regierung den Deutschkatholiken die Abhaltung von öffentlichen Gottesdiensten erlaubt, den Mitgliedern jedoch das aktive und passive Wahlrecht aberkannt.

*„**Deutschkatholizismus**, rationalist.-nationalist. Gegenströmung gg. die Erneuerungsbe-
wegung in der kath. Kirche Dtl.s in der 1. Hälfte des 19. Jh., ausgelöst von dem suspendier-
ten schlesischen Priester J. Ronge anlässlich der Ausstellung des „Heiligen Rockes“ zu Trier
unter Bisch. Arnoldi 1844. Der von Ronge am 12.1.1845 zu Breslau als „Allg. Christl.
Kirche“ gegr. dt.-kath. Gemeinde schlossen sich die von J. Czerski 1844 zu Schneidemühl
gegr. „Christl. Apost. Gemeinde“ u. eine Anzahl romfreier dt.-kath. Gemeinden Nord-Dtl.s
an. Auf dem 1. sog. „Konzil“ zu Leipzig (23.3.1845) waren 15 Gemeinden vertreten. Es
wurde der Name „Deutschkath. Kirche“ angenommen, die Bibel (rationalist. gedeutet) zur
einzigsten Glaubensnorm erklärt, im Apostolicum die Gottheit Christi gestrichen, die menschl.
Selbsterlösung gelehrt, das kirchliche Lehramt u. der päpstl. Primat verworfen, Ohrenbeicht
u. Abtauf, Priesterzölibat u. Anrufung der Heiligen sowie die Verehrung ihrer Bilder u. Reli-
quien, Wallfahrten u. Fasten abgelehnt, als Sakramente nur Taufe u. Abendmahl (unter bei-
den Gestalten) anerkannt u. statt des eucharist. Opfers eine dt. Liturgie ohne Kanon einge-
führt. Von liberalen u. völkischen Kreisen u. durch Ronges Werbereisen gefördert, erreichte
der D. 1847 seinen Höchststand mit ca 80 000 Mitgl.“ K. Algermissen in: Lexikon für
Theologie u. Kirche, Frbg. 1959, Sp 279.

Gegen diese Zurücksetzung wandten sich in einer Bittschrift vier Gemeinden von Deutschkatholiken: Durlach, Pforzheim, Mannheim und Heidelberg. Eine deutschkatholische Gemeinde entstand damals noch in Konstanz. Die Bewegung konzentrierte sich so auf wenige größere badische Städte, in denen Besitzbürger lebten, die normalerweise wählen durften. Das damalige Zensus-Wahlrecht räumte das Wählen erst ab einer bestimmten Steuerleistung ein. Arbeiter durften nicht wählen.

Buß argumentierte, die Abgeordneten der Kammer seien entweder evangelisch oder katholisch. Beide Konfessionen seien als Körperschaft öffentlich anerkannt. Die gegenwärtige Rechtslage erlaube keine staatliche Bestätigung einer weiteren religiösen Gemeinschaft. Der Staat beruhe auf dem Christentum, das durch Protestanten und Katholiken und nicht durch eine andere Konfession repräsentiert werde. Die evangelische und katholische Kirche gewährten dem Staat eine geistige Stabilität, die durch eine Öffnung für Sekten mit ihrer Meinungsvielfalt nur ins Wanken käme.

Die liberalen Gegner von Buß wunderten sich, daß der Erzkatholik so anerkennend über die Protestanten reden konnte und warfen ihm vor, andernorts einen anderen Ton angeschlagen zu haben. Später wird Buß für die revolutionären Wirren den protestantischen Geist verantwortlich machen.

Jetzt erinnerte Buß seine Kollegen daran, daß es im Lande Sekten gäbe, die den Eid ablehnten, der jedoch für die Verlässlichkeit im staatlichen Zusammenleben unverzichtbar sei. Den Deutschkatholiken wurde vorgehalten, sie seien mögliche Eidesverweigerer und damit nicht mehr staatstragend. Ein Gesinnungsfreund von Buß nannte die Deutschkatholiken „Pantheisten“, die nur an einen namenlosen Weltgeist glaubten. Der Eid werde jedoch vor dem Angesicht eines persönlichen Gottes geleistet.

Kampf gegen eine dritte Konfession

Den Deutschkatholiken imponierte an ihrem Gründer Ronge, einem schlesischen kath. Geistlichen, daß er 1844 die neuerliche Verehrung des angeblichen Rocks Christi, in Trier, öffentlich kritisiert hatte. Daß er deswegen exkommuniziert wurde, störte sie wenig. Vorausgegangen war Ronges Entbindung von seinen priesterlichen Aufgaben, weil er gegen die Amtsenthebung des Breslauer Bischofs v. Sedlnitzky öffentlich protestiert hatte. Der Bischof suchte nicht kath.-ev. Mischehen zu verhindern, wie es die römische Kirchenleitung von ihm erwartete.

Als beim Karnevalszug in Pforzheim der Papst als kleiner Hund dargestellt

wurde, beschloß Buß, gegen das „Rongethum“ eine Kampfschrift zu verfassen. Auf dem Mäntelchen des Hundes stand nämlich der spöttische Hinweis: „Heiliger Rock“, ein untrügliches Zeichen der Sympathie für die Deutschkatholiken.

Die Liberalen verwiesen in der Kammer auf die badische Verfassung von 1818, in der die Gewissensfreiheit festgeschrieben sei. Aus dieser leiteten sie den Grundsatz der Religionsfreiheit ab. Wenn die Regierung den Deutschkatholiken das Wahlrecht aberkannte, so verstieß sie gegen die eigene Verfassung.

Buß hingegen folgerte aus der Gewissensfreiheit nur das Recht, von den herrschenden Konfessionen abzuweichen. Verfolgt werden sollte deswegen niemand. Aber er sollte dafür keinen Zugang zu politischen Ehrenrechten erhalten. Darin war Buß sich mit der Regierung einig. Die Deutschkatholiken seien als eine Sekte zu betrachten, die sich allenfalls zu unauffälligen Hausandachten treffen dürften, aber nicht bei öffentlichen Gottesdiensten.

Nach heutiger Rechtslage genießen die evangelische und katholische Kirche sowie die jüdische Synagoge den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Der Staat zieht beispielsweise für diese Gemeinschaften eine Kirchen- bzw. Synagogensteuer ein. Er erlaubt ihnen, an den staatlichen Schulen nach eigenen Grundsätzen Religionsunterricht zu erteilen und bezahlt die Religionsstunden, die von staatlichen Lehrkräften erteilt werden. Gegenwärtig geht die Diskussion um die Frage, ob die islamische Religion grundsätzlich dieselbe Unterstützung erfahren sollte, falls sie diesen Status überhaupt beantragt.

Buß fürchtete, die Regierung könnte, dem liberalen Zeitgeist entsprechend, ihre einschränkende Entscheidung zurücknehmen. Die liberalen Abgeordneten hingegen wollten die Petition der deutschkatholischen Gemeinden befürwortend weiterleiten, ohne die Regierung durch streitbar vorgetragene Forderungen zu verstimmen.

Zuständigkeit der Abgeordneten

Das Sagen hatte nicht das Parlament, sondern nur die Regierung. Die Abgeordneten konnten sich allerdings über Maßnahmen der staatlichen Verwaltung beschweren, und die Regierung mußte sich dies anhören. In der Abgeordnetenkammer stand deshalb ein Thronsessel für den Großherzog. Der Platz unter dem Baldachin blieb aber in der Regel leer. Dafür mußte ein Minister anwesend sein. Als sich später Minister Blittersdorf weigerte,

an den Sitzungen weiter teilzunehmen, machte die Kammer so viel Druck auf den Großherzog, daß dieser den Minister abberufen mußte.

Außer dem Recht, einzelne Verwaltungsakte der Regierung straflos zu kritisieren, konnten die Abgeordneten auch sog. Motionen einbringen. Dies waren Anträge, die verlangten, daß allgemeine Mißstände durch eine neue gesetzliche Regelung zu beseitigen seien. Eine solche Motion mußte vom Abgeordneten selbst begründet werden. Danach mußten sich auch noch andere Abgeordnete in seinem Sinne äußern. Bei mehrheitlicher Befürwortung kam die Angelegenheit in einen Ausschuß. Wenn die Regierung von der Notwendigkeit eines neuen Gesetzes überzeugt war, konnte sie eine Gesetzesvorlage erstellen und mit dem Ausschuß Vorgespräche führen. Jedes neue Gesetz mußte in der Kammer erörtert werden. Die Entscheidung, ob es in Kraft trat, fällt jedoch allein die Regierung.

In der Sache „Deutschkatholiken“ bekam Buß Schützenhilfe von seinen angesehenen Gesinnungsfreunden Bader und Junghanns, die empfahlen, das heikle Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und die Frage, ob man sich dabei nur mit den vier gleichlautenden Petitionen oder auch mit dem Gesetzesantrag von Buß beschäftigen wolle, bei jener Sitzung zu entscheiden. Buß zog seinen Antrag für eine Motion zurück und entging dadurch einer absehbaren Abstimmungsniederlage.

Eine hitzige Debatte

Am 12. August trat die Kammer erneut zusammen. Erster Tagesordnungspunkt waren die Deutschkatholiken. Das heiße Eisen, das Buß angefaßt hatte, sollte die 63 Abgeordneten nicht nur an diesem, sondern auch noch am nächsten Tag beschäftigen, obwohl man sich aus heutiger Zeit fragt, ob sich der Aufwand gelohnt hat, denn die Deutschkatholiken selbst blieben in der deutschen Religionsgeschichte eine Episode. Aber das konnten die Mandatsträger damals nicht wissen.

Der Petitionsausschuß schlug der Kammer vor, die Petition der vier deutschkatholischen Gemeinden um Gleichstellung befürwortend an die Regierung weiterzuleiten, damit diese ein Gesetz über die Religionsfreiheit vorlege und ihren einschränkenden Erlaß vom 20. April zurücknimmt.

Sitzungspräsident Mittermaier befürchtete eine überhitzte Debatte. Er appellierte deshalb an die Abgeordneten, das delikate Thema in aller Ruhe anzugehen. Vor allem solle man sich eines Urteils über den Wert oder Unwert einer religiösen Überzeugung enthalten. Man sei nicht auf einer Kir-

chenversammlung. Auch ironische Bemerkungen solle man sich verkneifen. Was den Menschen „heilig und ehrwürdig“ sei, dürfe nicht einmal mit dem „leisesten Spott“ bedacht werden.

Das zuhörende Publikum im Saal und auf den Galerien wurde vom Sitzungsleiter ermahnt, die Redebeiträge nicht mit Beifalls- oder Mißfallensäußerungen zu begleiten. Die „Wachen“ seien beauftragt, „jeden, der stört, hinauszuweisen“. Ob solche Ermahnungen etwas nützten und die Drohungen ernst gemeint waren, mußte sich erst noch zeigen. Die Zuhörer waren mit Vorsicht anzufassen, denn unter ihnen saßen die Journalisten, die nächsten Tages ihrer ärgerlichen Feder freien Lauf ließen.

Die bad. Regierung hatte 1832 die Pressefreiheit zunächst gewährt, dann aber nach wenigen Monaten auf Druck des Deutschen Bundes wieder eingeschränkt. Die großherzoglich-badische Regierung und die Kammer einigten sich daraufhin auf eine schlitzohrige Interpretation der verlangten Kontrolle. Die Pressezensur gelte für alle politischen Angelegenheiten des Bundes, nicht aber des Landes.

In der Sitzung verfielen die Parlamentarier zunächst einmal in eine längere Auseinandersetzung darüber, ob es beim Antrag des Petitionsausschusses nicht sinnvoller sei, ihn in zwei Anträge aufzuteilen, weil sich im Ausschuß selbst nur für die Forderung nach einem besonderen Religionsgesetz eine klare Mehrheit gefunden hätte, nicht aber für die Kritik an der bereits getroffenen Maßnahme der Regierung. Es wurde sogar vorgeschlagen, die Diskussion über beide Anträge zu trennen. Der ungeduldige Abgeordnete Friedrich Hecker rief bissig in den Saal: „Alsdann wollen wir lieber gleich abstimmen.“

Buß als Taktierer

Buß verlangte, daß ihm als erstem das Wort zur Sache erteilt werde. Er behauptete allen Ernstes, er habe das Wort noch von der letzten Sitzung, bei der er nur unterbrochen worden sei. Präsident Mittermaier zeigte sich von solchen Winkelzügen unbeeindruckt und erteilte zunächst dem Minister des Innern, Nebenius, das Wort. Der hochangesehene Beamte galt als Vater der badischen Verfassung von 1818 und damit als deren kompetenter Ausleger.

Nebenius erklärte in einer nicht enden wollenden Rede die getroffene Maßnahme der Regierung für verfassungskonform. Die Deutschkatholiken könnten nicht dieselbe staatliche Anerkennung erfahren wie die evangeli-

sche und katholische Kirche. Sie leugneten nämlich die „Gottheit Christi“ und entzögen damit „der christlichen Moral die göttliche Grundlage“. Damit hatte der Minister die Mahnung des Präsidenten bereits außer acht gelassen, sich nicht auf die Frage der Rechtgläubigkeit einzulassen. Andererseits war das Argument, daß die Menschen in der Religion eine moralische Stütze fänden, auf die das staatliche Leben nicht verzichten könne, durchaus geläufig.

Dann wurde der Minister praktisch. Die neue „Sekte“ biete zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht die Gewähr, daß der Staat sie mit der Führung der Standesbücher betrauen könne. Er ließ aber offen, daß sich die Deutschkatholiken eines Tages zu der Gemeinschaft entwickeln könnten, die es rechtfertigen würde, sie als Partner des Staates anzuerkennen.

Nach Nebenius durften neun weitere Abgeordnete reden, Liberale, Konservative und Regierungsvertreter, nur Buß mußte warten. Vielleicht hatte er es versäumt, sich frühzeitig in die Rednerliste einzutragen. Aber langweilig wurde es Buß nicht. Sein größter Feind unter den Vorrednern, der liberale Abgeordnete Kapp, versuchte ihn durch absichtliche Weglassung seines Namens zu demütigen. Es sei unter seiner Würde, dessen Namen in den Mund zu nehmen. Das zielte unter die Gürtellinie und verletzte Buß, der ohnehin zur Schwermut neigte; wie es manchmal zu gehen pflegt bei Leuten, die selbst gerne austeilen.

Petitionen ohne Wirkung

Als Buß schließlich dran war, erinnerte er zuerst an die Vielzahl der Petitionen, die es gegen eine Anerkennung der Deutschkatholiken in der letzten Kammerperiode gehagelt hatte. Die Motion für eine Gleichstellung hatte der ev. Pfarrer und Abgeordnete Zittel eingebracht. Buß selbst war aber an jenem „Petitionssturm“ nicht unbeteiligt gewesen. Die Liberalen ärgerten sich, wenn Konservative sich der demokratischen Instrumente bedienten, für deren Einführung sie ursprünglich keinen Finger gerührt hatten. Die vielen Petitionen hatte die Regierung veranlaßt, die Kammer aufzuheben und Neuwahlen anzusetzen. Aus formalrechtlichen Gründen erledigten sich dadurch auch die Petitionen, die nur an eine amtierende Kammer gerichtet werden konnten.

Bei den Neuwahlen kam es nicht zum Umschwung, den Buß erwartet hatte. Die Liberalen behielten ihre Übermacht. Die Katholiken, die in der Minderzahl waren, obwohl sie in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit stellten, bekamen durch die Neuwahlen gerade mal einen Sitz mehr.



Das Ständehaus mit der kath. Kirche, Karlsruhe

Fotos aus „Badische Geschichte“ 1987

Im wesentlichen wurden dieselben Personen wiedergewählt. Dies hing auch mit dem repräsentativen Wahlrecht zusammen, bei dem ein möglicher Stimmungswandel an der Basis nicht sogleich die Wahl der Mandatsträger veränderte. In den damaligen Stadt- und Landkreisen wurden von den Besitzbürgern zunächst Wahlmänner gewählt. Buß war zuletzt von Wahlmännern des Wahlkreises Säckingen mit den Städten Waldshut und Tiengen und deren Umgebung in die Kammer gewählt worden.

Was die Rededauer anging, stand Buß seinen Gegenspielern keineswegs nach. Obwohl es um die Deutschkatholiken ging, stellte er breit die Verdienste der kath. Kirche dar. Dabei erinnerte er an den jüngsten Einsatz der Barmherzigen Schwestern in den Krankenhäusern, für deren Zulassung er selbst als Politiker und Schriftsteller gekämpft hatte. Er lobte aber auch die evangelische Kirche, insbesondere für ihren großen wissenschaftlichen Eifer bei der Erforschung der Bibel.

Es war klar, worauf Buß hinaus wollte: Der Staat ist auf das Christentum in sozialer und kultureller Hinsicht angewiesen, und dieses Christentum

wird durch die kath. und ev. Kirche überzeugend vertreten. Eine weitere Repräsentantin, in Gestalt einer deutschkath. Kirche, ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich, weil sie die beiden traditionsreichen Kirchen schwächt.

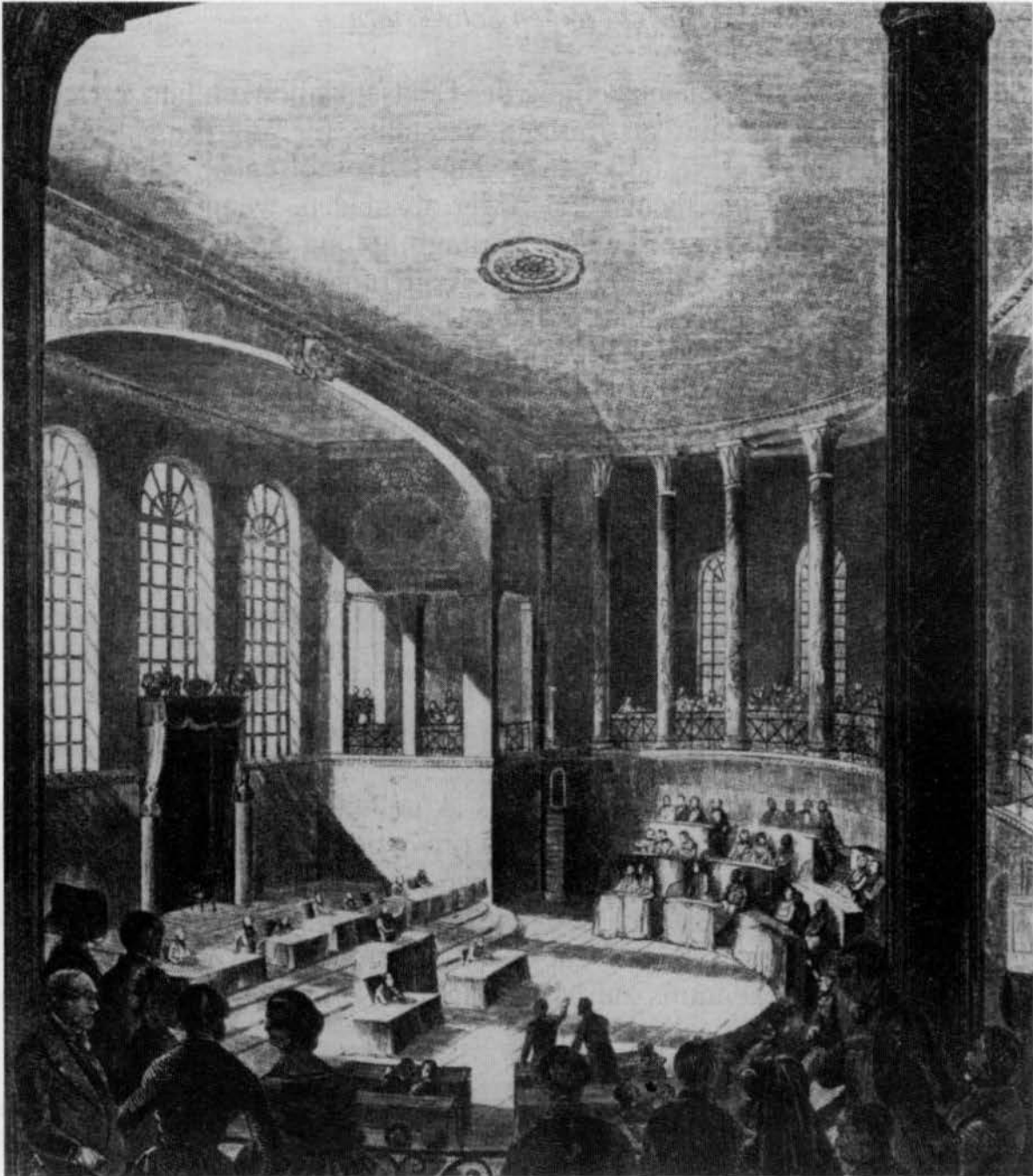
Zwiespältiges Verhältnis zur Religionsfreiheit

Die Zuhörer hätten gerne gewußt, wie Buß es mit der Gewissens- und Religionsfreiheit als Politiker hält. Zwar stellte er dieses Grundrecht nicht ausdrücklich in Frage. Aber er verschob einfach die Fragestellung, wenn er ausführte, das Gewissen fühle sich gegenüber dem Anspruch, das Gute zu tun, nicht frei. Auch in religiöser Hinsicht sei der Mensch nicht frei. In jeder religiösen Entscheidung folge er unweigerlich der religiösen Faszination. Er selbst sei begeistert vom christlichen Glauben an die Schöpfung und Erlösung. Buß flüchtete sich in die Religionsphilosophie und blieb als Politiker die Antwort auf die Frage schuldig, was in einem Staat mit denen geschehen solle, die einer anderen religiösen Faszination folgen. Daß es Buß schwer fiel, seine Begeisterung für die kath. Kirche, die er als das „Reich Gottes auf Erden“ feierte, mit einer Duldsamkeit gegenüber anderen Überzeugungen zu verbinden, zeigt sein seltsamer Vergleich der Deutschkatholiken mit den Muslimen. Ähnlich wie der Islam gegenüber dem älteren Christentum einen religiösen Rückschritt darstelle, weil er nicht an den Erlöser glaube, stellten auch die Deutschkatholiken eine Verarmung des kath. Glaubens dar, weil sie Jesus nicht als Sohn Gottes verehrten.

Nachdem Buß so die den Deutschkatholiken freundlich gesinnten Kollegen gereizt hatte, gab er sich am Ende seiner Rede friedlich und gelassen. Er zitierte den jüdischen Lehrer Gamaliel, der sich in vergleichbarer Lage gegen eine gerichtliche Verfolgung der frühen Christen ausgesprochen hatte:

„Ist's Menschenwerk, so wird's vergehen;
Ist es von Gott, so wird's bestehen.“

Fast wie nebenbei bemerkte Buß noch, daß er dem Antrag des Kollegen Bader beitreten wolle. Dieser hatte vorgeschlagen, die Deutschkatholiken aufgrund der Gewissens- und Religionsfreiheit zu dulden, ihnen aber nicht den Status der öffentlichen Körperschaft zu gewähren. Wenn die Regierung wollte, konnte sie darin eine Akzeptanz des Wahlrechts für die Deutschkatholiken sehen.



Sitzung der Zweiten Badischen Kammer, 1845

Nach Buß trat Hecker ans Rednerpult. Er forderte die Regierung unmißverständlich auf, ihren Erlaß, durch den sie die Deutschkatholiken vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschloß, zurückzunehmen. Sie müßten den Katholiken, Lutheranern und Reformierten gleichgestellt werden. Vom Privileg einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft sprach er nicht. Ihm waren die engen Bande zwischen Staat und Kirche grundsätzlich zuwider, also forderte er sie auch nicht für die Deutschkatholiken.

Angst vor Jesuiten und Barmherzigen Schwestern

Sein Eintreten für die Gleichstellung der Deutschkatholiken nützte Hecker, der sich der Versammlung als Katholik vorstellte, für Angriffe auf Jesuiten und Barmherzige Schwestern. Auch ihm fiel es offenbar schwer, beim Thema zu bleiben und nicht allen Ärger abzuladen, wenn man am Wort war. Unnötig war auch die ständige Verunglimpfung der bestehenden Ordnung als ›Polizeistaat‹. Sie machte die Regierung den Deutschkatholiken nicht geneigter. Aber vielleicht ging es Hecker gar nicht um die wenigen Deutschkatholiken, sondern mehr um die Wirkung aufs Publikum, näherhin auf die Journalisten und damit aufs Volk. Fast immer wenn er eine Rede beendete, erhielt er von der Zuschauertribüne herab Beifall. So auch diesmal. Der Präsident vergaß seine Drohung.

Nach Hecker stand Mathy das Wort zu. Der gewiefte Parlamentär machte den Präsidenten darauf aufmerksam, daß im Saal ein ständiges Kommen und Gehen herrsche und es wohl sinnvoll sei, die Sitzung für eine Pause zu unterbrechen. Nach 5stündigem Rededuell war dieser Wunsch verständlich. Als um 15 Uhr, nach einstündiger Pause, die Sitzung wieder eröffnet wurde, hatte Mathy die gewünschte Aufmerksamkeit.

Mathy war gut vorbereitet. Er hatte das aktuelle Buch von Buß gegen die Deutschkatholiken gelesen. Mit dem provozierenden Titel „Das Rongethum in der badischen Abgeordnetenversammlung“ wollte Buß den sympathisierenden Kollegen den Boden heiß machen. Rechtlich durfte es in der Abgeordnetenversammlung gar keine Deutschkatholiken geben, weil ein Abgeordneter bei einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft sofort das Mandat verloren hätte.

Mathy bescheinigte Buß zunächst eine maßvolle Rede. Dies habe ihn nach der Lektüre seines Buches angenehm überrascht, wo er in Anspielung auf die deutschkatholischen Gemeinden vom „Saubach in Constanz“ und vom „Neckarschleim in Heidelberg“ gesprochen habe.

Mathy wollte sich nicht kurz fassen, sowenig wie seine Vorredner. Als auch andere diesem schlechten Beispiel folgten, meinte der Sitzungspräsident humorvoll: „Nun, meine Herren, auf diese Weise werden wir nicht fertig. Ich will dafür sorgen, daß Betten hereinkommen, denn wir kommen bis morgen nicht aus dem Saal.“ (Protokollbuch vom 13. August 1846, S. 133). Die Sitzung wurde erneut unterbrochen und am nächsten Tag fortgesetzt.

Vielleicht gefielen sich die Abgeordneten gerade deswegen in langen Re-

den, weil sie nichts entscheiden, sondern nur Empfehlungen aussprechen konnten. Parlamentarische Regeln, wie die Begrenzung der Redezeit, waren noch nicht vereinbart.

Professor Welcker, Kollege von Buß an der Universität Freiburg, behauptete, nicht einmal ein Tausendstel der badischen Bevölkerung wolle jenen Katholizismus, wie Buß ihn vertrete. Welcker war Liberaler und von Buß zutiefst enttäuscht, weil dieser früher als sein Student auch liberal gesinnt war, aber dann plötzlich ins Lager der Konservativen wechselte.

Fünfzehn Abgeordnete verzichteten schließlich auf ihre Rede, um endlich zur Abstimmung zu kommen. Von den 63 Volksvertretern stimmten 36 für die Gleichstellung der Deutschkatholiken, 26 dagegen. Die übrigen enthielten sich.

Buß im Alleingang

Bereits am nächsten Tag versuchte Buß über die Niederlage durch einen neuerlichen Antrag hinwegzukommen. Wenn den Deutschkatholiken dieselben Rechte eingeräumt werden sollten und der Staat sich auf diese Weise den verschiedenen religiösen Richtungen gegenüber neutral verhalten will, dann solle er sich künftig auch nicht mehr so massiv in die Verwaltung der Kirche einmischen.

Die Staatsbegeisterung des 19. Jhs. wünschte, daß der Staat auch die Kirche erneuern sollte. Als 1831 sich eine ganze Reihe von Freiburger Professoren, darunter auch der Professor für kath. Kirchenrecht, Amann, sowie 156 Geistliche an die Badische Abgeordnetenversammlung mit der Bitte wandten, sich beim Großherzog für die Abschaffung des Pflichtzölibats einzusetzen, erwarteten sie die Kirchenreform nicht von der kirchlichen Hierarchie, sondern von der staatlichen Regierung.

Die liberale Begeisterung für den aufgeklärten Staat nahm keinen Anstoß, wenn dieser die Kirche ans Gängelband oder gar an die Kandare nahm, obwohl dies dem Grundsatz der Liberalität widersprach. An diesem Schwachpunkt setzte Buß mit seinem Antrag für mehr Freiheit der Kirche an. Sein Einsatz kam allerdings etwas überstürzt. Er hatte sein Vorhaben nicht mit seinen Gesinnungsfreunden abgesprochen, und er wußte, daß es daher zum Scheitern verurteilt war. Aber in seiner Bitterkeit über die Abstimmungsniederlage vom Vortag war der Trotz stärker als die Vernunft. Er wolle damit seinem Pflichtgefühl und seinem Eid genüge tun, rechtfertigte

er sich. Diese Treue zu sich selbst sei ihm wichtiger als der parlamentarische Erfolg.

Der Vorstoß von Buß war zwar taktisch nicht sehr klug gewesen, aber der Sache nach, aus heutiger Sicht, berechtigt. Nach der badischen Kirchenordnung von 1830 bedurften verbindliche Anweisungen des Bischofs an die Geistlichen der Genehmigung durch die Landesregierung. Dasselbe galt für Weisungen, die aus Rom kamen. Wenn die Gläubigen am Amtsmissbrauch ihres Pfarrers Anstoß nahmen, so sollten sie sich nicht beim Dekan oder Bischof, sondern bei den staatlichen Stellen, beim Bürgermeister oder Landrat beschweren.

Staatliche Verwaltung der Kirche

Als der Staat die neue Ordnung für kirchliche Beschwerden erlassen hatte, war sich die Regierung keineswegs kirchenfeindlich vorgekommen. Die Beschneidung der Hierarchie wurde nur von der kath. Kirche als schmerzlich empfunden, den Protestanten fiel sie nicht weiter auf, weil ihre Gemeindeverfassung kaum Wert auf eine übergeordnete kirchliche Instanz legte. Daß die badische Regierung nicht vorsätzlich die Rechte der kath. Kirche beschneiden wollte, sieht man an der Tatsache, daß der jeweilige Erzbischof Mitglied der Ersten Badischen Kammer war.

In der Ersten Badischen Kammer waren außerdem die Sprecher des Adels, je ein Vertreter der Universitäten Freiburg und Heidelberg und bis zu 8 Persönlichkeiten vertreten, die der Großherzog ohne Rücksicht auf ihren Stand oder ihr Amt berufen hatte. Die ev. Kirche war durch einen Prälaten an den Beratungen beteiligt. Zeitweise bekleidete Johann Peter Hebel dieses ev. Kirchenamt. Das Gremium hatte selbstverständlich keine Entscheidungsbefugnis, sondern sollte die Regierung nur beraten.

Nach der bad. Kirchenordnung wurde z.B. das Kirchenvermögen vom Staat verwaltet, und auch die theologische Ausbildung betrachtete der Staat als seine Angelegenheit.

Professor Welcker griff das Anliegen von Buß in der Debatte auf, lenkte es aber in eine andere Richtung. Wenn Buß von der notwendigen Freiheit der Kirche sprach, so stritt er für die Selbstverwaltung der kirchlichen Hierarchie. Welcker wollte nicht mehr Freiheit *für* die Kirche, sondern Freiheit *in* der Kirche. Wer für die Freiheit der kath. Kirche eintrat, stärkte nur ihren hierarchischen Aufbau, den sich Welcker zugunsten einer größeren Mitsprache der Gläubigen verändert wünschte.

Welcker erwähnte die Absetzung eines Kirchenrechtlers an der Universität Freiburg und die Verleihung seiner Professur an einen „Fanatiker“. Mit diesem Fanatiker war Buß gemeint. Die Entlassung von Prof. Amann geschah gewiß auf Betreiben des damaligen Erzbischofs.

Der Abgeordnete Bader war gegen eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis von Staat und Kirche, weil die Sitzungsperiode zu Ende ging und eine Änderung der Kirchenordnung von der amtierenden Kammer nicht mehr in Gang zu bringen war. Der bedeutsamste konservative Gesinnungsgenosse von Buß ging wieder mal auf Distanz zu ihm.

Als Buß keine Unterstützung von seinen Freunden erfuhr, war es für die Gegner ein Leichtes, ihn anzugreifen. Der ev. Pfarrer Zittel, ein überzeugter Liberaler, warf Buß vor, einerseits gegen die Religionsfreiheit zu sein und andererseits für die Freiheit seiner eigenen Kirche zu kämpfen. Der gleichfalls liberale Abgeordnete von Soiron, ein Katholik, sprach Buß überhaupt ab, für die Interessen der kath. Kirche sprechen zu können. Er berührte damit einen wunden Punkt. Buß stritt für die Freiheit einer klerikal verfaßten Kirche. Er selbst war in dieser Kirche aber nur ein Laie. Buß konnte mit diesem Einwand nichts anfangen. Jedes Mitglied der Kirche könne für ihre Interessen streiten.

Buß – eine Stimme aus dem Mittelalter?

Schließlich ergriff noch einmal Mathy das Wort. Er hatte sich vorgenommen, diesmal den konservativen Buß gründlich bloßzustellen. Das Beweisstück für die Unglaubwürdigkeit seines Gegners hatte er in der Tasche. Mathy kam zwar aus Mannheim, vertrat aber die Stadt Konstanz. So etwas war damals üblich. Die Wahlkreise schmückten sich gerne mit redebegabten bekannten Persönlichkeiten.

Mathy hatte sich am Vortag über Buß geärgert, weil dieser auch die angeblichen Verdienste der Kirche im Mittelalter herausgestellt hatte. Buß hatte dies allerdings nicht pauschal getan. Er hatte vielmehr die Leistung des Klostergründers Bonifatius betont, der dem unsteten Geist der Germanen in der Zeit der Völkerwanderung jene Festigkeit verliehen habe, die für die zivilisatorische und kulturelle Tätigkeit unabdingbar sei. Der „Lichtfreund“ Mathy verdächtigte Buß, er wolle im Grunde nur den Rückfall ins finstere Mittelalter.

Mathy erinnerte an die Verbrennung des Dissidenten Jan Hus durch das Konzil in Konstanz. 1834 hätte es eine Bürgerinitiative für ein Hus-Denk-

mal gegeben, um den angeblichen Ketzler zu rehabilitieren. Dann verlas Mathy die damalige Flugschrift und behauptete, zur Verblüffung der Abgeordneten, der Text stamme von Buß. Buß verneinte dies entschieden. Daraufhin zog Mathy ein Schriftstück hervor, zeigte es Buß und fragte ihn, ob dies nicht seine Handschrift trage. Buß gestand nun seine Verfasserschaft. Jetzt kam es zu einer Unruhe im Saal, bei der keiner mehr ein Wort verstand, so daß der Präsident die Debatte unterbrechen mußte.

Danach versuchte der Präsident das Thema abzusetzen, weil es genug erörtert worden sei. Aber die Gegner von Buß ließen nicht locker. Ihr giftigster Vertreter, der Abgeordnete Kapp, trat ans Pult. Er nannte Buß, wie üblich, nicht mit Namen, sondern versuchte ihn lächerlich zu machen als den „berühmten Abgeordneten“ oder als den „europäischen Abgeordneten“. Letzteres war für den damaligen national-liberalen Zeitgeist ein Schimpfwort, das konkret auf die römisch-katholische Bindung von Buß anspielte.

Zum Antrag von Buß meinte Kapp: „Übrigens ist es nicht der Mühe werth, weiter über diese Sache zu reden; sie trägt den Fluch der Verachtung und Verdammniß an der Stirne.“ Buß rief dazwischen: „Ich verbitte mir solche beleidigende Persönlichkeiten!“ Die Schärfe der Worte hätte den Sitzungspräsidenten zum Einschreiten veranlassen können. Der aber ließ Kapp munter weiterreden: „Es sind dies keine persönlichen Vorwürfe; es ist mir vielmehr rein unmöglich, Sie persönlich zu berühren, denn ich betrachte Sie gar nicht als eine Person.“ Wieder keine Reaktion vom Präsidenten.

Kapp setzte seine Haßrede ungehindert fort: „Sie kommen mir vor, wie eine Stimme nicht eines Predigers in der Wüste, sondern wie eine abgeschiedene Stimme aus dem Mittelalter heraus, die ihren Wohnsitz in den Grabgewölben alter Kirchenruinen hat.“ (Protokoll vom 10.9.46, S. 271) Daß Kapp sich zuvor damit gebrüstet hatte, Katholik zu sein, machte für Buß die Vorwürfe nur noch schlimmer.

Später Erfolg

Obwohl oder weil Buß schon angeschlagen war, stürzte sich auch noch Hecker auf ihn. Er beschimpfte ihn als einen „Fanatiker des Gebets und Rosenkranzes“, dem er aber seinen „Fanatismus der Brüderlichkeit, der Menschliebe und Gerechtigkeit, einen Fanatismus des sittlichen und veredelten Zusammenlebens“ entgegensetze. Eine seltsame Brüderlichkeit! Aber Hecker merkte diesen Widerspruch nicht. Er ereiferte sich an seiner eigenen Rede und fuhr pathetisch fort: Gegen diesen Fanatismus der Brüderlichkeit „werden Sie mit Ihren dunklen Scharen vergeblich heraufzie-

hen. Hell wie die Sonne wird er ihre Trugschlüsse beleuchten, und sie werden in den Staub hinsinken, auch wenn Ihnen noch zehntausend Teufel zu Hilfe kämen“.

Bei nur zwei Gegenstimmen entschied die Kammer, den Tagesordnungspunkt zu verlassen.

Was die von Hecker für Buß verheißene Vergeblichkeit anging, so sollte sie sich eher für Hecker erfüllen. Als dieser 1849 zum bewaffneten Marsch nach Karlsruhe aufrief, wurden seine Scharen am Ende aufgerieben. Er selbst konnte sich in Sicherheit bringen und zog es vor, nach Nordamerika auszuwandern.

1851 trug Theologieprofessor Hirscher, Dekan der Universität Freiburg, in der Ersten Badischen Kammer den Wunsch nach mehr Selbständigkeit der Kirchen gegenüber dem Staat vor – mit Erfolg. Die Zweite Kammer schloß sich daraufhin mehrheitlich diesem Wunsch an. Das Anliegen, das Buß einst so leidenschaftlich vorgetragen hatte, wurde schließlich auch von anderen erkannt und aufgegriffen. Buß gehörte damals aber nicht mehr der badischen Kammer an. Die Wahlmänner seines Wahlkreises hatten ihm, dem Konterrevolutionär in den bad. Revolutionswirren von 1849, das Mandat abgesprochen. Dies hatte rechtlich zwar keine Bedeutung, aber Buß respektierte den Willen der Basis und trat zurück.

Benützte Quellen:

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

- Protokolle der Zweiten Badischen Kammer, ZF 13, 1846
- Abt. Landtag, Kirchensachen 231.1436 Deutschkatholiken und 231.1437 Priesterzölibat.

Benützte Literatur:

Buß, Franz Josef: Das Rongethum in der badischen Abgeordnetenversammlung, Freiburg 1846

Adalbert Ehrenfried, Franz Josef Ritter von Buß, Zell a.H. 1977

Dorneich, J.: Franz Josef Buß und die kath. Bewegung in Baden, Freiburg 1979

Paul Sauer, Baden-Württemberg. Bundesland mit parlamentarischen Traditionen, Stuttgart 1982

Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hg. Landeszentrale für Politische Bildung. Stuttgart 2. Aufl. 1987. Hier insbesondere die Aufsätze von Lothar Gall und Franz Vollmer, S. 11–64.

Lexikon für Theologie und Kirche, Freiburg ab 1957, Artikel „Deutschkatholizismus“, „Ronge“, „v. Sedlnitzky“

Emil Glockners Ferienerinnerungen an Offenburg um 1848 und vier Offenburger „Achtundvierziger“

Franz X. Vollmer

Vorbemerkung:

Nachdem Hansmartin Schwarzmaier „Emil Glockners Straßburger Zeit (1870–1872)“ vorgestellt und kommentiert hat¹, ist es nicht ohne Reiz, auch die kindlichen Ferienerinnerungen dieses 1837 in Karlsruhe geborenen Autors an das Offenburg der Jahre um 1848 folgen zu lassen², zumal diese zum einen einige kultur- und sozialgeschichtliche Einblicke in das ehemalige 4000-Seelen-Städtchen gewähren, das 1847 bis 1849 zum Schauplatz von drei Landesversammlungen der badischen Demokraten wurde und zum zweiten in Glockners Erinnerungen vier jener Offenburger Demokraten genannt werden, die sich in eben dieser Revolution, die sich 1997–99 zum 150. Mal jähren wird, so engagierten, daß sie nach dem Scheitern mit Strafverfahren überzogen wurden. Vor allem von Reindle, einem der Häupter der Offenburger Demokratie, und seiner Glasfabrik erfahren wir hier Einzelheiten, die die amtlichen Akten nicht hergeben können.

Offenburger Ferienerinnerungen (im Auszug)

„Ich erinnere mich noch genau, wie uns die Großeltern unter der Haustür empfingen und herzten und küßten. Bei beiden Reisen lebte der Großvater Schmith noch³, ein freundlicher alter Herr. Er starb Anfang der 40er Jahre (ca. 1844 oder um diese Zeit). Er war früher Amtmann in Mahlberg gewesen, wo sich damals das Bezirksamt in dem malerisch gelegenen Schloß befand und meine Mutter geboren wurde, später in Oberkirch und zog nach seiner Pensionierung nach Offenburg (1826). Er war mit Theresia Häußler⁴ verheiratet, die etwa zehn Jahre nach ihm starb⁵. Er war der Sohn eines Arztes, der die Stelle eines Klosterarztes in dem Kloster Ettenheimmünster bekleidete und von dem noch der in meinem Besitze befindliche Rohrstock mit Goldknopf herrührt. Die Großmutter Schmith hatte zwei Brüder, die beide Geistliche wurden; der eine war Pfarrherr in Nußbach (bei Oberkirch), der andere Abt vom Kloster Schuttern mit dem Titel Prälat . . .

Eine Schwester der Großmutter Schmith war an einen Förster namens Stricker⁶ Offenburg verheiratet. Die Ehe war kinderlos.

Eine zweite Schwester war an einen Amtsrevisor namens Barth ebenfalls in Offenburg verheiratet⁷. Ein Sohn dieser Ehe war der spätere Medizinalrat und Amtsarzt Barth⁸, der den eigenartigen Vornamen „Emmerich“ führte. Er war ein sehr lebenslustiger, gesellschaftlich sehr beliebter Herr und eine bekannte Offenburger Persönlichkeit, langjähriger Präses der Kaltem-Loch-Gesellschaft⁹ (ein Pendant des Karlsruher Bärenzwingers). Seine beiden Söhne leben noch¹⁰; der eine ist Apotheker¹¹, der andere Offizier¹². Ebenso seine zwei Töchter, von denen die eine an den Rechtsanwalt Hauger in Waldshut, die andere an den Geh. Oberregierungsrat Salzer (meinem jetzigen Kollegen bei der Oberrechnungskammer) verheiratet ist. Der Bruder seines Vaters war auch Offizier gewesen und fiel im Spanisch-Französischen Kriege (1809 oder im darauffolgenden Jahre), an welchem unter französischem Oberbefehl auch ein Teil des badischen Kontingents in rühmlicher Weise teilnahm.

Die Großeltern Schmith lebten in, nach den Begriffen der damaligen Zeit, ganz guten Verhältnissen. Sie bewohnten ein recht schönes, geräumiges eigenes Haus in bester Lage der Stadt¹³, besaßen daneben Äcker, Reben und Wiesen und – unser Ideal – zwei große Gärten, die nicht am Hause selbst, sondern der eine hoch auf der alten Stadtmauer¹⁴, der andere tiefer, in der Nähe der Kinzig lagen¹⁵. Es standen in beiden prächtige Obstbäume, auch viele Beerenobstgesträuche, und in dem Stadtmauergarten befand sich auch ein Rebgang mit vorzüglichen Trauben, von denen mir eine grau-bräunliche Sorte („Traminer“) ganz besonders mundete. In diesem Garten stand auch, auf der Mauer aufgebaut, ein gut erhaltenes Gartenhaus mit Fenstern und Läden und einigen ganz altmodischen Möbeln . . .

Überhaupt ging uns in Offenburg, wo es damals noch äußerst ländlich zuging und die Großeltern uns recht frei und ungeniert schalten und walten ließen, stets ein ganz anderes Leben auf, wenn wir dort in den Ferien waren. Ein Hauptanziehungspunkt, wenigstens für mich, als ich halbwüchsiger Junge war, war in Offenburg namentlich auch die Glashütte¹⁶, die unmittelbar vor der Stadt lag und auf welcher „Reindles“ wohnten. Die jüngste Schwester meiner Mutter, die im Eingange dieser Notizen erwähnte Tante Berta, hatte sich nicht lange nach meiner Geburt (vermutlich im Jahr 1839, denn ihr erstes Kind kam 1840 zur Welt) mit einem Kaufmann namens Johann Baptist Reindle verheiratet¹⁷, der aus dem Vorarlbergischen stammte¹⁸ und auf der erwähnten Glasfabrik zuerst als Buchhalter, später als technischer Leiter und später als selbständiger Unternehmer beschäftigt war. Er war ein schöner Mann mit lockigen schwarzen Haaren und großem schwarzem Vollbart. Er trug sich fortgesetzt mit großen Ideen und Plänen, an die er, ohne greifbare Erfolge zu erzielen, ziemlich viel Geld rückte. Er wollte die Glasfabrik, die nur auf ganz einfachen Betrieb

(Fensterglas) eingerichtet war, auf eine höhere Stufe bringen und namentlich auch die Fabrikation von farbigen Gläsern und von Muselinglas einführen. Er selbst besaß aber die genügenden Kenntnisse hierzu nicht, und ein gegen hohes Gehalt von ihm eingestellter junger Techniker trennte sich später von ihm und begann ein Konkurrenzgeschäft in den fraglichen Artikeln zum großen Nachteil Reindles. Auch ein von Reindle nebenbei betriebenes Unternehmen: die Verarbeitung der minderwertigen Berghauptener Steinkohle zu Steinkohlenbriketts (damals noch etwas ganz Neues) reüssierte nicht¹⁹. Dazu kam, daß er sich stark mit Politik beschäftigte; er war in hohem Grad freisinnig und demokratisch gesinnt²⁰, glühender Verehrer von Hecker und Struve und stand an der Spitze der Offenburger Liberalen, die in den Jahren 1847/49 als sehr extrem bekannt waren. Als der 1849er Aufstand niedergeschlagen war und die Preußen in Offenburg einrückten, verhafteten sie vor allem den Onkel Reindle und sperrten ihn sechs bis acht Wochen ins Gefängnis und belegten die Glashütte mit einer Strafexekutionsmannschaft von 30 und mehr Köpfen, welche die Tante, alleinstehend und noch durch zwei kleine Kinder in Anspruch genommen, verköstigen und verhalten mußte, was sie beinahe völlig aufrieb. Die gegen den Onkel R. eingeleitete Untersuchung brachte nichts derart Gravierendes gegen ihn zu Tage, daß er hätte verurteilt werden können²¹. Er wurde deshalb schließlich wieder freigelassen und die Exekutionsmannschaft zog ab. Immerhin aber war der Onkel durch diese Vorgänge geldlich sehr geschädigt worden, und das Geschäft stockte längere Zeit ganz. Später erkrankte er an Tuberkulose und war auch dadurch an einem intensiveren Geschäftsbetrieb stark gehindert. So kam es, daß, als er im Jahr 1854 starb²², über sein Vermögen der Konkurs ausbrach und es langwieriger, zum Teil durch meinen Vater geführter Prozesse bedurfte, um schließlich der Tante Reindle einen Teil ihres eingebrachten Vermögens zu retten. Sie mußte sich mit ihren drei Kindern, drei Knaben, von denen der jüngste (Otto, der älteste hieß Hermann, der mittlere Albert) 1850 zur Welt gekommen war, recht kümmerlich durchschlagen, obwohl es mein Vater und der andere Schwager (Kugel) an Unterstützungen nicht fehlen ließ. Sie zog nach dem Tode ihres Mannes nach Karlsruhe, wo der älteste Sohn Hermann bei Kaufmann Glock in die Lehre trat, der damals ein größeres Speditionsgeschäft vor dem Rüppurrer Tore betrieb. Hermann starb später ca. 20 Jahre alt an der vom Vater her ererbten Lungenschwindsucht²³, und ein gleiches Los ereilte später den jüngsten Sohn Otto, der ursprünglich Konditor werden sollte, schließlich aber als Zeichner bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues beschäftigt war. Er hatte zeichnerisches Talent. Noch tragischer gestaltete sich das Geschick des mittleren Sohnes (Albert). Er hatte das Geometerfach gewählt und sein Examen bestanden, hatte aber keine besondere Freude an seinem Beruf und an dem geregelten Dienst. Es trieb ihn hinaus in die Welt, und da ihm die Mittel fehlten, diesen Trieb zu be-

friedigen, so ließ er sich, als im Jahre 1864 der französisch-mexikanische Krieg ausgebrochen war, bei der französischen Fremdenlegion anwerben, kam nach Mexiko, schrieb von dort begeisterte Briefe über die Schönheit des Landes, avancierte sehr bald zum Unteroffizier, fiel aber 1865 in einem Gefecht gegen die Mexikaner bzw. er wurde bei einem nächtlichen Überfalle, bei dem nahezu seine ganze Kompanie aufgerieben wurde, getötet²⁴. Lange Zeit hoffte die Tante Reindle immer noch, daß er sich vielleicht doch noch gerettet haben könnte oder gefangen genommen worden sei und schließlich noch zum Vorschein kommen könne. Ich hatte viele Gänge und Eingaben für sie bei der französischen Gesandtschaft zu machen, bis die traurige Tatsache seines Todes endlich festgestellt war²⁵. Diese späteren beklagenswerten Verhältnisse der Reindleschen Familie warfen einen recht bedauerlichen Schatten in unser sonst so glückliches Familienleben. Damals aber, als ich nach Offenburg ab und zu in die Ferien durfte, war es bei Reindles auf der Glashütte recht schön. Es war sehr interessant, den Arbeitern an den Glasöfen zuzusehen, wie sie halb- oder fast ganz nackt in der glühenden Hitze stehend aus den „Häfen“ im Ofen mit ihren eisernen Blasrohren (Pfeifen genannt) zähflüssige Glasmasse herausholten und so lange im Kreise schwangen, bis sich schließlich ein Zylinder von hohlem Glas bildete, zunächst noch rotglühend, dann sich etwas abkühlend. Diese Zylinder wurden sodann mit einem Diamanten der Länge nach aufgeschnitten und auf kleinen Wagen, die auf Schienen liefen, in die sog. Streckhütte gebracht, wo sie auf erhitzten Herden in noch weichem Zustande gleichsam ausgebügelt und eben gestreckt wurden. Nach der Erkaltung wurden sie entsprechend beschnitten, in Kisten gepackt und wiederum auf kleine Rollwägen auf einem Schienengeleise, über den Hof ins Magazin gefahren . . .

Auch sonst gab's manches zu sehen in dem altertümlichen Hause (meiner Großeltern): Von einem der Zimmer im unteren Stocke führte eine Wendeltreppe direkt in den Keller hinunter; in diesem lagerten große Stückfässer voll Wein, der aus dem Faß direkt zum Gebrauch in Tonkrüglein abgefaßt wurde. Von Flaschenweinen wußte man in den Haushaltungen nichts. Der Wein wurde meist aus den eigenen Reben gewonnen oder im Herbst billig eingekauft. Es war kein besonders edler, aber guter, reiner Wein. Der Weinkonsum war ein ziemlich großer, da die Dienstboten viel Wein nach Ortsgebrauch bekamen und die Großeltern eine allerdings nicht sehr bedeutende Landwirtschaft betrieben und deshalb neben zwei Mädchen noch einen ständigen Knecht halten mußten, neben unständigen Arbeitern im Sommer. Es standen zwei Kühe im Stall und zwei Pferde. Auch Schweine wurden gemästet und gaben für den Winter erwünschten Vorrat an Schinken, Speck und Würsten. Das Schwarzbrot wurde in großen Laiben selbst gebacken, das Frühstücksbrot dagegen vom Bäcker bezogen und zeichnete

sich durch großen Wohlgeschmack aus . . . Nach des Großvaters Tod wurden die Herrlichkeiten des großelterlichen Hauses dadurch etwas beschnitten, daß die Großmutter die zwei schönen großen Zimmer im oberen Stock, die uns als Gastzimmer zu dienen pflegten und uns immer so sehr imponiert hatten, an einen Bezirks-Geometer namens Nußbaum²⁶ vermietete, der späterhin eine Freundin der Tante Reindle heiratete und die Gasfabrik in Offenburg, unter Ausscheiden aus dem Staatsdienst, auf eigene Rechnung übernahm. Er machte damit ein glänzendes Geschäft und baute sich später eine schöne eigene Villa in Offenburg. (Sein Sohn ist der jetzige Verwaltungsgerichtsrat Emil Nußbaum, der seinen schönen Vornamen mir zu Ehren erhielt.)

Noch mehr büßte das großelterliche Haus und unsere Ferienfreude in demselben aber dadurch ein, daß die Großmutter im Jahr 1848 infolge des sogenannten „Franzosenschreckens“²⁷ einen schweren Nervenschock erlitt und von da ab geistig sehr nachließ, so daß einige Jahre später sie ihre Haushaltung ganz aufgab und zu Reindles übersiedelte in Kost und Wohnung. Der Franzosenschrecken bestand in einem noch jetzt gänzlich unaufgeklärten Alarm, der sich in den Orten längs des Rheins in einer Nacht ganz plötzlich und ohne jeden Grund verbreitete und durch „Feuerreiter“ bis in die weiter zurückliegenden Orte, so auch Offenburg weitergetragen wurde, es seien die „Franzosen“ über den Rhein gedrungen und sengten und brannten alles nieder und plünderten Ortschaft um Ortschaft aus unter Niedermetzelung der Einwohner! – Überall wurde Sturm geläutet. Die damals in der ersten Bildung begriffenen Bürgerwehren wurden unter die Waffen gerufen, Barrikaden an den Ortseingängen errichtet, die Brücken gesperrt oder gar abgetragen: alles in der einen Nacht und auf weite Strecken. Alles war förmlich kopflos und außer sich vor Schrecken. Auch die Behörden verfielen in Panik!

Das Aufgeben des großelterlichen Hauses und Haushaltes (das Haus wurde erst nach dem Tode der Großmutter, der etwa im Jahre 1852 oder 1853 erfolgt sein mag²⁸, verkauft) zog jedoch keineswegs das Aufgeben unseres Zuwandels in den Sommerferien nach sich, der ohnehin nicht gerade alljährlich stattfand. Wir fanden bei Onkel und Tante Reindle auf der Glas- hütte ebenfalls freundlichste und gastlichste Aufnahme, bis der bereits oben erwähnte Tod des Onkels diese Jugendfreuden abschloß.“

Die vier „Achtundvierziger“

Diese Offenburg betreffenden Stellen der Glocknerschen Erinnerungen fußen auf Beobachtungen eines Sieben- bis Zwölfjährigen in wenigen

sommerlichen Ferienaufenthalten. Politisches Problembewußtsein darf man von ihnen nicht erwarten. Indessen bieten sie doch einige Einblicke in den Pensionärshaushalt Schmitt, in die Glashütte und in die Lebensumstände von deren Faktor Reindle. Sie können so etwas von dem damaligen Viertausendseelen-Städtchen in seinem Übergangszustand zwischen Biedermeier und beginnender Industrialisierung vermitteln. Die Revolution von 1848/49, die Offenburg stärker als viele andere badische Städte aufwühlte, wird in dem persönlichen Verhalten und Schicksal Reindles greifbar, allerdings mehr als erinnerungswürdiges Kuriosum oder als Störfaktor der Ferienidylle.

Und doch ist das, was Glockner zu berichten weiß, auch für die Geschichte der 48er Revolution in Offenburg nicht ohne Belang: Vier Männergestalten ragen von außen in diesen Bericht hinein, sei es als Eingeheiratete oder als Mieter, und alle vier sind, wie ein Blick in die Hochverratsstrafakten der nachrevolutionären Justiz zeigt, samt und sonders durch die Revolution in hohem Maße Kompromittierte:

Johann Baptist Reindle, der Mann von Tante Berta, als „Glasfabrikant und profilierter Achtundvierziger“,

Joseph Stricker, der Mann einer Schwester der Großmutter Schmitt, ein „pensionierter Staatsdiener als Anhänger der Revolution“,

Dr. Emmerich Barth, Sohn einer Tante, der „vom Hecker-Sympathisanten zum Offenburger Amtsarzt“ wurde, und

Johann Adam Nußbaum, der Mieter im großelterlichen Haus Schmitt, der als „Techniker Führer der Offenburger Volkswehrartillerie“ wurde.

Johann Bapt. Reindle – Glasfabrikant und profilierter Achtundvierziger

Von Emil Glockner als „glühender Verehrer von Hecker und Struve“ gekennzeichnet, der „an der Spitze der Offenburger Liberalen“ stand, „die in den Jahren 1847/49 als sehr extrem bekannt waren“, und von der antirevolutionären „Rebellen- und Gaunerliste von Offenburg“ an erster Stelle als „getaufter Jude Reindle, Aufbewahrer der Guillotine, ein Haupt-Spitzbube“²⁹ angeschwärzt – wer war dieser Reindle wirklich?

Als Johann Baptist Reindle mit 30 Jahren 1839 in Offenburg die 1818 geborene Bertha Schmitt, Tochter des gewesenen Großherzogl. Amtmannes Ambros Schmitt und der Theresia Barth heiratete, wurde er als in „Rankweil in Tyrol“ geboren und derzeitiger „Faktor in der Glasfabrik Offenburg“ bezeichnet. Zeugen der Trauung waren „die beiden Inhaber der

Glasfabrik dahier Ludwig Broß und Johann And. Derndinger“³⁰. 1849 wird Reindle selbst als „Fabrikant“ oder „Glasfabrikant“ bezeichnet werden. Ein aus Vorarlberg stammender, in Offenburg eingewandelter Angehöriger des in der industriellen Revolution allenthalben seine Möglichkeiten im gewerblich-industriellen Sektor suchenden Unternehmertums also.

Schon am Vorabend der Revolution von 1848 spielte Reindle in dem 1846 gegründeten Offenburger Turnverein – in der Turngemeinde – eine führende Rolle. Bei der Versammlung oberrheinischer Turnvereine im Offenburger „Zähringer Hof“ zur Gründung eines oberrheinischen Turnerbundes führte er den Vorsitz³¹, und am 2. Mai 1848 wurde er als Rechner in den Turnrat des Offenburger Turnvereins gewählt. Daß der Offenburger Turnverein so wie die von Hanau, Heilbronn, Freiburg usw. als Kernzelle der Demokraten galt und von ihm ebenfalls wesentliche Impulse zur Volksbewaffnung ausgingen, ist bekannt³².

Auch auf kommunalpolitischer Ebene hatte sich Reindle bereits vor der Revolution profiliert. Im Januar 1846 war er „aus der Klasse der Höchstbesteuerten“ in den „großen Bürgerausschuß“ von Offenburg gewählt worden³³; wenige Wochen später folgte die Wahl in eine der 32 Wahlmännerstellen³⁴, die gemäß dem damals gültigen indirekten Wahlmodus ihrerseits die Parlamentsabgeordneten zu wählen hatten und so 1848 den als fortschrittlich geltenden Offenburger Bürgermeister Gustav Rée ins Paulskirchenparlament nach Frankfurt entsandten. In der Märzrevolution 1848 stand Joh. Bapt. Reindle im Offenburger „Ausschuß für die Volksbewaffnung“ praktisch an erster Stelle³⁵ und war damit einer der örtlichen Hauptorganisatoren der großen Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848.

Obwohl einer der Hauptbefürworter der allgemeinen Volksbewaffnung, begnügte sich Reindle (– oder mußte er sich begnügen? –) bei den Wahlen der Führungskader der Offenburger Bürgerwehr im November 1848 im 3. Fähnlein mit der drittrangigen Stelle eines Rottmeisters unter dem Hauptmann Josef Schmiederer und dem diesem nachgeordneten Oberleitmann Eduard Rebmann, während auch an der Spitze der 3 anderen Offenburger Fähnlein bekannte Demokraten standen³⁶. Trotzdem engagierte sich Reindle beim Maiaufstand 1849 mit Leib und Seele. So berichtet z.B. unser Gewährsmann E. Glockner³⁷ aus seiner Karlsruher Perspektive: *„Gleich am zweiten Tage nach dem Ausbruch des Aufstandes kam auch Onkel Reindle von Offenburg in größtem Enthusiasmus und in vollem Freischärlerkostüm mit Schlepssäbel und Pistolen auf zwei Tage als Gast zu uns ohne weiteren ersichtlichen Zweck, als um seinen Schwägern –*

meinem Vater und Onkel Kugel – die er als „Federfuchser“ und „Bureaokraten“ als sehr minderwertig erachtete, möglichst zu imponieren und ihnen und uns mit volltönenden Worten die Glückseligkeiten einer Republik zu preisen.“ In Offenburg war er Mitglied des revolutionären Sicherheitsausschusses³⁸ und als Parteigänger der Demokratie stadtbekannt – woraus seine persönlichen und politischen Gegner ihm sofort nach dem Zusammenbruch der Revolution einen Strick zu drehen versuchten, wie die nachfolgenden Anklageakten beweisen. Trotz seines Einsatzes für die Offenburgische Demokratie blieb „Fabrikant Reindle“ auch in den turbulenten Wochen durchaus Geschäftsmann, der für die Nutzung der augenblicklich darniederliegenden Glashütte zu sorgen hatte. Ja, er entwickelte gerade in diesen Wochen zusätzliche Handelsgeschäfte, wie seine Offerten im Wochenblatt erkennen lassen³⁹.

Der Zusammenbruch des badischen Volksaufstandes riß auch Joh. Bapt. Reindle in seine Strudel. Als am 1. Juli 1849 die letzten Revolutionstruppen Offenburg verließen, wurde Reindle „gleich beim Einmarsch des königl. preußischen Heeres“ verhaftet⁴⁰. „Sie haben in ihrem Hause eine Guillotine aufbewahrt“, nannte der preußische Offizier als Verhaftungsgrund – eine Verdächtigung, die sich bei der anschließenden Hausdurchsuchung als völlig haltlos erwies, so daß die Preußen Reindle wieder laufen ließen.

So, vom 2. Juli bis zum 26. Juli formell in Freiheit, konnte Reindle „ungestört“ seinen Berufsgeschäften nachgehen“, wie er in seiner späteren Verteidigungsschrift betonte⁴¹. In Offenburg war nun aber die Stunde der Denunziationen und der Hetze angebrochen. Ein anonymes Flugblatt „Rebellen und Gaunerliste von Offenburg“ machte die Runde und wurde den jetzt herrschenden Gewalten zugespield. Darin wurde Reindle als „getaufter Jude, Aufbewahrer der Guillotine, Hauptspitzbube“ gebrandmarkt⁴². So kam, was kommen mußte: Am 26. Juli holte die badische Gendarmerie den Fabrikanten Reindle ab, und diesmal sollte es 63 Tage dauern, bis er wieder freikam. Inzwischen hatte Gustav Réé, früherer Bürgermeister und Paulskirchenabgeordneter, der als Bürgermeister zurückgetreten war und sich nun ganz seinem Rechtsanwaltsberuf widmete, die Verteidigung Reindles übernommen. Réés Bemühen war es zu verdanken, daß am 22. September 1849 eine Anweisung nach Offenburg erging, Reindle zu entlassen⁴³. Schon zuvor – mit Wirkung des 16. August 1849 – hatte das Großherzogliche Justizministerium die Vermögensbeschlagnahmung, die gegen den Fabrikanten Joh. Bapt. Reindle „wegen Theilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen“ verhängt worden war, wieder aufgehoben⁴⁴. Sofort nach der – vorläufigen – Freilassung versuchte Reindle die durch Revolution, Gefangennahme, öffentliche Ächtung und Kreditverlust

erlittenen wirtschaftlichen Einbußen wieder aufzuholen. Aber das noch ausstehende Gerichtsverfahren drohte alles wieder in Frage zu stellen. Er wurde über seinen Anwalt aufgefordert, unverzüglich seine Verteidigungsschrift mit den Entlastungstatsachen dem zuständigen Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal vorzulegen. Am 12. November 1849 formulierte Reindle aus Zeitnot eine schriftliche Bitte um Fristverlängerung durch das Hofgericht⁴⁵. Darin führte er u.a. an, „daß ich gerade jetzt, wo wir die Glashütte wieder in Betrieb setzen, hiezu Mangel an Zeit habe. Auf den 20te dies. Mts. sind die Glasmacher schon bestellt und in der Fabrikeinrichtung mangelt noch Manches. Es ist Ihnen daher gewiß begreiflich, wie sehr ich hierdurch in Anspruch genommen bin, da Ihnen bekannt, daß die ganze Last des Betriebes unseres großen Geschäftes auf mir ruht und ich bin dann endlich auch durch die sehr lange Untersuchungshaft von 9 Wochen außerordentlich im Ordnen unserer Geschäftsangelegenheiten zurückgekommen, so daß dieses meine ganze Thätigkeit in Anspruch nimmt, und mich in der That hintern würde, Ihnen gründliche Darstellungen zu meiner Vertheidigung an die Hand geben zu können.“

Tatsächlich gewährte das Hofgericht eine vierzehntägige Fristverlängerung, in der Reindle Zeit fand, seine Verteidigungsschrift zu Papier zu bringen⁴⁶.

Auch in dieser hob Reindle betont auf seine Rolle als Arbeitgeber ab: Seit 17 Jahren habe er eine für die Stadt Offenburg nützliche industrielle Tätigkeit entfaltet und Arbeitsplätze geschaffen. „Die hiesige Glasfabrik, deren Geschäftsleitung seit vielen Jahren mir übertragen ist, und bei der ich selbst betheilt bin, erfreute sich stets der huldvollen Bewogenheit Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs“, wie großherzogliche Werksbesuche, die Ernennung zum Hoflieferanten und die Verleihung der großen goldenen Verdienstmedaille anlässlich der Karlsruher Industrieausstellung von 1846 bewiesen – alles Fakten, die seinerseits ein Gefühl der Dankbarkeit gegen den Großherzog begründeten. Aber durch Denunziationen und 63 Tage Gefängnis sei nun alles in Frage gestellt, die Familie in tiefer Sorge, die Schwiegermutter während seiner Haftzeit am Hirnschlag gestorben, die Ehefrau erkrankt, dazu „darbten meine zahlreichen, nahrungslosen Arbeiter, da durch mein Fernhalten von der Glashütte die Arbeiten nicht unternommen werden konnten“. Er selbst sei als Geschäftsmann durch die Veröffentlichung der Vermögenskonfiskation in seinem Kredit völlig beschädigt.

Auf die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen hochverrätherischer Tätigkeiten eingehend, interpretierte er diese vor allem als böswillige Denunziationen persönlicher Feinde. Der Offenburger Bannwart Karl Armbruster

hatte angezeigt, Reindle habe ihm „mit Abführung in die Festung Rastatt gedroht“, wenn er mit der Verbreitung der Proklamationen des im Exil befindlichen Großherzogs fortfahre. Doch Reindle bezeichnete nun diese Behauptung als „gewissenlose Lüge“. Armbrusters Feindseligkeit sei nicht politisch motiviert, sondern sei von dessen persönlichen Interessen bestimmt: er wolle um jeden Preis die finanziell einträgliche Stelle des Offenburger „Spitalvaters“ erhalten, und dazu sei ihm jedes Mittel recht.

Der katholische Stadtpfarrer Müller war Reindles zweiter namhafter Gegner. In einem pfarramtlichen Gutachten hatte Müller ausgesagt, Reindle habe seit 1846 Rongesche Bestrebungen begünstigt, also zu den Deutschkatholiken geneigt – und da Deutschkatholiken und Demokraten in dieser Zeit oft personell identisch waren, war dies nicht nur ein kirchlicher, sondern praktisch auch ein schwerer politischer Vorwurf. Weiter hatte Müller angegeben, Reindle habe sich bei der Volksbewaffnung zugunsten demokratischer Bestrebungen besonders engagiert, er habe „am Offenburger Clubwesen teilgenommen“, und überdies seien „die Vermögensverhältnisse des Reindle nicht in dem besten Zustande“. Wie konnte sich Reindle gegen diese pfarramtlichen Vorwürfe zur Wehr setzen? Zu den Rongeschen Neigungen, die wohl der eigentliche Grund für die pfarrherrliche Abneigung waren, schwieg er; er konnte sie wohl nicht ganz in Abrede stellen. Um so beredter bestritt er sein besonderes Engagement für die demokratische Volksbewaffnung: Er sei ja nur im 3. Aufgebot Rottmeister des 3. Fähnleins der Bürgerwehr gewesen, habe also eine relativ subalterne Stellung bekleidet⁴⁷. Und zum Vorwurf, „am Offenburger Clubwesen teilgenommen“ zu haben, entgegnete er, nicht einmal Mitglied des Volksvereins gewesen zu sein. Am besten aber konnte Reindle den pfarramtlichen Vorwurf kontern, seine „Vermögensverhältnisse . . . seien nicht in dem besten Zustande“: Er besitze 16 000 Gulden Vermögen, „beziehe . . . als dirigierendes Mitglied der Glashüttengesellschaft jährlich eine Besoldung von 1200 Gulden“. Wahr sei lediglich an allen Vorwürfen, daß er einen etwas großen Bart trage – seit dem Rechtsruck des Bürgertums nach dem Struveputsch im September 1848, als die „guten“ Bürger ihre Haartracht wieder schnell zurechtstutzten⁴⁸, ein gewisses Indiz für demokratische Neigungen – alles andere sei ein Netz von Unwahrheiten.

Unter geschickter Verwertung der von Reindle niedergeschriebenen Entlastungsargumente unternahm es dann sein Rechtsanwalt Gustav Réé, die privaten Denunziationen und die amtlichen Schuldvorwürfe der Reihe nach zu zerpfücken. Um nur einige Beispiele näher auszuführen: Réé bestritt zwar den Anklagepunkt nicht, Reindle sei Mitglied des Offenburger Sicherheitsausschusses gewesen, „welchen der Civilkommissär gleich beim Anfange der Bewegung ernannte“, jedoch habe dieser Sicherheits-

ausschuß keinerlei praktische Tätigkeit entfaltet. Und: „Hatte der Angeeschuldigte gleich auch vom Civilcommissariate den Auftrag, in den Gemeinden Ortenberg und Appenweier Sicherheitsausschüsse zu bilden, so hat er dennoch sich solchem Auftrag nicht unterzogen.“ Was einen weiteren Anklagepunkt betrifft, Reindle habe in Landgemeinden Lebensmittel-sammlungen für die Front durchgeführt und die Sammelergebnisse in seiner Glashütte zwischengelagert, so konnte Rée die Tatsachen als solche nicht in Frage stellen, doch versuchte er sie nicht als politischen Akt, sondern als rein humanitäres Handeln seines Mandanten zu interpretieren. Diese „Victualiensammlungen“, die Reindle im Juni 1849 in Hofweier, Elgersweier, Zunsweier, Niederschopfheim und Diersburg veranlaßt habe, seien auf freiwilliger Basis erfolgt, und sie hätten zur Entlastung der durch Truppendurchmärsche einseitig belasteten Stadt Offenburg gedient, sie hätten auch im von Truppeneinquartierungen überlasteten Nordbaden zur Linderung der Not der Bevölkerung beigetragen.

So kam Rechtsanwalt Gustav Rée in seinen Schriftsätzen zu dem Schluß, daß in dem ganzen Wust der gegen Reindle vorgebrachten Denunziationen kein einziger Grund „zur Fällung eines strafrechtlichen Erkenntnisses“ dingfest gemacht werden könne. Rées Schlußfolgerung vom 30. Nov. 1849: Sein Mandant Reindle sei umgehend freizulassen. Und tatsächlich verschloß sich das Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal der Réeschen Argumentation nicht: Am 29. Dezember 1849 wurde das Verfahren gegen Joh. Bapt. Reindle eingestellt⁴⁹; die „Untersuchung beruhte“ fortan.

Wie tief die verbleibenden seelischen Verwundungen in Reindle aber saßen, läßt sich nur ahnen. Am 7. Dezember 1854 starb Glasfabrikant Johann Baptist Reindle im Alter von 47 Jahren⁵⁰. Am 10. Dezember 1854 wurde er von einem „unabsehbaren Leichenzug“ zu Grabe getragen, und am nächsten Tage veröffentlichte der „Ortenauer Bote“ einen Nachruf, der mit keinem Worte das politische Engagement Reindles von 1848/49 erwähnte, dagegen seine Verdienste als Glasfabrikant betonte: „Vieljähriger Theilhaber und Leiter der hiesigen Glasfabrik, brachte er durch sein Genie und seine rastlose Thätigkeit die Erzeugnisse dieses Etablissements zu solcher Vollkommenheit, daß sich dieselben schon in früheren Jahren der Allerhöchsten Anerkennung Sr. K.H. des Höchstseligen Großherzogs Leopold, Höchstwelcher die Fabrik mehrmals besuchte, zu erfreuen hatten, und solche neuerlich bei der Welt-Industrie-Ausstellung in New-York rühmliche Auszeichnung erhielten. Das Geschäft, welches durch den Tod eines Mittheilhabers und Auflösung der Gesellschaft einige Unterbrechung erlitt, übernahm Hr. Reindle im Sommer vorigen Jahres, für eigene Rechnung, und suchte durch unermüdeten Eifer dasselbe wieder in neuen Schwung zu bringen...“

Nur ein kleiner Aktenvorgang von 1858 erinnerte nochmals an die Verstrickungen von 1849: am 3. November 1859 bat die Witwe Reindle um die Rückgabe von zwei Jagdfinten, die 1849 beschlagnahmt worden waren⁵¹.

Joseph Stricker, ein pensionierter Staatsdiener als Anhänger der Revolution

„Förster Stricker“ war bereits im Januar 1848 pensionierter Bezirksförster, betätigte sich nun aber zunehmend mit öffentlichen Angelegenheiten. Er wurde „aus der Klasse der Mittelbesteuerten“ in den großen Bürgerausschuß von Offenburg⁵² und am 27. März 1848 „als Stellvertreter in den Gemeinderath gewählt“⁵³, trug als solcher die Beschlüsse des Offenburger Gemeinderates in der Revolutionszeit mit und wurde folglich gemeinsam mit Bürgermeister Réé und den anderen Gemeinderäten „wegen Teilnahme am Hochverrat“ in Untersuchung gezogen⁵⁴.

Aber nicht diese Kollektivhaftung für die Beschlüsse des demokratischen Gemeinderates brachten Stricker schließlich eine nachrevolutionäre Bestrafung ein, sondern sein ganz persönliches Engagement. Seine Strafsache ist eng mit der von Reindle verknüpft. Stricker war mit einer Schwester von Glockners Großmutter Schmitt/Schmidt verheiratet, hatte aber keine Kinder. Er war „namentlich mit geschwächtem Gesicht und Gehör behaftet“⁵⁵, war also wohl auf gut Deutsch kurzsichtig und schwerhörig. Wegen vielfacher Kränklichkeit war er schon mit 50 Jahren Frühpensionär und fand nun in der Glasfabrik seines Verwandten Reindle Nebenbeschäftigung und Zubrot. Er hatte hier die Schreifarbeiten zu erledigen, und so kam es, daß Stricker in der Revolutionszeit auf Reindles Geheiß verschiedentlich Abschriften von Anordnungen anfertigte, die dieser in seiner Stellung als Mitglied des Offenburger Sicherheitsausschusses herausgab – was Stricker nachträglich stark belasten sollte.

Noch gravierender aber war später seine Teilnahme am Zuge des Offenburger ersten Aufgebotes vom 14. Mai 1849 nach Nordbaden – eine durchaus freiwillige Tat des im Grunde untauglichen und zu alten Mannes. Man kann sich schwer vorstellen, was der älter wirkende, kränkliche Mann in der durchweg viel jüngeren Mannschaft des ersten Offenburger Aufgebots zu suchen hatte, mit der sich Stricker im ersten Hochgefühl der Revolutionsbegeisterung am 14. Mai 1849 auf der Eisenbahn nach Nordbaden aufmachte.

Diese offenkundige Diskrepanz zwischen körperlicher Hinfälligkeit und geistiger Revolutionsbereitschaft seines Klienten versuchte nachträglich

Advokat Rée in seiner Verteidigungsschrift vor dem Hofgericht⁵⁶ zur Entkräftung der Anklage auszunützen: Stricker habe nie und nimmer Hochverrat begehen wollen, sondern nur „erschreckt und beunruhigt durch die Ereignisse vom 13ten auf den 14ten Mai seine nahen Verwandten im Unterlande heimsuchen und zugleich dabei die Geschäfte seines hießigen Verwandten besorgen, vielleicht auch sich über die Lage der Dinge nebenbei Gewißheit verschaffen“ wollen. „Seine Reise von hier ins Unterland, gerade zufällig mit dem Bahnzuge, welcher die hießige Bürgerwehr abwärts führte“, könne kein Belastungspunkt sein. Rée nützte hier seine Entlastungsargumentation bis an die Grenzen der Glaubwürdigkeit aus.

Auch bei den übrigen Anklagepunkten war es schwer, Stricker von dem Vorwurfe, er habe die Revolution aktiv und freiwillig unterstützt, nachträglich zu reinigen, hatte er doch den Feldbannwart Armbruster unter Drohungen davor gewarnt, gegenrevolutionäre Flugblätter zu verbreiten.

Dazu kam, daß Stadtpfarrer Müller für Stricker ein schlechtes Leumundzeugnis ausstellte: „Wiederholt wurde uns bekannt, daß Stricker sich mehrfach auf eine ebenso heftige als unmännliche Weise über die Großherzogl. Regierung ausgesprochen habe und wahrscheinlich dieser Gesinnungstüchtigkeit wegen in den Gemeinderath dahier gezogen wurde.“ Stricker habe „sich der Ronge'schen Parthei“ – also den Deutschkatholiken – „mit seiner Frau angeschlossen, wodurch er selbst Zeugniß über seinen kirchlichen Werth gab“.

So mußte Stricker die ganze Prozedur nachrevolutionärer Maßnahmen über sich ergehen lassen: Bereits am 25. Juli 1849 wurde er verhaftet und ins Offenburger Gefängnis eingeliefert⁵⁷, aus dem er am 12. Oktober 1849 auf Verteidiger Rées Eingaben hin entlassen wurde⁵⁸. Am 4. August 1849 wurde Stricker als Gemeinderat abgesetzt⁵⁹, am 7. August wurde sein Vermögen – vorübergehend – beschlagnahmt⁶⁰, auch wurde ihm seine Pension entzogen⁶¹. Trotz des Einsatzes von Verteidiger Gustav Rée entschied am 29. Dezember 1849 das zuständige Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal auf schuldig: „Josef Stricker, pensionierter Großherzoglicher Förster, später Gemeinderat in Offenburg, 53 Jahre alt, hat sich an den hochverrätherischen Unternehmungen im Mai d.J. mehrfällig beteiligt. Am 14. Mai . . . machte der Angeschuldigte den bewaffneten Auszug nach Karlsruhe und Mannheim mit. Daß mit diesem Auszuge der Sturz der Regierung beabsichtigt und vollendet, und der Gedanke des Widerstandes auf Seite der Gutgesinnten unterdrückt worden war, unterliegt keinem Zweifel . . . Zu diesem bewaffneten Auszuge gesellt sich der Leumund des Angeschuldigten, wonach er immer der republikanischen Partei angehörte, ferner die Tatsache, daß er den Civilcommissär mit Schreiberei-Aushilfe

unterstützte – er schrieb viele Vollmachts-Urkunden für die Sicherheitsausschüsse – und daß er den – der gesetzlichen Regierung treuen – Feldschützen Carl Armbruster durch Vorhalt und Eröffnung von bedrohlichen Folgen davon abzubringen suchte, die Proklamation des Großherzogs zu verbreiten . . .

Bei der Betrachtung, daß der Angeschuldigte zwar nicht unter die Häupter und Lenker der Revolution gehört, daß er aber als pensionierter Diener des Staates in einem Alter von 53 Jahren mehr Grund zur gesetzlichen Haltung hatte, hat man eine Strafe von ein halb Jahr Zuchthaus angemessen erachtet und den Angeschuldigten auch zum Ersatze und den Kosten verurteilt⁶².“

Auch das erste, von Dr. Ladenburg vor dem Oberhofgericht Mannheim durchgeführte Recursverfahren brachte nur eine Bestätigung des vorinstanzlichen Urteils⁶³. Erst am 28. August 1850 wurde Stricker „für klagfrei erklärt“, d.h. die weitere Verfolgung wurde eingestellt⁶⁴, was in einer endgültigen Entscheidung des Oberhofgerichts vom 15. März 1851 bestätigt wurde⁶⁵. So war Joseph Stricker letztlich doch noch glimpflich davongekommen – man hatte seine finanzielle Abhängigkeit von Reindle mildernd berücksichtigt.

Dr. Emmerich Barth: vom Hecker-Sympathisanten zum Offenburger Amtsarzt

Adolph Emmerich Joseph Barth wurde am 2. Januar 1823 als Sohn des Großherzogl. Amtsrevisors Joseph Barth und dessen Ehefrau Magdalena Mayer geboren und in der katholischen Heiligkreuzkirche zu Offenburg getauft⁶⁶, war also im April 1848 25 Jahre alt, als er als „prakt. Arzt und Hebarzt“ seinen Wohnsitz in hiesiger Stadt bei Hrn. Bäckermeister Vollmer, lange Straße Nro 317“ nahm⁶⁷. Als die Anzeige davon am 21. April 1848 im Offenburger Wochenblatt erschien, war Dr. Barth bereits durch die Ereignisse des Aprilaufstandes, konkret durch die Offenburger Ereignisse vom 18.–19. April, kompromittiert, wie die von „mehrere(n) entwaffnete(n) Mitglieder(n) des ersten Aufgebots der Bürgerwehr“ im Wochenblatt vom 25. April 1848 veröffentlichte „Erklärung“ beweist⁶⁸: „Es gehen in hiesiger Stadt da und dort Gerüchte um, denen zufolge unser Freund, prakt. Arzt Barth, als Urheber der nächtlichen Exzesse vom letzten Dienstag beschuldigt wird. Von vielen Seiten hört man Verwünschungen gegen die Jugend und namentlich gegen unsre wackern Kameraden Barth und Volk. Diese Verwünschungen treffen den unschuldigen Theil. Barth berichtet blos, was er in Lenzkirch von Hecker selbst vernommen, und wer

der stürmischen Versammlung im Adlersale beigewohnt hat, wird wissen, daß die erste Anregung zur Besetzung der Stadt und zur Bewachung des Bahnhofes nicht vom ersten Aufgebot gegeben wurde, auch nicht von Barth oder Volk.

Dies sei gesagt allen jenen hiesigen Bürgern, die nur mit Unmuth und Zorn gegen die Jugend den zur Strafe und Rache eingerückten Soldaten einen Bissen Brod reichten.“

In Wirklichkeit muß die Rolle des Dr. Barth im Aprilaufstand aber doch nicht ganz so harmlos gewesen sein, wie diese Erklärung es glauben machen möchte. Er ist nämlich mit dem am 13. April von Konstanz aufgebrochenen Friedrich Hecker und dessen bewaffneter Schar⁶⁹ am 17. April in Lenzkirch zusammengetroffen, danach nach Offenburg zurückgeeilt, wo er am Abend des 18. April im „Adler“ in der Versammlung über das Gespräch mit Hecker berichtete⁷⁰, worauf es zu dem bekannten republikanischen Aufstand vom 18. auf den 19. April in Offenburg kam⁷¹. Sicherlich war es kein Zufall, daß Dr. Barth in dem abgelegenen Schwarzwaldort Lenzkirch auf Hecker gestoßen war, und sicherlich hat er mehr gewußt und als Auftrag mitbekommen als nur schöne Ostergrüße. Die Behörde jedenfalls vermutete dies. Laut Schreiben vom 20. April 1848 war er bereits verhaftet⁷². Noch am 17. Mai 1848, einen Tag vor der Wahl Rées zum Offenburg-er Paulskirchenabgeordneten, saß Barth als Arrestant ein; er wurde dann aber laut Schreiben vom 21. Mai 1848 entlassen⁷³.

Es ist wohl als Zeichen ungebrochen demokratischer Stimmung der jüngeren Offenburger zu werten, daß bei der Neuerrichtung der Offenburger Bürgerwehr im November 1848 und der anschließenden Wahl von deren Anführern und Unteranführern Dr. Emmerich Barth zum Hauptmann des 1. und der Jurastudent Franz Volk des 2. Fähnleins gewählt wurden⁷⁴. Barth stand damit an der Spitze der Offenburger waffenfähigen Mannschaft von 21 bis 35 Jahren, und dies, obwohl er gerade im Winter 1848/49 „wegen Teilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen“ erneut in Untersuchungshaft stand⁷⁵. Auch bei der Gründung des demokratischen Volksvereins in Offenburg am 22. Februar 1849 war Dr. Barth sofort wieder als „Beigeordneter“ in erster Front dabei⁷⁶.

Während des „Volksaufstandes“ von Mai/Juni 1849 scheint Dr. Barth überraschenderweise nicht sehr aktiv gewesen zu sein. Er rückte nicht als Hauptmann an der Spitze des 1. Fähnleins am 14. Mai nach Nordbaden aus, da kurz vor dem Auszug an jenem 14. Mai „die Wehrmannschaft nach den Aufgeboten des Bürgerwehrgesetzes abgeteilt wurde“⁷⁷ und damit die Fähnleinteilung vom November 1848 hinfällig war. An die Spitze des

nun ausrückenden 1. Offenburger Aufgebotes aber wurde Albert Waibel gewählt. Über Dr. Barth aber erfahren wir in den folgenden dramatischen Wochen wenig. Er muß beim 1. Aufgebot zum Feldarzt eingeteilt worden sein, muß sich aber krank gemeldet und in die Heimatstadt begeben haben (oder war er gar von vorneherein dort geblieben?). Jedenfalls wurde, durch Zeitungsaufwurf Anfang Juni⁷⁸, dem Feldarzt Barth die sofortige Anzeige auferlegt, „bis wann ihm seine gesundheitliche Umstände erlauben werden, seinen Dienst bei der Compagnie wieder zu übernehmen“. Und am 7. Juni gab der Offenburger Zivilkommissär Franz Volk, der alte Freund und Gesinnungsgenosse, bekannt⁷⁹, daß durch Beschluß der Kommission für das Militärsanitätswesen vom 6. Juni der Feldarzt Dr. Emmerich Barth zum 2. Aufgebot, das schon längst nach Offenburg zurückgekehrt war, versetzt worden sei. Barth hat also nicht an den Kampfeinsätzen des Offenburger 1. Aufgebots in Nordbaden teilgenommen, auch von besonderen Aktivitäten in Offenburg ist für Juni 1849 nichts aktenkundig. War er krank? Oder aus welchen Gründen hat er sich nun zurückgehalten? Bei dem Exekutionszug der Offenburger Bürgerwehrartillerie gegen die Lahrer Konterrevolutionäre muß Dr. Barth aber dabei gewesen sein, denn sicherlich ist er mit dem ungenannten „Stabsarzt“ identisch, der wegen seiner Teilnahme an der Lahrer Exekution „nach Einzug der preußischen Truppen verhaftet“ worden war. Wie Karl Schaible nachträglich berichtet, kamen im Juli 1849 zu ihm, dem als Flüchtling in Straßburg weilenden ehemaligen Offenburger Zivilkommissär, Verwandte Barths, um von ihm ein zurückdatiertes Dokument zu erhalten, in welchem er dem „Stabsarzt“ „gegen schwere Strafe strengstes das anbefahl, wofür (dieser) in Haft saß“, also die Teilnahme am Zug nach Lahr. Mit dem authentischen „Siegel des Offenburger Zivilkommissariats“ versehen, bewirkte das Gefälligkeitszeugnis tatsächlich die Entlastung und damit die Haftentlassung des Stabsarztes.

Hatte Barth dies alles seinem reichen und honorigen Schwiegerwater Battiany zu verdanken oder eigener Überlebenstrategie? Oder hatte er bereits seit einiger Zeit sich innerlich immer mehr von der Sache der Republikaner distanziert, waren die Hauptgründe seines politischen Engagements mehr in dem Streben nach nationaler Einigung Deutschlands zu suchen gewesen und hatte er sich deshalb immer mehr auf die „Vaterländischen“ zubewegt? Für diese Deutung spricht die Tatsache, daß er sich am 12. Dezember 1850 inmitten Stadtbekannter „Vaterländischer“ wie Karl Huber, Th. Walter und Dr. Wagenmann bewegte, als diese einen Aufruf zur Zeichnung von Beiträgen für die kämpfenden Schleswig-Holsteiner verfaßten und damit offen für die nationaldeutsche Sache eintraten.

Im weiteren Leben gehörte Dr. Emmerich Barth zu den Offenburger Hono-

rationen: Er wurde Amtsarzt und Medizinalrat im Amtsbezirk Offenburg und spielte im gesellschaftlichen Leben der Stadt eine Rolle in der „Kalte-Loch-Gesellschaft“. Der Sterbebucheintrag vom 9. Oktober 1893, das „Elisabeth Barth, geb. Battiany, Witwe des verstorbenen Bezirksarztes Emerich Barth, im Alter von 61 Jahren und 2 Monaten“ verstorben war, erwähnt seinen Name zum letzten Mal¹⁷.

Johann Adam Nußbaum – Techniker und Führer der Offenburger Volkswehrartillerie

Johann Adam Nußbaum stammte aus Ottenheim (Schwanau)⁸⁰ und war erst als Geometer nach Offenburg gekommen. Obwohl er als Nichtbürger am kommunalen politischen Leben nicht teilnehmen konnte, scheint er sich schon bald auf der Seite der Fortschrittspartei profiliert und so den Haß der „Konservativen“ Offenburgs auf sich gezogen zu haben. So behauptet diese Seite: „Gleichsam zur Belohnung hat man (d.h. die Stadtverwaltung unter Gustav Rée) . . . manchem Verdienste verschafft, die er sonst nicht erhalten hätte. Ich erinnere z.B. nur an den Geometer Nußbaum, der bei der hiesigen Stadt in der Folge allein eine Einnahme von jährlich ca. 1200 Gulden hatte. Andere dagegen, die im Sinne der Konservativen handelten, wurden von dem städt. Verdienste entfernt⁸¹“. Ist Nußbaum also von der fortschrittlichen Stadtverwaltung, vor allem von Bürgermeister Rée, bevorzugt und mit städtischen Aufträgen belohnt worden? Entrüstet wies Rée in seiner Ende 1849 verfaßten Verteidigungsschrift solches als Unterstellung zurück: „Geometer Nußbaum hat vertragsgemäß für Fertigung des Stadtplanes samt Zugehörde, der im baupolizeilichen Interesse und um manchfache Prozesse zu verhüten, beschlossen wurde, den für die Arbeit geringen Betrag von 800 Gulden anzusprechen gehabt; ferner hat er seit zwei Jahren für die bedeutenden Wiesenkulturen und das Bauamt einmal 200 Gulden und einmal 400 Gulden erhalten. Der Lohn ist der Arbeit dieses hiesigen Bürgers und wahrhaften Technikers entsprechend⁸².“

Wir sind heute froh, daß Offenburg aus dieser Zeit ein Kartenwerk besitzt, das exakt Auskunft über den damaligen Stand der Stadtentwicklung gibt; es trägt tatsächlich den Autorennamen Nußbaum⁸³. Dieser ist damit der Zeichner des ersten absolut zuverlässigen Offenburger Stadtplanes.

Weiter scheint nach Rées Zeugnis Nußbaum die riesige Arbeit der Rekultivierung der Offenburger Wiesen, die großenteils vom Kinzighochwasser verwüstet und nicht mehr nutzbar waren, geleistet zu haben – vergessen wir nicht, daß Offenburgs Bürger um diese Zeit praktisch ausnahmslos noch eine Landwirtschaft betrieben und damit auch dem agrarischen Sek-

tor angehörten. Auch bei dem pensionierten Amtmann Schmidt/Schmitt standen, wie wir oben erfahren haben, „zwei Kühe im Stall und zwei Pferde“. Trotzdem scheint Nußbaum mit seiner Wiesenkultivierung auch bei den Behörden nicht nur Anerkennung geerntet zu haben. Wie wäre sonst Nußbaums Anzeige im Offenburger Wochenblatt zu verstehen: „Meinem Versprechen nachkommend, welches ich in Folge einer Anzeige in No. 39. d.Bl. vom v.J. abgegeben habe, theile ich der Öffentlichkeit mit: daß hohe Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues, meine Unschuld anerkennend, durch Beschluß vom 15. d.M. No 638 jene Verfügung in ihrem ganzen Umfange zurückgenommen hat, wornach ich von öffentlichen Staatsarbeiten ausgeschlossen sein sollte⁸⁴.“

Um diese Zeit war Nußbaum noch unverheiratet; er wohnte – wie oben von Glockner berichtet – bei dem pensionierten Amtmann Schmidt in Miete. Noch im Revolutionsjahr 1848 verheiratete er sich dann und bezog das damalige Haus Steinstraße 24⁸⁵.

In politischer Hinsicht wird von Nußbaum erst im Laufe des Maiaufstandes 1849 etwas aktenkundig. Er war nun Mitglied des Volksvereins, und als Offenburg von Karlsruhe 2 Kanonen geliefert bekam, wurde er zum Führer der aus Angehörigen des Zweiten Aufgebots zusammengestellten Offenburger Bürgerwehrartillerie, was ihm nach der Revolution zur Last gelegt wurde, da diese „ein offenbar zur Förderung revolutionärer Zwecke errichtetes freiwilliges Corps war“. Nußbaum sei überhaupt „der Sache des Umsturzes ergeben“ gewesen. Dies habe sich konkret erwiesen, als am 26. Juni 1849 beim Rückzug der provisorischen Regierung gegenrevolutionäre Lahrer den Plan faßten, im Bahnhof Dinglingen Staatsgelder auf ihrem Transport nach Süden abzufangen und sicherzustellen, worauf der Bannerführer der Offenburger Bürgerwehr Schmiederer den Befehl erhielt, „die beiden hiesigen Kanonen Sechspfünder mit der dazugehörigen Bürgerwehrartillerie nebst Pferden . . . zu einem Exekutionszuge nach Lahr zur Verfügung zu stellen“. Als Befehlshaber dieser Artillerie hat Nußbaum seine Mannschaft zusammentreten lassen – „manche davon mußten abgeholt werden“ – sei mit ihr dann nach Lahr gezogen, wo er 40 Mann und etwa 20 Pferde bei dem Fabrikanten Friedrich Völcker zur Exekution bis zum 27. Juli zwangseinquartiert habe⁸⁶. So wurde Nußbaum nach dem Zusammenbruch der Revolution am 28. Juli 1849 inhaftiert⁸⁷. Er bestellte Gustav Rée zu seinem Verteidiger, der sofort Haftentlassung gegen die Stellung einer Kautions beantragte. Der Zug nach Lahr sei auf Weisung des Diktators Brentano und auf Befehl Karl Schaibles durchgeführt worden. Nußbaum habe sich dabei in Befehlsnotstand befunden, argumentierte Rée im Gerichtsverfahren vor dem Hofgericht Bruchsal. Dieses verurteilte Nußbaum jedoch am 20. Oktober 1849 zu 2 Jahren gemeiner Zuchthaus-

strafe wegen Hochverrats, da bei aller Würdigung der Entlastungseinlassungen an einem gewissen Maß an Eigenverantwortung festgehalten wurde⁸⁸. Nußbaum ergriff gegen dieses Urteil Recurs und stellte am 8. November 1849 Antrag auf einstweilige Freilassung gegen Sicherheitsleistung. Da der Neue-Pfalz-Wirt Schmitt als sein Schwager die nötige Bürgschaft von 1500 Gulden leistete, wurde Nußbaum am 21. November 1849 auf freien Fuß gesetzt. Auch das Revisionsverfahren vor dem Mannheimer Oberhofgericht verlief für Nußbaum günstig. Am 25. Mai 1850 änderte es das Urteil um in eine „Klagefreierklärung“, da die Erpressung des Lahrer Fabrikanten Friedrich Völcker auf „Befehle Brentanos und des Civilcommissairs Faller“ hin erfolgt und Nußbaum somit dafür nicht selbst verantwortlich sei⁸⁹.

Damit waren für Nußbaum aber noch nicht alle Prüfungen überstanden. Seit dem 5. November 1849 waren zur Strafe in seiner Wohnung 36 Soldaten des 5. schlesischen Infanterieregiments einquartiert⁹⁰, für deren Verpflegung die jungvermählte Gattin Nußbaums aufkommen mußte, dazu war nun deren Vater in der allgemeinen Aufregung vom Schlag getroffen und mußte gepflegt werden. Und als im März 1850 eine amtliche Vermögensaufnahme, auch der Fahrnisse innerhalb der Wohnung, angekündigt wurde⁹¹, sah Nußbaum seine Situation erneut dramatisch zugespitzt. So schrieb er am 14. März 1850: „Gestern hat meine Frau entbunden und liegt seit 24 Stunden im Wochenbette. Die Vornahme obigen Geschäftes in meiner Wohnung hat für mich die naheliegende Befürchtung, daß durch eine solche Überraschung meine Frau den höchsten gar lebensgefährlichen Schaden nehmen kann, und ich selbst nebst allem Verlust noch den meiner Gattin zu befürchten habe. Ich ersuche deßhalb wohllobliches Bürgermeisteramt obige Handlung zu verschieben oder außer meinem Hause vornehmen zu wollen.“ Ein ärztliches Zeugnis von Dr. Schaible bestätigte den gefährlichen Zustand der Wöchnerin, – sie litt unter Nachblutungen –, so daß die Vermögensaufnahme erst am 5. April 1850 durchgeführt wurde. Sie ergab 1269 Gulden und 12 Kreuzer. Da auch die geometrischen Instrumente mit Beschlag belegt wurden, hatte Nußbaum praktisch Berufsverbot. Aber wiederum bürgte sein Schwager, Metzgermeister Louis Schmidt, für ihn, und am 9. Juli 1850 hob die Behörde die Beschlagnahme endlich auf.

Nußbaum überstand auch diese schwere Zeit, verwarf jeden Gedanken einer Auswanderung, blieb in Offenburg, wurde hier später Inhaber der städtischen Gasfabrik und erbaute sich seine repräsentative Villa Nußbaum, wie wir oben von Glockner bereits erfahren haben.

Schlußgedanken

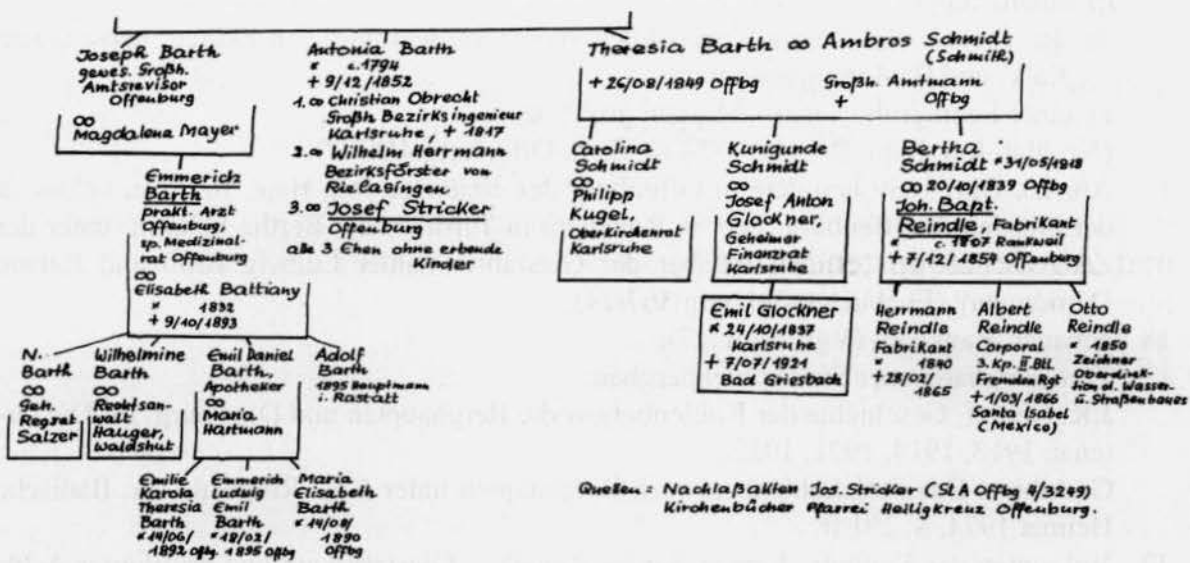
Soweit die Aussagen der Untersuchungs- und Verteidigungsakten der Jahre 1849/1851. Die ersteren bestehen größtenteils aus zusammengetragenen Anschuldigungen, die strafrechtlich möglichst relevant sein sollten, bei den zweiten sind die nachrevolutionären Entschuldigungs-, Vertuschungs- und Abwiegelungstendenzen unverkennbar. So dürften beide immer nur eine Seite der geschichtlichen Wahrheit erkennen lassen. Aber eines zeigt das hier ausgebreitete Aktenmaterial deutlich: Die vier waren in viel stärkerem Maße in der 48er Revolution engagiert, als es die Glocknerschen Kindheitserinnerungen ahnen lassen.

Am Ende der Rekonstruktion der Geschichte der vier in den Glocknerschen Ferienbericht hineinragenden Männer tut sich ein seltsamer Kontrast auf: dort – am Anfang des Berichtes – war noch etwas vom Ancien Régime oder doch von Biedermeier zu spüren gewesen – der Großvater Schmitt, ein „freundlicher alter Herr“, der Sohn des Klosterarztes in dem später säkularisierten Kloster Ettenheimmünster und dann selbst Amtmann in Mahlberg gewesen war, und seine Frau, von deren Brüdern einer es zum Abt des ebenfalls der Säkularisation zum Opfer gefallenen Klosters Schuttern gebracht hatte, hier als Exponenten einer neuen Generation vier Männer, die in der Revolution von 1848 sich für ihr Ideal einer demokratischen Republik einsetzten. Kann sich innerhalb eines Hauses der Umbruch der Zeiten sinnfälliger darstellen?

Und ein Weiteres: Wenn in dieser Familie Schmitt alle erwähnten Männer sich auf ihre Weise in der Revolution engagierten, war dies Zufall, Einzelfall oder die Offenburger Regel? – Eine Frage, der nachzugehen dieser Beitrag geradezu anregt⁹².

Anmerkungen

- 1 Hansmartin Schwarzmaier, Emil Glockners Straßburger Zeit (1870–1872), in: Die Ortenau 74/1994, S. 473–494.
- 2 Emil Glockner, 50 Jahre im badischen Staatsdienst und mein Familienleben während dieser Zeit. Karlsruhe 1910. Handschrift und Typoskript, Heft 1, S. 24–30, 65. = GLA 65/20033.
Zu Emil Glockner, vgl. Hansmartin Schwarzmaier (wie Anm. 1), S. 473.
- 3 richtig: Ambros Schmitt/Schmidt. – Vgl. zu Anm. 3–8 den nach Akten erstellten Stammbaum.



- 4 richtig: Theresia Barth.
- 5 Verstorben am 26. August 1849: „Theresia Schmidt, geborene Barth, 66 Jahre alt, Witwe des dahier verstorbenen pensionierten Amtmanns Ambros Schmidt.“ (Kirchenbuch-Auszüge der kathol. Pfarrgemeinde Offenburg, in: Wochenblatt f.d. Amtsbezirke Offenburg . . . 1849, S. 604).
- 6 Zu Stricker siehe unten das Kapitel: „Joseph Stricker, ein pensionierter Staatsdiener als Revolutionär.“
- 7 Großherzogl. Amtsrevisor Joseph Barth, Ehefrau Magdalena Mayer.
- 8 Zu Dr. Emmerich Barth siehe unten das Kapitel: Dr. Emmerich Barth: Vom Hecker-Sympathisanten zum Offenburger Amtsarzt.
- 9 Gedenk-Blätter für die Ritter des „Kalten Loches“ am vierzigsten Stiftungsfest den 1. Februar 1904. Offenburg 1904.
- 10 d.h. 1910, im Jahre der Abfassung von Glockners Lebenserinnerungen.
- 11 Apothekenbesitzer Emil Daniel Barth. Vgl. Taufbuch Offenburg, S. 125/124, 208/86, 346/44 zu 1890, 1892, 1895.
- 12 Adolf Barth, 1890 Premierlieutenant zu Bruchsal, 1895 Hauptmann in Rastatt (wie Anm. 11).
- 13 „Zweistöck. Wohnhaus am Eck der Spitals- und Gerbergasse, von den Eltern Ambros Schmith und Theresie Barth ererbt, angeschlagen zu 4000 Gulden“ (St.A. Offenburg 4/3307).
- 14 „Garten in der Schlossergasse dahier an der Stadtmauer . . . angeschlagen zu 600 Gulden (St.A. Offenburg 4/3307).
- 15 „Ein Garten dahier beim ehemaligen Kinzigthor, neben Xaver Stöckles Wittwe und der Landstraße, angeschlagen zu 200 Gulden“ (St.A. Offenburg 4/3307).
- 16 Zu der im Osten Offenburgs am Frauenweg gelegenen Glashütte vgl. J. Höfele, Die Offenburger Glasindustrie. Diss. phil. Heidelberg 1924 (Masch).
J. Höfele, Die Anfänge der Offenburger Glasveredelungsindustrie. In: Ortenauer Rundschau 6 (1938) Nr. 39.
Reindle gehörte weiter „die am Frauenweg gelegene durch die Glashütte . . . begränzte Zieglerlei und Kohlenkuchenfabrik, aus folgenden Theilen bestehend:
a) einem einstöckigen Wohnhäuschen von Stein, worunter ein Magazin,
b) einem Kohlenmagazin von Stein,

- c) einem Schopf von Holz,
d) den Ziegel- und Brennöfengebäuden von Stein, worunter 3 Kalköfen, nebst einem Kalk- und Backsteinbrennofen,
e) einer Lehmgrube, circa 1 Morgen groß“, usw.
(Nachlaß Joh. Bapt. Reindle 1854 in: St.A. Offenburg 4/3307).
- 17 Am 20. Okt. 1839 heiratete in Offenburg der 30jährige Joh. Bapt. Reindle, Faktor in der Glasfabrik Offenburg, geb. in Rankweil in Tyrol (!) die Bertha Schmitt, unter der Zeugenschaft der „beiden Inhaber der Glasfabrik dahier Ludwig Broß und Johann Derndinger“ (Ehebuch Offenburg 367/24).
- 18 genauer: Rankweil (Vgl. Anm. 17).
- 19 Zum Berghauptener Steinkohlenbergbau:
J.K. Kempf, Geschichte der Kohlenbergwerke Berghaupten und Diersburg. In: Die Ortenau 1913, 1914, 1921, 1922.
G. Albiez, Das Steinkohlenbergwerk Berghaupten unter C.A. Ringwald. In: Badische Heimat 1974, S. 291 ff.
- 20 Vgl. unten das Kapitel: „Johann Baptist Reindle – Glasfabrikant und profilierter Acht- undvierziger.
- 21 STAF, Landgericht Offenburg, Zugang 1991/536 Nr. 343.
- 22 † 7. Dez. 1854.
- 23 † 28. Febr. 1865 im Alter von 25 Jahren.
- 24 † 1. März 1866 als Corporal bei der 3. Comp. im 2. Bataillon des Fremden-Regiments gefallen bei Santa Isabel in Mexiko. (Totenbuch der kath. Kirchengemeinde Offenburg, S. 335. No 105a).
- 25 Der Tod erfolgte Anfang März, wurde in Mexiko beglaubigt am 1. Oktober 1866, in Paris beglaubigt am 6. Juli 1867 und ins Offenburger Totenbuch nachgetragen am 24. Okt. 1867.
- 26 Siehe unten das Kapitel „Johann Adam Nußbaum – Techniker und Revolutionär“.
- 27 Zum „Franzosen schreck“ in Offenburg siehe Gustav Rée in STAF, Bestand LG-OG, Zug. 1991/536, Nr. 340, Bl. 35:
„Der sogenannte blinde Franzosenlärm brach in der Woche nach der Offenburger Versammlung (v. 19. März 1848) aus. Es war hier schon um die zehnte Stunde nachts, als durch nacheinander folgende sogenannte „Feuerreiter“ aus den oberen Ortschaften die Nachricht eintraf, daß die Franzosen über den Rhein gebrochen und auf Offenburg im Anmarsch seien. Man hörte Auswärts stürmen; alles lief zu den Waffen. Das hiesige Bürgermilitär, damals an Zahl gering und vorzugsweise zu Festhonneurs bestimmt, rückte aus. Da die Großh. Regierung zum etwaigen Gebrauche in Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Volksversammlung am 19. März 200 Stück Gewehre mit Patronen und Pistons der Stadt anvertraut hatte, so ließ man diese alsbald an die unbewaffneten Wehrfähigen verteilen, und doch gebrach es noch an Waffen. Aber dieses war nicht der einzige mißliche Umstand, sondern es stellte sich dar, daß die Wehrfähigen auch nicht im Stande waren, mit den Waffen umzugehen. Dieses zeigte sich schon beim ersten Griff und Laden des Gewehres. Es war ein wahres Wunder zu nennen, daß nicht infolge von Ungeschicklichkeit in jener Nacht sich ein Unglück ereignete. Mit jener einen Nacht war aber der Schrecken wenigstens im allgemeinen nicht beendet, deshalb dachte man seitens der Ortsvorgesetzten des Oberamtsbezirks daran, die wehrfähige Mannschaft zu organisieren und namentlich die Rotten zu bilden, welche bestimmt sein sollten, bedrohten Nachbargemeinden zu Hilfe zu eilen . . . daß die vorläufige Bewaffnung mit gestreckten Sensen bis zur Abhilfe mit anderen Waffen beschlossen wurde. Dieses geschah ungefährr am 22. März 1848, worauf alsbald das Leib-Infanteriebataillon

Lebrun hier einrückte und die von den Nachtwachen sehr angestregten Bürger ablöste.“

– Diese Darstellung ist fast wörtlich übernommen von O. Kähni, *Offenburg und die demokratische Volksbewegung 1848–1948*. Offenburg 1947, S. 35 f. –

Die von Erwin Dittler (*Die Revolutionsjahre 1848/49*, in: Kurt Klein, *Land um Rhein und Schwarzwald*, Kehl 1978, S. 136) geäußerte Ansicht, daß es sich bei dem „blinden Franzosenalarm“ um ein „offensichtlich gezieltes Gerücht“ gehandelt habe, „das nur die Notwendigkeit von Truppenverlegungen nach Baden motivieren sollte“, verkennt, daß es bereits in der Französischen Revolution von 1789 eine ähnliche Angstwelle von der Pariser „Terreur“ quer durch die französischen Provinzen gegeben hatte, die auch das rechtsrheinische Ufer erfaßt hatte, daß auch die Angstwelle von 1848 von Paris ausgegangen war, dann sich als Furcht vor den „roten“ Pariser Massen Marnetal aufwärts nach Osten fortpflanzte und wiederum ähnliche Züge wie die „Grande Peur“ von 1789 annahm, den Oberrhein übersprang und sogar Schwaben und Bayern erfaßte, wo sie teilweise groteske Züge annahm.

Sie gehört eher in das Gebiet der massenpsychologisch zu erklärenden Hysterie als in das gezielter Regierungspropaganda.

Vgl. Rudolf Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*. München 1948. S. 76 f.

Georges Lefebvre, *La Grande Peur*, Paris 1932. –

Theodor Bunz, *Der Franzosenfeiertag 1848*, Reutlingen 1880. –

- 28 Kirchenbuch-Auszüge der kathol. Pfarrgemeinde Offenburg. In: *Wochenblatt* (wie Anm. 33), 1849, S. 604: „Gestorben den 27. Aug. Theresia Schmidt, geborne Barth, 66 Jahre alt, Wittve des dahier verstorbenen pensionirten Amtmanns Ambros Schmidt.“
- 29 STAF, Bestand LG-OG, Zugang 1991/536 Nr. 397, Bl. 17.
- 30 Ehebuch Heiligkreuz Offenburg 367/24 zum 20. Okt. 1839.
- 31 Otto Kähni, *Offenburg und die demokratische Volksbewegung. 1848–1948*. Offenburg 1947, S. 24.
- 32 Otto Kähni (wie Anm. 31), S. 22–24.
- 33 *Wochenblatt für die Amtsbezirke Offenburg, Oberkirch, Achern, Rheinbischofsheim, Kork, Gengenbach, Haslach und Wolfach*. 1846.
- 34 *Wahlmänner der Wahl vom 2.–6. März 1846*, Nr. 24.
- 35 *Aufruf des Ausschusses für die Volksbewaffnung vom 15. März 1848*. Flugblatt St.A. Offbg; – Druck wie Anm. 31, S. 29; *Wochenblatt* (wie Anm. 31) v. 17. März 1848; *D'r Alt Offeburger* Nr. 464 v. 5. Apr. 1908.
- 36 *Bekanntmachung des Bürgermeisteramtes Offenburg am 15. Nov. 1848*. In: *Wochenblatt* (wie Anm. 31) vom 17. Nov. 1848.
- 37 E. Glockner (wie Anm. 2), S. 65.
- 38 Wie Anm. 21, Bl. 15.
- 39 *Wochenblatt* (wie Anm. 33) vom 15. Juni 1849, S. 406: „Bei J.B. Reindle dahier ist frisch gebrannter Kalk zu haben“; vom 14. Aug. 1849, S. 538: „In der Steinkohlen-Niederlage von J.B. Reindle ist eine frische Sendung bester Ruhrkohlen angekommen.“ Ebenso *Wochenblatt* vom 21. Aug. 1849, S. 554.
- 40 Wie Anm. 21, 15. Sept. 1849.
- 41 Wie Anm. 21, Bl. 24.
- 42 Wie Anm. 29.
- 43 Wie Anm. 21.

- 44 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1849, S. 572. Offenburg, den 22. Aug. 1849 (vom 31. Aug. 1849).
- 45 Wie Anm. 21.
- 46 Wie Anm. 21.
- 47 Vgl. Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 682, zum 17. Nov. 1848.
- 48 Vgl. z.B. Franz X. Vollmer, Der Traum von der Freiheit. 1983. S. 236, Abb. 204: „Hüte vor dem 18. September, nach dem 18. September 1848.
- 49 Wie Anm. 21, Bl. 35. – GLA 234/10211, 92; GLA 236/8555, 26 u. 27, 269–270; GLA 237/16844.
- 50 Sterbebuch Offenburg 1854, S. 431/87.
- 51 GLA 368 Zugang 1909/35, Fasz. 49/216–217.
- 52 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 51.
- 53 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 156.
- 54 STAF, Bestand LG-OG, Zug. 1991/536 Nr. 340, Bl. 18, 52, 53, 73. – Adreßbuch der Kreisstadt Offenburg 1927, S. 4, 31, 46, 49 f.
- 55 Verteidigungsschrift Rée vom 30. Okt. 1849 in STAF, Bestand LG-OG, Zug. 1991/536 Nr. 417.
- 56 Ebda.
- 57 Ebda.
- 58 Ebda.
- 59 GLA 236/3108, 93; GLA 236/3529, 21; GLA 368 Zug. 1909/35 Nr. 1894 Bl. 2.
- 60 GLA 237/3469, 8. – Wochenblatt (wie Anm. 33) 1849, S. 526.
- 61 GLA 233/30129, 36.
- 62 GLA 237/2788, 19–20; GLA 237/16844.
- 63 Wie Anm. 4.
- 64 Ebda.
- 65 GLA 237/16844.
- 66 Taufbuch Heiligkreuz Offenburg, 131.
- 67 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 201, v. 21. Apr. 1848, Anzeige.
- 68 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 208, v. 25. April 1848.
- 69 Friedrich Lautenschlager, Volksstaat und Einherrschaft. S. 111 ff. nach: Friedrich Hecker, Die Erhebung des Volkes in Baden.
- 70 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 208 (vom 25. April 1848).
- 71 Ebda, S. 202 (vom 21. April 1848). –
Wie Anm. 54, Bl. 36–38.
– D'r Alt Offeburger Nr. 375 vom 22. Juli 1906: Wilhelm Bloss. Die Republik Offenburg;
Ebda. Nr. 1022 vom 15. Dez. 1918: Die Republik Offenburg vor 70 Jahren;
Ebda. Nr. 1250 vom 29. Apr. 1923: Die Republik Offenburg.
- 72 GLA 236/8520, 222.
- 73 GLA 236/8523, 90 und 167.
- 74 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 634 (vom 27. Okt. 1848), S. 682 (vom 17. Nov. 1848).
- 75 GLA 234/10199, 79–85; GLA 234/10200, 155–156.
Schreiben vom 7. und 15. Dezember 1848 und vom 1. und 9. Februar 1849).
- 76 GLA 236/8209, 74; GLA 236/8208, 142;
GLA 236/8509, 19 und GLA 236/8212, 285.
- 77 Wie Anm. 51, Bl. 58.
- 78 D'r Alt Offeburger Nr. 9 vom 10. Juni 1899.

- 79 Ebda.
- 80 STAF Bestand LG-OG, Zug. 1991/536, Nr. 323.
- 81 Wie Anm. 51, Bl. 71.
F. Huber, Offenburg in der Zeit des Vormärz und den Revolutionsjahren 1848/49. In: Adreßbuch der Kreishauptstadt Offenburg 1927, S. 45.
- 82 Wie Anm. 1.
- 83 Gemarkung Offenburg. Plan der Stadt Offenburg. Bestehend aus 14 Originalblättern, aufgenommen in den Jahren 1848–50, ergaenzt im Jahre 1857 nach dem damaligen Zustande, und bearbeitet zur Einreihung für die Catastervermessung, sowie mit den messbaren Grundstücksbreiten versehen. Offenburg, im Jahre 1858. Joh. Ad. Nußbaum, Geometer. StA. Offbg 18/4/31.
- 84 Wochenblatt (wie Anm. 33) 1848, S. 42 (vom 25. Januar 1848).
- 85 D'r Alt Offeburger Nr. 548 vom 14.11.1909: Aus dem „tollen Jahre“.
- 86 Alles nach: STAF Bestand LG-OG, Zug. 1991/536 Nr. 323.
– Vgl. auch GLA 247/33, 3. – Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 2 (1991), S. 91.
- 87 GLA 368 Zug. 1909/35.
- 88 GLA 234/10203, Bl. 124. – STAF, Bestand LG-OG; Zug. 1991/536 Nr. 323.
- 89 GLA 234/10209, 13, 22, 122; GLA 237/2818, 121.
- 90 Wie Anm. 76.
- 91 STA Offenburg 4/3102.
- 92 Vfr hofft, in Bälde die Biographien aller Offenburger Demokraten von 1848/49 vorlegen zu können. Kurzbiographien sind unter Verwendung der Kartei von Herrn Heinrich Raab bereits erarbeitet. Auch diese Arbeit fußt z.T. auf Vorarbeiten von Herrn Raab, dem herzlich zu danken ist.

„ ... und besonders verdient die Frauenwelt das Lob,
zum Besseren mitgewirkt zu haben“

Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse
1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau

Uwe Schellinger

Einleitung

Die Experten sind sich im Vorfeld der Jubiläumsjahre 1998/1999 allenthalben einig: Der Forschungsstand zur Badischen Revolution 1848/49 hat immer noch eine Reihe von Lücken und Defiziten aufzuweisen¹. Einen der bislang am wenigsten beachteten Aspekte stellt hierbei zweifellos die Mitwirkung von Frauen am revolutionären Geschehen dar. Diese fehlende ernsthafte Berücksichtigung einer weiblichen Beteiligung läßt sich, was die wissenschaftliche Aufarbeitung anbetrifft, für fast das ganze Gebiet des damaligen Deutschen Bundes feststellen. Verläßt man sich nämlich auf das Zeugnis ganzer Scharen von Historikern, scheint die Deutsche Revolution im 19. Jahrhundert eine reine Männerangelegenheit gewesen zu sein. Wie wenig wahr diese kaum hinterfragte Einschätzung allerdings ist, beweist u. a. eine Aussage der zum Mythos hochstilisierten Kultfigur der Badischen Revolution, *Friedrich Hecker*; dieser erinnerte sich noch im selben Jahr des von ihm mitinszenierten Aufbruchs mit bewundernden Worten an die tatkräftige Unterstützung aus den Reihen des vermeintlich schwachen Geschlechts: „*Die Frauen und Mädchen zeigten sich muthiger und begeisterter als die Männer. Manchen, der nachher zu uns stieß, trieben die Frauen und Mädchen mit ihren Vorwürfen, daß es feige sei, uns im Stiche zu lassen und daheim zu sitzen, während wir die Freiheit erstreben wollten, zu den Waffen. Wir haben Züge von Hochherzigkeit, Begeisterung und Resignation bei den Frauen bemerkt, so daß wir getrost auf das heranwachsende Geschlecht, das sie geboren haben und erziehen, blicken können.*“²

Heckers wohlmeinender Beurteilung der Anteilnahme von Frauen an den damaligen Umsturzversuchen entsprach nun lange Zeit in keinsten Weise das Interesse der wissenschaftlichen Revolutionsforschung unserer Tage. So konnte Dieter Langewiesche im ersten Teil seines großen Forschungsüberblicks noch im Jahr 1981 lediglich *drei* Veröffentlichungen zum Thema vorstellen³. Erst mit Beginn der achtziger Jahre wurden intensivere Versuche unternommen, diesen verkürzten Blick auf die Geschichte zu erweitern. Der Verdienst, dabei eine gewisse Pionierrolle gespielt zu haben, gebührt hier sicherlich Gerlinde Hummel-Haasis, die 1982 erstmals eine

Quellen- und Dokumentensammlung zum Forschungsfeld „Frauen 1848/49“ veröffentlicht hat⁴; ihren Vorarbeiten folgten dann eine Reihe weiterer Publikationen. Dieser Forschungsaufbruch ist schließlich auch ersichtlich an Langewiesches neuerlicher Bestandsaufnahme der Literatur zur Deutschen Revolution 1848/49, welche 1991 eine ungleich größere Anzahl von Arbeiten zum genannten Bereich wie zehn Jahre zuvor vorweisen konnte⁵.

Ein außergewöhnliches Vorbild für weitere Arbeiten in dieser Richtung besitzen wir in einem Projekt des Tübinger Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaft, in dem unter der Leitung von Carola Lipp die Aktivitäten von Frauen während der Revolution in Württemberg auf breiter Basis untersucht wurden. Dem von dieser Gruppe junger Wissenschaftlerinnen herausgebrachten wegweisenden Aufsatzband kann man m. W. bisher noch kein vergleichbares Gegenüber zur Seite stellen⁶. Auch vorliegender Beitrag wurde letztlich zu großen Stücken von den dort dokumentierten Studien inspiriert; es galt, die für Württemberg erreichten Ergebnisse mit den Verhältnissen in Baden, speziell im Gebiet der *Ortenau*, zu vergleichen, sie zu ergänzen. Denn bis auf wenige Ausnahmen blieben bisher auch die 1848 und 1849 aktiven Ortenauer Frauen gänzlich unbeachtet, womit man sie in das unbefriedigende Gesamtbild einreihen konnte. Ihr Beitrag zum Revolutionsgeschehen versucht nun nachfolgender Bericht in Ansätzen aufzudecken. Derartige Regionalstudien sind m. E. dringend erforderlich, um die einseitig geprägte Vorstellung der geschichtlichen Abläufe dieser bewegten Jahre in angemessener Weise zu ergänzen.

Wie die genannten Studien neueren Datums herausgearbeitet haben, engagierten sich 1848/49 eine beträchtliche Anzahl von Frauen für die revolutionäre Sache, sei es als Einzelperson, sei es organisiert in speziellen Frauenvereinen. Da die Betätigung in entsprechenden politischen Vereinen seit dem Jahr 1832 generell verboten gewesen war, gehörte diese Politisierung von Frauen zu den wichtigen Errungenschaften der Revolution⁷. In dieser Hinsicht hatten sich die genannten Tübinger Forscherinnen bei ihren Arbeiten die grundlegende Frage gestellt, wo „Frauen ihren Platz in einem politischen Ereignis, das fraglos männerdominiert war“, nämlich dem der Revolution von 1848/49, gefunden haben⁸. Wie waren sie „ins Revolutionsgeschehen eingebunden und politisch tätig?“⁹ Schließlich: Welche Formen der Zusammenarbeit von Männer und Frauen mußten stattfinden und funktionieren, um revolutionäre Ereignisse dieses Ausmaßes zu ermöglichen?¹⁰

Ähnliche Vorgaben bestimmten auch die vorliegende Darstellung, allerdings übertragen auf einen anderen Untersuchungsraum, dessen Städte und

Ortschaften zur Zeit der Revolution Bestandteile entweder des ehemaligen Mittelrhein- oder des Oberrheinkreises waren. Recht schnell zeigte sich, daß sich die Quellenbasis zur Teilnahme von Frauen am Revolutionsgeschehen in der untersuchten Region keiner größeren Ausmaße rühmen kann. Deutlich wurde dabei eines: Bevor nicht generell zahlreichere lokalgeschichtliche Studien und Ergebnisse über die Revolution von 1848/49 für unser Untersuchungsraum vorliegen, wobei hier in erster Linie verstärkt an die ländlichen Gebiete zu denken ist¹¹, kann auch die hier ansatzweise begonnene Arbeit über den speziellen Beitrag von Frauen nur bruchstückhaften Charakter besitzen.

Die wenigen aus der Literatur schon bekannten Fakten werden erstmals gebündelt und mit Informationen aus bisher unberücksichtigten Quellen, insbesondere zeitgenössische Zeitungen und Prozeßakten, ergänzt. Insofern versteht sich folgender Überblick vorrangig als eine Art erste „Materialsammlung“ im Dienste des „Sichtbarmachens“¹² der Frauen in der Geschichte der Badischen Revolution 1848/49. Ihr müssen jedoch weitere Studien folgen, um schließlich auf einer breiteren Quellenbasis als der bislang eruierten allgemeingültigere Aussagen wagen zu können.

Da wir uns somit mit dem vorgestellten Forschungsbereich noch auf einem gewissen lokalgeschichtlichen Neuland bewegen und fundierte übergreifende Analysen sicherlich zu voreilig wären, sei es im folgenden erlaubt, die Mitwirkung von Ortenauer Frauen an der Revolution an dieser Stelle zuerst noch einmal nach den Aktivitäten in ausgewählten einzelnen Ortschaften zu ordnen.

Offenburg

Wenden wir unseren Blick dabei zuerst – wie sollte es bei der Bedeutung, die diese Stadt für den Revolutionsverlauf in Baden hatte, auch anders sein – nach Offenburg. Dort in Offenburg wurde in der Vergangenheit in verschiedenen Publikationen immer wieder auf die Beteiligung von einheimischen Frauen an den revolutionären Unruhen hingewiesen. Bereits um die Jahrhundertwende erinnerte man sich an die Frauen, die für die revolutionäre Sache eingetreten waren: In seiner Wochenschrift „Dr' Alt Offenburger“ hielt der bekannte Offenburger Politiker und Heimatforscher Adolf Geck im Rahmen seiner Rückblicke auf die Revolutionsereignisse in der Stadt auch das Gedächtnis an die damaligen Aktionen der Frauen wach¹³. Unter dem amüsanten Titel „*Patriotischer Beitrag: 234 Paar Socken*“ fanden die Offenburger Revolutionärinnen dann aber auch in späteren Jahren Eingang in die städtische Tagespresse¹⁴; schließlich nahm sich neuerdings

eine Frauengeschichtswerkstatt in einer vorbildlichen Veröffentlichung ebenfalls deren Aktivitäten zum Thema¹⁵.

Leider ließ im Gegensatz dazu die etablierte lokalgeschichtliche Forschung die Erinnerung an die Beteiligung der Frauen mit der Zeit immer mehr einschummern. Fand es z. B. der bekannte Stadthistoriker Otto Kähni im Jahr 1948 noch wichtig, die Frauen in einer längeren Jubiläumsabhandlung über die Revolutionsereignisse zu erwähnen¹⁶, „verschwanden“ sie beim gleichen Autor in einer entsprechenden Publikation aus dem Jahre 1975¹⁷ und in seiner großen Stadtgeschichte¹⁸. Auch die bislang neueste Darstellung über das Revolutionsgeschehen in Offenburg schweigt sich leider über die Aktionen der Frauen aus¹⁹. Dies ist umso verwunderlicher, da die Mitarbeit der Frauen während der Revolution wohl nirgendwo in unserem Untersuchungsgebiet so gut dokumentiert und nachzuvollziehen ist wie eben in der Stadt an der Kinzig.

In Offenburg wird man die aktive Teilnahme von Frauen an der Revolution vor allem mit den beiden Namen *Amalie Hofer* und *Nannette Rehmann* verbinden müssen. Amalie Hofer, Tochter des Sonnenwirts Thaddäus Weißenrieder aus Gengenbach, war seit 1842 mit dem Advokaten Johann Hofer (1810–1880)²⁰ verheiratet und mit diesem im August 1848 von Lahr nach Offenburg umgezogen. Nannette Rehmann (geb. Heisler) war die Ehefrau des Apothekers Eduard Rehmann (1812–1856)²¹, den man aufgrund seiner Funktionen als Oberleutnant der Bürgerwehr, als Vorsitzender des Offenburger demokratischen Volksvereins und vor allem auch als Mitglied im Landesausschuß der Volksvereine mit Fug und Recht einen der wichtigsten Offenburger Demokraten nennen kann. An seiner Seite und mit ihren beiden Kindern war sie Anfang Februar 1843 aus Mühlhausen nach Offenburg gezogen²². Rehmann hatte noch im selben Jahr damit begonnen, in seiner neuen Heimatstadt politisch wirksam zu werden und intensivierte diese Tätigkeit in der folgenden Zeit immer mehr. Johann Hofer war ebenfalls schon länger durch politische Auftritte auf der Seite der radikalen Demokraten bekannt geworden; nach dem erneuten Ausbruch der Revolution wurde er im Juni 1849 schließlich zum Zivilkommissar für die Bezirke Offenburg und Gengenbach ernannt. Er und Rehmann verkörperten zwei der wichtigsten Persönlichkeiten in Offenburg während der Aufstände. Aber wie man sehen wird, bemühten sich auch ihre beiden Frauen im Verlauf dieser Monate in außerordentlicher Weise, um auf ihre eigene Art der revolutionären Sache zuzuarbeiten.

Bevor wir uns allerdings den Aktivitäten dieser beiden Frauen und ihrer Mitstreiterinnen genauer zuwenden, muß der Blick noch einmal zurückgehen.

Daß Offenburgs Frauen den revolutionären Bewegungen schon von Anfang an keinesfalls unbeteiligt gegenüberstanden, wird nämlich durch Quellen aus den beiden Jahren zuvor schon belegt.

Amalie Struve, die berühmt gewordene engagierte Ehefrau Gustav Struves²³, schildert in ihren bekannten „Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen“, die sie 1850 veröffentlichte – und im übrigen explizit „den deutschen Frauen“ widmete –, auch ihre Eindrücke von der ersten großen republikanischen Tagung in Offenburg am 12. September 1847²⁴.



Zusammen mit ihrem Mann war sie damals nach Offenburg gekommen, um an der „*Versammlung der entschiedenen Freunde der Verfassung*“ teilzunehmen. Frau Struve berichtet, wie der Festsaal – es war derjenige des Offenburger Gasthauses „Salmen“ – bei diesem Großereignis „so dicht als möglich mit Männern aus allen Theilen des Landes gefüllt (war).“²⁵ Je-

doch lauschten an diesem Tag nicht nur revolutionär gesinnte Männer den Worten Struves, Heckers und der anderen Festredner, sondern Amalie Struve betont: „Die Galerien waren von den Frauen eingenommen.“²⁶ Auch diese – ihre Zahl bleibt allerdings hier ungewiß – zeigten sich somit schon 1847 durchaus interessiert an den demokratischen Bewegungen in ihrer Heimat und bekundeten mit ihrer Teilnahme an dieser ersten wichtigen Versammlung ihre Sympathie für die Forderungen der „entschiedenen Freunde der Verfassung“. Daß eine solch offensichtliche Teilnahme von Frauen an einer politischen Veranstaltung in den damaligen Jahren keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellte, wird deutlich, wenn man sich die aufgeregte Debatte betrachtet, die ein Jahr später, 1848, bezüglich der Frage entfacht wurde, ob während politischer Versammlungen „Frauen auf den Galerien“ zu akzeptieren seien²⁷.

Im Frühjahr des folgenden Jahres war der von den Offenburger Versammlungen des 12. September 1847 und des 19. März 1848 mitinitiierte Volksaufstand schließlich in vollem Gange²⁸. Der von den Revolutionären schlecht geplante sogenannte „Heckerzug“ rief im April erstmals gewissermaßen bürgerkriegsähnliche Zustände in Baden hervor.

Aus dieser Zeit stammt auch das (fiktive?) Zeugnis einer besorgten „frommen Jungfrau“ aus Offenburg, deren Wunsch nach nach Verbrüderung der sich bekämpfenden Truppen in einer ungewöhnlichen Form veröffentlicht wurde. Die Leserinnen und Leser des „Offenburger Wochenblattes“ wurden am 21. April 1848, einen Tag nach der Niederlage der Heckerschen Freischärler bei Kandern, mit einer von ihr angeblich erlebten Vision konfrontiert. Unter der Überschrift „Ein Traum (Von einem Frauenzimmer)“ wird das Erlebnis der anonym bleibende Dame beschrieben²⁹: „Bekümmert ob des Vaterlands Gefahren“ war sie wie von selbst bei Gebet eingeschlummert und hatte Seltsames geträumt: Sie sah sich von einem Friedensengel auf einen hohen Berg geführt. Von dort aus konnte sie unter Entsetzen verfolgen, wie sich die feindlichen Heere zu einer „brudermörderischen Schlacht“ rüsteten. Jedoch das Unfaßbare geschah:

„Sie hörte ‘Feuer’ kommandieren und ihr Herz klopfte hörbar. Aber kein Schuß fiel. Statt dessen hörte sie ein anderes Geräusch. Sie sah, daß es von den Gewehren der Soldaten herrührte, welche dieselben auf den Boden warfen, aufeinander zurannten und sich unter Siegesgeschrei umarmten; dann aber wieder, wie eine Mauer vor ihren Vorgesetzten standen. Einer trat vor und rief: ‘Wir sind einig! wer will wider uns sein?’ Da sprang ein alter General vom Pferde. Er entblöste sein graues Haupt, hob seine Hand gen Himmel und sprach mit vor innerer Bewegung zitternder Stimme: ‘Herr, Du hast durch diese unerhörte Volksthat zu mir

geredet, dein Wille geschehe. Bist Du mit uns, wer kann wider uns sein? Mit diesen Worten trat er auf die Seite der Soldaten und alle Officiere folgten seinem Beispiel. Da schwang der Engel des Friedens freudig seine Palme.“

Überwältigt von diesem „göttlichen Schauspiel“ fleht die Jungfrau nach ihrem Erwachen: „*Herr laß diesen Traum mehr als einen Traum sein.*“ Mit diesen Worten beschließt sie ihren verwunderlichen Bericht.

Zwar wird nicht ersichtlich, welcher politischen Parteiung die vorgestellte Frau ihre Sympathien zugeeignet hat (falls dies überhaupt der Fall war), und man wird auch generell den eigentlichen Charakter ihrer „Vision“ hinterfragen müssen; schließlich kann die Form der Darstellung einiges Staunen hervorrufen. Letztlich weist dieser Artikel jedoch auf eine Grundhaltung hin, welcher der Gedanke an gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb des deutschen Volkes ein Greuel war und die an die Vernunft aller Beteiligten appellierte. Daß dieser Bericht dezidiert mit einer Frauenhand, verknüpft wurde, verdient auf alle Fälle besondere Beachtung.

Diesen beiden einzigen Belegen für Offenburg aus den Revolutionsjahren 1847 und 1848 steht eine Fülle von Meldungen, vornehmlich aus der Presse, aus den entscheidenden Monaten des Jahres 1849 gegenüber. Durch sie werden wir hauptsächlich über die von Frauen angestregten Sammlungen für das Revolutionsheer informiert, die im Juni 1849 stattfanden. Verantwortlich für diese Aktionen waren genannte Amalie Hofer und Nannette Rehmann. Diese beiden Frauen griffen einen Appell des Landesausschusses vom 22. Mai auf, der an alle freiheitsliebenden Männer *und* Frauen Badens gerichtet war; gebeten wurde darin um eine tatkräftige materielle Unterstützung für die revolutionären Soldaten in der von der Belagerung bedrohten Bundesfestung Rastatt, welche durch Kollekten in jedem badi-schen Ort ermöglicht werden sollte³⁰. Apotheker Eduard Rehmann aus Offenburg gehörte zum damaligen Zeitpunkt dem Landesausschuß der Volksvereine an; es ist deshalb nicht verwunderlich, seine Frau Nannette bei der Organisation dieser Sammlungen aktiv zu sehen. Sie und Amalie Hofer wandten sich erstmals am 30. Mai mit einem eindringlichen Appell an die Einwohner Offenburgs und erklärten sich zum Empfang der eingehenden Beiträge bereit³¹.

Eine Woche später konnten die beiden schon erste positive Ergebnisse vermelden und ließen wissen, daß sie „*am 5. Juni bereits in den Stand gesetzt waren, ein Faß mit 76 Hemden, 157 Paar Socken, 26 Paar Hosen, 19 Paar Unterhosen, 13 Sacktüchern, 8 Schlafhauben, eine Menge Bandagen und Charpie an das Commando der Bürgerwehr von Offenburg nach Heidel-*

berg zu versenden.“³² Diese war bereits Mitte Mai, gleich nach der großen Offenburger Volksversammlung vom 12./13. Mai, landabwärts zur Revolutionsarmee gezogen. Ein weiteres umfangreiches Kontingent an Kleidungsstücken und Verbandsmaterial folgte dieser ersten Sendung nur wenige Tage später am 9. Juni, wovon Hofer und Rehmann genauestens Bericht im „Wochenblatt“ erstatteten³³.

Diese immense Fülle an Material läßt auf eine Vielzahl von Helferinnen, Spenderinnen und Unterstützerinnen schließen. Da laut den Angaben Amalie Hofers und Nannette Rehmanns viele der eingegangenen Spenden noch zweckmäßig verarbeitet werden mußten, waren sicherlich viele fleißige Hände nötig, die diese Arbeiten erledigten. Die beiden Organisatorinnen bedankten sich deshalb am 10. Juni auch bei „den Jungfrauen hiesiger Stadt, welche uns mit ihrem unermüdlichen Fleiße allein in den Stand setzen halfen, in der so kurzen Zeit so Vieles zu leisten.“³⁴

Als Kern einer solchen Gruppe von Frauen kann aller Wahrscheinlichkeit nach ein *Frauenverein* gelten, der in der Offenburger Presse zwar nicht explizit genannt wird, dessen Existenz jedoch durch zwei Quellen belegt ist. Zum einen durch einen Brief, den die Wortführerinnen des anscheinend mit den Offenburger Frauen korrespondierenden Mannheimer Frauenvereins „Germania“ an die Gründerin des Mainzer Vereins „Humania“, *Kathinka Zitz*, schrieb. Dort ist zu lesen:

*„So wie wir jetzt vereinigt sind und wirken mit dem Vereine in Heidelberg, Kehl, Lahr und Offenburg, so wollen wir uns alsdann vereinigen; denn nur Eintracht macht stark, und nur vereint können wir kräftig wirken und etwas Großes erzielen, wo vielleicht öfters vereinzelt unsere Kräfte zu schwach wären.“*³⁵

Von Interesse ist die Datierung dieses Briefes vom 2. Mai 1848. Sie erweckt den Eindruck, daß schon *vor* der ersten Sammelaktion der Offenburgerinnen, eventuell im März oder im April 1849, ein Frauenverein ins Leben gerufen worden war.

Johann Hofer gab später von seinem Exil in Straßburg aus in einer längeren Verteidigungsschrift zu, der eigentliche Urheber dieses Vereins gewesen zu sein³⁶. Von der Reaktion verfolgt, schildert Hofer in diesem Schreiben *seine* Sicht der revolutionären Ereignisse in Offenburg. Als einer der wortführenden Revolutionäre der Stadt war ihm das Schicksal der Bürgerwehr natürlich ein besonderes Anliegen gewesen. „*Zu diesem Sinne*“, schreibt Hofer, „*rief ich allerdings den in Offenburg bestehenden Verein zur Sammlung patriotischer Gaben ins Leben, indem ich meine und die*

Oeffentlicher Bericht.

An patriotischen Beiträgen sind in Folge unseres Aufrufs bei uns bis gestern folgende eingelaufen:

- 1) 158 Stück Mannsbemden.
- 2) 14 Stück Weiberbemden.
- 3) 234 Paar Socken.
- 4) 62 Leintücher.
- 5) 5 Bettanzüge.
- 6) Pers zu 5 Hemden.
- 7) 81 Ellen neue Hausleinwand.
- 8) 1 Stück leinener Hosenzug von 39 Ellen.
- 9) 1 Stück leinener Hosenzug von 48 Ellen.
- 10) 1 Stück Hosenzug von 12 Ellen.
- 11) 2 Stücke Barchent von 33 Ellen.
- 12) 5 Ellen wollenes Tuch zu 2 Paar Hosen.
- 13) 46 Ellen Futtertuch.
- 14) 2 Halsbinden.
- 15) 1 Blouse.
- 16) 19 Stück Sacktücher.
- 17) 18 Westen.
- 18) 29 Paar Hosen.
- 19) 36 Paar Unterhosen.
- 20) 2 Unterleibchen.
- 21) 6 Tuchröcke und ein Frack.
- 22) 5 Jacken.
- 23) Eine Kappe.
- 24) 9 Stück Schlaumügen.
- 25) 10 Paar Stiefel und 2 Paar Schuhe, nebst 2 Zellen Oberleder und einem Stück Sohlleder.
- 26) 6 Paar Hosenträger.
- 27) 6 Zeugreste zu Nähzeugen.
- 28) 74 Scheeren à 25 und 49 Stück.
- 29) 75 Fingerhüte à 51 und 24 Stück.
- 30) 9 Schnüre beinerne und einige Duzend Perlmutterknöpfe.
- 31) Eine große Menge Nähadeln, Steckadeln, Faden und Band, nebst Haaren.
- 32) Viele fertige Charpie und 170 fertige Binden mit vieler alter Leinwand zu Charpie und Binden.
- 33) 20 Ellen gestrichenes Heftpflaster.

Die eingelaufenen Zeuge wurden und werden zu Kleidungsstücken, die Leintücher und Bettanzüge zu Tragbadren, die alte Leinwand zu Compressen, Verbandzeugen verschiedener Art und Charpie und die Tuchreste zu Nähzeugen verarbeitet; die Leßtern aber mit Knöpfen, Nähadeln, Steckadeln, Scheeren und Fingerhüten versehen.

Zu der am 5. Juni abgegangenen Kiste haben wir gestern noch zwei weitere an das Commando des ersten Offenburger Aufrufs nach Heidelberg abgehangt. Diese Kisten waren größtentheils mit Verbandzeugen, Kleiensäckchen, Schwämmen und Charpie angefüllt. Außerdem aber enthielten dieselben noch 32 Tragbadren, 7 Handröcher, 5 Bettjacken, 19 Paar Oberhosen, 24 Stück Hemden, 18 Paar Socken, und 40 Nähzeuge mit Nadeln, Scheeren u. c.

Der Empfang der Kiste vom 5. Juni ist uns mit Schreiben des Commandanten vom 8. Juni mit der Bitte angezeigt worden, den Frauen und Jungfrauen, welche die nützlichen Gaben spendet haben, den Dank der Empfänger auszusprechen und das uns mitgetheilte Schreiben denselben zur Kenntnis zu bringen.

Indem wir dieses Schreiben unten folgen lassen, danken wir wiederholt für jede Gabe und Unterstützung, und danken besonders den Jungfrauen hiesiger Stadt, welche uns mit ihrem unermüdlischen Fleiße allein in den Stand setzen halfen, in der so kurzen Zeit so Vieles zu leisten.

Wir sind zum Empfang fernerer Gaben bereit.
Offenburg, den 10. Juni 1849.

Amalie Hofer.
Rannette Rebmänn.

Frau des Apothekers Rehmann – moralisch – nöthigte, sich zur Annahme solcher Gaben bereit zu erklären.“ Wollte Hofer mit dieser Aussage seine Frau entlasten?

Bemerkenswert ist, daß das hier zusätzlich eingefügte Wörtchen „*moralisch*“ von der Hand Amalie Hofers stammt, die auch sonst an einigen Stellen den Bericht ihres Mannes ergänzt hat, eventuell ihrerseits mit überlegtem Kalkül. Mit ihm zusammen unterschrieb sie schließlich auch die gesamte Verteidigungsschrift.

Wie enorm wichtig die Tätigkeiten dieses hier beschriebenen Vereins und der Offenburger Frauen für die eigene Bürgerwehr waren, verdeutlichen die Dankesschreiben, die Kommandant Waibel von Heidelberg bzw. Weinheim aus an die Frauen richtete und die im „Wochenblatt“ abgedruckt wurden³⁷. In ihnen wird der Empfang der jeweiligen Spendensendungen bestätigt und den „*Wohlthäterinnen*“ herzlichster Dank ausgesprochen. Gerade das Beispiel Offenburg läßt erkennen, wie sehr die Revolutionäre auf die Kooperation der Frauen angewiesen waren und wie sie diese Anstrengungen auch zu schätzen wußten. So sehr man sich von seiten der Männer dabei über den Einsatz der „*patriotischen Bürgerinnen*“ freute, so sehr verachtete man jedoch gleichzeitig diejenigen höhergestellten Damen, welche trotz ihres Vermögens keinerlei Anstalten zur Unterstützung des Revolutionsheeres machten. Voller Zorn und Spott schreibt dazu ein Offenburger Wehrmann im Namen seiner Kollegen³⁸:

„Um so auffallender und betrübender ist es aber, daß gerade solche, von denen man vermöge ihrer Ansprüche auf Bildung am meisten zu erwarten berechtigt wäre, dem Vaterlande ihre Dienste verweigern, wenn es gilt, Söhnen und Brüdern der Vaterstadt ihre Mühseligkeiten und Anstrengungen minder fühlbar zu machen und Verwundeten Linderung zu verschaffen, ja sie vielleicht vom Tode zu retten, daß solche, dem Frauengeschlechte so schön stehenden Gefühle keinen Platz in ihren Herzen finden. Ja! wenn es sich darum handelte, den volksfeindlichen, jetzt feige davon gelaufenen Officiersbuben einen recht angenehmen und genußreichen Abend bei Thee und Tanz zu verschaffen, dann wären bewußte Damen und Fräuleins der größten Aufopferung sicherlich fähig.“

Hier wird auch zum Ausdruck gebracht, daß es wohl nicht von vorneherein das Übliche war, sich für die Sache der Revolution einzusetzen. Vor allem die reicheren Offenburgerinnen hielten sich, wie wir lesen können, merklich zurück.

Demgegenüber wurden Amalie Hofer, Nannette Rehmann und ihre Mithel-

ferinnen aus den Offenburger Umlandgemeinden tatkräftig unterstützt; ja, mancherorts versuchte man es ihnen sogar gleichzumachen.

So übergaben ihnen 12 Mädchen aus Ortenberg mit der Parole „*Es lebe ein einiges freies Deutschland!*“ am 12. Juni 1849 12 Hemden, 1 Leintuch, 5 Pakete Charpie und 5 Pakete Kompressen, welche die Schulkinder in ihrem Dorf gesammelt hatten. Zusammen mit einem enthusiastischen Begleitschreiben und „*unter Vortritt ihres Lehrers*“ fanden sich diese Mädchen in Offenburg bei Frau Hofer und Frau Rehmann ein, um ihre Gaben „*auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen*“³⁹. Schon beim ersten Aufruf der beiden Offenburgerinnen im Monat zuvor hatten „*auch zwei patriotische Bürgerinnen aus Ortenberg nützliche Opfer*“ beigelegt und so ihre Solidarität bekundet⁴⁰.

Eine eigene Sammlung organisierten im Juni 1849 auch einige Gengenbacher Frauen, über deren Ergebnis sie im „*Offenburger Wochenblatt*“ Bericht erstatteten. Die verantwortlichen Frauen *Louise Sohler*, Wirtin des „*Badischen Hofes*“, *Theresia Fahrländer*, *Karoline Spinner* und *Victoria Stölker* konnten am 13. Juni in der Hauptsache Säcke und Körbe voll mit Nahrungsmitteln in die Festung Rastatt schicken, insgesamt immerhin fast 1500 damalige Pfund⁴¹.

In Bermersbach, im gleichen Amtsbezirk liegend, fertigten ebenfalls im Monat Juni patriotische Frauen eine Fahne mit der Aufschrift „*Freiheit, Gleichheit und Wohlstand*“ an und übergaben sie der revolutionären Bürgerwehr der Gemeinden Fußbach, Strohbach und Bermersbach. Die Männer ihrerseits ließen es sich nicht nehmen, den Frauen hierfür den herzlichsten Dank auszusprechen⁴².

Ähnliches ereignete sich in Offenburg selbst. Der Fahnenstiftung der Offenburgerinnen soll nun auch der Schlußteil unserer Betrachtung der Aktivitäten in dieser Stadt gewidmet sein.

Am 30. Mai war beschlossen worden, den Offenburger Wehrmännern eine schwarz-rot-goldene Fahne mit der Aufschrift „*Des Volkes Freiheit*“ zu übergeben. Diese Art der Unterstützung war damals eine gängige, auch schon traditionell vorgeprägte Praxis⁴³. Wie für viele andere Frauenvereine, war das Fahnensticken auch für die Offenburgerinnen ein durchaus ernstzunehmender Ausdruck ihres politischen Engagements. Sie zeigten sich durch diese Art der Solidarität mit den Männern „*nicht nur real, sondern auch symbolisch in die nationale Politik verwoben*“⁴⁴. Da es an Geld fehlte, veranstaltete man in Offenburg eine Sammlung, die durch die Beiträge von 170 Personen 66 fl. 48 kr. ergab, womit das Revolutionsban-

ner bezahlt werden konnte. Dieses konnte dann am 16. Juni an seinen Bestimmungsort, zur Bürgerwehr der Stadt an die Neckarfront, überbracht werden. „*Besondere Anerkennung für Lieferung der Stickerei und Hauptarbeit und Leitung*“ hatten sich in den Augen von Zivilkommissar Hofer dabei Frau *Streißguth* und *Hulda Killy* verdient⁴⁵.

Was jedoch hier von Hofer noch als „*herrliches Geschenk*“ für die Revolutionäre gefeiert wurde⁴⁶, diente nur kurze Zeit *nach* der Niederwerfung des Aufstandes als Zielscheibe des beißenden Spotts der Offenburger Reaktionäre. In untenstehendem hämischen „Inserat“ aus dem „Offenburger Wochenblatt“ vom 3. August 1849 werden die Unterstützerinnen der Revolution und insbesondere die Verantwortlichen für die Bürgerwehr-Fahne verhöhnt⁴⁷. Innerhalb von nur eineinhalb Monaten hatten sich die Verhältnisse grundlegend geändert.

Mit dem Einzug einer preußischen Division in Offenburg am 2. Juli 1849 war auch für Offenburg die Revolution beendet.

Inserat.

Anzeige.

Durch die außerordentlich schnelle und schmachvolle Beendigung des sogenannten Freiheitskampfes (Mord, Raub und Diebstahl) sehen wir uns zu der Erklärung bemüßigt, daß wir mit dem Vorrath von Kleidungs- und Verbandstücken zc. nichts mehr anfangen können und jede weitere Sendung uns verbitten müssen. Alle unsere Pläne sind also zu Wasser geworden und unsere sauberen Männer durchgebrennt, um der gerechten Strafe zu entgehen. Statt in geschlossener Linie um die Fahne zu stehen und mit ihr zu siegen oder zu sterben, sitzen nun unsere Männer mit den andern bekannten Freiheits-Aposteln und Raubgesindel in den Gasthäusern des Auslandes, um mit den gestohlenen Geldern sich noch eine Zeit lang recht gütlich zu thun. Zum Andenken haben wir nun eine neue Fahne verfertigt, worauf die Bürgerin Hulda Stang das Wort stickte: Elend und Fluch den Räubern und Rebellen. Die Fahne reißt im Lande herum und kann noch 25 Jahre lang gesehen und gefühlt werden.

Anna Neunundneunzig.
Amalia Gans v. Papeyr.

Schnell wurden die aufständischen Frauen und Männer von den Regierungsgerichten zur Verantwortung gezogen. Von Amalie Hofer und Nannette Rehmann wissen wir, daß beide wiederholt vor den Behörden erscheinen mußten. Sie traten auch dort immer gemeinsam auf. Ihnen wurde vorgeworfen, daß sie sich „*durch patriotische Sammlungen zur Unterstützung des Insurgentenheeres*“ am Aufstand beteiligt hätten⁴⁸, was einen Prozeß wegen Teilnahme am Hochverrat nach sich zog. Durch eine Anzeige in ihrer Heimatstadt kam das Verfahren Ende November 1849 in Gang, ohne daß sich die beiden Frauen allerdings in Haft begeben mußten⁴⁹. Frau Hofer und Frau Rehmann hatten Glück: Die Untersuchung gegen sie wurde schon wenig später durch eine Verfügung vom 24. November 1849 eingestellt⁵⁰.

Amalie Hofer teilte in der Folge das Schicksal ihres Mannes. Dessen Vermögen wurde von der Regierung beschlagnahmt. Hofer blieb nur noch die Flucht ins Ausland; er setzte sich nach Frankreich ab, von wo aus er die Auswanderung nach Übersee plante. Frau Hofer konnte ihren Mann in Straßburg besuchen. Ihr selbst war eine Unterhaltsrente von täglich 2 Gulden und 12 Kreuzern zugebilligt worden. Jedoch auch Amalie Hofer reiste bald mit ihren drei Kindern aus und verließ ihre Heimat in Richtung Schweiz⁵¹. Am 23. Juli 1851 konnte die wiedervereinte Familie schließlich auf einem Segelschiff von Calais aus nach Amerika fahren⁵². Rudolf Ritter weiß weiterhin zu berichten: „In Hoboken, einem Vorort New Yorks, machte Frau Hofer, des Gengenbacher Sonnenwirts Tochter, eine Pension mit badischer Küche auf und hielt damit die Familie über Wasser.“⁵³ Nach seiner Amnestierung kehrte Johann Hofer 1862 – zuerst allein – nach Baden zurück und ließ sich erneut in Offenburg als Anwalt nieder. Aus den beiden Darstellungen von Haas und Ritter wird nicht deutlich, ob Hofer seine Ehefrau jemals wieder nach Baden zurückgeholt hat, was allerdings anzunehmen ist. Haas weiß jedoch, daß Amalie Hofer im Jahre 1872, acht Jahre vor ihrem Mann, gestorben ist⁵⁴.

Was wir über das weitere Schicksal Amalie Hofers noch wissen, ist zwar nicht sehr viel, doch immerhin ist es ergiebiger als die Auskünfte über den Verbleib ihrer Freundin Nannette Rehmann. Wie bei Amalie Hofer wurde auch ihr Hochverrats-Prozeß vom Hofgericht Bruchsal am 24. November 1849 eingestellt. Das Vermögen ihres Mannes Eduard Rehmann hatte man beschlagnahmt; er selbst war ebenfalls ins Ausland geflohen, um seiner Gefängnisstrafe zu entgehen. 1851 ist Rehmann schließlich als Likör- und Mineralwasserfabrikant in Zürich nachweisbar. Die Vermutung liegt nahe, daß Nannette Rehmann ihrem Mann in die Schweiz gefolgt ist, wo ja auch ihre frühere Gefährtin Amalie Zuflucht gesucht hatte.

Lahr

Zieht man den 1991 erschienenen zweiten Band der „Geschichte der Stadt Lahr“ zu Rate, so wird man leider nur wenig über die revolutionären Ereignisse in dieser Stadt erfahren können⁵⁵; dies ist umso verwundernswürdiger, da Lahr nach Ansicht Franz Xaver Vollmers eine nicht zu unterschätzende „Pilotrolle“ im Vormärz zuzugestehen ist, und auch 1848/49 viele Impulse aus der damals bedeutenden Industrie- und Handelsstadt kamen⁵⁶. Wenig überraschend ist es dann auch, daß mit keinem einzigen Wort auf die Rolle der Frauen in dieser unruhigen Zeit eingegangen wird. Diesem Manko wird auch nicht abgeholfen durch die „Spurensuche“ der Historikerin Martina Klöpfer, die zwar den lobenswerten Versuch unternommen hat, die Geschichte von Frauen in Lahr aufzuarbeiten, über die aktiven Frauen der Revolution von 1848/49 jedoch nichts zu berichten weiß⁵⁷. Man liest dort lediglich von dem erst *nach* den Revolutionswirren gegründeten, eher konservativ ausgerichteten Frauenverein, der sich aus Frauen der Oberschicht rekrutierte und sich sozial-caritativen Aufgaben widmete⁵⁸. Die zwei vorausgegangenen Jahre bleiben in der Arbeit Klöpfers seltsamerweise ausgespart.

Daß sich die Frauen jedoch auch in Lahr am politischen Geschehen der Revolutionsjahre beteiligt haben und sich sogar ein revolutionärer Frauenverein gebildet hatte, bezeugt eine Reihe von Quellen, die es hier zu erwähnen gilt.

Schon während der Märzunruhen 1848 zeigten sich die Lahrerinnen engagiert. Als Anfang des Monats durch den Gemeinderat Aufrufe ergingen, in der Stadt eine Bürgerwehr aufzustellen⁵⁹, ließen sich einige Damen nicht zweimal bitten, die Wehrmänner durch finanzielle Hilfe mit dem Nötigsten auszustatten. Frauen aus dem gehobenen Bürgertum wie Frau *von Lotzbeck*, Frau *Pannifex*, Frau *Deimling*, Frau *Eimer* und Frau *Fingado Eimer* spendeten beträchtliche Summen für die Bewaffnung der Volkswehr, ebenso wie die Witwen *Sohn* und *Metzger*⁶⁰. Witwe Sohn wurde für ihren wiederholten Einsatz sogar persönlich gelobt⁶¹. In der Aufbruchstimmung nach der großen Offenburger Volksversammlung vom 19. März hoffte man in Lahr besonders auch auf weibliche Mitarbeiter bei der Verwirklichung der revolutionären Ziele. Im „Lahrer Wochenblatt“ war zu lesen:

*„Deutsche Frauen! schmückt Euern Männern die Waffen, reicht sie Ihnen und sagt Ihnen, deutend auf Euch und Eure Kinder: Für uns wahret die Freiheit, für uns schützt den Heerd und erhaltet die Ordnung. Deutsche Jungfrauen! reicht Euren Brüdern, reicht unseren Jünglingen die deutsche Fahne und fordert von ihnen, daß dieselbe von ihnen unentweiht getragen werde.“*⁶²

Ob und in welcher Form die Lahrer Frauen während der Aufstände im Jahr 1848 letztlich diesem Verlangen nachkamen, ist bislang noch unklar. Es scheint jedoch festzustehen, daß einige von ihnen nach der ersten Niederlage der Freischärler erneut ins Geldsäckel griffen, um die flüchtigen Revolutionäre zu unterstützen. Hinweise darauf liefert Hermann Wiedtemann. In einem älteren Aufsatz, der eingehenden Analyse des in Lahr herausgegebenen revolutionären Blattes „Der Schutterbote“, berichtet dieser Autor davon, wie dort in der Ausgabe vom 6. September 1848 erwähnt wird, daß Frauen und Jungfrauen Lahrs „69 Gulden 9 Kreuzer“ für die republikanischen Flüchtlinge gespendet haben⁶³. Es ist zu vermuten, daß dies nicht die einzige Nachricht von weiblichen Hilfeleistungen in diesem Blatt war. Leider ist jedoch „Der Schutterbote“ von 1848, das von dem demokratisch gesinnten *J. F. Rost* herausgegebene eigentliche „Revolutionsorgan“ Lahrs, nirgendwo mehr aufzufinden und somit für weitere Recherchen verloren⁶⁴.

Aufschlußreichere Indizien für das Eintreten von Frauen für die revolutionäre Sache offenbaren sich dann aber beim Studium des „Lahrer Wochenblattes“ von 1849. Während diese Zeitung im Jahr zuvor nur wenige Berichte über Aktionen von Frauen beinhaltete, ändert sich das beim Maiaufstand 1849. *Leonhard Roos*, der Vorsitzende des Volksvereins, hatte schon Ende April angesichts der Niederlage der Revolutionäre im Jahr zuvor im „Wochenblatt“ verkünden lassen, daß man den Plan habe, „weibliche Arbeiten“ zu verlosen, um mit dem Erlös die politischen Flüchtlinge zu unterstützen⁶⁵. Auch *Wilhelm Schubert*, ernannter Zivilkommissar für Lahr, hoffte auf die verstärkte Mithilfe der Frauen und Jungfrauen, als es im Mai 1849 galt, einen Hilfs- und Pflegedienst zu organisieren⁶⁶. Sowohl Roos als auch Schubert waren anscheinend zuversichtlich, in diesen turbulenten Zeiten auf die Hilfe der Lahrer Frauen zählen zu können, von denen einige ja schon im Jahr zuvor ihre revolutionäre Gesinnung deutlich gemacht hatten.

Am 3. Juni nahm die weibliche Mithilfe schließlich konkretere Formen an: Auch in Lahr bildete sich ein Frauenverein „Zur Unterstützung an Geld, Verbandszeug, Charpie, Hemden etc. für die Freiheitskämpfer Deutschlands“⁶⁷. Immerhin 60 Frauen hatten sich damals zusammengefunden, was nach einer von Gudrun Wittig erstellten Liste im Vergleich mit anderen Vereinen innerhalb des Deutschen Bundes eine durchaus bemerkenswerte Zahl darstellt⁶⁸. Während sich die Mitglieder des männlichen Volksvereins in Lahrer Gasthäusern wie dem „Falken“, dem „Bären“ oder dem „Lamm“ zu ihren regelmäßigen Versammlungen zusammenfanden, trafen sich die Frauen im „Schulhaus“; dies sicherlich eine Konzession an die damals herrschenden gesellschaftlichen Sittenvorschriften, die den Frauen nicht erlaubte, etwa allein in Wirtshäuser zu gehen⁶⁹. Von der Gründung

des Lahrer Frauenvereins wurde wenige Tage später auch in der „Karlsruher Zeitung“, dem „Organ der provisorischen Regierung“ berichtet⁷⁰:

„Lahr, 3. Juni. Bei unserer, durch aristokratischen Einfluß lange darnieder gehaltenen Bürgerschaft tritt die mit ihr vorgegangene Umgestaltung immer mehr hervor, und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben. Von ihr aus ging die Veranstaltung zu einer heute stattgefundenen Versammlung der Frauen und Jungfrauen, worin ein Verein zu dem Zweck gegründet wurde, durch Beiträge an Geld, Verbandszeug, Handarbeiten an dem bevorstehenden Freiheitskampfe werktätigen Anteil zu nehmen. Der Verein, schon zahlreich bei seiner Entstehung, dürfte in kurzem um so größer und wirksamer werden, da er alle Klassen der Gesellschaft umfaßt. Wo ein solcher Geist beim weiblichen Geschlechte sich kundtut, da darf der Vaterlandsfreund heitern Blickes in die Zukunft schauen, – da blühen dem Philistertum keine Rosen mehr.“

Wichtig sind hier sicherlich die Hinweise darauf, daß der Verein sich anscheinend regem Zulauf erfreuen durfte und sich aus Frauen der verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammensetzte, man also keinen Wert auf eine besondere Standeszugehörigkeit legte.

Hinter das genaue Datum der Konstituierung des Vereins muß allerdings noch ein Fragezeichen gesetzt werden. Berichten das „Lahrer Wochenblatt“ und die „Karlsruher Zeitung“ von einer Gründung Anfang Juni 1849, so läßt eine uns schon bekannte andere Quelle vermuten, daß wohl schon ein, zwei Monate zuvor vereinsähnliche Strukturen unter den Lahrer Frauen vorhanden waren: In dem oben für Offenburg bereits erwähnten Schreiben des Mannheimer Vereins „Germania“ an die spätere Präsidentin des Mainzer Frauenvereins „Humania“ Kathinka Zitz, verfaßt schon am 2. Mai 1849, hören wir von der Existenz eines Frauenvereins in Lahr, mit dem die Mannheimerinnen in gutem Kontakt zu stehen scheinen. In gleicher Reihe werden auch die befreundeten Vereine in Kehl und Offenburg genannt⁷¹. Neben der Feststellung des möglicherweise früheren Gründungsdatums des Lahrer Vereins wird aus diesem Schreiben weiterhin deutlich, daß die Frauenvereine durchaus danach strebten, sich zu organisieren, die einzelnen Gruppen miteinander zu vernetzen: *„Denn nur Eintracht macht stark, und nur vereint können wir kräftig wirken und etwas Großes erzielen, wo vielleicht öfters vereinzelt unsere Kräfte zu schwach wären.“*⁷²

Unzweifelhaft ist jedoch, daß wie in Offenburg der Juni 1849 den Zeitraum bildete, in dem der revolutionäre Lahrer Frauenverein wirksam war. Seine Hauptaufgabe sah der Verein sicherlich darin, den Aufforderungen

der provisorischen Regierung nach Ausrüstung und Unterstützung der Revolutionstruppen Folge zu leisten. „Das Comité“ – so die Unterschrift unter den Aufrufen des Vereins – lud auf den 14. Juni, auf den 17. Juni und auf den 24. Juni die Mitglieder und alle diejenigen Frauen und Jungfrauen, „deren Geist, Herz und Kräfte der heiligen Sache des Volkes zugethan“ seien, zu den Versammlungen ins Schulhaus ein⁷³. Ausdrücklich genannt werden dabei die „Bürgerinnen Kleb, Kuichling und Lindenlaub“ als Verantwortliche für die caritativen Sammlungen zugunsten der Revolutionäre. *Sophie Magdalena Kleb* (geb. Lindenlaub) war die Ehefrau des während des Maiaufstands zum Gemeinderat gewählten *Georg Kleb*, *Dorothea Lindenlaub* (geb. Langenbach) die des Schlossermeisters *Gottlieb Lindenlaub*, Mitglied im Lahrer Sicherheitsausschuß. Beide Frauen – im übrigen Schwägerinnen – waren also mit Revolutionären verheiratet⁷⁴. Über Frau *Kuichling* hingegen ist nichts Näheres bekannt.

Bei der Sitzung am 17. Juni wurde ein neues „Comité“ gewählt, das von da an aus der eben genannten Frau Lindenlaub und den Frauen *Metzger* und *Karoline Lehmann* bestand⁷⁵. Während über Frau Metzger keine weiteren Informationen vorliegen⁷⁶, kann man bei *Karoline Lehmann* eventuell eine verwandtschaftliche Beziehung zu dem Seiler *Christian Lehmann*, ebenfalls Mitglied im Lahrer Sicherheitsausschuß, vermuten.

Der Verein war nicht untätig: Aus einem ausführlichen Bericht des Kriegsministeriums in der „Karlsruher Zeitung“ vom 18. Juni 1849 erfahren wir, daß das Lahrer Frauen-Comité „2 Körbe mit Leinwand, 1 Kistchen Charpie

Bekanntmachungen.

[Öffentliche Dankfagung.] Allen denjenigen Frauen und Jungfrauen, welche uns bei den zur Ausrüstung des Lahrer ersten Aufgebots nöthigen Arbeiten mit Rath und That so hilfreich an die Hand gingen, unsern innigsten Dank. Ihr habt gezeigt, Schwestern, daß ihr die große Sache der Erhebung des badischen Volkes für die Freiheit Deutschlands erkannt, daß ihr nicht zurückbleiben wollt, wo es gilt für die Freiheit des großen Vaterlandes euer Scherflein, gegenüber der großen Opfer eurer Brüder, auf den Altar des Vaterlandes zu legen.

Frau Lindenlaub. Frau Metzger.
Karoline Lehmann.

[Anzeige.] Sonntag Mittags 1 Uhr ist Generalversammlung im Schulhaus, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden; es werden daselbst auch die rückständigen und laufenden Beiträge erhoben. Das Comité des hiesigen Frauen- und Jungfrauenvereins.

Verzeichniß der vom frühern Comité übernommenen Gelder, Effecten u., als:

- 1) baares Geld 110 fl. 21 fr.
- 2) Leintücher . . . 42 Stück.
- 3) Binden . . . 364 "
- 4) Rissenziehle . . . 10 "
- 5) Sacktücher . . . 9 "
- 6) Servietten und Handtücher 37 Stück.
- 7) Zwei Körbe mit Leinwand.
- 8) Unterhosen 32 Paar.
- 9) Strümpfe und Socken 186 "
- 10) Hosen 18 "
- 11) Schuhe 3 "

Was hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

und 1 Kistchen Verbandzeug“ zur Unterstützung der Freiheitskämpfer nach Karlsruhe geschickt hat⁷⁷. Es wird nicht die einzige Hilfsaktion dieser Art in jenen Wochen geblieben sein. Jedoch beschränkten sich auch die Aktivitäten der Lehrerinnen nur auf den kurzen Zeitraum des Monats Juni. Mit der öffentlichen Danksagung des Vereins an alle, die mitgeholfen hatten, das Lahrer Erste Aufgebot auszurüsten, und mit der Auflistung eingegangener Spenden, welche am 23. Juni erschienen, wurden schon wenig später die letzten Tage des Lahrer Frauenvereins eingeleitet⁷⁸.

Noch am 27. Juni wehrten sich die verantwortlichen Frauen allerdings vehement und trotzig gegen in der Stadt kursierende Auflösungsgerüchte infolge der Niederwerfung der Revolution⁷⁹:

„Um der Meinung zu begegnen, als würde unser Verein sich durch die seit gestern in Umlauf gebrachten Gerüchte auflösen, finden wir uns veranlaßt, hiermit anzuzeigen, daß dieser Verein nachher wie vorher in seiner gewohnten Thätigkeit fortbestehen wird, unglückliche Krieger zu unterstützen, und fordern daher besonders die Frauen und Jungfrauen der Landgemeinden auf, sich durch Zweigvereine uns anzuschließen, um dieses Werk desto kräftiger vollbringen zu können.

*Frau Lindenlaub
Frau Metzger
Karoline Lehmann“*

Die revolutionsbegeisterten Lehrerinnen wollten zu diesem Zeitpunkt noch nicht einsehen, daß der Volksaufstand von 1849 durch die Regierungstruppen unterdrückt worden war. Die Niederlagen der Revolutionsarmee sollten jedoch auch ihre freiheitlichen Träume zunichte machen; das Bekenntnis vom 27. Juni blieb das letzte Lebenszeichen, das wir vom revolutionären Lahrer Frauenverein besitzen.

Gewissermaßen wie der entgegengesetzte Schwung eines Pendels wirkt ein Artikel im „Lahrer Wochenblatt“ vom 10. Oktober, in dem die „*Bitte um Gründung eines allgemeinen Frauenvereins*“ ausgesprochen wird. Das „*einzig wahre Heilmittel*“ gegen die akuten gesellschaftlichen Probleme sei „*eine ächt christliche Liebe*“⁸⁰. In der aufopfernden und versöhnenden Übernahme sozialer und krankenflegerischer Dienste an den Armen der Stadt sollten die Frauen und Jungfrauen ihre wahre Bestimmung wiederentdecken. Denn: „*Nach des Hauses Kreis ist dies des Weibes angemessenster und schönster Wirkungskreis.*“⁸¹ So jedenfalls die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers dieses Aufrufs.

Es wird darauf hingewiesen, daß die bisherigen „*vielfachen Versuche*“, die „*Unzufriedenheit der ärmeren Klasse*“ zu beheben, nicht gefruchtet hätten: „*Selbst ein eigenes Sympthiemittel hat man nicht verschmähet, es hat aber bis jetzt Alles nichts geholfen.*“ Man hat den Eindruck, hier kritische Anspielungen auf die Bemühungen der Revolutionäre und Revolutionärinnen zu lesen⁸².

Im November 1849 wurde der hier angestrebte wohltätige Lahrer Frauenverein ins Leben gerufen; ein Verein, „*der Mißstände lindern wollte, aber nicht an politischen Veränderungen (...) interessiert war*“⁸³.

Ettenheim

Ein Frauenverein zur Unterstützung der Republikaner wurde auch in der Rohan-Stadt Ettenheim ins Leben gerufen. Im Gegensatz zu den fehlenden Untersuchungen über die Verhältnisse in Lahr hat für Ettenheim Thomas Dees schon auf diesen Verein aufmerksam gemacht und auf diesbezügliches Aktenmaterial im Generallandesarchiv Karlsruhe hingewiesen⁸⁴.

Bei der Gründung des Vereins Anfang Mai 1849 hatten sich 30 Ettenheimer Frauen und Jungfrauen bereit erklärt, „*den hiesigen Volksverein in seinen Freiheitsbestrebungen zu unterstützen und überhaupt der Volkssache zu dienen.*“ Hiervon berichtet das Heidelberger Blatt „*Der Volksführer*“ in der Ausgabe vom 15. Mai 1849 in einem seiner vielen Korrespondentenberichte⁸⁵. Als erste gemeinsame Aktion sollte dem Volksverein eine rote Fahne mit der aufgestickten Inschrift „*Freiheit, Bildung, Wohlstand für alle!*“ angefertigt werden. Weiterhin sahen es auch die Ettenheimerinnen als ihre hauptsächliche Aufgabe an, „*gefangene oder geflüchtete Republikaner mit Geld, Kleidungsstücken (...) zu unterstützen, sowie im Falle eines für die Freiheit entstehenden Kampfes etwaige Verwundete (...) zu pflegen*“. Daß die Frauen zudem bereit waren, sich jeglichem gewissermaßen ideologischen Widerstand selbstbewußt entgegenzustellen, davon zeugt folgende Passage des Berichtes im „*Volksführer*“:

„*Freilich werden die Frauen und Jungfrauen, deren Zahl sich schon jetzt auf 30 beläuft, von dem sogenannten wilden Adel, von den Beamten- und Krämerseelen, voraussichtlich manche Spöttelei zu erleiden haben. Allein dies wird sie nicht abhalten, ihrem edlen Zweck zu dienen, indem sich an diesen beiden Menschenklassen hier ohnehin niemand viel kehrt und vielleicht bald wieder eine Zeit kommen wird, wo sie die Köpfe nicht mehr so hoch tragen, wie seit einiger Zeit!*“

Ebenso wie in Offenburg und Bermersbach wählten auch die Ettenheimerinnen das Fahnensticken als eine spezifische Form politischer Aktivität. In der Folge unterstützten sie das Erste Aufgebot ihrer Stadt, das am 2. Juni nach Karlsruhe ausrückte, zudem durch Herstellung von Blusen, *„den Armen unentgeltlich, den Vermögenden aber um einen sehr billigen Preis“*⁸⁶.

Ihr außergewöhnlicher Einsatz für die republikanische Sache bringt ein weiterer Bericht zum Ausdruck, der Ende des Monats Mai im „Volksführer“ abgedruckt wurde. In höchsten Tönen wird der Ettenheimer Frauenverein gelobt; in *„seiner wirklich erhebenden Begeisterung für Freiheit und Bürgerwohl“* habe er *„schon Unglaubliches geleistet“*⁸⁷. Und weiter hört man aus Ettenheim:

*„Nicht nur Feld- und Hausgeschäfte werden von diesen patriotischen Bürgerinnen augenblicklich hintangesetzt, um dem Vaterlande schnell zu dienen, sondern sie setzen auch die Stunden ihrer Erholung, die Abend- und Nachtstunden freudig an diese ihre wohltätige Arbeit. Ebenso hat sich der Verein auf den öffentlichen Aufruf⁸⁸ an die Frauen schnell entschlossen, für die Festung Rastatt eine Sammlung von Verbandszeug, Scharpien und dergleichen zu besorgen, und auch mit der Beisteuer von Lebensmitteln wird derselbe keineswegs zurückbleiben. So arbeitet dieser Verein rastlos und freudig an der Verwirklichung seines edlen Zweckes, und je mehr ihm niedrige Krämer- und Geldseelen, oder rohe und gefühllose weibliche Naturen durch elende Klatschereien und niederträchtige Spötteleien entgegenzutreten suchen, desto größer wird der Eifer seiner Mitglieder, welche durch das Bewußtsein eines reinen Willens und guten Zweckes gehoben, sich über die Anfeindungen kleinlicher Kreaturen leicht hinaussetzen können. Ehre darum diesen freiheitsbegeisterten Frauen und Jungfrauen, Schmach und Schande aber allen denen, welche dumm oder herzlos genug sein können, sie dieser edlen Begeisterung wegen anzufeinden, oder mit Lästerung anzugreifen.“*⁸⁹

Auch hier wieder der deutliche Hinweis auf die Gegner der demokratischen Bewegung, deren man sich erwehren mußte.

Es scheint festzustehen, daß an der Spitze dieses agilen Vereins die selbstbewußte Ehefrau des bekannten Ettenheimer Advokaten und Revolutionärs Achaz Stehlin, *Maria Antonia Stehlin* (geb. ca. 1820 unter dem Mädchenamen Sonntag), stand⁹⁰. Aufgrund ihrer maßgeblichen Rolle in der Zeit des Aufstandes wurde ihr 1850–1851 wegen „Teilnahme am Hochverrat“ der Prozeß gemacht. Dieses Verfahren brachte ihr durch ein Urteil des Hofgerichts Freiburg vom 27. Juli 1850 schließlich auch die Strafe von ei-

nem Jahr Zuchthaus ein. Nachdem von seiten des Ehepaars Stehlin Berufung eingelegt worden war, kam es zu einer Wiederaufnahme des Prozesses. Dabei wurde aber das erstinstanzliche Urteil am 19. Februar vom Oberhofgericht Mannheim lediglich bestätigt⁹¹.

Maria Antonia Stehlin erhält ihre besondere Bedeutung durch den Umstand, daß sie die *einzig*e dem Verfasser bekannte Frau aus der Ortenau ist, die wegen ihrer Teilnahme an den revolutionären Ereignissen 1848/49 auch tatsächlich rechtskräftig verurteilt wurde. Allerdings gelang es ihr, sich der auferlegten Strafe durch die Flucht über den Rhein nach Frankreich und schließlich durch ihre Auswanderung nach Amerika zu entziehen⁹².

Schiltach – Lehengericht

Vielerorts blieb es jedoch nicht nur bei den berichteten friedlichen Unterstützungstätigkeiten von Frauen. Nicht überall begnügten sich diese mit eher passiven Handlungsformen, sondern in vielen Fällen zeigten Frauen ungeahnte Aggressivität und militärischen Eifer. Sie produzierten Munition und beteiligten sich in den Großstädten am Barrikadenbau; ja, sie griffen, wie eine große Zahl von Beispielen zeigt, selbst zu den Waffen⁹³.

So wird aus dem Schwarzwalddörfchen Lehengericht im Amtsbezirk Hornberg berichtet, wie „Mädchen“ aus der Nachbargemeinde Schiltach die zögerliche Bürgerwehr im Mai 1849 mit aller Macht dazu anzuspornen versuchten, in den Kampf zu ziehen. Als ihre ersten Aufforderungen jedoch keinen Erfolg hatten und der Trupp immer noch nicht abmarschieren wollte, „bewaffneten sie (gemeint: Frauen des Ortes Schiltach, U. S.) sich mit Stäben mit der Drohung, daß das schwächere Geschlecht den Mut haben werde, ihn tätlich an seine Pflichten zu erinnern“⁹⁴.

Bei den Schiltacherinnen, deren bemerkenswertes Eintreten für die revolutionäre Sache durch entsprechende Quellen nachvollzogen werden kann, handelte es sich jedoch nur um zwei einzelne Frauen. Hermann Fautz hat bereits 1974 den Fall der aufrührerischen *Rosina Fieser* und der *Katharina Dorothea Haas* in den Akten aufgespürt und davon berichtet⁹⁵: Die 22jährige Rosina, ledige Tochter des Bürgers und Flößers Christian Fieser und der Elisabeth Fieser (geb. Haberer) und die gleichaltrige Katharina Dorothea, ebenfalls unverheiratet und Tochter des Wagnermeisters Samuel Friedrich Haas und der Anna Katharina Haas (geb. Mast) drängten sich damals, im Mai 1849, mit Stöcken „bewaffnet“ in eine Versammlung des unentschlossenen Lehengerichter Aufgebots, um

+ **Kinzigtal**, 17. Mai. Wer Schiltach kennt, der konnte voraus sehen, daß, wenn es einmal Ernst wird, sich zu befreien, seine Bewohner nicht die letzten seyen, Güt und Blut-daran zu wagen. — Beim ersten Ruf stand daher nicht nur die aufgebotene Mannschaft bereit da, sondern auch Freiwillige brachten Beruf und Familie dem Vaterland und der Freiheit dar, und, sollte es Noth thun, ja da kann man sich darauf verlassen, daß der ganze Ort wie Ein Mann bereit ist, in den Kampf zu ziehen. — Beredter als Alles spricht indessen für die edle Begeisterung, welche uns hier beseelt, folgender Zug: Als ein Theil der zum Abmarsch aufgebotenen Mannschaft unserer Nachbargemeinde Lehengericht zögerte, fortzuziehen, wurde derselbe von hiesigen Mädchen angefeuert, und da dieses Nichts helfen wollte, bewaffneten sie sich mit Stäben mit der Drohung, daß das schwächere Geschlecht den Muth haben werde, ihn thätlich an seine Pflichten zu erinnern.

diesem Beine zu machen. „*Unter Verhöhnung und Beschimpfung*“ wurde die junge Mannschaft aufgefordert, nun endlich abzumarschieren. Ihre Leute von Schiltach, insbesondere auch ihre eigenen Brüder, hätten dies auch tun müssen⁹⁶.

Anscheinend war dieses resolute Auftreten nicht ohne Wirkung geblieben: Das Lehengerichter Aufgebot brach danach schleunigst auf und machte sich zusammen mit den Schiltachern auf den Weg in Richtung Offenburg⁹⁷.

Wie die Offenburgerinnen Amalie Hofer und Nannette Rehmann und wie Maria Antonia Stehlin aus Ettenheim wurden auch Rosina Fieser und Katharina Dorothea Haas nach der Niederschlagung der Revolution zur Verantwortung gezogen. Ihr Verhalten war bekannt und durch verschiedene Zeugenaussagen bestätigt worden, so daß beide am 18. September 1849 vom Freiburger Hofgericht „wegen Aufreizung zur Teilnahme an den hochverrätherischen Unternehmungen“ zu einer „gemeinen Gefängnisstrafe“ von 6 Wochen sowie zur Tragung der Untersuchungskosten verurteilt wurden⁹⁸.

Wie aus den Prozeßakten hervorgeht, erklärten sich die beiden zuerst reumütig bereit, die Strafe anzunehmen, um dann aber später von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen. Aufgrund ihrer Mittellosigkeit stellten sie dazu am 17. November 1849 einen Antrag auf Bewilligung eines

„Armenanwalts“, welcher ihnen auch genehmigt wurde. Rechtsprädikant Schaal aus Freiburg bekam den Auftrag, die beiden jungen Frauen zu verteidigen; und er hatte Erfolg mit seinen Bemühungen: Am 31. Dezember 1849 kam vom Oberhofgericht in Mannheim der Bescheid, daß die Strafsache gegen Rosina Fieser und Katharina Dorothea Haas einzustellen sei. Die beiden Schiltacherinnen waren noch einmal davongekommen.

Neben den Akten zu dieser Episode liegt aus Schiltach noch eine weitere außergewöhnliche Quelle vor. Aus dem Raum der Ortenau besitzen wir nämlich nur für diese Stadt eine ausführliche Namensliste von Frauen, die während der Auseinandersetzungen im Juni 1849 ausgiebig Verbandsmaterial und sonstige Hilfsmittel für die Revolutionsarmee spendeten. Sie wurde am 18. Juni 1849 von Kriegsminister Werner in der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht. Es sind dort über sechzig (!) Frauen namentlich und zusammen mit ihren jeweiligen Beiträgen aufgeführt⁹⁹, sicherlich eine beachtliche Zahl¹⁰⁰. Ein Vergleich dieser bemerkenswerten Fundgrube mit der von Hermann Fautz erstellten Liste der Schiltacher Wehrmänner¹⁰¹ läßt die – allerdings wenig verwundernswerte – Erkenntnis zu, daß es wohl größtenteils die weiblichen Verwandten – Ehefrauen, Mütter, Schwestern – dieser Freischärler waren, welche sich mit ihren Gaben verantwortlich für kranke und verwundete Revolutionäre zeigten.

Wie sehr sich diese Frauen letztlich auch um das Wohlergehen ihrer in den Kampf ziehenden Männer Sorgen machten, womit sie eine gegenteilige Position zur Risikobereitschaft der Rosina Fieser und Dorothea Haas an den Tag legten, bezeugt der Brief einer dieser Schiltacher Frauen an ihren Mann. Am 11. Mai 1849 schreibt *Friederike Trautwein* an ihren Mann Johann, der soeben mit der Bürgerwehr nach Offenburg aufgebrochen war¹⁰²:

„Die meisten Männer, die dorthin (gemeint: nach Offenburg, U. S.) gehen, sind mit Gewehren versehen und das bedeutet Krieg. Ich will es Dir nur kurz sagen, daß Du an Deine Kinder denken sollst, welche Du an den Bettelstab bringst durch Deinen Eigensinn. (...) Wenn Du Dich aber jetzt hineinwagst, so ist es Deine Schuld. In Eile, Dein treues Weib Friederike.“

Abschließender Exkurs: Weibliche Revolutionslyrik

Mit der Dokumentation einer ähnlich radikalen Meinungsäußerung wie die der Schiltacher Frauen Rosina Fieser und Dorothea Haas soll hier der Überblick über die dem Verfasser bekannten Quellen enden.

Im Juni des Sturmjahres 1849 ließ es sich auch *Sofie Gißler* aus Grafenhausen nicht nehmen, die Bürgerwehr ihres Heimatdorfes, Bestandteil des Ettenheimer Bataillons, mit markigen Worten zum Kampf anzufeuern. Zu diesem Zweck hatte sie das unten abgedruckte Gedicht verfaßt, das am 19. Juni sogar im Heidelberger „Volksführer“ der revolutionär gesinnten Leserschaft präsentiert wurde. Wenn die kampfeslustige Frau Gißler hier leidenschaftlich von den Wehrmännern fordert, sie sollten die „*freche Fürstenbruth*“ besiegen und dabei „*das Fürstensöldnersblut (...) verspritzen*“, hat das wenig mit feingliedrigem Umgangston zu tun; der ganze lyrische Erguß klingt für heutige Ohren doch recht befremdlich, war für die Stimmung der damaligen Zeit jedoch nichts Außergewöhnliches¹⁰³. Die Tatsache, daß Frauen die Männer der Bürgerwehren in solch martialischer Form zum Kampfe anspornten, war weitverbreitet. Viele Äußerungen von weiblicher Seite – wir sind besonders über die württembergischen Verhältnisse gut informiert – bezeugen, daß Frauen den Männern in ihrer Begeisterung für das Kriegerische in nichts nachstanden. Pazifistinnen waren die Frauen der Revolution sicherlich nicht – im Gegenteil: Viele von ihnen identifizierten sich mit den militaristischen Auswüchsen der Aufstände¹⁰⁴. Bei alledem waren jedoch die Rollen eindeutig festgelegt, wie auch Sophie Gißlers Gedicht deutlich macht: Hier der zum Soldat ausgebildete Wehrmann, Inbegriff des männlichen Beschützers („*Für Freiheit, Gleichheit. Bruderliebe ringt/Es ist das Ziel, das allen Kämpfern winkt*“), dort die daheimgebliebene, zu verteidigende Frau, die ihn in seinem Kampf bestätigt und unterstützt („*Erwartungsvoll sehen wir dem Tag entgegen/Wo Ihr im heiligen Völkerkampfe steht/Zum Himmel flehen wir für Euch um Segen*“). Auch aus Lahr kennen wir ja schon die weibliche Forderung an die Wehrmänner des Jahres 1848, die Freiheit der Kinder und Frauen zu schützen¹⁰⁵; in die gleiche Richtung geht im Jahr darauf der „Befehl“ der beiden Schiltacherinnen an die Lehengerichter Bürgerwehr, jetzt ohne Zögern ihre Pflicht zu tun.

Carola Lipp, die die entsprechenden Zeugnisse in Württemberg studiert hat, kommt im Resumé ihrer Ergebnisse zu dem Schluß: „*Nicht nur der berufstätige Mann, sondern der ‘Mann auf dem weiten Felde der That, in den Wettern der Schlacht’ (Louise Otto) war 1848/49 der eigentliche Gegenpol zur Frau im Hause. Gerade das Denken in Kriegskategorien verfestigte die ‘Polarität der Geschlechter’.*“¹⁰⁶

Es ist sicher nicht zu weit gegriffen, wenn man die Aggressivität der beiden Schiltacher Frauen, vor allem aber auch die literarischen Ambitionen der Grafenhausener Bürgerin Sofie Gißler in eine Reihe zu schon bekannten Beispielen für die weibliche Kriegsbegeisterung der Jahre 1848/49 stellt. Auf diesem Hintergrund kann man letztlich die These wagen, daß

An die Wehrmannschaft von Grafenhausen im Batallion Ettenheim.

„Wo sind sie nun, die schönen Stunden,
Die uns die Freundschaft unserer Brüder gab?
Für immer; ach! sind sie vielleicht entschwunden,
Und stille bleibt es denn bei uns wie im Grab.
Doch nein, was sollen diese unsre Klagen,
Für Freiheit muß man alles gern ertragen.
Für Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe ringt,
Es ist das Ziel, das allen Kämpfern winkt!

Erwartungsvoll sehen wir dem Tag entgegen,
Wo Ihr im heiligen Völkerkampfe steht.
Zum Himmel flehen wir für Euch um Segen,
Um Kraft, wenn Todeshauch Euch kalt umweht.
Doch kämpft nur mutzig, Gott wird Euch beschützen,
Das Fürstensöldnersblut sollt Ihr versprühen.
Für Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe ringt,
Es ist das Ziel, das allen Kämpfern winkt!

O welch ein Jubel wird durch Euch entstehn,
Wenn Ihr besiegt die freche Fürstenbrut!
Wie mild wird uns der Freiheit Hauch umwehen!
Wie lohnet sich dann Euer edler Muth?!
Und trifft die Kugel auch des Herz des Helden,
Der Himmel wird es jenseits ihm vergelten,
Für Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe ringt,
Es ist das Ziel, das allen Kämpfern winkt!“

Grafenhausen im Juni 1849.

Eosie Gißler.

auch die Ortenauer Frauen der Revolution sich vorrangig an den dominierenden männlichen Handlungsmustern – in diesem Fall der Rüstung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – orientierten und damit nur wenig die bestehende Rollenverteilung der Geschlechter einer Änderung unterwarfen.

Fazit

Obwohl der Strom der Quellen nicht gerade ausgedehnt fließt, reichen die hier dokumentierten Aktivitäten von Ortenauer Frauen sicherlich aus, um zu belegen, daß gerade auch im Hinblick auf die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 „revolutionäre Aktionen nicht als isoliertes politisches Handeln

von Männern gesehen werden (dürfen)¹⁰⁷. Dies gilt auch für die Verhältnisse in den Dörfern und Städten der Ortenau. Die sich dort für die Revolution im Einsatz befindlichen Männer waren auf die Kooperation der Frauen angewiesen. Insofern ist eine Ignorierung der Rolle der Frauen eine Verkürzung der historischen Darstellung, ihr „Sichtbarmachen“ eine notwendige Forschungsaufgabe. Durch eine Reihe verschiedener Aktionsformen beteiligten sich Frauen am politischen und revolutionären Geschehen, und die in vielen Orten entstandenen Frauenvereine sind die besten Beweise für die von Hans-Ulrich Wehler postulierte „Mobilierungskraft“ der Revolution „unter den bisher gar nicht oder kaum Organisierten“¹⁰⁸. Mit ihren in kürzester Zeit angestregten Sammelkampagnen sowie den von ihnen zusätzlich zum Ausdruck gebrachten Optionen gehörten Frauen als unverzichtbares Teil zum breiten Strang der von Dieter Langewiesche so bezeichneten „spontanen Revolutionsbewegung“¹⁰⁹.

Man sollte sich bei alledem jedoch darüber im klaren sein, daß sich die 1848/49 aktiv gewordenen Frauen bis auf wenige Ausnahmen mit ihren Aktivitäten hauptsächlich in den ihnen gewohnten und vertrauten Bahnen traditionell weiblicher Handlungsmuster bewegten. Auch wurden nur wenige Anstalten gemacht, das bestehende Geschlechterverhältnis zu modifizieren. Die bislang aus der Ortenau vorliegenden Quellen machen deutlich: Frauenspezifische oder gar emanzipatorische Forderungen waren nirgendwo zu vernehmen¹¹⁰. Die Ziele der Frauen – immer wieder tauchen die demokratischen Schlagworte „Freiheit“ und „Gleichheit“ auf – orientierten sich an denen ihrer Männer. Diesen versicherten die Revolutionärinnen ihre treue Mitarbeit, diesen stickten und widmeten sie Fahnen und für sie sammelten sie Verpflegung und Kleidung. Carola Lipp ist der Meinung: „Ihre politische und seelische Allianz mit den Männern hinderte sie daran, an die eigene Emanzipation zu denken.“¹¹¹ Die Herstellung von Charpie, die Sorge um verwundete Freiheitskämpfer oder die Organisation der Kollekten in den besprochenen Orten sowie der Charakter der aus Bermersbach, Offenburg und Ettenheim bekannten Fahnenstiftungen lassen erkennen, daß selbst die Frauen der Revolution „den vorgegebenen Rahmen des bipolaren Geschlechtermodells nicht (verließen) (...), das sie auf ihre ‘natürliche’ Bestimmung, Pendant zum männlich-aktiven Pol zu sein, beschränkte und damit zum ruhenden Mittelpunkt männlichen Schaffensdrangs machte“¹¹².

Trotz dieser relativierenden Gedanken wäre es falsch, die Rolle der Frauen aus der Geschichte der Deutschen Revolution auszuklammern. Allein die bedauerliche Tatsache, daß ein renommierter Historiker wie Thomas Nipperdey in seiner Darstellung der Revolution 1848/49 mit keinem einzigen Wort auf die eigentlich nicht zu übersehende Mitwirkung von Frauen

eingeht¹¹³, sollte zu denken geben und zu weiteren Anstrengungen motivieren.

Diese könnten sich vor allem in einzelnen lokalen Untersuchungen, aber auch in regionalen Studien äußern; das o. g. Tübinger Projekt kann hier sicherlich als brauchbares Vorbild herangezogen werden. Gerade auch für Baden als immer noch unzureichend erforschtes Epizentrum der Revolution wäre eine ähnlich breitangelegte Aufarbeitung wünschenswert¹¹⁴.

Die vorliegende Studie hatte sich dabei die Aufgabe einer ersten „Materi-alsichtung“ für den begrenzten Raum der Ortenau gestellt.

Es wurde deutlich, daß auch dort die Revolutionäre auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen waren; wie in vielen anderen Gebieten des Landes kam es zur Gründung von Frauenvereinen, die sich die Unterstützung der aufständischen Bürgerwehren zur Hauptaufgabe gemacht hatten und in kurzer Zeit beachtliche Mengen an Nahrungsmitteln, Kleidung und Verbandsmaterial zusammentrugen. Der zeitliche Schwerpunkt lag dabei allem Anschein nach auf den Monaten Mai und besonders Juni des Jahres 1849. Für 1848 sind im Verhältnis weniger Aktivitäten feststellbar. Neben den Vereinen in ihrer Gesamtheit verdienen auch einzelne nunmehr bekannte Frauengestalten besondere Erwähnung, sei es wegen ihrer bemerkenswerten Tätigkeiten während der Revolution, sei es wegen des Schicksals, das ihnen nach der Niederlage beschieden war.

Was wir über die zahlenmäßige Stärke der aktiv gewordenen Frauen der Revolution in der Ortenau aussagen können, hat nur unbestimmten Charakter. Eine Liste von bislang lediglich 24 *namentlich bekannter Einzelpersonen* (außer der Liste der Schiltacher Frauen) für das ganze Gebiet ist mit Sicherheit keine ergiebig scheinende „Ausbeute“. Demgegenüber steht jedoch die Gewißheit, daß die einzelnen Frauenvereine keine geringen Mitgliederzahlen aufweisen konnten. Für Ettenheim sind mindestens dreißig, für Lahr sogar mindestens sechzig Personen belegt. Zudem läßt das Verzeichnis der hilfeleistenden Frauen aus Schiltach den Schluß zu, daß sich in den anderen Ortschaften, für die wir Sammelberichte besitzen, ähnlich viele Frauen durch Spenden für die Revolution eingesetzt haben. Dies wird auch durch das teilweise enorme Ausmaß der eingegangenen Hilfsgüter bestätigt. Genauere Angaben sind jedoch noch nicht möglich. In dieser Hinsicht wäre neben der Vertiefung der Ergebnisse, die für die obenstehenden Städte und Dörfer schon vorliegen, sicherlich das zusätzliche Sichtbarmachen der in der Literatur schon erwähnten Frauenvereine Acherns und Kehls¹¹⁵ ein weiterführendes Forschungsfeld.

Die für die Ortenau vorliegenden Belege lassen den Eindruck entstehen, daß die Unterstützerinnen der Revolutionäre aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten stammten und keiner bestimmten sozialen Gruppe zuzuordnen sind. Von den beiden Schiltacherinnen Rosina Fieser und Dorothea Haas wissen wir, daß sie aufgrund ihrer Mittellosigkeit in ihrem Prozeß auf einen speziellen „Armenanwalt“ angewiesen waren; demgegenüber stehen Frauen wie Maria Antonia Stehlin, Nannette Rehmann, Amalie Hofer, die Lahrer Bürgerinnen oder die Gengenbacher Sonnenwirtin Louise Sohler, die sich – durch die Berufe ihrer Männer – sicherlich in einer gehobenen Stellung befanden. Das Lahrer Frauen-Comité zeigte sich erfreut darüber, daß die Frauen des Vereins „*alle Klassen der Gesellschaft*“ repräsentierten; hingegen konnte man in Offenburg anscheinend weniger auf die Hilfe der gutbetuchten Bürgerfrauen zählen. Die bekannten Schiltacherinnen schließlich waren mit einigen Ausnahmen wohl zum Großteil Angehörige von Handwerkern. All dies läßt die Vermutung einer gewissen Heterogenität innerhalb der Schar der engagierten Frauen zu. Auch diese Aussage müßte allerdings auf einer noch zu liefernden breiteren Quellenbasis genauer hinterfragt werden. Beide Aspekte – die noch unklare Anzahl der organisierten Frauen und die Frage nach der sozialen Struktur der Revolutionärinnen – stellen uns also weitere Aufgaben.

Ein weiteres Desiderat wäre daneben die Bearbeitung der Frage, welche Möglichkeiten und Formen politischer Aktivität von Frauen schon im Vormärz und im unmittelbaren Vorfeld der Revolution in unserem Untersuchungsgebiet vorhanden waren, wie sie Carola Lipp mit erstaunlichen Einsichten für das württembergische Gebiet aufgezeigt hat: Von den sogenannten „Polenvereinen“ 1831/1832, aber auch von den „Museums- und Kasinogesellschaften“, „Kränzchen“ und Gesangsvereinen des Vormärz liefen dort eindeutig strukturelle und personelle Verbindungslinien zu den Frauenvereinen der Revolutionsjahre. Gab es Parallelen dafür oder gar spezifische Initiativen im Gebiet der Ortenau?¹¹⁶

Trotz der unbefriedigenden Quellenlage sind einige Aussagen über die Teilnahme von Frauen an den revolutionären Ereignissen in der Ortenau also durchaus möglich. Unverändert bleibt aber die Feststellung, daß noch zu wenige ortsgeschichtliche Untersuchungen vorliegen, um präzisere bzw. auf einer breit angelegten Basis aufbauende Ergebnisse vorstellen zu können. Um sich in die Lage zu versetzen, die Beteiligung von Frauen, insbesondere auch von bisher noch nicht bekannten, herauszufiltern, wäre es zuerst einmal notwendig, sozialgeschichtlich handfeste Studien über möglichst viele Ortschaften und Städte innerhalb unseres Untersuchungsraumes anzustrengen; diese könnten dann die Grundlage dafür sein, eventuell

auf weitere Revolutionärinnen bzw. Frauenvereine zu stoßen. Daß diese Spurensuche Erfolg verspricht, erscheint gerade für die Dörfer und Städte der Ortenau wahrscheinlich.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *150 Jahre Deutsche Revolution*. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993, bearbeitet von H.-J. Fliedner – M. Friedmann und W. M. Gall, Offenburg 1994. Mit Beiträgen von Hartwig Brandt, Hans Fenske, Hans-Joachim Fliedner, Wolfgang M. Gall, Irmtraud Götz v. Olenhusen, Kurt Hochstuhl, Dieter Langewiesche, Thomas Schnabel, Hansmartin Schwarzmaier, Franz X. Vollmer, Eike Wolgast und Bernd Wunder.
- 2 *Friedrich Hecker*, Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848, 34. Daß Hecker trotz dieser positiven Meinung über die Frauenwelt während der revolutionären Ereignisse später eine konservative, um nicht zu sagen frauenfeindliche Position hinsichtlich weiblicher Emanzipationsbestrebungen einnahm, beweist seine Rede „Weiblichkeit und Weiberrechtelei“ (1871). Ediert bei *Helmut Bender* (Hrsg.), Aus den Reden und Vorlesungen von Friedrich Hecker, Waldkirch 1985, 77–98.
- 3 *Dieter Langewiesche*, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 21 (1981) 458–497, hier: 487.
- 4 *Gerlinde Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwwestern, zerreißt eure Ketten*. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49, München 1982.
- 5 *Dieter Langewiesche*, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil II, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31 (1991) 331–442, hier: 396–406 („Frauen“). Im gleichen Jahr erschien: *Sylvia Paletschek*, *Frauen im Umbruch*. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49, in: B. Fieseler–B. Schulze (Hrsgg.), *Frauengeschichte gesucht-gefunden? Auskünfte zum Stand der Historischen Frauenforschung*, Köln 1991, 47–64.
Vgl. auch den etwas anders ausgerichteten Forschungsüberblick bei *Gudrun Wittig*, „Nicht nur im stillen Kreis des Hauses.“ Frauenbewegung in Revolution und in nachrevolutionärer Zeit 1848–1876, Hamburg 1986, 18–29, in dem sich die Autorin allerdings zu sehr auf die Frage konzentriert, ob man 1848/49 schon dezidiert von der Existenz einer Frauenbewegung sprechen kann.
- 6 *Carola Lipp* (Hrsg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen*. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Moos–Baden–Baden 1986. Dem Thema des Sammelbandes war teilweise schon von Carola Lipp, der wohl besten Kennerin der Materie, in Einzelveröffentlichungen vorgearbeitet worden: *Carola Lipp*, *Frauen und Revolution*. Zu weiblichen Formen politischen Verhaltens in der Revolution 1848 und den Schwierigkeiten im Umgang mit einem komplexen Thema, in: *Wiener Historikerinnen* (Hrsgg.), *Die ungeschriebene Geschichte*, Wien 1984, 371–375; *Dies.*, *Bräute, Mütter, Gefährtinnen*. Frauen und politische Öffentlichkeit in der Revolution 1848, in: H. Grubitzsch – H. Cyrus – E. Haabusch (Hrsgg.), *Grenzgängerinnen*. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Weibliche Wirklichkeit und männliche Phantasien, Düsseldorf 1985, 71–92. Erwähnen muß man an dieser Stelle schließlich auch noch die schon genannte Studie von *Wittig*, „Nicht nur im stillen Kreis des Hauses“.

- 7 *Eva Kuby*, Politische Frauenvereine und ihre Aktivitäten 1848 bis 1850, in: Lipp (Hrsg.), Schimpfende Weiber 248–269. Vgl. auch die in Anm. 6 g. Aufsätze von Carola Lipp.
- 8 *Lipp* (Hrsg.), Schimpfende Weiber 8 (Vorwort von Carola Lipp).
- 9 Ebd.
- 10 Ebd. 9.
- 11 Dieter Langewiesche hat vor drei Jahren im zweiten Teil seines vorzüglichen Forschungsberichts betont: „*Den Forschungsstand zur badischen Revolution wird man (...) als desolat bezeichnen dürfen.*“ Vgl. *Ders.*, Die deutsche Revolution 436. 1993 hatte er immer noch Grund, das Revolutionszentrum Baden ein „*historiographisches Notstandsgebiet*“ zu nennen. Vgl. *Ders.*, Die Revolution von 1847/49: Forschungsstand und Forschungsdiskussion, in: *150 Jahre Deutsche Revolution*, 25–28, hier: 27. Es ist zu hoffen, daß im Hinblick auf die Jubiläumsjahre 1997–1999 auch auf regionaler und lokaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, dieses Defizit zu beheben. Vielversprechend erscheint in dieser Hinsicht das Projekt der Stadt Offenburg „150 Jahre Deutsche Revolution“. Vgl. o. g. Büchlein zum Experten-Kolloquium vom 8. Oktober 1993 (Anm. 1).
- 12 Dieser Begriff ist übernommen von *Gisela Bock*, Historische Frauenforschung: Fragenstellungen und Perspektiven, in: K. Hausen (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte, München ²1987 (¹1983), 24–62, bes. 28. Es handelt sich dabei um einen geläufigen Terminus der Historischen Frauenforschung, der in den 70er Jahren aus der englischsprachigen Literatur rezipiert wurde (*Becoming Visible*).
- 13 Vgl. Stadtarchiv Offenburg (StAO), Dr' Alt Offeburger vom 24. Juni 1899 und vom 26. Juni 1906. Enthusiastisch leitete Geck seine Dokumentation ein: „*In jenen Tagen der Begeisterung half auch das weibliche Geschlecht die Gluth der revolutionären Flammen schüren.*“ (24.06.1899).
- 14 Vgl. StAO, Offenburger Tageblatt vom 27. November 1978.
- 15 *Uschi Schellenbach*, Frauen in der Öffentlichkeit, in: Nur Kinder, Küche, Kirche? Frauenleben und Frauenarbeit in Offenburg von 1850–1920, hrsg. von A. Junk – Ch. Opeker, Offenburg 1993, 84–92, bes. 84–86 („Die Badische Revolution und ihre Mitstreiterinnen“).
- 16 *Otto Kähni*, Offenburg und die demokratische Volksbewegung, Offenburg 1948, 58.
- 17 Vgl. *Ders.*, Offenburg und die Badische Revolution 1848/49, in: Die Ortenau 55 (1975) 47–57.
- 18 *Ders.*, Offenburg und die Ortenau. Die Geschichte einer Stadt und einer Landschaft, Offenburg 1976.
- 19 Vgl. *Michael Friedmann*, Offenburg und die Badische Revolution von 1848/49, Offenburg 1980.
- 20 *Rudolf Ritter*, Der Revolutionshans. Der Lahrer Anwalt und 1848er Revolutionär Hans Hofer, in: Geroldsecker Land 26 (1984) 72–80, hier: 73. Ritters Aufsatz beruht allerdings weitestgehend auf den Forschungsergebnissen des Studentenhistorikers Walther Haas, der in einem älteren Aufsatz den ehemaligen Heidelberger und Freiburger Burschenschaftler Hofer gewürdigt hat. Vgl. *Walther Haas*, Hans Hofer. Lebensbild eines Freiburger Burschenschaftlers 1832, in: Voran und Beharrlich. Zeitschrift der Freiburger Burschenschaft „Teutonia“ 30 (1957) 15–22. Hofer war nach seinem Studienabschluß von 1842 bis 1848 als Anwalt in Lahr tätig. Dort wurde er bald durch seine aufreißerischen Reden bekannt. Seit April 1848 redigierte er in Lahr auch die demokratische Zeitschrift „Der Schutterbote“, was ihm später eine dreimonatige Gefängnisstrafe wegen versuchten Hochverrats einbrachte.

- 21 Die folgenden Informationen zu Rehmann v. a. aus der „Zeitgeschichtlichen Sammlung“ des StAO (Abt. 9: Personen) sowie aus der schon genannten Literatur zu Offenburg.
- 22 StAO, 10/9/101, Nr. 95 (Namensverzeichnis der Eingewanderten) u. 10/30/109, Nr. 123 (Gemeinderathsprotocolle 1843).
- 23 Zu Amalie Struve (gest. 1862) vgl. das entsprechende Kapitel bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwester* 203–220. Einen lesenswerten Einblick in das bemerkenswerte Zusammenleben des Ehepaars Struve liefert in romanhafter Form *Michael Kunze*, *Der Freiheit eine Gasse. Traum und Leben eines deutschen Revolutionärs*, München 1990.
- 24 Siehe neuerdings *Wolfgang M. Gall*, *Warum gerade Offenburg? Überlegungen zur lokalen Vorgeschichte der Offenburger Versammlung der „entschiedenen Freunde der Verfassung“ vom 12. September 1847*, in: *150 Jahre Deutsche Revolution* 83–92. Aufgrund der richtungsweisenden Offenburger Versammlung tendieren manche Autoren mittlerweile dahin, den Beginn der Badischen Revolution auf das Jahr 1847 vorzulegen. Trotz dieses berechtigten Neuansatzes sei es dem Verfasser in vorliegender Arbeit gestattet, die übliche Bezeichnung „Revolution von 1848/49“ beizubehalten.
- 25 *Amalie Struve*, *Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen*, Hamburg 1850, 15.
- 26 Ebd.
- 27 Ihren Ausgangspunkt nahm diese Diskussion bei den Frauen, die auf der Zuschauergalerie der Paulskirche den dortigen Verhandlungen beiwohnen durften, was durchaus eine Neuerung im politischen Tagesgeschäft darstellte und deshalb öffentlichen Gesprächsstoff lieferte. Diese politisch interessierten Frauen wurden in der Folge auch zu einem beliebten Motiv der Karikaturisten. In Württemberg blieb die Galerie des Stuttgarter Landtages den Frauen bis in den Sommer 1849 hinein verschlossen; dies führte zu heftigen Protesten von Frauen in der Presse. Vgl. dazu *Carola Lipp*, *Frauen und Öffentlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, in: Dies. (Hrsg.), *Schimpfende Weiber* 288–295.
- 28 Überblick über das Revolutionsgeschehen in Baden u. a. bei *Franz X. Vollmer*, *Die 48er Revolution in Baden*, in: *Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, 37–64; für die Ortenau: *Erwin Dittler*, *Die Revolutionsjahre 1848/49*, in: K. Klein (Hrsg.), *Land um Rhein und Schwarzwald*, Kehl ²1978, 131–143.
- 29 StAO, *Offenburger Wochenblatt* vom 21. April 1848. Daß solche Visionen in diesen Jahren eine gewisse Hochkonjunktur hatten, beweisen die zahlreichen in den Buchhandlungen erhältlichen Schriften von vermeintlichen Seherinnen und Sehern. In Lahr wurden z. B. die „Wunderbaren und merkwürdigen Prophezeiungen der Somnambule Maria Stiefel aus Ebernberg über die Zukunft der Jahre 1848 bis 1856“ oder auch die „Sibyllinischen Weissagungen der Seherin Lenormand über die Zukunft der Jahre 1848 bis 1860“ angeboten. Vgl. Stadtarchiv Lahr (StAL), *Lahrer Wochenblatt* vom 2. September 1848 bzw. vom 25. November 1848.
- 30 Vgl. den Aufruf z. B. im Heidelberger „Volksführer“ vom 25. Mai 1849 (auszugsweise): „*Männer und Frauen in Baden! An Euch ergeht unser Ruf. Steht Alle zusammen im Kampfe für die heilige Sache Freiheit. Es gilt jetzt, Muth, es gilt, Aufopferung zu beweisen. Jeder helfe, wie er kann, Jeder an seiner Stelle, Jeder nach seinen Mitteln und Kräften. Einen mächtigen Stützpunkt besitzt unsere Bewegung an der Festung Rastatt. Unseren wackeren Soldaten gebührt der Ruhm, sie der Sache des Volkes gewonnen zu haben. Um keinen Preis darf dieser wichtige Punkt den Feinden des Reiches, den Feinden der Freiheit in die Hände gelangen; an seinem Schutze, an seiner Vertheidigung muß alles gelegen sein. Männer und Frauen in Baden! An Euern Freiheitssinn,*

- an Eure Vaterlandsliebe wenden wir uns. Die Festung Rastatt bedarf einer vollständigeren Ausrüstung, um einer Belagerung für die Dauer widerstehen zu können. Es mangelt an dem nöthigen Bedarf zur Pflege der Kranken und Verwundeten. Steuert bei, Alle, denen das Vaterland, denen die Freiheit heilig ist. Jede, auch die geringste Gabe ist willkommen. Die einflußreichen Männer und Frauen in jedem Orte des badischen Landes mögen die Sammlungen der Beiträge in die Hand nehmen. Wir haben Anordnungen getroffen, daß Alles kostenfrei nach Rastatt geliefert wird. ... Säumet nicht! Die Zeit drängt; wer rasch gibt, der gibt doppelt.“*
- 31 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 1. Juni 1849.
- 32 Zusätzlich zu den Spenden für Rastatt. StAO, Offenburger Wochenblatt vom 8. Juni 1849.
- 33 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 12. Juni 1849.
- 34 Ebd.
- 35 Ediert bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwestern* 303f. Das Original des Briefes liegt im Nachlaß Kathinka Zitz im Stadtarchiv Mainz. Zur Person der Kathinka Zitz (1801–1877) vgl. den entsprechenden Abschnitt bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwestern* 259–326.
- 36 Diese Abhandlung ist datiert auf den 10. November 1849 und befindet sich in Hofers Prozeßakten: Staatsarchiv Freiburg (StAFr) A 27/3/220.
- 37 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 12. Juni 1849 und vom 15. Juni 1849.
- 38 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 15. Juni 1849.
- 39 Vgl. StAO, Offenburger Wochenblatt vom 15. Juni 1849. Über diese Episode hat schon F. X. Vollmer berichtet, in: *Ders.*, *Ortenberg. Schritte zurück in die Vergangenheit eines Ortenaudorfes*, Ortenberg 1986, 442f.
- 40 Vgl. StAO, Offenburger Wochenblatt vom 8. Juni 1849.
- 41 Vgl. StAO, Offenburger Wochenblatt vom 19. Juni 1849.
- 42 Vgl. StAO, Offenburger Wochenblatt vom 15. Juni 1849. Dokumentiert auch in den Berichten des Gengenbacher Heimatforschers *Carl Isenmann*, die dieser für das Journal „Der Kinzigbote“ geschrieben hat. Vgl. *Chronik von Carl Isenmann*, gesammelt und zusammengestellt vom Archiv der Stadt Gengenbach, Gengenbach 1965, 106. Die Originalquellen, die Isenmann benutzt hat, sind leider nicht mehr aufzufinden.
- 43 *Tamara Citovics*, *Bräute der Revolution und ihre Helden. Zur politischen Funktion des Fahnenstickens*, in: Lipp (Hrsg.), *Schimpfende Weiber* 339–352. Die Autorin schildert hier allerdings nur Vorgänge aus der Zeit nach der Volksbewaffnung in Württemberg 1848.
- 44 Ebd. 339.
- 45 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 15. Juni 1849 bzw. vom 19. Juni 1849.
- 46 Ebd.
- 47 StAO, Offenburger Wochenblatt vom 3. August 1849.
- 48 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK) 236/8535:272–273.
- 49 StAFr A 27/3/218.
- 50 GLAK 234/10211:90.
- 51 *Haas*, Hans Hofer 18.
- 52 *Ritter*, *Der Revolutionshans* 76.
- 53 Ebd.
- 54 *Haas*, Hans Hofer 21. Haas' Wissen beruht noch auf Informationen einer Enkelin des Ehepaars Hofer.
- 55 *Geschichte der Stadt Lahr II: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg*, hrsg. von der Stadt Lahr (Redaktion: G. Bohnert – D. Geuenich), Lahr 1991. Zur Re-

- volution von 1848/49 äußert sich auf wenigen Seiten Christoph Bühler: Vgl. *Ders.*, Die Stadtherrschaft, in: Geschichte der Stadt Lahr II, 49–91, bes. 87–91 („Die Revolution 1848/49 in Lahr“). Nur kurze Erzählungen vom selben Autor im Nachfolgeband: *Christoph Bühler*, Um des Wählers Stimme – Die Parteien in der Gunst der Lahrer Wähler, in: Geschichte der Stadt Lahr III: Im 20. Jahrhundert, hrsg. von der Stadt Lahr (Redaktion: G. Bohnert – D. Geuenich), Lahr 1993, 212f. („Die liberale Tradition in Lahr“). Die meisten Informationen über die Ereignisse in Lahr liefert deswegen immer noch: *Georg Wimmer*, Stadt und Amtsbezirk Lahr in den Wirren der badischen Revolution 1848/49, in: Geroldsecker Land 7 (1964/65) 37–60 und 8 (1965/66) 55–77.
- 56 Vgl. Vollmers interessante Rezension zum Band II der Lahrer Stadtgeschichte in: *Badische Zeitung* (Stadtausgabe Freiburg) vom 3. August 1993. Dort auch das genannte Zitat.
- 57 *Martina Klöpfer*, Spurensuche: Geschichte von Frauen in Lahr, hrsg. von der Stadt Lahr/Schwarzwald, Leitstelle für Frauenfragen und Stadtarchiv, Lahr 1993.
- 58 Ebd. 70f.
- 59 *Bühler*, Stadtherrschaft 88.
- 60 Vgl. StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 25 vom 21. März 1848, 165 und Nr. 27 vom 25. März 1848, 175.
- 61 Und zwar von Gemeinderat *Keller* aus Heiligenzell: „*Welch herrlicher Geist auch in Deutschlands edlen Frauen lebt, wie sehr auch sie teilnehmen an dem Wiedererwachen der deutschen Nation, beweist wohl am besten die reiche Gabe von 100 Gulden, welche uns heute durch die edle deutsche Frau Wittwe Sohn in Lahr zur Anschaffung von Waffen zuteil wurde*“ (StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 29 vom 30. März 1848).
- 62 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 27 vom 25. März 1848.
- 63 *Hermann Wiedtemann*, Der „Schutterbote“ von 1848, in: *Der Altvater. Heimatblätter der „Lahrer Zeitung“* 13 (1955) Nr. 15, 57f; Nr. 16, 61f. 66f. 71., Zitat: 71.
- 64 Im StAL befindet sich lediglich die Vormärz-Ausgabe des „Schutterboten“ von 1833, für die ebenfalls J. F. Rost als Herausgeber verantwortlich war. Vgl. dazu *Joachim Sturm*, Der Schutterbote. Publizistik und Liberalismus im Lahrer Vormärz, in: *Die Ortenau* 65 (1985) 209–215. In den Gerichtsakten des anfänglichen Redakteurs Johann Hofer befindet sich noch ein einziges Exemplar aus dem Jahr 1848, und zwar die Nr. 22 vom 17. Juni. Vgl. StAFr A 27/3/221. Diesen Hinweis verdankt der Verfasser Prof. Dr. F. X. Vollmer, Freiburg. Zwar wird aus dieser einen Ausgabe schon die politische Ausrichtung des Blattes in etwa deutlich, doch befinden sich leider keinerlei Angaben über weibliche Aktivitäten darin.
- 65 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 32 vom 21. April 1849, 176. Mit dem amüsanten Zusatz: „*Es werden auch Arbeiten von Männern angenommen.*“
- 66 Vgl. seinen „*Aufruf an die Frauen und Jungfrauen*“ im Lahrer Wochenblatt Nr. 42 vom 26. Mai 1849, 224: „*Die Söhne des Vaterlandes sind jede Stunde des Rufes gegenwärtig, in den Kampf zu eilen. Euer Herz und Euere Gedanken begleiten sie. In so ernster Lage bedarf es nur eines Wortes, Euch eine große Pflicht ins Gedächtnis zu rufen: Reichet einander die Hände zur Unterstützung der Unbemittelten, zur Pflege der Verwundeten.*“
- 67 Vgl. StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 45 vom 6. Juni 1849, 240.
- 68 Vgl. *Wittig*, „Nicht nur im stillen Kreis des Hauses“ 44. Sogar die Frauenvereine großer Städte wie z. B. Berlin oder Heidelberg hatten in der Anfangsphase nicht mehr Mitglieder.
- 69 *Lipp*, *Frauen und Öffentlichkeit* 275 u. 289f.
- 70 Universitätsbibliothek Freiburg (UBFr), *Karlsruher Zeitung*, Nr. 21 vom 6. Juni 1849. Abgedruckt auch bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwester* 93.

- 71 Vgl. Anm. 35.
- 72 So die Vorsitzende des Mannheimer Frauenvereins (ebd. 304).
- 73 Vgl. StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 46 vom 9. Juni 1849, 248; Nr. 48 vom 16. Juni 1849, 252 und Nr. 50 vom 23. Juni 1849, 259f. Zitat in Nr. 46, 248.
- 74 Handelsmann Georg Kleb wurde am 16./18. Mai zum Gemeinderat gewählt (StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 43 vom 30. Mai 1849, 228); Schlossermeister Gottlieb Lindenlaub wurde am 21. Mai in den Sicherheitsausschuß berufen (ebd. 227). Er und Sophie Magdalena Kleb waren Geschwister (StAL, Ev. Stiftspfarrrei: Kopulationsbuch 1815–1837, 207 bzw. 449).
- 75 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 50 vom 23. Juni 1849, 259.
- 76 Ob sie identisch mit der schon 1848 spendenfreudigen Witwe Metzger ist, ist unklar.
- 77 Universitätsbibliothek Freiburg (UBFr), Karlsruher Zeitung Nr. 34 vom 21. Juni 1849.
- 78 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 50 vom 23. Juni 1849, 259 f.
- 79 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 51 vom 27. Juni 1849, 263.
- 80 StAL, Lahrer Wochenblatt Nr. 81 vom 10. Oktober 1849, 401.
- 81 Ebd. 402.
- 82 Ebd. Langewiesche weist darauf hin, daß es noch keine Forschungen darüber gibt, ob es nach der Revolution eine speziell gegen Frauen gerichtete Reaktion gegeben hat. Vgl. *Langewiesche*, Die deutsche Revolution (wie Anm. 5) 396. Carola Lipp betont, daß es oft gerade die Mitglieder des eigenen Geschlechts waren, die sich gegen die revolutionären Frauen aussprachen. Vgl. *Dies.*, Liebe, Krieg und Revolution. Geschlechterbeziehung und Nationalismus in der Revolution 1848/1849, in: *Dies.* (Hrsg.), Schimpfende Weiber 353–384, bes. 376.
- 83 *Klöpfer*, Spurensuche 71.
- 84 *Thomas Dees*, Ettenheim in den Revolutionsjahren 1848 und 1849, in: Die Ortenau 62 (1982) 140–174, bes. 147f. Kurze Erwähnung findet der Frauenverein auch bei *Johann Baptist Ferdinand*, Die revolutionären Bewegungen in Ettenheim, in: Die Ortenau 30 (1950) 65.
- 85 UBFr, Der Volksführer Nr. 113 vom 15. Mai 1849, 451. Dieser Artikel ist abgedruckt bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), Schwestern 80. Verwirrend allerdings die angegebenen Daten: In der Ausgabe vom 15. Mai wird dieser Bericht auf den 19. Mai (!) datiert. Dabei muß es sich um einen Druckfehler handeln, so daß man als Gründungsdatum des Ettenheimer Frauenvereins den 8. Mai 1849 festlegen kann.
- 86 UBFr, Der Volksführer Nr. 125 vom 30. Mai 1849, 497. Vgl. auch *Dees*, Ettenheim 148.
- 87 UBFr, Der Volksführer Nr. 125 vom 30. Mai 1849, 497.
- 88 Gemeint ist wohl der schon erwähnte Appell des Landesausschusses vom 22. Mai 1849.
- 89 UBFr, Der Volksführer Nr. 125 vom 30. Mai 1849, 497.
- 90 *Dees*, Ettenheim 147f.
- 91 Vgl. die Prozeßakten: GLAK 240/2369.
- 92 Da auch Achaz Stehlin eine interessante Figur im Revolutionsgeschehen der Ortenau darstellte, würde es sich lohnen, dem Weg des Ehepaars Stehlin eine intensivere Untersuchung zu widmen. Zumindest die speziellen Aktivitäten und den Prozeß der Maria Antonia Stehlin habe ich kürzlich im Rahmen einer Seminararbeit am Historischen Seminar der Universität Freiburg zu beschreiben versucht.
- 93 *Hummel-Haasis* (Hrsg.), Schwestern 101–129; *Wittig*, „Nicht nur im stillen Kreis des Hauses“ 65–70.

- 94 UBFr, *Karlsruher Zeitung* Nr. 5 vom 20. Mai 1849, 2. Abgedruckt bei *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwestern* 112.
- 95 *Hermann Fautz*, *Schiltach in den Revolutionsjahren 1848/49*, in: *Die Ortenau* 54 (1974) 219–241, bes. 231 u. 234.
- 96 Vgl. die Prozeßakten: StAFr A 27/3/125, 3 bzw. 14f.
- 97 Fautz hat die Episode um die beiden Schiltacher Frauen fälschlicherweise in den Juni verlegt. Bei ihm marschieren die Wehren Schiltachs, Hornbergs und Lehengerichts nach dem Ereignis deshalb nach Freiburg; laut dem Bericht der „*Karlsruher Zeitung*“ (s. o.: „*beim ersten Ruf*“) spielte sich das ganze jedoch schon im Mai ab. In diesem Monat, um den 15. herum, waren die Schiltacher nach der Offenburger Volksversammlung, wie Fautz berichtet, jedoch noch nicht nach Freiburg, sondern nach Offenburg aufgebrochen.
- 98 StAFr A 27/3/125, 4f.
- 99 UBFr, *Karlsruher Zeitung* Nr. 34 vom 21. Juni 1849. Genannt werden: *Frau des J. B. Trautwein, Wittwe Trautwein, Frau des Ullrich Ziegler, L. Bühler, Philippine Wagner, M. Störzer, J. Magd Trautwein, Frau des J. F. Koch, Franziska Ziegler, Barb. Bühler, Charl. Trautwein, L. Stählin, Frau des Sattlers Scheerer, Frau des J. Gg. Dieter, Barbara Müller, Jul. Bothner, Frau des A. Leicht, M. Trautwein zum Ochsen, Margaretha Trautwein, Frau des Zimmermanns Wießner, J. Trautwein zum Bären, Kath. Ziegler, Henriette Röck, Ros. Dieterle, El. Erggelet, Frka. Bayhinger, Emma Bayhinger, M. Goll, Just. Joos, Kath. Trautwein, Wilha. Schweikert, Frdka. Scheerer, Tho. Hochmuth, Sophie Gottb. Holzmann, M. Trautwein, Barb. Haas, Just. Haas, M. Ziegler, A. Mar. Röck, Chrst. Wolber, Magd. Trück, Charl. Arnold, Karol. Wolber, Lis. Wolber, Frau des Weißgerbers Abrh. Trautwein, Gottl. Trautwein, M. Magd Trautwein, Töchter des Strumpfwebers Arnold, Frdka. Trautwein, Jul. Herzog, Elis. Trautwein, Barb. Koch, Charl. Trautwein, Magd. Bühler, Sophie Wolber, Elis. Bühler, geb. Trautwein, Christa. Hochmuth, Friedrika Merz, Christine Bühler, Dorothea Bühler, Wittwe Fried. Hoffinger, Gottl. Jode, Ros. Schillinger, Kath. Bühler, Charl. Trautwein. Es hat allerdings den Anschein, daß die eine oder andere Frau mehrfach aufgeführt ist.*
- 100 Zum Vergleich: Schiltach hatte damals zwischen 1500 und 1600 Einwohner (Auskunft Stadtarchiv Schiltach).
- 101 *Fautz*, *Schiltach in den Revolutionsjahren* 225–228.
- 102 Zit. ebd. 230. Fautz hatte für seinen Aufsatz die Möglichkeit, alte Briefe aus Schiltacher Privatbesitz einzusehen.
- 103 UBFr, *Der Volksführer* Nr. 142 vom 19. Juni 1849, 562. Siehe dazu den instruktiven Aufsatz *Lipp*, *Liebe, Krieg und Revolution* (wie Anm. 82), bes. 365–379.
- 104 Ebd. 377.
- 105 StAL, *Lahrer Wochenblatt* Nr. 27 vom 25. März 1848.
- 106 *Lipp*, *Liebe, Krieg und Revolution* 368. *Lipp* zitiert hier die Gründerin der ersten deutschen Frauenzeitung, Louise Otto, sowie die Historikerin Karin Hausen, eine bekannte Vertreterin der Historischen Familienforschung und der Geschlechtergeschichte. Vgl. Karin Hausen, *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“*. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: H. Rosenbaum (Hrsg.), *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur*, Frankfurt/M. 1980, 161–191.
- 107 *Lipp* (Hrsg.), *Schimpfende Weiber* 9 (Vorwort von C. Lipp).
- 108 *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte II: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49*, München²1989, 736.
- 109 *Langewiesche*, *Die Revolution von 1847/49* (wie Anm. 11), 25–28.

- 110 Zur gleichen Schlußfolgerung kommt Eva Kuby für die württembergischen Frauenvereine. Vgl. *Dies.*, Politische Frauenvereine 248. Ebenso *Lipp*, Frauen und Öffentlichkeit 297–301.
- 111 *Lipp*, Liebe, Krieg und Revolution 364.
- 112 *Citovics*, Bräute der Revolution 348.
- 113 *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat, München ⁶1993 (¹1983), 595–674.
- 114 Bislang lediglich: *Gerlinde Hummel-Haasis*, „ein ganzes Regiment Weiber, um für das Vaterland zu kämpfen.“ Badische Frauen in der revolutionären Demokratie 1848/49, in: *Allmende* 3 (1983) H. 3, 40–49 (nicht aufgeführt bei Langewiesche oder Paletschek).
- 115 *Hummel-Haasis* (Hrsg.), Schwestern 48 bzw. 304; UBFr, Karlsruher Zeitung Nr. 34 vom 21. Juni 1849. Aus Kehl wurde 1850 *Magdalena Rehfuß* zusammen mit ihrem Vater und ihrem Bruder des Hochverrats beschuldigt. Aus Beweismangel stellte man dieses Verfahren jedoch schnell ein. Vgl. StAfr A 27/3/341.
- 116 *Lipp*, Frauen und Öffentlichkeit 272–285. Für Offenburg erste Hinweise bei *Gall*, Warum gerade Offenburg? 85–87.

Otto Hörth (1842–1935): „Zur Kaiserfeier“

Das kritische Gedicht eines badischen Demokraten zur Reichsgründung 1871

Kurt Abels

I

Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert. In älteren, aber auch in manchen neueren Geschichtsdarstellungen und in Schulbüchern wird dieser Vorgang als die „Gründung des II. Deutschen Reiches“ interpretiert. Der Krieg zwischen den deutschen Staaten unter der Führung Preußens und Frankreich, der im Sommer 1870 begonnen hatte, war noch nicht zu Ende, Paris wurde noch von deutschen Truppen belagert. Der Kampf gegen einen äußeren Feind schien der Vollendung der deutschen Einheit unter preußischer Führung günstig zu sein. Treibende Kraft war der preußische Ministerpräsident Bismarck; Fürsten und Politiker aus den deutschen Staaten unterstützten ihn mehr oder weniger intensiv, andere, darunter der preußische König, mußten für den neuen Status mit viel Mühe und Überredungskunst gewonnen werden.

Das Großherzogtum Baden, seine Regierung und der Großherzog Friedrich I. (1856–1907, seit 1852 Prinzregent) sympathisierten mit der Politik Preußens. Der Großherzog war mit dem preußischen Herrscherhaus eng verbunden. An der Zeremonie in Versailles nahm er teil und brachte – als ranghöchster der anwesenden Fürsten und als Schwiegersohn Wilhelms I., des nunmehrigen Kaisers – das erste Hoch auf den Kaiser aus¹. Zur Zeit der Kaiserproklamation wurde das enge Verhältnis, in dem Baden zu Preußen stand, durch die Kriegsergebnisse verstärkt und war im Bewußtsein der Menschen, vor allem der Badener, lebendig: Badische Truppen unter dem Befehl des Generals August von Werder verteidigten die Vogesenpässe gegen französische Entlastungsangriffe und belagerten die Festung Belfort. Über sie wurde im Januar 1871 täglich in den Zeitungen berichtet.

II

Je nach politischem Standort haben die Parteien und einzelne Bürger in Baden wie in anderen Ländern und Provinzen des Reiches die „Kaiserproklamation“, die „Reichsgründung“ und das neue Deutsche Reich unter-

schiedlich beurteilt. Zu konstatieren ist jedoch eine weitgehende Zustimmung, die um so stärker auffällt, als etwa in den Gegenden Deutschlands mit einer überwiegend katholischen Bevölkerung, wozu weite Teile des Großherzogtums Baden gehörten, noch wenige Jahre zuvor, zur Zeit des preußisch-österreichischen Krieges von 1866, dem preußischen Staat und dem preußischen Militär Ablehnung und Feindschaft entgegengebracht wurden, während die Sympathien der österreichischen Seite galten.

Allerdings lehnten politisch der Linken zuzuordnende Politiker, Publizisten und Schriftsteller die Herstellung oder Erzwingung der Reichseinheit von oben, die preußische Vorherrschaft und die monarchische Staatsform weiterhin ab.

Die Zeitungen brachten in den Tagen nach dem 18. Januar 1871 in Umfang, Form, Inhalt und Platzierung unterschiedliche Berichte. Die national-liberale „Freiburger Zeitung“ räumt dem Bericht über das Geschehen in ihrer Ausgabe vom 20.1.1871 die 1. Spalte der Titelseite ein und nimmt Authentizität in Anspruch, indem sie ein „offizielles Telegramm“ abdruckt:

„Versailles, 18. Januar, 12 Uhr mittags. Die Kaiserproklamation findet soeben in feierlicher Weise in dem großen Saal des Schlosses statt.“ Es folgt ein ausführlicher Artikel, in dem Wilhelm I. als „Mehrer des Reiches“ bezeichnet wird, denn er habe die „geraubten Provinzen Elsaß und Lothringen zurückerobert“.

Am 21.1. kommt diese Zeitung auf das Ereignis zurück und meldet Freude darüber, „daß wir wieder einen Kaiser haben“. Sodann tadelt sie den „Mannheimer Anzeiger“, das Organ der badischen Demokratie: das Blatt habe es übernommen, „einen Tropfen schmutziger Brühe in den Becher der Freude zu gießen“, indem es „auf keine Spur von Begeisterung“ hingewiesen habe. In Baden zeigte sich also, wie nicht anders zu erwarten, eine ambivalente Reaktion auf das Geschehen, das sich im fernen Versailles nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielte. Im übrigen Deutschland war das publizistische Echo ähnlich dissonant. Die Zeitungen, die den Hohenzollern und der preußischen Regierung nahestanden, berichteten ausführlich (P. Hassel im „Staatsanzeiger“ vom 23.1., Louis Schneider in der „Kreuzzeitung“ vom 25.1.1871²). Die linksliberale „Frankfurter Zeitung“ hingegen widmete der Kaiserproklamation nur wenig Aufmerksamkeit. In der Ausgabe vom 20.1. erwähnt sie die Kaiserproklamation zwar auf der ersten Seite, aber nur in der 3. Spalte. Der Berliner Korrespondent berichtet am 18.1.: „So ist denn heute am 18. Januar das Kaiserthum proklamiert worden. Anfänglich hatte man [. . .] die Absicht, die Anwesenheit des Königs in Berlin, die für den 29. d. M. in Aussicht genommen worden war,

abzuwarten, . . .“ Am folgenden Tag berichtet die F.Z. über Reaktionen auf das Ereignis: „Spuren des Jubels oder der Freude über die Proklamierung des neudeutschen Kaiserreichs“ fänden sich außer in den offiziellen und offiziösen Verlautbarungen nicht. Schließlich kritisiert dieselbe Zeitung am 22.1. und am 24.1. die Dominanz des Militärs und das „unvolkstümliche Gepräge“ der Feier.

Im Großherzogtum Baden waren im Januar 1871 die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 nicht vergessen. Viele Einwohner des Landes hatten an der Revolution und an den Aufständen teilgenommen und unter der darauf folgenden Repression gelitten. Es gab „kaum eine Familie, die nicht irgendwie betroffen“ war³. So fiel es in Baden unangenehm auf, daß der Fürst, unter dessen Befehl der Aufstand in der Pfalz und in Baden im Juli 1849 blutig niedergeschlagen worden war, nun zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

III

An diesen Zusammenhang erinnert das Gedicht eines Badeners, das einen Monat nach der Kaiserproklamation in den USA anonym in einer deutschsprachigen Zeitschrift erschien. Diese, „Der Pionier“, wurde seit 1854 von Karl Peter Heinzen herausgegeben; die meisten Beiträge verfaßte Heinzen selbst. Heinzen stammte vom Niederrhein. Er hatte seit den frühen vierziger Jahren zu revolutionären Handlungen aufgerufen. 1843 war er zur Emigration aus Deutschland gezwungen. Auch die Schweiz, in der er sich in den darauf folgenden Jahren aufhielt, mußte er 1847 verlassen. Er ging nach Amerika, kehrte aber nach dem Ausbruch der Revolution im Frühjahr 1848 nach Europa zurück und bemühte sich, meist ohne Erfolg, an militärischen Aktionen der revolutionären Linken teilzunehmen. Mit Friedrich Hecker geriet er darüber in Streit, mit Gustav von Struve arbeitete er nach der Emigration Heckers zusammen. Nach der Niederlage der Revolution ging er im Sommer 1849 in die Schweiz, wurde aber von dort und auch aus Frankreich ausgewiesen. Nach einigen Jahren in London wurde er gezwungen, England ebenfalls zu verlassen. Von 1852 bis zu seinem Tode im Jahre 1880 lebte er in den USA, nahm aber weiterhin Anteil an den Geschehnissen in Deutschland. Er kommentierte und kritisierte sie in seiner Zeitung vom Standpunkt der radikalen nichtsozialistischen Linken. Mit den meisten seiner Mitemigranten zerstritt er sich, so auch mit Struve. Mit Karl Marx hatte er sich schon 1848 verfeindet. In freundschaftlichem Kontakt blieb Heinzen mit dem Dichter Georg Herwegh, den er aus der Zeit der gemeinsamen Emigration in der Schweiz in den vierziger Jahren kannte⁴.

Karl Heinzen nun druckte in der Ausgabe des „Pionier“ vom 22. Februar 1871 das folgende Gedicht ab; in einer Fußnote macht er darauf aufmerksam, daß es anonym erscheinen müsse: „Dieses Gedicht wurde uns aus Teutschland zugesandt. Der Verfasser darf nicht genannt werden, um nicht von der kaiserlichen ‚Freiheit‘ heimgesucht zu werden. Die Red.“

Zur Kaiserfeier

(1) Im fränkischen Königsschlosse
Da halten die Deutschen Haus,
Da rufen sie Wilhelm, den Zoller,
Zum deutschen Kaiser aus.

(2) Es donnern die Kanonen
Durch's „Reich“ mit gewaltigem Ton;
Es erwachen die schlummernden Todten
In ihren Gräbern davon.

(3) Es erwachen im Festungsgraben
Zu Rastatt die Offizier',
Es erwacht mit den Kameraden
Karl Heilig, der Kanonier.

(4) Er reckt die entfleischten Gebeine
Und ruft hinaus in die Nacht:
„Sie haben den Henker der Freiheit
Zum deutschen Kaiser gemacht!

(5) Der des ‚Reiches‘ edelsten Kämpfern
Den Fuß in den Nacken stieß,
Der uns auf Rastatt's Wällen
Einst tückisch erschießen ließ.

(6) Der hat sich aus Eisen gehämmert
Den wuchtigen deutschen Thron
Und setzt sich mit blutigen Händen
Auf's Haupt die Kaiserkron'!“

(7) Er ruft's und rings aus dem „Reiche“
Antwortet der Wiederhall;
Es regen sich flüsternd die Geister
Von den Erschlagenen all.

(8) Erschlagen auf Badens Fluren,
An Elbe und Nordseestrand,
Erschlagen auf Böhmen's Grunde,
Am Main und im Weserland.

(9) Erschlagen an Rhein und Mosel,
In Elsaß und Lothringerland,
Erschlagen auf Frankreichs Boden
Bis hin zu des Weltmeers Rand.

(10) Und es bebt und huscht und wispert
Und zischelt in Ost und West.
Wer hört's? Ohnmächtig verhallt es –
Der vergessenen Todten Protest.

(11) Es donnern die Kanonen
Durch Deutschlands Fluren mit Macht,
Die Freudenfeuer lodern
Von Berg zu Berg durch die Nacht;

(12) Es läutet mit allen Glocken
Das Volk, das Volk und lacht: –
O Volk, du hast Wilhelm den Zoller
Zum deutschen Kaiser gemacht!

(13) Du brachtest die „Einheit“ zu Stande,
Die Einheit der Tyrannei,
Die Einheit der Schuld und der Schande –
O Volk, wann machst du dich frei?

[Das Original hat keine Strophenzählung; die Zahlen werden hier der besseren Orientierung wegen eingefügt.]

Aus der 1. und 2. Strophe geht hervor, daß es sich bei der „Kaiserfeier“ um die Proklamation vom 18. Januar 1871 handelt. Das „fränkische Königsschloß“ ist das Versailler Schloß, „Wilhelm der Zoller“ ist König Wilhelm I. von Preußen, ein Hohenzoller.

Der Dichter setzt „Reich“ in Anführungszeichen, um deutlich zu machen, daß er sich von diesem Gebilde distanziert. „Die Deutschen“ haben den Kaiser ausgerufen; das Volk begrüßt die Proklamation mit Freudenfeuern, Jubel und Lachen (Str. 11 und 12).

Am Donnern der Kanonen als dem beherrschenden Geräusch aber zeigt sich, daß die Kaiserfeier ein vor allem militärisches Ereignis ist.

Die kommentierende Beschreibung der Situation in den Strophen 1 und 2 ist der erste von vier Teilen des Gedichts.

Im zweiten Teil, den folgenden vier Strophen (Str. 3–6), klagt einer der Toten, die durch den Kanonendonner aus ihrem Todesschlaf aufgeweckt worden sind, Kaiser Wilhelm als „Henker der Freiheit“ an.

Im dritten Teil (Str. 7–10) antworten alle die Toten, die in verschiedenen Gegenden Opfer desselben Täters wurden, ihr Protest verhallt jedoch ohne Wirkung.

Im vierten und letzten Teil (Str. 11–13) kommt der Autor auf den Anfang zurück: den Kanonen des Militärs antworten die Freudenfeuer und das Lachen des Volkes, das die Kaiserproklamation bejubelt. In der abschließenden 13. Strophe wendet sich der Dichter an das Volk; er beklagt die von oben hergestellte Einheit und fordert das Volk auf, die Freiheit zu erstreben, für die die „edelsten Kämpfer“ (Str. 5), die nun „vergessenen Todten“ (Str. 10) vergeblich gestritten haben. Als die – außer Kaiser Wilhelm I. – einzige namentlich genannte Person erscheint in Str. 3 „Karl Heilig, der Kanonier“. Er, der in Rastatt hingerichtet und dessen Leiche verscharrt worden ist, tritt als Sprecher all der toten Soldaten auf, deren Tod dem preußischen König zugerechnet wird, der Toten, die in den von Preußen geführten Kriegen der Jahre 1848 und 1849 in Baden, 1864 in Norddeutschland und Dänemark, 1866 in Böhmen, am Main und an der Weser, 1870/71 im Elsaß, in Lothringen und in anderen Regionen Frankreichs gefallen sind (Str. 7–10).

Die Anklage gegen König Wilhelm unterstellt, daß er der verantwortliche Anstifter der Kriege und der Hinrichtungen ist. Sein Gegenspieler wird als „der Kanonier“, als einfacher Soldat, als ein Mann aus dem Volk, vorgestellt (Str. 3). Die Personalisierung – hier der König/Kaiser – dort der einfache Mann – dient der Polarisierung und der polemischen Zuspitzung. Das Volk soll aufgerüttelt werden, damit es Freiheit und Einheit erkämpft und der „Einheit der Schuld und der Schande“ (Str. 13) ein Ende macht. Der Verfasser ist aber skeptisch in bezug auf den Erfolg seines Aufrufs. Als Beobachter der Volksstimmung in den Tagen um die Kaiserproklamation bemerkt er nur Äußerungen der Zustimmung; außer ihm selbst sind es nur die Toten, die gegen das in Versailles Geschehene protestieren.

Der Autor setzt den 18. Januar 1871 mit dem Herbst 1849, Versailles mit

Rastatt in Beziehung. Deshalb beginnt er die Aufzählung der Militäraktionen und Kriege, an denen Wilhelm I. beteiligt war, nicht mit dem Frühjahr 1848, sondern nennt den Herbst 1849 an erster Stelle. Im übrigen hält er sich an die zeitliche Folge (1849 – 1864 – 1866 – 1870/71).

Nach Ansicht des Dichters ist Wilhelm, der seit dem Frühjahr 1848 als der „Kartätschenprinz“ galt, durch die Niederschlagung des badisch-pfälzischen Aufstandes 1849 zum „Henker der Freiheit“ geworden, indem er die Aufständischen „tückisch erschießen“ ließ. Es ist dies die Sicht der Betroffenen, der Angehörigen, Freunde, Sympathisanten der Revolution in Baden.

Daß Wilhelm nach der Kapitulation der Festung Rastatt im Gegensatz zu der großherzoglichen Regierung zur Mäßigung tendierte⁵, weiß der Autor nicht, oder er will es nicht wissen. Die Entgegensetzung Kaiser (bzw. König) – Kanonier ist in der Tat eindrucksvoller als es die Gegensätze Aufständische – preußische Armee oder Revolutionäre – badische und preußische Bürokratie wären.

Warum aber gerade „Karl Heilig, der Kanonier“? Der badische Wachtmeister Konrad Heilig aus Pfullendorf war auf seiten der Revolutionsstreitkräfte Kommandant der Festungsartillerie in Rastatt. Vermutlich hatte sich unter den Offizieren kein Artillerie-Fachmann gefunden. Da Heilig als Anführer hervorgetreten war, wurde er zusammen mit den in Rastatt befehlenden Offizieren Opfer des Standgerichts. Ludwig Häusser bezeichnet in seinem 1851 erschienenen Buch „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution“, das die Ereignisse aus der Sicht der Gegenrevolution darstellt, Heilig als einen der „Anstifter der Meuterei“⁶. Im „Verzeichniß der bei den Standgerichten im Jahre 1849 gefällt(en) und vollzogenen Strafurtheile“ erscheint „Heilig, Conrad von Pfullendorf, gr[ößherzoglicher] Artilleriewachtmeister“ unter der Überschrift „Durch standrechtliches Urtheil vom 11. August zum Tode verurtheilt. Voll[ug] am nämlichen Tage.“ . . . „Verbrechen: Treubruch und Hochverrath“⁷.

Der Dichter legt Konrad Heilig einen anderen Vornamen zu. Entweder kannte er den richtigen Vornamen nicht, was unwahrscheinlich ist, oder er hat um des Versrhythmus willen das einsilbige „Karl“ anstelle des zweisilbigen „Konrad“ gesetzt.

Als Resümee ist festzuhalten,

- daß das Gedicht „Zur Kaiserfeier“ die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 mit der Unterdrückung der radikaldemokratischen Bewegung in Baden im Sommer 1849 in Beziehung setzt und

- daß der nunmehrige Kaiser Wilhelm I., der „Henker der Freiheit“, dem Volksmann und Revolutionär gegenübergestellt wird.

Intention des Dichters ist es, das Volk durch den Hinweis auf die Untaten des Fürsten zum Kampf für die politische Freiheit zu bewegen.

Um der agitatorischen Zielsetzung willen personalisiert der Autor den Gegensatz zwischen Revolution und Reaktion. In der Wirklichkeit haben der badische Großherzog und seine Regierung 1849 auf hartes Vorgehen gegen die Besatzung von Rastatt gedrängt, während Prinz Wilhelm zur Zurückhaltung tendierte. Dies wird im Gedicht nicht erwähnt.

Autor des Gedichts ist ein Badener, Otto Hörth (1842–1935). Er schrieb das Gedicht unter dem unmittelbaren Eindruck der Kaiserproklamation in Versailles, an der er nicht teilgenommen hat, sondern über die er durch Zeitungsberichte informiert war. Der Inhalt und die Tendenz des Textes machen es begreiflich, daß Hörth das Gedicht nicht in Deutschland veröffentlichen konnte. Deshalb schickte er es an den unter den deutschen Demokraten noch gut bekannten Karl Peter Heinzen, der selbst an dem badisch-pfälzischen Aufstand des Frühjahrs 1849 teilgenommen hatte und der dem Strafgericht der Sieger entkommen war.

Wir wüßten nicht, daß Hörth der Verfasser ist, wenn er nicht ein Jahr später ein weiteres Gedicht mit der Bitte um Veröffentlichung an Heinzen geschickt hätte. Dieses Gedicht „Ein neues Wintermärchen. Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und der frommen Sitte von Heinrich Heine“ ist eine Paraphrase auf Heinrich Heines „Deutschland. Ein Wintermärchen“. Es erschien ebenfalls zuerst in Heinzens Zeitschrift „Der Pionier“, wie „Zur Kaiserfeier“ ohne Nennung des Verfassers. In der Schweiz hergestellte Nachdrucke wurden in großer Zahl nach Deutschland geschmuggelt. Eine letzte Auflage erschien 1919 in Frankfurt am Main, wie die vorhergehenden Auflagen anonym; nach dem Ende der Monarchie brauchte das Werk nicht mehr heimlich aus dem Ausland nach Deutschland gebracht zu werden. Das kleine Versepos wurde als politik- und gesellschaftskritische Darstellung der Verhältnisse im 1871 gegründeten Deutschen Reich vor allem von sozialdemokratisch orientierten Arbeitern gelesen.

In dem Brief, mit dem Hörth Heinzen das „Neue Wintermärchen“ zum Druck anbot, nimmt er auf sein Gedicht vom Jahr zuvor Bezug. Er schreibt am 14. Januar 1872 aus München: „Sehr geehrter Herr! Wenn Ihnen mein Name auch unbekannt klingen mag, so sind wir uns doch nicht so fremd, als es beim ersten Anblick scheint. Ich bin Redakteur des ‚Deutschen

Demokrat', daneben Schriftsteller und Dichter. Sie erinnern sich vielleicht noch des Gedichtes ‚Kaiserwahl‘ in Ihrem Pionier vom Februar vorigen Jahres; ich bin der Verfasser desselben und da ich es in Deutschland nicht veröffentlichen konnte, so schlug es durch Vermittlung von Frau Blank, einer Landsmännin von mir, den Weg nach Boston ein. Oesterreichische und Schweizer Blätter druckten es ab und so fand es auch Verbreitung in Deutschland; [. . .]⁸.“

Aus dieser Briefstelle wird ersichtlich, daß Otto Hörth das Gedicht, dessen Titel er im Brief selbst nicht ganz richtig wiedergibt, unter dem Eindruck der Berichte von der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 verfaßt und auf einem Umweg zur Veröffentlichung in Amerika abgeschickt hat. Einen anderen Nachweis der Verfasserschaft Hörths gibt es wohl nicht. Deshalb ist es bisher nicht unter seinem Namen veröffentlicht worden.

Otto Hörth wurde am 24. November 1842 in Achern geboren. Nach dem Besuch der Schule studierte er zuerst Philosophie und katholische Theologie, dann Geschichte, Literatur und moderne Sprachen. Von 1866 an war er als Journalist tätig. Im Winter 1870/71 ging er nach München, „wo er Mitarbeiter größerer Blätter wurde“⁹. Er schrieb auch für die „Frankfurter Zeitung“, in deren Redaktion er im Frühjahr 1872 berufen wurde. Dort arbeitete er für mehrere Ressorts, die Innenpolitik, die Außenpolitik, das Feuilleton. 1903 wurde er Geschäftsführer der F.Z. und blieb es bis 1924. Er starb am 6. Januar 1935 in Berlin¹⁰.

Vom Eintritt in das Berufsleben an bis über dessen Ende hinaus war Otto Hörth politisch interessiert und einige Jahrzehnte hindurch auch politisch tätig. Zweimal, 1878 und 1881, kandidierte er für die Demokratische Partei in den badischen Wahlkreisen Offenburg und Pforzheim zum Reichstag¹¹. Gewählt wurde er zwar nicht, aber es gelang ihm, die Stimmenzahl der Linken in diesen Kreisen zu erhöhen. Die Gedichte der frühen Jahre, das in diesem Beitrag vorgestellte und das „Neue Wintermärchen“ von 1872, aber auch die Pressesatire „Daniel in der Löwengrube“ von 1875, Würdigungen der Revolution von 1848/49 und Nachrufe auf Mitstreiter im politischen Kampf sind Belege für Hörths publizistisches Engagement.

In einer autobiographischen Schrift aus dem Jahre 1915 berichtet Hörth davon, wie er als Sechsjähriger in seiner badischen Heimatstadt Achern die Revolution erlebte. In anekdotischen Einsprengseln macht er deutlich, daß Familie, Umgebung und er selbst mit der demokratischen Bewegung sympathisierten. Als Beleg für die Dauerhaftigkeit dieser Sympathie kann die wörtliche Wiedergabe der Sätze Friedrich Heckers dienen, mit denen dieser sich am Ende seines letzten Besuchs in Deutschland (1873) von Hörth

verabschiedet hat: „Jetzt kenne ich Euer Reich gründlich, mich wundert’s nur, wie Ihr das aushalten könnt. Ich bin froh, daß ich bald wieder freie Luft atmen kann; noch drei Tage in Preußen, und ich würde ersticken!“¹². Hörth hätte gewiß Hecker nicht wörtlich zitiert, wenn er das Bismarckreich anders als dieser eingeschätzt hätte. Zu den Feiern, mit denen in Frankfurt 1873 und 1898 der Revolution von 1848 gedacht wurde, hat Hörth jeweils einen Prolog verfaßt. Verse und Strophen dieser Prologe nehmen das wieder auf, was er in einzelnen Strophen des Gedichts „Zur Kaiserfeier“ ausgedrückt hat. Im Prolog von 1873 stellt er fest, daß zwar die Einheit Deutschlands hergestellt sei, daß jedoch die Freiheit fehle. Am Ende der letzten Strophe dieses Prologs gibt er einen Rückblick aus der Zukunft auf die Zeit, in der die Feier stattfindet:

Dann wird man einst mit echtem Siegesklang
Im großen Buche der Geschichte lesen:
„Die Einheit schuf den Deutschen einst der Zwang, –
Der Freiheit Schöpfer sind sie selbst gewesen!“

Hier und auch in den vorhergehenden Strophen geht es wie im Gedicht „Zur Kaiserfeier“ von 1871 um den Gegensatz von – erreichter – Einheit und nicht erreichter Freiheit. Diese Kontinuität kann bestätigen, daß beide Texte von demselben Verfasser stammen. Im Prolog von 1898 geht es um das gleiche Thema; die 3. Strophe schließt mit den Versen:

Und in den Nöten, die der Weltlauf schafft,
Zum Helfer wird das Volk sich selbst bestellen;
Dann wird zur Einheit sich die Freiheit reih’n,
In Frieden sich die ganze Welt verbünden;
Dann wird der Völkerfrühling Wahrheit sein
Und die Gerechtigkeit ihr Reich begründen!

Hörths aktive Beteiligung an den Gedenkfeiern, die Prologe und die Herausgeberschaft des Bandes, in dem 1925 die Berichte über die Feiern gesammelt vorgelegt wurden, zeigen, daß er bis in das hohe Alter dem Freiheitsideal, das ihn mit den Teilnehmern der Revolution von 1848/49 verbindet, treu geblieben ist¹³. Schriften Hörths waren mehr oder weniger weit verbreitet, das Gedicht „zur Kaiserfeier“ aber wurde weniger bekannt, weil es nicht nur anonym, sondern überdies in einer Zeitung erschienen ist, die in Europa nur wenige Bezieher hatte und die ständig von Beschlagnahmen bedroht war. So gibt es heute in Deutschland kaum mehr als das eine Exemplar, nach dem das Gedicht im vorliegenden Beitrag zitiert wird. Es stammt aus dem Archiv der 1933 verbotenen SPD und wird jetzt in der

„Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ in Berlin aufbewahrt¹⁴.

Zum Tode Hörths (1935) veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ einen Gedenkartikel. Er schließt mit den Sätzen: „Ein randvoll gefülltes Leben liegt hinter Otto Hörth, eine wahrhaft imposante, von höchster Gewissenhaftigkeit getragene und von Gelehrtenfleiß durchsättigte Daseinsleistung, die wir bewundern und die wir ihm danken. Mit uns die Freunde und Leser der ‚Frankfurter Zeitung‘, für die Otto H. noch einmal an das Licht tritt, mit ihnen, wie wir glauben dürfen, werden sich auch die Gegner vor einem Manne verneigen, der seinen Idealen die Treue bewahrte¹⁵.“ Welches die Ideale waren, denen der Demokrat Hörth die Treue bewahrte, konnte zu diesem Zeitpunkt, zwei Jahre nach der sogenannten „Machtergreifung“ Hitlers und der zunehmenden „Gleichschaltung“ und Zensur der Presse, nicht mehr so deutlich ausgesprochen werden, wie es vor 1933 der Fall gewesen wäre.

V

Das Gedicht von 1871 ist also nicht als ein improvisiertes Produkt eines jugendlichen Hitzkopfs anzusehen, sondern es steht in einer Kontinuität, die durch die demokratische Gesinnung der Familie, Otto Hörths frühe Gedichte und die späteren Schriften beglaubigt wird.

Da „Zur Kaiserfeier“ nicht eine Zeitungsglosse, sondern ein geformtes sprachliches Gebilde, ein Gedicht in Volksliedstrophen, ist, stellen sich auch Fragen nach der literarischen Tradition, in der es steht, nach möglichen Vorläufern und nach der literarischen Qualität.

Einen vorläufigen Hinweis auf den literarischen Kontext gibt Hörth selbst in dem oben zitierten Brief an Karl Heinzen vom Januar 1871. Der auf das hier Wiedergegebene folgende Satz lautet nämlich: („Österreichische und Schweizer Blätter druckten es [das Gedicht ‚Zur Kaiserfeier‘] ab . . . , man schrieb es Herwegh zu und es machte viel Aufsehen¹⁶.“ Warum aber konnten Leser das Gedicht für ein Werk Georg Herweghs halten? Herwegh (1817–1875) hatte seit 1848 im Exil in der Schweiz gelebt. 1866 wurde er in Deutschland amnestiert und konnte dorthin zurückkehren. Er nahm seinen Wohnsitz in Baden-Baden. Dort ist er gestorben. In den Jahrzehnten zwischen 1848 und 1875 hat er vor allem politische Gedichte geschrieben, in denen er Mißstände in Deutschland beschrieb und die dafür Verantwortlichen, Fürsten und Regierungen, scharf kritisierte. Aus Anlaß des Zusammentretens des im Frühjahr 1862 neu gewählten preußischen Landtags ver-

faßte er das Gedicht: „Zum neunzehnten Mai. Eröffnungstag der neuen preußischen Volkskammern 1862¹⁷.“ In ihm stellt Herwegh eine Beziehung her zwischen diesem Ereignis, der Revolution von 1848/49 und einer zukünftigen Revolution, die er erwartet. In der ersten Strophe erinnert er daran, daß (im Jahre 1849) Revolutionäre standrechtlich erschossen worden sind:

Ich sah, wie sie gleich einem Hund
Den Trützschler feig erschossen
Und Dortüs Blut auf Freiburgs Grund
Am frühen Tag vergossen.

In der 5. Strophe heißt es:

Ich sah, wie neulich ein Profos
Sein Zepter nahm vom Nagel.

Mit diesen Versen spielt Herwegh darauf an, daß Wilhelm I., der als „Profos“, als Militärriechter, die Standgerichte des Jahres 1849 in Baden zu verantworten habe, 1861 König von Preußen geworden ist. Diesen Gerichten sind unter anderen die in der 1. Strophe genannten Personen zum Opfer gefallen, der Sachse Wilhelm Adolf von Trützschler, der in Mannheim Regierungsdirektor der Revolutionsregierung war, und der Preuße Maximilian Dortu, dem die Erfindung der Bezeichnung „Kartätschenprinz“ für den damaligen preußischen Kronprinzen Wilhelm zugeschrieben wurde und der deshalb sowie als Verfasser revolutionärer Schriften der Reaktion besonders verhaßt war. Er wurde in Freiburg standrechtlich erschossen¹⁸.

Bei Bekanntwerden des Gedichts von Hörth „Zur Kaiserfeier“ lag deshalb die Vermutung nahe, daß Herwegh nach Trützschler und Dortu mit Heilig das dritte Opfer der Standrechts-Willkür von 1849 in Erinnerung rufen und zugleich abermals den angenommenen Urheber der brutalen Aktionen, den nunmehrigen Deutschen Kaiser Wilhelm, anprangern wollte. Neben diesem sachlichen Zusammenhang, in dem beide Gedichte, das Herweghs von 1862 und das Hörths von 1871, stehen, konnte die formale Ähnlichkeit zu der Vermutung, Herwegh habe „Zur Kaiserfeier“ gedichtet, Anlaß geben: Für seine politischen Gedichte verwandte Herwegh mit Vorliebe die Vierversstrophe, wobei er Rhythmus und Reim von Gedicht zu Gedicht variierte.

Hörth und Herwegh waren wahrscheinlich persönlich bekannt. Das Bestehen einer engen Beziehung zwischen beiden ist daran erkennbar,

- daß Hörth einer der wenigen Teilnehmer der Trauerfeier für Herwegh in Baden-Baden im April 1875 war,
- daß er wenige Tage darauf in der „Frankfurter Zeitung“ einen Nachruf auf Herwegh mit dem Titel „Von Herwegh's Grab“,
- kurz danach in der „Frankfurter Latern“ ein Gedicht „Georg Herwegh“ veröffentlichte.

Die ausführliche Würdigung Herweghs in Karl Heinzens „Pionier“ vom 19.5.1875 „Ein echter Freiheitsdichter“, die unter dem Kürzel F.Z. (für „Frankfurter Zeitung“) erschien, stammt vermutlich ebenfalls von Hörth; wenn sein Name in dem in Deutschland verbotenen radikalen Blatt genannt worden wäre, hätte das für ihn unangenehme Folgen gehabt¹⁹.

Eine weitere Anregung zu dem Gedicht „Zur Kaiserfeier“ entnahm Hörth wohl der weit verbreiteten Ballade „Die Nächtliche Heerschau“ von Joseph Christian Freiherr von Zedlitz (1790–1862). In dieser Ballade kommen die Toten aus ihren Gräbern heraus, durch das Trommeln des Tambours veranlaßt:

Nachts um die zwölfte Stunde
Verläßt der Tambour sein Grab,
Macht mit der Trommel die Runde,
Geht emsig auf und ab.

Mit seinen entfleischten Armen
Rührt er die Schlägel zugleich,
Schlägt manchen guten Wirbel,
Reveill' und Zapfenstreich.

Davon erwachen die toten Soldaten in allen Weltgegenden, „im tiefen Norden“, „im Welschland“, in Ägypten. Um dieselbe Stunde kommt der Trompeter ebenfalls aus seinem Grab

„Und schmettert in die Trompete
Und reitet auf und ab.

Schließlich verläßt auch der Feldherr sein Grab – es ist Napoleon, der die Parole „Frankreich“ ausgibt. Die 15. und letzte Strophe lautet:

Dieß ist die große Parade
Im Elyseischen Feld,
Die um die zwölfte Stunde
Der todte Cäsar hält²⁰.

- Das Aufwachen der Toten in geographisch weit voneinander entfernten Gegenden,
- wörtliche Übereinstimmungen (Zedlitz: „Mit seinen entfleischten Armen“ – Hörth: „Er reckt die entfleischten Gebeine“),
- und die – bis auf den bei Zedlitz streng durchgeführten Kreuzreim – gleiche Strophenform machen es wahrscheinlich, daß Hörth Zedlitz' Gedicht gekannt hat und zum Vorbild nahm. Das Aufwecken der Toten, bei Zedlitz durch militärische Signale, das Trommeln und das Schmettern der Trompeten, bei Hörth durch das Donnern der Kanonen, geht wahrscheinlich auf ein biblisches Motiv zurück. Paulus belehrt in seinem Brief an die Thessalonicher seine Leser über das Schicksal der Verstorbenen: „Wenn der Herr beim Aufruf, bei der Stimme des Engels und bei Gottes Posaunenschall vom Himmel herniedersteigt, werden die in Christus Verstorbenen zuerst auferstehen²¹.“

Zedlitz verwendet das religiöse Motiv, um eine Apotheose Napoleons zu bewirken. Hörth hingegen übernimmt es, um die Anklage gegen „Wilhelm, den Zoller“ und den Abscheu vor ihm zu verstärken.

Sicherlich hat Hörth die Form des Gedichts nicht deshalb gewählt, weil er mit Dichtern seiner Zeit wetteifern wollte. Trotzdem dichtete er nicht einfach drauflos: Er wählte, auch hierin Zedlitz (oder Herwegh?) folgend, die Form der volksliedhaften Vierversstrophe. Jeweils der 2. und der 4. Vers sind durch Reime verbunden, die nichtreimenden 1. und 3. Verse jeder Strophe sind durch Assonanzen aufeinander bezogen (Schlosse–Zoller, Graben–Kameraden, Reiche–Geister, Kanonen–Toten, Mosel–Boden).

Der Rhythmus der Verse ist regelmäßig, mit der Einschränkung, daß entsprechend der gewählten Strophenform ein- und zweisilbige Senkungen vorkommen.

Auch die Bildung inhaltlich enger zusammengehörender Strophengruppen (Str. 1–2, Str. 3–7, 8–10, 11–13) spricht für die Sorgfalt, mit der Hörth vorgegangen ist. Eine volkstümliche Wirkung versprach er sich wohl von der Verwendung

- einprägsamer Vierzeilerstrophen,
- des rhetorischen Mittels der Wiederholung (vier Verse der Strophen 8 und 9 beginnen mit dem Partizip ‚erschlagen‘; in Str. 13 kommt das Substantiv ‚Einheit‘ dreimal vor),
- formelhafter Substantiv-Adjektiv/Partizip-Verbindungen in der Nachfolge Schillers, (‚gewaltiger Ton‘, ‚schlummernde Tote‘, ‚entfleischte Gebeine‘, ‚edelste Kämpfer‘),

- zeittypischer Wendungen (,Deutschlands Fluren‘, ,den Fuß in den Nacken stoßen‘).

Damit wollte er das ,Volk‘, jedenfalls dessen demokratischen und republikanischen Vorstellungen geneigten Teil, erreichen. Das ist ihm mit diesem Gedicht aber weniger gut gelungen als mit dem „Neuen Wintermärchen“ in der Nachfolge von Heinrich Heines Versepos „Deutschland. Ein Wintermärchen“. Grund dafür ist sicher nicht der geringere literarische Rang des Gedichts. Das Erscheinen des Gedichts nur in den USA verhinderte eine weitere Verbreitung in Deutschland. Zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Gedichts war zudem für viele Leser evident, daß Wilhelm I. nicht der große Verbrecher war, als den Hörth ihn darstellt. Die vergleichsweise größere Wirkung des „Neuen Wintermärchens“ von 1872 beruht darauf, daß in diesem Epos nicht nur ein Aspekt des neuen Reiches, sondern zahlreiche für die Leser bekannte Mißstände satirisch angeprangert werden.

VI

Weder „der vergessenen Todten Protest“ noch Hörths kritisches Gedicht haben die Anfänge des „Deutschen Reiches“, dessen erster Kaiser im Januar 1871 „Wilhelm, der Zoller“ wurde, beeinträchtigen können.

Aus dem Abstand von mehr als 100 Jahren gesehen, erscheinen die Proportionen im Gedicht verzerrt: Zwar wurde Wilhelm I. zum Kaiser proklamiert, aber für die Zeitgenossen war das neue Reich schon bald das „Bismarckreich“ und Bismarck dessen eigentlicher Gründer. Es muß offen bleiben, ob die Unkenntnis der Verhältnisse zum Zeitpunkt der Abfassung des Gedichts, in den Tagen nach dem 18. Januar 1871, Otto Hörth dazu veranlaßt hat, Bismarck in seinem kritischen Gedicht nicht zu erwähnen, oder ob ihn andere Gründe dazu bewogen. Es kann nämlich nicht in Zweifel gezogen werden, daß er dem Reich, der Gründung Bismarcks, nicht nur skeptisch, sondern feindlich gegenüber stand. Er hat in den folgenden Jahren diese Feindschaft und die daraus folgende kritische Würdigung der Politik Bismarcks damit bezahlen müssen, daß er mehrmals vor Gericht gestellt und verurteilt wurde. Der Gedenkartikel der „Frankfurter Zeitung“ zu Hörths Tode nimmt darauf Bezug: „(. . .) über zwei Jahre hat er während der Bismarck-Herrschaft in Frankfurt und Ziegenhain in Gefängniszellen zugebracht und ist in einem Rekordjahr durch sechzehn Preßprozesse gegangen²².“

Die Akzentverschiebung von Kaiser Wilhelm I. hin zu Bismarck ist auch an Bildern Anton von Werners (1843–1915) zu erkennen. Diese Bilder er-

wecken den Eindruck der Authentizität und sind deshalb populär geworden. Eines davon, den Augenblick der Kaiserproklamation darstellend, wurde als Ganzes oder in Ausschnitten in Darstellungen der „Reichsgründung“ aufgenommen, so auch in die von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegebene „Badische Geschichte“ von 1979²³. Auf Einladung des preußischen Kronprinzen Friedrich war der noch junge Maler Anton von Werner im Januar 1871 aus Karlsruhe nach Versailles gekommen, um dort das, was er sah, in Skizzen festzuhalten. Diese stellten die Grundlage für die Bilder dar, die er später malte. Die fotografische Genauigkeit der Darstellung verschleierte, daß der Maler das Gesehene umstilisierte.

Werner hat das Geschehen in Versailles mit scheinbar fotografischer Genauigkeit in Skizzen festgehalten. In den späten siebziger und den achtziger Jahren hat er die Skizzen benutzt, um den Augenblick der Proklamation darzustellen. In den frühen Fassungen des Bildes wird die Person Bismarcks nicht hervorgehoben; Bismarck trägt auf diesen Bildern die blaue Uniform, in der er an der Feier in Versailles teilgenommen hat. In einer späteren Version des Bildes aus den achtziger Jahren steht Bismarck im Zentrum, durch eine weiße Uniform aus der Menge der in Blau gekleideten Uniformträger herausgehoben²⁴. Obwohl Werner bei der Proklamation anwesend war, hat er das Geschehen also nicht genau wiedergegeben, sondern er brachte seine subjektive Sicht mit ein und gab – je mehr Zeit zwischen den Ereignissen in Versailles und der Fertigstellung des Bildes vergangen war – seine Deutung des Geschehens. Insofern unterschied er sich nicht von Zeitgenossen, die ihre Interpretation in literarischen Texten verbreiten ließen²⁵. Der Hofmaler Anton von Werner, der „bevorzugte Maler des Kaiserreiches“, der in Versailles Zeuge der Kaiserproklamation war und der kritische Journalist Otto Hörth, der Gegner der preußischen Monarchie und aller Monarchien, stimmen also darin überein, daß sie in ihren – bildlichen oder poetischen – Darstellungen den eigentlichen Gründer des Reiches aussparen.

Otto Hörths in Amerika veröffentlichtes, in Österreich und in der Schweiz in linken Zeitungen nachgedrucktes Gedicht hat in seiner badischen Heimat wohl kaum Eindruck gemacht. Das Geschichtsbild der Badener ist mehr durch panegyrische Texte, durch Gedichte von Emmanuel Geibel wie „Zur Friedensfeier“, das in das Badische „Lesebuch für Volksschulen“ (1878) aufgenommen wurde²⁶, und durch Reproduktionen von Bildern wie denen Anton von Werners geprägt worden. Im 125. Jahr nach der „Reichsgründung“, der Kaiserproklamation in Versailles, ist es angebracht, daran zu erinnern, daß 1871 auch Menschen gelebt haben, die die demokratische Tradition der Revolution von 1848/49 in Gedichten und anderen Texten

bewahrt haben. Wenn auch ihr Einfluß in Baden und anderswo gering war, sollte ihr kritischer Widerspruch zu dem Einheitsjubiläum der Jahre und Jahrzehnte nach 1870 nicht unbeachtet bleiben und vergessen werden.

Anmerkungen

- 1 Kaiser Friedrich III. Das Kriegstagebuch von 1870/71, hg. v. Heinrich Otto Meisner. – Berlin 1926: K. F. Koehler, S. 371.
- 2 Theodor Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871. In: Beihefte zum Militär-Wochenblatt 1896, S. 1–101, hier S. 31 ff.
- 3 Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, Köln 1977 (Nachdruck der Ausgabe von 1930/31). Bd. 2: Bis zum Ende der Volksbewegung von 1849, S. 540.
- 4 Zur Biographie Heinzens: Carl Wittke, Against the Current. The Life of Karl Heinzen, Chicago 1945.
- 5 Valentin (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 534–542, gibt eine ausgewogene Darstellung der Ereignisse nach der Kapitulation der in Rastatt eingeschlossenen Reste der Revolutionsarmee, in der er beiden Seiten gerecht zu werden sucht, ohne die terroristische Komponente bei der Verfolgung der Revolutionäre zu bagatellisieren.
- 6 Ludwig Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, Heidelberg 1851, S. 656.
- 7 Hier zitiert nach dem Facsimile im Museum der deutschen Freiheitsbewegungen im Schloß zu Rastatt.
- 8 Brief Hörths an Heinzen vom 14.1.1872. Der Brief ist Teil der „Heinzen Papers“, die in der Labadie-Collection der University of Michigan, Ann Arbor, aufbewahrt werden. Die Bibliothek hat mir freundlicherweise eine Kopie des Briefes zugänglich gemacht.
- 9 Die Angaben und das Zitat nach: Geschichte der ‚Frankfurter Zeitung‘ 1856 bis 1906. – Frankfurt am Main 1906, S. 140 ff. Zu Otto Hörth s.a. Erwin Dittler, Erinnerungen von und an Otto Hörth (1842–1935). In: Die Ortenau 65/1985, S. 224–250.
- 10 Frankfurter Zeitung vom 7.1.1935, S. 1.
- 11 Fred Ludwig Sepaintner, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich, Frankfurt u. Bern 1983: Peter Lang, S. 113, S. 119, S. 369. – Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hg. v. Jörg Schadt und Wolfgang Schmierer, Stuttgart 1979: Kohlhammer, S. 62.
- 12 Otto Hörth, Frankfurter Erinnerungen eines Siebzigjährigen VIII. In: Kleine Presse, Frankfurt, 4.6.1915, S. 5. – Ich danke Herrn Professor Rebentisch für den Hinweis darauf sowie ihm und dem Institut für Stadtgeschichte der Stadt Frankfurt für die Überlassung von Kopien der „Erinnerungen“. K.A.
- 13 Otto Hörth, Gedenkfeiern 1873/1898/1923, Frankfurt 1925; die zitierten Strophen auf den Seiten 12 und 44.
- 14 Die Stiftung hat mir freundlicherweise Kopien des „Pionier“ vom 22.2.1871 mit dem Gedicht überlassen.
- 15 „Frankfurter Zeitung“ 7.1.1935; der Beitrag ist nicht gezeichnet.
- 16 Brief Hörths an Heinzen vom 14.1.1872 (wie Anm. 8).
- 17 Georg Herwegh. Werke in einem Band. Hrsg. v. Hans-Georg Werner, Berlin 1980: Aufbau-Verlag, S. 214. – Zu den Umständen der Landtagswahl: Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1860, 1983, S. 755 ff.
- 18 Valentin (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 537 f.

- 19 Vgl. dazu: Kurt Abels, Otto Hörths „Neues Wintermärchen“ von 1872. In: Heine-Jahrbuch 1994, S. 146–178 und die dort angegebene Literatur.
- 20 Gedichte von J. Chr. Freiherrn von Zedlitz, Stuttgart und Tübingen 1832: Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, S. 16–18.
- 21 Das Neue Testament, übersetzt von P. Konstantin Rösch O.F.M.Cap., 1928, S. 448: Paulus, Brief an die Thessalonicher 4, 16–17.
- 22 „Frankfurter Zeitung“ 8.1.1935, S. 3.
- 23 Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hg. von der Landeszentrale für Politische Bildung, 2. Aufl., Stuttgart 1987: Konrad Theiss. – 1. Aufl. 1979.
- 24 Abbildungen in: Anton von Werner, Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913, S. 184 ff., S. 355: Bismarck nicht hervorgehoben, in blauer Uniform. – Franz Herre, Anno 70/71. Ein Volk, ein Reich, ein Kaiser, Köln 1970: Kiepenheuer und Witsch, neben S. 32: Bismarck im Zentrum, in weißer Uniform. – Gustav Adolf Rein, Die Reichsgründung in Versailles. 18. Januar 1871, München 1958: Oldenbourg, S. 54 f. – Das Zitat aus: Der Große Brockhaus, Band 12, 1957, S. 462.
- 25 Kaiser Friedrich III. (wie Anm. 1), S. 30. – Anton von Werner wie Anm. 24), S. 30 ff.
- 26 Lesebuch für Volksschulen, 3. Theil, Lahr 1878, Verlag J. H. Geiger, S. 441. – Im Lesebuch ist das Gedicht nicht vollständig abgedruckt; es fehlen die – kulturkämpferische, antikatholische – vierte von fünf Strophen und der Refrain jeder Strophe. Das vollständige Gedicht in: Geibels Werke, hg. von W. Stammler, Leipzig o.J., S. 255 f.

Alles nur „Arbeiterbauern“?

Zu den Bedingungen organisatorischer Entwicklung der Lahrer Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert

Thorsten Mietzner

Zur Forschungslage

Der folgende Aufsatz beschäftigt sich mit der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Lahr. Im Unterschied zu ihrer Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert sind hier noch einige Kenntnislücken vorhanden. Nicht ganz unschuldig daran sind auch die zwei Hauptthesen zum Charakter der Lahrer Arbeiterbewegung, die nunmehr seit Jahrzehnten tradiert und gepflegt werden. Sie lauten:

1. Die Lahrer Arbeiterbewegung war in ihrer Entwicklung rückständig und in ihrer Stärke relativ schwach.
2. Ein Hauptgrund dafür ist in der engen Verbundenheit des Lahrer Proletariats mit Grund und Boden zu suchen¹.

Ich möchte diese beiden Thesen zunächst kritisch beleuchten, um so einen Ausgangspunkt für die weitere Untersuchung zu gewinnen. Im Fortgang werde ich dann andere Faktoren benennen, die meiner Meinung nach einen wesentlich größeren Einfluß auf die Entwicklung von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie in Lahr genommen haben.

Bemerkungen zu zwei folgenreichen Thesen

Betrachten wir zunächst einmal die erste These. In ihr wird ein Vergleich ausgesprochen. Im Vergleich zur normalen Entwicklung, so in etwa die These, sei die Lahrer Arbeiterschaft nur langsam, zögerlich und in geringerer Zahl in die Arbeiterbewegung eingetreten. Zudem hätte sich kein revolutionäres Bewußtsein entwickelt. In den Worten des Gemeinderates von 1893:

„Lahr wird die einzige Stadt im ganzen Reich sein, in der die Arbeiterbank im Gewerbegericht nicht von Sozialdemokraten eingenommen wird.“²

Der Nachweis dieser These wirft natürlich eine Reihe von methodischen Problemen auf. Der Kern dieser Probleme liegt im Vergleichsmaßstab. Womit will man eigentlich die Lahrer Entwicklung vergleichen, um ihren

Charakter zu deuten? Es ist offensichtlich unsinnig, ihre Geschichte mit den Mannheimer oder Karlsruher Erfahrungen zu bewerten, vergleicht man doch hier Äpfel mit Birnen. Sinnvoller mag hier schon der Vergleich mit Lörrach oder Offenburg sein.

Hinzu kommt, daß der spätere Zeitgenosse schnell dazu neigt, den Arbeitern ein bestimmtes Bewußtsein vorzuschreiben. Als „normal“ gilt zumeist diejenige Strömung, die entweder die Mehrheit ausmacht oder zumindest die meisten Zukunftspotentiale enthält (die allerdings nur der spätere Zeitgenosse entschlüsseln kann).

Im Gegensatz zu dieser These bin ich der Meinung, daß das bisher vorliegende Material eine deutliche Rückständigkeit der Lahrer Arbeiterbewegung nicht ausweist. Im Jahre 1897, also etwa 7 Jahre nach Beendigung des Sozialistengesetzes, hatte die Lahrer SPD 60 Mitglieder. Dies scheint nicht viel zu sein, doch auch die Ortsgruppen in Pforzheim (250 Mitglieder), Karlsruhe (200 Mitglieder), Freiburg (110 Mitglieder), Offenburg (90 Mitglieder), Lörrach (60 Mitglieder), Kehl (20 Mitglieder) und Achern (10 Mitglieder) glänzen nicht unbedingt als Massenorganisationen³.

Wenn wir von schätzungsweise 3 000 Industriearbeitern in Lahr ausgehen, heißt das, daß in Lahr Mitte der 90er Jahre auf einen organisierten Sozialdemokraten etwa 50 nichtorganisierte Arbeiter kamen. Schätzwerte für die oben erwähnten Orte⁴ ergeben folgende Zahlen: Kehl 1/30, Offenburg 1/27, Achern 1/50, Karlsruhe 1/108, Pforzheim 1/64, Freiburg 1/81, Lörrach 1/48. Mannheim dürfte etwa über ein Verhältnis von 1/60 verfügt haben.

Nun läßt sich die Neigung zur Sozialdemokratie alleine an der Mitgliedschaft schlecht messen. Besonders in kleineren Orten ist die (geheime) Unterstützung durch Wahlen weit darüber hinausgegangen, ist doch bis ins zwanzigste Jahrhundert die Mitgliedschaft in der SPD mit sozialen Sanktionen und Nachteilen verbunden. Werfen wir deshalb auch einen Blick auf die Wahlergebnisse der 90er Jahre. Wir nehmen hierzu die Reichstagswahlen, da ihre Ergebnisse am bequemsten einzusehen sind.

Die Sozialdemokraten in Lahr erhielten in den Jahren 1890 bis 1903 nach der Auflistung von Walter Caroli und Robert Stimpel folgende Stimmen⁵:

1890:	238	(12,8%)
1893:	290	(15,6%)
1898:	378	(19,9%)
1903:	551	(23,5%)

Damit bewegt sich Lahr knapp über dem badischen Durchschnitt, hinkt allerdings hinter anderen badischen Städten her⁶.

Es läßt sich also zeigen, daß Lahr zwar nicht die „Speerspitze“ der badischen Arbeiterbewegung darstellt, aber auch nicht unbedingt als das „abschreckende Beispiel“⁷ der deutschen Arbeiterbewegung gelten muß.

Die zweite These, die nicht nur in bezug auf Lahr, sondern generell für Baden gerne in Anspruch genommen wird, besagt, daß es in Baden (und auch in Lahr) einen relativ hohen Anteil von Arbeitern gegeben habe, der noch über (wenn auch geringfügigen) Besitz an Grund und Boden verfügt habe. Hubert Locher meinte dazu: „Dies blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeiterschaft, die hier, im Unterschied zu den anderen westeuropäischen Staaten, die Fühlungnahme mit dem Boden nicht verlor. Das kleinbäuerliche Element stellte den Fabrikarbeiter in den meisten industriellen Unternehmungen. . . . Dadurch war die Entstehung von Elendsvierteln, die leicht zu Brutstätten des Kommunismus werden konnten, unmöglich gemacht.“⁸

Gerne werden diese Arbeiter – wie ich meine, irreführend – auch als „Arbeiterbauern“ bezeichnet^{8a}.

Bevor wir diese These für Lahr empirisch überprüfen, seien einige methodische und theoretische Überlegungen vorangeschickt. Der unmittelbare Schluß von der sozioökonomischen Lage eines Bevölkerungsteil auf sein politisches Verhalten ist ein ziemlich riskantes Unterfangen. Es ist zunächst einmal nicht einzusehen, weshalb nicht auch viele andere – besonders aber politische Faktoren – eine Rolle gespielt haben sollen.

Die Gleichung, daß der Besitz einer kleinen Parzelle gegen die Sozialdemokratie immunisiert haben soll, orientiert sich viel zu stark an dem Schreckensbild, das der Bürger des 19. und frühen 20. Jahrhunderts von den Sozialdemokraten hatte. Verelendung, Verarmung und Kommunismus waren für ihn ein und dasselbe. Aus der bürgerlich-liberalen Vorstellung, daß nur der Besitz zu einem vollwertigen Mitglied der Gesellschaft macht, wird im Umkehrschluß die Bedrohung durch die Besitzlosigkeit und Verelendung konstruiert. Dementsprechend ist für die liberale Weltanschauung auch nur die absolute Besitzlosigkeit zu politisch radikaler Einstellung fähig. Noch heutige Historiker können sich der Suggestion dieser Ideologie nicht entziehen und propagieren das Bild vom wirtschaftsfriedlichen „Arbeiter-Bauern“.

Tatsächlich aber sollte die frühe Geschichte der Arbeiterbewegung hier zu einiger Vorsicht raten. Es waren ja gerade nicht die verelendeten, verhun-

gernden Proletarier, die die Anhänger und Führungspersonen der Arbeiterbewegung stellten, sondern im Gegenteil proletarisierte Handwerker und Facharbeiter, die auf dem Arbeitsmarkt eine relativ stabile Position hatten und wesentliche Impulse vermittelten. Auch in Lahr ist zumindest denkbar, daß der Arbeiter, der über eine gewisse Sicherheit in Form von selbsterzeugten Lebensmitteln verfügte, viel eher konfliktfähig war als der ungesicherte reine Fabrikarbeiter, der in seiner ganzen Existenz in die Zwänge der kapitalistischen Produktion eingespannt war. Welcher von beiden kann einen Streik wohl eher durchhalten? Problematisch wird da schon viel eher, daß der Grund- und Bodenbesitzer in seiner Mobilität deutlich eingeschränkt und von daher verletzbarer ist.

Doch mag die ganze Argumentation müßig werden, wenn man sich die tatsächlichen Verhältnisse anschaut. Nach eigenen Berechnungen, die auf der Auswertung der Lahrer Steuerkataster beruhen, besaßen 1895 in Lahr 221 Fabrikarbeiter Haus- oder Grundbesitz. Bezogen auf etwa 1 100 in Lahr wohnhafte männliche Fabrikarbeiter, bedeutet dies, daß etwa jeder fünfte über diese Form von Besitz verfügte. Das mag über dem Durchschnitt etwa im Ruhrgebiet liegen⁹, aber muß man dieser Zahl deshalb eine so hohe Bedeutung beimessen?

Wenden wir uns nun nach diesen Vorüberlegungen den Lahrer Verhältnissen zu. Fest steht zum einen, daß Lahr im 19. Jahrhundert über einen relativ großen industriellen Bereich verfügte, dessen innere Struktur allerdings sehr differenziert war¹⁰. Ebenso fest steht zum anderen, daß es auch in Lahr damit fast automatisch zu neuen Formen der Auseinandersetzungen zwischen „Unterschichten“ und „Oberschichten“ kam: der unvermeidliche Konflikt zwischen Arbeit und Kapital suchte sich auch hier seine Ventile. Dieser Aufsatz versucht zu zeigen, welche Formen sich diese Reibungen zunächst suchten und welche Faktoren auf die Austragung der Kämpfe einwirkten.

Für die Zeit vor 1848 sind die Nachrichten über selbständige politische oder soziale Bewegungen der Lahrer Arbeiterschaft spärlich. Zudem sind es bis jetzt ausschließlich indirekte Zeugnisse, die uns vage Vermutungen erlauben. Sie zeigen zumeist das Verhalten der bürgerlichen Klasse und der „Obrigkeit“, aus denen wir – mit einem gewissen Risiko – auf das „Objekt“ der Reaktionen, die Arbeiterklasse, zurückschließen können.

Erste Ereignisse führen uns in die frühen dreißiger Jahre zurück. Zu diesem Zeitpunkt gab es in den Lahrer Manufakturen etwa 300 bis 400 Arbeiterinnen und Arbeiter, doch kann man von ihnen kaum als einer Klasse sprechen. Viele Fäden verbanden sie noch mit außerindustriellen Lebens-

welten, zudem waren sie untereinander vielfach gespalten in Männer, Frauen, Kinder, Tagelöhner, Facharbeiter, Gelegenheitsarbeiter u.v.m. Dennoch hält im Jahre 1833 der moderne Klassenkonflikt auch in Lahr Einzug, wenn auch auf eher „theoretische“ Art, nämlich im „Lahrer Wochenblatt“.

Die Ursachen für die Zeitung und ihre Leser, sich mit der modernen Arbeiterfrage zu befassen, lagen weiter westlich, in Südfrankreich. Hier war es 1831 zu Streiks in den Lyoner Seidenindustrien gekommen, die militärisch niedergeschlagen wurden. Dennoch ließen diese ersten selbständigen Massenbewegungen der Fabrikarbeitserschaft auf dem europäischen Festland von nun an das Bürgertum nicht mehr ruhen.

Am 27. Juli 1833 berichtete das „Lahrer Wochenblatt“ von „fortdauernden Spannungen zwischen den Seidenfabrikherren und ihren Arbeitern in Lyon und der Gefahr neuer Ausbrüche, weil die Arbeiter mehr Lohn wollten“. Kurze Zeit darauf wurde erleichtert „Friede“ gemeldet, doch schon im darauffolgenden Jahr kam es zu neuen, schweren Ausbrüchen.

Die Reaktion hierauf durch das „Lahrer Wochenblatt“ ist bemerkenswert. Zum einen wird in der Erklärung der Unruhen zum ersten Mal ein Modell bemüht, welches sich von jetzt an durch die Beurteilung der Arbeiterbewegung durch den Bürger ziehen sollte: der verführte Arbeiter.

„Der furchtbare Sturm der Arbeiter in Frankreich“, konnten die Lahrer Handelsleute und Fabrikanten im Januar 1834 lesen, „hat sich nun zwar gelegt, aber nun verfolgt man die Fäden der mächtigen und bedenklichen Verbindung, und glaubt sie in den Händen einer gewissen Parthei zu entdecken, die hinter dem Vorhang die Bewegungen leitete, und welcher die verhafteten und verurtheilten Häupter der Arbeiter nur zu blinden Werkzeugen dienten.“

Zum anderen befand sich die liberale Bourgeoisie in Baden in den dreißiger Jahren ja selbst in Auseinandersetzungen mit der Obrigkeit, und zumindest Teile der Liberalen betrachteten das „Volk“ dabei noch als willkommene Bündnispartner. Und so konnte sich die Reaktion auf die schweren Auseinandersetzungen in Lyon einer gewissen Bewunderung nicht enthalten:

„Fünf Tage war der Mordkampf in Lyon und viel wilder als in Paris. 12 000 Arbeiter werden gerechnet, die im Feuer standen. Die Anstalten derselben waren meisterhaft und der Verlust der Linientruppen bedeutend.“ Parallel zu diesen aktuellen Berichten erschienen nun häufiger Artikel und Artikelreihen über führende Theoretiker des frühen Sozialismus. So etwa finden die St. Simonisten unter Prosper Enfantin (LW 1833/92) oder auch

Etienne Cabet (LW 184/22) Erwähnung und Kommentar. Im Lauf der dreißiger Jahre versandeten diese Tendenzen dann wieder. Dennoch lohnt es festzuhalten: Noch bevor die Lahrer Arbeiterklasse erste selbständige Schritte unternahm, war auf seiten ihrer späteren Kontrahenten das Wissen um das Problem vorhanden. Hier deutete sich ein „Vorsprung“ an, der für die spätere Geschichte der Arbeiterbewegung in Lahr nicht zu unterschätzen ist.

1847: Stadtpfarrer Doll und der vorbeugende „Reformismus“

Das früheste Zeugnis über Reaktionen der „besseren Klasse“, welches direkt auf Lahr Bezug nimmt, deutet ebenfalls auf die eben geschilderten Zusammenhänge hin. Es handelt sich um eine handschriftliche Denkschrift des Stadtpfarrers Doll, in welcher dieser sich mit der (besonders 1846/47) grassierenden Armut in der Stadt auseinandersetzte¹¹. Zwar hing Doll durchaus noch den traditionellen, protestantisch-philanthropischen Vorstellungen an, doch wußte er schon die Bedeutung der „Fabrikarbeit“ für dieses Phänomen einzuschätzen. Doll wies, wie übrigens schon 20 Jahre zuvor Amtmann und Stadtchronist Ferdinand Stein^{11a}, deutlich auf die „auflösende“ Wirkung der Fabrikarbeit hin. Uneheliche Geburten, „Verschwendungssucht“ und mangelnde „Erziehung“ der Kinder zeugen für das Verschwinden alter sozialer Bande. Eine Ursache: „Der Mangel einer gewissen moralischen Berücksichtigung in unseren meisten Fabriken. Nur Arbeit allein, nicht Moralität wird berücksichtigt.“

Neben allgemeinen karitativen, aber auch restriktiven Maßnahmen („Strenges Durchführen des Grundsatzes: wer arbeiten kann und nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.“) forderte Doll schon die Einrichtung von Hilfs- und Unterstützungskassen in den Fabriken. Hieran hätten gerade die Fabrikherren ein gesteigertes Interesse, denn: „Sind die Quellen der Verarmung verstopft, dann fallen die Armen dem Gespenst unserer Zeit, dem Communismus nicht anheim.“

Verarbeitete Doll hier Lahrer Erfahrungen? Oder lernte er lediglich – sozusagen überregional – aus den Weberunruhen der Zeit? Tatsache ist jedenfalls, daß die „Fabrikbevölkerung“ zu einem Faktor der Lahrer Innenpolitik wurde.

Arbeiter in der 48er Revolution in Lahr

Im März und April 1848 wurde aus diesem Faktor eine wirkliche Erscheinung. Auch für einen Großteil der Liberalen kam die Revolution überraschend und durchaus ungelegen. Noch überraschter aber waren sie, als sie in den politischen Bewegungen auf Klassen stießen, die sie bisher mehr als Objekt ihrer eigenen Politik betrachteten, nicht aber als selbständige Subjekte. Doch am 18. April 1848 mußte ein anonymes Schreiben im Lahrer Wochenblatt feststellen:

„Wir haben auch hier eine Arbeiterbewegung durch einige unvorsichtige Agitatoren in ihrer Unerfahrenheit künstlich hervorgerufen, – auch bei uns soll ganz wie in Paris durch Vertretung der Rechte der Ouvriers und der Jugend. – eigentlich aber wohl nur der lieben Eitelkeit zu liebe, dem Volk geschmeichelt werden.“ Und nachdem er solcherart erneut die Arbeiter zu verführten Opfern gewissenloser „Demagogen“ gemacht hat, hat er im folgenden auch keine Mühe, ihnen das gleiche und allgemeine Stimmrecht abzusprechen.

Es scheint aber, daß er sich hierbei in den innenpolitischen Verhältnissen Lahrs etwas verkalkuliert hat. Schon drei Ausgaben später mußte das Wochenblatt einen kurzen Artikel einrücken, in welchen der anonyme Schreiber sich offiziell bei den Arbeitern entschuldigte, da er, „als er jenes schrieb, von einem Arbeiterverein nichts wußte, [. . .] er denselben also nicht konnte verdächtigen, so wenig als er irgend einen Arbeiter dabei im Auge hatte“. Dies ist der erste Lahrer „Arbeiterverein“, von dem wir wissen, der Vorläufer aller späteren Partei- und Gewerkschaftsgründungen in der Stadt. Leider wissen wir nicht, wer ihm angehörte, noch was aus ihm wurde.

Für das Wochenblatt aber war er immerhin Anlaß im Frühsommer 1848 ihre bisher umfangreichste Artikelreihe zum Thema „Arbeiterbewegung und Sozialismus“ zu veröffentlichen, wobei es sich versteht, daß diese dabei denkbar schlecht wegkamen.

Mit der Niederlage der Revolution endeten auch diese ersten selbständigen politischen Gehversuche der Lahrer Arbeiterschaft oder wurden von der folgenden Reaktion der fünfziger Jahre unterdrückt. 1850 etwa werden der Schneider August Hell und der Posamentier Wilhelm Romann aus Lahr auf Beschluß des Schweizer Bundesrates wegen Mitgliedschaft in deutschen Arbeitervereinen aus der Schweiz ausgewiesen¹². Nach den Meldungen der Stadtverwaltung allerdings wird in den kommenden Jahren keine Arbeiterverbindung in Lahr gegründet, „man den Polizeipersonen) übrigens eingeschärft hat hierauf ein wachsames Auge zu haben“¹³.

In der Regel werden sich die Lahrer Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen dieser Zeit eher durch hohe Fluktuationsraten gegen übermäßige Ausbeutung zur Wehr gesetzt haben. Für 1853 ist uns ein Versuch der Lahrer Fabrikanten überliefert, daß kein Arbeiter ohne Erlaubnis und „gegründete Ursache“ seinen Arbeitsplatz wechseln dürfe. Für Auswärtige standen vier Wochen Stadtverbot, für Einheimische vier Wochen Einstellungsverbot als Strafe aus Zuwiderhandlung¹⁴.

1857: Hutfabrikant Kramers Streikbrecher

Der erste Arbeitskampf, der schon deutlich moderne Züge trägt, ist uns für Lahr aus dem Jahre 1857 überliefert. Gleichzeitig zeigen sich in dieser Auseinandersetzung noch deutlich die Spuren des Übergangs, weshalb er hier erstmalig ausführlicher geschildert werden soll¹⁵.

Ausgangspunkt einer Untersuchung des Lahrer Bezirksamtes waren Organisationsbemühungen der Freiburger Hutmachergesellen im Jahre 1857. Deren „Treiben“ war durch eine Denunziation eines Gesellen der Obrigkeit zur Kenntnis gebracht worden. Eher routinemäßig fragte die Mittel-Rheinkreis-Regierung bei den Bezirksamtern an, ob in ihren Bereichen ähnliche Bewegungen zu beobachten seien. Am 26.02.1857 wurde der Lahrer Hutmachermeister August Kramer deshalb vor das Bezirksamt geladen, der tatsächlich solche Vorgänge für Lahr bestätigte. Worum ging es?

Es stellte sich heraus, daß unter den Hutmachergesellen eine Bruderschaft bestand, deren Haupttätigkeit darin lag, Unterstützungsgelder an Mitglieder auszahlen und einen überlokalen Interessensverband herzustellen. Für die Ämter und Meister allerdings bestand die Tätigkeit der Gesellschaften hauptsächlich im sinnlosen Vertrinken der Einstandsgelder. Wirklich ärgerlich war allerdings besonders für die Handwerksmeister ein anderer Umstand: „Die Gesellen arbeiten weiter dafür, daß kein Arbeiter (!) in einer Stadt Beschäftigung erhält, welcher nicht zur Bruderschaft gehört, und erhält auch bloß ein solcher Unterstützung von ihnen. Ein weiterer Unfug besteht darin, daß die Gesellen dem Arbeitsherrn häufig gewisse Bedingungen stellen, z.B. über die Anzahl der Lehrlinge; geht der Arbeitsherr nicht damit ein, so wird die Werkstätte geschimpft, und wird jeder Geselle, der dort arbeitet, als anrühlich angesehen.“

In der Form erinnern diese Auseinandersetzungen noch stark an frühere Konflikte zwischen Gesellen und Meistern. Was ihnen aber einen modernen Charakter verleiht und ihren Platz im Übergangsfeld zu modernen Gewerkschaften zuweist, ist die konkrete ökonomische Situation, in denen

diese Kämpfe stattfanden. August Kramer war nämlich keineswegs einfacher Hutmachermeister, sondern, wie auch die Akten getreulich festhalten, seit 6 Jahren Hutfabrikant, der mit mindestens zwölf Gesellen (deshalb des öfteren schon Arbeiter genannt) arbeitete, zunehmend auch versucht, die gelernten Gesellen durch verstärkten Einsatz billiger Lehrlinge zu ersetzen.

Und auch die Reaktionen auf den Druck der Gesellen zeigten die moderne Seite des Konfliktes. „Anfangs mußte er (Kramer) sich wegen des Mangels an Arbeitern den Zwang gefallen lassen. Als er nach und nach einige Arbeiter von hier nachgezogen, ging er nicht mehr auf das gestellte Verlangen ein, infolge dessen dann mehrere Arbeiter weggingen.“ Das heißt, Kramer gelang es, an Lahr gebundene Arbeiter als potentielle Streikbrecher einzustellen und so den Zusammenschluß seiner Gesellen zu unterlaufen. Die zumindest noch teilweise an zünftlerischen Formen orientierten Bruderschaften waren den modernen Produktionsformen, die ja auch mit angelernten Kräften arbeiteten, nicht gewachsen. Eine zweite Reaktion besteht in dem scharfen Eingreifen der Regierung. Erkannte Gesellen wurden mit hohen Geldstrafen und Arrest bestraft. Zwei eine Anstellung suchende Haarschneider etwa, die im Frühjahr 1858 Kramer noch einmal unter Druck setzen wollten, wanderten dafür jeweils sieben Tage ins Gefängnis.

An dieser Stelle zeigt sich, daß das Bürgertum schon über überregionale Handlungsmöglichkeiten verfügte, als die Arbeiter noch weitgehend in lokalen Zusammenhängen gebunden waren.

Die letzte Reaktion, die von Bedeutung ist, weist dann schon beinahe in das zwanzigste Jahrhundert. Am 21. Juni 1858 wurde in Lahr der katholische Gesellenverein gegründet¹⁶. Zufall? Man muß keine Zusammenhänge mit den Vorfällen bei Kramer behaupten, und dennoch die Gründung genau in dieser Zeit als gezielte Maßnahme gegen die junge Arbeiterbewegung (oder auslaufende Gesellenbewegung) betrachten zu können.

Seit den fünfziger Jahren, so kann man also festhalten, bewegen sich die Versuche der Arbeiterbewegung, sich als selbständige Kraft zu konstituieren, in einem komplexen Geflecht ideologischer und organisatorischer Beeinflussung. Es wäre also viel zu simpel, einzelne Faktoren wie Grundbesitz, Seßhaftigkeit oder Lebensstandard als Ursachen für den besonderen Charakter der Lahrer Arbeiterbewegung anzuführen. Letztlich wurzelt der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ja nicht in der Verelendung der Arbeiter – was ihn nicht von älteren „Unterschichten“ unterscheidet –, sondern in dem besonderen Verhältnis des Arbeiters zum Fabrikherrn. Rechtlosigkeit und „strukturelle Ungleichheit“ zeichnen dieses Verhältnis aus. Der Fabrikant „kauft“ die Arbeitskraft und erhält damit volle Verfügungs-

gewalt darüber. Dieser „Vertrag“ wurde (und wird) aber nicht zwischen Gleichstarken getroffen, weshalb sich überall dort, wo dieses Kapitalverhältnis existiert, eine Form von Arbeiterbewegung durchsetzen wird. Dieses Durchsetzen selbst, das Bewußtwerden und Geltendmachen von Interessen aber ist ein ideologischer und politischer Akt, weshalb die ideologischen und politischen Bedingungen auch für Lahr schärfer betont werden sollten, als es bisher der Fall war.

1862: Die Baders und der ideologische Reformismus

Ein Beispiel ideologischer Bedingungen ist zum Beispiel das kleine Büchlein, das der Lahrer Zigarrenfabrikant Adolf Friedrich Bader und seine Frau Amalie Luise im Jahre 1862 herausbrachten: „Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet“¹⁷. Diese kleine Schrift wandte sich ausdrücklich an die Fabrikarbeiter und versuchte sie – durch Entwicklung der protestantischen Arbeitsethik und der Lutherschen Zwei-Reiche-Lehre – von der eigenständigen Organisation ihrer Interessen abzubringen. Zwei Textproben:

„Segne besonders die Herren und Aufseher, denen wir zu arbeiten und zu gehorchen haben, gieb auch dem ganzen Geschäft glücklichen Fortgang, daß es kein Stocken und keinen Stillstand erleide.“ „Nun höre einmal, lieber Fabrikarbeiter, du bist göttlichen Geschlechtes. [. . .] Was ists für eine ganz andere Würde, als wenn lügnerische Freiheitsapostel dir sagen, Volkssouverainetät sei die höchste Würde, und ihr Arbeiter seiet die Männer des Fortschritts und der Zukunft, und so manches, das man nicht einmal versteht, und wir seien alle gleich und alle Brüder. Die Gleichheit und Brüderlichkeit hat einen schönen Sinn, wens wahr ist und auf rechtem Grunde ruht. Vor Gott sind freilich alle gleich, alle gleich in der Unwürde als verlorene Sünder, aber alle gleich in der Würde als bestimmt zu Gottes Bilde.“

Man darf davon ausgehen, daß diese Schrift in den Gesellen- und Arbeiterbildungsvereinen in Lahr gelesen und besprochen wurde. Ihre Bedeutung liegt aber nun nicht darin, daß mit Hilfe protestantischer Theologie einfach versucht wurde, die Arbeiter vom Pfad der Klasseninteressen zurück in die Gemeinschaft der Gläubigen zu holen. Interessant ist vielmehr die Anerkennung bestimmter Forderungen der Arbeiter in diesem kleinen Büchlein, wodurch überhaupt erst die Möglichkeit ideologischer Wirkung geschaffen wurde. Ausdrücklich erwähnten die Baders das Recht des Fabrikarbeiters

auf humane Behandlung, Lohn, Lohnerhöhung (!) und – man denke an die Fabrikantenabmachung von 1853 – Kündigung!

Allen Versuchen eigenständiger Organisation wurde dagegen deutlich eine Absage erteilt, weshalb wir unter den „Pflichten“ der Arbeiter an erster Stelle den „Gemeingeist“ finden, gefolgt u.a. von Unterordnung und Gehorsam, Fleiß, Pünktlichkeit, Ordnung, Reinlichkeit, Treue und Ehrlichkeit.

Aus dieser Sicht zielten solche Versuche des Bürgertums also nicht so sehr auf eine Unterdrückung der Arbeiter, als vielmehr auf die Störung und Kanalisierung ihrer Organisationsbemühungen.

1863 wurde deshalb, von „mehrere(n) hiesige(n) Bürger(n) und Bürgersöhne(n)“ der Arbeiterbildungsverein in Lahr gegründet. Von ihm ist schon an anderer Stelle berichtet worden¹⁸, so daß er hier nicht behandelt zu werden braucht.

1870: Die Drucker und die harte Tour

Wir wollen uns dagegen wieder Bestrebungen der Arbeiter, selbst ihr Schicksal in die Hände zu nehmen, zuwenden. Noch vor der Reichsgründung, am 1. Januar 1870, wurde in Lahr eine erste Gewerkschaft der Drucker gegründet¹⁹. Daß es gerade Buchdrucker waren, die diesen entscheidenden Schritt unternahmen, ist kein Zufall. Neben den Zigarrenarbeitern zeichnete sich diese Berufsgruppe sehr früh durch eigene Organisationsbestrebungen in der jungen Arbeiterbewegung aus.

In Lahr aber hatten sie schlechte Karten. Schon 1873 wurden sie so stark unter Druck gesetzt, daß sie bis 1882 nur im Untergrund tätig waren. Eine Aussperrung 1873 brach – ähnlich schon wie ein Streik im Jahre 1869 – die Gemeinschaft auf. Betrachten wir nun die Lahrer Verhältnisse, dann werden die besonderen Schwierigkeiten für die Drucker in dieser Stadt sofort deutlich.

Es gab in Lahr zu dieser Zeit nur drei größere Druckhäuser, von denen zudem zwei (Schauenburg und Kaufmann) noch durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden waren. Wir können also davon ausgehen, daß den Druckern hier eine außergewöhnlich geschlossene Arbeitgeberfront gegenüber stand. Dementsprechend bedeutete eine Entlassung in Lahr zugleich das Verlassen der Stadt – ein unaufhörlicher Aderlaß der Organisation. Im Druckhaus Schauenburg etwa bestand in den achtziger Jahren die

ausdrückliche Bestimmung, daß Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker nicht angestellt werden durften bzw. entlassen werden mußten²⁰.

Diesem Problem, das sich der Arbeiterbewegung besonders in Kleinstädten zeigte, soll etwas genauer nachgegangen werden. Die Grundlage für die folgenden Zahlen stellen die Adreßbücher der Stadt Lahr dar.

Danach waren 1892 38% der Drucker, die noch 1876 in den Adreßbüchern verzeichnet waren, nicht mehr in Lahr. Zwischen 1896 und 1901 betrug die Fluktuation sogar 45%, in den nächsten fünf Jahren noch 40%.

Das bedeutet, daß um die Jahrhundertwende beinahe jeder zweite Drucker innerhalb von fünf Jahren die Stadt wieder verließ. Es liegt auf der Hand, daß dies eher die agilen, flexiblen, jungen und organisationsbereiten Arbeiter waren.

Demgegenüber weisen andere Berufsgruppen folgende Werte auf (von 1876 bis 1892)²¹:

Bauern: 14% (das dürfte in etwa die natürliche Sterblichkeit sein)

Selbständige (Handwerker und Fabrikanten): 23%

Kartonagearbeiter: 29%

Ungelernte Arbeiter: 45%

Öffentliche Dienste: 63%

Deutlich wird hier also die geringere Mobilität der herrschenden Schichten in der Stadt, die wesentlich leichter entsprechende Positionen im politischen und kulturellen Kräftefeld der Stadt aufbauen konnten. (Die hohe Mobilität der Beamten in der Stadt verweist auf ein Phänomen, das hier nicht weiter erörtert werden kann. Da diese jedoch an die staatliche Sphäre gebunden waren, stellt dies keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung einer anderen Seite bürgerlicher Herrschaft dar – nämlich der staatlichen.)

Vom Lahrer Bürgertum wurde diese Strategie – wie schon 1853 – durchaus bewußt verfolgt. Nach dem (zweiten) Attentat auf Wilhelm I. druckte die Lahrer Zeitung einen Artikel der Kölner Zeitung nach, in dem es hieß:

„Nur wenn die größeren Arbeitgeber zur verständigen Selbsthilfe greifen [. . .], wenn sie Haus und Fabrik den sozialistischen Agitatoren und den zahlreichen Zuhörern und Auftraggebern unbedingt verschließen, wird das sozialdemokratische Giftgewächs an der Wurzel getroffen sein.“²²

Solchen Maßnahmen hatte die Lahrer Arbeiterklasse – ähnlich wie bei den rabiatischen Methoden der Reichenbacher Bürgerschaft im selben Monat²³ – wenig entgegenzusetzen. Gerade unter kleinstädtischen Verhältnissen und den Bedingungen eines sehr restriktiven Vereinsgesetzes war an die Gründung eigener Organisationen nur selten zu denken.²⁴

Aus diesen Gründen ist die Entstehung der Arbeiterbewegung – nicht nur in Lahr – immer und überall auch ganz wesentlich durch überlokale und überregionale Verhältnisse mitbedingt. Sei es durch Agitatoren, durch Druckschriften, durch Streikgelder oder auch durch neue, nicht in alte patriarchalische Verhältnisse gebundene Arbeiter: die Verallgemeinerung der Arbeiterinteressen und ihre Formulierung ist niemals nur ein lokaler Akt.

Es wirft deshalb auch kein besonderes Licht auf die Lahrer Verhältnisse, wenn man die überragende Rolle so vieler zugezogener Arbeiter für die hiesige Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung beschreibt. Dieser überregionale Bezug ist gerade konstitutiv für die Arbeiterbewegung und macht einen Teil ihrer Modernität aus. Es ist darum kein Wunder, daß in einer kleinen Stadt wie Lahr die Zahl der SPD-Wähler immer deutlich über der Zahl der Aktivisten liegt. Gerade die Wahlen sind ja – setzt man ein halbwegs demokratisches Wahlrecht voraus – Ausdruck überregionaler Beziehungen und durch lokale Maßnahmen nur schwer direkt zu beeinflussen.

1870–1890: Steter Tropfen höhlt den Stein?

Um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft Lahrs in den Jahren zwischen 1870 und 1890 keineswegs passiv und zufrieden war, sollen hier die wichtigsten Ereignisse dieser Jahre erstmals rekapituliert werden. Eines der ersten uns interessierenden Ereignisse ist ein Streik bei – Kramer. „Zur Erzielung des Normalarbeitstages und höheren Lohnes“, berichtet die Quelle²⁵, wurde die Arbeit eingestellt, „später theilweise den Bedingungen des Arbeitgebers sich unterworfen, theils sich verlaufen.“ Es dürfte sich hier um das Jahr 1872 gehandelt haben, an dessen Ende uns auch der erste Sozialdemokrat in Lahr begegnet: der Webergesell Bermel aus Hof, wohl als Agitator. Anfangs erzielte er großen Zulauf bei seinen Veranstaltungen – wohl ein Neugiereffekt –, was mit der Zeit nachließ. Dennoch gelang es ihm, einen Ortsverein zu gründen, über den es heißt: „Zahl der Mitglieder angeblich 42, Einnahme 6 fl. 36, Ausgabe 5 fl. 57, der Leiter geht dem Vernehmen nach bis Monat Mai von hier fort.“ Es war dies der erste bekannte Lahrer sozialdemokratische Ortsverein, der aber wohl bald wieder einging.

1874 wurde schon nichts mehr von ihm berichtet, wohl aber von teilweisen Lohnverlusten der ArbeiterInnen, weshalb „Kinderarbeit deshalb nicht so gesucht ist wie früher“. Der Klassenkampf in seiner deutlichsten Form fand lediglich im Brauch des „Blauen Montags“ statt, ein ständiges Ärgernis für die Arbeitgeber, zumal teilweise „auch noch der Dienstag im Bierhause zugebracht“ wurde. 1874 hatte die fortschreitende „Gründerkrise“, d.h. die bis dahin schwerste Wirtschaftskrise, die der deutsche Kapitalismus kannte, die Arbeiterschaft fest im Griff. Streiks wurden keine gemeldet, dafür aber häufige „Kontraktbrüche“. Dennoch blieb die Entwicklung nicht stehen, die junge Arbeiterbewegung glich einem ständigen Anrollen der Flut, bis der Damm brach. So erfahren wir zum Beispiel, daß der Arbeiterbildungsverein in eine Krise geraten war, und ein neuer von 25 Fabrikarbeitern gebildet wurde, „die ausdrücklich nichts mit dem bestehenden Arbeiterbildungsverein zu tun haben wollen“. Gleichzeitig aber, eine Tendenz, die besonders im zwanzigsten Jahrhundert noch von großer Bedeutung sein wird, ein erneuter Spaltungsversuch: Der kaufmännische Verein „Mercuria“ wurde gegründet und organisierte hauptsächlich Lehrlinge und Commis'. Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878 bleibt es ruhig in Lahr. Die Löhne sind etwas, wohl aber nicht so stark wie in anderen Landesteilen gesunken und Massenentlassungen konnten vermieden werden.

Anfang der achtziger Jahre verschärfte sich die Lage. Die Lebensweise der Arbeiter nahm immer stärker proletarische Züge an, die sozialen Grenzen verhärteten sich. Ein Auszug aus dem Jahresbericht von 1881: „Die guten Stamarbeiter haben es meist zum Gewerbe auf eigene Rechnung gebracht und immermehr wird die Arbeiterbevölkerung von nah und fern zusammengewürfelt, der der Unterstützungswohnsitz fehlt, oder die mit ihren Familien 2 Jahre sich am Platze aufhalten, um bald darauf die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Darunter leidet die gute Sitte des Sparens und an ihre Stelle tritt immer mehr die Unsitte des Trinkens während der Arbeitszeit [. . .]. Die Mietwohnungsverhältnisse der Arbeiter sind ziemlich gut, aber die Sittlichkeit der Arbeiter in ihrem Familienkreis lockert sich mehr und mehr, namentlich fehlt es an der wichtigen elterlichen fürsorglichen Erziehung der Kinder und geht der Verbrauch auch an geistigen Getränken im Hause über den Verdienst. Damit ergibt sich auch eine allgemeine vorherrschende Unzufriedenheit, der Neid auf die Vermöglichen.“ Und unter diesen Umständen sollte die Sozialdemokratie keine Chance gehabt haben? Wenn es sie zu dieser Zeit in Lahr kaum gab, hatte das wohl andere Gründe: „Wenn wir unter den Democraten socialdemokratische Elemente verzeichnen²⁶, so führt sich dies doch nur auf die strenge Controlle, welcher die Fabrikarbeiter der überwiegenden Zahl der Fabrikherren und der Sicherheitsorgane sich überwacht fühlen“²⁷ – so das Bezirksamt.

Doch half dies nicht völlig. Um 1890 herum wurde eine kleine Anzahl von Sozialdemokraten vermerkt, „welche man kennt und welche wahrscheinlich auch sozial-demokratische Zeitschriften aus derzeit noch nicht ermittelten Wegen beziehen, nachdem ihre frühere Bezugsquelle verlegt wurde. Sie kommen in geringer Anzahl in ihren Wohnungen zusammen“.

Die bisherigen Ausführungen sollten zeigen, daß man es sich zu leicht macht, wenn man die Entstehung der Sozialdemokratie umstandslos auf soziale und ökonomische Verhältnisse der Stadt bezieht. Gerade die organisatorische und ideologische Tätigkeit der Arbeiterbewegung wurde von einer Vielzahl politischer und kultureller Faktoren mitbestimmt und wirkte dann natürlich auf die Bewußtseinsbildung zurück.

Kulturelle und politische Voraussetzungen sozialdemokratischer Identitätsbildung

Hierbei sollte auch beachtet werden, daß es in Lahr sehr schwer fiel, proletarische Wohnviertel herauszubilden. Oder, vielleicht sollte man eher sagen: Es gab auch in Lahr diese Quartiere, doch waren sie weder intern besonders homogen noch extern ausgesprochen abgeschlossen gegenüber der übrigen Stadt. Wer aber heute mal ein solches Lahrer „Proleten-Viertel“ kennenlernen möchte, der mache einen Spaziergang von der Schützenstraße durch die Bismarckstraße über die Friedrichstraße rauf nach Burgheim. An dieser westlichen Peripherie der Stadt lebten 1911 etwa 60% der Lahrer Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Gewerbegehilfen²⁸. Auch 50 Jahre zuvor übrigens konzentrierten sich schon etwa die Hälfte der Arbeiter in den Vorstädten: Burgheim, Vogtsvorstadt, Rappenvorstadt und Dinglinger Vorstadt.

Leider fehlt hier der Platz, um noch einen genaueren Blick auf die Entwicklung der Lahrer Arbeiterkultur zu werfen. Statt dessen folgen abschließend noch einige Bemerkungen zum politischen Leben der Stadt.

Lahr war – das ist spätestens durch den dritten Band der Stadtgeschichte deutlich geworden – eine Stadt des Nationalliberalismus. Der Wahlauftritt dieser Partei aus dem Jahre 1890 macht dabei deutlich, daß hierbei „National“ ganz groß, „Liberal“ ganz klein geschrieben werden muß, von „Demokratie“ erst recht keine Spur zu sehen ist²⁹. Meine Vermutung ist, daß die zunächst fast grenzenlose Hegemonie des Nationalliberalismus und die beinahe völlige Abwesenheit der Liberaldemokraten die Arbeiterbewegung in Lahr mehr gehemmt hat als alle Kleingärten zusammen.

Der enge Zusammenhang zwischen der frühen Sozialdemokratie und den Demokraten in Baden ist seit langem bekannt³⁰. So läßt sich für den Offenburger, Pforzheimer und Mannheimer Wahlkreis – spätere sozialdemokratische „Hochburgen“ – für 1878 eine starke demokratische Präsenz zeigen³¹. Blieben die demokratischen Kräfte aber schwach und wurden die vom Nationalliberalismus abfallenden Stimmen dagegen vom Zentrum bzw. den Konservativen gebunden, legte dies der Sozialdemokratie erneut Hindernisse in den Weg.

Für Lahr hätte eine stärker demokratische Kraft zum Beispiel die Konsequenz haben können, daß das Meinungsmonopol der Lahrer Zeitung nicht nur von klerikaler Seite (Lahrer Anzeiger), sondern eben auch von kleinbürgerlich-demokratischer Seite aufgebrochen worden wäre. Das gesamte politische Klima der Stadt, das nach allen bisher bekannten Quellen als ausgesprochen restriktiv gekennzeichnet werden muß, hätte eine andere Färbung bekommen. Aber das sind Spekulationen, auf die vielleicht später noch einmal zurückzukommen sein wird.

Plädoyer: Für eine politische Geschichte der Arbeiterbewegung

Bleibt als Resümee festzuhalten: Die Behauptung, daß die Lahrer Arbeiterbewegung rückständig und schwach gewesen sei, läßt sich in dieser Deutlichkeit wohl nur von der Gewerkschaftsbewegung behaupten. Diese war – und die Gründe wurden oben geschildert – besonders anfällig gegenüber dem Druck der Arbeitgeber und relativ leicht zu verletzen. Dies gilt besonders, da der Kurs von der (nationalliberalen) Stadtoberigkeit gestützt wurde.

Bei geheimen Wahlen dagegen zeigt sich eine durchaus „normale“ Zustimmung zur Sozialdemokratie. Daß sie ihre ersten Stadtverordneten erst 1907 und den ersten Stadtrat erst 1913 – den Lithographen Gustav Richter – durchzusetzen vermochten, ist eher dem undemokratischen Gemeindevahlrecht als unmittelbar wirtschaftlichen Strukturen zuzurechnen.

Wichtig aber scheint mir, bei der Suche nach den Gründen für diese „besonderen“ Lahrer Verhältnisse nicht nur die soziale Lage der Arbeiterschaft im Auge zu behalten. Sowohl die Formulierung als auch die Vertretung (und Verallgemeinerung) von sozialen Interessen (und genau dies ist „Politik“) ist nicht einfach ein Reflex ökonomisch-sozialer Lage, sondern ein Prozeß, der in einem gegebenen, sich ändernden politischen „Kräftefeld“ stattfindet.

Literatur

- Bader, Adolf Friedrich/Bader, Amalie Luise, *Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet*; Stuttgart 1862
- Boelcke, Willi A., *Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Stuttgart/Berlin/Köln 1989
- Bühler, Christoph, *Um des Wählers Stimme – Die Parteien in der Gunst der Lahrer Wähler*, in: Stadt Lahr (Hg.), *Geschichte der Stadt Lahr. Bd. 3: Im 20. Jahrhundert*, Lahr 1993, S. 212 ff.
- Caroli, Walter/Stimpel, Robert, *Geschichte der Lahrer SPD. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung in der Stadt Lahr*, Lahr 1979
- Ell, Emil, „In den Gärten prangen Kaiserblumen . . .“. *Wie Lahr Kasernen baute, um Garnisonsstadt zu werden*, Lahr 1980
- Fenske, Hans, *Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933*, Berlin/Köln/Mainz 1981
- Gall, Lothar, *Sozialistengesetz und innenpolitischer Umschwung. Baden und die Krise des Jahres 1878. Mit einem Anhang: Die badische Sozialdemokratie im Jahre 1878*, in ZGO 111, S. 473 ff.
- Locher, Hubert, *Die wirtschaftliche und soziale Lage in Baden am Vorabend der Revolution von 1848*, phil. Diss. Freiburg 1950
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*, Bonn 1992
- Schadt, Jörg, *Die sozialdemokratische Partei in Baden von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende 1868–1900*, Hannover 1971
- Schaub, August, *Die industrielle Geschichte der Stadt Lahr*, jur. Diss. Freiburg 1921
- Specht, Fritz/Schwabe, Paul, *Die Reichstagswahlen von 1867–1907. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien*, Berlin 1908
- Stein, Ferdinand, *Geschichte und Beschreibung der Stadt Lahr und ihrer Umgebung mit vorzüglicher Berücksichtigung der Handelsverhältnisse*, Lahr 1827

Anmerkungen

- 1 Zentral: Caroli/Stimpel, *Geschichte der Lahrer SPD*, S. 66 ff.; vgl. auch schon Schaub, *Industrielle Entwicklung*, S. 125 ff., zuletzt andeutungsweise Bühler, *Um des Wählers Stimme*, S. 215 f.
- 2 Aus einer Eingabe um Zuweisung einer Garnison nach Lahr, zit. nach: Emil Ell, „In den Gärten prangen Kaiserblumen . . .“, S. 8.
- 3 Alle Zahlen nach Caroli/Stimpel, a.a.O., S. 54, die auf Seite 67 einen „geringen Organisationsgrad der Lahrer Sozialdemokratie in den Neunzigerjahren“ feststellen.
- 4 Ich gehe hierbei von der Gewerbebezahlung v. 1895 aus und ziehe von der Gesamtzahl der in den Hauptbetrieben beschäftigten Personen zum einen die Einzelbetriebe und zum anderen die vierfache Anzahl der Betriebe mit 1–5 Beschäftigten (Kleingewerbe) ab. Rechenbeispiel Lahr: 5079 abzüglich 537 (Alleinbetriebe) abzüglich 4 mal 411 = 2898, aufgerundet auf 3 000, ein Wert, der durch andere Quellen bestätigt wird.
- 5 Caroli/Stimpel, a.a.O., S. 351.
- 6 Hier wäre eine genauere Analyse der Situation in verschiedenen badischen Städten am Platz. Leider mangelt es der inzwischen zahlreichen stadtgeschichtlichen Literatur

stark an der Vergleichbarkeit, so daß kaum gleichartige Daten für den selben Zeitraum gefunden werden können. In der neuesten Stadtgeschichte Freiburgs etwa werden die Stimmanteile der SPD nur in Prozenten, nicht dagegen in Stimmen ausgegeben. Eine stärkere „Normierung“ der Forschung wäre sehr wünschenswert.

- 7 So eine Charakterisierung im sozialdemokratischen „Volksfreund“ v. 1890.
- 8 Hubert Locher, Die wirtschaftliche und soziale Lage in Baden am Vorabend der Revolution von 1848, S. 52. Ähnliche Bewertungen durchziehen die gesamte sozialhistorische Literatur für Baden, zum Beispiel in den Standardwerken von Boelcke, Sozialgeschichte, S. 186 und Fenske, Der liberale Südwesten, S. 167.
- 8a z.B. bei Caroli/Stimpel a.a.O., S. 68.
- 9 vgl. Ritter/Tenfelde, Arbeiter im deutschen Kaiserreich, S. 605 f.
- 10 Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Erste Ergebnisse hierzu habe ich in meinen beiden Aufsätzen in den Bänden 2 und 3 der Lahrer Stadtgeschichte vorgestellt.
- 11 Stadtarchiv Lahr (StaL), Lahr II 210/1.
- 11a Stein, Geschichte und Beschreibung, S. 152 f.
- 12 Namensliste der Ausgewiesenen im Staatsarchiv Freiburg (StAF), BA Lahr ZR 857.
- 13 StAF BA Lahr ZR 857a.
- 14 vgl. Bad. Centralblatt für Staats- und Gemeindeinteressen 1856/1, S. 5.
- 15 Das Folgende nach StAF BA Lahr ZR 857a.
- 16 StAF BA Lahr ZR 2564.
- 17 Stuttgart 1862.
- 18 Vgl. Caroli/Stimpel, a.a.O., S. 21 ff.
- 19 hierzu ebd., S. 25 f.
- 20 Die Geschichte ging darauf noch weiter: „Da stellten plötzlich 24 Setzer und Drucker die Arbeit ein (Darunter auch viele Nichtvereinsmitglieder) und liefen ohne Kündigung weg. Nach einigen Tagen wurde der Wiedereintritt unter Annahme aller Bedingungen der Firma begehrt, aber verweigert, was für die Streikenden umso härter war, als sie teils verheiratet und ihre Frauen in anderen Betrieben beschäftigt waren, so daß ganze Familien arbeitslos wurden und wegziehen mußten.“ Das geschah 1884 oder 1885 (Zitiert nach dem Bezirksamtsbericht: StAF LRA Lahr 1967/6).
- 21 Es handelt sich um eine repräsentative Zufallsstichprobe, deren Gesamtgröße $N = 204$ beträgt. Die verschiedenen Kategorien wurden nach der Berufsstruktur von 1895 (Bauern 7%, Industrie/Gewerbe 65% (davon 50% Arbeiter), öffentlicher Dienst 15,9% etc.) gezogen.
- 22 Lahrer Zeitung Nr. 133 v. 8.6.1878.
- 23 In Reichenbach hatte ein in Lahr arbeitender, aus Breslau stammender Schlossergeselle zu einer Versammlung zwecks Gründung einer Unterstützungskasse eingeladen. „Nebenher“, so der Zeitungsbericht, agitierte er für die Sozialdemokratie, worauf der Bürgermeister einschritt und bemerkte, in Reichenbach sei kein Platz für solchen Schwindel. Die meisten Anwesenden stimmten dem zu, eine Abstimmung ging zuungunsten der Kasse aus. Dann nahm man zunehmend eine drohende Haltung gegen den Sozialdemokraten ein. „Der Anwesenheit der verstärkten Gendarmerie haben die Weltverbesserer zu verdanken, daß sie nicht in streng wörtlichen Sinne und mit den nöthigen schlagenden Zuthaten an die Luft gesetzt wurden.“ Lahrer Zeitung Nr. 129 v. 4.6.1878. Bei allem Zuckerbrot fehlte die Peitsche nie!
- 24 Die es aber dennoch auch gab: Etwa den Bund der Tischler (70er Jahre) (Gall, Sozialistengesetz, S. 562) oder den Textilarbeiterfachverein (1898) (Schadt, Sozialdemokratische Partei, S. 94).

- 25 Es handelt sich hier wie im folgenden um die für die Lahrer Geschichte noch nicht erschlossenen Jahresberichte des Bezirksamtes: StAF LRA Lahr 1967/7.
- 26 Eventuell muß in diesen Satz ein „keine“ eingefügt werden.
- 27 Der Stil der Berichte ist oft – wie hier – sehr unbeholfen.
- 28 Nach einer Auszählung des Adressbuches von 1911.
- 29 Wahlauf Ruf in der Lahrer Zeitung Nr. 43 v. 20.02.1890.
- 30 Vgl. etwa Schadt, a.a.O., S. 51 ff. Zu erinnern ist hier auch an die Rolle des Offenburger Rechtsanwalts Oskar Muser, bekannt als engagierter bürgerlich-demokratischer Streiter gegen das Sozialistengesetz.
- 31 Nach den Reichstagswahlergebnissen in Specht/Schwabe, Reichstagswahlen.

Die rechtsrheinischen Befestigungen um Kehl als Teil der Festung Straßburg

Werner Lacoste

Vorwort

In diesem Aufsatz soll der Versuch unternommen werden, die rechtsrheinischen Befestigungen der Festung Straßburg zu rekonstruieren, was aber wegen des Verlustes der im Heeresarchiv Potsdam aufbewahrten Primärquellen, die noch im April 1945 einem Bombenangriff zum Opfer fielen, auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Doch gibt es einige verstreute Quellen, die alle für sich etwas aussagen und die zusammengesetzt ein Bild ergeben. Da ähnliche Befestigungen auch heute noch in Straßburg existieren, sind Analogieschlüsse möglich. Allerdings können die Kehler Werke nie ohne die Straßburger Befestigungen abgehandelt werden, da sie alle voneinander abhingen und zusammen ein einheitliches System bildeten.

1. Die Vorläufer der Straßburger und Kehler Befestigungen

Daß Straßburg über die Jahrhunderte hinweg eine starke Festung war, haben nicht nur Volkslieder überliefert, sondern auch die Relikte, die im Stadtbild noch heute an die vor allem vom großen französischen Festungsbaumeister Vauban (1633–1707) geprägte militärische Vergangenheit der Stadt erinnern. Weniger ist aber bekannt, daß Straßburg während der deutschen Periode zwischen 1871 und 1918 zu einer der stärksten Festungstädte des damaligen Deutschen Reiches zählte.

Die Erinnerung daran ist wohl deshalb abgebrochen, weil die Stadt nach 1918 wieder französisch wurde und damit die Zeugnisse des deutschen Festungsbaues aus dem Blickwinkel rückten. Wenn wir uns heute aus einem Abstand von 80 Jahren wieder an die Vergangenheit erinnern, dann können wir das ohne Wenn und Aber tun, hat doch im vergangenen Jahr der französische Staat den von einem Verein restaurierten Westteil der ehemaligen deutschen Feste Kaiser Wilhelm II. in Mutzig unter Denkmalschutz gestellt. Und irgendwann werden noch weitere ehemals deutsche Forts in Straßburg folgen.

Eng mit der Geschichte Straßburgs ist auch die der Kehler Befestigungen verwoben, die sowohl bei Vauban wie auch im Deutschen Reich von 1871–1918 den östlichen Brückenkopf von Straßburg bildeten. Zeitgleich

mit der Zitadelle von Straßburg begann 1681 nach Plänen Vaubans auch auf der rechten Rheinseite der Bau der Festung Kehl, die auf den Ruinen des 1678 im Frieden von Nimwegen Frankreich zugesprochenen Dorfes Kehl errichtet wurde und dessen Bewohner sich südöstlich davon angesiedelt hatten. Die Festung besaß eine viereckige Zitadelle mit spitzen Bastionen und großen Ravelins sowie zwei größere Hornwerke.

In den folgenden 140 Jahren war dann die Festung Kehl abwechselnd französisch und deutsch, was die Wichtigkeit bezeugt, die Frankreich der im Vorfeld Straßburgs angelegten Festung beimaß. Französisch war Kehl 1678–1697 (2. und 3. Eroberungskrieg), 1703–1714 (Spanischer Erbfolgekrieg), 1733–1736 (Polnischer Erbfolgekrieg), 1796/1797 (1. Koalitionskrieg), 1799–1801 (2. Koalitionskrieg) und 1805–1814. Danach wurden die Werke geschleift und auf deren Grund die neue Stadt Kehl errichtet¹.

Während der Belagerung von Straßburg im deutsch-französischen Krieg 1870/71, die am 28.9.1870 mit der Kapitulation der französischen Verteidiger endete, wurde von Kehler Seite mit Rastatter Festungsgeschützen die Zitadelle beschossen. Allerdings wurde durch die französische Gegenwehr in Kehl der Stadtteil zwischen Bahnhof und Rathaus fast ganz zerstört².

Umgekehrt richtete das deutsche Bombardement, so vor allem das vom 24.–28.8.1870, verheerende Schäden in der Stadt Straßburg an. Ihm fielen die Bibliothek mit 400 000 Bänden, die unersetzliche Handschriftensammlung, das Kunstmuseum und die Gemäldesammlung zum Opfer. Sie stellten einen nicht wiedergutzumachenden Verlust für die europäische Kultur dar.

Angesichts der angerichteten Zerstörungen, die von General von Werder damit gerechtfertigt wurden, daß eine schnelle Übergabe durch ein Bombardement gegen Besatzung und Bevölkerung erzwungen werden sollte, muß der errungene militärische Erfolg – es wurden etwa 18 000 Gefangene gemacht und 1271 Geschützrohre erbeutet –, als gering veranschlagt werden. Gegen die aufgefahrene Belagerungsartillerie von 200 gezogenen Kanonen und 88 glatten Mörsern, in der Hauptsache 12 cm- und 15 cm-Kanonen sowie Mörser von 15 bis 28 cm, hatte die eingeschlossene Besatzung so gut wie keine Chancen³.

2. Motive für den Bau der Gürtelfestungen

Schon kurz nach Kriegsausbruch 1870 scheint man auf deutscher Seite den Entschluß gefaßt zu haben, Metz und Straßburg in deutschen Besitz zu

nehmen, denn unmittelbar nach der Kapitulation von Metz am 27.10.1870 erhielt der eingesetzte Platz-Ingenieur den Befehl, das Fort St. Privat zu errichten und die angefangenen französischen Forts fertigzustellen⁴.

Im Vorfrieden von Versailles vom 26.2.1871 mußte Frankreich das deutschsprachige Elsaß ohne Belfort und neben deutsch- auch französischsprachige Teile Lothringens mit Metz an das neu entstandene Deutsche Reich abtreten. Die Abtretung wurde dann im Frankfurter Frieden vom 10.5.1871 bestätigt.

Bismarck, der gegen die Annexion von Metz politische Bedenken vorbrachte und Demütigungen des besiegten Frankreichs vermeiden wollte, beugte sich jedoch den von Moltke vorgebrachten strategischen Gründen, der eine Annektierung von ganz Lothringen einschließlich Belforts verlangt hatte. Letzten Endes gaben aber die Abtretungsforderungen von Baden, Bayern und Württemberg den Ausschlag, fühlten sich doch die süddeutschen Staaten nach wie vor von einer französischen Invasion bedroht, der nur mit einem größeren Vorfeld begegnet werden konnte.

In einem weiteren Befehl Kaiser Wilhelms I., mit dem die 2. Geschichte Straßburgs, nunmehr als deutsche Festungsstadt eingeleitet wurde, beauftragte er am 17.11.1871 das preußische Kriegsministerium, die Festung Straßburg beschleunigt mit einer Kette detachierter Forts zu umgeben, damit die Stadt gegen Bombardements gesichert wird. Weiter sollte eine Erweiterung der Festung auf der Nordfront geprüft und baldmöglichst eingeleitet werden. Für die Finanzierung der Neuanlagen seien die Verkaufserlöse der bei der Erweiterung der Festung frei werdenden Grundstücke heranzuziehen⁵.

Vorausgegangen war jedoch eine Denkschrift Moltkes vom 5.5.1871 zur Zukunft der wichtigsten Festungen Elsaß-Lothringens. Darin schrieb er, daß Straßburg entweder aufgegeben oder gegen ein erneutes Bombardement geschützt werden müsse. „Straßburg ist für den oberen Rhein dasselbe wie Köln für den unteren. Das Elsaß kann nie für erobert gelten, solange Straßburg hält. Es ist in Verbindung mit Kehl gleich wichtig als Rhein-Übergang und als Straßenknoten. Hier wird aber eine Reihe weit vorgeschobener Forts erforderlich, und nur, wenn dem allzugroße Schwierigkeiten im Terrain und in den aufzuerlegenden Rayon-Verhältnissen entgegenstehen, würde zu erwägen sein, ob Breisach zu einem größeren Kriegsplatz erhoben werden soll.“^{5a}

Ein am 2.6.1871 gemeinsam von den Chefs des Generalstabes und des Ingenieur-Korps, Moltke und Kameke, verfaßtes Gutachten sah neben dem

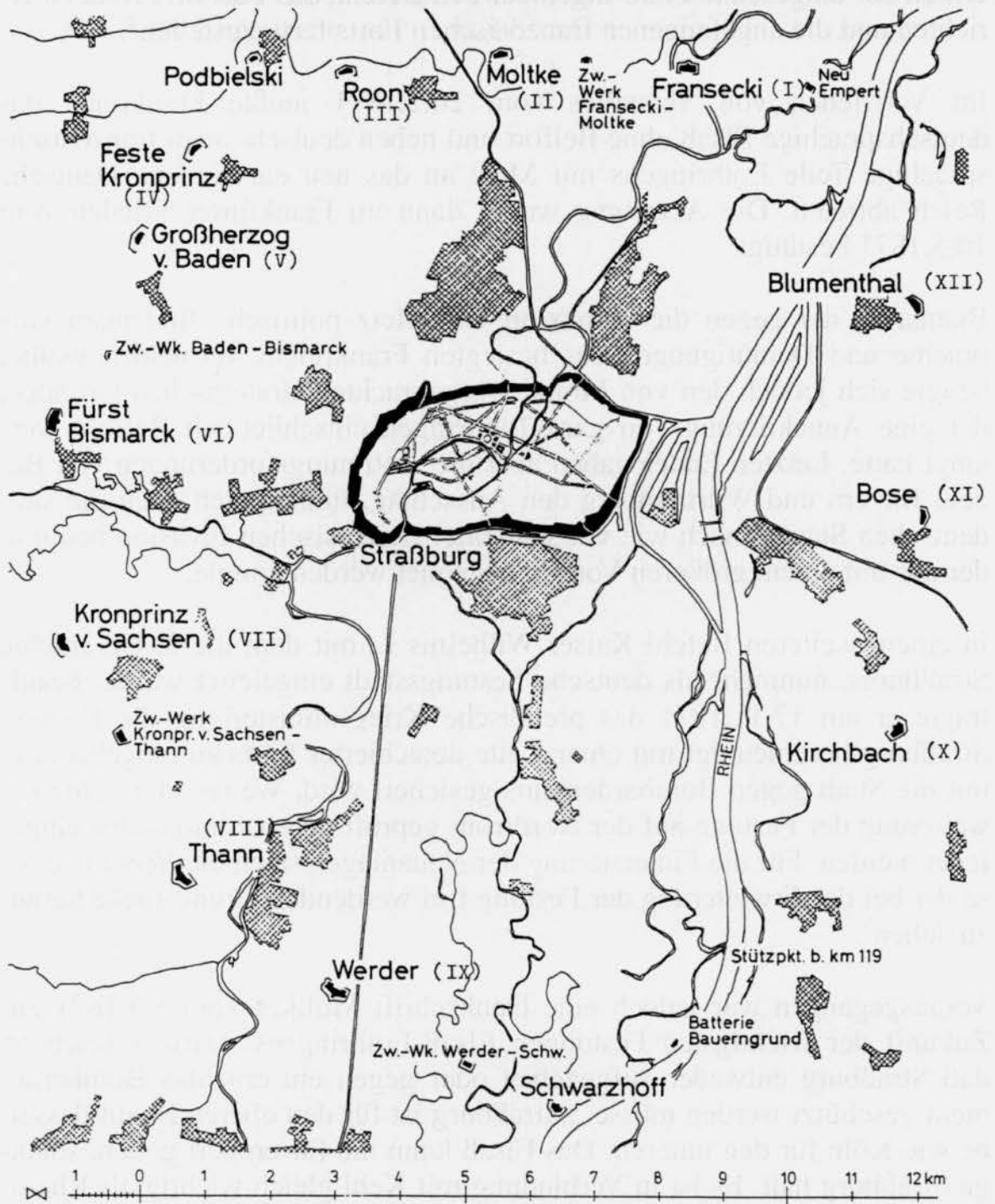


Abb. 1: Die Festung Straßburg mit detachierten Forts. Zur Orientierung sind Wasserläufe und Ortschaften (in Kreuzschraffur) angegeben. Benennung des Forts nach Skizze im Maßstab 1 : 100 000, klassiert „streng geheim“, HStA, Generalstab 487.

Mit freundlicher Genehmigung von Herrn Prof. Dr. Klaus Nohlen, Wiesbaden

Bau der detachierten Forts eine Verlegung der Stadtumwallung in die Linie der vorgelagerten französischen Werke und für später das Vorschieben der Nordfronten bis zum Rhein-Marne-Kanal vor, wenn die städtischen Bedürfnisse solches erfordern würden⁶.

Zur Kehler Seite nahmen sie wie folgt Stellung: „Die Stadt Kehl und das langgestreckte Dorf Kehl sind zur Vertheidigung durch eine geschlossene Enceinte ungeeignet. Zwei Werke (X und XI) Kirchbach und Bose zu beiden Seiten, flankirt durch einfache Erdbatterien in geschützter Lage auf der Sporeninsel werden genügen, um sowohl das Debouchiren auf das rechte Stromufer zu sichern, als auch die von hier aus eben nicht wahrscheinliche Beschießung von Straßburg ferne zu halten“⁷.

Die Belagerung Straßburgs vom 13.8.–27.9.1870 – übrigens der 1. förmlichen Belagerung seit der Einführung der gezogenen Geschütze – hatte nämlich gelehrt, daß eine direkt vor dem Stadtkern gelegene Enceinte eine Stadt nicht zu schützen vermag, sondern eher der Anlaß für ihre Zerstörung sein würde. Man hatte bisher übersehen, daß mit der Einführung der gezogenen Geschütze ab 1859/60 eine Steigerung der Schußweite und der Treffsicherheit der von ihnen verschossenen Langgranaten verbunden war, die eine Verschiebung der Hauptverteidigungslinie von der Enceinte in das weit vor ihr liegende Gelände erforderlich machte, sollte eine Festungsstadt einigermaßen vor feindlichem Beschuß bewahrt werden.

Die Lösung dieses Problems sah man im Bau von detachierten, sich gegenseitig deckender Forts, die ihrerseits keine unmittelbare Unterstützung von den Wallgeschützen der hinter ihr liegenden Enceinte zu erwarten hatten. Jedes einzelne Fort war völlig autonom, d.h. es benötigte neben einer starken Artilleriebestückung und der dazu erforderlichen Bedienungen eine ausreichende Infanteriebesatzung zu seiner Nahverteidigung. Voraussetzung dafür war jedoch die Bereitstellung zahlreicher Unterkunfts-, Versorgungs- und Bereitschaftsräume für die Infanterie- und Artilleriebesatzung, ferner von größeren Pulvermagazinen, Geschoßlager- und Laborierräumen sowie von Werkstätten für die Artillerie. Unter Berücksichtigung aller dieser Einflußgrößen mußte den künftigen Forts eine Größe gegeben werden, die die der bisherigen Forts weit übertraf⁸.

Der Artillerie war die Bestreichung des weiteren und näheren Vorgeländes sowie des Zwischengeländes zugewiesen, wie sie auch den ersten Teil des Artilleriekampfes gegen die aufmarschierende feindliche Artillerie zu führen hatte. Dabei sollte sie von seitlich am Fort angeordneten Anschlußbatterien unterstützt werden. Erste Erörterungen hatten schon vor dem Kriege stattgefunden⁹.

Von der Bautechnik her konnte man an die früheren Forts anknüpfen, da die mit Erde bedeckten Ziegelmauergewölbe nach wie vor dem Beschuß der mit Schwarzpulver gefüllten Langgranaten standhalten konnten, so daß erst mit der Brisanzkrise um 1885 die Standfestigkeit dieser Forts ernstlich in Frage gestellt werden mußte.

3. Gesetzliche Grundlagen des Festungsbaues in Straßburg

Welchen Stellenwert der Festungsbau in der deutschen Strategie einnahm, zeigte sich darin, daß noch im Jahr der Reichsgründung am 21.12.1871 das Rayongesetz¹⁰ in Kraft trat, dessen § 35 die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen regelte. Von nun an mußte jede größere Baumaßnahme in einer Festung durch eine Bekanntmachung in einem Gesetzblatt der Öffentlichkeit kundgemacht werden.

Bereits am 26.2.1872 wurde die in Aussicht genommene Erweiterung der Festungsanlagen und Rayons in Metz und Straßburg¹¹ verkündet. Dieser Bekanntmachung sollten noch weitere folgen, nämlich die vom 13.5.1887¹² und vom 28.5.1902¹³, die alle den gleichen Inhalt hatten. Die Bekanntmachung von 1887 mußte mit dem Bau der Untertreteräume und der Zwischenwerke nach der Brisanzkrise zusammenhängen, und die von 1902 mit dem Batteriebau im Nordwesten und Süden von Straßburg. Für den Bau der Kehler Stützpunkte 1911–14 wurde keine Bekanntmachung erlassen.

Am 8.7.1872 erging das für den Festungsbau in den Reichslanden wohl wichtigste Gesetz, nämlich das Gesetz, betr. die französische Kriegskosten-Entschädigung¹⁴. Danach mußten von den 5 Mrd. Franken, zahlbar in 3 Jahresraten, nach Art. I insgesamt 40 250 950 Thaler (= rd. 121 Mill. Mark) für die Wiederherstellung, Vervollständigung und Ausrüstung der in den Reichslanden Elsaß-Lothringen gelegenen Festungen sowie zur Erbauung und Einrichtung der erforderlichen Kasernen, Lazaretten und Magazin-Anstalten in den offenen Garnisonsstädten bereitgestellt werden. Mit Gesetz vom 9.2.1875¹⁵ folgte später eine Aufstockung der Mittel auf 128 942 580 Mark.

Laut Gesetz vom 8.7.1872 waren 57 Mill. Mark für den fortifikatorischen Ausbau der Festungen Straßburg, Metz, Bitsch, Neu-Breisach und Diedenhofen bestimmt, und von diesen 3 Mill. Mark für die Erweiterung der Umwallung von Straßburg. Weitere 27 Mill. Mark sollten für die artilleristische Ausrüstung und die Herstellung von Artilleriegebäuden in den Reichslanden verwendet werden.

Vorausgegangene Kostenermittlungen der Militärbehörden hatten nämlich ergeben, daß die geplante Hinausschiebung der Enceinte, einschließlich der Grunderwerbs- und Einebnungskosten, einen Aufwand von 20 Millionen Mark erfordern würde. Nach Verrechnung der schon bereitgestellten 3 Mill. Mark verblieben dann 17 Mill. Mark, die der Stadt nach Abzug des Militär- und Bahngeländes von 52 ha für die verbleibenden 184 ha in Rechnung zu stellen wären. Wie erwartet, akzeptierte die Stadt den Kaufpreis. Sie wünschte lediglich, diesen in 10 gleichen Jahresraten bezahlen zu können. Die Stadterweiterungspläne umfaßten auch den Neubau eines Hauptbahnhofes, der in die Umwallung einbezogen werden mußte und der am 14.8.1883 in Betrieb genommen werden konnte.

Der Verkauf der Grundstücke für 17 Mill. Mark an die Stadt Straßburg wurde mit dem Gesetz, betr. die Erweiterung der Umwallung von Straßburg, vom 14.2.1875¹⁶ beschlossen. Darin wurde festgelegt, daß zusätzlich zu den aus dem oben erwähnten Gesetz vom 8.7.1872 für den fortifikatorischen Ausbau der Festung Straßburg bestimmten Mitteln noch ein weiterer Betrag bis zu 17 Mill. Mark für die Baukosten und für den Grundstückserwerb der Erweiterung verwendet werden konnte. Dieser war aus den Verkaufserlösen der Grundstücke zu bestreiten, die bei der Hinausschiebung der Enceinte nicht mehr erforderlich waren¹⁷.

4. Das System der Einheits- oder Biehlerforts

Als 1871 mit dem Bau von detachierten Forts in Straßburg begonnen werden sollte, entwickelte die Abteilung 3 des Ingenieur-Komitees – nämlich Generalmajor Biehler –, der wenig später Chef des Ingenieur- und Pionier-Korps und General-Inspekteur der Festungen (1873–1884) werden sollte, einen „Normalentwurf“, der ursprünglich nur als Anhalt dienen sollte und der dann zur Normalkonstruktion geworden ist. Nach ihm wurden dann sämtliche Forts von Straßburg und in den übrigen deutschen Gürtelfestungen, nur größenmäßig verschieden, gebaut¹⁸.

Damit war der Weg für ein Fort freigemacht, das ab 1890 in der Literatur als „Einheitsfort“ bezeichnet wurde und bei dem die Artillerie den Fernkampf und die Infanterie die Nahverteidigung vom offenen Wall herab führen sollte. Letztere hatte jedoch nur eine Nebenrolle zu spielen. Für sie waren nicht einmal Bankette hinter der 2,20 m hohen Brustwehr vorgesehen worden, da die Wallgeschütze die Wälle in ihrer ganzen Ausdehnung in Anspruch nahmen.

Ein „Schema-, Normal-, Artillerie- oder Biehler-Fort“ – so die weiteren

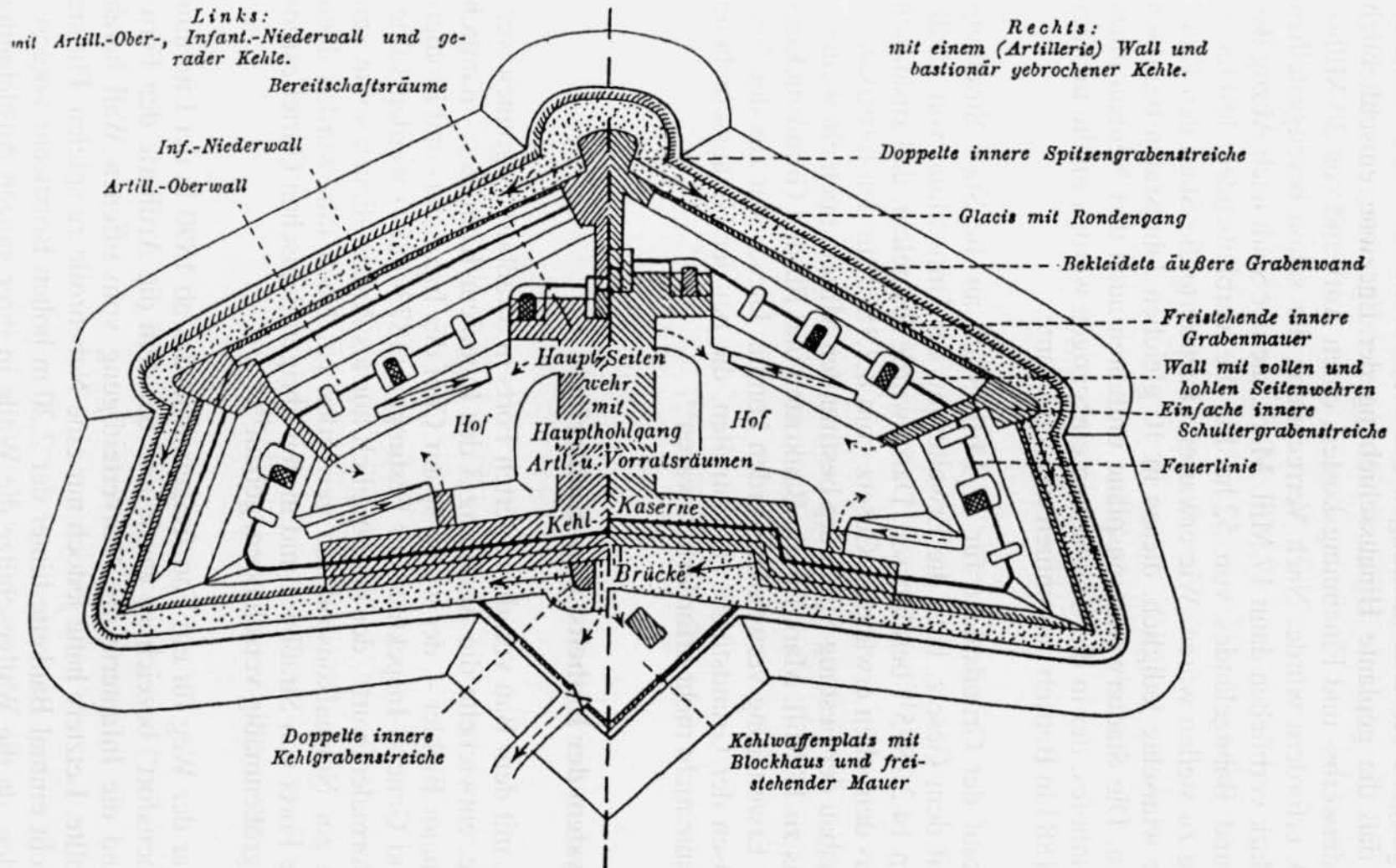


Fig. 6. Schemafort (um 1880).

Sonstige Erläuterungen: Maßstab etwa 1:3000. Die nicht dargestellten Hälften sind das Spiegelbild der dargestellten. Höhe der Feuerlinie über Umgelände 8—10 m. → Schußrichtung der Streichen. ↷ Zu- und Ausgänge, Rampen.

Namen für ein und dieselbe Sache – bedeutete jedoch, daß das immer gleiche Fort den jeweiligen Geländebedingungen aufgezwungen und ihnen nicht angepaßt wurde.

Der „Normalentwurf“ war als reines Artilleriefort konzipiert, dessen Bestückung sich aus 28 Wallgeschützen (16–15 cm- und 12–12-cm-Kanonen), 8 Flankengeschützen (glatte 12 cm-Kanonen) und 6 schweren Mörsern, also aus 42 Geschützen zusammensetzte. Die Besatzung sollte aus 500 Mann Artillerie und 400 Mann Infanterie bestehen, zu denen noch die 100 Mann Bedienung der von Anfang an vorgesehenen Anschlußbatterien kamen. Möglicherweise stellte der „Normalentwurf“ ein großes Fort dar, wurde doch zwischen großen, mittleren und kleinen Forts unterschieden. Dabei war die Zuordnung von der Bestückung mit 54, 32 und 22 Geschützen und einer jeweiligen Besatzung von 250–500 Mann abhängig.

Neben der unzureichenden Infanterieverteidigung stellte der hohe Aufzug eines solchen Forts einen weiteren Schwachpunkt dar, der aber wegen der Notwendigkeit des direkten Richtens der Wallgeschütze hingenommen werden mußte. Damit bot das Fort, das auf weite Entfernung mit seinen Traversen einer zinnengekrönten Mauer ähnelte, der feindlichen Artillerie ein nicht zu übersehendes Ziel¹⁹.

Interessanterweise war sich die Artillerie-Prüfungskommission schon 1872, also von Anfang an bewußt, daß die Wallgeschütze einem feindlichen Angriff schutzlos ausgesetzt wären, so daß ein Teil von den Wällen heruntergenommen werden mußte. Demzufolge sei der Artilleriekampf nur von im Zwischengelände stationierten Batterien zu führen, deren Stellungen jedoch erst im Krieg erbaut werden sollten.

Dagegen war Biehler schon von Anfang an von der Notwendigkeit der Errichtung von Anschlußbatterien überzeugt, denn sein „Normalentwurf“ sah schon 1871 beiderseits der Forts anzulegende Anschlußbatterien vor, die dann 1873 von der Artillerie für ihre aus der Geschützreserve zu bildenden Batterien reklamiert wurden. Als dann die Artillerie im gleichen Jahre zu erkennen gab, daß im Ernstfall im Durchschnitt nur 6 Geschütze auf den Wällen bleiben würden, bedeutete dies nichts anderes als das Eingeständnis einer von Anfang an verfehlten Konzeption. Trotzdem wurde ein Fort nach dem anderen weitergebaut²⁰.

Mit seinem Amtsantritt 1873 erhielt Biehler die wohl einmalige Gelegenheit, seine eigene Schöpfung gegen alle Widerstände durchzusetzen. Folglich hat er auch bis zu seinem Abgang 1884 an ihr festgehalten, was menschlich verständlich ist. Das Eingeständnis einer Fehlplanung hätte



Abb. 3: Zum Vergleich: Blockhaus mit Betonverstärkung im Kehlaffenplatz von Fort Moltke, Straßburg

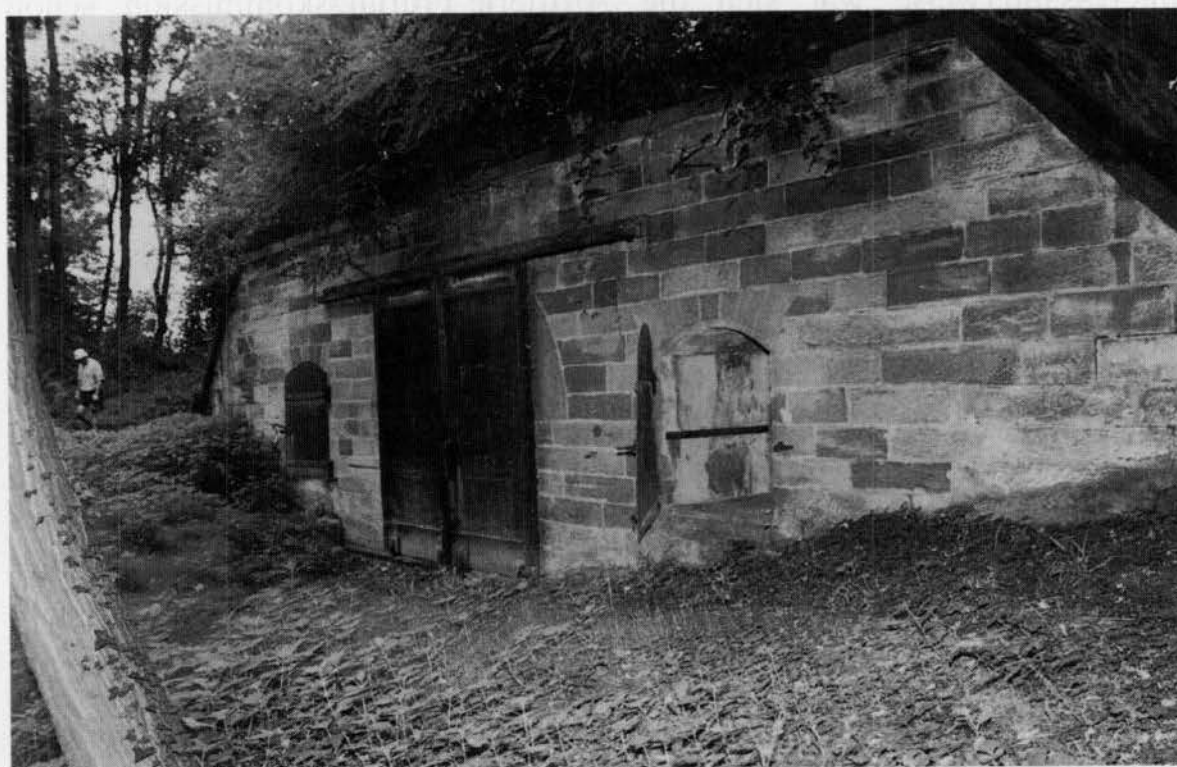


Abb. 4: Zum Vergleich: Hohltraverse mit zwei Munitionsnischen auf dem Frontwall von Fort Moltke

nämlich zwangsläufig zu seiner Abberufung geführt. Immerhin ging es bei jedem Fort um einen Betrag zwischen 1,7 und 2,0 Mill. Mark Steuergelder. Möglicherweise gelang es Biehler, die aus dem Ingenieur-Korps kommende Kritik bereits im Ansatz einzudämmen, denn es ist nicht anzunehmen, daß geschulte Ingenieure die von Anfang an falsche Konzeption übersehen haben.

Zugunsten von Biehler kann jedoch eingewendet werden, daß diese Forts trotz aller ihrer Nachteile den Festungsbau rationalisierten, führte doch die Verwendung der immer gleichen Konstruktionen und Materialien zu Kostensenkungen. Der Gewölbebau mit seinen komplizierten Verschneidungen erforderte zudem den Einsatz hochspezialisierter Maurerkolonnen, deren Kenntnisse und Erfahrungen auch zivilen Bauten zugute kamen.

Nach der herrschenden Meinung waren die Forts so anzuordnen, daß sie höchstens 4000 m weit auseinander lagen, damit die Zwischenräume mit Schrapnellfeuer beherrscht werden konnten. Wegen der Geländeverhältnisse mußten in manchen Abschnitten die Abstände auch bis 2000 m zurückgenommen werden. In jedem Fall sah sich ein Angreifer bei einer solchen Anordnung gezwungen, gleichzeitig mehrere Forts anzugreifen. Wo die Geländeverhältnisse es erforderten, schob man kleine ständige Werke, Zwischenwerke, ein, die die Zwischenräume abzudecken hatten²¹.

Die Forts lagen in der Regel vor einer Ringstraße, von der eine Stichstraße zu ihnen abging. Die Ringstraße war wiederum über Radialstraßen mit dem Zentrum bzw. der Enceinte verbunden.

Insgesamt wurden von den Biehler-Forts, die man wegen ihrer Ähnlichkeit auch als Regelbauten bezeichnen könnte, deren 70 an den deutschen Grenzen in Ost und West erbaut²².

5. Die Straßburger Gürtellinie

5.1. Der Baubeginn der Gürtellinie

Ursprünglich sollte bereits im Frühjahr 1872 mit dem Bau der Straßburger Biehler-Forts begonnen werden, doch konnten die Arbeiten erst im Juni anlaufen, da vorher noch die Bauplätze auf Grund von gesetzlichen Enteignungsverfahren erworben werden mußten. Für die Durchführung der Bauarbeiten, die sich bis 1882 hinziehen sollten, hatte man ein Baukonsortium verpflichtet, das sich von Anfang an unter Zeitdruck gesetzt sah²³.

Zeitgleich oder etwas später als der Bau der Straßburger Fortlinie begann auch der Ausbau der übrigen deutschen Gürtelfestungen, der innerhalb von 15 Jahren abgeschlossen werden konnte: Metz 1881, Köln 1880 (Umfang 40 km), Königsberg 1883 (43 km), Posen 1883, Thorn 1885, Ingolstadt²⁴. In ihrem Schutz sollten größere Truppenmassen für Offensive oder Defensive bereitgestellt werden, während für die an einem Strom gelegenen Festungen noch die Aufgabe hinzukam, eine vom Feinde ungehinderte Flußüberquerung der eigenen Truppen zu gewährleisten.

5.2. *Der Bestand der Straßburger Gürtellinie*

Insgesamt wurde um den Kern der Festung Straßburg, nämlich die Enceinte, ein Gürtel von 14 Forts mit einem Radius von 7–8 km (entspricht 9000 Schritt) mit Mittelpunkt Münster und einem Umfang von 53 km angelegt. Er war nicht allein auf das linksrheinische Vorfeld beschränkt, sondern griff auch auf die rechte Rheinseite über.

Nach unseren bisherigen Ermittlungen können die Straßburger Forts eingeteilt werden in:

- 1) Forts mit trockenem Graben und bastionierter Kehlkasernen (linksrheinisch),
- 2) Forts mit nassem Graben, Saillantkasernen und Inselkaponniere in der Spitze (linksrheinisch),
- 2) Forts mit nassem Graben, bastionierter Kehlkasernen und mit Inselkaponniere in der Spitze (rechtsrheinisch).

Die Numerierung der Forts verlief entgegen dem Uhrzeigersinn. Sie begann im Norden von Straßburg mit dem etwa 2,8 km westlich des Rheines gelegenen Fort I und setzte sich linksrheinisch bis Fort IX fort, um dann mit X–XII rechtsrheinisch – unterhalb von I – den Ring zu schließen. Zwischen III und IV war 1879 im Nordwesten das nicht numerierte Fort Podbielski eingeschoben worden und 1877 östlich von IX das ebenfalls unnummerierte Fort Schwarzhoff, das im Süden fast an den Rhein grenzte. Von den 14 Forts besaßen 7 trockene Gräben und 7 nasse, darunter alle auf der Kehler Seite, die Zwischenwerke zwei trockene und drei nasse Gräben.

Auf der Nordseite hatten die Forts unter sich einen Abstand zwischen 3,0 und 2,5 km, der sich im Nordwesten auf 1,5 km verkürzte. Im Nordwesten, dem gefährdetsten Abschnitt, begannen sie mit 1,7 km, um ihn über 3,2 km im Südwesten auf 4 km zu vergrößern. Auf der Südseite betrug die Abstände 3 und 4 km, auf der rechten Rheinseite 3,2 und 3,6 km.

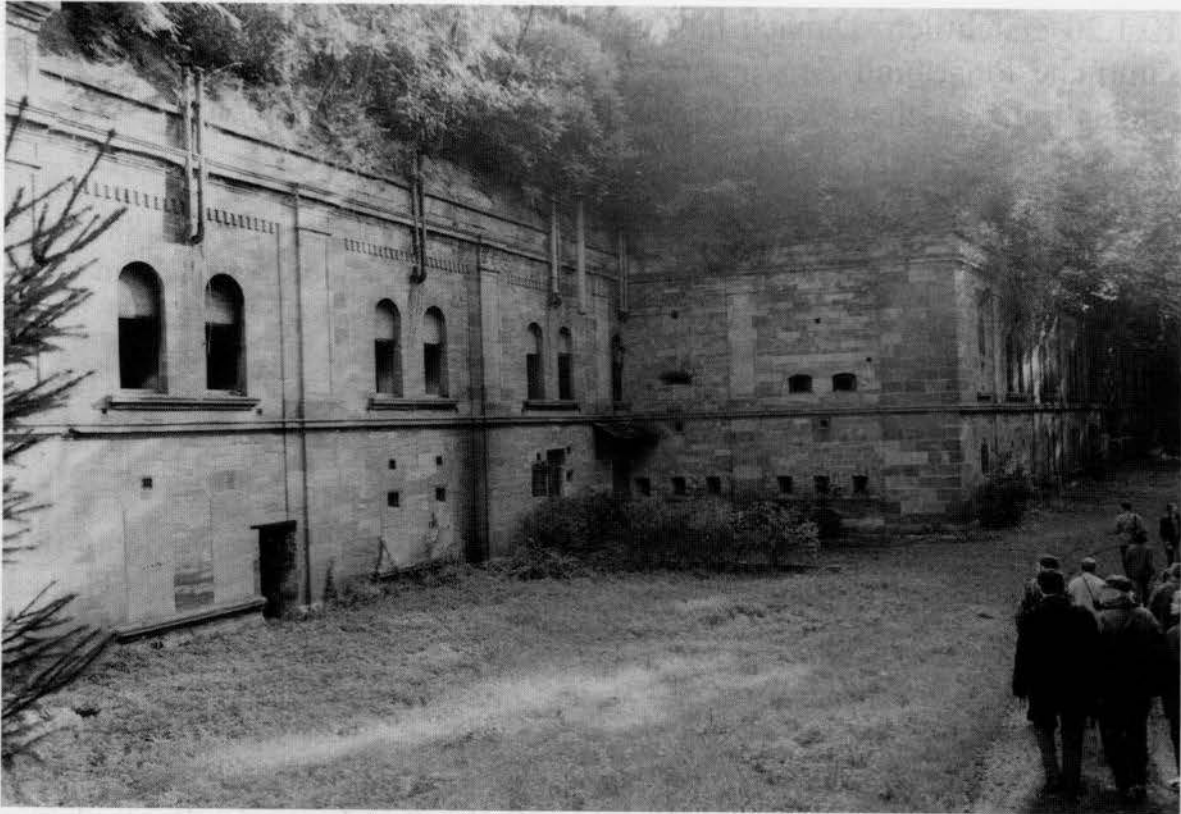


Abb. 5: Zum Vergleich: Bastionierte Kehlkasernen, rechter Abschnitt von Fort Moltke

Zum ursprünglichen Festungsgürtel gehörten eigentlich nur die 14 Biehler-Forts, die aber ab 1887 nach der Brisanzkrise um 5 Zwischenwerke und 25 Infanterie-, 31 Artillerie- und 28 Munitionsräume ergänzt wurden, so daß sich durch Auszählen von Karten bis 1908 insgesamt 89 Zwischenraumbauten ergeben. Zu ihnen kamen bei Kriegsbeginn noch die Armierungsbauten. Bis heute sind noch viele Räume auf der westlichen Rheinseite erhalten geblieben, wenn auch oft gebrauchswidrig als Abfalldeponien.

Um der Vollständigkeit willen sollen auch die Batterien mit aufgeführt werden, die ab 1897 zur Verstärkung der permanenten Artillerieverteidigung in den Kranz der Forts, Zwischenwerke und Zwischenräume eingeführt wurden. Dasselbe gilt auch für die Infanterie-Stützpunkte.

Die nachstehende Übersicht kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie gibt das wieder, was aus Karten, Unterlagen, Informationen und Begehungsversuchen erschlossen werden konnte. Auch liegt die Schwierigkeit einer Beschreibung darin, daß so gut wie keine der deutschen Baupläne mehr vorliegen. Der Grund dafür wird aus einer Meldung der Fortifikation Straßburg an das Reichswehr-Ministerium (Waffenamt) vom

10.1.20 ersichtlich. Danach hat diese vor ihrem Abrücken aus Straßburg sämtliche Pläne und Zeichnungen vernichtet, damit sie den einmarschierenden französischen Siegern nicht übergeben werden mußten²⁵.

1) Front Nord

Zwischenwerk (Zww.) Neu-Empert Bauzeit 1887–1888
(Franz. Ouvrage intermédiaire Neuf-Empert), 800 m westl. des Rheines am Steingießen, 2000 m östl. Fort I. Nasser Graben. Militärisch genutzt.

Fort I: Fransecky (Ney) 2/1873–1876
Südwestl. Wantzenau, zwischen Ill (in Illschleife) und Straße Robertsau-Wantzenau. Nasser Graben. Keine Kehlkasern. Nicht zugänglich.

Zwischenwerk Fransecky-Moltke (Ney-Rapp) 1890–1891
1500 m westl. Fort I, hart westl. Eisenbahnlinie Straßburg-Seltz. Nasser Graben. Kehlkasern weist starke Sprengschäden auf. Wassergraben zugeschoben. Werk zugänglich.

Fort II: Moltke (Rapp); mit Anschlußbatterien 6/1872–1875
Südl. Reichstett. Trockener Graben. Zweistöckige Kehlkasern mit Kehlflankierungsblock (bastionierter Kehle). Doppelte Grabenstrieche in der Kontereskarpe. Zwei verstärkte Schulterkaponnieren. Aufstellung von zwei 15 cm Ringkanonen in Vorderpivot-Küstenlafetten auf der linken Face. Ausgedehntes Gegenminensystem auf beiden Fronten hinter der Kontereskarpmauer.

Das Werk kann besichtigt werden. Anmeldung bei Mr. Eugène Brisbois, 1, rue de Lorraine, F-67116 Reichstett.

Fort III: Roon (Desaix); mit An.battr. 6/1872–1875
Südöstl. Mundolsheim, zwischen Straße und Bahnlinie Straßburg-Brumath. Trockener Graben. Polzeischießplatz. Kein Zugang.

2) Front West

Fort Podbielski (Ducrot) 1879–1882
Hart südl. Mundolsheim (Mundolsheimer Kopf). Kleineres Fort, geländebedingt ein etwas unsymmetrischer Grundriß. Tiefer, in den Fels eingeschnittener und trockener Graben mit Kehlkaponniere. Ursprünglich Saillant- und zwei Schulterkaponnieren, die aber später abgebrochen und durch äußere Grabenwehren in der Kontereskarpe ersetzt wurden. Diese sind untereinander durch Reversgalerien verbunden und weiter über eine unter dem Graben hindurchführende Poterne mit dem Werk. Kehlkasern 1939/40 zusammen mit Kehlkaponniere sowie dem linken Teil der Saillantkasern mit Beton ummantelt. Werksdecke im Krieg durch starke Betonschicht verstärkt.

Vor der linken Schultergrabenwehr eine ehemals deutsche und später umgebaute französische Anschlußbatterie für zwei Geschütze mit Munitionsraum. Das Werk ist verschlossen, jedoch für Kenner zugänglich. Taschenlampen erforderlich.

Kirschbaum-Batterie (Batterie des Cerisiers) 1901–1902
Zwischen Fort Podbielski und Fort IV. Zur Verstärkung der Nordfront. 3 × 10 cm Panzerturm-Batterie (Kz. 10 cm P.T.) mit kurzen, d.h. 2 m langen Rohren und einer Schußweite von 9700 m. Ihr Feuerbereich schnitt sich mit der 10 cm P.T. (verst.) Batterie 6 auf Höhe 374 von KW II²⁶. Reste vorhanden.

Fort IV: Kronprinz (Foch) 6/1872–1875
Westl. Niederhausbergen. Schemafort mit trockenem Graben. Mittelteil der bastionierten Kehlkasernen am 17.11.1953 explodiert und dadurch zerstört. An. battr. re. mit M-Raum zugänglich. Kein Zugang, da Primatenzentrum der Universität Straßburg darin untergebracht.

Fort V: Großherzog von Baden (Pétain/Frère) 6/1872–1875
Westl. von Mittelhausbergen. Schemafort mit bastionierter Kehle und trockenem Graben. An. battr. li. und re. Bei der re. An. battr. tief in den Wall eingefügter M-Raum mit Munitionsaufzug und Steigleiterschacht über 2–3 Etagen. Blockhaus im gedeckten Weg. Minengalerien in den äußeren Schulterpunkten. Unweit des li. Kehlendes ein A.R. für die Geschützbedienungen. Das nicht genutzte Werk liegt auf Militärgelände und ist nicht zugänglich.

Zwischenwerk Baden-Bismarck (Frère-Kléber) 1887–1889
Hart westl. der Straße Oberhausbergen-Wolfisheim. Trockener Graben. Nicht zugänglich, Clubgelände.

Fort VI: Fürst Bismarck (Kléber) 6/1872–1875
Nordwestl. Wolfisheim. Schemafort mit trockenem Graben. Militärgelände.

Fort VII: Kronprinz von Sachsen (Joffre) 9/1872–1875
Mit An. battr. Westl. Lingolsheim. Schemafort mit trockenem Graben. Militärgelände.

Zwischenwerk Kronprinz von Sachsen – Von der Tann 1887–1889
(Joffre-Lefebvre). Südl. Lingolsheim. Trockener Graben. Nicht zugänglich, Privatgelände.

3) Front Süd

Fort VIII: Von der Tann (Lefebvre) 2/1873–1877
Westl. Illkirch-Graffenstaden; direkt an der Bahnlinie Straßburg-Schlettstadt und AB St. Dié. Nasser Graben. Militärgelände.

Fort IX: Werder (Uhrich) 2/1873–1876
Südöstl. Illkirch-Graffenstaden. Nasser Graben. Eingangsbereich ähnelt dem von Fort Fransecky, also keine Kehlkasernen, so daß von einem identischen Grundriß ausgegangen werden darf. Das Werk ist durch ein Benzinlagerbrand 1944 stark beschädigt. Nutzung durch Bogenschützenverein, der Einlaß verweigerte.



Abb. 6: Mauerrest von Fort Kirchbach



Abb. 7: Bruchsteinmauerteil von Fort Kirchbach

Batterie links vom Fort Werder (Battr. 38) 1898–1899
3–10 cm S.L. (Schirmlafetten).

Zwischenwerk Werder-Schwarzhoff (Uhrich-Hoche) 1887–1889
Am Südrand des Illkircher Waldes zwischen Schwarzwasser und Rhin Tordu. Nasser Graben. Vermutlich wie Zw. Neu-Empert, da Eingangssituation ähnlich. Militärgelände, jedoch Nutzung des Grabens durch Angler.

Batterie links vom Zw. Werder-Schwarzhoff (Battr. 39). Erbaut 1898–1899 für angeblich 3–10 cm S.L.-Geschütze, jedoch weist die betonierte Batteriestellung 4 nach hinten offene Stände samt den dazugehörigen Munitionsräumen auf. Jedes Geschütz verfügt über einen Munitionsraum aus Stampfbeton mit einer Durchreiche zum Geschütz, wobei die 8 Munitionsregale aus glasierten Ziegeln aufgemauert sind. Die Stellung ist bestens erhalten und zugänglich.

Fort Schwarzhoff (Hoche) 1877–1879
Westl. des Rheines am Altenheimer Hof. Nasser Graben. Brückenbauschule des 1. Französischen Pionier-Rgts. Nicht zugänglich.

Batterie links vom Fort Schwarzhoff (Battr. 40) 1897–1898
3–10 cm S.L.

Batterie „Auf den Bauerngründen“ (Battr. 41) 1897–1898
(Batterie des Paysans) mit 4–10 cm S.L.

Infanterie-Stützpunkt am Rheinufer bei km 119 1891–1892
(Point d'appui)

4) Front Ost/Rechte Rheinseite (Östlicher Brückenkopf)

Alle Anlagen der Ostfront wurden zusammen mit den Armierungsbauten nach dem 1. Weltkrieg in Ausführung des Versailler Vertrages gesprengt bzw. abgeräumt. Es existieren also nur noch geringe Reste oder überhaupt nichts mehr.

Stützpunkt Eckartsweier 1911–1913
Westl. der B 36 zwischen Marlen und Sundheim. Halbredoute mit nassem Graben. Heute Standort eines Wohnhauses. Nicht zugänglich.

Fort X: Kirchbach (von Kirchbach, Hugo Ewald, 1809–1887, zuletzt General). 12/1874–1877
Südl. Kehl-Sundheim. Nasser Graben. Kehlflankierungsblock. Inselkaponniere. Nach dem 2. Weltkrieg als französisches Depot genutzt, jedoch zusammen mit dem davorliegenden Kasernengelände aufgegeben. Nur geringe Reste vorhanden, möglicherweise von der Saillantkaserne. Jetzt Eigentum der Stadt Kehl. Nicht zugänglich. Sicherung durch Drahtzaun.



Abb. 8: Hier stand einst Fort Bose!



Abb. 9: Tor des ehemaligen Forts Blumenthal

Stützpunkt Kinzig 1913–1914
Nordöstlich Sundheim an der Kinzig. Nasser Graben. Trümmer des gesprengten Stützpunktes unter Hügel begraben. Dann Standort eines ebenfalls gesprengten und nicht zu definierenden Westwallbunkers, von dem eine Front erhalten blieb. Heute Privatbesitz, von einer größeren Wasserfläche eingerahmt. Jedoch kein Inselcharakter mehr.

Fort XI: Bose (von Bose, Julius, 1809–1894, zuletzt General). 12/1874–1877
Bauart wie Fort Kirchbach.
Nördlich Bahnlinie Kehl-Appenweier, zwischen Neumühl und Korker Mühle. Nasser Graben. Restlos eingeebnet, nichts erkennbar. Früher französischer Übungsplatz. Eigentum der Stadt Kehl. Zugänglich.

Fort XII: Blumenthal (von Blumenthal, Leonhard, 1810–1900, 1888 Generalfeldmarschall). Bauart wie Fort Kirchbach. 12/1874–1877
Nordöstl. Auenheim. Nasser Graben. Reste vorhanden. Bisher militärisch genutzt. Nach Auskunft der Bundesvermögensverwaltung Sanierung geplant. Vermutlich nur geringe Reste. Nicht zugänglich.

Mittelbatterie in Kehl
Erbaut im Jahre 1861 zum Schutz der Eisenbahnbrücke. Abgeräumt.

(Die Angaben stammen aus verschiedenen Quellen²⁷.)

6. Die Hinausschiebung der Enceinte

Eine Beschreibung der Festung Straßburg wäre unvollständig, wenn nicht kurz auf die Hinausschiebung und Neubefestigung der Enceinte eingegangen wird, die die Stadt aus der jahrhundertelangen Umklammerung durch den Festungswall erlöste und ihr neue wirtschaftliche Perspektiven ermöglichte.

Bis das bereits erwähnte Gesetz vom 14.2.1875 zur Durchführung kam, vergingen noch mehrere Jahre. Es stellte sich nämlich schnell heraus, daß es gar nicht so einfach war, die mit der Hinausschiebung der Umwallung verbundenen militärischen Bedürfnisse mit den Forderungen der Stadt nach räumlicher Erweiterung und verbesserten Verkehrsmöglichkeiten unter einen Hut zu bringen.

Zeitgleich mit dem Bau des Fortgürtels betrieb man auch die Planung der West-, Nord- und Ostfront der neuen Enceinte. Dabei konnte die Südfront mit ihrer alten Umwallung ausgespart werden, da sie wegen der davorliegenden Überschwemmungsgebiete und des Fortgürtels als ausreichend ge-

sichert erschien. Obwohl der Fortgürtel als Hauptverteidigungslinie vorgesehen war, sollte die Umwallung zu einer so starken Artilleriestellung ausgebaut werden, daß sie ohne förmlichen Angriff nicht genommen werden konnte.

Bei der Planung der Umwallung versuchte Biehler, der bereits sein Schemafort in Straßburg durchgesetzt hatte, das von ihm bevorzugte Bastionärssystem durchzudrücken, doch stieß er damit im Ingenieur-Komitee auf Widerstand. Dieses forderte seinerseits für die Westfront (Abschnitt A: 1877–1879) einen polygonalen Grundriß unter Ausnutzung der vorhandenen Wasserläufe. Dadurch wurde es möglich, den hinter einem Graben liegenden Wall in langen und wenig gebrochenen Linien zu führen, wobei auf eine Bekleidung des Walles mit Steinen verzichtet werden konnte.

Der polygonal geführte Erdwall konnte eine Höhe von bis zu 12 m haben und war an der Basis über 40 m breit. Durch ihn führten am Wallfuß 14 überwölbte Tore. Der davorliegende, etwa 25 m breite Graben, konnte über ein Schleusensystem geflutet werden. Um den Wassergraben besser bestreichen zu können, fügte man kurze Flanken in die Walllinie ein und zwischen sie wiederum erhöhte angeordnete Kavaliers, die aus überhöhter Stellung, über die davorliegenden Geschützbänke hinweg, ihre Abschnitte sicherten. Unter ihnen wurden im Wall die erforderlichen bombensicheren Kasernen eingebaut.

Zur zusätzlichen Grabenbestreichung wurden 1878/79 als einmaliges Novum 5 aus Sheffield gelieferte Eisen-Kaponnieren am Wallfuß eingebaut, von denen heute noch zwei in der Nähe des Hauptbahnhofes als militärisches und technisches Denkmal existieren²⁸.

Auf dem Wall, zu dem Rampen hochführten, hatten die Ingenieure, wie bei den Biehler-Forts, Hohltraversen und Volltraversen für die Geschütze angelegt. Die Hohltraversen des Walles standen wiederum teilweise über Munitionsaufzüge und Treppenschächte mit den zu den Panzer-Kaponnieren führenden Poternen in Verbindung, so daß auch hier eine beschußsichere Versorgung der Wallgeschütze möglich war.

Dagegen konnte Biehler ab 1878 den bastionären Grundriß auf der Nordfront (Abschnitt B: 1878–81) und auf der Ostfront (Abschnitt C: 1881–84) durchsetzen²⁹.

1900 kam es zu einer Verschiebung der Südfront, und zwar im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Eisenbahnlinie Straßburg-Kehl, die weit nach Süden ausholte und in dem so geschaffenen Bogen Platz für eine Stadter-

weiterung bot. Die beim Verkauf der Südumwallung erzielten Erlöse sollten für den Weiterbau von KW II verwendet werden. Der 7–8 m hohe Bahndamm diene nunmehr als Ersatz für die Südfront der bisherigen Umwallung³⁰.

7. Die rechtsrheinischen Werke der Festung Straßburg

7.1. Der Baubefehl für die Forts

Der Bau der rechtsrheinischen Werke wurde wie folgt durch den Großherzog von Baden mit einer Bekanntmachung im Staats-Anzeiger für das Großherzogthum Baden Nr. XLVIII, Karlsruhe, 21.11.1871, eingeleitet: „Laut Cabinetsordre vom 17.11.1871 hat Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen die Erbauung detachierter Forts zum Schutze der Festung Straßburg angeordnet. Es ist das Verfahren (Gesetz vom 28.8.1835) einzuleiten über die zwangsweise Abtretung des Terrains

1. für das Fort 1000 Meter südlich Sundheim,
2. für das Fort nördlich Neumühl an der Eisenbahn von Kehl nach Appenweier,
3. für das Fort unmittelbar nördlich von Auenheim,
4. zur Erleichterung des Materialientransports, bestehend in einem Lagerplatz an der Eisenbahn nach Appenweier bei Neumühl, in einer chausvirten Communication von dem Lagerplatze über Neumühl nach Sundheim bis zu der durch diesen Ort nach Süden führenden Chaussee, und in der vereinigten Chaussee und Eisenbahn von dem Lagerplatz bei Neumühl nach Auenheim

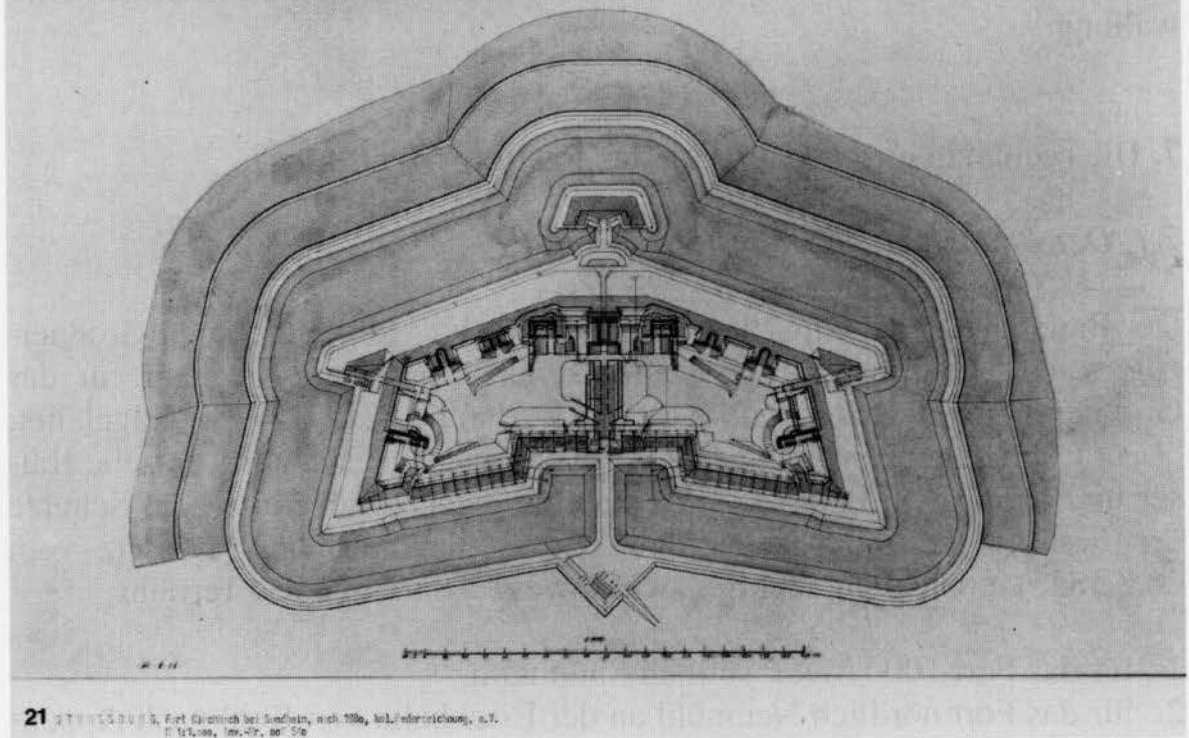
Die Durchführung wird dem Ministerium des Innern übertragen³¹.

Wesentliche Hinweise über diese Forts und die anderen Anlagen erfahren wir aus einer im Auswärtigen Amt in Bonn aufbewahrten und in Oberhausen durch die Abwicklungsstelle der Fortifikation Straßburg erstellten Denkschrift über den rechtsrheinischen Teil der Festung Straßburg vom 11.3.1920³², auf die in Einzelheiten immer wieder zurückgegriffen wird, ohne es jedes Mal zu belegen.

7.2. Das Bauprinzip der Biehlerforts von Kehl

In der Literatur werden Biehler-Forts als lünettenförmig bezeichnet, womit bastionsähnliche, mit einer geschlossenen Kehle versehenen Werke ge-

Fort Kirchbach.



21 27 113300 3, Fort Kirchbach bei Sinsheim, nach 1896, Maßstabverkleinerung, n.V.
H. 1/1000, Inv.-Nr. 98' 516

Abb. 10: Mit freundlicher Genehmigung des WGM, Rastatt

meint sind, die im Vorfeld einer Enceinte liegen³³. Ihre Facen und Flanken können variabel dimensioniert sein, wobei die schon genannte „Normalkonstruktion“ mit einer Facenlänge von 2×126 m ein großes Fort darstellen dürfte³⁴. Die Flankenlänge wurde nicht angegeben.

Betrachtet man vorliegende Daten eines Straßburger Forts, dann dürfte das linksrheinische Fort II (Moltke/Rapp), das im Graben gemessen wurde, mit 2×114 m Facenlänge und 104 m Flankenlänge³⁵ zu den größeren zählen, während das zerstörte Fort X (Kirchbach) auf der badischen Seite mit seinen 2×85 m Facen- und 70 m Flankenlängen den kleinen Forts zuzuordnen wäre, sofern die Angaben der Festungsinspektion stimmen.

Sollte aber der im WGM Rastatt aufbewahrte Plan von Fort Kirchbach (006540) mit dem Fort identisch sein, dann müssen gemäß Kartenmaßstab die Facen je 100 m und die Flanken je 60 m lang gewesen sein, wenn, wie bei den Königsberger Forts, von denen Maße bekannt sind, entlang der Wallkrone gemessen wird. Damit wäre Kirchbach nur auf den Flanken wesentlich kleiner als Moltke. Trotzdem wollen wir es als kleines Fort bezeichnen, denn für die badische Seite bestand weniger die Notwendigkeit

des Baues großer Werke als für die linksrheinische Seite. Daher waren auch die badischen Forts Kirchbach (X), Bose (XI) und Blumenthal (XII) untereinander baugleich³⁶.

Ein Blick auf den Plan von Fort Kirchbach zeigt, daß seine Facenlinien mit den Kehllinien annähernd parallel verlaufen, während die Flankenlinien von den Schulterpunkten an nach außen vorspringen. Von ihren beiderseitigen Endpunkten, den Kehlunkten, geht die Kehllinie ab, die von zwei zum Werksinneren zurückspringenden Winkeln gebildet wird und in deren Schnittpunkt ein bastionsartiger Rücksprung, auch bastionär gebrochene Kehle oder Kehlflankierungsblock genannt, in die Kehlkaserne eingefügt ist.

Ursprünglich war geplant, die Forts der rechten Rheinseite anstelle von Kehlflankierungsblöcken mit den um 8500 Mark billigeren und in den Graben vorgerückten Kehl-Kaponnieren auszustatten³⁷, doch ist diese Absicht nicht realisiert worden. Kehl-Kaponnieren wurde z.B. in Königsberg, Köln, Posen und in Fort Hahneberg bei Spandau eingebaut.

Weitere Abweichungen ergeben sich dadurch, daß es Forts mit trockenem und mit nassem Graben gibt. Ein trockener Graben muß mindestens 9–10 m breit sein. Er wird feindseitig von der 5,50–6,0 m hohen und mit Hausteinen bekleideten Kontereskarpe und freundseitig von einer 5 m hohen und 0,90 m starken, am Wallfuß angesetzten freistehenden Eskarpenmauer eingefast. Auf eine weitere Beschreibung der Forts mit trockenem Graben muß aus Platzmangel verzichtet werden.

Für Forts mit nassem Graben war eine Breite von 20–30 m und eine Mindesttiefe von 1,80 m vorgeschrieben³⁸, die bei den Kehler Forts mit einer Wasserbreite von 40 m vor den Facen und Flanken und von 30 m in der Kehle überschritten wurde. Ihre vom Grundwasserstand abhängige Wassertiefe fiel nie unter 2 m. Die bewachsenen Grabenwände bestanden ringsum aus geböschter Erde und waren durch Absätze in der Wallböschung (Bermen) gegen das Abrutschen geschützt. Als zusätzliche Sicherung diente ein vor dem Glacis gelegener und mit einer Weißdornhecke bepflanzter Vorgraben³⁹. Der heute das ehemalige Fort Kirchbach umziehende Wassergraben stellt nur noch einen kargen Rest der früheren Wasserfläche dar.

Beim Betreten eines Kehler Forts mußte man zuerst den der Kehle gegenüberliegenden dreieckigen Kehlaffenplatz durchqueren, der von einer 1 m starken Bruchsteinmauer mit aufgesetztem 1,10 m hohem Eisengitter und eisernem Volltor mit Schießscharten als Durchlaß umgeben war. Die

Verteidigung des Waffenplatzes erfolgte durch ein aus Hausteinen aufgemauertes Wachtblockhaus mit Schießscharten, das etwa 20 Mann Raum bot.

Dahinter riegelte ein quer über dem Grabendamm stehender Gitterzwinger mit zweiflügeligem Tor den Zugang ein weiteres Mal ab. Am Dammende kam das Hauptportal im Kehlflankierungsblock der vermutlich einstöckigen Kehlkaserne mit zweiflügeligem eisernen Gittertor sowie innenliegender Zugbrücke mit Fallgrube und eisernem Volltor. Daneben befanden sich auf beiden Seiten des Einganges je zwei Räume für Wachen u.ä. Die Verteidigung des Einganges und der Wasserfläche des Kehlgrabens erfolgte aus den Schießscharten der Vorsprünge des Kehlflankierungsblockes durch Geschütze und Gewehre. Dabei stellte der aufgeschüttete Damm ein Hindernis für die sich kreuzende Grabenbestreichung dar⁴⁰.

Die Kehlkaserne, ein von der Kapitalpoterne aus zugänglicher Ziegelkomplex mit gewölbten Wohnkasematten, war für die Unterbringung der ständigen Besatzung, der Dienst- und Versorgungseinrichtungen (Küche, Bäckerei, Proviantlager, Lazarett, Waschräume, Brunnen, Wasserreservoir, Brennstofflager, Telegraphenraum usw.) bestimmt und wurde von den auf der feindwärtigen Seite sich hinziehenden Korridoren erschlossen. Die zu ihrer Beleuchtung erforderlichen großen Fenster befanden sich auf der Kehlgrabenseite. Sie wurden auf ihrer Innenseite durch hebbare eiserne Schartenläden gegen Sprengstücke gesichert. Von den Korridorenden aus führten wiederum besonders gesicherte Gänge in die beiden Werkshöfe.

Der auf der Kehlkaserne aufgelagerte 4,0–4,50 m hohe Erdwall war nur für die Infanterieverteidigung mit Gewehren eingerichtet. Die Feuerlinie der Kehle über der Hofsohle betrug 7,0 m, über dem Vorgelände 6,0 m. Möglicherweise verband ein durch die Erddeckung der Kapitaltraverse führender Gang beide Seiten des Kehlwalles miteinander, wie diese aus einigen Forts bekannt ist.

Vom Hauptportal ab erstreckte sich die von der Kapitaltraverse überlagerte, leicht ansteigende und befahrbare, etwa 5 m breite Hauptpoterne (Haupthohlengang) bis zu der unter dem Frontwall liegenden Spitzen- oder Saillantkaserne, wo sie in die beiderseits mit Eisentoren gesicherte Querpoterne einmündete. Diese erschloß die beiden Werkshöfe, aus denen jeweils befahrbare Rampen und je eine Steinbrücke zu den Front- und Flankenwällen hochführten, auf denen die Wallgeschütze zwischen Erd- und Hohltraversen auf ihren Banketten standen.

Die Kapitaltraverse zerlegte das Fort in einen linken und rechten Teil und sollte die Werkshöfe und Wallgeschütze gegen Flanken- und Schrägfeuer

schützen. Unter ihrer mindestens 8 m hohen Erddeckung saßen in der Regel links und rechts der Hauptpoterne Pulvermagazine, die hofseitig von einem Belüftungsgang umzogen sein mußten, von dem wiederum gebrochen geführte Lüftungsgänge zur Poterne und horizontale Lüftungskanäle in die beiden Höfe abgingen. Weitere Pulvermagazine befanden sich unter den Flankenwällen, von denen aus Verbindung zum Wall bestand. Insgesamt besaß das Werk laut Angabe der Festungsinspektion am Kriegsende zwei Kriegs-Pulver-Magazine (K.P.M.)⁴¹.

Die aus der Querpoterne und aus den Höfen her zugängliche Spitzenkaserne stellte die Zentrale der Artillerie dar. Hier befanden sich etwa spiegelbildlich angeordnet eine Anzahl von Räumen, z. B. Geschoß-Ladestellen, Verbrauchs-Geschoß-Magazine, Verbrauchs-Pulver-Magazine, Schrapnell-Laderäume, Kartusch-Füllräume, aus denen die schußfertig vorbereiteten Geschosse über eingebaute Aufzüge zu den auf dem Oberwall liegenden Hohltraversen und von diesen zu den Geschützen befördert werden konnten.

Die Spitzenkaserne enthielt weiter auch Bereitschaftsräume für das Laborpersonal und die Bedienungsmannschaften der Geschütze, die von hier aus über gemauerte Wendeltreppen und durch die Hohltraversen gegen Beschuß gedeckt, ihre auf dem Wall stehenden Geschütze erreichen konnten. Eine weitere Treppe führte direkt aus der Kapitalpoterne auf den Wallgang.

Wie eine Auszählung ergibt, müssen 9 Hohltraversen auf Facen und Flanken des Walles vorhanden gewesen sein. Die Wallverteidigung erfolgte durch Geschütze und Gewehre. Die Brustwehrstärke betrug auf den Facen und Flanken 7,0 m und in der Kehle 6,0 m, die Feuerlinienhöhe über der Hofsohle 8,0 m und über dem Vorgelände 7,5 m.

Der auffälligste Teil des Werkes war die weit in den Wassergraben hineinragende Inselkaponniere. Diese erreichte man über die ab der Querpoterne auf 3,0 m verengten Spitzenpoterne, die sich allmählich zur tieferliegenden Kaponniere hin absenkte. Aus dieser wurde der Wassergraben mit je 2 Revolverkanonen und mit Gewehren nach links und rechts flankiert. Eine feindwärts vorgelegte starke Erdvorlage schützte die Kaponniere gegen Beschuß.

Die Schulterpunkte waren der Standort der Schulterkaponnieren, von denen aus die Flanken in Richtung Kehlgraben mit Gewehren verteidigt wurden. Der Zugang zu ihnen erfolgte aus den Werkshöfen über je eine Poterne, an die wiederum die Flanken-Pulvermagazine bzw. die Untergeschosse der Wall-Hohltraversen mit ihren Aufzugsvorrichtungen angeschlossen sein konnten.

Über die Bestückung mit Wallgeschützen liegen für Fort Kirchbach keine Angaben vor. Nach unserer Abschätzung könnten für das Fort auf den Facen über 14 Geschütze eingeplant gewesen sein und auf Flanken, wo immer nur ein Geschütz zur Aufstellung kam, über deren vier, was – wie vermutet – auf ein kleines Fort hindeutet. Für dieses war eine Wallarmierung von 16 Geschützen in der Front und 6 auf beiden Flanken vorgesehen⁴².

Die Frage, welche Geschütze für ein Fort vorgesehen waren, läßt sich bei einem Blick auf das Königsberger Fort X beantworten. Nach einem Plan zählten zu dessen 1. Armierung: Je vier 3,7 cm-Revolverkanonen in Spitzen- und Kehl-Kaponnieren, vier 15 cm lange Ring-Kanonen, sechs 9 cm-Kanonen. Ob für Kirchbach, als ein weniger gefährdetes Fort, eine Geschützreserve vorgesehen war, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Sie betrug aber in Königsberg sechs schwere 12 cm-Kanonen, sechs lange 15 cm-Mörser, sechs kurze 15 cm-Kanonen, so daß insgesamt 36 Geschütze aller Kaliber im Fort bereitstanden⁴³. Die Revolverkanonen kamen ab 1884 zum Einsatz.

Aus den spärlichen Mauerresten von Kirchbach ist zu entnehmen, daß für Kaponnieren, Fassaden, Verkleidungen und Pfeiler Hau- und Bruchsteine als Baumaterial verwendet wurden, die vermutlich aus nahe gelegenen Sandsteinbrüchen der Schwarzwaldvorbergzone stammen, sollten doch die Transportkosten nicht zu sehr ins Gewicht fallen. Für den Gewölbebau im Inneren der Kasernen, Kaponnieren, Pulvermagazine und Lagerräume griff man auf Ziegel des Reichsformats $25 \times 12 \times 6,5$ cm zurück, wobei auch der transportgünstige Standort und der Qualitätsmaßstab der Ziegeleien eine Rolle spielten.

Zur Sicherung der Kasernen und der Kasematten gegen Regen- und Schmelzwasser bediente man sich einer besonderen Konstruktion, nämlich der Dosdanierung, die als satteldachartige Übermauerung die Gewölbe überlagerte. Mit ihrer Hilfe konnte das anfallende Wasser über gedeckte Fallschächte in den Gewölbepfeilern, aber auch über Kanäle oder Wasserpeier abgeführt werden.

Beim Bau der Forts ab 1872 bestand keine Gefahr, daß die überkommenen, mit Erde bedeckten Ziegelmauergewölbe nicht dem Beschuß durch Langgranaten mit Schwarzpulverladung standhalten könnten. Das änderte sich aber schlagartig um 1883/85, als mit dem Aufkommen der Brisanzgranaten nur noch bewehrte Beton- und gepanzerte Bauten Schutz vor feindlichem Beschuß bieten konnten.

7.3. Die Verstärkungsmaßnahmen im Zuge der Brisanzkrise nach 1887

Die Antwort auf den Vorsprung der Artillerie- gegenüber der Bautechnik sah man in der Vornahme von Verstärkungsmaßnahmen, die wegen eines Anfang 1887 drohenden Krieges mit Frankreich (Boulangerkrise) unter großem Zeitdruck ablaufen mußten. Die Umfassungsmauern der Hohlbauten wurden im Abstand von 1,0 m mit einer 1,0 m starken Ziegelmauer umhüllt und der dabei entstandene Korridor mit Sand ausgefüllt. Als 1889 bei weiteren Beschußversuchen die Sandkorridore eingedrückt wurden, mußten sie ausgeräumt und mit Granitzementbeton ausgefüllt und bis zur Zwischenschicht hochgeführt werden. Ebenso mußte dieser schützende Mantel zum Schutz gegen Unterschießen bis zu den Fundamenten hinuntergezogen werden.

Bei den Gewölben entfernte man die darüber lagernde Erddecke, legte eine 1,0 m starke Sandschicht darauf, auf die wiederum eine 1,25 m starke Stampfbetonschicht aufbetoniert wurde. Darüber kam wieder eine Erdschicht⁴⁴. Nach langen Versuchen wagte man dann endlich 1893 den Schritt hin zum Betonmassivbau.

Wegen der hohen Kosten konnten anfangs nur die wichtigsten Hohlräume verstärkt werden. Bei Kirchbach, und damit auch bei den übrigen, waren dies 5 Hohltraversen auf dem Wall, ein Kriegspulvermagazin, die Spitzenkaserne, die Hauptpoterne, die Querpoterne und die beiden Räume rechts und links des Einganges in die Kehl-kaserne. Die übrigen Räume der Kehl-kaserne blieben unverstärkt.

Eine weitere Maßnahme war der Abriß der Spitzenkaponniere in den Forts mit trockenem Graben und ihre Verlegung als Spitzengrabenwehr – so die spätere offizielle Bezeichnung – in die Kontereskarpe. Bei den meisten Straßburger Forts wurden dagegen die Schultergrabenwehren beibehalten, sie erhielten aber die übliche Verstärkung mit Sandpolster und Betondecke. Ebenso räumte nach 1887 die bisher dominierende Artillerie weitgehend die Wälle, so daß die nicht mehr benötigten Hohltraversen abgerissen werden konnten. Trotz der damit verbundenen Anhebung der Brustwehr für die Infanterieverteidigung hoben sich die Forts nicht mehr so scharf vom Hintergrund ab. Aus den Artillerieforts wurden weitgehend Infanteriestützpunkte⁴⁵.

Bei der Armierung 1914 wurden im Kehler Raum alle Bauten mit eisernen Luftdrucktüren ausgestattet. Weiter erhielten die verstärkten Hohltraversen auf dem Wall gebrochen geführte Eingänge aus Betonmauerwerk.

In den linksrheinischen Gürtel wurden im Zuge der Verstärkungsmaßnahmen zusätzlich die 5 Zwischenwerke sowie die schon erwähnten Infanterie- und Artillerie-Untertrete- und Munitionsräume (I.R., A.R., M.R.) eingeschoben.

7.4. Beschreibung der übrigen Befestigungen der rechten Rheinseite

7.4.1. Stützpunkt (Stp.) Eckartsweier

Mit Schreiben vom 15.6.1910 teilte das Kriegsministerium, Berlin, dem Großherzogl. Ministerium in Karlsruhe folgendes mit: „Es ist geplant, beim weiteren Ausbau der Festung Straßburg bei Eckartsweier einen Infanterie-Stützpunkt zu bauen, mit dessen Ausführung demnächst begonnen wird“⁴⁶.

Der in den Jahren 1911–13 erbaute Stützpunkt diente der vermehrten Sicherung des zwischen den Forts liegenden Geländes. Der Grundriß ähnelte dem einer Halbredoute, wobei die Frontlänge 120,0 m und die Flankenlänge 50,0 m ausmachte. Die Kehle war gerade geführt und größtenteils offen. Von ihr führten zwei Rampen auf den Wall. Der Zugang in die Kehle des Stp. erfolgte über einen durch den Wassergraben gelegten Damm, der durch zwei zweiflügelige, quer über dem Damm stehende Gittertore gesichert war.

Den Kern des Werkes bildeten ein Untertreteraum (U.R.) für eine Kompanie Infanterie, der wiederum über einen betonierten Hohlengang mit dem in der Spitze gelegenen Wacht- und MG-Raum verbunden war. Der U.R. besaß eine 1,5–2,0 m starke Stahlbetondecke und 1,0 m starke Rückwand mit Schießscharten zur Bestreichung der offenen Kehle.

Die Wallverteidigung mit Gewehren erfolgte aus einem 50 m langen betonierten Schützengraben mit einer 30 cm starken Beton-Rückenwehr. Zusätzlich wurden zur Feuerverstärkung zwei MG-Stände in die Feuerlinie der Facen eingebaut. Die Wallböschung fiel von der Feuerlinie bis zum Wasserspiegel glacisartig ab und war teilweise bewachsen. Die Höhe der Feuerlinie über der Hofsohle betrug 5,5 m und die über dem Vorgelände 5,0 m.

Der den ganzen Stützpunkt umziehende Wassergraben hatte eine Breite von 35,0 m und nie eine Tiefe unter 2,0 m. Die Grabenwände waren in Erde geböscht und bewachsen.



Abb. 11: Vor dem 2. Weltkrieg wurde der um 1926 zerstörte Stützpunkt Kinzig Standort eines erneut gesprengten Westwallbunkers

7.4.2. Stützpunkt Kinzig

Dieser wurde in den Jahren 1913–14 erbaut und war ebenfalls für die Sicherung des Zwischengeländes bestimmt. Bis auf zwei Abweichungen war er baugleich mit Stp. Eckartsweier: So besaß er nur ein zweiflügeliges Gittertor, auch war der Wall nur zur Gewehrverteidigung eingerichtet. Die Betonfeuerlinie mit 30 cm starker Rückenwehr und 2 offenen MG-Ständen fehlten.

7.4.3. Mittelbatterie in Kehl

Sie wurde im Jahre 1861 zum Schutze der 1858–61 erbauten 309 m langen Eisenbahnbrücke errichtet, die badischerseits am 22.7.1870 gesprengt worden war. Die Anlage bestand aus zwei links und rechts der Bahnlinie in Höhe der Eisenbahnbrücke angeordneten zweistöckigen Bruchsteinmauerwerk-Blöcken von 8,50 m Höhe. Diese waren unterirdisch über einen Hohlraum und in Höhe der Mauerkränze durch eine eiserne Verbindungsbrücke miteinander verbunden. Die Verteidigung erfolgte von den Mauerkränzen herab, die noch Schießscharten alten Stils aufwiesen. Ihre Decken und Wände waren etwa 1,0 m stark. Der Geleisesperrung diente ein zwischen beiden Blöcken eingebautes, zweiflügeliges eisernes Volltor. Die

ganze Anlage war schon längst veraltet und bot nur noch geringe Widerstandsfähigkeit.

Von der Mittelbatterie aus bestanden unterirdische Kabelverbindungen nach den Forts Kirchbach, Bose und Blumenthal und von Fort Kirchbach nach dem Stp. Eckartsweier⁴⁷.

7.4.4. Armierungsbauten außerhalb der Festungswerke

Diese entstanden erst während der Armierungszeit unmittelbar nach Kriegsbeginn. In wenigen Wochen wurden die ständigen Anlagen auf Kriegsbereitschaft gebracht und ihrem Zwischengelände eine Vielzahl von Armierungsbauten wie Infanterie-Untertreteräume (I.U.R.), Artillerie-(A.R.) und Munitionsräume (M.R.), Unterschlüpfе, Beobachtungsstände, Schützengräben, Artilleriestellungen, Drahthindernisse usw. an Hand von vorbereiteten Armierungsplänen und Materialvorräten errichtet⁴⁸.

Auf der Kehler Seite zählte man 9 I.U.R., 9 A.R. und 6 M.R., die Schutz gegen Einzeltreffer mittleren Kalibers boten. Sie waren von einfacherer Bauart als die um 1887 gebauten U.R. und bestanden im allgemeinen aus Wellblech mit Betonummantelung, wobei die feindwärts gelegenen Umfassungswände 1,0–1,25 m, die Rückwände 0,5–0,8 m und die Decken 1,0–1,10 m stark waren. Nach vorne waren sie mit einer Erdummantelung umgeben und seitlich mit einer etwa 30 cm starken Erdecke.

Daneben gab es noch 31 splittersichere Unterschlüpfе, die aus Beton mit Eisenspiralarmierung hergestellt waren und 30 cm starke Umfassungswände aufweisen.

Die 4 Beobachtungsstände, zu denen betonierete Kriechgänge hinführten, verfügten über einen Aufenthaltsraum für den Beobachter mit einer 40 cm starken eisernen Deckplatte. Umfassungswände und Decken waren 50 cm stark⁴⁹.

8. Die Schleifung der rechtsrheinischen Werke in der Nachkriegszeit

Gemäß Art. 180 des Versailler Vertrages vom 28.6.1919 waren die bis zu 50 km östlich des Rheines liegenden Befestigungen innerhalb von 4 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zu schleifen. Dagegen bestimmte das alliierte Oberkommando den Zeitpunkt für die Abrüstung und Schleifung der Befestigungen, die in dem von den alliierten Truppen besetzten links- und rechtsrheinischen Gebiete lagen. Dazu zählten auch die Forts und Anlagen auf der rechten Rheinseite bei Kehl.

8.1. Zuständigkeit auf deutscher Seite

Für die Schleifungsangelegenheiten wurde die Abwicklungsstelle der Fortifikation Straßburg der 5. Fest-Insp. mit Schreiben vom 23.12.1919 von der General-Inspektion Abwicklungsamt eingesetzt⁵⁰. Die Fortifikation hatte am 13.12.1919 berichtet, daß sämtliche Kehler Werke feindbesetzt seien und sie keinen Zutritt zu den Werken habe. Daher hätte sie auch noch keine Sprengentwürfe, Kostenrechnungen und Verträge vorbereiten können. Hinsichtlich der Beseitigung der Hindernisse würden Zweifel darüber bestehen, ob die nassen Gräben zugefüllt werden sollen oder ob es sich um eine vollständige Zerstörung der Grabenstreichen und der Blockhäuser handeln würde oder etwa nur um eine Vermauerung der Schießscharten.

8.2. Beseitigung im Interesse der Grundstückseigentümer

Da die Beseitigung der Forts und der zahlreichen Betonbauten, wie Infanterie-Räume, Munitionsunterstände, Beobachtungsstellen, Betonklötzen zum Aufstellen von Geschützen, aber auch der kleineren Feldbefestigungen mit Drahtverhauen, die alle während der Armierung 1914 errichtet worden waren, auf sich warten ließ, richtete das Bezirksamt Kehl im Interesse der betroffenen Grundstücksbesitzer am 27.9.1920 einen entsprechenden Antrag an das Badische Ministerium des Innern. Dabei berichtete es, daß die Anlagen verstreut in den Gemarkungen Auenheim, Neumühl, Eckartsweier, Kork, Willstätt, Marlen und Kehl-Sundheim liegen und daß diese immer wieder von französischen Truppen aufgesucht würden, was mit zusätzlichen Ertragsminderungen verbunden sei.

Kernpunkt des Schreibens war jedoch die Feststellung, daß der französische Brückenkopfkommandant von Kehl nichts gegen eine Entfestigung einzuwenden hätte, jedoch der Gouverneur von Straßburg. Dieser vertrete den Standpunkt, daß die rechtsrheinischen Anlagen Bestandteil der früheren Festung Straßburg wären und es auch bleiben würden. Seine Ansicht widerspreche aber dem Rheinlandabkommen (Art. 8 und 11).

Diesen Hinweis hat dann ein Karlsruher Ministerium, das nicht genannt wurde, am 7.12.1920 an das Auswärtige Amt in Berlin weitergemeldet, verbunden mit der Bemerkung, daß die Franzosen den Brückenkopf Kehl nicht nur für 15 Jahre, sondern für ganz in ihre Hand bringen wollen und daß einem solchen Bestreben mit Nachdruck entgegenzutreten sei⁵¹.

Ein weiteres Schreiben des Bezirksamtes Kehl an das Bad. Staatsministerium vom 25.11.1920 berichtete, daß die mittlerweile gemeldete Liste der

überbauten Grundstücke unvollständig sei, denn diese würde nur die überbauten Flächen enthalten. Tatsächlich sei aber die in Anspruch genommene Fläche weit größer, da die einzelnen Betonbauten mit Erde überdeckt wären, die man früher anderen Grundstücken entnommen hätte. Daher sei auch die Ertragsfähigkeit der so betroffenen Grundstücke ganz oder teilweise entfallen⁵².

Am 20.4.1921 kam das Bezirksamt Kehl, bei dem mittlerweile ein Meinungsumschwung eingetreten war, noch einmal auf sein Schreiben vom 27.9.1920 mit der Bemerkung zurück, daß sein damaliger Vorschlag, alle Armierungsbauten zusammen mit den Forts zu beseitigen, unter der Voraussetzung gemacht worden wäre, daß die französische Besatzungsbehörde sich dem nicht widersetzen würde. Eine Schleifung der Forts könne aber nach einer französischen Äußerung erst auf Anordnung des alliierten Oberkommandos erfolgen.

Nach seiner Meinung kann eine Beseitigung der Behelfs-Betonbauten aus finanzieller Sicht dem Reiche nicht empfohlen werden, da die vereinzelt stehenden und teilweise sehr starken Unterstände nur durch zeitraubende Arbeit zu beseitigen sind. Der Aufwand dafür würde 1 Million Mark betragen. Auch wäre kein Abbruchmaterial zu gewinnen. Das Bezirksamt schlug daher vor, den Eigentümern wie bisher eine Entschädigung für die Nutzungsentziehung zu gewähren, die jährlich nur 4000–5000 Mark erfordert⁵³. Doch bestand in dieser Frage ein Dissens zwischen dem Kehler Bezirksamt und der Heeres-Friko in Berlin, denn letztere schrieb am 6.6.1921 an das Reichsschatzministerium, daß es günstiger wäre, das ehemalige Armierungsgelände anzukaufen, statt jahrelang eine Entschädigung zu bezahlen⁵⁴.

Interessant ist jedoch die Feststellung im erwähnten Schreiben, daß die Schleifung der Forts Auenheim, Neumühl und Sundheim zwar die landwirtschaftliche Nutzfläche vergrößern würde, doch seien in den Forts die Besatzungstruppen untergebracht, die dann in die Dörfer verlegt werden müßten. Dies würde jedoch auf den stärksten Widerstand der betroffenen Dörfer stoßen. Ein Schreiben gleichen Inhalts erhielt auch der Reichsminister des Inneren in Berlin. Vermutlich lagen die bei der Bevölkerung gefürchteten Kolonialtruppen in den Werken⁵⁵.

Daß die Franzosen zu diesem Zeitpunkt noch weitergehende Pläne verfolgt haben müssen, ist aus dem Monatsbericht der Heeres-Friko, VbSt. Stuttgart, vom 4.5.1921 zu entnehmen. Danach machten deren Angehörige bei einer Besichtigung am 14. und 15.4.1921 wegen des Schleifungsplanes in den sonst für Deutsche unzugänglichen Werken des Brückenkopfes Kehl

die Feststellung, daß diese fast durchwegs armiert und zur Verteidigung eingerichtet wären⁵⁶.

Wie letzten Endes die Frage, Ankauf des Armierungsgeländes oder Zahlung einer Entschädigung für Nutzungsverlust, entschieden wurde, ließ sich aus den Akten nicht klären. Jedenfalls vertrat das Reichsschatzministerium im Schreiben vom 1.9.1921 an die Reichsvermögensverwaltung Koblenz die Auffassung, daß es für das Reich günstiger wäre, wenn es das für die Armierungsbetonbauten in Anspruch genommene Gelände im Feststellungsverfahren ankaufen würde⁵⁷.

8.3. Planung der Entfestigungsmaßnahmen

Über die geplanten Schleifungsmaßnahmen im Brückenkopf Kehl liegen zwei Schreiben vor, das eine von der Heeres-Friko-HVSt Festungen in Berlin am 23.2.1921 als Schleifungsplan abgefaßt und an den Vorsitzenden der I.M.K.K., General Nollet in Berlin, gerichtet, das andere von der Reichsvermögensstelle Kehl am 2.7.1921 für die vorgesetzte Dienststelle in Landau verfaßt. Letzteres gibt einen guten Überblick über die geplanten Demolitionen. Es zeigt, daß bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit der Schleifung begonnen wurde. Beide Schreiben werden zusammengefaßt zitiert⁵⁸.

In den einzelnen Bauwerken sollen gesprengt, abgebrochen bzw. beseitigt werden:

01. Stp. Eckartsweier: a) Untertreteraum (U.R.), b) Wachtraum (W.R.) mit Verbindungshohlraum (V.H.G.), c) Beseitigen des eisernen Gitters in der Kehle, d) Legen einer von Front bis Kehle durchlaufenden Bresche von 40 m Breite durch den Wall und über den Graben, e) Abkämmen der Inf.-Stellung im ganzen Umfang.
02. Fort Kirchbach: a) Haupthohlraum (H.H.G.), b) 2 Kriegspulvermagazine (K.P.M.), c) 2 Geschoßmagazine, d) 2 Flankierungsanlagen auf den Flügeln, e) V.H.G. nach der Grabenwehr (Grw.) in der Spitze, f) der Grw. in der Spitze, g) Frontkaserne, h) Kehlblockhaus, i) 9 Schutzhohlräume (Hohlschulterwehren) auf dem Wall, k) Kehlblockhaus mit freistehenden Mauern, l) Legen von 2 Breschen von 40 m Breite über den Wall und über den Graben in den Facen, m) Abkämmen der Inf.-Stellungen im ganzen Umfang.
03. Stp. Kinzig: wie 01.
04. Fort Bose: wie 02.
05. Fort Blumenthal: wie 02.
06. Mittelbatterie: a) Freistehende Flügelmauern, b) 2 Gebäude.
07. Inf.-U.R. 100–108 (9 Räume).
08. Art.-U.R. 133–136, 138, 139, 143, 145 und 147 (9 Räume).
09. Mun.Räume 137, 140–142, 144 und 147 (6 Räume).
10. Postenunterschlüpfen 1–33 (33 Unterschlüpfen).

11. Kabelverbindung zwischen Forts Blumenthal und Bose. Zerstörung der Anschlüsse. Kabelstrang Nutzung für wirtschaftl. Zwecke.
12. Verbindungsstraße zwischen Fort Bose und Blumenthal: Nichts. Nutzung für wirtschaftl. Zwecke.
13. Wallmeister-Dienstwohngebäude in Kehl: Nichts. Nutzung für Wohnzwecke.

Aus dem Schreiben vom 2.7.1921 kann geschlossen werden, daß der ursprüngliche Antrag auf Nutzung der Kehl- und Frontkasernen der 3 Forts für landwirtschaftliche und der beiden Gebäude bei 06. für Wohnzwecke bis zu diesem Zeitpunkt abgelehnt worden war.

8.4. Durchführung der Entfestigungsmaßnahmen

Diese scheinen sich sehr lange hingezogen zu haben. Auch liegen darüber nur spärliche Hinweise vor, die aber zitiert werden sollen. Begonnen wurde anscheinend mit der Unterbrechung der unterirdischen Fernsprechleitungen. In dem damit verbundenen Schriftverkehr bezweifelt die I.M.K.K. gegenüber dem Auswärtigen Amt (Schreiben v. 2.6.1921 an Gen.Maj. Marschall von Bieberstein) die deutschen Angaben, daß nur eine einzige Kabelverbindung zwischen den Forts Blumenthal und Rose bestehen würde. Sie verlangt eine Bestätigung dieser Angabe oder die Vorlage eines vollständigen Leitungsplanes.

Am 22.7.1921 teilte das RSM der Heeres-Friko mit, daß die Reichsvermögensstelle Kehl, auf Verlangen der I.M.K.K., Unterkommission Frankfurt, zur Ermittlung der nach den Werken führenden Kabel Nachgrabungen vornehmen lassen mußte, die von der I.M.K.K. überwacht wurden⁵⁹.

1926 begannen die Sprengungen. So teilte die I.M.K.K. am 8.6.1926 dem AA (General von Pawelsz) mit, daß sofort zu schleifen wären: Inf.-U.R. Nr. 102, Art.-U.R. Nr. 134, 135, 138, 139, 143, 145, 146, die Munitionsräume Nr. 139, 140, 141, 142, 144, 147, die zwischen Marlen und Auenheim liegenden Postenunterschlüpf Nr. 28, 29 und 30⁶⁰.

Am 1.10.1926 meldete die Heeres-Friko Stuttgart an die HVSt Berlin, daß der italienische Oberst Azzeritti eine Schlußbesichtigung der bei Kehl gesprengten Befestigungsanlagen durchgeführt hätte. Dieser forderte vier Nachsprengungen von Grundmauern bereits zerstörter Rückwände⁶¹.

9. Nachwort

Von den Kehler Forts und den Armierungsbauten existieren so gut wie keine Überreste. Wahrscheinlich ist nicht einmal mehr bekannt, außer bei den Forts und den Stützpunkten, wo bestimmte Anlagen gestanden haben. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch verschiedene, bisher nicht bekannte Quellen in Archiven existieren, die weiteren Aufschluß über Entstehung und Ende der Kehler Befestigungen geben könnten. Wenn unser Bericht ein Ansporn zu ihrer Erschließung sein kann, hat er seine Aufgabe erfüllt. Die Generation, die den ersten Weltkrieg und die Nachkriegszeit noch erlebt hat, ist dahingestorben, so daß keine Befragung mehr möglich ist.

Literatur

Archivunterlagen:

- [1] AAPA Auswärtiges Amt – Politisches Archiv, Bonn
- [2] BAMA Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg
- [3] BAPOT Bundesarchiv Potsdam
- [4] GLAK Generallandesarchiv Karlsruhe

Monographien und Periodika:

- [5] Brisbois, Eugène: Das Fort II in Reichstett bei Straßburg. In: Interfest e.V., Jahrestagung 1995 in Mutzig/Elsaß.
- [6] Fischer, Günther/Bour, Bernard: Die Feste Kaiser Wilhelm II. La position de Mutzig 1893–1918. Mutzig 1893–1918. Mutzig 1980.
- [7] Fischer, Günther: Die Festung Mainz 1866–1921, Schriftenreihe Festungsforschung, Bd. 9, Wesel 1990, S. 93–125.
- [8] Frobenius, Herman: Geschichte des preußischen Ingenieur- und Pionier-Korps von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1886. Band I und II. Berlin 1906.
- [9] Ders.: Unsere Festungen. Band 4: Die Ausgestaltung der Festung. Berlin 1912.
- [10] Glossarium artis. Band 7: Festungen. München 1990.
- [11] Lacoste, Werner: Der Armierungsbedarf von Festungen, IBA-Informationen, Köln, Heft 26/1995, S. 30–35.
- [12] MGFA-Wehrgeschichtliches Museum Rastatt (Bearb. von Rudolf Schott): Die Sammlungen des WGM im Schloß Rastatt. 4. Festungswesen, Teil II, Pläne von Festungen und befestigten Städten. Freiburg (1984).
- [13] von Müller, Hermann. Die Thätigkeit der deutschen Festungsartillerie ... 1870/71. Bd. 1: Die Belagerung von Straßburg. Berlin 1898.
- [14] von Müller, Hermann: Geschichte des Festungskrieges von 1885–1905. Berlin 1907.
- [15] Nohlen, Klaus, Baupolitik im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1918. Berlin 1982.
- [16] Reichsgesetzblätter 1871–1914.
- [17] Reuleaux, Oskar: Die geschichtliche Entwicklung des Befestigungswesens vom Aufkommen der Pulvergeschütze bis zur Neuzeit. Leipzig 1912.
- [18] Rolf, Rudi: Die deutsche Panzerfortifikation. Osnabrück 1991.
- [19] Schwarte, M.: Technik des Kriegswesens, Leipzig-Berlin 1913.

- [20] Steckner, Carl-Helmut: Die Festung Kehl, S. 260–271, in: Schneider, Hugo (Hrsg.): Burgen und Schlösser in Mittelbaden, Kehl (1984), Die Ortenau, Bd. 64.
- [21] von Tiedemann, B.: Der Festungskrieg im Feldzug gegen Frankreich 1870/71. Berlin 1872.
- [22] Wagner: Sammlung Technischer Bestimmungen für Fortifikations-, Artillerie- und Garnison-Bauten, 3. Auflage, Berlin 1881.

Erläuterung der Fachbegriffe:

Blockhaus: Im gedeckten Weg über der Kontereskarpe oder im Kehlaffenplatz gelegener verteidigungsfähiger Mauerbau, der Wachen und Ausfalltruppen als Stützpunkt dienen kann.

Brisanzkrise: Mit der Einführung der Brisanz- oder Sprenggranaten 1883/85 waren die überkommenen Festungswerke aus Steingewölben fast schlagartig entwertet worden. Wegen der drohenden Kriegsgefahr (Boulangerkrise) mußten ab 1887 schnellstens Verstärkungsmaßnahmen bei den gefährdeten Werken durchgeführt werden, die z.B. die Auflage von Sandpolstern und von Betonschichten sowie die Durchführung von Ummantelungen umfaßten. Gleichzeitig begann auch der Bau von Artillerie-, Infanterie- und Munitionsräumen in den Zwischenfeldern. Der Übergang zum massiven Betonbau und zur Panzerbefestigung erfolgte dann in den 90er Jahren (Feste KW II, Mutzig).

Enceinte: Stadt-, Hauptumwallung.

Eskarpe: Innere Grabenwand, die entweder aus einer bekleideten Futtermauer, einer freistehenden Mauer oder einer steil abgeschrägten Erdböschung bestehen kann. Gegenstück: Kontereskarpe, meist aus verkleideten Gewölbe- oder Dechargenmauern aufgeführt.

Face: Entweder die Bezeichnung für jede feindseitige Front einer Anlage oder bei einer Spitzbastion die beiden zum Scheitelpunkt vorspringenden Fronten.

Fortifikation: Ursprünglich untere Behörde, die für den Bau und Unterhalt einer Festung und der zugehörigen Anlagen zuständig war. Sie unterstand einer Festungsinspektion, der wiederum eine Ingenieurinspektion und der General-Inspekteur des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen übergeordnet waren. Nach Kriegsende 1918 übernahm die ehemalige für die Reichsfestung Straßburg verantwortliche Fortifikation, nunmehr als eine in Abwicklung befindliche Dienststelle, die Durchführung der vom Versailler Vertrag verlangten Schleifungen der deutschen Befestigungen auf der Kehler Seite.

Heeres-Friedenskommission (Heeres-Friko): Als dem Reichswehrministerium in Berlin mit der Hauptverbindungsstelle (HVSt.) „Festungen“ unterstellt, war sie für Schleifungsarbeiten zuständig. Sie arbeitete mit der I.M.K.K. zusammen und leitete deren Forderungen an die früheren Fortifikationen in Abwicklung, Verbindungsstellen (VSt.) bei den Festungen bzw. Entfestigungsämter, weiter.

I.M.K.K.: Internationale Militär-Kontroll-Kommission mit Sitz in Berlin, die die Einhaltung der Bedingungen des Versailler Vertrages überwachte. Sie setzte sich aus französischen, englischen, belgischen und italienischen Offizieren zusammen und unterstand dem französischen General Nollet.

Kaponniere: Ein senkrecht zum Grabenverlauf errichteter ein- oder mehrstöckiger Hohlbau zur Bestreichung des Grabens oder einer Wasserfläche.

Kasematte: Jeder beschußsichere und verteidigungsfähige Gewölberaum einer Befestigung, der unter- oder oberirdisch angelegt sein kann. Nebeneinanderliegende Kasematten werden als Kasemattenkorps bezeichnet.

Kavalier: Eine meist in einem ausspringenden Winkel eines Walles gelegene überhöhte Stellung (Kasematten, Defensionskaserne), von der aus das Vorgelände besser beherrscht werden kann.

Kehle: Die Rückseite eines Werkes oder einer Bastion, die entweder offen oder durch Palisade, Mauer, Wall und Graben, Kehlkaserne geschlossen sein kann.

Kehlpunkt: Schnittpunkt einer Flanke mit der Kehllinie. Es gibt einen linken und rechten, einen inneren und äußeren Kehlpunkt.

Polygonalsystem: Ein den Geländeverhältnissen angepaßtes Befestigungssystem, dessen lange, gerade Walllinien so geführt sind, daß sie in einem stumpfen Winkel aufeinandertreffen. Die Flankierung der geraden Fronten erfolgt durch davorliegende Kaponnieren.

Poterne: Hohlweg, Tunnel. Dieser kann sich als Kapitalpoterne (Fahrpoterne) unter der Kapitaltraverse vom Werkseingang bis zur Saillant-Kaserne hinziehen, und von hier aus verschmälert bis zur Saillant-Kaponniere, und nach deren Wegfall unter dem Graben hindurch bis in die in der Kontereskarpe untergebrachte Spitzengrabenwehr. Die Schulter-Kaponnieren werden durch Schulterpoternen erschlossen. Ferner die durch den Wall einer Enceinte führende Fahrpoterne.

Ravelin: Drei- oder fünfeckiges Werk mit eigenem Graben, das vor der Kurtine liegt, die als Wallkörper zwei Bastionen miteinander verbindet. Beim Polygonalsystem decken sie, vor der Hauptumwallung liegend, die durch den Wall führenden Torpoternen.

Saillant: Der ausspringende Winkel einer Bastion oder eines Festungswerkes. Vor dem Wall befindet sich im Graben die Saillant-Kaponniere, im Wall dahinter die Saillant-Kaserne, beide durch die verschmälerte Kapitalpoterne miteinander verbunden.

Schulterpunkt: Schnittpunkt der Face (Front) mit einer Flanke.

Traverse: Ein auf dem Hauptwall stehender Querwall, der als Erdwall oder als kasemattierter Hohlweg (Hohltraverse) errichtet sein kann.

Anmerkungen

- 1 [12], S. 27/28; [20], S. 260–271.
- 2 [21], S. 52, 54.
- 3 [12], S. 25, 26; [13], S. 43, 63, 294, 326; [21], S. 56.
- 4 [8], II, S. 328.
- 5 [4], 233/25927; [8], II, S. 333; [9], S. 72/73; [15], S. 323.
- 5a [8], II, S. 332.
- 6 [8], II, S. 332/333.
- 7 [15], S. 321/322.
- 8 [9], S. 73/74.
- 9 [14], S. 2.
- 10 [16], Nr. 51, S. 459–471.
- 11 [16], Nr. 7, S. 56.
- 12 [16], Nr. 14, S. 157.
- 13 [16], Nr. 27, S. 222.
- 14 [16], Nr. 24, S. 289–292.
- 15 [16], Nr. 6, S. 59/60.
- 16 [16], Nr. 6, S. 62.
- 17 [4], 233/25927; [3], R 002/576/Bl. 128–131.
- 18 [8], II, S. 264/265.
- 19 [9], S. 73–75; [14], S. 3.
- 20 [8], II, S. 265, 324; [9], S. 81–89.
- 21 [17], S. 104/105.
- 22 [7], S. 97.
- 23 [8], II, S. 333–335.
- 24 [8], II, S. 327–344; [14], S. 4/5.
- 25 [1], R 33950.
- 26 [18], S. 40; [6], S. 66.
- 27 [8], II, S. 331–336; [2], Msg. 153/43, 153/49; [1], R 33950.
- 28 [8], II, S. 335; [9], S. 77/78; [18], S. 44.
- 29 [8], II, S. 335/336.
- 30 [2], Msg. 153/43; [6], S. 54.
- 31 [4], 233/25927.
- 32 [1], R 33950.
- 33 [10], S. 164.
- 34 [9], S. 75.
- 35 [5], sowie Auskunft vom Verfasser.
- 36 [1], R 33950.
- 37 [8], II, 338.
- 38 [22], S. 23.
- 39 [1], R 33950.
- 40 [8], II, S. 327.
- 41 [1], R 33950.
- 42 [9], S. 75/76, 83, 84.
- 43 [2], RH 11 III/273.
- 44 [9], S. 136–147.
- 45 [9], S. 105, 147–149, 153/154.
- 46 [4], 233/25927.
- 47 [1], R 33950.

- 48 [11], S. 30–35.
- 49 [1], R 33950.
- 50 [1], R 33950.
- 51 [4], 233/39142.
- 52 [4], 233/39142.
- 53 [4], 233/39141.
- 54 [1], R 33950.
- 55 [4], 233/39141; [1], R 33950.
- 56 [1], R 33950.
- 57 [1], R 33950.
- 58 [1], R 33950.
- 59 [1], R 33950.
- 60 [1], R 33950.
- 61 [1], R 33950.

Die Ermordung Erzbergers

Reiner Haehling von Lanzenauer

Matthias Erzbergers Lebensweg gleicht der Bahn eines Kometen. Zügig arbeitet sich der mittellose Handwerkersohn hoch und höher bis ins Amt eines machtvollen Reichsministers. Doch auf den Zenit folgen politischer Sturz und gewaltsame Auslöschung: Fanatisierte Gewalttäter töten den Abgeordneten während eines Waldspaziergangs nahe Bad Griesbach. Diese Tat liegt jetzt 75 Jahre zurück – Anlaß für ein Gedenken.

Wurzeln

Geboren wurde Matthias Erzberger am 20. September 1875 in Buttenhausen, einem Dorf in der rauhen Landschaft droben auf der Schwäbischen Alb, ein paar Kilometer südlich von Münsingen. Sein Vater Josef Erzberger war Schneidermeister und verdiente sich ein Zubrot als Briefträger. Seine Mutter Katharina geb. Flad versorgte die große Familie, denn auf den Sohn Matthias folgten bald fünf weitere Geschwister. Die Erzbergers bewohnten ein bescheidenes Häuschen am Hange des Lautertals. Sie gehörten zu den wenigen Katholiken am Orte, und so mußte der kleine Matthias in der Kirche des benachbarten Dorfes Bichishausen getauft werden. Nach einigen Jahren trat er in die Bichishausener Volksschule ein. Seine außergewöhnliche Befähigung fiel auf, die Fortbildung zum Lehrerberuf wurde empfohlen. Von 1889 bis 1894 besuchte er die Lehrerseminare in Schwäbisch Gmünd und Saulgau. Sein scharfer Verstand und sein geradezu phänomenales Gedächtnis trugen sicherlich dazu bei, daß er während der ganzen Ausbildungszeit seine Kameraden eindeutig überflügelte¹. Vom Militärdienst blieb Erzberger verschont, da eine Überzahl von Wehrpflichtigen zur Musterung anstand. So konnte er gleich nach dem Lehrerexamen in den württembergischen Schuldienst treten, um in Marbach, Göppingen und Stuttgart-Feuerbach zu wirken. Viel Neigung hat der junge Praktikant seinem Lehramt schwerlich entgegengebracht, denn nach zwei Jahren zog es ihn fort in die große Politik.

Schon während des Lehrerdaseins hatte Erzberger sich nebenher mit Finanzwissenschaft, Wirtschaftsfragen und Soziallehre befaßt. Er suchte politische Veranstaltungen auf, wo er beredt in die Diskussion eingriff. Seiner Einstellung nach war Erzberger allzeit ein gläubiger, überzeugter Katholik. Was lag da näher als der Beitritt zum Zentrum, jener zwischen rechts und links angesiedelten Volkspartei, deren Anhänger der Katholizismus einte.



Matthias Erzberger

Inmitten des Zentrums stand die Massenorganisation des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, die ein Gegengewicht zu den sozialdemokratischen Zusammenschlüssen bilden wollte. Der neue Mitstreiter wurde mit der Gründung und Betreuung von christlichen Arbeiter- und Handwerkervereinen im württembergischen Raum beauftragt und zum Arbeitersekretär ernannt. Schon im Jahre 1895 hatte man dem Zwanzigjährigen die Redaktion des Deutschen Volksblattes übertragen, der in Stuttgart erscheinenden Zentrumszeitung. Unermüdlich reiste Erzberger von Veranstaltung zu Veranstaltung, mit seinem schier unergründlichen Wissen verblüffte er die Zuhörer, mit seiner schlagfertigen Redekunst schlug er die Gegenspieler aus dem Felde. Durch seinen engagierten Einsatz für die Sache der kleinen Leute schuf er sich eine feste Vertrauensbasis, auf die beim späteren öffentlichen Wirken Verlaß war. Zur Jahrhundertwende entschloß sich der junge Redakteur, eine Familie zu gründen – er heiratete die Kaufmannstochter Paula Eberhart aus Rottenburg am Neckar. Aus der Ehe sollten die Kinder Oskar, Maria und Gabriele hervorgehen².

Abgeordneter

Bei der Reichstagswahl des Jahres 1903 wurde der 28jährige Erzberger zum Abgeordneten des Wahlkreises Leutkirch–Waldsee–Wangen–Biberach gewählt. Er beendete seine Tätigkeit in Stuttgart und zog nach Berlin, um sich uneingeschränkt dem neugewonnenen Mandat widmen zu können. In der Reichshauptstadt hat man ihn von oben herab angesehen, den Neuling aus der Provinz, gar ohne akademische Bildung. Doch der brachte aus seiner Zeit als Journalist und Arbeitersekretär Erfahrung mit aus dem parteigebundenen Einsatz vor Ort. Und die wußte er rasch umzusetzen für die Berliner Parlamentspraxis. In seinem heimatlichen Dialekt ging er den politischen Gegner an, deckte ihn bei den Redeschlachten mit gewitzten Argumenten ein. Der knitze Schwabe war ein politisches Naturtalent – als „Schlitzohr“ hat man ihn einmal von kundiger Seite apostrophiert³. Souverän beherrschte der Abgeordnete Erzberger jede einschlägige Materie. Der Diplomat und Chronist Graf Kessler erlebte späterhin eine Parlaments-sitzung mit, in der üble Anwürfe gegen Erzberger vorgebracht wurden. Kessler sah den Angegriffenen zur Rednertribüne gehen, vermerkte die un-gelenken Bewegungen des klobigen Körpers mit den breiten, untersetzten Bauernschultern, die schlecht sitzende Kleidung, die grammatischen Fehler der dialektgefärbten Sprache. Doch dann geschah das Unerwartete: „... allmählich wuchs aus dieser drolligen, schlecht sprechenden, ungeschickten Gestalt die furchtbarste Anklage empor, die schlecht gemachten, schlecht gesprochenen Sätze brachten Tatsache auf Tatsache, schlossen sich zu Reihen und Bataillonen zusammen, fielen wie Kolbenschläge auf

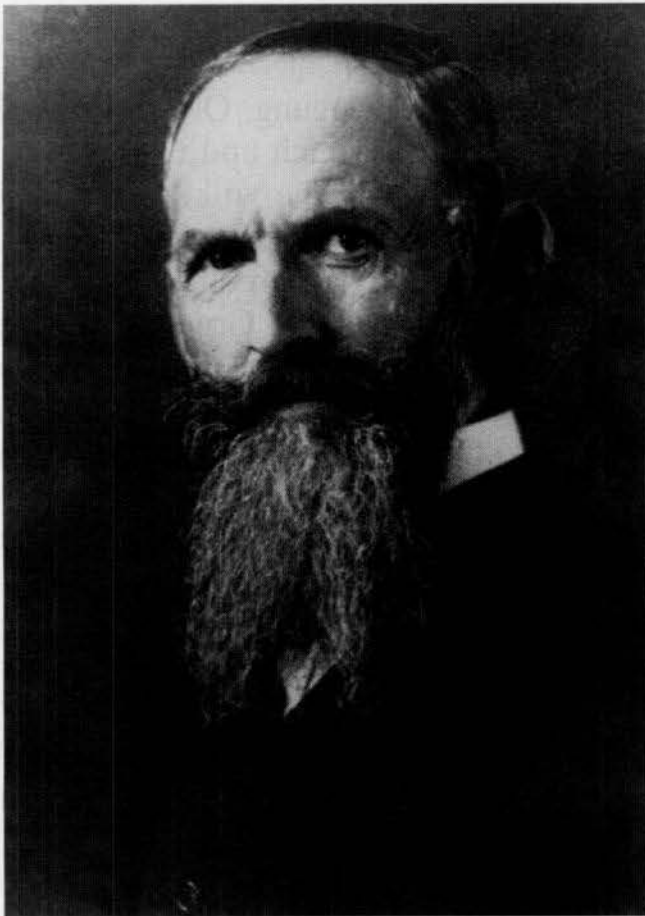
die Rechte, die ganz blaß und in sich zusammengeduckt und immer kleiner und isolierter in ihrer Ecke saß“⁴. Daneben warb Erzberger mit einer Vielzahl von Schriften zu drängenden Tagesproblemen in der Öffentlichkeit für seine Ideen⁵. Seinen fundierten Finanzkenntnissen verdankte er im Jahre 1904 die ehrenvolle Berufung in die Budgetkommission, wo er maßgeblich an der Reform der Militärpensionen mitarbeitete. Wann immer ihm Mißstände bekannt wurden, prangerte er sie schonungslos an. Ins Visier seiner Vorwürfe geriet in erster Linie die Kolonialverwaltung, wo Grausamkeiten gegenüber Eingeborenen, Veruntreuungen und Vetternwirtschaft aufgedeckt wurden⁶. Da mußte der Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, Prinz von Hohenlohe, mitsamt seinem Berater, dem Nationalökonom Karl Helfferich, das Amt niederlegen. Im Gegenzug erwachsen Erzberger dadurch neue Feinde, wie die zunehmende Zahl publizistischer Angriffe gegen seine Person erkennen ließ.

Bei den Reichstagswahlen der Jahre 1907 und 1912 wurde Erzberger wiedergewählt. Nach der letzten Wahl hat ihn die Zentrumsparlei in ihren Fraktionsvorstand aufgenommen. Geschwächt war sie aus den Wahlen hervorgegangen, jetzt waren die Sozialdemokraten die stärkste Partei im Reichstag geworden. Der Abgeordnete Erzberger wettete: „Der Hauptwert des Zentrums aber liegt darin, daß es unser Vaterland vor plötzlichen parteipolitischen Erschütterungen schützt, daß es für eine gewisse Stetigkeit in der inneren Politik sorgt und einen Ausgleich zwischen den Extremen der Rechten und der Linken darstellt; dabei ist es ein starkes Bollwerk gegen die Sozialdemokraten.“⁷ Doch mehr und mehr überlagerten hinfort außenpolitische Spannungen die parlamentarischen Aktivitäten. Schon nach Bismarcks Entlassung war der Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert worden, so daß die große östliche Macht neue Bundesgenossen im Westen suchte. Die imperialistische Flotten- und Kolonialpolitik Wilhelms II. forderte England heraus, in Frankreich gedieh unter Poincaré der Revanchegedanke. Auf deutscher Seite dachte man nicht an Annäherung und Verständigung mit den Nachbarstaaten, sondern gefiel sich in säbelrasselndem Aufrüsten. Erzberger teilte in jenen Vorkriegsjahren durchaus die deutschnationale, monarchistische Verblendung, die den tödlichen Zusammenprall mitverschulden sollte. Demgemäß befürwortete der Abgeordnete eine Heeresverstärkung, stimmte für die Flottennovelle, machte sich stark für die neu aufkommende Militärluftfahrt. Ein Krieg war da vorprogrammiert.

Weltkrieg

Anfang August 1914 setzten sich die Heere in Bewegung, Österreich und Deutschland auf der einen, Serbien, Rußland, Frankreich und England auf der anderen Seite. Überschwenglich glaubte das deutsche Volk, es gehe um einen Verteidigungskampf. Die im Reichstag vertretenen Parteien schlossen Burgfrieden und bewilligten einhellig die Kriegskredite. Erzberger machte sich alsbald zum Wortführer jener konservativen Gruppe, die den deutschen Kriegseintritt guthieß und weitreichende Annexionen in den Nachbarländern zum Kampfziel erhob⁸. Bald übernahm er die Leitung des staatlichen Nachrichtendienstes, der für Presseinformation im neutralen und feindlichen Ausland zu sorgen hatte. Diese Schlüsselstellung verschaffte ihm Zugang zu geheimen Informationen. Die dürften seinen grundlegenden Sinneswandel des Frühjahrs 1917 beschleunigt haben. Unter dem Eindruck der schwierigen militärischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands wie des Kriegseintritts von Amerika formulierte Erzberger eine Friedensresolution mit Annexionsverzicht, die im Juli 1917 von der Reichstagsmehrheit beschlossen wurde. Von den Rechten und der dahinter stehenden Obersten Heeresleitung wurde Erzberger von nun an wegen Aufgabe der ursprünglichen Kriegsziele angefeindet, doch am 29. September 1918 verlangten auch Hindenburg und Ludendorff ein sofortiges deutsches Waffenstillstands- und Friedensangebot – die Generalität befürchtete jetzt den Zusammenbruch ihrer Westfront. Vier Tage später ernannte der Kaiser den Prinzen Max von Baden zum neuen Reichskanzler, zugleich wurde Erzberger Staatssekretär ohne Portefeuille. Dafür hatte sich namentlich die liberale Seite ausgesprochen, da man in der gegebenen Situation Erzberger innerhalb einer Regierung für ungefährlicher hielt als im Parlament⁹. Der neuen Regierungsgewalt oblag, das war von vornherein klar, die Abwicklung eines verlorenen Krieges.

Anfang November bildete das Kabinett eine Delegation, die auf deutscher Seite die Verhandlungen über den Waffenstillstand führen sollte. Nach einigem Hin und Her nominierte man den überraschten und widerstrebenden Erzberger zum Regierungsvertreter und schließlich auch zum Leiter der Kommission¹⁰. Nach Zwischenhalt im deutschen Hauptquartier in Spa fuhren die Parlamentäre am 7. November 1918 in drei Kraftwagen durch die Frontlinie, ein Sonderzug brachte sie in das Hauptquartier des Marschalls Foch im Wald von Compiègne. Der Marschall trat hochfahrend auf, stellte überaus harte Bedingungen, über die nicht verhandelt, sondern die nur angenommen oder abgelehnt werden konnten. Lediglich in wenigen Punkten vermochte Erzberger noch geringfügige Milderungen durchzusetzen. Der mit Wahrnehmung der Geschäfte betraute Reichskanzler Ebert wie auch Hindenburg depechierten Zustimmung¹¹. Jetzt blieb den Unterhändlern



Carl Diez

nur übrig, die demütigenden Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, denn die Front war am Zusammenbrechen, der Kaiser hatte abgedankt, im Reich herrschte Chaos. Allein durch sofortige Vertragsunterzeichnung konnte der drohende Einmarsch der Alliierten ins Reichsgebiet verhindert werden. Gleichwohl wurde Erzberger fortan von allen rechtsorientierten politischen Gruppierungen zum Sündenbock der Niederlage, ja zum Protagonisten der Dolchstoßlegende gestempelt. Bösgläubig haben sie verdrängt, dass die Regierenden wie die Generalität im Oktober/November 1918 Waffenruhe um jeden Preis gefordert hatten.

Weimar

Während der ersten bewegten Nachkriegsmonate behielt Erzberger die Leitung der Kommission, die nunmehr Einhaltung und Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen hatte. Dieses Amt verblieb auch nach den Wahlen zur Nationalversammlung dem wiedergewählten Abgeordneten Erzberger, jetzt als Reichsminister ohne Portefeuille im Ka-

binett Scheidemann. In dieser Position setzte er sich nachdrücklich für die Annahme des Versailler Friedensvertrages ein – was ihm erneut den Schimpfnamen eines „Erfüllungspolitikers“ eintrug. Am 21. Juni 1919 wurde Erzberger zum Reichsfinanzminister im neugebildeten Kabinett Bauer berufen. Damit stand er vor der schier unlösbaren Aufgabe, angesichts leerer Kassen die aufgelaufenen Kriegsschulden wie die zu erwartenden hohen Reparationskosten zu begleichen. Schon im September begann er mit einer grundlegenden Reichsfinanzreform, die vor allem die Entnahmehöhe der Gemeinden beschnitt und durch eine quantitative Beteiligung am Gesamtsteueraufkommen des Reiches ersetzte¹². Es war der Durchbruch zur modernen Steuerwirtschaft, ein Werk, das Anerkennung errang quer durch die Parteienlandschaft.

Erzbergers Feinde befehdeten ihn unaufhörlich weiter. An ihrer Spitze stand Professor Helfferich, der 1906 seinen Platz in der Kolonialabteilung hatte räumen müssen. Er hatte danach verschiedene Posten in der freien Wirtschaft innegehabt, bis er nach Beginn des Krieges zum Leiter des Reichsschatzamtes, des späteren Finanzministeriums, und sodann 1916 zum Vizekanzler und Staatssekretär des Innern berufen wurde. Der konservative Helfferich hatte schon Erzbergers Friedensresolution bekämpft, wegen des Waffenstillstandsabkommens prangerte er ihn als Verderber Deutschlands an. Jetzt brach Helfferich eine beispiellose Pressekampagne vom Zaun. In einer Artikelserie, die er später unter dem Titel „Fort mit Erzberger“ zusammengefaßt nochmals veröffentlichte¹³, warf er dem Finanzminister unter anderem unwahre Angaben bis zum möglichen Meineid, Sabotierung der deutschen Kriegspolitik und die Vermischung privater Geldinteressen mit seinen öffentlichen Ämtern vor. Angesichts derart massiver Vorwürfe sah sich Erzberger gezwungen, Beleidigungsklage zu erheben. Der im Januar 1920 beginnende Prozeß kehrte sich rasch als Waffe gegen Erzberger, denn dessen gesamtes Privatleben wurde durchleuchtet, das Beweisergebnis tagtäglich durch die lauernde Presse gezerrt. Voreingenommenheit war spürbar nicht nur bei den konservativen Justizbediensteten, sondern ebenso beim Publikum im Berliner Gerichtssaal wie draußen in deutschen Landen. Da erstaunt es nicht, daß Helfferich schließlich im März 1920 für seine zahlreichen beleidigenden Vorwürfe lediglich zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt wurde. Schlimmer noch für Erzberger: In den Urteilsgründen wurde dargelegt, daß die herabsetzenden Behauptungen sich in einer Reihe von Fällen durchaus als zutreffend erwiesen hätten¹⁴. Fraglos hatte Erzberger es in eigenen Angelegenheiten zuweilen an wägender Zurückhaltung und Sinn für Integrität fehlen lassen, eine strafbare Handlung hingegen könnte man ihm nach heutigen Begriffen keineswegs vorwerfen. Nach dieser Urteilsverkündung aber vermochte er sich nicht im Ministeramte zu halten. Er bat den Reichspräsidenten Ebert um

Entlassung, die dieser bewilligte mit den Worten, daß die großen Verdienste des Scheidenden „. . . durch nichts verdunkelt werden“¹⁵.

Schon während des Rechtsstreits hatten die Haßtiraden einen Gewalttäter aufgestachelt. Am 26. Januar 1920 beobachtete der arbeitslose ehemalige Fähnrich Oltwig von Hirschfeld die Hauptverhandlung im Zuhörerraum. Als Erzberger bei Verhandlungsende mit seinem Kraftwagen vor dem Kriminalgericht in Berlin-Moabit wegfahren wollte, sprang Hirschfeld auf das Trittbrett und gab zwei Schüsse auf den im Fond sitzenden Finanzminister ab. Eine Kugel drang in das linke Schulterblatt ein, eine zweite prallte an der Uhrkette ab. Hirschfeld wurde gefaßt und wenig später vor Gericht gestellt. Er suchte seine Tat zu rechtfertigen, indem er Erzberger die Hauptschuld für Deutschlands Niederlage zuschob. Dabei hob er ausdrücklich auf Helfferichs Schrift „Fort mit Erzberger!“ ab. Das Gericht verurteilte Hirschfeld für seinen Mordversuch, den es parteiisch nur als gefährliche Körperverletzung einstufte, zu ganzen 18 Monaten Gefängnis.

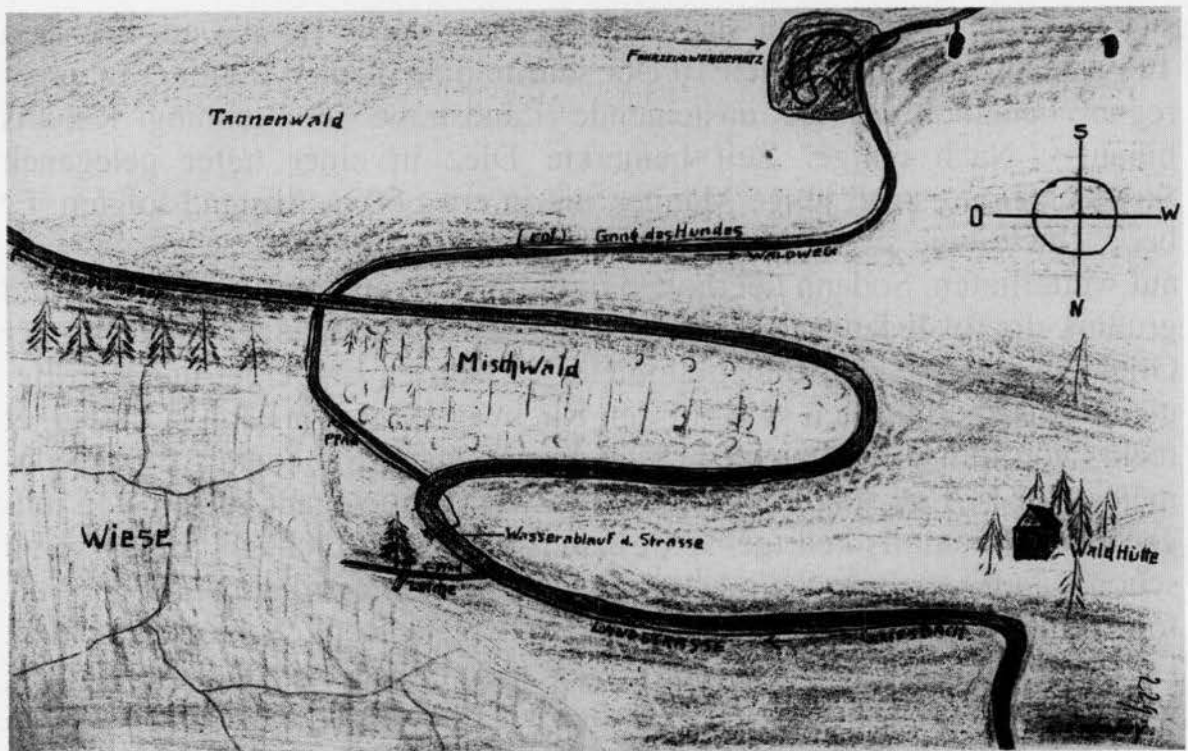
Nach dem ungünstigen Ausgang des Helfferich-Prozesses war Erzberger fest entschlossen, um die Wiederherstellung seiner Ehre zu kämpfen. Er reichte Revision zum Reichsgericht ein, er legte ein Buch über seine Erlebnisse im Weltkrieg vor, er bereiste seinen württembergischen Wahlkreis. Im Sommer 1921 erlangte Erzberger die Einstellung der gegen ihn gerichteten Ermittlungen wegen Verdachts von Meineid und Steuervergehen. Nun sah er seine Rückkehr in die Parlamentspolitik offenstehen. Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin begab er sich erst einmal am 19. August mit seiner Frau und seiner siebenjährigen Tochter Gabriele zu einem Erholungsaufenthalt in den historischen Renchtalbadeort Griesbach im badischen Schwarzwald, etwa 500 m ü.d.M. am Fuße des Kniebis gelegen. Die Familie Erzberger stieg in dem von katholischen Schwestern bewirtschafteten Kurhause ab. Eine Woche später traf der Abgeordnete Carl Diez ein, von Erzberger herzlich begrüßt. Langjährige Freundschaft verband die beiden, denn seit dem Jahre 1912 vertrat der katholische Radolfzeller Landwirt die Zentrumswähler aus dem Hegau im deutschen Reichstag¹⁶.

Attentat

Für den Morgen des 26. August 1921 hatten sich die Freunde zu einem kurzen Spaziergang verabredet. Als Diez sich gegen 9 Uhr einfand, saß Erzberger mit seiner Frau und der kleinen Gabriele noch im Wohnzimmer am Frühstückstisch. Carl Diez gesellte sich dazu, trank eine Tasse Kaffee. Beim Weggehen entschloß man sich, wegen des trüben und regnerischen Wetters vorsorglich Regenschirme mitzunehmen. Frau Erzberger mochte

sich nicht anschließen, da sie Koffer packen wollte für die am nächsten Tag geplante Abreise. Gegen 10 Uhr schritten die beiden Politiker in angelegter Unterhaltung die ansteigende Landstraße in Richtung Kniebis hinauf¹⁷. Nach einiger Zeit bemerkte Diez in einer tiefer gelegenen Straßenbiegung zwei junge Männer, die in etwa 50 m Abstand folgten. Er beobachtete, wie sie kurz anhielten, um sich zu besprechen, danach bergauf weiterliefen. Sodann überholten die jungen Leute raschen Schrittes und grüßlos die zwei langsamer ausschreitenden Spaziergänger. In Höhe der Grandecker Hütte bei Straßenkilometer 15 kehrten Erzberger und sein Begleiter um und machten sich auf den Rückweg. Diez ging links, Erzberger rechts von ihm. Es war jetzt 11 Uhr. In der engen Straßenkurve bei Kilometerstein 14,1 gewahrte Diez, daß die zwei recht elegant gekleideten jungen Leute ebenfalls kehrtgemacht hatten und ihnen dichtauf folgten. Und schon standen sie vor den erschreckten Spaziergängern, ein jeder der Verfolger richtete einen Revolver gegen Erzbergers Kopf. Schüsse krachten. Diez schlug mit dem Regenschirm gegen den nächststehenden Schützen, woraufhin er von einer Kugel getroffen zu Boden stürzte. Dabei vernahm er, wie ein zweiter auf ihn gerichteter Schuß abgegeben wurde. Nach einiger Zeit gelang es Diez, sich aufzuraffen. Er entdeckte auf der Fahrbahnmittle eine breite Blutspur, die nach rechts den Abhang hinabführte. Etwa 20–30 m unterhalb des Straßenrandes lag Erzberger am Fuße eines Baumes, ersichtlich war er mit letzter Kraft talwärts geflüchtet. Diez stieg zu ihm hinab und mußte erkennen, daß sein Freund tot war¹⁸.

Diez mag eine Minute bei dem Ermordeten verharret haben, als er die Täter etwa 50–80 m oberhalb seines Standortes zwischen Waldbäumen erblickte. Nun versuchte er, sich in Sicherheit zu bringen. Mühsam kroch er die Böschung hinauf zur Landstraße. Hier traf er auf einen weiblichen Kurgast aus Griesbach. Er berichtete von dem Anschlag und der erlittenen Verwundung, bat die Dame, ihn nach Griesbach zu begleiten. Ihre abweisende Reaktion: „Wie konnten Sie nur mit Erzberger zusammen spazieren!“ Abstand haltend lief sie neben Diez her, leistete auch keinerlei Hilfe, als er sich in einem Schwächeanfall niedersetzen mußte. Unter Schmerzen erreichte der Verletzte gegen 11.30 Uhr Griesbach, wo er erst einmal Sorge trug, daß Frau Erzberger so schonend wie möglich unterrichtet wurde. Dann begab er sich in ärztliche Behandlung, denn ein Geschoß hatte seinen linken Oberarmknochen zertrümmert und steckte nahe der Wirbelsäule in der Lunge¹⁹. Zur genauen Feststellung der Todesursache Erzbergers fand am 27. August im Spital von Oppenau eine gerichtliche Leichenöffnung statt. Durchgeführt wurde die Sektion vom Bezirksarzt aus Oberkirch im Beisein eines Gerichtschemikers und weiterer Ärzte. Es ergab sich, daß das Opfer von acht Schüssen getroffen worden war: Zwei gingen in den Kopf, einer in die Brust sowie ein weiterer Prellschuß in die linke Brustsei-



Skizze des Hundeführers der Polizei, der wenige Stunden nach der Tat eintraf
(StAF F 179/4, Band 134, AS 229)

te, ein Schuß durch den linken Oberschenkel in den Leib, ein Steckschuß und ein Prellschuß trafen die linke Schulter, ein Streifschuß berührte den Rücken. Die Kopfschüsse und der Einschuß in die Brust waren jeder für sich allein von tödlicher Wirkung²⁰. Am 31. August wurde der ermordete Abgeordnete beigesetzt auf dem Katholischen Friedhof an der Ehinger Straße in Biberach, dem Hauptort seines Wahlkreises. Tausende Bürger folgten betroffen dem Sarge, Reichskanzler Dr. Wirth hielt die Gedenkrede am Grabe²¹. Die Trauer um den feige Hingemordeten hinderte viele Presseorgane keineswegs, in übler Weise dessen Andenken zu besudeln. Mit schamloser Genugtuung begrüßten sie den Tod des angeblichen Vaterlandsverrätters und Erfüllungspolitikers, verherrlichten gar die Mörder²².

Fahndung

Wenige Stunden nach dem Verbrechen waren Polizeibeamte aus Oppenau, ein Staatsanwalt aus Offenburg, der Richter beim Amtsgericht Oberkirch und der dortige Bezirksarzt am Leichenfundort eingetroffen. Es konnten lediglich eine nicht verfeuerte Patrone und einige Patronenhülsen vom Kaliber 7,65 und 9 mm aufgefunden sowie Fußabdrücke gesichert werden.



Ansichtskarte vom Tatort mit umseitigem Stempeldatum 7.9.21
(Todeszeitpunkt in Bildunterschrift falsch angegeben)

Ein Polizeihund wurde auf die Fährte der geflüchteten Täter angesetzt, er vermochte allerdings deren Spuren nur bis zu einem nahen Wendepunkt zu verfolgen. Ein Landwirt und ein Fuhrknecht, die in einiger Entfernung Holz luden, hatten Schüsse gehört, deren Ursache sie sich nicht erklären konnten. Als sie später mit dem Fuhrwerk über die Landstraße bergab in Richtung Griesbach fuhren, entdeckten sie unterhalb des Weges Erzbergers Leiche. Ein Straßenwart und ein Kutscher bekundeten, daß sie um die Tatzeit zwei jüngeren Männern auf der Landstraße zum Kniebis begegnet seien. Am frühen Nachmittag beobachtete eine junge Frau oben auf dem Dollenberg zwei Männer im Alter von etwa 28 Jahren, die in auffälliger Weise in den Hochwald flüchteten, als sie der Zeugin ansichtig wurden. Jeder habe einen prall gefüllten Rucksack getragen. Am darauffolgenden Tage konnten konkretere Täterhinweise erlangt werden – Kurgäste hatten vor der Tat in Griesbach zwei verdächtige Männer beobachtet und lieferten eine ausführliche Beschreibung von deren Aussehen. Ende August konnte die Oppenauer Polizei berichten, daß im Gasthaus „Hirschen“ in Oppenau zwei junge Leute gewohnt hätten, auf welche die Täterbeschreibung zutraf. Am Tage des Verbrechens seien sie sehr früh aufgestanden und weggegangen. Am späten Nachmittag hätten sie ihr Gepäck zum nahen Bahnhof bringen lassen, um mit dem Abendzug in Richtung Appenweier abzu-

reisen. Es wurde festgestellt, daß sich die beiden im Gästebuch als Studenten namens Knut Bergen aus Jena und Franz Riese aus Düsseldorf eingetragen hatten. Eine fernmündliche Nachfrage in den genannten Städten ergab, daß diese Identität falsch sein mußte. Unterdessen wurde im Bereich des Hotels ein handschriftlicher Zettel der fraglichen Gäste aufgefunden. Ferner entdeckte man diverse Papierschnitzel, die auf den Namen Heinrich Schulz wiesen. Durch Handschriftenvergleich und durch Abgleichung der Personenbeschreibungen konnte geklärt werden, daß es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die aus politischen Umtrieben polizeibekanntenen ehemaligen Offiziere Schulz und Tillessen handelte.

Heinrich Schulz wurde am 20. Juli 1893 in Saalfeld/Thüringen geboren. Nach dem Schulbesuch trat er 1912 eine kaufmännische Lehre an. 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, zweimal ist er im Weltkrieg verwundet worden. 1919 wurde er im Rang eines Leutnants der Reserve entlassen. Im April 1919 schloß er sich der Marinebrigade Ehrhardt an und beteiligte sich in München am Kampf gegen die Räteherrschaft, zuletzt als Angehöriger der Sturmkompanie von Killinger. Sein Gefährte Heinrich Tillessen war am 27. November 1894 in Köln-Lindenthal geboren worden. Nach Gymnasiumsbesuch in Metz und Koblenz ging er 1912 als Seekadett zur Marine, 1917 wurde er zum Oberleutnant befördert. Nach Kriegsende überführte er sein Torpedoboot nach Scapa Flow und versenkte es beim vorbereiteten Untergang der deutschen Flotteneinheiten. Nach Internierung und Kriegsgefangenschaft kehrte Tillessen 1920 heim, wurde aus dem Dienst verabschiedet und schloß sich nun ebenfalls jener Marinebrigade an, deren Führer sein früherer Flottenchef Ehrhardt geworden war²³.

Die Marinebrigade Ehrhardt hatte im März 1920 beim Kapp-Putsch eine verhängnisvolle Rolle gespielt, indem sie auf Weisung der Putschisten die Reichshauptstadt besetzte. Als das Unternehmen zwei Tage später scheiterte, hat man dieses Freikorps aufgelöst. Die Angehörigen der Brigade bauten nunmehr einen Geheimbund auf, an dessen Spitze wiederum der frühere Marineoffizier Ehrhardt stand, militärischer Leiter wurde der ehemalige Kapitänleutnant Manfred von Killinger. Diese Organisation Consul versteckte sich hinter einer fingierten „Bayerischen Holzverarbeitungsgesellschaft m.b.H.“ mit Sitz in München. Eng wirkte sie zusammen mit den rechtlastigen Bündeln Wiking und Germanenorden, ohnehin gab es viele Mehrfach-Mitgliedschaften. Auf diese Weise erstreckte sich das Netz der Organisation C über ganz Deutschland mit Zellen in vielen Großstädten. Alle Mitglieder waren auf strenge Verschwiegenheit und bedingungslosen Gehorsam eingeschworen, einem Verräter drohte Feme. Es handelte sich eindeutig um eine totalitäre, rechtsextremistische Vereinigung, über die Killinger später aussagte: „Zweck der Organisation war, eine möglichst

große Anzahl nationaldenkender Deutscher zu sammeln, vor allem solche Elemente, die gewillt sind, einer vollkommenen Revolutionierung linksstehender Kreise mit der Waffe entgegenzutreten . . .“²⁴

Den Strafverfolgungsbehörden war nicht verborgen geblieben, daß die flüchtigen Tatverdächtigen Schulz und Tillessen dem verfassungsfeindlichen Männerbund angehörten. Man nahm daher an, ein verbrecherisches Komplott der Organisation C stehe hinter dem Mord an dem Abgeordneten Erzberger. Folglich wurde eine ganze Reihe von Angehörigen der Vereinigung nach dem Attentat überprüft, verhaftet und zum Teil in Untersuchungshaft genommen. Die Betroffenen bestritten, etwas mit dem Verbrechen zu tun zu haben. Offenbar waren ihre Aussagen zuvor abgesprochen. Die Ermittlungsverfahren mußten daher eingestellt, die festgenommenen Beschuldigten wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Hinreichenden Verdacht einer Tatbeteiligung erachtete die Staatsanwaltschaft allein bei Manfred von Killinger für gegeben. Gegen ihn wurde im Mai 1922 Anklage zum Landgericht Offenburg erhoben mit dem Vorwurf, er habe im Zusammenhang mit dem Mord an Erzberger den Tätern das Unterstellen von Koffern in seiner Wohnung gestattet, im September 1921 den Schulz bei drohender Verhaftung in seinem Pkw weggeschafft und um die gleiche Zeit Schulz angeboten, dieser könne Schriftwechsel unter Deckadresse führen. Dies stelle eine Begünstigung der Mörder dar. Die Hauptverhandlung gegen Killinger fand unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Grosselfinger in der Zeit vom 7. bis 13. Juni 1922 statt. Sie endete mit Freispruch und Freilassung Killingers, da das Gericht eine begünstigende Handlung nicht als erwiesen ansah. Die Revision der Staatsanwaltschaft Offenburg gegen dieses freisprechende Urteil hat das Reichsgericht in Leipzig im Februar 1923 verworfen²⁵. Demokratische Presseorgane konstatierten damals, daß das sachlich und objektiv geführte Gerichtsverfahren wegen der verwickelten, undurchschaubaren Beweislage nicht zu einer zweifelsfreien Verurteilung hätte führen können²⁶. Auch aus heutiger Sicht vermögen die Urteile beider Instanzen keine Kritik herauszufordern, wenn man die damaligen Erkenntnismöglichkeiten zugrunde legt. Einen Vorteil brachte das Gerichtsverfahren gegen Killinger in jedem Fall mit sich: Alle Zeugen und Sachverständigen sind damals ausführlich zu richterlichem Wortprotokoll gehört worden. Diese Niederschrift sollte sich viel später als wichtiges prozessuales Beweismittel erweisen, zumal die meisten vernommenen Personen bereits kurze Jahre nach dem Killinger-Prozeß verstorben sind.

Die beiden Haupttäter entkamen. Beinahe wäre Schulz in München ergriffen worden, doch sein Verteidiger schleuste ihn in letzter Minute durch die polizeilichen Absperrungen. Eilends setzte sich Schulz gemeinsam mit Til-

lessen ins Ausland ab, Killinger hatte rechtzeitig für Reisepässe gesorgt. Nach einem Zwischenhalt in Oberbayern gelangten beide mit Hilfe geländekundiger Führer über die grüne Grenze nach Österreich, von wo sie weitergeleitet wurden nach Ungarn. Dort lebten sie mehrere Jahre teils bei gleichgesinnten ungarischen Bekannten, teils in Budapester Hotels. Im Sommer 1924 verhaftete die ungarische Polizei den gesuchten Heinrich Schulz. Zwei deutsche Kriminalbeamte reisten nach Budapest und stellten seine Identität fest. Als die deutschen Behörden das Auslieferungsverfahren einleiteten, wurde bekannt, daß die beiden Gesuchten nach Jugoslawien ausgewiesen worden seien²⁷. Nun trennten sich ihre Wege. Schulz hielt sich zuerst in Triest auf, zog sodann unter falschem Namen über Trient nach Bozen in Südtirol. Nach etwa einem halben Jahr wurde sein Aufenthaltsort der Polizei bekannt. Auf eine Warnung hin flüchtete er Anfang 1925 nach Kapstadt, von da weiter nach Südwestafrika. Von 1926 bis 1932 war er bei einer deutsch-spanischen Firma in Neu-Guinea angestellt. Über Spanien kehrte er schließlich zurück nach München, wo er Mitte März 1933 eintraf. Hier war der Ankömmling auf einmal wohlgekommen, denn die neuen Machthaber billigten das von ihm verübte Verbrechen. Als bald wurde er in die SS aufgenommen und mit Führungsämtern betraut. Im Jahre 1940 ist er im Range eines Sturmbannführers zur Waffen-SS übergewechselt, vier Jahre später wurde er zum Obersturmbannführer befördert. Sein Komplize Tillessen war nach der Ausweisung aus Ungarn über Italien nach Spanien geflohen, wo er unter Tarnnamen Arbeit bei einer Luftverkehrsgesellschaft fand. Nach seinen Angaben ist er schon im Dezember 1932 nach Deutschland zurückgekommen. Im Juli 1933 erhielt er in Bremen beim Norddeutschen Lloyd eine Stelle als kaufmännischer Angestellter. 1934 ernannten ihn die Nazis zum SA-Führer. 1937 wurde er Generalvertreter seiner Firma in Mannheim, ab 1938 wohnte er in Heidelberg. Während des Zweiten Weltkrieges gehörte er der Kriegsmarine an, zuletzt Korvettenkapitän der Reserve. Es schien, als bliebe die Mordtat ungesühnt.

Strafprozesse

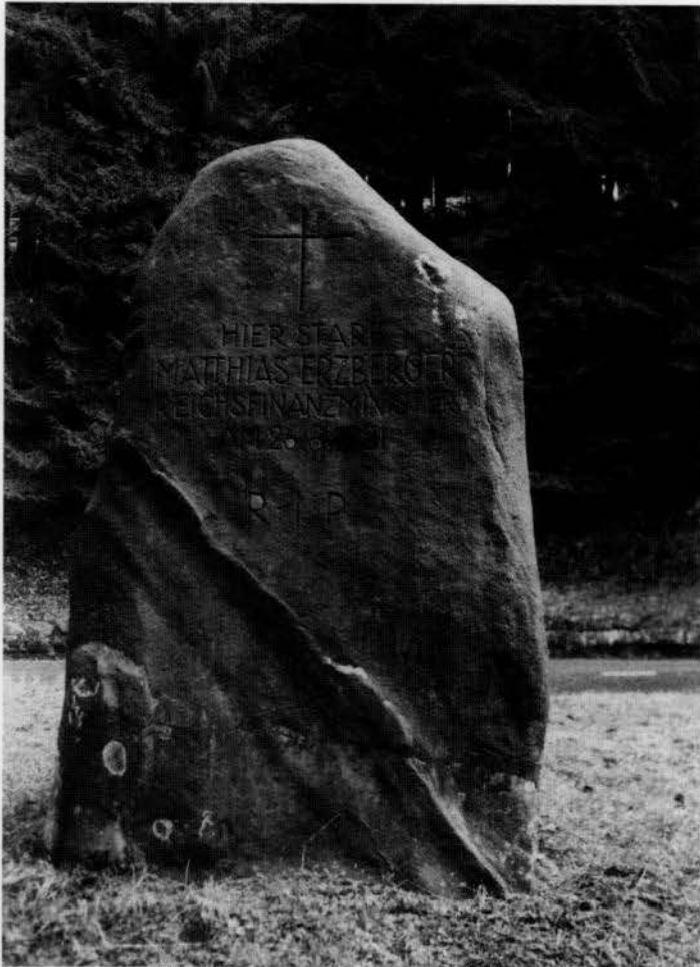
Heinrich Tillessen konnte jedoch bald nach Kriegsende zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Am 15. Mai 1945 hatten ihn amerikanische Soldaten auf Anordnung der Militärregierung festgenommen und in das Gefängnis Heidelberg eingeliefert. Der US-Gerichtsoffizier in Mannheim schrieb den Vorgang dem Mannheimer Oberstaatsanwalt zu, der damals zugleich die Staatsanwaltschaft Heidelberg leitete. Dort vermerkte man schon unter dem 7. Juli 1945, daß die Sache eigentlich an die Staatsanwaltschaft Offenburg abzugeben sei, schob allerlei Gründe gegen eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens nach. Der amerikanische Gerichts-



Bildstock an der Sterbestelle (1933 beseitigt)

offizier entschied hingegen, das Verfahren sei fortzuführen, allerdings dürfe eine etwaige Todesstrafe nur mit Genehmigung der Besatzungsmacht vollstreckt werden. Nun beantragte die Staatsanwaltschaft erst einmal Haftbefehl, den das Amtsgericht Heidelberg unter dem 15. August 1945 erließ. Am selben Tage wurde der Beschuldigte dem Haftrichter vorgeführt und vernommen. Tillessen hat die Mordtat eingeräumt. Gemeinsam mit Schulz sei er nach Oppenau und nach Bad Griesbach gefahren, um Erzberger, in dem er einen „Volksschädling“ gesehen habe, zu töten. Am Tattage, als Erzberger und Diez auf der Kniebisstraße umkehrten, hätte er mit Schulz ebenfalls kehrtgemacht. Die vorausgehenden Männer seien dann stehen geblieben. Nun sei er mit Schulz vorgesprungen, gleichzeitig hätten sie auf Erzberger geschossen. Gleichwohl sei Erzberger behende den Abhang hinabgesprungen, wohin Schulz ihm folgte, vermutlich um die tödlichen Schüsse gegen den Kopf des Opfers abzugeben. Keinen Glauben verdient Tillessens Behauptung, selbständig habe er gemeinsam mit Schulz den Tatentschluß gefaßt, keineswegs seien sie durch Dritte angestiftet worden²⁸.

Erst am 15. April 1946 konnte die Staatsanwaltschaft Offenburg das Verfahren übernehmen. Säuberlich ist in den Ermittlungsakten vermerkt, daß dies „im Einverständnis mit der französischen Militärregierung“ geschehen sei²⁹. Zugleich wurde Tillessen in das Landgerichtsgefängnis Freiburg verschubt. Unter dem 26. August 1946 reichte der Generalstaatsanwalt in Freiburg die Anklageschrift bei der Strafkammer des Landgerichts Offenburg ein, denn ein Schwurgericht war noch nicht gebildet. Nach Klärung rechtlicher Vorfragen begann die Hauptverhandlung am 25. November 1946. Nach Schluß der Beweisaufnahme forderte der persönlich im Verfahren auftretende Generalstaatsanwalt Bader die Todesstrafe wegen des Mordes an Matthias Erzberger und eine vierjährige Zuchthausstrafe wegen des Mordversuchs zum Nachteil von Carl Diez³⁰. Der Verteidiger hingegen beantragte Verfahrenseinstellung, da die Tat amnestiert worden sei. Dieser Rechtsauffassung schloß sich das Gericht an: Mit Urteil vom 29. November 1946 wurde das Verfahren eingestellt unter Hinweis auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 über die Gewährung von Straffreiheit³¹. Diese Entscheidung rief sofort die Besatzungsmacht auf den Plan. Die Militärregierung verkündete, der vorsitzende Richter werde seines Postens enthoben, gegen weitere beteiligte Amtsträger werde eine Untersuchung eingeleitet. Der Chef der deutschen Justiz in der französischen Zone, Paul Zürcher, protestierte gegen diese Maßregelung der Richterbank und legte demonstrativ sein Amt nieder³². Dabei stellte er klar, daß er die Entscheidung des Offenburger Gerichts aus Rechtsgründen durchaus für verfehlt halte. Rasch wurde das umstrittene Urteil korrigiert. Das französische Tribunal Général in Rastatt zog das Verfahren an sich, da es gemäß Gesetz Nr. 2 der Militärregierung befugt war, sämtliche von deutschen Ge-



*Gedenkstein
an der Kniebisstraße*

richten erster oder zweiter Instanz erlassenen Urteile nachzuprüfen. Unter dem 6. Januar 1947 hat das Tribunal den deutschen Urteilsspruch aufgehoben, da die Märzamnestie des Reichspräsidenten aus dem Jahre 1933, von Hitler, Frick und v. Papen gegengezeichnet, offensichtlich von hitlerischem Geist getragen und somit nichtig sei³³. Die Strafsache wurde an das Landgericht Konstanz verwiesen, wo ab 25. Februar 1947 neu verhandelt worden ist. Drei Tage später erging der Richterspruch: Heinrich Tillessen wurde wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Art. II Ziff. 1 c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 10.12.1945), begangen durch den Mord an Matthias Erzberger, und wegen Mordversuchs zum Nachteil von Carl Diez zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt³⁴. Der Rechtslehrer Gustav Radbruch, während der Weimarer Republik zeitweilig Reichsjustizminister, sah in dem neuen Urteil eine fortschrittliche juristische Leistung für die Erfassung der Humanitätsdelikte³⁵. Die badische Staatsregierung hat dem Verurteilten bereits ab Mai 1952 Haftunterbrechung gewährt, die vom baden-württembergischen Ministerrat Ende desselben Jahres in Aussetzung zur Bewährung für die Reststrafe umgewandelt wurde³⁶.

Gegen den Mittäter Heinrich Schulz mußte getrennt verhandelt werden. Er war im Mai 1945 bei Traunstein von den Amerikanern gefangengenommen worden. 1946 konnte man ihn im Kriegsgefangenenlager Kornwestheim als jenen Heinrich Schulz identifizieren, der den Erzbergermord begangen hatte. Im November 1946 wurde der Generalstaatsanwalt in Freiburg verständigt, daß Schulz sich in einem Internierungslager in Darmstadt befinde. Die badischen Strafverfolgungsbehörden stellten sogleich ein Auslieferungsersuchen, aber erst im Dezember 1949 haben die Amerikaner den Beschuldigten der deutschen Justiz überantwortet, so daß er ins Gefängnis von Offenburg verbracht werden konnte. Bereits in Darmstadt war Schulz durch die Polizei zum Tatvorwurf gehört worden. Schon dort hatte er den Mord gestanden und erklärt, daß Killinger ihm und Tillessen zu Anfang August 1921 erklärt habe, laut Losentscheid hätten sie beide den Reichsfinanzminister Erzberger zu töten³⁷. Nach seiner Überstellung ist der Beschuldigte Schulz durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Offenburg an mehreren Tagen sehr ausführlich vernommen worden. Glaubhaft wiederholte er seine frühere Darstellung, daß der Mordbefehl von Killinger erteilt worden sei. In seinem Büro habe Killinger ihm und Tillessen einen Umschlag überreicht, der einen mit Schreibmaschinenschrift beschriebenen Zettel enthielt. Dem Sinne nach habe es da geheißen, gemäß der in der Leitung stattgefundenen Auslosung sei er mit Tillessen bestimmt worden, den Reichsfinanzminister a. D. Erzberger zu beseitigen. Die Art der Ausführung bliebe ihnen überlassen, für den Fall der Entdeckung werde Unterstützung zugesagt. Zur Person des Opfers meinte Schulz, daß Erzberger in Kreisen der Freikorpsleute der bestgehaßte Mann gewesen sei. Auch habe sich doch alles, was Helfferich öffentlich vorgeworfen habe, als wahr erwiesen. Von sich aus hätte er, Schulz, sich allerdings nicht entschließen können, Erzberger zu töten. Dann aber habe er einen Befehl erhalten und fühlte sich an den dem Germanenorden geleisteten Eid gebunden. Auf der Suche nach dem Aufenthaltsort des ehemaligen Finanzministers hielten sich die beiden Verfolger in Ulm, Jordanbad, Biberach und Beuron auf. Dort erfuhr Tillessen, daß der Gesuchte in Bad Griesbach zur Kur weile. Am 21. August 1921 seien sie dorthin gefahren, hätten aber kein Quartier gefunden, weshalb sie in Oppenau ein Gasthauszimmer bezogen. Zwei Tage vor der Tat hätten sie hinter Büschen hervor Erzberger mit Frau, Tochter und drei Begleitern auf der Kniebisstraße beobachtet. Am Tattage hätten sie sich wieder in der Nähe dieses Spazierweges verborgen, bis Erzberger mit einem ihnen unbekanntem Herrn heraufgekommen sei. Man sei beiden nachgegangen. Als sie noch etwa 30 m entfernt gewesen seien, hätten die Vorausgehenden sich nach ihnen umgedreht. Da sei Tillessen vorgespungen und habe aus 10 m Entfernung dreimal auf Erzberger geschossen. Nunmehr sei Diez mit Schirmhieben auf Tillessen eingedrungen. Tillessen habe einen Schuß auf Diez abgegeben



*Grabmal auf dem
Katholischen Friedhof
in Biberach*

und ihm, Schulz, zugerufen: „Schieß doch!“ Jetzt habe er, Schulz, ebenfalls einen Schuß auf Diez abgefeuert. Dann sei er 1–2 Schritte über den Straßenrand hinabgetreten, um zweimal auf Erzberger zu schießen, der halb zusammengerollt an einer Tanne lag. Danach seien sie zu zweit über den Hermengrund geflüchtet³⁸.

Im Mai 1950 konnte durch die Staatsanwaltschaft Offenburg Anklage gegen Schulz erhoben werden. Die Hauptverhandlung vor dem Landgericht – Schwurgericht – Offenburg fand vom 17.–19. Juli 1950 statt. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt lebenslange Zuchthausstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, der Verteidiger plädierte auf Freispruch, vorsorglich Gefängnisstrafe von höchstens drei Jahren wegen Totschlags. Das Schwurgericht erkannte auf zwölfjährige Zuchthausstrafe wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit einem Verbrechen des Totschlags nach § 212 Reichsstrafgesetz-

buch³⁹. Recht früh wurde dem Verurteilten mit Entschließung des baden-württembergischen Ministerrats ab 22. Dezember 1952 bedingte Strafaussetzung gewährt, am selben Tage hat man ihn aus der Landesstrafanstalt Freiburg entlassen⁴⁰.

An der Stelle nahe der Fahrstraße, wo Matthias Erzberger den Tod gefunden hatte, war nach der Tat ein Bildstock errichtet worden. Unter der Nazi-herrschaft mußte er 1933 entfernt werden. Im Jahre 1951 wurde in der Biegung der Kniebisstraße ein Granitfindling erstellt mit der Inschrift: „Hier starb Matthias Erzberger – Reichsfinanzminister – am 26.8.1921 – R.I.P.“ In der Kapelle der Kurklinik Mütterheim St. Anna in Bad Griesbach erinnert eine von Künstlerhand gestaltete Steintafel mit Porträtmedaillon an die Mordtat auf dem Weg zum Kniebis⁴¹.

Schlußwort

Matthias Erzberger war vieles in einem: Ein bürgernaher Volksvertreter, ein geborener Politiker, ein ideenreicher Finanzexperte, ein weitblickender Staatsmann, ein aufrechter Demokrat. Während des Ersten Weltkrieges erkannte er früh die Sinnlosigkeit kämpferischer Auseinandersetzung, kehrte sich ab vom imperialistischen Machtstreben. Überzeugt trat er für eine Friedensresolution ein, führte selbst die Verhandlungen um einen Waffenstillstand, befürwortete die Annahme des harten Versailler Vertrages. Wie sehr Erzberger beigetragen hat, noch mehr Leid von allen abzuwenden, ist im nationalistischen Getümmel jener Zeit untergegangen. Üble Beleidigungen, konzertierte Medienhetze und gewalttätige Angriffe gegen Leib und Leben hat er um seiner friedensbereiten Haltung willen hinnehmen müssen. Doch furchtlos und voll christlichen Vertrauens ging er seinen Weg, den ein brutaler politischer Mord so abrupt beendet hat. Auf der letzten Seite einer kurz vor dem Tode veröffentlichten Schrift hatte Matthias Erzberger noch einmal bezeugt⁴²: „Ein gegen mich geplanter Attentatsversuch von Reichswehrangehörigen am Abend dieses Tages mißlang; wenige Tage darauf wurde nachts mein Arbeitszimmer im Finanzministerium beschossen und ein Zimmer, in welchem man mein Schlafzimmer vermutete, durch eine Handgranate verwüstet; beim dritten Anschlag in Moabit wurde ich sichtlich durch Gottes Hand geschützt und nur leicht verwundet. Aber auch dieser ‚Dank‘ und aller Haß meiner Gegner macht mich nicht irre in der Überzeugung, daß damals nur die Unterzeichnung des Friedens der Weg zur Rettung des deutschen Volkes war.“

Anmerkungen

- 1 Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, 1962, S. 22, Fußnote 8, verweist auf die noch vorhandenen Zeugnisse im Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Erzberger, Band 38; vgl. a. Ernst Bauer, Erzberger. Bilder aus seinem Leben und Wirken, Kämpfen und Leiden, 1925, S. 1.
- 2 Eheschließung am 13. Februar 1900 mit Paula Eberhart, geb. 13.08.1875, gest. 07.08.1963. Sohn Oskar, geb. 18.12.1900, Tochter Maria, geb. 13.10.1902, Tochter Gabriele, geb. 20.03.1914.
- 3 Eugen Huber-Stentrup, Juristische Schulung 1981, S. 246.
- 4 Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, 4. Aufl. 1979, S. 191.
- 5 So beispielsweise mit den Titeln: Die Säkularisation in Württemberg von 1802–10, 1902; Toleranzantrag der Zentrumsfraktion, 1906; Das deutsche Zentrum, 1910; Duell und Ehre, 1913; Militäranwärterfrage. Wie helfen wir? 1914; Die Mobilmachung, 1914.
- 6 Matthias Erzberger, Die Kolonial-Bilanz, 1906, S. 59–91.
- 7 Matthias Erzberger, Das deutsche Zentrum, 1910, S. 104.
- 8 Matthias Erzberger, Die Mobilmachung, in: Ernst Jäckh (Hrsg.), Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, 5. Heft, 1914, S. 13.
- 9 Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, 6.–10. Aufl., 1927, S. 357.
- 10 Epstein (Anm. 1), S. 308.
- 11 Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, 1920, S. 335; Werner Maser, Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, 1987, S. 197.
- 12 Einzelheiten bei Josef Becker (Hrsg.); Heinrich Köhler. Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes, 1964. S. 194; Alfons Pausch, Matthias Erzberger. Sein Leben und Werk, 1965. S. 27; Karl Stiefel, Baden 1648–1952, Band I, 1977, S. 833.
- 13 Karl Helfferich, Fort mit Erzberger! Berlin 1919.
- 14 Ausführliche Darstellung des Prozesses bei Epstein (Anm. 1), S. 392 ff., 453 ff.; vgl. a. Siegfried Löwenstein, Der Prozeß Erzberger–Helfferich. Ein Rechtsgutachten, 4. Aufl. 1921.
- 15 Abschrift des Entlassungsgesuchs vom 13.03.1920 und Schreiben Eberts vom 12.03.1920 bei Wilfried Steuer (Hrsg.), Matthias Erzberger (1875–1921), Staatsmann und Demokrat, 1986, S. 45–47.
- 16 Carl Diez wurde am 08.01.1877 in Oehningen/Baden geboren. Er betätigte sich früh im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Nach 1933 Verlust aller Ämter, politische Verfolgung und wiederholte Verhaftung. Nach Kriegsende Landwirtschaftsminister mit der Bezeichnung Ministerialdirektor bei der badischen Regierung in Freiburg. Am 24.06.1969 ist Diez in Radolfzell verstorben. Zur Biographie: Wilhelm Bechler, Der Hegau 1967, S. 207.
- 17 Carl Diez, Die Lebensgeschichte eines Menschen, 1929, S. 69.
- 18 StAF (= Staatsarchiv Freiburg) F 179/4, Band 22, AS 66–80.
- 19 Diez (Anm. 17), S. 73.
- 20 StAF F 179/4, Band 22, AS 92–112; Band 137, AS 529.
- 21 Steuer (Anm. 15), S. 55, 71.
- 22 Der Erzberger-Mord. Dokumente menschlicher und politischer Verkommenheit, Unitas Bühl 1921, S. 7 ff.; Adam Remmele, Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden, 1925, S. 119; Joseph Schofer, Mit der alten Fahne in die neue Zeit, 1926, S. 131.
- 23 Hans Georg Zier in: Badische Geschichte, 1979, S. 163.

- 24 Aussage vom 20.11.1921 vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Offenburg in: StAF F 179/4, Band 68, AS 15–26.
- 25 StAF F 179/4, Band 27, AS 133; Band 47, AS 55.
- 26 Frankfurter Zeitung Nr. 437, v. 14.06.1922 und Neue Zürcher Zeitung Nr. 811, v. 21.06.1922.
- 27 Zur Auslandsfahndung vgl. StAF F 179/4, Band 44 und 45.
- 28 Die Handakte „Der Oberstaatsanwalt bei den Landgerichten Mannheim und Heidelberg in Mannheim, Anzeige gegen Heinrich Tillessen wegen Mords“, Az. AR 87/45, befindet sich jetzt in StAF F 179/4, Band 166. Sie stellt ein bemerkenswertes Zeitdokument dar zum Neubeginn der Justiz nach 1945 unter kontinuierlichen Weisungen von Gerichtsoffizieren der Besatzungsmacht.
- 29 StAF F 179/4, Band 1, AS 79.
- 30 Wortlaut des Plädoyers in: Die Wandlung 1947, 2. Jg., Heft 1, S. 69, vgl. a. Anm. S. 96; Karl Siegfried Bader in: Paul-Ludwig Weihnacht (Hrsg.), Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre, 1988, S. 75; zur Person Baders: Ulrich Weber, Neue Juristische Wochenschrift 1995, S. 819, und FAZ Nr. 198, v. 26.08.1995.
- 31 StAF F 179/4, Band 1, S. 365–392.
- 32 Paul-Ludwig Weihnacht in: Badische Geschichte, 1979, S. 214; Wolfgang Hug, Geschichte Badens, 1992, S. 385; zur Person Zürchers: Karl-Heinz Knauber, Badische Biographien, Band II, 1987; S. 323.
- 33 Journal Officiel du CCFA, Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland Nr. 61, 1947, S. 620. Das Urteil ist in deutscher, englischer und französischer Sprache ausgedruckt.
- 34 Urteil v. 28.02.1947 – KLS 3/47 –; Deutsche Rechts-Zeitschrift 1947, S. 267; StAF F 179/4, Band 3, AS 55, 61.
- 35 Süddeutsche Juristenzeitung 1947, Sp. 343.
- 36 StAF F 179/4, Band 4, AS 29, 37.
- 37 Vernehmung vom 09.09.1949, StAF F 179/4, Band 8, AS 18.
- 38 StAF F 179/4, Band 7, AS 75–94.
- 39 Az. 1 Ks 2/50, StAF F 179/4, Band 7, AS 197, 203, 219.
- 40 StAF F 179/4, Band 9, AS 21; Band 10, AS 95.
- 41 Egon Muschal, Badische Heimat 1962, S. 186; Kurt Klein, Die Ortenau 1987, S. 469.
- 42 Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, 1920, S. 383. Der in Erzbergers Text zuerst angeführte Attentatsversuch ereignete sich am 23. Juni 1919 nach der Debatte in der Nationalversammlung über den Versailler Friedensschluß.

Straßburg 1944/45

Persönliche Erinnerungen und historische Tatsachen*

Louis Ludes, Strasbourg

*„Sei stets bereit und denke dran,
dass heut der Tommy kommen kann!
Der eine spricht: „Bei Mondenschein,
da fliegt der Tommy doch nicht ein.“
Der andere sagt: „Bei schlechter Sicht,
da kommt der Tommy sicher nicht.“
Du höre nicht auf das Gequatsche,
denk lieber an die Feuerpatsche“ . . .!*

Diese Verse (Abb. 1) habe ich bis heute nicht vergessen, denn wir hatten sie in der Schule auswendig zu lernen.

Über das Kriegsende und die Jahre 1944/1945 in und um Straßburg zu sprechen, fällt mir als Elsässer und gebürtigem Straßburger schwer und leicht zugleich:

- schwer deshalb, weil ich in diesen Jahren noch ein Kind von 8 Jahren war und von daher kein vollwertiger Zeitzeuge sein kann;
- aber andererseits auch leicht, weil mein verstorbener Vater von 1918 bis 1965 städtischer Beamter im Dienste Straßburgs war und somit die ganze verwirrt und verwirrende Geschichte der Stadt in diesen Jahrzehnten miterlebt hat. Als geschichtsbegeisterter Mann hatte er, wie es sich für einen alten gewissenhaften Beamten ziemt, Akten angelegt, die für die so wechselvolle Stadtgeschichte Straßburgs eine wahre Fundgrube sind;
- leicht auch deshalb, weil mir ein Freund und Nachbar, Monsieur Gilbert Breese, dem dafür herzlich gedankt sei, damals 16 Jahre alt, seine schriftlichen Erinnerungen und historischen Erinnerungsstücke überlassen hat.

In meiner eigenen Erinnerung sind mir vor allem folgende Dinge und Geschehnisse lebendig geblieben:

* Nach einem Vortrag, gehalten am 28.9.1995 in Kehl zum Gedenken an das Kriegsende vor 50 Jahren, anlässlich der Jubiläumsveranstaltung zur Gründung des historischen Zweigvereins Kehl-Hanauerland vor 75 Jahren.

Sei stets bereit und denke dran, daß heut der Tommy kommen kann!



Der eine spricht: „Bei Mondenschein,
da fliegt der Tommy doch nicht ein.“
Der andre sagt: „Bei schlechter Sicht,
da kommt der Tommy sicher nicht.“
Du höre nicht auf das Gequatsche,
denk lieber an die Feuerpatsche
und an das andre Löschgerät,
ob alles auch in Ordnung geht.



Die Spritze ist vielleicht entzwei.
Vielleicht muß noch mehr Sand herbei.
Ist Wasser in der Badewanne,
im Bottich, Eimer, in der Kanne?
Wenn nicht, dann gieß es gleich hinein,
denn du mußt stets gerüstet sein.

Ziehst du dich aus, dann sei so nett
und stell die Stiefel schön vors Bett,
leg deine Kleider griffbereit,
so daß du auch bei Dunkelheit
in einer möglichst kurzen Frist
vollständig angezogen bist.



Geht's dann hinunter in den Keller,
nimm das Gepäck, bei dir geht's schneller.
Soll sich damit die Mutti plagen?
Du kannst ja auch den Kleinen tragen.
Denn darauf kommt es heute an,
daß jeder hilft, so gut er kann.

Wenn es dann schießt, wenn es dann kracht
dann keinen großen Lärm gemacht,
dann seid auf Draht und auf dem Kien
und haltet Ruh' und Disziplin!



Der Terror trifft uns halb so hart,
wenn jeder Disziplin bewahrt!

Abb. 1: Flugblatt, ausgeteilt 1942 in der Kronenburger Schule in Straßburg, über das Luftschutz-Verhalten. Tommy = Spitzname für Engländer.

Privatarchiv L. Ludes, Strasbourg

Die Fahnenhissung, das rituelle Aufziehen der Hakenkreuzflagge auf dem Schulhof vor der gesamten, angetretenen Schülerschaft und ihren Lehrern, und wenn ich heute die deutsche Nationalhymne höre, könnte ich noch immer mitsingen – aber nur die erste Strophe!

Die Knochen- und Lumpensammlung

Die rote Sammelbüchse des Winterhilfswerkes WHW und die dazugehörigen schönen Anhänger. Schon damals war ich ein leidenschaftlicher Sammler und habe diese Kostbarkeiten sorgfältig in einer Schublade aufbewahrt – ich besitze sie noch heute! Denn die zierlichen Anhänger – Schmetterlinge aus Porzellan, Vögel, Profile von Musikern und Feldherren in Glas – sind sehenswerte Kleinodien.

Die Kartoffelkäfer-Jagd. Mit der ganzen Schulklasse und der Lehrerin auf den Kartoffelfeldern die kleinen Käfer geschwind in die Petroleumflasche zu stecken, das war toll für uns Kinder. Wer die meisten Tierchen in der Flasche hatte, wurde am nächsten Tag beglückwünscht. Aber am Abend waren unsere Finger und Hände braun wie die eines Kettenrauchers, denn die ekelhaften Biester verspritzten bei Berührung eine zudem übelriechende Flüssigkeit!

Die Alteisensammlung. Hierbei war ich zusammen mit meinem ein Jahr älteren Bruder ganz besonders erfolgreich. Denn nahe unserer Wohnung an einem Bahndamm lagen im Gestrüpp des Abhangs alte gebrauchte Schrauben für die Eisenbahnschienen. Unsere Mitschüler waren immer sehr erstaunt, wenn wir unsere Funde auf die Waage legten. Aber unseren geheimen Fundort haben wir nie verraten!

Die Kräutersammlung. Das war mein liebster Sport, durch die Felder und Wiesen zu streifen und Kräuter zu sammeln! Die Lehrerin erklärte uns die Pflanzen, die wir pflücken sollten: Katzewäddel, wissi Segessle usw. – dies waren keine Geheimnisse mehr für uns. Nach der Sammlung mußten wir unsere Ernte auf dem Speicher der Schule, schön sortiert, auf großen Tüchern ausbreiten. Da roch es dann gut unter diesem Dach, und wenn ich heute noch an dem Schweizer Krüttelelädel in Straßburg vorbeigehe, erinnere ich mich daran.

Laut Parole sollte diese Kräutersammlung der Zubereitung von „Tee für unsere Soldaten an der Front“ dienen. Daß der deutsche Landser in Rußland mit Tee durchhalten sollte, ist für mich ein Geheimnis geblieben –

nicht nur zu dieser Zeit, auch 15 Jahre später, als ich selbst im Algerienkrieg war; hätte ich dort meiner Mannschaft Tee angeboten, wäre es bestimmt zur Meuterei gekommen!

So viel zu meinen guten Jugenderinnerungen, zu dem, was die Fachhistoriker die „kleine“ Geschichte nennen. Diese „la petite histoire“ hat leider für viele Historiker eine geringere Bedeutung gegenüber der „großen“ Geschichte. Wandert man z. B. durch ein historisches Museum, dann sieht man vorwiegend schöne Uniformen, wertvolle Waffen usw., aber sehr selten Brotbeutel, Feldflaschen oder Eßgeschirr – historische Objekte, die ebenso wertvoll und „sprechend“ sind, wie jeder Soldat, der den Krieg mitgemacht hat, bestätigen wird. Denn solche Ausstellungsgegenstände sind – nicht nur für den „kleinen“ Mann – Belege für die ebenso wichtige „kleine“ Geschichte!

Nun aber komme ich zu Themen der „großen“ Geschichte:

Die Zwangsrekrutierung elsässischer Soldaten, immer noch ein heikles Thema, obgleich mittlerweile 50 Jahre vergangen sind!

Am 25.8.1942 wurde gemäß einer Verordnung des Gauleiters Wagner die Wehrpflicht für die Jahrgänge 1920/21 eingeführt.

Juristisch gesehen war dies ein totaler Verstoß gegen das internationale Recht, festgelegt durch die Konvention von Den Haag 1899 und 1907, die auch von Deutschland unterschrieben worden war. Denn die Annexion von Elsaß-Lothringen 1940 war nur „de facto“, aber nicht „de jure“ gemäß dem Völkerrecht geschehen.

Diese Wehrpflicht-Verordnung wurde übrigens gleichzeitig auch für das Departement Moselle, für Luxemburg und für Eupen-Malmedy und St. Vith in Belgien erlassen.

Kurz danach wurden die Jahrgänge 1922–24 aufgerufen, darauf – nach Verordnung vom 31.1.1943 – die von 1914–19 und endlich – am 15.9.1943 – die von 1908–13². Diese Zwangseingezogenen erhielten damit automatisch die deutsche Nationalität, ihren nicht eingezogenen Landsleuten wurde die Nationalität „Volksdeutsche“ zugesprochen, im Volksmund Beute-deutsche genannt!

Insgesamt wurden 130 000 Elsässer und Lothringer zwangsrekrutiert und ganz überwiegend in Kampfgebieten des Ostens eingesetzt, wenige kamen an die Westfront.

Über das moralische Problem dieser Männer brauchen keine großen Worte gesagt zu werden. Sich zu verweigern, galt als Fahnenflucht und brachte die berüchtigte Sippenhaft mit sich. Viele dieser Männer hatten in der französischen Armee die harten Kämpfe von 1940 in Belgien und Frankreich (z. B. um Dünkirchen) mitgemacht, und obwohl sie doch militärisch ausgebildet waren – mancher von ihnen war Unteroffizier gewesen –, wurden sie wie junge Rekruten behandelt und als einfache Landser „nach preußischer Art“ oft besonders brutal ausgebildet; ihre Ausbilder nannten sie nur „Franzosenköpfe“! Diese Männer sind bis heute trotz europäischer Einigung und trotz deutsch-französischer Partnerschaft und Freundschaft nicht gut auf die „Schwowe“ zu sprechen! Gegenüber den Männern dieser Generation dies nicht zu wissen oder nicht in Rechnung stellen zu wollen hieße, den Kopf in den Sand zu stecken. Gottlob ist dies für die neuen Generationen kein Problem mehr.

In meinem Beruf als Rentenspezialist, dem zur Errechnung der Rente auch die Militärpapiere vorgelegt werden müssen, habe ich seit nahezu 40 Jahren die Gelegenheit gehabt, mit Tausenden von Männern dieser alten Generation über ihre Kriegserfahrungen als deutsche Landser zu sprechen. Fast alle haben hervorgehoben, daß sie nach Überstehen des Ausbildungsdrills eine gute Kameradschaft bei der Truppe an der Front erlebt haben, obwohl sie mit nur wenigen anderen Elsässern zusammen waren. Denn das Oberkommando der deutschen Wehrmacht hatte bestimmt, daß nicht mehr als fünf Landsleute miteinander in einer Kompanie sein durften.

Zu ergänzen ist, daß diejenigen, die vom Oberleutnant aufwärts französische Reserveoffiziere gewesen waren, nicht eingezogen wurden. Aber 50 junge Leutnants und Fähnriche hat man in Cernay gesammelt und dort vor die Alternative gestellt, entweder sich freiwillig zur Waffen-SS mit Offiziersrang zu melden oder ins Konzentrationslager zu gehen, verbunden mit Sippenhaft ihrer Angehörigen. 8 haben sich unterworfen, die restlichen 42 wanderten ins KZ, von ihnen kehrten nur wenige nach Hause zurück.

Das Golgatha russischer Gefangenschaft braucht hier nicht geschildert zu werden, das Leiden der Elsässer war nicht anders als das der Deutschen. Manche Elsässer wurden schon 1945 entlassen, andere 1–2 Jahre später, der letzte kam erst 1955 heim. 40 000 kehrten nicht mehr zurück, ihre Gebeine ruhen hauptsächlich in russischer Erde.

Luftschutz, Fliegeralarm, Bombardierung der Stadt. Ab 1941 wurden strenge Maßnahmen für den Luftschutz angeordnet. In jedem Haus und jedem Gebäude mußten Luftschutzkeller eingerichtet werden mit Betten, Bänken, Schaufeln, Pickeln, Einreißhaken usw. Alle Häuser wurden unter-

einander mit Durchbrüchen verbunden, die nur leicht zugemauert wurden. In jeder Etage mußten Eimer mit Wasser stehen, dazu Luftschutzspritze, Feuerpatsche, Löschsand, Papiersäcke u. a.⁴.

In den Betrieben und in jedem Stadtviertel mußten Luftschutzübungen abgehalten werden – auch in unserer Schule. Für uns Kinder – nicht ahnend, was uns bevorstand – war das toll: ein feuchtes Handtuch vor Mund und Nase gegen Staub und Rauch zu tragen, die Luftschutzspritze in Betrieb zu nehmen, Sand über eine fiktive Brandbombe zu schütten, mit der Feuerpatsche umzugehen u. a. m. Und wenn die Lehrerin oder der Aufseher uns gelegentlich den Rücken kehrten, wurden sogleich die feuchten Lappen der Feuerpatsche dazu benutzt, harte Kämpfe unter uns auszutragen! Ein Schlag damit auf nackte Schienbeine (wir trugen damals alle kurze Hosen) kann recht weh tun! Wehe, wenn wir dabei erwischt wurden; dann gab es als Strafe eine Seite Schönschreiben: „Unser lieber Führer Adolf Hitler ist am 20.4.1889 in Braunau am Inn geboren... Er ist wie ein Vater zu uns...“ Doch im Ernst: All diese Luftschutzmaßnahmen haben vielen Menschen das Leben gerettet.

Über die Zahl der Opfer infolge der Bombardierungen gibt uns die Statistik folgende nüchterne Zahlen:

6.9.1943	209 Tote	633 Verletzte (Neudorf betroffen)
11.8.1944	182 Tote	333 Verletzte
29.9.1944	636 Tote	554 Verletzte

Insgesamt starben bei allen Angriffen auf die Stadt 1200 zivile Einwohner Straßburgs⁵.

Kürzlich bekam ich von einem ehemaligen Angestellten der damaligen Junkers-Werke (davor Firma Mathis, jetzt Citroën) in Straßburg Unterlagen über die genaue Zahl und Zeitdauer der einzelnen Fliegeralarme in den Jahren 1942 bis 1944, die damals dazu gedient hatten, im Lohnbüro die dadurch ausgefallenen Arbeitsstunden exakt zu berechnen. Danach hat es im Zeitraum vom 9.11.1942 bis zum 23.11.1944 insgesamt 220 Fliegeralarme gegeben, nämlich 9 im November/Dezember 1942, 17 im ganzen Jahr 1943 und 194 bis zum 23. November 1944, mit dem Höhepunkt von 5 Alarmen am 26.2.44 und von 33 Alarmen in 20 Tagen des Monats Oktober 1944, vorwiegend in der Nacht⁶.

Diese Zahlen können jüngeren Generationen verdeutlichen, wie nervenaufreibend diese Zeit gewesen ist, wußte man doch nie, ob Bomben fallen würden oder nicht. Wenn aber Bomben fallen sollten, dann hofften wir,

daß sie vom Tommy, vom Engländer, kamen, der seine Ziele genau traf, im Gegensatz zum Ami, dem Amerikaner, der ungezielt seine Bomben fallen ließ „wie der Hund bim Schissen“ – so der elsässische Volksmund!

Schanzen und Volkssturm. Ab September 1944 wurden viele Männer und Frauen zu Schanzarbeiten im Westen der Stadt verpflichtet. Beim Schanzen war es ratsam, in der Nähe von fertig ausgehobenen, im Zickzack verlaufenden Schützengräben zu arbeiten statt an einem breiten, gerade laufenden Panzergraben, der bei Angriffen von Jagdbombern, Jabos genannt, wenig oder gar keinen Schutz bot. Für diese Arbeiten wurden entweder Einzelpersonen oder eine ganze Gruppe verpflichtet, z. B. von einem Amt. So kam es zu einem besonders tragischen Ereignis: Im September wurden von den insgesamt 32 Sozialfürsorgerinnen der Stadt 29 zum Schanzen abkommandiert; beim Angriff eines Jabos gingen alle in einem Panzergraben in Deckung, wurden dort verschüttet und kamen alle um!

Militärisch waren die Panzergräben wertlos, denn die vorgesehenen Sprengungen von Straßen unterblieben; so hatte die anrückende Division Leclerc freien Weg.

Die Meldung zum Volkssturm wurde am 18.11.1944 befohlen: Alle Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren hatten sich am 23.11.1944 15 Uhr auf dem Börsenplatz einzufinden. Einen Tag zuvor veröffentlichte die Zeitung „Straßburger Neueste Nachrichten“ das „Lied des Volkssturms“ (Abb. 2). Ein Vers hieß so:

„Es ziehn mit zornigem Heere
der Enkel, der Ahn und der Sohn.
Aufsteht von der Alp bis zum Meere
der Volkssturm der deutschen Nation.“

Aber zum Glück für unsere Bevölkerung war es zu spät – die Panzer Leclercs waren schon da. So konnte der Enkel, der Ahn und der Sohn schön ruhig bei „Urahn, Großmutter, Mutter und Kind“ bleiben!

Und so lautete die letzte Anordnung des Gauleiters Wagner:

„Mit Genehmigung des Gauleiters sollen die Angehörigen von Reichsdeutschen und solche elsässischen Bediensteten, die in politischem Sinne in den letzten Jahren hervorgetreten sind, unverzüglich in Bergungsgebiete rechts des Rheins abtransportiert werden. Es ist vorgesehen, daß zu diesem Zweck heute Donnerstag, den 23.11.1944 nachmittags Lastwagen der Stadt in den Bergungsraum im Kreise Wolfach verkehren.“

Auch dafür war es zu spät!

Lied des Volkssturms

Von Walter Schaefer - Brandenburg

**Laßt stürmen die Glocken im weiten Land,
laßt wehen die heiligen Fahnen,
laßt lodern vom Berge den roten Brand,
laßt brausen das Schwertlied der Ahnen!**

**Es zieh'n mit dem zornigen Heere
der Enkel, der Ahn und der Sohn;
auf steht von der Alp bis zum Meere
der Volkssturm der deutschen Nation.**

**Es soll zwischen Weichsel und grünem Rhein
die Erde den Fremdling nicht tragen.
Wir steh'n auf der Wacht und wir schlagen drein
und werden das Leben nicht fragen.**

**Es zieh'n mit dem zornigen Heere
der Enkel, der Ahn und der Sohn;
auf steht von der Alp bis zum Meere
der Volkssturm der deutschen Nation.**

**„So werfen wir uns in die letzte Schlacht
und reißen den Sieg aus den Feuern.
Und herrlicher wird sich in seiner Pracht
das Reich aller Deutschen erneuern.“**

**Es zieh'n mit dem zornigen Heere
der Enkel, der Ahn und der Sohn;
auf steht von der Alp bis zum Meere
der Volkssturm der deutschen Nation.**

Abb. 2: Vergrößerte Wiedergabe des Textes „Lied des Volkssturms“, veröffentlicht auf Seite 4 der Zeitung „Straßburger Neueste Nachrichten“ von Mittwoch, 22. November 1944, einen Tag vor der Befreiung Straßburgs.

Die Befreiung. Militärisch war die Befreiung der Stadt Straßburg ein Husarenstreich! General Leclerc hatte seine Truppen nicht über den üblichen Weg, die Zaberner Steige geführt, sondern durch die vereisten Vogesenstraßen bei Birkenwald und dann die Tage darauf im schnellen Tempo nach Straßburg. Die Überraschung war groß, bei Zivilisten wie beim Militär. Obwohl Leclercs Einheit sich Division nannte, hatte sie keineswegs deren Stärke. So hatte er angeordnet, die Panzer sollten kreuz und quer durch die Stadt fahren und dabei viel Lärm und Schießerei machen. Er hoffte außerdem, im gleichen Anlauf auch Kehl einzunehmen – Kehl wäre

der erste Brückenkopf auf deutschem Boden gewesen. Um dies zu erreichen, hatte er demjenigen, der als erster die Rheinbrücke einnahm, das Kreuz der Ehrenlegion versprochen. Einer wagte es: Unteroffizier Zimmer, mit drei Panzern; aber sein Panzer wurde am Rheinhafen abgeschossen. Nun steht er als Denkmal nicht weit von hier.

Ein Teil der deutschen Garnison Straßburgs, kommandiert von General Vatterodt, hatte sich in das Fort von Mundolsheim eingeschlossen, aber am 24.11.1944 ergeben, im Glauben, eine ganze Armee wäre eingetroffen!

Sechs Wochen später, am 3. Januar, erfolgte ein deutscher Gegenangriff, der Straßburg umzingeln sollte. Harte Kämpfe um Kilstett im Norden und Krafft im Süden haben dies verhindert und die Stadt gerettet.

Bis in den April 1945 hinein schossen schwere Geschütze von Oberkirch aus wahllos und ziellos auf die Innenstadt ebenso wie auf die Vororte und verursachten großen Schaden und mehrere Tote. Als Vergeltung dafür wurde von der französischen Luftwaffe Freiburg bombardiert.

Nachdem am 14.4.45 rechtsrheinisch das Dorf Sand von der 6. kolonialen Infanteriedivision eingenommen worden war, wurde ein Tag später die Kinzig überschritten und Kehl besetzt. An diesem Tag um 10 Uhr läuteten alle Glocken Straßburgs für diesen Sieg; aber am gleichen Tag fielen erneut 155 schwere Geschosse wahllos auf Straßburg. Wiederum einen Tag später, am 16.4.1945, befreiten die Truppen des Generals de Lattre die Stadt gänzlich und endgültig. Der General befahl einen siegreichen Einzug seiner Truppe nach Straßburg, setzte mit einem Boot über den Rhein, begleitet von den Generälen Valluy und Salan, und begab sich ins Stadtzentrum, wo eine Truppenparade stattfand.

Aber am gleichen Tag geschah noch etwas, das für einen Scherz gehalten werden könnte, wäre es nicht schlimme Realität gewesen:

Als de Lattre endlich mit der bei ihm üblichen Verspätung von zwei Stunden den Empfangssalon im Rathaus am Broglie-Platz betrat, in dem alle Persönlichkeiten der Stadt auf ihn warteten, sagte der Oberbürgermeister Frey zu ihm:

„Herr General, wissen Sie, daß immer noch auf Straßburg geschossen wird, beruhigen Sie die Bevölkerung, die auf Sie wartet auf dem Platz.“
Der General erwiderte: *„Ils ne tireront plus“* (Sie werden nicht mehr schießen).

Im selben Moment explodierte eine Granate im Hof der Banque de France gegenüber dem Rathaus. Alle nahmen sofort flache Deckung auf dem Fußboden ein, nur de Lattre und Oberbürgermeister Frey nicht. Als es wieder ruhig geworden war, sagte de Lattre in dem ihm üblichen königlichen Tonfall: „Messieurs, c’était la dernière“ (Meine Herren, es war die letzte).

Das stimmte, denn am darauf folgenden Tag waren die Geschütze von Oberkirch erstürmt. Diese Begebenheit hat mein Vater miterlebt, und von den damaligen Anwesenden lebt noch ein Zeuge, der mir diese Geschichte bestätigt hat.

Aus der letzten Zeit der deutschen Okkupation Elsaß-Lothringens und Straßburgs ließen sich noch viele andere Themen finden, die hier abgehandelt werden könnten, wäre dafür noch Zeit und Raum, Themen wie Pimpfe, Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädchen BDM, Reichsarbeitsdienst RAD, Flakhelfer u. a. Insbesondere zeigten Maßnahmen zur kulturellen Umschulung, zur „Entwelschung“ von Land und Leuten zugunsten einer Eindeutschung und zur rassistischen Säuberung an, daß das in Wirklichkeit annektierte Elsaß-Lothringen auch staatsrechtlich bereits wie ein Teil des Deutschen Reiches behandelt wurde. Aus diesem Themenkomplex soll hier noch ein spezielles Thema herausgegriffen werden:

Die „Entrümpelung“ der Bücherschränke im Elsaß. Diese Verordnung⁷ hat wie kaum eine andere bei den nach 1870 geborenen Elsässern, die in beiden Kulturen, der französischen und der deutschen zu Hause waren und die durchaus auch die politischen Fehler Frankreichs gegenüber dem Elsaß zwischen den Jahren 1919–1930 tadelten, den Glauben zerstört, die Deutschen von 1940 hätten noch die gleiche Kultur wie die der Zeit vor 1914. Die „Entrümpelung“ hat bei diesen Elsässern weit mehr als nur Enttäuschung ausgelöst; sie hat dazu geführt, die kulturellen Brücken zu diesem neuen Deutschland zu sprengen. Seitdem ist es nicht mehr so wie damals, als viele Privatbibliotheken sowohl aus deutschen wie aus französischen Büchern zusammengesetzt waren, die Werke Goethes und Schillers neben denen von Uhland, Grimm und Körner standen, aber auch neben denen von Hugo, Lamartine und Voltaire und von Corneille, Molière und Racine; mit anderen Worten: Weltliteratur von französischen neben der von deutschen Autoren stand. Auch der heutige Bücherfreund und Bibliophile wird nachempfinden, wie dem zumute ist, der von einem Tag zum anderen seine Bibliothek zu „entrümpeln“ und alle Bücher französischer Autoren, manchmal in ledergebundenen Prachtexemplaren, abzugeben hat. Das bricht das Herz jedes Bücher- und Literaturfreundes und läßt ihn ein Licht aufgehen über diese neue Herrschaft, die dergleichen anordnet und die

Entrümpelung der Bücherschränke im deutschen Elsaß

Das Elsaß ist wieder deutsch geworden, überall in der Öffentlichkeit ist die welsche Schminke verschwunden, zeigt sich wie früher das eheliche deutsche Gesicht dieses Landes. Der welsche Spuk ist, ohne nur den geringsten Eindruck zu hinterlassen, an unserem Land und Volk vorübergegangen.

Jetzt gilt es auch, das Schrifttum in unseren Wohnungen klar im deutschen Sinn auszurichten. Verlogene französische Romane (ob sie nun wie „Les Oberlés“ von René Bazin, oder die verkitschte „Colette Baudoche“ von Maurice Darrès, ins Deutsche übersetzt wurden oder nicht) müssen aus unseren Bücherschränken ebenso verschwinden, wie die berüchtigte Juden-, Marxisten- und Emigrantenliteratur.

Dieses zersetzende Gift hat keinen Platz mehr in unseren sauberen elsässischen Heimen! Werft die verkrampten Erzeugnisse der französischen Lügen-Propaganda und des Völkerrasses hinaus! Sichtet Eure Bücherbestände, damit fortan neben den Werken unserer deutschen Dichter und Denker nicht mehr die dekadente französische Literatur steht, die uns in der heutigen Zeit nichts mehr zu sagen hat. Sammelt solches artfremde Schrifttum, ebenso Zeitschriften und Zeitungen und haltet sie zur Abholung in der Zeit vom 15. bis 18. Dezember bereit.

Kreisleitung der NSDAP.

Verantwortl.: Henatus Schlegel, Straßburg

Abb. 3: Abdruck eines Handzettels (keine Kopie des Originals), herausgegeben von der Kreisleitung der NSDAP in Straßburg und über die NS-Blockleiter u. a. in den elsässischen Haushalten verteilt im Dezember 1940 (? Datierung unsicher).

Privatarchiv L. Ludes, Strasbourg.

Ausführung streng und gründlich kontrollieren läßt! „Dieses zersetzende Gift hat keinen Platz mehr in unseren sauberen elsässischen Heimen,“ so lautete die damalige Verordnung (Abb. 3). Damit war das Schlußwort gesprochen über die deutsche Kultur, mit der die Elsässer unter dem Kaiserreich erzogen worden waren.

Aber nicht nur die Werke der französischen Literatur, auch manche deutschen Werke mußten ausgemerzt werden, z.B. aus Schillers Werken der Band, der den „Wilhelm Tell“ enthielt wegen der zahlreichen Verse über Freiheit und Freiheitskampf wie diese:

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
eher den Tod als in der Knechtschaft leben.“

Auch im Reich hatten solche Verse dazu geführt, Schillers „Wilhelm Tell“ nicht mehr aufführen zu lassen, aber im Elsaß mußte darüber hinaus dieses Schillersche Drama „entrümpelt“ und mit ihm der ganze Band vernichtet werden! Dies betraf z.B. auch den Band der Werke von Johann Peter Hebel, der seine „Biblische Erzählung“ enthielt; das Versprechen, diesen Band durch einen „gereinigten“ Band zu ersetzen, wurde nicht eingehalten.

Besitzer privater Bibliotheken konnten manchen Band vor dem kontrollierenden Nazi-Blockleiter verstecken; den städtischen und schulischen Bibliothekaren aber war dies unmöglich.

Das Verhältnis zwischen Kehl und Straßburg. Darüber ist, was die Jahre von 1940 bis 1944 betrifft, nicht viel zu sagen; Kehl wurde wie ein Vorort oder eine Vorstadt von Straßburg angesehen. Allerdings, in Straßburg war kurioserweise das Tragen einer Baskenmütze laut Anordnung des Gauleiters Wagner verboten, in Kehl dagegen nicht. So kam es, daß mancher Straßburger mit der Mütze in der Tasche über den Rhein fuhr, um in Kehl damit herumzuspazieren!

1945 wurde Kehl total geräumt, denn es sollte gänzlich dem französischen Staatsverband einverleibt werden. Dies wollten Pariser Politiker erzwingen, die wohl nicht viel von einem Grenzland verstanden, während hohe Persönlichkeiten des Elsaß dies für Unsinn hielten – sie hatten recht; gleiches zeigte sich später auch bei der Lösung der Saarfrage.

Aber zunächst wurde die von Deutschen geräumte Stadt Kehl von Familienangehörigen des französischen Militärs besiedelt. Schulisch wirkte sich das so aus, daß es auf dem Straßburger Lyceum bis in die Quarta, also bis zu den Jahren 1948/50 getrennte Klassen gab, einmal für die Schüler, die

als waschechte Innerfranzosen unter anderem aus Kehl kamen, zum anderen für die elsässischen Schüler, die noch nicht französisch konnten. Als die Trennung der Klassen dann aufgehoben wurde, zeigte sich, daß die meisten von uns Elsässern die französische Rechtschreibung und Grammatik im Gegensatz zu den anderen Schülern fast fehlerlos beherrschten, war uns doch die französische Sprache intensiv eingehämmert worden von unseren Lehrern und Professoren, die die Sprachprobleme dieser Jugend kannten.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen, die nicht nur die Erinnerungen eines Knaben enthalten haben, sondern auch einige weitergehende historische Betrachtungen über diese dunklen Jahre, die unsere Väter über sich ergehen lassen mußten. Möge Gott uns diesen Frieden, der jetzt über 50 Jahre dauert, weiterhin erhalten!

Quellenangaben

- 1 Flugblatt, ausgeteilt 1942 in der Kronenburger Schule, Straßburg. Privataarchiv L. Ludes, Strasbourg
- 2 Kettenauer, L.: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1973
- 3 Incorporé de force. Strasbourg Magazine, Août 1995
- 4 Plakat. Privataarchiv L. Ludes, Strasbourg
- 5 Ville de Strasbourg – Compte-rendu administratif 1935–1945
- 6 Privataarchiv L. Ludes, Strasbourg
- 7 Privataarchiv L. Ludes, Strasbourg

November 1944: „Und nun erst recht!“

Ein Hornberger läßt schießen

Frank Flechtmann

Am 3. Februar 1946 wurde im Getto von Riga ein Mann durch den Strang wegen Massenmordes hingerichtet, der in den Vernehmungen immer wieder angegeben hatte, aus Hornberg zu stammen. Sein Vater sei dort Fabrikant gewesen.

In Hornberg kennt ihn niemand. In den Geschichtsbüchern taucht er nicht auf. In Büchern über das „Dritte Reich“ oder in Lexika kommt sein Name meist nicht vor.

Lediglich in der „Enzyklopädie des Holocaust“ ist ihm ein Artikel gewidmet¹. Denn „JECKELN, Friedrich (1895–1946), Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF)“, ließ zwischen 1941 und 1944 nach seiner eigenen Schätzung im „Ostland“ (Baltikum und Teile von Weißrußland) zwischen 190 500 und 253 500 Menschen ermorden. Genauer konnte er die Zahl seiner Opfer nicht angeben².

Bei Nachfragen in Hornberg wußte niemand etwas mit diesem Namen anzufangen. Er paßt nicht in die Gegend. Die Aussage Jeckelns 1945/46, er habe zeitweise „einen Hof mit 150 Hektar bewirtschaftet“, paßt ebenfalls nicht in den Schwarzwald³.

Die Fabrik

Aber Hitzfelds Chronik von Hornberg⁴ erwähnt einen Friedrich Jeckeln. Im Kapitel „Die eigentlichen Industriebetriebe entstehen“ wird für das Gelände der „Perpetuum Ebner, Fabrik für Feinmechanik und Elektrotechnik, Werk Hornberg“ als Vorgängerbetrieb die Buntweberei Hornberg und Wäschefabrik genannt.

Die 1874 gegründete Buntweberei brannte auf diesem Gelände am 22. Januar 1888 vollständig ab⁵. „Die Verdrießlichkeiten beim Neuaufbau bestimmten Wöhrle, den ganzen Betrieb 1890 an Friedrich Jeckeln zu verkaufen. Bei ihm trat im Mai 1900 Paul Schoffer (1864–1933) aus Kirchberg als Textilfachmann ein und wurde, noch im gleichen Jahr, alleiniger Inhaber der Firma.“

Die Familie

Bei Jeckeln sen. konnte Schoffer allerdings nicht mehr eintreten. Denn der war schon im Oktober 1899 gestorben. Die Witwe nahm die fünf Kinder⁶ mit nach Frankfurt zu den Verwandten, zog später mit ihnen nach Freiburg.

Sie war die Enkelin des Hornberger Bärenwirts Georg Jacob Trautwein (1813–1866). Emma Rosine Trautwein (*1874) hatte am 14. Juli 1892 Friedrich Heinrich Theodor Jeckeln aus Weilmünster geheiratet, den 1852 in Frankfurt geborenen Sohn des nassauischen Pfarrers und Dekans August Jeckeln und seiner Frau Franziska, geb. Seebold⁷.

Das jüngste Kind kam erst nach dem Tod des Vaters zur Welt⁸. Sie wuchsen alle in Freiburg auf, wo Friedrich die Oberrealschule besuchte. 1911 ging er nach dem Einjährigen Examen ab und war dann bis Ende 1912 Volontär in verschiedenen Maschinenfabriken⁹.

Krieg und Ehekrieg

Danach hat er wohl die Ingenieurausbildung am Polytechnikum in Köthen begonnen. Aber schon am 1. Oktober 1913 mußte er zum Militär. Er kam zum Badischen Feldartillerie-Regiment 76. Während der Militärzeit begann der Krieg. Im März 1915 wurde er Leutnant, bei der Fliegertruppe Ende 1916 Flugzeugführer. Nach einer Verwundung besuchte er 1918 die Fliegeroffiziersschule¹⁰.

Am 13. Mai 1918 heiratet er – noch Soldat – Anna Hulda Charlotte Hirsch aus Demmin. Er ist nicht mehr kriegsverwendungsfähig, sie wohnen in Hannover. Im Januar 1919 nimmt er den Abschied, wird nicht in die stark reduzierte Reichswehr übernommen. Er soll sich einem Freikorps angeschlossen haben¹¹.

Als die Revolution kam, kaufte Schwiegervater Hirsch in Westpreußen Land, ein großes Gut. Tochter und Schwiegersohn sollen es bewirtschaften. 1924 haben sie drei Kinder¹². Nach langem Streit mit dem Schwiegervater, den er später als „typischen Juden“ bezeichnet, folgt 1927 die Scheidung von Charlotte. 1932 erinnert Jeckeln sich, daß er „in den letzten beiden Jahren des Zusammenlebens“ in einem Freundeskreis ehemaliger Offiziere „zeitweilig erheblich dem Alkohol fröhnte“.

Nach der Scheidung folgt „keine geregelte Berufstätigkeit“. Auf Fragebogen um 1935 hat er angegeben, „nach dem Krieg eine selbständige Tätig-

Nr. 779

C

Braunschweig, den 20. März 1951

D. des General des Pflanz 47 Friedrich August Feckeln

wohnhaft Braunschweig, Infanterie 11

ist am 2. Februar 1946 um Uhr Minuten

in Braunschweig Riga verstorben.

D. die Verstorbene war geboren am 2. Februar 1895

in Hornberg / Schwarzwaldbahn

(Standesamt Hornberg / Schwarzwaldbahn Nr. 4)

Vater: Fabrikant Friedrich Feckeln, zücht

wohnhaft in Hornberg

Mutter: Emma Feckeln geborene Trautwein

wohnhaft in Freiling

D. die Verstorbene war - nicht - verheiratet mit Annamaria

Wiska Feckeln geborenen Wienp

Eingetragen auf mündliche - schriftliche Anzeige des Trüffler
Vierpfahrer für Kriegstodesfälle 39/45

D. Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte

[Signature]

Todesursache: Maschinieren

Eheschließung der Verstorbenen am 4. Feb. in Dammfeldde (Dammg.)

(Standesamt Nr.)

keit als Ingenieur“ ausgeübt zu haben¹³. Aber es ist keinerlei Ausbildungsabschluß ersichtlich.

Im Juli 1928 die zweite Heirat: mit Annemarie Wienß, von deren Vermögen er leben kann, wird er noch fünf Kinder haben. Nun gibt er als Beruf Kaufmann an. Später in Riga behauptet ein Bekannter, Jeckeln sei Zigarrenhändler in Braunschweig gewesen¹⁴.

Partei und Karriere

Aber auch das war wohl nicht von Dauer, denn beim Eintritt in die NSDAP am 1. Oktober 1929 gibt er an, arbeitslos zu sein¹⁵. Als Ziel sei ihm damals vorgeschwebt: Arbeit und ein glückliches Leben für alle Deutschen, wie er später angibt bei den Vernehmungen in Riga. Er engagiert sich also in der Nazi-Bewegung, ist ab Mitte 1930 ausschließlich in der Partei tätig. Ende 1930 schließt er sich auch der SS an und lernt 1931 Himmler und Hitler kennen¹⁶.

Er ist nun hauptamtlich in der Partei tätig, auch als Gauredner. Im März 1930 wird er Sturmbannführer, ein Jahr später Führer der 12. SS-Standarte. Den Titel „SS-Standartenführer“ erhält er im Juni 1931, als er eine zweite Standarte mitverwaltet, alles ohne Gehalt¹⁷. Im September 1931 wird er SS-Oberführer und ist damit hauptamtlicher SS-Führer. Er leitet jetzt den SS-Abschnitt IV (Norddeutschland).

Ab 1932 ist er in diesem Rang in der Sektion Reichsleitung tätig. Da holt ihn seine erste Ehe ein, und wir lernen an einem Briefwechsel seine politische, oder besser gesagt, seine menschliche Einstellung kennen.

Frau Charlotte schrieb nämlich an den „Herrn Adolf Hittler“, der Geschiedene zahle für die drei Kinder aus erster Ehe seit fast sieben Jahren keinen Unterhalt, das Grundstück müsse versteigert werden¹⁸. Himmler berät seinen Mitarbeiter und bestätigt der Frau, daß der SS-Führer kein Gehalt bekommt¹⁹.

In einem langen Brief berichtet Jeckeln seinem Unterstützer, daß ihm – im dritten Ehejahr – nach der Lektüre des Dinter-Buches²⁰ die Schuppen von den Augen gefallen seien: das Aussehen und das Verhalten des Schwiegervaters Hirsch habe ihm gezeigt, daß dieser ein Jude sei. Das sei der schwerste Schlag seines Lebens gewesen²¹.

Mit dieser Erkenntnis geht es nun bergauf²². Von den 50 000 bis zur

Machtergreifung der Nazis ausgebildeten SS-Männern habe er allein 7000 ausgebildet²³. In verschiedenen Städten schützt er seinen Führer 1932 bis 1938, so beim Erntedankfest in Hameln. 1934–1936 wird er zu Hitlers Banketten eingeladen und will dabei 1934 schon gehört haben, Hitler wolle alle älteren Generale aus der Wehrmacht entfernen.

Pünktlich zur Machtergreifung übernimmt Jeckeln am 30.1.33 die SS-Gruppe Süd, am 4. Februar wird er SS-Gruppenführer²⁴ (= Generalleutnant). Schon im Juli 1932 gehörte er zu den 230 Reichstagsabgeordneten der NSDAP²⁵. Er pendelt wohl zwischen Braunschweig und München, denn er ist in die Braunschweiger Machtkämpfe im Frühjahr 1933 verwickelt²⁶.

Im Juni 1933 enden diese mit seiner Ernennung zum Regierungsrat und Führer des Landespolizeiamtes im braunschweigischen Staatsdienst. 1935 wird er Führer des SS-Oberabschnittes Nordwest, im September 1936 übernimmt er als Obergruppenführer den SS-Oberabschnitt Mitte in Braunschweig. 1938 gibt es die neue Bezeichnung „HSSPF“ für die „Höheren SS- und Polizeiführer“. Das waren Himmlers Generalbevollmächtigte in den Wehrbereichen sowie später in den besetzten Gebieten. Jeckeln wird HSSPF Mitte²⁷ und kommandiert das SS-Biwak am Berliner Reichstag. Im Februar kommt die Tochter Helga zur Welt, zum 1. Mai spricht der Vater in Saloniki, Athen und Patras²⁸.

Auf dem Weg zum Krieg

Ab dem 1. Oktober 1938 marschieren deutsche Truppen in die Tschechoslowakei ein. Als später die „Medaille zur Erinnerung an den 1.10.38“ verliehen wird, ist Jeckeln die Nr. 1 auf Himmlers Vorschlagsliste²⁹. Er hat sich also dabei hervorgetan, so wie bald darauf bei der Erregung „spontanen Volkszorns“ in Hannover: „Eine seiner berüchtigten Taten war das Abbrennen der jüdischen Synagoge in Hannover“, gibt 1946 der damalige Regierungspräsident von Hannover zu Protokoll. Jeckeln sei bereits als einer der brutalsten SS-Führer betrachtet worden. Die Organisation der Demonstrationen am 9. und 10. November lief nach einem Polizeibefehl von Heydrich über Jeckeln als Leiter der Staatspolizei. Regierungspräsident Rudolf Diels durfte den SS-Leuten nur beim Abbrennen der Gebäude zusehen. Aber in anderen Stadtgemeinden habe er Brandstiftungen verhindern können³⁰.

Jeckeln befehligt die Gestapo Hannover und die braunschweigische Landespolizei. Er verfügt am 11.11.38 gleich noch die Sperrung „jüdischer Guthaben“ und Wertdepots³¹.

Im Juni 1939 rast er mit 80 durch Braunschweig – und unterhält sich dabei mit einer Dame. Das erfährt Himmler und verwarnt Jeckeln. Der mißtrauische Himmler fragt dabei, wieviel Alkohol er zu sich genommen habe. Jeckeln schreibt vier Seiten – als Rechtfertigung³².

Im Jahr 1940 erhält er den Titel „Braunschweigischer Staatsrat“, aber schon im Juli 1940 muß er Nachfolger des verunglückten HSSPF West in Düsseldorf werden. Dabei war er schon so gut eingearbeitet im Braunschweigischen. Besonders scharf ging Obergruppenführer Jeckeln gegen ausländische Zwangsarbeiter vor. So erschien ihm am 1.3.1940 zur Hebung der Kriegsbegeisterung an der Front geboten, „den polnischen Arbeitern das Aufsuchen von Gaststätten zu verbieten“. Denn „der Pole“ neige „zu übermäßigem Genuss starker alkoholischer Getränke“, was die Arbeitskraft schwächt³³.

Im Polizeipräsidium in Düsseldorf ist Jeckeln nicht so zufrieden und will lieber an die Front oder nach Ostpreußen – wenn „schon nicht wieder nach Braunschweig zurück“. Mehrere HSSPF korrespondieren über Stellentausch und wollen das Ergebnis „in der notwendigen geschickten Form“ den Oberen mitteilen – „damit der Reichsführer nicht noch böseartig wird“. „Ab und zu kommt der Tommy, legt seine Eier, aber meistens ist der Schaden nicht sehr gross“. So bagatellisiert Jeckeln den Luftkrieg und bedauert immerhin die „recht zahlreichen Todesopfer, aber das läßt sich leider eben nicht vermeiden“³⁴.

Immerhin wird er in Düsseldorf noch zum Vorreiter der „Arbeitserziehungslager“, die er im August 1940 in Besprechungen anregt. Die Arbeitsleistung auch wieder der Polen war im Bergbau ständig gesunken, was dem Krieg abträglich war. Auch scharfe Maßnahmen wie Strafverfahren und Gestapoeinsatz halfen nichts, so daß Jeckelns Vorschlag der Errichtung dieses neuen Lagertyps zur „Arbeitserziehung“ ausgeführt wurde: „Arbeitsscheue“ mußten zwölf Stunden am Tag besonders unangenehme Arbeiten leisten. Die Staatspolizei lieferte für jeweils sechs Wochen ein, ohne daß es eine gesetzliche Grundlage gab. Der erfolgreiche Betrieb wurde bald reichsweit nachgeahmt. Erst Ende Mai 1941 folgte dazu ein Erlaß Himmlers³⁵.

Endlich im Osten

Der Krieg wird im Juni 1941 durch den Überfall auf den Vertragspartner Sowjetunion ausgedehnt³⁶. Den Militärs folgen Einsatzgruppen, die hinter der Front Zivilisten ausrotten – vor allem „Juden“³⁷.

DEUTSCHE ZEITUNG

im Ostland

Monat bezugsfrei: Ostland 2,30 RM, Reich 3,42 RM einschließlich Zustellgebühr. Postverlag mit im Reich: Tilsch, Aaseigen-Prentate Nr. 3, Rat wochentags ab 20 Uhr ab 200 sonstige: Schillingstr. 30/90, 22114/1, 20471, Lokale 22066, Wirschah 22551, N/Gekickendiesat 33726

Kontext im Ostland alle Bezüge in Riga und Postfach Riga Nr. 22, im Reich Postfach Berlin 210, 600 der Deutschen Reich mit Vermerk für Deutsche Zeitung im Ostland, Riga. — Geschäftsstellen: Mitau, Rat 2165, Danzig, Rat 2633, Schaulen, Rat 88

ERSCHEINT TÄGLICH •• RIGA, SCHMIEDESTR. 29, FERNRUF 3520 •• EINZELPREIS: OSTLAND RM —,10, REICH RM —,20

4. Jahrgang

Dienstag, 18. Juli 1944

Folge 195

Zum Kampf-zur Arbeit-zum Sieg!

Lettland errichtet an den bedrohten Grenzen einen sicheren Schutzwall

Lettisches Volk!

Lettland in Gefahr! Es ist das Ziel der Bolschewisten, durch ein Massenaufgebot an Menschen und Material, den ganzen baltischen Raum abzuschneiden. Dgün wollen sie Lettland von allen Seiten angreifen und erdrücken. Der rote Feind jubelt schon in dem Glauben, er könne die lettische Jugend in einem zweiten Jahr des Grauens hinschlachten, die schönen Ställe und stolzen Bauernhöfe niederbrennen, Frauen und Kinder morden und dann die letzten Reste des lettischen Volkes nach Sibirien verschleppen.

Aber die roten Räuber
irren sich!

Lettland wird nicht verwüstet und sein Volk nicht ausgerottet werden. In der Stunde der Not steht das lettische Volk nicht allein. Wer behauptet, daß Deutschland das lettische Volk aufgibt, der lügt.

Die deutsche Wehrmacht
wird Lettland schützen!

Wie die deutsche Wehrmacht vor wenigen Wochen Finnland geholfen hat, so wird sie auch für Lettland kämpfen: bis zum Sieg! Wir stehen alle zusammen, zuversichtlich und zum Letzten entschlossen, gemeinsam gegen wir den Bolschewisten die einzig mögliche Antwort:

Jetzt totaler Krieg!

Ich bin von Führer beauftragt, alle im baltischen Raum vorhandenen wehr- und arbeitsfähigen Männer zu erfassen und sie der deutschen Wehrmacht für die Verteidigung zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Aufbau der kämpfenden Verbände habe ich den Generalinspekteur der lettischen H-Freiwilligen-Legion, H-Gruppenführer Bangerskls, beauftragt, der sofort die erforderlichen Maßnahmen für einen verstärkten Einsatz der wehrfähigen Männer Lettlands treffen wird. Im zivilen Sektor erläßt die notwendigen Anweisungen und Bestimmungen in

Kürze der von mir beauftragte Erste Generaldirektor der landeseigenen Verwaltung, General Dankers.

Ganz Lettland muß nun ein kämpfendes Volk werden. Wer keine Waffe führen kann, wird nach seinen Können an geeigneter Stelle als Helfer eingesetzt werden.

Ohne Unterschied des Standes
und der Person,

ganz gleich, ob Professor oder Bauer, ob Beamter oder Fabrikarbeiter, ob Mann oder Frau, wer Hände hat zu arbeiten, muß seinem Vaterland in der Stunde der Gefahr durch rücksichtslosen Arbeitsinsatz dienen. In einer ungeheuren Kraftanstrengung muß das lettische Volk in kürzester Frist

an den bedrohten Grenzen
seines Landes einen sicheren
Schutzwall errichten!

Jeder Spaten, jede Schaufel, jeder Lastwagen und jeder Bagger, die einfachsten und höchstentwickeltesten Arbeitsgeräte werden in den Dienst dieser einmaligen Aufgabe gestellt.

Voll Vertrauen auf unsere Kraft gehen wir ans Werk.

Ich bitte das lettische Volk auf ganz Mutig, zur Arbeit und zum Sieg!

Riga, des 16. Juli 1944

Der höhere H- und Polizeiführer
Ostland und Ostland Nord



H-Obergruppenführer und General der Polizei

Treue um Treue

Von Harry Schiller

Riga, 17. Juli

Goldener Sonnenschein liegt über dem weiten Flusse des Ostlandes. Auf den Feldern und in den Gärten reißt das Werk fleißiger Hände, und man möchte fast, wenn man nicht um die Geschichte würde, diese Landschaft gegenüber Konföderat über deren sich der sommerliche blaue Himmel spannt, als eine Oase friedigen Ansehens. Und doch ist dieser Raum, ein Feld und Rodung wie vielfach wenige andere Plätze des Abgedingtes immer wieder Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen gewesen, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, da diese liebliche Landschaft nun zum zweiten Male Vorfeld eines gigantischen Ringens geworden ist. Der Segen der Erde, aus Blut und Schweiß bewässert, hat die zerstörten Häuser und Höfe nach dem Ersten Weltkrieg wieder aufzubauen, und die Scholle zum reifen Frucht.

Wo die letzte Hostie stand, an den Nationalitäten liegt, was in den Jahren des Ersten Weltkrieges die See hier an seinen tieferen Ufern über Wasser, sondern die Natur zu erwehren, sondern mühen, sich ständig bereit sein, den Späßen mit dem Schwert zu veritaschen, um dem immer wieder aus dem Osten anbrausenden Ansturm zu begegnen. Wie im Schwermere Zeiten, da eine brutale Meldung an den Zaren berichtete, daß es hier im Lande nichts mehr zu tunen gäbe, so dürfen heute die Generale der Sowjetarmee die gleiche Meldung, wiederum nach Moskau weiterleiten im können. Dort, wo heute an der Narwe und an der Düne deutsche Genaden in treuer Wehrkameradschaft mit den kämpferischen Soldaten dieses Raumes in kühnem Abwehrkampf stehen, haben auch in fer-

Dt. Zeitung im Ostland

IfZ, München

Am 1. April 1941 war Jeckeln zum General der Polizei befördert worden, am 1. Mai wurde er Führer im Stab des Reichsführers SS³⁸. Himmler habe ihn am 5. Mai zu sich bestellt und ihm Urlaub bis zum Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion gegeben³⁹.

Der Überfall beginnt am 22. Juni, und am 25. Juni habe ihn Himmler nach Berlin gerufen. Er habe ihn in die Ukraine geschickt zu General von Rund-

stedt. Am 29. Juni ist Jeckeln bereits HSSPF Rußland-Süd: er beherrscht jetzt die besetzten Teile der Ukraine⁴⁰. Im Juli beginnen seine ersten „Säuberungsaktionen“, wie aus Berichten hervorgeht⁴¹.

Die Tötungswellen⁴² der Besatzer reichen zeitversetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, und Jeckeln gerät in eine andere Tötungswelle, als er am 1. Oktober 1941 „HSSPF Ostland (= Baltikum) und Rußland-Nord“ wird. Diesen Posten bekleidet er bis zum Rückzug im Januar 1945 und hat seinen Sitz in Riga⁴³.

Die Monate ab August 1941 bringen unvorstellbare Blutbäder. Aus Gestapomännern, Ordnungs- und Schutzpolizei sowie oft fünf- bis zehnmal soviel einheimischen „Hilfswilligen“ (Hiwis) werden zusätzlich zu den Einsatzgruppen von den HSSPF Erschießungskommandos gebildet.

„Jeckeln zeigte sich bei der Judenermordung dermaßen aktiv, daß die Teile der Einsatzgruppe C, die in demselben Gebiet standen, sich zu Berichten nach Berlin bemüßigt fanden, in denen hervorgehoben wurde, daß auch die Einsatzgruppen an den Massakern beteiligt gewesen seien, nicht nur der HSSPF.“⁴⁴

Ständig werden von Jeckeln drei- bis fünfstellige Opferzahlen nach Berlin gemeldet, die Orte der Massaker sind heute vergessen: Kamenez-Podolsk, Rowno, Berditschew, Dnjepropetrowsk. Bekannt blieb vor allem die Schlucht Babi Yar bei Kiew, wo am 29. und 30. September 1941 33 771 Menschen durch Genickschuß ums Leben kamen⁴⁵. Dabei reichten die Gruben, an die die entkleideten Opfer herantreten mußten, nicht aus.

„Die Opfer veranlaßte man nunmehr, in die Grube zu steigen und sich nebeneinander mit dem Gesicht zur Erde bzw., wenn eine Reihe voll war, auf die bereits Erschossenen zu legen, und zwar jeweils mit dem Kopf zwischen die Füße der zuvor Erschossenen. Sie wurden sodann vom Grubenrand aus mit Maschinenpistolen getötet.

Die Erschießungsmethode soll von (. . .) Jeckeln nach Aussage eines SS-Führers aus seinem Stabe aus platz- und zeitsparenden Gründen eingeführt worden sein. Sie wurde als ‚Sardinenpackung‘ bezeichnet.“⁴⁶

Anfangs hatte man die Juden auf Jeckelns Befehl gezwungen, in die Gruben zu springen. Während des Sprunges wurden sie aus Maschinengewehren und Maschinenpistolen erschossen.

Der Herr über Leben und Tod

Jeckeln war immer dabei, ganz vorn. Ein Zeuge beschrieb Fälle, wo Jeckeln außer der Leitung des Erschießens selbst Menschen erschöß.

„Ein Greis war in die Grube gefallen. Er wollte sich mit dem Messer die Blutgefäße an der Hand durchschneiden. Jeckeln trat an die Grube heran und schrie aus: ‚Du hast kein Recht, dir das Leben zu nehmen‘ und erschöß danach den Greis aus seiner Pistole.“⁴⁷

Die Grube sei bis zum Rand mit den Leichen der Erschossenen ausgefüllt gewesen, über denen Blut wogte. Viele Verwundete seien „im Blut ihrer Stammesgenossen“ ertrunken.

Der Kommandeur einer Polizeitruppe, der ihn seit Februar 1942 kannte, berichtete im Dezember 1945: „Jeckeln fragte mich, wieviele Russen ich persönlich umgebracht hätte“. Da Weisig nicht die gewünschte Antwort gab, habe er sich anhören müssen: „Du bist ein schlechter Nationalsozialist, wenn du keinen einzigen Russen umgebracht hast. Siehst du, ich persönlich habe hundert Menschen umgebracht.“⁴⁸

Jeckeln habe ihn im Februar 1944 im Lazarett besucht, als die Rote Armee gerade die Leningrader Front durchbrach. Weisig wies ihn darauf hin, daß die Russen bald in Riga seien. Jeckeln habe geantwortet „Möglich. Aber bis dahin wird es in Riga keinen Juden mehr geben“ und verkündet, daß „er persönlich die jüdische Bevölkerung erschießen wird“⁴⁹.

SS-Obersturmbannführer Blasche, zeitweise Chef der SS-Bauinspektion Baltikum und Weißrußland, gab zu Protokoll, Jeckeln habe von der „Notwendigkeit der totalen Vernichtung der Juden in der ganzen Welt“ gesprochen. Sowohl unter Alkohol als auch nüchtern versprach er „die ganze Vernichtung der Juden im Baltikum und Weißrußland zu erreichen“⁵⁰.

Jeckeln war besessen vom Rassenvernichtungswahn. Dabei dachte er kühl und rechnete die Möglichkeiten aus. So versprach er in einer Sitzung am 25. August 1941, bis zum 1. September (also innerhalb von sechs Tagen) 11 000 Menschen zu liquidieren: die Erschießungen begannen am 26. August, und bereits am 29. August hatte er weit mehr Juden erschossen, nämlich „rund 20 000“ bzw. 23 600⁵¹.

Allein im August 1941 will er 44 125 Personen liquidiert haben – „zumeist Juden“⁵².

„Blutsonntag“ in Riga am 30.11.1941⁵³

Etwa am 10.11.1941 war Jeckeln zu einer Besprechung mit Himmler in Berlin. Er habe von Himmler den ausdrücklichen Befehl zur Liquidierung des Gettos erhalten.

In Riga informierte er die anderen Stellen und begann mit den Vorbereitungen zur Getto-Räumung.

„Mehrfach fuhr er in die Umgebung, um ein Erschießungsgelände zu finden. Nahe der Stadt Rumbula entdeckte er ein sandiges, leicht hügeliges (. . .) Gebiet.“

Er führt Besprechungen mit den zu beteiligenden Polizeiverbänden „unter Berücksichtigung meiner im Südabschnitt gesammelten Erfahrungen“. Er skizziert den Plan einer Musterexekution mit einem Minutenplan und sucht Teilnehmer aus.

„Insbesondere diejenigen, die er für weich hielt, teilte er als Aufsichtsführende im Ghetto, beim Abtransport der Juden zur Exekutionsstätte und auf dem Exekutionsgelände ein. An jedem Aktionstag waren etwa 25 Stabsangehörige, von J. persönlich bestimmt und von ihm selbst mit ihren Aufgaben vertraut gemacht, an der Exekutionsstelle zum Einsatz.“

Um die Zahl der Schützen zu vergrößern, ruft er ein Dutzend Fahrer ins Ritterhaus, seinen Amtssitz.

„Er fragte nach freiwilligen Meldungen, erklärte jedoch zugleich, daß er es niemandem übelnehme, wenn er sich nicht melde, weil es sich um eine sehr unangenehme Sache handele. Von den Krafft Fahrern meldet sich niemand.“

Zehn Tage vor der Aktion wurde mit dem Ausheben der Gruben begonnen. Der Ingenieur und Baudezernent im Stab „errechnete den vermutlich benötigten Rauminhalt“. Auch Rampen wurden angelegt, damit die Opfer später in die Gruben hineingehen konnten.

Durch Plakatanschläge wurden die Gettobewohner dann auf den angeordneten „Umzug“ hingewiesen. Zwecks Täuschung ließ man sie 10 kg Handgepäck mitnehmen.

In einer letzten großen Rede vor dem Beginn der Erschießungen erklärte

Jeckeln den Führern der beteiligten Dienststellen die Vernichtung der Juden zur vaterländischen Pflicht. Wer keine bestimmten Aufgaben hatte, mußte als Zuschauer beiwohnen – um niemandem Mitwisserschaft und Mitzeugenschaft zu ersparen. Jeckelns „Sonderbeauftragter für Partisanen- und Judenbekämpfung“, SS-Obersturmführer Degenhardt, bezeichnet das später als „System Jeckeln“.

Am Morgen des 30.11. dringen ab vier Uhr lettische Polizeibeamte in die Häuser des Gettos ein und fordern die Bewohner zum Aufstellen auf der Straße auf. Es werden Kolonnen zu 1000 Personen gebildet mit je vier Beamten am Anfang und am Ende, „um Übergriffe gegen die Juden zu verhindern und Zusammenstöße mit Angehörigen anderer Dienststellen zu vermeiden“.

Dabei werden Warnschüsse abgegeben, aber auch gezielte Schüsse bei Fluchtversuchen. Wer nicht mitkommt und sich an den Straßenrand setzt, wird auf der Stelle erschossen. Kranke, Alte, Gehbehinderte werden gleich auf Lkw's geworfen, teils übereinander.

Am Exekutionsort wartet eine Hundertschaft lettischer Schutzpolizisten mit entsichertem Karabiner, beaufsichtigt von vier deutschen Schupos. Jede halbe Stunde verläßt eine Kolonne das Getto. An der Strecke sind Absperrketten gebildet. Gegen Ausbrechende werden MGs eingesetzt. Über einen Feldweg gelangen die Menschen in eine Waldschneise.

Am Waldrand müssen sie ihr Gepäck ablegen, danach die Wertsachen in aufgestellte Holzkisten. Die Kleidung mußte auf verschiedene Stapel sortiert werden – bei Temperaturen von meist unter Null.

Es lag noch Schnee. In Unterwäsche mußten die Juden auf die Gruben zurücken. Einzeln mußten sie in die Grube gehen und sich mit dem Gesicht nach unten nebeneinander hinlegen. Aus kurzer Entfernung, teils vom Grubenrand aus, wurde dann durch Genickschüsse aus russischen Maschinenpistolen getötet, die auf Einzelfeuer gestellt waren. Gehbehinderte, Alte und Kinder wurden von kräftigeren Juden in die Grube geführt und hingelegt.

Die Mehrzahl der Juden ging infolge der ausweglosen Lage demoralisiert, widerstandslos und gefaßt in den Tod, ohne die Kraft zur Gegenwehr aufzubringen. Obwohl sie schon bei der Kleiderablage die Schüsse hören konnten, versuchte fast niemand stehenzubleiben oder zu fliehen.

Geschossen wurde in drei Gruben gleichzeitig von je ein bis drei Schützen.

Vom Grubenrand aus wurden die Tötungen beaufsichtigt. Bevor ab neun Uhr die Gettobewohner erschossen wurden, waren bereits ab etwa 8.15 die 1000 Juden des Berliner Transportes erschossen worden⁵⁴. Die Schützen standen teils unter Alkoholeinfluß, denn es gab kistenweise Schnaps. Auf den Erdwällen um die Gruben wimmelte es von uniformierten Zuschauern. Manche mußten sich übergeben.

„Das grauenhafte Bild in den Gruben und um die Gruben herum läßt sich kaum beschreiben: schreiende und weinende Männer, Frauen, Kinder und Greise, andere Menschen wiederum sehr gefaßt, teils betend; die Schüsse, mit der Regelmäßigkeit eines Automaten abgegeben; Menschen, die sich fassungslos über das Geschehen hilfesuchend an Uniformierte wenden, die wiederum unbarmherzig auf ihre Opfer einschlagen, um sie zu größerer Eile anzutreiben; angetrunkene Schützen; riesige Berge von Kleidungsstücken und Schuhen; Menschen, die bis auf die Unterwäsche entkleidet bei dieser Kälte herumstehen müssen, um zuzusehen, wie die Leidensgefährten vor ihnen erschossen werden, um sich anschließend auf die noch warmen Leiber der Erschossenen legen zu müssen, um dann selbst erschossen zu werden.“

„Die Meldung über die Aktion kam noch abends im sowjetischen und britischen Rundfunk. In den nächsten Tagen war sie Stadtgespräch – auch wegen der lettischen Polizisten und der Kleidungsstücke.“

Eine Frau überlebte, weil sie sich in den Schnee fallen ließ und tot stellte. Nachfolgende Juden legten ihre Schuhe über ihr ab, so daß sie unter einem Berg Schuhe noch alles hören konnte. Sie konnte später in ein Dorf fliehen und überlebte als lettische Bäuerin verkleidet.

Ein Zeuge erinnert sich zum Berliner Transport, zwei oder drei Frauen hätten „Grüßt mir Berlin“ gerufen.

Von Wehrlosen zu Partisanen

Ab Juni 1941 waren die als „Einsatzgruppen“ bezeichneten Mordeinheiten direkt der Wehrmacht gefolgt und hatten vor allem in den Städten die jüdische Zivilbevölkerung aller Altersstufen weitgehend vernichtet⁵⁵.

Erst einige Monate später traten Partisanen auf und stellten sich den deutschen Eindringlingen entgegen. Ab 1942 änderten die deutschen Einheiten ihre Taktik und bildeten „Bandenkampfverbände“. Im Sommer 1942 wurde die Sprachregelung geändert. Himmler meinte, daß das Wort Partisan



Um 1940
Bundesarchiv Berlin
(DC)

verherrlichend klinge und daher nun in Berichten immer von „Banditen“ die Rede sein müsse⁵⁶. Auf verschiedene Art wurde mitunter die Vernichtung der Juden gerechtfertigt: Sorge vor Seuchengefahr, Abwehr von Zusammenarbeit mit dem Feind, Plünderung oder ganz einfach „Alle Juden sind Partisanen“⁵⁷. Entsprechend waren die Opferzahlen in Jeckelns Ereignismeldungen aufgeteilt.

Die Belastbarkeit der Henker

Himmler hatte schon frühzeitig auf die künftigen Belastungen hingewiesen. In Ansprachen an die SS-Führer wies er auf die Schwere der kommenden „großen Tätigkeit“ hin⁵⁸.

Jeckeln hatte bei seinem Eifer Rücksicht zu nehmen auf die Folgen bei den Tätern: die Massenerschießungen riefen unter den Angehörigen der Kommandos „Gemütsstörungen“ hervor, so daß sie schlecht zielten. Sehr viele ließen sich versetzen. Einige weigerten sich, bei Erschießungen mitzumachen. Manche wurden von Jeckeln als Feiglinge beschimpft⁵⁹ und durften in die Heimat zurückkehren oder an die Front. Die Wahl fiel ihnen leicht – Hauptsache weg vom Gemetzel. An der Front geschah wohl weniger Belastendes⁶⁰.

Sowohl Jeckeln als auch sein Chef Himmler wußten, daß sie mit Freiwilligen ‚arbeiten‘ mußten⁶¹. Wer die Belastungen nicht durchstand, vielleicht aus Gewissensgründen, wurde ausgetauscht. Dabei hatte eine Weigerung meist keine Folgen⁶².

Der Hüter des Rechts

In der Anklage des obersten Militärstaatsanwalts der Roten Armee vom Januar 1946 gegen insgesamt acht Mitglieder der deutschen Führung im Baltikum war auch von Jeckelns Leitung sämtlicher Straforgane auf dem besetzten Gebiet von Lettland, Litauen und Estland bis Dezember 1944 die Rede. Jeckeln hatte eingeräumt, (nichtjüdische) Sowjetbürger seien verhaftet worden, weil sie „gegen uns Okkupanten eingestellt“ waren. Die Zahl der aus politischen Motiven Verhafteten schätzte er auf 20 000 in Lettland, 20 000 in Litauen und 10 000 in Estland⁶³.

Neben den Massenerschießungen und Jagden in Wäldern und Sümpfen gab es auch ein „geordnetes Rechtswesen“ mit Gerichtsverfahren. In Riga gab es ein Kriegsgericht der SS und Polizei. Dem HSSPF stand das Nachprüfungsrecht für die Urteile und das Begnadigungsrecht zu. Nur in zwei Fällen mußte Jeckeln in Berlin vorher um Genehmigung bitten – als es um die Erschießung von Generälen ging⁶⁴.

Jeckeln glaubte aber auch im Reichsgebiet über dem Recht zu stehen. Das belegt der Klagebrief des dienstältesten Richters beim SS- und Polizeigericht Berlin vom Januar 1942. Ein von diesem Gericht verurteilter und aus der SS ausgestoßener Mann war von Jeckeln zum SS-Unterscharführer (Unteroffizier) befördert und für das Kriegsverdienstkreuz vorgeschlagen worden. Der SS-Richter war sehr verbittert über diese Mißachtung und erklärte sich die Vorgänge mit den „jetzigen Verdiensten“ des Verurteilten. „Sie sind in dessen häufiger Hinzuziehung zu Judenaktionen zu erblicken.“⁶⁵

Denn solche Männer brauchte Jeckeln, der auch 1942/43 seine Ausrottingsaktionen weiter betrieb. Ein Bericht von 1942:

„Nach dem Unternehmen ‚Sumpffieber‘ war SS-Obergruppenführer Jeckeln der Auffassung, daß Weißruthenien im großen und ganzen befriedet sei. Der Gauleiter stimmte ihm zu und richtete ein Dankschreiben an ihn.“⁶⁶

Die letzte Phase des Krieges

Neben Jeckeln war im „Ostland“ auch eine deutsche Zivilverwaltung installiert, der ein ehemaliger Gauleiter vorstand. Jeckeln befand sich in dauerndem Streit mit Reichskommissar Lohse. Beide schrieben ständig an ihre Kontaktpersonen in der Führung nach Berlin. Das gipfelte mitunter in die Forderung, der andere sei abuberufen⁶⁷. Man belauerte sich, und die Worte des anderen wurden weitergemeldet. Als etwa Jeckeln in einer Ansprache im Juli 1942 die lettischen Hilfswilligen anfeuern wollte mit dem Versprechen, „in einem großgermanischen Reich“ habe auch „das lettische Volk seinen Platz an der Sonne“, wollte ihn Lohse gleich wegen unzulässiger politischer Äußerungen zur Rechenschaft ziehen lassen⁶⁸. Aber Jeckeln war unentbehrlich durch seine Erfolgsberichte – er hatte gerade seine „Aktion Sumpffieber“ abgeschlossen mit über zehntausend Toten.

„389 bewaffnete Banditen im Kampf erschossen,
1274 Verdächtige abgeurteilt und erschossen,
8350 Juden exekutiert.“⁶⁹

Jeckeln hatte in den Kriegsjahren immer auch Sonderaufträge. Er führte eine „Kampfgruppe Jeckeln“, mit der er auch an regulären Kriegseinsätzen beteiligt war, etwa vor Leningrad und bei Nowel. Das war wohl der Grund, wieso er im Unterschied zu anderen SS-Führern auch militärische Auszeichnungen erhielt. Die Eisernen Kreuze, das Deutsche Goldene Kreuz, das Ritterkreuz und dann noch am 8. März 1945 das begehrte Eichenlaub waren nur ein Teil seiner Anerkennungen⁷⁰.

Ein Streitpunkt mit Lohse ergab sich bei der Mobilisation der einheimischen Bevölkerung. Schon im Winter 1943/44 hatte Jeckeln die Esten und Letten „weit über das vom Führer zugestandene Rekrutierungssoll“ hinaus mobilisiert, wie Lohse am 20.7.1944 empört an Bormann schrieb. Er schreckte dann im Sommer 1944 nicht einmal davor zurück, den deutschfreundlichsten lettischen General wegen Schlappeit verhaften zu lassen⁷¹.



Ansichtskarte

Werbung zum ‚Tag der Deutschen Polizei‘ 1942

Flechtmann

Die Differenzen innerhalb der Führung waren so stark, daß die Treffen bisweilen in Prügeleien ausarteten. Es gab „Ohrfeigen, man rollte sich auf der Erde“⁷². Denn Lohse störte der von Jeckeln erweckte „Eindruck, als ob die Führung des Ostlandes auf ihn übergegangen sei“⁷³.

Der für die Waffen-SS angeblich untypische Schlächter⁷⁴ Jeckeln wurde weiter befördert – am 1.7.1944 zum General der Waffen-SS und der Polizei⁷⁵. Kurz zuvor hatte er dem Reichsführer SS gemeldet, sein Sohn Klaus aus erster Ehe habe vermutlich den Heldentod gefunden. Der jüngste Sohn Dieter war bei einer Röntgenaufnahme des Gehirns verstorben. „Meine Frau ist sehr erschüttert, ich selbst kann auch harte Schicksalsschläge ohne Einbuße an Einsatzbereitschaft und Arbeitskraft tragen. Heil Hitler! Ihr ergebener Friedrich Jeckeln.“⁷⁶

Er setzte die Mobilisierung des Baltikums gegen den Bolschewismus fort. Die in Riga erscheinende „Deutsche Zeitung im Ostland“ brachte als Aufmacher am 17. und 18. Juli 1944 seine Aufrufe „an den Willen zum Sieg“. Der rote Feind wolle die lettische Jugend hinschlachten, die schönen Städte niederbrennen und die letzten Reste des lettischen Volkes nach Sibirien verschleppen. Aber Deutschland gebe das lettische Volk nicht auf. Er sei vom Führer beauftragt, alle wehr- und arbeitsfähigen Männer zu erfassen und der deutschen Wehrmacht zur Verfügung zu stellen⁷⁷.

Diesem Aufruf folgte hinter den Kulissen eine neue Kampagne Lohses gegen Jeckeln. Aber Lohse gab bald auf und verschwand⁷⁸. Jeckeln hingegen wurde am 28.9.1944 im SS-Blatt „Das Schwarze Korps“ mit Foto gewürdigt wegen einer militärischen Leistung⁷⁹.

Im November zahlt er ein letztes Mal die üblichen 66,70 RM auf sein Sparbuch bei der SS-Sparkasse ein⁸⁰ und teilt Himmler die Geburt eines Enkels sowie den Verlust des Wohnsitzes in Braunschweig mit. Das Haus sei durch Bomben völlig zerstört, die Frau aber mit vier kleinen Kindern wohlbehalten in Westpreußen. „Und nun erst recht!“⁸¹

Bald danach nähert er sich seinem Geburtsort Hornberg, denn „am 4.1.44 (gemeint ist 1945) kam ich zur Heeresgruppe Oberrhein, die Himmler selbst führte. Er schickte mich nach Oder⁸².“ Himmler war bekanntlich zum Jahreswechsel 1944/45 in Triberg, wo sein Sonderzug meist im Haldentunnel die Fliegerangriffe abwartete. Darüber berichtete auch Adolf Eichmann in Jerusalem, der Himmler in Triberg besucht hatte⁸³.

Die restlose Mobilisierung im Baltikum hatte nicht den gewünschten Erfolg, die sowjetischen Truppen näherten sich dem Deutschen Reich. Himmler schickte Jeckeln nach Breslau, wo Jeckeln am 17.2.1945 kommandierender General wurde – und „HSSPF Oberschlesien“. Er leitete noch eine Kesselschlacht an der Oder und wurde am 29. April zweimal verwundet. Am 30. April nahmen ihn die Alliierten fest und lieferten ihn an die Sowjets aus⁸⁴.

Im Dezember 1945 und Januar 1946 wurde er in Riga vernommen. Der Prozeß ab dem 26. Januar endete mit dem Todesurteil am 3. Februar 1946⁸⁵.

Der Prozeß wurde gefilmt. Später war Jeckeln noch Gegenstand zweier Filme – der ARD 1987 und der BBC 1992⁸⁶.

Im BBC-Film, der Jeckeln aus der Sicht seines neunten Kindes zeigt, werden Szenen aus dem Prozeßfilm gezeigt. Vor der Hinrichtung ist der minutenlange Beifall der Zuschauer im Gerichtssaal nach der Verkündung des Todesurteils zu sehen und zu hören.

Anmerkungen

- 1 Jäckel u. a., Band 2, Seite 667.
- 2 Vernehmungen in Riga 1945/46, Blatt 17 im zweiten der zwei Anklagebände Friedrich Jeckeln. Weitere acht Bände des Obersten Militärstaatsanwalts der Roten Armee betreffen sieben Wehrmachtsgeneräle.
Kopien im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten (BA-DH), Best. ZM 1683.
- 3 Hinweis von Herrn Reeb, Hornberger Standesbeamter: Höfe haben hier nur max. 75–80 Hektar (11.8.94).
- 4 Hitzfeld, S. 269 ff.
- 5 Hitzfeld, S. 283 ff. Als Quelle wird die Chronik der Buntweberei angegeben und Akten der Stadt Hornberg. Leider war das Stadtarchiv Hornberg im Sommer 1994 unzugänglich im Keller des Rathauses untergebracht.
- 6 Julie 1892, Emma 1894, Friedrich 1895, Gertrud 1896, Theodor 1898.
- 7 Daten aus dem Kirchenbuch von Hornberg, mitgeteilt von Herrn Gottfried Hehl dasselbst.
- 8 Hildegard, im März 1900.
- 9 Laut einem Fragebogen von 1938, BA-DH, Best. ZM 1339.
- 10 Wie Anm. 9.
- 11 So Birn, S. 337. Es ist jedoch dazu nichts in den Akten zu finden, also etwa in der SS-Offiziersakte (SSO).
- 12 Friedrich wurde geboren am 23.1.20, Ilse am 13.1.23, Klaus am 25.3.24. Daten von Frau Angela Henning, Berlin (Urenkelin der ältesten Schwester Jeckelns).
- 13 Vgl. Munzinger-Archiv, Blatt Jeckeln, Stand 1.11.37, u. a. in ZM 1339 (Anm. 9), BA-DH.
- 14 Aussage im 2. Anklageband, S. 73 (s. Anm. 2).
- 15 SSO im Bundesarchiv Berlin, ehemals Document Center (DC): Partei-Mitglied Nr. 163 348.
- 16 Anklageband 1, S. 1 ff., 9 (Anm. 2).
- 17 Brief an Charlotte Jeckeln vom 25.2.32, Bl. 13/14 in SSO.
- 18 Brief vom 5. Februar 1932: „Da Ihre Bewegung eine echt deutsche ist und Sie den Deutschen helfen wollen, so ist es Ihnen vielleicht auch möglich, drei deutschen Kindern (. . .) zu helfen.“ (in SSO)
- 19 Brief vom 17.3.32, RFSS an Charlotte Jeckeln (in SSO).

- 20 „Die Sünde wider das Blut“, vgl. dazu Manfred Bosch in DIE ORTENAU, 71. Jahressband 1991, S. 596–621, vor allem 602–610, zur Resonanz S. 609 f. – Der Streit mit dem Schwiegervater eskalierte so, daß Jeckeln ihm – dem Eigentümer des Gutes – 1924/25 das Betreten des Hauses untersagen ließ, weil er ihn sonst „niederschließen würde wie einen räudigen Hund“. Jeckeln verließ das Gut am 27.7.1925 (Brief vom 28.2.32; SSO).
- 21 Dreiseitige Erklärung vom 28.2.32 „an den Herrn Reichsführer-SS, München“ (in SSO).
- 22 „Erst seit ich ganz in der Nationalsozialistischen Bewegung aufgehe, habe ich mein seelisches Gleichgewicht wieder gefunden. (...) Nur in einem freien Deutschland werde auch ich die Möglichkeit haben all das gut zu machen, was durch den Niedergang von Volk und Vaterland heraufbeschworen wurde.“ (Brief vom 27.2.32 an RFSS; SSO).
- 23 Anklageband 1, S. 11; ferner „vor dem Krieg zwei SS-Bataillone“.
- 24 (SS-)Personalnachweis Jeckeln; Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ), Sign. Fa 226/25.
- 25 Munzinger-Archiv (in ZM 1339) und Reichstagshandbücher.
- 26 Aronson S. 164 ff., Höhne S. 195.
- 27 Birn, S. 337.
- 28 Brief vom 27.4.38 (in SSO). Hintergrund war die deutsche Wanderausstellung „Freude und Arbeit“, die gerade in Athen von Reichsleiter Dr. Ley eröffnet werden sollte. Die deutsche Abordnung beteiligte sich daher an der Maifeier der griechischen Arbeiterschaft („Völkischer Beobachter“ vom 2.5.38).
- 29 ZM-145 in BA-DH; vgl. RGBI. I S. 1527 f.: für besondere Verdienste um die „Eingliederung des Sudetenlandes“.
- 30 Erklärung Diels' am 4.11.1946, IfZ 537. Wie problematisch die Diels-Angaben nach 1945 sind, zeigt Graf, u.a. S. 317 ff. Vgl. Gisevius, S. 50–75, Aronson 82 ff. und Reitlinger 217. Diels' Verharmlosungen der eigenen Rolle betreffen aber vor allem die Bekämpfung des Kommunismus.
- 31 IfZ, Sign. Eich 1452.
- 32 Himmlers Verwarnung am 26.7.39, Jeckelns Rechtfertigung am 28.7.39, alles in SSO.
- 33 HSSPF Jeckeln „an Braunschweigische MdI“; Landesarchiv Oranienbaum, Sign. P 12 g IV.
- 34 Brief vom 14.2.41 an den HSSPF Hildebrandt in Danzig (SSO). Den „Tommy-Eiern“ war immerhin Jeckelns Vorgänger Weitzel zum Opfer gefallen (Birn 348; vgl. IfZ MA-325 = BA, NS 19/2809: Betty Weitzel beschwert sich über Jeckeln beim RFSS).
- 35 Birn, S. 316 ff.
- 36 Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939; Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.39.
- 37 Zur Terminologie vgl. Wulf, Diener, S. 369 ff.
- 38 Wie Anm. 24.
- 39 Anklageband 1, S. 8.
- 40 Birn, S. 171 f., 337.
- 41 Zusammenfassungen bei Birn, S. 172, Browning, S. 37 ff., Hilberg, S. 213, Sauer, S. 55 ff.
- 42 Begriff bei Hilberg, zusammengefaßt bei Birn, S. 172 ff.
- 43 Im historischen Ritterhaus, 1864–66 in florentinischem Renaissancestil umgebaut. Der Saal enthielt die Wappenschilder aller adligen Familien des Landes.
- 44 Birn, S. 172. Zu Jeckelns Berichten s. Browning, S. 37 f. Ausführlich bei Hilberg,

- S. 209 ff., 262 ff.; zusammengefaßt bei Birn, S. 173 f. Wie diese Aktionen auf das einzelne Opfer wirken, wird sehr eindrucksvoll bei Koeppen beschrieben („Jakob Littner“).
- 45 Zu Babi Yar siehe ‚Enzyklopädie des Holocaust‘, Bd. 1, S. 144 und Friedrich, S. 904 ff. – Jeckeln meldete nach Berlin, es sei alles „reibungslös verlaufen“. „Es erforderte über 100 Lkw, um die Kleidung abzutransportieren, die der NSV zugeführt wurde.“ (Krausnick/Wilhelm, S. 15; Reitlinger, S. 263).
- 46 Ruckerl, S. 72 f. Das Folgende aus dem 2. Anklageband, S. 64 f.
- 47 Vernehmung Blasche im Anklageband 2, Bl. 64 f.
- 48 Georg Weisig am 24.12.45, Anklageband 2, S. 25.
- 49 Weisig (wie Anm. 48), S. 26.
- 50 F.L. Blasche am 30.12.45, Anklageband 2, S. 63 f.
- 51 Krausnick/Wilhelm, S. 250 (Nürnberger Dok. PS-197).
- 52 Hilberg, S. 213 f.
- 53 Gekürzt nach der Zusammenstellung von Herrn Winfried Nachtwei, MdB aus Münster, aus den Akten in der Zentralen Stelle Ludwigsburg. Laut Press (S. 93 ff.) gab es bei der Vernichtung der Gettobewohner 15 000 Tote. Reitlinger gibt „zumindest 24 000 Menschen“ an, nach Stahlecker sogar 27 800 (S. 246). Es wurde noch mehrmals durchkämmt, die letzte Erschießung erfolgte am 9. Dezember. Punkt 12 Uhr sei dann „Lettland judenfrei“ nach Deutschland gemeldet worden.
- 54 Die meisten Transporte aus Berlin gingen nach Theresienstadt und Auschwitz. Der erste von fünf Transporten nach Riga ging am 27.11.41 in Berlin ab. Im Unterschied zu den späteren Transporten wird beim ersten keine Zahl angegeben (Listen in den Akten der Oberfinanzdirektion, Landesarchiv Berlin).
- 55 Den Kommandoführern der Einsatzgruppe C war im August 1941 bei einer Besprechung in Shitomir von ihrem Chef, Dr. Dr. Rasch, eröffnet worden, daß auf Befehl des HSSPF Jeckeln ab sofort auch jüdische Frauen und Kinder zu exekutieren seien, „um keine Rächer entstehen zu lassen“. (Jäckel/Rohwer, S. 115 f.).
- 56 Wulf, S. 68. Siehe die Erinnerung des RFSS-Adjutanten im September 1942: „Der RFSS ersucht, in den Ereignismeldungen nicht mehr von ‚Partisanen‘, sondern von ‚Banden‘ zu sprechen.“ (BA, NS 19/3165, Bl. 237).
- 57 Vgl. Höhne, S. 337, Hilberg, S. 235, Krausnick/Wilhelm, S. 14.
- 58 U. a. in einer Ansprache vor dem Führerkorps der Leibstandarte am 7.9.1940, s. Buchheim, S. 283. Zu seinen Absichten siehe Aly („Völkerverschiebung“). Himmler selbst ertrug übrigens die Belastung des Zuschauens bei den Erschießungen genauso wenig wie Adolf Eichmann (Lang, S. 73 f.) oder andere Führer, vgl. Hilberg, S. 237, Höhne 333 ff. Er regte daher gegenüber Jeckeln im Dezember 1941 die Benutzung von Gaswagen an, sogenannter „Seelenmörder“. Aber die erwiesen sich nicht als Verbesserung „wegen Mangel an Brennstoff und ihrer kleinen Nutznießung“, wie Jeckeln am 21.12.45 angab: „Nach jeder Todesfahrt war eine sehr unangenehme und schmutzige Arbeit zu erledigen, Säubern der Maschinen und Ausladen der Leichen“, so daß man wieder das Erschießen vorzog. (Anklageband 1, S. 0024 f.). Zu Gaswagen vgl. Höhne, S. 336, Hilberg, S. 238, Krausnick/Wilhelm, S. 543 f., 546 f., 550 ff.
- 59 Ruckerl, S. 98 (Fall Hannibal); Jäger, Fall 98 (S. 118).
- 60 Jäger, Heimat: Fälle 43, 45, 67, 68, 70, 73–78, 88, 90 u. a., Front: Fälle 83, 84, 86, 96, 97, 98, 103 u. a.
- 61 Zur Freiwilligkeit vgl. Reitlinger, S. 235 ff.
- 62 Bei Weigerung sei „einfach nichts“ geschehen, Fälle bei Jäger beschrieben, einer ausführlicher bei Klee, S. 85 f.

- 63 Anklageband 1, S. 26.
- 64 Anklageband 2, S. 12 ff.
- 65 Abgedruckt bei Buchheim, S. 264–266.
- 66 Klee, S. 173.
- 67 Korrespondenz im Bundesarchiv Potsdam, NS 19/1510 und 1738. Zu Lohse vgl. Reitlinger, S. 227 f.
- 68 Brief vom 14.8.42, NS 19/1738, S. 11.
- 69 Bericht 6.11.42, IMT-Dok. PS-1113, IfZ-Sign. MA 707/1–2.
- 70 Er zählte sie am 13.12.45 in Riga auf, Anklageband 1, S. 9.
- 71 Plechavicius, u. a. erwähnt von Lohse im Brief vom 20.7.44 an Bormann, NS 19/1510, S. 7 ff.
- 72 DC, PK-Akte Lohse, abgedruckt bei Heiber, Br. 547 b.
- 73 Brief Lohses, wie Anm. 71.
- 74 Stein stellt die neuen nationalsozialistischen „Volksoffiziere“ den „alten Kämpfern“ und Schlächtern wie Eicke, Jeckeln und Dirlwanger gegenüber, S. 263.
- 75 Personalnachweis (wie Anm. 24).
- 76 SSO, zitiert bei Birn, S. 394 mit Himmlers tröstender Antwort.
- 77 Folge 195, 4. Jahrgang, 18. Juli 1944 (IfZ-Sign. MA-539, Nr. 17).
- 78 Birn, S. 234 f.
- 79 „Im Kampfraum südwestlich des Pleskauer Sees. Mitte August setzt SS-Obergruppenführer Jeckeln (. . .) seine schnell zusammengestellte Kampfgruppe zum Gegenstoß an und verhindert den Einbruch zahlenmäßig weit überlegener Feindkräfte in den lettischen Raum. Seiner Führung und Initiative ist es zu verdanken, daß eine breite Frontlücke geschlossen und die offene Flanke großer Truppenverbände gesichert werden kann. Seine Auszeichnung gilt auch seiner Kampfgruppe deutscher und lettischer Polizeieinheiten, unter denen sich seine engsten Mitarbeiter, z.T. sogar Gefährten aus der Kampfzeit vor 1933, befinden.“ (Zum Ritterkreuz).
- 80 Sparbuch Nr. 9601 bei der Spargemeinschaft SS e.V., Guthaben Ende 1939: 754,80, 31.3.43: 2688,40 RM (BA-DH, ZM 1484).
- 81 SSO. Vollständig abgedruckt bei Birn, S. 395 sowie bei Heiber, Nr. 562. Sein neuntes Kind, unehelich 1941 zehn Tage vor dem Rigaer Blutsonntag geboren, taucht weder in der SSO auf noch – wie die übrige Familie – bei den Rigaer Vernehmungen: der Massenmörder schämte sich wohl.
- 82 Anklageband 1, S. 8.
- 83 Lang, S. 200 ff.
- 84 Anklageband 1, S. 8; Birn, S. 337.
- 85 Birn, S. 337. Die deutsche Todesurkunde von 1951 gibt an, daß er „im Februar oder März 1946 in Riga“ starb. „Todesursache: Verstorben“.
- 86 Polizei und NS-Verbrechen, ARD 1987 (45’);
A child for Hitler, BBC 1992 (40’).

Literatur

- Götz Aly. „Endlösung“ – Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt 1995
- Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971
- Ruth Bettina Birn, Die höheren SS- und Polizeiführer, Düsseldorf 1986
- Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993
- Hans Buchheim u. a. (Hg.), Anatomie des SS-Staates, München 1994 (6. Auflage)
- Artur Dinter, Die Sünde wider das Blut. Ein Zeitroman, Lpz. 1917
- Jörg Friedrich, Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München 1993/95
- Hans Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Erster Band, Darmstadt 1947
- Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur, Berlin 1983
- Beatrice und Helmut Heiber, Die Rückseite des Hakenkreuzes, Absonderliches aus den Akten des Dritten Reiches, München 1993
- Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982
- Karll Leopold Hitzfeld, HORNBURG an der Schwarzwaldbahn – Vergangenheit und Gegenwart, Bühl/Baden 1969
- Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, München o. J.
- Eberhard Jäckel u. a. (Hg.), Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1994
- Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1987
- Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Frankfurt 1982
- Ernst Klee u. a. (Hg.), „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt 1988
- Wolfgang Koeppen, Jakob Littners Aufzeichnungen aus einem Erdloch, Frankfurt 1992 (ursprünglich 1948 unter dem Verfassernamen Jakob Littner erschienen)
- Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981
- Jochen von Lang (Hg.), Das Eichmann-Protokoll, Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982
- Werner Manoschek, „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg 1995
- Bernhard Press, Judenmord in Lettland 1941–1945, Berlin 1992 (2. Auflage)
- Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1979 (5. Auflage)
- Adalbert Rückerl (Hg.), NS-Prozesse, Karlsruhe 1972
- Karl Sauer, Die Verbrechen der Waffen-SS, Frankfurt 1977
- George H. Stein, Geschichte der Waffen-SS, Düsseldorf 1978
- Joseph Wulf, Das Dritte Reich und seine Vollstrecker, Wiesbaden 1989
- Joseph Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, Frankfurt/Berlin/Wien 1983

Geschichte des Kahlenberges bei Ringsheim im 20. Jahrhundert

Karl-Josef Franke

Einleitung

Fährt man auf der Rheintalautobahn von Baden-Baden nach Süden, so begleiten linker Hand vor der Kulisse der Schwarzwaldberge fast durchgängig kleinere Hügel die Fahrt, die mit Reben bewachsen sind. Kommt man jedoch südlich von Lahr aus dem Waldstück heraus, das in diesem Bereich die Autobahn beidseitig einschließt, fällt eine große bloßgelegte Flanke dieser Hügelkette auf, innerhalb derer jeder Bewuchs fehlt.

Links und rechts dieses offensichtlich von Menschenhand aufgerissenen Hanges schließen sich begrünte Flächen an, bei denen die Form aber ebenfalls auf menschliche Eingriffe hinweist. Es sind große, gestaffelte Terrassen, die nur durch den Einsatz von Erdbaumaschinen so gestaltet werden konnten.

Ortskundige wissen, daß hier von 1937 bis 1969 Eisenerzbergbau umging, der vor allem durch einen Tagebau auf nahezu 200 ha Fläche die über der Erzlagerstätte anstehenden Erdschichten abtrug und nur auf einer Fläche von 100 ha nach dem Erzabbau wieder neue Schichten auftrug, um diesen Bereich rekultivierungsfähig zu machen. Seit 1973 wird der restliche Teil des devastierten Geländes durch den Betrieb einer Hausmülldeponie wieder hergestellt und begrünt.

Die Hügelkette, von der die Rede war, wird geographisch als Schwarzwaldvorbergzone angesprochen, und der Bereich, in dem die Mülldeponie liegt, gehört zum Kahlenberg, der im weiteren Verlauf des Höhenzuges mit über 310 m über dem Meeresspiegel höchsten Erhebung.

Alte bergbauliche Nutzung

Die Vermutung, daß das Eisenerz im Kahlenberg seit altersher bekannt ist und daß verschiedene Versuche einer Nutzung unternommen wurden, wird allgemein geteilt. H. Kewitz, ein ortsansässiger Heimatkundler, nimmt eine erste Ausbeutung durch die Kelten vor über 2000 Jahren am Rande des nördlich vorgelagerten Rötelberges an¹. F. Kirchheimer, seinerzeit Präsident des Geologischen Landesamtes, hält einen römischerzeitlichen Bergbau

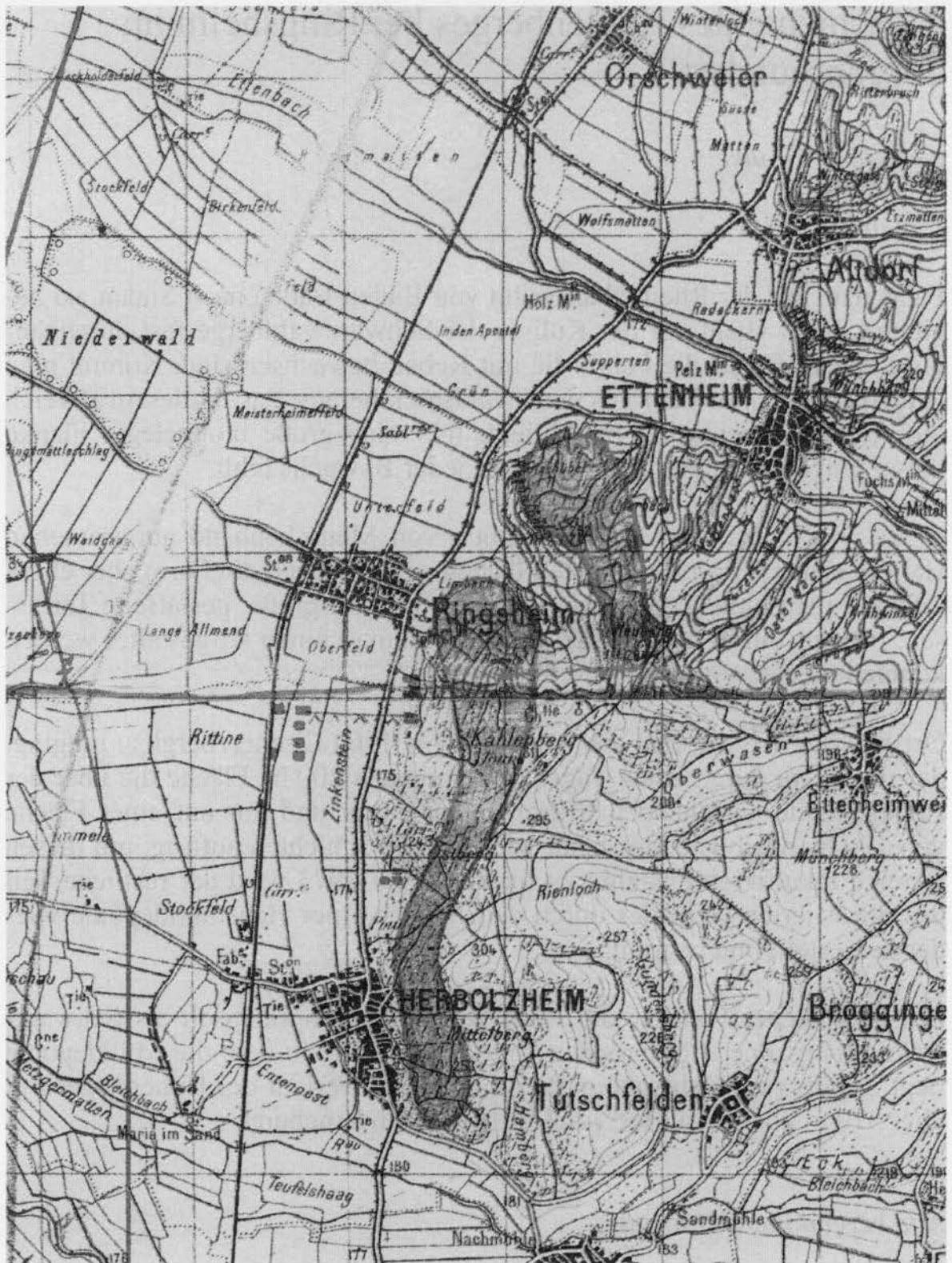


Abb. 1: Kartenausschnitt von 1946. Darstellung der vermuteten Eisenerzlagertstätte am Kahlenberg

für möglich². G. Albiez vom Landesbergamt Freiburg weist auf mittelalterliche, bis zu 80 m tief in den Rötelberg durch Feuersetzen und Keilhauenarbeit vorgetriebene Stollen hin³.

G. Albiez stellt aber auch eine verblüffende Deutung der alten Orts- und Gewannamen auf: So verknüpft er ein Dokument, in dem Heinrich II., Bischof von Basel, dem Kloster Sulzburg die Eröffnung eines Marktes in Rincka im Jahr 1004 erlaubt, mit dem heutigen Ort Ringsheim und billigt diesem eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung zu. Ob eine weitere Quelle, nämlich die Bezeichnung „isine steina“ anno 868 bei Otfrid von Weissenburg, sich ebenfalls auf Ringsheim beziehen könnte, läßt er offen.

Völlig abweichend von allen anderen Namensdeutungen für den Ort Ringsheim leitet er Rincka (1004), Rincha (1008), Rinse oder Ringse (Dialekt) aus dem Wort „rennen“ = rinnen = schmelzen ab, und er verstärkt diesen Verdacht mit Hinweisen auf die Gewannamen „Gießhübel“, für einen Schmelzplatz und „Offental“ als Standort für einen Schmelzofen nach dem mittelhochdeutschen Offen für das heutige Wort Ofen.

Abbau der Lagerstätte

Welche geschichtlichen Vorläufer die Ausbeutung der Eisenerzlagerstätte am Kahlenberg auch gehabt haben mag, das Gesicht des Berges wurde erst einschneidend im wahrsten Sinne des Wortes verändert, als 1937 die „Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke“ ihre Aufschluß- und Gewinnungsarbeiten begannen.

Die Rohstoffbetriebe waren in ganz Deutschland mit der Erschließung und dem Abbau von Eisenerzen befaßt, ihnen waren aber in Niedersachsen von den sogenannten „Reichswerken Hermann Göring“ mehrere Grubenfelder abgenommen worden, wofür als Ersatz u.a. die Grube Kahlenberg eingerichtet wurde.

Durch diese Grube Kahlenberg wurden von 1937 bis 1969 insgesamt 14 586 782 t Eisenerz gefördert. Knapp 59% davon stammten aus dem Kahlenberg, etwa 34% aus dem nördlich sich anschließenden Rötelberg, die restlichen 7% aus dem weiter südlich liegenden Herbolzheimer Bereich⁴.

Etwa 20% der gesamten Förderung stammten aus dem Tiefbau, mit 80% überwog aber bei weitem der Anteil des Tagebaues. Hauptsächlich durch diesen wurde das Aussehen der westlichen Bergflanke des Kahlenberges

weithin sichtbar verändert, indem das Abräumen der Gesteinsschichten über der Lagerstätte einen tiefen Einschnitt hervorrief, der durch seine unbewachsenen Böschungsflächen sich auch farblich vom anschließenden Naturgelände gravierend abhob.

Tiefbau

Als 1937 mit der Erschließung der Eisenerzlagerstätte am Kahlenberg begonnen wurde, setzte alsbald auch der Abbau ein. Ein „Stollen I“ wurde wenige Meter westlich der heutigen Müllannahme begonnen, und aus ihm heraus wurde der spätere, noch heute befahrbare Hauptförderstollen entwickelt. Zirka 1000 m Stollenlänge wurden bereits in diesem ersten Jahr fertiggestellt⁵.

Für den Abbau wählte man anfangs den Scheibenbruchbau. Diese von G. Albiez⁶ benutzte, von P. Römer⁷ wahrscheinlich übernommene Bezeichnung wird bei K. Sauer/P. Simon⁸ zutreffender „scheibenmäßiger Pfeilerrückbau“ genannt. Dabei wurde die Lagermächtigkeit von ca. 11 m in etwa halbiert, also in zwei Etagen unterteilt.

Zuerst wurde in der oberen Hälfte, der oberen Scheibe, eine Strecke von 2,3 m Höhe aufgefahren, der Höhe, in der ein Bergmann ohne Gerüst den Bohrhammer von Hand ansetzen konnte. Dabei mußten in der Firste aus Sicherheitsgründen 2 m der Lagerstätte stehenbleiben, weil die darüberliegenden Hangendschichten mürbe und gebräch waren.

Später wurde in der unteren Lagerstättenhälfte, genau unter der bereits aufgefahrenen oberen Strecke, eine weitere Strecke hergestellt. Diese Art der übereinanderliegenden Strecken ist noch heute im Verlauf der Hauptförderstrecke zu besichtigen. Anschließend fuhr man von diesen Richtstrecken seitlich nach rechts und links viele parallel zueinander stehende Abbaukammern auf, wieder auf jeder der beiden Etagen, vom Bergmann „Scheiben“ genannt, und wieder jeweils senkrecht übereinander.

Anschließend wurden die oberen und danach die unteren Kammern verbreitert, bis nur noch ein schmaler, gerade noch tragfähiger Pfeiler stehen blieb, und schließlich wurde die zwischen beiden Scheiben stehengebliebene Bank in die untere Kammer gesprengt und von dort weggefördert. Leider gab es durch unzeitiges Wegbrechen der Pfeiler immer wieder schwere, teilweise tödliche Unfälle, weswegen dieses Abbaufverfahren bald abgeändert werden mußte⁹.

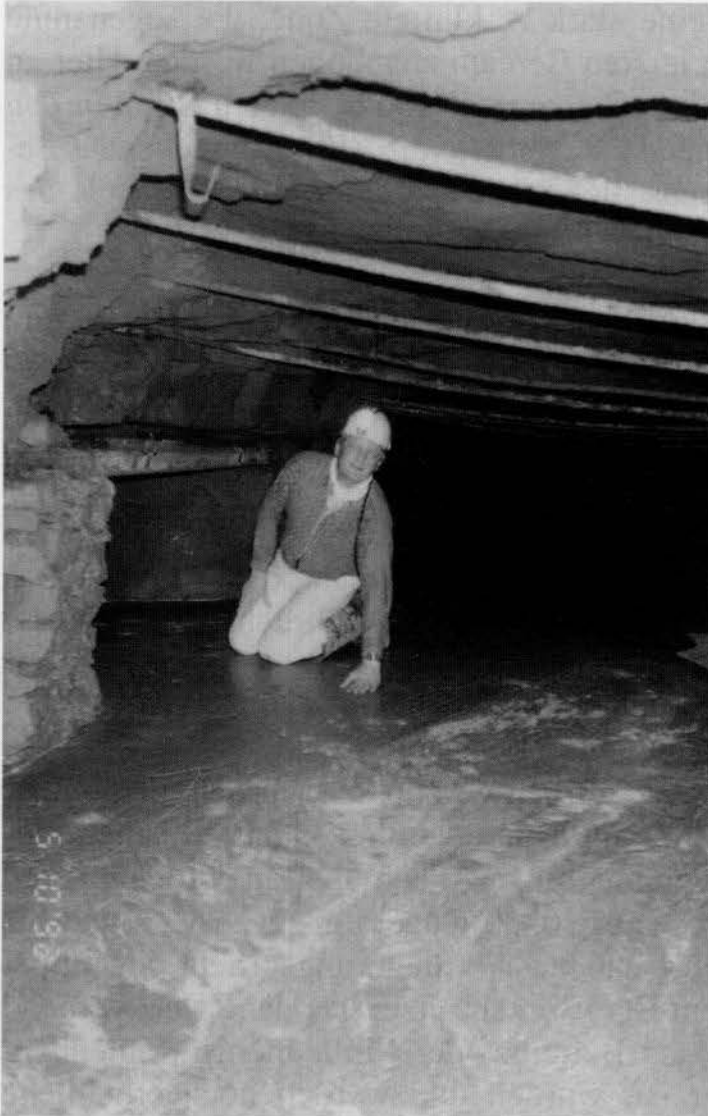


Abb. 2: Bruchgefährdeter Stollen, zur Hälfte mit Betonsuspension verfüllt

Ein im Verfahren des Scheibenbruchbaues 1939 abgebautes Feld liegt unter den Gewannen Zinsberg und Mittlerer Dürftig, die Ränder des verbrochenen Feldes sind von der 1. Südoststrecke und von Ort 3 Süd aus noch heute zugänglich.

1940 änderte man das Abbauverfahren in den Kammer-Pfeilerbau um. Inzwischen hatte man aus der Hauptförderstrecke die Förderstrecke Ost ausgelenkt und in Richtung der Gewanne „Ritte“ und „Sutte“ vorangetrieben.

Während die Hauptförderstrecke teilweise stark anstieg, weil sie spitzwinklig zum Einfallen der Lagerstätte ausgerichtet war, konnte die Förderstrecke Ost waagrecht, im bergmännischen Sprachgebrauch totsöhlig genannt, angelegt werden.

Sie erreichte dann allerdings eine stark zerklüftete Zone, die sogenannte Ostrandstörung, und mußte im letzten Bereich angehoben werden. Hier an der Ostrandstörung richtete man in einem ca. 100 m breiten Streifen den Kammerpfeilerbau bei streichendem Verhieb ein. Eine eingehende Beschreibung des Abbauverfahrens liefert Sauer/Simon im Jahrbuch des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg von 1975¹⁰.

Neben diesem Abbaufeld wurde auch im Gewinn „Dürftig“, anschließend an das im Scheibenbruchbau hereingewonnene Feld, ein Abbau als Kammerpfeilerbau bei schwebendem Verhieb, also nahezu rechtwinklig zum Streichen der Lagerstätte begonnen.

An der Ostrandstörung waren mehrere Kammern nicht zu Bruch geworfen worden. Diese stehengebliebenen Hohlräume gefährdeten die Funktionstüchtigkeit der späteren Deponiebasis, weil ein Zubruchgehen erwartet werden mußte. Sie wurden 1994 untertage aufgesucht, von übertage her angebohrt und weitgehend mit einer Betonsuspension verfüllt.

Alle Abbaufelder, auch wenn sie zu Bruch geschossen wurden, bergen zumindest in ihren Randbereichen noch zahlreiche unbekannte Resthohlräume, die sich langsam über Jahrzehnte hinweg nach übertage durcharbeiten und manchmal bereits zu spontanen, 10–20 Quadratmeter großen und bis zu 15 m tiefen Erdfällen geführt haben. Die Sicherungspflicht gegenüber diesen Bergschäden obliegt dem Bergwerksbesitzer. Da der Zweckverband Abfallbeseitigung Kahlenberg als Betreiber der Mülldeponie Kahlenberg gleichzeitig Bergwerksbesitzer ist, wurden und werden noch erhebliche Anstrengungen unternommen, um prophylaktisch dieser Bergschadensgefahr zu begegnen.

Von den ehemals über 30 000 Meter betragenden untertägigen Strecken sind über 75% weitgehend verbrochen. Etwa 5000 lfdm alte Strecken wurden mit Magerbeton verfüllt und ca. 3000 lfdm wurden so stabilisiert und ausgebaut, daß sie begehbar – der Bergmann sagt befahrbar – bleiben und als Kontrollstrecken dienen¹¹.

Der untertägige bergmännische Abbau der Eisenerzlagerstätte im Bereich des Kahlenberges wurde 1958 eingestellt.

Tagebau

Der Tagebau räumt vor Beginn des Abbaues der Lagerstätte die hangenden Gesteinsschichten ab. Wegen der erforderlichen Sicherheit gegenüber dem



Abb. 3: Stillgelegte Bergwerksflächen im Juli 1968

Nachrutschen des angeschnittenen Berges muß eine mehr oder weniger steile Böschung in den Abraum einbezogen werden. Dadurch wird die abzuräumende Fläche wesentlich größer ausfallen als die schließlich hereinzugewinnende Lagerstättenfläche.

Gegenüber dem Tiefbau, bei dem große Lagerstättenteile zur Sicherung als Pfeiler stehen bleiben müssen, ergibt sich aber der Vorteil der größeren Ausbeute. Am Kahlenberg wurden rund 50 ha Gelände abgetragen, um etwa 27 ha Lagerstätte abzubauen.

Während aber beim Tiefbau mit 45% Abbauverlust wegen der stehenden Pfeiler und der Firste gerechnet werden mußte, traten beim Tagebau lediglich Abbauverluste von 10% auf.

Die Wirtschaftlichkeit des Tagebaubetriebes war bis zu einem Verhältnis von 1,35 cbm Abraum zu 1 t Erz gegeben, die obere Kante des Abraums durfte also fast 70 m höher liegen als die endgültige Abbaukante des Tagebaues.

Damit war nahezu der gesamte Kahlenberg in den Tagebau mit einzubeziehen, die hangseitige Abraumböschung schob sich dabei auch über die Fläche, die bereits durch den Tiefbau ausgeerzt worden war.

Der Abraum mußte anfangs außerhalb der Lagerstätte als Kippe abgesetzt werden. Erst nachdem ein größerer Lagerstättenteil abgebaut worden war, konnte man die Abraumkippe in diesen ausgeerzten Teil verlegen, um das Gelände wieder anzufüllen.

Daher entstanden zuerst westlich des Südteiles eine ca. 9 ha große und nordöstlich des Tagebaues Nord eine etwa 28 ha große Abraumhalde, die später einer Rebflurbereinigung unterworfen wurde und dabei aus einer anderen Betrachtungsweise heraus die Bezeichnung Südkippe erhielt.

Diese etwas irreführende Namengebung ist auf den Umstand zurückzuführen, daß gleichzeitig mit dieser Kippenfläche die gesamte Rötelbergkippe rebumgelegt wurde, und im Verhältnis zum Rötelberg lag diese Kippe halt im Süden der Flurbereinigungsmaßnahme.

Die Arbeiten im Tagebau erstreckten sich von 1938 bis 1968, also über 30 Jahre hin. Gewinnungsgeräte, Fördermittel und auch die Sprengtechnik machten in dieser Zeit mehrere Wandlungen durch.

Bei den Baggern änderte sich hauptsächlich die Löffelgröße. Während an-



Abb. 4: Erzgewinnung durch Seilbagger, Großraummulde als Transportmittel

fangs ein 1600-Liter-Löffel im Hinblick auf die als Fördermittel eingesetzten Schmalspur-Loren fast schon zu groß war, arbeitete zum Schluß im Abraum ein 4500 Liter fassender Löffel und belud die großen, 20 t Ladung fassenden Muldenfahrzeuge.

Mit Ausnahme zweier im Erz eingesetzten Bagger, die einen Dieselmotorantrieb besaßen, liefen alle anderen Großbagger mit Elektromotoren, der Kraftstrom wurde über faustdicke Kabel von der Trafostation aus zugeführt, es waren also immer mehrere Kilometer lange Starkstromkabel im Einsatz.

Die für die Sprengarbeiten benötigten Bohrlöcher wurden mit Preßluftantrieb hergestellt. Hierfür gab es bis wenige Jahre vor Einstellung des Betriebes eine zentrale Druckluftherzeugung im Keller des großen, heute noch als langsam verfallende Ruine bestehenden Betriebsgebäudes mit ebenfalls kilometerlangen Transportleitungen für die Druckluft. Erst 1964 setzte sich



Abb. 5: Tagebaukante mit Gleisförderung

die Druckluftherzeugung vor Ort durch mit dem Einsatz von halbautomatischen Bohrwagen für Großbohrlöcher.

Die Fördermittel waren lange Zeit Kipploren, die auf immer wieder umzusetzenden Schmalspurgleisen fuhren. Im Abraum führten die Gleise zur Kippe und im Erzabbau zu einem Vorbrecher am Mundloch der Hauptförderstrecke (Stollen I). Vom Brecher aus wurde das Erz bis 1958 über eine kleine Seilbahn mit hängenden Kipploren zur Verladestation an der Bahn transportiert, wo eine vorgeschaltete Aufbereitung für die Zerkleinerung und Absiebung auf vorbestimmte Korngrößen sorgte.

Etwa ab 1954 wurden die gleisgebundenen Fördermittel sukzessive durch gleislose Lkw ersetzt, die in immer größeren Einheiten auf dem Markt erschienen und am Kahlenberg bis zur Größe von 25 t Zuladung eingesetzt wurden. 1958/59 wurde als letztes auch die Seilbahn durch diesen gleislosen Transport ersetzt. Die nötige Fahrbahn wurde durch eine Brücke über die Bundesstraße 3 nahezu kreuzungsfrei angelegt.

Auch die Sprengtechnik wurde im Laufe der Jahre umgestellt. Wurde anfangs noch mit Sprengpatronen der Dynamit-Nobel und Zündschnur gear-



Abb. 6: Großlochbohrmaschine

beitet, so ging man bald nach dem Kriegsende auf Elektrozünder über. Als Sprengstoff kam in den letzten Jahren selbstangemischer Sprengstoff mit Nitropenta-Zündschnur zum Einsatz.

Erste Rekultivierung

Während des Betriebes der Eisenerzgrube Kahlenberg galt das Badische Berggesetz in der Fassung von 1925. Hierbei waren der Rohstoffgewinnung erhebliche Vorteile gegenüber der heutigen Rechtslage eingeräumt.

Der Bergwerksbesitzer mußte zwar jeden Schaden an fremden Grundstücken nach der Verursachungshaftung ausbessern und entschädigen, wenn er aber durch Pacht oder Erwerb Besitzer eines geschädigten Grund-

stückes war, konnte er nur zur Sicherung gegenüber Personenschaden angehalten werden. Dazu reichte es aus, das geschädigte oder gefährdete Gelände zu umzäunen, manchmal genügte es schon, Hinweisschilder mit einem Betretungsverbot aufzustellen.

Im Bereich des Kahlenberges befanden sich alle in Frage kommenden Grundstücke im Eigentum der Barbara Erzbergbau GmbH. Ein Zwang zur Rekultivierung bestand nicht. Allerdings war im Laufe des voranschreitenden Erzabbaues das ausgeerzte Gebiet zu großen Teilen wieder mit Abraum verfüllt worden, wobei man in der Absicht einer möglichen Veräußerung an Landwirte bemüht war, die Gestalt der Kippe so zu formen, daß landwirtschaftlich nutzbare Flächen entstanden.

Diese Gestaltung wurde Vorrekultivierung genannt. Sie ging in der Regel so weit, daß die Horizontalflächen zum Schutz gegen Erosion mit Luzerne- klee angesät und die Böschungsflächen, ebenfalls als Erosionsschutz, mit Gehölzen (Robinien, Linden, Pappeln) bepflanzt wurden.

Für eine möglichst schadlose Wasserableitung wurde zwar durch Gelände- neigung und die Einrichtung einzelner Schlammfangbecken Vorsorge ge- troffen, doch ein Wegenetz und eine Verdolung der Wasserführung wurden nicht eingerichtet.

Zum Zeitpunkt der Stilllegung des Bergwerkes waren nahezu alle deva- stierten Flächen am Rötelberg und die später Südkippe genannte Abraum- halde auf die beschriebene Weise vorrekultiviert, und es bestand ein beson- deres Interesse in Ringsheim, diese Flächen mittels Rebbau zu nutzen.

Um staatliche Zuschüsse zu bekommen, wurde über die Badische Land- siedlung ein Rebumlegungsprogramm beschlossen und mit dem Flurberei- nigungsamt Offenburg durchgeführt. Außerhalb dieses Verfahrens verhan- delte die Bergwerksfirma mit einem privaten Interessenten aus Jechtingen am Kaiserstuhl. Ergebnis dieser Verhandlungen war letztendlich der heute am Nordrand des Rötelberges existierende Winzerhof Weber.

Einschließlich dieser Flächen wurden nahezu 100 Hektar der landwirt- schaftlichen Nutzung zugeführt, hauptsächlich durch Rebanbau. Damit war etwa die Hälfte des Grundeigentums wieder rekultiviert.

Für die andere Hälfte, ebenfalls rund 100 ha, ließen sich keine Zuschüsse finden. Damit schien das Schicksal dieses Kahlenberghanges besiegelt. Es mußte als Wildbrache mit einem erheblichen Gefährdungspotential durch unvermutetes Abrutschen oder Zubruchfallen ungenutzt liegen bleiben.

Das Landesbergamt verfügte eine Umzäunung des gefährdeten Bereiches – etwa 4 km Zaun wurden errichtet – und ein Zusprennen der letzten Stollen im Eingangsbereich, also an den jeweiligen Mundlöchern¹².

Später stellten sich diese Maßnahmen als unbefriedigend heraus: Der Zaun wurde mut- und böswillig an vielen Stellen laufend aufgeschnitten, und das Haufwerk an den Stollenmundlöchern sackte im Laufe der Zeit so weit zusammen, daß nicht nur Fuchs, Dachs, Marder und Iltis in den alten Stollen ihr Quartier wählten, sondern auch abenteuerlustige Jugendliche einstiegen, ohne zu ahnen, welche Gefahren hier drohten.

Verfüllung durch Mülldeponie

Nach der endgültigen Stilllegung des Bergwerkes war die Bergwerksgesellschaft Barbara Erzbergbau GmbH bemüht, eine Auflösung des verbleibenden Geländegebietes in die Wege zu leiten.

Eine bauliche Nutzung war von vornherein auszuschließen, nicht nur, weil jegliche Erschließung fehlte, sondern auch, weil der Untergrund keine Standfestigkeit besaß und eine Erschließung viel zu hohe Gründungskosten verursacht hätte. Auch eine landwirtschaftliche Nutzung konnte wegen der Zerklüftung des Geländes und wegen des Fehlens von Kulturböden nicht ins Auge gefaßt werden. Es bestand kein Zweifel daran, daß ohne größere Erdbaumaßnahmen nur kleinere Randparzellen vorab genutzt werden konnten.

Der damalige Geschäftsführer der Barbara Erzbergbau GmbH brachte die Ablagerung von Siedlungsabfällen ins Gespräch. Tatsächlich interessierte sich alsbald ein privater Immobilienhändler für ein solches Projekt, der als zahlungswilligen Zulieferer den Siedlungsraum Freiburg ansah. Die Idee warf lange Schatten. Am weitesten wagte sich ein maßgeblicher Beamter der Stadt Freiburg hervor, der den Müll mittels Lastenhubschrauber transportieren und über dem Kahlenberg quasi verklappen wollte.

Schließlich aber kehrte wieder nüchternes Kalkül ein. 1,5 Millionen DM wollte der Immobilienhändler bezahlen für den gesamten Geländekomplex von rund 100 ha Fläche einschließlich der daraufstehenden Gebäude, und auf dieser Grundlage wurde auch den Landkreisen Lahr und Emmendingen angeboten, das Objekt für die kommunale Müllentsorgung zu erwerben.

Beide Landräte standen dem Projekt positiv gegenüber, mußten aber vorab einige Hürden überwinden oder aus dem Wege räumen. Zu dieser Zeit lag

die Beseitigung der Siedlungsabfälle nämlich in der Hand der Gemeinden oder sogar in der Hand einzelner Privatfirmen. Zuerst mußte daher der einzelne Landkreis sich zur freiwilligen Übernahme der Beseitigungspflicht bereit erklären und einen Anschluß- und Benutzungszwang durchsetzen.

Alsdann mußte aus auch damals schon knappen Kreismitteln der Erwerb des Objektes durchgeführt werden. Schließlich mußte der zu erwartende Protest der Gemarkungsgemeinde befriedigt und ausgeglichen werden.

Erschwerend kam noch hinzu, daß zu dieser Zeit die Kreis- und Gemeindeform in Bearbeitung war und große Unsicherheit bei den beschließenden Gremien über den Fortbestand der Gebietskörperschaften herrschte.

Das Gelände wurde von der Kreisgrenze durchschnitten, deswegen hätte das Projekt einer gemeinsamen, zukunftssicheren Abfallentsorgung ein Motiv für den Zusammenschluß dieser beiden Landkreise sein können, es kam aber anders. Der Landkreis Emmendingen blieb eigenständig, der Landkreis Lahr ging in dem sehr viel größeren Ortenaukreis auf.

Doch ehe es soweit war, drängte die Barbara Erzbergbau auf eine Kaufentscheidung, wobei das ungeminderte Interesse des privaten Bewerbers ein spürbares Druckmittel war. Also entschloß sich schließlich der Landrat des Landkreises Lahr, Dr. Wimmer, im Vorgriff auf eine spätere gemeinsame Nutzung, zum Erwerb des gesamten Komplexes.

Das bestehende Betriebsgebäude veräußerte der Landkreis gleich weiter an eine junge Elektronikfabrik, nach weiteren Interessenten für kleinere, eventuell bebaubare Randparzellen wurde gesucht, und wenig später wurde zusammen mit dem Landkreis Emmendingen der Zweckverband Abfallbeseitigung Kahlenberg ins Leben gerufen, der als einzige Aufgabe den Betrieb der Mülldeponie Kahlenberg in seine Satzung schrieb und damit den entscheidenden Schritt tat, um die dem Kahlenberg zugefügten Einschnitte wieder aufzufüllen und in etwa die ursprüngliche Geländegestalt wieder herzustellen.

Mülldeponie, Teil Süd

Durch den Tagebau des Bergwerkes waren vor allem zwei der in den Berg getriebenen Einschnitte geöffnet und nicht wieder durch eine Abraumrückverkipfung geschlossen worden.

Der größere dieser Einschnitte zog sich östlich der Ortslage von Rings-



Abb. 7: Hangrutschung mit Schlammaustritt

heim vom alten Bergwerksbetriebsgebäude nach Norden hin, der andere lief nach Süden und war seit 1954 nicht mehr bearbeitet worden. Dieser südliche Abschnitt konnte über 1 Million Kubikmeter Abfall aufnehmen.

Hier sollte mit der Einlagerung begonnen werden, weil dieser Abschnitt die größere Entfernung zur Ortslage hatte und daher weniger Immissionen für den Ort zu befürchten waren. Schließlich war die Technik der großen „Geordneten Mülldeponie“ noch kaum entwickelt, und demgemäß bewegte man sich planerisch auf unerforschtem Gebiet und mußte mit manchen Mängeln rechnen, die man glaubte abändern zu können, bevor der ortsnahe Teil Nord in Angriff zu nehmen war.

Aus den prognostizierten Zahlen für das Abfallaufkommen war für den Südabschnitt eine Betriebszeit von 11 Jahren errechnet worden. Tatsächlich wurden von August 1973 bis Mitte Februar 1984 etwa 1,2 Millionen Kubikmeter abgelagert und damit das Planungsziel einigermaßen genau eingehalten.

Die Kürzung des Planungszeitraumes beruhte nicht auf einer ungenauen Vorausberechnung des zu verfüllenden Hohlraumes, sondern auf einer Zu-

satzvereinbarung, die dem inzwischen entstandenen Ortenaukreis gestatte- te, weitere Bereiche über den ehemaligen Landkreis Lahr hinaus zur Deponie Kahlenberg zu entsorgen, was in den letzten Jahren dieser Periode zu erheblichen Abweichungen von den geplanten Anlieferungsmengen führte.

Dadurch kamen Planer und Deponiebetrieb nicht selten in Situationen, in denen der Verfüllungsfortschritt die Arbeiten an der Vorbereitung und Einrichtung neuer Deponieflächen einzuholen, fast schon zu überholen drohte.

Eines allerdings muß in diesem Zusammenhang nochmals betont werden: Es bestand nie die Absicht, auch im Tiefbau hergestellte, untertägige Hohlräume mit zur Ablagerung zu benutzen. Zum einen wären bei einem solchen Vorhaben die Sicherungsarbeiten gegen Absickerungen in den Untergrund viel zu kostspielig geworden, zum anderen hätte das dafür verfügbare Hohlraumvolumen kaum die Anlieferung eines Vierteljahres aufnehmen können und schließlich wäre das Verbringen von sperrigen Massen in die engen Stollen vor kaum zu lösenden technischen Problemen gestanden. Daher fanden die Stollen in dieser ersten Einlagerungsperiode wenig Beachtung.

Die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Deponieflächen kamen woanders her. Da hatte das Bergwerk in der ersten Hälfte der 50er Jahre entlang der Westgrenze der abbaufähigen Lagerstätte einen 700 m langen, schlauchartigen Einschnitt hergestellt, den gelösten Abraum in mehreren schmalen, aber möglichst hohen, treppenförmig gestaffelten Kippen am westlichen Rand entlang abgekippt und war gerade im Begriff, den Einschnitt nach Osten gegen den Berg vorzutreiben, als diese Flanke sich löste, ins Rutschen kam und den offenen Tagebau nahezu vollständig verschüttete.

Dem Berg lag, wie fast allen Bergen in der Vorbergzone, eine starke Lößschicht auf. Sie bildete an diesem Hang eine 15 bis 25 m mächtige Schicht, die sehr durchlässig gegenüber Niederschlagswasser war, was dann auch nahezu senkrecht eindringen und tiefer sickern konnte.

Unter dem Löß stehen Mergelschichten an. Mergel sind Ton-Kalk-Gemische, die meistens wasserundurchlässig sind. Auf diesen Schichten staute sich also das eingedrungene Niederschlagswasser auf und vernäßte den unteren Lößhorizont so stark, daß er zu Schwemmlöß wurde, einem teigigen Brei. Als der Abraumschnitt diesen Schwemmlöß erreichte, war es ein Zeitraum von wenigen Tagen, in denen der ganze gewaltige Kuchen sich talwärts in Bewegung setzte und dem Gewinnungsvorgang ein abruptes Ende setzte.



Abb. 8: Müllleinbau mit Compaktor

Seit diesem Vorgang waren 20 Jahre ins Land gegangen, und der Berg hatte ein gewisses Gleichgewicht zwischen Gleitfähigkeit und Beharrungsvermögen erreicht.

Sobald aber durch weitere Erdarbeiten am Fuß des Hanges eine Entlastung vorgenommen und durch die Müllinlagerung auf dem Hang neue Lasten aufgetragen werden würden, wäre dieses Gleichgewicht sofort gestört, und der Rutschvorgang würde wieder einsetzen.

Die Größenordnung der rutschungsgefährdeten Hangmassen beliefen sich immerhin auf 2–3 Millionen Kubikmeter Erdreich.

Es war daher erforderlich, erst einmal die Auflast zu verringern, indem der noch trockene Löß abgetragen und anderweitig abgesetzt wurde. So wurde mit diesem Löß z.B. täglich der abgelagerte Müll etwa 10 bis 20 Zentimeter hoch abgedeckt. Pro Woche waren das etwa 2000 Kubikmeter, lange nicht genug, um den Hang abzuräumen. In 10 Jahren wären etwa 1 Million Kubikmeter umgesetzt worden.



Abb. 9: Täglicher Müllplatz mit Erdaddeckung

Eine weitere Verwendung fand sich im Nordabschnitt. Hier war zur Absicherung gegen die zu erwartenden Belästigungen durch Staub und Papierflug ein Erddamm vorgesehen, der im Dammfuß bis zu 80 m breit angelegt wurde und damit ebenfalls mehrere 100 000 Kubikmeter aufnahm.

Weitere Profilierungsarbeiten in Mittel- und Nordteil benötigten ebenfalls größere Löbmengen. Schließlich war die Müllaufschüttung im Südteil terrassenförmig zu gestalten, weswegen insgesamt acht talseitige Erddämme als Terrassenbegrenzung anzulegen waren. So ging schließlich die Massenbilanz auf, und der auflagernde Löß konnte nahezu vollständig abgegraben und neu eingesetzt werden.

Neben der Hangentlastung war es wichtig, das auf dem stauenden Mergel aufsitzende Wasser anzuschneiden und abzuleiten. Dabei wurde versucht, eine Drainage für die Hangquellen unterhalb der erforderlichen Drainage für das Müllsickerwasser anzulegen, um das Quellwasser nicht zu verunreinigen. Dieses Vorhaben einer Stockwerksdrainage gelang nur bis etwa 1980. Dann wurde ein Beobachtungsschacht für die untere Drainage beschädigt und das Quellwasser wurde doch verunreinigt.



Abb. 10: Schlammfangbecken im Tagebautiefsten

Es mußte danach wie normales Sickerwasser behandelt und gereinigt werden. Glücklicherweise war bis dahin der Quellhorizont bereits soweit trockengelegt, daß die zusätzlich zu behandelnde Wassermenge immer geringer wurde und bei Abschluß des Deponieabschnittes Süd bei Null ange­langt war.

Das zu schnelle Fortschreiten des Mülleinbaues hätte trotz aller Mühen fast zum Überlappen mit den Vorrichtungsarbeiten geführt. Das konnte nur vermieden werden, indem man vorübergehend die Müllschüttung nicht horizontal gegen den Berghang auslaufen ließ, sondern eine Gegenböschung einrichtete. Nur so konnten die Vorrichtungsarbeiten in der entstandenen Schlucht zwischen Müllschüttung und Berghang fortgesetzt und zu Ende geführt werden.

Bei all diesen Arbeiten war eine funktionierende Wasserhaltung zwingende Notwendigkeit. Stark- und Spontaniederschläge zwangen nicht nur zu Unterbrechungen der Arbeit, sie machten zudem manches Tagwerk zu­nichte und führten immer wieder zu Verschlammungen tieferliegender Geländeteile, wovon auch des öfteren private Grundstücke in Mitleiden-



Abb. 11: Rebversuchsfeld
1975

schaft gezogen wurden, die dann wieder instandgesetzt und deren Besitzer entschädigt werden mußten.

Bis schließlich in den verschiedensten Geländeteilen bis zu 10 stabile Auffangbecken für die verschlammten Abspülungen eingerichtet waren, vergingen noch Jahre. Schließlich mußten und müssen alle zu diesen Becken führenden Kanäle und Abflußrinnen angelegt und gewartet werden.

Inzwischen beginnt dieser bis Anfang 1984 verfüllte Südteil der Deponie grün zu werden. Die unvermeidlichen nachträglichen Setzungen des Müllkörpers sind weitgehend abgeklungen. Einzelne Erosionsrinnen müssen noch ausgebessert werden, dann könnte die ursprüngliche Auflage, auf den Terrassen Reben anzupflanzen, verwirklicht werden, wenn nicht die Zeit über die damalige Planungsabsicht hinweggegangen wäre.

Ein erster Anbauversuch mit Reben auf dem ältesten Teilstück der Müllaufschüttung ist erfolgreich verlaufen. Hier wurden 1974 ca. 10 Ar mit

Ruländer und Müller-Thurgau angesetzt und liefern seither den Deponie-
wein, den der damalige Emmendinger Landrat Dr. Mayer ironisch „Kah-
lenberger Mießling“ getauft hat.

Die Wünsche der Winzer, auf diesen Terrassen tatsächlich Reben anzubau-
en, sind angesichts der Marktlage sehr in den Hintergrund getreten. Somit
muß abgewartet werden, auf welche Weise eine sinnvolle Nutzung der her-
gerichteten Flächen schlußendlich verwirklicht werden wird.

Während der Periode der Brache hatten sich auf dem Gelände neben der
alles erstickenden Goldrute auch hin und wieder eine aus der Sicht der Na-
turschützer wertvolle Flora und Fauna eingestellt.

Mit Jubel begrüßte einmal bei einer Besichtigung der Deponie durch eine
Naturfreundegruppe eine Teilnehmerin eine einzelne Strandhaferpflanze,
nicht ohne sie sofort auszuheben, um sie nach Hause zu nehmen und in
ihren Garten zu pflanzen. Dennoch ist anzunehmen, daß sich im Laufe der
Zeit wieder eine angemessene Wildflora und -fauna einstellen wird.

Zu Hunderten gab es hier bis in die 80er Jahre hinein z.B. die Gelbbauch-
unke, und man gab sich Mühe, durch Anlegen kleiner flacher Tümpel den
Bestand zu erhalten. Leider haben die letzten trockenen Sommer einen
durchgehenden Erfolg dieser Stützungsmaßnahmen verhindert. Es bleibt
aber zu hoffen, daß bei günstigerer Witterung wieder eine ansteigende Po-
pulation eintreten wird.

Mülldeponie, Teil Nord

Während der ersten zehn Betriebsjahre im Südteil hatte sich die allgemeine
Deponietechnik weiterentwickelt. Während zu Beginn der 70er Jahre
der Gefahr der Grundwasserverunreinigung durch Müllsickerwasser
hauptsächlich durch eine geeignete Standortwahl begegnet wurde, war nun
zwingend die Einrichtung einer Basisabdichtung mit vorgegebenen Dich-
tigkeitsparametern und geeignet erscheinenden Prüfmethode vorgeschrie-
ben.

Im Südteil war, ohne diese Vorschriften, bereits freiwillig eine ca. 2 m star-
ke Dichtungsschicht aus Lößlehm eingebracht worden, deren Dichtigkeits-
werte waren aber nicht überprüft worden.

Im Nordteil wurde nun zur Basisabdichtung Mergel eingesetzt, der am
Berghang anstand und nur umgesetzt zu werden brauchte. Durch verdich-

teten Einbau in mehreren dünnen Schichten wurde der verlangte Meßwert für die Dichtigkeit nicht nur erreicht, sondern in vielen Fällen um das Zehnfache übertroffen.

Eine Sonderlösung verlangte der Umstand, daß der alte Tagebau eine Mulde zurückgelassen hatte, aus der es keinen Abfluß gab. Das im Tiefpunkt sich sammelnde Wasser hatte bisher im Winterhalbjahr einen größeren See gebildet, der im Sommerhalbjahr durch Verdunstung und durch Abpumpen wieder trockengelegt werden konnte.

Es mußte ein stationäres und dauerhaftes Pumpwerk eingerichtet werden, zu dem hin die Drainagen des Sickerwassers geleitet wurden und von dem aus dann das gesammelte Sickerwasser über den Rand der Mulde hinausgepumpt werden konnte.

Dieses Pumpwerk wurde vom Müllberg sukzessive überschüttet, es mußte aber auf viele Jahrzehnte hinaus zugänglich bleiben, um die Wartung und Reparaturen ausführen zu können.

Erstmalig wurde zur Lösung dieses Problems ein Zugangstunnel unter dem Müllberg angelegt, und zusätzlich wurde ein runder Betonkamin mit 2 m lichtigem Durchmesser und 34 m Höhe auf das Pumpwerk gesetzt, so daß eine selbstgängige Belüftung des Gewölbes gegeben war und der Zugang durch den 2,2 m mal 2,2 m messenden Tunnel problemlos möglich wurde.

Später wurde dieser Tunnel noch verlängert und mit einem alten Bergwerksstollen verbunden, wodurch nun das Pumpwerk von zwei Seiten her zu erreichen war und zusätzlich eine Leitertour im Kamin einen dritten Ausstieg möglich machte.

Leider mußte der zuerst gebaute Tunnel auf älteren rückverkippten Abraum im Tagebau gelegt werden, der durch die Auflast der Müllschüttung verformt wurde, so daß der Tunnel ungleichmäßigen Setzungen unterworfen wurde und an mehreren Stellen brach.

Die Reparaturarbeiten an diesen Bruchstellen gestalten sich schwierig und erfordern ein hohes Maß ingenieurtechnischen Wissens. Die Lösung der Sickerwassersammlung ist jedoch nicht gefährdet, und der Tunnel unter dem Müllberg hat bundesweit inzwischen mehrere Nachahmer gefunden.

Durch die Anlage des Pumpwerkes und des Zugangstunnels war ein relativ einfaches und übersichtliches Konzept für die Sickerwassersammlung möglich geworden. Die ganze Talmulde, in deren Tiefstpunkt das Pump-

werk lag, wurde in 14 dreieckige oder trapezförmige Segmente aufgeteilt, deren Scheitel sich an den Tunnel lehnten.

Zum Tunnel hin wurde in der Achse eines jeden Segmentes ein Sammelrohr mit Gefälle verlegt, in das fischgrätenartig alle 15 m ein Saugerrohr mündete. Damit war eine ausreichende Entlastung der Deponiebasis von aufsitzendem Sickerwasser gewährleistet, und die Dichtigkeit der als Basis aufgetragenen Mergelschicht bleibt lange Zeit erhalten.

Das zufließende Sickerwasser aber wird durch die Drainage kontrolliert in den Pumpensumpf geleitet und von dort über Druckrohre nach übertage, seit 1995 direkt zur deponieeigenen Kläranlage gepumpt. Das bei einer Mülldeponie als hauptsächliches Gefährdungspotential betrachtete Sickerwasserproblem wurde damit zufriedenstellend gelöst.

Dafür trat seit Beginn der Arbeiten im Nordteil der Deponie ein anderes Problem unangenehm in Erscheinung, das Geruchsproblem.

Warum dieses Problem während der Verfüllung des Südteils keine Rolle spielte, dafür werden mehrere Gründe genannt: Die größere Entfernung zum Ort mag für eine ausreichende Verdünnung der Geruchsschwaden gesorgt haben, die tägliche Erdbedeckung hat sicherlich als Filter gewirkt, die wöchentliche Abfuhr des Hausmülls und eine kaum nennenswerte Anlieferung von Klärschlamm haben bereits beim angelieferten Müll geringeren Geruch freigesetzt, und die stärkere Beimischung von Papier, Pappe und Holz im Haus- und Gewerbemüll werden den Faulungsgestank gemildert haben.

All das fiel bei Betriebsbeginn im Nordteil weg.

Überall waren die Gemeinden an kommunale Kläranlagen angeschlossen worden, deren stinkender Schlamm und das noch übler riechende Rechengut bald über 15% des Abfallaufkommens ausmachten.

Der Abstand zum Siedlungsrand der Standortgemeinde Ringsheim war auf unter 100 m herabgesunken, und dazu lag die Gemeinde talwärts zur Deponie, weswegen besonders der abends einsetzende Kaltluftstrom bei windstillen Wetterlagen allen Duft der Deponie ins Dorf hineintrug.

Durch die Einführung der Wertstofftonne waren dem Hausmüll viele geruchsmildernde Stoffe entzogen worden, und bei der 14tägigen Abfuhr befand sich der angelieferte Müll bereits stark in Gärung, was ebenfalls zur Verschärfung des Geruchsproblems beitrug.

All diese Ursachen waren kaum zu beeinflussen.

Ortsnähe und Tallage waren durch den Standort unabänderlich vorgegeben. Der Anfall an Klärschlamm entlastete die stark in Anspruch genommenen Gewässer, und die Annahme des Schlammes auf der Deponie war gesetzmäßig festgelegt¹³. Die Aussortierung der milden Abfälle zum Zwecke der Wiederverwertung entsprach dem politischen Willen der Mehrheit, und die 14tägige Abfuhr des gärenden Hausmülls war aus Kostengründen erzwungen worden, um die Haushalte nicht mit gar zu hohen Abfuhrgebühren zu belasten.

Die Deponie geriet in Verruf und konnte bis heute trotz zahlreicher innovativer technischer Bemühungen des Problems nicht vollständig Herr werden.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß manche durchaus mögliche Hilfe von außen ausblieb. So wurde von der Deponieleitung gegen das Problem des Klärschlammes eine Verbrennung oder eine thermische Trocknung vorgeschlagen, die auf dem Gelände der Deponie hätte zentral durchgeführt werden können.

Diese Problemlösung wurde an die Klärwerksbetreiber weitergegeben, und dort war der Druck lange Zeit nicht energisch genug, um zu einer Planung, geschweige denn zu einer Verwirklichung dieses Vorhabens zu führen. So gingen 10 Jahre ins Land, ehe der Ausschluß von stinkendem Klärschlamm wirksam werden konnte.

Statt dessen verstärkte sich in dieser Zeit die Anlieferung von Klärschlamm über Gebühr, nachdem der gesamte Ortenaukreis seinen Klärschlamm zum Kahlenberg bringen ließ, weil bei den beiden anderen Deponien des Ortenaukreises noch größere Schwierigkeiten als am Kahlenberg auftraten.

Es wurden auch industrielle Papierschlämme von Achern her dem Kahlenberg zugeliefert, was das Geruchsproblem weiter verschärfte.

Zur Verdeutlichung mag die Schilderung der folgenden Episode beitragen: Die Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg hatte ein mobiles Labor erhalten und wollte auf verschiedenen Deponien einen Einsatz als Test fahren. Zu dieser Zeit grassierte die Furcht vor versteckten Anlieferungen dioxinhaltigen Materials. Es sollte also ein gewisses Quantum irgendeines Verdacht erregenden Stoffes bereitgehalten werden, das von diesem Labor zu analysieren wäre. Also wurde in eine 200 Liter fassende

Kunststofftonne Papierschlamm gefüllt und mit einem Deckel mit Spanning dicht verschlossen.

Die Techniker des mobilen Labors nahmen die Tonne, öffneten sie und . . . rannten fluchend davon. Der Tonne war ein solcher Schwall übelsten Ammoniakgeruches, vermischt mit weiteren erstickenden Düften, entwichen, daß eine weitere Annäherung nur mit Atemschutzmaske möglich war. Und von diesem Stoff wurden zeitweise über 10 000 t im Jahr angeliefert!

Erst nach mehreren Jahren gelang es, diesen Papierschlamm auszuschließen. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Papierfabriken wesentlich schneller zu einer Verfahrensumstellung bereit waren als die kommunalen Kläranlagen.

Weil im Hinblick auf das Geruchsproblem mit einer Verbesserung der Beschaffenheit der Abfallanlieferungen nicht zu rechnen war, im Gegenteil von Jahr zu Jahr sich die unangenehmen Eigenschaften des angelieferten Abfalls noch verschärften, wurde das Augenmerk innerbetrieblich auf zwei Strategien gerichtet, eine intensive Oberflächenabdeckung mit Erdreich und eine wirksame Absaugung des Deponiegases mit anschließender Verbrennung über mehrere Fackeln.

Die Verstärkung der Erdabdeckung stieß in zweierlei Hinsicht bald an Grenzen. Zum einen konnte das benötigte Erdmaterial nicht in ausreichendem Maß dem Berg entnommen werden. Es wurde daher Erdaushub eingesetzt, der in immer größeren Mengen angeliefert wurde. Diese Form der Entsorgung kollidierte aber mit der Notwendigkeit, mit dem kostspieligen Deponieraum sparsam umzugehen.

Zum anderen aber hatte die Wissenschaft inzwischen entdeckt, daß der Abbau der organischen Substanz im Müll ungünstig verläuft, wenn immer wieder wasser- und gasundurchlässige Sperrschichten aus Erde in den an sich locker gefügten Abfall eingebunden werden, so daß schließlich das Regierungspräsidium dringend empfahl, die Erdabdeckung nur als Oberflächenabschluß einer fertigen Terrasse vorzusehen.

Die Absaugung des Faulgases aus der Deponie, dessen brennbare Komponente aus Methangas mit einem Anteil von bis zu 60% besteht, erfolgte anfangs über die Sickerwasserdrainage, bald aber zusätzlich über senkrecht gebohrte Glasbrunnen, von denen im Südteil über 50 und im Nordteil bisher mehr als 40 Stück eingerichtet wurden.

Das für die Absaugung eingerichtete und zu unterhaltende Leitungsnetz ist

inzwischen viele Kilometer lang. Mehr als hundert Ventile sollen den motorisch erzeugten Unterdruck so verteilen, daß in allen Leitungsteilen ein Unterdruck von wenigen Millibar herrscht, der sich zum Saugmotor hin verstärkt und dadurch einen Abfluß des Gases bewirkt.

Zu Beginn des Jahres 1994 wurden die Fackeln sukzessive durch Gasmotoren ersetzt, die zusammen 3 bis 4 Megawatt Strom erzeugen. Dazu war es nötig, ein großes Kraftwerk zu errichten und vor allem eine Gasreinigung durchzuführen. Neben den Hauptkomponenten Methan, Kohlensäure und Stickstoff sind in dem Faulgas aus der Deponie nämlich auch Schwefelwasserstoff und Fluorchlorkohlenwasserstoff enthalten, die im Verbrennungsmotor erheblichen Schaden anrichten würden, wenn sie nicht vorher dem Gas entzogen werden.

Die Einrichtung des Kraftwerkes mit Gasreinigung und Wärmenutzung erforderte zwar mehr als 8 Millionen DM als Investition, da aber der größte Teil des erzeugten Stromes verkauft werden kann, ist dieser Anlagenteil wirtschaftlich gesehen ein gewinnbringender Betrieb, der nach etwa 5 Jahren alle Investitionskosten bereits amortisiert haben wird.

Im Jahr 1994 wurden zwei weitere periphere Großanlagen der Deponie in Betrieb genommen, die gesetzlich bis 1996 für alle Deponien vorgeschrieben sind, aber von den wenigsten Deponiebetreibern mit gleicher Ernsthaftigkeit geplant und eingerichtet wurden.

Es ist dies zum einen eine deponieeigene Kläranlage für das Sickerwasser, dessen stark konzentrierte Schmutz- und Schadstofffracht ein normales Klärwerk zu stark belasten würde und nur von sehr groß ausgelegten Kläranlagen verarbeitet werden kann. Nach ausgedehnten Untersuchungen und Tests wurde vom Wehrlewerk in Emmendingen eine spezielle Technik entwickelt und in einer großtechnischen Anlage umgesetzt, die es erlaubt, jährlich bis zu 50 000 Kubikmeter Deponiesickerwasser auf eine Qualität zu reinigen, die fast alle Direkteinleiterbedingungen erfüllt.

Des weiteren ist eine Zerkleinerungsanlage für Grob- und Sperrmüll errichtet worden, mit deren Hilfe der abzulagernde Müll auf eine Stückgröße unter 150 mm gebracht werden kann. Auch diese Anlage wurde entsprechend den gesetzlichen Vorschriften errichtet. Die Zerkleinerung des Mülls soll Verbesserungen beim Mülleinbau und beim Faulungsprozeß im Deponiekörper bewirken.

Sie wird allerdings in ihrer Technik nach zehn Jahren bereits wieder überholt sein, weil die vor kurzem erlassene TA Siedlungsabfall¹⁴ neue Bedin-



Abb. 12: Verbrochener Stollen

gungen an die abzulagernden Abfälle stellt, die nur durch eine thermische Behandlung nahezu aller Restabfälle erreicht werden kann.

Nutzungsdauer der Deponie

Die Nutzungsdauer der Deponie war ursprünglich auf 50 Jahre berechnet. Die bald nach Betriebsbeginn beschlossene Vergrößerung des Einzugsgebietes und eine nicht vorhergesehene Steigerung aller Abfallarten verkürzten diesen Planungszeitraum erheblich.

Die vorgesehene Einlagerung von 6,5 Millionen Kubikmetern insgesamt ist bald erreicht und nur eine Neuplanung vermochte es, Platz für weitere Mengen zu schaffen.

Diese Neuplanung sah vor, übertage weitere Verfüllungsflächen verfügbar zu machen, die allerdings über dem alten Tiefbau des Bergwerkes zu liegen kommen und damit der Gefahr unterliegen, durch nachbrechende Hohlräume an der Basis durchlässig zu werden und dadurch Fließwege für das Sickerwasser in Richtung auf den Grundwasserstrom des Rheintales zu öffnen.

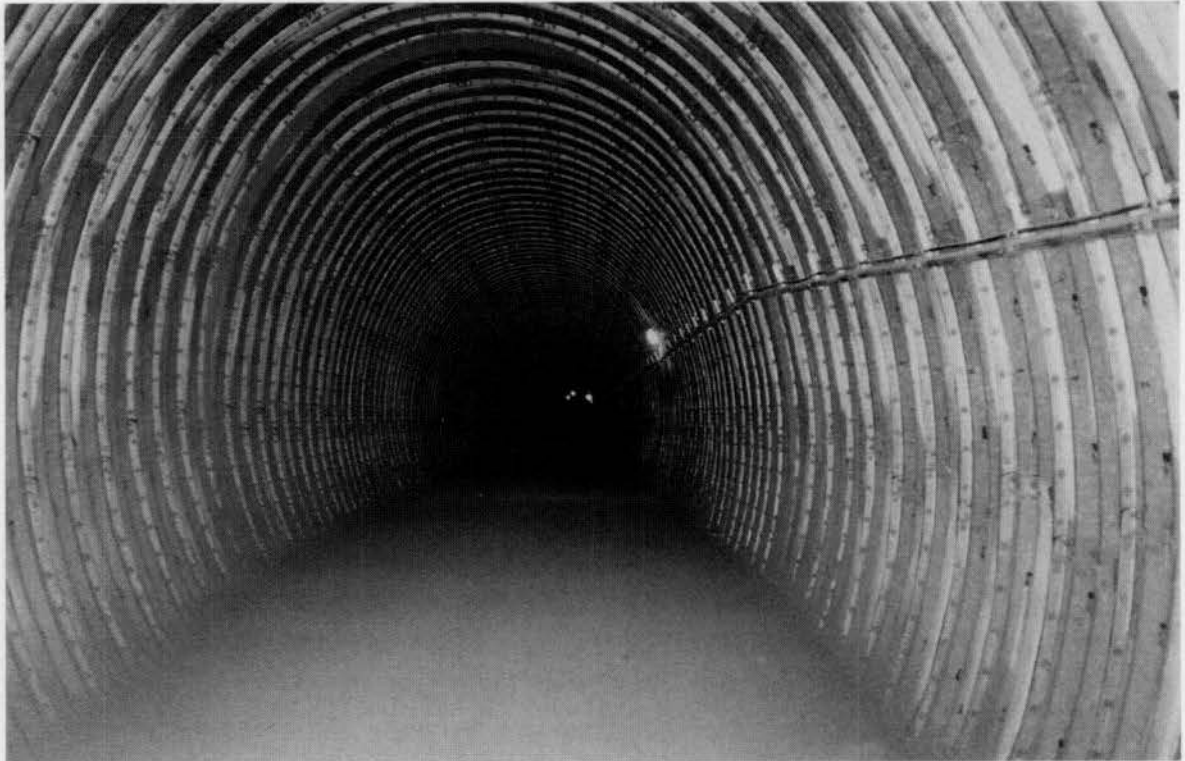


Abb. 13: Neu ausgebauter Stollen

Die Genehmigungsfähigkeit dieses Vorhabens stand lange Zeit in Frage. Gemeinsam mit den Fachbehörden wurde das Für und Wider erörtert und schließlich ein Konzept erarbeitet, wonach vorab die einsturzgefährdeten Hohlräume aufgesucht und stabilisiert werden sollten.

Diese Sanierungsarbeiten kosten viel Geld und nur die überall erkennbare Verknappung von Deponiekapazitäten trieb den Wert des Deponieraumes so stark in die Höhe, daß erkennbar wurde, daß die Sanierung des in Frage kommenden Tiefbaubereiches die kostengünstigere Lösung war gegenüber der mühsamen Schaffung eines neuen Deponiestandortes.

Die Arbeiten zur Erkundung und Verfüllung der gefahrbringenden Hohlräume sowie zur Räumung und Stabilisierung einzelner Stollen begannen 1989. Sie sind bis heute noch nicht abgeschlossen. Da unser Gebiet seit längerer Zeit kaum noch Bergbaufirmen aufweist, ist der erforderliche Sachverstand nur noch beim Landesbergamt zu finden, und die für solche Arbeiten in Frage kommenden Firmen mußten und müssen aus anderen Bergbaubereichen angeworben werden.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Einrichtung der vorgesehenen Erweiterungsflächen liegt wie im Südteil in der Rutschgefahr des Berghanges.

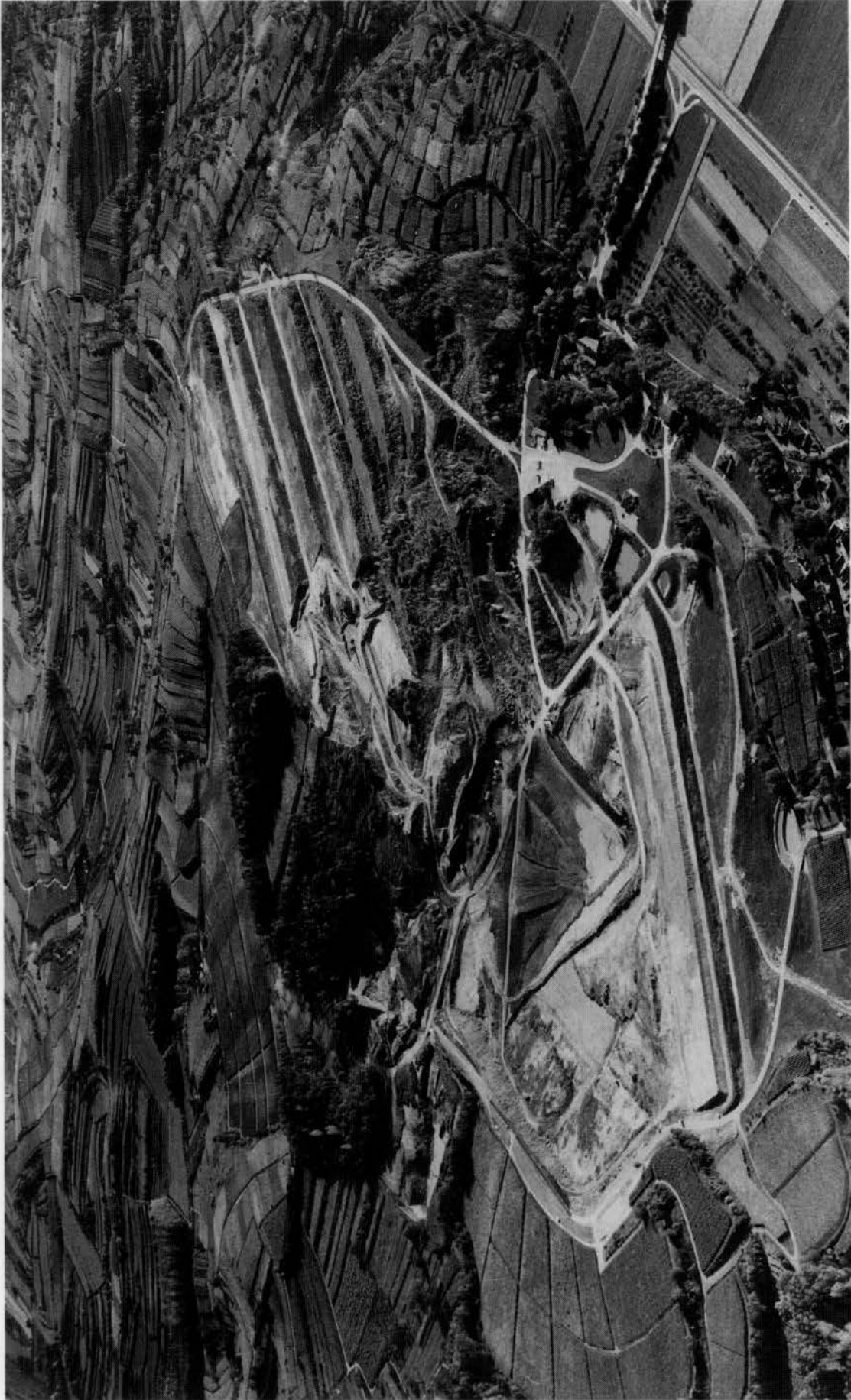


Abb. 14: Mülldeponie Kahlenberg 1989

Erste Probebohrungen im Hang haben bereits tiefliegende Quellen angeschnitten, die eine Schüttung von 1 l/sec aufweisen, und eine Hangrutschung hat bereits eine Randstraße stark beschädigt.

Endgültige Rekultivierung

Die ursprüngliche Planung sah eine Terrassenlandschaft vor, die rebanaufähig ist. Diese Vorgabe wurde sowohl für den Süd- als auch für den Nordteil weitgehend eingehalten. Obwohl der Berghang eine Neigung nach Nordwesten hat, konnte erreicht werden, daß die entstehenden Terrassen eine Neigung nach Südwesten haben.

Im Südteil wurden Terrassenböschungen mit 10–11 m Höhe eingerichtet, im Nordteil wurde diese Böschungshöhe unterteilt in 6,5 m plus 4,5 m, wodurch eine bessere Pflege der Böschungsflächen ermöglicht wurde. Auch der Aufbau der Böschungen und ihre Standfestigkeit wurden durch diese Anordnung erleichtert.

Die Neuplanung des Erweiterungsabschnittes sieht eine Weiterführung des Terrassenaufbaues vor. Dabei soll weitgehend das ehemalige Hangprofil des Berges wiederhergestellt werden. Eine landschaftsfremde, optisch drückend wirkende Ausbeulung des Berges könnte dabei vermieden werden.

Ob es gelingt, diese Planungsgrundsätze beizubehalten, hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der Abfallwirtschaft ab. Wenn der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang des Abfallaufkommens Bestand hat, und wenn tatsächlich ab Juli 2005 die vorgeschriebene thermische Behandlung des nach der Abfallverwertung übrig bleibenden Restmülls verwirklicht sein wird, könnte die ursprünglich angesetzte Nutzungsdauer von 50 Jahren für die Deponie Kahlenberg wieder Wirklichkeit werden. Eine sicherlich unschöne Überhöhung der Kahlenbergflanke könnte dann vermieden werden.

Insofern ist derzeit noch nicht abzusehen, welche Art der Rekultivierung endgültig für die Westseite des Kahlenberges Anwendung finden wird. Wünschenswert wäre es, wenn nicht nur die Maximierung der Abfallentsorgung, sondern auch eine optimale landschaftsgestaltende Planung Anwendung finden würde.

Nicht ganz außer acht gelassen werden sollte auch die Möglichkeit, die zu Kontrollzwecken instandgesetzten Stollen als Besucherbergwerk zu nut-

zen, zumal der naheliegende Europapark ohnehin große Besucherströme anzieht, von denen viele eine örtliche Übernachtungsmöglichkeit suchen, so daß am Abend durchaus noch Zeit zur Ausnutzung eines solchen Angebotes bestehen würde.

Einfluß auf Ringsheim

Der Kahlenberg war von der Lage her naturgegeben der Hausberg von Ringsheim. Seine Größe machte ihn aber auch zum bevorzugten Ausflugsziel für Ettenheim und Herbolzheim. Auf dem Kahlenberg grenzen die Gemarkungen dieser drei Gemeinden aneinander an.

Die landwirtschaftliche Nutzung des westlichen Berghanges war wegen seiner Steilheit nicht einfach. Die Nordwestrichtung des Hanges erschwerte zusätzlich die Nutzung. So war es nicht verwunderlich, daß sowohl der Schwarzwaldverein um die Jahrhundertwende als auch der Bergwerksbetrieb Mitte des 20. Jahrhunderts ohne allzu große Kosten größere Flächen erwerben konnten.

Der Schwarzwaldverein gab sich alle erdenkliche Mühe, den Kahlenberg als Ausflugsziel aufzuwerten, indem er nicht nur einen Aussichtsturm erstellte, sondern auch eine großzügige Aufforstung in die Wege leitete. Letzteres allerdings war eine Maßnahme, die den Wert des Aussichtsturmes bald minderte, weil die Höhe der aufschießenden Bäume nach einigen Jahren die Aussicht vom Turm blockierte. Aber auch vom Waldrand konnte man weit schauen und mehrere Hütten boten die Grundlage zu geselligem Beisammensein.

Mit dem Beginn des Bergwerkes trat eine andere, mehrschichtige Beeinflussung von Ringsheim ein. Belebte doch die konzentrierte wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur den Arbeitsmarkt. Sehr schnell stieg die Zahl der Beschäftigten des Bergwerkes auf über fünfhundert Personen an¹⁵. Unter Mitwirkung einer Siedlungs-Baugesellschaft entstanden in Ringsheim über 20 neue Wohnhäuser, für die damalige Zeit ein erstaunlicher Zuwachs an Bevölkerung und Wirtschaftskraft.

Negativ wirkten sich aber die unterschiedlichen Staubbelastrungen der Luft, die von der Anlage ausgingen, auf die Ortschaft aus. Besonders der rötliche Feinerzstaub schwebte bei jeder Nebel- oder Inversionswetterlage über dem Ort und ließ sich langsam und färbend auf die Fassaden nieder. Ein weiß verputztes Haus gab es nicht lange, und auch andere Grundfarben wurden langsam aber sicher vom rötlichen Erzton verändert.

Anscheinend hatte dieser Feinerzstaub aber auch eine positiv wirkende Eigenschaft. Er wurde oft genug bis Herbolzheim getragen und nach Stilllegung des Bergwerkes war zu hören, daß eine vorher auffallend geringe Emboliegefahr sich sprunghaft auf Normalwerte erhöht habe, so daß die Vermutung nahe lag, irgend eine Komponente des Staubes habe mildernd gewirkt.

Mit größerer Sicherheit haftete dem Erzstaub eine andere Wirkung an, die ein Veterinärarzt in Ettenheim entdeckte und umsetzte. Ein bestimmtes Quantum des Erzstaubes wurde dem Schweinefutter zugesetzt und verhinderte Rotlauf und andere bei der Ferkelaufzucht unerwünschte Krankheiten.

Der Abbau des Erzes am westlichen Kahlenberghang hatte aber für Ringsheim in der Zeit, als nach dem Krieg der Weinbau in Blüte kam, den gravierenden Nachteil, auf eigener Flur keine Anbaumöglichkeiten zu besitzen. Später, bei einsetzendem Bauboom, kam die Einschränkung der beliebten Hangbebauung hinzu, so daß schließlich die eingehandelten Nachteile für die Entwicklung deren ursprüngliche Vorteile zunichte machten.

Letzten Endes trat dann von 1984 an die Geruchsbelästigung auf, die bei der Planung der Anlage noch als abwendbar hingestellt wurde, von der man aber heute weiß, daß sie bei diesen Standortbedingungen – Ortsnähe und zum Ort hin fallendes Gelände – letztendlich unvermeidbar sein wird, so lange der Rohmüll in der heutigen Zusammensetzung unbehandelt abgelagert werden muß.

So gehen dann die Bemühungen aller Beteiligten folgerichtig in eine Richtung, wonach eine geruchsmindernde Vorbehandlung des Mülls einzurichten sein wird, bis endlich die TA Siedlungsabfall das Verfahren durchsetzen wird, das geeignet ist, die Faulungsfähigkeit des Abfalles auf Null herabzusetzen.

Die Älteren der heute lebenden Generation werden die Wiederherstellung des Bergprofils des Kahlenberges nicht mehr erleben. Die mittleren Altersstufen vielleicht, die Jüngeren aber werden sicher beurteilen können, ob und in welchem Maße, vor allem aber wie lange noch der Kahlenberg das Schicksal von Ringsheim beeinflusst.

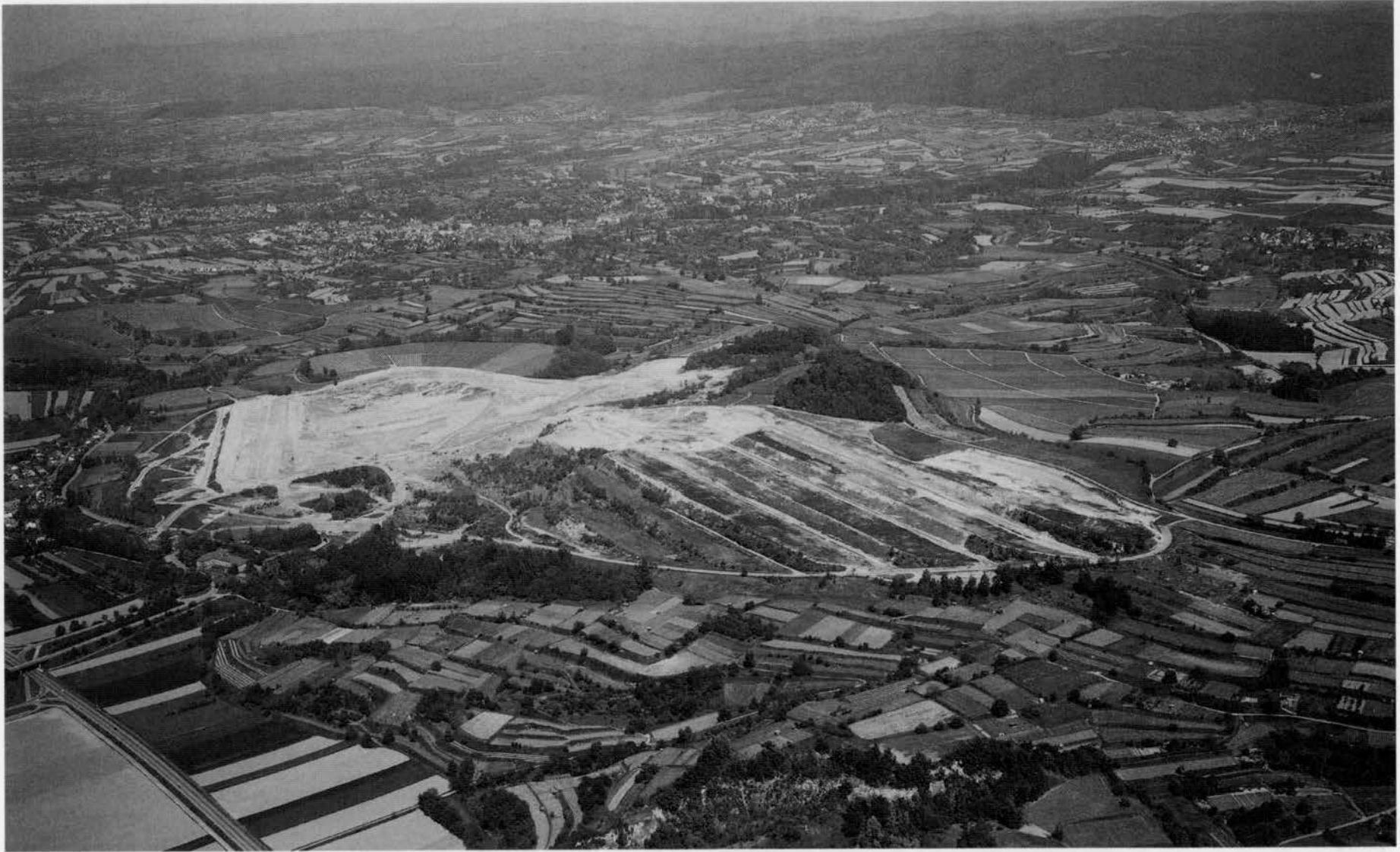


Abb. 15: Der Kahlenberg 1992

Anmerkungen

- 1 H. Kewitz: Zur Geschichte Ringsheim, Kulturkreis Ringsheim e.V., S. 2–4.
- 2 F. Kirchheimer: Bericht über Spuren römischer Bergbaus in B-W. Aufschluß Nr. 27, 1976.
- 3 G. Albiez: Eisenerzgrube Kahlenberg bei Ringsheim, Südbaden, Landesbergamt.
- 4 Errechnet nach Tabelle aus (3).
- 5 Entnommen dem Werksgrubenbild der Markscheiderei der Barbara Erzbergbau GmbH.
- 6 G. Albiez: Eisenerzgrube Kahlenberg bei Ringsheim, Südbaden.
- 7 P. Römer: Die Entwicklung des Abbauverfahrens im Tiefbau der Grube Kahlenberg. Erzmetall 1963, S. 281–284.
- 8 K. Sauer/P. Simon: Die Eisenerze des Aalenien u. Bajocien im Oberrheingraben. Geologisches Jahrbuch 1975, S. 25–68.
- 9 wie (3).
- 10 K. Sauer/P. Simon: Die Eisenerze des Aalenien u. Bajocien im Oberrheingraben. Geologisches Jahrbuch 1975, S. 25–68.
- 11 Aus eigener Betriebstätigkeit ermittelt.
- 12 Landesbergamt: Abschlußbetriebsplan der Grube Kahlenberg.
- 13 Die Abfallgesetze des Bundes und der Länder definieren die Abprodukte der Kommunalen Kläranlagen als feste Siedlungsabfälle (Ausgepreßter Klärschlamm und Rechengut) und verpflichten die Beseitigungspflichtigen Körperschaften zur ordnungsgemäßen Beseitigung.
- 14 Technische Anleitung Siedlungsabfall.
- 15 G. Albiez: wie (3).

Der Vater

Über Wilhelm Hausenstein, den älteren

Johannes Werner

*Für Renée-Marie Parry Hausenstein
in Gainesville, Florida*

Die Mutter war es, die im Leben von Wilhelm Hausenstein an erster Stelle stand; diese „gütige Mutter, die ihren Wilhelm mit einer fast andächtigen liebevollen Fürsorge umgab“¹. Sie zog mit dem Schüler nach Karlsruhe, mit dem Studenten nach Heidelberg und München, sie begleitete den Schriftsteller auf seinen ersten Reisen, die sie, wie schon die Studien, mit ihren Opfern erst ermöglicht hatte. Hausenstein wußte, was er ihr verdankte. „Die Liebe zu seiner Mutter, unmißverständlich echt, trug für den Beschauer leicht den Charakter eines Schauspiels; er zelebrierte sie.“² Als sie starb, war er schon 55 Jahre alt.

Auch die Eltern der Mutter waren unvergeßliche, unverwechselbare Gestalten. Hausenstein hat sie oft und gern beschrieben: Gottlob Baumann, den Hornberger Bärenwirt, den Revolutionär von 1848, der mit knapper Not dem Strafgericht entging, was ihn aber nicht hinderte, mit Garibaldi zu sympathisieren, und der auf jeden Fall zu leben, zumal zu essen und zu trinken verstand; und Joséphine, die die Fäden des großen und großzügigen Hauswesens in ihren Händen hielt³.

Die Eltern des Vaters blieben dagegen blaß. Nur ganz am Rande der Erinnerung tauchte Wendelin Hausenstein, der dürftige Dorfschneider von Neuhausen bei Pforzheim, einmal auf, und seine Frau Adelheid gleich gar nicht; und als der Enkel ihre Spuren suchte, waren selbst sie schon verwischt⁴.

Und was war mit dem Vater, der jene Clara Baumann aus Hornberg geheiratet hatte? Er starb, als sein einziges Kind erst neun Jahre alt war. Dennoch hat er dessen Lebensweg auf sonderbare Weise überragt und überschattet.

Aber was ist über ihn noch zu sagen, nach allem, was der Sohn schon über ihn gesagt hat? Das „Bildnis des Vaters“⁵ sieht, mit allen seinen dunklen Zügen, so formvollendet aus – und scheint doch einiger Ergänzungen, auch Berichtigungen zu bedürfen.

Der ältere Wilhelm Hausenstein wurde – als Sohn des Bürgers und Schneidermeisters Wendelin Hausenstein sowie der Adelheid, geb. Gnam – am 29.11.1852 in Neuhausen geboren⁶. „Ursprünglich bestimmt, die katholische Gottesgelahrtheit zu erwerben, hatte er den geistlichen Beruf in jungen Jahren abgeschworen – aus Gründen, die nie recht deutlich geworden sind.“⁷ Soviel vom Hörensagen; und einmal, in Freiburg, „erzählte der Vater dies und das aus seiner Studentenzeit. Er deutete auf den schlichten alten Bau der Universität, wies das Gasthaus, wo er für fünfzig Pfennig zu Mittag gegessen, den versteckten kleinen Bäckerladen, wo er Brot und Zwetschkuchen gekauft, die Metzge, wo er Wurst und Schwartenmagen eingeholt hatte.“⁸ So weit, so gut: aber von einem Wilhelm Hausenstein wissen weder die Verzeichnisse der Universität noch die des theologischen Konvikts, also des Collegium Borromaeum, etwas⁹. Hat hier der Sohn sich, hat ihn der Vater, hat dieser sich selber getäuscht? Zum Studenten, der er offenbar nicht war und gern gewesen wäre, fehlte ihm zwar nicht viel: er war „ein starker Mathematiker und las den Vergil, den Homer“¹⁰, aus deren Werken er auswendig zitieren konnte. Aber warum ergriff er dann, und warum so spät, einen Beruf, den er auch mit geringerer Bildung hätte ergreifen können? Jedenfalls hat dieses Leben einen weißen (oder eher dunklen) Fleck¹¹.

Wilhelm Hausenstein war fast 20 Jahre alt, als er, warum und woher auch immer, 1872 als einfacher Kanzleigehilfe in staatliche Dienste trat¹². 1874 wurde er, weil er darum bat, zur Kameralassistentenprüfung zugelassen, die er erwartungsgemäß bestand. Dann fungierte er als Volontär bei der Obereinnemerei Altbreisach, als 2. Gehilfe beim Hauptsteueramt Randegg, als 1. Gehilfe bei der Domänenverwaltung Stockach. 1877 wurde er Stellvertreter in Bretten, 1878 provisorischer Steuerkommissär für die Amtsbezirke Villingen und Freiburg, 1879 für Freiburg und Wolfach mit Sitz in Hornberg; 1881 erfolgte dort die definitive Ernennung. 1885 wurde er nach Lörrach, 1888 nach Mosbach versetzt.

In Hornberg hat er, so scheint es, die Tochter des Bärenwirts kennengelernt; dort fand am 31.3.1881 die Hochzeit statt, und dort kam auch, am 17.6.1882, der kleine Wilhelm Hausenstein zur Welt. Ihm prägte sich schon in der Lörracher, dann aber vor allem in der Mosbacher Zeit das Bild des Vaters auf immer ein.

„Er stand nahe dem Fenster an einem Pult und glitt mit dem gleich einem Pfeil gespitzten und federnden Bleistift über große Papierbogen. Vor dem Fenster war jener Odenwald mit Feldern, Bäumen, Büschen; er schien mir hell. Wichtiger war: ich hatte das Recht, den Papierkorb auszuräumen, nach Blättern zum Zeichnen, nach Briefmarken. Ich kniete und kramte; ich



HERMANN WITTE  BADEN-BADEN
HOF PHOTOGRAPH.

*Wilhelm Hausenstein mit seinen Eltern (1888/89)
Vorlage und Aufnahme: Schiller-Nationalmuseum/Deutsches Literaturarchiv
Marbach a. N.*

sah die Beine des Vaters in dunklen Hosen, den Knick im Knie, die Stiefelspitze, welche den weißgescheuerten Boden in steilem Stande traf, und erblickte die sandhelle Sohle. Ich sah die Füße der unbeweglich sitzenden Gehilfen um die Beine der Stühle geschlagen. Wieviel mehr der Vater war, ermaß ich an der unbedenklichen Freiheit seines Stehens zwischen den Gehilfen, die ihren Stühlen hörig schienen. Der Vater sprach nicht. Es war eine vollkommene Stille; lebendig war allein die Luft, die ins Fenster atmete, und die offenbare, noch sich selbst überlegene Freiheit des Vaters.“¹³

Aber dieses Bild trübte sich nur zu bald. Immer öfter ist in den Erinnerungen die Rede von Schwächeanfällen und Schweißausbrüchen, von nächtlichen Blutstürzen, Arztbesuchen, langen Krankenlagern und noch längeren Aufhalten in in- und ausländischen Kurorten. Der Vater hatte es (wie man so sagte) an der Lunge, und er verfiel immer mehr.

Die Leidensgeschichte des Steuerkommissärs Wilhelm Hausenstein schlug sich auch in seiner Dienstakte nieder. So ersuchte er am 10.8.1885 um eine mehrwöchige Verlängerung seines Urlaubs, nachdem man ihm schon zuvor „mit Rücksicht auf seine leidende Gesundheit einen von dem behandelnden Arzt als unbedingt nothwendig bezeichneten vierwöchentlichen Urlaub zum Gebrauche einer Luftkur bewilligt“ hatte. Am 13.11. desselben Jahres erbat er eine weitere Verlängerung um drei Monate, mit der Begründung, „daß sich zwar sein Gesundheitszustand durch die im Sommer d. Js. angewendete Luftkur derart gebessert habe, daß eine vollständige Genesung bei einer einigermaßen günstigen Spätjahrs- und Winters-Witterung auch ohne weitere Kur zu erwarten gewesen wäre, daß jedoch der ihn behandelnde Arzt mit Rücksicht auf die dermaligen ungünstigen Witterungsverhältnisse angerathen habe, sich in thunlichster Bälde einer Winterkur in Davos zu unterziehen“. Am 17.11.1886 hieß es dann: „die Krankheit des Steuerkommissärs Hausenstein dauert immer noch fort und ist derselbe nunmehr nach ärztlichem Ausspruch genöthigt, seinen Aufenthalt auf längere Zeit im Süden zu nehmen“; weshalb er bis zum Frühjahr 1888 beurlaubt wurde. Am 20.6.1891 hieß es wiederum: „Steuerkommissär Hausenstein in Mosbach, welcher seit dem Jahre 1884 lungenleidend ist, wurde im Frühjahr dieses Jahres von einer Lungenblutung befallen, in Folge derselben es ihm nicht mehr möglich war, seinen Dienst zu versehen.“ Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß Hausenstein „durchaus dienstunfähig ist und zu seiner Erholung noch ein längerer Kurgebrauch nöthig ist“. Doch schon am 30.10. desselben Jahres vermerkte die Behörde anlässlich einer weiteren Verlängerung des Urlaubs: Hausenstein sei „noch nicht in der Lage, seinen Dienst wieder zu übernehmen, befindet sich vielmehr im hiesigen Vincentiushause in ärztlicher Behandlung“; ja es sei sogar, „wie uns außerdienstlich bekannt geworden ist, der Krankheitszustand Hausensteins



Der „Bären“ in Hornberg
Vorlage und Aufnahme: Stadtverwaltung Hornberg

ein recht bedenklicher und baldige Genesung nicht zu erwarten“. Die Behörde war gut unterrichtet, nur zu gut. Wilhelm Hausenstein starb, kaum daß diese Worte geschrieben waren, am 12.11.1891 im Karlsruher Vincenziushaus¹⁴.

„Ich sah im unzählbar vielen Kerzenlicht die Waagerechte des Sarges – das Fußende zuerst; ich sah die Füllung des Sarges, schwarze Hosen, einen schwarzen Rock; rundum dunkelgrünen Lorbeer und weiße Chrysanthemen; ich roch Blumen, die ich nicht sah; es roch wie Gärtnerei, nur daß der Duft einer peinlichen Entfremdung unterlag – daß er ungesetzlich anmutete, entstellt, ja unsinnig . . . Ich suchte die gefalteten Hände des Vaters zu erkennen und legte, den Blick entschlossen abhaltend vom Antlitz, das ich doch witterte, die Veilchen über den Händen auf die schwarze Brust. Die Brust war hart wie Stein. Fortgeschreckt von ihrer Härte, die mir die Finger gerinnen machte, suchte ich jetzt dennoch Hilfe beim Gesicht. Ich sah nach links hinauf; es waren wenige Sekunden; ich erblickte alles – den Marmor, das Elfenbein, den leisen Knick des Nasenbeins, das mir bisher gerade erschienen war, nicht vorgewinkelt; ich sah die purpurschwarzen Haare; ich sah zum ersten Male die Lider geschlossen – aber ich sah auch, daß sie nicht gänzlich herabgelassen waren, sondern zu blinzeln schienen und halb und halb das Weiße verrieten. – Indem ich erschreckt zurücktrat, erkannte ich durch die Barthaare noch die untere Kante der Zähne, die bläulich schien mit einem Anflug von Rost . . . Der Onkel zog mich weg, schlug ein Kreuz, hielt mich an sich und wischte die Augen.“¹⁵

Man kann kaum ermessen, was diese Dinge für den Sohn bedeuteten: den Vater so früh zu verlieren; ihn vorher schon so lange zu entbehren; ihn immer nur zu erleben als einen Geschwächten, Gefährdeten, vom vorzeitigen Tod Gezeichneten. Die melancholische, auch hypochondrische Trübung, an der er oft litt, war durch solche Erfahrungen sicher mitbedingt¹⁶. Durch den Tod des Vaters war der Sohn, nach eigener Erkenntnis, „traurig geworden auf Lebenszeit“¹⁷.

Auch daß die Mutter – wie eingangs gezeigt – in seinem Leben lange an erster Stelle stand, hatte seinen Grund nirgendwo anders als hier. „Durch einen Schlag war ich verwandelt. Ich fühlte, daß meine Mutter sich von jetzt ab an mir würde aufrecht erhalten müssen“¹⁸. Und daß ihm die Eltern der Mutter, der Bärenwirt und die Bärenwirtin von Hornberg, so nahe traten, so lieb wurden, ja daß ihm Hornberg zur wirklichen Heimat wurde: es hätte anders nicht geschehen können¹⁹.

Die Vaterstadt. Eine Ergänzung

Seiner „Vaterstadt Hornberg“²⁰ – die aber eher seine Mutterstadt war – widmete Wilhelm Hausenstein eines seiner letzten Bücher. Für ihn blieb „das berühmte Hornberg, aus dem ich stamme“²¹ zeitlebens das Zentrum, das ihn anzog; auch wenn er sich von ihm entfernte, ja gerade dann. Als Hausenstein schon ein renommierter Reiseschriftsteller war, schrieb ihm Benno Reifenberg, er wisse, „daß Sie die Fremde so mit allen Nerven wahrnehmen durften, weil Ihnen niemals, nicht unter den Palmen am Comersee, nicht im Hotelzimmer in Paris, nicht an den Grachten in Amsterdam, nicht in der mitleidlosen Sonne von Avignon die blauen Höhen des Schwarzwalds entschwunden sind“²². Dazu hatte der Angesprochene an anderer Stelle geschrieben: „Den Norden, der mich geboren hat, trage ich zuunterst im Blut, und gegen den Süden kann ich ihn so wenig austauschen, wie ich mein Blut austauschen kann oder möchte; und ich weiß, daß ich jetzt im Süden so ruhig leben kann, weil es dahinten den erregten und erregenden Norden gibt. Ich würde den Süden, den ich liebe, an dem Tage nicht mehr ertragen, an dem es den Norden nicht mehr gäbe; er brächte mich zur Verzweiflung.“²³ Und in diesem Sinne konnte er sogar schreiben: „Wenn man mich selbst einmal als einen Provinzialen bezeichnen sollte, würde ich es als eine echte Definition und damit als eine Auszeichnung empfinden.“²⁴

Aber Hornberg war noch mehr: nämlich die Stadt, die durch das Hornberger Schießen sprichwörtlich geworden ist. (Es heißt, daß die Hornberger ihren Landesherrn einst mit den üblichen Böllerschüssen begrüßen wollten und diese so lange übten, daß sie bei seinem Einzug und Empfang ihr Pulver schon ganz verschossen hatten²⁵). Hausenstein scheute sich nicht, den Hornberger Habitus, der in dieser Episode zutage trat, für sich selber zu reklamieren: nämlich die Neigung zum ungeduldigen, voreiligen Handeln. Er habe es (so schrieb er in einem unveröffentlichten, für seine Tochter Renée-Marie bestimmten Manuskript) „bis an die Schwelle meines siebenten Jahrzehnts nicht verlernen können, aus einem allzu vergnüglichen oder allzu betrübenden, ja der Verzweiflung zutreibenden Überschwang der Phantasie den Wirklichkeiten vorzugreifen“²⁶. Und im Vorbericht zu seiner Autobiographie sprach er von der „überfallenden Schnelligkeit meines Temperaments“²⁷, zählte er die „übereilende Unbefangenheit“²⁸, die „vorausseilende Hörigkeit gegenüber dem Uhrzeiger, Verlässigkeit und Ungeduld in Einem“²⁹ zu seinen „hervorstechenden Eigenschaften“³⁰. René Schickele hat, nach Richard Seewald, einmal gesagt, „nie wieder würde er mit Hausenstein reisen: der beginne schon zu sprechen, bevor er etwas gesehen habe. Das war allerdings nicht richtig. Wie oft hatten auch wir diesen Eindruck, wenn er bei uns im Atelier war, aber was er nachher schrieb, bewies, daß er vortrefflich gesehen hatte.“³¹

Man soll zwar das, was Hausenstein für sein Hornberger Erbteil hielt, nicht überschätzen. „Es verhält sich nur einfach so, daß man nicht von ungefähr an einer bestimmten Stelle geboren wird.“³²

- 1 Hermann Uhde-Bernays, Erinnerung an Heidelberg. In: W.E. Süskind (Hrsg.), Festgabe für Wilhelm Hausenstein. Zum 70. Geburtstag, 17. Juni 1952. München 1952, S. 127–133; hier S. 129.
- 2 Richard Seewald, Der Mann von gegenüber. Spiegelbild eines Lebens. München 1963, S. 259.
- 3 Vgl. vor allem Johann Armbruster (d. i. Wilhelm Hausenstein), Lux Perpetua. Summe eines Lebens aus dieser Zeit. Bd. 1 (= Geschichte einer deutschen Jugend aus des neunzehnten Jahrhunderts Ende). München 1947.
- 4 Wilhelm Hausenstein, Der Ahn. In: W.H., Buch einer Kindheit. Zehn Erzählungen. Frankfurt a. M. 1936, S. 173–187.
- 5 Ebd. S. 7–41.
- 6 Taufbuch Neuhausen 1841–1896, S. 438 (frdl. Mitteilung von Herrn Dr. Franz Hundsnurscher, Erzbischöfliches Archiv Freiburg).
- 7 Hausenstein, Bildnis S. 39.
- 8 Hausenstein, Lux Perpetua, S. 103.
- 9 Dieses Wissen verdankt der Verf. dem Universitätsarchiv Freiburg (Frau Dagmar Kicherer, 29.3.95) und wiederum dem Erzbischöflichen Archiv Freiburg (Herr Dr. Franz Hundsnurscher, 20.3.95). – Ein Insasse des Konvikts hätte sich auch nicht selbst verpflegen müssen.
- 10 Hausenstein, Bildnis S. 39; vgl. auch S. 30.
- 11 Das umfangliche familiengeschichtliche Material, das der Sohn gesammelt hat (und das sich jetzt im Deutschen Literaturarchiv in Marbach befindet), enthält nur wenig über die Vorfahren des Vaters und, außer einer Abschrift der Sterbeurkunde, nichts über ihn selbst. Von dem, was es gegeben haben muß, ist also nichts auf das einzige Kind gekommen – doch wo ist es geblieben? Das Geheimnis, das den Vater umgibt, bleibt.
- 12 Das Folgende nach der im GLA Karlsruhe erhaltenen Dienstakte (76/10718).
- 13 Hausenstein, Bildnis S. 13.
- 14 Sterberegister Karlsruhe 1891 No. 1371. – Der Sohn selber nennt als Sterbedatum den 13.11., verlegt das Vincentiushaus allerdings auch nach Baden-Baden (Bildnis S. 35 bzw. 31; letzteres berichtigt in Lux Perpetua, S. 139). – Vom Tod des Vaters handelt auch der phantasmagorische ‚Traum vom Zwerg‘ (Buch einer Kindheit S. 163–172).
- 15 Hausenstein, Bildnis S. 36.
- 16 Vgl. dazu Johannes Werner, Spiegelbilder. Auf Umwegen zu Wilhelm Hausenstein. In: Badische Heimat 3/1995, S. 503–510.
- 17 Hausenstein, Bildnis S. 35.
- 18 Ebd. S. 34.
- 19 Übrigens hatte auch Marie Luise Kaschnitz einen ihr unverständlich gebliebenen, vorzeitig verstorbenen Vater . . . aber auf der mütterlichen Seite wiederum Großeltern, die sie, wie die Wilhelm Hausensteins, für vieles entschädigten (vgl. Marie Luise Kaschnitz, Ein Vater vor sechzig Jahren. In: Peter Härtling (Hrsg.), Die Väter. Berichte und Geschichten. Frankfurt a. M. 1968, S. 79–82; Klaus Jonas, Max Freiherr von Holzling-Berstett (1867–1936). In: Badische Heimat 4/1982 (= Eckhart 1983), S. 127–135;

- Johannes Werner, Die anderen Ahnen der Marie Luise Kaschnitz. In: Hierzuland 19 (1995), S. 13–17). – „Wieviel später, wieviel später/Erst verstehen wir die Väter“ (Marie Luise Kaschnitz, Der Vater. In: M.L.K., Gesammelte Werke Bd. 5 (= Die Gedichte). Hrsg. von Christian Büttrich und Norbert Miller. Frankfurt a. M. 1985, S. 533–535; hier S. 534).
- 20 Wilhelm Hausenstein, Onkel Vere, der Douglas oder Die Geschichte eines Spleens. Freiburg/München 1957, S. 5.
 - 21 Wilhelm Hausenstein, Reise in Südfrankreich. Crimmitschau 1927, S. 148.
 - 22 Benno Reifenberg, An Wilhelm Hausenstein, als er fünfzig wurde. In: Die Gabe. Dichtungen und Aufsätze. München 1933, S. 101–107; hier S. 103.
 - 23 Wilhelm Hausenstein, Drinnen und Draußen. Ein Tagebuch über Landschaften und Städte, Tiere und Menschen. München 1930, S. 119.
 - 24 Wilhelm Hausenstein, Licht unter dem Horizont. Tagebücher von 1942 bis 1946. Hrsg. von W.E. Süskind. München 1967, S. 101. – Vgl. auch Johannes Werner, Heuss und Hausenstein. Provinzielle Parallelen. In: Allmende 9 (1984), S. 151–155.
 - 25 Vgl. Georg Büchmann (u.a.), Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Bd. 2. München 1967, S. 665 f.
 - 26 Zit. n. Walter Migge, Wilhelm Hausenstein. Wege eines Europäers. Katalog einer Ausstellung. Marbach a. N. 1967, S. 12.
 - 27 Hausenstein, Lux Perpetua, S. 11.
 - 28 Ebd. S. 12.
 - 29 Ebd. S. 10.
 - 30 Ebd.; vgl. auch S. 18. – Hausenstein nahm an den Hornbergern die „dichterische Erregung einer vorgreifenden Einbildungskraft“ wahr und verglich sie sogar mit seinem geliebten Don Quijote. „So hätte man von zu Hause etwa dies geerbt: die Neigung, zu übertreiben?“ (Wilhelm Hausenstein, Abendländische Wanderungen. Städte und Kirchen, Landschaften und Figuren in Reisebildern. München 1951, S. 51).
 - 31 Seewald, a. a. O. S. 258.
 - 32 Hausenstein, Lux Perpetua, S. 22.

Aus der Geschichte der Pfarrkirche St. Michael in Honau¹

Michael Rudloff

*Herrn Pfarrer Günter Reinholdt von Honau zu seinem silbernen Priesterjubiläum
am 7.5.1995 gewidmet.*

Einleitung

Der seit dem Jahr 1233² nachweisbare Ort Honau verdankt seine Entstehung dem einst unterhalb von Straßburg auf einer Rheininsel gelegenen Schottenkloster St. Michael (urkundlich erstmals im Jahre 722 erwähnt³). Weit über ein Jahrtausend hinweg wurde die Ortsgeschichte durch die des Klosters beeinflusst. Auf beide wiederum wirkte sich die Lage auf der Flußinsel aus. Diese bot zwar einen natürlichen Schutz vor feindlichen Überfällen⁴, führte aber auch dazu, daß sowohl das Kloster als auch das Dorf den Gefahren des Rheines ausgeliefert waren. Während das Dorf bis zur Rheinbegradigung im letzten Jahrhundert mit der permanenten Bedrohung durch Überschwemmungen⁵ leben mußte, gelang es dem Kloster schon früher, sich diesen Gefahren zu entziehen. Als den Gebäuden auf der Insel Honau aufgrund wiederholter Überschwemmungen und Einbrüche des Rheines der Einsturz drohte, wurde das inzwischen in ein weltliches Chorherrenstift umgewandelte Kloster am 7.9.1290⁶ nach Rheinau im Untertal⁷ verlegt. Nachdem der Rhein auch die dortigen Baulichkeiten untergraben hatte, verlegte man das Stift am 22.5.1398⁸, also nach nur 108 Jahren, nach Alt St. Peter in Straßburg. Hierdurch wurde das „Stift zum Alten St. Peter“ zum Inhaber aller Rechte und Besitzungen des vormaligen Klosters Honau. Dem Stift stand deshalb bis zum Übergang an das Land Baden auch der Zehntbezug auf der Honauer Gemarkung zu. Die Verbindung zwischen Kloster/Stift und Dorf endete somit, trotz der bis dahin fast vierhundertjährigen räumlichen Trennung, erst durch die Säkularisation.

Der 150. Jahrestag der Grundsteinlegung für die jetzige Honauer Kirche, der am 16. Mai 1995 begangen werden konnte, soll zum Anlaß für einen Blick auf die Baugeschichte der Honauer Pfarrkirchen genommen werden. Diese beginnt mit der ersten urkundlichen Erwähnung einer „Pfarrkirche“ im Ort. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Chorherrenstiftes nach Rheinau im Jahr 1290 wurde dem Stift die Kollatur, also das Recht zur Besetzung der Honauer Pfarrstelle, zugesagt und die ehemalige Klosterkirche „ecclesia parrochialis“ (Pfarrkirche) benannt⁹. Am 1.6.1294 nahm Bischof Konrad von Toul die Weihe der Pfarrkirche und des Hochaltars vor. 1480

wurde die ehemalige Klosterkirche durch Hochwasser zerstört¹⁰. Von da an bis zum Jahr 1730 „präsentieren die Quellen eine Lücke“¹¹, so daß nicht viel über die Pfarrei und deren Kirche gesagt werden kann. Sicher ist, daß die Pfarrei einging. Dies dürfte im Verlauf des 17. Jahrhunderts, wahrscheinlich infolge des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) und der von 1636–37 wütenden Pest, erfolgt sein¹². Die wenigen überlebenden Einwohner wurden in die auf dem linken Rheinufer gelegene Pfarrei Wantzenau, die bis 1468 selbst Filiale von Honau war, eingepfarrt.

Die in den Jahren 1730/31 erbaute Kirche

Im Jahre 1730, also ungefähr einhundert Jahre nach ihrem Untergang, wurde die Pfarrei durch das Stift zum Alten St. Peter wiedererrichtet. Da damals im Ort keine Kirche mehr vorhanden war, mußte eine neue erbaut werden. Die Fertigstellung derselben erfolgte wohl erst zu Beginn des Folgejahres, zumindest kann dies aus dem Umstand geschlossen werden, daß die ersten Kirchenbücher erst am 20.2.1731 angelegt wurden. Die damaligen Baupläne sind leider nicht erhalten geblieben, so daß über dieses Gotteshaus, das im Jahre 1841 abgerissen wurde, nur das bekannt ist, was im Zusammenhang mit dessen Baufälligkeit aktenkundig wurde. In Anbetracht der Tatsache, daß Honau nicht nur eine kleine, sondern auch eine äußerst arme Gemeinde war, kann es nicht verwundern, daß es sich bei der im Jahre 1731 fertiggestellten Kirche lediglich um ein Holzgebäude gehandelt hat. Das Kirchengebäude war 49 Fuß¹³ lang, wovon 33 Fuß auf das Langhaus entfielen, 26 Fuß breit und bestand aus Riegelwänden, die man beidseitig verputzt hatte. Der Zustand des Bauwerkes ließ bald zu wünschen übrig. Aus den Unterlagen ist ersichtlich, daß dem Kirchturm bereits im Jahre 1783 der Einsturz drohte. Bei schlechtem Wetter regnete es, da sich der marode Turm auf dem Chor befand, sogar auf den Hochaltar.

Bald sah man ein, daß hier nur ein Neubau in Betracht kam. Die Gebrüder Hirschbühl aus Schutterwald erhielten den Auftrag, einen Bauriß (Bauplan) samt Kostenvoranschlag zu erstellen. Der 1785 angefertigte Kostenvoranschlag für Chor und Turm wies voraussichtliche Baukosten in Höhe von 11 150,23 Gulden aus, der separate Voranschlag für das Langhaus belief sich auf 8 849,05 Gulden. Während der Planungsphase wurden natürlich keine Reparaturen mehr durchgeführt, weshalb das Gotteshaus weiter dem Zerfall entgegenging. Als deshalb im Jahre 1787 dem Dachstuhl des Langhauses der Einsturz drohte, sah sich das Oberamt Oberkirch veranlaßt, die Kirche zu schließen. In der ersten Not willigte daraufhin der Honauer Pfarrer Schirrmann¹⁴ ein, den Altar in der Wohnstube des Pfarrhauses aufzustellen. Der größte Teil der Gottesdienstbesucher mußte jedoch infolge

des Platzmangels im Pfarrhof stehen bleiben, was bei schlechter Witterung dazu führte, daß sich jene einfach entfernten. Daraufhin verlegte man den Gottesdienst in eine Scheune. Diese reichte aber auch nicht aus, um allen Gläubigen Platz zu bieten, so daß immer noch ein Teil dem Wind und Regen ausgesetzt blieb. Die Bevölkerung litt unter diesen Zuständen, sah sich jedoch nicht in der Lage, das Kapital für einen Neubau aufzubringen. Für den Bau des Chores und des Turmes war zwar das Stift zuständig, die Baupflicht für das Langhaus oblag jedoch der Kirchspielsgemeinde¹⁵. Der Bürgerausschuß von Honau wendete sich deshalb mit einer Petition an das Oberamt in Oberkirch und legte dar, daß die Gemeinde arm und vermögenslos sei. Sämtliche Mittel hatte man in einen vor dem Reichskammergericht zu Wetzlar anhängigen Rechtsstreit gehängt, in dem es um die Aufteilung des gemeinsamen Gemeindevermögens zwischen Wantzenau und Honau ging. Das Bittgesuch gipfelte in der Aussage, daß, nachdem man seit geraumer Zeit nur einen zerütteten Gottesdienst in einer elenden Scheune habe halten können, die Bürgerschaft einen quälenden Hunger verspüre, den Gottesdienst wieder einmal in gehöriger Ordnung verrichten zu können. Das ständige Drängen der Honauer Ortsvorgesetzten blieb nicht ohne Erfolg. Nicht zuletzt auch, um dem Spott der Honau umgebenden protestantischen Nachbarn abwenden zu können, wurde versucht, die notwendigen Finanzmittel aufzubringen.

Der Straßburger Fürstbischof Kardinal de Rohan¹⁶ bewilligte deshalb am 17.10.1787, in den rechtsrheinischen Dekanaten Lahr, Offenburg und Ottersweier eine Kollekte zur Finanzierung des Honauer Kirchenbaues durchzuführen. Ferner beweist ein am 20.6.1788 durch Papst Pius VI. erteilter Ablaßbrief¹⁷, daß auch von seiten Roms versucht wurde, bei der Beschaffung des Baukapitals behilflich zu sein.

Die Ereignisse der Französischen Revolution verhinderten jedoch, daß der geplante Neubau zur Ausführung kam. Kardinal de Rohan sah sich aufgrund der in Frankreich ausgebrochenen Unruhen im Jahre 1790 gezwungen, das linksrheinische Gebiet seines Bistums zu verlassen und fortan in Ettenheim im Exil zu leben. Ein teurer Kirchenbau kam nun, da kein Geld vorhanden war, nicht mehr in Frage, man suchte nach einer Minimallösung. Aus diesem Grund reparierte man im Jahre 1793 die alte, baufällige Kirche. Wahrscheinlich wurde bei dieser Gelegenheit der Kirchturm, der sich ursprünglich auf dem Chor befand, auf das Langhaus versetzt. Im Zuge des in den 1840er Jahren erfolgten Neubaues kam es deshalb zu langanhaltenden Streitereien.

Sicher ist, daß der Chor 1793 einen neuen Dachstuhl erhielt und versucht wurde, dem Bauwerk mittels Einziehung von Säulen Festigkeit zu verleihen.

hen. Des weiteren zog man unterm Turm in der ganzen Breite vier neue Balken ein. Diese Maßnahmen waren jedoch nicht geeignet, das an und für sich abbruchreife Gebäude zu retten. Fürs erste konnte den ärgsten Mängeln jedoch abgeholfen werden.

Auch in den folgenden Jahren waren weder die politischen Rahmenbedingungen noch die finanziellen Verhältnisse des Dorfes geeignet, die Frage nach einem Neubau der Pfarrkirche aufzugreifen. Infolge des Lunéviller Friedensschlusses vom 9.2.1801, welchem ein Separatfrieden Badens mit Frankreich vom 22.4.1796 vorausgegangen war, kam das auf dem rechten Rheinufer gelegene weltliche Gebiet des Bistums Straßburg¹⁸ durch Reichsdeputationshauptschluß vom 25.2.1803 an Baden. Die förmliche Besitzergreifung, der eine provisorische Okkupation vorausgegangen war, war durch ein Patent vom 19.11.1802 vollzogen worden. Aufgrund der durch den Reichsdeputationshauptschluß veranlaßten Auflösung des Reiches ging auch der beim Reichskammergericht in Wetzlar anhängige Rechtsstreit mit der Gemeinde Wantzenau unter. Die Grenzen zwischen Honau und Wantzenau wurden nun durch den Lunéviller Frieden und die darauf folgenden Verträge mit Frankreich als Landesgrenzen festgelegt. Honau bekam dabei lediglich ein paar Inseln zugewiesen, die höchstens zur Lieferung von Flußbaumaterial Verwendung finden konnten.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Umwälzungen wurde die Frage nach dem Zustand der Dorfkirche sicherlich nicht als drängend empfunden. Für einige Jahre ließ sich mit dem Zustand des Bauwerkes leben. Erst in den Jahren 1820 oder 1821 waren wiederum größere Reparaturen fällig. Daß hiervon ausgerechnet die Bauteile betroffen waren, die man 1793 instandgesetzt hatte, läßt auf die mangelhafte Durchführung schließen. Am Dachwerk des Chores mußten Leisten eingezogen und, da sich das Gebälk unter dem Turm auf die Orgel herabsenkte, die Decke hinter der Orgel mit stehenden Säulen unterfangen werden.

Einer kleinen Unregelmäßigkeit der Honauer Ortsvorgesetzten sind weitere Angaben über die damalige Orgel zu verdanken. Im Juni 1811 vereinbarte der Gemeinderat mit dem aus St. Blasien stammenden Orgelbauer Jakob Tröndle einen Akkord über Instandsetzungsmaßnahmen, die dieser an der Orgel durchführen sollte. Als weder der Pfarrer noch der als Organist tätige Schullehrer mit dem Ergebnis der Arbeiten zufrieden waren, wurde das Bezirksamt eingeschaltet. Dieses zeigte sich darüber verärgert, daß man die Reparatur eigenmächtig, ohne die notwendige, obrigkeitliche Genehmigung, veranlaßt hatte. Um nun feststellen zu können, ob die von Orgelbauer Tröndle geleistete Arbeit die in Rechnung gestellten 55 Gulden wert war, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis war er-

schreckend. Im vereinbarten Akkord hatte man z.B. festgehalten, daß der untauglich gewordene Blasebalg erneuert werden müsse. Der als Gutachter bestellte Offenburger Schullehrer Gerstner mußte nun feststellen, daß sich der Blasebalg noch im alten Zustand befand. Ferner hatte er zu bemängeln, daß die ersetzten Pfeifen in ihrer Intonation „unregel- und tadelhaft“ ausgeführt waren. Auch war die Stimmung der Orgel so ausgefallen, daß sie, wie er in seinem Bericht formuliert, „vorher nicht hätte schlechter sein können“. Letztendlich kann er nicht umhin, den Orgelbauer Tröndle einen „Pfuscher“ zu nennen und festzustellen, daß die geleistete Arbeit höchstens ein Drittel des Rechnungsbetrages wert sei.

Aufgrund des Gutachtens sah sich das Direktorium des Kinzigkreises veranlaßt, nun auch nur ein Drittel des Rechnungsbetrages durch die Gemeindegasse auszahlen zu lassen und den Orgelbauer bezüglich des Restbetrages an die Ortsvorgesetzten von Honau zu verweisen, die er „auf dem Rechtswege belangen“ könne.

Als die Orgel Jahre später noch schlechter geworden war, erhielt, nachdem man diesmal die erforderliche Zustimmung des Bezirksamtes vorher eingeholt hatte, im Jahre 1825 der aus Oberhausen stammende Orgelbauer Merklin den Auftrag, diese für 27 Gulden zu reparieren.

Weitere Angaben zur Orgel können einem Bittbrief aus dem Jahre 1850 entnommen werden, in dem der „geistliche und weltliche Ortsvorstand“ um einen Zuschuß für die Innenausstattung der inzwischen neugebauten Kirche bittet. Dort ist von einer alten, schlechten Orgel die Rede, die von zwei Männern herumgehoben werden könne und für die Kirche viel zu klein und unbrauchbar sei. Im Begleitschreiben des Dekanates, das den Zweck hatte, das Bittgesuch zu unterstützen, wird die vorhandene Orgel als kleiner, einer Schulorgel ähnlicher Kasten bezeichnet, als ganz unbrauchbar, verstimmt und einer Reparatur nicht wert.

Daß dem Bittgesuch Erfolg beschieden war, beweist der Umstand, daß die Kirche im Jahre 1852 mit einer neuen Orgel, auf die später noch näher eingegangen wird, ausgestattet wurde.

Am meisten dürfte die Tatsache überraschen, daß die alte Honauer Kirche sogar über eine eigene Uhr verfügte. Die Kenntnis dieses Sachverhaltes ist einer Eingabe der Gemeinde Honau zu verdanken, die Ende des Jahres 1824 beim Bezirksamt Rheinbischofsheim um die Erlaubnis bat, die verdorbene Kirchenuhr auf eigene Kosten reparieren zu lassen. Mit der Reparatur wurde der Offenburger Uhrmacher Michael Kraft beauftragt, der Aufträge dieser Art schon mehrfach gut und solide ausgeführt hatte.

Doch zurück zum baulichen Zustand der alten, hölzernen Kirche. 1835 legte das Bezirksamt Rheinbischofsheim der Regierung des Mittelrheinkreises nahe, nun endlich in bezug auf den seit den 1780er Jahren anstehenden Kirchenneubau tätig zu werden. Anlaß zu dieser Initiative gab nicht nur der bauliche Zustand der alten Kirche, sondern auch der herrschende Rummangel. Die Großherzogliche Bauinspektion Offenburg besichtigte daraufhin die Kirche und attestierte ihr einen baufälligen Zustand. Auch anlässlich des im Jahre 1837 abgehaltenen Rügegerichts wurden die Mängel an der Kirche festgehalten. Aber anstatt etwas zu unternehmen, stritten die Behörden um Finanzierungsfragen.

Das Protokoll der Pfarr- und Kirchenvisitation vom 8.8.1839 zeigt erneut auf, wie schlecht es um den baulichen Zustand der alten Kirche stand. Dort wird nicht nur auf deren Baufälligkeit hingewiesen, es wird auch erwähnt, daß in ihr deshalb keine ewiges Licht brenne, weil die Balken so morsch seien, daß an ihnen keines befestigt werden könne.

Von nun an ging es Schlag auf Schlag. Im September 1840 hielt der Rheinbischofsheimer Bezirksbeamte Jägerschmied ein weiteres Rügegericht in Honau ab. Hierbei wurde die Kirche wegen ihres Zustandes erneut zur Rüge aufgenommen. Aufgrund eines im gleichen Monat stattfindenden Pfarrwechsels erhielt dann erstmals auch das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg Kenntnis vom Zustand der Kirche. Am 9. September 1840 war Philipp Hammer¹⁹ als neuer Pfarrer in Honau aufgezogen. Im Auftrag von Dekan Vogler²⁰ in Ottersweier sollte dieser durch den Gamshurster Pfarrer Daniel²¹ in die Pfarrei eingeführt werden. Aufgrund des Bauzustandes der Kirche weigerte sich Pfarrer Daniel jedoch, die Investitur vorzunehmen. Er war weder bereit, das Gebäude selbst zu betreten noch die Gemeinde dort zu versammeln.

Das Ordinariat forderte deshalb das Honauer Pfarramt auf, sich sofort um eine Notkirche zu bemühen. In der Folge wies der Honauer Kirchengemeinderat am 12.12.1840 das Bezirksamt auf die Gefahren hin, die sich durch den zu erwartenden Einsturz des durch und durch morschen Gebälks ergaben, und bat, einem Unglück durch die polizeiliche Schließung des Gebäudes vorzubeugen. Gleichzeitig beantragte er, der Gemeinde ein geeignetes Lokal für den Gottesdienst anzuweisen. Nach Rücksprache mit der Kreisregierung erklärte das Bezirksamt am 15.01.1841 die Pfarrkirche als zum Gebrauch für den öffentlichen Gottesdienst für untauglich und ordnete zur Verhütung eines Unglücks deren Schließung an. Ein Ausweichlokal zur Abhaltung des Gottesdienstes konnte es allerdings nicht vorschlagen. Da in Honau kein geeigneter Saal vorhanden war, konnte die tatsächliche Schließung dann erst einen Monat später, am 13.02.1841, vollzogen werden.

Die Honauer Notkirche 1841–1846

Im benachbarten evangelischen Ort Diersheim waren Kirchenvorstand und Gemeinderat auf die Honauer Notlage aufmerksam geworden. Beide boten der bedrängten Nachbargemeinde an, daß diese ihren Gottesdienst, bis zur Anschaffung einer Notkirche oder zum erfolgten Neubau, in der Diersheimer Kirche abhalten könne. Hierbei setzten sie voraus, daß der Bau ebenso ernstlich als schleunig betrieben und das Simultaneum²² nicht ungebührlich in die Länge gezogen würde. Dieses Anerbieten wurde zuerst dankbar angenommen. Mit Schreiben vom 26.1.1841 sprachen Bürgermeister Alois Schmidt, die Gemeinderäte sowie Pfarrer Hammer und die Mitglieder der Stiftungskommission dem Diersheimer Amtsvorstand für sein „freundnachbarliches Benehmen“ den Dank aus. Pfarrer Hammer traf bereits Anstalten, das Portatile und die nötigen Kirchenrequisiten nach Diersheim zu schaffen, als die Honauer Bürger am 28.1.1841 eine Gemeindeversammlung abhielten und sich der interimistischen Abhaltung ihres Gottesdienstes in der Diersheimer Kirche widersetzten. Die Gegner des Simultaneums machten geltend, daß es der Schuljugend nicht möglich sei, werktags den Gottesdienst in Diersheim zu besuchen und pünktlich zum Schulbeginn in Honau zurück zu sein. Auch könnten die alten Leute, die den Gottesdienst auch an Werktagen täglich besuchten, nur wenig oder gar nicht nach Diersheim gehen. Ferner wurde zu bedenken gegeben, daß es, da der größte Teil der Bevölkerung arm und schlecht gekleidet war, zu beschwerlich sei, bei kalter Witterung über das Feld gehen zu müssen. Es wurde gefordert, lieber eine Notkirche im Ort zu errichten, als den Gottesdienst in Diersheim abzuhalten. An der Gemeindeversammlung nahmen 40 von 53 stimmberechtigten Bürgern teil. Da sich von diesen 37 für den Bau einer Notkirche entschieden, kam die übergangsweise Mitbenutzung der evangelischen Kirche von Diersheim nicht mehr in Betracht. Um den nunmehr erforderlich gewordenen Bau einer Notkirche zu ermöglichen, erteilte das Bezirksamt die Genehmigung, hierfür das beim Abbruch des Langhauses anfallende Holz zu verwenden. Dieses war jedoch nicht mehr brauchbar, so daß schleunigst nach einer anderen Lösung gesucht werden mußte.

Da man davon ausging, noch im gleichen Jahr mit dem Neubau beginnen zu können, wollte die Gemeindeverwaltung nun das Geld für die Errichtung der Notkirche sparen. Sie bot deshalb an, den Gottesdienst im Schul- und Lehrzimmer abzuhalten. So gut dieser Gedanke im Ansatz war, so stellte sich mit der Zeit doch heraus, daß dies keine glückliche Lösung darstellte. Die 39 Schulkinder wurden fortan im Wohnzimmer des Lehrers Hahn unterrichtet, dem die Gemeinde hierfür 44 Gulden jährlich bezahlte. Im freigewordenen Schulzimmer, das 22 Fuß lang, 26 Fuß breit und 10

Fuß hoch war²³, fand nach Abtrennung des Altarbereiches nur die Hälfte der Kinder Platz. Der Rest der Gemeinde verteilte sich soweit als möglich auf die anderen Räume, rund ein Drittel der Kirchgänger mußte vor dem Schulgebäude stehen bleiben. Für diese ging die Predigt natürlich ganz verloren. Je länger der Gottesdienst in diesem Provisorium abgehalten wurde, desto mehr ließ der Gottesdienstbesuch der in den umliegenden Ortschaften wohnenden Diasporakatholiken nach. Aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse kam es im Winter 1841/42 sogar zu einem Streit zwischen Pfarrer Hammer und Bürgermeister Schmidt. Pfarrer Hammer ließ, da die Luft im kleinen Raum schnell schlecht wurde, den ganzen Sommer hindurch alle Fenster offen stehen. Im Winter verschloß er dann zwar das Fenster beim Hochaltar, ließ aber die Fenster bei den Gottesdienstbesuchern weiterhin offen. Da sich die Leute durch den Durchzug beeinträchtigt fühlten, schlossen sie die Fenster während des Gottesdienstes. In der Folge fühlte sich nun Pfarrer Hammer durch die Ausdünstung der Leute belästigt, weshalb er nun einfach die Fenster aushängen ließ. Diese Vorgehensweise verärgerte einige Bürger derart, daß Bürgermeister Schmidt den Pfarrer beim Ordinariat anzeigte. Hierbei kam es gerade recht, daß auch einige Gläser zu Bruch gegangen waren, was einen guten Vorwurf gegen den Pfarrer abgab. Bürgermeister Schmidt meinte, daß Pfarrer Hammer ja das Fenster beim Altar hätte öffnen können, wenn die Luft schlecht sei. Dann hätte es allerdings auch dort hereingezogen, wo der Pfarrer stand.

Der Bau der jetzigen Kirche 1844–1846²⁴

Der Beginn des Kirchenbaus verzögerte sich zunächst deshalb, weil lange Zeit strittig war, wer welche Kosten zu tragen hatte. Gemäß Artikel 13 des Bauedikts²⁵ oblag dem Staat in seiner Eigenschaft als Rechtsnachfolger des Honauer Zehntherrn, des Stiftes zum Alten St. Peter in Straßburg, die Baupflicht für den Chor und für die Sakristei. Die Kirchspielsgemeinde wiederum war für das Langhaus zuständig.

Während diese Baupflichten anerkannt waren, wurde um so heftiger um die Baupflicht für den Turm gestritten. Das Großherzogliche Domänenrärar erkannte diese zwar im Dezember 1835 zuerst an, beschränkte die Zusage aber auf die Errichtung eines hölzernen Turmes und verlangte, daß die Gemeinde beim Bau Hand- und Spanndienste leisten müsse. Gegen diese Forderung verwahrte sich die Gemeinde mit dem Hinweis, daß sie nachweisbar noch nie habe Frohnden leisten müssen. Zum Beweis griff sie nicht nur auf Bestätigungen der Einwohner zurück, sondern wies auch darauf hin, daß dies auch ohne weiteres aus dem geringen Pferdebestand des Ortes,

der früher noch weit geringer gewesen sei, abgeleitet werden könne. Mit solch wenigen Tieren sei man nie zur Leistung solcher Frohnden in der Lage gewesen. Gegen das Ansinnen des Domänenärars setzte die Gemeinde im Gegenzug die Forderung nach einem vom Fundament aus massiven Turm. Daraufhin erklärte die Domänenkammer, daß sie die Baulast des Turmes nur ab der Höhe des Langhauses übernehmen werde, da sich der Turm ja auf dem Langhaus befinde, für das die Kirchspielsgemeinde zuständig sei. Die Gemeinde widersetzte sich dem und wies darauf hin, daß sich der Kirchturm ja ursprünglich auf dem Chor (für den der Staat baupflichtig war) befunden hatte. Da keine der beiden Seiten bereit war, auf die Argumente der anderen einzugehen, entspann sich in der Folge ein jahrelanger Streit.

Der vorhandene Glockenturm war ganz aus Holz gefertigt, stellte aber keinen typischen Dachreiter dar, da er nicht auf dem Balkenwerk der Dachkonstruktion, sondern direkt auf dem Gebälk des Langhauses aufsaß. Von dort bis zur Helmstange (Spitze des Turmes) maß er 26 Fuß.

Als sich die Auseinandersetzung um die Baupflicht des Turmes mehr als fünf Jahre dahingezogen hatte, ohne daß eine Annäherung abzusehen gewesen wäre, griff das Innenministerium ein. Mit Erlaß vom 23.4.1841 wies es der Kirchspielsgemeinde die vorläufige Baupflicht für den unteren Teil des Turmes zu und empfahl, ggf. eine gerichtliche Klärung herbeizuführen.

Wer damals der Meinung war, daß nunmehr alle Hemmnisse für den Baubeginn beseitigt gewesen wären, sollte sich getäuscht haben. Es vergingen nochmals zwei Jahre, bis der Rastatter Bezirksbauinspektor Mors im Juli 1843 den Bauplan vorlegen konnte. Obwohl das kirchliche Bauwesen zu jener Zeit unter der Oberhoheit des Staates stand, der auch bei unvermeidbar notwendigen Kirchenbauten nur einen funktionalen Mindeststandard genehmigte, nahm das Ordinariat zum vorgelegten Bauriß positiv Stellung. Es bezeichnete ihn als mit Geschmack ausgeführt und für den katholischen Gottesdienst zweckmäßig. In der Folge brach nun eine Auseinandersetzung um die Größe der Kirche vom Zaun²⁶. Die Gemeinde Honau verlangte eine Reduzierung um 20 v.H., da sie nicht bereit war, für die Plätze der Gottesdienstbesucher aus dem protestantischen Umland, die sie nicht als echte Kirchspielsgenossen betrachtete, aufzukommen. Erst ein weiteres Jahr später, im Juli 1844, gelang es, sich auf eine Reduzierung um 10 v.H. zu verständigen. Obwohl nun sofort mit den notwendigen Arbeiten begonnen wurde, verzögerte sich der Baufortschritt doch dermaßen, daß die feierliche Grundsteinlegung erst am 16.5.1845 vorgenommen werden konnte. Keine zwei Wochen später sah sich Bürgermeister Josef Rudloff²⁷ genötigt, den Grundstein nochmals öffnen zu lassen. Ihm war gemeldet

worden, daß in den Stein wahrscheinlich Wasser eingedrungen sei. Die Nachschau ergab, daß die im Grundstein liegende Büchse, in der man die übliche Urkunde verwahrt hatte, tatsächlich voll im Wasser lag. Zur Sicherheit wurde nun auch noch die Büchse geöffnet, wobei man feststellte, daß die Urkunde verdorben war. Sie mußte daraufhin, nach Rücksprache mit dem Bezirksamt, durch eine neue ersetzt werden.

Auch in der Folgezeit hielt die Pechsträhne an. Im August 1843 hatte Bezirksbauinspektor Mors angeregt, für den Kirchenbau die brauchbaren Materialien vom Abbruch des Schlosses in Rheinbischofsheim zu verwenden. Als dann im Mai 1845 mit dem Bau begonnen wurde, hatte man sich jedoch entschlossen, die Kirche aus Backsteinen zu errichten. Diese wurden in einem Schuppen des Honauer Gasthauses Linde gebrannt und hatten anfänglich eine derart schlechte Qualität, daß der Bau eingestellt werden mußte, da einer neuerrichteten Mauer der Einsturz drohte.

Zu all diesen Problemen kam noch die Sorge um die Finanzierung des Bauvorhabens. Die Gemeinde beantragte deshalb im August 1845 bei der Kreisregierung in Rastatt, im Bezirk des Mittelrheinkreises eine Kollekte für den Honauer Kirchenbau durchführen zu dürfen. Dieses Begehren wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß es Honau noch weit besser gehe als anderen Gemeinden, die ähnliche Bauten auszuführen hätten.

Nach einer langen Zeit der Entbehrungen war es der Gemeinde am 28.10.1846 endlich vergönnt, den ersten Gottesdienst in der neuen Kirche zu feiern. Da sie bis dahin hatte sechs Jahre ohne Kirche auskommen müssen, kann man sich vorstellen, mit welchen Gefühlen das neue Gotteshaus in Besitz genommen wurde. Aufgrund der schlechten Witterung konnte der inzwischen zum Dekan ernannte Gamshurster Pfarrer Daniel die feierliche Einweihung der Kirche (Benediktion), an der dann auch mehrere Pfarrer des Kapitels Ottersweier und der Amtsvorstand des Bezirksamtes Rheinbischofsheim, Oberamtmann von Bodmann, teilnahmen, erst am 31.1.1847 vornehmen.

Nach der Fertigstellung der neuen Kirche

Die Einrichtung der Kirche war zum Zeitpunkt der Einweihung noch nicht komplett. So wurde z.B. der neue Hochaltar mit Drehtabernakel, der wie Kanzel und Beichtstuhl von Karl Rehner aus Offenburg hergestellt wurde, erst verspätet fertiggestellt. Karl Rehner mußte deshalb sogar durch das Bezirksamt Offenburg angemahnt werden. Zur Abrundung des Gesamtbildes sollten an den Seitenwänden des Langhauses zum Chor Nebenaltäre



Pfarrkirche Honau, Innenansicht 1. vor der Innenrenovation von 1932



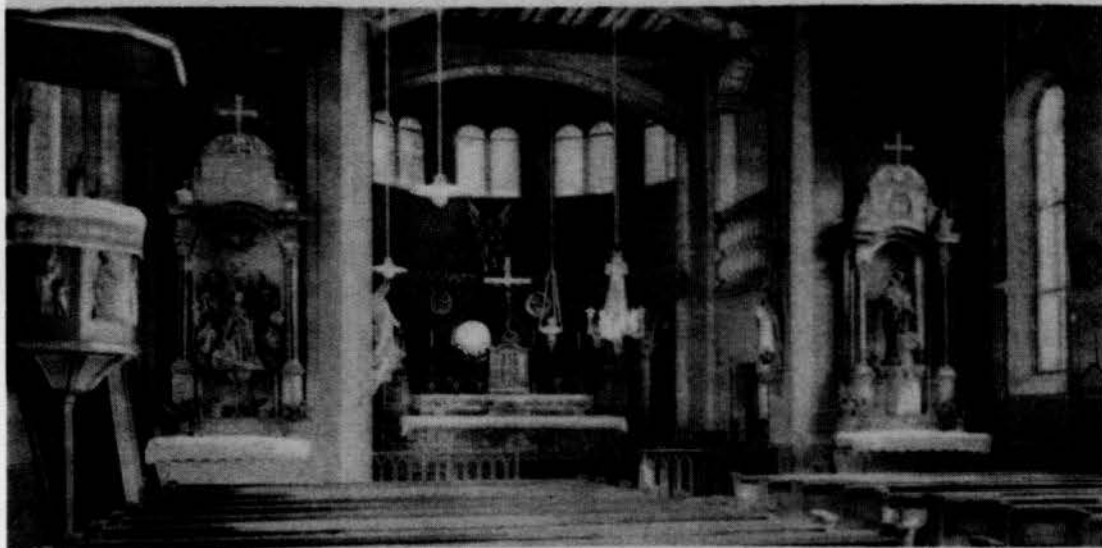
Innenansicht 2. nach der Innenrenovation von 1932

aufgestellt werden, weshalb für die Evangelienseite²⁸ die Anschaffung eines neuen Nebenaltars beschlossen wurde, während der alte Hochaltar auf der Epistelseite Verwendung fand.

Nachdem die ersten Ausstattungsgegenstände angeschafft waren, ging der Gemeinde wieder einmal das Geld aus. Am 27.5.1850, also vier Jahre nach der Fertigstellung der Kirche, wandte sich der geistliche und weltliche Ortsvorstand deshalb mit einem Bittgesuch an den Katholischen Oberkirchenrat in Karlsruhe, um einen Zuschuß zur inneren Ausstattung der Kirche zu erlangen. Das Gesuch wurde von seiten des Bezirksamtes voll unterstützt. Es führte hierzu erläuternd aus, daß der Altar der ersten besten Kapelle wohl besser ausgestattet sei als jener der Honauer Kirche, deren lange Wände durch kein Bild geziert würden und wo dem Blick überall die Kahlheit und die Kargheit an Ausschmückung entgegentrete.

Wie sehr man bei den erst vier Jahre zuvor getätigten Anschaffungen gespart hatte, kann einer 19 Punkte umfassenden Mängelliste entnommen werden, die im Zusammenhang mit dem Bittgesuch erstellt wurde. Aus dieser ergibt sich unter anderem, daß der Beichtstuhl nur mit einem schwarzen Grundanstrich versehen war und keine Vorhänge besaß. Die beiden Nebenaltäre, für die keine Lichtstöcke vorhanden waren, wurden als unansehnlich bezeichnet, wobei der neue, dessen Anschaffung nur 33 Gulden gekostet hatte, ebenfalls nur den schwarzen Grundanstrich aufwies. Der zweite Nebenaltar, der Hochaltar der alten Kirche, wurde gar als wurmstichig charakterisiert. In der Liste wurde die alte, schlechte Orgel ebenso bemängelt wie auch der Umstand, daß sich auf dem Kirchturm nur zwei kleine Glöckchen befanden, die von den meisten Leuten beim Zusammenläuten nicht gehört würden. Nicht einmal ein für Sonn- oder Festtage geeignetes Altartuch war vorhanden. Ein Jahr nach dem Bittgesuch stellte sich der Erfolg ein. Der Großherzog bewilligte der Gemeinde eine Gnadengabe von 2500 Gulden.

Eine Innenrenovation ist für das Jahr 1880 nachgewiesen. Pfarrverweser Karl²⁹ erteilte damals dem Endinger Maler Sterz den Auftrag, die im Innern weiß und ziegelrot gestrichene Kirche zu fassen. Die Kosten beliefen sich auf insgesamt 900,- M, wovon 131,50 M von zwei Einwohnern und einem oberschlesischen Schreinergehilfen und der Restbetrag durch den Pfarrverweser getragen wurden. Das Ergebnis der Renovation war dergestalt, daß die Gemeinde weitere 240,- M für die Fassung des Hochaltars zur Verfügung stellte. Um nun auch die Nebenaltäre, die Kanzel und die Beichtstühle, die inzwischen weiß angestrichen waren, farblich fassen lassen zu können, wurde beim Erzbischöflichen Kapitalsvikariat um einen Zuschuß aus Mitteln des Bonifatiusvereins gebeten. Als Begründung wur-



Kirche mit altberühmtem Kunstwerk „Mariä Krönung“.



HONAU BEI KEHL (Post Diersheim)

Alte Postkarte von Honau, mit deren Kauf die Unterhaltung der Kirche unterstützt werden sollte.



Ansicht des Kirchenvorplatzes (1932)

de angegeben, daß die benötigten Mittel deshalb nicht selbst aufgebracht werden könnten, weil $\frac{3}{4}$ der Ortsbewohner ihr Leben dürftig fristen oder betteln müßten. Da der Antrag negativ beschieden wurde, blieb es vorerst beim alten.

1905 bot sich die Möglichkeit, drei barocke Altäre aus der Kirche von Altschweier zu erhalten. Pfarrer Steinbach³⁰ schilderte dem Erzbischöflichen Ordinariat die bisher vorhandenen Altäre in einem tendenziell geprägten Schreiben. Den Haupt- und den neueren Nebenaltar nannte er elende, von einem protestantischen Schreiner angefertigte Brettergerüste, den zweiten Nebenaltar bezeichnete er als abscheulich. Mit viel Energie setzte er sich dafür ein, die Altschweierer Altäre nach Honau zu bekommen. Die beiden Nebenaltäre konnten dann auch ohne Probleme aufgestellt werden, der Hauptaltar erschien jedoch als zu groß. Das Erzbischöfliche Bauamt in Karlsruhe regte deshalb an, einen neuen Hochaltar fertigen zu lassen, auf dem die in Honau vorhandene Figurengruppe Mariä Krönung aufgestellt werden sollte. Der Honauer Stiftungsrat lehnte dies aus Kostengründen ab und ließ den Altschweierer Hochaltar aufstellen. Die Figurengruppe kam vorerst auf ein Podest an der Seitenwand. Die Kosten für die Herstellung

der Altäre konnten dank zweier Zuschüsse aus dem Kirchenfond Rippoldsau bestritten werden.

1922 brach in Honau ein neues Zeitalter an. Die Gemeindeverwaltung ließ durch das Elektrizitätswerk Achern AG im Ort ein Leitungsnetz für Strom erstellen. Der Kirchenraum konnte nun mit 2 Brennstellen seitlich des Hochaltares, 2 Brennstellen an Wandleuchtern im Chor bei der Kommunionbank, 4 Pendeln im Langhaus, 2 weiteren unter der Empore, 1 auf der Empore und je einer bei der Orgel und in der Sakristei in einem bis dahin nie gekannten Glanz erstrahlen.

Zehn Jahre später stand die nächste große Veränderung an. Nachdem die alte Ausmalung der Kirche nicht mehr dem Zeitgeschmack entsprach und als „wenig geschmackvoll und ohne jegliches künstlerische Empfinden durchgeführt“ angesehen wurde, stand 1932 eine Innenrenovation an. Auf ausdrücklichen Wunsch des Honauer Stiftungsrates sollte hierbei der Chorraum durch ein die ganze Breite ausnutzendes Gemälde verziert werden. Aus diesem Grund forderte das Erzbischöfliche Bauamt Karlsruhe den Karlsruher Kirchenmaler Essig und den Rastatter Kunstmaler Wagenbrenner auf, entsprechende Entwürfe einzureichen. Der Stiftungsrat entschied sich für den Entwurf eines Abendmahlbildes des Kunstmalers Wagenbrenner. Die entsprechenden Skizzen fielen beim Erzbischöflichen Ordinariat jedoch auf keine Gegenliebe. Generalvikar Rösch meinte, daß diese nicht recht befriedigen könnten und die Behandlung des Chores wenig ausgeglichen sei. In Honau beharrte man jedoch auf der figuralen Ausmalung des Chores, da auf diese Weise, über dem für sich allein sehr nüchternen und unscheinbaren Hochaltaraufbau, ein Ausgleich gegenüber den beiden vorhandenen, reich gehaltenen barocken Seitenaltaraufbauten geschaffen werden sollte. Nach ein paar Änderungen im Entwurf wurde dann die Genehmigung für die Innenrenovation erteilt. Im Dezember 1932 konnte die Maßnahme mit einem Aufwand von 5 067,77 RM abgerechnet werden. Hiervon entfielen 800,- RM auf die Herstellung der Abendmahlsszene, die bis heute den Eindruck des Kircheninneren prägt.

Aufgrund der Ereignisse des II. Weltkrieges wurde die Ortschaft in den Jahren 1939 und 1944 vollständig evakuiert. In den letzten Kriegsmonaten wurden durch Artillerie- und Fliegerbeschuß 5 Häuser zerstört und 22 beschädigt. Unter den beschädigten Gebäuden befand sich auch die Kirche. Der Fensterbogen im Turm in der Höhe des Glockenstuhls wurde Ende März 1945 durch Artilleriebeschuß herausgeschossen, das Kirchendach in Mitleidenschaft gezogen und die Fenster demoliert. Unter anderem gingen auch die zehn Fenster im Chorraum, welche die Zehn Gebote darstellten, zu Bruch. Der Stiftungsrat ließ die Fenster notdürftig verschalen, das Mau-

erwerk durch Zimmerleute abstützen und versuchte noch im gleichen Monat, die erforderliche Erlaubnis für eine Reparatur zu bekommen. Die Verhältnisse ließen dies so kurz vor Kriegsende aber nicht mehr zu. Nach der Kapitulation dauerte es, trotz Einschaltung der Militärregierung und des Landrates, allein zwei Jahre, bis die benötigten 2000 Backsteine aufgetrieben werden konnten. Die Reparatur am Turm konnte dennoch erst im Jahre 1949 erfolgen. Vorher war es nicht möglich, ein Turmgerüst zu erstellen, da das erforderliche Gerüstholz fehlte. Das Kirchendach und die Fenster wurden dann erst weitere vier Jahre später in Angriff genommen. Als im Frühjahr 1953 die Freigabe Kehls in Aussicht stand und zu erwarten war, daß anschließend alle Bauhandwerker in Kehl benötigt würden, bewilligte das Ordinariat die entsprechenden Arbeiten.

Da durch die nur notdürftig ausgebesserten Fenster jahrelang der Regen hatte eindringen können, wurde 1958 auch noch das Innere der Kirche renoviert. Die nach dem Krieg durchgeführten Renovationen trugen jedoch ganz deutlich das Zeichen fehlender finanzieller Mittel. Da deshalb wichtige Arbeiten unterblieben waren, mußten diese alsbald mit einem unweit größeren Aufwand nachgeholt werden. 1969 stand daher eine erneute Außeninstandsetzung an, der eine 1974 beendete Innenrenovation folgte. Die letzte größere Maßnahme stellte 1989 die Erweiterung der Sakristei dar, deren ursprüngliche Größe bereits im Visitationsbericht vom 12.12.1922, also 67 Jahre zuvor, als Mißstand bemängelt wurde.

Zum Schluß soll noch kurz auf zwei Gegenstände eingegangen werden, die der Honauer Kirche zur Zierde gereichen. Die im Jahre 1852 durch die Gebrüder Christian Valentin und Max Ulrich Stieffell³¹ neuerbaute Kirchenorgel ist besonderer Erwähnung wert. Deren Disposition entspricht nach einer im Jahr 1974 durchgeführten Restaurierung wieder dem ursprünglichen Umfang (Manual: C–d´´´: Principal 4´, Octav 2´, Mixtur 2f 1´, Flöte 4´, Salicional 8´, Bourdon 8´; Pedal: C–d: Octavbaß 8´), nachdem ein wohl um die Jahrhundertwende verwirklichter pneumatischer Ausbau des Pedals bis d´ beseitigt wurde. Der Orgelsachverständige des Landesdenkmalamtes bescheinigte anschließend, daß es schon fast unwahrscheinlich sei, wie das kleine Instrument den relativ großen Kirchenraum auszufüllen vermöge. Er bezeichnete die Intonation als gut ausgefallen und meinte, daß es sich um eine Orgel handle, die zum Singen anrege.

Als letztes ist das Schmuckstück der Honauer Pfarrkirche, eine wertvolle Holzplastik, die in einer Dreiergruppe mit zweidrittel lebensgroßen Figuren die Krönung Mariä darstellt, zu erwähnen. Die Gruppe wurde ursprünglich als Werk aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts³² verstanden und mit den Namen des Bildhauers Simon Lainberger in Zusammen-



*Pfarrkirche Honau
Innenansichten nach der Innenrenovation von 1932*



*Pfarrkirche Honau
Ehemaliger Hochaltar, Zustand nach der Innenrenovation von 1932*



Honauer Figurengruppe „Mariä Krönung“
(Pfarrer Karl ließ die Gruppe 1880 farblich fassen. Zu Beginn der 1970er Jahre ließ man die „entstellende Farbe“ durch einen Restaurator entfernen. Die Gruppe zeigt seither die Holzmaserung.)

hang gebracht. Neuere Forschungen³³ ergaben, daß die Marienfigur und die sie umrahmenden Figuren Gottvater und Gottsohn jedoch verschieden alt sind.

Die aus Lindenholz gefertigte Marienstatue, die spätgotische Formen in erstaunlicher Einföhlung und schnitzerischer Vollkommenheit wiedergibt, könnte ursprünglich zu einer Krippendarstellung gehört haben. Das zarte Antlitz mit den flachen Wölbungen von Stirn und Wangen, den feingeschnittenen Partien von Augen und Mund sowie der reich gefältete Mantel, über den sich das lang herabwallende Haar als weitere Hülle legt, gehören zu den besonderen Stilelementen der Straßburger Bildschnitzerei im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts. So schwankt auch die Datierung der Honauer Madonna zwischen 1480 und 1510.

Die Figurengruppe Gottvater und Gottsohn hingegen ist wohl im Zeitraum vom Ende des 16. bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts entstanden. Die beiden aus einem großen Block Lindenholz geschnitzten Figuren sind im Vergleich zur Marienfigur zwar zu groß proportioniert, wurden aber wohl doch genau für diese Madonnenfigur geschaffen. Die Gruppe Gottvater und Christus ist so komponiert, daß die Marienfigur genau in die zwischen ihnen entstehende Höhlung hineinpaßt. Es ist anzunehmen, daß sie durch einen barocken Schnitzer nach einem spätgotischen Vorbild in gotisierter Form als Ergänzung zur spätgotischen Madonna geschaffen wurde.

Als Werk des 17. Jahrhunderts können die Figuren Gottvater und Gottsohn zu den wichtigsten Beispielen der Retrospektive in der Großplastik gerechnet werden. Aus diesem Grund war das Figuren paar im Winter 1981/82 auf der Ausstellung „Dürers Verwandlung in der Skulptur zwischen Renaissance und Barock“ in der Städtischen Galerie – Liebighaus – in Frankfurt a.M. zusammen mit Kunstwerken aus New York, Baltimore, Wien, Stockholm, Köln und anderen europäischen Städten zu sehen. 1972/73 befand sich die komplette Krönungsgruppe für ein halbes Jahr im Badischen Landesmuseum Karlsruhe, wo sie intensiv untersucht wurde, 1925 und 1969 wurde sie in Offenburg ausgestellt. Während des II. Weltkrieges hatte man sie vorsichtshalber nach Triberg ausgelagert, was in Anbetracht des Beschusses der Honauer Kirche als Glück gewertet werden kann.

Die Krone der Maria sowie das Szepter und seine dazugehörige Heilig-Geist-Taube stammen aus dem 19. Jahrhundert. Trotz intensiver Forschungen bleibt die Herkunft der Krönungsgruppe im Dunkeln verborgen. Aus den Akten ergibt sich weder, daß die Gruppe aus der alten Kirche übernommen oder sie aus Anlaß des Neubaus der jetzigen Kirche, als Schenkung des Großherzogs aus dem Säkularisationsgut, nach Honau gelangt ist.

Gerade solche Geheimnisse sind es aber, die den kunst- oder heimatgeschichtlich Interessierten ermuntern, sich intensiver mit einem Thema zu befassen. Am Anfang dieses Artikels stand z.B. die Erkenntnis, daß über die alte Honauer Kirche nichts bekannt ist. Selbst im Pfarrarchiv waren keinerlei Unterlagen vorhanden. Die Beschäftigung mit dieser Materie führte dazu, daß nach und nach ein Stein auf den anderen gesetzt werden konnte. Im Interesse der Geschichte der Ortenau bleibt zu wünschen, daß die Geheimnisse der Geschichte ihre faszinierende Wirkung auch weiterhin ausüben.

1 benutzte Archivalien:

A. Erzbischöfliches Archiv Freiburg:

a) Aktenbestand Ordinariat (EO):

Nr. 5135 Kirchenvisitationen vol. I, 1837–1942;

Nr. 5136 Kirchen- u. Pfarrhausbau vol. I, 1840–1937.

b) Aktenbestand Oberstiftungsrat/Finanzkammer (FK):

Nr. 10952 Kirchen- u. Pfarrhausbau vol. I, 1805–1851;

Nr. 10953 desgl. vol. II, 1852–1944.

B. Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg:

– Aktenbestand der Registratur –

(EO): – Honau, Bauten, vol. II, 1946–1975;

– Rheinau, Bauten/Fahrnisse, ab 1976;

(FK): – Honau, Kirchenbaulichkeit vol. III, 1945–1974

C. Pfarrarchiv Honau:

Fsz. Nr. 9: Kirchenbaulichkeit, a. Die Kirche, 1835–1948.

D. Staatsarchiv Freiburg:

Bezirksamt Kehl, Ablieferung 1991/549/3;

Nr. 84 Honau: Die Erbauung der Kirche vol. I, 1775–1846;

Nr. 83 Honau: desgl. vol. II, 1846–1848.

Bezüglich Honau wird auf folgende Veröffentlichungen in „Die Ortenau“ besonders hingewiesen:

Ortenau Nr. 53 (1973), S. 120–125; Dieter Kauß: Kaplanei und Kirche in Honau.

Ortenau Nr. 58 (1978), S. 202–214; A.M. Burg: Kloster Honau. Ein geschichtlicher Überblick.

2 Das Land Baden-Württemberg, Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Band VI, Regierungsbezirk Freiburg, herausgegeben von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

3 A. Bruckner: Regesta Alsaciae Nr. 100, S. 44.

4 Früher führte man die Gründung des Klosters Honau indirekt auf den Hl. Fridolin, den heute noch verehrten Gründer des ehem. Inselklosters und der Stadt Säckingen, zurück.

5 Als Hochwasser des Rheins, welche besonders viel Zerstörungen verursachten, werden in der Schweizer Chronik von Stumpf 1606 und in der Chronik von Straßburg von 1625 bezeichnet:

Jene von 1290, 1295, 1302, 1340, 1343, 1348, 1416, 1420, 1422, 1424, 1453, 1480, 1484, 1497, 1526, 1536, 1539, 1547, 1555, 1560, 1565, 1566, 1569, 1570, 1585, 1587,

1588, 1589, 1601, 1617, 1618, 1621, sodann sind als außerordentliche Hochwasser bekannt jene von 1641, 1714, 1758, 1778, 1791, 1801, 1802, 1804, 1806, 1810, 1812, 1813, 1816, 1817, 1819, 1824, 1831, 1851, 1852. Während letztgenanntem Hochwasser standen, wegen ungenügender Eindämmung, im Elsaß 19 Orte teilweise und 15 ganz unter Wasser. Auf der rechten Rheinseite waren ähnliche Unglücke nicht zu beklagen, da die Dämme bereits erhöht waren. (Die Angaben stammen von F. J. Bär: Die Wasser und Straßenbauverwaltung in dem Großherzogthum Baden, S. 557, Fußnote 11, Karlsruhe 1870.)

Aus Akten des Bezirksamtes ist ersichtlich, daß Honau durch das Hochwasser von 1876 geschädigt wurde. Aufgrund der seit ca. 1860 auf der Honauer Gemarkung vorgenommenen Rheinbegradigung hatte sich die Situation entscheidend verbessert. Naturgewalten können allerdings nie endgültig unter Kontrolle gebracht werden. So standen im Januar 1955 die Rheinniederungen des damaligen Landkreises Kehl fast völlig unter Wasser. In Honau, wo der Damm I auf einer Länge von etwa 15 Metern durch das Wasser aufgerissen wurde, entstand hierbei ein Schaden von 90 000,- DM.

- 6 Original in Archives départementales du Bas Rhin, Straßburg, G 69 (1); Text veröffentlicht in Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins Nr. 4 (1853), S. 276 ff.
- 7 Jetzt Rhinau bei Benfeld (gegenüber dem badischen Kappel am Rhein).
- 8 Vgl. Médard Barth: Handbuch der elsässischen Kirchen im Mittelalter, Bruxelles 1980, S. 599–602.
- 9 Siehe Fußnote 6.
- 10 Vgl. Chronik der Stadt Rheinau, Ottersweier 1988, S. 351.
- 11 Siehe Ortenau Nr. 53 (1973), S. 120–125; Dieter Kauß: Kaplanei und Kirche in Honau.
- 12 Der Zeitpunkt des Unterganges der ersten Pfarrei ist aufgrund der lückenhaften Quellen nicht bekannt. Teilweise wird die Ansicht vertreten, die Pfarrei Honau sei bereits im Zuge der Verlegung des Stiftes von Rheinau nach Straßburg im Jahre 1398 eingegangen (Vom Rhein zum Schwarzwald, Der Kreis Kehl, S. 130; Verlag Konkordia AG Bühl-Baden, 1960). Dies kann jedoch nicht zutreffend sein, da die „dismembratio“ der Wantzenauer Kirche von der Mutterkirche Honau erst mit Urkunde vom 24.12.1468 verfügt wurde (siehe hierzu L. Pfleger: „Untersuchung zur Geschichte des Pfarrei-Instituts im Elsass“ in Archiv für elsässische Kirchengeschichte, Jahrgang 1930) und für 1559 nachgewiesen ist, daß Pfarrer Ludwig Koch von Bodersweier die Pfarrei Honau mitzuversehen hatte (Karl Friedrich Vierodt: Geschichte der evangelischen Kirche im Großherzogthum Baden, Karlsruhe 1847, S. 493; Freiburger Diözesanarchiv, Jahrgang 1911, S. 128, Reinfried: Religionsänderung im Landkapitel Ottersweier).
- 13 1 Fuß = 30 cm; die alte Kirche war somit 14,70 m lang (davon entfielen 9,90 m auf das Langhaus) und 7,80 m breit.
- 14 Franz Michael Schirrmann, von 1778–1806 Pfarrer in Honau, trat im Dezember 1806 mit 75 Jahren wegen Gebrechlichkeit in den Ruhestand, verstarb im April 1809 in Bühlertal.
- 15 Die Kirchspielsgemeinde umfaßt diejenigen Personen, für deren Nutzen die Kirche gebaut wird.
- 16 Louis René Édouard Fürst von Rohan, eigentlich de Rohan-Guémennée, geb. 25.9.1734 Paris, gest. 17.2.1803 Ettenheim, Kardinal (seit 1778), Fürstbischof von Straßburg. Rohan war die zentrale Figur in der sogen. Halsbandaffäre, 1790 zog er sich nach Ettenheim zurück, 1801 verzichtete er auf sein Bistum.
- 17 Pfarrarchiv Honau, Fsz. Nr. 17, Kirchenordnung und Gottesdienst, b. Andachten, 1781–1911.

- 18 Das weltliche Gebiet des Hochstiftes Straßburg auf dem rechten Ufer des Rheines bildeten die Oberämter Ettenheim (mit der Abtei Ettenheimmünster) und Oberkirch (mit dem Kloster Allerheiligen).
- 19 Philipp Hammer, geb. 28.8.1805 Grünsfeld, gest. 5.4.1880 Heiligenzell, von 1841–1845 Pfarrer in Honau.
- 20 Joseph Anton Ludolph Vogler, geb. 21.12.1771 Offenburg, gest. 30.6.1847, der letzte Konventuale des Klosters Allerheiligen, seit 1823 Pfarrer in Ottersweier.
- 21 Gregor Daniel, geb. 12.3.1788 Weier, gest. 7.5.1855, von 1824–1845 Pfarrer in Gams-
hurst.
- 22 Gleichzeitige Nutzung kirchl. Einrichtungen durch Angehörige verschiedener Be-
kenntnisse.
- 23 6,60 × 7,80 × 3 m.
- 24 Siehe hierzu auch Freiburger Diözesanarchiv, Jahrgang 1930, S. 172–174; Joseph
Sauer: Die kirchliche Kunst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.
- 25 Gesetz, die Kirchen- und Schul-Baulichkeiten betr. vom 26.4.1808, Reg.-Blatt S. 114.
- 26 In der Literatur wurde die Größe der Kirche bisher mit 26,50 × 12 × 8,50 m angegeben
(so in den beiden Realschematismen der Erzdiözese Freiburg von 1910 und von 1939
sowie Ludwig Heitzmann in „Der Amtsbezirk Kehl in Vergangenheit und Gegen-
wart“). Hierzu ist anzumerken, daß das Langhaus eine lichte Breite von 12 m aufweist.
Berücksichtigt man die Außenmauern, ist diese jedoch 13,4 m breit. Die Länge beträgt
auch nicht 26,5 m, sondern 33,2 m.
- 27 Josef Rudloff, geb. 21.7.1803 Honau, gest. 19.3.1876 Honau, seit Mitte 1844 Bürger-
meister.
- 28 Linke Seite des Altares, auf der der Priester früher das Evangelium las; Gegensatz:
Epistelseite.
- 29 Friedrich Eugen Karl, geb. 24.9.1836 Langenried, Pfarrei Kupprichhausen, gest.
3.1.1914, von 1878 bis 1881 Pfarrverweser in Honau.
- 30 Karl Franz Steinbach, geb. 2.6.1865 Waldmühlbach, gest. 12.5.1927 Gernsbach, von
1904–1912 Pfarrer in Honau.
- 31 Einen systematischen Überblick über die Stieffell-Disposition bietet: Acta organologi-
ca, 7/1973.
- 32 Siehe z.B.: Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden, 7. Band, Kreis Offen-
burg; Tübingen 1908 oder Freiburger Diözesanarchiv, Jahrgang 1919, S. 394; Joseph
Sauer: Reformation und Kunst im Bereich des heutigen Baden.
- 33 Siehe Eva Zimmermann: Die Marienkrönung in Honau, in „Festschrift für Peter Wil-
helm Meister zum 65. Geburtstag am 16. Mai 1974“, Seiten 95–103.

Der Maler (und Fotograf) Lambert Sachs aus Mannheim (1818–1903) und seine Beziehungen zu Offenburg

Hans Joachim Bodenbach

Mit *Lambert Sachs* lernen wir hier einen Künstler kennen, der, obwohl fast 70 Jahre in Baden ansässig und auch mit mehreren Ateliers in den verschiedensten Städten des Landes vertreten, bis heute der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben ist.

Erst als im Jahre 1991 ein ‚*Werk eines anonymen Deutschen Meisters der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts*‘ im rheinischen Kunsthandel auftauchte und dieses dann aufgrund eines für die Trierer Stadtgeschichte wichtigen Bildinhalts vom dortigen Museum Simeonstift angekauft wurde, erhielt die Forschung am Leben und Werk dieses Malers neuen Auftrieb¹.

Dazu bedurfte es aber zunächst der Umsicht einer beim Museum tätigen Kunsthistorikerin: Diese fand bei genauer Betrachtung des Doppelporträts auf einem Buchrücken nicht nur eine Widmung an einen Freund des Malers, sondern auch den Namen *Sachs* von des Künstlers eigener Hand. Bei weiterem Nachforschen und umfangreicher Korrespondenz mit den verschiedensten Institutionen entdeckte sie dann auch eine in der Mannheimer Kunsthalle befindliche Foto- und Textsammlung zu Lambert Sachs. Diese stammte aus einer privaten Forschungsarbeit und war dort im Jahre 1983 hinterlegt worden². Das Konvolut enthielt zahlreiche Fotos und Erläuterungen zu etwa 20 Ölgemälden, 70 Zeichnungen und 2 Lithografien des Malers. Über verschlungene Wege führten weitere Spuren schließlich zum Verfasser dieser Unterlagen, so daß 1993 die erste größere Arbeit über ein in einem deutschen Museum befindliches Werk des Künstlers erscheinen konnte³. Seit dieser Zeit wurde die Suche nach weiteren Werken wie auch die genaue Abklärung seines recht abenteuerlichen Lebens erheblich intensiviert. Das Ergebnis dieser umfangreichen Bemühungen kann erstmals im Jahre 1996 der Öffentlichkeit – publiziert in einem renommierten badischen Jahrbuch – in gedruckter Form vorgelegt werden: Es umfaßt den gesamten Wissensstand einschließlich eines bis 1995 vollständigen Katalogs, zudem das Ergebnis ausführlicher Literaturrecherchen in den Kunsthandbüchern Deutschlands wie auch verschiedenen englisch- und französischsprachigen Standardwerken⁴. Dabei wurde deutlich, daß Lambert Sachs schon sehr bald, und zwar bereits 1845, d.h. schon seit seinem 27. Lebensjahr, in einem der ersten Künstler-Lexika aufgeführt wurde⁵. Aller-



Abb. 1: Wappen des Hofschlossermeisters Georg Sachs aus Neuburg an der Donau

Verliehen im Jahre 1596 als Dank für die beim Bau des Schlosses geleistete Mitarbeit.

Gelb-weinrot-kolorierte Ausfertigung auf Papier, 14 × 11 cm (Verbleib des Original-Wappenbriefes unbekannt).

Geschenk von Frau Julie Kortmann, geb. von Sachs, Düsseldorf, im Jahre 1977, an das Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

dings beziehen sich fast alle späteren Handbücher weitgehend auf diesen Ersteintrag (mit nur wenigen späteren Ergänzungen), so daß der nicht ganz unbegründete Eindruck entstand, der Maler sei nach seinen Studienjahren weitgehend in Vergessenheit geraten. Dies aber hatte – wie wir später sehen werden – durchaus etwas mit seinem unsteten Lebensweg, aber auch seinen speziellen Fachgebieten zu tun.



*Abb. 2: Lambert Sachs, der Maler mit Pinsel und Palette
Farbiges Selbstporträt (um 1850)
Zeichnung auf dünnem Karton, 25 × 17 cm (Privatbesitz)*

Herkunft und Jugend

Bei der Arbeit an seiner interessanten Lebensgeschichte, die ihn nicht nur durch alle Teile Badens, durch Europa und später auch nach Übersee führte, ergaben sich immer wieder Beziehungen zur Stadt Offenburg und zur Ortenau, so daß auch aus diesem Grund eine genauere Betrachtung der Hintergründe dazu gerechtfertigt erscheint.

Werfen wir zunächst aber erst einen kurzen Blick auf seine Herkunft: Lambert Sachs kommt aus einer – heute urkundlich bis 1491/92 belegten Familie, deren Wurzeln zuerst in der Stadt Nürnberg auszumachen sind. Allerdings besteht keine Verwandtschaft zum Poeten Hans Sachs und auch nicht zur namensgleichen ratsfähigen Familie der Stadt⁶. Im 16. Jahrhundert erhielt die Familie aufgrund großer Verdienste in handwerklichen Berufen einen Wappenbrief (*Abb. 1*), wurde teilweise sogar geadelt⁷. Aus dem ursprünglichen Stamm leiten sich also sowohl adelige wie bürgerliche Geschlechter, darunter katholische, kalvinistische, protestantische und auch jüdische Linien ab. Der Wissensstand zu dieser Familie Sachs sowie den häufig damit versippten Junghan(n)s-Stämmen wurde auch in einer von 1877–1908 erschienenen Zeitschrift festgehalten⁸. Spätere genealogische Fortschritte sind nicht sehr zahlreich und fanden erst 1992 weitgehend ihren Abschluß⁹.

Lambert Sachs (*Abb. 2*), der zu Lebzeiten nur wenig von dieser Abkunft gekannt haben wird, wurde am 5. November 1818 in Mannheim geboren. Er war der 3. Sohn des Gymnasialprofessors Carl Borromäus (Bartholomäus) Sachs (*Abb. 3*) und dessen 1. Ehefrau Anna Margaretha Maria Catharina Die(h)l aus Worms¹⁰. Der älteste Bruder (Carl Georg, 1816–1896) wurde Staatsbeamter (Domänenverwalter in Neckargemünd, später Obereinnehmer in Wertheim/Main), der 2. Sohn Heinrich (1817–1890) – und hier sehen wir bereits einen ersten und engen Bezug zu Mittelbaden und der Ortenau – war Posthalter in Offenburg! Eine jüngere Schwester sowie zwei weitere Stiefschwestern (aus 2. Ehe des Vaters mit einer geb. Junghanns) sind früh verstorben.

Die Schulzeit in Mannheim¹¹ war für den jungen Sachs keine Freude: Er mußte – vielleicht auch wegen zahlreicher Kinderkrankheiten, von denen in seinem späteren Nachruf¹² die Rede ist, die höhere Schule schon nach der 3. (statt 4.) Klasse verlassen. Anders als seine Vorfahren und Geschwister, die über Jahrhunderte ihr Auskommen in städtischen oder staatlichen Diensten fanden, ging Lambert Sachs einen völlig anderen Weg, er schlug nämlich – möglicherweise auf Anraten seines Zeichenlehrers, des Kupferstechers Bissell (Bisell) – eine künstlerische Laufbahn ein.



Abb. 3: Lambert Sachs, Prof. Carl Borromäus (Bartholomäus) Sachs aus Mannheim (1786–1853, Vater des Künstlers) Öl auf Leinwand, 58 × 49 cm (Privatbesitz)



*Abb. 4: Lambert Sachs, Anna Maria Cäcilia Carolina Sachs
(1820–1834, Schwester des Künstlers, aus Mannheim)
Öl auf Leinwand, 62 × 52,5 cm (Privatbesitz)*



Abb. 5: Lambert Sachs, Brunnenburg und Schloß Tirol, bei Meran October 1844
Schwarz-weiß-Zeichnung auf Papier, mit handschriftlicher Signierung und Datierung, 20,5 × 26 cm.

Bestand Malmappe des Künstlers im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

Studium und Studienreisen

Von April 1832 an, d.h. ab seinem 14. Lebensjahr, besuchte er die Großherzogliche Gemäldegalerie (sic!) seiner Vaterstadt¹³, wo die Professoren Götzenberger und Weber seine Lehrer waren¹⁴.

3 Jahre später, d.h. im Jahre 1835, wechselte er dann an die Malerakademie nach Karlsruhe. Dort wurde jedoch ein offizieller Lehrbetrieb als ‚Karlsruher Kunstschule‘ erst 1854 eingerichtet, so daß vorerst unklar bleibt, welche Lehrer ihn dort weiter unterrichteten¹⁵. Allerdings muß Lambert Sachs schon zu diesem Zeitpunkt ein guter Maler, vor allem Porträtist, gewesen sein: Hat er doch schon in seinem 16. Lebensjahr ein großformatiges Ölbild seiner Schwester Anna Maria Cäcilia Carolina fertigge-



Abb. 6: Lambert Sachs, Etschthal

Schwarz-weiß-Zeichnung auf Papier, mit handschriftlicher Signierung (wahrscheinlich aus dem Jahre 1844), 21 × 26,5 cm.

Bestand Malmappe des Künstlers im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

stellt, wahrscheinlich kurz vor ihrem frühen Tod, wodurch der Zeitansatz gesichert ist (*Abb. 4*). Seit 1835 wird er auch erstmals als Teilnehmer an den Ausstellungen des Badischen bzw. Rheinischen Kunstvereins genannt, weiterhin – allerdings mit Unterbrechungen – dann sogar bis einschließlich 1842, und dies durch Kataloge für insgesamt 5 Jahre belegt¹⁶! Seit 1839 oder 1840 finden wir ihn dann als Eleve der königlichen Kunstakademie in München. Dort erhält er sogar 2 Stipendien, interessanterweise allerdings vom badischen Hof, in Höhe von jeweils 200 Gulden für die Jahre 1840 und 1841¹⁷.

1845 schließt er seine Studien in München ab und begibt sich wenig später wieder auf Reisen, die ihn schon früher in die Bayerischen Alpen, nach Österreich und Südtirol (*Abb. 5 und 6*), in die Schweiz (?) und auf den Balkan geführt hatten. Wir finden ihn nun in Trier, dann in Frankreich und später für einige Zeit auch in der Hauptstadt Paris. Gesichert ist auch eine

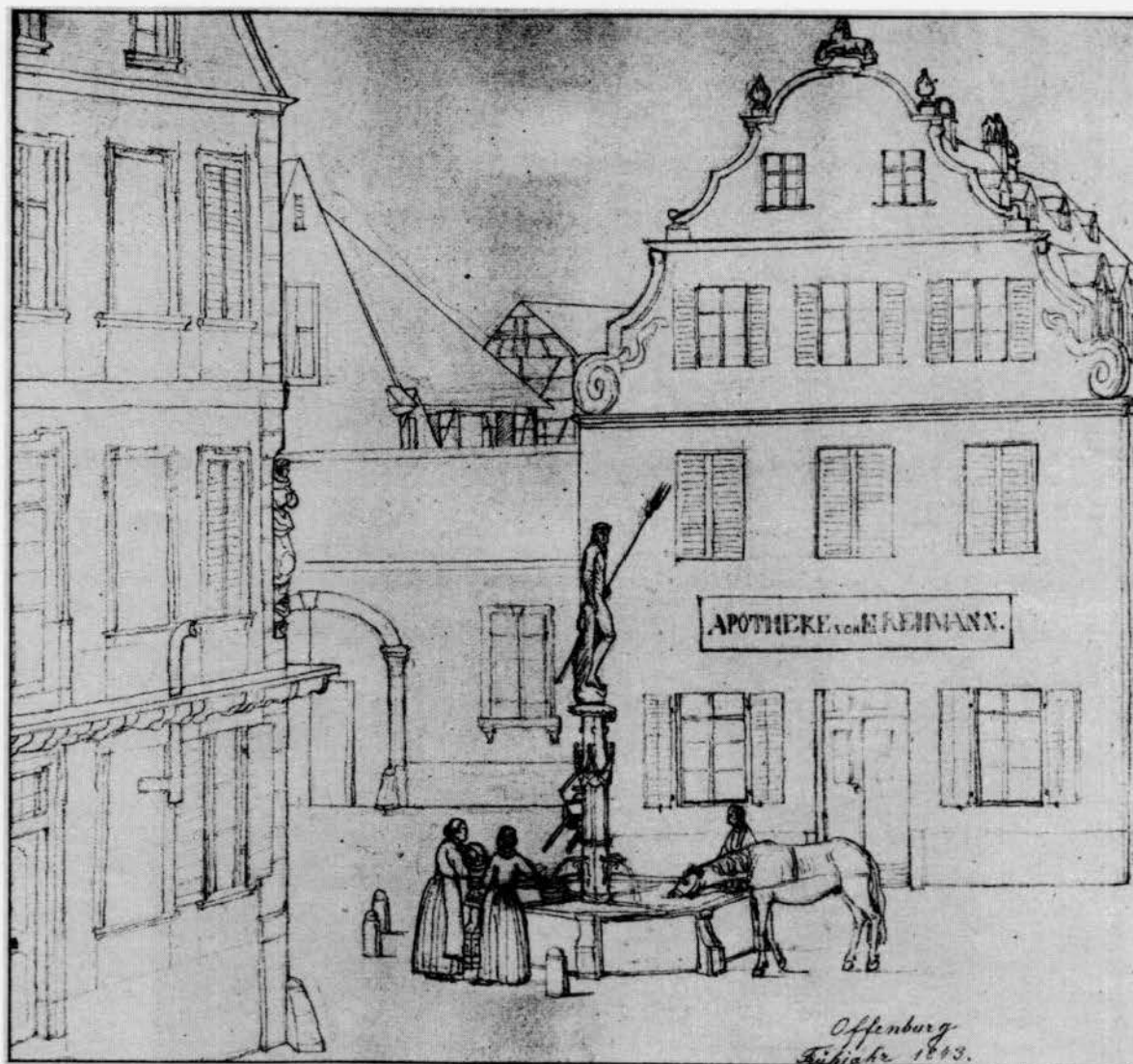


Abb. 7: Lambert Sachs, Offenburg Frühjahr 1843
 Schwarz-weiß-Zeichnung auf Papier mit handschriftlicher Signierung und Datierung aus dem Jahre 1843, 21 × 22 cm (Privatbesitz)

frühere Rheinreise per Schiff im Jahre 1843, auf der eine Reihe von Skizzen, vorwiegend von Burgen und Schlössern entstanden sind. Diese Zeichnungen befinden sich in seiner noch heute vorhandenen Malmappe, ‚Album‘ genannt¹⁸.

Lambert Sachs in Offenburg

Die künstlerische Ausbildung an Kunstschulen und Akademien zum Maler hat bei L. Sachs ausweislich vorhandener Dokumente von 1832–1845, d. h. fast 13 Jahre gedauert. Abgesehen von den beiden Stipendien, mußte der Lebensunterhalt durch väterliche Zuwendungen oder – was auch heute für



*Abb. 8: Lambert Sachs, St. Pankratius
Öl auf Leinwand. Ca. 100 × 75 cm. Signiert: L. Sachs
(Aus den Jahren 1844/45)
Katholische Kirche Offenburg-Windschläg/Baden (Wiedergabe mit Genehmigung
der Kirchengemeinde)*

viele Studenten gilt – durch ‚Ferienarbeit‘ sichergestellt werden. Und hier deutet sich ein weiterer Ansatz für Kontakte zu Offenburg an.

Wir hatten eingangs schon erwähnt, daß sein älterer Bruder Heinrich (1817–1890) nach Ausbildung bei der badischen Post eine Stelle als Posthalter in Offenburg zugewiesen bekam. Dies dürfte auch der Hauptgrund für frühere und auch viele spätere Kontakte zu dieser schönen Stadt gewesen sein. Hat ‚L.S.‘ – wie er gelegentlich seine Werke signiert – doch sein ganzes Leben eine sehr enge Bindung zu seiner Verwandtschaft behalten. Fast alle Familienangehörigen wurden deshalb z.T. mehrfach von ihm porträtiert. Der Grund für diese Anhänglichkeit mag auch darin begründet sein, daß der Maler zeitlebens unverheiratet und auch kinderlos geblieben ist.

Einen 1. Aufenthalt in Offenburg können wir zeitlich ziemlich genau eingrenzen, gab es doch in seiner Malmappe eine größere Zeichnung mit dem handschriftlichen Zusatz: Offenburg Frühjahr 1843! (*Abb. 7*). Sie zeigt die heutige Offenburger Hauptstraße mit dem bekannten Neptunbrunnen und im Hintergrund die damalige ‚Apotheke von E. Rehmann‘ (heute: Einhorn-Apotheke), ein Stadtbild, das bis heute weitgehend erhalten ist. Es ist davon auszugehen, daß der Maler zu dieser und anderen Zeiten bei der Familie seines Bruders wohnte, hat er doch auch in den folgenden Jahren in Offenburg und Umgebung künstlerische Aktivitäten entfaltet. Diese wurden dem Verfasser dieses Berichtes erst im Jahre 1994 als Ergebnis eines von ihm verfaßten und an mehr als 120 Museen und Archive in 5 Länder versandten Rundbriefs bekannt¹⁹. Das erfreuliche Resultat waren 3 (von insgesamt allerdings nur 4!) im gesamten badischen Raum bisher aufgefundenen Gemälden, davon 2 in der Katholischen Kirche Offenburg-Windschlag²⁰ (*Abb. 8 und 9*).

Es sei daran erinnert, daß diese Kirchenbilder (St. Pankratius und Madonna mit Kind) bereits einmal im gleichen Jahrbuch DIE ORTENAU im 34. Heft, Jahrgang 1954, in einem Aufsatz unter dem Titel ‚Kunstwerke und Künstler in Windschlag‘ Erwähnung fanden²¹. Dabei ist auch vermerkt, daß Lambert Sachs in den Jahren 1844/45 aus bis heute nicht geklärten Gründen zu diesem mit 500 Gulden gut dotierten Auftrag kam, nachdem zuvor eigentlich schon der damals bekannte Maler Wilhelm Dürr damit betraut war. Warum dieser Wechsel geschah, konnte bis heute nicht geklärt werden. Die beiden Heiligenfiguren – ursprünglich in den Seitenaltären – dann aber später unmittelbar neben dem Kirchenportal aufgehängt, befinden sich jetzt im rechten Kirchenschiff in etwa 4 m Höhe. Die im Bericht von 1954 erwähnte Signatur L. Sachs auf beiden Bildern konnte bisher nicht nachgeprüft werden. Dies muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten



*Abb. 9: Lambert Sachs, Madonna mit Kind
Öl auf Leinwand. Ca. 100 × 75 cm. Signiert: L. Sachs
(Aus den Jahren 1844/45)
Katholische Kirche Offenburg-Windschläg/Baden
(Wiedergabe mit Genehmigung der Kirchengemeinde)*

bleiben, wenn die Gemälde wieder einmal abgenommen werden. Von den beiden Heiligenbildern hat besonders der Hl. Pankratius für die Kirchengemeinde von Windschlag (heute Stadtteil von Offenburg) besondere Bedeutung, ist doch dieser jugendliche römische Märtyrer nicht nur Namensgeber der Kirche, sondern auch ein Hinweis auf ein sehr altes Patrozinium. In der Tat wurde Windschlag bereits im 8. Jahrhundert fränkisches Königsgut, die Ortenau war also schon früh christlich. Daß Lambert Sachs hier religiöse Themen aufgegriffen hat, ist aus seinem ganzen Berufsleben zu verstehen, hat er sich doch schon während seines gesamten Studiums mit diesem Themenkreis befaßt und davon zahlreiche Entwürfe in seinem ‚Album‘ hinterlassen. Auch in seinen späteren Lebensjahren, auf die wir noch in unserem Bericht kommen werden, hat er zeitweise ausschließlich für die Kirchen des Landes gearbeitet, so daß die obengenannten früheren Aufträge auch unter diesem Gesichtspunkt verständlich erscheinen.

Nach Ende seines Kunststudiums in München im Jahre 1845 begab sich Lambert Sachs – wie schon erwähnt – auf Wanderschaft. Neben weiteren Studienreisen finden wir ihn 1849 erneut in Offenburg. Diesmal dürfte er sich sogar längere Zeit dort aufgehalten haben, wahrscheinlich auch wiederum bei der Familie seines Bruders untergekommen sein. Nun galt es, Verbindungen zu eventuellen Kunden zu knüpfen, da der Lebensunterhalt verdient werden mußte, was in Anbetracht der großen Zahl von Porträtmalern kein leichtes Unterfangen war²². Trotzdem gelang es ihm, diesmal das heute unter dem Namen ‚*Familienbildnis Kohler*‘ bekannte Gruppenporträt als Auftrag zu erhalten (Abb. 10). Das farbige Gemälde befindet sich heute im Ritterhausmuseum Offenburg. Es stellt den Oberlehrer Joseph Kohler aus Offenburg mit Ehefrau und 3 Kindern vor einer Baumkulisse dar. Im Hintergrund – wie bei vielen biedermeierlichen Gemälden üblich – ein kleines Attribut: Schloß Ortenberg. Auf dem Schoß der schon etwas älteren Mutter ein Kleinkind: Der spätere Jurist und Amtsrichter in Mannheim, Franz Joseph Kohler: Seit 1888 Mitglied der Berliner Universität und dann weltberühmter Professor der Rechte – ebenfalls in Berlin. Dieses Gemälde, das bereits 1984 in einem Ausstellungskatalog wiedergegeben wurde²³ und dann im Jahre 1996 auch als Farbabbildung erscheinen wird²⁴, hat für den Maler wesentliche Bedeutung: Hat doch das Offenburger Museum von diesem Gemälde eine Farbpostkarte herausgegeben, die dort auch käuflich zu erwerben ist! Interessant an dieser Karte ist auch der aus unbekanntem Gründen in englischer Sprache abgefaßte Text, der wie folgt lautet:

FAMILY PORTRAIT KOHLER, by Lambert Sachs
Museum Offenburg
On the lap of his mother the later world famous
jurist Josef KOHLER (1849–1919)

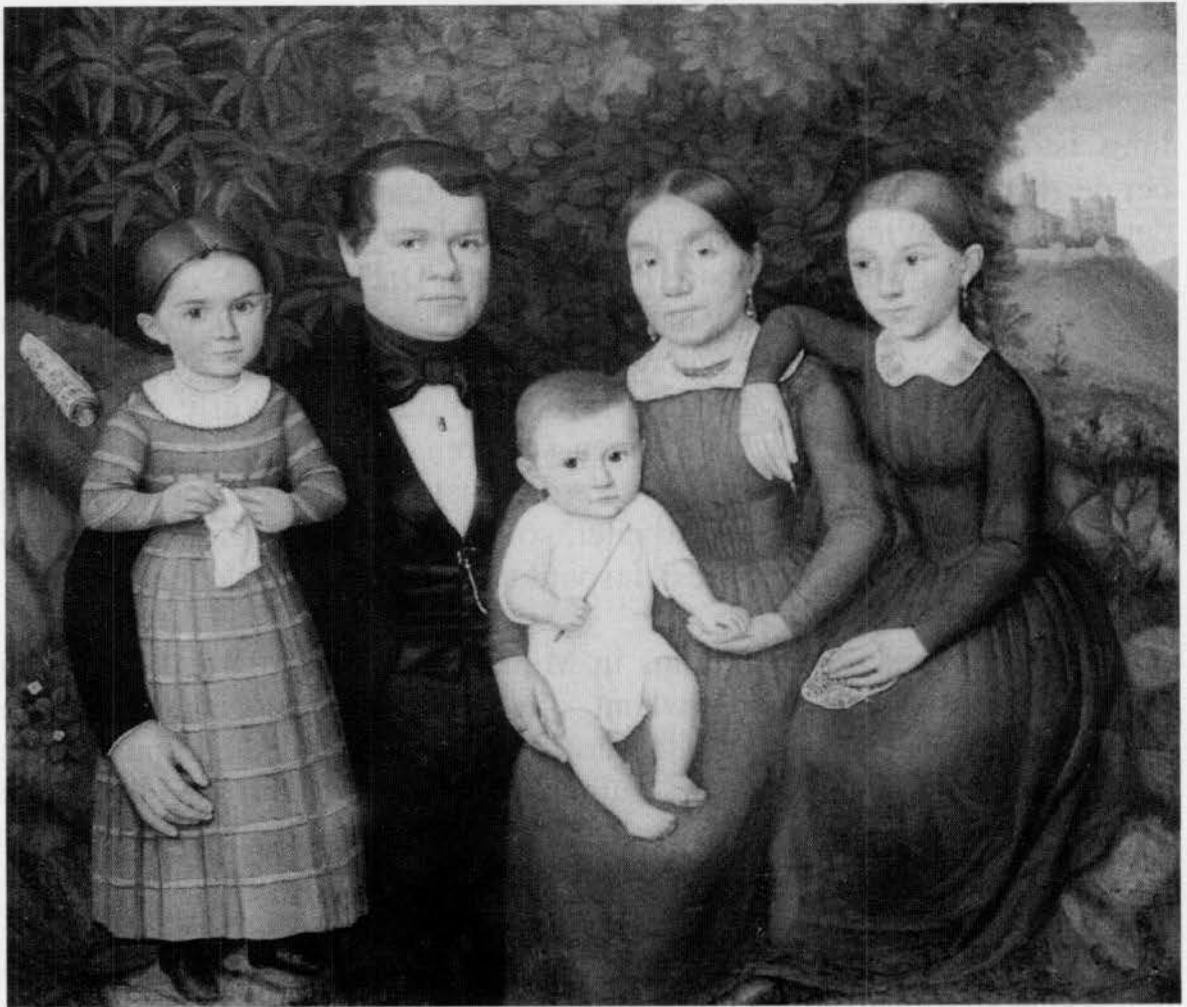


Abb. 10: Lambert Sachs, Familienbildnis Kohler
 Öl auf Leinwand, 54 × 63 cm. Signiert (monogrammiert) LS und datiert 1849. Im Hintergrund Schloß Ortenberg bei Offenburg/Baden.
 (Rückseitig ausführliche biographische Daten zu den dargestellten Personen, dem Oberlehrer Joseph Kohler aus Offenburg (1808–1874) und seiner Ehefrau Amalie, geb. Schmider und den 3 Kindern. Das Kleinkind auf dem Schoß der schon älteren Mutter ist der spätere Mannheimer und dann Berliner Jurist Prof. Franz Joseph Kohler (1849–1919))
 (Städt. Ritterhausmuseum Offenburg/Baden, Inv.-Nr. 3160)
 (Wiedergabe mit Genehmigung des Ritterhausmuseums Offenburg/Baden)

Noch ein weiteres Dokument aus diesen Jahren, das sich heute im Familienarchiv Sachs befindet, zeigt uns ausschnitthaft die Beweglichkeit und das fast rastlose Reisen des Malers: Es ist ein Passierschein aus den unruhigen Jahren der badischen Revolution von 1848/49, das dem Künstler erlaubt, zusammen mit dem Holzhändler Bucherer von Gernsbach in Baden über Karlsruhe, Mannheim, Frankenthal und Mainz nach Frankfurt zu reisen (Abb. 11).

Sie Herrn Lambert Sachs, Maler von Mannheim mit
 Höchstl. Befehl, Holzmeister von Straubenz,
 können eingeführt sein für diese Reise nach
 Mannheim reisen.

Holzmeister Straubenz den 30. Juni 1849

A. S.

Der Platzverwalter
 Klingelhoff
 Straubenz

Nach Frankfurt am Main
 Mannheim 27. Juli 1849
 Gernsbach, Baden



Sachs

1849
 Hauptstadt
 Mainz 3. Juli 49.
 von
 Heppeler



Gegeben wie Mainz nach
 Mainz den 3. Juli 1849
 Lambert Sachs
 J. H. Heppeler

Jacob
 Hauptstadt, 3. Juli 1849
 Heppeler



Abb. 11: Lambert Sachs, Passierschein für den Maler aus dem Jahre 1849
 Ausgestellt am 30. Juni 1849 in Gernsbach/Baden für eine Reise über Karlsruhe,
 Mannheim, Frankenthal und Mainz nach Frankfurt am Main. Auf Papier,
 33 x 20,8 cm.
 Bestand Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)



*Abb. 12: Lambert Sachs, Sagengestalt ‚Kampf mit dem Löwen‘
Schwarz-weiß-Zeichnung auf Papier, 18 × 18 cm.
Bestand Malmappe des Künstlers im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)*

Daß sich der Maler zu allen Zeiten mit mythologischen und religiösen Themen befaßt hat, sehen wir auch in der beachtlichen Zahl solcher Skizzen und Entwürfe, die in seiner Malmappe bis heute erhalten sind. Darunter z. B. eine Sagengestalt (Kampf mit dem Löwen) (Abb. 12) und ein Entwurf für ein weiteres Kirchenbild, das aber bis heute nicht bekanntgeworden ist: ‚Jesus wird in das Grab gelegt‘, mit eigenhändiger Beschriftung und Datierung ‚L. Sachs 1850‘ (Abb. 13). Dieses ist das bis heute letztdatierte Werk, bevor der Künstler Baden und Europa verließ.



Abb. 13: Lambert Sachs, *Jesus wird in das Grab gelegt*, L. Sachs 1850
 Schwarz-weiß-Zeichnung (Leichnam Jesu Christi und umstehende Personen weiß überhöht)
 Mit eigenhändiger Signierung und Datierung, auf Papier, 16 × 19 cm.
 Bestand Malmappe des Künstlers im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

Lambert Sachs in den Vereinigten Staaten von Amerika (1850–1862)

Nach den *Familiennachrichten*²⁵ muß sich Lambert Sachs im Jahre 1850 der großen Auswandererwelle angeschlossen und den Schritt in die Neue Welt gewagt haben. In diesen Jahren war tatsächlich auch der Höhepunkt der Emigrantenzahlen, eine Bewegung, die selbst durch staatliche Stellen intensiv gefördert wurde. Eine Dauerausstellung im Offenburger Museum gibt dazu einen lebendigen Bericht mit Hinweis auf die wichtigsten Häfen²⁶. Aus dem badischen Raum und auch aus den sonstigen süddeutschen Ländern bestieg man also das Schiff normalerweise in den Nieder-

landen oder in Frankreich. Dafür spricht auch, daß L. Sachs in den Hamburger Auswandererlisten nicht erscheint²⁷, für Bremen ist ein sicherer Nachweis allerdings nicht mehr möglich²⁸. Dagegen finden wir aber in seiner Malmappe einen eindeutigen Beleg für seine Ankunft in Übersee²⁹ und mit noch größerer Sicherheit wird der Termin durch ein im Sommer 1993 in New York bei SOTHEBY versteigertes Gemälde (3 Kinder) gesichert: Es ist signiert und datiert mit 1851! Lambert Sachs war also schon wieder künstlerisch tätig!

Somit scheint sich auch der in den *Familiennachrichten* erwähnte Hinweis zu bestätigen, er habe in New York ein Maleratelier betrieben³⁰. Genau lokalisieren ließ es sich allerdings noch nicht, da der Name Lambert Sachs bisher nicht in den City directories der Stadt auftaucht³¹. Auch das im Text erwähnte Fotoatelier ist noch nicht gefunden. Andererseits erfahren wir dadurch von einer neuen technischen Entwicklung, dem ‚Fotografieren‘, allerdings auch einer neuen beruflichen Konkurrenz, die vor keinem der etablierten Maler haltmachte. Es galt abzuwägen, ob man bei seiner Porträtmalerei blieb oder sich zumindest mit der neuen Kunst auseinandersetzte. Von Lambert Sachs kennen wir aus New York oder Umgebung bis heute kein einziges Foto. Dafür aber später aus Philadelphia, wohin er 1854, also nur wenige Jahre später, umzog³². Wahrscheinlich war ihm aber auch in New York der Markt zu eng geworden, und er erhoffte sich weiter im Westen bessere Verdienstmöglichkeiten. Zunächst stellten sich auch gute Erfolge ein, nimmt er jetzt sogar an Kunstausstellungen der Academy of Fine Arts in Philadelphia teil³³. Aber sein unruhiges Blut trieb ihn weiter, so daß wir ihn plötzlich im Jahre 1856 als Besitzer einer kleinen Landwirtschaft wiederfinden:

„Mehrere Jahre lebte er als Farmenbesitzer in der Wildnis, 30 engl. Meilen vom nächsten Nachbar, ganz allein und ohne Personal, so daß verschiedenste Erlebnisse nicht ausblieben, darunter sogar ein Überfall der Hütte durch einen Bären, sowie ein dreimonatliches Krankenlager infolge einer beim Baumfällen mit dem eigenen Beile erhaltenen Fußverletzung . . .“

so berichten die *Familiennachrichten* über ihn³⁴.

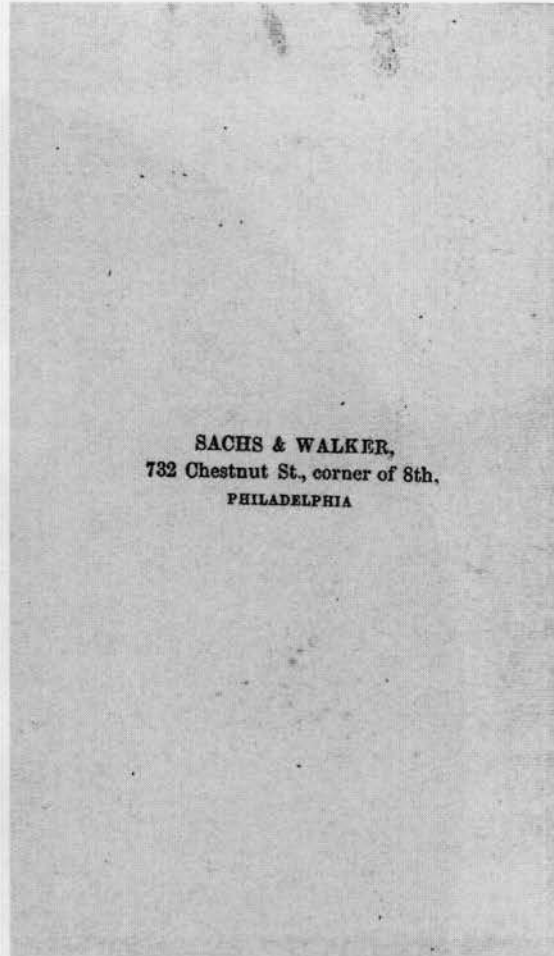
Aber schon 1858 hat er die Farm wieder aufgegeben! In Ocean County, New Jersey, 50 Meilen südöstlich von Philadelphia, erledigt er verschiedene Auftragsarbeiten. 1857 malt er dann sein heute berühmtestes Bild:

The Herbert children (of Toms river)

Es ist ein in leuchtenden Farben gehaltenes Kinder-Doppelporträt, das sich als Schenkung in der National Gallery of Art in Washington, D.C., befindet.



*Abb. 14a: Vorderseite des Fotos
Junge Frau
(leicht koloriert)
(9,5 × 5,9 cm)*



*Abb. 14b: Rückseite des Fotos
Text:
SACHS & WALKER
732 chestnut St., corner
of 8th, PHILADELPHIA*

Abb. 14: Lambert Sachs, Foto aus dem Atelier SACHS & WALKER, Philadelphia (USA)

Aufnahme von 1861/62. Das Gesicht der Dame ist leicht rosa koloriert. Foto aus dem Visitenkartenbuch seines Bruders Carl Georg, heute Bestand Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

Seit 1983 ist dem Museum auch der Maler bekannt. Obwohl eindeutig mit ‚L. Sachs‘ signiert, war der Künstler der Nationalgalerie bis zu diesem Zeitpunkt absolut ungeläufig. Erst die Erstellung von Fotos und Daten³⁵ und die Weitergabe an die Smithsonian Institution in Washington, D.C., hat die Verbindung hergestellt: Letztere ist nämlich die zugehörige Forschungseinrichtung der Washingtoner und anderer Museen. Seit diesen Jahren wurde auch die Forschung zu Lambert Sachs in den USA intensiviert, die dann im Jahre 1992 zu einer ersten, zusammenfassenden Arbeit



*Abb. 15: Lambert Sachs, Militär (US-Soldat)
Foto aus dem Atelier SACHS & WALKER, PHILADELPHIA (USA).
Von L. Sachs koloriertes Foto. Aufnahme von 1861/62. Ovalbild im Format
27 × 21,8 cm unter Passepartout. Textumschrift: SACHS & WALKER, 732 Ches-
nut St. S.E. cor. Eighth, Philada.
Aus der Malmappe des Künstlers. Heute Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)*

über das künstlerische Wirken des Malers in den Vereinigten Staaten führte³⁶.

1859 oder 1860 kehrte L. Sachs nach Philadelphia zurück. Er wird jetzt wieder als ‚*teacher of drawing and painting*‘ in den Bürgerlisten geführt. 1861 eröffnet er jedoch – zusammen mit einem ‚gelernten Fotografen‘ namens Louis Walker ein Fotostudio, wobei auf den erhalten gebliebenen Fotos der Firmennamen als SACHS & WALKER erscheint³⁷ (Abb. 14 und 15). In der neuen Kunst scheint er aber nicht besonders erfolgreich gewesen zu sein, übernahm er doch – ausweislich erhaltener kolorierter Aufnahmen – mehr den künstlerischen Part. Daneben nahm er weiterhin Aufträge für Porträts an, es erscheinen aber auch erstmals großformatige Darstellungen mit bewegten Motiven, wie z. B. Schlachtengemälde³⁸.

Im Sommer 1995 ging dem Familienarchiv Sachs aus entferntem Verwandtschaftsbesitz ein bisher völlig unbekanntes fotografisches Selbstporträt des Künstlers zu, das hier erstmals publiziert werden kann³⁹ (Abb. 16). Die Aufnahme wurde in den Jahren 1861 oder 1862 in seinem Atelier in Philadelphia angefertigt. Dafür gibt es sichere Anhaltspunkte: Der Porträtierte, der Maler selbst, hat sich handschriftlich mit folgendem Text auf dem Foto zu erkennen gegeben:

Lambert, seinem lieben Bruder Carl Sachs

Außerdem war das Atelier schon bisher mit seinem charakteristischen Teppichboden gut bekannt, selbst dessen Farben waren schon in einem weiteren, noch in der Malmappe befindlichen, kolorierten Abzug eines dort fotografierten amerikanischen Soldaten wiedergegeben!

Das obengenannte Selbstporträt – im Visitformat der damaligen Zeit – hatte L.S. damals nach Europa geschickt, obwohl er möglicherweise zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wußte, daß er schon bald selbst, nämlich im Jahre 1862 nach Deutschland zurückkehren würde!

Dabei hatte er trotz seines mehr als 10jährigen Aufenthaltes in der Neuen Welt auch weiterhin engen Kontakt zu seiner Familie gehalten. So finden wir denn in seiner Malmappe, die er offensichtlich sein ganzes langes Leben mit sich führte, auch Hinweise auf Korrespondenz mit seinen beiden Brüdern. Dort ist auch ein Foto aus Offenburg vorhanden, das die Kinder seines Bruders, des Postverwalters Heinrich Sachs, Offenburg, mit handschriftlichem Hinweis auf Namen und Zeitpunkt (um 1860), zeigt⁴⁰ (Abb. 17).



*Abb. 16: Lambert Sachs, Maler und Fotograf (1818–1903)
Fotografisches Selbstporträt aus seinem Fotoatelier SACHS & WALKER in Philadelphia, PA, USA (1861/62)
Mit eigenhändiger Widmung: ‚Lambert seinem lieben Bruder Carl Sachs‘
Format: 9,9 × 6,1 cm, auf dünnem Karton aufgeklebt. Rückseitig unbeschriftet.
Das Foto wurde erst im Herbst 1995 aufgefunden, daher hier Erstveröffentlichung! Heute Bestand Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)*



Abb. 17: Aus der Mal- und Fotomappe des Lambert Sachs, Die Söhne des Postverwalters Heinrich Sachs in Offenbürg (gegen 1860).

Foto im Format 11,3 cm × 16,3 cm (mit abgerundeten Ecken) unter Passepartout. Auf der Vorderseite wie folgt beschriftet:

„Söhne des Postverwalters Heinrich Sachs in Offenbürg, später in Mannheim, gegen 1860“

Die mit Zahlen markierten Personen sind wie folgt handschriftlich erläutert:

1: Rudolf Sachs

2: Albert Sachs

3: Josef Sachs

Rückseitig ohne Beschriftung.

Foto heute im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)

Lambert Sachs wieder in Baden

Im Jahre 1862 finden wir den Maler wieder in Deutschland.

Genauso spontan, wie er sich 1850 nach New York eingeschifft hatte, kehrte er jetzt nach Deutschland zurück, ohne daß wir für beide Entschei-



*Abb. 18: Lambert Sachs, Maler (und Fotograf) (1818–1903)
Fotografisches Selbstporträt aus (seinem?) Heidelberger Atelier. Im Bildhintergrund das Neckarufer mit dem Heidelberger Schloß, möglicherweise auch ein Werk des Künstlers. Rückseitig beschriftet: Eduard Schultze, 79! Ploeck-Strasse 79! Heidelberg. (Aufnahme aus den Jahren 1862–1870)
Foto im Format 10,1 × 6,2 cm aus dem Visitenkartenbuch des Lambert Sachs. Bestand Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)*



Abb. 19: Lambert Sachs, Anna Franziska Cäcilia Sachs
Nichte des Künstlers aus Wertheim am Main
(Später verheiratet mit dem Arzt Dr. Klietsch)
Öl auf Leinwand, 32 × 25 cm. Signiert und datiert in roter Farbe: L. Sachs 1870
(Privatbesitz)

dungen irgendwelche Begründungen gefunden haben. Er ließ sich nun in Heidelberg nieder und betrieb wiederum ein Maler- und Fotoatelier⁴¹. Und abermals wiederholte sich das Geschehen von Philadelphia: Wieder war er nur Geschäftspartner eines Fotografen, zumindest schließen wir dies aus den auf seinen Fotos rückseitig aufgedruckten Herkunftsnachweisen. Ein eigenes Atelier unter seinem alleinigen Namen ist nämlich bis heute weder in Deutschland noch in den USA nachweisbar⁴². Wir kennen auch viele Einzelheiten aus seiner Heidelberger Zeit, wissen sogar – wie in Philadelphia –, wo und mit wem er zusammengewohnt hat⁴³. Und trotzdem zeigt sich ein Phänomen, das wir bis heute nicht klären konnten und das sich bis zu seinem Lebensende abzeichnet: Für den Zeitraum ab 1862 bis zu seinem Tode, d.h. für mehr als 40 Jahre, in denen er nachweislich noch als Maler tätig war, gibt es bis heute trotz intensiver Suche nur 2 (!) Gemälde!

Dafür hat uns der Künstler abermals ein fotografisches Selbstporträt hinterlassen: (*Abb. 18*). Es ist nicht datiert, mit Sicherheit aber aus dem Zeitraum 1862–1870 und zeigt den Maler mit den Utensilien seines Berufes vor einer – wahrscheinlich auch von ihm selbst stammenden Ansicht des Heidelberger Schlosses. Es dürfte demnach die Heidelberger Atelierausrüstung sein, von der aber nichts mehr erhalten ist⁴⁴.

Auch wenn bisher – wie oben schon gesagt – aus seinen späteren Jahren kaum noch künstlerische Exponate bekannt sind, wollen wir doch noch seinen weiteren Lebensweg im einzelnen betrachten:

Im Kriegsjahr 1870 verließ L. Sachs die Stadt Heidelberg und kehrte nicht mehr dorthin zurück. Zunächst begab er sich nach Wertheim am Main, wo sein Bruder Carl Georg Obereinnehmer, d.h. Finanzamtsvorsteher war. Hier malte er das wunderschöne Portrait seiner Nichte Anna Franziska Cäcilia Sachs, das insofern wichtig, weil es ‚L. Sachs 1870‘ signiert ist und bis Mitte 1995 das letztdatierte Werk überhaupt war⁴⁵ (*Abb. 19*).

Aber auch am Main hielt es ihn nicht lange: Nunmehr – diesmal aber letztmalig – wechselte er die Stadt und verlegte sein Atelier nach Freiburg im Breisgau. Hier lebte er weitere 30 (!) Jahre, wobei – ausweislich der Angaben in den *Familiennachrichten* ‚noch zahlreiche Gemälde, jetzt vorwiegend Altar- und Stationsbilder aus seiner Malwerkstatt hervorgingen‘ . . .

Ein Nachweis dieser Arbeiten ist jedoch trotz umfangreicher Sucharbeiten des Verfassers im Großraum Freiburg bis heute nicht gelungen. Da Kirchenbilder in der Regel nicht signiert wurden und auch zugehörige Künstlerverzeichnisse für diese Region nicht angelegt sind, kann erst künftige Aufmerksamkeit bei Restaurierungsarbeiten zu solchen Hinweisen



Abb. 20: Friedrich von Schiller (1749–1805)
Öl auf Leinwand, 22,5 × 19 cm. Mit bisher unbekannter Signatur **FD** Künstler
nicht bekannt.
(Ehemals Bestand der Malmappe des Lambert Sachs, heute gerahmt in Privatbesitz)

führen^{46, 47}. Einen kleineren Erfolg hatte der Rundbrief⁴⁸ aber für Freiburg nun doch: Im Sommer 1995 meldete das Städt. Augustinermuseum ein Männerbildnis aus seinem Porträtbestand: Es ist ein Ölgemälde des

„Eduard Vetter“, signiert mit „L. Sachs“ und „1882“⁴⁹. Es ist somit das letzte, bis heute bekannte Werk des Künstlers, obwohl er noch weitere 20 Jahre bis 1901 als Kunstmaler („Öl und Aquarell“) in den Einwohnerverzeichnissen der Stadt geführt wird⁵⁰. Offensichtlich war er dann aus Altersgründen in das Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern in die Zähringerstraße 4–10 gezogen, wo er auch am 14. Oktober 1903 verstorben ist. Sein Nachruf schließt mit den Worten:

„Als Senior der Familie verbrachte er, ein Musterbild der Zufriedenheit und Genügsamkeit, seine letzten Jahre als Pensionär, bis zu einem inneren Leiden sich eine Lungenentzündung als letzte Todesursache hinzugesellte“.⁵¹

Testament und Nachlaß des Künstlers

Als Ergebnis des „Rundbriefs“⁵² wurde auch die Existenz eines privatschriftlichen Testaments bekannt⁵³. Allerdings ist es im Original nicht mehr vorhanden. Dafür wurde aber dem Verfasser im Jahre 1994 die im Stadtarchiv Freiburg hinterlegte „Nachlaßakte Lambert Sachs“ zugänglich gemacht⁵⁴. In den etwa 20 Seiten umfassenden notariellen Unterlagen finden wir außerordentlich wichtige Hinweise zum Maler Lambert Sachs:

Zunächst einmal – und das ist besonders interessant und überraschend – L. Sachs war offensichtlich als wohlhabender Mann verstorben! Er hinterließ – bei wahrscheinlich sehr sparsamer Lebensführung – ein Vermögen von genau 41 812,- Mark, das der Notar vor allem aus den in Bahnaktien angelegten Geldern errechnet hatte. Darüber hinaus gab es Legate zu je 2000,- Mark für das Ordenshaus, verschiedene Nichten und Neffen sowie für einen Grabstein. Das Grab selbst ist aber heute nicht mehr nachweisbar, entweder kriegszerstört oder aber auch aufgelassen, vielleicht auch deshalb, weil der Künstler in Freiburg keine näheren Angehörigen mehr hatte⁵⁵. An materiellen Dingen hinterließ er nur wenig Hausrat wie Tisch und Stühle und somit nur das, was man in einem Altenheim unterbringen darf. Dafür fanden sich aber 14 (!) Gemälde, darunter auch 9 Porträts seiner Verwandten, übrigens mit der Auflage, sie für immer in Familienbesitz zu halten⁵⁶.

Auch wenn nicht im Detail erwähnt, gab es doch noch weitere persönliche Besitzstücke, die erst bei gezielter Suche in den letzten 10 Jahren bei entfernten Angehörigen des Malers aufgespürt wurden. Es sind dies:

– Malbuch des Künstlers

Die oben schon erwähnte Malmappe („Album“ genannt), mit dem Gesamtbestand aller bis heute bekannten Zeichnungen, daneben Entwürfe zu zahlreichen Gemälden, aber auch Werke mit fremden Signaturen, dazu Fotos aus seinen Ateliers und vieles andere⁵⁷. Darin fand sich auch ein Gemälde des Dichters Friedrich von Schiller ungeklärter Provenienz. Da es eine von bisher bekannten Darstellungen abweichende Ausführung ist, soll es auf der Suche nach dem unbekanntem Künstler hier wiedergegeben werden⁵⁸ (Abb. 20).

– Fotoalbum des Lambert Sachs

In einem dicken Lederband finden sich ca. 90 Visitfotos und auch einige größere Abzüge aus dem Zeitraum etwa 1860–1890. Leider sind nur etwa 40 davon namentlich beschriftet, zudem einige Familienangehörige über andere Fotos identifizierbar. Die Liste der inzwischen bekannten Personen – fast alle aus dem badischen Raum – wird an anderer Stelle wiedergegeben⁵⁹.

Lambert Sachs als Maler der Biedermeierzeit

Als Künstler der ausgehenden Biedermeierzeit ist Lambert Sachs durchaus von der Malweise dieser Epoche beeinflusst: Seine Gemälde – im wesentlichen handelt es sich um Porträts – zeigen die dargestellten Personen häufig mit kleinen Attributen aus persönlichem Besitz oder auch mit Bezug zu örtlichen Gegebenheiten (z. B. Schloß Ortenberg auf dem Kohler'schen Familienbild, die noch heute identifizierbare Flußbiegung auf dem Kinderbild „The Herbert children of Toms river“ oder die Kaiserthermen auf dem Goedecke'schen Doppelporträt aus Trier).

Der Grundton der meisten Porträts ist ein dunkles Braun oder Braun-Grün. Einzelne Ausnahmen sind das in leuchtenden Farben gehaltene Kinderdoppelporträt in den USA und auch das Kohler'sche Bild.

Landschaften gibt es vom Maler kaum, wenn man nicht die Skizzen seiner Studienreisen dazuzählen will. Die Darstellung des Heidelberger Neckarufers mit dem darüber befindlichen Schloß könnte ein großformatiges Landschaftsbild von ihm sein, wofür es aber noch keinen Beleg gibt⁶⁰.

Seit 1994 gibt es – als Reaktion auf den obengenannten Rundbrief – allerdings auch ein erstes größeres Schlachtengemälde mit Soldaten und Reitern, was beweist, daß der Künstler durchaus auch bewegte Szenen in hervorragender Meisterschaft darstellen konnte⁶¹.

Von den sicher sehr zahlreichen Gemälden mit religiösen oder mythologischen Motiven kennen wir bisher nur sehr wenig. Die in Offenburg-Windschlag befindlichen Heiligendarstellungen sind vorerst die einzigen großformatigen Werke dieser Thematik, wobei wir allerdings die zeichnerischen Entwürfe in seiner Malmappe nicht vergessen sollten!

Auch eine 150 Jahre nach seiner Tätigkeit in Offenburg durchgeführte öffentliche Suchaktion nach Werken des Künstlers blieb ohne jeden Erfolg⁶².

Über seine Tätigkeit als Fotograf sind wir ebenfalls noch unzureichend unterrichtet. Weder wurde bisher sein New Yorker Atelier aufgefunden, noch gibt es sichere Nachweise eigener Ateliers in Heidelberg, Wertheim am Main oder Freiburg im Breisgau. Für Wertheim und Freiburg wird dies auch immer unwahrscheinlicher, wäre dies doch aufgrund der regionalen Forschungen der letzten Jahre sicherlich schon bekanntgeworden. Auch ein Aufruf in einer wissenschaftlichen Fotozeitschrift Deutschlands blieb ohne Ergebnis⁶³.

So wird uns denn der größte Teil seines Lebenswerkes, das als Porträts wohl in privaten Händen bzw. im Bereich kirchlicher Einrichtungen zu suchen sein wird, noch für lange Zeit, möglicherweise für immer verborgen bleiben. Er teilt damit das Schicksal vieler Künstler, denen es nicht vergönnt war, schon zu Lebzeiten so viel Berühmtheit und Anerkennung zu finden, daß ihr Andenken für dauernd gesichert blieb.

Erst die ausführliche Beschäftigung und intensive Forschung der letzten Jahre – auch an Details – hat dazu beigetragen, den Maler Lambert Sachs als seriösen Porträtisten des 19. Jahrhunderts wieder in Erinnerung zu rufen. Vielleicht konnte ihm dadurch sogar eine neue Zukunft eröffnet werden.

Anmerkungen

- 1 Katalog der 674. Math. Lempertz'schen Kunstversteigerung, Köln, 1991, S. 543. (Werk eines anonymen Deutschen Meisters . . .) Inzwischen identifiziert als: Lambert Sachs: Porträt der Schulleiterin Maria Margaretha Goedecke mit ihrem Sohn Gustav Goedecke (1847). Jetzt Bestand Städt. Museum Simeonstift Trier, Inv. Nr. III 1352.
- 2 Bodenbach, Hans Joachim, Fotomappe mit Arbeiten des Malers Lambert Sachs, angelegt 1983 in 2 Exemplaren, davon eines für die Mannheimer Kunsthalle, an der L. Sachs studiert hatte, ein weiteres für die Smithsonian Institution, Washington, D.C. (USA), dort zur Archivierung aller von US-Bürgern vor 1914 geschaffener Kunstwerke. (Der Maler hatte in seinem späteren Leben die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen!) (Hildesheim 1978ff.)

- 3 Lehnert-Leven, Christl, Ein spätbiedermeierliches Porträt aus Trier: Maria Margaretha Goedecke, erste Direktorin der Städtischen Höheren Töcherschule Trier, gemalt im Jahre 1847 von Lambert Sachs aus Mannheim. (Mit 2 Abbildungen von Gemälden des Lambert Sachs und einem – vom Verfasser zur Verfügung gestellten fotografischen Selbstporträt des Künstlers.) Neues Trierisches Jahrbuch, 1993, S. 113–130, Verein Trierisch e.V., Trier (1993).
- 4 Bodenbach, Hans Joachim, Der Maler Lambert Sachs (1818–1903) aus Mannheim und sein Werk. *mannheimer hefte* 1996 (Stadtverwaltung Mannheim und Mannheimer Altertumsverein von 1859), Mannheim (1996) (im Druck). Die umfangreiche Literaturrecherche betraf ca. 40 Kunsthandbücher, Kataloge und Fototheken in deutscher, englischer und französischer Sprache. Abgekürzt und in chronologischer Folge hier die wichtigsten Nachweise zum Kunstmaler LAMBERT SACHS: NAGLER (1845), MAILLINGER (1876), SINGER (1931), THIEME/BECKER (1935), DENGLER/Offenburg (1954), RUTLEDGE/Philadelphia/USA (1955), BÉNÉZIT/Paris (1957, event. schon 1911 ff.), BUSSE (1977), Deutsches Biographisches Archiv/SAUR (1982), Deutscher Biographischer Index/SAUR (1986), CHOTNER (The collection of the National Gallery of Art, Systematic catalogue) Washington, D.C./USA (1992), DRESCH/RÖBLING/Karlsruhe (1993) sowie in Auktionskatalogen der Fa. LEMPERTZ/Köln im Jahre 1991 und SOTHEBY/New York für 1976 und 1993. Literatur mit ‚Negativbefunden‘ wie z.B. MÜLLER/KLUNZINGER, VON BOETTICHER, BÖRSCH-SUPAN, SCHWEERS, HECK, ART, IKD, u. a. beim Verfasser.
- 5 Nagler, Georg Kaspar, Neues Allgemeines Künstler-Lexicon, 22 Bände, 1835–1852, 14. Band, Seite 136, Verlag E. A. Fleischmann, München (1845), 2. Auflage Linz 1910 (= unveränd. Nachdruck), 15. Band, Seite 545.
- 6 Alter Stammbaum in der Stadtbibliothek Nürnberg ... 1701, pag. 207–210 (Tab. CXX) mit Ergänzungen. Weitere ausführliche genealogische Betrachtungen und Nachweise zu diesem und anderen Familienstämmen mit dem Namen Sachs vergl. Anm. 4!
- 7 Verliehen im Jahre 1596 in Neuburg an der Donau. Nachweis auch in: Rietstap, J.-B.: Illustriertes Allgemeines Wappenbuch, Band 5, Blatt CCXIX. (o.J., um 1954, Nachdruck Lyon) und: Neubecker, Ottfried: Großes Wappen – Bilder-Lexikon der bürgerlichen Geschlechter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, Abb. S. 914 unten rechts, Battenberg-Verlag, München (1985). Dabei auch Verweis auf Siebmacher, Wappenbuch.
- 8 Sachs, Joseph, Prof. (Hrsg.), Familiennachrichten Sachs, Junghanns und verwandter Familien. Freiburg i.Br. und Baden-Baden. (Erschienen von 1887–1908). Vollständig vorhanden beim Verfasser, in Teilen in staatl. und städt. Archiven wie Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe, in Heidelberg, Nürnberg, Speyer u.a. Älteste Nachweise Sachs 1491/92 in Crainburg (Kraiburg/Inn oder Krainburg/Slowenien?), später Nürnberg, Neuburg/Donau, Coburg, Prag, Straßburg, Dürkheim, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg i.Br., Wertheim am Main, Koblenz, u.a. Älteste Nachweise des Namens Junghan/n)s liegen vor für Oelsnitz/Erzgebirge (1497), Altenburg (Thür.), Meißner-Vorland bei Eschwege (Nordhessen), Illmenau (Thür.), Raum Stuttgart, Heidelberg. (Schreiben F.-G. Junghans, Kassel, vom 4.10.1993). Bester Kenner aller weltweit verbreiteter Junghan(n)s-Stämme ist heute: Fred-Günter Junghans, Christbuchenstraße 17, D-34130 Kassel. (Inzwischen 4000 Familienangehörige EDV-mäßig erfaßt! Stand: Dezember 1995).
- 9 Thomas, Hans und Hedwig: Der Leininger Hofrat Franciscus Sachs, seine Familie und seine Herkunft. (Betrifft vorwiegend Pfalz und Elsaß). Maschinenschriftlicher Privatdruck, 45 Seiten, Hanau (1992).

- 10 Zu Prof. Carl Borromäus Sachs aus Mannheim: Ausführlich vergl. Anm. 4.
- 11 Stadtarchiv Mannheim (Bestand Karl Friedrich-Gymnasium, Zugang 40/1971, Nr. 28). Ausarbeitung des Stadtarchivs Mannheim zu Lambert Sachs vom 27.12.1992 (16.74.30 – Sachs) für das Kulturdezernat der Stadt Trier.
- 12 Nachruf in den *Familiennachrichten* (vergl. Anm. 8), Ausgabe XXVIII, November 1903, Seiten 134–135. Verfasser nicht genannt. Wahrscheinlich war es der Herausgeber als Neffe des Malers selbst.
- 13 Nachfolgeinstitution heute: Kunsthalle Mannheim.
- 14 Prof. Franz Jacob Julius Götzenberger (1800–1866) war Historienmaler, später auch Direktor der Mannheimer Kunstgalerie. Prof. Joseph Weber (um 1803–1881), Porträtmaler.
- 15 ‚Die Karlsruher Kunstschule wurde erst 1854 gegründet, ein Malerstudium war vorher schlecht möglich.‘ (Generallandesarchiv Karlsruhe, Schreiben vom 03.02.1994).
- 16 Dresch, Jutta/Rößling Wilfried: *Bilder im Zirkel (175 Jahre Badischer Kunstverein Karlsruhe)* (Badischer Kunstverein Karlsruhe, Karlsruhe, 1993). Für die Jahre 1835 und 1839–1842 schon im einzelnen anhand der im Generallandesarchiv Karlsruhe bzw. in der Fürstl. Fürstenbergischen Hofbibliothek, Donaueschingen, vorhandenen Ausstellungskataloge nachgewiesen.
- 17 Unterlagen einer Hofbehörde (Generalintendanz der Civilliste 56/760) des Badischen Hofes. (Generallandesarchiv Karlsruhe, Schreiben vom 03.02.1994).
- 18 Malmappe des Künstlers (Format: 28,5 × 38 cm / hoch × breit, Überschrift/Prägung: ‚Album‘) befindet sich heute im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz).
- 19 ‚Rundbrief‘ des Verfassers auf der Suche nach weiteren Werken des Künstlers (1994).
- 20 Freundl. Hinweis Frau Dr. B. Rommé (Staatl. Kunsthalle Karlsruhe, Schreiben vom 21.07.1994).
- 21 Kunstwerke und Künstler in Windschlag. In: *DIE ORTENAU* (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden, Verlag des Historischen Vereins für Mittelbaden), Offenburg, Heft 34, Seite 47 (1954). Darin auch 2 Abbildungen der Gemälde. Nachweis auch in: *St. Pankratius Windschlag 1837–1987* (Festschrift zum 150. Jahrestag der Kirchenweihe am 11. Juni 1837, Kath. Pfarramt St. Pankratius) Offenburg (1987). Freundl. Hinweis von Herrn Karl Joggerst, Offenburg-Windschlag (1994).
- 22 Für Berlin sind allein zwischen 1820 und 1850 470 Porträtmaler nachgewiesen! Nach Gläser: *Das Bildnis im Berliner Biedermeier*, Berlin (1932) zitiert nach: Wiegand, Thomas: *Ferdinand Tellgmann, Gewerbsmäßiges Portraitieren in Malerei und Fotografie um 1850*. Verlag Jenior & Pressler, Kassel (1994).
- 23 Familienbildnis Kohler, Ritterhausmuseum Offenburg/Baden, Inv.-Nr. 3160. Abbildung im Katalog: ‚Bildnisse aus Offenburg – Porträts aus 4 Jahrhunderten im Ritterhausmuseum‘, Abb. Nr. 37, Seite 30, Offenburg (1984) (Farbpostkarte im Museum erhältlich!) Reproduktion mit freundlicher Genehmigung des Ritterhausmuseums Offenburg vom 03.08.1994).
- 24 Vergl. Anm. 4.
- 25 Wie Anm. 8.
- 26 ‚Auswanderer-Ausstellung‘ im Ritterhausmuseum Offenburg/Baden. Darunter auch Plakate, die die Auswanderung von Staats wegen empfehlen und den besten Schifffahrtsweg aufzeigen.
- 27 Auskunft des Hamburger ‚Historic emigration office‘, c/o Tourist Information am Hafen, Hamburg, Bei den St. Pauli-Landungsbrücken 3, D–20359 Hamburg. (Die Einrichtung wurde allerdings im März 1995 von der Hansestadt Hamburg aus Kostengründen geschlossen.) Erhalten sind Listen der Schiffspassagiere, die von Hamburg selbst

- (oder von dort über andere Häfen) nach Übersee fahren (beginnend 1850). Ca. 5 Mio. Passagiere.
- 28 Von Bremen aus fahren weitere ca. 5 Mio., deren Unterlagen jedoch größtenteils im 2. Weltkrieg vernichtet wurden.
- 29 Alter Stich einer amerikanischen Seestadt – wahrscheinlich New York – mit eigenhändigem Vermerk: ‚1850‘. (Inventarbestand Malmappe im Familienarchiv Sachs).
- 30 Wie Anm. 8.
- 31 Zitiert nach: Deborah Chotner (Hrsg.): American naive paintings, The collection of the National Gallery of Art, Systematic catalogue, Kapitel ‚Lambert Sachs‘, S. 330–331, LIBRARY OF CONGRESS CATALOGING-IN-PUBLICATION-DATA, Board of Trustees, National Gallery of Art, Washington, D.C. USA) (1992).
- 32 Wie Anm. 31. Fotos aus Philadelphia, PA (USA), in seiner Malmappe im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz).
- 33 Rutlege, Anna Wells, Cumulative Record of Exhibition Catalogues: The Pennsylvania Academy of Fine Arts 1807–1870, Philadelphia, PA (USA), S. 192 (1955).
- 34 Wie Anm. 12.
- 35 Wie Anm. 2.
- 36 Wie Anm. 31.
- 37 Bestand Malmappe bzw. Fotoalbum im Familienarchiv Sachs (Privatbesitz). Einzelnachweis über Anm. 4.
- 38 Als Ergebnis des ‚Rundbriefs‘. Einzelheiten siehe Werkverzeichnis über Anm. 4.
- 39 Jetzt Bestand Familienarchiv Sachs, Privatbesitz.
- 40 Wie Anm. 37. Über die 3 auf dem Foto dargestellten Söhne des Postverwalters Heinrich Sachs aus Offenburg ist folgendes bekannt:
- Rudolf Joseph Karl Heinrich Sachs (geb. am 31.1.1848 in Baden-Baden). Später Typenfabrikant in Mannheim.
 - Albert Joseph Karl Heinrich Sachs (geb. am 30.10.1849 in Baden-Baden). Erst Kaufmann, später Premierleutnant. Lebte später in Konstanz.
 - Joseph Karl Heinrich Anton Sachs (geb. 12.12.1852 in Baden-Baden). Kaufmann in Mannheim. 1884 in New York.
- 41 Das Atelier befand sich im Hause Ploeckstraße 79 (heute Plöck). Atelierinhaber war der Fotograf Eduard Schultze. Im gleichen Gebäude befindet sich heute das Zentr. Sprachlabor der Heidelberger Universität. (Briefl. Mitteilung vom 15.06.1993).
- 42 Der Nachweis eines eigenen Fotoateliers für Lambert Sachs ist bis heute nicht gelungen. Vergl.:
- Maas, Ellen; Photographische Ateliers 1860–1919 und ihre Inhaber. Grundlagen für ein allgemeines System zur Ordnung von Photographien aus Familienalben. (Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1977, Nürnberg, S. 113–136)
 - Brückner, Wolfgang (Hrsg.): Äußerst betroffen und schön. Historische Fotografie in Unterfranken. Würzburg 1989.
 - Schüle, Johannes: Verzeichnis der süddeutschen Wander- und Amateurfotografen. (Museum für Natur und Stadtkultur, Schwäbisch Gmünd, noch unveröffentlicht!)
- Noch zu klären:
- O’Connor, John E.: Kompendium der Fotografie des 19. Jahrhunderts in New Jersey (zit. nach: Palmquist, Peter, E. (ed.) Photographers: A Sourcebook for Historical Research) Brownsville (USA) 1991.
 - Georg Eastman House: Verzeichnis amerikanischer Fotografen in amerikanischen Sammlungen. Rochester (USA) (alle Angaben nach Wolfgang Jaworek, Stuttgart, Schreiben vom 27.09.1994) und in: Gercke, Hans (Hrsg.) Beruf: Photograph in Hei-

- delberg. Ernst Gottmann sen. & jun. 1835–1955. Ausstellungskatalog Heidelberg (Frankfurt 1980). Gute Dokumentationen über die Fotografenszene des letzten Jahrhunderts in: Spurensuche: Frühe Fotografen am Mittelrhein. (Veröffentlichungen des Landesmuseums Koblenz, Einzelveröffentlichungen, Band 35), Koblenz (1989) und auch Publikation von Thomas Wiegand über eine osthessisch-thüringische Maler- und Fotografendynastie (1994) (vergl. Anm. 22).
- 43 Lambert Sachs wohnte 1867/68 in Heidelberg in der Leopoldstraße 16 (Auskunft Stadtarchiv Heidelberg vom 17.05.1993).
 - 44 Über das weitere Schicksal der Darstellung des Heidelberger Schlosses ist nichts bekannt. Event. Nachweise des Hauses Plöck 79 in den Bänden 5 und 6 der Heidelberger Universität anlässlich der 600-Jahr-Feier. (Schreiben der Universität vom 13.08.1993).
 - 45 Privatbesitz der Nachkommen.
 - 46 Schreiben des (katholischen) Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg i.Br. vom 04.03.1994.
 - 47 Mitteilung des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg, Außenstelle Freiburg i.Br., vom 18.03.1994.
 - 48 Wie Anm. 19.
 - 49 Schreiben Frau Dr. Zimmermann, Städt. Augustinermuseum Freiburg i.Br., vom 30.06.1995.
 - 50 Einwohnerverzeichnisse der Stadt Freiburg i.Br. (Bestand Universitätsbibliothek Freiburg H 4536). Lambert Sachs wird erstmals 1872 geführt. Er erscheint dann über 30 Jahre als Kunstmaler unter ständig wechselnden Anschriften. Ab 1902 entfällt der Zusatz ‚Kunstmaler‘. Letzter Eintrag ist 1903.
 - 51 Nachruf für den Maler (vergl. Anm. 12).
 - 52 Wie Anm. 19.
 - 53 Ist nach notariellen Angaben bei Frau Obereinnehmerin Sachs aus Wertheim verblieben. Bei den Nachkommen jedoch nicht auffindbar.
 - 54 ‚Nachlass auf das Ableben des Privaten Lambert Sachs von hier.‘ Not. R.-P.T. Nr. 742, Freiburg, den 14. März 1904. Stadtarchiv Freiburg i.Br. Akt.-Z. RN 20364. (Der Nachlass ist nicht ausleihbar, er darf auch nicht fotokopiert werden. Er konnte allerdings 1994 vom Verfasser im Staatsarchiv Hamburg eingesehen werden.)
 - 55 Da das Sterbebuch und auch das Graberwerbsbuch aus dem Jahre 1903 durch Kriegseinwirkungen (2. Weltkrieg) verloren gegangen sind, ist ein dokumentarischer Nachweis nicht mehr möglich. Auch bei den übrigen Gräbern mit dem Namen ‚Sachs‘ besteht kein Zusammenhang. Möglicherweise ist auch das Grab durch Bombentreffer zerstört worden. (Schreiben der Stadt Freiburg, Friedhofsamt, vom 23.01.1996).
 - 56 Verzeichnis – soweit rekonstruierbar – über Anm. 4.
 - 57 Vergl. Anm. 18.
 - 58 Nach Angaben der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der Klassischen Deutschen Literatur (der ehem. DDR) in Weimar und auch des Deutschen Literaturarchivs in Marbach/Neckar (Korrespondenz 1980), ist eine ‚Urfassung‘ für dieses Gemälde bisher nicht bekannt. Immer noch gültig: Fiege, G.: Bildnisse Schillers im Schiller-Nationalmuseum (Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft XI, 1967, außerdem: Verzeichnis von 1978: Bildnisse Band II: M–Z). Ein Gesamtkatalog der Schiller-Darstellungen ist auch in nächster Zeit nicht zu erwarten. (Schreiben Stiftung Weimarer Klassik, Museen, vom 28.7.1993, sowie Mitteilung des Schiller-Nationalmuseums, Deutsches Literaturarchiv, Marbach, vom 23.7.1993.) Ein Goethe-Pendant zum hier besprochenen Schiller-Gemälde wurde 1945 (gegen Ende des 2. Weltkriegs) zerstört. Foto davon ist nicht vorhanden.

- 59 Umfangreiche Liste über Anm. 4.
- 60 Foto siehe Abb. 18. Bestand Familienarchiv Sachs (Privatbesitz).
- 61 Als Ergebnis des ‚Rundbriefs‘ wurde aus den USA ein Schlachtengemälde (die Generäle Washington und Lafayette) aus dem Jahre 1854 bekannt!
- 62 Joggerst, Karl, ‚Auf der Suche nach Werken von Lambert Sachs‘. Freundl. Unterstützung durch einen öffentlichen Aufruf unter dieser Überschrift im Offenburger Tageblatt, Ausgabe vom 08.03.1995, Offenburg/Baden.
- 63 Bodenbach, Hans Joachim, ‚Suchaufruf Lambert Sachs 1818–1903‘ in: Rundbrief Fotografie N.F. 4, Seite 26 (1994), Hrsg.: Arbeitsgruppe ‚Fotografie im Museum‘ des Museumsverbandes Baden-Württemberg e.V. in Zusammenarbeit mit der Sektion Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Photographie (DGPh), Verlag: Museumsverband Baden-Württemberg, Göppingen.

Verzeichnis der Abbildungen

- Abb. 1: Wappen des Hofschlossermeisters Georg Sachs aus Neuburg an der Donau
- Abb. 2: Lambert Sachs: Der Maler mit Pinsel und Palette
- Abb. 3: Prof. Carl Borromäus (Bartholomäus) Sachs aus Mannheim
- Abb. 4: Anna Maria Cäcilia Carolina Sachs
- Abb. 5: Brunnenburg und Schloß Tirol, bei Meran, October 1844
- Abb. 6: Etschthal
- Abb. 7: Offenburg, Frühjahr 1843
- Abb. 8: St. Pankratius
- Abb. 9: Madonna mit Kind
- Abb. 10: Familienbildnis Kohler
- Abb. 11: Passierschein für den Maler aus dem Jahre 1849
- Abb. 12: Sagengestalt ‚Kampf mit dem Löwen‘
- Abb. 13: Jesus wird in das Grab gelegt, L. Sachs 1850
- Abb. 14: Junge Frau
- Abb. 15: Militär (US-Soldat)
- Abb. 16: Lambert Sachs, Maler und Fotograf
- Abb. 17: Die Söhne des Postverwalters Heinrich Sachs in Offenburg
- Abb. 18: Lambert Sachs, Maler (und Fotograf) (1818–1903)
- Abb. 19: Anna Franziska Cäcilia Sachs
- Abb. 20: Friedrich von Schiller (1749–1805)

Nachweis der Abbildungen:

Christian Bodenbach (Göttingen)	Nr. 3
Das Foto-Atelier (Hamburg-Bergedorf)	Nr. 20
Druckerei Reinsch (Litho) (Trier)	Nr. 18
Familienarchiv Sachs (Privatbesitz)	Nr. 5, 6, 7, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17
Foto-Studio Brüner (Schweinfurt)	Nr. 19
Karl Joggerst, Offenburg-Windschläg	Nr. 8, 9, 10
Verfasser	Sonstige

Andreas Meier (1895–1962)

Graphiker, Maler und Buchillustrator aus Schutterwald

Andreas Hansert

Ältere unter den Einheimischen in Schutterwald haben vielleicht noch persönliche Erinnerungen an ihn. Jüngere kennen immerhin das große Wandbild in der Eingangshalle der örtlichen Schule, dessen Schöpfer er ist, oder besitzen noch eines seiner gedruckten Andenken mit Schutterwälder Motiven, die bis in die siebziger Jahre den Kommunionkindern aus dem Dorf geschenkt wurden. Im südlichen Ortsteil Höfen erinnern noch die Ausmalungen der kleinen Kapelle an ihn, und in einigen wenigen Schutterwälder Häusern hängen auch einige seiner Bilder vom Dorf oder den umliegenden Landschaften.

Die Rede ist von dem gebürtigen Schutterwälder Andreas Meier¹ (Abb. 1). Sein 100. Geburtstag am 17. April 1995 war ein willkommener Anlaß, im Rahmen einer Ausstellung im Schutterwälder Rathaus einmal einen anderen Andreas Meier zu zeigen als den, der in seiner Heimat im allgemeinen bekannt ist, nämlich auch den Zeichner, den Graphiker, den Buchillustrator, den Porträtisten und den Maler der heimatlichen Landschaften und des Dorfs, als es noch ein Bauerndorf war.

Andreas Meier war ein Bauernsohn aus dem nördlich gelegenen Ortsteil Langhurst. Daß er aus dem damals noch ziemlich geschlossenen Kreis des bäuerlich-dörflichen Lebens heraustreten und Graphiker und Maler werden und einen Großteil seines Lebens in der Stadt verbringen sollte, war ihm bei dieser Herkunft naturgemäß nicht in die Wiege gelegt. Die Welt, in die er 1895 hineingeboren wurde, war, wie er selbst in seinem Tagebuch schreibt, „einfach“, „ehrlich“ und „ungeziert“². Mag sein, daß die äußeren Verhältnisse dieser früheren dörflichen Welt uns heute ärmlich erscheinen, so haben die Eltern von Andreas Meier – der Vater, August, und die Mutter, Marianne, geborene Eschbach – es doch vermocht, ihm, dem Erstgeborenen, und den acht Geschwistern, die noch folgten, Wärme und Geborgenheit zu geben. Die Eindrücke der frühen Kindheit und der Jugend waren tief und hinterließen nachhaltige Wirkung. Wir werden sie später auf den Bildern des Künstlers wiederkehren sehen: sein altes Elternhaus noch in Fachwerk, ein alter Ziehbrunnen im Langhurster Hof, Menschen und das Vieh bei der landwirtschaftlichen Arbeit, das alte Langhurster Schulhaus, die Kinderspiele, Weihnachten, das lebenslang eine kindliche Faszination auf ihn ausübte, die alte Langhurster Sauweide, der Wald, in dem



Abb. 1: Andreas Meier mit seiner Frau Anna, geb. Braunstein. Foto von 1924 in Heidelberg

sein Vater als Arbeiter oft tätig war, und immer wieder die Silhouette der Schwarzwaldberge, die all diese Szenen überragen (Abb. 2).

Ein gewisses zeichnerisches Talent scheint sich früh bemerkbar gemacht zu haben. Das älteste Stück, das uns heute bekannt ist, stammt allerdings erst aus dem Jahr 1912, als Meier schon 17 Jahre alt war: es ist die Zeichnung eines kahlen winterlichen Weidenstrauchs aus der Umgebung Langhursts (Abb. 3). So fiel 1913 die Entscheidung, in der Offenburger Glasplakatefabrik, einer graphischen Werkstätte, mit einer Graphikerlehre zu beginnen. Der Erste Weltkrieg riß ihn heraus. Als Neunzehnjähriger nahm er daran teil, zwei Jahre im Feld und noch einmal drei Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft, aus der es ihm im Sommer 1919 zu fliehen gelang.

Kurz kehrte er noch einmal in die Glasplakatefabrik nach Offenburg zurück. Dann 1920, verließ er seine Heimat und ging – ermuntert durch

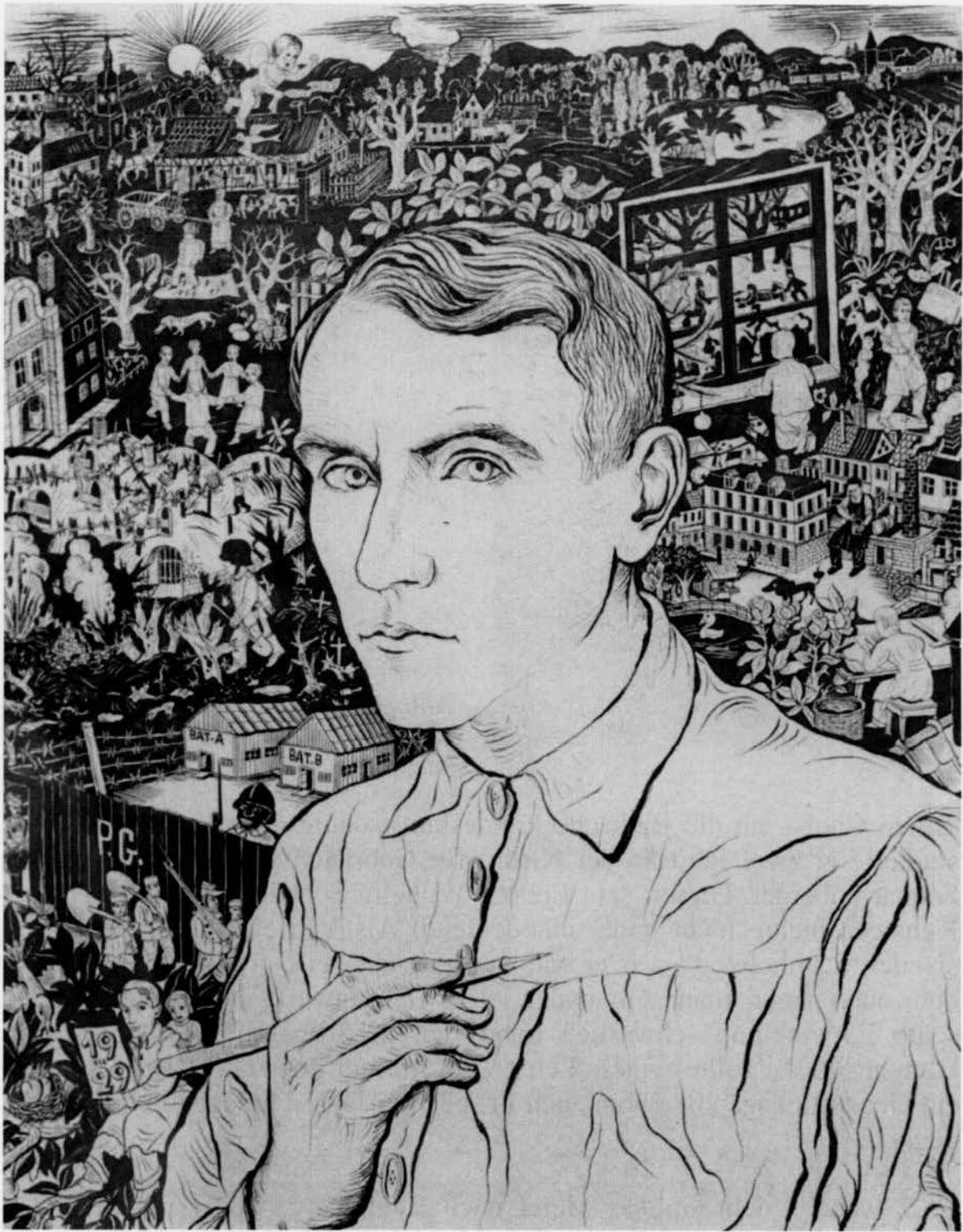
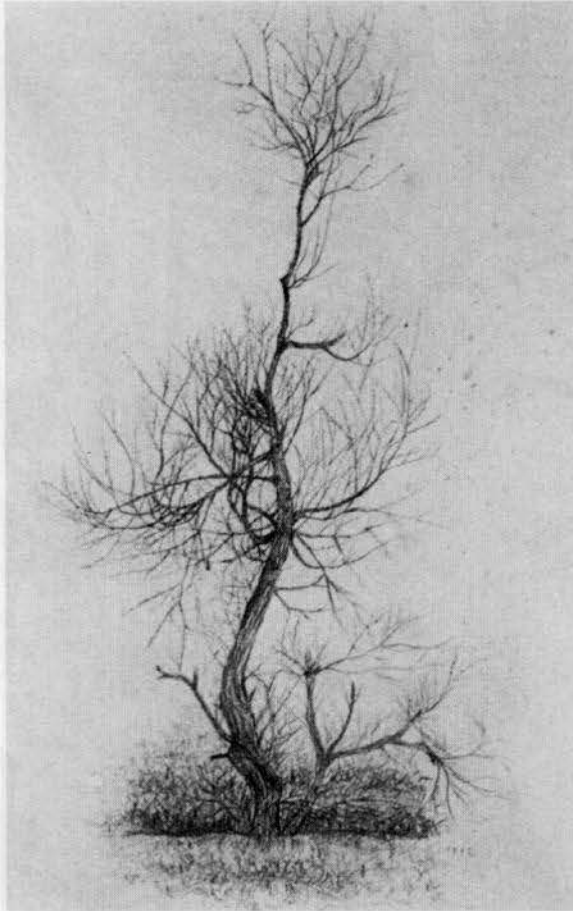


Abb. 2: Selbstporträt mit Szenen aus dem eigenen Leben. Tuschezeichnung 1929



*Abb. 3: Weidenstrauch bei Langhurst.
Kohlezeichnung 1912*

seinen Chef – an die Badische Landeskunstschule nach Karlsruhe³. Dort studierte er zwei Jahre in der Klasse für Gebrauchsgraphik bei Professor Schnarrenberger. Dieser, sein Lehrer, Wilhelm Schnarrenberger, ist in der Kunstgeschichte nicht ganz unbedeutend. Als Vertreter der sogenannten „Neuen Sachlichkeit“ war er schon vergleichsweise früh bekannt geworden, auch wenn man sein malerisches Gesamtwerk, insbesondere seine späte Entwicklung schwerlich unter diesem Stilbegriff wird abhandeln können⁴. Meier sollte seinem Lehrer, der mit nur drei Jahren Altersabstand ein Generationsgenosse war, auch in späteren Jahren gelegentlich noch begegnen.

1922 wandte sich Andreas Meier nach Heidelberg, wo er mit Freunden zunächst ein Graphikatelier betrieb. Mit dabei waren unter anderem seine Studienkollegen Fritz Dold, der später in Offenburg erfolgreich als Graphiker tätig war, und Hans Gaensslen, der nach dem Zweiten Weltkrieg Direktor der Karlsruher Kunstakademie werden sollte; mit beiden pflegte Meier eine lebenslange Freundschaft.

In Heidelberg entstand neben der Gebrauchsgraphik sein eigentliches künstlerisches Frühwerk. Von besonderer Qualität sind dabei eine Reihe



Abb. 4: Die Brücke. Holzschnitt auf Japanpapier, 1925

von Holzschnitten, von denen ein Teil verrät, daß er auch die Werke der Expressionisten gesehen hat (Abb. 4, 5). In dieser Zeit, den zwanziger Jahren, malte Andreas Meier gelegentlich auch Porträts in Öl. Herausragend ist dabei ein größeres Werk aus dem Jahr 1926; es ist das große Hochzeitsbild, das er von sich und seiner Frau Anna malte (Abb. 6). Sich selbst hat Andreas Meier hier in Kleidung und Mimik als Stadtmensch dargestellt. Der Neckar, der im Hintergrund zu sehen ist, verweist auf die Städte, wo Andreas Meier damals seine größten Anregungen erhielt. Das war neben Heidelberg vor allem Mannheim.

Dort in Mannheim, wo er von Heidelberg aus häufig hinüberfuhr, hatte er regelmäßig an der städtischen Kunsthalle und bei der Kunstlithographischen Anstalt von Paul J. Landmann zu tun. Das Atelier Landmann, wo Meier unter anderem mit der Herstellung künstlerisch anspruchsvoller Zigarrenpackungen beschäftigt war, arbeitete auch für die Kunsthalle und



Abb. 5: Apfelernte im Dorf. Holzschnitt, Mitte der 20er Jahre

entwarf etwa deren Ausstellungsplakate. So bekam Meier enge Kontakte auch zu diesem Haus, das, obwohl noch ein junges Museum, in der deutschen Kunstszene bereits von sich reden machte. Meier war dort als Graphiker mit den Bildbeschriftungen für die Ausstellungen beschäftigt. Aber er bekam dank dieser regelmäßigen Arbeit vor Ort auch selbst die Möglichkeit, sein eigenes künstlerisches Schaffen in bescheidenem Umfang an der Mannheimer Kunsthalle zu präsentieren. Im Mai und Juni 1929 war er mit vier Zeichnungen auf der Überblicksausstellung „Badisches Kunstschaffen der Gegenwart“ präsent, auf der auch sein Lehrer Schnarrenberger mit zwei Ölgemälden zu sehen war. Im gleichen Jahr kaufte die Kunsthalle auch eine Tuschezeichnung von Meier an. Drei Jahre später, im Mai und Juni 1932 hatte Meier dann sogar selbst einmal Gelegenheit, dort eine kleine Einzelausstellung mit eigenen Werken auszurichten⁵.

Wie bereits während der Studienzeit die Bilder und Ausstellungen in der Karlsruher Kunsthalle, so hinterließ nun auch die Kunsthalle in Mannheim nachhaltige Eindrücke bei Meier. Die wichtigste Ausstellung in Mannheim war damals, 1925, eine Schau mit dem Titel „Neue Sachlichkeit“. Von dieser berühmt gewordenen Ausstellung ausgehend, ist die Bezeichnung Neue Sachlichkeit zu einem feststehenden Stilbegriff in der Kunstgeschichte geworden. Neben bekannten Künstlern wie Max Beckmann, Otto Dix oder George Grosz waren dort auch einige Karlsruher Maler vertreten, so vor allem der hier bereits erwähnte Wilhelm Schnarrenberger. Es wundert also nicht, wenn sich Andreas Meier zu dieser Zeit auch einmal selbst im Stil



Abb. 6: Hochzeitsbild. Selbstporträt mit Ehefrau Anna. Öl auf Leinwand, 1926

der Neuen Sachlichkeit versuchte. Sein Hochzeitsbild, von dem oben kurz die Rede war, ist jedenfalls eines derjenigen Werke, mit dem Meier der Kunst seiner Zeit, der so hochbedeutsamen Moderne der Weimarer Republik, am nächsten gekommen ist.

Das Bild (Abb. 6) ist kühl. So kühl wie das Bild war Andreas Meier aber gar nicht. Die städtische Kühle und Distanz, die es ausstrahlt, will nicht recht passen zum Bauernsohn aus Langhurst. Und tatsächlich, er hat seine Wurzeln auch in diesem Bild nicht ganz verleugnet. Seine Frau malt er in dörflicher Tracht. Es ist eine Schutterwälder Tracht, denn seine Frau war eine Schutterwälderin: Anna Braunstein aus Schutterwald-Höfen. Die dörfliche Herkunft war und blieb für Andreas Meier eben doch bestimmend, nicht nur bei der Wahl seiner Frau, sondern letztlich auch künstlerisch.

Der große künstlerische Leitstern für Andreas Meier war und blieb deshalb ein Maler, dessen Bilder er in kleinen Reproduktionen bereits in früher Jugend bewundert und die ihn so beeindruckt hatten, daß daran sein Entschluß für einen künstlerischen Beruf gereift war. Dieser Maler, der in der deutschen Kunstgeschichte einen anerkannten Platz hat und den Meier als

alten Mann in seiner Karlsruher Studienzeit wahrscheinlich noch selbst getroffen hat, war niemand anders als Hans Thoma. Daß es Thoma, der Bauernsohn aus dem Südschwarzwald, war, der Andreas Meier viel mehr beeindruckte als die moderne Kunst, die er an der Mannheimer Kunsthalle so ausgiebig studieren konnte, wundert nicht. Thomas Darstellungen der Schwarzwaldlandschaften, seine Kinderszenen, seine Porträts der Mutter als alter Bäuerin, seine Bilder von jenem innigen, gottseligen Vertrauen, mit dem kleine Kinder auf dem Schoß der Mutter oder der großen Schwester in den Schlaf gefallen sind – all das hatte Andreas Meier, dem Bauernsohn aus dem Alemannischen, etwas zu sagen.

Den Weg zur eigenen Herkunft und Kindheit, der sich ihm in den Bildern Thomas öffnete, sollte Meier bald selbst und zwar auf seine eigene Art künstlerisch beschreiten. Ende der zwanziger Jahre entdeckte er ein neues Betätigungsfeld, auf dem er die größten beruflichen Erfolge erzielen sollte. Das war die Illustration von Kinderbüchern und Schulfibeln.

Entscheidend für diese neue Wendung im künstlerischen Schaffen Meiers waren Kontakte zu dem Schriftsteller, Pädagogen und Kulturpolitiker Leo Weismantel, die sich offenbar 1929 erstmals ergaben. Weismantel (1888–1964)⁶ hatte in Marktbreit am Main in der Nähe von Würzburg ein privates Lehr- und Forschungsinstitut, die „Schule der Volkschaft“ aufgebaut, wo er im Geist christlich-humanistischer Weltanschauung eine Reform des Erziehungswesens propagierte. Von Bedeutung war dabei auch eine Neugestaltung von Kinder- und Jugendbüchern. An der Lösung dieser langfristig angelegten Aufgabe ließ er nun auch Meier teilhaben.

So kam Meier zu einer Tätigkeit, die seiner innersten Wesensart sehr entgegenkam. Alles in allem sollten es weit über ein Dutzend Kinder- und Schulbücher werden, die er – und das nicht nur mit Weismantel, sondern auch mit anderen Partnern und Auftraggebern – bis Anfang der 50er Jahre mit seinen Illustrationen gestaltete. Ein naiver, weltabgewandter Zug, der Meier eigen war, fand künstlerisch hier den ihm gemäßen Gegenstand, und es sollte Meier tatsächlich gelingen, im Stil der damaligen Zeit die Welt der Kinder einfühlsam zum Ausdruck zu bringen.

Leicht war diese Zeit, in der er lebte und arbeitete, freilich nicht. Schroff liefen die ökonomischen und politischen Wirren jener stillen künstlerischen Entfaltung, die Meier erstrebte, entgegen. Wie viele andere seiner Generation hat er sie dramatisch am eigenen Leib erfahren müssen. Meier war ein Leben lang Freiberufler und wirtschaftlich deshalb entsprechenden Risiken ausgesetzt. Temporäre Beschäftigungen in großen Graphikateliers beruhten auf freier Mitarbeit. Aber diese Existenzform hatte durchaus ihren

Sinn, den er in seinem Tagebuch einmal so ausdrückte: „säße ich heute schon lange in einem Betriebe drinnen, so wäre ich künstlerisch sicherlich erledigt“⁷. Sehr wahr: das Freiberufliche ist per se die gegebene Grundlage für den, der nach künstlerischer Autonomie strebt. Das war das eine. Doch schwerlich kann man übersehen, daß bei Meier dahinter zugleich auch etwas anderes, nämlich eine gewisse menschliche Scheu steckte. Tatsächlich waren denn auch weniger jenes gesunde Selbstbewußtsein, das zur Freiheit drängt, als vielmehr Selbstzweifel, von denen er sich so manchesmal bleischwer niederdrücken ließ, und ein oft empfundenes Gefühl der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit die Begleiterscheinungen dieses Lebenswegs. Diese persönliche Lage wuchs sich zu blanker Verzweiflung aus, als Meier angesichts der großen Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre das Schicksal so vieler teilen mußte und materiell ins Bodenlose zu stürzen drohte. Drei Töchter – Marianne, Gertrud und Reingard – waren ihm und seiner Frau zwischen 1926 und 1931 geboren worden und mußten versorgt werden. Im Frühsommer 1932 war die berufliche und damit die materielle Lage so trostlos, daß Anna, die dann zu allem Unglück auch noch schwer erkrankte, sich mit den Kindern für einige Zeit aufs Land in ihr Elternhaus in Schutterwald-Höfen zurückziehen mußte. Es schien ungewiß, ob die Familie die Wohnung in Heidelberg werde halten können. Im Herbst 1932 begann sich die Lage langsam zu entspannen, Anna konnte mit den Kindern wieder zurückkehren.

Das waren traumatische Erfahrungen. Der Beruf des Künstlers bedeutete eine ständige und große, vielleicht sogar übergroße Herausforderung an Meiers Leben, und er band ihn an die städtischen Zentren. Nun hatte er dramatisch erfahren müssen, daß er von einem gänzlichen Scheitern nicht weit entfernt gewesen war. Um so mehr erschien ihm seine Herkunft, seine Heimat, das Behütete seiner Kindheit in einem verklärten Licht, und um so stärker öffnete sich in seinem Leben ein Zwiespalt, den er auf dem Höhepunkt der Not 1932 einmal so zum Ausdruck brachte: „... letzte Hoffnung bleibt immer die Heimat, aber dann ade Sache und Arbeit“⁸.

Dieser heimatliche Ankerpunkt – das war seit einigen Jahren freilich weniger sein eigenes Elternhaus in Langhurst als vielmehr das seiner Frau in Höfen. Dazu an dieser Stelle eine kurze Bemerkung: Anna war eine durchaus stolze und dem Leben zugewandte Frau. Die dörfliche Tracht, die sie – wie auf dem oben abgebildeten Hochzeitsporträt zu sehen – noch trug, als sie in den zwanziger Jahren zu ihrem Mann nach Heidelberg übersiedelte, war bald abgelegt und ein städtischer Habitus angenommen. Dennoch blieb sie ihrer Herkunft immer eng verbunden. Anna war ein, vielleicht überhaupt das stabilisierende Element im schwierigen Leben Andreas Meiers. Natürlich konnte die Frau vom Land dem künstlerisch tätigen Mann



*Abb. 7: Porträt des
Schwiegervaters
Ferdinand Braunstein.
Lithographie, 1920*

nicht direkt beruflich oder materiell nutzen, im Gegenteil. Aber ihre familiäre Herkunft war in einem ideellen Sinn von ganz eigenem und besonderem Gewicht, das so auch ihrem Mann zugute kam. Meier hatte in der Familie seiner Frau nämlich Freunde und Gleichgesinnte gefunden. Die Eltern, insbesondere der Vater von Anna, Ferdinand Braunstein, hatten viel von jener eigenartigen Würde und bodenständigen Klugheit, die angesehene und wohlhabende Bauern früher auszeichnete. Meier hat die Charakterköpfe seiner Schwiegereltern schon früh im Porträt festgehalten (Abb. 7). Die Braunsteins waren musisch sehr begabte Menschen. Ungewöhnlich für die Verhältnisse auf dem Land zu Beginn des Jahrhunderts war das Klavier in Annas Elternhaus, um das sich die Familie abends oft versammelt hatte, um gemeinsam zu singen und zu musizieren.⁹ Anna selbst sang ihr ganzes Leben lang gerne und gut. Während der eine Bruder Annas, Josef – ein ungewöhnlich gescheiter Mann, von dem Meier einmal sagte, er sei ihm moralisches und religiöses Vorbild – den Hof übernahm, konnten die andern beiden, Albert und Hermann, in Offenburg das Gymnasium besuchen und wurden später Lehrer. In der Schutterwälder Kirche spielten die beiden die

Orgel und leiteten später zeitweise den Kirchenchor. In den zwanziger Jahren galt ihr Engagement auch der deutschen Jugendmusikbewegung. Albert wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Rektor an der von ihm selbst nach eigenen pädagogischen Vorstellungen geplanten und erbauten Eichendorff-Schule in Offenburg, während es Hermann schließlich zum Professor für Musikerziehung an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg bringen sollte. Hermann Braunstein verfaßte nach seiner Pensionierung in den siebziger Jahren noch die Dorfchronik von Schutterwald¹⁰ und verschiedene Abhandlungen zum dörflichen Dialekt. – Zu allen dreien seiner Schwäger, Josef, Albert und Hermann, gewann Meier ein Verhältnis enger Freundschaft und gegenseitiger Wertschätzung. Und so war es nicht nur ein Gefühl des Aufgehobenseins, das ihn an die Heimat denken ließ, er traf dort auch auf Persönlichkeiten, die in vielerlei Hinsicht seinesgleichen waren. So war es immer mehr die Höfener Herkunftsfamilie seiner Frau, an der sich Andreas, Anna und ihre drei Töchter orientierten und wo sie sich bei den regelmäßigen Besuchen in der Heimat vorwiegend aufhielten. Meier hat so gesehen in die Familie seiner Frau eingeheiratet.

Die unstillbare Sehnsucht nach den Orten und Personen seiner Kindheit hat Meier gelegentlich auch künstlerisch fruchtbar machen können. Wie schrieb er doch einmal in seinem Tagebuch? „Mutterhänden gleich war einst mein Heimatdorf, sie streichelten einen im linden Abendwind, wenn die Sonne hinter den Wald schlüpfte und Feierabend war . . .“¹¹ Das sind bezeichnende Worte für Andreas Meier; deutlicher könnte man kaum den innersten Kern seines Wesens und den innersten Kern seiner Kunst zum Ausdruck bringen.

„Mutterhänden gleich war einst mein Heimatdorf . . .“ In diesem seinem Heimatdorf weilte Andreas Meier Ende Dezember 1935 wieder einmal für ein paar Tage zu Besuch. Bei diesem Aufenthalt in Langhurst hat er sich seinen Eltern auch künstlerisch intensiv gewidmet. Mehrfach griff er in jenen Tagen zu Bleistift und Skizzenblock, um seinen Vater und seine Mutter zu zeichnen. Ein knappes Dutzend Blätter sind erhalten. Erst zeichnete er das markige Bauerngesicht seines Vaters mit dem so charakteristisch vorstehenden Kinn. Dann wandte er sich seiner Mutter zu. Und man staunt, zu welchen künstlerischen Steigerungen ihn das Gesicht gerade seiner Mutter anzuregen vermochte. Die einzelnen Blätter machen es unmittelbar sichtbar: Zeigen die einzelnen Porträtstudien seiner Mutter zunächst ein eher herbes, scheinbar wenig zugängliches Gesicht, so steht am Ende dieser tagelangen künstlerischen Bemühungen ein Antlitz, aus dem Wärme, Güte und Altersweisheit spricht (Abb. 8 und 9). Ja, die Hände der Mutter müssen einmal sehr zart gewesen sein, daß im späteren Leben der Sohn ihr Gesicht so mit dem Bleistift streicheln konnte. Diese Verwandlung vom Ge-



Abb. 8 und 9: Zwei Porträtstudien der Mutter des Künstlers.
Bleistiftzeichnung, 30. und 31. 12. 1935

sicht zum Antlitz: das ist mit das beste, was Meier künstlerisch hinterlassen hat.

Betrachtet man dieses letzte Mutterporträt (Abb. 9), so wird man einsehen, daß ein Zeitungsartikel das Schaffen von Andreas Meier nicht zu Unrecht einmal als „Kunst der Geborgenheit“ charakterisierte¹². Und man versteht, warum der Künstler eine so große Vorliebe hatte für Märchenbilder und Kinderfibeln, für Krippen- und Muttergottesdarstellungen, für das Bauerndorf, das die Welt seiner Kindheit, und für die Landschaften, in denen er groß geworden war.

Als 1935 diese innigen Porträts der Eltern entstanden, waren die Zeiten, in denen er lebte, noch rauher geworden. Meier hat das lange nicht wahrhaben wollen. Der Propaganda, mit der die neuen Machthaber seit 1933 bessere Zeiten versprachen, hat er mehr Glauben geschenkt als manch kritischer Äußerung aus seinem Freundeskreis, und selbst mit einer seiner Tanten, die dem Franziskanerorden angehörte und die Hitler offenbar mit gesundem Instinkt durchschaute, überwarf er sich wegen der Frage, wie der Nationalsozialismus einzuschätzen sei. Und schließlich: war nicht auch sein Lehrer Schnarrenberger in Karlsruhe von seinem Lehramt suspendiert worden?

Die schweren Verletzungen des Selbstwertgefühls, die er vor 33 teils aus ganz persönlichen Gründen, teils dank der allgemeinen historischen Umstände, vor allem dem Trauma des drohenden Untergangs Anfang der dreißiger Jahre, mit sich herumtrug, zeigten vielleicht erst jetzt ihre Wirkung. Kam zur Verzweiflung noch, wie bei Meier, Naivität in politischen Dingen, so blieben kaum mehr Vorbehalte gegenüber dem neuen Regime. Parteimitglied war Meier nie geworden. Aber der Nationalsozialismus griff unmittelbar in seine Arbeit als Graphiker ein. Alle Kulturschaffenden mußten zwangsweise der neu gegründeten Reichskulturkammer beitreten, und gerade die Arbeit eines Graphikers war für die propagandistischen Absichten der Nazis von besonderer Bedeutung. Auch Meiers damalige Fibeln für den Schulunterricht sprechen die reglementierte und ideologisierte Bild- und Symbolsprache jener Zeit.

Andererseits illustrierte er in den dreißiger Jahren auch noch religiöse Kinderbücher, darunter 1934 ein Bändchen „Wunderschön Prächtige. Ein Marienleben in Bildern“ von Leo Weismantel. Solch religiöse Themen waren bei den Nazis ebensowenig gelitten wie die Person Weismantels. Weismantels Lehr- und Forschungsinstitut wurde geschlossen, er selbst erhielt später Veröffentlichungsverbot und verschwand aus politischen Gründen für einige Jahre im Gefängnis.

1936 übersiedelte Meier auf Anraten seines Freundes aus Studienzeiten, Hans Gaensslen, nach Stuttgart, wo es bessere Erwerbsmöglichkeiten für ihn gab als in Heidelberg. Die drei Stuttgarter Jahre bis zum Ausbruch des Kriegs wurden die unbeschwertesten seines Lebens. Endlich hatte er einmal Arbeit und Einkommen genug.

Im August 1937 notierte er in seinem Tagebuch eine kurze Reise nach München, wo mittlerweile Freunde aus der Heidelberger Zeit wohnten. In jenen Tagen wurde dort die berüchtigte Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt, in der ein Millionenpublikum die von den Nazis verfemte Kunst der Moderne teils beschimpfte, teils heimlich noch einmal bewunderte. Parallel dazu hatte Hitler, ebenfalls in München, die „Große Deutsche Kunstausstellung“ befohlen, in der die Nazis ihre Kunstideen propagierten. Meier erwähnte in seinen Aufzeichnungen davon nichts, aber es ist schwer vorstellbar, daß er, der Reisen in andere Städte immer auch zum Besuch der dortigen Museen nutzte, diese beiden Ausstellungen, die kulturpolitisch so markant in Szene gesetzt waren, nicht zur Kenntnis genommen haben sollte¹³.

Getrübt wurde die unbeschwertere Stuttgarter Zeit durch immer wieder aufflackernde Angst vor dem Ausbruch eines Kriegs, wie namentlich zur Zeit des Münchner Abkommens im September 1938. Schockierend habe



Abb. 10: Abbildung aus Meiers Kinderbuch „Die besinnliche Stunde“ von 1944, Szene aus Dornröschen

auf ihn – wie eine seiner Töchter berichtet – einige Wochen später der Anblick der zerschlagenen jüdischen Geschäfte am Morgen nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 gewirkt.

Bereits einige Tage vor dem 1. September 1939 erhielt Meier den Gestellungsbefehl. Wie viele seiner Altersgenossen mußte auch er zum zweiten Mal in den Krieg. Zunächst verlief es für ihn glimpflich. Ein Jahr nach Kriegsausbruch im September 1940 durfte er wieder zu seiner Familie nach Stuttgart zurückkehren und konnte wieder seiner Arbeit nachgehen. Der Krieg täte ihnen gar nichts, notierte er lapidar im Dezember des Jahres, „alles läuft den normalen Gang, wie auch zu anderen Zeiten; Weihnachten und Sonnenwende zu“¹⁴. Aber der Krieg verharrte nicht an den fernen Fronten; die Bombenangriffe auf die Städte ließen nicht auf sich warten. Nach mehreren nächtlichen Alarmen mußte Meier mit seiner Familie im November 1942 den ersten schweren Angriff über sich ergehen lassen. Fortan war die Angst um die nackte Existenz der ständige Begleiter.

Wenige Wochen nach diesem ersten Bombenangriff schrieb Meier in sein Tagebuch: „Daß meine Arbeit Stille fordert, macht das Übel nur größer, und ich werde den Wunsch nicht los, irgendwo heimatlich geborgen zu sitzen, wo all der Lärm des Krieges nicht hinreicht und durch mein Schaffen mitzuhelfen, daß die Welt nicht liebe- und freudelos werde.“¹⁵ Meier tat dies auf seine Weise. Wie bereits früher so war er auch während dieser Stuttgarter Jahre im Krieg wieder mit der Gestaltung von Märchenbildern befaßt, und daraus erwuchs eines der schönsten Bücher, das er je gemacht hat (Abb. 10). Es war das im Jahr 1944 mitten in den schlimmsten Kriegswirren im Druck erschienene, von den Gebrüdern Grimm inspirierte „Märchenbuch für meine und andere Kinder“ mit dem bezeichnenden Obertitel „Die Besinnliche Stunde“¹⁶. Ja, auch das war es, was in Deutschland damals nottat: Besinnung.

Ab 1. Juni 1943 mußte Meier wieder die Soldatenuniform anziehen. Aber er hatte Glück. Er kam nicht an die Front, sondern wurde zum Zollgrenzschutz an die Schweizer Grenze an den Hochrhein beordert. Seine militärische Tätigkeit bestand hier praktisch nur in Wachdiensten. Die Gegend blieb bis zum Ende des Krieges von Kämpfen mehr oder weniger verschont. Nichts bringt die geradezu friedlich anmutende Atmosphäre, die dort herrschte, besser zum Ausdruck als jene kleine Episode, als die Schweizer Grenzer ihren deutschen Kollegen Ende 1944 mitten auf einer der Rheinbrücken ein kleines Weihnachtsfest bereiteten.

So ereignete sich das Erstaunliche und Pradoxie, daß Meier gerade in dem Moment, als Deutschland in Schutt und Asche fiel, eine der harmonisch-

sten Phasen seines gesamten Lebens verbringen sollte. Natürlich machten ihm die Bomber, die über ihn hinweg nach Stuttgart zogen, große Sorgen, und der Soldatenalltag kannte viele Nöte und Einschränkungen, von denen seine Briefe an die Familie berichteten. Aber in seinem Tagebuch kommt eine ganz andere Seite zum Vorschein. Es war die Natur, die mit einer nie zuvor gekannten Intensität in ihn eindrang und in Staunen versetzte. Immer schon hatte ihn gerade das Frühlingsgeschehen tief fasziniert. Jetzt aber schien alles noch gesteigert. Gewiß kam ihm dabei entgegen, daß er sich aus dienstlichen Gründen mehr als zuvor im Freien aufhalten mußte. Jedenfalls verschmolz er jetzt ganz und gar mit der blühenden Schönheit der Landschaft, die ihn überall umgab. – „Beglückt im hohen Licht des Mittags atmet das All. Die Sonne schenkt Leben u. Wärme. Tausendfältig duftet der reife Sommer. Gottes Liebe ist allgegenwärtig! Ich bin im Gleichklang aller Wesen!“¹⁷ Solche und ähnliche Äußerungen stehen aus dieser Zeit im Tagebuch. Sie sind um so erstaunlicher, als man zum einen sie von dem selbstzweiflerischen Mann sonst nicht kennt, zum anderen aufgrund der allgemeinen Zeitumstände, unter denen sie geschrieben sind.

Meier hat diese Erlebnisse in bescheidenem Umfang auch künstlerisch fruchtbar zu machen versucht. In den dienstfreien Stunden war er immer wieder mit dem Zeichenblock in der schönen Landschaft unterwegs (Abb. 11). Es scheint, als habe sich hier in den glücklichen Stunden im Südschwarzwald jene Wende zu seinem Spätwerk vorbereitet, das unter anderem durch ein stärkeres Interesse an der Landschaftsmalerei gekennzeichnet ist.

Die Kriegsgefangenschaft, in die er sich wenige Tage vor Kriegsende begeben mußte, riß ihn aus diesem stillen Glück heraus. Wie bereits im Ersten Weltkrieg waren es wieder Lager in Frankreich. Als er nach knapp einem Jahr im März 1946 entlassen wurde, kehrte er unmittelbar nach Schutterwald-Höfen ins Elternhaus seiner Frau zurück. Wohin auch sonst? Es war einfach eine Selbstverständlichkeit, daß alle – nachdem die Wirren des Kriegs sie als Soldaten oder als Flüchtlinge vor den Bomben getrennt und zerstreut hatten – sich hier, von wo sie alle ausgegangen waren, wiedersehen und wiederfinden würden. Anna hatte sich mit den Töchtern aus dem bombengefährdeten Stuttgart schon bald nach Höfen zurückgezogen. Und es war für Andreas Meier, seine Frau und seine Töchter auch gar keine Frage, daß sie ihre Zelte in der Stadt nun abbrechen und ganz hier bleiben wollten, zumal nach dem frühen Tod von Annas Bruder Josef kein anderes Familienmitglied das Erbe am Hof übernehmen wollte. Was zählten nach all den schweren Zeiten jetzt noch die beruflichen Bedenken, die ihn, Andreas Meier, früher von einem Rückzug aufs Land abgehalten hatten? So kehrte er mit einem tiefen Gefühl der Dankbarkeit wieder heim.

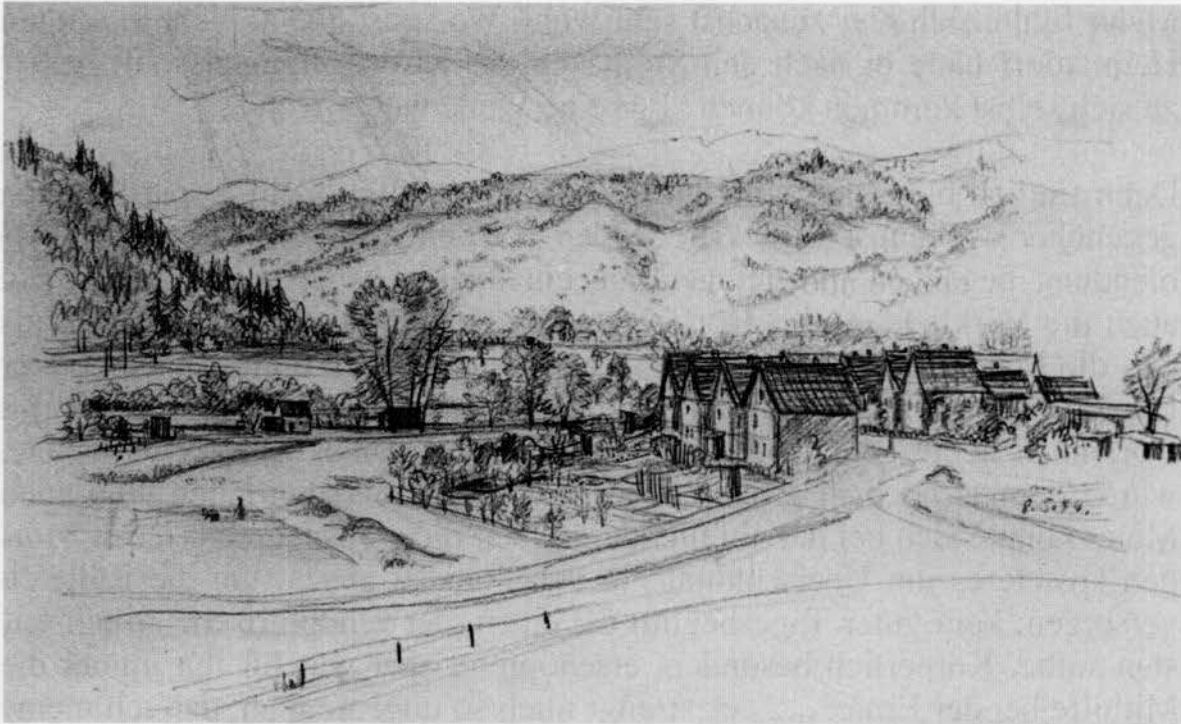


Abb. 11: Landschaft im Südschwarzwald. Kohlezeichnung, datiert vom 8. 5. 1944



Abb. 12: Schutterlandschaft. Aquarell mit Tusche untermalt, 1957

Meier fühlte sich hier zunächst sehr wohl. Wo sonst, wenn nicht in seinem Heimatdorf hätte er nach den Strapazen der Kriegsgefangenschaft besser zu sich selbst kommen können? Für eine Weile war er froh.

Dann freilich blieb ihm eine langsame Ernüchterung nicht erspart. Fragen gegenüber der jüngst zurück liegenden NS-Zeit und Scham über die Verblendung begannen ihn gelegentlich einzuholen. Aber es war vor allem auch die Wirklichkeit des Dorflebens, die eben doch eine andere war, als die, die Meier sich in seiner städtischen Zeit erträumt hatte. Das mußte er jeden morgen schon sehr direkt erfahren. Ins „Baierferdis“, wie der alte, im Dorf noch heute gebräuchliche Hausname von Annas Elternhaus lautete, wurde damals noch in größerem Stil Landwirtschaft betrieben, und auch Meier konnte sich bei der anfallenden Arbeit nicht ausnehmen. Jeden Morgen kostete es ihn Überwindung, in den Stall zu gehen, um die Kühe zu versorgen; kein guter Tagesbeginn für einen, der schöpferische Arbeit leisten sollte. Körperlich besonders erschöpfend aber war für ihn immer die Mithilfe bei der Ernte: „... es strengt mich so ungemein an, daß ich meine ganze Haltung als Mensch verliere . . .“, notierte er¹⁸. Immer wieder klagte er darüber, daß nach solchen Arbeiten seine Hände zum Malen und zum Zeichnen ein paar Nummern zu groß seien. Die Feinnervigkeit, die zum Führen von Zeichenstift und Pinsel notwendig ist, und die zupackende Anspannung der Körperkräfte beim Hantieren mit der Heugabel – in der Tat, das geht nicht gut zusammen. „Beides, Bauer und Künstler, kann man nicht sein . . .“¹⁹

Auch seine Arbeit als Graphiker stand nicht unter einem günstigen Stern. Gewiß, in den ersten Jahren waren noch Aufträge zur Illustration von Schul- und Kinderbüchern gekommen, und es gab auch wieder Kontakt zu Leo Weismantel. Anfang der 50er Jahre aber wurde die Auftragslage schwieriger; die Vorstellungen, die Meier vom Aussehen eines Schul- oder Kinderbuchs hatte, paßten nicht mehr in die Zeit des beginnenden Wirtschaftswunders. Und er war nicht mit jenem Geschäftssinn begabt, der es ihm ermöglicht hätte, mit anderen Arbeiten das nötige Geld zu verdienen. Als Freiberufler hatte er auch keine Aussicht auf Altersversorgung, und bitter vermerkte er einmal, es gäbe nur eine Rettung aus dieser Not, „daß Gott mich heimrufen würde bevor ich überhaupt in die gefürchtete Lage komme . . .“²⁰ Hätte er unter beruflichen Gesichtspunkten nicht doch vielleicht besser in der Stadt bleiben sollen?

Der Mangel an gut bezahlten Auftragsarbeiten ließ jedoch Freiraum für etwas anderes, nämlich für die freie Landschaftsmalerei. Der künstlerische Samen, der in den Naturerlebnissen während des letzten Kriegsjahrs im Südschwarzwald gepflanzt worden war: jetzt ging er auf. Und diese späte



Abb. 13: *Gräser mit Wiesenblumen, Vogel und Nest. Tempera 1955*

Wende von der Graphik zur Malerei sollte nun seinen letzten Lebensabschnitt bestimmen.

Die Sorgen, die ihn bedrängten, konnte er vergessen, wenn er mit dem Pinsel im Atelier, vor allem aber draußen in den Bruchwiesen, an der Schutter, am Altrhein, im Schwarzwald oder am oft besuchten Bodensee saß. Und in den schönsten seiner Schutterbilder teilt sich etwas von diesem still empfundenen Glück mit (Abb. 12, 13).

Diese Hinwendung zur Malerei kam freilich zu spät. Er, der Graphiker, habe dafür, wie er einmal bemerkte, früher nie eine Neigung gespürt²¹. Jetzt mußte er Sorge haben, daß ihm keine Zeit mehr blieb, es in dieser Kunst noch zu einer gewissen Reife zu bringen. Es blieb denn auch bei Aquarellen und Temperabildern, wobei gerade das Tempera dem graphischen und zeichnerischen Duktus in Meiers Werk material entgegenkam. Die in den zwanziger Jahren versuchte Ölmalerei hat er nicht mehr aufgegriffen. Auch wenn Meier hier keine allzu große Meisterschaft erreichte, so haben diese Bilder doch malerischen Reiz, vor allem aber für die Ortsgeschichte durchaus ihre Bedeutung (Abb. 14, 15).

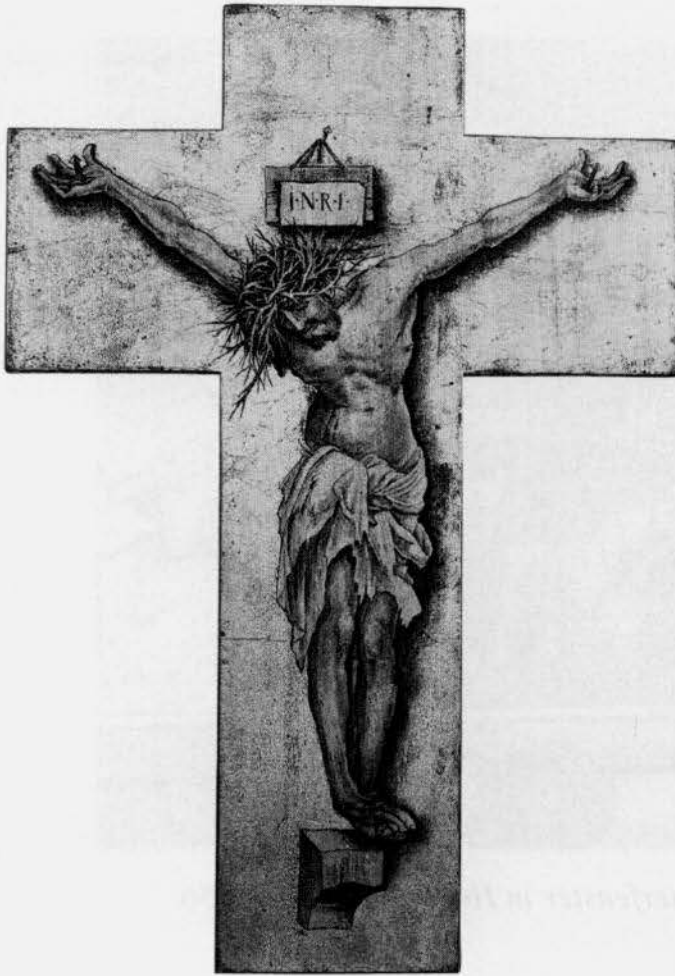
Teil seines Berufs war und blieb auch jetzt die Auseinandersetzung mit der alten und der neuen Kunst. Die Kunstmuseen und Ausstellungshallen in Baden-Baden, Karlsruhe, Basel oder Colmar waren in Tagesfahrten erreichbar, aber auch entferntere Kunststädte konnte er noch gelegentlich besuchen. Zeitgenössische, und das hieß in den fünfziger Jahren zumeist abstrakte Kunst, konnte er vor allem in Baden-Baden gelegentlich sehen, auch wenn er dazu ein zurückhaltendes Verhältnis hatte. Maßgeblich blieben für ihn die alten Meister. Ein, wenn nicht überhaupt der Höhepunkt der gesamten Kunstgeschichte war auch für Meier die Kunst Deutschlands um 1500, also die Zeit, als Dürer, Grünewald, Holbein, Cranach und andere lebten und arbeiteten. Insbesondere Grünewald hinterließ bei Meier schon früh nachhaltigen Eindruck. Die Tafeln des Meisters in der Karlsruher Kunsthalle und auf dem Isenheimer Altar waren ihm sowohl als Künstler wie als gläubiger Katholik eng vertraut. Das Grünewaldsche Werk hat Meier sich auch künstlerisch aktiv anzueignen bemüht. In den Jahren nach dem Krieg fertigte er eine Reihe von Kreuzen nach Grünewald an. Es handelte sich dabei jeweils um zwei zu einem Kreuz verbundene Holzbretter, von denen das vertikale Stück bis zu einem halben Meter lang war (Abb. 16). Das Holz wurde mit einer Goldbronze behandelt und darauf der Gekreuzigte nach dem Vorbild von Grünewalds großer Karlsruher Tafel mit einem schwarzen Stift reproduziert. Der markante Ausdruck des Leidens, wie Grünewald ihn uns vorgeführt hat, war Meier selbst in der Kopie nicht erreichbar, aber die schwarze graphische Struktur des geschundenen



Abb. 14: *Blick aus dem Atelierfenster in Höfen. Tempera, 1956*



Abb. 15: *„s Baierferdis“-Hof in Höfen. Aquarell 1955*



*Abb. 16: Kreuzeskopie nach den
Karlsruher Grünewaldtafeln*

Leibs Christi auf dem hölzernen Goldgrund hat künstlerisch durchaus ihren eigenen Reiz.

In den 50er Jahren bemühte sich Andreas Meier aber auch oft darum, als Maler und Graphiker seinen Beitrag zur Gestaltung des Dorflebens, an dem ihm so viel lag, zu leisten. Immer wieder nahm er an der Vorbereitung der dörflichen Fastnacht teil; das „Pflumedrucker“-Motiv in der Fastnachtszeitung der fünfziger Jahre und viele andere Ideen stammen von ihm. Ebenso produzierte er zu Weihnachten Holzspielzeug und zum Weißen Sonntag die bereits erwähnten Kommunionandenken. Seine Versuche, in Schutterwald auch seine Bilder zu verkaufen, waren nicht allzu erfolgreich. Manchmal konnte er auch das Lebensnotwendige wie etwa das Brennholz mit einem seiner Gemälde bezahlen. Kleine Verkaufsausstellungen in Offenburg oder im Schutterwälder Gemeindehaus St. Jakob verliefen enttäuschend.

Mit öffentlichen Aufträgen war es nicht leicht. Um 1950 gingen die Schutterwälder daran, aufgrund eines Kriegsgelübdes in der Dorfkirche einen Marienaltar zu errichten. Als einheimischer Künstler und Kirchenmitglied glaubte Meier, einen Anspruch auf diesen Auftrag zu haben. Aber



Abb. 17: Entwurf für den Schutterwälder Marienaltar, aquarellierte Tuschezeichnung, 1950

die Kirchenverwaltung lehnte die von Meier eingereichten Entwürfe ab (Abb. 17) und erteilte einem anderen den Zuschlag. Die Schutterwälder haben den dann ausgeführten Altar allerdings kaum akzeptiert.

1958/59 erteilte die Gemeinde Meier den Auftrag für die Gestaltung eines Ehrenmals für die Kriegsgefallenen aus dem Dorf. In die Freude darüber mischte sich freilich auch hier eine herbe Enttäuschung, als man die Gestaltung der Schrift, für die er als Graphiker und Buchillustrator natürlich berufen war, einem einheimischen Steinmetz anvertraute.

Zwei Jahre später, 1960, erhielt er erneut einen Auftrag der Gemeinde. In der Eingangshalle der neu erbauten Schule sollte Meier ein großes Wandbild mit Schutterwälder Motiven malen. Kurze Zeit danach, 1961, kamen ähnliche Aufträge auch für die neuen Schulgebäude in Dundenheim und Berghaupten. Und schließlich war er seit Ende der fünfziger Jahre auch mit der Ausmalung der kleinen Kapelle in Höfen beschäftigt, die die Dorfbewohner ganz aus eigener Initiative erbaut hatten. Dank dieser Wandgemälde konnte er am Ende noch einmal künstlerisch ausholen. Aber gerade die Bilder in den Schulen zeigen, daß sein Schaffen einer anderen Zeit und Vorstellungswelt angehörte als das, was in den fünfziger und sechziger Jahren gemeinhin als „Kunst am Bau“ üblich geworden war.

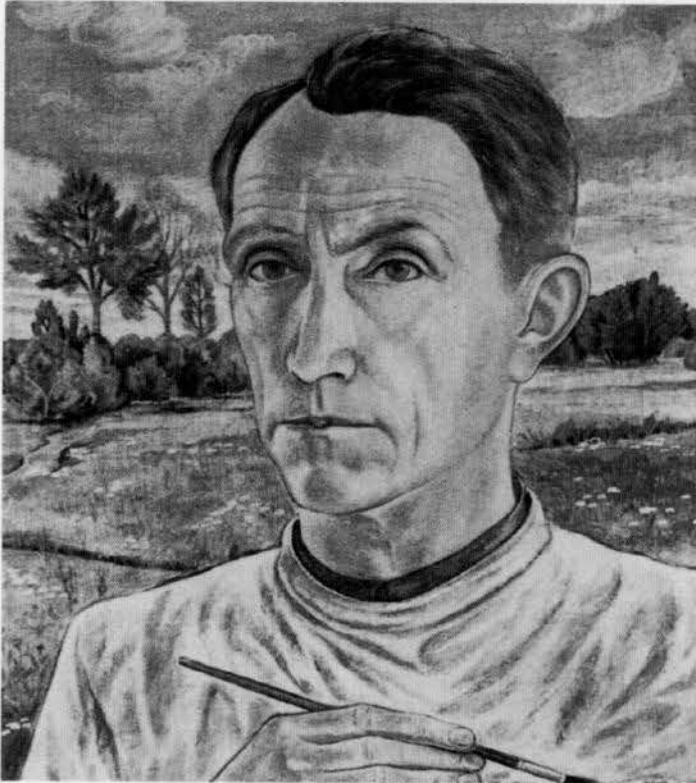


Abb. 18: Selbstporträt. Tempera, 1954

Die Arbeit in Meiers letztem Lebensabschnitt wurde ab und an in der Lokalpresse gewürdigt. 1959 erhielt er gemeinsam mit anderen Künstlern aus der Umgebung den Ortenauer Kulturpreis zugesprochen (Abb. 18). Solche Ereignisse gaben ihm eine gewisse Genugtuung. Alles in allem war die Rückkehr in die Heimat freilich nicht ganz so glücklich, wie er es erhofft hatte. Die materielle Not, die lebenslang immer wieder sein Begleiter gewesen war, die Einsicht, als Künstler letztlich doch nicht den großen Wurf geschafft zu haben, dazu ein selbstquälerischer Zug, der ihm mitgegeben war – all dies drohte ihn am Ende zu zermürben.

Und doch! Es blieb in seinem Wesen etwas Ungebrochenes, ja trotz aller Sorge etwas Heiteres, Kindliches, Reines. Das schönste künstlerische Zeugnis für diesen tiefen Wesenszug, diesen „anderen“ Andreas Meier, ist eine späte aquarellierte Tuschezeichnung aus dem Jahr 1959 (Abb. 19), ein Werk, das ihm, wie Vorstudien zeigen, einiges bedeutet hat. Hier ließ er noch einmal jene Welt seiner Kindheit entstehen, die ferne Welt des dörflichen Lebens, wie sie früher einmal war oder wie er sie zumindest empfunden und gesehen hatte. Es ist eine Welt, in der alles vertraut ist, in der nichts Fremdes stört, und obwohl die ernstesten Seiten des Lebens – der Tod, der Winter – darin nicht ausgespart sind, ist es unverkennbar eine glückliche Welt, ja eine Welt des Glücks. Zweifellos: das war seine Welt! Als Künstler hatte er die Schlüssel, sie zu öffnen – für sich und für andere. Und wenn es ihm schließlich doch immer wieder gelang, sie aufzuschließen,



Abb. 19: Selbstporträt als Seifenbläser.
Aquarellierte Tuschezeichnung, vermutlich 1959

spazierte er hinein, war unbeschwert, und das Leben war leicht wie die Seifenblasen, die er träumend in den Himmel sandte.

Aber bevor sich der Lebenskreis, der sich hier andeutete, vielleicht schließen sollte, verlangte das Diesseits noch seinen letzten Tribut. Die Krankheit kam auf leisen Sohlen. Leukämie lautete die Diagnose. Sie führte zu einem langsamen Verfall der Kräfte. Eine seiner letzten Arbeiten waren die Kreuzwegstationen in der Höfener Kapelle. Er kam damit bis zur siebten Station: „Jesus fällt zum zweiten Mal“. Dann fiel auch Andreas Meier. Eine Behandlung mit falschen Medikamenten hatte eine Knochenauflösung zur Folge. Die letzten Monate waren qualvoll; sein ganzer Oberkörper war zur Stabilisierung in einen engen Gipspanzer gezwängt. Statt es künstlerisch zu gestalten, mußte er selbst nun das Martyrium erleiden. Am 1. Oktober 1962 starb Andreas Meier in seinem Haus in Höfen.

Vieles von dem, was Meier geschaffen und erstrebt hat, gehört für uns heute fast einer anderen Welt an. In seinem Tagebuch erwähnt er des öfteren beispielsweise die sogenannte „Katzenmusik“ – für Volkskundler zweifellos ein originelles Fundstück. Denen, die nach 1960 oder 1965 als Schutterwälder geboren wurden oder die von außerhalb kommen, wird man aber erklären müssen, was es damit auf sich hatte. Die Katzenmusik war ein liebevoll gemeintes Konzert, das die Dorfbuben mit Kochtopfdeckeln allen Männern im Ort, die Andreas bzw. „Andres“ hießen, am Vorabend zu deren Namenstag am 30. November gegen einen kleinen, meist in Naturalien entrichteten Obulus darbrachten. So wurde das Kirchenjahr eingeleitet. Bald nachdem Meier tot war, starb dieser schöne Brauch aus. Ob es Zufall ist, daß dieses spurlose Verschwinden in die gleiche Zeit fiel, als in den Schutterwälder Wohnstuben das Fernseh Einzug hielt? Heute mag man es bedauern, aber jeder, der, wie auch der Autor, damals ein Bub war, wird sich erinnern, daß man im Zweifelsfall sich dann eben doch eher für „Bonanza“ entschied. So geriet ein Stück urtümliches Brauchtum in Vergessenheit, und mit anderen Stücken dieser eigenen Tradition war es nicht anders. Dabei war es keineswegs nur das Fernseh. Die Industrialisierung kam nach dem Zweiten Weltkrieg auch auf dem flachen Land endgültig zum Durchbruch, und so wurde jetzt die größte Zahl der Einheimischen von Bauern zu Arbeitern, zu Angestellten, zu Unternehmern oder zu Beamten. Entsprechend änderten sich binnen eines halben Menschenalters rasant die Lebensgewohnheiten. Mit dem Fernseh kam das Auto, und mit dem Auto kam der Supermarkt, weil er auch von außerhalb erreichbar war; auf der Strecke blieb der Tante Emma-Laden im Dorf. Es folgte das Telefon, nach dessen Einführung man den Nachbar schon eher einmal anruft, wenn man etwas von ihm will, als daß man noch unbefangen bei ihm anklopft. Die siebziger Jahre stachelten dann auch hier kräftig die Reise-

lust an, und war es vor drei, vier Generationen für manchen Dorfbewohner noch ein Ereignis, wenn er die Grenzen der Gemarkung überschritt, so reicht der Aktionsradius nun oft über die Grenzen des Kontinents hinaus. Und als Boris Becker 1985 erstmals in Wimbledon siegte, machte das Tennisfieber, das ganz Deutschland plötzlich befiel, auch vor einem Dorf wie Schutterwald keinen Augenblick halt. Heute gelangen die neuesten Attraktionen der Sport-, Kultur- oder Reiseindustrie ohne Verzögerung flächendeckend übers ganze Land. Was dabei mehr und mehr verloren zu gehen droht, ist das, was man mit Recht noch als „Kulturlandschaft“ bezeichnen kann. Daran aber hängt das Herz der Menschen.

Ganz zeitgemäß mag es nicht mehr sein, aber genau davon, von dieser „Kulturlandschaft“ mitten im Alemannischen ist in den Bildern von Andreas Meier etwas aufgehoben. Gewiß, eine kunsthistorische Größe war er nicht. Aber wenn man die Kirche im Dorf bzw. Andreas Meier in Schutterwald (wohin er denn doch gehört) läßt, kann in seinem Werk etwas sehr authentisches sichtbar werden. Hier ist lebendig ein Stück von jener Geschichte und Kultur seines Heimatdorfs überliefert, das heute vergangen ist: Wie oft hat Meier die Menschen in Schutterwälder Tracht dargestellt? Die Häuser auf seinen Bildern haben zumeist noch Fachwerk, der dazugehörige Hof ist noch nicht gepflastert, die Vegetation in den Gärten erscheint noch üppiger und urwüchsiger als heute, und man sieht, auf Landwirtschaft wollte oder konnte man damals noch nicht verzichten. Auf einem anderen Blatt finden wir den stillen und schattigen Höfener Grasgarten, heute ist es ein Neubaugebiet. Die wunderbaren Schutterlandschaften, an denen auch wir heute noch unsere Freude haben, hat der Maler für uns in einem Zustand erhalten, als noch keine Hochspannungsleitungen ihren Reiz störten. Den Zyklus der Jahreszeiten, die Fastnacht, die Kirchenfeste, die Kinderspiele früherer Zeiten und manch altes Brauchtum hat er im Bild festgehalten. Dann wieder entdeckten wir den alten von einem Roß gezogenen Totenwagen und den Trauerzug der Dorfbewohner, der vor dem Bau der ersten Leichenhalle Mitte der sechziger Jahre die Verstorbenen noch von daheim abholte und mit dem Meier selbst noch auf den Friedhof geleitet wurde. Schließlich geben über jene vergangene Welt des Bauerndorfs auch die Tagebücher gelegentlich Aufschluß.

Das macht den Reiz seiner späten Bilder aus. Als im April 1995 das Werk Andreas Meiers in einer umfassenden Ausstellung im Schutterwälder Rathaus präsentiert war, kamen die Bürger des Dorfs zahlreich. Es war, als habe da einer der ihnen für sie ihre eigenen Erinnerungen gemalt.

Andreas Meier – Biographische Übersicht

- 17.4.1895 Geburt in Langhurst als Sohn des Bauernehepaars August und Marianne Meier, geborene Eschbach. Meier war das älteste von neun Kindern.
- 1913 Erst mit 18 Jahren nach mehrjähriger Mitarbeit auf dem elterlichen Bauernhof ist es Meier möglich, in der Glasplakatefabrik in Offen- burg eine Graphikerlehre zu beginnen.
- 1914 bis 1916 Kriegsdienst während des Ersten Weltkriegs.
1916 bis 1919 Französische Kriegsgefangenschaft.
1919/20 Kehrt kurz noch einmal in die Glasplakatefabrik in Offenburg zurück.
1920–1922 Studium in der Klasse für Gebrauchsgraphik bei Professor Wilhelm Schnarrenberger an der Badischen Landeskunstschule in Karlsruhe.
- Oktober 1922 Übersiedlung nach Heidelberg. Dort als freier Graphiker tätig. Teil- weise Mitarbeit in Graphikateliers in Heidelberg und Mannheim. Häufige Tätigkeit an der Mannheimer Kunsthalle, wo er die Beschrif- tungen für die Ausstellungen anfertigt.
- 1925 Heiratet Anna Braunstein aus Höfen, die zu ihm nach Heidelberg übersiedelt.
- Seit 1929 Beginn mit den Illustrationen für Schulfibeln und Kinderbücher.
1926, 1930 u. Geburt der Töchter Marianne, Gertrud und Reingard in
1931 Heidelberg.
Mai/Juni 1932 Einzelausstellung an der Mannheimer Kunsthalle.
Oktober 1936 Übersiedlung nach Stuttgart, wo in den ansässigen Graphikateliers bessere Erwerbsmöglichkeiten bestehen. Zugleich Fortführung der Illustration der Schulfibeln und Kinderbücher.
- 1939/40 Einberufung zum Kriegsdienst.
1940 bis 1943 Arbeitet wieder als Graphiker in Stuttgart.
1943 bis 1945 Einberufung zum Grenzschutz; Wachdienst am Hochrhein bei Walds- hut. Im Südschwarzwald finden bis zum Kriegsende keine Kampf- handlungen statt, so daß Meier intensiv die Landschaft aufnehmen kann. Diese Zeit leitet die Wende zur Landschaftsmalerei ein, der sich Meier in seinem Spätwerk widmen wird.
- 1945/46 Französische Kriegsgefangenschaft. Am 6.3.1946 Rückkehr nach Höfen, wo sich die Familie aufhielt.
- 1946 Umzug von Stuttgart nach Höfen ins Elternhaus der Ehefrau Anna (ins Baierferdis).
- Seit 1946 Erneut bis Anfang der fünfziger Jahre Aufträge zur Illustration von Schul- und Kinderbüchern. Verstärkte Hinwendung zur Landschafts- malerei: In den fünfziger Jahren entstehen die Aquarelle und Tempe- rabilder von Schutterwald, den Schutter- und Altrheinlandschaften sowie vom Schwarzwald und vom Bodensee. Ebenso entstehen die Kreuzeskopien nach Grünwald, die Kommunionandenken, die Fast- nachtsmotive und andere Dinge, die das Schutterwälder Dorfleben bereichern.
- 1949/50 Entwürfe für den Marienaltar, den die Schutterwälder als Erfüllung eines Kriegsgelübdes in ihrer Kirche errichten wollen. Meiers Ent- würfe werden von der Kirchenverwaltung abgelehnt.
- 1951 Ausstellung im Europahaus in Offenburg.

1952	Bau des Hauses in der Löhliwälderstraße.
1958/59	Entwurf für das Schutterwälder „Kriegerdenkmal“.
1958 bis 1962	Ausmalung der Höfener Kapelle.
1959	Verleihung des Ortenauer Kulturpreises (zusammen mit anderen Künstlern).
1960	Wandbild in der Schutterwälder Schule.
1961	Wandbilder in den Schulen von Berghaupten und Dundenheim.
1. Oktober 1962	Nach längerer schwerer Krankheit stirbt Andreas Meier in seinem Haus in Höfen.
1975	Kleine Gedenkausstellung in der Schutterwälder Sparkasse aus Anlaß des 80. Geburtstags.
1995	Umfassende Gedenkausstellung im Schutterwälder Rathaus anläßlich des 100. Geburtstags.

Anhang

Literatur: Zur Geschichte Schutterwalds siehe: Hermann Braunstein, Chronik von Schutterwald, Schutterwald 1974. Darin S. 189 auch über Andreas Meier, auf den Bildtafeln zwischen S. 208 und 209 der von Meier ausgemalte Innenraum der Höfener Kapelle. – Zur Badischen Landeskunstschule: Siegfried Wichmann, Von der Großherzoglichen Badischen Akademie zur Landeskunstschule der 20er Jahre, in: Staatliche Akademie der Bildenden Künste, Karlsruhe 1979, S. 46ff. – Über Meiers Lehrer Schnarrenberger: Wilhelm Schnarrenberger (1892–1966); Malerei zwischen Poesie und Prosa (Ausstellungskatalog), Karlsruhe 1993. – Zur Mannheimer Kunsthalle: Karoline Hille, Spuren der Moderne. Die Mannheimer Kunsthalle von 1918 bis 1933, Berlin 1994. – Über Leo Weismantel: Artikel im Lexikon der Kinder- und Jugendbuchliteratur, herausgegeben von Klaus Doderer, Weinheim und Basel 1979, Band 3, S. 781f. – Zur Heidelberger Zeit: Das sind wir. Heidelberger Bildner, Dichter und Musiker, Heidelberg 1934, darin S. 60f. über Andreas Meier. – Zur Kunstpolitik während der NS-Zeit siehe die umfangreiche Bibliographie in: „Entartete Kunst“, Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland, München und Los Angeles 1992.

Zeitungsberichte über Andreas Meier (Auswahl): Der Märchenmaler von Schutterwald, Offenburger Tageblatt v. 25. 11. 1950. – Ortenauer Kulturpreis 1959 vergeben, Offenburger Tageblatt v. 26. 9. 1959. – Andreas Meier. Das Künstlerporträt, Ortenauer Heimatblatt v. 1. 11. 1960. – Im Zwiespalt zwischen Stadt und Land. Ausstellung mit Zeichnungen des Schutterwälder Künstlers Andreas Meier, Badische Zeitung v. 15. 4. 1995.

Der künstlerische Nachlaß: Der größte Teil der Werke von Andreas Meier befindet sich in Privatbesitz, insbesondere bei der Familie. Neben einem Blatt in der Mannheimer Kunsthalle konnten in öffentlichem Besitz bislang nur einige weitere Blätter in der Bilderkammer des Heidelberger Rathauses aufgefunden werden. Ein Großteil der von Meier illustrierten Kinder- und Schulfibeln sind, außer in Privatbesitz, unter anderem im Institut für Jugendbuchforschung in Frankfurt a.M. vorhanden. Der **schriftliche Nachlaß**, dessen wichtigster Bestandteil drei eng beschriebene Tagebuchbände bilden, befindet sich ebenfalls im Besitz der Familie.

Anmerkungen

- 1 Für den vorliegenden Aufsatz standen dem Autor vor allem drei Arten von Quellen zur Verfügung: 1. das überlieferte Werk Meiers, das so weit wie möglich in einem kleinen Verzeichnis erfaßt wurde, 2. drei Bände Tagebücher, die von 1922 bis 1962 reichen, und 3. die Erinnerung der Familie von Andreas Meier. Zu allen drei Quellen hatte der Autor, der selbst ein Enkel von Meier ist und in seiner frühen Kindheit noch einen nachhaltigen Eindruck von ihm empfangen hat, ebenso leichten wie persönlichen Zugang.
- 2 Tagebuch, Band I, S. 50 u. 60. Die drei erhaltenen Tagebuchbände befinden sich im Besitz der Familie. In den folgenden Anmerkungen soll für sie die Abkürzung TB verwendet werden; die nachfolgende römische Ziffer soll den Band, die arabische die Seitenzahl bezeichnen.
- 3 Meier kam also im Jahr nach der epochemachenden Gründung des Weimarer Bauhauses und damit während einer der interessantesten Phasen in der gesamten Geschichte des deutschen Kunstschulwesens an das Karlsruher Institut. Siehe zu dieser Entwicklung für Karlsruhe: Siegfried Wichmann, Von der Großherzoglichen Badischen Akademie zur Landeskunstschule der 20er Jahre, in: Staatliche Akademie der Bildenden Künste, Karlsruhe 1979, S. 46ff.
- 4 Siehe den großen Ausstellungskatalog: Wilhelm Schnarrenberger (1892–1966). Malerei zwischen Poesie und Prosa, Karlsruhe 1993.
- 5 Zu diesem interessanten Komplex „Mannheim“ siehe: Karoline Hille, Spuren der Moderne. Die Mannheimer Kunsthalle von 1918 bis 1933, Berlin 1994. – Zur Gruppenausstellung von 1929 siehe die kleine Broschüre: Badisches Kunstschaffen der Gegenwart, Kunsthalle Mannheim, 5. Mai bis 30. Juni 1919. – Die von der Kunsthalle angekaufte Tuschezeichnung Meiers in der dortigen Graphischen Sammlung unter der Inventarnummer 2597. – Hinweise auf Meiers Einzelausstellung von 1932 in einer Akte im Archiv der Kunsthalle: demnach wurde die Ausstellung von 1770 Personen besucht.
- 6 Über Leo Weismantel siehe den Artikel im Lexikon der Kinder- und Jugendliteratur, herausgegeben von Klaus Doderer, Weinheim und Basel 1979, Band 3, S. 781f.
- 7 TB I/86.
- 8 TB II/41.
- 9 Anna hat diese ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen im Alter für ihre Familie noch niedergeschrieben.
- 10 Hermann Braunstein, Chronik von Schutterwald, Schutterwald 1974.
- 11 TB I/87.
- 12 „Der Märchenmaler von Schutterwald“, in: Offenburger Tageblatt v. 25. 11. 1950.
- 13 „Entartete Kunst“: Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland, München, Los Angeles 1992. (Darin auch eine umfangreiche Bibliographie zur Kunstpolitik des Nationalsozialismus.)
- 14 TB II/120.
- 15 TB II/144.
- 16 Andreas Meier, Die besinnliche Stunde. Ein Märchenbuch für meine und andere Kinder, erschienen 1944 im Willi Siegle Verlag, Stuttgart. Meier war mit Siegle befreundet. Das Vorwort des Bändchens verfaßten sie beide gemeinsam.
- 17 TB III/5.
- 18 TB III/139.
- 19 TB III/17.
- 20 TB III/115.
- 21 TB III/36.

Aschermittwochsbrauchtum in Wolfach

Schauertag, Fasnachtsbegraben und -verbrennen,
Geldbeutelwäsche

Frank Schrader

1. Aschermittwoch: Ende der Fasnacht, Beginn der Fastenzeit

Der Aschermittwoch ist heute in der lateinischen Liturgie der Beginn der 40tägigen Fastenzeit vor Ostern¹; an ihm wird den Gläubigen zur Bußvermahnung beim Gottesdienst ein Kreuz aus Asche, die aus den Palmzweigen des Vorjahres gebrannt wurde, auf die Stirn gestreut. Der Aschermittwoch gilt manchmal als Unglückstag; an ihm sei Luzifer aus dem Himmel gestürzt worden².

Der Beginn der vorösterlichen Fastenzeit war ursprünglich nicht genau festgelegt. Zwischen dem 4. und 7. Jahrhundert entwickelte sich nach dem Vorbild Jesu die 40tägige Fastenzeit (Quadragesima), die am Dienstag nach dem Sonntag Invokavit begann. Es gab allerdings in verschiedenen Gegenden Unterschiede in der Zählweise der Fastentage³; zu Beginn des 8. Jahrhunderts setzte sich der Mittwoch vor Invokavit als Fastenzeitbeginn durch, der nach dem Konzil von Benevent im Jahre 1091 zum Aschermittwoch wurde⁴. Die ursprünglich zu den 40 Fasttagen zählenden Sonntage wurden als Gedächtnistage der Auferstehung aus der Fastenzeit ausgespart. In manchen Gegenden (Mailand, Tessin) wurde lange Zeit noch der alte Fastenzeitbeginn beibehalten.

Der Fastenzeit voraus geht die Fasnacht, deren Ursprünge umstritten und nicht mit Sicherheit zu ergründen sind; es spricht aber vieles dafür, daß sie nicht auf germanisch-heidnisch-kultische Bräuche zurückgeht, sondern erst im christlichen Mittelalter entstand⁵. Früher dauerte die Fasnacht trotz der Verlegung des Fastenzeitbeginnes vom Stephanstag (26.12.) bis zum Sonntag Invokavit, der noch heute als „Alte Fasnacht“ bezeichnet wird (s.u.). Am Aschermittwoch fand dabei oft die Weiberfasnacht statt. Die Kirche versuchte insbesondere seit dem 16. Jahrhundert den Zeitraum zur Feier der Fasnacht auf die Tage zwischen Dreikönig (6.1.) und Aschermittwoch einzuschränken; ihr gelang es aber nicht völlig, alle Fasnachtsbräuche zwischen Aschermittwoch und Invokavit zu unterbinden⁶. Auch heute wird die Fasnacht in manchen Städten und Dörfern erst am Aschermittwoch oder später beendet. Am Beispiel der Stadt Wolfach sollen hier nun einige Aschermittwochsbräuche näher untersucht werden.

Die Bezeichnung „Alte Fasnacht“ für den ersten Fastensonntag kommt in vielen Urkunden als Datumsangabe vor⁷:

1299: altun vastnacht⁸.

1350-02-15: mentag nach der alten vastnacht⁹.

1357-02-26: an der altun Vasnacht¹⁰.

1367-03-12: an dem nehsten fritag nach der alten Vastnacht¹¹.

1413-03-14: frytag vor der alten Vastnacht¹².

Daraus folgt, daß der Begriff „Alte Fasnacht“ nicht, wie manchmal behauptet wird¹³, auf die gregorianische Kalenderreform von 1582 zurückgeht, sondern ursprünglich durch die erwähnte Vorverlegung des Fastenzeitbeginns (und damit auch der Fasnacht) im 8. Jahrhundert entstand. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: Diese Datumsangabe besagt nicht, daß zu der Zeit die Fasnacht im heutigen Sinne gefeiert wurde. Der Inhalt der Urkunden hat nichts mit dem Fasnachtsbrauchtum zu tun.)

1353 findet sich eine „zu Wolffach“ ausgestellte Urkunde mit der Angabe „dornstag nach der pfaffen vasnacht“¹⁴. Der Begriff Herren- oder Pfaffenfasnacht läßt sich dadurch erklären, daß für die Geistlichen, im Gegensatz zu den Laien, die Fastenzeit bereits am Montag vor Aschermittwoch begann und sie deshalb ihre Fasnacht am Sonntag Estomihi feierten. Weitere Bezeichnungen für den Sonntag sind „die junge Fassnacht“¹⁵, „Aller manne vastnacht“ und „Manne vasnacht“¹⁶.

2. Der Schauertag

Der Begriff „Schauertag“ findet sich schon in Quellen des 14. Jahrhunderts und ist in vielen badischen Orten als Bezeichnung von Ratszehrungen am Aschermittwoch nachweisbar; auch in der Schweiz und im Elsaß finden sich Belege für ihn¹⁷. (In Österreich waren ebenfalls Ratszehrungen am Aschermittwoch üblich¹⁸). Im Kloster Schuttern fanden, nach den Tagebüchern des Abtes Jakob II Vogler aus den Jahren 1689–1705, zur Fasnachtszeit große Festessen statt, zu denen Gäste, auch von auswärts, geladen wurden¹⁹. Vogler bezeichnet dabei den Fasnachtsmontag 1689, 1702 und 1705 als „Schauertag“, an dem u.a. die Frauen des Ortes „eine große Menge Eier“ anboten und dafür als Gegenleistung Wein, Eichenbäume oder Geldgeschenke bekamen²⁰.

Der Ursprung des Begriffes „Schauer“ ist umstritten. Er stammt möglicherweise vom Wort „schuren“ ab, das anschwärzen, mit Ruß beschmieren bedeutet, und damit einen Bezug herstellen würde zum kirchlichen

Aschenkreuz²¹. Da aber, wie in Schuttern und anderen Orten, der Schauer- tag nicht zwingend am Aschermittwoch stattfand, ist diese Erklärung nicht ganz überzeugend.

Auch in Wolfach wurde früher jedes Jahr am Aschermittwoch der Schauer- tag abgehalten²², das Feiern desselben als „schuren“ bezeichnet²³. Er gehörte zu den 16 Mahlzeiten, „welche von altershero bey der Stadt Wolf- ach gehalten oder sonst in porem Geld bezahlt worden“²⁴. Der Oberamt- mann, der Landschreiber, der Stabhalter (Schultheiß), die vier Bürgermei- ster und der Stadtschreiber mit ihren Frauen, meist auch die Geistlichkeit, die aber keinen Anspruch darauf hatte, trafen sich in der „Stuben“ im Rat- haus ein²⁵, um auf Kosten der Stadt gemeinsam „Meuchlen“ (= Kuchlein), Brot und Erbsen zu verzehren und Wein zu trinken. 1564 wird ein „giger- lon“ erwähnt; demnach wurde beim Schauertag auch musiziert. Die Stadt bewirtete aber nicht nur die genannten Berechtigten, sondern lud auch die Bürger Wolfachs ein und bezahlte ihnen Brot und Wein, später auch „Meüchlin“ (erstmal 1630 erwähnt).

Der Schauertag war einer der drei Quatember- oder Fronfastentage in der 1. Fastenwoche. (Quatember bezeichnet in der lateinischen Liturgie die drei Buß- und Fastentage mit besonderem Gottesdienst (Mittwoch, Freitag, Samstag) zu Beginn der vier Jahreszeiten²⁶). Der Fronfastentag sollte u.a. an die Fronpflicht erinnern. Die „Zehrung“ für die Bürger am Schauertag war als Anerkennung und Gegenleistung (Fronzeichen) für die während des Jahres erbrachten Fronen und Leistungen gedacht²⁷. Im Jahr 1600 wird ausdrücklich auf die im kommenden Jahr zu leistenden Fronen für den Pfarrhof, den Turm und das Rathaus hingewiesen. 1608 steht geschrieben, daß die Bürger nach „altwohlhergebrachtem brauch . . . beruoffen“ wer- den, der Schauertag also damals schon eine alte Tradition war. In Wolfach bestand gemäß den Freiheitsbriefen seit 1305 für die Bürger der Stadt keine Fronpflicht gegenüber der Herrschaft; sie brauchten nur freiwillige Fronen zu leisten²⁸.

In Kriegs- und Notzeiten entfiel die Zehrung; den Amtspersonen, die An- spruch darauf hatten, wurde ein Geldbetrag ausbezahlt (1632). 1636 erhielt jede der 12 anwesenden Personen 10 ß Pfg statt der Zehrung; 1639, 1643, 1644 unterblieb die Zehrung ebenfalls. 1645 bis 1647 wurde jedem der 6 bis 8 Ehepaare, die auf dem Schauertag gewöhnlich erschienen, 1 Pfd. 5 ß Pfg. an Geld gegeben²⁹. Gegen Ende des 17., Anfang des 18. Jahrhun- derts wurden immer mehr Ratszehrunen, und so auch der Schauertag, nicht mehr „in natura geben und gehalten“, sondern grundsätzlich nur noch die Geldbeträge an die Berechtigten ausgezahlt³⁰.

In einer Ergänzung zur 1607 vom Grafen Christoph von Fürstenberg erlassenen Kinzigtäler Landesordnung wird 1650 der Schauertag am hl. Aschermittwoch „als einem Stuckh von der leichsinnigen Fasnacht“ verboten und seine Feier bestraft; aber bereits 1653 wird der Schauertag nachweislich wieder gehalten. Das Verbot bezog sich demnach nicht auf das städtische „Meuchlein“-Essen, sondern vermutlich auf in den Quellen nicht genannte Auswüchse oder „private“ Schauertagsbräuche. (Die Landesordnung galt in der gesamten Herrschaft Kinzigtal, und z.B. auch in Haslach wird 1643 der Schauertag erwähnt³¹.)

Von den 145 bis 170 Bürgern (ca. 700–800 Bewohner insgesamt), die in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Wolfach wohnten³², beteiligte sich schätzungsweise bis zu einem Drittel an der kostenlosen „offiziellen“ Zehrung (1, 5, 8 und 9 „Tisch mit burgern“). Sie brachten dazu ihre eigenen „schüsselin“ (1608) mit. Es ist anzunehmen, daß sich damals schon ein Teil der Bewohner am Aschermittwoch in geselliger Runde unabhängig vom offiziellen Brauch zum Verzehr von „Meuchlin“ und Wein traf, wie dies aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Franz Joseph Mones Beschreibung von 1867 bezeugt wird³³:

Der Schauertag ist in Wolfach bis vor etwa 20 Jahren noch im Gebrauch gewesen, man nannte die Feier desselben schuren, und sie bestand darin, daß mehrere Familien zusammen gingen und Striblen und Fische in einem gemeinschaftlichen Mahle verzehrten. Jetzt hat man diese Volkssitte mit den Gebräuchen am Fastnachtsdienstag vereinigt. Die Striblen, Meuchlen und Fastnachtsküchlein sind daher wahrscheinlich dieselbe Mehlspeise unter verschiedenen Namen.

Die von Mone genannten „Strieble“ sind eine in Fett gebackene, gewundene Mehlspeise³⁴. Inwieweit das 1548 erwähnte Essen von Aalen, bei dem nur Frauen beteiligt waren, mit dem Schauertag oder der Fasnet zusammenhängt, läßt sich aus der bei Mone zitierten Notiz nicht schließen. (Der Aschermittwoch galt, wie oben erwähnt, in manchen Gegenden als Tag der Weiberfasnacht.)

Weil der Schauertag „das üppige Schmausen und Zechen der Fastnachtszeit in die Fastenzeit hinein fortsetzte, wurde er . . . auf Betreiben des Pfarrverwesers Ernst Ginshofer, der sonst ein Freund des Humors war, abgeschafft“³⁵. (Ginshofer war von 1856 bis 1860 in Wolfach tätig³⁶.)

1938 erzählte die 1860 geborene Adelheid Moser (Buchbinderei) in einem Gespräch mit Josef Krausbeck einiges über die Wolfacher Fasnetbräuche im 19. Jahrhundert³⁷. Die Erinnerungen von ihr und ihren Eltern reichen bis um das Jahr 1840 zurück. Damals trafen sich (wie auch Mone berich-

tet) die Närrinnen am Dienstagabend zum „Schuren“ in den Wirtshäusern, um insbesondere Strieble, die in großen Mengen kostenlos ausgegeben wurden, zu essen. Schon nach der Elfemeß am Fasnetdienstag, einem Umzug der Hansel und Narren um die Stadt, gab es in den Elfemeßwirtschaften, wo die Teilnehmer nach dem Umzug gemütlich zusammensaßen, neben den Strieble auch Stockfisch und Heringssalat.

In den 1950er Jahren wurde der Aschermittwoch im Narrenfahrplan der Freien Narrenzunft Wolfach in Erinnerung an die einstige Ratszehrung zeitweise als „Schauertag“ oder „Schauer-Mittwoch“ bezeichnet³⁸.

In seinem Buch über das Brauchtum im Jahreslauf schreibt Dieter Hund, daß der Schauertag in Wolfach als „Abfeier der Fastnacht“ mit großen Essen gehalten wurde³⁹. Dies entspricht nicht dem Quellenbefund, der den Begriff „Schauertag“ eindeutig als eine Ratszehrung ausweist. Der Schauertag hat von seinem Ursprung her nichts mit dem Fasnetstrauchentum zu tun, das vom 16. bis 18. Jahrhundert ausdrücklich verboten war⁴⁰.

Dieter Hund zitiert in seinem Buch ohne genaue Quellenangabe eine von Heinrich Hansjakob stammende Beschreibung der angeblichen Entstehung des Schauertages im 30jährigen Krieg⁴¹. Hansjakob versteht dabei den Begriff „Schauer“ in bezug auf den Schwedeneinmarsch 1646 im Sinne von „Grusel, Schrecken“. Diese Entstehungsgeschichte bezieht sich nicht, wie Hund vermutet, auf den bereits im 14. Jahrhundert erwähnten Schauertag selbst, sondern nur auf den Brauch, am Aschermittwoch in Erinnerung an einen Vogt, der die Stadt Zell a.H. vor einer drohenden schwedischen Invasion warnte, einen Jungen zum Schwertmeister und ein Mädchen zur Schwertmeisterin zu wählen.

Exkurs: Der Elzacher Schuddig

Karl Siegfried Bader und Josef Weber kamen durch die Auswertung Elzacher Aktenbelege zu dem Schluß⁴², daß der Name der Elzacher Narrenfigur „Schuddig“ aus dem Begriff „Schauertag“ entstanden sei. Der Name „Schauertag“, zunächst nur als Bezeichnung für die Ratszehrung am Aschermittwoch verwendet, ging demnach im Laufe der Zeit auf die von den Elzachern gepflegten Narrenbräuche an diesem Tag über, die vermutlich mit dem heute noch üblichen Taganrufen vergleichbar sind, um schließlich im 19. Jahrhundert die Narren selbst zu bezeichnen, die diesen Brauch ausüben: die „Schurtignarren“⁴³. Ein anderer Erklärungsversuch leitet den Begriff „Schuddig“ vom Wort „Schote“ oder „Schaute“ ab, das aus dem Hebräischen stammt und „Narr“ bedeutet⁴⁴.

Leopold Schmidt wies 1955 darauf hin, daß der mit Schneckenhäusern behängte Dreispitz des Elzacher Schuddigs große Ähnlichkeit mit einer steinernen Fratze an einem Gebäude in der Wolfacher Schloßstraße aufweist⁴⁵. Er datierte die Plastik auf das 16. Jahrhundert, die jedoch nach den Forschungen Josef Krausbecks bereits im 12. Jahrhundert entstanden sein müßte⁴⁶. (Krausbeck vermutete 1984 in einem Zeitungsbericht⁴⁷, Schmidt sei aufgrund einer ungenauen Federzeichnung Georg Straubs in der „Ortenau“ zu seiner These gelangt; Schmidt bezieht sich allerdings in seinem Beitrag auf eine Photographie des Kopfes in W.A. Tschiras Abhandlung über die Stadt und das Schloß Wolfach⁴⁸.)

Schmidt bezeichnet den Kopf als Wiedergabe einer Schnitzmaske, was bei einer näheren Betrachtung aber nicht sehr überzeugend klingt. Nach Krausbeck befand sich die Fratze früher am Stadttor und diente, ähnlich wie das „Bettelmaale“ in der Durchfahrt des Stadtores, zur Abschreckung von Feinden. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß vielleicht der Kopf als Vorbild für die Narrenfigur diente. (Ähnliches ist auch in der heutigen Zeit zu beobachten: z.B. ließ sich der Elzacher Maskenschnitzer Fritz Disch bei der Neugestaltung von Elzacher Holzmasken in den 1920er Jahren von Brunnenfiguren beeinflussen⁴⁹.)

Der Volkskundler Peter Müller sieht in der Wolfacher Steinfratze „eine heiße Spur auf der Suche nach einer weiteren Verbreitung schuddigähnlicher Maskierungen . . . , die mit Schauertagsbräuchen in Verbindung stehen könnten“⁵⁰, und weist dabei auf den Dreispitzhut und die Schneckenhausmaskierungen in Kappelrodeck, Elzach und Zell a.H. hin. Bedenke man die Bedeutung des Schauertags für diese Gemeinden, „so könnte man ähnlichen Entwicklungen bei der Gestaltung des Narrenkleides vermuten“⁵¹. Müller bezieht sich dabei ausdrücklich auf die Schmidtsche Ansicht, daß auf dem Wolfacher Steinkopf tatsächlich Schneckenhäuser dargestellt sind. Auch wenn diese These wenig wahrscheinlich ist, so gibt es noch drei weitere Indizien für eine brauchgeschichtliche Verbindung zwischen Elzach und Wolfach.

Lieselotte Wiedling hat nachgewiesen⁵², daß die beim Wolfacher Wohlauf und Elzacher Taganrufen verwendeten Melodien auf eine sehr alte Nachtwächterrufformel zurückgehen. Beim Wohlauf singt der in einem Bett im Umzug mitgezogene „Wohlaufma“ an den sieben Stellen, wo früher der Nachtwächter sang, ein in sich abgeschlossenes Lied, während beim Taganrufen in Elzach eine variierbare zweizeilige Melodieformel verwendet wird, die dem rezitativisch vorgetragenen, langatmigen Text angepaßt werden kann. Der Beginn der beiden Texte zeigt eine auffällige Ähnlichkeit⁵³:

Elzach:

Sten uff, sten uff! Ihr Narre alli wißt's
der Moudi Schwarz unser Hauptmann isch!

neuere Fassung seit 1903:

Steht auf im Namen, hätt i's g'wißt,
wer unter uns Narren der Hauptmann ist!

Wolfach (Version bis 1973):

Wohlauf! Wohlauf!
Im Namen des Herrn Entechrischt:
Der Narrodag erstande isch.

Neben dem Schuddig tritt in Elzach eine zweite Narrenfigur auf, der „Rägemolli“. Hut und Larve ähneln dem Schuddig in seiner ursprünglichen Form; die vom Rägemolli überwiegend getragene sog. „Mundle“-Larve zeigt ein männlich-bäuerliches Gesicht mit aufgemaltem Schnurrbart, Haaransatz und roten Bäckchen, meist mit weißer, aber auch mit hautfarbener Bemalung⁵⁴. Ähnliche Larventypen gibt es in Hirrlingen, Hausach, Fridingen, March (Schweiz) und Friaul⁵⁵. In Wolfach trägt der Streifenhansel seit seiner Wiederbelebung in den 1980er Jahren ebenfalls eine Larve mit Bart, die auf eine aus dem 18. Jahrhundert stammende Larve zurückgeht, die sich heute im Wolfacher Heimatmuseum befindet⁵⁶.

In Elzach fanden, ähnlich wie in Wolfach, im 19. Jahrhundert Fasnetspiele statt, darunter auch eine „Altweibermühle“, über die es aber keine schriftlichen Belege gibt⁵⁷. Es handelt sich dabei vermutlich nicht um das in Wolfach noch heute aufgeführte Fasnetsingspiel „Die Weibermühle von Trips-trill“ von Georg Anton Bredelin⁵⁸.

Auf welche Weise diese Verbindungen im Brauchtum entstanden sind, läßt sich heute nicht mehr belegen; vielleicht sind es nur Parallelentwicklungen. Jedenfalls bestanden u.a. verwandtschaftliche Bindungen zwischen den beiden Städten, z.B. durch den Elzacher Badhofwirt Simon Beck, dessen Tochter 1706 den Wolfacher Sonnenwirt Johann Georg Schnetzer heiratete⁵⁹.

3. Das Fasnachtsbegaben und -verbrennen

Der älteste nachweisbare Fasnetbrauch in Wolfach, neben dem bereits im Jahr 1600 erwähnten Schnurren und dem Verkleiden mit Masken, ist das

Begräbnis der Fasnet, durch das das Tragen der Narrenkleider gelegentlich auf den Aschermittwoch ausgedehnt wurde: 1756 haben am Aschermittwoch

... nachfolgende die Faßnacht begraben, als Joseph Duppele, Anton Armbruster, Jacob Armbruster, Antoni Kuenz, Mathis Meyr und Tobias Armbruster, bei welchen annoch zwey Baurenbueben aus dem Kinzingerthal, und weilen dieses wider die gn. Herrschafts-Ordnung laufet und sie die mehreste Kleidung hierzu von Antoni Fischer dem Adlerwürth gehabt, er auch den Ausgang aus seinem Haus ihnen hierzu verstattet hat, als ist derselbe nebst denen übrigen jeder per 1 fl Straf angesehen worden⁶⁰.

1781 wird nicht die Fasnet, sondern der „Bachus“ begraben⁶¹. Etwas ausführlicher beschreibt Heinrich Hansjakob in seiner Erzählung „Theodor, der Seifensieder“ den Brauch, den er vermutlich 1865 selbst miterlebte (Hansjakob erwähnt zuvor ausführlich das in jenem Jahr aufgeführte Fasnetspiel „Der Munderkinger Landsturm“)⁶²:

Am Aschermittwoch begruben die Wolfacher die Fastnacht. Ein Strohmann wurde von vier Mann durch die Straßen getragen, und die Narren gingen hintennach. Vor dem Tore ward er in einem Acker beerdigt. Hierauf begab sich der Zug zum Stadtbrunnen zurück, allwo die leeren ledernen Geldbeutel gewaschen wurden.

Das Begraben der Fasnet in Verbindung mit der Geldbeutelwäsche findet sich auch in anderen Städten⁶³; in einigen Gemeinden in Baden und der Oberpfalz werden, in Kombination der beiden Bräuche, keine Strohpuppen, sondern die Geldbeutel selbst begraben⁶⁴.

Obwohl es in Wolfach einer der ältesten Fasnetbräuche ist (und das es deshalb wert wäre, wiederbelebt zu werden), kam das Fasnetbegraben in Vergessenheit. An seine Stelle trat gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Fasnetverbrennen: „In früheren Jahren wurde am Aschermittwoch die Fastnacht unter Trauerklage begraben und dabei ein Strohmann verbrannt“⁶⁵. Die Verdrängung des früher als Finalbrauch der Fasnet vorherrschenden Begrabens durch das Verbrennen ist vielerorts nachweisbar, wobei auch Mischformen der Bräuche auftreten können; in den vom Tübinger Arbeitskreis für Fasnachtsforschung in den Jahren 1961–64 untersuchten 534 Gemeinden zwischen Neckar und Bodensee kam das Verbrennen der Fasnet ungefähr doppelt so häufig vor als das Begraben⁶⁶.

In den 1920er Jahren (die erste genehmigte Nachkriegsfasnet fand 1924 statt) wurde in Wolfach eine ausgestopfte, angezogene Puppe mit Namen „Fasnet“ auf des Hechtewirts Bierfaßkarren bei anbrechender Dunkelheit durch die Stadt gezogen. Die Kinder liefen hinterher und riefen „d’Fasnet

wurd verbrennt, d'Fasnet wurd verbrennt“. Im Schloßhof wurde die Puppe schließlich um Mitternacht verbrannt⁶⁷.

Letztmals verbrannten die Wolfacher 1937 und 1938, offiziell im Narrenfahrplan angekündigt, die Fasnet, und zwar nach dem Ende des Nasenzuges im Schloßhof⁶⁸. Beim Nasenzug trägt jeder Teilnehmer eine fantasievoll gestaltete Nase im Gesicht, einen alten Hut mit einem Reifschnieder-span auf dem Kopf und eine umgekehrt angezogene Jacke; im Gänsemarsch ziehen dann die Nasenzügler mit möglichst lauten Krachinstrumenten durch alle Gassen und Winkel der Stadt. Der Nasenzug ist schon im 19. Jahrhundert nachweisbar⁶⁹, geriet wegen aufgetretener Mißstände längere Zeit in Vergessenheit und wurde, nachdem er bereits in den zwanziger Jahren zweimal stattfand, 1931 „offiziell“ wiederbelebt und im Narrenfahrplan erwähnt.

Seit dem Wiederbeginn der Fasnet nach dem 2. Weltkrieg gibt es nur noch die Geldbeutelwäsche (seit 1948) und den Nasenzug (seit 1949) als Fasnetabschluß. Doch zweimal flammte seither am Fasnetdienstagabend aus besonderen Gründen wieder ein Feuer auf: 1965 wurde das 1930 erneuerte Gestell des alten Bretschelhansels (einer mit Brezeln behängten Narrengestalt, deren Brezeln im Anschluß an den Kinderumzug am Fasnetdienstag an die teilnehmenden Kinder verteilt werden) im Schloßhof verbrannt⁷⁰, da er wegen der wachsenden Kinderzahl zu klein geworden war und durch den heute noch benutzten, fahrbaren Bretschelhansel ersetzt wurde. (Der Bretschelhansel war ursprünglich eine etwa 1,50 m große, mit Brezeln behängte Puppe, die nach dem Kinderumzug am Fasnetdienstag aus dem Fenster eines Wirtshauses den am Umzug beteiligten Kindern zugeworfen wurde⁷¹.)

Die Gruppe der „Alden Rungunkeln“ (der Name dieser Narrengestalt ist ein Scherz- und Spottname für „alte Weiber“⁷², weshalb die „Alden Rungunkeln“ auch nicht als Hexen bezeichnet werden wollen) baute für die Fasnetumzüge eine fahrbare „Altweibermühle“, die 1973 und 1977 auch bei der Aufführung von Georg Anton Bredelins Fasnetsingspiel „Die Weibermühle von Tripstrill“ verwendet wurde⁷³. Diese Altweibermühle fand 1979 auf der Martinswiese beim Gassensteg unter dem Wehklagen der über das Feuer springenden Rungunkeln in den Flammen ihr Ende. Für die Umzüge und das Fasnetspiel wurden zwei neue Mühlen gebaut.

Eine besondere Attraktion des Nasenzuges, an dem offiziell nur Männer teilnehmen dürfen, ist der erst nach dem 2. Weltkrieg aufkommende Brauch, Frauen, die sich in den Zug eingeschlichen haben, in den Stadtbrunnen zu tauchen. In Wolfach ist dies keine alte Tradition, aber in ande-



Abb. 1: Der Bretschelhansel im Jahre 1937. Das Gestell wurde 1965 verbrannt.
Archiv Schrader.

ren Gemeinden lassen sich solche „Wassertaufen“ als Fasnetbrauch bis ins 15. und 16. Jahrhundert zurückverfolgen⁷⁴. Bei der Entstehung dieser Bräuche kann die Bedeutung des Aschermittwochs als Reinigungs- und Sühnetag eine Rolle gespielt haben. In Tirol war am Aschermittwoch der „Dinseltag“ der Metzger, an dem die Lehrlinge ihren „Metzgersprung“ in einen Brunnen ausübten⁷⁵. Den Brunnensprung gibt es z.B. in Munderkingen a.d. Donau auch heute noch.

4. Die Geldbeutelwäsche

Die Geldbeutelwäsche ist ein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitverbreiteter Finalbrauch der Fasnet⁷⁶, der damals auch öfters in Verbindung mit dem Fasnetbegraben gepflegt wurde. Der Brauch geriet zur Jahrhundertwende in vielen Orten in Vergessenheit und fand in Süddeutschland erst nach dem 2. Weltkrieg wieder größere Verbreitung.

Die Wiederbelebung der Wolfacher Geldbeutelwäsche fand bereits 1924 bei der ersten Fasnet nach dem 1. Weltkrieg statt. Die Fasnet wurde damals nur in kleinerem Rahmen durchgeführt, das Festspiel nicht durch das Narren-Comitée, sondern durch den Turnverein aufgeführt⁷⁷. Nach den langen Jahren ohne Fasnet feierten besonders die jungen Narren wieder kräftig mit und verbrannten am Dienstagabend um Mitternacht nach dem letzten närrischen Beisammensein die Fasnet. In der Mittagspause am Aschermittwoch trafen sich vier der jungen Narren, darunter Hans Ulmrich und Albert Sandfuchs jun., um ihren Kater mit einem sauren Hering zu vertreiben⁷⁸. Sie gingen zum Gemischtwarengeschäft Alfred Albanus (Hauptstraße 53) und kauften für jeden einen Hering mit einer Scheibe Schwarzbrot. Da in dem kleinen Ladengeschäft kein Platz zum Sitzen war, stellten sie einen Tisch und vier Stühle auf den Bürgersteig und verspeisten dort ihre Fische. Nachdem sie mit ihrem letzten Geld die Rechnung für das Mahl bezahlt hatten, machte der jüngste der vier, Hans Ulmrich, den Vorschlag, die leeren Geldbeutel am Stadtbrunnen zu waschen. Ohne es zu wissen, hatten die vier damit die durch Hansjakob für 1865 bezeugte Geldbeutelwäsche wiederbelebt (siehe Zitat im Abschnitt über das Fasnetbegraben). Nach dem Krieg 1870/71 hatten die Wolfacher, wie aus einer Zeitungsnotiz hervorgeht, die Geldbeutel vorübergehend nicht mehr im Stadtbrunnen, sondern im Gewerbekanal bei der Stadtbrücke gewaschen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Geldbeutelwäsche in Vergessenheit geraten.

1925 beteiligten sich 7 Narren an der Geldbeutelwäsche. Im Jahr darauf führten die Wäscher den Gang zur sog. „Klagemauer“ beim Finanzamt



Abb. 2: Die Geldbeutelwäsche 1926. Archiv Schrader.

(östlicher Schloßflügel) ein und schlossen den Brauch in der Krone ab, wozu der Kronenwirt, der damals auch teilnahm, seinen Gildebrüdern eine Portion Stockfische stiftete. 1930 fand eine „konstituierende Versammlung“ der Wäschergilde statt, in welcher die Abwicklung des Brauches, einheitliche Kleidung und der Verzicht auf fasnächtliche Freudenausbrüche festgelegt wurden. Vor dem Stockfischessen hält seither einer der Wäscher eine ritualisierte Trauerrede über die verflossene Fasnacht und die Schlechtigkeit der Wäscher und der Welt. Im Nachlaß von Georg (Hansjörg) Straub (1882–1959) fand sich der Entwurf einer Trauerrede aus den 1950er Jahren⁷⁹:

Wenn ich heute der Darwinischen Theorie [sic!] eine Konzession machen muß, dann ist die tiefere Ursache die, daß wenn ich Euere Fratzen ansehe glauben muß, daß Ihr das bis gestern noch nicht gefundene Glied des Übergangs vom Affen zum Menschen darstellt. Aber Euere Schießbudengesichter stammen nicht nur von einem Affen ab, sondern von den vielen Affen, die Ihr über die schamlose Fasnachtzeit in Hochkultur gezüchtet habt. Wollt Ihr endlich in Euch gehen, ehe die drohende Wissenschaft den Mond herabschießt und Ihr keine Zeit mehr habt, Euch zu bessern, bevor Ihr unter der Lava der Mondvulkane begraben seid?

Homo nonsapientes, zu deutsch Affengezüchte, denke an Pompei, Herculanium und Sodom!

Nicht einmal zur Salzsäule werdet Ihr verwandelt, sondern nur zu stinkendem Dreck, und selbst Euere Seelen werden so radioaktiv verseucht sein, daß Euch der Teufel nicht einmal in die Gemeinschaft der armen Teufel aufnimmt.



*Abb. 3: Georg Straub bei der Trauerrede vor dem Stockfischessen 1953.
Archiv Schrader.*



*Abb. 4: Die Geldbeutelwäscher an der „Klagemauer“ beim Finanzamt 1957.
Archiv Schrader.*



Abb. 5: Am Aschermittwoch ist alles vorbei ... Archiv Schrader.

An der ersten Nachkriegsgeldbeutelwäsche 1948 beteiligten sich 8 Wäscher⁸⁰. 1953 erweiterten die Wäscher ihren Brauch nach dem Stockfischessen durch einen Gang auf das Rathaus, um den von den Narren entthronten Bürgermeister wieder in sein Amt einzuführen. Dabei werden auch verdiente Wäscher durch das zur Fasnet 1954 von der Stadt gestiftete „Großkreuz der Armut am schwarzen Bande“ für die Pflege althergebrachter Narrenbräuche, insbesondere der Geldbeutelwäsche, aus der Hand des Bürgermeisters ausgezeichnet. In den 50er Jahren gingen die Wäscher vor dem Stockfischessen zunächst zum damaligen Narrenvater Erwin Haas, um ihm das Beileid über die dahingeschiedene Fasnet auszudrücken. (Haas wurde im Januar 1959, aus Anlaß seines 30. Dienstjubiläums und seines Rücktrittes als Narrenvater, auf Lebenszeit zum ersten und bislang einzigen Präsidenten der Freien Narrenzunft Wolfach ernannt.)

Zu ihrem 40. Jubiläum 1964 zogen die Wäscher schon am Schmutzige Dunnschdig, allerdings mit lachenden Gesichtern, zum Stadtbrunnen, begleitet von der Narrenkapelle und zwei „Ehrenjungfrauen“ in Gestalt von Rungunkeln, während die Salutkanone pausenlos böllerte. Dabei wurde feierlich das Wäschergäßle neben dem Rathaus eingeweiht, das zuvor Schulstraße hieß und durch das die Wäscher ihren Gang zur Klagemauer und zum Stadtbrunnen beginnen. 10 Jahre später fand zum 50. Jubiläum nach der Wäsche ein kleiner Festakt statt. Der Südwestfunk brachte abends in der Landesschau im Fernsehen einen kurzen Bericht über den Brauch.

Mit dem Erlös von 7650 DM des für diesen Zweck am 6. und 7. August 1983 von der Wäscher-Gilde veranstalteten Stadtbrunnenfestes konnte die nach dem Fest beginnende und bis Oktober dauernde Renovierung der Nepomuk-Statue auf dem Stadtbrunnen komplett finanziert werden⁸¹. Beim Fest wurden u.a. lederne Geldbeutel verkauft, die von der „Lebenshilfe Haslach“ gefertigt wurden.

Den ursprünglichen Sinn der Geldbeutelwäsche versuchte der Volkskundler Dietz-Rüdiger Moser zu ergründen, der das gesamte Fasnachtsbrauchstum als eine von der katholischen Kirche inszenierte „Gegenwelt“ im Sinne des Zwei-Staaten-Modells des heiligen Augustins interpretiert, die den Christen die Entscheidung für die „Gotteswelt“ und das Christentum erleichtern soll⁸². Moser vertritt die These, daß es sich bei der Geldbeutelwäsche um eine Bildgebärde franziskanischer Herkunft handelt, denn in „der ‚regula non bullata‘ nennt Franziskus denjenigen, der an weltlichen Dingen hängt und nicht aufrichtig Buße tut, ‚den der den Geldbeutel trägt‘ – nämlich Judas, der Christus verriet“⁸³. Der Geldbeutel steht für die Natur, das Vergängliche als negatives Gegenbild zur nach katholischer Ansicht erstrebenswerten „Übernatur“; es handelt sich bei der Geldbeutelwäsche nach

Mosers Ansicht nicht um „eine Demonstration des Geldverbrauches“ während der Fasnet, sondern „um den sichtbaren Abschied vom Narrentum, d.h. um die Absage an ein Leben der Sünden und der Laster“⁸⁴.

Es stellt sich die Frage, ob das franziskanische Gedankengut den Initiatoren und Trägern des Brauches überhaupt jemals im Zusammenhang mit dem Geldbeutel präsent gewesen ist. Um dies zu beantworten, müßte es Belege für die Geldbeutelwäsche aus jenem frühen Entwicklungsstadium geben, als der Sinn der Brauchelemente den Trägern noch vertraut war, was aber nicht der Fall zu sein scheint: Die Geldbeutelwäsche läßt sich bislang nur einmal vor 1850⁸⁵, im Jahre 1819 in Innsbruck⁸⁶, aktenkundig bezeugen; in den zahlreichen amtlichen Verlautbarungen der Fasnet-Verbotswelle im 17. und 18. Jahrhundert findet sich bislang keine einzige Erwähnung des Brauches. Die Entstehungsgeschichte der Geldbeutelwäsche entzieht sich also unserer Kenntnis.

Quellen zum Schauertag

Die Zitate finden sich, falls nicht anderst angegeben, in den Wolfacher Stadtrechnungen der betreffenden Jahre⁸⁷.

- 1548: Uberthan wie man die meuchla uff der Stuben gessen 8 1/2 β Straßb.
1548: Uberthan, wie die Weiber die öl [Aale] uff der stuben gessen. [Anlaß für die Zehrung bei Mone nicht genannt.]
1551: Uff den escherigen mitwoch uberthan mit den meuchlen 11 β 1 Pfg.
1564: Uff den aschermittwoch uberthan, als der amptman sampt dem landschreiber und seiner frauwen gast gewesen und die meichlin geessen worden, sampt gigerlohn und etlichen maß wein, so uffgangen 14 β 5 Pfg.
1600: Item am Schurtag für die Meüchlin für Anckhen Brott und Erbsen 7 β 4 Pfg. Item weiter 5 Tisch mit burger dagewesen ist für sie zalt worden an wein unnd brott, unnd zum theil arme Leüth, auch weil uffs künftige Jar zimblich am Pfarrhof, Thurn und Rathauß ze frohnen vorhanden, ist selbigs von gemainer Statt für sie erlegt thut 2 1/2 Pfd. 3 Pfg. und zesamen 2 Pfd. 17 β 7 Pfg.
1604: Item am Schurtag die Meüchlin für Anckhen, Brot und Erbsen 8 β 10 Pfg. Item weiteres 9 Tisch mit burgern, ihnen verehrt 2 Pfd. 1 β 2 Pfg.
1605: Am Schurtag die Moüchlin für Anken, Brot und Erbsen 7 β 4 Pfg. Item 8 Tisch mit Leüt, ihnen verehrt 1 Pfd. 12 β 10 Pfg.
1608: Item am Schurtag, als den 20. Febr. altwolhergebrachtem brauch nach aine Gemain mit iren schüsselin uff der Herren Stuben die Müchlein zu versuchen beruoffen, aber nit mehr als ain Tisch mit Personen usser dem Rath und der Gemain erschienen, die an Wein und Brot ußgehalten, uffgangen 1 Pfd. 11 β 3 Pfg.
1630: Am Aschermittwoch, genannt der Schaurtag, alda altem gebrauch nach die Burgerchaft zu den Meüchlin geladen, diß Jahr den 13. febr. die Priester, Oberamptleut, Schultheiß, vier Burgermeister, Stattschreiber, sampt deren Weiber Gast gehalten, auch auf gemeiner Burger Tisch die Meuchlin sambt ainem Trunckh verehret worden, ist in allem uffgangen 9 Pfd. 7 β 6 Pfg.
1632: Item am Äschermittwoch genannt der Schawertag, allda abermahlen altem Ge-

brauch nach die Burgerschaft zu den Meuchlin geladen, auch die Priesterschaft, Herrn Oberamtleut, Schultheiß, 4 Burgermeister, Stadtschreiber sambt deren Weiber gastfrey gehalten werden sollen, aber aus erheblich Ursachen vermitten blieben, ist ein jeder Person, deren in allem 19 waren 6 ß an paarem Geldt geordnet und bezahlt = 5 Pfd. 14 ß.

- 1650: Der Schawertäg an dem hl. Aschermittwoch als einem Stuckh von der leichsinnigen [sic!] Fasnacht seind und bleiben gantz und gar abgethan, bei gelth, Thurn oder anderer Leibstraf. [Ergänzungen zur Fürstenbergischen Landesordnung. Zit. nach Disch: Chronik Wolfach, S. 22.]
- 1653: Folgen der Mahlzeiten Specification, welche von altershero bey der Stadt Wolfach gehalten oder sonsten in parem Geld bezahlt worden. . . . 4. Schauertag 1 fl 48 kr [1653. fl = Gulden], 2 fl 30 kr [1681]. Zu allen diesen Mählern gehörten die Herren Oberamtleut, der Staabhalter, Stadtschreiber, die 4 Burgermeister und der Stadtknecht. Die übrigen Ratsverwandten und der Schuelmeister gehörten nur [zu 6 der insgesamt 16 städtischen Zehrungen. Zum Schauertag waren sie nicht geladen. Zit. nach Disch: Chronik Wolfach, S. 113.]

Anmerkungen

- 1 Über die Fastenzeit s. Theologische Realenzyklopädie. Bd. 11. Berlin: 1983, S. 50–52. Lexikon f. Theologie u. Kirche. Bd. 1. 2. Aufl. Freiburg: 1957. Sp. 919. Vgl. Karl Siegfried Bader: Schurtag – Schuddig. Vom Aschermittwochsbrauchtum zur Elzacher Fastnachtsfigur. In: Ders.: Ausgewählte Schriften zur Rechts- und Landesgeschichte. Bd. 3. Sigmaringen: 1984, S. 418–434; hier S. 424. (Nachdruck aus Schauinsland 81 (1963), S. 99–115). Karl Kurrus: Theologische Aspekte der Fastnacht. In: Fastnacht. Beiträge d. Tübinger Arbeitskreises f. Fasnachtsforschung. Tübingen: 1964. (Volksleben, hrsg. v. Hermann Bausinger u.a.; Bd. 6), S. 80–98.
- 2 Handwörterbuch d. dt. Aberglaubens. Bd. 1. Hrsg. v. E. Hoffmann-Krayer u. H. Bächtold-Stäubli. Berlin, Leipzig: 1927. (Handwörterbuch z. dt. Volkskunde Abt. 1: Aberglaube). Sp. 621.
- 3 Kurrus: Theologische Aspekte der Fastnacht, S. 85.
- 4 Dietz-Rüdiger Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval. Das Fest der „Verkehrten Welt“. Graz, Wien, Köln: 1986, S. 19, 339. Werner Mezger: Narrenidee und Fastnachtsbrauch. Studien zum Fortleben des Mittelalters in der europäischen Festkultur. Konstanz: 1991. (Konstanzer Bibliothek Bd. 15. Zugl. Freiburg i. Br. Univ. Habil.-Schr. 1989), S. 13.
- 5 Zur Problematik der verschiedenen Fasnachtsdeutungen s. Mezger: Narrenidee und Fastnachtsbrauch, S. 9–15.
- 6 Nikolaus Grass: Der Kampf gegen Fasnachtsveranstaltungen in der Fastenzeit. In: Zs. f. Volkskunde 53 (1956/57), S. 204–237; hier S. 215. D.-R. Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval, S. 19f. Hans Moser: Die Geschichte der Fastnacht im Spiegel von Archivforschungen. Zur Bearbeitung bayerischer Quellen. In: Fastnacht. Beiträge d. Tübinger Arbeitskreises f. Fasnachtsforschung, S. 15–41; hier S. 26.
- 7 Datumsangaben zwischen 1240 und 1320 aus dem Thurgauer und Freiburger Urkundenbuch finden sich in: Herbert Berner: Fastnacht und Historie. Möglichkeiten und Grenzen archivarischer Fasnachtsforschung. In: Fastnacht. Beiträge d. Tübinger Arbeitskreises f. Fasnachtsforschung, S. 42–71; hier S. 55–59. Datumsangaben aus Freiburger Ratsprotokollen in: Rolf Süß: Zur Geschichte und Gegenwart der Freiburger Fastnacht. In: Masken zwischen Spiel und Ernst. Beiträge d. Tübinger Arbeitskreises f.

- Fasnachtsforschung. Tübingen: 1967. (Volksleben, hrsg. v. Hermann Bausinger u.a.; Bd. 18), S. 107–133; hier S. 107f. Vgl. H. Moser: Die Geschichte der Fasnacht, S. 24. Mezger: Narrenidee und Fastnachtsbrauch, S. 517, Anm. 64.
- 8 Hermann Grotefend: Zeitrechnung d. dt. Mittelalters u. d. Neuzeit. 2. Neudr. d. Ausg. v. 1891. Bd. 1. Aalen: 1984, S. 55f.
 - 9 Fürstenberg. Urkundenbuch (FUB) Bd. II, Nr. 277.
 - 10 FUB II, 320.
 - 11 FUB II, 408.
 - 12 FUB III, 81.
 - 13 Kurt Klein: Rund um das Kalenderjahr. Ein Streifzug durch das volkstümliche Kalenderjahr. Kehl usw.: 1983. 2. Aufl. 1984, S. 31f. Fast unverändert übernommen in: Dieter Hund: Schwarzwälder Brauchtumskalender. Oberwolfach: 1990, S. 23.
 - 14 FUB II, 296/2 (1353-02-07).
 - 15 D.-R. Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval, S. 19.
 - 16 FUB V, 296 (1336-02-20); FUB II, 383 (1364-02-11).
 - 17 Näheres unter dem Stichwort „Scheuertag“ (sic!) in: Jakob u. Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch. Bd. 14. Nachdr. d. Erstausg. v. 1893. München: 1984. Sp. 2623. Vgl. Bader: Schurtag – Schuddig.
 - 18 Grass: Kampf gegen Fasnachtsveranstaltungen, S. 220f.
 - 19 Gerhard Silberer: Fastnachtsbrauchtum im Umfeld des Klosters Schuttern zwischen 1689 und 1705. In: Die Ortenau 72 (1992), S. 182–188.
 - 20 Ebd. S. 183, 187, Anm. 8, 188, Anm. 25.
 - 21 Bader: Schurtag – Schuddig, S. 426.
 - 22 S. die Quellensammlung zum Schauertag im Anhang. Die im Text genannten Jahreszahlen bei Zitaten verweisen auf die dort aufgeführten Quellen. Vgl. Josef Krausbeck: Wolfacher Fasnet in Geschichte und Dichtung. Wolfach: 1973, S. 5. Ders.: Aus der Geschichte der Wolfacher Fasnet. In: Die Ortenau 35 (1955), S. 132. Ders. u. Frieder Knauss: Masken unserer Stadt: Wolfach. Stuttgart: 1974. (Skripta-Reihe, hrsg. v. Rudolf K. Fr. Schnabel), S. 13f.
 - 23 Franz Joseph Mone: Der Schauertag zu Wolfach. In: Zs. f. d. Geschichte d. Oberrheins 20 (1867), S. 76–77; hier S. 76. Josef Krausbeck: Fasnetserinnerungen von Adelheid Moser. Wolfach: 1938. (Manuskript im Besitz v. J. Krausbeck, Wolfach.)
 - 24 Franz Disch: Chronik der Stadt Wolfach. Unveränd. Nachdr. d. Erstausg. v. 1920. Freiburg: 1982, S. 113.
 - 25 Die Stube wurde früher nur bei bestimmten Gelegenheiten geführt. Über die Stube ebd. S. 108–116.
 - 26 Quatember. In: dtv-Lexikon in 20 Bänden. Bd. 14. München: 1990, S. 342.
 - 27 Bader: Schurtag – Schuddig, S. 425, 429.
 - 28 Disch: Chronik Wolfach, S. 8.
 - 29 Mone: Schauertag, S. 77.
 - 30 Disch: Chronik Wolfach, S. 115.
 - 31 Mone: Schauertag, S. 77.
 - 32 Disch: Chronik Wolfach, S. 479f.
 - 33 Mone: Schauertag, S. 76.
 - 34 Über den Zusammenhang von Fasnet, Essen und Fastenzeit s. Alfons Wiesinger: Narrenschmaus und Fastenspeise im schwäbisch-alemannischen Brauch. Konstanz: 1980. (Über den Schauertag S. 41f.). Martina Meuth u. Bernd Neuner-Duttenhofer: Baden. Küche, Land und Leute. München: 1988, S. 238–243. (Mit Rezepten für Fasnetsküchle und Stockfisch, und mit Bildern der Wolfacher Geldbeutelwäsche.)

- 35 Disch: Chronik Wolfach, S. 437.
- 36 Ebd., S. 301.
- 37 Krausbeck: Fasnetserinnerungen Adelheid Moser.
- 38 Was wird über Fastnacht in Wolfach geboten? In: Amtl. Nachrichtenbl. f. d. obere Kinzigtal 9 (1958-02-08), Nr. 6. Wolfacher Narrenfahrplan 1959. In: Ebd. 10 (1959-01-31), Nr. 5. Wolfacher Narrenfahrplan 1960. In: Ebd. 11 (1960-01-01), Nr. 1.
- 39 Hund: Schwarzwälder Brauchtumskalender, S. 24.
- 40 Disch: Chronik Wolfach, S. 443–445. Vgl. Franz Disch: Einstige Verordnungen gegen die Wolfacher Fastnacht. In: Die Ortenau 26 (1939), S. 190.
- 41 Hund: Schwarzwälder Brauchtumskalender, S. 24.
- 42 Bader: Schurtag – Schuddig, S. 111. Josef Weber: Die Elzacher Fasnet und ihre Narrengestalten. In: Forschen und Bewahren. Das Elztäler Heimatmuseum Waldkirch. Kultur- und landesgeschichtl. Beiträge z. Elztal u. z. Breisgau. Hrsg. v. Heinrich Lehmann u. Willi Thoma. Waldkirch: 1983. S. 225–244.
- 43 Peter Müller: ‚Sie stammen von den alten Germanen ab . . .‘. Zu Wandel und Deutung der Schuddiggestalt. In: s’Eige zeige. Jb. d. Landkreises Emmendingen f. Kultur u. Geschichte 2 (1988). Hrsg. v. Volker Watzke, S. 35–57; hier S. 42f.
- 44 Ebd. S. 54f., Anmerkung 32. Hubert Baum: Alemannisches Taschenwörterbuch. 5. Aufl. Freiburg: 1991, S. 189.
- 45 Leopold Schmidt: Die Schneckenmaskierung. Ein Beitrag zur Methode der volkskundlichen Maskenforschung. In: Rheinisches Jb. f. Volkskunde 2 (1955), S. 118–163; hier S. 155.
- 46 Josef Krausbeck: Funde und Entdeckungen aus Wolfachs Geschichte. In: Die Ortenau 60 (1980), S. 344–346. Ders.: Das Bettelmännle am Wolfacher Stadttor. In: Die Ortenau 61 (1981), S. 306–308.
- 47 Josef Krausbeck: Was wenige Wolfacher wissen. Wolfachs ältester Kopf fand in Wien Beachtung. In: Schwarzwälder Bote (Ausg. B4) vom 23.8.1984; Offenburger Tageblatt vom 25.8.1984. Vgl. Frank Schrader: Neues über die Baugeschichte der Stadt Wolfach. In: Die Ortenau 75 (1995), S. 267–275; hier S. 271f.
- 48 Wilhelm Arnold Tschira: Stadt und Schloß Wolfach. In: Badische Heimat 22 (1935), S. 322–336; hier S. 336, Abb. 16.
- 49 Müller: ‚Sie stammen von den alten Germanen ab . . .‘, S. 38.
- 50 Ebd. S. 46.
- 51 Ebd. S. 49.
- 52 Lieselotte Wiedling: Zwei alte badische Fastnachtsrufe und ihr musikalischer Umkreis. In: Jb. f. Volksliedforschung 16 (1971), S. 81–90.
- 53 Erwin Krumm: Masken unserer Stadt: Elzach. Stuttgart: 1975. (Skripta-Reihe, hrsg. v. Rudolf K. Fr. Schnabel). S. 44, 58. Vgl. Peter Müller: ‚Stehn uff, stehn uff! Ihr Narre alli wißt’s der Maudi Schwarz euer Hauptmann isch!‘ Über den Elztäler Räuber Maudthe (Maudi) und seine Beziehung zur Elzacher Fasnet. In: s’Eige zeige. Jb. d. Landkreises Emmendingen f. Kultur und Geschichte 9 (1995), S. 35–42.
- 54 Abb. in: Müller: ‚Sie stammen von den alten Germanen ab . . .‘, S. 51.
- 55 Ebd. S. 49.
- 56 Abb. in: Schwarzwaldstadt mit Tradition. Wolfach, Kirnbach, Kinzigtal. Hrsg. v. d. Stadt Wolfach. Freiburg: 1988, S. 266. Krausbeck u. Knauss: Masken unserer Stadt: Wolfach, S. 40.
- 57 Weber: Die Elzacher Fasnet, S. 241. Briefl. Mitteilung v. Josef Weber, Elzach, v. 21.12.1995.
- 58 Über die Weibermühle s. Frank Schrader: Georg Anton Bredelin (1752–1814). Ein be-

- gabter Dichter und Schulmeister aus Biberach an der Riß. In: Die Ortenau 73 (1993), S. 595–606; hier S. 601–603.
- 59 Ferdinand Häufle: Ortssippenbuch Wolfach. Wolfach: o.J. (Manuskript im Stadtarchiv Wolfach).
- 60 Disch: Chronik Wolfach, S. 443.
- 61 Ebd. S. 444. Vgl. Franz Disch: Einstige Verordnungen gegen die Wolfacher Fastnacht. In: Die Ortenau 26 (1939), S. 190.
- 62 Heinrich Hansjakob: Theodor der Seifensieder. In: Ders.: Waldleute. Erzählungen. 11. Aufl. Haslach: 1984, S. 193f.
- 63 Fastnacht begraben. In: Handwörterbuch d. dt. Aberglaubens. Bd. 2. Berlin, Leipzig: 1929/30. Sp. 1261–1263.
- 64 Markus Bauer: Geldbeuteleingraben in Beratzhausen. In: Heimat Oberbayern 7 (1992), S. 68–77. (Quelle konnte nicht eingesehen werden.) Edgar Harvolk: Geldbeutelwaschen. Überlegungen zu einem wiederentdeckten Finalbrauch am Aschermittwoch. In: Bayer. Jb. f. Volkskunde 1980/81, S. 153. Über das Faschingbegraben in Österreich und der Schweiz s. Grass: Kampf gegen Faschnachtsveranstaltungen, S. 206.
- 65 Disch: Chronik Wolfach, S. 443.
- 66 Bernhard Losch: Anfangs- und Abschlußbräuche. In: Dörfliche Fasnacht zwischen Neckar und Bodensee. Beiträge d. Tübinger Arbeitskreises f. Faschnachtsforschung. Tübingen: 1966. (Volksleben, hrsg. v. Hermann Bausinger u.a.; Bd. 12), S. 82–155; hier S. 139f.
- 67 Albert Sandfuchs: Vor fünfzig Jahren Wiedergründung der Geldbeutelwäsche. In: Amtl. Nachrichtenbl. f. d. obere Kinzigtal 25 (1974-02-24), Nr. 8, S. 4f. (hier für 1924 belegt). Erich Steinhauser: Fasnetverbrennen, Ausrufer vom Schlaghus, Steinwerfer-Geißbehaas. In: Wolfacher Narrenblättle 10 (1980).
- 68 180 Jahre Freie Narrenzunft Wolfach. Festschrift zum Landschaftstreffen vom 3. bis 6. Februar 1995. Hrsg. v. d. Freien Narrenzunft Wolfach. Wolfach: 1995, S. 51f.
- 69 Krausbeck u. Knauss: Masken unserer Stadt: Wolfach, S. 32–37.
- 70 180 Jahre Freie Narrenzunft Wolfach, S. 56.
- 71 Mitteilung v. Josef Krausbeck, Wolfach, in einem Gespräch am 28.12.1995.
- 72 Stichwort „Runkunkel“ in: Jakob u. Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch. Bd. 14. Nachdr. d. Erstausg. v. 1893. München: 1984, Sp. 1521.
- 73 Wie Anmerkung 58.
- 74 Mezger: Narrenidee und Fastnachtsbrauch, S. 369–373. Harvolk: Geldbeutelwaschen, S. 155.
- 75 Grass: Kampf gegen Faschnachtsveranstaltungen, S. 223.
- 76 Zahlreiche Erwähnungen in verschiedenen Städten von Mainz bis Innsbruck sind verzeichnet in: Harvolk: Geldbeutelwaschen. Losch: Anfangs- und Abschlußbräuche, S. 141. Zu Wolfach vgl. Rolf Wilhelm Brednich u. Franz Simon (IWF): Mitteleuropa, Baden – Wolfacher Fasnet. Film E 2801 des IWF. Göttingen: 1984. Publikation von R. W. Brednich, Publ. Wiss. Film., Sekt. Ethnol., Ser. 14, Nr. 1/E 2801 (1984), S. 24–26.
- 77 Wolfacher Fastnachtsspiele einst und heute. In: Amtl. Nachrichtenbl. f. d. obere Kinzigtal 19 (1968-02-24), Nr. 8, S. 21–23; hier S. 22.
- 78 Entstehungsgeschichte der Geldbeutelwäsche z.T. nach Sandfuchs: Vor fünfzig Jahren Wiedergründung der Geldbeutelwäsche. In: Krausbeck: Wolfacher Fasnet, S. 4, wird als Entstehungsjahr der Geldbeutelwäsche 1927 genannt, was ein Druckfehler oder Irrtum ist. Vgl. Krausbeck u. Knauss: Masken unserer Stadt: Wolfach, S. 45f.
- 79 Manuskript im Besitz v. Josef Krausbeck, Wolfach.
- 80 Mitteilung v. Erich Steinhauser sen., 1959–1979 Narrenvater in Wolfach.

- 81 Berichte über das Fest im Schwarzwälder Boten (Ausg. B4) vom 4., 8., 9. und 27.8.1983.
- 82 These ausführlich dargestellt in: D.-R. Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval, S. 29–48.
- 83 Zitiert nach Harvolk: Geldbeutelwaschen, S. 154. Vgl. D.-R. Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval, S. 334–336.
- 84 D.-R. Moser: Fastnacht, Fasching, Karneval, S. 336.
- 85 Harvolk: Geldbeutelwaschen, S. 154f.
- 86 Grass: Kampf gegen Fastnachtsveranstaltungen, S. 231, Anm. 75.
- 87 Zitiert nach Mone: Schauertag, S. 76f. Disch: Chronik Wolfach, S. 437 (hier sind die Zitate von 1551 und 1548 vertauscht), 114. Bei Disch fehlen die Zitate von 1548 (Aale), 1605 und 1608. Die meisten Quellen sind auch abgedruckt in: Bader: Schurtag – Schuddig, S. 420.

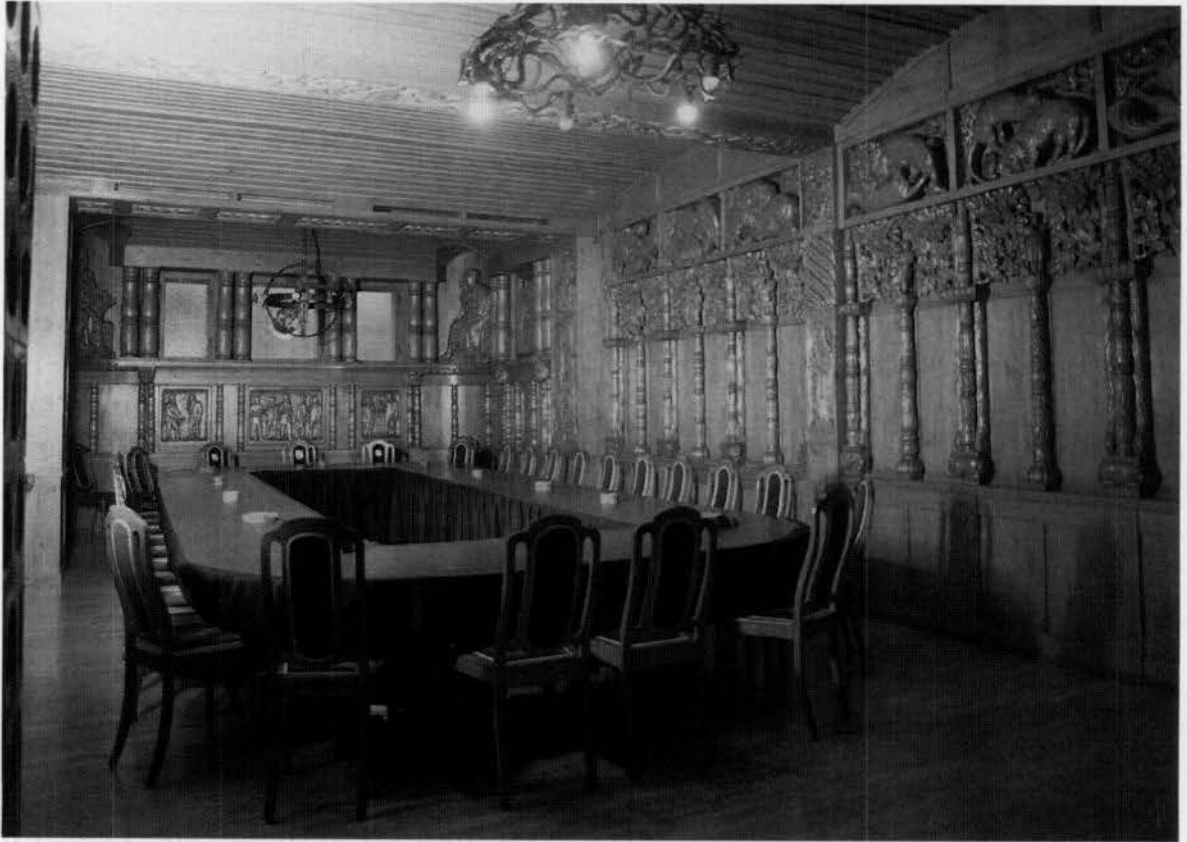
Der Triberger Rathaussaal:

Ein Kleinod wird 70

Wolfgang Müller

Schlecht waren die Zeiten um die Mitte der 1920er Jahre und keineswegs geeignet, für etwas „Zweckloses“ 20 000 Reichsmark auszugeben, als 1926 der Plan auftauchte, einen holzgeschnitzten Ratssaal entstehen zu lassen. Acht Jahre waren vergangen seit dem Ende des 1. Weltkriegs und erst drei Jahre nach dem Krisenjahr von 1923. Noch lebte die Dolchstoßlegende, die den angeblichen Verrat der Heimat an der im Feld unbesiegten Armee als Grund für den verlorenen Krieg verbreitete. Darüber hinaus lasteten Wirtschaftskrise und Reparationszahlungen an die Siegermächte schwer auf dem Land. In diesem Umfeld erschien es wahrlich vermessen, soviel Geld für die dringend notwendige Erneuerung des Sitzungsraums von Gemeinderat und Bürgerausschuß (= Bürgervertretung gemäß der damaligen Gemeindeordnung) auszugeben. Und nicht wenige waren der Ansicht, nur das Notwendigste zu renovieren und das verbleibende Geld für etwas „Sinnvolleres“ auszugeben. Doch Ewald Keil, der Triberger Bürgermeister, glaubte, gute Gründe für das Projekt vorweisen zu können, und war sich daher seiner Sache sehr sicher. Er wollte dem darniederliegenden Handwerk Arbeit und Verdienst verschaffen und gleichzeitig späteren Generationen zeigen, was die Stadt Triberg selbst in schwerster Zeit über die Sorge des Alltags hinaus zustande gebracht hat. Und seine Rechnung ging voll auf. Sogar die Überschreitung des Kostenvoranschlags um knappe 25%, die den Gesamtaufwand auf 25 000 Reichsmark schraubte, wurde letztendlich akzeptiert.

Bürgermeister Keil glaubte, kein anderer als der einheimische Schnitzermeister Karl Josef Fortwängler, genannt „Schnitzersepp“, sei fähig, ein Werk wie die künstlerische Gestaltung eines Ratssaals zu planen und auszuführen. Ohne sich um die Grundsätze der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand zu kümmern und ohne die Beschlußgremien auch nur gefragt zu haben, erteilte er dem „Schnitzersepp“ einen Auftrag zur Lieferung künstlerischer Arbeiten für das Rathaus. Spätestens jetzt begann die ganze Geschichte, groteske Züge anzunehmen. Unter dem Datum vom 21. März 1926 wurde in den Rathausakten vermerkt, Fortwängler habe um eine Abschlagszahlung von 1000 Mark für bereits fertige Arbeiten aus diesem Auftrag gebeten. Und in der Tat hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits eine ganze Reihe der später verwendeten Schnitzereien fertiggestellt. Doch niemand im Rathaus, in Gemeinderat und Bürgerausschuß wußte überhaupt



Teilansicht mit Blick zur Stirnwand. Unter den Fenstern Gemeinderat und Bürgermeister im Jahr 1926. Foto-Günter, Triberg

etwas, weder von einer Beauftragung noch von einer Beratung in den Gremien. Es war zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal klar, welcher Raum des Rathauses als Sitzungssaal hergerichtet werden sollte. Die Folge war, daß sich die Stadtväter quer legten und jegliche Abschlagszahlung verweigerten. Ihnen schloß sich der damalige Stadtrechner an, ein fähiger, sparsamer und äußerst pflichtbewußter Beamter, der die bei einer Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand zu beachtenden Vorschriften genau kannte. Trotz dieser heiklen Situation gelang es Bürgermeister Keil, dem Gemeinderat am 21. April 1926 eine grundsätzliche Zustimmung zur repräsentativen Ausgestaltung eines Rathaussaals abzurufen, nachdem der „Schnitzersepp“ Gelegenheit hatte, seine Vorstellungen an Ort und Stelle darzulegen. Außerdem kam eine Aufforderung des badischen Kultusministers an alle Ämter zur Unterstützung notleidender Künstler durch Aufträge kurz vor der Abstimmung genau zum richtigen Zeitpunkt. Dem Vorhaben stand nichts mehr im Weg, als am 14. Juli 1926 auch der Bürgerausschuß zugestimmt hatte.

Innerhalb von nur wenigen Monaten schuf der „Schnitzersepp“ unter Verwendung der schon vorher in der Werkstatt gefertigten Arbeiten ein Kunst-



Wandausschnitt mit Tierfries und auf Säulen stehenden Handwerkerfiguren in reichem Blattwerk. Das Madonnenrelief auf dem Pfeiler links erinnert an die Triberger Wallfahrt.
Foto-Carle, Triberg

werk, das weithin bekannt wurde und dessen Qualität und Überzeugungskraft selbst in Übersee gewürdigt werden. Doch ohne die Hilfe seiner Mitarbeiter aus Triberg und Hornberg wäre die Ausführung eines so großen Auftrags in kürzester Zeit auch einem bekanntermaßen wie besessen arbeitenden Karl Josef Fortwängler nicht möglich gewesen. Die buchstäblich von seinem künstlerischen Genius angesteckten mitarbeitenden (Kunst-)Handwerker, der Schnitzermeister Haas aus Hornberg, der Stein- und Holzbildhauermeister Ott, die Schreinermeister Klausmann, Haas, Rimprecht, Fischer und Santel, der Drechslermeister Kern, der Hafnermeister Lienhard und die Schlossermeisterbrüder Karl und Wilhelm Maier samt ihren Gehilfen setzten all ihr Können und all ihren Ehrgeiz ein, so daß das große Werk schnell und perfekt gelang. Am 27. Dezember 1926 bereits konnte der Saal der Öffentlichkeit vorgestellt und dem Bürgerausschuß zur Benutzung übergeben werden, bevor am 9. Januar 1927 unter Anwesenheit dreier ehemaliger Triberger Oberamtmänner, darunter der badische Kultusminister, die offizielle Einweihung stattfand. Aus dem äußerst schwer zu bearbeitenden einheimischen Kiefernholz, das wegen seiner Zähigkeit nur eine großzügige, fast gewalttätig erscheinende Bearbeitung zuläßt, entstan-



Die Trauwand mit dem schlafenden Adam und der betenden Eva über Gott-Vater und einem Brautpaar, flankiert von Patriarch und weltlichem Richter, erinnert an einen Altar.
Foto-Carle, Triberg

den eigenwillige, kraftvolle Schnitzereien – eher (Holz-)Bildhauerarbeiten. Der „Schnitzersepp“ selbst sagte über die Holzauswahl: „*Alles ist aus Kiefernholz gemacht. Dieses Holz ist sehr lebendig, malerisch, aber es lässt sich nur großzügig, urwüchsig schnitzen. Aber eben darum ist es das rechte Material für einen Bildschnitzer kerniger Natur, der etwas zu sagen hat.*“ Neben allegorischen Bildern sehen wir Handwerker, Gewerbetreibende, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Volksvertreter und Beamte in ihrem

beruflichen Umfeld ebenso wie in der Familie und in ihrer kärglichen Freizeit. Darstellungen aus der heimischen Tierwelt, die den Kampf zwischen dem Schwächeren und dem Stärkeren zeigen, nämlich das „Fressen“ und das „Gefressen werden“, fehlen ebensowenig wie verschiedene Pflanzenformen unserer Gegend. Die zum Teil knorrigen Gestalten, Figuren und Reliefdarstellungen wirken vielfach wuchtig, gewaltig, trotzig wie die Felsen und Wälder der Heimat; sie symbolisieren die harten Naturbedingungen unserer Schwarzwälder Landschaft. Das Kunstwerk, das sich dem Betrachter wegen seiner hintsinnigen, symbolischen und allegorischen Darstellungen nicht gleich auf den *ersten* Blick erschließt, vermittelt einen ganz eigenartigen, herben Reiz, zu dem auch der durch die verwendete Rauchbeize erzielte Farbton des Holzes beiträgt. Der große, wuchtige Kachelofen, der bis zu der hölzernen, quer zur Längsachse in vier Wölbungen tonnenförmig ausgebildeten Decke reicht, die geschmiedeten Türbeschläge und die schmiedeeisernen Lampen runden das eindrucksvolle Bild dieses Triberger Schmuckstücks ab. Der in der Mitte des Saales von der Decke hängende Leuchter hat die Form einer Wurzel, die ein Stück einheimischen Granit umklammert. Karl Josef Fortwängler selbst schreibt zur Symbolik der Lampe über dem Ratstisch: „*Der Beleuchtungskörper zeigt neun Lampen: acht für das (damals acht Mitglieder zählende) Ratsherrenkollegium, eine Lampe für den Bürgermeister. Sie ‚sollen‘ in Liebe und Selbstlosigkeit, wie der Heiland am Kreuz in der Mitte des Beleuchtungskörpers, die Gemeinde leiten.*“

Dem Schnitzersepp, einem eigenwilligen, kantigen, manchmal dickköpfigen, nicht leicht zu nehmenden Mann – einem Künstler eben, gelang ein Werk, das auch heute noch in seiner Urwüchsigkeit, in seiner Kühnheit der Darstellungen und in seiner reichen Schönheit weit und breit seinesgleichen sucht. Bis vor kurzem diente der von vielen Gruppen und Einzelpersonen aus dem In- und Ausland besuchte und bewunderte Rathaussaal seiner ursprünglichen Bestimmung: er war Sitzungssaal des Stadtparlaments. Heute finden neben den hier von Anfang an durchgeführten Trauungen ausschließlich repräsentative Veranstaltungen statt.

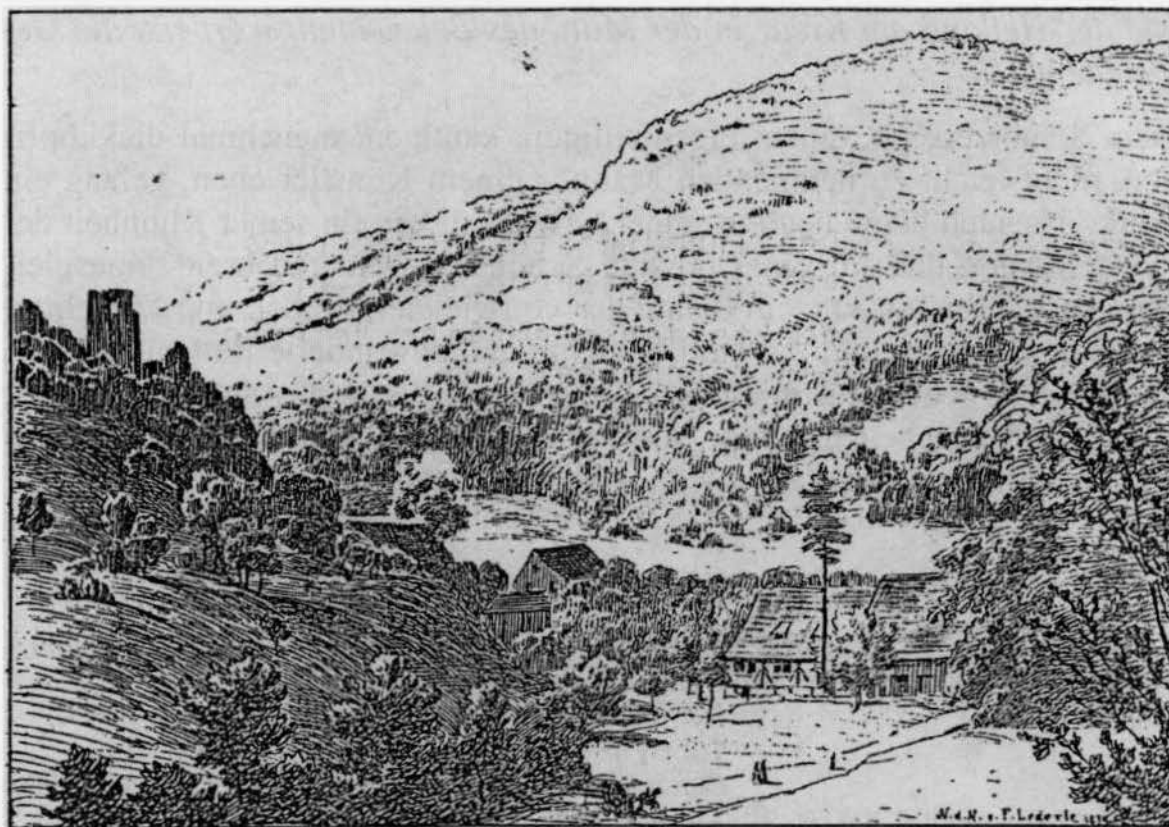
Quellenangabe

- | | |
|--------------------------|--|
| Keil, E. | <i>Der Rathaussaal in Triberg</i> , Triberg o. J. (verm. 1926) |
| Maier, W. / Lienhard, K. | <i>Geschichte der Stadt Triberg</i> , Freiburg 1964 |
| Volk, K. | <i>Der Rathaussaal der Stadt Triberg im Schwarzwald</i> , Triberg 1990 |
| Volk, K. | <i>Der Schnitzersepp und sein Werk</i> , Vortrag, Triberg 1986 |
| SCHWARZWÄLDER BOTE | Aufsätze vom 11.1.1986, 17.1.1987 und 14.3.1987 |
| Oberndorf | |
| SÜDKURIER, Konstanz | Aufsätze vom 6.12.1951 und 11.1.1986 |
| N. N. | Berichte von Zeitzeugen, notiert 1994/95 |

Der Kastenbuck bei Bleichheim im Bleichtal

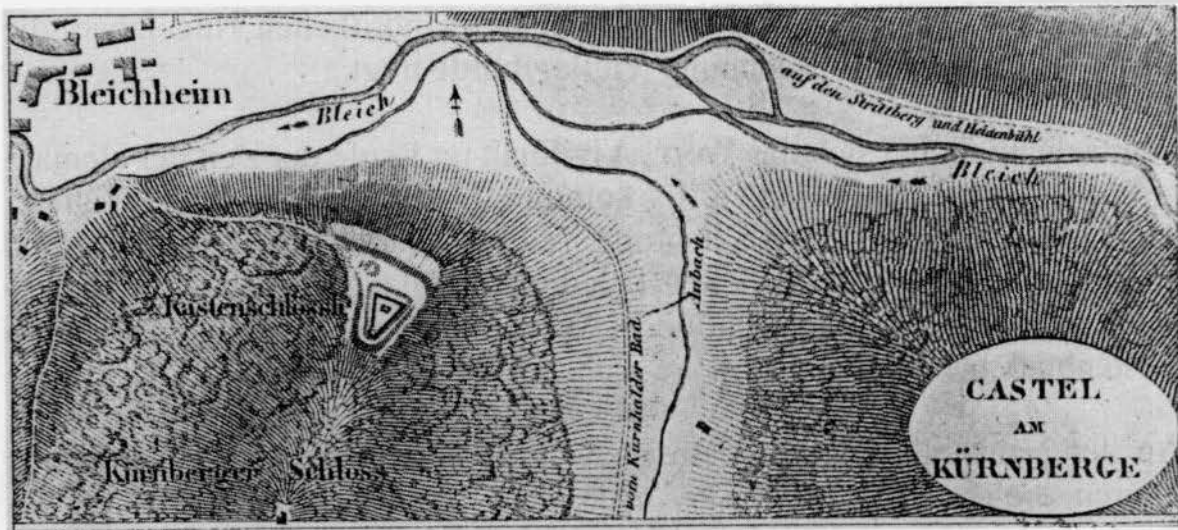
Josef F. Göhri

In den Wintermonaten, wenn die bewaldeten Berghänge den Blick freigeben auf die Struktur der Hänge und Schluchten, erblickt man südlich der Glöckle-Mühle im Bleichtal, unterhalb des 283 m hohen Schloßbergs, westlich über der Meiermühle im Kirnhaldertal eine kanzelartige Spitze, die sich in die Landschaft hineinschiebt. Kaum ein Wanderer verirrt sich in diesem schlecht zugängigen Gelände, dessen Gesamtkomplex durch teilweise bis zu 25 m hohe steilabfallende Wände gesichert ist. Steht man auf dem höchsten Punkt dieser Anlage, schimmert in südwestlicher Richtung die Ruine Kirnberg durch die dicken Buchenstämme. Das gesamte Areal, das sich wie eine zerrufte Schale nach Nordosten öffnet, birgt auf der ersten nordöstlichen Terrasse einen gut sichtbaren Mauergrundriß im Umfang von 10 × 20 Meter mit einem nach Norden ausgerichteten 3 Meter breiten Ausgang. Möglicherweise könnten dies die Reste jenes Turmes gewesen sein, den der Maler Lederle zu Ende des 19. Jahrhunderts auf einer



*Der Turm (Castellschlößchen?) auf dem Kastenbuck, links.
Rechts der ehemalige Meierhof der Kürnberger*

Zeichnung: F. Lederle



*Auszug aus der Karte: Unter den Römern am Schwarzwald
Gez. v. Jul. Leichtlen 1829, Freiburg*

einfachen Zeichnung verewigte. Von jeher kennt die Bevölkerung diesen Bergvorsprung als den sogenannten Kastenbuck (Kastell auf dem Buck, Buckel, Bergrücken). Unschwer läßt sich auch an ein Haus des Kastellan oder der Burgverwalter denken. Hierbei treten dann im weiteren Verlauf die Mayer von Schweighausen¹ auf, die den Herren von Üsenberg die Kirnburg verwalteten und später auch bei den ständig wechselnden einzelnen Burgbesitzern als Burgvögte² in Diensten standen.

Hat man hier die erweiterten Anlagen der Kirnburg vor Augen? Die erste Erwähnung einer Vorburg finden wir 1331 in einer Schenkungsurkunde³. Hier übergibt Hugo von Üsenberg zwei Häuser zu Kürnberg im Areal der Vorburg zum Burglehen an seinen Vogt Johannsen. Die Anlage in der Form einer offensichtlich kleinen frühmittelalterlichen Zungenburg läßt sich hierbei gut im Gelände ablesen. Die eigenartig angelegten terrassenähnlichen Erdanhäufungen lassen jedoch im größten Teil der Anlage keine bebauungsrelevanten Spuren mehr erkennen.

Nach Westen, Nord und Süden hin ist die ca. 2400 qm umfassende Anlage durch teilweise steilabfallende Hänge gesichert. Daß in der unmittelbaren Nähe der Dörfer auch diese Anlage, wie allorts um die Jahrhundertwende, der Bevölkerung als Steinbruch gedient haben könnte, ist aufgrund des fast aufgeräumten Geländes anzunehmen.

Im Hinblick auf die hier engste Stelle des Bleichtals, an der die Straße seit jeher Durchlaß in Richtung Heerstraße in die Rheinebene oder des Kinzigtals war, gibt es vom Kastenbuck einen hervorragenden Blickkontakt zur

gegenüberliegenden Südseite der ausgehenden nördlichen Hügelzone, die als Gewannname die Bezeichnung **Vigilarihalde** trägt.

Wahrscheinlich hat sich das Wort „**Vigilari**“ im Laufe der Zeit der alemannischen Mundart angeglichen. Es kommt aus dem Lateinischen „**Vigila**“, das so viel bedeutet wie Wachen oder Nachtwachen. Daß es sich aufgrund der strategischen Gegebenheiten hier an der Talenge östlich von Bleichheim um eine frühere Zollstation in Verbindung mit der Vorburg auf dem Kastenbuck handeln könnte, wäre nicht verwunderlich.

An der Nahtstelle zwischen Breisgau und Ortenau sind das interessante Spuren, die ihr Geheimnis bisher noch nicht in ihrer Gesamtheit preisgegeben haben.

Anmerkungen

- 1 Jahrbuch des Landkreises Emmendingen. Josef F. Göhri, Auf den Spuren einer Burg (Die Kirnburg im Bleichtal), 1/87.
- 2 dto.
- 3 dto.

Aus der Frühzeit des Automobils

Das Denkmal an der Ottenheimer Rheinstraße

Martin Frenk

Kurz vor dem Ottenheimer Kieswerk der Lahrer Firma Vogel-Bau grüßt und mahnt seit nunmehr fast 90 Jahren ein mit einem Eisengitter umzäunter Gedenkstein die Vorüberkommenden. Als ein Kreuz mit rötlichem Marmor mit einem massiven Sockel steht dieses Denkmal, von kaum jemanden beachtet, neben der Straße, mit der nach wie vor noch gut lesbaren Inschrift:

„Hier verunglückte mit seinem Automobile am 12. September 1900 Jacob Steigelmann Ingenieur in Straßburg i.E. geboren zu Rhodt Bayerische Rheinpfalz 1856.“

Der Unfallhergang dieses schrecklichen Ereignisses ist schnell erzählt. Jacob Steigelmann und ein Mitfahrer begegneten mit ihrem Fahrzeug an jenem 12. September 1900 auf der Straße zum Rhein dem Pferdefuhrwerk des Ottenheimer Viehhändlers und Gastwirts Diebold Maurer (Maurer war Eigentümer des ehemaligen Ottenheimer Gasthauses „Zur Linde“ in der Lange-Straße.). Beim Herannahen des Automobils, für damalige Verhältnisse sicherlich ein stinkendes, rauchendes, schreckendes Ungeheuer, gingen Diebold Maurer die Pferde durch. Der Fahrer des Automobils versuchte der drohenden Gefahr noch auszuweichen, konnte jedoch den tragischen Unfall nicht verhindern. Denn bei diesem Ausweichmanöver übersteuerte er den Kraftwagen, so daß das Gefährt die Böschung hinunterstürzte und sich überschlug. Der „Lahrer-Anzeiger für Stadt und Land“ berichtete in seiner Ausgabe am 13. September 1900 kurz und bündig, allerdings in sehr realistischer Weise über dieses traurige Ereignis:

„Gestern Abend fahren auf der Straße nach dem Rhein ein mit zwei Straßburger Herren besetztes Automobil und ein Fuhrwerk des Lindenwirts von hier zusammen. Das Automobil stürzte, der eine der Mitfahrenden, ein lediger Ingenieur, kam unter das 13 Zentner schwere Fahrzeug und wurde von ihm erdrückt. Der Unglückliche war nach 10 Minuten eine Leiche.“

Offenbar ist der Chauffeur doch schneller gefahren, als es die damals zugelassene niedrigere Geschwindigkeit zuließ.

Jacob Steigelmann jedenfalls war ein bedeutender Ingenieur, dem in der



Aus der Frühzeit des
Das Denkmal an der Gasse

Walter Pösch

Kreis vor dem Oberrhein
und mehr als einmahl hat
in der Gasse die Gasse
den Namen erhalten. So
den Namen der Gasse
kennt.

Die Gasse ist ein
Denkmal an die
Gasse 1856



Das Denkmal an der Gasse
Walter Pösch
Kreis vor dem Oberrhein
und mehr als einmahl hat
in der Gasse die Gasse
den Namen erhalten. So
den Namen der Gasse
kennt.
Die Gasse ist ein
Denkmal an die
Gasse 1856

Hauptsache die Wasserversorgung Straßburgs in technischer Hinsicht zu verdanken war. Er war sehr wohlhabend und wurde von seinem Bruder, dem Gastwirt und Gutsbesitzer August Wilhelm Steigermann, beerbt. Dieser wiederum hat 1904 das 25 Quadratmeter große Grundstück im Gewann „Dornkopf“ von der Gemeinde Ottenheim käuflich erworben. Noch im selben Jahr ließ er an der Unfallstelle diesen markanten Gedenkstein für seinen Bruder errichten. Es ist anzunehmen, daß mit der Gemeinde damals auch eine finanzielle Regelung über die Pflege des Grundstücks getroffen wurde. Leider sind durch Kriegseinwirkung sämtliche Unterlagen zerstört. Daher sieht sich in Ottenheim niemand veranlaßt, dieses wirklich schöne Denkmal zu pflegen. So präsentiert sich der massive Sockel mit dem Kreuz aus rötlichem Marmor – sicherlich auch ein Zeugnis aus den Anfängen der Geschichte des Automobils in der Ortenau und des Elsasses – unter dem „wilden“ Apfelbaum an der Ottenheimer Straße zum Rhein heute leider als ein verwahrlostes Relikt aus vergangenen und vergessenen Zeiten.

Anmerkungen

Gedankt sei Monsieur J.Y. Mariotte, Directeur des Archives de la Ville de Strasbourg, dem Archiv der Lahrer Zeitung und der Badischen Zeitung in Lahr, dem Staatsarchiv in Freiburg, Herrn Grundbuchschrreiber Helmut Hundertpfund vom Grundbuchamt der Gemeinde Schwanau sowie Herrn J.R. Dr. jur. Wilhelm Steigermann in 6741 Schloß Rhodt unter Rietburg (Rheinpfalz) für die Unterstützung und Mithilfe bei der Rekonstruktion des damaligen Geschehens.

Anmerkungen zur Verkehrsgeschichte des Wolftales

Ralf Bernd Herden

Günstige Verkehrsverbindungen haben für die Menschen seit alters her eine ganz besondere Bedeutung. So muß bereits im frühen Mittelalter im Wolftal eine Straßen- oder besser wohl Wegeverbindung bestanden haben, ähnlich denen, wie sie Grimmelshausen in seinem „Simplicissimus“ beschrieben hat. Der Straßenunterhalt war für die jeweilige Gemarkung Sache der Gemeinde, die sich hierzu ihrer zu Frondiensten verpflichteten Bürger bediente. In Form der Hand- und Spanndienste hat sich dieses Relikt vergangener Zeiten auch in der heutigen gültigen Gemeindeordnung für Baden-Württemberg noch erhalten¹ – wenn es auch kaum mehr eine Gemeinde geben mag, die ihre Bürger zu diesem Gemeinschaftsdienst verpflichtet.

Das Großherzogtum Baden, durch die Einführung des an den Code Napoleon angelehnten, badischen Landrechts, aber auch durch persönliche Verbindungen des großherzoglichen Hauses zur Familie Bonaparte zu Beginn des vorigen Jahrhunderts mit den fortschrittlichen Ideen Frankreichs verbunden, war einer der ersten deutschen Staaten, der am 04. Mai 1810 durch landesherrliche Verordnung des Großherzogs Karl Friedrich neuzeitliche Regelungen für das Straßenwesen erließ². Den Gemeinden wurde damals der Unterhalt der durch ihre Markungen ziehenden nicht chaussierten Seitenstraßen allein überlassen. Die chaussierten und neu anzulegenden Landesstraßen wurden „Gegenstand allgemeiner, öffentlicher Auslage und Verwendungen“. Jedoch wurde auch hier auf die Landesfrohnpflicht der Gemeinden nicht verzichtet, die z.B. weiterhin zur Beifuhr der Materialien verpflichtet waren. Die Wolftalstraße, die für die damalige „Staabs-gemeinde Schappbach“, für Bad Rippoldsau, Schappbach und Kniebis, die wichtigste Verkehrsverbindung war, wurde jedoch nicht als Chaussee oder Landesstraße qualifiziert.

Durch Verfügung des großherzoglichen Innenministeriums vom 15. September 1819 wurde dann aber das „Rippoldsauer Badsträßchen“ „auf die Straßenbaukasse überwiesen“, womit der Unterhalt von der Gemeinde auf den Fiskus überging³. Allerdings läßt sich der nur in Kurzform veröffentlichten Liste der Landesstraßen nicht entnehmen, welchen Streckenumfang das „Rippoldsauer Badsträßchen“ damals hatte.

Am 03. Dezember 1824 wurde im Regierungsblatt die Entscheidung des Großherzogs bekanntgegeben⁴, daß die „Staabs-gemeinde Schappach zwey Gemeinden, nemlich Schappach und Rippoldsau“ bilde. Die Trennung bei-

der Ortsteile sollte 150 Jahre, nämlich bis zur Gemeindereform 1974 andauern, als die Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach neu gebildet wurde.

Im darauffolgenden Jahr, also 1825, wurde durch die „Landesherrliche Verordnung über Gemeindebeiträge der durch Ort und Etter ziehenden Landesstraße betr.“⁵ bestimmt, daß die Gemeinden bei gepflasterten Straßen jährlich einen Beitrag von 8 Kreuzern, bei nicht gepflasterten Straßen jährlich einen Beitrag von fünf Kreuzern „pro laufende Ruthe“ zum Straßenunterhalt zu leisten hätten.

Das „Badische Gesetz über Ortsstraßen und Baufluchten vom 20. Februar 1868“⁶ besitzt noch heute Aktualität. Es überwies die Pflicht zur Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen ausschließlich den Gemeinden und setzte zugleich erstmalig Baufluchten fest, nach denen man sich künftig zu richten habe. Die neu geschaffene Möglichkeit der Beitragserhebung hat insoweit bis heute Aktualität, als sie für die Frage einer „historischen Straße“ Bedeutung hat: Für eine 1868 bereits bestehende und fertiggestellte Straße, die damals bereits zum Anbau bestimmt war, dürfen keine Anliegerbeiträge mehr erhoben werden. War eine Straße im Gegensatz dazu damals noch nicht erstmalig fertiggestellt und noch nicht zum Anbau bestimmt, so kommt die Anliegerbeitragserhebung zwingend in Betracht⁷.

Aus dem Jahre 1919⁸ liegt uns ein Aktenstück vor, bei dem es um eine Brückenerneuerung in Oberwolfach geht. Die Kosten für diese Erneuerung hatten, neben dem Fiskus, die „begünstigten Gemeinden“ zu tragen. Auf Schapbach sollten 30% (9300 Mark) und auf Bad Rippoldsau 14% (4340 Mark) der Kosten entfallen. Die Gemeinden zeigten hierfür verständlicherweise nur geringe Begeisterung und verwiesen darauf, daß die Maßnahme unnötig sei, weil man ja bald mit dem Bau der Wolfthalbahn beginnen wolle. Auf dieses Projekt wird noch zurückzukommen sein.

Jedenfalls erfolgte im Jahre 1922 die Ausschreibung der Brückenbaumaßnahme, die aber bei gleichem Prozentsatz die Gemeinde Schapbach mit 330 000 Mark, die Gemeinde Bad Rippoldsau mit 154 000 Mark belastet.

Im Jahre 1925 betrug übrigens der Kostenaufwand der Gemeinde Bad Rippoldsau für den Straßenunterhalt 12 000 Mark. Dies waren 44% des durch Steuern aufzubringenden, ungedeckten Aufwandes in Höhe von 27 000 Mark, also eine für damalige Zeiten schier astronomische Summe. Bad Rippoldsau hatte im gleichen Jahr 825 Einwohner (1875 hatte die Einwohnerzahl 795 betragen), und auf der Gemarkung standen 141 Gebäude, von ihnen 122 Wohngebäude. Jedoch lagen nur 35 (fünfunddreißig) an der die Gemeinde auf elf Kilometern Länge durchziehenden Landstraße. Die

Gemeinde Bad Rippoldsau beantragte deshalb eine 50%ige Ermäßigung ihres Straßenbaulastbeitrages. Bereits im Jahr 1868 hatte sich die damals 773 Einwohner zählende Gemeinde gegen eine Straßenbaulast in Höhe von 603 Gulden gewehrt.

Auch 1872 wehrte man sich gegen eine Straßenbaulast von 1114 Gulden, eine für 743 Einwohner schier unaufbringbare Summe. Jedoch weder 1868, noch 1872, noch 1925 fand der Antrag der Gemeinde Gehör und Gnade vor dem Landesfiskus: Die Ermäßigung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es ja gerade die Gemeinde sei, die von der Landesstraße profitiere. Auch ein Rekurs an den Finanzminister sowie die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof brachten keinen Erfolg. Der Hinweis, daß Wald und Kurbetriebe die einzigen Einnahmen der Gemeinde seien und daß die Straße für die Holzhauerei wenig Nutzen bringe, fand keine Beachtung. Auch der Hinweis, daß der starke Kraftverkehr in den Sommermonaten als „lästig und geradezu schädigend“, besonders für den Kurbetrieb empfunden werde, fruchtete nicht.

Für den Ortsteil Bad Rippoldsau fand die örtliche Verkehrssituation dann in den siebziger Jahren eine Wende zum Guten: Die Ortsdurchfahrt konnte in drei Stufen ausgebaut werden, ein Jahrhundertwerk, das die Gemeinde auf viele Jahrzehnte hinaus positiv prägen wird.

Nach mehr als zwanzig Jahren Planungs- und Vorbereitungszeit, nach Lösung zahlreicher und schwieriger rechtlicher Probleme und auch der monatelangen Befürchtung, keine Landesmittel zu erhalten, konnte am 18. März 1996 durch Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle und Bürgermeister Ralf Bernd Herden der erste, offizielle Spatenstich für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Schapbach vollzogen werden. Bis zum Vormittag des offiziellen Spatenstichs war noch offen, ob die Mittel für den im gleichen Zug durchzuführenden Hochwasserschutz zur Verfügung gestellt werden können. Als dann die erlösende Nachricht aus Karlsruhe eintraf, kam spontan der Gedanke, das Badnerlied am Ende der Feier durch den Choral von Leuthen „Nun danket alle Gott“ zu ersetzen. Es blieb jedoch beim Badnerlied, das der Musikverein „Harmonie“ Schapbach mit Inbrunst und gekonnt intonierte.

Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle, „Ziehmutter des Projekts“, konnte beim offiziellen Spatenstich⁹ bekanntgeben, daß für die 1,5 Kilometer lange Baustrecke, die in zwei Abschnitten ausgeführt wird, Kosten von fünf Millionen Mark veranschlagt sind. Als Fertigstellungstermin für den 1. Bauabschnitt habe man den September 1997 avisiert. Der Landesstraße L 96 komme regionale Bedeutung als Straße mit Ausflugs- und Ur-

laubsverkehr zu. Bei einer Verkehrsbelastung von 2900 Fahrzeugen in 24 Stunden, darunter sehr viel Schwerverkehr, komme dem Schutz der Fußgänger (es gab in Schapbach bisher keine Gehwege) besondere Bedeutung zu. Erstmals wird die OD Schapbach der L 96 frostsicher ausgebaut.

Doch kurz zurück zur Wolfthalbahn, die heute eigentlich gänzlich in Vergessenheit geraten ist, um die Jahrhundertwende jedoch im Mittelpunkt des Interesses stand.

Auf Initiative von Badpächter Goeringer bildete sich bereits einige Jahre vor der Jahrhundertwende ein Komitee für den Bau einer Wolfthalbahn. Dessen erste Sitzung hatte übrigens im „Ochsen“ in Schapbach stattgefunden. Treibende Kraft der Idee wurde Bürgermeister Fritsch von Bad Rippoldsau. Jeweils in den Jahren 1900, 1907, 1909, 1911, 1912, 1914 und 1919 wurden Petitionen an den Landtag eingereicht. Derweil wurden zahlreiche Gespräche mit Ingenieurbüros, aber auch mit möglichen Betreiberfirmen für die Wolfthalbahn, geführt. Den letzten, die Wolfthalbahn betreffenden Aktenvermerk stellt dann eine Mitteilung der badischen Bahnbauinspektion Offenburg aus dem Jahr 1919 dar, daß mit dem Ausstecken der Trasse begonnen werden solle. Mit dieser Mitteilung endet die Geschichte der Wolfthalbahn, denn mit dem Ausstecken der Trasse soll zwar teilweise begonnen worden sein, geschehen ist aber nichts¹⁰.

Anmerkungen

- 1 Vgl. § 10 Absatz V der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der derzeit gültigen Fassung.
- 2 Großherzoglich-badisches Regierungsblatt, Karlsruhe, Achter Jahrgang, 1810, XX, S. 26 ff.
- 3 loc. cit., Achtzehnter Jahrgang 1820, XV, S. 94 (98), Verzeichnis der Landesstraßen.
- 4 loc. cit., Zweiundzwanzigster Jahrgang 1824, XXVIII, S. 167.
- 5 loc. cit., Dreiundzwanzigster Jahrgang 1825, IX, S. 63.
- 6 loc. cit., Sechsendsechzigster Jahrgang 1868, II, S. 13.
- 7 Vgl. zur recht umfassenden Rechtsprechung VGH Freiburg, 1955, BWVBl. 1956, S. 44 und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.11.1986 in DÖV 1987, S. 692.
- 8 Alle folgend benutzten Materialien entstammen dem Gemeindearchiv der Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach, Teilarchiv Bad Rippoldsau, Abt. XVII – Straßen, Wege und Eisenbahnen.
- 9 Vgl. hierzu die Presseberichte im „Schwarzwälder Boten“ vom 22. März 1996 und im „Offenburger Tageblatt“ vom 23. März 1996.
- 10 Vgl. Adolf Schmid, Das Projekt „Wolfthalbahn“, Ein verhindertes Fortschritt unseres Jahrhunderts. In: Die Ortenau 63/1983, S. 175 ff.

Hinweise Buchbesprechungen

Erwin Dittler, Rothraud Weckerle-Geck, Nachlaß 1945–1982, 12 Hefte, Kehl-Goldscheuer 1995 (zu beziehen über das Stadtarchiv Offenburg)

Jeder, der sich mit der Geschichte Offenburgs und der Ortenau in den ersten Nachkriegsjahren, besonders in den Jahren 1945 bis 1950 beschäftigt, kommt an dem hochinteressanten, manchmal auch sehr brisanten Archivmaterial, das Dr. Erwin Dittler aus dem Nachlaß von Rothraud Weckerle-Geck veröffentlicht hat, künftig nicht vorbei. Der langjährige Redakteur der „Ortenau“, der am 1. Januar 1996 verstarb, hat kurz vor seinem Tod noch das zwölfte Heft des umfangreichen Nachlasses von Rothraud Weckerle Geck ediert und kommentiert. Die radikale Demokratinnen und grundsatztreue Sozialdemokratin nahm in ihrer Korrespondenz, ihren Aufsätzen und Aufzeichnungen oft kein Blatt vor den Mund. Und so erfahren wir in ihrem Nachlaß eine Fülle von Einzelheiten, die bisher unbekannt waren, aber für die historische Erschließung der Nachkriegszeit in der mittelbadischen Region von großer Wichtigkeit sind.

Manfred Hildenbrand

Jean Egen: Die Linden von Lautenbach Eine elsässische Lebensgeschichte im Spannungsfeld zweier Nationen 333 S., Band 6 der Romane der Gegenwart, Morstadt-Verlag Kehl–Strasbourg–Basel, Verlagsort Kehl 1995, DM 38,-, ISBN 3-88571-234-2

Dies ist kein neues Buch: Auf französisch geschrieben, erschien es schon 1979 unter dem Titel „Les Tilleuls de Lautenbach“ bei Editions Stock Paris, 1983 dann in deutscher Übersetzung, die der Autor selbst durchgesehen und autorisiert hat, im Morstadt-Verlag Kehl und ein Jahr später bei Rowohlt als Taschenbuch. Nun

hat es der gleiche Morstadt-Verlag 1995 anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes erneut in unveränderter Form aufgelegt.

Von Anfang an war es ein großer Erfolg beim französischsprachigen wie beim deutschsprachigen Publikum. Es wurde bereits 1983 in deutsch-französischer Co-Produktion für das Fernsehen verfilmt und seitdem mehrmals gezeigt. Diese Verfilmung ging allerdings mit einer Vereinfachung der Thematik und einem Verlust des sprachlichen Glanzes einher. Denn sprachliche Meisterschaft zeichnet auch die von Claude-Gérard Benni besorgte Übersetzung aus, die – wie die Kritikerin von *Dernières Nouvelles d'Alsace* vergleichend feststellte – in ihrer Bildhaftigkeit, Farbigkeit und Unmittelbarkeit das Original einfängt; ja, in der deutschen Ausgabe scheint sogar der Charme elsässischen Dorflebens der zwanziger Jahre, die Atmosphäre von Lautenbach am Fuße der südlichen Vogesen, sprachlich noch plastischer und authentischer eingefangen zu sein als im französischen Original, wobei dem Übersetzer sicher der Umstand zugute kam, daß er selbst als Elsässer in der Nähe von Lautenbach beheimatet ist. Der Autor, 1920 dort geboren, stets französischschreibender Essayist und Journalist zahlreicher großer Pariser Zeitungen, Verfasser der großen episch-historischen Romantrilogie „Le Partage du Sang“, hat als Schriftsteller seinen bürgerlichen Namen Egensperger – unaussprechbar für innerfranzösische Zungen – amputieren lassen müssen. Gewidmet hat er sein Buch Alfred Kastler, dem französischen Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1964, der aus derselben elsässischen Gegend stammt wie er, selbst Autor von „Europe, ma patrie – Deutsche Lieder eines französischen Elsässers“ ist und der Egen's Buch „über den kleinen Elsässer liebt und schätzt“, wie Jean Egen schreibt. Und im Vorwort, das er eigens für die deutsche Übersetzung verfaßt hat, gedenkt er der elsässischen Mutter eines engen Freundes,

den die SS im September 1944 erschossen hatte, und die damals als eine der ersten ein außergewöhnliches Beispiel für französisch-deutsche Aussöhnung gab, indem sie einen gefangenen jungen deutschen Soldaten vor dem Erfrierungstod errettete. So soll auch dieses Buch ganz im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung und des gegenseitigen Verstehens der drei Kulturen stehen: der französischen, deutschen und elsässischen.

Der „kleine Bub“, dessen „Elsässische Lebensgeschichte im Spannungsfeld zweier Nationen“ – so der Untertitel – erzählt wird, ist der Autor selbst, der die Geschichte seiner umfangreichen Familie bis in die Zeit des Krieges von 1870/71 und des „Reichslandes Elsaß-Lothringen“ zurückverfolgt und mit den „schwarzen Jahren“ des 2. Weltkrieges enden läßt; zeitliche Schwerpunkte liegen auf der Kindheit und Soldatenzeit des elsässischen Vaters und der eigenen Kindheit und Jugendzeit. Erzählt wird über weite Strecken aus der Sicht des Kindes, aber keineswegs in gekünstelter kindlicher Sprachmanier, sondern kraftvoll, sinnlich, zupackend, zuweilen drastisch und derb, mit viel Humor – Lausbubengeschichten und -abenteuer, aber durchaus nicht nur Lausbubengedanken, die die Widersprüche und Ungereimtheiten der Erwachsenenwelt aufdecken und die Spannungen in den Seelen der kleinen und großen Elsässer, die wegen des deutsch-französischen Antagonismus jener Zeit jeweils ihr „Französentum“ oder ihr „Deutschtum“ ablegen müssen, die zweifellos gute Franzosen sein wollen, aber z.B. wegen ihres elsässischen Akzentes von „Innerfranzosen“ abgelehnt werden und zeitlebens große Mühe haben, als Elsässer sie selbst zu sein mit all ihren Widersprüchen und ihrer komplexen Identität.

Zentrale Gestalten sind neben dem Buben der Vater als frommer Katholik und glühender französischer Patriot, die Mutter, erzieherisch liebevoll-gütig wie die heißgeliebte Großmutter und lebensprak-

tisch geschickt und tapfer, der es nur wegen ihres elsässischen Akzentes wiederholt die französische Sprache verschlägt; endlich und vor allem die übergroße Gestalt des Onkels Fuchs, ehemals kaiserlich-deutscher Offizier des 1. Weltkriegs, der nach 1918 französischer Förster wird, ein Rauhbein mit goldenem Herzen und großer Liebe zu Wein, Weib und Gesang – und zu deutscher Romantik. Wie der Onkel, so kommt auch der Bub ins Schwärmen, wenn er vom „Paradies“ in und um Lautenbach erzählt mit Kirchturm, Linden und blauem Himmel im Frühling und am Weißen Sonntag, von den Düften und dem Essen und dem Wald, ohne dabei sentimental zu werden.

Neben den Schilderungen solcher Idylle finden sich sehr ernste und ergreifende Partien, so gleich am Beginn die Gegenüberstellung des Sterbens der Großmutter daheim in Lautenbach, geborgen inmitten der großen Familie, mit dem verzweifelt einsamen Sterben der Mutter in einer Pariser Großklinik – oder die Bilanz der „schwarzen Jahre“ am Ende des Buches, gleichsam ein Requiem vor allem für die toten Cousins des 2. Weltkrieges, stellvertretend erwähnt für all die anderen gefallenen jungen Elsässer, die zur deutschen Wehrmacht zwangsrekrutiert worden waren.

Dieses Buch ist mehr als ein meisterlich erzählter autobiographischer Heimatroman, der „deutsche Linden-Romantik mit französischem Esprit verbindet“, wie es der Straßburger Germanist Adrien Finck formuliert hat; es ist auch ein aufklärerisches Buch, das „kleine“ Geschichte „von unten“ schreibt – zugleich ein Zeugnis für elsässische Überlebenskunst und ein Beitrag zum Verständnis der elsässischen Seele und zur deutsch-französischen Aussöhnung.

Jedem Leser der „Ortenau“ kann es nachdrücklich empfohlen werden – ihm werden unvergeßliche Lesestunden geschenkt werden!

Prof. Dr. Rolf Kruse, Kehl

Harald Faißt, Landwirtschaft und Hakenkreuz im Bezirk Bühl. Von der Agrarkrise (1926/27) bis zum Aufbau des Reichsnährstandes (1936/37), Pro Universitate Verlag Sinzheim 1995, 118 Seiten, 20 Tabellen (zugl. Magisterarbeit an der Universität Freiburg 1994).

Die von Harald Faißt verfasste agrarhistorisch ausgerichtete Regionalstudie beginnt mit einer Darstellung und Analyse der sozio-ökonomischen Strukturen des ehemaligen Amtsbezirks Bühl. Diese Region entspricht dem typischen Erscheinungsbild der badischen Landwirtschaft als „Land des Kleinbesitzes und Kleinbetriebes“. Faißt beschreibt den Weg des Amtsbezirks Bühl in die Agrarkrisen der Jahre 1926/27 bis 1933, die Krisenursachen und deren Auswirkungen beispielsweise auf dem Gebiet der Produktionssteigerung und des Genossenschaftswesens. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit den politischen Auseinandersetzungen zwischen der Zentrumspartei und der NSDAP. Hier geht Faißt auf die erfolgreiche Wahlkampfstrategie der Nationalsozialisten ein, wie sie die Stimmungslage der Landbevölkerung auffangen und sich bei weiten Teilen der katholischen Landbevölkerung als Fürsprecher der Landwirte profilieren konnte. Damit war es der NSDAP gelungen, im festverankerten katholischen Milieu Stimmen zu sammeln. Der Autor zeigt auf, wie stark sich die populistischen Parolen der NS-Wahlpropaganda dann von der tatsächlichen Agrarpolitik im NS-Staat unterschieden. Ebenso geht er der Frage nach, wie sich die Maßnahmen der NS-Agrarpolitik („Blut und Boden“, „Marktordnung“ und Erzeugungsschlacht“) auf die verschiedenen Sektoren (Milch- und Fleischwirtschaft, Obst- und Weinbau) der Bühler Landwirtschaft auswirkten. Insgesamt bietet die Publikation, für die der Verfasser umfangreiche Quellenrecherchen unternommen hat, einen detaillierten Einblick in die Wechselwirkungen von Agrarwirtschaft und Politik im regionalbegrenzten Raum.

Dr. Wolfgang M. Gall

Michael Friedmann, Offenburger Freiheitsheft, Karlsruhe 1996

Als das erste einer Reihe von möglicherweise zwei oder drei Heften, ist im April 1996 Michael Friedmanns *Offenburger Freiheitsheft* erschienen. Was beim Durchblättern sofort auffällt: Die grafische Gestaltung lädt zum Verweilen ein, macht Lust auf das Betrachten der Abbildungen und weckt Interesse für die immer spannend und lebendig geschriebenen kleinen und größeren Beiträge, die zudem schön kurz sind.

In seinem Vorwort liefert Michael Friedmann eine Definition von Geschichte, die in ihrer Bescheidenheit und Offenheit beispielhaft ist. Geschichte sei früher gelebtes Leben und „deshalb so vielfältig und widersprüchlich wie das Leben selbst, unerwartet und reich an Überraschungen“. Der Historiker oder die Historikerin könnten sich dieser verwirrenden historischen Realität immer nur annähern, ohne sie je in ihrer Totalität einzufangen. Die Rekonstruktion von Vergangenen ist also nicht absolut, sondern es werden Spuren vor allem in schriftlichen Quellen verfolgt. Möglichst viele solcher Quellen werden mit Hilfe theoretischer Thesen sowie methodischer Werkzeuge ausgewertet. Das Ergebnis: Ausschnitte vergangenen Lebens, die im (utopischen) Idealfall zusammen ein Gesamtbild einer Epoche ergeben.

Das Ziel des vorliegenden Heftes, so Friedmann, ist bescheidener. Es soll als Magazin in erster Linie Freude bereiten „am Umgang mit der eigenen Geschichte“. Außerdem soll es einen Eindruck davon geben, daß die Probleme unserer Vorfahren, etwa ihre Schwierigkeiten mit technischen und gesellschaftlichen Veränderungen, Teil auch unserer Gegenwart sind.

Die 48 Seiten lösen die Ankündigungen des Vorwortes nicht nur ein, sie sind nicht nur eine wahre Fundgrube für alle Interessierten, Laien und Fachleute gleichermaßen, sie heben sich auch mit ihren Aussagen und Thesen wohltuend von ein-

schlägigen Fachpublikationen ab. So wird der verfrühte Radikalismus des ehrlichen, aber erfolglosen Hambacher Festes genauso thematisiert wie die überstürzte Ausrufung der Republik 1848 durch Friedrich Hecker: „Abwarten ist nicht die Stärke von Friedrich Hecker.“ Das Scheitern der Einzelaktionen von Hecker und Struve 1848 resultierte, so die These, nicht zuletzt aus der „Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Revolutionsführer und der geringen Bereitschaft des Volkes, das Leben für die Ideale der Revolution einzusetzen“.

Kurze Informationen zu revolutionären Persönlichkeiten aus Offenburg (z.B. Friedrich Gustav Rée, Lorenz Oken), zu Versammlungsorten (Gasthaus „Salmen“) und zu Stichworten wie „Deutscher Bund“ oder „Vormärz“ machen das Heft zusammen mit dem Abdruck von Aufrufen und Forderungen zu einer wichtigen Broschüre, geeignet auch zum Nachschlagen. Die Unterhaltung kommt nicht zu kurz, wenn etwa Offenburger Szenen rund um Honoratioren, Pfarrer und Bäcker geschildert werden.

Die Leser, die den akribisch gesammelten und kompetent aufbereiteten Spuren der freiheitlichen Bewegung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im *Offenburger Freiheitsheft* folgen, werden am Ende ein bißchen besser verstehen, unter welchen Umständen und wie sie begann und warum sie gescheitert ist. Und sie werden begreifen, daß die Farben Schwarz-Rot-Gold entgegen mancher Befürchtungen bis heute uneingeschränkt für nationale Einheit in demokratischer Freiheit stehen.

Wolfgang Reinbold

**Albert Fischer: Daniel Specklin aus Straßburg (1536–1589), Festungsbau-
meister, Ingenieur und Kartograph**
Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen,
1996, 227 Seiten, 110 Abbildungen,
DM 128,-. Veröffentlichung der Kom-
mission für geschichtliche Landeskun-

**de in Baden-Württemberg. Redaktion
Hildegard Schaab.**

Die Begegnung mit der Elsaßkarte Daniel Specklins von 1576, nach vier Jahrhunderten neu herausgegeben, hat den Straßburger Bauingenieur Albert Fischer ange- regt, das kaum noch bekannte Werk und Leben eines Renaissancemenschen, Uni- versalisten und Neuerers zu erforschen und darzustellen. Nach einem reichlichen Jahrzehnt gründlicher Recherchen dauerte es noch einmal zehn Jahre bis zur Publi- kation. Das Zusammenwirken von Histori- scher Kommission, Förderern und risi- kofreudigem Verleger hat es ermöglicht.

Daniel Specklin, geborener Straßburger wie der Verfasser und Berufsgenosse, war angesehener Berater von Fürsten und Städten des alten Deutschen Reiches. An- hand vieler, z.T. erstmalig zugänglich ge- machter Abhandlungen, Projekte, Pläne und Zeichnungen stellt Fischer das weit gefächerte Werk Specklins vor. Seine Ar- beiten auf den Gebieten des Festungsbaus, der zivilen Baukunst, der Wasserbau- kunst, der Kartographie und als Chronist zusammengenommen stellen ein Kapitel der Kulturgeschichte des Oberrheinge- biets dar zur Zeit der großen Wende des 16. Jahrhunderts, Zeit der Religionskrie- ge, der technischen Umwälzungen im Kriegswesen, der großen geistigen Unru- he, die die Menschen verunsicherte. Auf dem Erfahrungsstand seiner Zeit auf- bauend, suchte er Mittel, der Bedrohung zu widerstehen. In seinem Spezialfach, der Festungsbaukunst, über Vorgänger wie Michelangelo und Dürer hinausge- hend, faßte er das fortifikatorische Wissen der Italiener (de Marchi, Sanmicheli), der Niederländer und eigene Erfahrungen vom Festungsbau in den Türkenkriegen zusammen, um mit neuen Gedanken über seine Epoche hinaus zu greifen. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts bescheinig- te ihm der Militärhistoriker Alexander von Zastrow: „Vauban und Cormontaigne stehen auf seinen Schultern“.

In die von Albert Fischer kurz dargestellte

politische Situation im 16. Jahrhundert ist Specklins Lebensgeschichte eingebunden. In Ungarn hat er am Bau von Festungen mitgearbeitet. Sie waren seine Studienobjekte in den Niederlanden. Stationen seines Wegs waren Wien, Ingolstadt, Ulm, Städte am Oberrhein. Straßburg war der feste Standort, Reichsvogt Lazarus von Schwendi sein großer Förderer.

Welche ungeheure Gefährdung die neuen Feuerwaffen für die mittelalterliche Stadt und Burg bedeuteten, macht Fischer in seiner Einführung in die Festungsbaukunst deutlich. Das in Italien erfundene Bastionärsystem versprach Sicherheit, stellte aber technische Probleme, war teuer und erhöhte den Flächenbedarf gegenüber der mittelalterlichen Befestigung auf das Dreifache.

Der Tätigkeit Specklins als Festungsbaumeister gilt der Hauptteil des Buches. In bayerischem Auftrag arbeitete er Befestigungspläne aus für Ingolstadt. Vor allem den Reichsstädten und den Burgen am Oberrhein galt sein Interesse: Colmar, Ensisheim, Schlettstadt, Kaysersberg, Lichtenberg, Herrenstein, Belfort. Neben früheren Bauaufnahmen von Befestigungen in Ungarn geben Pläne für Basel Einblick in seine ins Detail gehende Berater-tätigkeit. Dauerthema war die Verbesserung der Straßburger Befestigungen. Seit 1578 war er hier tätig. Sein letzter Plan von 1585 fand sich in Kopenhagen. Fischer verfolgt auch die von seinen Nachfolgern getroffenen Maßnahmen (Mörschhäuser, Heer etc.).

Weiter beschreibt Fischer ein Gutachten über Straßburger Bollwerke und das mit „Architectur“ bezeichnete Manuskript mit Vorarbeiten für die spätere „Architectura von Vestungen“.

Dieses, sein Hauptwerk, erschien als einziges gedrucktes Werk Specklins in seinem Todesjahr 1589, zugleich als erstes deutsches Werk über den Festungsbau überhaupt. Es war gedacht als Handbuch und Summa des fortifikatorischen Wissens seiner Zeit in Deutschland, aus dieser

Sicht geschrieben bewußt im Gegensatz zur herrschenden „italienischen Manier“ und „niederländischen Manier“. Auch hier entfaltet er die allgemeinen Grundkenntnisse anhand von Festungsbeispielen mit Hinweisen auf die eigenen Neuerungen. Nach seinen Beobachtungen beschreibt er ausführlich die modellhafte Festung Antwerpen sowie weitere bestehende und ideale Anlagen und den Entwurf zu einer Idealstadt. Praktische Ratschläge gelten dem Artilleriewesen.

Weiter gibt Fischer Einblick in einen Sammelband, das „Peter-Buch“ aus der Zeit nach 1589 (in Privathand, bisher nicht veröffentlicht). Es enthält Originalzeichnungen zu vorhandenen oder geplanten Festungsbauten als Vorarbeiten für spätere Veröffentlichungen.

Zusammenfassend bewertet Fischer die Stellung Specklins in der Geschichte des Befestigungswesens. Er vergleicht ihn mit Vauban, der Specklin viel zu verdanken habe und seinerseits über ihn hinausging. Specklin hatte viele kleinere Auftraggeber und setzte die Mittel sparsam ein, Vauban verfügte über die reichlichen Ressourcen eines einzigen Auftraggebers. Fischer verfolgt die Entwicklung bis zu Montalembert, Ende des 18. Jahrhunderts und darüber hinaus.

Bisher war wenig bekannt über den Zivilbaumeister Specklin. Fischer stellt ihn vor als Stadtbaumeister und Wasserbauer. Er befaßte sich als erster mit den zahlreichen lebenswichtigen Wasserläufen der Stadt Straßburg. Für Zeiten unzureichenden Wasserflusses wollte er die Wassermühlen durch Windmühlen ersetzen. Den Typ einer neuartigen Mühle mit horizontalen Windrädern für mehrere städtische Türme hat er entworfen. Für ein Kanalbauprojekt des Pfalzgrafen von Veldenz und Lützelstein lieferte er ein allerdings negativ ausfallendes Gutachten.

Besondere Würdigung erfährt der Kartograph Specklin, der einen genau vermessenen Plan der Befestigungen Straßburgs zeichnete und im Auftrag der Habsburger

die erwähnte erste Elsaßkarte herstellte, die noch in den Feldzügen des folgenden Jahrhunderts verwendet wurde und weiter als Vorbild diente. Erstmals farbig reproduziert werden hier Gebietskarten mit Grenzverläufen aus dem Elsaß, die in Streitfällen als Rechtsgrundlage dienten. Was außerdem aus dem Nachlaß von 1589 stammte, ging meist verloren. Es verblieben die „Collectanea“ mit Notizen zu einer Straßburger Chronik, archäologischen Fundberichten etc. Was davon erhalten blieb, hat Rodolphe Reuß 1879 im Druck herausgegeben.

Einige vollständige Originaltexte legt Albert Fischer vor, Bedenken, Berichte, Briefe Specklins sowie eine Inhaltsübersicht zum Peter-Buch. Bei diesem Thema kommt man nicht ohne Fachausdrücke aus. Ein Glossar wäre hilfreich. Das Register ist etwas knapp ausgefallen.

Mit seiner akribischen Forschungsarbeit ist dem Verfasser ein großer Wurf geraten. Die Anstrengungen, die dann noch bis zur Drucklegung erforderlich waren, verdienen besondere Erwähnung. Die Verantwortung dafür hatte die Kommission für geschichtliche Landeskunde übernommen und ihrem Vorsitzenden, Prof. Dr. Meinrad Schaab, ist es gelungen, Stifter aus Baden-Württemberg, der Schweiz und dem Elsaß (vermittelt durch Prof. Dr. Marcel Thomann) von der Wichtigkeit des Vorhabens und einer gemeinsamen Finanzierung zu überzeugen. Aus den Händen von Prof. Dr. Volker Himmelein übernahm Frau Dr. Hildegard Schaal die Redaktion und führte sie zu Ende.

Carl Helmut Steckner*

* siehe den Beitrag „Der Straßburger Baumeister Daniel Specklin“ (1536–1589), Die Ortenau 1986, S. 223–241.

Ernst Gutmann, Stadtgeschichte Stollhofen. Die Geschichte der ehemaligen Amtsstadt und Festung. Freiburg. Sozia Verlag 1995, 324 Seiten.

Die nunmehr vorliegende Stadtgeschichte Stollhofens schildert eine große Spannweite geschichtlicher Abläufe, die der Verfasser in seinem Vorwort und in seinem Schlußwort wie folgt beschreibt: „Kaum ein anderer Ort im Landkreis Rastatt hat eine so große Vergangenheit aufzuweisen wie Stollhofen. Nirgendwo bündelten sich so viele militärische, wirtschaftliche, kirchliche und politische Ereignisse wie in unserem ehemaligen Amtsstädtchen. So erscheint der Ort schon im Jahre 1302 in den Urkunden als ‚fertige Stadt‘ und ist somit eine der ältesten Städtegründungen nach Steinbach (1258), Baden-Baden (1288) und Lichtenau (1300) in der engeren Umgebung“ (S. 17).

„Nachdem die alte Bürgerschaft (um 1800) so gut wie vernichtet war, gerieten auch die Privilegien der Stadt in Vergessenheit. Nachdem die Garnison abgezogen war, die Amtsverwaltung abwanderte und auch alle sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen verschwunden waren, blieben nicht einmal Baureste der einst umfangreichen Stadtbefestigung stehen. Nach wenigen Generationen waren die Erinnerungen an die große Zeit so gut wie vergessen“ (S. 323). „Vielleicht war es den müde gewordenen Bewohnern sogar recht, daß sie nach 1800 in Ruhe ihrer Feldarbeit nachgehen konnten“ (S. 324). Durch diese beiden Zitate neugierig gemacht, muß sich der interessierte Leser durch über 320 Seiten intensiv vorgetragene Stadtgeschichte Stollhofens hindurcharbeiten. Ernst Gutmann beschreibt dabei zunächst die Anfänge des Ortes und der Stadt (S. 20–52), danach die kirchliche Geschichte (S. 53–84) und den Adel in Stollhofen (S. 85–91). Ein kurzer Überblick über die mittelalterliche Geschichte (S. 92–95) leitet über zur inhaltlichen Betrachtung der Amtsstadt Stoll-

hofen (S. 96–107) und deren Beziehungen zum Kloster Schwarzach (S. 108–118). Die Festungsgeschichte Stollhofens (S. 119–144) ist bedingt durch die kriegerischen Ereignisse bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts (S. 155–208). Sodann folgt die Schilderung der Amtsstadt in Querschnitten wie: Stadtbewohner (S. 145–154), Ernährungsbasis (S. 209–235), Mühlen (S. 236–244), Gasthäuser und weitere Gesichtspunkte (S. 245–280). Der Blick auf die städtischen Einrichtungen (S. 281–308) und das Dorf Stollhofen (S. 309–322) schließt die vorgelegte Stadtgeschichte ab, an einem vermutlichen Tief- und Endpunkt, von dem aus der Neubeginn im 19. Jahrhundert unter anderen Voraussetzungen erfolgen konnte.

Ernst Gutmann hat in diesem Buch überzeugende Quellenarbeit geleistet und belegt. Wenn auch verschiedentlich angemerkt, mag man doch ein Literaturverzeichnis vermissen, das das ganze Werk und die verdienstvolle Leistung Gutmanns für die Stadtgeschichte von Stollhofen noch abgerundet hätte.

Dr. Dieter Kauß

Reiner Haehling von Lanzenauer, Das Baden-Badener Attentat.

Herausgeber: Arbeitskreis für Stadtgeschichte der Stadt Baden-Baden e.V., 1995, 63 Seiten.

Der preußische König Wilhelm I. wurde am 14. Juli 1861 während eines Kuraufenthaltes in Baden-Baden zum Ziel eines mißlungenen Attentats. Obwohl für den König glimpflich abgelaufen, erregte dieses Ereignis in ganz Europa Aufsehen, denn Baden-Baden war als „Weltbad“ Treffpunkt vieler politischer Akteure der damaligen Zeit. Der Autor entwickelt an Hand dieses historischen Ereignisses knapp, aber faktenreich und in anschaulicher Form ein Bild der Übergangszeit zwischen der gescheiterten Revolution 1848/49 in Baden und dem Jahrzehnt der

Bismarckschen Einigungskriege. Gerade die militärische Niederschlagung des Aufstands war ja in Baden mit dem „Kartätschenprinzen“, eben jenem späteren Wilhelm I., verknüpft!

Der Attentäter, ein Student aus Leipzig, wollte mit dem „Fürstenmord“ ein Fanal für die deutsche Einigung setzen: Der Preußenkönig, auf den vor allem die „Kleindeutschen“ ihre nationalen Hoffnungen setzten, schien ihm nicht fähig, diese Aufgabe zu meistern.

Die sorgfältige Auswertung der Prozeßakten ergibt nicht nur ein interessantes Psychogramm des Täters, sondern vermittelt auch einen Einblick in das Wirken der damaligen badischen Justiz. Das Büchlein ist ein wertvoller Beitrag zur Landeskunde und zur Stadtgeschichte Baden-Badens. Der Autor hat weit verstreute Quellen zusammengetragen; interessant sind auch seine Anregungen, dieses historische Ereignis auf der Lichtentaler Allee dem heutigen Publikum in durchaus unkonventioneller Form näher zu bringen!

Heinz Schaufler

Reiner Haehling von Lanzenauer, Düstere Nacht, hellichter Tag.

Erinnerungen aus dem 20. Jahrhundert.

Badenia Verlag Karlsruhe 1996. 165 Seiten (mit Anmerkungen, einer Bibliographie des Autors und einem Namensregister)

Autobiographien vollziehen immer eine „nachträgliche Sinngebung des gelebten Lebens“, heißt es in einem literarischen Lexikon. Der ehemalige leitende Staatsanwalt Haehling von Lanzenauer hat sich der Erinnerungsarbeit gestellt und Bilanz gezogen. Er sieht sich lediglich als „Randfigur und Zeitzeuge“, wie er im Vorwort betont. Mit dieser Bescheidenheitstopos verweist er auf Goethes Begriff des Autobiographischen, „den Menschen in seinen Zeitverhältnissen darzustellen“. Die Lebensgeschichte trägt in sich die Chiffren der Zeitgeschichte, die Lebensbi-

lanz ist zugleich die zeitgenössische Bilanz des zu Ende gehenden Jahrhunderts. Der Autor, 1928 als Sohn eines Polizeihauptmanns in Karlsruhe geboren, schildert in beeindruckender Detailtreue seine Kindheitsjahre in der NS-Zeit, den Besuch Hitlers in Baden-Baden, die Reichspogromnacht und die Erlebnisse im Jungvolk. Das christlich-konservative Elternhaus ermöglichte eine kritische Distanz zum NS-System. Aufschlußreich ist die Schilderung der Kriegsjahre, die Haehling von Lanzenauer zunächst als Schüler in Baden-Baden erlebt, bevor er 1944 in Seebrugg als Luftwaffenhelfer ausgebildet wird und schließlich in einer Flak-Stellung bei Wyhlen Dienst tun muß. Da er zum Schulbesuch wieder beurlaubt wird, erlebt er in Baden-Baden das dramatische Ende des 2. Weltkriegs mit.

Die Kurstadt war als Sitz der obersten Militärbehörden der französischen Besatzungsmacht eine Art „Hauptstadt“ der französischen Besatzungszone. Um so interessanter sind deswegen die Schilderungen der Atmosphäre der Nachkriegszeit und der episodischen Begegnungen mit Alfred Döblin, Werner Bergengruen, Otto Flake und Reinhold Schneider. 1950 schließt sich ein Jurastudium in Freiburg an; dort lernt der Autor bei einer Philosophievorlesung Martin Heidegger kennen, mit dessen Persönlichkeit und Philosophie er sich kurz auseinandersetzt. Er schildert die Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung und um die Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg, wobei er nicht nur als Jurist eine altbadische Position einnimmt.

Im Kapitel „Lehrjahre“ beschreibt Haehling von Lanzenauer seine rechtspraktische Ausbildung in Säckingen, Bühl, Baden-Baden und Freiburg. Er zeichnet gelungene Porträts von seinen Ausbildern und Kollegen und erfaßt prägnant die Atmosphäre in den verschiedenen Justizbereichen. Als Staatsanwalt wird er mit der NS-Zeit konfrontiert, seine exemplarische Schilderung von „NSG-Verfahren“ (NSG

= Nationalsozialistische Gewaltverbrechen) zeigt die Schwierigkeiten der juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit auf. Sympathisch wirkt, daß er nicht nur als Staatsanwalt unerbittlich Straftäter verfolgt, sondern sich auch in der Gefangenenfürsorge engagiert.

Als leitender Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Baden-Baden (seit 1977) war H.v.L. mit aufsehenerregenden Verbrechen konfrontiert, dem Millionärs-mord im Tessin, den Eisenbahnattentaten von „Monsieur X“ und dem Baden-Badener Juweliersüberfall. Der „badische Kosmos“ war bei aller Weltoffenheit des konservativ-liberalen Staatsanwaltes – er ist mit einer Französin verheiratet – der Bezugspunkt seines Lebens. Badische Geschichte und Literatur fanden mit fortschreitendem Alter immer größeres Interesse, wie die Zusammenstellung der Veröffentlichungen sichtbar macht. Dabei zeigt der Exkurs in die Familiengeschichte seit 1680, daß die Vorfahren aus allen Himmelsrichtungen Deutschlands kamen. Skeptisch, wie man das von einem Juristen nicht anders erwartet, überprüft H.v.L. seine eigenen Erinnerungen an regionalgeschichtlichen Publikationen und an Erinnerungen von Zeitgenossen. Der Leser erhält durch die Verweise zugleich die Möglichkeit, sich selbst geschichtlich und literarisch weiter zu orientieren. Mit einem besorgten Blick auf die Zukunftsprobleme endet das Buch. Dabei wahrt der Autor wie auch in den vorangegangenen Kapiteln das Prinzip des Skizzenhaften; der Leser erhält die Möglichkeit, selbst weiter zu denken. Das Buch besticht auch durch einen flüssigen und gewandten Schreibstil und prägnante Formulierungen. Es ist selbst wieder eine wichtige landeskundliche Quelle. Man wünschte sich, daß H.v.L. manches, was er in seinem autobiographischen Abriss nur skizzenhaft ausgeführt hat, noch ausführlicher darstellt. Ein Blick in die Bibliographie zeigt, daß H.v.L. damit schon begonnen hat.

Heinz G. Huber

Heinrich Hansjakob, Abendläuten. 480 S., gebunden mit Illustrationen von Kurt Liebich. Nachwort und Anmerkungen von Manfred Hildenbrand. Waldkircher Verlag, Waldkirch, o. J.

Mit dem Faksimile-Nachdruck der 5. Auflage des „Abendläutens“ von 1903 schloß der Waldkircher Verlag 1995 seine auf 6 Bände angelegte Edition der Tagebücher Heinrich Hansjakobs ab. Der Titel – Hansjakob wählte ihn, weil er glaubte, er, der Sechzigjährige, schreibe das letzte seiner Erinnerungsbücher – schlägt einen melancholischen Ton an und verspricht gemütvollen Lesegenuß. Aber die Gedanken, die der Freiburger Pfarrer im Frühsommer und Frühherbst 1897 in Hofstetten, Ripoldsau und Schapbach fast täglich niederschrieb, verraten auch den pädagogisch-appellativen Charakter, den die Hansjakob-Literatur der letzten Jahre als Grundzug des Gesamtwerkes herausgearbeitet hat. Der Autor – bereits ein renommierter Schriftsteller – formulierte seine Aufzeichnungen von vornherein bewußt für seinen Leserkreis, er machte sie jedoch nicht für dieses Publikum zurecht. Isoliert nebeneinander betrachtet und ernstgenommen, zeigen die Einträge Brüche und werfen Fragen auf. Zweifellos besitzen die schnörkellosen Natur- und Menschendarstellungen des begabten volkstümlichen Erzählers ihren Eigenwert als werbendes Identifikationsangebot ebenso wie als Dokumentation der damaligen bäuerlichen Welt, aber immer wieder bricht die Idylle ab, und typische Merkmale der Einzelpersönlichkeiten regen den Autor an, über sein großes moralisches Anliegen zu reflektieren, die durch die Technik erzwungene Veränderung des Daseins. Während gegen Ende des Jahrhunderts im deutschen Reich die Industrielle Revolution ihrem Höhepunkt zustrebte, ja die große Literatur und frühe ökologische Bewegungen die ersten Warnungen plakatierten, waren die Schwarzwäldtäler gerade dabei, ihre vorindustrielle Unschuld zu verlieren. Vehement und gna-

denlos kämpft Hansjakob gegen jedes Anzeichen der „Kultur“, wie er alles Moderne, nicht nur das technische, nennt, um die „Poesie“, Inbegriff des Hergebrachten und damit auch des moralisch Guten, zu schützen. Klarsichtig erkennt er die schwerwiegenden Folgen, z.B. für Flüsse und Wälder, wenn das Kapital im Nutzen das alleinige Ziel des Wirtschaftens sieht. Hier kann der Leser dem Autor bewundernd zustimmen, doch wird er auch gezwungen, sich mit seinem Konservativismus auseinanderzusetzen, und das Buch bietet Gelegenheit zur echten Diskussion genug. Verliebt in das Überkommene, verkennt Hansjakob z.B. die sozialen Chancen des Zeitgeistes, wenn er die bäuerliche gesellschaftliche Hierarchie als naturgegeben verteidigt, die höhere Schulbildung der Mädchen mit Satire kommentiert, den Tourismus lächerlich macht und in der Lokomotive die Ursache des allgemeinen Niederganges beklagt. Nur der Anblick eines Automobils verführt ihn zum mystischen Schwärmen. Diesem Pessimismus entspricht allerdings auch seine Lebensgrundstimmung. Fast noch stärker als in „Kranken Tagen“ lernen wir Hansjakobs „wunde Seele“ kennen, die seine Existenz belastete und sein Urteil dunkel färbte. Immer wieder vergleicht er seinen eigenen Werdegang mit den Lebensläufen der vielen Personen, die er trifft, und findet, daß er jeweils das schlechtere Los gezogen habe. Er beneidet einen alten Volksschulkameraden, der jetzt wohlhabender Rentier geworden ist, ebenso wie den „alten Dohlenbacher“ mit 106 Enkelkindern um seine Lebensfreudigkeit, den Pfarrer von Oberwolfach um seine idyllische Landgemeinde, nicht weniger als den arbeitslosen Buchdrucker, der sich vom Bettel ernährt, um seine vollkommene Zufriedenheit. In diesen Teilen lernt man Augenblicke eines gequälten Menschen kennen, der den täglichen Kampf mit seiner Psyche – auch mit Hilfe des Schreibens – meistert, der aber auch als später Nachfahre der Romantiker, als Zerrisse-

ner, sein Leiden, die „süße, aber unheimliche Wehmut“, „die wie eine Zauberin lockt“, in vollen Zügen genießt. Dort, wo Hansjakob versucht, diese Gefühle zu vermitteln, gelingen ihm die sprachlich schönsten Darstellungen des Buches.

Manfred Hildenbrand, der Leiter des Hansjakob-Museums in Haslach, versah den Band mit ausführlichen Anmerkungen über das geographische Umfeld, geistesgeschichtliche Hintergründe und Lebensdaten der zahlreichen Personen. Diese Informationen und das kenntnisreiche literaturwissenschaftliche Nachwort Hildenbrands unterstützen die Wirkung des „Abendläutens“ als eine zwar subjektive, aber in ihrer Art aussagekräftige Abbildung des Schwarzwaldes und seiner Bewohner im ausgehenden 19. Jahrhundert.

Karl Maier

Wolfgang Hug – Walter Gruber, Badener Land in Farbe. Stuttgart: Konrad Theiß Verlag 1996, 110 Seiten. Zahlreiche Farbbilder.

Ein anerkannt gutes Rezept hat sich erneut bei diesem Buch bestens bewährt: Man nehme einen hervorragenden Fotografen und einen exquisiten Kenner der Materie, der sich die gewünscht kurzen Texte abzurufen vermag, und es entsteht ein schönes und gutes Buch über eine Landschaft oder einen Landesteil, wie in diesem Fall: das Badener Land.

Nach einem kurzen Überblick über Geschichte und Gegenwart blättert und wandert der Leser vom Kernland Badens um Karlsruhe und Rastatt über die Ortenau nach Süden, in den Breisgau mit dem Kaiserstuhl, in das Markgräflerland zum Hochrhein und in den Hotzenwald. Über den Hegau und den Bodensee geht es in umgekehrter Richtung über den Hochschwarzwald und die Baar, den Nordschwarzwald und Kraichgau, über die Kurpfalz nach Norden zurück bis in den Odenwald zum Taubergrund.

Der Leser, ob Einheimischer oder interes-

sierter Fremder – eine französische und englische Textversion ist beigegeben –, erfährt und sieht außergewöhnliche Eindrücke von Geschichte, Kunst und Kultur. Das Buch lädt dazu ein, das Badener Land neu zu entdecken und ist „eine Liebeserklärung an diese einzigartige Landschaft zwischen Main und Bodensee“. Dabei ist wohl der Tourist und Reisende der eine Partner, der als Unkundiger dieses alles neugierig zur Kenntnis nehmen kann. Ist andererseits der andere Partner, das Badener Land, heute wirklich und überall so schön, wie es in den Bildern erscheint? Laufen die anerkannt guten und kurzen Beschreibungen nicht Gefahr zu verkürzen oder etwas wegzulassen? Der Abschnitt über die Ortenau (S. 23–32) läßt zumindest manche Information vermissen, etwa über das Hanauerland, den Rhein, die Rheinauen, das Geroldsecker Land sowie über die Klöster Honau und Schwarzach.

Dr. Dieter Kauß

Kurt Klein, Heckenrösle aus dem Schwarzwald. Erzählungen und Berichte über Land und Leute. 264 Seiten mit zahlreichen Fotografien des Autors, Pappband, DM 26,80, Waldkircher Verlag.

„Heckenrösle aus dem Schwarzwald“ heißt das neueste Buch von Kurt Klein, das soeben im Waldkircher Verlag erschienen ist. Gleich dem wilden Heckenrosentrauch am Weges- oder Waldrand mit seinen herb-schönen Blüten, seinen bunten Hagebutten, aber auch seinen Dornen will der vielfach ausgezeichnete Autor seine Erzählungen und Berichte aus seiner Schwarzwälder Heimat sehen.

Wie schon in seinen anderen Büchern beschreibt Kurt Klein die Schönheiten des Schwarzwaldes, seine Sagen, Sitten und Gebräuche, aber auch den oft beschwerlichen Alltag, die Schicksalsschläge und tragischen Verstrickungen seiner Bewohner in früherer Zeit. Er erweist sich dabei

als einer der besten Kenner unserer Region, der als Heimathistoriker, Brauchtumsforscher und Landeskundler eine Fülle von Material gesammelt und ausgewertet hat und es nun in seinem neuesten Buch in über sechzig Erzählungen und Berichten ausbreitet.

So führt Kurt Klein zunächst durch Täler und Höhen des Schwarzwaldes und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schönheiten der Landschaft und ihre unverwechselbaren Besonderheiten wie Kirchen, Kapellen, Klöster und Naturdenkmale. Alte Bräuche erstehen zu neuem Leben wie das Scheibenschlagen, das „Rüttibrennen“, die verschiedenen Kilwi- und Pfingstbräuche, aber auch längst ausgestorbene Berufe wie die Harzer, die Köhler oder die Uhrenträger.

Eine interessante, unterhaltsame Geschichte versteckt sich hinter den „Tagebuchblättern“, die jedoch viel über Land und Leute des Schwarzwaldes aussagen. „Knitze Einfälle“ nennt Kurt Klein eine ganze Reihe von erzählerischen Kleinodien, in der die Schwarzwälder von ihrer humorvollen Seite beschrieben werden. Sie laden den Leser zum Schmunzeln und Lachen ein.

Zahlreiche prägende Persönlichkeiten des Schwarzwaldes werden von Kurt Klein in eindrucksvollen biographischen Skizzen vorgestellt: Johann Georg Pfaff, der tapfere Kreuzwirt von Kürzell, der Heilige Fridolin, der Apostel der Alemannen, der Straßburger Reformator Dr. Caspar Hedio, der große Sozialpolitiker des 19. Jahrhunderts, Professor Franz Ritter von Buß, der Dichter Viktor von Scheffel, der Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob, die Gutacher Maler-Professoren Wilhelm Hasemann und Curt Liebich, der „narrische“ Maler Carl Sandhaas, der berühmte Barockbaumeister Peter Thumb und viele mehr.

Wie bei einem Buch von Kurt Klein nicht anders zu erwarten ist, besticht sein neuestes Werk nicht nur durch seine volkstümliche Sprache und die Intensität der Dar-

stellung, sondern auch durch sein reiches und interessantes Bildmaterial. Mensch, Landschaft und Brauchtum werden nicht nur durch die Worte des Kenners beschrieben, sondern auch durch das lebendige, sprechende Bild des Fotografen Kurt Klein eingefangen.

Manfred Hildenbrand

Kriegsgedenken in Freiburg: Trauer – Kult – Verdrängung. Christian Geinitz u.a., Freiburg i.Br. 1995. Band 6 der Reihe „Alltag & Provinz“ des Arbeitskreises Regionalgeschichte Freiburg.

Pünktlich zum 50. Jahrestag des Kriegsendes von 1945 ist dieser Band der Freiburger Regionalgeschichtler erschienen. Er gehört sicherlich zu den beachtenswerten Publikationen zum Thema, werden doch in den sechs durchweg sehr gut lesbaren Beiträgen gerade auch die Mechanismen von Erinnerung und Gedenken thematisiert. Somit bewegt sich das Buch von seinem mentalitätsgeschichtlichen Ansatz her auf der Höhe moderner Forschung. Darüber hinaus bietet es Einblick in die Arbeitsweise und -ergebnisse einer jungen Historikergeneration.

Das originelle Titelbild zeigt eine Aufnahme des Kriegerdenkmals auf dem Freiburger Hauptfriedhof für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Am 27. November 1994 sprühten Unbekannte den „Refrain“ von Celans *Todesfuge* „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ auf den Sockel. Dieses Bild verweist zum einen auf die Schwierigkeiten des Gedenkens in Deutschland angesichts einer so ganz und gar nicht heroischen Geschichte, belastet mit der Hauptschuld an zwei Weltkriegen in diesem Jahrhundert. Zum anderen illustriert es das eigentliche Thema der Publikation: Wie wurde in der Breisgau-Metropole seit 1871 die Erinnerung an die verschiedenen Kriege wachgehalten?

Öffentlich zelebrierte Erinnerung ist den Autoren (darunter mit Ute Scherb eine Autorin) nicht nur Rückblick in die Ver-

gangenheit, sondern zeigt insbesondere die politische Dimension, die Konflikte der jeweiligen Gegenwart, die polarisierende Wirkung des Gedenkens auf. Die grundlegende Erschütterung durch 1870/71, 1914/18 und 1939/45 habe die Gesellschaft als ganzes verändert, das Bedürfnis nach öffentlichem Kriegsgedenken hervorgerufen. „Vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen wurde in kollektiv zelebrierten Ritualen dem Krieg und der Erinnerung an ihn ein Sinn zugesprochen, der Kriegsgedenken zu einer eminent politischen Angelegenheit machte: Der Umgang der deutschen Gesellschaft mit ihrer kriegerischen Vergangenheit ist bis heute ein Indikator für ihren Zustand in der Gegenwart.“ Die Beiträge zeigen, so die Autoren weiter, daß Kriegserinnerung nicht immer als Appell für den Frieden gedacht war, sondern häufig genug „der geistigen Aufrüstung diene“.

Ute Scherb, die derzeit an einer Dissertation über politische Denkmäler in Freiburg arbeitet, erläutert die Funktionen von Kriegerdenkmälern. Im Gegensatz zu heute, wo sie in der Bevölkerung kaum mehr wahrgenommen würden, waren sie ursprünglich dazu gedacht, dem Kriegstreiben posthum einen Sinn zu verleihen. Im Kaiserreich wurde der Sieg über Frankreich und der badische Anteil daran gefeiert. Die „Heldentaten“ sollten bis in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts den Nachgeborenen ein Vorbild sein. Das war nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg bereits nicht mehr möglich. Statt dessen symbolisierte etwa die Germania des offiziellen Kriegerdenkmals der Stadt Freiburg, daß Deutschland sich langfristig mit dem verlorenen Krieg nicht abfinden werde. Den Gefallenen sei deshalb eine zentrale Rolle zugeschrieben worden, weil ihr Tod nicht umsonst gewesen sein durfte. Er mußte vielmehr im nachhinein durch den Einsatz der Jüngeren gerechtfertigt werden. Nach 1945 sind Kriegerdenkmäler aus der Mode gekommen zugunsten allge-

mein gefaßter Mahnmale. Dabei konzentrierte sich das Gedenken in Freiburg auf die eigenen Bombenopfer. Das Darstellen der leidenden Frauen und Kinder ersparte, so Scherb, zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Anwendung von Gewalt sei generell verurteilt worden, ohne das NS-Regime und die Verstrickung der Deutschen konkret zu benennen. Das gilt nicht nur für Freiburg und ist bis heute überall in Deutschland zu beobachten.

Andreas Weber, Referendar am Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, schildert, wie das Kriegsgedenken zwischen 1870/71 und Erstem Weltkrieg fester Bestandteil der protestantisch-nationalliberalen Milieukultur war. Erinnert wurde an die aus dem Krieg hervorgegangene Einheit der Nation, während hingegen das existentielle, übernationale Gedenken an den Krieg als ein massenhaftes Töten menschlichen Lebens keine Rolle spielte. Denn alles Militärische wurde verherrlicht, um die Bevölkerung im Gedenken an den vergangenen Krieg moralisch auf den nächsten vorzubereiten. In einem zweiten Beitrag untersucht Andreas Weber das Gedenken an die Zerstörung Freiburgs am 27. November 1944. Sein Ergebnis: „In der Geschichte Freiburgs bleibt die Zerstörung [...] als einer der traurigsten Tage für die Stadt und ihre Bürger in Erinnerung.“

Christian Geinitz, dessen Dissertation über den Kriegsausbruch 1914 in Freiburg mittlerweile vorliegt, belegt eindrucksvoll seine These, daß die Fliegerangriffe im Ersten Weltkrieg auf Freiburg einen gewaltigen Einbruch in die Lebenswelt der Stadt bedeutet haben. Traditionelle Vorstellungswelten und Reaktionen, verwurzelt in einer vormodernen Zeit, seien auf die Auswirkungen des modernen, strategisch konzipierten, gesamtgesellschaftlich geführten Technikkrieges des 20. Jahrhunderts geprallt. Die friedliche Heimat, bisher vom Kriegsschauplatz getrennt, mußte schmerzlich die neue Dimension des all-

umfassenden Krieges erfahren. „Diese Erfahrung erschütterte die lange genährte Zuversicht von der Unangreifbarkeit der eigenen Heimat, ja von der *Wacht* des deutschen Militärs gegen den westlichen Gegner.“ Die Zivilgesellschaft konnte den Traditionsbruch, der darin lag, daß die Zivilisten plötzlich unmittelbares Angriffsziel waren, nur schwer ertragen.

Volker Ilgen, Mitarbeiter des Kultur- und Werbegeschichtlichen Archivs Freiburg und Holger Skor, der an einer Dissertation über die nationalsozialistische Propaganda in Frankreich zwischen 1933 und 1939 arbeitet, runden mit ihren Texten diese Studiensammlung ab. Ilgen macht darauf aufmerksam, daß die Geschichte der Straßenneu-, -um und -rückbenennungen in Deutschland die praktische Folge der schlichten Erkenntnis ist, daß derjenige Bewußtsein formt, der den öffentlichen Raum markiert. Anhand der Geschichte der Straßennamen lassen sich der sozialpolitische und mentale Istzustand ihrer Vergabezeit rekonstruieren. Als Beispiel wählt Ilgen das Freiburger „Heldenviertel“. Skor seinerseits bringt mehr Licht in die NS-Auslandspropaganda anhand seiner Darstellung des deutsch-französischen Frontkämpfertreffens in Freiburg 1937, das ein sehr erfolgreicher NS-Propagandacoup war.

Wolfgang Reinbold

Bernd Mathias Kremer (Hrsg.), Kunst und geistliche Kultur am Oberrhein. Festschrift für Hermann Brommer zum 70. Geburtstag. Kunstverlag Josef Fink, Lindenberg 1996, 312 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 48,-. ISBN 3-931820-01-07.

Namhafte Autoren haben sich zusammengefunden, um Hermann Brommer eine wahrhaftig festliche Geburtstagsgabe aus dem jungen Kunstverlag Josef Fink zu widmen: Saskia Durian-Ress, Karl Suso

Frank, Johannes Gut, Clemens Jöckle, Manfred Hermann, Hans H. Hofstätter, Franz Kern, Bernd Mathias Kremer, Roger Lehni, Hans Otto Mühleisen, Willi K. Müller, Hugo Ott, Harald Siebenmorgen, Wolfgang Stopfel, Dieter Weis, Heinfried Wischermann und Hans Jakob Wörner. Besondere Erwähnung verdient, daß es sich der Freiburger Erzbischof Oskar Sailer nicht nehmen ließ, dem Jubilar in einem Geleitwort für seine Lebensleistung herzlich zu danken. Brommer habe unsere Kenntnisse beträchtlich erweitert und vertieft. Er habe bisher unbekannte Zusammenhänge entdeckt und zahlreiche Künstler dem Dunkel der Vergessenheit entrisen. Ohne Brommers Lebensleistung wäre unser Wissen um die künstlerischen und religiösen Ursprünge des Oberrheingebietes wesentlich ärmer.

Wenn im folgenden nur einzelne Beiträge etwas näher dargestellt werden können, so soll damit keinerlei Abwertung der übrigen Forschungsarbeiten verbunden sein.

In einem einleitenden Beitrag würdigt der Herausgeber Brommers wissenschaftliches Werk. Roger Lehni und Hugo Ott machen sich bemerkenswerte Gedanken über die „Kathedralen am Oberrhein, das Straßburger und Freiburger Münster“. Lehni weist in seinem Beitrag „Der Erwin-Mythos vor Goethe“ (aus dem Französischen übersetzt von Hans Jakob Wörner) nach, daß es Jacob Wimpheling (1450–1528) war, der den Namen des Erwin von Steinbach als Erbauer des Straßburger Münsters in die Literatur brachte. Eine Inschrift am nördlichen Portal der Westfassade, die besagte, dieses ruhmreiche Werk sei am St. Urbanstag des Jahres 1277 durch Erwin begonnen worden, war der Ausgangspunkt für die Behauptung des berühmten Humanisten, in welcher dem Meister die Planung, Ausführung und Vollendung des Münsters zugeschrieben wird. Wimphelings Äußerung führte zu späteren Blüten, die dem Meister Erwin gegen alle Wahrscheinlichkeit eine Tätigkeit von fast drei Jahrhunderten zu-

schrieben. Damit nicht genug, wurde er etwa seit 1628 auch noch zum Erbauer der Kirche von Thann und des Freiburger Münsters. Um das „Panorama des Erwin-Mythos“ zu komplettieren, nahm man zuletzt die Dimension des Sagenhaften zu Hilfe. „Man findet sie in der stereotypen Darstellung des Meisters, den man hinrichten ließ oder dem man das Augenlicht nahm aus Furcht, er könnte anderswo ein ähnliches Werk schaffen, wie es hier verwirklicht wurde“ – sinngemäß so gedruckt im Gedicht eines anonymen Verfassers aus dem Jahr 1681.

Hugo Ott spricht in seinem Aufsatz „Nachdenken über das Freiburger Münster“ von seinem persönlichen als Kind erlebten Zugang zur Freiburger Bischofskirche, den ihm das bekannte Kinderbuch vom „Schmiedledick“ wies. [Der Verfasserin Elisabeth Walter (1897–1956) aus der südlichen Ortenau, der begnadeten Volksschullehrerin und NS-Verfolgten aus Kippenheimweiler, darf bei dieser Gelegenheit in diesem Jahrbuch ein kleines Denkmal gesetzt werden.] Sodann spricht er vom Mißbrauch dieser Kathedrale für propagandistische Zwecke des neuheidnischen NS-Chefideologen Alfred Rosenberg anlässlich seines Auftritts auf dem in ein Fahnenmeer getauchten Münsterplatz im Herbst 1937. „Nur das Erzbischöfliche Palais trug keinen Fahnschmuck, was übel vermerkt worden ist.“ Rosenberg leistete sich die Umwertung aller Werte, die Perversion des christlichen Sakralbaus in der Dämonie des „Dritten Reiches“. In der Sylvesterpredigt des gleichen Jahres ironisierte Erzbischof Conrad Gröber Rosenbergs Rasseauffassung der nordischen Menschen: „Wir sind gegensätzlicher Meinung in der Auffassung von Rasse und Blut. Gegensätzlich, weil wir sagen: wir sind nicht nur das Produkt von Rasse und Blut, sondern der Geist ist es, der die Völker untereinander gleich macht. Wir wollen keinen ‚Mythus‘, der heranwächst aus dem Blute des Volkes.“ Ott beklagt zum Schluß die „unglaubliche Invektive

gegen Erzbischof Gröber“, die sich ein bekannter Tübinger Professor am 27. November 1994 anlässlich der 50. Wiederkehr des Angriffs auf Freiburg leistete. Der Auftritt des Redners, von der Stadt Freiburg als Höhepunkt geplant, erfuhr von offizieller Seite keine Richtigstellung. Als am 28. Juni 1914 der Freiburger Erzbischof Thomas Nörber in Kehl weilte, um die neue katholische Pfarrkirche St. Johannes Nepomuk einzuweihen, ahnte weder der Konsekrator noch der Architekt Johannes Schroth noch irgendeiner der zahlreich erschienenen Gläubigen, daß zur gleichen Stunde in der fernen Balkanstadt Sarajewo jene Schüsse fielen, welche zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten, durch den die Welt grundlegend verändert wurde. Eine merkwürdige Gleichzeitigkeit zweier gänzlich verschiedener Ereignisse! Auch in der Kunstgeschichte ging an diesem Tag eine hundertjährige Epoche zu Ende. Sie hatte mit dem Ende des alten Reiches begonnen und war im Bereich der kirchlichen Architektur in den ersten Jahrzehnten durch das gewissenhaft zu befolgende großherzogliche Bauedikt gekennzeichnet. Oberkonservator Hans Jakob Wörner weist in seinem Beitrag „Zum Kirchenbau des 19. Jahrhunderts im Ortenaukreis“ darauf hin, daß in dem behandelten Zeitabschnitt – den er nicht streng an der Jahrhundertwende enden läßt, sondern bis zum Ausbruch des verheerenden Krieges als organische Zeiteinheit begreift – die weitaus meisten Kirchen unseres Heimatkreises entstanden.

Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist festzustellen, daß die katholische Kirche über ihr eigenes Vermögen nicht entscheiden konnte ohne die Genehmigung des Staates. Staatliche Baumeister fertigten die Pläne für die Kirchen in Ichenheim, Ortenberg, Kürzell (vom Weinbrennerschüler Johann Voß), Nußbach (Ernst Öhl), Lahr-Reichenbach (Bartholomäus Weber), Lahr/St. Peter und Paul (Gebr. Jacob Julius und Johann Greiff). Für Offen-

burg schuf Friedrich Eisenlohr († 1855), der Erbauer des neugotischen Ortenberger Schlosses, die Pläne für die Evangelische Stadtkirche, die nach seinem Tod in veränderter Form von Eduard Hermann in den Jahren 1857–60 ausgeführt und vollendet wurde. Erst um 1860 wurden die Erzbischöflichen Bauämter gegründet. Aus ihren Planungen entstanden die Kirchen von Mahlberg (Lukas Engesser), Ohlsbach und Lauf (von Adolf Williard, der sich an italienische Vorbilder anlehnte).

Der letzten Generation erzbischöflicher Baumeister vor dem Ersten Weltkrieg gehören Max Meckel (Hausach), der Tiroler Raymund Jeblinger (Schuttertal, Lahr-Dinglingen, Friesenheim) sowie Johannes Schroth an. Letzterer bereicherte die Ortenauer Landschaft um die Kirchen von Wagshurst, Oberachern, Nordrach, Kappelrodeck, Offenburg/Hl. Dreifaltigkeit und Kehl.

„Das Alte ist rasch zerstört. Und der Ort ist arm, der die Merkmale der eigenen Geschichte vernichtet!“ – Dieses Wort aus dem 1906 erschienenen „Handbuch der Architektur“ von Cornelius Gurlitt ist für Bernd Mathias Kremer Motto zu seinem Aufsatz „Kunst und Kirche im 19. Jahrhundert“. Europa, dessen Karte infolge der napoleonischen Kriege völlig verändert wurde, geriet in einen „Strudel der Desorientierung“, in den auch Kirche und Kunst hineingezogen wurden. Es begann ein Jahrhundert, das kunstgeschichtlich den Anschein erweckte, als wolle es die über 2000 Jahre alte europäische Stilentwicklung wiederholen. Im Klassizismus erlebten modernes Griechentum und römische Baugesinnung eine Renaissance. Es begann sodann eine Wiederholung in der abendländischen Kunstgeschichte: „Neoromanik, Neogotik, Neorenaissance, Neobarock und Neorokoko bestimmen bis ins beginnende 20. Jahrhundert die Entwicklung und dokumentieren, daß diese Zeit nicht in der Lage ist, ihre eigene künstlerische Identität zu finden.“ Gleichzeitig machte sich ein weiteres – übrigens

bis in unsere jüngste Vergangenheit spürbares – Phänomen breit: „Die Unduldsamkeit gegenüber dem kulturellen Erbe, das die vorausgegangenen Generationen hinterlassen haben und die oft kurzlebige Verabsolutierung einer bestimmten Baugesinnung, die allerdings schon bald in den Strudel der nächsten Stilwahl geraten konnte.“ Es begann ein „Wegwerfsyndrom“, dessen Bannstrahl zunächst das künstlerische Erbe des 18. Jahrhunderts, insbesondere des Rokoko, treffen sollte.

Im 20. Jahrhundert kam die „Ausräumwelle“ nicht zur Ruhe. „Mit Betroffenheit müssen wir feststellen, daß [sie] nun ihrerseits die Kirchen des 19. Jahrhunderts ergriff. Die Innendekoration und Ausstattung dieser Gotteshäuser traf ein Kahlschlag ohnegleichen, der in vielen Fällen verödete Kirchenräume zurückgelassen hat. Was der Zweite Weltkrieg uns nicht entrissen hatte, dessen haben wir uns nun selbst beraubt.“ [Ein Beispiel aus Wörners erwähntem Aufsatz möge für zahlreiche andere stehen, wenn er in Ortenberg den Verlust der Altäre und der Kanzel des Stukkateurs Jodokus Wilhelm beklagt: „Die Altäre gingen verloren, so daß heute Marie Ellenrieders Altarbilder isoliert sind. Die gemalte Gliederung verschwand unter nivellierender Tünche. Doch kann diese Verarmung nichts daran ändern, daß dieser Kirchenraum eine souveräne Raumschöpfung darstellt.“] Kremer hebt – für den Bereich der katholischen Kirche – hervor, daß die Ursache dieser barbarischen Ausräumwelle nicht in der Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils zu suchen ist. Er sieht auch heute wiederum Kunstwerke bedroht, mit denen vor einer Generation die Kirchen geschmückt waren und warnt vor einem vorschnellen Urteil mangels genügendem zeitlichen Abstand, der uns noch verbietet, ein gerechtes Urteil über künstlerische Wertigkeiten zu fällen. Er ruft dazu auf, den „Kreislauf der Unduldsamkeit im Umgang mit der Kunst unserer Väter“ zu durchbrechen und beschließt seine Mah-

nungen mit dem Appell: „Noch mehr sollte unser Verhältnis zur Kunst aller Jahrhunderte vom Gefühl der Pietät und der Verantwortung für die Erhaltung der Kulturdenkmale und ihrer Ausstattung geprägt sein, die immer auch Glaubenszeugnis unserer Vorfahren sind.“

Der letzte Beitrag von Konrad Sonntag und Cornelia Smaczny ist das „Schrifttumsverzeichnis Hermann Brommer“. Es umfaßt bis heute 175 selbständige Arbeiten und 66 Buchbesprechungen sowie einige in Druckvorbereitung stehende Aufsätze für das Allgemeine Künstlerlexikon. Herausgeber und Verleger und nicht zuletzt den Jubilar kann man zu dieser großartigen Festschrift aufrichtig gratulieren.

Werner Scheurer

Wilhelm Kühlmann (Hg.), Literatur und Kultur im deutschen Südwesten zwischen Renaissance und Aufklärung. Neue Studien, Walter E. Schäfer zum 65. Geburtstag gewidmet. 501 S. Chloe, Beihefte zum Daphnis Bd. 22. Editions Rodopi B.V. Amsterdam 1995.

Herrn Professor Dr. Walter Schäfer – er ist den Lesern der „Ortenau“ nicht nur als Autor unserer Zeitschrift wohlbekannt, sondern auch durch seine Vorträge – haben 17 Kollegen einen voluminösen Aufsatzband zum 65. Geburtstag gewidmet. Die Themen stammen aus der Literatur Südwestdeutschlands des 16.–19. Jahrhunderts, jener Zeit und jenes Raumes, dem auch das Schaffen des Geehrten gilt. Da sich der größte Teil der Forschungsobjekte auf dem Gebiet des alten Bistums Straßburg einordnen läßt, bildet das Werk ein ganz wesentliches modernes Hilfsmittel, die Aufgaben des Historischen Vereines für Mittelbaden zu erfüllen. Man muß einräumen, daß die Stoffe dem normalen Leser wenig vertraut sind, um so mehr eignet sich diese Neuerscheinung dafür, den Mangel zu beheben.

Klaus Garber (Osnabrück) erinnert an die

Vernichtung der Straßburger Stadtbibliothek während des Krieges 1870/71 gegen Frankreich. Um Umfang, Wert und Bedeutung des Verlustes darzustellen, versucht er nicht nur die immense Anzahl der Handschriften und Druckwerke, die dort lagerten, zu erfassen, sondern zeigt auch, wie seit der Reformation durch das „Zusammenwirken magistraler und privater Initiativen“ unter der Hand tüchtiger Bibliothekare die Bestände angewachsen waren. In Erlebnisschilderungen Straßburger Zeitzeugen wird der Akt der Zerstörung selbst lebendig; aber auch die deutschen Verteidiger der militärischen Aktion erhalten das Wort. Der vermeidbare verhängnisvolle Unglücksfall habe bis weit in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ein publizistisches Echo „bis dato unbekanntem Ausmaßes“ gehabt. Aber diese Reaktionen verhinderten ähnliche Katastrophen in ganz Europa während des Zweiten Weltkrieges nicht. Darauf hinzuweisen kommt es dem Verfasser besonders an.

Rechtzeitig zum Jubiläumsjahr der Gründung des Klosters Allerheiligen veröffentlicht Gerhard Römer (Ettlingen) seinen Aufsatz über Ordnung und Inventurliste der Bücherei, die den Prämonstratensern „auf dem Schwarzwald“ 1788 zur Verfügung stand. Nachdem Römer kurz berichtet hat, was die Forschung von den nachmittelalterlichen Klosterbibliotheken allgemein weiß, kommentiert er den Folio Kodex der Vorschriften, der sich in der Badischen Landesbibliothek befindet: das Verwaltungsschema, das ganz modern zu sein scheint, die nach den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts noch vorhandene Zahl von immerhin 5237 Titeln, die Lesegewohnheiten der Chorherrn in ihren Landgemeinden.

Aus Italien kommt ein Beitrag zu einem modernen Problem, das an „alter“ Literatur aufgearbeitet wird. Italo Michele Battafarano (Trient) behandelt die „feministische“ Kritik dreier bekannter Schriftsteller des Barocks an der damals vorherr-

schenden „Verteufelung“ der Frau durch den größten Teil der männlichen Intelligenzschicht. Der Autor beschreibt die Frauenfeindlichkeit insbesondere nach der Dämonologie und, daraus folgernd, dem Hexenbild der damaligen Zeit, um dann seine Protagonisten mit ihrer neuen Sicht dageganzusetzen: Friedrich von Spee in seiner Verteidigung der Hexen, Grimmelshausen in seiner Gestaltung der Landstörzerin Courasche, G. Ph. Harsdörffer, der in seinen „Frauenzimmer-Gesprächsspielen“ die Frau dem Manne gleichstellt.

In der Folge der These, daß Grimmelshausen seinen Simplizissimus nach einem bereits im Mittelalter entstandenen Zahlenschema aufgebaut habe, untersucht Dieter Breuer (Aachen) den Gebrauch der Zahl 17 im Gesamtwerk. Die christliche Bibelauslegung sah in der 17 eine Heilzahl, die jüdische und humanistische Tradition eine Unglückszahl. Mit dieser Doppeldeutigkeit arbeitet auch Grimmelshausen; in welcher der 22 Belegstellen, die Breuer zählt, jedoch die eine oder die andere Bedeutung steckt und welche literarischen, biblischen, philosophischen Bezüge jeweils das Geschehen erhellen sollen, dies herauszufinden, weist der Dichter dem Leser als Teil seines Lesevergnügens zu.

Der „Simplizissimus“ als Wort-Kunstwerk steht im Mittelpunkt der Erörterung Reinhart Siegerts (Rheinfelden): Er stellt die einfache Frage, mit welchen sprachlichen Mitteln der Dichter die vielfach zu erlebende komische Wirkung erreiche. Eine Fülle von Nachweisen ordnet der Verfasser unter Begriffe wie Sprichwörter, Redensarten, Vergleiche, Drastik, Dialekt, um einige zu nennen, und interpretiert sie zum großen Gewinn für den Leser.

Volker Meid (Wolfschlungen) untersucht, wie Friedrich Christoph Weisser in seiner Simplizissimus-Bearbeitung „Schalkheit und Einfalt“ (1822) den Text Grimmelshausens verändert hat. Sehr genau spürt der Verfasser Streichungen, Erweiterun-

gen, Umformulierungen der Kapitelüberschriften u.a. auf. Ganz wesentliche Eingriffe, so stellt er fest, drängen „die religiös-eschatologische Dimension des Geschehens“ zurück, mildern inhaltliche und stilistische Drastik ab, fügen Kritik an zeitgenössischer Literatur ein. Insgesamt verflache Weisser das Original, erreiche aber mit Witz und Ironie eine beachtliche satirische Wirkung.

Einer Anregung Walter Ernst Schäfers folgend, das Spannungsverhältnis zwischen kirchlicher Morallehre und der an den Universitäten vorgetragenen Moralphilosophie in der satirischen Dichtung des 16. Jahrhunderts herauszuarbeiten, behandelt Horst Langer (Greifswald) das Problem am Werk des Elsässers Thomas Murner. Dabei erkennt er in dem Verfasser der „Narrenbeschwörung“ einen „Zerrissenen“, der als Franziskanermönch, seinem Gelübde verpflichtet, die Lehren seines Ordens vertritt, der aber auch als Satiriker, geschult an der humanistisch-gelehrten Kritik, die Schwächen des Amtsklerus kräftig anzuprangern weiß.

An dem Reimpaargedicht Jörg Wickrams „Dialog von der Trunkenheit“ – es erzählt als äußeres Geschehen von einer Winterreise über den Schwarzwald – arbeitet Hannes Kästner (Freiburg i.Br.) die pädagogische Absicht, den Kampf gegen den Alkoholmißbrauch, heraus. Nach Aufbau und Inhalt des nicht allzu bekannten Werkes analysiert der Autor die poetische Technik des Dichters. Wichtige Informationen über den kulturellen Stand Straßburgs und seiner Umgebung erhält der Leser, wenn Kästner das gelehrte Umfeld darstellt, aus dem Wickram seine erzieherischen Grundsätze bezieht.

Eine völlig neue Beurteilung des „Lalebüchchens“ schlägt Jörg-Jochen Berns (Marburg) in seinem Aufsatz vor. Die bekannte Schwanksammlung, Grundlage der späteren Schildbürgergeschichten, sei kein Volksbuch einfacher Leute, die volkstümlichen merkwürdigen Geschehnisse hätten ihre literarische Form vielmehr durch be-

wußte künstlerische Gestaltung erhalten und stellen das Abbild einer utopischen Stadtgemeinde dar. Als geistige Quelle findet der Verfasser im Vergleich mit ähnlichen politischen Entwürfen der Zeit die Utopia des englischen Philosophen Thomas Morus.

Um ein anderes Volksbuch oder besser um seine Adaption kümmert sich Ulrich Seelbach (Berlin). Er verteidigt Johann Fischarts komisches Versepos „Eulenspiegel reimensweis“ gegen seine Verächter unter den Literaturwissenschaftlern, von denen er behauptet, sie hätten Fischart entweder mißverstanden oder gar nicht gelesen. Gegen die Vorwürfe des Grobianismus, der Geschwätzigkeit und der langweiligen Passagen setzt Seelbach Wortwitz, treffende Spruchweisheiten und komische Dialoge, die Fischart anwendet, um durch die Gestalt Eulenspiegels die Schwächen der Menschen, insbesondere der Gelehrten und Geistlichen zu glossieren.

Eine „politische Schrift“ des elsässischen protestantischen Pfarrers Israel Murschel aus der Mitte des 17. Jahrhunderts stellt Achim Aurnhammer (Freiburg i.Br.) vor. Da sich die Literaturwissenschaft bisher um Murschel wenig gekümmert hat, fügt Aurnhammer im ersten Teil einen Lebensbericht zusammen und beschreibt den zeitgenössischen reichsstädtischen Hintergrund. Der zweite Teil interpretiert die Allegorie Murschels der Verfassung Straßburgs „Flos Reipublicae Argentinensis“, in der ein elsässisch-deutsches Nationalbewußtsein beschworen wird. Unter dem Druck französischer Annexionsgelüste auf das Elsaß erschien es notwendig, die alten Verbindungen zum deutschen Reich zu festigen, um die traditionellen Privilegien zu sichern und einer drohenden Isolation zu begegnen. Mit einer poetischen Deutung der Lilie im Straßburger Wappen und Anleihen aus der Bibel und theologischen Schriften beider Konfessionen wirbt Murschel für sein Anliegen. Im Anhang listet Aurnhammer die bislang bekannten Werke Murschels auf.

Hermann Wiegand (Mannheim) wendet sich einem bisher vernachlässigten Bereich der Literaturgeschichte zu, den im deutschen Kulturraum der frühen Neuzeit entstandenen Werken in lateinischer Sprache. Mit einem Vergleich einer deutschen und einer lateinischen Schilderung desselben Ereignisses, eines Schützenfestes in Heidelberg des Jahres 1554, in Knittelversen die eine von Leonhard Flexel, in lateinischen Distichen die andere von Jacob Micyllus, will er das Defizit abbauen helfen. Wiegand beschreibt zunächst allgemein die höfische und bürgerliche Festkultur mit ihrem literarischen Begleitprogramm und dann speziell die Schützenfeste. Er interpretiert die beiden Gedichte und findet, daß die lateinische Version sich stärker der Psychologie der Wettkämpfer zuwendet, die deutsche dagegen die äußere Abfolge mit ihren realistischen Details als Stoff bevorzugt. Der Hauptunterschied aber liege in der sozialen Perspektive, Flexel preise in der Volkssprache die bürgerliche Gemeinschaft, Micyllus dagegen verherrliche das kurpfälzische Fürstenhaus.

Mit dem Bericht über eine von ihm wieder entdeckte Schrift macht Reinhard Breymayer (Ofterdingen) Johann Daniel Müller einem breiteren Lesepublikum bekannt. Seine Bedeutung liegt darin, daß er sich an dem berühmten Streit zwischen Hauptpastor Goeze und Lessing über den Wahrheitsgehalt des Bibeltextes beteiligte, indem er beide Kontrahenten angriff. Ausführlich behandelt Breymayer die theologische Position Müllers und die Einflüsse, besonders die Swedenborgs, die sie bestimmten.

Wilhelm Kühlmann (Heidelberg), der auch die Edition der Festschrift besorgte, publiziert bisher unveröffentlichte Briefe, die Gottlieb Konrad Pfeffel und Johann Heinrich Jung-Stilling einander schrieben. Mit dem Gedankenaustausch der beiden Partner mit recht unterschiedlichen weltanschaulichen Vorstellungen, der eine ein Anhänger der Aufklärung, der andere ein

Vertreter eines Endzeit-Christentums, will der Herausgeber Material zur Erforschung des ausgehenden 18. Jahrhunderts liefern, für das er eine Neubewertung anmahnt.

Wilhelm Kreutz (Mannheim) bietet einen Beitrag zur Geschichte der Zeitschriften im Südwesten. Der „Rheinische Zuschauer“, eine von Johann Friedrich Mieg und David Christoph Seybold in Mannheim herausgegebene Wochenzeitschrift, versuchte das Volk im Sinne der Aufklärung zu erziehen. Politisch vertrat sie ein Programm der Ausgewogenheit, griff zwar die bestehenden Verhältnisse hart an, distanzierte sich aber auch von utopischen aufklärerischen Zielen. In dieser „Gratwanderung“, so Wilhelm Kreutz, lag der Reiz der Zeitschrift, der allerdings nur für wenige Monate des Jahres 1778 auch Käufer anzog.

Systemkritische Literatur verschiedener Autoren des 18. Jahrhunderts analysiert Wolfram Mauser (Pfaffenweiler). Die Fabeln, satirische Verse und Prosatexte, richten sich gegen die Auswüchse des Absolutistischen Königtums, gestehen aber auch die Schwierigkeit ein, für diese Staatsform einen würdigeren Ersatz zu finden, besonders als der Verlauf der Französischen Revolution offenbarte, wie schwer es ist, ideale Vorstellungen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Über die Probleme, welche sich dem Herausgeber der Gesammelten Schriften des Barocklyrikers Zingref stellen, gibt Theodor Verweyen (Erlangen) Rechen-schaft. Er führt eine Reihe von Fragen auf, die theoretisch durchdiskutiert und am Stand der Forschung überprüft werden müssen, bevor die eigentliche Arbeit an den Texten beginnen kann. Ein z.T. ausführlich kommentiertes Werkverzeichnis des Dichters und eine Zusammenfassung möglicher Richtlinien geben einen Ausblick auf die Edition.

Zuletzt gratuliert Wilhelm Kühlmann Walter Ernst Schäfer zu seinem Geburtstag und würdigt seine Arbeit als Lehrer und Schriftsteller. Was der Jubilar auf

dem zweiten Gebiet geleistet hat, beweist das Verzeichnis seiner Publikationen, welche das Buch vor der Liste der Autoren und dem Register einreicht. Für uns bieten die 97 Titel-Nummern Monographien, Editionen, Aufsätze und Rezensionen über Grimmelshausen, die beiden Moscheroschs, Dr. Johann Küffer, Johann Peter Hebel, um nur die populärsten zu nennen, eine wahre Fundgrube bei unserer eigenen Arbeit. Wilhelm Kühlmann dankt seinem Kollegen und beglückwünscht ihn. Wir schließen uns ihm gerne an.

Karl Maier

Raymond Matzen, Goethe und Friederike Brion. Das Sesenheimer Liebesidyll. Texte, Gedichte, Briefe, Wallfahrten, Nachklänge. Gedenkstätten in Sesenheim, 178 Seiten mit Federzeichnungen von Eugène Cordier. Morstadt Verlag, Kehl 1995.

Im Oktober 1770 begegnete der Jurastudent Johann Wolfgang Goethe im ehemaligen Sesenheim zum ersten Male der Pfarrerstochter Friederike Brion. Wie jedermann weiß, begann damit jene Freundschaft, die den jungen Mann zu seinen schönsten Gedichten anregte, die das junge Mädchen aber ein Leben lang belastete. An den 225. Jahrestag dieses Ereignisses erinnert der bekannte Professor für Germanistik an der Universität Straßburg Raymond Matzen mit einem hübsch gestalteten Taschenbuch der Edition Morstadt. Matzen sammelt, was von der knapp ein Jahr lang dauernden Verbindung berichtet: die berühmten Teile aus „Dichtung und Wahrheit“, Briefe, die Sesenheimer Lieder Goethes und die Gedichte seines unglücklichen Freundes Lenz über das Paar; sodann biographische Aufzeichnungen früher Goetheverehrer, wichtig, weil sie selten greifbar sind – alles kenntnisreich mit Anmerkungen versehen – und einen Überblick über die Rezeption durch die „Wallfahrer“ unserer Zeit, auch durch den Herausgeber selbst

in eigenen Gedichten. Kurze Beschreibungen der Goethe-Friederiken-Gedenkstätten mit Karte und ein ausführliches Literaturverzeichnis verleiten dazu, weiterzuforschen.

Matzen beginnt auf dem Vorsatzblatt mit einem seiner Gedichte über Sesenheim: „Ein Ort der Andacht und ein Born“. Wir können diese Beschreibung auch für das Bändchen reklamieren, und selbst der Teil „Das Sesenheimer Idyll in Sage und Witz“ fügt sich ein. Auch Matzens literaturwissenschaftliche „Einführung“ atmet diese Weihestimmung und verrät den Nachklang der Sturm- und Drangzeit: Dem Genie ist alles erlaubt. Erstaunt stellt man fest, wie wenige der überkommenen Urteile Friederikes über ihren früheren Freund auch verbrieft sind und wie viele Lücken unser Wissen von ihrem Lebenslauf aufweist. Sicher ist, Friederike erlebt, was Goethe eine seiner erfundenen Frauen sagen läßt: „Der Frauen Zustand ist beklagenswert“. Ohne Beruf, wirtschaftlichen Unwägbarkeiten ausgesetzt, unverheiratet, aber offensichtlich begehrenswert, von böartigen Gerüchten verfolgt – deren schriftliche Belege Matzen allerdings ausspart –, findet sie erst spät in Diersburg und Meißenheim relative Sicherheit als „gute, engelgleiche Tante Brion“.

Eugène Henri Cordier hat das Bändchen kongenial illustriert mit realistischen Federzeichnungen der Gedenkstätten in Sesenheim und Bildern wie aus einem Märchenbuch, wenn er die „erste Begegnung“, das „Liebespaar“ oder den „Abschied“ nachempfindet.

Matzen, Cordier und der Morstadt-Verlag haben ein schönes Buch geschaffen, das vielen Literaturbesseren gefallen wird, denn es liefert jenen, die hinter der Dichtung die wirklichen Menschen aufspüren, eine anrührende Geschichte, die Sachhintergrund und wissenschaftliche Basis suchen, viele Informationen, und selbst den Feministinnen einen Aha-Effekt.

Karl Maier

Ernst Elsenhans (1815–1849). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt. In: Rastatt und die Revolution 1848/49, hg. v. der Stadt Rastatt, Bd. 1, 1995.

Die Stadt Rastatt wird im Vorfeld ihres 1999 stattfindenden Gedenkfestes „150 Jahre deutsche Revolution“ nach und nach eine Aufsatzsammlung herausbringen, die auch von überregionalem Interesse sein wird. Die ersten Beiträge sind vor kurzem erschienen. Der Freiburger Historiker Heinz Holeczek und Peter Hank haben über den revolutionären Publizisten Ernst Elsenhans geschrieben, während Martina Schilling sich um den Autor des „Badischen Wiegenliedes“ Ludwig Pfau kümmerte.

Im Vorwort skizziert Oberbürgermeister Klaus-Eckard Walker nicht nur Thema und Ziel der Sammlung, er plädiert erfreulicherweise zudem dafür, umfangreiches lokales Quellenmaterial endlich auszuwerten und die Forschung damit auf eine solidere Basis zu stellen. Thema ist die Revolutionsgeschichte von 1848/49 im regionalen und überregionalen Kontext auf einer quellenkritischen Basis. Primäres Ziel ist die Information der Bevölkerung, denn der allgemeine Informationsstand über Voraussetzungen und Verlauf der Revolution sind, so betont Walker zu Recht, von einem längst überholten Geschichtsbild geprägt. Es sei höchste Zeit, dieses Bild zu korrigieren. So hält sich bis heute hartnäckig das Etikett „Atheist und Terrorist“ für Ernst Elsenhans, das ihm von der national-liberalen Geschichtsschreibung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgeklebt worden war. Mitte 1994 ist dieses Etikett wieder hervorgekramt worden, um eine Benennung der neuen Grund- und Hauptschule in Rheinau-Nord mit dem Namen „Ernst Elsenhans“ zu verhindern. Auch die Beteiligung breiter Bevölkerungskreise und kommunaler Verwaltungen an der Revolution hat in der bisherigen Geschichtsschreibung kaum Beachtung gefunden, so Walker.

Ernst Elsenhans (1815–1849) ist 1849 in

der besiegten Festung Rastatt von der preußischen Militärjustiz standrechtlich hingerichtet worden. Heinz Holeczek schildert überzeugend den Lebensweg des politischen Literaten, der ab November 1847 die Redaktion der Zeitschrift „Republik“ in Heidelberg übernahm und darin einen „republikanischen Standpunkt“ vertrat. Im Begriff der „roten Republik“ verdeutlichte Elsenhans, daß es mit dem Sturz der Monarchie allein nicht getan sei, sondern daß es vielmehr „des Umbaus der Sozialordnung im Sinne einer größeren Gerechtigkeit zu einer sozialen Demokratie“ (Holeczek) bedürfe. In der von preußischen Truppen belagerten Rastatter Festung redigierte Elsenhans mangels anderer Beschäftigungen den „Festungsboten“, der in 14 Nummern vom 7.–22. Juli 1849 erschien. Aus den darin enthaltenen Artikeln leitet sich der stereotype Terrorismus-Vorwurf ab. Peter Hank weist jedoch nach, daß in den von Elsenhans verfaßten und verantworteten Artikeln keine gewalttätige Gesinnung mit terroristischem Tenor zum Ausdruck kommt. Ganz im Gegenteil entwickle der Publizist und Radikaldemokrat im „Festungsboten“ angesichts des endgültigen Scheiterns der gesamten revolutionären Bewegung „die Vision eines sozialen und demokratischen Deutschlands“.

Das war nach Holeczek auch der Grund dafür, daß sich die Preußen und die badischen Regierungsbeamten gerade an ihm zuerst rächten: Er hatte sich ‚zu weit aus dem Fenster gelehnt‘ und war somit ‚zum Exponenten der Revolution für eine soziale Republik geworden‘. Da er in seinen demokratischen und sozialen Forderungen weit über die bürgerlich-liberalen Zielvorstellungen hinausging, so Holeczek weiter, ist auch in der liberalen Geschichtsschreibung die Erinnerung an die Person Ernst Elsenhans’ dubios und zweifelhaft geblieben.

Man wünschte sich in Peter Hanks Beitrag mehr kritische Distanz zu Ernst Elsenhans. Dessen revolutionärer Idealis-

mus und realpolitische Naivität klingen zwar an einer Stelle an, auch dessen bürgerliche Vorliebe für Moral und Sittlichkeit, wirklich thematisiert werden diese Punkte aber nicht. Dabei werfen gerade sie die Frage auf, ob jemand wie Ernst Elsenhans für die heutige moderne Demokratie ein uneingeschränktes Vorbild sein kann. Das Bedürfnis nach „Märtyrern eines demokratischen Deutschlands in einem freien Europa“ (Hank) verträgt sich dabei nicht immer mit den Anforderungen kritischer Geschichtswissenschaft.

„Schlaf’, mein Kind, schlaf’ leis/Dort draußen geht der Preuß’!/Deinen Vater hat er umgebracht/Deine Mutter hat er arm gemacht/Und wer nicht schläft in guter Ruh’/Dem drückt der Preuß’ die Augen zu.“

Der Anfang des „Badischen Wiegenliedes“ kontrastiert satirisch die Idylle eines schlafenden Kindes mit der grausamen Niederschlagung des badischen Aufstandes durch preußische Truppen. Martina Schilling analysiert in ihrem Beitrag „Der Preuß’ spielt auf zum Tanz’! Wie die Badener zu ihrem Wiegenlied kamen“ nicht nur die Aussagen dieses Stückes demokratisch-revolutionärer Lyrik, sie geht auch auf ihren Autor, Ludwig Pfau, ein.

Carl Ludwig Pfau (1821–1894), der als Gärtner in der väterlichen Gärtnerei in Heilbronn begann, wurde bald zum Schriftsteller und Revolutionär. Im Dezember 1847 gründete er in Stuttgart die satirische Wochenzeitung „Eulenspiegel“, das erste Karikaturenblatt in Württemberg. Auf einer Volksversammlung in Göppingen am 26. März 1848, die „wahrscheinlich unter dem Einfluß der eine Woche zuvor stattgefundenen Offenburger Volksversammlung stand“ (Schilling), hätte Pfau am liebsten nicht nur „vaterländische Vereine“ gegründet, sondern gleich die Republik verkündet. Pfau gehörte auch später zum radikalen Flügel der Demokraten, die zusammen mit Baden eine süddeutsche Republik durch eine bewaffnete Volkserhebung gründen wollten.

Nach den gegen die preußischen Truppen verlorenen Gefechten floh er zusammen mit 3000 Revolutionsteilnehmern in der Nacht zum 11. Juli 1849 in die Schweiz. Im Frühjahr 1852 ging er nach Paris, wo sich bereits ein großer Kreis deutscher Flüchtlinge und Exilanten aufhielt. Erst nach der Generalamnestie in Württemberg für alle politischen Flüchtlinge kehrte Pfau Ende 1863 nach Stuttgart zurück. Dort verfaßte er die programmatischen Leitartikel im „Beobachter“ in der Neugründungsphase der Volkspartei, Vorläuferorganisation der heutigen Landes-FDP. Pfau sei, so Schilling, zeit seines Lebens entschiedener Demokrat und Föderalist geblieben. Er bekämpfte folglich vehement Bismarcks Politik und änderte auch nach 1871, der Vereinigung Deutschlands, im Gegensatz zu vielen seiner ehemaligen revolutionären Kampfgenossen nicht seine negative Einstellung zur Monarchie, zu Militarismus und zur preußischen Hegemonie. Das brachte ihm 1877 und 1883 einige Wochen Haft ein.

Martina Schilling ist das Kunststück gelungen, die Lebensgeschichte Ludwig Pfaus mit den historischen Zeitumständen so zu koppeln, daß dem Leser beispielhaft eine Epoche vorgeführt wird. Sie hütet sich gleichermaßen vor ideologischen Heroisierungen und vor einer plumpen Inanspruchnahme des Revolutionärs für die Gegenwart. Ob allerdings Pfaus Pathos dem Zeitstil entsprach, wie Schilling nebenbei schreibt, oder ob es nicht vielmehr ein spezifisches Charakteristikum linker deutscher Texte ist, ist eine für die Erforschung deutscher demokratischer Tradition nicht unerhebliche Frage. Könnten Pathos und Radikalrhetorik doch zum Beispiel fehlende konkrete Vorstellungen zur politischen oder wirtschaftspolitischen Organisation einer angestrebten Republik überdecken.

Wolfgang Reinbold

Eugen Reinhard (Hrsg.), Regionalforschung in der Landesverwaltung. Die Landesbeschreibung in Baden-Württemberg. Ansatz, Leistung und Perspektiven. Stuttgart. Kohlhammer 1995, 123 Seiten – Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg. Serie A. Landesarchivdirektion, Heft 6 –

Christine Bührlen-Grabinger, Konrad Krimm und Herbert Natale, Archivalien aus dem Germanischen Nationalmuseum Nürnberg. Inventar des Bestands H 52 a im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Stuttgart. Kohlhammer 1995, 168 Seiten – Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg. Serie B Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Heft 1 –

Mit diesen beiden Bänden beginnt die Staatliche Archivverwaltung Baden-Württemberg zwei neue Serien. In der Serie A werden vor allem Beiträge zu grundsätzlichen archivfachlichen und archivübergreifenden Themen veröffentlicht; in der Serie B sind in erster Linie Kurzübersichten über die Bestände, Repertorien und sachthematische Inventare der Staatsarchive vorgesehen.

Sollten diese beiden Serien auch beispielhaft für die Arbeit der Archivfachleute sein, würde dies ohne Zweifel eine Bestärkung des Selbstverständnisses und der Aufgabenstellung der Archivarinnen und Archivare, besonders im kommunalen Bereich, bedeuten.

Das von Eugen Reinhard herausgegebene Werkheft beinhaltet Vorträge, die in einem Festkolloquium aus Anlaß der Verabschiedung von Prof. Dr. M. Schaab als Leiter der Landesbeschreibung Baden-Württemberg im Jahre 1993 gehalten wurden. Wilhelm Störmer würdigt dabei zunächst das Werk M. Schaabs innerhalb der Landesgeschichte des deutschen Südwestens. Joachim Bensch sieht anschließend die Kreisbeschreibungen als Herausforderung für Herausgeber und Verlag. Hans-Martin Closs hebt die geo-

graphischen Aspekte der laufenden Raumbewertung, insbesondere den Natur- und Kulturlandschaftswandel dabei hervor. Über den Ansatz der Gegenwartskunde zur Beschreibung des kulturellen Wandels beleuchtet Fred Ludwig Sepain-ter Tradition und Neuanfang. Kurt Andermann sieht in historischer Kreis- und Landesbeschreibung eine landesgeschichtliche Grundlagenforschung, während Hartmut Klüver die kartographischen Grundlagen der Regionalforschung darlegt. Hanno Vasarhelyi setzt sich für die Fotografie in der Landes- und Kreisbeschreibung ein, während Eugen Reinhard abschließend die Oberamts- und Kreisbeschreibungen und damit 175 Jahre amtliche Landesforschung im deutschen Südwesten schildert und charakterisiert. Eine Bibliographie zur amtlichen Landesbeschreibung in Baden-Württemberg rundet diesen anspruchsvollen und anregenden Vortragsband ab, der sichtlich zur Belebung der Landesbeschreibung und Regionalforschung beitragen kann.

Gleich drei Autoren haben sich seit dem Jahre 1972 mit einem Archivbestand befaßt, der ein Bestandteil dessen ist, was das im Jahre 1852 gegründete Germanische Nationalmuseum in Nürnberg an schriftlichen Dokumenten (Urkunden, Akten, Bände, Siegel und Siegelstempel) sammelte und diesen Teil an Urkunden, Akten und Bänden im Jahre 1972 an das Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgab. Es sind dies Stücke, von denen man nicht weiß, wie und warum sie gesammelt wurden, ob systematisch oder zufällig, ob als Depositum übergeben oder als Einzelstück gekauft. Zusammenhänge sind nicht oder kaum ersichtlich.

Aus dem Bereich der Ortenau und im enggezogenen Umkreis sind nur Baden-Baden (Nr. 95, 114), Freudenstadt (Nr. 348), St. Georgen (Nr. 32, 140), das Kloster Wittichen (Nr. 139) und Wolfach (Nr. 265) betroffen. Grundlegend Neues ergibt sich aus diesen Belegen nicht.

Dr. Dieter Kauß

„800 Jahre Allerheiligen. Kloster und Kultur im Schwarzwald. Redaktion: Dieter Kauß, Karl Maier. Hrsg.: Städte und Gemeinden des Renchtales. Offenburg 1996“

Manchmal ist es interessant, Gruß-, Geleit- oder Vorworte zu lesen. Man kann darin mitunter einiges über das Geschichtsbild von Amtsträgern erfahren und auch darüber, was sie lieber verschweigen. Im vorliegenden Fall ist für Landrat Günter Fehringer der Wandel der politischen Kräfte auf Landes- und Landkreisebene interessant. Durch die geschichtliche Reflexion der Vergangenheit werde der Blick für Gegenwart und Zukunft geschärft. Oberkirchs Bürgermeister Wille Stächele hingegen spricht dem Kloster Allerheiligen die Anerkennung dafür aus, „daß es immer wieder nach Zeiten des Niedergangs zurückfand zu dem Geist, dem es sich verpflichtet hatte.“ Er bringt Verwurzelung und Geschichtsbewußtsein als Barrieren gegen Globalisierung und weltweite Netzwerke in Stellung. Das Vorwort der Redakteure Dieter Kauß und Karl Maier formuliert keine hehren Erwartungen an die Geschichte, sondern läßt ganz profan zwischen den Zeilen die mißlungene Planung des Jubiläums „800 Jahre Allerheiligen“ durchblicken. Obwohl seit 1983 (!) in der Planung, platzte die Idee einer größeren Ausstellung in Oberkirch, und für die vorliegende Veröffentlichung konnten aus Finanzierungsgründen die Autoren „erst am 24. April 1995 fest auf ihre Themen eingeschworen werden“. Abgabetermin für die Manuskripte war dann bereits der folgende Oktober.

Womit wir beim Buch selbst wären. Um es gleich zu sagen: Die Publikation präsentiert sich in einem ansprechenden Äußeren, und die Beiträge sind durchweg von soliden Kennern der Klostergeschichte geschrieben worden. Auf den ersten Seiten wird in bunten Bildern gezeigt, was an erhaltenem Bestand vorzuweisen ist: Stich und Aufnahmen der Klosterrui-

ne, Statuen, Siegel, Hochaltar, Meßkelch und en détail die darauf abgebildeten Bibelszenen von Christi Leiden und Kreuzigung.

Die Texte schlagen einen Bogen von der Gründung des Klosters Allerheiligen durch die Prämonstratenser über Probleme des Klosteralltags, wie zum Beispiel die Versorgung durch Land- und Waldwirtschaft, bis hin zu den Beziehungen des Klosters zu Straßburg und Bad Petersstal. Den Abschluß bilden die Geschichte nach der Klosterauflösung bis heute und eine Chronologie. Wünschenswert wäre eine Kurzbiographie der Autoren gewesen, immerhin kann man die Beiträge über ein Register ausgewählter Orts- und Landschaftsnamen erschließen. Damit kann der heimatgeschichtlich interessierte Leser oder die Leserin seinen/ihren Ort wiederfinden.

Manche Wertungen einzelner Artikel wären sicherlich zu diskutieren, so etwa, wenn Rudolf Huber pikanterweise mit dem späteren Verfechter von nationaler Einheit und persönlicher Freiheit, Lorenz Oken, die Säkularisation nach 1803 als illegal, politisch töricht und kurzsichtig bezeichnet. Manche Auslassungen, beispielsweise die tiefgreifenden Krisen des Klosters im 15. Jahrhundert, die nicht zuletzt interne Ursachen hatten, sind bedauerlich, jedoch angesichts der unkritischen Tendenz der Kloster-Hagiographie nicht überraschend. Indes finden die Ereignisse in Karl Maiers Chronik Erwähnung.

Insgesamt ist „800 Jahre Allerheiligen“ lesenswert, versammelt der Jubiläumsband doch endlich einmal in einer einzigen Publikation Geschichte und Anekdoten einer der ältesten Wallfahrtsstätten des Ortenaukreises.

Wolfgang Reinbold

Martin Ruch: Verfolgung und Widerstand in Offenburg 1933–1945. Dokumentation (Veröffentlichungen des Kulturamtes der Stadt Offenburg Band 20;

Schriften zu Kultur und Geschichte Band 1). Reiff Schwarzwaldverlag, Offenburg 1995. 640 S., zahlreiche Abb.

Martin Ruch wurde 1950 in der Offenburger Wilhelmstraße 26 geboren. Sein Onkel war 1942 in Rußland gefallen, dessen Eltern machten aus ihrer ablehnenden Einstellung gegenüber dem NS-Regime keinen Hehl. Im selben Haus trauerte seit 1944 eine Mutter um ihren Sohn, der wegen angeblicher „Feigheit vor dem Feind“, in Wahrheit wegen mutiger Haltung gegenüber einem unverantwortlichen Befehl, erschossen worden war. Aber auch ein aktiver Nazi, beteiligt an der Zerstörung der Synagoge, lebte in diesem Haus. Seine Mutter wurde 1940 im Rahmen des „Euthanasie“-Programms vergast. Allein in jenem „großen Jugendstilhaus“ (S. 17) bündelt sich die Geschichte des „Dritten Reiches“. Ein Blick auf die Häuser der Umgebung und die in ihnen wohnenden Menschen, wie ihn Martin Ruch uns vermittelt, fügt weitere Aspekte hinzu. Damit beginnt das Buch, das geschrieben wurde, um „rationale Erkenntnis (. . .) mit emotionaler Anteilnahme“ zu verbinden (S. 21).

Vielleicht hätte Ruch das Verfahren, das er als Einstieg gewählt hat, fortsetzen sollen, um den Vernetzungen der Lebenswelten im Alltag nachzugehen, die Beziehungen und Zusammenhänge, aber auch die Vielfalt der Denk- und Verhaltensweisen aufzuzeigen. Damit wäre er auch durchaus seinem Anspruch gerecht geworden, im Sinne der „empirischen Kulturwissenschaft“ und der „Alltagsgeschichte“ seinen Schreibstil „am Alltag der Verfolgung, am Alltag des Lebens hier in Offenburg“ zu orientieren (S. 22). Doch wohl aus Gründen der Übersichtlichkeit wählt er den Weg, nach einem knappen historischen Abriß die Verfolgung und den Widerstand gegliedert nach einzelnen Gruppen darzustellen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaften, politische und unpolitische Vereine stehen am Anfang, gefolgt von weiteren Beispielen

der Gleichschaltung, der Berufsverbote sowie individuellen widerständlichen oder denunziatorischen Handelns. In einem weiteren Kapitel werden Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter behandelt. Den größten Umfang im Buch nehmen die Schilderungen der Schicksale Offenburger Juden ein. Den Schluß bilden Kapitel über die Verfolgung der Kirchen und Weltanschauungen und über die Opfer der Rassenpolitik der Nationalsozialisten.

Ruch läßt im wesentlichen die Quellen sprechen: Archivberichte, Gesprächsprotokolle, Briefe, Zeitungsartikel, Fotografien. Seine Zwischentexte geben die zum Verständnis der Quellen notwendigen Informationen und stellen Querverbindungen her. Man könnte einwenden, daß sich Ruch hier zu stark zurückgehalten hat. Die Leserin oder der Leser wüßte vielleicht gerne mehr über den Widerspruch vieler Offenburger Geistlicher gegen die Haltung der Freiburger Kirchenführung in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“, über die Ideen – und auch die Widersprüche – in der Gruppe „Neudeutschland“ oder über die Hintergründe der „Badenwacht“. Aber Ruch hat sich dafür entschieden, die Schicksale der Menschen, wie er sie in den noch vorhandenen Quellen aufspüren konnte, so unmittelbar wie möglich darzustellen. Auf diese Weise treffen sie die Leser gewiß stärker, als wenn sie noch lange historische Erläuterungen zur Kenntnis nehmen müßten. Und ist es nicht sogar das beste Zeichen für einen derartigen Band, wenn wir durch das Leiden und Handeln der Menschen, von denen wir lesen, derart beeindruckt, ja erschüttert sind, daß wir es nicht bei der Lektüre bewenden lassen, sondern mehr wissen wollen, Fragen stellen, weiter forschen, in unserem eigenen Bereich? Martin Ruch hat ein wichtiges Buch vorgelegt.

Prof. Dr. Heiko Haumann
Hist. Seminar Universität Basel

Max Scheifele, Flößerei auf der Ettlinger Alb – Aus der Geschichte des Albtales. Casimir Katz Verlag Gernsbach, 148 Seiten mit zahlreichen Abbildungen – ISBN 3-925825-60-6

Allgemein bekannt ist die einstige traditionsreiche und geschichtsträchtige Flößerei auf der Murg und der Kinzig. Doch fast auf allen Flüssen, ja Bächen des Schwarzwaldes wurde früher einmal geflößt. So gingen auch die Flößer auf der kleinen Ettlinger Alb diesem Waldgewerbe nach. Dies will uns der einst höchste Forstmann Württembergs, Max Scheifele, umfassend in seinem Buch „Die Flößerei auf der Ettlinger Alb“ belegen und sehr anschaulich erzählen.

Dabei ist das Thema Flößerei zwar schwerpunktmäßig dargestellt, aber in die historischen Zusammenhänge der Taltschaft verwoben, worauf uns auch der Untertitel „Aus der Geschichte des Albtales“ aufmerksam machen möchte. Natürlich werden die Waldwirtschaft als Grundlage der Flößerei besonders hervorgehoben und die verschiedenen Berufe, Arbeitsgänge, Abläufe wie auch die Arten der Flößerei verständlich beschrieben.

Ein besonderes Augenmerk widmet der sachkundige Autor den Verträgen, die die Flößer als Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf ihrer Tätigkeiten mit verschiedenen Anrainern, herrschaftlichen, kirchlichen, kommunalen oder privaten Kreisen abschlossen, um aber auch den Verkauf des Holzes zu sichern. Teilaspekte wie Waldnutzung, Holzhandel und Sägewerksbetrieb werden bei der Beschäftigung mit dem „Grünen Gold“ des Schwarzwaldes beleuchtet. Ausgesuchtes Bildmaterial sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis ergänzen die ansprechende Darstellung der Flößerei von der Zeit der Römer bis zu ihrem endgültigen Niedergang.

Da die Flößerei im Schwarzwald viele Gemeinsamkeiten aufzuweisen hat, nicht nur Arbeit und Brot, sondern auch Wohlstand in die Täler brachte, kommt dem

Buch eine allgemeine Bedeutung in der Schilderung eines ausgestorbenen Berufszweiges unserer Heimat zu. Darüber hinaus kann es als ein wertvoller Beitrag zur Wirtschafts- und Regionalgeschichte angesehen werden.

Kurt Klein

Werner Scheurer: Kath. Pfarrkirche, ehem. Klosterkirche Allerheiligen, Wittichen Schnell-Kunstführer Nr. 1977, Zweite Auflage 1996, 16 Seiten, Verlag Schnell & Steiner, Regensburg.

In einem idyllischen Winkel des mittleren Schwarzwalds, unweit Schenkenzell im hinteren Kinzigtal, liegen Kirche und Konventsbau des ehemaligen Klarissenklosters von Wittichen. Es geht auf eine Gründung der seligen Luitgard (1290–1347) aus dem benachbarten Wolfach zurück. Sie habe in einer Vision den Auftrag bekommen, ein „Kloster für 34 Schwestern zu bauen“, zur Erinnerung an die 34 irdischen Jahre des Heilands.

1325 bezieht sie den ersten Bau, der aber schon zwei Jahre darauf niederbrennt. Überall erbettelt Luitgard Mittel für den Neubau, der 1330 eingeweiht wird. 1376, dreißig Jahre nach dem Tod der Gründerin, unterstellt sich das Kloster dem Klarissenorden und dem Bischof von Konstanz. 1640: Einäscherung durch schwedische Soldaten; die Schwestern suchen in St. Georgen Zuflucht. Neubau und Erneuerung des Konvents 1654. Nach einem dritten Brand 1663 wird auf den gotischen Fundamenten die Barockkirche errichtet (bis 1681).

Nach der Säkularisation wird Kloster Wittichen Pfarrkirche von Kaltbrunn, doch 1855 reißt man einen Großteil der Konventsgebäude nieder, um die „hohen Kosten der Instandhaltung zu sparen“. 1979/80 wurden Kirche und „Langer Bau“ vollständig renoviert.

Dies ist ein Auszug aus der geschichtlichen Übersicht, die Werner Scheurer nach sorgfältigem Aktenstudium im Kirchen-

führer zusammengestellt hat. Auch was man an Dokumenten über das Leben der seligen Luitgard besitzt, wird lesbar zusammengefaßt und anschaulich zitiert. Es folgt die Beschreibung des „Langen Baus“, heute Pfarrhaus und Gemeindesaal, und die der Kirche. Der Maler der Seitenaltäre war früher unbekannt, nach Stil- und Porträtvergleichen gilt heute Bernhard Melchior Eisenmann, der „Haslacher Apostelmaler“ (Hermann Brommer) so gut wie gesichert.

Alle barocken Ausstattungsteile sind in Bild und Text gut vorgestellt. Ein besonderes Augenmerk gilt natürlich dem Luitgardisgrab. Am Ende wundert man sich, welche Fülle an Informationen Werner Scheurer auf nur 11 Textseiten bietet. Wie immer ist das Schlußkapitel dem gewidmet, was hinter dem Bau steckt, der geistlichen Bedeutung des Klosters: Luitgard wollte Gotteslob und Diakonie für Arme, Kranke und Kinder verbinden, und zwar in aller Stille. Im Heiligenkalender steht sie auch nicht „in der ersten Reihe“, aber für die Menschen ihrer Heimat ist sie ein hochverehrtes Vorbild geblieben.

Gottfried Wiedemer

Werner Scheurer: Pfarr- und Wallfahrtskirche Unsere Liebe Frau im Weingarten. Schnell-Kunstführer Nr. 2249, Erste Auflage 1995, 24 Seiten, Verlag Schnell & Steiner, Regensburg.

Die Wallfahrtskirche „Unsere Liebe Frau im Weingarten“ in Offenburg-Zell-Weierbach feierte 1996 den 600. Jahrestag ihrer Konsekration. „Am 1. Mai 1396, am Fest der Gemeindepatrone Philippus und Jakobus d.J., weihte der Straßburger Weihbischof Berthold die Kapelle und den Hauptaltar zu Ehren der seligen Jungfrau.“ Für den Weihetag und die Marienfeste wurden vierzig tägige Ablässe verliehen.

Mit einem Blick auf die früheste Urkunde beginnt Werner Scheurer seinen Kirchenführer Weingarten. Den Leser erwartet ei-

ne sehr gut dokumentierte Geschichte des Baus und der Wallfahrt. 1631 wird die Kapelle durch Blitzschlag zerstört. Die Mittel für den Wiederaufbau sind im Dreißigjährigen Krieg nur sehr schwer aufzubringen. Man nimmt dazu auch die konfiszierten Vermögen von „Jacoben und Christian Baßlers Ehwürtin, so . . . verübter Hexerei halber iustificiert“, also zum Tod verurteilt und hingerichtet worden war.

1694 hatte die Kirche die heutigen Maße, allerdings nur drei Joche des Langschiffs. Schon 1804 wollte der Ortspfarrer die Kirche vergrößern und den einsturzgefährdeten Turm sanieren. Aber es fehlte das Geld. Ein Entwurf folgte dem andern, bis endlich 1876 die Ausschreibungen beginnen konnten. 1878 wurde die Kirche, um vier Joche verlängert, vom Freiburger Weihbischof Lothar von Kübel konsekriert.

Von der barocken Ausstattung gibt es nur noch das Chorgestühl. Dominierend aber und wie geschaffen für den gotischen 3/8-Chor präsentiert sich Ferdinand Langenbergs neugotischer Schnitzaltar von 1896. Er konnte 1954 aus der Duisburger St. Josefskirche erworben werden und gibt dem spätgotischen Gnadenbild der Pietà einen glänzenden Rahmen. Im Zentrum die Szenen der Passion: Ölberg (links), Verurteilung (rechts) und Kreuzigung (oben), darunter die Schmerzensmutter mit dem toten Sohn auf dem Schoß. Die Seitenflügel zeigen die Verkündigung (links) und den Stall zu Bethlehem (rechts). Aus der Zeit vor und nach 1900 stammen viele weitere Bildwerke, die Scheurer sachkundig beschrieben hat. Er gibt Kurzbiographien der beteiligten Künstler, von denen Augustin Kolb (Decke) in vielen badischen Kirchen vertreten ist. Erst in den letzten Jahren hat man ihn – so in Lahr-Reichenbach und in der Offenburger Dreifaltigkeitskirche „wiederentdeckt“.

In ihrer Bedeutung gewürdigt werden besonders die Glasfenster von Albert Birkle, die in den 60er Jahren aufgrund einer per-

sönlichen Freundschaft mit dem Weingartner Pfarrer Amann geschaffen wurden.

Scheurer hat der Kirchenbeschreibung sogar ein Kapitel „Zahlensymbolik des Innenraums“ hinzugefügt: Er sieht die Weingarten-Kirche in der Bautradition des Mittelalters, wo das Gotteshaus immer auf die ideale Ordnung des himmlischen Jerusalems verwies.

Daß das Büchlein mit dem Gnadenbild der Schmerzhaften Mutter schließt, zeigt, daß Scheurer nicht nur die Kunstgeschichte interessiert, sondern auch die Frömmigkeit der Menschen, der eigentliche Ursprung dieser Wallfahrtskirche im Weingarten.

Gottfried Wiedemer

Friedrich A. Schiller (Hg.), Das entführte Kamel und andere Geschichten aus Baden und Württemberg, Konrad Theiss-Verlag Stuttgart, 320 S.

Der Titel dieser Anthologie, die gleichermaßen landeskundlichen und literarischen Leseinteressen entgegenkommt, macht neugierig. Er lehnt sich an eine Erzählung des in Syrien geborenen und seit 1971 in Deutschland lebenden Schriftstellers Rafik Schami alias Suheil Fadél an. Schon darin wird die Bemühung sichtbar, vermeintlich „Fremdes“ und bislang Ausgegrenztes in den Horizont des Vertrauten einzubeziehen. So finden sich auch Texte von Mark Twain und dem italienischen Literaturprofessor Claudio Magris. Neben eher bekannten jüdischen Autoren wie L. Feuchtwanger und Berthold Auerbach hat der Herausgeber einen Auszug eines autobiographischen Textes von Jacob Picard, dem Chronisten des alemannischen Landjudentums, aufgenommen. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß im Konstanzer Faude-Verlag eine zweibändige Werkausgabe Picards erschienen ist, die von Manfred Bosch sorgfältig ediert wurde.

Den Schwerpunkt markieren Texte aus

dem 19. Jahrhundert. Vertreten sind natürlich die Mitglieder der Schwäbischen Dichterschule von Hauff bis Uhland, Schiller und Hölderlin, Mörike und Schefel, Goethe, Eichendorff und Hermann und Isolde Kurz u.a. Beim Lesen stellt man bald fest, daß der Titel irreführend ist, da nicht nur erzählende Texte versammelt sind. Das Spektrum der Textarten reicht von der Idylle, der Ballade, dem Rollengedicht bis hin zum Reisebericht, zur Autobiographie, zum Romanauszug, zur Kurzprosa, zum Spiel und zur Satire.

Prominente Autoren des 20. Jahrhunderts wie Martin Walser, Günter Herburger, Peter Härtling u.a. sind aufgenommen worden, daß man fast den Eindruck hat, als wollte die Anthologie alle wichtigen Autoren aus Baden und Württemberg wenigstens mit einem kurzen Text zu Wort kommen lassen. Dem ist freilich nicht so, denn viele Autoren und Autorinnen fehlen. Als Beispiele seien die oberschwäbischen Dichterinnen Maria Beig und Maria Menz genannt, auch der Freiburger Christoph Meckel fehlt in der Anthologie.

Einwände lassen sich auch gegen die Editionsprinzipien formulieren. Die Texte sollen „Lust machen zu lesen“ und „Unterhaltsames für Mußestunden bieten“, heißt es im Vorwort. Angesichts der dezidiert landeskundlichen Themenstellung stellt man sich die Frage, ob es vom einen oder anderen Autor nicht noch aussagefähigere Texte gegeben hätte. Besonders fragwürdig ist der Abdruck von kurzen Romanauszügen, ohne daß durch eine Hinführung wenigstens andeutungsweise der Kontext vermittelt wird.

Schließlich bekennt sich der Autor dazu, daß bei der Textauswahl subjektive Neigungen leitend gewesen seien. Das drückt sich auch in einer gewissen regionalen Assymetrie aus. Oberschwaben und Südbaden kommen etwas schlechter weg als die anderen Landesteile. In den Bereich der Ortenau fallen nur vier kurze Texte: eine Satire des Hausacher Autors José F.A. Oliver („Selbstporträt eines avantgar-

distischen Bollens“), eine Erzählung H. Hansjakobs über einen Störschneider aus dem Harmersbachtal und Impressionen von R. Schneider über das Kloster Lichtenenthal und das Baden-Badener Rebland.

Die Anthologie hat sicher den Vorzug, daß sie einige seltene Texte und wenig bekannte Autoren zugänglich gemacht hat. Sie kann auch aufgrund der bio-/bibliographischen Angaben am Ende des Buches den Leser an die Beschäftigung mit dem ein oder anderen Autor heranführen. Ob das freilich eine Legitimation ist, die Flut von den in letzter Zeit erschienenen Anthologien noch weiter zu vermehren, muß infragegestellt werden. Im Rückgriff auf Bekanntes und Bewährtes offenbart sich leider auch eine mangelnde Innovationsbereitschaft der Verlage, was angesichts der wirtschaftlichen Krisensituation auch verständlich ist. Es wäre freilich für die Fortschreibung gerade auch der landeskundlichen Literatur wichtig, Anthologien mit unveröffentlichten oder vergessenen Texten zusammenzustellen und Texte von Gegenwartsschriftstellern, auch wenn sie sich noch keinen Namen gemacht haben, zu publizieren.

Heinz G. Huber

Helmut Schyle: Freiburg und seine Einwohner im 17. Jahrhundert. Eine historisch-demographische Untersuchung unter Einsatz der EDV. Freiburg/Würzburg, Ploetz 1993, 363 Seiten – Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau 28 –

Bei der Lektüre dieses beispielgebenden Buches fragt man sich etwas ratlos, wie eine moderne Bevölkerungsbeschreibung bei sich ständig verändernden Rechnerleistungen und verfeinerten Anwendungsprogrammen im EDV-Bereich möglich und leistbar ist. Kann man dabei zu gültigen Ergebnissen angesichts des Wandels in der Technik kommen? Treibt man etwa einen zu großen Aufwand und erreicht

man damit zu wenig an effektiver historischer Beschreibung der Bevölkerung einer Stadt?

H. Schyle versucht seine historisch-demographische Untersuchung der Freiburger Einwohner im 17. Jahrhundert in folgenden Schritten dem Leser zu vermitteln: Zunächst beschäftigt er sich mit der allgemeinen Stadtgeschichte Freiburgs im Spannungsfeld zwischen Habsburg und Frankreich. Freiburg wurde Festung. Dann beschreibt er die Freiburger Kirchenbücher als seine Quellen der demographischen Untersuchung sowie deren EDV-Bearbeitung. Um die Freiburger Ergebnisse seiner Untersuchung einordnen und bewerten zu können, galt es, diese zu vergleichen mit schon vorhandenen Daten von Schonach. Die Frage, wo angesichts tausender Zahlen und vieler Statistiken das persönliche Schicksal bleibe, sieht Schyle selbst und zeigt dies sehr eindrucksvoll anhand dreier Biographien auf, in denen statistische Angaben über eine Person durchaus zu Quellen und Sachausagen über deren Leben werden können und sind.

Die Auswertung der Kirchenbüchereinträge geschieht sodann auf zwei Inhaltsebenen: der sog. vitalstatistischen und der generativen. Zu den vitalstatistischen Auswertungen gehören die Heirats-, Tauf- und Beerdigungswochentage, der Monatsrhythmus bei Eheschließung, Taufe, Konzeption und Sterblichkeit sowie Einzelthemen wie geschlechtsspezifische Geburlichkeit, Mehrfachgeburten und illegitime Geburten. Die generative Auswertung bezieht sich auf das Heiratsalter von Braut und Bräutigam, auf das Alter der Eltern bei der Geburt, die Anzahl der Kinder, die Zeitspanne zwischen Heirat und Tod eines Ehepartners, die Kindbettsterblichkeit, Todesursachen, die Analyse der Wiederverheiratungen und die altersspezifische Sterblichkeit. Den Schluß der Veröffentlichung bildet ein Exkurs über die Vornamengebung in Freiburg während des 17. Jahrhunderts.

Es ist gut, daß der Verfasser seine Auswertungen jeweils mit einem „Fazit“ oder einer Zusammenfassung beendet. Diese erbringen bei einer Vielzahl von Tabellen und Graphiken sehr deutlich die Ergebnisse dieser Arbeit, manchmal überraschend allgemein, lapidar und selbstverständlich. Sie werfen aber erneut die Frage auf, ob diese Ergebnisse nicht auch anders und nicht in dieser Aufwendigkeit hätten erzielt werden können. Gerade der Ansatz „Statistik als historische Quelle“ hätte vielleicht konsequenter und im Stadtgebiet ausschnitthafter angewendet werden können, um zu geschichtsnäheren und lokalen Ergebnissen einer Bevölkerungsbeschreibung in Freiburg zu kommen.

Dr. Dieter Kauß

So war's früher in „Sinze“.

Fotos, Dokumentationen und Beiträge zur Ortsgeschichte, vorwiegend aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. vom Förderverein Sinzheimer Brauchtum e.V., Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1994, 419 Seiten.

In den Jahren 1980 und 1989 fanden in den Schalterräumen einer Sinzheimer Bank zwei Ausstellungen statt, bei denen fotografische Dokumente zur lokalen Zeitgeschichte gezeigt wurden. Das Interesse war so nachhaltig, daß die Idee entstand, einen Bildband zu schaffen. Nach Aufrufen im Gemeindeblatt und der regionalen Tagespresse standen dem dreizehnköpfigen Bildband-Team des „Fördervereines Sinzheimer Brauchtum e.V.“ „über 1500 Fotos, zahllose Dokumente sowie historische Unikate zur Auswahl“ (S. 11). Schon die Herkunft der Fotos, fast alle stammen aus Privatbesitz, gab die inhaltliche Ausrichtung des Bildbandes vor: Die Lebens- und Arbeitswelt, kurz der Alltag der Menschen, und zwar eingebettet in den dörflichen Jahresablauf.

Das Gros der Fotos stammt aus den 20er, 30er und 50er Jahren. Die nur geringe

Verbreitung der Fototechnik vor dem I. Weltkrieg und der Materialmangel während der Kriegs- und Nachkriegszeiten erklären diese ungleichmäßige Verteilung.

Die abgegebenen Bilddokumente mußten arbeitsaufwendig gesichtet, ausgewählt und geordnet werden. Auch in verschiedenen Archiven (Gemeinde Sinzheim, Badisches Tagblatt usw.) wurden die Autoren des Bildbandes tätig, so daß die Fotosammlung in zeitgenössischen Zeitungsberichten und -anzeigen eine Ergänzung findet. Neben den kurzen Angaben zu den Bildinhalten dienen vor allem die ausführlichen Erläuterungen zu einzelnen Stichworten (landwirtschaftliche Tätigkeiten, Feierlichkeiten, Kindheit und Jugend auf dem Lande usw.) bzw. die Ausführungen zum Werdegang verschiedener ortsansässiger Institutionen (Kinderheim, Vereine usw.) der inhaltlichen Komplettierung, zumal der Tenor der einzelnen Beiträge auf der Herausarbeitung des Unterschiedes zur Gegenwart liegt. Der nachgeborene Leser erhält so einen Eindruck von inzwischen der Vergangenheit angehörenden Lebenszusammenhängen und Alltagsabläufen, den die Betrachtung von „alten Fotos“ alleine nicht zu geben vermag.

Die ersten drei der elf thematisch eingeteilten Kapitel beinhalten Fotos und Dokumente zum Ortsbild, zum kirchlichen Leben sowie zu den Institutionen der Sekundärsozialisation, Schule und Kindergarten. Auch die wichtigen Bereiche Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe sind auf über 60 Seiten ausführlich dokumentiert. Selbstverständlich darf bei der lokalen Ausrichtung des Bildbandes die Darstellung des Vereinslebens, der herausragenden Ereignisse, einzelner Personen usw. nicht fehlen. Die Fotosammlung ist umfangreich und sinnvoll thematisch gegliedert, so daß der Betrachter ein lebendiges Bild – im wahrsten Sinne des Wortes – der Vergangenheit erhält.

Im Gegensatz zu der 1984 erschienenen und von Franz Zoller verfaßten Schrift zur

Geschichte Sinzheims, in welcher das Thema „Drittes Reich“ lediglich in einem einzigen, knappen Absatz, der zudem nur allgemein bekannte Daten wiedergibt, abgehakt wird, haben sich die Autoren des vorliegenden Werkes nicht gescheut, auch die NS-Zeit, wenn auch in äußerst zurückhaltender Form, zu behandeln. Möglicherweise stand das Interesse an einem hohen Unterhaltungswert des vorliegenden Bildbandes einer gründlicheren Aufarbeitung dieser Epoche entgegen. So vermied man eine Kontroverse innerhalb der Gemeinde, wozu, hierfür gibt es bekanntermaßen zahlreiche Beispiele im lokalen Bereich (und auch darüber hinaus), eine Offenlegung der jüngsten Vergangenheit – fast schon zwangsläufig – führt.

Wenige Tage nach der Machtübernahme Hitlers kam es in Sinzheim zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Arzt Dr. Weber, der Mitglied des Zentrums war, und der lokalen SA, in deren Verlauf ein SA-Mann eine tödliche Schußverletzung erlitt. Dieser Vorgang wird kurz geschildert, dann lassen die Autoren jedoch zwei zeitgenössische „Zeitungsberichte auf den folgenden Seiten für sich sprechen“ (S. 339). Hierbei handelt es sich erstens um einen Bericht zum Tathergang, der das Geschehen weitgehend aus nationalsozialistischer Sicht darstellt, zweitens um die Schilderung des Begräbnisses des SA-Mannes, in dessen Verlauf der Gauleiter den Verstorbenen zum „für seine Ueberzeugung [!] gefallenen Kameraden“ stilisierte (S. 340). Bedauerlicherweise versäumten die Autoren, gründlicher zu recherchieren, sonst würde nicht der Hinweis fehlen, daß Dr. Weber vom Schwurgericht Karlsruhe lediglich wegen Notwehr, die „aber über das Maß der erforderlichen Verteidigung hinausgegangen ist“, zu 18 Monaten Haft verurteilt wurde; und dies trotz der ungünstigen politischen Lage (Der Führer vom 8. Dez. 1933, S. 3). So tragen die Autoren, wahrscheinlich unbeabsichtigt, dazu bei, das vom Gauleiter gezeichnete Bild Dr. Webers als das eines

„verblendeten politischen Gegners, der [. . .] nicht mehr wußte, was er tat“, in die Gegenwart zu kolportieren (S. 340).

Den Vertrag von Versailles mit dem politisch vorbelasteten Begriff „Diktat“ zu bezeichnen, stellt eine weitere Unachtsamkeit dar, die im Gegensatz zur sonst zu beobachtenden Bemühung um Objektivität steht (S. 342).

Trotz dieser notwendigen kritischen Anmerkungen handelt es sich um ein weitgehend gelungenes Buch, das den sehr bescheiden angelegten Anspruch, lediglich das „Heimatbuch“ Franz Zollers ergänzen zu wollen, übertrifft (S. 78). Immerhin war es hier möglich, wenigstens anzusprechen, daß es auch in Sinzheim Menschen gab, die sich potentiell „schuldig gemacht hatten“ (S. 350).

Der Hauptwert des Bildbandes „So war's früher in ‚Sinzheim‘“ liegt m.E. primär darin begründet, daß die Präsentation historischer Fotografien ganz den heutigen, von den Massenmedien geprägten Rezeptionsgewohnheiten breiter Bevölkerungsschichten entgegenkommt. Es bleibt zu hoffen, daß die Betrachtung der Bilddokumente sowie die Lektüre der als Ergänzung gedachten Texte bei dem einen oder anderen den Grundstein für ein weitergehendes Interesse an der Lokal- und Regionalgeschichte legt.

Harald Faißt M.A.

Franz X. Vollmer, Die Häuser von Ortenberg (1500–)1700–1945. Historische Ortsbeschreibung eines Ortenaudorfes. Selbstverlag des Heimat- und Kulturvereins Ortenberg, 1995, 446 Seiten, zahlreiche Abbildungen.

Mit dem Buch „Die Häuser von Ortenberg“ setzt Franz X. Vollmer nach seinen Veröffentlichungen über das Ortenberger Schloß und seiner Heimatchronik einen weiteren Meilenstein in der Erforschung und Darstellung der Ortenberger Heimatgeschichte. Er versteht es wiederum vor-

züglich, seine Begeisterung für die Heimatgeschichte Ortenbergs auf seine Leser zu übertragen, wenn er die Geschichte der gesamten älteren Häuser des Dorfes von den Anfängen der einschlägigen schriftlichen Zeugnisse bis zum Zweiten Weltkrieg detailreich nachzeichnet.

Nach einigen ansprechenden Farbphotos exemplarischer Fachwerkhäuser, die gewissermaßen den Appetit auf die zu erwartenden Ausführungen anregen, stellt der Autor in seiner Einleitung seine Zielsetzung sowie die Quellenlage dar und skizziert kurz die historischen Rahmenbedingungen der Dorfontwicklung. Danach widmet er sich den einzelnen Ortsteilen, wobei er in jedem Kapitel zunächst seine Forschungsergebnisse aus der Zeit zwischen 1500 und 1700 erläutert, danach eingehend die Geschichte der einzelnen Häuser seit 1700 aufzeigt und schließlich einen raschen Überblick der Entwicklung in der Zeit zwischen 1850 und 1945 gibt. Alte und neue Photographien, Zeichnungen und Stiche veranschaulichen die Ausführungen; eine sinnvolle Ergänzung erfahren sie zudem durch Lagepläne und Skizzen über die Abfolge der Besitzverhältnisse, was den Überblick ungemein erleichtert.

Die Abschnittsbildung innerhalb der jeweiligen Ortsteilkapitel orientiert sich am Jahr 1700. Dies resultiert aus den Zerstörungen der damaligen Kriegsjahre, insbesondere des pfälzischen Erbfolgekrieges. Aus der Zeit davor existieren in Ortenberg – und in großen Teilen der Ortenau – kaum noch bauliche Zeugnisse und auch die schriftlichen Dokumente sind noch vergleichsweise rar. Wenn ein Historiker also die bauliche Entwicklung jener Zeit erforschen will, so benötigt er gute Kenntnisse der vorhandenen Quellen über die damaligen dörflichen Verhältnisse und die Fähigkeit, das daraus gewonnene, in der Regel bruchstückhafte Wissen detektivisch zu einem Mosaik eines früheren Ortsplanes zusammenfügen zu können. Über beides verfügt Franz X. Voll-

mer unzweifelhaft. Er beweist dies mehrfach durch seine überzeugenden Rekonstruktionen, beispielsweise bei der Lokalisierung der „oberen Serre“ (S. 36) oder der „Sinne“ (S. 162).

Die Darstellung der Zeit nach 1700 bezieht insbesondere durch eine lebendige Verknüpfung der einzelnen Häuser mit den Schicksalen der jeweiligen Besitzer, seien es Vögte, Wirte, Winzer, Schmiedemeister oder einfache Tagelöhner. Die Häusergeschichte gibt damit nicht nur Auskunft über die sozialen Verhältnisse der Bewohner, sondern weitet sich durch das akribische Zusammentragen der Besitzerdaten teilweise zu einer Familiengeschichte aus, die sicher für die Nachfahren der jeweiligen Familien hochinteressant ist. Aber auch für Außenstehende

sind die abwechslungsreichen Episoden und das dadurch entstehende Gesamtbild einer für die Ortenauer Dörfer in der Vorhügelzone typischen Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert gewinnbringend und aufschlußreich.

Alles in allem ist dieses leicht lesbare, aber nicht auf wissenschaftliche Quellenangaben verzichtende Werk ein Glücksfall für die Heimatgeschichte nicht nur Ortenbergs. Es wäre dem Autor zu wünschen, daß sein immer wieder deutlich werdendes und im Schlußplädoyer ausdrücklich formuliertes Anliegen Früchte trägt, durch die Dokumentation des alten Dorfes das Verantwortungsgefühl der Ortenberger für die restlichen noch erhaltenen Fachwerkhäuser zu sensibilisieren.

Dr. Johannes Dreier

Stadt Bühl, Stadtgeschichtliches Institut (Hg.): Bühler Heimatgeschichte Nr. 10/1996, 88 S., zahlr. z.T. mehrfarbige Abbildungen.

Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden, Historischer Verein für Mittelbaden (Hg.), Aquae 59, 102 S., zahlr. Abbildungen, Baden-Baden 1995.

Verein für Heimatpflege Goldscheuer, Marlen, Kittersburg (Hg.), s'Bliwisel 95, 72 S., Abbildungen, Kehl-Goldscheuer 1995.

Historischer Verein für Mittelbaden, Mitgliedergruppe Rheinau (Hg.), Aus der Stadt Rheinau, Hefte 23 und 24/1995, 29 und 36 S. mit Abbildungen, Rheinau 1995.

Förderverein für die Dorfgeschichte Windschlägs (Hg.), D'r Windschläger Bott 1995, 54 S. mit Abbildungen, Windschlag 1995.

KARL-HEINZ DEBACHER

REGIONALES GESCHICHTSBEWUSSTSEIN

Historische Vereine am Oberrhein unter
besonderer Berücksichtigung
des „Historischen Vereins für Mittelbaden“



OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN
SONDERVERÖFFENTLICHUNG
1996

Karl-Heinz Debacher
schreibt die Geschichte
des Historischen Vereins für Mittelbaden
von seiner Gründung bis zum Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

309 Seiten, Leinen. Offenburg 1996

Preis für Mitglieder unseres Vereins
für Nichtmitglieder

20,00 DM
25,00 DM

Bestellungen bitte an die Geschäftsstelle richten

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Kurt Abels, Grünmatten 24, 79211 Denzlingen

Dr. Hans Joachim Bodenbach, Weidenweg 50, 21509 Glinde (Hamburg)

Landrat Günter Fehringer, Postfach 1960, 77609 Offenburg

Karl-Josef Franke, Erzstraße 3, 77975 Ringsheim

Frank Flechtmann, Albrechtstraße 59 B, 12167 Berlin

Martin Frenk, Rheinstraße 6, 77963 Schwanau-Ottenheim

Josef F. Göhri, Vogtstraße 25, 79336 Bleichheim

Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer, Hirschstraße 3, 76530 Baden-Baden

Dr. Andreas Hansert, Röderbergweg 126, 60385 Frankfurt a.M.

Ralf Bernd Herden, Am Brühl, 77776 Rippoldsau-Schappach

Alfred Hetzel, Kehler Straße 62, 77731 Willstätt-Eckartsweier

Dr. Dieter Kauß, Hildastraße 89, 77654 Offenburg

Prof. Werner Lacoste, Ahornweg 11, 65510 Idstein

Louis Ludes, 13, Place Mathieu Zell, 67000 Strasbourg

Thorsten Mietzner, Tiergartenstraße 10, 77933 Lahr

Wolfgang Müller, Ringmauerweg 15, 78098 Triberg

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 77972 Mahlberg

Dr. Dieter Petri, Ziegelfelderstraße 22, 77736 Zell a.H.

Dr. Hans-Martin Pillin, Albert-Köhler-Straße 22, 77883 Ottenhöfen

Michael Rudloff, Postfach 12 26, 79191 Gundelfingen

Dr. Günter Schäfer, Dr.-Gremmelsbacher-Straße 30, 79199 Kirchzarten

Uwe Schellinger, Bleichestraße 1, 79102 Freiburg

Frank Schrader, Klosterweg 28 E 511, 76131 Karlsruhe

Ludwig Uibel, Dannemannstraße 6, 79117 Freiburg

Prof. Dr. Franz X. Vollmer, Gottfriedstraße 18, 79102 Freiburg

Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14, 77955 Ettenheim

Dr. Johannes Werner, Steinstraße 21, 76477 Elchesheim

Josef Werner, Kirchgässle 2, 77770 Durbach

Anton Wild, Im Weingarten 3, 79312 Emmendingen

Manuel Yupanqui Werner, Museum im Ritterhaus, Ritterstraße 10,
77652 Offenburg

DER HISTORISCHE VEREIN FÜR MITTELBADEN e.V.

gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die
Zeitschrift

„Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur
Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familien-
forschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Brauchtum, Le-
bensgeschichten bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Auf-
nahme finden.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 77605 Offenburg,
Postfach 15 69, sowie die Obleute der Mitgliedergruppen jederzeit entge-
gen.

Nach der Wahl in der Mitgliederversammlung 1993 in Hornberg setzen
sich der Vorstand und Beirat des Vereins zusammen aus:

Dr. Dieter Kauß, Präsident, Hildastraße 89, 77654 Offenburg,
Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Kurt Klein, 1. stellvertr. Präsident,
Haselwanderstraße 11, 77756 Hausach i. K., Tel. 0 78 31 / 61 25

Manfred Hildenbrand, 2. stellvertr. Präsident,
Georg-Neumaier-Straße 15, 77716 Hofstetten-Haslach i. K.,
Tel. 0 78 32 / 28 67

Karl Maier, Redakteur der „Ortenau“,
Jakobstraße 6, 77767 Appenweier, Tel. 0 78 05 / 6 95

Theo Schaufler, Kassen- und Geschäftsführung,
Postfach 15 69, 77605 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Leiter der Fachgruppen:

Fachgruppe Archäologie:

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 77972 Mahlberg, Tel. 0 78 25 / 74 84

Fachgruppe Denkmalpflege:

Dr. Dieter Kauß, Hildastraße 89, 77654 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Fachgruppe für neuere und Zeitgeschichte:

Dr. Wolfgang Gall, Max-Immelmann-Straße 2, 77654 Offenburg,
Tel. 07 81 / 3 77 39

Fachgruppe Museen:

Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, 77855 Achern, Tel. 0 78 41 / 13 47

Fachgruppe Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Carl Helmut Steckner, Honsellstraße 8, 77694 Kehl, Tel. 0 78 51 / 39 94

Fachgruppe Grenzstein-Dokumentation:

Dr. Gernot Kreutz, Am Hungerberg 3, 77654 Offenburg-Zell-Weierbach,
Tel. 07 81 / 3 03 65

Fachgruppe Flurnamen und Mundart:

Dr. Ewald Hall, Sundgaullee 26, 79110 Freiburg/Br.

Fachgruppe Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte in der Ortenau:

Jürgen Stude, Hauptstr. 14, 77948 Friesenheim-Oberweier,
Tel. 0 78 21 / 6 78 20

Fachgruppe Bergwesen:

Helmut Decker, Hausäcker 12, 77883 Ottenhöfen
Tel. 0 78 42 / 13 68

Beiräte:

Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstraße 24, 77656 Offenburg

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 77972 Mahlberg

Erwin Steurer, Metzgerstraße 14, 77933 Lahr

Ursula Schäfer, Sommerstraße 34, 76534 Baden-Baden-Steinbach

Rainer Fettig, Straßburger Straße 6, 77728 Oppenau

Gerhard Hoffmann, Oppelner Straße 8, 76437 Rastatt

Rudolf Zwahl, Ludwig-Trick-Straße 17, 77694 Kehl

Mitgliedergruppen:

- 77855 Achern: Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, Tel. 0 78 41 / 13 47
- 77767 Appenweiler: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 0 78 05 / 6 95
- 76530 Baden-Baden: Hannes Leis, Steinstr. 1, Tel. 0 72 21 / 2 42 93
- 77740 Bad Peterstal-Griesbach: Siegfried Spinner, Renchtalstr. 17,
Tel. 0 78 06 / 5 33
- 77781 Biberach i. K.: Wolfgang Westermann, Sonnenhalde 7,
Tel. 0 78 35 / 83 09
- 77815 Bühl/Baden: Egon Schempp, Meisenstr. 2, Tel. 0 72 23 / 2 13 05
- 77955 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14,
Tel. 0 78 22 / 58 00
- 77723 Gengenbach: Eugen Lang, Kastanienweg 1, Tel. 0 78 03 / 10 48
- 77716 Haslach i. K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten,
Georg-Neumaier-Str. 15, Tel. 0 78 32 / 28 67
- 77756 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 0 78 31 / 61 25
- 77749 Hohberg: Helmut Dorgathen, Große Ritti 12, Tel. 0 78 08 / 5 81
- 78132 Hornberg-Triberg: Wolfgang Neuss, Hohenweg 46, Hornberg,
Tel. 0 78 33 / 66 31
- 77694 Kehl-Hanauerland: Prof. Dr. Rolf Kruse, Korker-Wald-Str. 1,
Kehl-Kork, Tel. 0 78 51 / 16 27
- 77933 Lahr/Friesenheim: Ekkehard Klem, Jasminstr. 28,
77948 Friesenheim,
Tel. 0 78 21 / 6 22 02
- 77974 Meißenheim: Karl Schmid, Friederike-Brion-Weg 7,
Tel. 0 78 24 / 23 62
- 77743 Neuried: Frank Moser, Alte Landstr. 29, 77749 Hohberg,
Tel. 0 78 08 / 9 96 21

- 77784 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Küblerweg 4,
Tel. 0 78 37 / 2 88
- 77704 Oberkirch: Horst Schneider, Stadtgartenstr. 7, Tel. 0 78 02 / 46 29
- 77656 Offenburg: Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstr. 24,
Tel. 07 81 / 5 65 38
- 77799 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 07 81 / 3 20 51
- 77728 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 0 78 04 / 20 24
- 76437 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 0 72 22 / 2 29 01
- 77866 Rheinau: Walter Demuth, Oberfeldstraße 7, Rheinau-Freistett,
Tel. 0 78 44 / 25 42
- 77836 Rheinmünster: Ernst Gutmann, Leiberstunger Str. 3,
77836 Rheinmünster-Stollhofen, Tel. 0 72 27 / 58 32
- 77871 Renchen: Erich Huber, August-Ganther-Str. 6, Tel. 0 78 43 / 77 37
- 77776 Schapbach: Johannes Furtwängler, Festhallenstr. 1,
77776 Bad Rippoldsau 2, Tel. 0 78 39 / 3 78
- 77761 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Tel. 0 78 36 / 24 42
- 77746 Schutterwald: Artur Hohn, Bahnhofstr. 4, Tel. 07 81 / 5 23 81
- 77960 Seelbach-Schuttertal: Gerhard Finkbeiner, Modoscher Str. 24,
77978 Schuttertal, Tel. 0 78 23 / 6 04
- 77790 Steinach: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 0 78 32 / 86 56
- 77709 Wolfach: Ernst Bächle, Messnergasse 6, Tel. 0 78 34 / 66 26
- 76534 Yburg: Ursula Schäfer, Sommerstr. 34,
76534 Baden-Baden-Steinbach, Tel. 0 72 23 / 5 89 82
- 77736 Zell a. H.: Franz Breig, Ziegelfeldstr. 7, Tel. 0 78 35 / 16 03
- Überregionale Mitgliedergruppe (früher Hauptverein): Theo Schaufler,
Postfach 15 69, 77605 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. April jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bestellen kann.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrbücher sowie die Registerbände I (1910–1981) und II (1982–1990) nimmt die Geschäftsleitung (Postfach 15 69, 77605 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Damit unsere Jahresbände, aber auch andere für unsere Vereinsbibliothek wertvolle Literatur aus Nachlässen verstorbener Mitglieder nicht verlorengehen, bitten wir die betreuenden Erben, sich mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Wir könnten dann auch den zahlreichen Wünschen auf Lieferung früherer Jahrbücher besser nachkommen.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1988 beträgt der Jahresbeitrag derzeit:

30,– DM für natürliche Personen und Schulen

50,– DM für juristische Personen und Körperschaften

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e. V. ist nach dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes Offenburg vom 5. Mai 1995 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO. dient.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. (Volksbank Offenburg: Nr. 6 295 509, BLZ 664 900 00, Sparkasse Offenburg: Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Konto Nr. 6057-756, Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75).